gem. gen. 176 c (21

<36602905890018 S

<36602905890018

Bayer. Staatsbibliothek

D. Franz Dominicus Häberlins

Neueſte Teutſche Reichs=Geſchichte,

vom Anfange
des Schmalkaldiſchen Krieges
bis auf unſere Zeiten.

Ein und zwanzigſter Band,
nach
des ſel. Verfaſſers Tode größtentheils ausgearbeitet
von
Renatus Karl Freyherrn von Senkenberg.

Mit gnädigſter Churfürſtl. Sächſ. Freyheit.

HALLE,
bey Johann Jacob Gebauer. 1790.

Cum ſit ita natura comparatum, ut vita noſtra arctiſſimis limitibus circumſcripta ac veluti definita ſit, illum ego ſemper, non dicam puerum, ſed infantem omnino eſſe exiſtimavi, qui non, praeterita cum praeſentibus connectendo, vitam ſuam quaſi longiorem reddere conatur.

Jo. Mich. Heineccius de fatis ſtudii hiſtorici (Helmſt. 1703. 4.) ab initio.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Der

Reichsfrey-Hochwohlgebohrnen Frau

Sophien Eliſabethen

verwittibten

Freyin von Senkenberg,

gebohrnen von Palm,

Seiner

Hochzuverehrenden Frau Mutter.

Gnädige,
Hochzuverehrende Frau Mutter!

Endlich bin ich ſo glücklich, Ew. Gnaden etwas wichtigeres, als bloße wenige Gedichte, wie vor einigen Jahren, zuſchreiben zu kön-

nen.

nen. Ich meyne dieſen ein und zwanzigſten Theil der von mir fortgeſetzten Reichsgeſchichte. Denſelben widme ich Ew. Gnaden nicht nur als das erſte Buch, das unter meinem Namen in teutſcher Sprache herauskommt, ſondern auch, weil Dieſelben von jeher eine Liebhaberin der Geſchichte, ſonderlich der älteren, geweſen ſind, und ſich noch gerne mit Leſung dahin einſchlagender Schriften beſchäfftigen. Leid iſt mir hiebey freylich, daß eben dieſer Band nicht reich an ſolchen Begebenheiten iſt, die für andere, als Rechtsgelehrte, Reiz und Intereſſe genug haben. Aber dann denke ich wieder, meine Theure Mutter, welche vier oder fünf Jahre lang eine ununterbrochene Zuhörerin der von meinem viel zu frühe Ihnen und ſeinen Kindern entriſſenen ſeligen Vater, aus zärtlicher Liebe zu mir, mitten unter ſeinen vielen Geſchäfften angeſtellten juriſtiſchen Vorleſungen geweſen iſt, wird auch die meiſtens

in

in das Staatsrecht einſchlagenden Vorfälle nicht überſchlagen oder ohne allen Antheil leſen. Und wenn auch in dem ganzen Buche, wider Verhoffen, nichts wäre, das Ew. Gnaden auch nur einigermaßen der Aufmerkſamkeit würdig ſchiene, ſo bitte ich mir doch die Erlaubniß aus, es Ihnen zuſchreiben zu dürfen, um einmal auch einem größern Publicum, als dem, welchem meine Gedichte zu Geſicht gekommen, und ſamt dieſem auch der Nachwelt vielleicht, zu ſagen, wie ſehr ich Sie liebe und verehre; wie ich mich glücklich ſchätze, Ihr Sohn zu ſeyn, und an Ihnen ein nachahmungswürdiges Beyſpiel vieler Tugenden zu haben; wie ich die von Ihnen benebſt meinem ſeligen Vater genoſſene Erziehung als den Grund meiner zeitlichen und dereinſt auch mit Gottes Hülfe ewigen Wohlfahrt betrachte; und wie ich nichts mehr bedaure, als, der Entfernung Ihres Wohnorts von dem meinigen halber,

ſo

ſo ſelten mit mehr als Worten meine Dankbarkeit für alle Zeitlebens von Ihnen empfangene Wohlthaten bezeugen zu können. Gott der Allmächtige gebe Ihnen auch fernerhin ein geſundes ſorgenfreyes Alter, und erhalte Sie noch lange, lange, Ihren Freunden, den Armen, Ihren Kindern, und insbeſondere

Ihrem

ewig dankbaren älteſten Sohne,

dem Verfaſſer.

Vorrede.

Ueberſicht derſelben.

§. 1. Von der Veranlaſſung dieſes Werks.
§. 2. Plan und angefangene Ausführung deſſelben, ſamt Bitte an das Publicum.
§. 3. Nachricht von den dabey gebrauchten Handſchriften.
§. 4. Etwas über die Zeit, in der dieſes geſchrieben wird.

Geneigter Leſer!

Endlich erfolgt dasjenige, was ſchon lange das gelehrte Teutſche Publicum [a]) erwartete, nemlich wieder ein Theil der von dem ſel. Geh. Juſt. Rath Häberlin angefangenen Ausführlichen Reichshiſtorie. Als dieſer mein verewigter Freund die Augen ſchloß, dachte ich wol am wenigſten,

a) ſ. z. B, die allgem. T. Biblioth. 86. B. 1. St. S. 231.

nigſten, daß ich derjenige ſeyn ſollte, welcher ihm in dem mühſamen Unternehmen, der Geſchichtſchreiber ſeines Vaterlandes zu werden, nachfolgen ſollte. Ich wußte aus ſeinen Briefen, daß er dieſen, obſchon arbeitsvollen, doch ſchönen Beruf, ſeinem in Helmſtädt ſchon eine Zeitlang neben ihm geſtandenen, in gleichem Fache bereits durch Schriften rühmlich bekandten Sohne, dem Hrn. Hofrath Carl Friedrich Häberlin, aufgehoben hatte. Aber als ich vernahm, daß die ſtarke hinterlaſſene Familie des Verſtorbenen den Verkauf ſeiner ſchönen Bibliothek nothwendig gemacht; daß dadurch Hr. Hofr. Häberlin außer Stand geſetzt worden, das Werk weiter fortzuſetzen, und daß der Hr. Verleger ſowol als ganz Teutſchland die Fortſetzung wünſchte; als ich dabey ſahe, daß in einer geraumen Zeit niemand ſich zu dieſem Unternehmen dem Publicum ankündigte; da fand ich mich ſo zu ſagen gedrungen, ſelbſt Hand anzulegen, und mich an die Fortführung dieſer bereits zu 32 Bänden angewachſenen und bey dem Jahre 1597. unterbrochenen Reichsgeſchichte, bis auf die neueſten Zeiten, zu wagen. Ich wußte es, daß mein Schritt würklich gewagt ſey; daß es viel unternommen ſey, nach einem Häberlin zu arbeiten, zumal wenn man keine Göttingiſche Bibliothek, kein Wolfenbüttteliſches Archiv zu ſeinem Gebrauch in der Nähe hat. Unterdeſſen, dachte ich, will ich leiſten, was ich kann: und vielleicht kann ich, da ich ſelbſt eine Menge geſchriebener dazu ſehr dienlicher Bücher, auch alter Drucke, theils geerbt, theils gekauft habe, da mir außer meiner eigenen ziemlich

anſehn=

anſehnlichen Bibliothek auch die von der hieſigen und Marpurger Univerſität, ſamt guter Freunde ihren, zum Gebrauch offen ſtehen, da die Geſchichte des Vaterlands von jeher mein Lieblingsſtudium neben der Rechtswiſſenſchaft geweſen iſt, da kein Amt mich hindert, endlich keine Nahrungsſorgen, Gottlob! wie den ſel. Häberlin, faſt alle Meſſe gewöhnlicher Weiſe einen Band zu liefern treiben, doch noch etwas, das des Beyfalls des Vaterlands nicht ganz unwerth ſey, hervorbringen! So entſtund demnach, als eine Anfrage, ob das Publicum mehr von meiner hiſtoriſchen Arbeit leſen wolle? dieſer Band. Von dieſem aber gehören die erſten 140 Seiten annoch dem ſel. Häberlin. Zwey Bogen davon wurden mir ſchon gedruckt von dem Herrn Verleger, und zu den übrigen das Mſcr. theils von dieſem, theils von dem Hrn. Hofr. Häberlin, zugeſchickt. Ich hielt es für billig, ſolche, als ſchon völlig ausgearbeitet vor mir liegend, ganz ſo, wie ſie waren, abdrucken zu laſſen, und durch eine Anmerkung von meiner mit Seite 141. angehenden Arbeit zu unterſcheiden.

§. II. Daß dieſer Band die Geſchichte bis zu Ende des Jahrs 1600. oder des funfzehnten Jahrhunderts fortführen ſolle, wird bereits aus dem zu Anfang des 1789ſten Jahrs desfalls herausgekommenen Nachrichtsblatt zur Genüge bekandt ſeyn, ſo wie auch dieſes, daß ich mir inskünftige allemal zehen Jahre in jedem Band abzuhandeln, und alle Jahre einen dergleichen, wo immer möglich, zu liefern, vorgeſetzt habe. Ich über=

überlegte wol, daß dieſes ſeine Schwierigkeit habe, daß ich manchmal die ſich häufende Materialien, um die Bände nicht zu dick zu machen, mit Gewalt werde zuſammendrängen müſſen: aber ich fand bey reifem Nachdenken, daß bey einem Werk von ſolchem Umfang, einestheils, ſchlechterdings, um nicht in den Tag hinein zu ſchreiben, nach einem Maaßſtabe gearbeitet ſeyn müſſe, anderntheils dieſes nach einem ſolchen Maaßſtabe, der durch ſeine Größe weder das Leben des Unternehmenden wahrſcheinlicher Weiſe überſteige, noch die Käufer abſchrecke. Letzteren beiden Rückſichten gemäß hoffe ich meinen Plan eingerichtet zu haben. Ein Menſch, der ſich dem vierzigſten Jahre nähert, hat etwan noch zwanzig Jahre zu hoffen; und juſt ſo viele Bände muß ich auch noch, dieſem Plane gemäß, außer gegenwärtigem, liefern, wenn ich bis zum Ende des jetzigen achtzehnten Jahrhunderts kommen will. Käufer aber, die bereits in 20 Jahren ihr Geld für 32 Bände eines Werks, ſo lange es noch von entfernteren Zeiten handelte, ausgegeben haben, werden doch allenfalls für noch 20 die Geſchichte der ihnen näheren Zeiten abhandelnde Bände, und zwar auch in 20 Jahren, es auszugeben ſich entſchließen. „Aber„ — wird vielleicht mancher Käufer ſagen — „eben dieſe den „unſrigen ſich nähernde Zeiten, ſollten dieſe nicht „nach dem Verhältniß, wie ſie ſich uns nähern, „behandelt werden? ſollte nicht lieber (geſetzt, man „wollte auch nicht auf mehrere Bände im Ganzen „antragen) ein Zeitraum z. B. von 8 Jahren in „dem laufenden Jahrhundert eben ſo wichtig für

„uns

„uns ſeyn, als einer von 12 in dem vorigen, und „alſo viel nützlicher das vorige Jahrhundert etwan in 8, das jetzige aber in 12 Bänden (zuſammen auch 20.) beſchrieben werden können? „Sollte nicht, um ein recht auffallendes Beyſpiel „zu geben, der durch den Hubertsburger Frieden „beendigte ſiebenjährige Krieg allein einen Band „verdienen, ohne daß man noch die Begebenheiten „dreyer anderer Jahre dazu hineindrängte?„ Ich geſtehe es, vielen Schein hat dieſer Einwurf. Hier ſind aber die Betrachtungen, die ihn bey mir überwogen haben. Es iſt wahr, der durch den Hubertsburger Frieden 1763. beendigte Krieg, um bey dieſem ſtehen zu bleiben, hat bey uns, die wir jetzt leben, die wir als Kinder, oder gar ſchon als Erwachſene, ihn ſelbſt mit angeſehen haben, von den wichtigen Begebenheiten deſſelben vielleicht zum erſtenmal in unſerm Leben recht erſchüttert worden ſind, vielleicht gar durch denſelben Vortheil oder Schaden gehabt haben, eine ganz beſondere Wichtigkeit, und die Geſchichte davon weitläufig, nach allen kleinen Umſtänden noch ſo oft zu leſen, einen vorzüglichen Reiz. Aber — wird dieſe Wichtigkeit, dieſer Reiz für alle folgende Geſchlechter der nemliche ſeyn? Wird nicht, wenn nur wir, das von der Zeit dieſes Kriegs her lebende Menſchengeſchlecht, abgeſtorben ſind, vielleicht dem patriotiſchen Teutſchen die Geſchichte des 1648. beygelegten Kriegs eben ſo wichtig wenigſtens vorkommen, als die des 1763. beendigten? Wird nicht für einen Bewunderer edler Thaten, der Friederich den Großen ſo wenig als Guſtav Adolf perſön-

lich kennen konnte, es den nemlichen Reiz haben, des letzteren Helden-Tod für ein Land, das nicht ſein Vaterland war, zu leſen, als des erſteren den Helden-Tod in ſeinem Vaterland ſuchende Tapferkeit? Wenigſtens meinem Gefühl nach (und ich weiß Männer von Verdienſt, die eben ſo fühlen,) iſt der im Feuer ſingende Huß nicht mehr für das Herz, als der 1400 Jahre vorher unter einem ihn treffenden Steinregen froh gen Himmel blickende Stephan, oder der noch einige 100 Jahre vorher, den Giftbecher in der Hand, ſeinen Feinden vergebende Socrates: warum? weil ich weder Huß, noch Stephan, noch Socrates gekannt habe, oder kennen konnte. Aber, man denke ſich einen Freund, einen Landsmann, oder auch nur einen unparteyiſchen Zeitgenoſſen z. B. von Huß; wird da das Urtheil auch ſo gelautet haben? Wird ihm nicht dieſer über alles gegangen ſeyn? Ich denke doch. Wie es alſo mit den großen Männern der vorigen Zeit bey der Nachwelt iſt, ſo wird es auch mit denen der jetzigen Zeit bey ihr ſeyn. Und für die Nachwelt ſchreibt doch eigentlich jeder, der ein hiſtoriſches, zumal die Geſchichte einer ununterbrochenen Zeitfolge beſchreibendes Werk unternimmt. Alſo, dünkt mich, kann und muß er ſich auch nach ihr richten, die jede Begebenheit, ſo ihr nicht gleichzeitig iſt, nach dem Einfluß, den ſie auf den Staat hat, oder nach ihrem innerlichen Reiz beurtheilt, und der, weil auch die wichtigſten Jahrzehenden nach und nach ihren Einfluß mehr, weniger, oder ganz verlieren, auf die letzt faſt jedes Jahrzehend gleichgültig wird. Und darum habe

ich mich für die Eintheilung nach den Decennien entſchloſſen. Sollten jedennoch die mehreſten meiner Zeitgenoſſen anders hierinnen als ich fühlen, ſollte die Stimme des gleichzeitigen gelehrten Publicums, für das ich doch zunächſt ſchreibe, gegen mich ſeyn, ſo will ich letztere gerne hören, und mir, wenn ein anderer eben ſo ſicher und kurz mich zum Zweck führender, dabey doch der gelehrten Welt angenehmerer Plan mir bekandt gemacht wird, ihn gerne zur Vorſchrift dienen laſſen. So wie ich nun ebengedachtermaßen die Stimme des Publicums über meinen Plan zu vernehmen wünſche, und mir ſie zur Richtſchnur dienen laſſen will, alſo wünſche und verſichere ich ein gleiches in Betracht gegenwärtigen Bandes, deſſen ganze Einrichtung, vom größten bis zum kleinſten Gegenſtand, ich hier nur als ein Probeſtück jedem rechtſchaffenen, der Sache gewachſenen, nicht mit Bitterkeit tadelnden Manne [b]), zur unparteyiſchen, ſchrift- oder mündlichen, oder auch gedruckten Beurtheilung, hiemit übergebe. Es ſey nun, damit ich

b) Alſo kann ich mich freylich dem Urtheile Eines ſonſt um die Wiſſenſchaften ſehr verdienten Mannes und großen Gelehrten, den ich nicht nenne, der ſich aber ſelbſt hier kennen wird, nicht unterwerfen, da derſelbe bey aller Gelegenheit ſowol in Schriften, als auch in Geſellſchaften, ja bey ſeinen Vorleſungen ſelbſt, durch ungünſtige Beurtheilungen meiner Schriften ſowol, als Gedenkungsart, ja auch bey auswärtigen Gelehrten durch Briefe, mich klein zu machen und um alle gute Meinung, die meine Nebenmenſchen etwa von mir haben möchten, zu bringen ſucht, dem ich übrigens dieſes ſein Betragen von Herzen vergebe, aber auch dabey, wenn er daſſelbe noch weiter in Schriften fortſetzen will, den Virgiliſchen Vers zurufe:

Ibo animis contra, vel magnum praeſtet Achillem!

ich mich noch deutlicher ausdrucke, der Stil *), die Begebenheiten ſelbſt, die Aneinanderreihung derſelben, die Weitläufigkeit oder Kürze der Erzählungen, die Art zu citiren, (die mit Fleiß nicht durchgehends einerley iſt,) der Unterſchied in den Schriften, die Wahl der Gewährsmänner, die Anmerkungen, die Marginalien, die Treue in der Erzählung, kurz, was nur immer jemanden in einem Buch gefallen oder misfallen kann, dieſes alles ſey der Gegenſtand der genaueſten Prüfung, und der nicht niederſchlagenden, ſondern belehrenden Critik, die ich mir erbitte. Ich gebe hiebey mein Ehrenwort, daß ich keine Ausſtellung, ſie mag auch beſchaffen ſeyn, wie ſie will, wenn ſie nur **beſcheiden** iſt, mit Unwillen auf-

*) Vielleicht habe ich in Anſehung deſſen am erſten einige Ausſtellung zu erwarten. Einem 1720. gebohrnen Häberlin verzeihet man in Anſehung des Teutſchen leichter, als einem der dreyßig Jahre ſpäter das Licht der Welt erblickt hat. Aber wie, wenn eben letzterer von Kindesbeinen an ungleich mehr Lateiniſche und Griechiſche als Teutſche Geſchichtſchreiber geleſen hätte? Würklich iſt dieſes mein Fall. Wie 2), wenn die meiſten von den in beſonders ſchönem Teutſch geſchriebenen Büchern zu nichts gründlichem führten, hingegen das nützliche oft aus den ſchlecht-ſtiliſirteſten Büchern geholt werden müßte? Iſt dieſes nicht leider auch der Fall, der alle Tage vor Augen liegt? Wie endlich, wenn 3) es vielleicht nicht möglich wäre, eine ſo ausführliche, ſo genaue Geſchichte, als wie dieſe ſeyn muß, zugleich angenehm zu ſchreiben? Vielleicht iſt auch dieſes eine Wahrheit! Doch ſoll alles bisherige nicht geſagt ſeyn, um mich dadurch von der erſten Menſchen- und Chriſten-, alſo auch Schriftſtellers-Pflicht, in allem nach möglichſter Vollkommenheit unabläſſig zu ſtreben, in Betreff des Stils losmachen zu wollen. Ich hoffe, meine geneigte Leſer werden bey der Fortſetzung dieſes Unternehmens gewiß ſich überzeugt ſehen, daß ich ſolche nicht aus den Augen zu ſetzen jederzeit bemühet war.

aufnehmen, ſondern daß ich mit allem, was ich von dieſer Art etwa zu leſen bekomme, nach dem Spruch handeln werde: **Prüfet alles, und das Beſte behaltet.** Denn ich ſuche nichts, als die möglichſte Vollkommenheit, zu welcher zu gelangen ich freylich nicht überall meines Vorgängers Muſter [b]) nachfolgen konnte, die aber im Ganzen nicht beſſer als durch **vernünftiges Lob und vernünftigen Tadel** [c]) erreicht werden kann.

§. III.

b) In welchen Stücken ich, noch außer der zu großen Weitſchweifigkeit, von dem ſonſt geſchickten und mühſam genauen Häberlin abgegangen ſey, will ich hier, zur kurzen Ueberſicht des geneigten Leſers, nur mit wenigem bemerken, in Hoffnung, daß derſelbe, die meiſten wenigſtens von meinen Veränderungen, gutheißen werde. Man warf den Vorreden deſſelben vor, daß ſie mit Unrecht mit ſo vielen Urkunden überladen wären: ich habe keine dergleichen, obwol ich Materialien zu einem ganzen Bande hätte, eingeſchaltet. Die Citationen fehlten bey vielen Seiten gänzlich, bey manchen waren ſie wieder gehäuft: ich habe die meinigen mehr ausgetheilt. H. brachte vieles in den Text, was offenbar in die Anm. gehört hätte: hier wird man dieſerhalben häufigere Anmerkungen finden. Einen Inhalt, und Marginalien, fand man gar nicht; durch beide wird nun hier das Nachſchlagen erleichtert. Endlich wird auch, wie ich hoffe, das Regiſter nicht ſo mangel- und fehlerhaft ſeyn, als das der meiſten Häberliniſchen Bände.

c) Einem Tadel muß ich, weil er vielleicht gegründet ſcheinen könnte, doch gleich hier begegnen. Mancher meiner geneigten Leſer wird nemlich zu wenig Particulargeſchichte der Länder Teutſchlands hier zu finden glauben. Dieſe belangend, ſo habe weder Mühe noch Koſten geſparet, um nach vollendeter Erzählung der öffentlichen Begebenheiten, auch in Anſehung der Privat-Hiſtorie das nöthige zu thun, wie ich dann nicht nur manches Buch desfalls von Marburg durch die Gütigkeit der daſigen Herrn Univerſitäts-Bibliothekarien, ſondern Sattlers Geſchichte von Würtemberg

§. III. Nun iſt es auch nöthig, etwas von denenjenigen Handſchriften zu ſagen, die mir bey Ausarbeitung dieſes Theils der Reichsgeſchichte vorzüglich nützlich geweſen ſind, den nemlichen, von welchen es S. 71. dieſes Bandes heißt, daß in der Vorrede davon Nachricht gegeben werden ſollte. Ich fange, nach der von dem ſel. **Häberlin** a. a. O. gemachten Ordnung, von dem Indice MSC. Actorum Comitialium Ratisbon. Archivi Onoldini an. Dieſes iſt ein Verzeichniß der Rubriken von 9 Bänden Mſc. des Anſpachiſchen Archivs, in welchem, wie der gelehrte Herr Regierungsrath und Geh. Archivarius **Spieß** mir zu ſchreiben die Ehre erwieſen hat, die ſämtlichen Reichs-Tags-Acten von mehr denn 200 Jahren her in der ſchönſten Ordnung ſich befinden. Da ſich das dem ſel. **Häberlin** zum Beſten gefertigte Exemplar unter deſſen Nachlaß nicht mehr finden wollte, ſo hat der Hr. RR. und Geh. Archivarius **Strebel** zu Anſpach die Gütigkeit gehabt, auf mein Anſuchen, mit gnädigſter Bewilligung **Sr. Hochf. Durchlaucht des Hrn. Marggrafen von Brandenburg**, daſſelbe abermals

ſogar von Tübingen, hieher verſchrieben habe. Unter dieſer Beſchäfftigung nun traf mich ein Schreiben meines Herrn Verlegers an, in welchem er mich erſuchte, doch ja den Band nicht zu ſtark zu machen, damit er keinen Schaden bey dem nicht erhöheten Preis des Bandes gegen die nächſtvorherigen haben möchte. Da nun meinem Augenmaaß nach, wenn ich noch weitläufiger in den Particulär-Geſchichten hätte gehen wollen, das Buch zu ſehr angewachſen ſeyn würde, ſo habe ich mich bey denenſelben möglichſt kurz gefaßt, doch aber, wie ich hoffe, keinen für die allgemeine Geſchichte, alſo für meinen Haupt-Gegenſtand, wichtigen Vorfall vergeſſen.

mals für mich ausfertigen zu laſſen. Würklich zeigt deſſen Leſung, daß in dieſem vortrefflichen Archiv ſich faſt von allen Seſſionen des Reichstags von 1598. die Protocolle noch befinden, welches ich deswegen hier anführe, damit es nicht bey jeder Seſſion insbeſondere zu thun genöthiget ſey.

Das zweyte wichtige Hülfsmittel ſind die Acta Comitialia Ratisbonenſia Archivi Wolfenbüttelenſis, welche der Durchlauchtigſte regierende Herzog von Braunſchweig mir nach des ſel. Häberlins Abſterben zum Gebrauch, den ganzen letztvergangenen Winter hindurch, durch Seinen Herrn Canzler von Hoym mittheilen zu laſſen, die hohe Gnade gehabt hat. Es finden ſich dieſelbe in vier faſciculos [f] eingetheilt, davon die einzelnen Stücke von des ſel. H. Hand mit Zahlen bezeichnet ſind. Dieſe machen nun die Grundlage der ganzen Geſchichte des Reichstags von 1598. aus, von welcher ich nicht die Hälfte ſo viel merkwürdiges hätte beybringen können, wenn ich dieſelbe entbehren müſſen. Um ſo mehr hat mit mir das ganze gelehrte Publicum die ausnehmende Leutſeligkeit und Fürſtliche Huld Carl Wilhelm Ferdinands dankbar zu verehren, welcher vortreffliche im Frieden ſo als im Kriege große Fürſt, blos aus Liebe zur Beförderung der Wiſſenſchaften, mein an Ihn ſelbſt unmittelbar und ohne einige Bekandtſchaft oder Empfeh-

f) Nicht aber in Bände, wie man etwa aus dem, von dem ſel. H. bey dem Anführen derſelben gebrauchten Worte Volumen, ſchließen möchte. Denn es iſt kein gebundenes dabey, ſondern alle, zum Theile geheftete Stücke, liegen einzeln, in einigen Päcken, nach einer ganz zufälligen Ordnung, beyſammen.

Empfehlung desfalls gethanes ſchriftliches geziemendes Nachſuchen, alſogleich zu gewähren geruhet hat. Endlich komme auf meinen eigenen S. 72. angeführten Band von Actis Comitialibus des Reichstags von 1598. Es iſt derſelbe in folio, ziemlich dick und von 363 Blättern. Der ehemalige, gleich auswendig, durch den ſchönen Hornband mit goldenen Leiſten, kenntliche, auch inwendig durch das vorgedruckte Bibliotheks-Zeichen außer Zweifel geſetzte Eigenthümer, war der berühmte **Zach. Conrad von Uffenbach**, aus deſſen ehemaliger herrlichen Sammlung ich auch noch mehrere wichtige Handſchriften beſitze. Dieſem aber war er, laut ſeiner eigenen voranſtehenden Bemerkung, von dem Frankf. Patricius **Kellner** geſchenkt worden. Er beſtehet aus einer Menge wenigſtens eigenhändig unterſchriebenen, von Regenſpurg abgelaſſenen Nachrichts-Briefen des damaligen Herzoglich-Sächſiſchen Reichstags-Geſandten, **Wolfgang Spelt**, an den Herzoglich-Sächſiſchen Canzler zu Weimar, **Marx Gerſtenberg**, auf Trackendorf und Schwerſtedt, von allen Handlungen und Gegenhandlungen dieſes Reichstags, denen auch manchmal die an die Herrſchaft abgelaſſene, von dem andern Geſandten, dem **von Wittern**, mit unterſchriebene Berichte, wie auch die Kaiſerlichen Vorträge und Antworten der Stände, in Abſchrift, als Beylagen angefügt ſind. Hin und wieder ſind auch kleine damals zu Regenſpurg gedruckte lateiniſche Gedichte mit eingebunden, meiſtens bittere ſonſt ſehr wohlklingende Klagen über die Langſamkeit der Stände in Verwilligung

der

der Türkenhülfe enthaltend. In allem ſind in dieſem Band zwey und funfzig, noch von dem ſel. Häberlin numerirte, meiſtens ſehr leſerlich geſchriebene Stücke, und gehen vom Anfang des Reichstags bis zu Ende. Von einigen andern Handſchriften meiner Bibliothek, die mir bey Ausarbeitung dieſes Bandes zu ſtatten gekommen ſind, habe ich dort und da in den Anmerkungen Nachricht gegeben.

§. IV. Und nun ſollte ich die Vorrede, da ich nichts das Werk ſelbſt betreffendes mehr zu ſagen habe, nach der gewöhnlichen Weiſe mit der Anzeige des Zeitpuncts, in welchem ſie geſchrieben, beſchließen. Aber, kann ein Teutſcher, kann inſonderheit ein Heſſe, einen ſolchen Zeitpunct, wie der jetzige iſt, mit bloßer Erwähnung der Jahrzahl und des Monatstags zu beſtimmen ſich überwinden? Müßte er nicht kalt, nicht gefühllos ſeyn, um ganz von der Trauer, von der Freude, die dieſer Frühling mit ſich bringt, zu ſchweigen? Ich ſchreibe dieſes alles zu der Zeit, da das Läuten der Glocken und die Farbe der Kleider in jeder Stadt dem ankommenden Fremdling die allgemeine Trauer Teutſchlands verkündiget,

um den Liebhaber und Ausüber der Gerechtigkeit,
um den Schätzer und Belohner des Verdienſts,
um den Freund der Redlichkeit,
um den Beförderer der Wiſſenſchaften und Künſte,
um den ſtrengſten Beſtrafer der Verbrecher ohne Anſehen der Perſon,

um den großmüthigen Verächter der Läſterungen,
um den Feind der Schmeicheley,
um den Haſſer alles überflüſſigen Prachts und Ceremoniels,
um den Herrſcher, der darin eine Ehre ſuchte, ein Teutſcher zu ſeyn,
um den Herſteller der Gewiſſensfreyheit,
um den Reiniger der Religion,
um den Zerbrecher der Italiäniſchen, Teutſchland feſſelnden Ketten,
um Joſeph den Verkannten, den Unvergeßlichen!

Und, o, möchte dieſe Trauer des geſamten Vaterlands bald, recht bald durch die glückliche Wahl eines, ſeines thätigen, ſeines aufgeklärten Vorgängers würdigen Nachfolgers, nicht geſtillt — aber doch gemildert werden! Möchten uns die zur Wahl eines Reichs-Oberhauptes durch Geſetz und Herkommen berechtigte vornehmſte acht Fürſten Teutſchlands bald wieder mit einem Kaiſer beglücken, der ganz vom Geiſt Joſephs hierinnen beſeelt, in deſſen Fußſtapfen träte, und, von eben dieſen Fürſten mächtig unterſtützt, den Aberglauben völlig unter die Füße träte, die Fackel des Fanatiſmus ganz auslöſchte, die chriſtliche Religion in allen Theilen unſers Vaterlands zu ihrer urſprünglichen Schönheit zurückbrächte, und dieſes geliebte Vaterland ohne Ausnahme und für immer von den römiſchen Sclavenketten, die ſchon zehen Jahrhunderte um die zu gutmüthigen Teutſchen geklirrt haben, befreyete! endlich, um noch mehr als Joſeph zu ſeyn, eine allge-

allgemeine wechſelsweiſe Toleranz [g]) aller ſo lange bis zur Verfolgung getrennt geweſenen chriſtlichen Religions-Parteyen, durch ganz Teutſchland, von einem Ende deſſelben zum andern, zu ſtiften bemühet wäre!

So trauert, ſo klaget, ſo wünſchet ganz Teutſchland und alle ſeine Provinzen. Aber unter allen dieſen hebet von der allgemeinen Trauer, wozu noch die beſondere um einen zwanzig Jahre lang regierenden huldreichen ſein Volk liebenden Fürſten kommt, vor andern ſein Haupt zu fröhlichen Erwartungen empor derjenige Theil unſers Vaterlandes, der ſeit ganz kurzem von Ludwig dem X. beherrſchet

 wird,

g) Toleranz, heilige ſchöne Tochter des Himmels! wann wirſt du einmal uns Teutſche insgeſamt und völlig beglücken! Lange genug ſeufzen wir nach dir, wie Egyptens Sand nach dem wohlthätigen Nilſtrom! Du gingſt auf, gleich einem hellleuchtenden Geſtirne, in dem Theil des Vaterlands, der einſt von Friedrich dem Großen beherrſcht ward; du warfſt viele deiner wohlthätigen Strahlen auf Joſephs Staaten, und etwas von deinem Schimmer iſt auch bis in die übrigen Provinzen Teutſchlands durchgedrungen. Aber wann, wann wirſt du wohlthätig, belebend, erquickend über ganz Teutſchland aufgehen, wann wirſt du es durchgehends mit gleichem Sonnenähnlichen Glanze, wie ſeit kurzem das benachbarte Frankreich, ſeit zehen Jahren das freye America, erleuchten? O, möchten die ſeligen Zeiten, wo dieſes nicht mehr Wunſch wäre, nahe ſeyn! Aber leider, ſcheinet ihr noch ferne! Ferne ſeyd ihr noch da, wo das Wort, herrſchend, von einer oder der andern chriſtlichen Religionspartey gebraucht wird; wo man den, der ein Amt ſucht, noch fragt, ob er ein iE, oder ein iſt oder ein aner ſey? wo einer oder der andern Religion Verwandte nur ſtille in Häuſern ohne Zuſammenkunft ſich aufhalten dürfen, oder doch Kirchen, Geſang und Klang, oder ſonſt etwas, was es auch

wird, von dem Fürſten, welcher außerdem, daß Er die wenigen voń dem Antritt Seiner Regierung bis hieher verfloſſenen Tage mit lauter edlen Thaten auszuzeichnen bemühet geweſen, auch noch gegen die hieſige Ihm glückwünſchende Haupt-Gerichtsſtelle Seiner Lande, unter andern für ſie ſelbſt äuſſerſt verbindlichen und herablaſſenden Ausdrücken, auf folgende recht Landesväterliche Art ſich geäuſſert hat: **Wir wollen alle nur Eine Familie ausmachen, zu deren Haupte mich Gott geſetzt hat, und mit vereinigten Kräften das Beſte des Landes befördern.** Läßt ſich nicht von einem Fürſten, der ſo Sich erkläret, alles erwarten? Hoffen die getreuen Heſſen zu viel, wenn ſie in ihm

den

auch ſey, entbehren müſſen; wo noch darauf geſehen wird, daß eine oder die andere Partey ſich nicht zu ſehr vermehre; wo ſogar in öffentlichen Schriften tolerant ſeyn wollender Männer, eine oder die andere Religion angegriffen, und als dumm, verführeriſch, gefährlich, u. d. g. verſchryen wird; wo — doch wer kann alle Urſachen beſchreiben, warum ächte Toleranz noch leider ſehr ferne von Teutſchland iſt! Fürſten Teutſchlands! meine Stimme iſt nur eine Stimme; aber von Tauſenden Eurer nach Toleranz ſich ſehnenden Unterthanen, Fürſten Teutſchlands! höret dieſes einzigen Stimme im Namen jener Tauſenden: „Gebt uns wahre allgemeine uneingeſchränkte Toleranz, wie in Frankreich und America!„ Dieſe — nicht eine ſpeculative unfruchtbare Unterſuchung, ſey der Vorwurf der nächſten Preisfrage aller Eurer Academien! Dieſe ſey ein Gegenſtand der Berathſchlagung in Euren Rathsverſammlungen, auf Euren Landtägen! Davon handelt in Euren Briefen! Davon laßt durch Eure Geſandten handeln! Davon auf dem Reichstage zu handeln, verpflichtet Euer künftiges Oberhaupt! Und dann, von dieſem angeführt, vernichtet alle Reichsgeſetze, alles Herkommen, alle Friedensſchlüſſe, in ſo weit ſie dieſem heilſamen Zwecke entgegenſtehen!

den wahren Freund der Religion,
den Fürſten, der keiner Leidenſchaft frohnet,
den eifrigen Unterſtützer der Kirchen und Schulen,
den milden Vater der Armen und Nothleidenden,
den erleuchteten Verwalter der Staatseinkünfte,
den Erhalter der gemäßigten Freyheit,
den Liebhaber der Gerechtigkeit ohne Anſehen der Perſon,
den ungebetenen Belohner wahrer Verdienſte,
den weiſen Beſtrafer der Verbrecher,
den großmüthigen Verächter der Läſterungen,
den Erhörer gerechter Beſchwerden,
den Erleichterer Handels und Wandels,
den thätigen Beförderer von nützlichen Künſten und Wiſſenſchaften,
den Einſichtsvollen Erwähler ſeiner Dienerſchaft,
den Fürſten, der ſichs zur Ehre macht, ein Teutſcher zu ſeyn,
endlich, den erklärten Feind aller Schmeichler, und dererjenigen, welche die Größe oder das hauptſächlichſte Vergnügen eines Fürſten in etwas anders als dem Glück ſeiner Unterthanen ſetzen: kurz, alles in Einem zuſammengefaßt,

den wahren Vater des Vaterlandes,

zu beſitzen hoffen? Ja, Ludwig ſey es! und ein frohes Vorgefühl ſagt meinem Herzen: **Er wird es ſeyn!** Er ſey es bis in die entfernteſten Jahre menſchlichen Lebens! ſtets durch äußere erwünſchte

Umſtände, noch weit mehr durch das tägliche Bewußtſeyn edler Fürſtenthaten, und durch die Liebe ſeines Volkes beglückt! Es genieße mit Ihm das vollkommenſte Glück die Durchlauchtigſte, durch Schönheit ſo wie durch Tugenden ausgezeichnete Louiſe, ſeines Herzens Luſt! Es wachſen und blühen alle aus Ludwigs und Louiſens ſelbſtgewählter Verbindung entſtandene Prinzen und Prinzeſſinnen des Hohen Heſſiſchen Fürſtenhauſes! Und Heſſen werde durch ſie alle beglückt! Geſchrieben zu Gießen, um die Oſter-Zeit 1790.

Inhalt.

1597.

Seite

Pfälziſcher Religions-Zuſtand. Des Churfürſten daſelbſt mit dem Herzog von Würtemberg vorgehabtes Religions-Geſpräch. 13

Tod und Erbfolge des Pfalzgrafen Friedrichs 16

Würtembergiſche vergebliche Bemühung der Afterlehenſchaft halber 18

Strasburgiſche Händel 22

Löwenſteiniſche Emancipation und Aufhebung der Primogenitur 25

Oſtfrieſiſche Vorfallenheiten, und Kaiſerliche Reſolution wegen derſelben 44

Erledigung des Herzogthums Ferrara in Italien, und Vergleich über ſolches, wodurch es an den Pabſt kommt. 71

Nachricht von Handſchriften den Reichstag betreffend. 73—80

Ausſchreiben zum Reichstag nach Regenſpurg.

Des

Seite
Des Kaiſers Bemühung wegen der Stimmen der Proteſtantiſchen geiſtlichen Stände, auch
Braunſchweigiſch- und Magdeburgiſcher Brief-Wechſel darüber. 80 — 136
Des Herzogs von Braunſchweig Inſtruction an ſeine Reichstags-Geſandte 136
Sachſen-Lauenburgiſche Inſtruction 167
Chur-Sächſiſche Inſtruction 169
Inſtruction der Herzoglich-Sächſiſchen Geſandten 178
Eröffnung des Reichstags 182
Vortrag der Kaiſerlichen Commiſſarien 185
Berathſchlagungen hierüber, inſonderheit der Türkenhülfe halber 188
Geſandtſchaft der 3 Oeſterreichiſchen Landſchaften 212

1598.

Weitere Berathſchlagungen 214
Abermaliger Vortrag der Geſandten der Oeſterreichiſchen Landſchaften 220
Fernere Berathſchlagungen 223
Nochmalige Vorſtellung letztgedachter Geſandtſchaft 233
Verfolg der Berathſchlagungen 237
Der Stände Antwort, die Türkenhülfe, u. ſ. w. belangend 246
Pommeriſcher Geſandten Bitte 251
Münſter- und Lüttichiſche Bittſchrift 253
Noch weitere Berathſchlagungen 255
Kaiſerliche Replik wegen der Türkenhülfe 257
Berathſchlagung der Fürſten hierüber 262
Weſtfäliſchen Kreiſes Beſchwerden 266

Tur-

Seite
Burgundiſcher Gegenbericht 269
Der Stånde Duplik 281
Kaiſerliche Triplik 285
Berathſchlagungen darůber 287
Der Stånde Quadruplik 294
Kaiſerliche Schluß-Erklårung 296
Umfrage wegen derſelben 297
Letzte Antwort der Stånde 300
Erklårung der Stånde wegen der Reuterbeſtallung und ſonſten 302
Kaiſerliche Replik darůber 303
Duplik der Stånde 305
Reichs-Abſchied 307
Religionsbeſchwerden auf dem Reichstag 317
Proteſtantiſche Replik in Betreff derſelben 326
Proteſtantiſche Exceptionsſchrift auf die Catholiſchen Beſchwerden 339
Bittſchrift der Wetterauiſchen Grafen, 361
imgleichen der Frånkiſchen 363
Grafen Philipps von der Mark Bittſchrift gegen den Gr. von Manderſcheid Blankenheim, und deſſen Antwort 366
Konrad von Pappenheim Bittſchrift um ſeine Erledigung 385
Gr. Joachims von Ortenburg Bittſchrift bei dem Reichstag ůbergeben 395
Chur-Köllniſche Bittſchrift wegen Padberg 400
Jůlichiſche Bittſchrift 404
Lůttichiſche Vorſtellung wegen Agimont 405
H. Ernſt von Braunſchweig-Lůneburg Vorſtellung gegen Werner von Schulenburg 406

Seite

Der Gräfin Anne von Hohenzollern Klage gegen den Kaufmann Löhneis 411

Chriſtofs, Truchſeſſen von Waldburg Bittſchrift 414

Der Stadt Regenſpurg Geſuch gegen Bayern 415

Bittſchriften um Nachlaß der Türkenhülfe 417

Hilmars von Münchhauſen Bittſchrift gegen den B. von Minden 419

Barthol. Albrechts Münz-Sache 422

Ulrich Schwickarts Bittſchrift 428

Verſammlung der Proteſtantiſchen Stände zu Frankfurt 431

Churpfälziſche Inſtruction dazu 432

Proteſtationsſchreiben der A. C. Stände, wegen der höher als ſie es zugeben wollen verwilligten Türkenhülfe 441

Abſchied einiger Reichskreiſe zu Regenſpurg 444

Ober-Sächſiſcher Kreis-Abſchied, mit Neben-Abſchieden 447

Nieder-Sächſiſcher Kreis-Abſchied 451

Weſtfäliſcher Kreis-Abſchied zu Cölln 454

desgleichen zu Dortmund 456

Niederländiſche Begebenheiten 460

K. Rudolfs des II. Privatbegebenheiten 468

Oeſterreichiſche Vorfallenheiten 472

Bayeriſche Begebenheiten 477

Chur-Brandenburgiſche Begebenheiten 479

Trieriſche Begebenheiten 484

Braunſchweigiſche Begebenheiten 484

Würtembergiſche Angelegenheiten 487

Oſtfrieſiſche Unruhen 492

Oldenburgiſche Begebenheiten 501

Von

	Seite
Von den Hanſeeſtädten	505
Aacheniſche Händel.	508

1599.

Verſammlung der Proteſtantiſchen Stände zu Friedberg	531
Niederſächſiſche Kreis=Abſchiede	534
Fränkiſchen Kreiſes Zuſammenkünfte	565
Oberrheiniſche Kreistäge	576
Chur=Rheiniſche Kreistäge	583
Ober=Sächſiſche Kreistäge	586
Weſtfäliſcher Kreistag	591
Niederländiſche weitere Begebenheiten	595
K. Rudolfs weitere Begebenheiten	607
Oeſterreichiſche Geſchichten	609
Trieriſche Vorfälle	617
Braunſchweigiſche Händel	618
Weitere Würtembergiſche Begebenheiten	620
Oſtfrieſiſche Vorfallenheiten	633

1600.

Reichs=Deputationstag zu Speier	636
Zuſammenkünfte der Proteſtanten	692
Fränkiſcher Kreisabſchied	699
Niederländiſche Begebenheiten	701
K. Rudolfs Angelegenheiten	715
Oeſterreichiſche Begebenheiten	718
Trieriſche	723

Braun=

Seite
Braunſchweigiſche Begebenheiten 724
Würtembergiſche 727
Oſtfrieſiſche 729
Aacheniſche 731
Sächſiſche 732
Heſſiſche 736
Jülichiſche 742
Pfälziſche 743
Mecklenburgiſche 744
Vermiſchte Begebenheiten und Urkunden 745—760

Fort=

Fortſetzung der Regierungsgeſchichte
Kayſer Rudolfs des Zweiten,
vom Jahr 1576 — 1612.

Um die Geſchichte des, gegen Ende des J. J. 1597. eröfneten, und bis in den April des folgenden Jahrs fortgedauerten, Regenſpurgiſchen Reichstages, in ihrem Zuſammenhange, abhandeln zu können, will ich erſt noch einige merkwürdige Begebenheiten berühren, die ſich im J. 1597. in einigen Teutſchen Provinzen ereignet haben, und welche ich, wegen Mangel des Raumes, in dem vorhergehenden zwanzigſten Bande, nicht noch habe mit einrücken können. Chr. 1597

J. Chr. 1597 Die erſte betrift das verwirrte Religionsweſen in den Chur-Pfälziſchen Landen. Der Churfürſt Friedrich IV. ſetzte nemlich die von ſeinem verſtorbenem Oheim und geweſenem Vormunde, dem Pfalzgrafen Johann Caſimir, angefangene Wiedereinſetzung der reformirten (1592.) Religion [a]) in ſeinen Staaten eifrig fort, welches beſonders in der Ober-Pfalz allerhand gefährliche Unruhen veranlaßt hatte [b]). Dieſes (a. e.) bewog den damaligen H. Ludewig von Würtenberg, daß Er dem jungen Churfürſten Friedrich, zu ſeinem beſſern Unterrichte, ein Religionsgeſpräch vorſchlug; ehe es aber zu Stande kommen konnte, ſtarb der H. Ludewig [c]). Wegen ſolcher Religionsbedrückungen hatten ſich nun zwar der Landmarſchall, die Kommiſſarien und der Ausſchuß der Oberpfälziſchen Landſtände, mit einer Supplikation, an den Adminiſtrator der Chur-Sachſen und die übrigen Fürſten und Stände der A. C., auf dem dama(1594.)ligen R. Tage zu Regenſpurg gewandt, welche auch deshalb ein Interceſſionsſchreiben an den Churfürſten Friedrich von der Pfalz ergehen lieſſen [d]); allein es fruchtete ſolches nichts, und der Churfürſt fuhr fort, die reformirte Religion, ungeachtet der Widerſetzung der Landſtände und Unterthanen in der Obern Pfalz, auch durch gewaltthätige Mittel ferner einzuführen. Dieſes gab Gelegenheit, ſich des faſt ganz vergeſſenen Religionsgeſpräches wieder zu erin(1596.)nern. Als nemlich der Churfürſt ſich eine Zeitlang

a) S. die N. T. R. Geſchichte, im XIII. Bande, S. 498-500. und im XIV Bande, S. 76-91.
b) S. Eben dieſelbe, im XVI. Bande, S. 363-371.
c) S. Eben dieſelbe, im XVII. Bande, S. 475. f.
d) S. Eben dieſelbe, im XVIII. Bande, S. 575-587.

lang in der Obern Pfalz aufhielt, und der Pfalz-graf Philipp Ludewig von Neuburg Ihn be-ſuchte; ſo ſprachen Sie unter andern auch von der leidigen Religionstrennung unter den Ständen und Theologen, welche von dem Pabſtthume abgewichen waren, wobey der Pfalzgraf eines in die Enge zu ziehenden Religionsgeſpräches gedachte, bey welchem der Churfürſt ſelbſt hören könnte, was für Mängel ein Theil wider den Andern habe, und wie ein Jeder ſeine Meinung aus GOttes Worte verantworten könnte. Weil nun der Churfürſt hiezu nicht abgeneigt war; ſo bat der Pfalzgraf Philipp Ludewig den H. Friedrich von Würtenberg um ſeinen guten Rath, wie ſolches zu bewürken ſeyn möchte, und der H. Friedrich verlangte hierauf von ſeinen Kirchen-Räthen, daß Sie darüber ein Bedenken ſtellen ſollten.

J. Chr. 1597

(13. Merz. a. e.)

In dieſem Gutachten äuſſern nun die Würtenbergiſchen Kirchen-Räthe, daß dieſes Werk vornemlich auf zwey Punkten beruhe: 1) ob ein ſolches Kolloquium, wie der Pfalzgraf von Neuburg, in ſeinem Schreiben an den Herzog, erwähne, anzuſtellen? und 2) wie daſſelbe, in ſolchem Falle, fruchtbarlich anzufangen und ins Werk zu richten ſey? In Anſehung des erſten Punkts möchte ſich der Herzog erinnern, daß zwar bisher, mit den Zwinglianern und Kalviniſten, in den Marburgiſchen *) und Maulbronniſchen †), wie auch Herzbergiſchen *) Kolloquien, ingleichen bey der Heydel-

(22. e. m. et a.)

*) S. Meinen ſogenannten Auszug ꝛc. im XI. Bande, S. 153. f.
†) S. die N. T. R. Geſchichte, im V. Bande, S. 646-649.
*) S. Eben dieſelbe im X. Bande, S. 613-615.

J. Chr. delbergiſchen Diſputation †), vieles wäre kon-
1597 ferirt und verhandelt, aber dadurch die Uneinigkeit und das Mißverſtändniß nicht beygelegt, ſondern, mit Verluſt der Zeit und Koſten, nur noch mehrere Verläumdung und Verbitterung verurſachet worden; auſſer dem Mümpelgardiſchen Kolloquium *), als welches nicht ohne Frucht abgelaufen ſey, wie die Kalviniſten theils ſelbſt bekennen müſſen, daß Sie in demſelben schlechte Ehre eingelegt hätten. Mithin könnten Sie, die Kirchen-Räthe, nicht wohl zu einem Kolloquium rathen, wenn Sie blos auf den gemeinen Lauf und den Fortgang ſolcher Religionsgeſpräche ſehen wollten. Weil aber, ihres Erachtens, dieſe Zuſammenkunft und Geſpräch, von dem Pfalzgrafen Philipp Ludewig, vorzüglich dahin angeſehen ſey, daß der Churfürſt Friedrich von der Pfalz, in den, zwiſchen den Evangeliſch-Lutheriſchen und den Kalviniſten ſtreitigen Artickeln, welche nicht nur auf dem Streite vom heiligen Abendmahl, ſondern auch vornemlich von der Perſon Chriſti, von der Taufe und von der Prädeſtination beruhen, vollkommener unterrichtet würde, und auch auſſerdem der Pfalzgraf Philipp Ludewig gegen den Churfürſten Friedrich, in einem eigenen Schreiben, von dergleichen Kolloquium Anregung gethan, auch deshalb an den Marggrafen Georg Friedrich zu Brandenburg-Anſpach geſchrieben hätte; ſo würde ſich der Herzog einer ſolchen Konferenz nicht wohl entſchlagen können, theils damit ſeine Theologen nicht dafür geachtet werden möchten, als ob

†) S. N. T. R. Geſchichte, im XIV. Bande, S. 81. f.

*) S. Eben daſelbſt, S. 533-543.

ob Sie das Licht ſcheuen wollten, theils damit J. Chr.
der gedachte Churfürſt Friedrich ſpüren möge, 1597
daß man diſſeits nicht begehre eine chriſtliche Einigkeit und vertrauliche Korreſpondenz, welche neben der göttlichen Wahrheit beſtehen könne, zu hindern. Sie die Kirchen-Räthe, hielten alſo dafür, daß ein ſolches Kolloquium mit Frucht und Nutzen alsdann ablaufen werde, wenn der Churfürſt demſelben perſönlich beywohnte. Denn wenn ſolches nicht geſchähe, würde eine ſchlechte Frucht zu hoffen, und deswegen von dem Herzog in ein ſolches Religionsgeſpräch nicht zu willigen ſeyn. Hiernächſt würde dem Hauptwerke ſehr zuträglich ſeyn, wenn der Herzog, nebſt dem Pfalzgrafen Philipp Ludewig, dieſem Kolloquium in Perſon beywohnen könnten, gleichwie Er bey dem letztern Kolloquium zu Mümpelgard präſidirt hätte, und daher der Pfalzgraf dem jungen Churfürſten in den vorkommenden Punkten guten Unterricht zu geben wüßte; jedoch ſtellten Sie es zu des Herzogs Belieben: ob Er künftig bey dieſem Kolloquium in eigener Perſon, oder durch ſeine dazu abgeordnete Räthe erſcheinen wolle.

Was den andern Punkt belange, nemlich die Vorbereitungen de *modo colloquendi*, ſo würden ſich dieſelben durch Schreiben nicht wohl ausmachen laſſen, ſondern es würde, ihres Ermeſſens, nöthig ſeyn, daß der Herzog mit dem Pfalzgrafen Philipp Ludewig und dem Marggrafen Georg Friedrich, über eine gewiſſe Zeit und geraumen Ort, wohin Sie allerſeits ihre Theologen und politiſche Räthe abſchicken wollten, zuförderſt ſich vergliche, welches aber, wegen Kürze der Zeit, nicht wohl noch vor Oſtern geſchehen

J. Chr. 1597 könnte. Inzwiſchen könnte die Zeit und der Ort, zu Verrichtung ſolcher Vorbereitungen, dem Pfalzgrafen Philipp Ludewig heimgeſtellt, und des Herzogs weitere Erklärung erwartet werden. Wenn man nun über den Tag und Ort mit einander einverſtanden wäre; ſo könnte man alsdann auf eine Inſtrucktion bedacht ſeyn, welcher Geſtalt die deputirten Räthe abzufertigen, und was man von dem *Proceſſu Colloquii* ferner tracktiren und beſchließlich handeln möchte. Solches alles könnte hernach dem Churfürſten, in einem von den Deputirten verfaßten Geſammtſchreiben, nebſt Beyſchlieſſung des einhellig verglichenen *Proceſſus colloquendi*, unter der gedachten drey Fürſten Namen und Unterſchrift, zu erkennen gegeben, und Derſelbe erſucht werden, dem Kolloquium in eigener Perſon, als ohne welches man ſonſt nichts fruchtbarliches ausrichten könnte, mit beyzuwohnen. Und obgleich man in Zweifel ſtünde, daß der Churfürſt dem Kolloquium in Perſon mit beywohnen werde, weil ſeine Räthe Ihm, von der Beſuchung deſſelben, vermuthlich abrathen, und es ſich auch damit in etwas verweilen würde; ſo wäre doch nichts deſto weniger die Antwort des Churfürſten erſt abzuwarten, und darauf, nach Beſchaffenheit derſelben, weiter zu verfahren. Uebrigens wollten Sie, die Kirchen-Räthe, gänzlich hoffen, daß dieſes Kolloquium, wenn es, in Beyſeyn des Churfürſten, angefangen und geendiget würde, mittelſt göttlichen Segens, vielen Nutzen ſchaffen, und der Churfürſt diejenigen, welche Ihn hiebevor in Religionsſachen übel unterrichtet hätten, um ſo viel mehr würde kennen lernen. Dieſes Bedenken ließ ſich nun der H. Friedrich von Würtenberg gefallen,

und

und ſchrieb eigenhändig bey dem erſten Punkte J. Chr. an den Rand deſſelben: „es müſſe ausdrücklich 1597 „gemeldet werden, daß der Churfürſt in Perſon „ſelbſt dabey ſey, indem es ſonſt vergebens „ſey;„ ingleichen: „nachdem das Kolloquium „an Ort und Enden gehalten oder angeſtellt wür„de, ſcheue Er ſeine Perſon dabey gar nicht, „denn Er S. L. ziemlicher maſſen den *Modum tra„ctandi* wiſſe; wie Er dann zu Baden †) auch „perſönlich geweſen ſey, und würde das gehaltene „Mümpelgardiſche Kolloquium viele gute „Anweiſung *de Modo* geben.„ Endlich bey dem zweiten Punkte des Gutachtens ſchrieb Er an den Rand: „*Placet* der Zeit halber, doch den „Herrn Pfalzgrafen dahin zu aviſiren, damit „der beſtimmte *Terminus* aufs eheſt, als möglich, „möchte ernannt werden; denn wenn es die Kal„viniſten würden erfahren, bevorab Etliche „des Churfürſten Räthe, würden Sie Stühl „und Bänke einwerfen, zu Verhinderung die„ſer Zuſammenkunft, weil nicht jer nachgieng, „und ihnen bald vom Seil fallen möchte.„

Der Churfürſt Friedrich von der Pfalz war aber, in Anſehung des anzuſtellenden Religionsgeſpräches, einer andern Meinung, und hielt dafür, daß daſſelbe nur unter den Theologen der Stadt Amberg gehalten werden ſollte. Auſſerdem mußte man beſorgen, daß der Churfürſt, als ein junger Herr, von ſeinen vertrauten Räthen, wieder davon abwendig gemacht werden dürfte; mithin gab der Marggraf Georg Friedrich den Rath, daß man ſich vor allen Dingen der Churfürſtlichen Geſinnung ver-

 ſichern

†) S. die N. T. R. Geſchichte, im XV. Bande, S. 312-327., beſonders S. 316.

J. Chr. 1597 (10. Aug. a. e.) ſichern müßte. Dem zufolge lieſſen die drey obgenannten Fürſten ein gemeinſchaftliches Schreiben an den Churfürſten ergehen, des Inhaltes: „es würde Ihm, ſeinem beywohnenden „Verſtande nach, unverborgen ſeyn, wie viel „daran gelegen ſey, daß die Churfürſten und „Fürſten des H. R. R., welche von dem abgöt„tiſchen Pabſtthume abgewichen, ſowohl in „Religions- als weltlichen Sachen, treulich „zuſammen hielten, weil Ihnen nicht allein der „Erbfeind des chriſtlichen Namens, ſondern „auch der Pabſt, mit ſeinen Angehörigen, zuwi„der ſey, als deren vielfältige und blutgierige „Pracktiken, aus den Schriften der Jeſuiten, „und andern Handlungen, bisher ziemlich geſpürt „worden. Daneben hätte auch der Churfürſt „vernünftig zu erwägen, was für höchſt ſchädli„che Aergerniſſe in der Kirche GOttes aus den „vorhandenen Religionsſpaltungen entſtanden, „und noch ferner zu erwarten ſeyen. Nun hät„ten Sie, der Pfalzgraf, der Marggraf und „der Herzog, ſich ſolches zu Gemüthe gezogen, „und hielten, als chriſtliche Fürſten, es für ihre „Schuldigkeit, die Religion, welche Sie in ih„ren Landen ausüben und predigen lieſſen, vor „dem Richterſtuhle Chriſti zu verantworten, „und dem vor Augen ſchwebenden Unheil, ſoviel „immer möglich, zu begegnen. Und da Sie „nun beſonders geneigt und begierig wären, mit „dem Churfürſten, der nahen Verwandniß „halber, nicht allein in weltlichen Sachen, dar„an hoffentlich an Ihnen bisher kein Mangel er„ſchienen, ſondern auch in der chriſtlichen Lehre „und Religion, vermöge GOttes Wortes, ſich „freundlich zu vergleichen, und eine vertrau„liche und gute Korreſpondenz zu halten; ſo

„hät-

„hätten Sie ſich mit einander verglichen, dem J. Chr.
„Churfürſten, zu gewünſchter Errichtung ſol- 1597
„cher heilſamen und höchſt nöthigen Verglei-
„chung, dieſes, ihres Erachtens, nicht undienli-
„che Mittel freundlich anzubieten, daß Sie, in
„ſeiner, des Churfürſten und ihrer perſönlichen
„Gegenwart Etliche aus Deſſen und ihren
„Theologen, in einem kurzen, und, ſoviel mög-
„lich, eng eingezogenem Geſpräche, bey erſter
„Gelegenheit, gegen einander verhören wollten,
„weil ja ein Theil den Andern, in öffentlichen
„Schriften und Predigten, einer verführeri-
„ſchen Lehre beſchuldigte. Und zwar ſollte
„dieſes Geſpräch nicht über einige diſputirliche
„oder ungewöhnliche Redensarten, ſondern
„darüber gehalten werden, was für Mängel Ei-
„ner gegen den Andern, in den vornehmſten ſtrei-
„tigen Haupt- und Lehr-Punkten, habe; ob
„und wo ſolche in des Gegentheils Schriften
„zu finden; ingleichen wie Er ſich getraue, ſolche,
„ſeines Erachtens irrige und verführeriſche
„Lehre, allein aus GOttes Worte, als der ei-
„nigen Richtſchnur, nach welcher alle Lehren
„beurtheilt werden ſollen, zu widerlegen, da-
„gegen aber ſeine Meinung zu verantwor-
„ten.„

„Freylich hätten die angeſtellten Religions-
„geſpräche nicht allemahl den gewünſchten
„Ausgang gehabt. Weil aber doch Sie, die
„drey Fürſten, noch zur Zeit, kein anderes Mit-
„tel ſähen, wie dieſer langwierigen, höchſt be-
„ſchwerlichen und weit ausſehenden Trennung
„endlich abzuhelfen ſeyn möchte; ſo wären Sie
„geſonnen, dergleichen Kolloquium zur Hand
„zu nehmen, und ſich mit Ihm, dem Churfür-
„ſten, wenn es Ihm auch gefällig wäre, nach

J. Chr. 1597 „ſeiner eingelangten Reſolution, über den Proceß und etliche Geſetze, freundlich und unverzüglich, zu vergleichen, die von den beiderſeitigen Kolloquenten ſollten beobachtet werden, „damit es, ihrer Hofnung nach, nicht lange „währen, und nicht ganz ohne Frucht ablaufen ſollte. Sie, die drey Fürſten, wären diesfalls ihrer Theologen mächtig, und verſähen „ſich zu Ihnen, daß Sie ſich nicht ſcheuen würden, ihre Lehre vor dem Churfürſten und „Ihnen gegen den Gegentheil zu bekennen und „zu verantworten. Mithin würden auch die „Churfürſtlichen Theologen deſto weniger „Urſache haben, ſolches Kolloquium zu verhindern oder abzuſchlagen, weil Sie ja ſonſt „ſelbſt pflegten, um Verhör zu bitten, und ſich „zu beſchweren, daß Sie gleichſam unverhört „verdammt würden, dergleichen an alle und jede, „auf dem letztern Regenſpurgiſchen R. Tage „verſammelte, proteſtirende Stände gerichtete „demüthige Supplikation, im vorigen Jahr, „nach geendigtem R. Tage, durch den Druck „ausgeſprengt worden. Es gelange daher an „den Churfürſten ihre, der drey Fürſten, geſammte freundliche Bitte, daß Er nicht allein „dieſes ihr chriſtliches Vorhaben ſich möge belieben laſſen, und es dahin verſtehen, daß es „nicht anders, als zur Beförderung der Ehre „GOttes, zur Erhaltung ſeines reinen und allein ſeligmachenden Wortes, und zur Anſtellung und Fortpflanzung chriſtlicher und erbaulicher Einigkeit gemeint, auch aus treuherziger vetterlicher Affecktion gegen den Churfürſten hergefloſſen ſey, ſondern daß Er auch „Zeit und Ort Ihnen benennen möge, wann „und wo ſolche freundliche Kollation, nach vor-

„her-

„hergehenden und obgedachten Vergleichung des J. Chr.
„Proceſſes, angeſtellt und vollzogen werden 1597
„könnte. Uebrigens wäre es Ihnen nicht zuwi„der, wenn es, weil der Churfürſt ſich in ſeinem „obern Fürſtenthume in Bayern aufhielte, da„ſelbſt ins Werk gerichtet würde, indem Sie, „ſammt und ſonders, wegen Wichtigkeit und „Nothwendigkeit der Sache, es gern beför„dert ſehen wollten; mit dem Erbieten, daß „Sie, wo nicht Alle, doch eines Theils in Per„ſon dabey erſcheinen wollten; worüber Sie ſei„ne Antwort bey dem hiemit abgefertigten Bo„ten erwarteten.„

Die drey Fürſten hatten alſo zu dergleichen Religionsgeſpräche ſolche Vorbereitungen gemacht, als ob der Churfürſt ſolches würklich bewilliget hätte. Allein derſelbe verzögerte ſolches Vorhaben, unter dem Vorwande, daß Er dieſe wichtige Sache wohl überlegen müßte. Dagegen beförderte Er die in der Obern Pfalz 1597.
angefangene Einführung der Reformirten Religion, mit Abſchaffung der Kirchendiener, und andern Handlungen, welche aber dem, vor einigen Jahren, gemachten Abſchiede ganz zuwider waren. Er fand jedoch dabey groſſe Schwierigkeiten, weil der Magiſtrat zu Amberg ſich dazu nicht verſtehen wollte, den Er zwar abſetzte, und ſich bemühete, einen neuen Rath einzuſetzen, es wollte Ihm aber hiezu faſt an tüchtigen Leuten fehlen. Nicht wenig trug hiezu bey, daß der Churfürſt, ſeines jungen Alters halber, noch nicht genugſames Anſehen hatte. Da nun der Churfürſt ſeine Antwort, wegen des vorgeſchlagenen Kolloquiums noch immer verzögerte; ſo entſchloſſen ſich die mehrgedachten drey Fürſten, eine Geſandtſchaft, mit dem

An-

J. Chr. 1597 (1598) Anfange des folgenden Jahrs, an den Churfürſten abzuordnen, und den Innhalt ihres vorigen Schreibens mündlich vortragen zu laſſen; inzwiſchen aber Denſelben um die Abſtellung der von den Unterthanen der Obern Pfalz geklagten Beſchwerden zu erſuchen. Dieſe Geſandten gebrauchten, in ihrem Vortrage, den unſchicklichen Ausdruck, „daß man geſonnen ſey, den „Churfürſten zu berichten, wie es mit ſeiner „Theologen Lehre im Grunde beſchaffen ſey, „und warum derſelben kein Beyfall gegeben „werden könne.„ Darüber wurde der Churfürſt empfindlich, weil man Ihn dadurch gleichſam beſchuldigte, als ob Er in ſeiner Religion unwiſſend wäre. Er vertheidigte daher ſeine Theologen und ihre Lehre, und ſchilderte dagegen die Augſpurgiſche Konfeſſion und die Konkordienformel ſpöttiſch ab, beſchuldigte auch die Evangeliſch-Lutheriſchen Theologen einer Unbeſtändigkeit, daß Sie nemlich ſelbſt nicht wüßten, was Sie lehren und glauben ſollten, ſondern einander verketzerten, und den ſanftmüthigen Geiſt des Evangeliums, bey ſolcher Zankſucht, aus ihrer Kirche verbannten. Mithin könnte Er kein Religionsgeſpräch mit Ihnen bewilligen, bis Sie erſt ſelbſt vorher mit einander einig wären. Beſonders nahm der Churfürſt es ſehr übel auf, daß man Ihm Schuld gab, als ob Er ſein gegebenes Fürſtliches Wort der Obern Pfalz nicht hielte, weshalb Er ſich auf eine Unterſuchung berief, und ſeine daſige Handlungen rechtfertigte. Zuletzt verlangte Er, daß man Ihn mit dergleichen anzüglichen Geſandtſchaften künftig verſchonen möchte. Indeſſen ließ Er ſich doch gefallen, daß ſeine und der erwähnten drey Fürſten weltliche

liche Räthe ſich über die Art und den Proceß J. Chr. mit einander unterreden ſollten, wie Friede, 1597 Einigkeit und gutes Vernehmen unter den Evangeliſchen Fürſten zu erhalten, und der Religionsſtreit zu erörtern und zu vergleichen ſeyn möchte. Auf dieſe ſo widrige Reſolution des Churfürſten beſchloſſen die drey Fürſten, Demſelben eine Ablehnungsſchrift zu überſchicken, und Ihn zu belehren, daß Er von ſeinen geiſtlichen und weltlichen Räthen ſehr hintergangen worden. Man findet aber nicht, daß ſolches geſchehen ſey [e]).

Das Pfälziſche Haus verlohr in dieſem 1597. Jahr, in der Neuburgiſchen Linie, einen ſeiner abgefundenen Fürſten. Es ſtarb nemlich 11 Spt. Pfalzgraf Friedrich auf dem Schloſſe Friedrichs- ſt. vet. burg, bey dem Markte Vohenſtrauß, in der Obern Pfalz, im ein und vierzigſten Jahr ſeines Alters. Er war der vierte Sohn Pfalzgraf Wolfgangs zu Zweybrücken, und hatte, zufolge Deſſen Teſtamentes [f]), und des hernach mit ſeinem älteſten Bruder, dem Pfalzgrafen Philipp Ludewig zu Neuburg errichteten Vergleiches [g]), das Amt und Landgericht Parkſtein, nebſt

e) Dan. *Parei* Hiſt. Bav. Pal., L. VI. Sect. II. p. m. 309. *edit.* G. C. *Joannis. Epiſtolae Gothanae*, n. 106., in *calce* Ern. Sal. *Cypriani* Catal. Codd. MSS Biblioth. Gothanae; (Lipſiae, 1714. 4.) p. 177 ſq. B. G. Struvens Pfälz. Kirchenhiſtorie, cap. VIII. §. 8. p. 502. und Sattlers Geſchichte des Herzogth. Würtenberg, unter der Regierung der Herzogen, P. V. Sect. VII. §. 30. p. 198 - 200. und in den Beylagen, n. 34. ſq. p. 110 - 115.

f) S. im VIII. Bande der N. T. R. Geſchichte, S. 48 - 81. beſonders S. 49. und 59 - 61.

g) S. Eben dieſelbe, im XI. Bande, S. 466 - 475.

J. Chr. 1597 nebſt Weyden zum halben Theil und der Pflege Floſſenburg, erhalten. Mit ſeiner Gemahlin, Catharina Sophia, H. Heinrichs zu Liegnitz Tochter, hatte Er zwar zwey Prinzen, als Zwillinge, erzeugt, Sie ſtarben aber wenige Monate nach ihrer Geburt, und Er hinterließ alſo keine Erben. Mithin fielen die von Ihm innegehabte Aemter, vermöge des vorerwähnten Vergleiches, an ſeinen älteſten Bruder, den regierenden Pfalzgrafen zu Neuburg, wieder zurück, die Nutzung aber derſelben zu 6000. Gulden hätte, vermöge des väterlichen Teſtamentes, den beiden andern abgefundenen Brüdern, den Pfalzgrafen Otto Heinrich zu Sulzbach und Carl zu Birkenfeld, zufallen ſollen.

7. Jun. ſt. vet. Allein der Pfalzgraf Philipp Ludewig zu Neuburg hatte ſeine Einwilligung gegeben, daß ſein Bruder, der Pfalzgraf Friedrich, zu Tilgung ſeiner Schulden, 8000. Gulden hatte anleihen können. Für dieſe Schuld hatte Er auch, als Selbſtſchuldner, die Bürgſchaft übernommen; jedoch unter der Bedingung, daß der Pfalzgraf Friedrich den Konſens ſeiner andern zwey Brüder, der Pfalzgrafen Otto Heinrichs und Carls, unter ihrer eigenen Namensunterſchrift und Siegel, beybringen, und Ihm, dem Pfalzgrafen Philipp Ludewig, im Original einhändigen ſolle, des Innhaltes, daß Sie und ihre Erben und Nachkommen, Falls der Pfalzgraf Friedrich ſolche Schuld der 8000. Gulden, bey ſeinen Lebzeiten, nicht abbezahlt hätte, und keine männliche ehliche Leibeserben hinterlieſſe, ſchuldig und verbunden ſeyn ſollten, in Anſehung der Ihnen, vermöge des väterlichen Teſtamentes, gebührenden Anwartſchaft an ihres Bruders Friedrichs Erbtheil, mit würklicher

Einnehmung deſſelben, ſolang in Ruhe zu ſtehen J. Chr.
und zu warten, bis der Pfalzgraf Philipp Lu- 1597
dewig, wegen dieſer angediehenen und von Ihm verbürgten Summe der 8000. Gulden, nebſt den Zinſen und Koſten, gänzlich wieder bezahlt worden ſey. Ob nun ſolche Verſchreibung von den beiden jüngern Brüdern, den Pfalzgrafen Otto Heinrich und Carl, an ihren älteſten Bruder, den Pfalzgrafen Philipp Ludewig, ſey ausgeſtellt worden, iſt mir zwar nicht bewußt; wohl aber bekannt, daß dieſe drey Brüder, im folgenden Jahr, zu Nürnberg, einen Ver- (1598. m. Apr.)
gleich über die Erbſchaft ihres Bruders, des Pfalzgraf Friedrichs, mit einander geſchloſſen haben. Dieſer Vergleich iſt zwar, meines Wiſſens, bisher noch nicht *in extenſo* publicirt worden, aber doch ſoviel bekannt, daß die, von den drey jüngern und abgefundenen Söhnen des Pfalzgraf Wolfgangs allein übrig gebliebene Birkenfeldiſche Linie den, vermöge des Pfalzgraf Wolfgangs Teſtamentes, ihr, aus den Erbſchaften der unbeerbt verſtorbenen Pfalzgrafen Friedrich und Otto Heinrich gebührenden Antheil *), mit 6000. Gulden jährlicher Renten, aus den bereiteſten Gefällen des Fürſtenthums Neuburg, ohne allen Widerſpruch, genoſſen habe h).

Es

*) S. N. T. R. Geſchichte, im VIII. Bande S. 60.

h) Dan. *Parei* Hiſt. Bav. Pal., L. V. Sect. II. p. m. 199. Ge. Chriſti. *Joannis* Miſcella hiſtoriae Palatinae, (Francof. ad Moen., 1725 4.) p. 236. ſq. B. G. *Struvii* formula Succeſſionis Palatinae; (Jenae, 1726. fol.) Sect. III. §. 27. p. 362-364. *Status Cauſſae* nebſt Rechtl. Ausführung der dem Pfalzgr. Chriſtian dem III. und Dero

J. Chr. Es iſt ſchon mehrmals der Bemühungen
1597 des H. Friedrichs von Würtenberg erwähnt worden, ſich von der beſchwerlichen Oeſterreichiſchen R. Afterlehenſchaft loszumachen i). In
1597. dem itzigen Jahr wurden deshalb die Unterhandlungen von neuem rege gemacht, und man kam damit ſo weit, daß der Kayſer dieſelbe, mit Vorbehalt der Anwartſchaft auf das Herzogthum, gegen eine Summe Geldes erlaſſen wollte; der groſſe Geldmangel am Kayſerlichen Hofe trug vieles dazu bey, daß der Kayſer ſich hierinn willfährig finden ließ, und man handelte itzo nur darüber, wie viel der Herzog für dieſe Erlaſſung bezahlen ſollte. Burkard von Berlichingen, der dieſe Angelegenheit am Kayſerlichen Hofe betrieb, hatte dieſe Abkaufung zuerſt in Vorſchlag gebracht, und dem Kayſer zu 600000. Gulden Hofnung gemacht, zu deren Bewilligung Er auch den Herzog zu bewegen ſuchte. Allein Dieſer faßte nunmehr einen Argwohn gegen den von Berlichingen, und weil auch der andere Geſandte des Herzogs am Kayſerlichen Hofe, Namens Welling, einige Spuren von mehrern Betrügereyen des von Berlichingen entdeckte, und dem Herzog meldete, ſo forderte Er denſelben ab, und ließ Ihn, nach ſeiner
14 Jul. Rückkunft, zu Tübingen, als Er eben von der Mit-

Dero Hochfürſtl. Hauſe im Herzogth. Zweybrücken competirenden poſſeſſor. Gerechtſamen; (ſ. l. 1729. fol.) P. I. cap. I. §. 4. p. 2. & cap. II. §. 24. p. 19. und in den Beylagen, Litt. D & P. p. 14. ſq. & 35. ſq. und Joh. Joach. Müllers entdecktes Staats-Cabinet, P. I.; (Jena, 1714. 8.) cap. VII. §. 10. p. 353.

i) S. im XX. Bande der N. T. R. Geſchichte, S. 58-69.

Mittagstafel weggehen wollte, in Arreſt neh- J. Chr.
men. Anfangs ſaß Er auf dem Schloſſe zu 1597
Tübingen gefangen, von da Er hierauf nach Stuttgard, und zuletzt auf die Feſtung Hohenurach geführt, und erſt im J. 1600., auf die Fürbitte ſeiner Ehegattin, Kinder und Anverwandten, ja endlich des Kayſers ſelbſt, ſeiner Haft wieder entlaſſen wurde.

Weil aber nunmehro am Kayſerlichen Hofe ohne Geld nichts zu erlangen war; ſo berief der Herzog den Landſchaftlichen kleinen 30 Jun.
Ausſchuß nach Bebenhauſen, und ſuchte denſelben zu gewinnen, daß das Herzogthum die verglichene Summe der 400000. Gulden übernehmen möchte. Er ſagte nemlich, daß Ihm an der Afterlehenſchaft wenig gelegen ſey, weil im Paſſauer Vertrage ausdrücklich verglichen worden, daß dieſelbe allein auf die künftige Exſpecktanz und Anwartſchaft, nach dem Abſterben des H. Chriſtofs und des Graf Georgs männlichen Namens und Stamms verſtanden werden, und gedachter H. Chriſtof und ſeine männliche Lehenserben dem Erzhauſe Oeſterreich keine Untreue beweiſen, übrigens aber zu keinen Dienſtbarkeiten, ſondern allezeit dem Reiche, gleich andern Churfürſten und Fürſten, nach dem Innhalte des Kadaniſchen Vertrages †) verbunden und verpflichtet ſeyn ſollten. Ja wenn Er auch ſchon dieſes nicht ſo beſchwerlichen Afterlehens entlediget wäre; ſo bliebe Er dennoch, wegen der, von der Krone Böhmen und der Grafſchaft Tyrol herrührenden, Leben ein

†) S. Meinen ſogenannten Auszug ꝛc., im XI. Bande, S. 549. f.

J. Chr. 1597 ein Lehensmann des Erzhauſes Oeſterreich, welches alle Treue von Ihm fordern würde; hingegen aber ſey der Landſchaft, wegen der Religion und ihrer Freyheiten viel daran gelegen, daß die Sache zur Richtigkeit käme. Auſſerdem mußte der Obriſt von Degenfeld der Landſchaft vorſtellen, daß der Herzog ſolches ernſtlich verlange, und von ſeiner einmal gefaßten Meinung nicht abgehen würde; mithin man glimpflich mit Ihm handeln müßte. Ueber dieſen unvermutheten Antrag konnte ſich der Landſchaftliche Ausſchuß kaum aus der Verwirrung erhohlen, weil vormals der Herzog aus einem ganz andern Ton geſprochen hatte *); wie dann auch die vom Kayſer und dem Hauſe Oeſterreich vorbehaltene Anwartſchaft dem Ausſchuſſe, aus vielen Urſachen ſehr bedenklich war. Und man mußte daher eine neue Unterhandlung nunmehro antreten, welche das Ende dieſer Sache noch ein Paar Jahre hin verzögerte, wie zu ſeiner Zeit weiter wird gemeldet werden [f]).

Eben ſo wenig wollten unſerm H. Friedrich ſeine Abſichten glücken, ſeinem zweiten Sohn, dem Prinzen Ludewig Friedrich, das Biſthum Straßburg zu verſchaffen, auf welchen Anſchlag der Magdeburgiſche Kanzler, D. Meckbach, zuerſt gefallen war, und ſolchem dem Herzog, durch den Straßburgiſchen Domkapitularen, den Grafen von Mansfeld, hatte beybringen laſſen [l]). Denn als der Adminiſtrator zu Straßburg,

*) S. die N. T. R. Geſchichte, im XVII. Bande, S. 489.

f) Sattler, *l. c.*, P. V. Sect. VII. §. 31. p. 200. ſq.

l) S. im XVIII. Bande der N. T. R. Geſchichte, S. 606-613.

burg, Marggraf Johann Georg zu Branden- J. Chr.
burg, im vorigen Jahr, zum H. Friedrich 1597
nach Pfullingen kam, und Dieſer demſelben (1596)
100000. Gulden für die Abtretung des Bisthumes anbot; ſo ſchlug Er ſolches aus, und machte vielmehr Anſtalten, ſein Recht durch die Gewalt der Waffen zu behaupten. Zugleich gedachte Er, ſich nunmehro zu vermählen, und ſich deswegen von ſeinem Bisthume zu entfernen, gerieth aber indeſſen mit unſerm H. Friedrich, wegen ſolcher Abtretung in einigen Mißverſtand, der beiden Theilen hätte ſchädlich werden können. Allein der Vater des poſtulirten Adminiſtrators zu Straßburg, Marggraf Joachim Friedrich, Adminiſtrator zu Magdeburg, und ſein Vetter, der Marggraf Georg Friedrich zu Brandenburg-Anſpach, legten ſich ins Mittel, und brachten zwiſchen jenen 19 Spt.
Beiden einen Vergleich zu Stande. 1597.

Vermöge deſſelben ſollte: 1) der Marggraf Johann Georg noch länger bey der Adminiſtration des Hochſtiftes Straßburg bleiben, und, in ſeiner Abweſenheit, die Regierung deſſelben, unter dem Beyſtande des Marggraf Georg Friedrichs verſehen, auch Dieſem die Nutzung des halben Stiftes überlaſſen werden. Wofern aber 2) der Marggraf Georg Friedrich mit Tode abgehen würde; ſo ſollte das halbe Stift, mit allen deſſen Rechten und Gerechtigkeiten an den Prinzen Ludewig Friedrich von Würtenberg, oder, wenn dieſer nicht mehr bey dem Stifte wäre, an einen andern Sohn des H. Friedrichs übergeben werden; wie dann der Adminiſtrator, auf ſolchen Fall, bereits den Beſitz einräumte, und ſich aller und jeder an dieſem halben Theil des Stiftes und auch an dem

J. Chr. Lothringiſchen Antheile habender Anſprüche,
1597 Rechte, Behelfe, Ausreden und Einwendungen, zum Vortheil der Würtenbergiſchen Prinzen, begab. Dagegen verpflichtete ſich 3) der H. Friedrich auf den Fall, wenn der Administrator, Marggraf Johann Georg, ſterben und der Marggraf Georg Friedrich noch im Leben ſeyn würde, Dieſem, zehen Jahre lang, jährlich 15000. Gulden an groben Sorten zu bezahlen, ſolang nemlich ſeine Söhne, durch ordentlichen Austrag des Rechtes oder unverſchuldete Gewalt, des Stiftes unentſetzt blieben, oder, wenn der Adminiſtrator noch bey Leben, hingegen der Marggraf Georg Friedrich mit Tode abgegangen wäre, Jenem, bis zum Ablaufe der zehen Jahre, 14000. Gulden abzutragen. Ferner und 4) behielt ſich der H. Friedrich bevor, wenn Keiner von ſeinen Söhnen mehr bey dem Stifte wäre, die bisher aufgewandten Koſten und Ausgaben, welche ſich damals ſchon auf 120,000. Gulden beliefen, wieder von dem Stifte zu fordern, wofür Ihm das Amt Oberkirch verpfändet werden ſollte. Wenn auch 5) der Cardinal von Lothringen etwas gegen den Brandenburgiſchen halben Theil des Stiftes unternähme; ſo verſprachen der Herzog und der Marggraf, denſelben, mit Rath und That, zu beſchützen.

Hiernächſt wurde 6) wegen der Regierung des Stiftes, verabredet, daß der Marggraf allein alle Juſtitzſachen, und alles, was die Wohlfarth der Unterthanen betreffe, wie auch die Einnahme und Verrechnung der Einkünfte, verwalten, alle andere Sachen aber, welche die Hoheit, Regalien, Rechte und Gerechtigkeiten des Stiftes berührten, und einen Nachtheil

zur

zur Folge haben könnten, an beide Fürſten ge- J. Chr.
bracht werden; und 7) der Marggraf, ohne 1597
Willen des Herzogs, keine Neuerung mit Schatzungen und Anlagen, neuen Gebäuden, Schulden ꝛc. unternehmen, noch die Wälder abtreiben, oder etwas an den Einkünften ſchmälern, ſondern das Stift in nützlichem Stande und Weſen erhalten ſolle. Weiter und 8) wurde dem Prinzen Ludewig Friedrich, oder Einem ſeiner Brüder, als Koadjutor, die Amtsbehauſung zu Oberkirch eingegeben, und die Unterthanen dieſes Amtes zum ſchuldigen Gehorſam, in Geboten und Verboten, angewieſen, wie auch dem Herzog, im Namen ſeines Sohnes, die Juſtitzſachen, mit Ausſchlieſſung der Malefitzobrigkeit und der Appellation, eingeräumt, und einen Amtmann daſelbſt zu ſetzen, erlaubt wurde; dagegen Er von demjenigen, was, nach Abzug der unvermeidlichen Ausgaben und Beſoldungen, übrig bliebe, den dritten Theil ſeinem Sohn geben ſollte. Endlich 9) ſollten die Räthe und Amtleute des Stiftes beeydiget werden, ſogleich nach Abſterben des poſtulirten Adminiſtrators, des Marggraf Johann Georgs, dem Prinzen Ludewig Friedrich, oder Einem ſeiner Brüder, welcher im Stifte wäre, gehorſam und mit eben den Pflichten, womit Sie dem bisherigen Adminiſtrator verbunden geweſen, verpflichtet zu ſeyn, und die Unterthanen in Deſſen Huldigung zu nehmen. Allein dieſer Vergleich wollte den Straßburgiſchen Domkapitularen nicht gefallen, deswegen Sie dawider, als ihren Stifts-Statuten ungemäß, proteſtirten. Der H. Friedrich ließ ſich zwar ſolches nicht anfechten, ſondern wandte ſich vielmehr an den

J. Chr. 1597 Cardinal von Lothringen, und ſuchte Ihn zur Abtretung des Stiftes zu bewegen. Da aber Derſelbe vom Pabſte und Kayſer unterſtützt wurde; ſo iſt leicht zu erachten, daß Er ſolchem Anſinnen kein Gehör geben wollen. Was übrigens hierauf noch ferner in dieſen Straßburgiſchen Angelegenheiten vorgefallen ſey, wollen wir an gehörigem Orte bemerken m).

Bey dem J. 1587. hab ich von dem Gräflich-Löwenſtein-Wertheimiſchen Hauſe den höchſt ſeltenen Fall angeführt, daß Graf Ludewig der Aeltere ſeine Söhne vor dem K. Kammergerichte habe emancipiren laſſen n). Und
1597. bey dem itzigen Jahr kan ich einen, in unſerer Reichsgeſchichte, eben ſo ſeltenen Fall bemerken, daß nemlich dieſer Graf Ludewig der Aeltere,

m) Sattler, *l. c.*, P. V. Sect. VII. §. 32. ſq. p. 201-203.

n) S. die N. T. R. Geſchichte, im XIV. Bande, S. 607-619. Daſelbſt hab ich zwar verſprochen, von der Würkung der, von dem Grafen Ludewig dem Aeltern von Löwenſtein-Wertheim, geſchehenen Emancipation ſeiner Söhne, bey dem J. 1590., Nachricht zu geben; es iſt aber ſolches nicht geſchehen. Mithin will ich ſolches hier nachhohlen, und kürzlich bemerken, daß der H. Ludewig von Würtenberg, im J. 1590., durch die Fürbitte der Fränkiſchen, Schwäbiſchen und Wetterauiſchen Grafen, ſich habe bewegen laſſen, des Graf Ludewigs des Aeltern emancipirten beiden älteſten Söhnen, den Grafen Chriſtof Ludewig und Ludewig dem Jüngern, den ihrem Vater abgenommenen Antheil an der Grafſchaft Löwenſtein wieder abzutreten, und Sie damit, als einem altväterlichen Lehen, unter gewiſſen Bedingungen, zu belehnen, die man beym Sattler, *l. c.*, P. V. Sect. VI. §. 37. p. 53. ſq., nachleſen kan.

tere, nebſt ſeiner Gemahlin Anna, einer Toch- J. Chr.
ter Graf Ludewigs von Stolberg, mit welcher 1597
Er die Grafſchaften Wertheim, Rochefort
und Montaigu, wie auch die Herrſchaften
Breuberg, Herbemont und Chiſſepierre, er-
heirathet hatte o), das in ihrem Hauſe ſonſt
üblich geweſene Recht der Erſtgeburth aufge-
hoben habe. In dem von Ihm und ſeiner Ge-
mahlin, in dieſem Jahr, zu Breuberg errich- 28 Jun.
teten Familien-Statute lautet es davon folgen- ſt. vet.
dermaſſen: es wäre Ihm und ſeiner Gemahlin un-
verborgen, was bey etlichen Gräflichen Ge-
ſchlechtern, wegen der Prärogativen und Al-
leinregierung der erſtgebohrnen oder ältern
Söhne hergekommen ſey, und wie es damit ge-
halten würde; deswegen aus ſolchem anmuthigen
partikulier Gebrauche und wohlbekannten Exem-
peln, beſonders aber in den Lüttichiſchen Lehen
an Rochefort ein gleichmäßiges Beginnen
nicht unzeitig zu beſorgen ſey. Um aber ſowohl
dergleichen unbrüderlichen Vernachtheilung,
als auch daraus flieſſenden Zwietracht und brü-
derlichen Feindſchaft, durch eine zuläßige Diſ-
poſition, zu ſteuern, ſo hätten Er und ſeine
Gemahlin, aus befugten und Ihnen, in dieſem
Falle, freyſtehenden Rechten, nicht unterlaſſen
wollen, alle ſolche Ungleichheit aufzuheben,
und es zu einer einhelligen und durchgehenden
Gleichheit zu richten. Sie ſtatuiren, ſetzen,
ordnen und wollen alſo, daß, obgleich Ihnen
nicht gebühre, die Art und Eigenſchaft des
Lüttichiſchen Lehenrechtes zu ändern, den-
noch Keiner von ihren ältern Söhnen, in An-
ſehung des widrigen Herkommens und obge-

 mel-

o) S. die N. T. R. Geſchichte im III. Bande, S. 211. f., in der Note t).

J. Chr. meldeten ihres von der Primogenitur abſonder-
1597 lichen Erlangens der Grafſchaft Rochefort, eine Prärogativ, Vortheil oder Vorzug, in ſolchen Lütticbiſchen, oder andern von Ihnen und ihren Eltern herrührenden lehnbaren Grafſchaften und Herrſchaften haben, ſuchen oder gewinnen, ſondern Alles, vermöge geſchriebener Rechte, zu gemeiner und geſammter Erbſchaft fallen und kommen ſolle. Was auch in dem itzigen Falle unter ihren fünf Söhnen †), wegen Abſtellung der Primogenitur diſponirt worden, ſolle auch hinfüro bey allen ihren männlichen Leibeserben, in den von Ihnen herbey gefloſſenen Grafſchaften, Herrſchaften und Gütern in feſter und unverrückten Obſervanz gehalten werden. Jedoch ſolle dieſes ihr Statut und Stammſatzung dadurch in dem übrigen nicht erloſchen oder gefallen ſeyn, ſondern in allen ſeinen Würden, Stand, Weſen und Kräften verbleiben, auch von allen ihren ehlichen Leibeserben, bey Strafe und Verluſt alles, durch ihr Mittel, herkommenden Erbes, Haab und Güter, ſtätt, feſt und unverbrüchlich, gehalten und vollzogen werden; wie Sie dann, zu deſſen alles mehrerm Urkunde und Bezeugniß ſolche ihre

†) Dieſe waren: 1) Chriſtof Ludewig, 2) Ludewig der jüngere, 3) Friedrich, 4) Wolfgang Ernſt, und 5) Johann Dietrich; von denen aber Friedrich, noch vor ſeinem Vater, im J. 1610., unvermählt und Wolfgang Ernſt im J. 1630. wie auch Ludewig der Jüngere, im J. 1635., ohne Kinder zu hinterlaſſen, geſtorben, der Aelteſte und Jüngſte aber die Stammväter der heutigen Evangeliſchen Grafen und Catholiſchen Fürſten von Löwenſtein-Wertheim geworden ſind. S. *Stemma Leonſtenianum*; (Francof., 1624. 4.) b. 3. b. & b. 4. a.

ihre Stamm- und Geſchlecht-Satzung, mit J. Chr.
eigenen Händen unterſchrieben, auch anhangen- 1597
den Inſiegeln und Sekreten bekräftigen laſſen. Dieſe Familienſatzung hat auch nachher, im J. 1608., Kayſer Rudolf der II., als König von Böhmen, beſtätiget. Was aber für Streitigkeiten, nach Graf Ludewigs, im J. 1611., erfolgtem Abſterben, unter ſeinen Söhnen darüber entſtanden ſeyen, ſoll zu ſeiner Zeit gemeldet werden p).

In dem vorhergehenden Bande dieſes Werkes hab ich von dem, von dem Oſtfriſiſchen Kanzler und Räthen, an den Grafen Simon von der Lippe, als Kayſerlichen Kommiſſarius, erſtatteten Berichte, wegen der zwiſchen dem Grafen und den Landſtänden von Oſtfriesland obwaltenden Streitigkeiten Nachricht gegeben, und verſprochen, von den Folgen dieſes Berichts, zu ſeiner Zeit, zu handeln q). Sol-
che beſtehen nun in der, in dem itzigen Jahr, zu 1597.
Prag, publicirten weitläuftigen Reſolution, 13 Oct. ſt. n.
Ordnung und Abſchied des Kayſer Rudolfs, den Grafen Edzard zu Oſtfriesland an einem, und die Ritterſchaft, Städte und Stände daſelbſt am andern Theil, auch inſonderheit die Stadt Emden betreffend. In dieſer Kayſerlichen Reſolution wird anfangs wiederhohlt, was ſich, ſeit dem J. 1570. bis zum J. 1596., zwiſchen den beiden Brüdern und Grafen Edzard dem II. und Johann, wie auch mit den Land-

 ſtän-

p) Lünigs R. A., T. XXII. p. 501 - 503. n. 23. & 25. Friedr. Leutholfs von Frankenberg (i. e. B. von Zechs,) Europäiſcher Herold, P. I. p. 731. und Moſers Teutſches Staats-Recht, P. XIII. L. III. c. 61. Sect. 18. §. 14. p. 324. ſq.

q) S. im XX. Bande der N. T. R. Geſchichte.

J. Chr. 1597 ſtänden zugetragen habe, mit dem Anhange, daß der Kayſer die ordentliche und einzige höchſte Obrigkeit in dieſen Streitigkeiten ſey, und dem Grafen Simon von der Lippe die Kommiſſion aufgetragen habe, gründliche Erkundigung von beiden Theilen einzuziehen, wie die Sachen beſchaffen ſeyen, und ob etwa neue Klagpunkte, von dem einen oder andern Theil vorgefallen, auch hievon an Ihn, den Kayſer, Bericht zu erſtatten, und die Partheyen auf die Kayſerliche Reſolution zu vertröſten. Aus Deſſen Relation und dem Anbringen der beiden Theile habe ſich nun ergeben, daß die noch obwaltenden Streitigkeiten auf drey Hauptpunkten beruheten, nemlich 1) wegen der allgemeinen, und 2) beſondern Beſchwerden, wie auch 3) wegen des Delfzyliſchen Vertrages *).

Soviel nun I) die allgemeinen Beſchwerden betraf, wurde in der Kayſerlichen Reſolution 1) das im J. 1590 errichtete Hofgericht †) nochmals beſtätiget; es wäre dann, daß künftig der Landesherr, mit ſeiner Ritterſchaft und Landſtänden, ſich diesfalls eines andern vergleichen, und darüber die Kayſerliche Beſtätigung erhalten würde. Hingegen 2) in ſummariſchen und auſſerordentlichen Sachen ſolle der Graf den ſeiner Jurisdicktion oder dem Hofgerichte ohne Mittel unterworfenen Partheyen, auch in ſeiner Kanzley, Recht ſprechen können. Wenn aber darüber Streit vorfiele, und ein Theil das ordentliche Recht begehren würde; ſo ſollten die Sachen an das Hofgericht gewieſen

*) S. die N. T. R. Geſchichte, im XX. Bande, S. 98-112.

†) S. Eben dieſelbe, im XV. Bande, S. 562-564.

ſen werden. Falls hingegen beide Partheyen, J. Chr. 1597
ſowohl in den ſummariſchen, als auch in ordentlichen Sachen, mutuo conſenſu, des Hofgerichtes ſich begåben, und vor dem Grafen oder ſeiner Kanzley ſich einlaſſen wollten; ſo ſolle ſolches ihnen freyſtehen; und auf eine gleiche Art ſolle es auch mit den Niedergerichten, die unmittelbar unter die gråflichen Aemter gehörten, gehalten werden. 3) Sollen die *Avocationes Cauſſarum* weder bey dem Hofgerichte, noch bey den Niedergerichten verſtattet ſeyn, ſondern gånzlich unterbleiben, weil ſie gemeiniglich unzåhlige Klagen und Gezånke verurſachten, und ohne groſſe Verwirrungen nicht wohl beſtehen könnten. 4) Die gråflichen Beamten ſollen zwar, ſowohl ihrer Perſon, als Amtes halber, vor dem Hofgerichte zu Rechte ſtehen; in den Fållen aber, da Sie ſpecielle Befehle von dem Landesherrn oder Deſſen Regierung vorzeigen können, ſolle wider den Grafen entweder vor dem Kayſer, oder vor dem K. Kammergerichte geklagt werden. 5) Das Begehren der Ritter und Landſtånde, im Hofgerichte die Beyſitzer ein- und abzuſetzen, und alſo auch eine Viſitation zu haben, finde nicht Statt; wie dann auch wegen Mangels der Prokuratoren bereits im fünften Titel der Hofgerichtsordnung die nöthige Vorſehung geſchehen ſey. 6) Die Verbeſſerung der Niedergerichte und des Landrechtes ſolle der Graf, ſeinem Erbieten nach, möglichſt befördern. 7) *Mandata executiva* ſollen dem Grafen in denjenigen Fållen, wo man von Rechtswegen a Mandato anfangen könne, zwar unverwehrt, den dadurch Beſchwerten aber unbenommen ſeyn, den Grafen deshalb an gebührenden Orten zu beſprechen.

8)

J. Chr. 8) Die Notarien ſollen ihr Amt in rechtmäßigen
1597 Sachen verrichten können; wenn Sie aber widerrechtlich daran verhindert würden, ſollten Sie, nebſt den diesfalls vernachtheilten Partheyen, an gebührenden Orten deshalb klagen können.

Ferner 9) der Kolleckten und Steuren halber ließ es der Kayſer, in der itzigen Reſolution, bey ſeinem Ausſpruche vom J. 1589. *) und den darauf erfolgten Emdiſchen †) und Nordiſchen Exekutions-Receſſen *) bewenden, daß nemlich der Graf, ohne Bewilligung der ſämtlichen Stände, keine Steuer anlegen ſolle. Wegen der Kapitalſchatzung, deren Einnehmung, Verwahrung und Rechnung ſolle es bey demjenigen gelaſſen werden, was hievon ſowohl im Emder Landtags-Abſchiede †), als im Norder Executions-Receſſe ausdrücklich verfügt worden, und demnach die Einnehmer das Geld in das *Aerarium* bringen, und davon dem Grafen und der Landſchaft Rechnung ablegen. In ſolcher Rechnung ſolle dasjenige, was dem Reiche und dem Lande zum Beſten angewandt worden, paſſirt, auch die noch rückſtändige Türkenſteuer und andere Reichs-Hülfen und Anlagen richtig gemacht, wie auch ſonſt in vorfallenden Landesnöthen und Beſchwerden dem Grafen, mit Rath und Zuthun der Landſtände, geholfen werden. Es ſollen auch 10) die Kloſtergüter zu den gemeinen Landeslaſten mit kontribuiren; was aber bey dieſem Punk-

*) S. die N. T. R. Geſchichte, im XV. Bande, S. 553-555.
†) S. Eben daſelbſt, S. 556-566.
*) S. Eben dieſelbe, im XVII. Bande, S. 501-520.
†) S. Eben dieſelbe, im XV. Bande, S. 566-571.

Punkte, wegen der beſondern Kollecktation der J. Chr. beiden Aemter, Norden und Behrum, zu 1597 Einteichung der anwachſenden Länder, geklagt worden, ſolle alsdann in Acht genommen werden, wenn der Bericht des Grafen auf die beſondern Beſchwerden würde eingelaufen ſeyn. 11) In Anſehung der neuen Impoſten, Zölle, Acciſen, Licenten und dergleichen, lieſſe es der Kayſer bey ſeinem, im J. 1589. gethanem Ausſpruche, und darauf erfolgten Emdiſchen und Nordiſchen Exekutions-Receſſen bewenden, und ſolle dieſem zufolge der Silbergroſchen von den drey Aemtern Lierort, Gretſyl und Stickhauſen künftig nicht weiter gefordert werden. Ingleichen ſolle 12) der Zoll zu Halte und Stickhauſen, ſoviel deſſen der Graf Johann angeſetzt gehabt, wie auch die Erhöhung der Zölle zu Aurich und Lierort kaſſirt und aufgehoben werden. Was aber 13) den Zoll bey der Horſter-Fahrt, ingleichen von Pferden und Ochſen, die man zu Markte bringt, und von den Gödenſer und Kniphauſer eigenthümlichen Ochſen, die Sie zu Herbſtzeiten aus den Weiden wieder heimtreiben, belange, ſolle der Graf ſolche Beſchwerung, Falls ſie ſich alſo befinde, ſeinem, bey der Nordiſchen Exekution, geſchehenem Erbieten nach, bey ſeinen Beamten abſtellen. Gleichfalls ſolle auch zu Emden die den Olderſumer Unterthanen geſteigerte Bier-Acciſe, wie auch der daſelbſt den Unterthanen der Grafſchaft verwehrte freye Bierverkauf, ingleichen andere in dieſer Stadt eingeführte neue Zölle, Impoſten, Acciſe, Licent, Ungeld ꝛc. abgeſchaft ſeyn.

Wegen Haltung der Landtage ließ es 14) der Kayſer gleichfalls bey ſeinem im J. 1589. getha-

J. Chr. 1597
gethanem Ausſpruche, und den darauf erfolgten und obgedachten beiden Exekutions-Receſſen bewenden. Und gleichwie der Graf aller Verhinderungen, der freyen Zuſammenberufung und Zuſammenkunft der Landſtände, auch der Vorbeygehung und Nichtbeſchreibung, ingleichen der Verbietung der nothwendigen Kommunikation, und Sperrung des freyen Votirens und Schlieſſens, für Sich und ſeine Beamten Sich enthalten ſolle; alſo ſollen ſich auch die Ritterſchaft, Städte und Kommunen ein jeder Stand für ſich ſelbſt, ohne Maaßgebung der andern mehrern oder wenigern Stände, beſonders des privat-gefährlichen Auftreibens, zu den Landtagen ſchicken, und die Gebühr, wie von Alters hergekommen, auch der Kayſerliche Ausſpruch und die Exekutions-Receſſe vermögen, verrichten helfen. Sollte aber der Graf Edzard, wider Vermuthen, auf inſtändiges Erſuchen der Landſtände, keinen Landtag ausſchreiben wollen; ſo ſollten die Landſtände, wie von Alters hergekommen, die Macht haben zuſammenzukommen, die bevorſtehende Gefahr zu berathſchlagen, und was zu deren Rettung nöthig, an den Kayſer gelangen zu laſſen. 15) Wegen der Juden und Monopolien läßt es der Kayſer bey der Entſchuldigung des Grafen, und Deſſen angebotenen Erkundigung der wider ſie geklagten Ungebühr bewenden. Falls ſich aber zeigen würde, daß die Juden bürgerliche Kommerzien und Handthierung trieben, und verbotene Monopolien im Schwange giengen, ſo ſollte ſolches hiemit gänzlich verboten und aufgehoben ſeyn. Hingegen verſchob der Kayſer 16) das Anſuchen der Ritter und Landſtände, in Anſehung der aus der See neu anwachſenden Län-

Länder und deren Einteichung bis auf den noch J. Chr. 1597
rückſtändigen Bericht des Grafen auf die beſondere Beſchwerden, nach deſſen Befinden alsdann das angegebene Intereſſe der Landſchaft gebührend in Acht genommen werden ſolle. 17) Zu der Landesregierung und zu Landräthen ſollten Eingebohrne und nicht Auswärtige gebraucht werden, als wodurch vieles Mißtrauen und andere Unordnung, zwiſchen dem Herrn und den Unterthanen, verhütet würde. Weil jedoch 18) der Graf, nach Beſchaffenheit der bisher in der Grafſchaft vorgefallenen Läufte, deshalb ſeine Entſchuldigung, mit angehängtem Erbieten, eingewandt hätte; ſo lieſſe es zwar der Kayſer, noch zur Zeit, dabey beruhen, wollte aber diesfalls weitere Vorſehung ſich vorbehalten. Endlich 19) die Kirchen- Pfarr- und Schul-Beſtellungen betreffend, wäre der Kayſer nicht geſonnen, denjenigen, welche das Patronatrecht hätten, hieran etwas zu entziehen. Er wolle aber doch, daß es des H. R. Abſchieden und inſonderheit dem Religionsfrieden gemäß regulirt und angeſtellt werde. Auch wolle Er, als oberſter Vogt und Schutzherr aller des H. R. Stiftungen, hiedurch den alten Fundationen, wie auch derſelben zugehörigen geiſtlichen und weltlichen Rechten und Gerechtſamen nichts begeben, ſondern in dem allen ſich jederzeit vorbehalten haben, ſein Amt und gebührendes Einſehen hierinn zu gebrauchen.

Was nun II) die beſondern Beſchwerden und III) den Delfzyliſchen Vertrag *) betrift, ſo

*) S. Meine N. T. R. Geſchichte, im XX. Bande, S. 98-112.

J. Chr. 1597 ſo iſt davon in der Kayſerlichen Reſolution folgendes enthalten. Es hätte zwar dieſe Delfzyliſche Kapitulation oder Vergleichung der Graf Edzard, mit Zuthun und Unterhandlung ſeines älteſten Sohnes, des Grafen Enno, aufgerichtet, und ſolche zu halten, bey ſeinen gräflichen Ehren und Treuen zugeſagt, auch hernach, zu verſchiedenen malen, genehmiget und beſtätiget, wie aus den hierüber verfertigten, unterſchriebenen, beſiegelten und Ihm, dem Kayſer, vorgelegten Vertrags-Inſtrumenten zu erſehen ſey. Es wären auch, Kraft dieſes Vertrages, die erwählten itzigen Bürgermeiſter und Rath zu Emden, bald nach der Zurückkunft der Geſandten des Graf Edzards aus Holland, den 7. Jenner 1596., im Namen des Graf Edzards, beſtätiget, und noch ein Mehreres, wodurch dieſer Tracktat bereits ins Werk geſetzt iſt, vorgenommen worden; deswegen dann die von Emden, ſammt der Ritterſchaft und den Landſtänden, Ihn um die Beſtätigung dieſes Vergleiches hätten erſuchen und bitten laſſen. Allein es hätte weder dem einen, noch dem andern Theil geziemt, dieſe Handlung, mit Zuziehung eines bewehrten ausländiſchen Beyſtandes, wider das Kayſerliche Proviſionaldekret, und unerwartet ſeiner, des Kayſers, vertröſteten Reſolution, über die geklagten Beſchwerden, vorzunehmen. Ingleichen hätte es auch nicht in des Graf Edzards Macht geſtanden, ohne ſein, als des Ober- und Lehensherrn der Grafſchaft Oſtfriesland, Vorwiſſen, Einwilligung und Zuthun, dergleichen Vertrag zu machen; deshalb Er auch, vernünftig und billig, dieſes ganze Werk ſeiner, des Kayſers, Cenſur und Beliebung, oder auch gänzlichen Kaſſation unter-

unterworfen hätte. Mithin wäre Er, der Kay- J. Chr.
ſer, nicht geſonnen, dieſen mehrgedachten Track- 1597
tat ſolcher Geſtalt, wie er, auf Unterhandlung der hiezu gezogenen vereinigten General-Staaten in den Niederlanden, zu Delfzyl, den 15. Julius 1595. geſchloſſen, und hernach den 9. September d. J. im Grafenhaag, auf Anrufen ſowohl des Graf Edzards, als des andern Theils, von den erſt erwähnten General-Staaten, zur Handhabung, unterzeichnet und beſiegelt worden, zu beſtätigen. Viel weniger könne Er dulden und zuſehen, daß der eine oder andere Theil, ſeinem Ausſpruche vom J. 1589. zuwider, darinn den Grafen zu Oſtfriesland, wie auch der Ritterſchaft, den Städten und den Ständen dies Ortes ernſtlich eingeſchärft und befohlen ward, ſich bey dem itzigen in der Nachbarſchaft ſchwebenden Kriegsweſen aller verdächtigen Gemeinſchaft mit dem einen oder andern kriegenden Theil gänzlich zu enthalten, der in dem obgedachten Vertrage, mit den mehrerwähnten Staaten in den Niederlanden, beiderſeits bedungenen Handhabung ſich hinbehelfen, oder ſolche auf einige Weiſe zu gebrauchen, vielmehr ſollten ſie beiderſeits, bey Vermeidung der Kayſerlichen Ungnade und ſchwerer Strafe, ſich ſolcher Handhabung der Staaten in den Niederlanden allerſeits enthalten, und keinem in den Niederlanden kriegendem Theile, zu gehorſamer Befolgung des vorgedachten Kayſerlichen Ausſpruches, ſich verpflichtet oder anhängig machen, ſondern eine unparteyiſche Neutralität gegen den Einen und den Andern beobachten, und ſolcher zuwider ſich in nichts einlaſſen.

J. Chr. 1597 Weil indeſſen Er, der Kayſer, nach fleißiger Erwägung des Delfzyliſchen Vertrages, befunden, daß die demſelben einverleibten Punckte und Artickel, zur Erhaltung eines guten Stadtregiments in der Stadt Emden, wie auch zur Beförderung und zum Aufnehmen des vornehmen Seehafens derſelben, an deſſen Wohlſtande der Grafſchaft Oſtfriesland, ja der ganzen Teutſchen Nation merklich gelegen, gerichtet ſeyen, und Er ſich zu den Emdern verſehe, daß Sie ſich ſowohl gegen Ihn, den Kayſer, und das H. R., als auch gegen ihren Herrn, den Grafen von Oſtfriesland, alles getreuen Gehorſams befleißigen würden; ſo gebe Er dieſen Dingen die hernach geſetzte Maaß, und wolle, daß Bürgermeiſter und Rath zu Emden nach folgender Kayſerlichen Diſpoſition, nicht als Delfzyliſchen Vertrag, ſondern ſeiner, als Kayſer Rudolfs des II., beſondern Verordnung bequemen und gemäß verhalten, auch der Graf Edzard zu Oſtfriesland und deſſen Erben und Nachkommen die Emder ruhig und unbetrübt dabey laſſen ſollen. Was nemlich 1) in dem Delfzyliſchen Vertrage de *Nominatione*, *Vocatione*, *Collatione* & *Confirmatione* der Kirchen- und Schul-Diener, ingleichen von der Verſammlung der Konſiſtorialen und Schulhaltung, wie auch den dazu gehörigen Gütern paciſcirt worden, ſolches alles ſtelle Er nochmals auf ſeine, zu Ende der Generalbeſchwerden geſetzte, Reſolution; nemlich daß Er denjenigen, welche das Patronatrecht haben, nichts daran zu entziehen geſonnen ſey. Jedoch ſolle es den R. A., und inſonderheit dem errichteten Religionsfrieden gemäß regulirt und angeſtellt worden; und wolle Er, als oberſter Advocat,

Vogt und Schutzherr aller des H. R. Stif- J. Chr.
tungen, den alten Fundationen, wie auch den 1597
denſelben zugehörigen geiſtlichen und weltlichen Rechten und Gerechtſamen dadurch nichts begeben, ſondern hierinn ſein Kayſerliches Amt und gebührendes Einſehen jederzeit zu gebrauchen, ſich vorbehalten haben. 2) Erklärt der Kayſer für billig, was der Graf Edzard, im Delfzyliſchen Vertrage, der Stadt Emden, in Anſehung ihrer alten, von den Kayſern, erlangten Privilegien, verſprochen hat †); nichts deſto weniger aber ſolle die Ritterſchaft, die Städte und Stände, wie auch die Stadt Emden bey Ihm, dem Kayſer, um die Beſtätigung ſolcher alten Kayſerlichen Privilegien anſuchen. 3) — 5) Was hiernächſt im achten, neunten und zehenten Artickel des Delfzyliſchen Vergleiches von den Seepäſſen, den Rollen aller Gilden und der Abſchaffung aller neuen Zölle, Acciſen, Impoſten, Auflagen und Ungelder und deren Erhöhung verfügt worden *), wird in unſerer Kayſerlichen Reſolution gleichfalls genehmiget und beſtätigt, mit dem Anhange, daß einige neue Impoſten, Zölle, Zollſteigerung oder Licenten, wie die Namen haben mögen, weder mit, noch ohne des Grafen, oder auch ſeiner Landſchaft und Unterthanen Willen, ſondern allein mit vorgängigem und ausdrücklichen Conſens, Wiſſen und Bewilligung des Kayſers aufgeſetzt werden ſollen.

Ferner und 6) iſt die Kayſerliche Reſolution demjenigen in allem ähnlich, was im eilften Artickel des Delfzyliſchen Vertrages, in Anſehung

†) S. Eben daſelbſt, S. 100. n. 7.
*) S. Eben daſelbſt, S. 100 f. n. 8—10.

J. Chr. hung der Wahl der Bürgermeiſter, des Raths,
1597 und der Vierziger feſtgeſetzt worden †). Hingegen ward 7) in der den Bürgermeiſtern und dem Rathe nunmehro vorgeſchriebenen Eidesformel, des Delfzyliſchen Vergleiches *) nicht weiter gedacht, ſondern es ſollten hinfüro die Bürgermeiſter und der Rath auf die Handhabung der itzigen Kayſerlichen Reſolution ſchwören. Was ſodann 8) — 12) in dem dreyzehnten bis ſiebzehnten Artickel des Delfzyliſchen Vertrages von der Wahl eines neuen Vierzigers, von deren Zuſammenkünften, von den gerichtlichen und andern Handlungen, Sentenzen und Kontrackten des bisherigen Rathes und von Beſtellung und Beeidigung der Stadt-Officianten und Diener, ingleichen von der Inkorporation der neuen Stadt Faldern mit der alten Stadt Emden, und der dafür an den Grafen jährlich zu bezahlenden 1700 Rthl. Rekognitionsgelder enthalten iſt †), wird in der itzigen Kayſerlichen Reſolution mit faſt eben den Worten wiederholt. Und eben ſo ſtimmt 13) und 14) die itzige Kaiſerliche Reſolution, wegen Verwahrung der Stadt Emden und Falderns, derſelben Baues und Verbeſſerung an Pforten, Brücken, Feſtung, Straßen, Warffen und ſonſt, wie auch wegen Beſtellung der Wachen, Aufbewahrung der Schlüſſel zu den Pforten und Bäumen und Ausgebung der Looſung; ingleichen in Anſehung der dem Rathe *ſalva Appellatione* an das Hofgericht, zuſtehender Jurisdiction in Civilſachen

†) S. Eben daſelbſt, S. 101 f. n. 11.
*) S. Eben daſelbſt, S. 102. n. 12.
†) S. Eben daſelbſt, S. 102—104. n. 13—17.

ſachen, und des Rechtes neue Ordnungen in J. Chr.
Juſtitz- und Policey-Sachen zu machen, mit 1597
demjenigen überein, was davon im achtzehnten und neunzehnten Artickel des Delfzyliſchen Vergleiches *) enthalten iſt. Auch 15) in Anſehung der Kriminal-Jurisdicktion und 16) der Aufbewahrung des Nachrichter-Schwerdtes auf dem Rathhauſe, wie auch 17) der dem Grafen und den Bürgermeiſtern und dem Rathe, jeden zur Helfte, gebührenden Geldbußen in der Stadt und Faldern, iſt die itzige Kayſerliche Reſolution von gleichem Innhalte mit dem zwanzigſten bis vier und zwanzigſten Artickel des Delfzyliſchen Vertrages †).

18) Zu künftiger mehrerer Sicherheit der Stadt Emden, an deren guten Verwahrung dem Kayſer, dem H. R. und der ganzen Grafſchaft Oſtfriesland vieles gelegen ſey, ſolle, zufolge ſeinen im fünf und zwanzigſten Artickel des Delfzyliſchen Vergleiches *) geſchehenen Bewilligung, deſſen Haus oder Burg in der Stadt Emden, auswärts der Stadt ohne Pforten, Brücken oder Ausgang und hineinwärts gegen die Stadt ohne Wall und Graben oder einige Befeſtigung ſeyn, und hinführo dergleichen keine mehr gemacht werden; ingleichen ſolle 19) der Stadtwall an dem hinter der Burg liegendem Unterdycke ergänzt, und derſelbe zu einer Bruſtwehr erhöhet, auch auf ſolcher ſowohl, als auf dem Oſtenzwinger eine Schaar- und Schildwache aus der Bürgerſchaft geſtellt, und die Wache verſehen, wie auch

*) S. Eben daſelbſt, S. 104 f. n. 18 f.
†) S. Eben daſelbſt, S. 105 — 107. n. 20 — 24.
*) S. Eben daſelbſt, S. 107. n. 25.

J. Chr. auch die gräfliche Burg künftig mit keinen
1597 andern Soldaten beſetzt, ſondern von dem Grafen ein Vogt, welcher ein Landſaſſe und der Bürgerſchaft nicht zuwider ſey, darauf verordnet werden. Was hiernächſt im ſechs und zwanzigſten bis neun und zwanzigſten Artickel des Delfzyliſchen Vertrages enthalten iſt †), daß nemlich der Graf und ſeine Nachkommen 20) keine Feſtung, Blockhaus oder Schanze inner- und außerhalb der Stadt, und vornemlich oben und unten am Ensſtrome ſolle anlegen können; 21) daß Er ſein Geſchütze aus der Stadt ſolle abführen, und nicht wieder auf die Burg bringen laſſen; 22) daß das vom Grafen und den Bürgermeiſtern und Rathe zu Emden angenommene Kriegsvolk, zu Waſſer und zu lande, aus der Grafſchaft Oſtfriesland ſolle fortgeſchafft werden, hingegen den Bürgermeiſtern und dem Rathe zu Emden erlaubt ſeyn, auf Koſten der Stadt, eine Bürgerwache, jedoch unter keiner fliegenden Fahne, zu beſtellen; und 23) daß alle, von beiden Seiten, arreſtirte Perſonen und Güter, ohne Ranzion und Entgeld, ſollen losgelaſſen und reſtituirt werden, wird mit faſt eben dieſen Worten auch in unſerer Kayſerlichen Reſolution wiederholt.

Zu einiger Entſchädigung bewilligte 24) die Stadt Emden dem Grafen die Summe von 80000 Gulden, mit der Verſicherung ſolche, bis zur Ablöſung, jährlich mit acht vom Hundert zu verzinſen; und überließ 25) dem Grafen alle Gelder, welche Er, laut der Stadt-Rechnungen, aus den Einkünften der Stadt, von den vorigen Bürgermeiſtern und Rathe be-

†) S. Eben daſelbſt, S. 107 f. n. 26 — 29.

bekommen hatte, übernahm auch alle Schul- J. Chr.
den, wofür die Stadt ſich in Bürgſchaft für 1597
den Grafen eingelaſſen hatte, wie ſolches auch ſchon im dreißigſten und ein und dreißigſten Artickel des Delfzyler Vergleiches war bedungen worden *), nur mit dem Unterſchiede, daß, da man in dem letzteren den itzigen Bürgermeiſtern und Rathe freygelaſſen hatte, wider den vorigen Rath, durch den Weg Rechtens, auszuführen, wenn etwa die Bürgerſchaft an denſelben, wegen ſeiner Verwaltung, über obiges noch einen Anſpruch zu machen hätte, dieſer Anhang in der itzigen Kaiſerlichen Reſolution weggelaſſen wurde, und ſollten ſowohl der Graf, als der vorige Rath diesfalls gänzlich befreyet und unarreſtirt bleiben. Weiter und 26) ſollen die Bürgermeiſter und der Rath, wie auch ſchon im zwey und dreißigſten Artickel des Delfzyler Vertrages war ſtipulirt worden †), auf Unkoſten der Stadt, die Gräfliche Burg, nach der Stadt Seite zu, mit einer Mauer und Pforte ſchließen, vor Ausfüllung des Grabens, zum Abfluſſe des Unraths, einen Kanal ziehen, und auf der Burg ein bequemes Haus bauen laſſen, oder zu deſſen Erbauung dem Grafen 20000 Gulden bezahlen, auch endlich, an ſtatt des alten Gartens, der hinfüro zu einem offenen Platze frey und unbebauet liegen bleiben ſolle, einen andern Garten, von der Brücke, oder dem Gerichtshauſe an, nach der Stadt zu, anlegen laſſen.

Da es nun aber 27) die Nothdurft erfordere, daß der eine und der andere Theil vor dem Kayſer beſcheinige, daß allen und jeden, in

*) S. Eben daſelbſt, S. 108 f. n. 30 u. 31.
†) S. Eben daſelbſt, S. 109 f. n. 32.

J. Chr. 1597 in dieſer Kayſerlichen Reſolution, verzeichneten, entſchiedenen und erledigten Punckten nach Inhalt und Ausweiſung derſelben, die ſchuldige und gebührende Folge geleiſtet ſey, ſo befahl der Kayſer dem Grafen Edzard zu Oſtfriesland, wie auch ſeiner Ritterſchaft, Städten und Landſtänden, ingleichen inſonderheit den Bürgermeiſtern und dem Rathe der Stadt Emden, bey einer Strafe von 500 Mark löthigen Goldes, zur Helfte in die Kayſerliche Kammer, und zur andern Helfte an den beſchwerten Theil zu bezahlen, daß Sie, in einer Zeit von ſechs Monaten, von der Publikation und dem Datum dieſes Kayſerlichen Briefes, an dem Kayſerlichen Hofe, Selbſt, oder durch ihre bevollmächtigte Anwälde, erſcheinen, und genugſame Anzeige thun ſollten, daß Sie dieſer Kayſerlichen Reſolution, und Abſchiede, durchaus, in allen Artickeln, Punckten, Klauſeln, Erkentniſſen, Befehlen und Meinung, nichts ausgeſchloſſen, würkliche Folge und ſchuldigen Gehorſam geleiſtet hätten; oder, im widrigen Falle, deſſen ſich doch der Kayſer nicht verſehe, alsdann zu ſehen und zu hören, in die obbeſtimmte Strafe verfallen zu ſeyn, mit Urtheil und Recht ſprechen, erkennen, erklären, auch darüber weiter nothwendige Proceſſe ausgehen zu laſſen, und ſolche gebührend auszuwarten. Sie möchten nun erſcheinen oder nicht, ſo würde nichts deſto weniger, auf Anrufen des Gegentheils, in der Sache gehandelt und verfahren werden, wie es ſich den Rechten und bewandten Dingen nach eigne und gebühre, wornach ſich der eine und der andere Theil zu richten hätte.

Es ſolle auch hiedurch 28) ſowohl zufolge des im J. 1589. publicirten Kayſerlichen Ausſpruches,

ches, als auch Kraft verſchiedener ſeitdem des- J. Chr.
wegen verfaßten Verordnungen, zwiſchen dem oft 1597
gedachten Grafen Edzard zu Oſtfriesland und ſeinen Erben, Nachkommen und Zugewandten an einem, und dann der Grafſchaft, Ritterſchaft, Städten und Ständen, ingleichen der Stadt Emden am andern Theil, eine ewige, vollkommene und unverfälſchte Verſöhnung, Vereinbarung und Beylegung alles desjenigen, ſo bisher in dieſen Händeln vorgefallen, aufgerichtet und geſtiftet ſeyn und bleiben. Mithin ſollen der Graf Edzard und ſeine Erben, Nachkommen und Zugewandten gegen die Ritterſchaft, Städte und Stände der Grafſchaft, wie auch insbeſondere gegen die Stadt Emden, und deren Bürgerſchaft und Gemeinde, ſammt und ſonders, ingleichen des Einen und des Andern Rathgeber, Officianten, Diener und Unterthanen, die jemals in dieſen Sachen entweder als Geſandte, Ausſchüſſe und Gewaltträger, oder auf eine andere Weiſe gebraucht worden, oder ſich gebrauchen laſſen, ſammt und ſonders, alle Ungnade, Mißgunſt und Widerwillen hinfüro gänzlich ſchwinden und fallen laſſen. Und überhaupt alles, was etwa hiebevor, währendem bisherigen Zwieſpalte und Mißverſtande, mit Worten oder Werken, durch jemanden, er ſey Bürger, Einwohner, Landſaſſe oder Fremdling, wes Standes und Weſens Er ſey, auf der einen oder der andern Seite, vorgegangen, ſolle ſowohl der Graf gegen ſeine Unterthanen, als auch die Unterthanen gegen ihren Herrn, den Grafen, und ſeine Erben und Nachkommen, in eine ewige Vergeſſenheit ſtellen, und dergeſtalt ganz todt und ab ſeyn laſſen, daß man niemanden, vorgedachter Urſachen halber, weder in, noch

J. Chr. außer Rechts belange, verklage, oder anſpre-
1597 che, ſchriftlich oder mündlich diſſamire, ſchmähe, der verlaufenen Handlung und Widerwillens in Ungutem nicht mehr gedenke, ahnde, eiffere oder anziehe, viel weniger gegen einige Perſonen, deren Erben oder Güter, wiſſentlich, oder durch Zulaſſung, verfahre, vielmehr ſolle der Graf, und ſeine Erben und Nachkommen die Einwohner und Unterthanen der Grafſchaft, auf dem Lande und in den Städten, in billigem Schutze und Schirm halten, Sie bey ihren Kayſerlichen und andern Privilegien, Freyheiten, Rechten, alten Gebräuchen und Ordnungen handhaben, ſchleunige Juſtitz verwalten, und, falls Jemand dawider handelte, den, oder dieſelben ernſtlich davon abweiſen und beſtrafen. Dagegen aber ſollen auch die Ritterſchaft, Städte und Landſtände in Oſtfriesland ihrem Grafen Edzard, ſeinen Erben und Nachkommen, ſamt ihren nachgeordneten Magiſtraten und Beamten, allen ſchuldigen Reſpeckt, Ehrerbietung, Gehorſam, Treue und Unterthänigkeit leiſten und erweiſen.

Und hierauf ſey nun 29) ſein, des Kayſers, ernſtlicher Befehl und endlicher Wille und Meinung, daß der mehrgedachte Graf zu Oſtfriesland, wie auch ſeine Ritterſchaft, Städte und Landſtände, ſamt der Stadt Emden, für Sich und ihre allerſeits Erben, Nachkommen und Zugewandte, dieſen Kayſerlichen Ausſpruch, Entſcheidung und Abſchied, in allen ſeinen Punkten, Klauſeln, Artickeln und Inhalte, gehorſam, ſtæt, feſt und unverbrüchlich, halten, und ein Jeder den Andern bey dem, was Ihm hierinn ertheilt, zuerkannt und gegeben worden, unbetrübt bleiben laſſen ſolle. Es ſolle auch

auch Keiner etwas darwider vornehmen oder J. Chr. handeln, noch daſſelbe zu thun, Jemanden 1597 geſtatten, auf keine Art und Weiſe, weder heimlich, noch öffentlich, ohne alle Argliſt und einige Gefährde, ſo lieb einem Jeden ſey, die Kayſerliche Ungnade und ſchwere Strafe zu vermeiden. Ingleichen ſollen 30) die folgenden Grafen und Herren zu Oſtfriesland verpflichtet ſeyn, bey der gewöhnlichen Huldigung, dieſe Kayſerliche Reſolution, Ausſpruch und Abſchied, zu allem Ueberfluſſe, der Ritterſchaft, den Städten und Ständen der Grafſchaft Oſtfriesland zu beſtätigen; wie hingegen die Ritterſchaft, Städte und Stände, ihres Theils, ſchuldig ſeyn ſollten, bey Ehren und Treuen anzugeloben, demſelben ſtätt, feſt und unverbrüchlich, nachzukommen. Ingleichen ſollen auch 31) Bürgermeiſter und Rath zu Emden, ſamt den Vierzigern, und ſo oft ein Anderer an des Abgehenden und Verſtorbenen Platz geſetzt oder geſtellt wird, geloben und ſchwören, daß Sie dieſe Kayſerliche Reſolution, Ausſpruch und Ordnung, ſo viel dieſelbe die Stadt Emden betreffe, in allen und jeden Artickeln, treulich halten, und denſelben nachleben wollen und ſollen, ohne einigen Eintrag und Widerſetzlichkeit, welches Sie weder ſelbſt vornehmen, noch Andern auf einige Weiſe vorzunehmen geſtatten, ſondern vielmehr die Uebertreter, als Stöhrer der gemeinen Landruhe und Friedens, ernſtlich ſtrafen und abhalten ſollten. Zuletzt und 32) iſt auch noch in dieſer Kaiſerlichen Reſolution enthalten, daß dieſelbe keine, zwiſchen dem Grafen zu Oſtfriesland und ſeinen Unterthanen vormals errichtete Verträge oder Handlungen, wie ſie Namen haben, oder an welchen Orten ſie ge-

J. Chr. 1597 gemacht ſeyn möchten, im geringſten nicht irren, noch verhindern ſollten. Wofern auch, wider Verhoffen, einiger Streit vorfiele, oder etwas in zweifelhaften Verſtand gezogen würde; ſo ſollten beide Theile, wegen ſolches Streites und Mißdeutung, oder auch der Zuwiderhandlungen eines oder mehrern Artickel halber, jederzeit bey Ihm, dem Kayſer, deswegen rechten Beſcheid und Erläuterung einholen, und darauf ſeinem Entſchluſſe gehorſame und unweigerliche Folge leiſten, und es allerſeits dabey endlich beruhen laſſen. Uebrigens wurden von dieſem Kayſerlichen Ausſpruche und Abſchiede, unter des Kayſers eigenhändigen Unterſchrift und dem anhangenden Kayſerlichen Inſiegel, drey gleichlautende Exemplare ausgefertiget, und davon das eine dem D. Erich Lymbürger, als Abgeordnetem des Graf Edzards, das andere aber den Bevollmächtigten und Gewaltträgern der Oſtfrieſiſchen Ritterſchaft, Städte und Landſtände, und das dritte der Stadt Emden insbeſondere zugeſtellt r).

Ital. Vorfälle. In Italien trug ſich, gegen Ende dieſes Jahrs, eine merkwürdige Veränderung zu, wodurch die weltliche Macht des Pabſtes einen beträchtlichen Zuwachs erhielt, und wovon ich erſt noch einiges gedenken muß, ehe ich zur Geſchichte des Regenſpurgiſchen R. Tages ſchreibe. 17 Oct. ſt. n. Es ſtarb nemlich im Herbſte der H. Alfonſus der II, von Ferrara, Modena und Reggio, im vierzigſten Jahre ſeiner Regierung und im

r) Ubbonis *Emmii* Hiſt. noſtri temporis, p. 31. 36. R. E. Brenneyſens Oſtfrieſ. Hiſtorie und Landes-Verfaſſung, T. II. L. I. n. 14. p. 79 — 92. und Lünigs R. A., T. X. *Contin. II.* 3. Fortſ. p. 532 — 543. n. 20.

im vier und ſechszigſten ſeines Alters, ohne J. Chr. aus ſeiner dreyfachen Ehe Kinder zu hinter- 1597 laſſen. Mit Ihm erloſch alſo die regierende ächte Linie des uralten Fürſtlichen Hauſes Eſte; es lebte aber aus demſelben noch unſers H. Alfonſus des II. Vaters Bruders-Sohn, Cäſar von Eſte, deſſen Vater, den Alfonſus Marggrafen von Montechio, unſers H. Alfonſus des II. Großvater, weiland H. Alfonſus der I. von Ferrara, Modena und Reggio mit der Laura Euſtochia, einer Bürgers-Tochter zu Ferrara erzeugt hatte, die anfangs ſeine Beyſchläferin war, nachmals aber in ſein Ehebette aufgenommen, und dadurch der mit ihr erzeugte Sohn, nemlich der vorgedachte Alfonſus, Marggraf von Montechio legitimirt wurde. Es ſtarb aber derſelbe ſchon im J. 1582. und hinterließ von ſeiner Gemahlin, Julia von Ruvere, H. Franz Maria zu Urbino Tochter, zwey Söhne, den vorhin genannten Cäſar von Eſte und Alexandern von Eſte; denn ſein älteſter Sohn, Alfonſus von Eſte, war noch einige Jahre vor ſeinem Vater geſtorben.

Unſer erbloſe H. Alfonſus der II. hatte ſich nun, noch bey ſeinem Leben, viele Mühe gegeben, es bey dem päbſtlichen Stuhle, von welchem Er das Herzogthum Ferrara zu Lehen trug, dahin zu bringen, daß Er ſich einen Lehensfolger im Teſtamente ernennen dürfte, wozu Er ſeinen obgedachten Vetter, den Cäſar von Eſte beſtimmt hatte *), und eine gleiche Bemühung gab Er ſich auch am Kayſerlichen Hofe, in Anſehung der vom Kayſer und dem Rei-

*) S. im XV. Bande der N. T. R. Geſchichte, S. 577 f.

J. Chr. 1597 Reiche zu Lehen gehenden Herzogthümer Modena und Reggio †). Allein der H. Alfonſus der II. konnte weder bey dem P. Gregorius dem XIV, noch bey dem itzigen P. Clemens dem VIII die geſuchte Bewilligung erhalten; ſondern es wurde Ihm jederzeit die Bulle des P. Pius des V. entgegen geſetzt, welche alle Päbſte bey ihrer Thronbeſteigung beſchwören müßten, und vermöge welcher nicht nur keine Kirchengüter weiter veräußert, ſondern auch die der Kirche eröffnete Lehen eingezogen werden ſollten. Da nunmehro dieſer Fall im Herzogthume Ferrara ſich ereignete; ſo thaten die Stände des Herzogthums itzo eben dasjenige, was Sie, in den vorigen Zeiten, in ähnlichen Fällen mehrmals gethan hatten, und erwählten nach dem Abgange des erblichen Mannsſtammes, einen Herzog aus den unehlichen Seitenverwandten, der alsdann vom Pabſte beſtätiget werden ſollte. Die Wahl traf nun den obgedachten Cäſar von Eſte, und da Ihn außerdem der letzte Herzog von Ferrara, Alfonſus der II, in ſeinem Teſtamente, zu ſeinem Nachfolger ernannt hatte, ſo war Er auch von dem Kayſer mit den Reichslehen Modena und Reggio belehnet worden.

Aus dieſen Gründen nahm Cäſar von Eſte den Beſitz vom Herzogthum Ferrara, und gab ſich alle Mühe, bey demſelben ſich zu erhalten, und darinn geſchützt zu werden. Er wußte ſich auch die Zuneigung des Volkes, und vornemlich des Adels, der ſich der geiſtlichen Oberherrſchaft ohnehin nicht gerne zu unterwerfen pflegt, dadurch zu erwerben, daß Er einige Beſchwerden abſtellte, und einige Auflagen theils

†) S. Eben daſelbſt, S. 29—31.

theils gänzlich abſchaffte, theils verringerte. J.Chr. Zugleich ſchickte Er Geſandten an alle Potentaten der Chriſtenheit, und meldete Ihnen, daß Er als ein legitimirter Abkömmling vom H. Alfonſus dem I. von Ferrara, in der Ihm ertheilten Belehnung mit begriffen ſey. An den Pabſt aber ſchickte Er den Grafen von Ziiolo mit einem ſehr ehrerbietigen Schreiben, worinn Er Ihm von dem Tode ſeines Vetters, des H. Alfonſus des II, Nachricht gab, und Sich der Kirche als einen gehorſamen Lehensmann anbot. Als aber P. Clemens der VIII. ſah, daß unſer Cäſar von Eſte den Titel eines Herzogs von Ferrara ſich beygelegt hatte; ſo wollte Er weder deſſen Schreiben annehmen, noch ſeinem Geſandten eine Audienz geben, ſo innſtändig auch derſelbe darum bat. Denn nach der Meinung des päbſtlichen Hofes wurde das Herzogthum Ferrara, nach des H. Alfonſus des II. unbeerbten Abſterben, für ein der Kirche heimgefallenes Lehen gehalten; ja der Pabſt machte ſogar auch noch Anſprüche auf Modena und Reggio, wovon Er jedoch nachher abſtund, als der Kayſerliche Geſandte Ihn überführte, daß dieſe Länder unwiderſprechliche R. Lehen ſeyen. 1597

Ehe wir nun den weitern Verfolg dieſer Sache erzählen, müſſen wir erſt die Gründe anführen, womit ein jeder Theil ſeine Rechte zu behaupten geſucht hat. Cäſar von Eſte führte diesfalls an: 1) daß die von Eſte das Herzogthum Ferrara von dem päbſtlichen Stuhle nicht zu Lehen gehabt hätten, ſondern, daß Sie nur päbſtliche Vicarien zu Ferrara geweſen, welche Würde P. Alexander der VI. ihrer Familie auf ewig ertheilt habe. Dergleichen weltliche Würden aber könnten, nach der Meinung der meiſten

J. Chr. ſten Doctoren auch von unehlich Gebohr-
1597 nen verwaltet werden, welches hier um ſo mehr Statt finde, weil P. Alexander der VI. alle Söhne und Nachkommen des H. Herkules des I. von Ferrara, ohne Unterſchied, zur Succeſſion berufen habe, worunter, nach der Meinung faſt aller Doctoren, auch die Unehlichen, und beſonders die Legitimirten, begriffen würden; 2) weil die Päbſte, Sixtus der IV. und Alexander der VI. ſich, in ihren Bullen, auf die vorhergehenden päbſtlichen Bullen, und beſonders des P. Johanns des XXIII. beriefen, in welchen aber ausdrücklich auch der Unehlichen Meldung geſchähe; 3) weil die gedachten Päbſte die unehlich Gebohrnen nirgends ausgeſchloſſen hätten; 4) weil in dieſer Vikariatswürde ſchon öfters Unehliche und Legitimirte wären zugelaſſen, ja ſogar den Ehlichen vorgezogen worden; und endlich 5) weil Er, Cäſar von Eſte, ehlich gebohren ſey. Denn obgleich ſein Vater, Alfonſus von Eſte, ein natürlicher Sohn des H. Alfonſus des I. von Ferrara geweſen, ſo ſey Er doch, durch die zwiſchen Ihm und ſeiner Mutter nachher vollzogene Ehe genugſam legitimirt worden, indem dergleichen *per ſubſequens matrimonium Legitimati*, nach der Meinung aller Doctoren von den *Legitimis* nicht unterſchieden ſeyen. II) Wird als ein Grund der Rechte des Cäſars von Eſte auf Ferrara angeführt, das das Herzogthum und Vicariat von Ferrara dem Hauſe Eſte von den Päbſten *pleno iure* ſey geſchenkt, nicht aber als ein Lehen verliehen worden, mithin Cäſar von Eſte nicht hätte können ausgeſchloſſen werden. Daß aber dergleichen Schenkung würklich geſchehen, ſey nicht nur daraus abzunehmen,

daß,

daß, nach der Inveſtitur P. Pauls des III, J. Chr.
weiter keine Renovation derſelben geſchehen ſey, 1597
ſondern es beweiſe ſolches auch die Bulle P. Alexanders des VI. Denn, nicht zu gedenken, daß *Donatio a Principe facta*, oder eine *Conceſſio propter bene merita*, dergleichen die mit Ferrara geſchehene ſey, wie die Anfangsworte der Bulle ausdrücklich melden, *latiſſime* und dergeſtalt zu erklären ſey, *ut omnia libere donata ſint*, ſo gebrauche der Pabſt nicht allein beſtändig das Wort: *donamus*, welches eine *plenariam translationem Dominii* anzeige, ſondern Er ſeze auch ausdrücklich in der Bulle: Er überlaſſe dem H. Herkules das Ferrariſche *cum libera* et *plena Jurisdictione*, welches ſoviel ſage, als das *Dominium directum*. Ja wenn auch III) das Herzogthum Ferrara ein päbſtliches Lehen wäre; ſo könnte doch die Inveſtitur dem Cäſar von Eſte nicht verweigert werden, weil es 1) ein *Feudum improprium* et *cenſuale* ſey, auch kein *Juramentum fidelitatis* und *Servitium perſonale*, ſondern nur ein *Servitium reale*, mit Abtragung einer jährlichen Steuer von 7000 Dukaten, davon geleiſtet würde; in ſolchen Lehen aber würden auch *Perſonae inhabiles*, als Frauensperſonen, Geiſtliche, Legitimirte und dergleichen zugelaſſen; 2) weil Cäſar von Eſte, als ein Agnat, von dem lezten Herzog zum Erben eingeſezt worden, in welchem Falle, nach der Meinung des Bartolus und anderer Doctoren, ein Lehensherr dem eingeſezten Erben die Belehnung nicht verſagen ſolle; und 3) weil Kayſer Carl der V. in dem von Ihm geſprochenen Laudum, P. Clemens den VII. verurtheilt hätte, dem H. Alfonſus dem I. von Ferrara, und deſſen Erben und Succeſſoren, die Belehnung zu ertheilen;

J. Chr. Diſpoſition, über einen Haufen zu werfen, ſon-
1597 dern auch weil P. Pius der V, im J. 1561, in einer beſondern Conſtitution verboten hätte, zu Gunſten der Unehlichen oder Legitimirten, oder deren Söhne und Verwandten, etwas zu verordnen. Die vom Kayſer Carl dem V. aber, in dem obgedachten Laudum, gebrauchten Worte: für ſeine Erben und Nachkommen, wären von rechten Lehenserben zu verſtehen; daher auch der Kayſer ſogleich hinzugeſetzt hätte, daß die Belehnung geſchehen ſolle *iuxta formam ſolitam et conſuetam*. Endlich ad IV) hätten die Unterthanen kein Recht, ſich, nach eigenem Gefallen, zum Nachtheil des Lehensherrn, einen Herrn zu erwählen. Ueberhaupt aber wurde dem Cäſar von Eſte entgegengeſetzt, daß, wenn Er auch einiges Recht an das Herzogthum Ferrara gehabt hätte, Er ſich doch, durch ſeine unrechtmäßige und ohne päbſtliche Einwilligung ergriffene Beſitznehmung, deſſen verluſtig gemacht hätte.

Hierauf replicirte Cäſar von Eſte ad I) und II), daß dasjenige, was von päbſtlicher Seite, zur Behauptung der Lehens-Eigenſchaft des Herzogthums Ferrara, angeführt würde, ſolches gar nicht beweiſe, indem der Titel eines Marggrafen oder Herzogs kein Lehen mache, weil Jemand denſelben auch *iure proprio* haben könnte. Der Lehenseid ſey auch nur bisweilen von den vorigen Herzogen geleiſtet worden; es ſey auch überdem derſelbe nur ein *Signum accidentale*, und involvire nicht allemal ein Lehen; indem dergleichen Eide auch von Vicarien und andern Officialen geleiſtet würden. Die *Solutio annua* mache gleichfalls kein Lehen, und würde auch, von den Päbſten

ſelbſt

ſelbſt, in verſchiedenen Bullen, nur ein *Cenſus* J. Chr.
genannt. Ein Gleiches ſey auch von der *Trans-* 1597
latione Regalium zu halten; denn Gerichtsbarkeiten und Regalien würden öfters auch Privatperſonen ertheilt. Was wegen der *Poenae Commiſſi* ausdrücklich paciſcirt worden, beweiſe vielmehr, daß die Herzoge Ferrara von den Päbſten nicht zu Lehen gehabt; denn ſonſt hätte es eines ſolchen *Pacti* nicht bedurft. Das Wort Belehnung oder *Inveſtitura* begreife alle *Species Translationis*, ſive *ex feudo*, ſive *ex donatione*, *locatione*, vel *aliis Titulis* in ſich, und bemerke nicht allemal ein Lehen. Hätte aber H. Herkules der II. von Ferrara etwas Nachtheiliges mit dem päbſtlichen Stuhle paciſcirt, ſo könnte ſolches Ihm, dem Cäſar von Eſte, da Er von Jenen nicht abſtamme, und ſein Recht von Ihm nicht hätte, nicht nachtheilig ſeyn. Was aber wider die angeführten Gründe von päbſtlicher Seite angeführt würde, ſey von ſchlechter Gültigkeit; denn, obgleich die Legitimirten, nach dem Lehensrechte, zu keiner Succeſſion in den Lehen zugelaſſen würden, ſo würde doch in der Praxi *quoad Legitimatos per ſubſequens matrimonium* das Gegentheil beobachtet; daß aber in Kirchenlehen und andern päbſtlichen Conceſſionen die Legitimirten nicht zugelaſſen würden, davon ſey keine beſtändige Obſervanz vorhanden, und bezeugten die vielfältigen Ueberlaſſungen des Herzogthums Ferrara genugſam das Gegentheil, wenigſtens in dieſem Herzogthume. Und obgleich zwar in den Bullen der Päbſte Sixtus des IV. und Alexanders des VI. nicht ausdrücklich der Legitimirten gedacht würde; ſo bezögen ſich doch dieſe auf die vorhergehenden Bullen, worinn zu Gunſten der

J. Chr. Legitimirten diſponirt ſey. Die Makel,
1597 welche etwa dem Vater des Cäſars von Eſte anhangen möchte, ſey, durch die zwiſchen ſeinen Eltern vollzogene Ehe, gänzlich vertilget worden. Und endlich die Conſtitution P. Pius des V. habe nur die Meinung, daß keine Legitimation zum Nachtheil der andern Verwandten geſchehen ſolle, welches hier der Fall nicht ſey.

Was hiernächſt ad III) von der Diſpoſition des Vaſallen angeführt worden, ſey nicht ohne Unterſchied zu verſtehen, ſondern nur in dem Falle, da eine ſolche Diſpoſition zu Gunſten desjenigen geſchehen, der ſchon vorhin einiges Recht an den Lehen gehabt habe. Die Conſtitution des P. Pius des V. aber ſey gar zu hart; daher dieſelbe nicht allein von den Doctoren vielfältig limitirt, ſondern auch faſt gar nicht beobachtet würde. Endlich ad IV), daß die Unterthanen die Wahl ihres Landesfürſten, von vielen Jahren, hergebracht, ſey aus vielen in facto angeführten Exempeln zu erſehen. Indeſſen ſey die Erwählung des Cäſars von Eſte nicht ſowohl die Wahl eines neuen Herrn, als vielmehr nur die Anerkennung desjenigen für ihren Herrn geweſen, welcher es ſchon vorhin von Rechtswegen geweſen ſey. Was übrigens überhaupt wegen des ergriffenen Beſitzes angeführt würde, ſolches könnte keinesweges für unrechtmäßig gehalten werden, weil Er, der Cäſar von Eſte, nicht allein die Wahl des Volkes, dadurch ſeine Vorfahren gleich in den Beſitz wären geſetzt worden, ſondern auch das Teſtament des H. Alfonſus des II. für ſich gehabt habe; Er auch erbietig ſey, vor einem jeden unparteyiſchen Richter ſich zu ſtellen,

und in der Hauptſache ſprechen zu laſſen. J. Chr.
Dis ſind die hauptſächlichſten Gründe, welche 1597
ſowohl Cäſar von Eſte, als der päbſtliche Stuhl, zu Behauptung ihrer Gerechtſame bekannt gemacht haben, und wir wollen nun weiter melden, wie die über dieſe Sache entſtandene Streitigkeit endlich abgelaufen ſey.

Diejenigen, welche dem Cäſar von Eſte gerne zur Inveſtitur verholfen hätten, und die benachbarten Italiäniſchen Fürſten, die nicht gerne einen ſo mächtigen Nachbar ſahen, machten dem Pabſte ſehr bange, bildeten Ihm die Gefahr eines darüber zu entſtehenden Krieges ſtark vor, und führten Ihm die Beſorgniß zu Gemüthe, daß dadurch der Krieg nach Italien ſehr leicht könnte gezogen werden, und folglich die Ketzerey ſich dabey mit einſchleichen; indem die Hugenotten in Frankreich, die Calviniſten in England, die Lutheraner in Deutſchland, und die Holländer ſich in dieſen Krieg miſchen, ja der Cäſar, aus Verzweiflung, wol gar die Türken um Hülfe anrufen, und wenn Er Ferrara durch die Waffen behaupten ſollte, ſich der Lehensverbindlichkeit gegen die Kirche gänzlich entziehen möchte. Die Einkünfte der Kirche wären zur Unterhaltung eines ſtarken Kriegsheeres und Führung eines langwierigen Krieges nicht zureichend, und der Pabſt ſey weder mit Generalen, noch mit andern zu dergleichen Vorfällen nöthigen Erforderniſſen verſehen. Der König von Spanien, die Republik Venedig und andere Potentaten möchten leichtlich den Cäſar von Eſte heimlich unterſtützen, und Er dadurch dem Pabſte überlegen werden; inſonderheit, wenn die Stände und das Landvolk von Ferrara bey der Wahl des Cä-

J. Chr. 1597 ſars von Eſte beharren, und dieſelbe, mit Darſetzung Leib und Lebens, vertheidigen würden. Cäſar habe von ſeinem Vetter, dem verſtorbenen H. Alfonſus dem II, vieles Geld geerbt, ſein Adel ſey in den Waffen wohl geübt, und die Stadt Ferrara ſtark befeſtiget, auch mit allem Nöthigen, zu Aushaltung einer Belagerung, gut verſehen. Der Kaiſer habe Ihn mit Modena und Reggio bereits belehnet, deſſen Landſtände bey Ihm, als ihrem Landesfürſten, Gut und Blut aufſetzen würden.

Durch dieſe und dergleichen Vorſtellungen wurde dem Pabſte bey dieſem Handel nicht wenig bange; allein ein Vertrauter, jedoch heimlicher Feind des Cäſars von Eſte wurde an Ihm zum Verräther, und entdeckte dem Pabſte die wahre Lage aller ſeiner Umſtände, daß nemlich ſein Herr weder Geld, noch Volk in Bereitſchaft hätte; daß die Stände des Herzogthums Ferrara Seinetwegen ſich in keinen Krieg einlaſſen würden; daß Spanien, Venedig und andere Potentaten ſich Seiner nicht anders, als nur durch Interceſſionen annehmen würden; und daß alſo der Pabſt nur dürfe einen rechten Ernſt blicken laſſen, um ſeinen Zweck zu erreichen. Dieſes machte den Pabſt beherzter, die Sache mit wenigerm Zweifel und größerm Muthe anzugreifen. Er meldete alſo, in einem gehaltenen Conſiſtorium, den anweſenden (2 Nov. st. n.) Cardinälen das Abſterben des Herzogs von Ferrara, und daß dadurch das Herzogthum Ferrara der Kirche heimgefallen ſey; wobey Er dann ſeine rechtmäßige Anſprüche auf daſſelbe, und ſeine endliche Entſchließung, ſolches der Kirche zu incorporiren, weitläuftig anzeigte, und ihre Meinung darüber zu wiſſen verlangte.

Dieſes Lehen ſey, durch den Tod des H. Alfon- J. Chr.
ſus des II. dem Apoſtoliſchen Stuhle unmittel- 1597
bar heimgefallen, und dis ſey der Fall, wovon die Bulle des P. Pius des V. handle, welche alle deſſen Nachfolger und Er ſelbſt beſtätiget und beſchworen hätten. Solche ſeine unwiderrufliche Gründe, und ſeine darüber gefaßte Entſchließung, nebſt den Ihn dazu bewegenden Urſachen, wolle Er, durch ſeine Legaten, allen chriſtlichen Königen und Fürſten anzeigen laſſen, dem Cäſar von Eſte aber ein Monitorium zuſchicken, und Ihn väterlich ermahnen, von ſeinem Anſpruche, und thätlich, auch widerrechtlich genommenen Beſitze abzuſtehen; mit der Bedrohung, daß man ſonſt die Schärfe ſowohl der geiſtlichen als weltlichen Waffen gegen Ihn gebrauchen würde. Und da die Einkünfte der päbſtlichen Kammer hiezu nicht zureichend wären, müßte das Geld aus dem Schatze, auf der Engelsburg, dazu genommen werden, weil es P. Sixtus der V. zu ſolchen Abſichten geſammelt hätte. Damit Er auch der Kriegsexpedition deſto näher ſeyn möge, wolle Er ſich nach Bononien begeben, und zu dieſem Geſchäfte eine beſondere Congregation niederſetzen, weil Er nicht, um einer jeden Sache halber, das ganze Cardinals-Collegium zuſammen berufen könnte.

Dieſem Vortrage des Pabſtes gaben zwar alle anweſende Cardinäle ihren Beyfall; nur widerriethen ſie Ihm die Reiſe nach Bononien, weil Er alt, krank, und zum Reiſen unvermögend ſey, auch Ihm die Veränderung der Luft ſchädlich ſeyn könnte; wie es dann auch nicht ſchicklich ſeyn würde, daß, bey Entſtehung eines Krieges in Italien, das Haupt zu Rom von ſeiner ordentlichen Reſidenz abweſend

J. Chr. ſend wäre. Zugleich ſchlugen Sie Ihm vor, das
1597 Nöthige durch einen Legaten, nemlich ſeinen Nepoten, den Cardinal Peter Aldobrandini, verrichten zu laſſen. Indeſſen fehlte es doch nicht an einigen Cardinälen, welche die vorher erwähnte Gefahr eines Krieges und andere Bedenklichkeiten beſcheiden vorſtellten, und dabey anführten: man würde es dem Cäſar von Eſte nicht verdenken können, wenn Er das Lehen nicht eher würde abtreten wollen, als bis Ihm die, von ſeinen Vorfahren, darein verwandten Verbeſſerungen wären bezahlt worden. Allein der Pabſt, (zumal da Er merkte, daß Ihn etliche Cardinäle im Verdachte hätten, als wenn Er das Herzogthum Ferrara Einem ſeiner Nepoten zuwenden wollte,) antwortete darauf, daß Er eher ſterben, als dieſes Lehen dem Cäſar von Eſte, oder Jemand andern geben wolle, womit Er dann den Verdacht der Cardinäle aus dem Wege räumte. Auf den Einwurf, wegen der zu erſtattenden Verbeſſerung des Lehens, erwiderte der Pabſt: es hätte ſich deswegen Einer von den vorigen Herzogen mit dem P. Paulus dem IV. verglichen, und ſey deshalb dem Herzog ein ziemlicher Theil der jährlichen Penſion nachgelaſſen worden, mithin Cäſar von Eſte desfalls nichts zu ſuchen hätte; Falls Er aber irgends wozu ein Recht hätte, wolle Er Ihm ſolches widerfahren laſſen. Der Pabſt dankte hierauf den Cardinälen, daß Sie ſeiner Meinung beigetreten, und Er hoffe zu Gott, daß Er zu ſeinem Unternehmen Glück und Segen verleihen würde; Er beſorge zwar die Mühſeligkeiten des angedroheten Krieges, daran aber habe derjenige Schuld, welcher das der Kirche zugehörige nicht reſtituiren

ten wolle, und alſo nicht Er, der Pabſt, in- J. Chr. dem Er nur dasjenige thue, was Er, ſeines Am- 1597 tes und Gewiſſens halber, vor GOtt ſchuldig ſey. Er fügte noch ferner hinzu, daß die Gefahr nicht ſo groß ſey, als man ſie mache; denn der Cäſar von Eſte ſey nicht im Stande, ſich allein zu vertheidigen, und kein Italiäniſcher Potentat würde ihm, ohne ein eigenes Intereſſe dabey zu haben, helfen. Beſonders ſey Er verſichert, daß der König von Spanien den Cäſar von Eſte wider die Kirche nicht begünſtigen werde. Denn ob Er gleich bey dem P. Gregorius dem XIV. eine Fürbitte eingelegt hätte, dem H. Alfonſus dem II. eine neue Inveſtitur zu geben, und derſelben den Cäſar mit einzuverleiben; ſo ſey es doch mit ſolcher Mäßigung geſchehen, daß der Herzog ſelbſt über ſolche kalte Art der Interceſſion ſich beſchwert hätte.

Einige Tage hernach hielt der Pabſt wieder S. c. m. ein Conſiſtorium von zwanzig Cardinälen, und gab Ihnen von dem weitern Erfolge dieſer Sache Nachricht; mit dem Anhange, daß Er geſonnen ſey, ſeinen Vorſatz auszuführen, bis Er den gewünſchten Endzweck erreicht hätte. Die Cardinäle dankten dem Pabſte für ſeine bisherige Fürſorge, und billigten nochmals ſein Vorhaben, nur riethen ſie zur ſchleunigen Execution, weil darauf der gute Fortgang beruhe. Hierauf ernannte der Pabſt die Kriegshäupter, ließ Volk werben, und an den Cäſar von Eſte ein Monitorium ausfertigen, darinn Ihm ein Termin von 25 Tagen zur Bedenkzeit geſetzt wurde. Dieſer antwortete auf dieſes Monitorium mit großer Ehrerbietung in einem Schreiben, darinn Er von dem Tode des H. Alfonſus,

J. Chr. ſus, deſſen Teſtamente, und daß Er Ihn darinn
1597 zu ſeinem Erben ernannt hätte, Bericht erſtattete, mit dem Erbieten, daß Er ein ſo gehorſamer Vaſall der Kirche, als immer Einer geweſen ſey, ſeyn wolle. Zugleich wiederholte Er die ſchon angeführten Gründe ſeiner Anſprüche an das Herzogthum Ferrara, als ein von den Herzogen von Ferrara Entſproſſener, und daß Ihn, aus dieſem Grunde, die Stände und das Volk von Ferrara zum Herzog erwählt hätten. Endlich bat Er gar ſehr, daß der Pabſt mit den Waffen einhalten, und es auf den ſchiedsrichterlichen Ausſpruch des Königs von Spanien, oder eines andern chriſtlichen Potentaten möchte ankommen laſſen; oder, wenn Ihm dieſes nicht gefiele, daß Er ſelbſt Richter in dieſer Sache ernennen möchte, vor welchen Er ſein Recht ausführen könnte; indem Er nicht anders wüßte, als daß Er in den, von den Päbſten Sixtus dem IV. und Alexander dem VI. ertheilten Inveſtituren mit begriffen ſey. Zuletzt bat ſein Geſandter, der Graf Zilioli, wenigſtens um eine Verlängerung des angeſetzten Termins.

Allein der Pabſt erwiederte hierauf, daß Ihm das Ableben des H. Alfonſus leid ſey, und Er ganz gerne ſehe, daß derſelbe den Cäſar zu ſeinem Erben eingeſetzt habe; aber dis ſey nur zu verſtehen von demjenigen, was ſein geweſen, und was Er, mit gutem Gewiſſen, hätte geben können, nicht aber von dem Herzogthume Ferrara, welches der Kirche zugehöre, und welches der H. Alfonſus ſo wenig hätte weggeben können, als es itzo der Cäſar von Eſte behalten könnte. Zugleich ſchlug Er Ihm das verlangte Compromiß auf andere Für-

ſten,

ſten, oder die Ernennung beſonderer Richter J. Chr.
in dieſer Sache ab, verwies Ihn aber wegen 1597
der gebetenen Verlängerung des im Monitorium geſetzten Termins auf die in dieſer Sache niedergeſetzte Congregation von ſechszehn Cardinälen, welche der Pabſt vor ſich forderte, ihnen das Anbringen des Geſandten des Cäſars von Eſte und ſeine darauf gegebene Antwort eröffnete, und darüber ihre Gutachten verlangte. Daſſelbe ging nun einhellig dahin, daß der Pabſt dieſe Sache an keinen Schiedsrichter verweiſen könne. Denn ſo wenig Er Macht habe, dieſes Lehen an Jemanden zu veräußern oder wegzugeben, eben ſo wenig könne Er zulaſſen, daß der darüber entſtandene Streit compromittirt würde, weil es eine Art einer Veräußerung ſey, und der Pabſt, zu Anfang ſeines Pabſtthums, die Bulle des P. Pius des V. beſtätiget und beſchworen hätte. Der Pabſt müſſe, als Oberlehnsherr, ſelbſt Richter in dieſer entſtandenen Streitigkeit ſeyn; inſonderheit, da Er in weltlichen ſo wenig, als in geiſtlichen Dingen einen Höhern auf der Welt über ſich habe. Und geſetzt, es wäre desfalls noch ein Zweifel vorhanden, ſo falle ſolcher, durch die letztere Inveſtitur des P. Pauls des IV. weg, als darinn die Entſcheidung einer jeden Streitigkeit, die darüber entſtehen möchte, dem Pabſte wäre vorbehalten worden. Auch K. Philipp der II. von Spanien habe des P. Gregorius des XIII. richterlichen Ausſpruch weder anhören, noch erwarten wollen, als Er ſeine Anſprüche auf Portugal geltend zu machen geſucht habe, ſondern ſey ſein eigener Richter geweſen. Wenn nun dieſes bey Fürſten, die keinen Oberherrn hätten, nichts ungerechtes

ſey;

J. Chr. ſey; ſo könne ſolches um ſo weniger in dem ge-
1597 genwärtigen Falle, wo eigentlich von den Rechten der Kirche die Frage ſey, für unrecht gehalten werden.

Es waren zwar einige Cardinäle, in dem gehaltenen Conſiſtorium, der Meinung, daß der Pabſt, um ſeine Sache deſto mehr zu rechtfertigen, und das Elend des Krieges zu verhüten, einige ganz unparteyiſche und unverdächtige Richter ſubdelegiren ſollte. Allein die Meiſten behaupteten, daß die Sache bereits ſo weit gediehen ſey, daß man, ohne Verletzung des päbſtlichen Anſehens, nicht mehr zurücktreten, noch Schiedsrichtern die Sache überlaſſen könnte; zumal da der Cäſar von Eſte auf das päbſtliche Monitorium nicht geantwortet, und dadurch die Miniſter der päbſtlichen Kammer veranlaſſet hätte, Gerechtigkeit zu begehren, welche ihnen der Pabſt nicht hätte abſchlagen können. Andere Cardinäle waren der Meinung, daß der Pabſt den Cäſar von Eſte, wenn Er auf das Monitorium, obgleich nach verſtrichenem Termin, antworten würde, anhören, Ihm die Juſtiz verwalten, von neuem belehnen, und, wenn Er genugſame Urſachen und rechtmäßige Gründe vorgebracht hätte, das ergangene Urtheil, wodurch das Lehen der Kirche zugeſprochen worden, durch *Judices delegatos* wieder aufheben ſollte. Allein wider dieſe Meinung waren gleichfalls die meiſten Stimmen, und beſchloſſen, daß es dem päbſtlichen Anſehen zuwider ſey, wenn *Judices delegati* dergleichen Widerruf thun, und der Pabſt eine neue Inveſtitur geben würde. Es befremde Sie auch, daß der Cäſar von Eſte in die Entſcheidung und das Urtheil desjenigen einen

Zwei-

Zweifel ſetze, den doch der heilige Geiſt für J. Chr. einen Vicarius Chriſti auf der Erde erwählt 1597 hätte; und es ſey ſehr ungeziemend, daran zu zweifeln, daß derjenige, dem GOtt die Regierung ſeiner Kirche übergeben, nicht Richter in *Cauſſa particulari* ſeyn könne, welches Sie mit der Meinung etlicher berühmten Doctoren beſtärkten.

Ferner, wenn der Pabſt von ſeiner Sentenz itzo abgehen ſollte, würde ein Jeder denken, daß das Begehren des Cäſars von Eſte recht und billig geweſen, da Er doch keinen einzigen rechtmäßigen Anſpruch behaupten könnte. Denn, als der letzte H. Alfonſus der II. über dieſe Sache mit dem P. Gregorius dem XIV. tractirt habe, hätte Er mit keinem Worte gemeldet, daß der mehrgedachte Cäſar von der Linie ſey, die in dem Lehen begriffen, ſondern vielmehr, daß es mit ſeiner Perſon ganz abſterbe; daher Er nur um die Prorogation des Lehens gebeten habe, und zwar nicht für den Cäſar von Eſte, ſondern für denjenigen, welchen Er benennen würde. Es ſey gewiß, daß, wenn Cäſar hiezu ein Recht gehabt hätte, Er es damals würde angeführt haben, indem Er damit leichter würde haben auskommen können, und die Bulle des P. Pius des V. nicht wider Ihn würde geweſen ſeyn. Außerdem führten Sie auch noch an, daß wegen Ernennung der Richter viele Schwierigkeiten entſtehen, und die beſte Gelegenheit darüber verlohren gehen würde. Denn um ſich der Richter und des Ortes, wo das Urtheil geſprochen werden ſollte, zu verſichern, würde der Cäſar von Eſte ſo viele neue Forderungen täglich erregen, und Antworten veranlaſſen, daß leicht eine beſchwerliche Neue-

rung,

J. Chr. rung, mit der Zeit, dazwiſchen kommen könnte.
1597 Eben ſo viele Ungelegenheit habe es auch mit der Bürgſchaft, welche der Cäſar ausſtellen müßte, dem zu erfolgenden Urtheil nachzuleben. Hiezu ſey nemlich kein anderes Mittel, als das Lehen in die dritte Hand zu übergeben. Sey nun der *Depoſitarius* nicht mächtig, ſo könne es Ihm der Cäſar von Eſte leicht wegnehmen. Sey Jener aber ein mächtiger Herr, ſo könne Derſelbe es im Beſitze behalten, und die darauf verwandten Koſten fordern, der Pabſt aber alsdann nicht Mittel haben, es Ihm wieder mit Gewalt zu entreißen. Mithin fiel endlich der einſtimmige Schluß der Cardinäle dahin aus, daß, weil Cäſar von Eſte dem an Ihn ergangenen Monitorium keine Folge geleiſtet habe, nunmehro gegen Ihn mit der Excommunication verfahren werden müßte. Es erging auch hierauf dieſelbe gegen Ihn und alle, welche Ihm rathen und mit Volk und Gelde beyſtehen würden.

Um nun dem päbſtlichen Banne mit den Waffen den Nachdruck zu geben, ließ der Pabſt, unter den Kriegsobriſten, den H. Marcus Colonna, Peter Gaetano, Johann Anton Orſini und Lotharius Conti, den Marggrafen Aſcanius de la Corna, Pyrrhus Malvezzi, und dem Grafen Pepoli, einem Bologneſer, 24000 Mann zu Fuß, 800 Küraſſierer, 1500 Archibuſir-Reuter und 1000 Schanzgräber werben, welche vierzig große und kleine Kanonen mit ſich führen ſollten. Er nahm ferner zu Beſtreitung der Kriegskoſten 200000 Dukaten aus dem Schatze P. Pius des V. in der Engelsburg, und auf Rechnung bey den Kaufleuten nahm Er 600000 Dukaten auf. Ueber

die Armee ſetzte der Pabſt keinen General, ſon- J. Chr.
dern es commandirte dieſelbe ſein Nepote, der 1597
Cardinal Aldobrandini, als Legat, mit dem Titel: *Superintendente di tutto il Stato Eccleſiaſtico;* welcher dann auch mit dieſer ganzen Macht von Rom abmarſchirte. Anfangs wollte Cäſar von Eſte ſich widerſetzen, und Gewalt mit Gewalt abtreiben, ſchickte auch einige Truppen in das Bologneſiſche, die in dem erſten Scharmützel einige Vortheile über die päbſtlichen Völker erhielten. Allein endlich glaubte Er, der päbſtlichen Macht nicht gewachſen zu ſeyn, und ihr nicht widerſtehen zu können; inſonderheit, weil ihm viele Soldaten, die ſich gegen die päbſtliche Excommunication nicht wollten gebrauchen laſſen, davon liefen. Und eben ſo verließen Ihn auch alle ſeine Freunde und Unterthanen, und Er mußte beſorgen, daß Er über ſeinen Anſprüchen auf Ferrara noch alles übrige verliehren möchte. Er beſann ſich alſo eines andern, und traf, durch Vermittlung der klugen Herzogin von Urbino, Lucretia, einer Schweſter H. Alfonſus des II,
im folgenden Jahr, zu Faenza einen Vergleich 1598
mit dem Pabſte, welcher bald hernach publicirt 19 Jan. 28 e. m.
wurde. Schon einige Tage vorher legte der 9. e. m.
Cäſar von Eſte, in der Hofkapelle, nach gehaltener heiligen Geiſt-Meſſe, die Herzogliche Krone und Kleinodien auf den Altar, zum Zeichen, daß Er hiemit der Kirche das Ihrige
reſtituire, und ſchickte hierauf ſeinen älteſten d. e.
Sohn an den päbſtlichen Legaten, mit einem Schreiben an den Pabſt.

Die vornehmſten Bedingungen des Vergleiches waren: 1) daß Cäſar von Eſte, mit ſeiner Gemahlin, Kindern, Hofbedienten,

J. Chr. 1597 und allen, die Ihm in dieſen Händeln Hülfe geleiſtet, vom Banne entlediget werden; 2) der Cardinal-Legat Aldobrandini, auch unbewaffnet, vor dem 30. Jenner nach Ferrara nicht kommen, und 3) den Ferrareſern, wegen des bisher Vorgefallenen, kein Verdruß und Beſchwerde zugefügt werden ſollte. Ferner 4) ſolle Cäſar von Eſte alle im Herzogthume Ferrara gelegene, und dem päbſtlichen Stuhle, als Lehen, nicht zugehörige Landſchaften, wie auch die Allodialgüter des Hauſes Eſte von 40000 Goldgülden jährlicher Einkünfte; 5) auch noch andere vom H. Alfonſus dem II. herrührende Güter von gleichem jährlichen Einkommen; ingleichen 6) die demſelben zugehörig geweſenen und vor dem Thore gelegenen Luſt- und andere Gärten, die an der Stadtmauer liegenden ausgenommen, behalten. 7) Die Helfte der Waffen, des Geſchützes und Kriegsgeräthes zu Ferrara ſolle dem Cäſar von Eſte übergeben; und Ihm auch 8) alle Zölle und Einkünfte des Herzogthums Ferrara, bis zu Ende des Jenners, überlaſſen werden. Weiter ſolle 9) Cäſar von Eſte, und alle die Ihm folgen wollten, ihr Geld, Gold, Silber, Edelgeſteine und anderes aus Ferrara frey mit ſich abführen können; wie auch 10) alle dem päbſtlichen Stuhle nicht zugehörige Schriften und Documente; damit jedoch dieſem deshalb nichts zum Nachtheil wiederführe, ſollte der Cardinal-Legat Aldobrandini Einige ernennen können, welche dieſer Abſonderung der Schriften und Documente mit beywohnten. 11) Möchte ſich Cäſar von Eſte zu Eintreibung ſeines ausgeliehenen Geldes einen Richter ernennen, in Anſehung aber ſeiner übrigen aus-

ausſtehenden Forderungen ſolle Er vor dem ordentlichen Richter zu Ferrara klagen. Hiernächſt ſolle 12) die päbſtliche Kammer Ihm jährlich 15000 Säcke Salz von Cervia Zoll- und Steuerfrey verabfolgen laſſen; und Er 13) die Klöſter Bondeno und Pompoſo *), welche itzo ſein Bruder, Alexander von Eſte beſäße, und die auf 13000 Goldgülden jährlicher Einkünfte gerechnet würden, behalten; ingleichen ſollte Ihm 14) die ſumpfichte Gegend in dem Gebiete der Stadt Carpi, welche itzo die Kirche zu Bononien im Beſitze hätte, und deren jährliche Einkünfte auf 3000 Goldgulden geſchätzt wurden, wieder zugeſtellt; und 15) zu Carpi ein Biſthum errichtet werden; auch 16) Cäſar von Eſte zu Rom eben den Rang behalten, den weiland H. Alfonſus der II. gehabt hätte. 17) Nahm der Apoſtoliſche Stuhl den Cäſar von Eſte in ſeinen beſondern Schutz, und machte ſich anheiſchig, alle ſeine vom Kayſer zu Lehen habende Landſchaften gegen Jedermann zu vertheidigen, wie dann auch 18) ſeine Beſitzungen, welche keine Gerichtsbarkeit hätten, für allodial erklärt wurden. Dagegen ſolle Er 19) alle ſeine Güter, die Er im Herzogthume Ferrara hätte, oder doch einen Theil derſelben, der päbſtlichen Kammer für einen billigen Preis, worüber man ſich durch Deputirte von beiden Theilen zu vergleichen hätte, verkaufen. Endlich 20) ſolle Allen, die mit dem Cäſar von Ferrara wegziehen, und Ihm folgen wollten, J. Chr. 1597

*) Cf. (Petri *Beſſin*) Index Nominum propriorum Virorum, Mulierum, Populorum &c. quae in Jac Aug. *Thuani* Hiſtoriis leguntur; Genevae, 1634. 4. ſub voce: *Pompoſae & Bondenae Coenobia.*

J.Chr. die freye Diſpoſition über ihre Güter ver-
1597 bleiben.

Dieſe vom Cäſar von Eſte unterſchriebene Vergleichs-Artickel ſchickte der Cardinal-Legat Aldobrandini ſogleich, durch einen Courier, an den Pabſt, welcher dieſelben, in einem gehaltenen Conſiſtorium, genehm hielt, die Bulle der Abſolution vom Banne für den Cäſar von Eſte ausfertigen ließ, und dem erſtgedachten Cardinal-Legaten befahl, von Ferrara Beſitz zu nehmen. Zugleich verordnete Er, daß dieſes dem Päbſtlichen Stuhle heimgefallene Lehen niemals veräußert werden ſollte. Nachdem alſo der getroffene Vergleich auch vom Pabſte war ratificirt worden, dankte unſer Cäſar von Eſte ſein Kriegsvolk ab, verließ Ferrara, und ließ die Mobilien und andere Koſtbarkeiten, wie auch den noch übrigen Schatz, der auf 800000 Kronen an baarem Gelde und 200000 Kronen an Edelgeſteinen geſchätzt wurde, und Ihm aus des H. Alfonſus des II. Erbſchaft zugefallen war, nach Modena abführen, wohin Er ſich begab, und worüber, als ein Reichslehen, Er vom Kayſer Rudolf
17 Jan. dem II. die Belehnung, durch ſeinen Geſandten, zu Prag, erhalten hatte. Der Republik Venedig gab Er, durch eine eigene Geſandtſchaft, von der Abtretung des Herzogthums Ferrara an den Pabſt Nachricht, welche neue Nachbarſchaft zwar der Republik nicht allzu angenehm war, als welche das Land lieber dem Cäſar von Eſte gegönnt hätte, ſich aber doch gefallen laſſen mußte, was ſie nicht ändern konnte, auch ſich daher verſtellte, und durch eigene abgeſchickte Geſandten dem Pabſte glückwünſchen ließ. Auch der Kayſer und der

Großh.

Großh. von Florenz erließen deshalb ihren J. Chr.
Glückwunſch an den Pabſt, welchen, wie auch 1597
den Königen von Frankreich und Spanien, er die Beſitznehmung von Ferrara bekannt gemacht hatte. Inzwiſchen hatten die Stände des Herzogthums und die Stadt Ferrara einige Deputirte nach Rom abgefertiget, um dem Pabſte ihre Unterwerfung zu bezeugen, und um die Beſtätigung ihrer Privilegien zu bitten, welche Ihnen auch der Pabſt bewilligte, und, nebſt ſeinem Segen, noch mehrere ertheilte.

Nach dem Abzuge des Cäſars von Eſte, nunmehrigen Herzogs von Modena und Reggio, hielt der Cardinal-Legat Aldobrandini, mit 5000 Mann zu Fuße und 1000 zu Pferde in der Stadt Ferrara ſeinen Einzug, und nahm von derſelben und dem ganzen Herzogthume Beſitz. Er wurde mit großen Freuden, und Ehrenbezeugungen aufgenommen, und um die neue päbſtliche Herrſchaft dem Volke deſto angenehmer zu machen, erließ Er demſelben, auf Befehl des Pabſtes, ein Beträchtliches an den bisherigen Abgaben, und beſtätigte die zum Theil ſchon von dem Cäſar von Eſte geſchehenen Erlaſſungen. Mittlerweile entſchloß ſich der Pabſt, ſelbſt nach Ferrara zu reiſen, um Sich ſeinen neuen Unterthanen perſönlich zu zeigen. Er ernannte alſo den Cardinal Salviati, während ſeiner Abweſenheit, zum Gubernator zu
Rom, brach von da, mit einem anſehnlichen Ge- 13 Apr.
folge, auf, und langte endlich über Narni, Macerata, Loretto, Ancona, Sinigaglia, Fano, Peſaro, Rimini und Ceſena, glücklich zu Ra-
venna an. Unterwegs zu Loretto, und her- 5 May.
nach auch zu Sinigaglia, machte Ihm der Her-

J. Chr. zog von Urbino, Franz Maria von Ruvere,
1597 ſeine Aufwartung, und begleitete Ihn bis nach Peſaro. Er gab ſich zwar hiebey alle Mühe, den Pabſt zu bewegen, Ihm den Rang vor dem neuen Herzog von Modena zu bewilligen, konnte aber ſolches nicht erlangen. Zu Rimini kam Cäſar von Eſte, nebſt ſeinem Bruder,
3 Märtz. Alexander, den der Pabſt kürzlich zum Cardinal ernannt hatte, wie auch dem Grafen von Mirandola, dem Pabſte entgegen, mit dem Er ſich lange unterredete, und der ſo viel erhielt, daß der Pabſt Ihm und ſeinen Nachkommen den Fürſtlichen Titel für beſtändig zugeſtund. Zu Ferrara hielt der Pabſt mit großer Pracht ſeinen Einzug, und wurde von zwey und zwanzig Cardinälen, vier und dreyßig Biſchöfen, fünfhundert von Adel und vielen andern anſehnlichen Perſonen, durch die Stadt, bis in das Caſtell begleitet, und Ihm zu Ehren, während ſeiner Anweſenheit, viele Luſtbarkeiten angeſtellt. Er erhielt auch daſelbſt einen Beſuch von der durchreiſenden Braut K. Philipps des III. von Spanien, und kehrte endlich, zu Anfang des Winters, nach Rom wieder zurück [6]).
init. Dec.

Wir

6) *Controverſia Ferrarienſis*, ſeu *Reſponſum Juris* in Cauſſa Sereniſſimi *Caeſaris*, *Ducis Ferrariae* &c., contra *Clementem VIII.*, *P. R.*, anno 1597. conſcriptum, Francof. 1606. 4. *Lünigii* Cod. Ital. diplomat., T. II. p. 805 – 818. *Chytraeus*, l. c., L. XXX. p. m. 910. ſq. & 928. *Thuanus*, l. c., T. V. L. CXIX. p. m. 772 — 774. & L. CXXI. p. 806. & 808. *Lundorp*, l. c., T. III. L. III. p. m. 118 – 120. & L. IV. p. 165 ſq. *Schadaeus*, l. c., P. III. L. XXI. §. 49. p. m. 872. ſq. L. XXII. §. 22. p. 953. ſq. & L. XXIII.

Wir kommen nun zur Geſchichte des, gegen Ende dieſes Jahrs, eröffneten und in das folgende Jahr hinein fortgedauerten Reichstages zu Regenſpurg t). Der fortwährende, und bisher größ- J. Chr. 1597 R. Tag zu Regenſp.

E 4

XXIII. §§. 5. 10. 19. 29. & 36. pagg. 965. 967. 970. 979. & 991. ſq. Graf von Khevenhüller, *l. c.*, T. IV. ad a. 1597. p. 1769-1779. & T. V. ad a. 1598. p. 1991—1996. Ge. *Leti* l' Italia regnante, P. I. p. 377. und Chriſtoph Hermann Schweders Theatrum hiſtor. Praetenſionum & Controverſiarum illuſtrium, P. II. L. IV. Sect. XXV. cap. I. p. m. 187-291. *edit. Glafey.*

t) Von dem Regenſpurgiſchen R. Tage findet man einige, aber unvollkommene Nachrichten, bey dem *Chytraeus*, l. c., L. XXX. p. m. 929. *Thuanus*, l. c., T. V. L. CXXI. p. 819 ſq. *Lundorp*, l. c., T. III. L. III. p. m. 146—148. *Schadaeus*, l. c., P. III. L. XXII. §. 34. p. m. 962. *coll.* L. XXIII. §. 40. p. 992 ſq. *Reidanus* in Annal. Belg., L. XIV. p. m. 392. Grafen von Khevenhüller, l. c., T. V. ad a. 1598. p. m. 1896—1917. und beym Sattler, *l. c.* P. V. Sect. VII. §. 35. ſq. p. 205—208. Der R. A. vom 6 April N. K. 1598. ſtehet in Lünigs R. A., T. III. *Contin.* I. 1. Fortſetzung, n. 54. p. 375—396. und in der N. Sammlung der R. A., P. III. p. m. 452—471. Man hat auch von demſelben eine beſondere Ausgabe, welche mit einem vorgeſetzten Privilegium Kayſer Rudolfs des II. de Dato Prag, den 27 April 1598, zu Maynz, durch Balthaſar Lippen im J. 1598, in *Folio*, gedruckt worden, und $12\frac{1}{2}$ Bogen ſtark iſt. Das Meiſte und Wichtigſte alſo, auch größtentheils bisher Unbekannte, was ich meinen Leſern von der Geſchichte dieſes R. Tages werde vorlegen können, iſt aus drey verſchiedenen geſchriebenen R. Tags Acten genommen, von denen ich in der Vorrede zu dieſem Bande nähere Nachricht geben, und hier nur ſo viel bemerken will, daß ich in

J. Chr. größtentheils unglücklich geführte Türkenkrieg in
1597 Ungarn [u]) erforderte ſtarke Ausgaben, die Kayſerliche Schatzkammer und die Oeſterreichiſchen Erb-Königreiche und Länder waren erſchöpft, und die Gefahr vor einem Einbruche der Türken in das deutſche Reich wurde immer größer. Die zu Erlegung der dem Kayſer, auf dem letztern R. Tage zu Regenſpurg, bewilligten ſechszig Römermonate feſtgeſetzte Termine liefen zu Ende [v]), und es fanden ſich deshalb noch viele Rückſtände. Nun hätte zwar der Kayſer, von Zeit zu Zeit, bey den einzelnen R. Kreiſen um eine außerordentliche Beyhülfe an Volk angeſucht, und ſie war Ihm auch gemeiniglich bewilliget worden [w]); allein die Kreiſe wurden endlich deſſen überdrüſſig, und gaben zu verſtehen, daß über dieſe Materie entweder auf einem allgemeinen R. Tage zu handeln ſey, oder ein Ausſchuß von mehrern Kreiſen zuſammenberu-

in der Folge 1) das erhaltene Verzeichniß der im hochfürſtlich-Brandenburgiſchen Archive zu Anſpach befindlichen Acten unſers R. Tages, unter der Rubrick: *Index MS. Actor. Comitial. Ratisbon. A. O. T. . n. .* 2) die aus dem hochfürſtlich-Braunſchweigiſchen Archive zu Wolfenbüttel mir gnädigſt communicirte Acten mit den Worten: *Acta Comitial. Ratisbon. MSS. A. Wr. Vol. . n. . .*; und 3) die von dem Hr. Regierungs-Rathe, Baron von Senckenberg, mir geneigteſt mitgetheilte R. Tags-Acten folgender maßen: *Codex MS. Actor. Comitial. Ratisbon. Senckenberg.*, *n. . .*, anführen werde.

u) S. N. T. R. Geſchichte, im XX. Bande, S. 535—552.

v) S. Eben dieſelbe, im XVIII. Bande, S. 279 f.

w) S. Eben daſelbſt, S. 701 ff., im XIX. Bande, S. 147—235. und im XX. Bande, S. 219-240. und 494—526. *paſſim.*

berufen werden müßte. Ueber dieſes leztere Be- J. Chr. 1597
gehren ließ ſich der Kayſer ein Bedenken ſtellen,
in welchem Ihm aber ſolches mißrathen, und
dagegen für beſſer gehalten wurde, einen R. Tag
zuſammen zu berufen, dawider, nach erlangter
Einwilligung der Churfürſten, Niemand was
einwenden könnte. Was dann auf demſelben,
durch die mehrern Stimmen beſchloſſen
würde, müßten ſich die gehorſamen und unge-
horſamen Stände gefallen laſſen r). Dieſen
Rath befolgte der Kayſer, und nachdem Er
die Einwilligung der Churfürſten erhalten 3. Ausſt. n.
hatte, ſo erging das Ausſchreiben zu einem aber-
maligen R. Tage, welcher den 1. December N.
K. d. J. zu Regenſpurg ſeinen Anfang nehmen
ſollte.

In dieſem Ausſchreiben ſagt der Kayſer: es bedürfe keiner weitläuftigen Ausführung, ſondern ſey weltkundig, und ſchwebe den angränzenden Kreiſen des H. R. täglich vor Augen, was ſich, ſeit dem leztern zu Regenſpurg, im J. 1594, gehaltenem R. Tage in dem, von des izigen Sultan Mahomets Vater, weiland Sultan Amurath, im J. 1591 †), friedbrüchiger Weiſe, erhobenem und noch währendem Kriege, begeben, und wie nahe inzwiſchen die Gefahr in Nieder-Ungarn am Donauſtrome, hereinwärts an das Reich T. N. und ſeines Erzherzogthums Oeſterreich Hauptſtadt Wien, durch den Verluſt der Feſtung Raab, und Einnahme noch mehrerer in ſolchem Bezirke gelegenen Gränzhäuſer, gerückt ſey. Auch in Ober-Ungarn habe,

r) S. Eben dieſelbe, im XX. Bande, S. 240-247.

†) S. Eben dieſelbe, im XVI. Bande, S. 4. f.

J. Chr. 1597 im vorigen Jahr, der Türkiſche Sultan, in eigener Perſon, die Feſtung Erlau erobert *), und dadurch einen wichtigen Paß gewonnen, wodurch Er nunmehro von da aus faſt durchgehends ein offenes, plattes und ebenes Land nach Mähren, Schleſien, und folglich in die Mark Brandenburg, den Oderſtrom hinab, bis an das Teutſche Meer, vor ſich habe, und alſo, aus GOttes gerechtem Zorne, über die vorigen ſeinem Joche unterworfenen Länder, an den gedachten beiden Seiten, die nächſten zwey Schlüſſel zur Chriſtenheit in Händen halte. Es hätte ſich daher das Reich T. N. jetzt mehr, als jemals in den vergangenen Zeiten, mit einmüthiger Zuſammenſetzung, vor dieſes Feindes Verwüſtung und Verheerung zu ſchützen und zu erretten, als wozu die äußerſte Noth ermahne.

Er, der Kayſer, habe genugſam zu erkennen gegeben, mit welchem Kummer und Sorgfalt Er den erſtgedachten trübſeligen Zuſtand empfinde, und daß Er kein mögliches Mittel zu unterlaſſen begehre, ſolchen abzuwenden. Deswegen hätte Er auch, von einem Jahr zum andern, allen Fleiß angewandt, zuförderſt die geklagten Mängel im Kriegsweſen zu reformiren, ferner zu den hohen Kriegsämtern und Befehlen Kriegserfahrne Perſonen zu beſtellen, und nebſt Ihnen, aus allerley Nationen gutes, geübtes und ſtreitbares Volk, zu Roß und zu Fuße, mit unglaublichen Koſten, zu werben und zu unterhalten. Außerdem habe Er die, auf dem erwähnten letztern R. Tage, angerathenen Verbindungen bey den benachbarten chriſtlichen Königreichen geſucht, und von etlichen

*) S. Eben dieſelbe, im XX. Bande, S. 212.

lichen vornehmen Potentaten eine anſehnliche J. Chr.
Beyhülfe an Geld und an Volke erlangt. Und 1597
weil es ſich hiernächſt klar gezeigt hätte, daß die, im J. 1594, zu dieſem Werke bewilligte R. Contribution, ungeachtet aller ſeiner und ſeiner Königreiche und Erbländer aufs höchſte angeſpannten und zugeſetzten Macht, doch disfalls zu ſchwach geweſen ſey; ſo hätte Er ſolches nicht allein den Churfürſten zu Gemüthe geführt, ſondern auch hierauf, weil in der Eile und anderer Urſachen halber einen allgemeinen R. Tag ſobald wieder auszuſchreiben, nicht thunlich geweſen, in den Kreiſen des H. R. und bey ſeinem gefreyeten Reichs-Adel, jedes Ortes, beſondere Zuſammenkünfte und Unterhandlungen angeſtellt, und von den meiſten Kreiſen, außer der obgedachten Regenſpurgiſchen Contribution, ſtattliche Hülfen an Reutern und Knechten, von etlichen andern Kreisſtänden aber etwas an Geld erlangt. Davon und von der Beyhülfe ſowohl ſeiner Königreiche und Erbländer, als auch ausländiſcher chriſtlicher Potentaten, habe Er bisher jährlich drey Feldlager, nemlich eines in Ober-, das andere in Nieder-Ungarn, und das dritte in Croatien gehalten, und noch dazu die Gränzhäuſer beſetzt und verſorgt. Ingleichen habe er noch in dieſem Jahr wiederum anſehnliche Kriegsheere ausgerüſtet, und über dieſes alles auch ſeinem, in dieſem Kriege, mit Ihm wider den Türken vereinigten Schwager, dem Fürſten von Siebenbürgen, und auch itzo dem Woywoden von der Wallachey, einem Jeden eine nicht geringe Anzahl Volk zugeſchickt und beſoldet, weil es noch ungewiß ſey, wenn oder auf welche Art dieſer Krieg ſich endigen möchte. Ja es wäre, bey der Innhabung der

obge-

J. Chr. obgemeldeten verlohrnen Feſtungen vom Feinde,
1597 nicht einmal rathſam, vom Frieden zu handeln, als den Er nur ſo lange halte, bis Er ſeinen Vortheil erſehe, wieder etwas wegzunehmen; wie Er dann Jhm und ſeinen chriſtlichen Ländern, während der vorigen hoch und theuer beſchwornen Stillſtände, gemeiniglich nach und nach eben ſo viel, als zur Zeit eines öffentlichen Krieges, abgezwackt hätte.

Nun erkenneten zwar nebſt Jhm die Churfürſten, Fürſten und Stände des H. R. eben ſowohl, als ein Jeder, dem die Erhaltung und Sicherheit des gemeinen Vaterlandes angelegen ſey, wie ſchwer die Ertragung dieſer lang obliegenden Bürde falle. Allein in Erwägung, daß dieſes Feuer, itzo von Tag zu Tage, nicht allein der benachbarten Krone Ungarn, ſondern Teutſchlands eigene Mauern ergreiſe, beklagte man ſich, nach Ausweiſung verſchiedener Jhm, dem Kayſer, zugeſchickten Kreisſchlüſſe, vielmehr über die verſpürte ungleiche Zuthuung der Mitglieder, als über die Hülfe ſelbſt, und Sie begehrten deshalb, daß das ganze Reich, als welchem die Vertheidigung wider den Türken zur Wohlfahrt gereiche, dieſelbe mit gleicher Möglichkeit erheben helfe, damit dadurch der Gewalt des Feindes deſto kräftiger möchte widerſtanden, und in dieſem gemeinſchaftlichen Werke nicht ein Reichs- oder Kreis-Stand vor dem andern abgemattet werden. Deswegen habe Er, der Kayſer, ſolches alles mit den Churfürſten und etlichen vornehmen Fürſten des H. R. communicirt, und darüber ihr wohlmeinendes Gutachten verlangt. Weil ſich nun befinde, daß es nicht wohl möglich ſey, dieſem Weſen, außer einer allgemeinen R. Verſamm-

lung,

lung, beſtändigen Rath zu ſchaffen, ſo habe J. Chr.
auch Er für nöthig befunden, ſo ſehr Er ſonſt, 1597
das H. R. damit zu verſchonen, geneigt wäre, einen allgemeinen R. Tag, als den ordentlichſten und in dergleichen Nothfällen beym Reiche T. N. hergebrachten Weg, aus den hiebevor erzählten Urſachen, und zu dem gemeldeten Endzwecke, vorzunehmen und und auszuſchreiben. Zu Anſtellung eines ſolchen allgemeinen R. Tages habe Er alſo, dem Herkommen nach, die Einwilligung der Churfürſten begehrt, welche Sie Ihm ſämtlich und einhellig, unter ihrer Hand und Siegel, in dem itzigen Monat Auguſt, überſchickt, und dabey, nebſt Heimſtellung der Mahlſtatt und Zeit, erinnert hätten, daß, je eher der mehrgedachte R. Tag, wegen der angezeigten Noth, vorgenommen, je beſſer derſelbe ausfallen würde. Mit dieſer Meinung habe Er, der Kayſer, ſich durchaus verglichen; ja Er hätte gerne dieſes Werk noch eher befördert, wenn ſich die Zuſammenforderung der Stände, und die Bevollmächtigung ihrer Räthe, Botſchaften und Geſandten ſchleuniger thun ließe.

Damit man nun aber bald möglichſt hierinn verfahre, ſo habe Er, im Namen GOttes, den erſten December N. K., werde ſeyn der Montag nächſt dem Feſte des heiligen Apoſtels Andreas des itzo laufenden J. 1597, in ſeiner und des Reichs Stadt Regenſpurg, als welche dem Kriegsweſen wider den Türken, und ſonſt, um mehrerer ergangenen Umſtände willen, am bequemſten ſey, hiezu vorgenommen. Im Falle Er nun etwa verhindert würde, ſolchem R. Tage, wegen des ſo nahen Kriegsweſens, oder der Landtage halber, welche um dieſe Zeit in

J. Chr. 1597 in ſeinen Königreichen und Erbländern anzuſtellen wären, und ſeine Gegenwart bedürfen, oder anderer vorgefallener Angelegenheiten halber, perſönlich abzuwarten; ſo ſey Er entſchloſſen, ſeinen Bruder, den Erzh. Matthias von Oeſterreich, in ſeinem Namen, als ſeinen bevollmächtigten Kayſerlichen Commiſſarius, mit Inſtruction und Gewalt, dahin abzuordnen, um zu proponiren, was der Türkiſchen Noth und Gefahr halber vorzunehmen, und wie ſolchem Uebel zu begegnen ſeyn möchte. Denn obgleich noch mehrere Reichs-Nothdurften vorhanden ſeyen, als das Juſtizweſen, die Münze, und was ſonſt, vermöge des letztern Regenſpurgiſchen R. A. vom J. 1594, auf dem hernach gefolgten Deputationstag nach Speyer verwieſen worden; ſo hätten doch die Churfürſten erwogen, und Er ſelbſt könne kein anderes befinden, als daß in dieſem *Caſu neceſſitatis*, da *ſummum periculum in mora*, und damit man deſto weniger in dieſem eilenden Werke verhindert würde, hauptſächlich und vornehmlich der Defenſion und Hülfe halber wider den Türken zu berathſchlagen und zu ſchließen ſey. Indeſſen ſey Er, der Kayſer, erbietig, bald nach geendigter R. Verſammlung, den vorgedachten, vor zwey Jahren, zu Speyer angefangenen, und bisher unvollendeten Deputationstag †) zu reaſſumiren, und alldort von den vorerwähnten, noch rückſtändigen gemeinen Nothdurften handeln zu laſſen.

Er verkündige daher obgedachten Tag und Mahlſtatt einer allgemeinen R. Verſammlung, mit-

†) S. von demſelben die N. T. R. Geſchichte, im XIX. Bande, S. 399—662.

mittelſt dieſes ſeines Kayſerlichen Briefes, und J. Chr. erſuche gnädig, von Römiſch-Kayſerlicher 1597 Macht ernſtlich befehlend, daß N. N. (an den dieſes Ausſchreiben ergangen war,) bey den Pflichten, damit Er Jhm und dem H. R. zugethan ſey, hintangeſetzt aller anderer Geſchäffte, auf mehr angeregtem Tage und Mahlſtatt in eigener Perſon erſcheinen, oder, wenn Er ja, entweder aus Verhinderung göttlicher Gewalt, oder anderer ſehr erheblichen Urſachen halber, ſolches zu thun nicht vermöchte, doch ſeine anſehnliche Räthe und Geſandten, mit einer vollmächtigen und ungemeſſenen Gewalt, ohne alles hinter ſich bringen, und Einmiſchung fremder, dahin nicht gehöriger Händel, abfertigen ſolle, um mit und neben Jhm, oder mit ſeinem geliebten Bruder, dem Erzh. Matthias, auch den Churfürſten, Fürſten und Ständen, von der Defenſion wider die oftgemeldete Türkiſche Gewalt, Verderben und Einbruch, und was demſelben anhängig, wie ſolches abzuwenden, oder zu verringern und zu erleichtern, ſich zu berathſchlagen, zu handeln und zu ſchließen, und ſich hierinn nicht ungehorſam oder ſäumig zu erzeigen; damit durch deſſen langſames Erſcheinen oder Ausbleiben, oder auch unvollkommenen Befehl und Abfertigung, die Sachen in keinen Aufzug kämen, auch die erſcheinenden Stände mit vergeblichen Koſten, Verluſt der Zeit, und andern Ungelegenheiten nicht aufgehalten würden, ſondern in der Berathſchlagung des gemeinen Beſten, nach erſcheinender höchſten Eile, ſchleunig fortgeſchritten und geſchloſſen werden könnte. Deſſen wolle Er, der Kayſer, ſich zu S. L. zuverläſſig verſehen, und derſelbe thue daran, nebſt der Schuldig-

J. Chr. digkeit und ſeinem eigenen Beſten, ſeinen, des
1597 Kayſers, angenehmen Willen und endliche Meinung. Denn wenn auch gleich S. L. nicht erſchiene, ſo würde doch Ihm nichts deſto weniger obliegen, dasjenige, was durch den Kayſer und die erſchienenen Churfürſten, Fürſten und Stände, oder der Abweſenden Räthe, Botſchaften und Geſandten, verabſchiedet würde, nebſt andern Abweſenden, zu vollziehen. Solches alles habe Er, der Kayſer, S. L., um ſich darnach eigentlich zu richten, nicht verhalten wollen, und bleibe Ihm übrigens mit Freundſchaft und Kayſerlichen Gnaden wohl gewogen y).

Aus dieſem Kayſerlichen Ausſchreiben iſt zu erſehen, daß es dem Kayſer gar ſehr um eine ſchleunige Berathſchlagung und neue Bewilligung einer anſehnlichen Türkenhülfe zu thun geweſen ſey. Weil er aber leicht vorausſehen konnte, und daher beſorgen mußte, daß auf dem zu haltenden R. Tage, ſo wie auf dem letztern, die Materie wegen der von den Evangeliſchen geiſt-

y) Copia Kayſerlichen Ausſchreibens des R. Tages an den Churfürſten zu Maynz, ſo gehn Regenſpurg den 1. December N. R. A. 1597. angeſtellt, de Dato Prag den 23. Auguſt 1597, in *Act. Comitial. Ratisbon. MSS. A. W.*, *Vol. III. n.* 1, item an Chur-Sachſen, de *eodem Dato*, in *Cod. MS. Actor. Comitial. Ratisbon. Senckenberg.*, n. 1. ferner an den Marggrafen Georg Friedrich zu Brandenburg-Anſpach, in *Ind. MS. Actor. Comitial. Ratisbon. A. O.*, *T. LXIV. n.* 33. & 56. Cf. *idem Index MS.*, *T. LXV. n.* 1, wo ſich ein Schreiben Marggraf Georg Friedrichs an den Kayſer Rudolf den II. wegen verfügter Beſchickung des Regenſpurgiſchen R. Tages findet.

geiſtlichen Fürſten geforderten, von den Catho- J. Chr. liſchen geiſtlichen Fürſten aber beſtrittenen Seſ- 1597 ſion i) wieder möchte auf die Bahn gebracht, und dadurch die Berathſchlagungen verzögert werden; ſo ſuchte Er dieſes Hinderniß noch vor Eröffnung des R. Tages, auf die gleich weiter zu erzählende Art, aus dem Wege zu räumen. Den größten Widerſtand mußte der Kayſer von Seiten des Marggraf Joachim Friedrichs zu Brandenburg, als Adminiſtrators des Erz-ſtiftes Magdeburg, und H. Heinrichs Julius zu Braunſchweig-Lüneburg-Wolfenbüttel, als Biſchofs zu Halberſtadt und Adminiſtrators der Abtey Walkenried, beſorgen; mithin ſuchte Er dieſe Herren, durch die Unterhandlung des damaligen Adminiſtrators der Chur Sachſen, H. Friedrich Wilhelms zu Sachſen, dahin zu bewegen, daß Sie ſich die Suſpenſion ihrer, wegen der vorgedachten Stifter, habenden Stimmen auf dem bevorſtehenden R. Tage, möchten gefallen laſſen. Allein ehe noch deshalb an Sie ein Antrag geſchah, 27Sep- ſchrieb der Adminiſtrator zu Magdeburg aus tember ſt. vet. Capput *) an den H. Heinrich Julius, der ſich damals zu Grüningen aufhielt, daß noch zur Zeit weder bey Ihm, noch bey ſeinem Domcapitel vom Kayſer ein Schreiben wegen des bevorſtehenden R. Tages eingelaufen ſey. Indeſſen

i) S. im XVIII. Bande der N. T. R. Geſchichte, S. 130—153.

*) Caput oder Rodekate im Jerichowiſchen Kreiſe des Herzogthums Magdeburg iſt itzo eine Schäferey mit einer Feuerſtelle; S. die ausführliche Topographiſche Beſchreibung des Herzogthums Magdeburg ꝛc.; (Berlin 1785. 4.) p. 262.

J. Chr. deſſen würde Ihm doch beſtändig berichtet, daß
1597 eine R. Verſammlung nach Regenſpurg auf den 1. December ausgeſchrieben ſeyn ſolle; wie dann davon der Herzog nicht allein Bericht haben, ſondern auch gefordert ſeyn würde. Nun ſey aber dem Herzog wohl bewußt, was der Beſchwerden halber, darunter auch ſeine, des Adminiſtrators, und des Herzogs Seſſionen mit gehörten, vorgegangen ſey, und daß es nöthig ſeyn wolle, ſich über eine einmüthige Meinung zu vergleichen. Weil Er nun des Herzogs Geſinnung jederzeit dahin verſtanden, daß ſolches nicht füglicher geſchehen könne, und daß auch andern mit vorfallenden Händeln nicht beſſer zu helfen ſey, als durch eine allgemeine Zuſammenkunft der Evangeliſchen Churfürſten und Fürſten, und Er desfalls mit dem Herzog einig ſey; ſo hielte Er dafür, daß es itzo zu einem ſolchen Convente die beſte Gelegenheit ſeyn möchte.

Allein da allerhand Bedenklichkeiten wegen des Ausſchreibens vorfallen, und auch die Zeit zu kurz ſeyn möchte; ſo ſtelle Er es zu des Herzogs weiterm Nachdenken, was man hierin thun wolle, damit gleichwol, noch vor dem R. Tage, ſolchergeſtalt Vorbereitungen und einmüthiges Einverſtändniß gemacht würde, wie es die Nothdurft der Sache und die allgemeine Wohlfahrt erfordere. Wenn nun zu einem Generalconvent, wie ſchwerlich aus den angezeigten Urſachen geſchehen würde, nicht zu kommen wäre; ſo hielte Er, der Adminiſtrator, dafür, es wäre den Sachen gleichwol auch noch damit gedient, wenn Sie beide in ihrem, dem Niederſächſiſchen Kreiſe, ſich über eine Zuſammenordnung verglichen, und zu dem Ende einen

Kreistag ausſchrieben. Auf demſelben könnte J. Chr. denn davon geredet werden, was nicht allein in 1597 Anſehung der Türkenhülfe ferner ſowohl in *Ordinariis*, wie es nunmehro gemeint würde, als auch in *Extraordinariis* zu thun, ſondern auch wie die Beſchwerden zu betreiben und auch andern vorfallenden Geſchäfften zu helfen ſeyn möchte. Wenn Sie nun in dem einen und andern, wie die Berathſchlagung weiter geben würde, ſich über eine einmüthige Meinung verglichen hätten; ſo könnte alsdann mit den übrigen Churfürſten und Fürſten deſto beſſer correſpondirt, und zu mehrern vertraulichen und billigen Abſichten geſchritten werden, durch welche Vorbereitung, ſeines Erachtens, den Sachen, in dem einen und andern, nicht wenig gedient ſeyn würde. Er erbitte ſich alſo des Herzogs freundliches Gutachten, wie Er vermeine, daß dieſen Dingen am füglichſten und beſten zu rathen ſeyn möchte; wie Er dann nicht zweifle, Er werde dieſem allen fleißig nachdenken, und Ihm ſeine Meinung vertraulich eröffnen [a]).

Bald darauf langten die beiden K. Hof- 5. Oct. Räthe, der Freyherr Chriſtoph von Schleinitz ſt. ver. und Hans Ludewig von Ulm, als Kayſerliche Geſandten, in der kurz vorhin gemeldeten Abſicht, bey dem Adminiſtrator der Chur Sachſen an, welcher ſogleich, den Tag darauf, an 6. e. m. den Adminiſtrator zu Magdeburg ein Schrei- et ſt. ben, folgenden Inhaltes, ergehen ließ: es hätten

a) Des Poſtulirten Adminiſtrators zu Magdeburg, Marggraf Joachim Friedrichs, Schreiben an den H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, de Dato Capput, den 27. Sept. *ſt. vet.* 1597. & praeſentato Grüningen den 2 Oct. *a. e.*, in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W.*, *Vol. III. n.* 29.

J. Chr. 1597 dieſe Kayſerliche Geſandten Ihn erinnert, daß die Churfürſten, auf die von verſchiedenen Kreiſen geſchehene vielfältige Anmahnung, den Kayſer erſucht hätten, einen R. Tag auszuſchreiben, welchem Anſuchen der Kayſer auch Statt gegeben, und dazu Zeit und Ort, nemlich den 21. November A. oder den 1. December N. K. ernannt und angeſetzt hätte. Er, der Adminiſtrator der Chur Sachſen, würde ſich aber daneben zu erinnern wiſſen, was für ein Streit wegen der Geiſtlichen Seſſion, auf dem letzthin zu Regenſpurg, im J. 1594. gehaltenem R. Tage, und was für eine große Verhinderung, der Propoſition und fernern Berathſchlagung halber, vorgefallen ſey, welche der Kayſer wieder beſorgen müßte, wofern es nicht auf andere Wege unterhandelt würde. Deswegen habe dann der Kayſer, aus treuer väterlicher Fürſorge, beſchloſſen, Sie beide an Ihn, den Adminiſtrator abzuſchicken, und Ihn zu erſuchen, daß Er doch, um des gemeinen Friedens und des Vaterlandes Wohlfahrt willen, wie im J. 1576. und 1582. †) geſchehen, die Streitigkeit wegen der Geiſtlichen Seſſion nicht rege machen möchte; in Erwägung, daß es nicht in des Kayſers Macht ſtände, und auch deſſen Reichspflichten und dem Herkommen zuwider liefe, Ihm, dem Adminiſtrator zu Magdeburg, hierinn zu willfahren. Es erbiete ſich aber der Kayſer, daß Er, der Catholiſchen und des erſtgedachten Adminiſtrators, als beider Theile, Nothdurft genugſam hören, und darinn entweder einen Spruch thun, oder aber alles, was von beiden Parteyen vorgebracht wor-

†) S. N. T. R. Geſchichte, im XII. Bande, S. 211—218.

worden, durch ein rechtliches Erkenntniß er- J. Chr.
örtern laſſen wolle. Zugleich begehre der Kay- 1597
ſer gnädigſt, daß, weil Ihm, dem Adminiſtrator der Chur Sachſen, und dem Churfürſten zu Brandenburg, die Wohlfahrt des Vaterlandes nicht minder angelegen, und Ihnen auch nicht unbekannt ſey, in welch großer Gefahr das H. R. und die Chriſtenheit wegen des Türken ſtünde, Sie beide den Kayſerlichen Räthen und Geſandten auch die Ihrigen zuordnen, und zugleich Ihn, den Adminiſtrator zu Magdeburg, deshalb freundlich erſuchen möchten.

Nun wüßte zwar Er, der Adminiſtrator der Chur Sachſen, ſich wohl zu entſinnen, und es würden auch ſolches die davon vorhandenen Urkunden ausweiſen, mit was für beweglichen Gründen, Er ſowohl für ſich ſelbſt, als zugleich mit dem Churfürſten von Brandenburg, bey dem Kayſer, mündlich und ſchriftlich, angeſucht habe, es aus Kayſerlicher Macht dahin zu mildern und zu richten, daß die gute alte Correſpondenz zwiſchen den Ständen des H. R. möchte erhalten werden, und durch dieſen Seſſionsſtreit nicht in Abfall gerathen. Was Er auch deswegen an Ihn, den Adminiſtrator zu Magdeburg, geſchrieben und gebeten hätte, würde derſelbe noch eingedenk ſeyn, mithin Er wohl Urſache hätte, Sich wegen ſolcher Zuordnung bey dem Kayſer zu entſchuldigen. Weil Ihm aber die Noth des Vaterlandes bewußt ſey, und beſonders die Zeitungen meldeten, daß das chriſtliche Kriegsvolk bey Raab vor dem Feinde hätte in die Inſul Schütt weichen, und die große anziehende feindliche Macht fürchten müſſen, welche gegen künftigen Frühling nicht ge-

J. Chr. 1597 ringer werden würde, und dann auch die groſſe Affection des Adminiſtrators zu Magdeburg zum gemeinen Wohlſtande Ihm bekannt ſey; ſo hätte Er den Kayſerlichen Geſandten die Antwort gegeben, wie der Adminiſtrator und Marggraf Joachim Friedrich aus der beygefügten Abſchrift erſehen würde; in Zuverſicht, daß, wenn es dem Churfürſten zu Brandenburg auch gefällig ſey, ſeine Zuordnung dem Adminiſtrator nicht zuwider ſeyn werde, welches Er übrigens Ihm, vermöge ihrer vertraulichen Correſpondenz, zeitig hätte communiciren wollen [b]). Ein dieſem völlig ähnliches Schreiben erließ der Adminiſtrator der Chur Sachſen auch an den H. Heinrich Julius zu Braunſchweig wegen der Ihm, ſeiner Stifter halber, gebührenden Seſſion, und fügte demſelben gleichfalls eine Abſchrift ſeiner dem Kayſerlichen Geſandten gegebenen Antwort bey [c]).

7. Oct. ſt. vet. Dieſe lautet nun, nach voraufgehenden Curialien, dahin: es wiſſe ſich zwar der Adminiſtrator der Chur Sachſen, ſo viel das Anbringen der Kayſerlichen Geſandten und die ſtreitige Seſſion belange, desjenigen wohl zu erinnern, was deswegen auf der letztern R. Ver-

b) *Copia* des Schreibens von dem *Adminiſtratore* der Chur Sachſen, H. Friedrich Wilhelm, an den poſtulirten Adminiſtrator des Erzſtiftes Magdeburg, Marggraf Joachim Friedrich zu Brandenburg, de Dato Annaburg, den 6 October 1597, in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W. Vol. I. n.* 4.

c) Eben deſſelben Schreiben an den H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, wegen der Kayſerlichen Beſchickung, de Dato *eodem* & *ibidem*, in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W.*, *Vol.* I. n. 9. & 15.

Verſammlung zu Regenſpurg, im J. 1594, J. Chr.
vorgefallen ſey, und zu was für großer Unord- 1597
nung, Verbitterung der Gemüther, und Verhinderung der allgemeinen, hochangelegenen Sachen des betrübten Vaterlandes ſolches Urſache gegeben, auch welchergeſtalt ſolches alles, weil es nicht zu verhüten geweſen, Ihm, dem Adminiſtrator, dem die gemeine Wohlfarth zum höchſten angelegen ſey, vielen Kummer verurſachet habe. Daß nun der Kayſer, aus allergnädigſter Sorgfalt, Vorhabens ſey, noch vor dem Anfange des bevorſtehenden R. Tages, alle künftige und weitere Trennung aus dem Wege zu räumen, wie aus der von den Kayſerlichen Geſandten überreichten Inſtruction zu erſehen ſey, ſolche Neigung deſſelben zu gemeiner Ruhe und Erhaltung guter Freundſchaft zwiſchen einerley Ständen, die billig, als ein Corpus, mit einander heben und legen ſollen, vermerke Er, der Adminiſtrator, treulich und wohlgemeint.

Nun würde zwar der Kayſer, als das Oberhaupt, vermöge ſeiner eigenen Kayſerlichen Autorität, ohne Zweifel die beſte Gelegenheit haben, dieſe Dinge bey dem Adminiſtrator des Erzſtiftes Magdeburg und dem H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, als Biſchofen zu Halberſtadt, zu moderiren, und Er, der Adminiſtrator der Chur Sachſen, wollte auch nicht gerne dem Churfürſten zu Brandenburg, als dem Aeltern, hierin vorgreifen. Allein wenn der Kayſer ja vermeinte, daß, durch ſeiner und der Brandenburgiſchen Räthe Zuordnung, etwas Nützliches, zu Erlangung guter Richtigkeit, geſtiftet werden möchte, und damit der gedachte Churfürſt zu Brandenburg

J. Chr. einig ſeyn würde, hierin auf gebührliche Wege zu
1597 ſchließen, dadurch das Ende erreicht werden könnte, wie dann der Churfürſt bey den beiden Fürſten, als dem Sohn und Schweſterſohn, billig die meiſte Folge haben werde; ſo ſey Er, der Administrator der Chur Sachſen, ganz willig, ſich dem Kayſerlichen Begehren zu fügen. Er hielte aber dafür, daß die Kayſerlichen Geſandten ſich zu dem Churfürſten zu Brandenburg begeben, und ſich mit Ihm, ſowohl über die Zuordnung, als auch über die Zeit und den Ort, wo die Räthe allerſeits zuſammenkommen könnten, um zuerſt Magdeburg, und hernach Braunſchweig zu erſuchen, vergleichen müßten. Sobald nun Ihm, dem Adminiſtrator, bekannt gemacht würde, an welchem Orte und zu welcher Zeit Sie zuſammenkommen wollten, worüber Sie ſich mit dem Churfürſten von Brandenburg vergleichen möchten; ſo wolle Er ſeine Räthe auch dazu verordnen, und nach ſeinem Vermögen alles gerne befördern, was zu Erhaltung einer guten Vertraulichkeit zwiſchen den beiderſeitigen Ständen dienlich ſeyn würde [d]).

Sobald der Adminiſtrator des Erzſtifts Magdeburg, Marggraf Joachim Friedrich zu Brandenburg, das vorgedachte Schreiben des Adminiſtrators der Chur Sachſen [e]) erhalten hatte; ſo communicirte Er daſſelbe dem

H.

d) Des Adminiſtrators der Chur Sachſen Reſolution für die Kayſerlichen Geſandten, de Dato Annaburg den 7 Oct. 1597, in Actis *Comitial. Ratisbon. MSS. A. W.*, *Vol. I. n.* 10. 13. & 16.

e) S. weiter oben in dieſem XXI. Bande der N. T. R. Geſchichte, S. 83—86.

H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, und ſchrieb deshalb an Ihn aus Lichtenberg, des Inhaltes: Da die Kayſerlichen Geſandten mit der erbetenen Zuordnung, die von ſeinem Herrn Vater, dem Churfürſten zu Brandenburg, und dem Adminiſtrator der Chur Sachſen bewilliget werden würde, nicht allein bey Ihm, ſondern auch bey dem Herzog ankommen würden; ſo habe Er Ihm das Churſächſiſche Schreiben nicht allein zur Nachricht, ſondern auch darum, in möglichſter Eile, zuſchicken wollen, damit Er des Herzogs Rath und Bedenken mächtig werden könnte. Er bäte daher den Herzog, daß Er Ihm deſto zeitiger ſein Gutachten, nach fleißiger Erwägung der Sache, eröffnen möchte, Er für ſeine Perſon wolle nicht gerne etwas verſäumen, auch im geringſten nicht in demjenigen, was den Evangeliſchen Ständen zum Beſten gedeihen könne, und zu Erhaltung ſeines von Gott verliehenen Standes, und was demſelben anhängig, nicht füglich ſey, einige Beleidigung ſcheuen. Aber wenn nichts beſtändiges ſollte können erlangt werden, und dem Ausſchreiben zufolge, auf dem bevorſtehenden R. Tage, von nichts anders, als nur von neuen Contributionen, gehandelt und geſchloſſen werden ſollte; ſo wüßte Er nicht, was am rathſamſten ſeyn möchte. Indeſſen wolle Er den Sachen auch weiter nachdenken, und zuförderſt die Kayſerlichen Geſandten mit ihrem Anbringen hören f). J. Chr. 1597 10 Oct. st. vet.

 Da

f) Des Adminiſtrators zu Magdeburg Schreiben an den H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, de Dato Lichtenberg, den 10 Oct. 1597. & praeſentato Grüningen den 17. *e. m.* & *a.*, in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W.*, *Vol. I. n.* 20.

J. Chr. 1597 Da der H. Heinrich Julius, obgedachter maaßen, ein ähnliches Schreiben, von dem Adminiſtrator der Chur Sachſen, erhalten hatte, ehe noch das vorſtehende Schreiben des Adminiſtrators zu Magdeburg bey Ihm eingetroffen war, ſo gab Er dieſem, mittelſt eines
14 Oct. st. vet. an Ihn aus Grüningen erlaſſenen Schreibens, unverweilte Nachricht, nebſt Beyſchließung einer Abſchrift des mehrerwähnten Churſächſiſchen Schreibens. Er fügte hinzu: es ſey daraus zu erſehen, daß nicht allein der Adminiſtrator der Chur Sachſen ſich bereits nach dem Kayſerlichen Anſuchen bequemt habe, ſondern auch ein Gleiches, zu ſeinem, des Herzogs, und des Adminiſtrators zu Magdeburg beſondern Nachtheil, bey deſſen Herrn Vater, dem Churfürſten zu Brandenburg, ſollicitirt und verſucht werden wolle. Er habe daher, vermöge ihrer vertraulichen Correſpondenz und dieſer gegenwärtigen Sachen Nothdurft, Ihm ſolches anzeigen, und Ihn, wofern etwa die gemeldeten Kayſerlichen Geſandten bereits bey ihm geweſen wären, bitten wollen, Ihm freundlich zu eröffnen, mit was für einer Erklärung Er Sie abgefertiget habe, oder Ihnen künftig zu geben geſonnen ſey. Er, der Herzog, ſey ſeines Theils entſchloſſen, Sich des, Ihm ſeines Stiftes Halberſtadt halber zuſtehenden, Votums und Seſſion durchaus nicht zu begeben, und zweifle nicht, der Adminiſtrator werde gleichergeſtalt über dem Herkommen zu halten geſonnen ſeyn [g]).

Mitt-

g) H. Heinrich Julius zu Braunſchweig Schreiben an den Adminiſtrator zu Magdeburg, de Dato Grüningen, den 14 Oct. 1597. in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W., Vol. I. n.* 5.

Mittlerweile hatten ſich die obgedachten Kayſerlichen Geſandten und R. Hof-Räthe von Schleinitz und von Ulm zu dem Churfürſten von Brandenburg begeben, und denſelben gleichfalls dahin bewogen, daß Er ſeine Geſandten, gleich dem Adminiſtrator der Chur Sachſen Ihnen zuordnete, um das Anbringen derſelben bey dem Adminiſtrator des Erzſtifts Magdeburg und dem H. Heinrich Julius zu Braunſchweig zu unterſtützen. Sie trafen zuſammen zu Zinna ein, wo ſich damals der Adminiſtrator, Marggraf Joachim Friedrich aufhielt, hatten, am folgenden Tage, bey demſelben Audienz, und richteten ihren Auftrag aus, erhielten aber den Tag darauf folgende Reſolution. Er, der Adminiſtrator, habe mit gebührender Ehrerbietung angehört, was J. K. M. durch Sie, ſeine Geſandten, an Ihn habe gelangen laſſen. Er wüßte ſich aber ohne weitläufige Erzählung zu erinnern, was eine Zeit her, wegen der Ihm von GOtt und Rechts wegen zuſtehenden unſtreitigen Seſſion des Primat- und Erzſtiftes Magdeburg, inſonderheit aber auf dem, im J. 1594, zu Regenſpurg gehaltenem R. Tage nicht allein vorgegangen, ſondern Er auch ſelbſt, durch ſeine Geſandten, und den Herrn von Schleinitz ſelbſt, als derſelbe, bey noch währender damaliger R. Verſammlung, mit einem Kayſerlichen Creditiv und Inſtruction zu Cöln an der Spree angelangt, ſoviel mit genugſamer Ausführung beygebracht hätte, daß Ihm billig ſein Sitz und Stimme nicht ſollte ſchwer gemacht werden, welche angezeigte erhebliche Gründe nochmals zu wiederholen, Er für unnöthig erachtete, vornehmlich weil dieſelben ſowohl mündlich wären angeführt, als auch

J. Chr. 1597

14 Oct. ſt. vet.

15. e. m. et ſt.

16. e. m. et ſt.

J. Chr. 1597 auch ſchriftlich dem Kayſer übergeben worden, und den Geſandten genugſam bekannt ſey. Wie ſich aber, dem allen ungeachtet, etliche Catholiſche, zu Vermehrung eines großen Mißtrauens unter den Ständen des H. R. R. und Vaterlandes T. N., und zu Verhinderung anderer nothwendiger und nützlicher Sachen, hiebey bezeigt, und das Hauptwerk aufgehalten hätten, ſey ebenfalls bewußt, und könne deswegen Jhm, dem Adminiſtrator, nichts beygemeſſen werden; wie Er dann nicht hoffen wolle, daß der Kayſer Urſache haben werde, deswegen Jhm die Schuld beyzumeſſen, ſondern vielmehr dem Gegentheil. Er, der Adminiſtrator, aber ließe ſolches, und was auf den vergangenen Reichs- Deputations- und Kreis- Tagen *contradictorie* vorgewandt ſeyn ſolle, an ſeinen Ort geſtellt ſeyn, und finde für dismal überflüſſig, die Nothdurft *refutando* weitläuftig einzuwenden, wie Er wol Urſache hätte, wolle ſich aber ſolches bey einer andern Gelegenheit hiemit vorbehalten haben.

Nun hätte zwar Er, der Adminiſtrator, auf das allergnädigſte Kayſerliche Erbieten, ungeachtet alles deſſen, was ſeinen Geſandten begegnet, aus unterthänigſter getreuer Devotion und angebohrner Mäßigung, jedoch mit gebührendem Vorbehalte, ſich überwunden, daß ſeine Seſſion damals eingeſtellt gelaſſen worden, und hierauf, zufolge des Kayſerlichen Erbietens, eine endliche und forderſamſte Richtigmachung erwartet, mithin die Unterhandlung des Kayſers nicht abgeſchlagen. Er hätte auch gehofft, es würde der Kayſer immittelſt die Sachen dahin gerichtet, und den Gegentheil von ſeinem Unfuge abgewieſen haben, dieſer ſich

auch haben weiſen laſſen, damit alle unnöthige Diſputationen bey einer künftigen R. Verſammlung gänzlich unterbleiben möchten. Allein die Sachen ſtünden nicht nur in dem alten und damaligen Stande, wie Er aus dem Anbringen der Kayſerlichen Geſandten vermerke, ſondern es wäre auch inzwiſchen, und zwar vor kurzer Zeit, ein Kayſerliches Schreiben, die Prorogation der bewilligten Monate zu Unterhaltung der Reuterhülfe in Ungarn betreffend, eingelaufen, darinn Er, der Adminiſtrator, ganz und gar übergangen, und die Aufſchrift an den H. Heinrich Julius zu Braunſchweig und das Magdeburgiſche Domcapitul gerichtet worden, da doch dergleichen weder bey J. K. M. Herrn Vaters, weiland K. Maximilians des II, noch bey des itzigen Kayſers Regierung, in dergleichen Handlungen geſchehen ſey, auch die Reuter in ſeinem, des Adminiſtrators, Namen wären mitbeſtellt und angenommen worden. J. Chr. 1597

Er könne daher nicht abſehen, was Er mit ſeiner Geduld und Moderation erhalten hätte; wenn zumal Ihm noch ferner auch darinn *Praeiudicia* wollten gemacht werden, worinn man Ihm hiebevor bey ſeiner nunmehro ein und dreyßigjährigen Regierung, keine Schwierigkeiten gemacht hätte; wie dann daſſelbe ſowohl aus vielen unzähligen Schreiben und Handlungen, als auch ſonſt den Kayſerlichen Geſandten, und insbeſondere dem Herrn von Schleinitz, wohl bekannt ſey, als welcher, eine Zeit her, öfters bey Ihm, dem Adminiſtrator, in ſolchen und dergleichen Geſchäfften, mit Kayſerlichen Creditiven und Inſtructionen geweſen. Es wäre auch demſelben ganz wohl bewußt, wie Er, der Adminiſtrator, auf Kreistagen, zu J. K.

M.

J. Chr. M. unterthänigſtem Gehorſam und Willfah-
1597 rung, nebſt Andern, zu nicht geringer Beſchwerung der Unterthanen, ſich erzeigt habe. Er habe zwar zu J. K. M. das unterthänigſte Vertrauen nochmals, wie dann auch Er und ſein Chur- und Fürſtliches Haus es um den Kayſer wohl verdient hätte, daß derſelbe dergleichen Neuerung würde einſtellen laſſen, und es auch anzuordnen geneigt ſeyn, als wozu noch Zeit vorhanden wäre, daß auf der künftigen R. Verſammlung Ihm und andern gleiches Standes keine Verhinderung in ihrer Befugniß widerfahren möge, wie Er dann auch darum unterthänigſt bitten wolle. Allein es wolle doch, aus den erzählten Urſachen, wie auch nach der Eigenſchaft und Wichtigkeit der Sache, nöthig ſeyn, ſowohl für Sich, als auch, auf vorgängige Communication, mit Zuthun anderer Intereſſirter, wie auch ſeiner Verwandten und Freunde, allem, was bisher vorgegangen, und inſonderheit dem itzigen Begehren und Erbieten des Kayſers weiter nachzudenken. Er wolle aber, ſo viel möglich, dieſes Werk befördern, und J. K. M. ſchriftlich antworten. Es möchten alſo die Kayſerlichen Geſandten Ihn bey dem Kayſer, aus den angehörten Urſachen, entſchuldigen, und auch für ihre Perſon Ihn entſchuldiget halten, daß er ſich für dismal nicht weiter und ſchließlich erklären könne h).

Dieſe dem Kayſerlichen Geſandten ertheilte Reſolution überſchickte der Adminiſtrator des

h) Des Adminiſtrators zu Magdeburg den Kayſerlichen Geſandten gegebene Reſolution, de Dato Zinna, den 16 Oct. 1597, in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W., Vol. I. n.* 12.

des Erzſtiftes Magdeburg, ſogleich am fol- J. Chr.
genden Tage, mittelſt eines Schreibens aus 1597
Zinna, an den H. Heinrich Julius zu Braun- 17 Oct. ſt. vet.
ſchweig, und äußerte in demſelben: es würde Ihm ſehr lieb geweſen ſeyn, wenn Er, auf ſeine an den Herzog, in dieſer Sache, erlaſſene Schreiben, noch vor der Ankunft der Kayſerlichen Geſandten, eine Antwort und deſſen Bedenken erhalten hätte. Inzwiſchen wären nun nicht allein die erſtgedachten Geſandten bey Ihm angekommen, und hätten am folgenden Tage ihr Gewerbe bey Ihm ausgerichtet, ſondern es wären auch ſeines Herrn Vaters, des Churfürſten zu Brandenburg, Geheimer Kammer-Rath, D. Johann Koppe, und die Geſandten des Adminiſtrators der Chur Sachſen angelangt, und hätten Ihn erinnert, daß Er ſich, in Betracht der großen Gefahr in Ungarn, ſo viel möglich und verantwortlich, dem Begehren des Kayſers für dismal fügen ſollte. Allein Er hätte den Kayſerlichen Geſandten dergeſtalt mündlich und ſchriftlich geantwortet, wie die in Abſchrift beygefügte obige Reſolution auswieſe. Und obgleich dieſelben nichts deſto weniger um eine andere Reſolution bey Ihm inſtändig angehalten hätten; ſo habe Er es doch, ungeachtet ihres Sollicitirens und großen Erbietens, bey ſeiner ſchriftlichen Erklärung gelaſſen. Denn Er ſey der Meinung, daß dieſe wichtige und präjudicial-Sache nicht allein Ihn, ſondern auch alle andere in dergleichen Stande, folglich alle Evangeliſche Religionsverwandten und die Nachkommen betreffe; deswegen Ihm nicht gebühren wolle, Sich ohne Communication, Rath und Vorbewußt des H. Heinrich Julius und anderer Intereſſirten ſchließlich zu erklä-

J. Chr. klären, beſonders weil eben dieſer Hauptpunkt
1597 in den allgemeinen Beſchwerden vorzüglich begriffen ſey. Um ſo mehr müßte man ſich alſo vorſehen, alles Mißtrauen bey den Mitverwandten zu verhüten und keine gefährliche Trennung zu machen; wie Er dann dieſes alles auch den mitgekommenen Churfürſtlichen Geſandten, ihren Herren zu referiren, eröffnet hätte. Obgleich Er nun dem Herzog weder Ziel, noch Maaß vorſchreiben wolle; ſo hätte Er doch für nöthig erachtet, ſolches alles Ihm freundlich zu communiciren; inſonderheit weil Er vernommen habe, daß ſowohl die Kayſerlichen, als die Churfürſtlichen Geſandten, Befehl hätten, ſich mit einander zum Herzog zu begeben. Er wolle zwar nicht zweifeln, der Herzog würde wohl wiſſen, den Sachen Recht zu thun; allein Er habe doch ſolches alles freundlich berichten wollen, damit deſto mehrere Vertraulichkeit zu ſpüren ſey. Er wolle aber nicht unterlaſſen, den Sachen weiter nachzudenken, und ſeine fernere Gedanken dem Herzog, dieſer Tagen, ſchriftlich weiter zu erkennen geben, und dagegen deſſen Communication, wie Er die Geſandten abfertigen würde, und deſſen rathſames Bedenken, wie es allenthalben anzuſtellen, im Vertrauen erwarten [i]).

17 Oct. st. vet. Noch an eben dieſem Tage erließ der Adminiſtrator des Erzſtifts Magdeburg, Marggraf Joachim Friedrich zu Brandenburg, aus Zinna, ſein zweites Schreiben an den H. Heinrich Julius, worinn Er Ihm meldet: Er hätte

i) Des Adminiſtrators zu Magdeburg Schreiben an den H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, de Dato Zinna, den 17 Oct. 1597., in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W., Vol. I. n.* 18.

hätte zwar gehofft, daß die Kayſerlichen und J. Chr.
Churfürſtlichen Geſandten, auf die Ihnen 1597
ertheilte Antwort, weiter nichts einwenden würden. Allein Er könne dem Herzog, zur vertraulichen Nachricht, nicht bergen, daß die Churfürſtlichen Abgeordnete, auf das inſtändige Anhalten der Kayſerlichen Geſandten, bey Ihm nochmals um eine Audienz angeſucht, und Ihn an die große Gefahr in Ungarn erinnert hätten, und daß nichts als eine große Zerrüttung zu befürchten ſey, wenn Er ſich nicht dem Kayſerlichen Begehren bequemen würde. Es wäre gleichwol der Kayſer erbietig, Sich ſchriftlich dergeſtalt zu erklären, daß ſolche Enthaltung ſeines Sitz- und Stimm-Rechtes Ihm und ſeinem Erzſtifte unnachtheilig ſeyn ſolle; mit Bitte, ſolche Erinnerung nicht anders, als im Beſten gemeint, zu vermerken; denn es hätten beſonders die Sächſiſchen Geſandten, in ihrer Inſtruction den Befehl, Ihm die Sachen mit Fleiß zu Gemüthe zu führen. Außerdem hätten auch die Kayſerlichen Geſandten ſelbſt, ſowohl mündliche, als ſchriftliche, faſt harte Anmahnungen gethan, wie der Herzog aus der Beylage ihrer Schrift erſehen würde. Er der Adminiſtrator hätte aber für unnöthig erachtet, Sich in eine weitläuftige Deduction einzulaſſen; ſondern die Churfürſtlichen Geſandten dahin beantwortet: Er vermerke zwar, daß ihre Erinnerung nicht übel gemeint ſey. Weil aber die Sachen nicht das Zeitliche, ſondern das Ewige, wie auch folglich alle Evangeliſche Stände betreffe; ſo wolle Ihm nicht gebühren, es möchte um die Gefahr beſchaffen ſeyn, wie es wolle, eine Abſonderung zu machen; mithin müßte Er es noth-

J. Chr. wendig bey ſeiner ſchriftlichen Erklärung be-
1597 wenden laſſen. Er begehre daher, daß Sie alles Vorgegangene ihren Herren unterthänigſt referiren ſollten, und er wäre der tröſtlichen Hoffnung und Zuverſicht, es würden der Churfürſt von Brandenburg und der Adminiſtrator der Chur Sachſen, weil genugſam zu befinden, daß es den päbſtlichen Ständen nicht um die Seſſion, ſondern um die Ausrottung ihrer wahren Evangeliſchen Religion zu thun, und es alſo ein gemeines Werk ſey, Sich von den andern Evangeliſchen Churfürſten und Fürſten nicht abſondern, welches Ihnen bey der Nachkommenſchaft rühmlich ſeyn würde.

In Anſehung der Kayſerlichen Geſandten aber hätte Er es bey der Antwort bewenden laſſen: Sie hätten gehört, aus was für erheblichen und wichtigen Urſachen Er ſich nicht weiter erklären könnte. Und weil Er aus ihrer übergebenen Schrift befunden hätte, daß die Catholiſchen Stände Ihm und Andern in dergleichen reformirtem Zuſtande nicht allein die Seſſion, ſondern auch den Beſitz der Stifter anfechten; ſo hätte Er um ſoviel mehr Urſache, mit den andern Intereſſirten, wie auch allen Evangeliſchen Churfürſten und Fürſten, aus der Sache zu communiciren, und *communi nomine* die Nothdurft zu bedenken. Und obgleich nachher die Kayſerlichen Geſandten dieſe ſeine Antwort ſchriftlich begehrt hätten; ſo habe Er doch ſolches für unnöthig erachtet, worauf ſowohl die Kayſerlichen, als die Churfürſtlichen Geſandten wieder abgereiſet wären. Er habe übrigens ſolches dem Herzog zur Nachricht melden wollen, und würde Er wol wiſſen,

den

den Sachen, auch ſeines Theils, Recht zu J. Chr.
thun [f]). 1597

Das dieſem Schreiben als eine Anlage beygefügte abermalige Memorial der Kayſerlichen Geſandten war nun folgenden Inhaltes. „Der von J. R. K. M. Ihnen aufgetragene „ernſtliche Befehl, die Wohlfahrt und die Erhaltung unſers lieben Vaterlandes T. N., „das allgemeine und einen Jeden inſonderheit „betreffende Verderben, Jammer und Elend „verurſache, daß Sie, die Geſandten, den „Herrn Adminiſtrator mit einer nochmaligen Erinnerung importuniren müßten, um Ihn, wo „möglich, dahin zu vermögen, dem ſo treuherzigen und väterlichen Begehren des Kayſers, „ohne Verzug und fernere Communication, Ihm „ſelbſt und dem lieben Vaterlande zu Gute, ſich „gebührend zu accommodiren. Denn anfangs „hätten jederzeit die erlauchten, hohen, tapfern, „Fürſtlichen Gemüther, bey einer androhenden allgemeinen Gefahr, *minus publicos affectus*, Reipublicae conſervandae cauſſa, fallen „laſſen. Sollte nun die K. M., durch Einmiſchung des Seſſionsſtreites, verlaſſen „werden; ſo würde leider, bey dem allgemeinen „Untergange, das Recht, welches der Adminiſtrator itzo zu behaupten vermeine, ſehr wenig, oder gar nichts vermögen oder helfen. „Die fernere Communication belangend, könne „ja der Adminiſtrator itzo mit anſehnlichen Religions- und Bluts-Verwandten, und intereſſirten Herren, nemlich mit den beiden, „durch ihre Geſandten gegenwärtigen, Chur-

 „fürſt-

f) Eben deſſelben anderes Schreiben an den H. Heinrich Julius, de Dato *eodem* & *ibidem*, in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W.*, *Vol. I. n.* 14.

J. Chr. deſſen würde Ihm doch beſtändig berichtet, daß
1597 eine R. Verſammlung nach Regenſpurg auf den 1. December ausgeſchrieben ſeyn ſolle; wie dann davon der Herzog nicht allein Bericht haben, ſondern auch gefordert ſeyn würde. Nun ſey aber dem Herzog wohl bewußt, was der Beſchwerden halber, darunter auch ſeine, des Adminiſtrators, und des Herzogs Seſſionen mit gehörten, vorgegangen ſey, und daß es nöthig ſeyn wolle, ſich über eine einmüthige Meinung zu vergleichen. Weil Er nun des Herzogs Geſinnung jederzeit dahin verſtanden, daß ſolches nicht füglicher geſchehen könne, und daß auch andern mit vorfallenden Händeln nicht beſſer zu helfen ſey, als durch eine allgemeine Zuſammenkunft der Evangeliſchen Churfürſten und Fürſten, und Er desfalls mit dem Herzog einig ſey; ſo hielte Er dafür, daß es itzo zu einem ſolchen Convente die beſte Gelegenheit ſeyn möchte.

Allein da allerhand Bedenklichkeiten wegen des Ausſchreibens vorfallen, und auch die Zeit zu kurz ſeyn möchte; ſo ſtelle Er es zu des Herzogs weiterm Nachdenken, was man hierin thun wolle, damit gleichwol, noch vor dem R. Tage, ſolchergeſtalt Vorbereitungen und einmüthiges Einverſtändniß gemacht würde, wie es die Nothdurft der Sache und die allgemeine Wohlfahrt erfordere. Wenn nun zu einem Generalconvent, wie ſchwerlich aus den angezeigten Urſachen geſchehen würde, nicht zu kommen wäre; ſo hielte Er, der Adminiſtrator, dafür, es wäre den Sachen gleichwol auch noch damit gedient, wenn Sie beide in ihrem, dem Niederſächſiſchen Kreiſe, ſich über eine Zuſammenordnung verglichen, und zu dem Ende einen

Kreistag ausſchrieben. Auf demſelben könnte J. Chr.
denn davon geredet werden, was nicht allein in 1597
Anſehung der Türkenhülfe ferner ſowohl in *Ordinariis*, wie es nunmehro gemeint würde, als auch in *Extraordinariis* zu thun, ſondern auch wie die Beſchwerden zu betreiben und auch andern vorfallenden Geſchäfften zu helfen ſeyn möchte. Wenn Sie nun in dem einen und andern, wie die Berathſchlagung weiter geben würde, ſich über eine einmüthige Meinung verglichen hätten; ſo könnte alsdann mit den übrigen Churfürſten und Fürſten deſto beſſer correſpondirt, und zu mehrern vertraulichen und billigen Abſichten geſchritten werden, durch welche Vorbereitung, ſeines Erachtens, den Sachen, in dem einen und andern, nicht wenig gedient ſeyn würde. Er erbitte ſich alſo des Herzogs freundliches Gutachten, wie Er vermeine, daß dieſen Dingen am füglichſten und beſten zu rathen ſeyn möchte; wie Er dann nicht zweifle, Er werde dieſem allen fleißig nachdenken, und Ihm ſeine Meinung vertraulich eröffnen a).

Bald darauf langten die beiden K. Hof- 5. Oct.
Räthe, der Freyherr Chriſtoph von Schleinitz ſt. ver.
und Hans Ludewig von Ulm, als Kayſerliche Geſandten, in der kurz vorhin gemeldeten Abſicht, bey dem Adminiſtrator der Chur Sachſen an, welcher ſogleich, den Tag darauf, an 6. e. m.
den Adminiſtrator zu Magdsburg ein Schrei- et ſt.
ben, folgenden Inhaltes, ergehen ließ: es hätten

a) Des Poſtulirten Adminiſtrators zu Magdeburg, Marggraf Joachim Friedrichs, Schreiben an den H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, de Dato Cappur, den 27. Sept. *ſt. vet.* 1597. & praeſentato Grüningen den 2 Oct. *a. c.*, in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W.*, *Vol. III. n.* 29.

J. Chr. dieſe Kayſerliche Geſandten Ihn erinnert, daß
1597 die Churfürſten, auf die von verſchiedenen Kreiſen geſchehene vielfältige Anmahnung, den Kayſer erſucht hätten, einen R. Tag auszuſchreiben, welchem Anſuchen der Kayſer auch Statt gegeben, und dazu Zeit und Ort, nemlich den 21. November A. oder den 1. December N. R. ernannt und angeſetzt hätte. Er, der Adminiſtrator der Chur Sachſen, würde ſich aber daneben zu erinnern wiſſen, was für ein Streit wegen der Geiſtlichen Seſſion, auf dem letzthin zu Regenſpurg, im J. 1594. gehaltenem R. Tage, und was für eine große Verhinderung, der Propoſition und fernern Berathſchlagung halber, vorgefallen ſey, welche der Kayſer wieder beſorgen müßte, wofern es nicht auf andere Wege unterhandelt würde. Deswegen habe dann der Kayſer, aus treuer väterlicher Fürſorge, beſchloſſen, Sie beide an Ihn, den Adminiſtrator abzuſchicken, und Ihn zu erſuchen, daß Er doch, um des gemeinen Friedens und des Vaterlandes Wohlfahrt willen, wie im J. 1576. und 1582. †) geſchehen, die Streitigkeit wegen der Geiſtlichen Seſſion nicht rege machen möchte; in Erwägung, daß es nicht in des Kayſers Macht ſtände, und auch deſſen Reichspflichten und dem Herkommen zuwider liefe, Ihm, dem Adminiſtrator zu Magdeburg, hierinn zu willfahren. Es erbiete ſich aber der Kayſer, daß Er, der Catholiſchen und des erſtgedachten Adminiſtrators, als beider Theile, Nothdurft genugſam hören, und darinn entweder einen Spruch thun, oder aber alles, was von beiden Parteyen vorgebracht wor-

†) S. N. T. R. Geſchichte, im XII. Bande, S. 211—218.

worden, durch ein rechtliches Erkenntniß er- J. Chr.
örtern laſſen wolle. Zugleich begehre der Kay- 1597
ſer gnädigſt, daß, weil Ihm, dem Adminiſtra-
tor der Chur Sachſen, und dem Churfür-
ſten zu Brandenburg, die Wohlfahrt des
Vaterlandes nicht minder angelegen, und Ih-
nen auch nicht unbekannt ſey, in welch großer
Gefahr das H. R. und die Chriſtenheit wegen
des Türken ſtünde, Sie beide den Kayſerli-
chen Räthen und Geſandten auch die Ihrigen
zuordnen, und zugleich Ihn, den Adminiſtra-
tor zu Magdeburg, deshalb freundlich erſuchen
möchten.

Nun wüßte zwar Er, der Adminiſtrator
der Chur Sachſen, ſich wohl zu entſinnen,
und es würden auch ſolches die davon vorhandenen
Urkunden ausweiſen, mit was für beweglichen
Gründen, Er ſowohl für ſich ſelbſt, als zugleich
mit dem Churfürſten von Brandenburg, bey
dem Kayſer, mündlich und ſchriftlich, angeſucht
habe, es aus Kayſerlicher Macht dahin zu
mildern und zu richten, daß die gute alte Cor-
reſpondenz zwiſchen den Ständen des H. R.
möchte erhalten werden, und durch dieſen Seſ-
ſionsſtreit nicht in Abfall gerathen. Was Er
auch deswegen an Ihn, den Adminiſtrator zu
Magdeburg, geſchrieben und gebeten hätte,
würde derſelbe noch eingedenk ſeyn, mithin Er
wohl Urſache hätte, Sich wegen ſolcher Zuord-
nung bey dem Kayſer zu entſchuldigen. Weil
Ihm aber die Noth des Vaterlandes bewußt
ſey, und beſonders die Zeitungen meldeten, daß
das chriſtliche Kriegsvolk bey Raab vor dem
Feinde hätte in die Inſul Schütt weichen, und
die große anziehende feindliche Macht fürchten
müſſen, welche gegen künftigen Frühling nicht ge-

J. Chr. geben habe. Zumal, da der Kayſer gewußt
1597 hätte, oder Ihm doch hätte berichtet werden ſollen, daß von dem Niederſächſiſchen Kreiſe die, außer der außerordentlichen Beyhülfe, insgemein von allen Evangeliſchen zu Regenſpurg geſchehene Hauptbewilligung nicht anders, als in der klaren Maaß, und mit dem Vorbehalte, ertheilt worden, wofern den Beſchwerden zuförderſt abgeholfen würde, unter welchen dann dieſe nicht der geringſte Punkt mit ſey. Sollte man nun davon abweichen, und inſonderheit der Adminiſtrator, nebſt ſeinem Vetter, dem H. Heinrich Julius, ſich in etwas erklären; ſo würde ſolches nicht allein der Sache gefährlich und nachtheilig ſeyn, ſondern auch großes Mißtrauen bey den andern Religionsverwandten, und daneben auch dieſes verurſachen, daß Sie, wenn man einmal ihren Rath und Hülfe, wie Zeit und Umſtände es leicht erfordern könnten, nöthig hätte, alsdann damit zurückbleiben würden.

Hiernächſt ſey es nicht allein um des Adminiſtrators Erzſtift, ſondern nunmehro auch um andere mehr, als Bremen, Straßburg, Halberſtadt, Lübeck, Schwerin, Ratzeburg und dergleichen, ja auch um die darin wohnenden Unterthanen zu thun; und könnte hiebey die Frage aufgeworfen werden: ob zum Nachtheil derſelben eine Herrſchaft, in der Religionsfreyheit, ſich etwas begeben könnte? Denn es wäre nicht allein um die Seſſion, ſondern um die Religion ſelbſt, die in den Stiftern reformirt worden, zu thun; deswegen dann das zum Schutz vorgewandte Argument desfalls nicht weiter Statt habe, als daß die Papiſten ſich erbieten, den Religionsfrieden beſtän-

Verſammlung zu Regenſpurg, im J. 1594, J. Chr. 1597
vorgefallen ſey, und zu was für großer Unordnung, Verbitterung der Gemüther, und Verhinderung der allgemeinen, hochangelegenen Sachen des betrübten Vaterlandes ſolches Urſache gegeben, auch welchergeſtalt ſolches alles, weil es nicht zu verhüten geweſen, Ihm, dem Adminiſtrator, dem die gemeine Wohlfarth zum höchſten angelegen ſey, vielen Kummer verurſachet habe. Daß nun der Kayſer, aus allergnädigſter Sorgfalt, Vorhabens ſey, noch vor dem Anfange des bevorſtehenden R. Tages, alle künftige und weitere Trennung aus dem Wege zu räumen, wie aus der von den Kayſerlichen Geſandten überreichten Inſtruction zu erſehen ſey, ſolche Neigung deſſelben zu gemeiner Ruhe und Erhaltung guter Freundſchaft zwiſchen einerley Ständen, die billig, als ein Corpus, mit einander heben und legen ſollen, vermerke Er, der Adminiſtrator, treulich nnd wohlgemeint.

Nun würde zwar der Kayſer, als das Oberhaupt, vermöge ſeiner eigenen Kayſerlichen Autorität, ohne Zweifel die beſte Gelegenheit haben, dieſe Dinge bey dem Adminiſtrator des Erzſtiftes Magdeburg und dem H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, als Biſchofen zu Halberſtadt, zu moderiren, und Er, der Adminiſtrator der Chur Sachſen, wollte auch nicht gerne dem Churfürſten zu Brandenburg, als dem Aeltern, hierin vorgreifen. Allein wenn der Kayſer ja vermeinte, daß, durch ſeiner und der Brandenburgiſchen Räthe Zuordnung, etwas Nützliches, zu Erlangung guter Richtigkeit, geſtiftet werden möchte, und damit der gedachte Churfürſt zu Brandenburg

J. Chr. 1597 einig ſeyn würde, hierin auf gebührliche Wege zu ſchließen, dadurch das Ende erreicht werden könnte, wie dann der Churfürſt bey den beiden Fürſten, als dem Sohn und Schweſterſohn, billig die meiſte Folge haben werde; ſo ſey Er, der Adminiſtrator der Chur Sachſen, ganz willig, ſich dem Kayſerlichen Begehren zu fügen. Er hielte aber dafür, daß die Kayſerlichen Geſandten ſich zu dem Churfürſten zu Brandenburg begeben, und ſich mit Ihm, ſowohl über die Zuordnung, als auch über die Zeit und den Ort, wo die Räthe allerſeits zuſammenkommen könnten, um zuerſt Magdeburg, und hernach Braunſchweig zu erſuchen, vergleichen müßten. Sobald nun Ihm, dem Adminiſtrator, bekannt gemacht würde, an welchem Orte und zu welcher Zeit Sie zuſammenkommen wollten, worüber Sie ſich mit dem Churfürſten von Brandenburg vergleichen möchten; ſo wolle Er ſeine Räthe auch dazu verordnen, und nach ſeinem Vermögen alles gerne befördern, was zu Erhaltung einer guten Vertraulichkeit zwiſchen den beiderſeitigen Ständen dienlich ſeyn würde [d]).

Sobald der Adminiſtrator des Erzſtifts Magdeburg, Marggraf Joachim Friedrich zu Brandenburg, das vorgedachte Schreiben des Adminiſtrators der Chur Sachſen [e]) erhalten hatte; ſo communicirte Er daſſelbe dem

H.

d) Des Adminiſtrators der Chur Sachſen Reſolution für die Kayſerlichen Geſandten, de Dato Annaburg den 7 Oct. 1597, in Actis *Comitial. Ratisbon. MSS. A. W., Vol. I. n.* 10. 13. & 16.

e) S. weiter oben in dieſem XXI. Bande der N. T. R. Geſchichte, S. 83—86.

würde hierin eine beſſere Mäßigung erfolgen; J. Chr. 1597
wie dann auch der Kayſer für Sich Fug und Macht habe, hierin nach geſtalten Dingen das weitere zu thun. Denn, habe Kayſer Ferdinand ſolches, als Römiſcher König, kraft Kayſerlicher Commiſſion, den Frieden zu beſtätigen, und die damals hin und wieder vorgefallenen Diſputationen abzuſchneiden und Vertrauen aufzurichten, vermocht, den Anhang des Vorbehaltes, doch mit Maaß, dem Religionsfrieden einzuſetzen; habe ferner Kayſer Carl der V, aus gleichmäßigen Urſachen der Türkenhülfe, im J. 1532, noch lange vor Aufrichtung des Religionsfriedens, den Proteſtirenden, ihr *Exercitium reformatae Religionis* bis auf ein chriſtliches Concilium zu gebrauchen, freylaſſen können; warum ſollte es nun nicht auch der itzige Kayſer thun können? Man könnte zwar auch Beyſpiele von alten chriſtlichen Kayſern, die um gleicher Noth und Urſachen willen dergleichen gethan, anführen; aber die Hiſtorien bezeugten ſolches, und es würde zu lang zu erzehlen ſeyn. Solchergeſtalt ſey es um dieſe höchſt wichtige Sache beſchaffen, daß nemlich dieſelbe Gottes Ehre, die Freyheit der Gewiſſen, die Autorität und Reputation der Evangeliſchen Churfürſten und Fürſten, ja die ganze Nachkommenſchaft und vieler Menſchen Heil und Seligkeit betreffe, darum wäre deſto ſchwerer zu rathen; man wollte dann, wie billig und chriſtlich, auch gegen Gott verantwortlicher wäre, gerade zugehen, und das übrige Gott walten laſſen. Ueberdis ſtehe zu beſorgen, daß, wenn den Dingen nicht rechte Maaß gegeben, und dem Pabſtthume zu Steuer immer fortgefahren würde, doch wenig Segen dabey zu erwarten

J. Chr. 1597 Da der H. Heinrich Julius, obgedachter maaßen, ein ähnliches Schreiben, von dem Adminiſtrator der Chur Sachſen, erhalten hatte, ehe noch das vorſtehende Schreiben des Adminiſtrators zu Magdeburg bey Ihm eingetroffen war, ſo gab Er dieſem, mittelſt eines 14 Oct. ſt. vet. an Ihn aus Grüningen erlaſſenen Schreibens, unverweilte Nachricht, nebſt Beyſchließung einer Abſchrift des mehrerwähnten Churſächſiſchen Schreibens. Er fügte hinzu: es ſey daraus zu erſehen, daß nicht allein der Adminiſtrator der Chur Sachſen ſich bereits nach dem Kayſerlichen Anſuchen bequemt habe, ſondern auch ein Gleiches, zu ſeinem, des Herzogs, und des Adminiſtrators zu Magdeburg beſondern Nachtheil, bey deſſen Herrn Vater, dem Churfürſten zu Brandenburg, ſollicitirt und verſucht werden wolle. Er habe daher, vermöge ihrer vertraulichen Correſpondenz und dieſer gegenwärtigen Sachen Nothdurft, Ihm ſolches anzeigen, und Ihn, wofern etwa die gemeldeten Kayſerlichen Geſandten bereits bey ihm geweſen wären, bitten wollen, Ihm freundlich zu eröffnen, mit was für einer Erklärung Er Sie abgefertiget habe, oder Ihnen künftig zu geben geſonnen ſey. Er, der Herzog, ſey ſeines Theils entſchloſſen, Sich des, Ihm ſeines Stiftes Halberſtadt halber zuſtehenden, Votums und Seſſion durchaus nicht zu begeben, und zweifle nicht, der Adminiſtrator werde gleichergeſtalt über dem Herkommen zu halten geſonnen ſeyn [g]).

Mitt-

g) H. Heinrich Julius zu Braunſchweig Schreiben an den Adminiſtrator zu Magdeburg, de Dato Grüningen, den 14 Oct. 1597. in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W., Vol. I. n.* 5.

folgen und von Statten gehen würde. Das J. Chr. letztemal ſey dieſe Vertröſtung zu Regenſpurg 1597 geſchehen, daß nemlich, noch währendem R. Tage, den Sachen mit dem Herrn Adminiſtrator zu Magdeburg ſollte Maaß gegeben werden; deswegen man auch damals, jedoch mit Vorbehalt und gegen einen Kayſerlichen Revers, gewichen wäre *). Die Papiſten aber hätten hierauf niemals etwas eingebracht, außer was auf die gemeinen Beſchwerden geſchehen wäre, und auch ſolches alles erſt ganz zuletzt und zum Schluſſe übergeben, als man zum Theil ſchon von einander geſchieden wäre. Dieſes wäre nun noch zu beantworten, und darum deſto nöthiger, wie dann auch alles zur Widerlegung von den Niederſächſiſchen Kreisſtänden bereits ſey verfaßt worden, damit es nicht bey den Papiſten das Anſehen gewinne, als ob Sie den Sieg erhalten hätten. Es würde auch, nebſt dem Schaden, den Evangeliſchen ſehr ſchimpflich ſeyn, dieſe höchſt wichtige chriſtliche Sache auf ſich erſitzen zu laſſen, ſolches aber den Papiſten den Muth ſehr ſtärken.

Vormals, wenn man R. Tage gehalten, und dem Kayſer etwas bewilliget hätte, wäre jederzeit dahin geſehen worden, daß man inſonderheit, neben dem gemeinen Frieden, die Religion in Acht genommen hätte. Deswegen wären öfters, nach Aufrichtung des Religionsfriedens, Religionsconvente gehalten worden, um von den Sachen zu reden, ob man zu einer Vergleichung gelangen möchte, und damit die Evangeliſchen ungeſtöhrt blieben. Izo ſey eben

*) S. im XVIII. Bande der N. T. R. Geſchichte, S. 140—142.

J. Chr. eben die rechte Ge[illegible]genheit, und wer wiſſe,
1597 warum es Gott mit den Türken alſo verhänge:
daß auch dieſer Sache geholfen, und der itzige und künftige Friede, wie auch die Freyheit der Gewiſſen erhalten würde. Entginge aber die itzige Gelegenheit, ſo fiele alle dankbezeugte treue Hülfe; die Evangeliſchen würden unter ſich entzweyet, und kämen vielleicht andere Zeiten und Leute, welche zu Ausrottung der Ketzerey, wie man es zu nennen pflege, weder Eid, noch Treue und Glauben halten würden. Alsdann wäre das Geld hinweg, die Leute wären verlohren, und die ausländiſchen Papiſten, von denen man ſich am meiſten, mit der innländiſchen Hülfe, zu befürchten habe, hätten deſto beſſern Vortheil. Würde auch itzo, bey der vorhandenen bequemſten Gelegenheit, den Sachen nicht geholfen; ſo würde es nachher wol unterbleiben. Es hätte auch allerhand weitere Betrachtungen, als die *ratione Matrimonii* des Adminiſtrators, indem vornehmlich die *Inhabilitas* angezogen würde, mehr als der Religion halber. Darum ſtehe es nicht in dem Punkte des Vorbehaltes, der auf die Religion allein gehe, und doch der Erzb. Sigmund zu Magdeburg in dergleichen auch wäre geduldet worden, wie auch noch andere mehr könnten angeführt werden, als z. E. der Erzb. Heinrich zu Bremen, der B. Johann zu Münſter, der B. Bernhard zu Oßnabrück und der B. Marquard zu Speyer. Der Vorſchlag aber mit dem Adminiſtrator und dem Gegentheil gehe, nach altem Weltbrauche, auf eine Suſpenſion, wie auch zu Rom gebräuchlich ſey, da in den geiſtlichen Eheſachen langſam verfahren würde. Denn wenn man nicht gerne in einer

Sache

Sache ſprechen wolle, ſo laſſe man den Proceß J. Chr.
ſo lange hangen, bis die Parteyen ſtürben, 1597
ſo fiele es von ſich ſelbſt, nach dem *Judicio areopagitico*, da man als von einem Todtſchlage geſtritten worden, den man nicht gerne urtheilen wollen, dem Kläger befohlen hätte, innerhalb hundert Jahren wieder zu kommen, um dadurch zu verſtehen zu geben, daß weder Richter, noch Partey alsdann mehr vorhanden ſey.

Hernach ſey auch dahin zu ſehen, was zu Heydelberg unter etlichen Churfürſten und Fürſten vorgegangen ſey, wohin auch die Erklärung des Niederſächſiſchen Kreiſes, auf jederzeit weitere Bewilligung gerichtet worden. Dieſer Urſachen halber hätte auch des Adminiſtrators Herr Vater die Contribution eine Zeitlang aufgehalten, und der H. Heinrich Julius, aus gleichen Urſachen, ſich einmal abgeſondert, Pfalzgraf Hans aber und andere mehr wenig gegeben. Sollte man nun, hintangeſetzt deſſen alles, itzo etwas thun, ſich erklären, oder ſich einlaſſen; ſo würde ſolches alles Vertrauen aufhalten, oder ganz aufheben, gleichſam als ob man den Unglimpf nur auf Jene legen wollte. Es wäre daher ſehr gut geweſen, wenn man den R. Tag, den man auf eine ſo ungelegene und kurze Zeit angeſetzt, weiter hinausgeſtellt hätte, und dieſe Hinderniſſe, von dem Kayſer ſelbſt, aus dem Wege wären geräumet worden, ſo hätte das Werk fruchtbarlicher vor ſich gehen können. Aber dem Anſehen nach ſey es deswegen geſchehen, weil man vermeint habe, daß, wenn nur der Herr Adminiſtrator und Braunſchweig gewonnen wären, alles zum richtigen Fortgange würde gebracht ſeyn. Allein ein ſolch gemeines Intereſſe erfordere auch billig eine allge-

J. Chr. allgemeine Communication, welche doch, durch
1597 die Kürze der Zeit, verhindert werden wolle, und zwar dieſes alles, zu des Gegentheils Vortheil, und dieſes Theils gefährlichem Nachtheil.

Man hätte ſich alſo wohl vorzuſehen, die Antwort aber, nach ihrem begehrten Bedenken, unvorgreiflich folgender maaßen zu geben. Erſtlich, was die beiden Chur- und Fürſten, Brandenburg und Sachſen anlange, welche als Vermittler, nur allein zur Suſpenſion der Sache, aber nicht zur wirklichen Richtigkeit derſelben, vom Kayſer erſucht worden, wären Ihnen, zur chriſtlichen Erinnerung, als mit Religionsverwandten Ständen, die vorgeſetzten nicht geringen Urſachen zu Gemüthe zu führen, und Sie zu bitten, daß Sie, als Evangeliſche Chur- und Fürſten, nach dem Beyſpiel ihrer Vorfahren, in vertraulicher Communication und Aſſiſtenz ſich chriſtlich erweiſen möchten. Denn es wäre hiemit ſo beſchaffen, daß Ihm, dem Adminiſtrator, nicht gebühren wolle, Sich, zum höchſten Mißtrauen, etwas, abgeſondert der andern mitverwandten Stände, in Anſehung des gemeinen Intereſſe, zu erklären; wie es dann auch den Adminiſtrator nicht allein, ſondern insgemein alle Evangeliſche Stände betreffe, denen Er kein Nachtheil zuziehen könnte und wollte. Er, der Adminiſtrator, hätte gehofft, daß der Kayſer, nach ſeiner, auf dem letzten R. Tage, gethanen allergnädigſten Erklärung, den Sachen würde Maaß gegeben haben; es wäre aber ſolches unterblieben. Immittelſt wäre auf das Anſuchen des Kayſers, welches durch ſeine Geſandten, auf verſchiedenen Kreistagen, geſchehen, die weitere gutherzige und mitleidige Bewilligung

und Reſolution der Stände, nicht anders, als J. Chr. in ſolcher Maaß geſchehen, welchem zuwider 1597 Er, für ſich, nichts weiter thun könnte.

Die wohlgemeinte unterthänigſte Erinnerung aber, zu Haltung eines R. Tages, wäre dadurch verurſachet worden, weil durch die particuliere Hülfe dem Werke nicht zum beſten geholfen geweſen, und der eine Stand beſchwert würde, der andere aber ledig ausginge; gleichwol auch zu dem Ende, damit hoffentlich, durch ſolche Gelegenheit, der Kayſer, zuförderſt und noch vorher, den Beſchwerden, vorbereitungsweiſe, gebührende Maaß und Ausſchlag würde gegeben haben. Nun wende zwar der Kayſer vor, daß es nicht in ſeiner Macht und Willen ſtehe, ſolches zu thun, und daß es auch nicht Herkommens ſey. Allein daraus ſey zu vermerken, daß dieſe Sache ſich in die Länge verziehen, oder wol gar auf ſich erſitzen bleiben würde, welches aber zu weiterm, im Reiche unter den Ständen einreißendem, Mißtrauen und Ungelegenheit Urſache geben würde; da doch dem Vaterlande, ja der ganzen Chriſtenheit, nichts zuträglicher, nützlicher und rathſamer wäre, als ein gutes Vertrauen und Zuſammenſetzung aufzurichten und zu erhalten. Indeſſen hätte der Kayſer, bey der bevorſtehenden höchſten und allgemeinen Gefahr, ſeines tragenden Kayſerlichen Amtes halber, wol Urſache, Sich ins Mittel zu legen, und Maaß und Ziel zu geben. Denn es hätten ja auch Kayſer Carl der V. und König Ferdinand, aus dergleichen Urſachen, bey damals nicht ſo groß geweſener Türkengefahr, um Frieden und Ruhe im Reiche zu erhalten, den Religionsfrieden aufrichten können, wie auch, noch vor deſſen

J. Chr. 1597 Aufrichtung, die öffentliche Religionsübung verſtattet. Um ſo viel mehr alſo könnte der itzige Kayſer, ohne Verletzung ſeines Gewiſſens, den Dingen auch wol Maaß geben, weil dieſer Streit geringer ſey, jenes aber größer und wichtiger geweſen wäre. Inſonderheit aber gebe es nach dem klaren Buchſtaben des Anhanges und Schluſſes im Religionsfrieden itzo dazu Gelegenheit, und es hätte der Kayſer genugſame Urſache, dieſen Zwieſpalt und Mißverſtand zu entſcheiden, oder auch zu vermitteln, da es nemlich ſo geſetzt ſey: bis zu fernerer chriſtlichen und freundlichen Vergleichung ꝛc.

Weil nun hierum ſchon längſt angeſucht, und vielfältig gebeten worden, auch es ganz füglich und fruchtbarlich, zum Beſten des Kayſers, hätte geſchehen können; ſo wäre dieſes nochmals der beſte und zuträglichſte Weg, es ſofort und vor allen Dingen ins Werk zu richten. Denn weil der Kayſer kein Bedenken getragen, durch ſeine beſondere Geſandten, den Herrn Adminiſtrator und die reformirten Stände um Hülfe und Beförderung derſelben erſuchen zu laſſen, und Sie, in ſolcher Türkengefahr, für Stände der Reichs- und Kreis-Tage erkennete; ſo wollte es ſehr ungelegen fallen, dieſelben, bey der gemeinen Berathſchlagung und Beſchluß der R. Verſammlung mit Schimpf zu übergehen, und Sie alſo des Standes und der Seſſion im Reiche gleichſam für unwürdig zu achten, da Sie doch nicht das Wenigſte dabey gethan hätten. Er, der Adminiſtrator, wolle ſich gerne nach dem Verlangen des Kayſers, in allen möglichen und verantwortlichen Dingen bequemen, wie auch jeder-

zeit

zeit geſchehen ſey, und nicht anders wirklich ge- J. Chr.
ſpürt würde; allein dieſer itzige Fall belange nicht 1597
allein deſſen fürſtliche Reputation und von Gott ordentlich verliehenen Stand, ſondern auch Andere und Alle, welche ſeiner chriſtlich-reformirten Religion mitverwandt und zugethan wären. In der mitleidigen Hülfe, welche der Herr Adminiſtrator, wegen des Erzſtiftes Magdeburg, treulich leiſten helfen, ſollte Er beym Kreiſe, als doch einem Theil des H. R., ſeinen Stand halten, der auch von dem H. Heinrich dem Jüngern zu Braunſchweig, wie auch von Hildesheim, als doch Catholiſchen, niemals wäre diſputirt worden, und noch itzo von dem Erzbiſchof zu Cöln, wegen Hildesheim, paſſirt würde; aber im Rathen und Schließen ſollten Er und die Andern removirt ſeyn. Es wäre alſo dieſe Sache ſo beſchaffen, daß ſie nicht allein ſeine Perſon, ſondern auch die Mitglieder des ganzen Erzſtiftes, und folglich auch Andere betreffe. Deswegen würde hoffentlich Ihm nicht können verdacht werden, daß Er ſich deſſen nicht, zum höchſten Mißtrauen gegen die andern Mitverwandte, begeben könnte. Indeſſen wolle Er gleichwol dieſen Vorſchlag für Sich thun: ob es nicht etwa ein Mittel ſeyn möchte, daß der Kayſer, noch vor dem Anfange der Propoſition, dieſe Sachen vornehmen, und, mittelſt friedliebender dazu verordneten Commiſſarien, auf erträgliche Mittel richten, und vergleichen laſſen wolle. Dadurch würde dem Kayſer merklich gedient, und guter Wille erhalten werden.

Hochgedachte Chur- und Fürſten zu Brandenburg und Sachſen könnten auch erinnert und befragt werden: ob Sie, bey den angeführ-

J.Chr. geführten wichtigen Gründen, alſo rathen könn-
1597 ten, und ob Sie es gegen die andern Mitverwandten verantworten wollten. Denn was Ihn, den Adminiſtrator, belange, könnte Er den Dank leicht verdienen; und, ſo lange Er lebte, oder im Erzſtifte wäre, immer zuſehen; es wäre aber um ein Mehretes zu thun. Allein dieſes bäte Er ſich aus, daß Sie wieder an den Kayſer ſchreiben oder ſchicken, oder ihre Reſolution auf die von Ihm kurz vorher vorgeſchlagenen Mittel, nebſt weiterer Erinnerung, richten möchten. Indeſſen hätte man mit den andern Evangeliſchen eiligſt zu communiciren, wie ſehr nöthig ſey, und daß die außer dem Niederſächſiſchen Kreiſe Geſeſſenen ihre Räthe darauf inſtruiren möchten. Die Niederſächſiſchen aber könnten, auf das eheſte und ungeſäumt, in ſeinem, des Adminiſtrators, und ſeines Vetters, des Herzogs zu Braunſchweig, Namen, erſucht werden, weil doch ihre Geſandten die Straße heraus ziehen müßten, dieſelben etwas zeitiger abzuordnen, damit man zu Halle oder Naumburg zuſammenkommen, und von den Sachen reden könnte. Wenigſtens aber müßte man den R. Tag beſchicken, und *communi Evangelicorum reformatorum* tam *Eccleſiaſticorum*, quam *Laicorum nomine*, eine ausführliche Proteſtation einwenden, und nicht anders ſchließen laſſen, als daß dieſen Sachen und den Beſchwerden abgeholfen würde, um, wenn auch ja die Mittel nicht fortgängig ſeyn ſollten, die Conjunction dadurch zu entdecken, ob man gleich die Propoſition nicht hinderte.

Dieſes nun hielten Sie, die Räthe, nach ihrer Einfalt, für den füglichſten Weg, wodurch der Adminiſtrator für Sich, und gegen

die andern Stände verwahrt bliebe, und wel- J. Chr.
ches beſſer ſey, als daß die Reformirten gänz- 1597
lich ſollten ausgeſchloſſen, und alſo die Sache noch in langem Aufzuge erhalten werden. Sie hofften auch, daß dieſe Mittel dem Gegentheil nicht könnten zuwider ſeyn, (es würde dann ein anderes darunter gemeint,) und daß man auf ſolche Art, nach gehaltener Communication mit dem H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, als vornehmen Mitintereſſenten, (jedoch nach ſeinem, des Adminiſtrators, Gefallen,) den Churfürſtlichen Geſandten, wie auch den Kayſerlichen Antworten könnte [m]).

Bald darauf erließ der Adminiſtrator des 19 Oct.
Erzſtiftes Magdeburg, Marggraf Joachim ſt. vet.
Friederich, ein abermaliges Schreiben aus Zinna an den H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, worin Er Ihm zuförderſt den richtigen Empfang deſſen beider an Ihn abgelaſſenen Schreiben vom 11. und 14. d. M. [n]) meldet, und für die geſchehene Communication danket. Er, der Herzog, würde inzwiſchen, aus ſeinen, des Adminiſtrators Schreiben, und ſeinen den Kayſerlichen und Churfürſtlichen Geſandten gegebenen und Ihm überſchickten Antworten, das mehrere vernommen haben, was diesfalls

m) Der Magdeburgiſchen Räthe Bedenken wegen des bevorſtehenden R. Tages, ſine Dato, in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W. Vol. 1. n. 1.* Außerdem ſtehet auch in Lünigs Europ. Staats-*Conſiliis*, T. I. n. 90. p. 476 — 487. ein für den Adminiſtrator zu Magdeburg, wegen ſeiner Seſſion auf dem R. Tage, geſtelltes weitläuftiges Bedenken über den Paß des geiſtlichen Vorbehaltes.

n) S. weiter oben in dieſem XXI. Bande der N. T. R. Geſchichte S. 90.

J. Chr. seine Meinung sey. So viel aber das erſte be-
1597 treffe, wäre Er, der Adminiſtrator, hiebevor jederzeit der Meinung geweſen, daß eine Zuſammenkunft, noch vor dem Anfange der R. Verſammlung, nöthig seyn möchte. Allein er müſſe ſelbſt bekennen, daß die Zeit nunmehro faſt zu kurz ſey, und auch wegen der Sterbensläufte allerhand Verhinderung vorfiele; deswegen er ſich den Vorſchlag des Herzogs nicht übel gefallen ließe. Aber ob es ſich zu Regenſpurg ſo, wie der Herzog es für gut anſehe, des Aufſehens halber, füglich werde thun laſſen, deshalb ſey Er noch beſorgt. Er wiſſe auch nicht: ob Er von ſeinem Herrn Vater, dem Churfürſten zu Brandenburg, die Ausſchreiben an die Oberſächſiſchen und andere benachbarte Stände werde erhalten können, und beſorge, daß es ſein Herr Vater nicht thun würde; inſonderheit weil Er wol eher deshalb bey Ihm angeſucht, derſelbe aber ſich jederzeit entſchuldiget hätte, warum Er diesfalls Bedenken habe. Wenn nun aber gleich die Stände des Niederſächſiſchen Kreiſes von Ihm verſchrieben werden ſollten, dergleichen aber nicht auch an die andern Religions-Mitverwandten geſchehen würde; ſo wäre es doch ein unvollkommenes Werk. Deswegen wären ſeine, des Adminiſtrators, Gedanken: ob es nicht rathſam ſeyn möchte, daß Sie beide, weil Ihnen des Kayſers itziges Anſuchen und Begehren dazu Urſache gebe, und Sie ſolches hiezu gebrauchen könnten, an alle Evangeliſche Churfürſten und Fürſten, nach dem beyliegenden abſchriftlichen Entwurfe †), eilends ſchrieben; denn

†) Dieſer fehlt in unſern *Actis Comitial. Ratisbon. Mss. A. IV.*

denn ob Er gleich gerne auch den Erzbiſchof zu J. Chr.
Bremen mit dazu ziehen wollte, ſo beſorge Er 1597
doch, daß darüber die Zeit verſtreichen möchte. Falls nun der Herzog hierin mit Ihm einig wäre; ſo ſollten die Ausſchreiben ſofort ausgefertiget, und von ſeiner Seite vollzogen, auch dem Herzog forderſamſt zugeſchickt werden.

Was aber die Zuſammenkunft belange, würde wol am beſten ſeyn, wenn man einen andern Ort, in der Nähe von Regenſpurg, haben könnte, wie er dann demſelben fleißig weiter nachdenken wolle. Wenn es aber ja nicht anders ſeyn könnte, ſo müßte es endlich auf die Art, wie der Herzog vorgeſchlagen hätte, gerichtet werden. Uebrigens wolle Er hoffen, daß, weil es ein gemeines Werk ſey, und die übergebenen Schriften der Kayſerlichen Geſandten genugſam anzeigten, wohin die Abſicht der Catholiſchen gerichtet ſey, ein Jeder in vertraulicher Zuſammenſetzung ſich gebührend erzeigen werde. Weil aber ſolches Ihr Vornehmen nicht ohne Offenſion bey dem Kayſer abgehen würde; ſo wolle Er, der Adminiſtrator, nicht allein den Sachen, bis nach eingelangter Erklärung des Herzogs, fleißig weiter nachdenken, ſondern Ihn auch freundlich bitten, daß der Herzog das Ihm überſchickte Bedenken der Magdeburgiſchen Räthe *), für Sich und durch ſeine Räthe, ingleichen was ferner die Nothdurft erforderte, erwägen laſſen möchte. Denn Er müſſe bekennen, daß die Sachen dergeſtalt ſchwer und wichtig ſeyen, daß billig mit gutem Bedachte und Rathe zu

 han-

*) S. weiter oben in dieſem XXI. Bande der N. T. R. Geſchichte, S. 102-117.

J. Chr. 1597 klären, beſonders weil eben dieſer Hauptpunkt in den allgemeinen Beſchwerden vorzüglich begriffen ſey. Um ſo mehr müßte man ſich alſo vorſehen, alles Mißtrauen bey den Mitverwandten zu verhüten und keine gefährliche Trennung zu machen; wie Er dann dieſes alles auch den mitgekommenen Churfürſtlichen Geſandten, ihren Herren zu referiren, eröffnet hätte. Obgleich Er nun dem Herzog weder Ziel, noch Maaß vorſchreiben wolle; ſo hätte Er doch für nöthig erachtet, ſolches alles Ihm freundlich zu communiciren; inſonderheit weil Er vernommen habe, daß ſowohl die Kayſerlichen, als die Churfürſtlichen Geſandten, Befehl hätten, ſich mit einander zum Herzog zu begeben. Er wolle zwar nicht zweifeln, der Herzog würde wohl wiſſen, den Sachen Recht zu thun; allein Er habe doch ſolches alles freundlich berichten wollen, damit deſto mehrere Vertraulichkeit zu ſpüren ſey. Er wolle aber nicht unterlaſſen, den Sachen weiter nachzudenken, und ſeine fernere Gedanken dem Herzog, dieſer Tagen, ſchriftlich weiter zu erkennen geben, und dagegen deſſen Communication, wie Er die Geſandten abfertigen würde, und deſſen rathſames Bedenken, wie es allenthalben anzuſtellen, im Vertrauen erwarten [i]).

17 Oct. st. vet. Noch an eben dieſem Tage erließ der Adminiſtrator des Erzſtifts Magdeburg, Marggraf Joachim Friedrich zu Brandenburg, aus Zinna, ſein zweites Schreiben an den H. Heinrich Julius, worinn Er Ihm meldet: Er hätte

i) Des Adminiſtrators zu Magdeburg Schreiben an den H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, de Dato Zinna, den 17 Oct. 1597., in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W.*, *Vol. I. n.* 18.

hätte zwar gehofft, daß die Kayſerlichen und J. Chr.
Churfürſtlichen Geſandten, auf die Ihnen 1597
ertheilte Antwort, weiter nichts einwenden würden. Allein Er könne dem Herzog, zur vertraulichen Nachricht, nicht bergen, daß die Churfürſtlichen Abgeordnete, auf das inſtändige Anhalten der Kayſerlichen Geſandten, bey Ihm nochmals um eine Audienz angeſucht, und Ihn an die große Gefahr in Ungarn erinnert hätten, und daß nichts als eine große Zerrüttung zu befürchten ſey, wenn Er ſich nicht dem Kayſerlichen Begehren bequemen würde. Es wäre gleichwol der Kayſer erbietig, Sich ſchriftlich dergeſtalt zu erklären, daß ſolche Enthaltung ſeines Sitz- und Stimm-Rechtes Ihm und ſeinem Erzſtifte unnachtheilig ſeyn ſolle; mit Bitte, ſolche Erinnerung nicht anders, als im Beſten gemeint, zu vermerken; denn es hätten beſonders die Sächſiſchen Geſandten, in ihrer Inſtruction den Befehl, Ihm die Sachen mit Fleiß zu Gemüthe zu führen. Außerdem hätten auch die Kayſerlichen Geſandten ſelbſt, ſowohl mündliche, als ſchriftliche, faſt harte Anmahnungen gethan, wie der Herzog aus der Beylage ihrer Schrift erſehen würde. Er der Adminiſtrator hätte aber für unnöthig erachtet, Sich in eine weitläuftige Deduction einzulaſſen; ſondern die Churfürſtlichen Geſandten dahin beantwortet: Er vermerke zwar, daß ihre Erinnerung nicht übel gemeint ſey. Weil aber die Sachen nicht das Zeitliche, ſondern das Ewige, wie auch folglich alle Evangeliſche Stände betreffe; ſo wolle Ihm nicht gebühren, es möchte um die Gefahr beſchaffen ſeyn, wie es wolle, eine Abſonderung zu machen; mithin müßte Er es noth-

J. Chr. 1597 Da der H. Heinrich Julius, obgedachter maaßen, ein ähnliches Schreiben, von dem Adminiſtrator der Chur Sachſen, erhalten hatte, ehe noch das vorſtehende Schreiben des Adminiſtrators zu Magdeburg bey Ihm eingetroffen war, ſo gab Er dieſem, mittelſt eines
14 Oct. st. vet. an Ihn aus Grüningen erlaſſenen Schreibens, unverweilte Nachricht, nebſt Beyſchließung einer Abſchrift des mehrerwähnten Churſächſiſchen Schreibens. Er fügte hinzu: es ſey daraus zu erſehen, daß nicht allein der Adminiſtrator der Chur Sachſen ſich bereits nach dem Kayſerlichen Anſuchen bequemt habe, ſondern auch ein Gleiches, zu ſeinem, des Herzogs, und des Adminiſtrators zu Magdeburg beſonderm Nachtheil, bey deſſen Herrn Vater, dem Churfürſten zu Brandenburg, ſollicitirt und verſucht werden wolle. Er habe daher, vermöge ihrer vertraulichen Correſpondenz und dieſer gegenwärtigen Sachen Nothdurft, Ihm ſolches anzeigen, und Ihn, wofern etwa die gemeldeten Kayſerlichen Geſandten bereits bey ihm geweſen wären, bitten wollen, Ihm freundlich zu eröffnen, mit was für einer Erklärung Er Sie abgefertiget habe, oder Ihnen künftig zu geben geſonnen ſey. Er, der Herzog, ſey ſeines Theils entſchloſſen, Sich des, Ihm ſeines Stiftes Halberſtadt halber zuſtehenden, Votums und Seſſion durchaus nicht zu begeben, und zweifle nicht, der Adminiſtrator werde gleichergeſtalt über dem Herkommen zu halten geſonnen ſeyn [g]).

Mitt-

g) H. Heinrich Julius zu Braunſchweig Schreiben an den Adminiſtrator zu Magdeburg, de Dato Grüningen, den 14 Oct. 1597. in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W.*, *Vol. I. n.* 5.

Mittlerweile hatten ſich die obgedachten J. Chr. 1597
Kayſerlichen Geſandten und R. Hof-Räthe
von Schleinitz und von Ulm zu dem Churfürſten von Brandenburg begeben, und denſelben gleichfalls dahin bewogen, daß Er ſeine Geſandten, gleich dem Adminiſtrator der Chur Sachſen Ihnen zuordnete, um das Anbringen derſelben bey dem Adminiſtrator des Erzſtifts Magdeburg und dem H. Heinrich Julius zu Braunſchweig zu unterſtützen. Sie trafen 14 Oct. ſt. vet. zuſammen zu Zinna ein, wo ſich damals der Adminiſtrator, Marggraf Joachim Friedrich aufhielt, hatten, am folgenden Tage, bey demſelben Audienz, und richteten ihren Auftrag aus, 15. e. m. et ſt. erhielten aber den Tag darauf folgende Reſolution. 16. e. m. et ſt. Er, der Adminiſtrator, habe mit gebührender Ehrerbietung angehört, was J. K. M. durch Sie, ſeine Geſandten, an Ihn habe gelangen laſſen. Er wüßte ſich aber ohne weitläuftige Erzählung zu erinnern, was eine Zeit her, wegen der Ihm von GOtt und Rechts wegen zuſtehenden unſtreitigen Seſſion des Primat- und Erzſtiftes Magdeburg, inſonderheit aber auf dem, im J. 1594, zu Regenſpurg gehaltenem R. Tage nicht allein vorgegangen, ſondern Er auch ſelbſt, durch ſeine Geſandten, und den Herrn von Schleinitz ſelbſt, als derſelbe, bey noch währender damaliger R. Verſammlung, mit einem Kayſerlichen Creditiv und Inſtruction zu Cöln an der Spree angelangt, ſoviel mit genugſamer Ausführung beygebracht hätte, daß Ihm billig ſein Sitz und Stimme nicht ſollte ſchwer gemacht werden, welche angezeigte erhebliche Gründe nochmals zu wiederholen, Er für unnöthig erachtete, vornehmlich weil dieſelben ſowohl mündlich wären angeführt, als

J. Chr. 1597 auch ſchriftlich dem Kayſer übergeben worden, und den Geſandten genugſam bekannt ſey. Wie ſich aber, dem allen ungeachtet, etliche Catholiſche, zu Vermehrung eines großen Mißtrauens unter den Ständen des H. R. R. und Vaterlandes T. N., und zu Verhinderung anderer nothwendiger und nützlicher Sachen, hiebey bezeigt, und das Hauptwerk aufgehalten hätten, ſey ebenfalls bewußt, und könne deswegen Ihm, dem Adminiſtrator, nichts beygemeſſen werden; wie Er dann nicht hoffen wolle, daß der Kayſer Urſache haben werde, deswegen Ihm die Schuld beyzumeſſen, ſondern vielmehr dem Gegentheil. Er, der Adminiſtrator, aber ließe ſolches, und was auf den vergangenen Reichs- Deputations- und Kreis- Tagen *contradictorie* vorgewandt ſeyn ſolle, an ſeinen Ort geſtellt ſeyn, und finde für dismal überflüſſig, die Nothdurft *refutando* weitläuftig einzuwenden, wie Er wol Urſache hätte, wolle ſich aber ſolches bey einer andern Gelegenheit hiemit vorbehalten haben.

Nun hätte zwar Er, der Adminiſtrator, auf das allergnädigſte Kayſerliche Erbieten, ungeachtet alles deſſen, was ſeinen Geſandten begegnet, aus unterthänigſter getreuer Devotion und angebohrner Mäßigung, jedoch mit gebührendem Vorbehalte, ſich überwunden, daß ſeine Seſſion damals eingeſtellt gelaſſen worden, und hierauf, zufolge des Kayſerlichen Erbietens, eine endliche und forderſamſte Richtigmachung erwartet, mithin die Unterhandlung des Kayſers nicht abgeſchlagen. Er hätte auch gehofft, es würde der Kayſer immittelſt die Sachen dahin gerichtet, und den Gegentheil von ſeinem Unfuge abgewieſen haben, dieſer ſich

auch haben weiſen laſſen, damit alle unnöthige J. Chr. Diſputationen bey einer künftigen R. Ver- 1597 ſammlung gänzlich unterbleiben möchten. Allein die Sachen ſtünden nicht nur in dem alten und damaligen Stande, wie Er aus dem Anbringen der Kayſerlichen Geſandten vermerke, ſondern es wäre auch inzwiſchen, und zwar vor kurzer Zeit, ein Kayſerliches Schreiben, die Prorogation der bewilligten Monate zu Unterhaltung der Reuterhülfe in Ungarn betreffend, eingelaufen, darinn Er, der Adminiſtrator, ganz und gar übergangen, und die Aufſchrift an den H. Heinrich Julius zu Braunſchweig und das Magdeburgiſche Domcapitul gerichtet worden, da doch dergleichen weder bey J. K. M. Herrn Vaters, weiland K. Maximilians des II, noch bey des itzigen Kayſers Regierung, in dergleichen Handlungen geſchehen ſey, auch die Reuter in ſeinem, des Adminiſtrators, Namen wären mitbeſtellt und angenommen worden.

Er könne daher nicht abſehen, was Er mit ſeiner Geduld und Moderation erhalten hätte; wenn zumal Ihm noch ferner auch darinn *Praeiudicia* wollten gemacht werden, worinn man Ihm hiebevor bey ſeiner nunmehro ein und dreyßigjährigen Regierung, keine Schwierigkeiten gemacht hätte; wie dann daſſelbe ſowohl aus vielen unzähligen Schreiben und Handlungen, als auch ſonſt den Kayſerlichen Geſandten, und insbeſondere dem Herrn von Schleinitz, wohl bekannt ſey, als welcher, eine Zeit her, öfters bey Ihm, dem Adminiſtrator, in ſolchen und dergleichen Geſchäfften, mit Kayſerlichen Creditiven und Inſtructionen geweſen. Es wäre auch demſelben ganz wohl bewußt, wie Er, der Adminiſtrator, auf Kreistagen, zu J. K.

M.

J. Chr. M. unterthänigſtem Gehorſam und Willfah-
1597 rung, nebſt Andern, zu nicht geringer Beſchwerung der Unterthanen, ſich erzeigt habe. Er habe zwar zu J. K. M. das unterthänigſte Vertrauen nochmals, wie dann auch Er und ſein Chur- und Fürſtliches Haus es um den Kayſer wohl verdient hätte, daß derſelbe dergleichen Neuerung würde einſtellen laſſen, und es auch anzuordnen geneigt ſeyn, als wozu noch Zeit vorhanden wäre, daß auf der künftigen R. Verſammlung Ihm und andern gleiches Standes keine Verhinderung in ihrer Befugniß widerfahren möge, wie Er dann auch darum unterthänigſt bitten wolle. Allein es wolle doch, aus den erzählten Urſachen, wie auch nach der Eigenſchaft und Wichtigkeit der Sache, nöthig ſeyn, ſowohl für Sich, als auch, auf vorgängige Communication, mit Zuthun anderer Intereſſirter, wie auch ſeiner Verwandten und Freunde, allem, was bisher vorgegangen, und inſonderheit dem itzigen Begehren und Erbieten des Kayſers weiter nachzudenken. Er wolle aber, ſo viel möglich, dieſes Werk befördern, und J. K. M. ſchriftlich antworten. Es möchten alſo die Kayſerlichen Geſandten Ihn bey dem Kayſer, aus den angehörten Urſachen, entſchuldigen, und auch für ihre Perſon Ihn entſchuldiget halten, daß er ſich für dismal nicht weiter und ſchließlich erklären könne h).

Dieſe dem Kayſerlichen Geſandten ertheilte Reſolution überſchickte der Adminiſtrator des

h) Des Adminiſtrators zu Magdeburg den Kayſerlichen Geſandten gegebene Reſolution, de Dato Zinna, den 16 Oct. 1597, in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W., Vol. I. n. 12.*

des Erzſtiftes Magdeburg, ſogleich am fol- J. Chr.
genden Tage, mittelſt eines Schreibens aus 1597
Zinna, an den H. Heinrich Julius zu Braun- 17 Oct. ſt. vet.
ſchweig, und äußerte in demſelben: es würde Ihm ſehr lieb geweſen ſeyn, wenn Er, auf ſeine an den Herzog, in dieſer Sache, erlaſſene Schreiben, noch vor der Ankunft der Kayſerlichen Geſandten, eine Antwort und deſſen Bedenken erhalten hätte. Inzwiſchen wären nun nicht allein die erſtgedachten Geſandten bey Ihm angekommen, und hätten am folgenden Tage ihr Gewerbe bey Ihm ausgerichtet, ſondern es wären auch ſeines Herrn Vaters, des Churfürſten zu Brandenburg, Geheimer Kammer-Rath, D. Johann Koppe, und die Geſandten des Adminiſtrators der Chur Sachſen angelangt, und hätten Ihn erinnert, daß Er ſich, in Betracht der großen Gefahr in Ungarn, ſo viel möglich und verantwortlich, dem Begehren des Kayſers für dismal fügen ſollte. Allein Er hätte den Kayſerlichen Geſandten dergeſtalt mündlich und ſchriftlich geantwortet, wie die in Abſchrift beygefügte obige Reſolution auswieſe. Und obgleich dieſelben nichts deſto weniger um eine andere Reſolution bey Ihm inſtändig angehalten hätten; ſo habe Er es doch, ungeachtet ihres Sollicitirens und großen Erbietens, bey ſeiner ſchriftlichen Erklärung gelaſſen. Denn Er ſey der Meinung, daß dieſe wichtige und präjudicial-Sache nicht allein Ihn, ſondern auch alle andere in dergleichen Stande, folglich alle Evangeliſche Religionsverwandten und die Nachkommen betreffe; deswegen Ihm nicht gebühren wolle, Sich ohne Communication, Rath und Vorbewußt des H. Heinrich Julius und anderer Intereſſirten ſchließlich zu er-

klä-

J. Chr. klären, beſonders weil eben dieſer Hauptpunkt
1597 in den allgemeinen Beſchwerden vorzüglich begriffen ſey. Um ſo mehr müßte man ſich alſo vorſehen, alles Mißtrauen bey den Mitverwandten zu verhüten und keine gefährliche Trennung zu machen; wie Er dann dieſes alles auch den mitgekommenen Churfürſtlichen Geſandten, ihren Herren zu referiren, eröffnet hätte. Obgleich Er nun dem Herzog weder Ziel, noch Maaß vorſchreiben wolle; ſo hätte Er doch für nöthig erachtet, ſolches alles Ihm freundlich zu communiciren; inſonderheit weil Er vernommen habe, daß ſowohl die Kayſerlichen, als die Churfürſtlichen Geſandten, Befehl hätten, ſich mit einander zum Herzog zu begeben. Er wolle zwar nicht zweifeln, der Herzog würde wohl wiſſen, den Sachen Recht zu thun; allein Er habe doch ſolches alles freundlich berichten wollen, damit deſto mehrere Vertraulichkeit zu ſpüren ſey. Er wolle aber nicht unterlaſſen, den Sachen weiter nachzudenken, und ſeine fernere Gedanken dem Herzog, dieſer Tagen, ſchriftlich weiter zu erkennen geben, und dagegen deſſen Communication, wie Er die Geſandten abfertigen würde, und deſſen rathſames Bedenken, wie es allenthalben anzuſtellen, im Vertrauen erwarten [i]).

17 Oct. st. vet. Noch an eben dieſem Tage erließ der Adminiſtrator des Erzſtifts Magdeburg, Marggraf Joachim Friedrich zu Brandenburg, aus Zinna, ſein zweites Schreiben an den H. Heinrich Julius, worinn Er Ihm meldet: Er hätte

i) Des Adminiſtrators zu Magdeburg Schreiben an den H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, de Dato Zinna, den 17 Oct. 1597., in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W.*, *Vol. I. n.* 18.

hätte zwar gehofft, daß die Kayſerlichen und J. Chr.
Churfürſtlichen Geſandten, auf die Ihnen 1597
ertheilte Antwort, weiter nichts einwenden
würden. Allein Er könne dem Herzog, zur vertraulichen Nachricht, nicht bergen, daß die Churfürſtlichen Abgeordnete, auf das inſtändige Anhalten der Kayſerlichen Geſandten, bey Ihm nochmals um eine Audienz angeſucht, und Ihn an die groſze Gefahr in Ungarn erinnert hätten, und daß nichts als eine groſze Zerrüttung zu befürchten ſey, wenn Er ſich nicht dem Kayſerlichen Begehren bequemen würde. Es wäre gleichwol der Kayſer erbietig, Sich ſchriftlich dergeſtalt zu erklären, daß ſolche Enthaltung ſeines Sitz- und Stimm-Rechtes Ihm und ſeinem Erzſtifte unnachtheilig ſeyn ſolle; mit Bitte, ſolche Erinnerung nicht anders, als im Beſten gemeint, zu vermerken; denn es hätten beſonders die Sächſiſchen Geſandten, in ihrer Inſtruction den Befehl, Ihm die Sachen mit Fleiß zu Gemüthe zu führen. Außerdem hätten auch die Kayſerlichen Geſandten ſelbſt, ſowohl mündliche, als ſchriftliche, faſt harte Anmahnungen gethan, wie der Herzog aus der Beylage ihrer Schrift erſehen würde. Er der Adminiſtrator hätte aber für unnöthig erachtet, Sich in eine weitläuftige Deduction einzulaſſen; ſondern die Churfürſtlichen Geſandten dahin beantwortet: Er vermerke zwar, daß ihre Erinnerung nicht übel gemeint ſey. Weil aber die Sachen nicht das Zeitliche, ſondern das Ewige, wie auch folglich alle Evangeliſche Stände betreffe; ſo wolle Ihm nicht gebühren, es möchte um die Gefahr beſchaffen ſeyn, wie es wolle, eine Abſonderung zu machen; mithin müßte Er es noth-

J. Chr. wendig bey ſeiner ſchriftlichen Erklärung be-
1597 wenden laſſen. Er begehre daher, daß Sie alles Vorgegangene ihren Herren unterthänigſt referiren ſollten, und er wäre der tröſtlichen Hoffnung und Zuverſicht, es würden der Churfürſt von Brandenburg und der Adminiſtrator der Chur Sachſen, weil genugſam zu befinden, daß es den päbſtlichen Ständen nicht um die Seſſion, ſondern um die Ausrottung ihrer wahren Evangeliſchen Religion zu thun, und es alſo ein gemeines Werk ſey, Sich von den andern Evangeliſchen Churfürſten und Fürſten nicht abſondern, welches Ihnen bey der Nachkommenſchaft rühmlich ſeyn würde.

In Anſehung der Kayſerlichen Geſandten aber hätte Er es bey der Antwort bewenden laſſen: Sie hätten gehört, aus was für erheblichen und wichtigen Urſachen Er ſich nicht weiter erklären könnte. Und weil Er aus ihrer übergebenen Schrift befunden hätte, daß die Catholiſchen Stände Ihm und Andern in dergleichen reformirtem Zuſtande nicht allein die Seſſion, ſondern auch den Beſitz der Stifter anfechten; ſo hätte Er um ſoviel mehr Urſache, mit den andern Intereſſirten, wie auch allen Evangeliſchen Churfürſten und Fürſten, aus der Sache zu communiciren, und *communi nomine* die Nothdurft zu bedenken. Und obgleich nachher die Kayſerlichen Geſandten dieſe ſeine Antwort ſchriftlich begehrt hätten; ſo habe Er doch ſolches für unnöthig erachtet, worauf ſowohl die Kayſerlichen, als die Churfürſtlichen Geſandten wieder abgereiſet wären. Er habe übrigens ſolches dem Herzog zur Nachricht melden wollen, und würde Er wol wiſſen,

den

den Sachen, auch ſeines Theils, Recht zu J. Chr. 1597
thun f).

Das dieſem Schreiben als eine Anlage beygefügte abermalige Memorial der Kayſerlichen Geſandten war nun folgenden Inhaltes. „Der von J. R. K. M. Ihnen aufgetragene „ernſtliche Befehl, die Wohlfahrt und die Erhaltung unſers lieben Vaterlandes T. N., „das allgemeine und einen Jeden inſonderheit „betreffende Verderben, Jammer und Elend „verurſache, daß Sie, die Geſandten, den „Herrn Adminiſtrator mit einer nochmaligen Erinnerung importuniren müßten, um Ihn, wo „möglich, dahin zu vermögen, dem ſo treuherzigen und väterlichen Begehren des Kayſers, „ohne Verzug und fernere Communication, Ihm „ſelbſt und dem lieben Vaterlande zu Gute, ſich „gebührend zu accommodiren. Denn anfangs „hätten jederzeit die erlauchten, hohen, tapfern, „Fürſtlichen Gemüther, bey einer androhenden allgemeinen Gefahr, *minus publicos affectus*, Reipublicae conſervandae cauſſa, fallen „laſſen. Sollte nun die K. M., durch Einmiſchung des Seſſionsſtreites, verlaſſen „werden; ſo würde leider, bey dem allgemeinen „Untergange, das Recht, welches der Adminiſtrator itzo zu behaupten vermeine, ſehr wenig, oder gar nichts vermögen oder helfen. „Die fernere Communication belangend, könne „ja der Adminiſtrator itzo mit anſehnlichen Religions- und Bluts-Verwandten, und intereſſirten Herren, nemlich mit den beiden, „durch ihre Geſandten gegenwärtigen, Chur-

 „fürſt-

f) Eben deſſelben anderes Schreiben an den H. Heinrich Julius, de Dato *eodem & ibidem*, in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W.*, *Vol. I. n.* 14.

J. Chr. „fürſtlichen Häuſern, Sachſen und Bran-
1597 „denburg, communiciren. Dieſe hätten ſich, „zur Wohlfahrt des Vaterlandes, gegen J. „K. M., auf ihre gepflogene Unterhandlung, „treuherzig erklärt, daß Sie nicht wenigern „Eifer hätten, als andere Ihnen in der Re„ligion zugewandte Stände, ihre Religion „zu ſchützen, zu handhaben, und mit neuen „Herrlichkeiten auszubreiten und zu vermehren. „Allein Sie wären für dismal der Zeit, der Ge„legenheit, und angeführten Gründen vernünf„tig gewichen, deren löblichen Reſolution num„mehro zu folgen, der Adminiſtrator Urſache „hätte.

„Indeſſen möchte vorgewandt werden, „daß der Adminiſtrator dieſes Kayſerliche Be„gehren wenigſtens mit dem Magdeburgiſchen „Domcapitul, dem Er geſchworen, zu com„municiren hätte, welches zwar nicht wohl „übergangen werden könnte, wenn etwas prä„judicirliches geſucht und begehrt würde. Al„lein Er, der Adminiſtrator, hätte ja, aus „ihrem Vortrage, verſtanden, daß der Kay„ſer ſich erboten habe, alle *Praeiudicia*, die dar„aus erzwungen werden möchten, *autoritate Cae„ſarea* aufzuheben, welches dann das begehrte „Mittel ſey, ſo wie Sie, es, in J. K. M. „Namen, einzugehen, befehliget ſeyen. Nun „erſtreckte ſich dieſe Kayſerliche Macht und Ge„walt, vornemlich in dem itzigen höchſtgefährli„chen Zuſtande des Vaterlandes, auf deſſen Er„haltung es itzo ankomme, ſo weit, daß ſie alle „andere Rechte ſuſpendiren könne, und allein „auf die Erhaltung des ganzen Reichs trach„ten müſſe, damit es innerlich nicht getrennt, „und von dem heranrückenden Erbfeinde von

„außen überfallen würde. Und geſetzt, daß der J. Chr. 1597
„Adminiſtrator es auch noch mit Andern, als
„Chur Sachſen und Brandenburg, zu com-
„municiren hätte; ſo möge, weil die höchſte
„Gefahr im Verzuge vorhanden ſey, ſolches
„itzo, wegen des herannahenden R. Tages und
„des Feindes Gefahr, die Zeit nicht geſtatten.
„Außerdem ſey dieſer geiſtliche Seſſionsſtreit
„von der Art und Eigenſchaft, daß es in des
„Kayſers Macht und Gewalt nicht ſtehe, dis-
„falls den dawider intereſſirten und wider-
„ſprechenden Churfürſten, Fürſten und Stän-
„den etwas zuzumuthen. Endlich möchte der
„Adminiſtrator auch noch beſonders erwägen,
„daß dieſer Streit nicht itzo erſt anfange,
„ſondern ſeit dem Religionsfrieden gewährt
„habe, und daß man, wie die Erfahrung bisher
„gelehrt hätte, und noch itzo kund und offenbar
„ſey, auf den nächſtgehaltenen Reichs- und De-
„putations-Tagen, damit nichts fruchtbar-
„liches, ſondern nur weitern Mißverſtand
„verurſachet habe. Sollte man nun darauf be-
„harren, ſo würde es faſt ein Anſehen haben,
„als ob man dem Kayſer die Mittel aufhalten
„wollte, der Chriſtenheit und dem Vaterlande
„T. N. zu helfen; da doch der Adminiſtrator
„inzwiſchen in dem Beſitze des Stiftes bliebe,
„wie Er es itzo inne habe, welches eben ſowohl
„von den Catholiſchen angefochten würde,
„aber nichts deſto weniger J. K. M. dasjenige
„zuzumuthen, was ſich ohne beſorgliche Tren-
„nung des Reichs nicht thun ließe, und zu
„bewilligen in des Kayſers Macht nicht
„ſtünde. Aus dieſen und andern ſelbſt-redenden
„Gründen, wolle ſich der Kayſer zum Admini-
„ſtrator, freundlich und gnädig, verſehen,

J. Chr. „daß Er ſich, ohne Verzug und fernere Com=
1597 „munication, dem betrübten Vaterlande, Ihm „ſelbſt und Allen zu Gute, dem Kayſer zu ge„horſamen Ehren, und den Churen Sachſen und „Brandenburg zu gutherziger Folge, end„lich willfährig und ihrem Anſuchen gemäß „ſich entſchließen würde, warum Sie, die Ge„ſandten, unterthänigſt ſollicitiren, und gnä„digſten Beſcheid erwarten wollten [l]. „

Einem der kurz vorhin angeführten Schreiben des Adminiſtrators zu Magdeburg an den H. Heinrich Julius zu Braunſchweig war eine Nachſchrift beygefügt, vermöge welcher Jener ein in dieſer Sache von ſeinen Räthen geſtelltes Bedenken dem Herzog mittheilte. In dieſem Bedenken äußern die Magdeburgiſchen Räthe: es wäre Ihnen in gutem Andenken, was dem Herrn Adminiſtrator und andern reformirten geiſtlichen Ständen, der Seſſion halber, begegnet ſey, und Sie hätten daher leicht erachten können, daß der Kayſer deswegen ſorgfältig ſeyn würde, in Beſorgung, es möchte etwa dieſe Sache wieder auf die Bahn kommen, welchem der Kayſer, durch die obgedachte Abſchickung, hätte vorbauen wollen. Obgleich nun Sie, die Räthe, zu den erträglichſten Wegen gerne wollten rathen helfen; ſo fielen doch hiebey allerhand wichtige Betrachtungen vor, dadurch Sie nicht weniger ſorgfältig gemacht würden, was zu thun ſey, oder nicht. Denn einmal ſey es an deme, daß auf dieſer Sache der Zweck ihrer chriſtlichen evangeli=

l) Der Kayſerlichen Geſandten Memorial an den Adminiſtrator des Erzſtiftes Magdeburg, ſine Dato, in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W. Vol. I. n.* 14.

geliſchen Reformation, inſonderheit in den J. Chr. Stiftern und bey dem geiſtlichen Stande be- 1597 ruhe. Nun aber hätten, vom Anfange des Religionsfriedens, die Evangeliſchen Chur- fürſten und Fürſten jederzeit, auf öffentlichen Zuſammenkünften, dem Anhange, welchen die Papiſten den Vorbehalt nennen, *proteſtando* widerſprochen, wie ſolches die hierin ergange- nen Schriften auswieſen. Es ſey auch deswe- gen öfters Anſuchung und Erinnerung, beſon- ders von dem Grafenſtande, geſchehen, als wel- che ſonſt von den Stiftern, als unfähig, hätten weggeſchafft werden wollen. Mithin ſey es nicht allein um die Seſſion der Erzbiſchöfe, Biſchöfe und Prälaten der reformirten Reli- gion zu thun, ſondern es hange hieran dieſe ge- fährliche Folge, daß Keiner, von was für einem Stande Er auch ſey, zu Stiftern weiter zugelaſſen werden wolle, Er müßte ſich dann vor- her zur päbſtlichen Religion bekennen, und die nunmehro darauf gerichtete Eide leiſten. Folglich liege hierunter ein ſolch hohes *Praeiudi- cium*, daß, wenn demſelben, bey vorfallender Ge- legenheit, nicht Rath geſchafft, und gebührende Maaß gegeben würde, die izo Lebenden und die Nachfolgenden beſtändig allerhand Gefahr davon zu erwarten hätten.

Es ſey zwar nicht zu verwundern, aber deſto mehr zu beklagen, daß der Kayſer, der genug- ſamen Bericht von der Sache hätte, nicht zeiti- ger dazu gethan, und die Mittel, welche Er, auf dem letztern R. Tage, durch ſeine Geheime Räthe, hätte vorbringen laſſen, zwiſchen dem Adminiſtrator und dem Papiſtiſchen Theil vorzunehmen, nicht gebraucht, und alſo den Dingen, noch vor dem R. Tage, Maaß ge-

J. Chr. 1597 geben habe. Zumal, da der Kayſer gewußt hätte, oder Ihm doch hätte berichtet werden ſollen, daß von dem Niederſächſiſchen Kreiſe die, außer der außerordentlichen Beyhülfe, insgemein von allen Evangeliſchen zu Regenſpurg geſchehene Hauptbewilligung nicht anders, als in der klaren Maaß, und mit dem Vorbehalte, ertheilt worden, wofern den Beſchwerden zuförderſt abgeholfen würde, unter welchen dann dieſe nicht der geringſte Punkt mit ſey. Sollte man nun davon abweichen, und inſonderheit der Adminiſtrator, nebſt ſeinem Vetter, dem H. Heinrich Julius, ſich in etwas erklären; ſo würde ſolches nicht allein der Sache gefährlich und nachtheilig ſeyn, ſondern auch großes Mißtrauen bey den andern Religionsverwandten, und daneben auch dieſes verurſachen, daß Sie, wenn man einmal ihren Rath und Hülfe, wie Zeit und Umſtände es leicht erfordern könnten, nöthig hätte, alsdann damit zurückbleiben würden.

Hiernächſt ſey es nicht allein um des Adminiſtrators Erzſtift ſondern nunmehro auch um andere mehr, als Bremen, Straßburg, Halberſtadt, Lübeck, Schwerin, Ratzeburg und dergleichen, ja auch um die darin wohnenden Unterthanen zu thun; und könnte hiebey die Frage aufgeworfen werden: ob zum Nachtheil derſelben eine Herrſchaft, in der Religionsfreyheit, ſich etwas begeben könnte? Denn es wäre nicht allein um die Seſſion, ſondern um die Religion ſelbſt, die in den Stiftern reformirt worden, zu thun; deswegen dann das zum Schutz vorgewandte Argument desfalls nicht weiter Statt habe, als daß die Papiſten ſich erbieten, den Religionsfrieden beſtän-

ſtändig zu halten, indem Sie ſolches dahin ver- J. Chr.
ſtünden, ſo weit derſelbe die Freyheit *limitato* 1597
modo zulaſſe. Sie deuteten es aber dahin, daß kein reformirter Stand, vermöge ihres vermeinten Vorbehaltes, ſeiner tragenden Dignität fähig ſey; wie dann die Worte geſetzt wären, daß ein ſolcher Erzbiſchof, Biſchof oder Prälat ſogleich abtreten ſolle. Mithin würde dann daraus weiter folgen: iſt der Herr nicht fähig, oder Ihm zugelaſſen, alſo vielweniger den Unterthanen, welchen ein regierender Herr desfalls Maaß zu geben habe. Und eben daher ſeyen, eine Zeit her, mehr, als vorhin, ſo vielerley Verfolgungen hin und wieder verurſachet worden; in der Meinung, dadurch das Pabſtthum allenthalben, zu Ausrottung der Evangeliſchen Lehre, wieder einzuführen. Ferner würde noch weiter daraus folgen, daß man, wenn keine andere, als Papiſten, in hohen geiſtlichen Dignitäten ſollten geduldet werden, wo nicht ſogleich, doch nach und nach, durch Jeſuitiſche Schulen und dergleichen Mittel, das Pabſtthum allmählich wieder einführen, und dem Beyſpiel der andern Verfolger nachfolgen würde, daraus eine große Zerrüttung erfolgen, und Land und Leuten große Gefährlichkeit zuwachſen würde. Und zwar ſey dieſes eine ſolche Sache, darüber hier wol leicht, zur Gratification der K. M., um politiſcher Urſachen willen, könnte geſchritten werden.

Allein es liege hierunter eine große Verantwortung gegen Gott und die Nachkommen, und ein unauslöſchlicher Schandflecken, deſſen in der Geſchichte bey der Nachkommenſchaft würde gedacht werden, wie bereits Etlichen in ihrer Ruhe begegnet ſey, denen einer Schuld gäbe,

 daß

J. Chr. daß zu rechter Zeit, und bey erlangter Gelegenheit,
1597 auch mit Verdruß K. Maximilians des II, von dem damaligen guten Vorſatze, den Papiſten zu Gefallen, wäre abgewichen, und das, was in gutem Vernehmen geſtanden, zerrüttet worden. Hiebey ſey auch nicht weniger auf den Segen Gottes, als auf Land und Leute in Ungarn zu gewinnen, oder den Türken abzuhalten, zu ſehen. Denn wenn man auch etwa vermeinte, einen großen Vortheil bey den Ständen zu erhalten; ſo ſtände es doch in der Hand des Allmächtigen, ob Er auch mehr Glück, als leider die Erfahrung bisher gegeben, dazu verleihen würde. Denn was man auch dem Türken abnähme, würde wieder unter das Joch des Pabſtes geſteckt, darüber die Ungariſchen Herren und der Adel ſelbſt klagen ſollen; nachdenkende Leute aber ſähen es faſt dafür an, daß Gott entweder deswegen den Chriſten wenigern guten Erfolg verleihe, oder auch zur Strafe verhänge, weil, gegen alle Erinnerung, Verwahrung, Suchen und Bitten, nichts dergeſtalt zur chriſtlichen Freyheit der Gewiſſen und evangeliſcher Religion wolle angeſehen werden, ſondern daß noch immerfort alles zur Abgötterey des Pabſtthums wolle begünſtiget, und mit allen Kräften durchgedrungen und erlangt werden. Gleichwie nun, nach Bibliſchen Hiſtorien, Gott allezeit, wegen ſolcher Händel, ſein ſelbſt auserwähltes Volk geſtraft hätte; alſo habe man gewiß nichts Beſſeres zu erwarten.

Es wäre auch dem Kayſer wol zu gönnen, ja es würde dem ganzen Reiche und der Chriſtenheit zuträglich ſeyn, daß J. M. von dieſen Sachen recht informirt wären. Vielleicht

würde hierin eine beſſere Mäßigung erfolgen; J. Chr.
wie dann auch der Kayſer für Sich Fug und 1597
Macht habe, hierin nach geſtalten Dingen das weitere zu thun. Denn, habe Kayſer Ferdinand ſolches, als Römiſcher König, kraft Kayſerlicher Commiſſion, den Frieden zu beſtätigen, und die damals hin und wieder vorgefallenen Diſputationen abzuſchneiden und Vertrauen aufzurichten, vermocht, den Anhang des Vorbehaltes, doch mit Maaß, dem Religionsfrieden einzuſetzen; habe ferner Kayſer Carl der V, aus gleichmäßigen Urſachen der Türkenhülfe, im J. 1532, noch lange vor Aufrichtung des Religionsfriedens, den Proteſtirenden, ihr *Exercitium reformatae Religionis* bis auf ein chriſtliches Concilium zu gebrauchen, freylaſſen können; warum ſollte es nun nicht auch der itzige Kayſer thun können? Man könnte zwar auch Beyſpiele von alten chriſtlichen Kayſern, die um gleicher Noth und Urſachen willen dergleichen gethan, anführen; aber die Hiſtorien bezeugten ſolches, und es würde zu lang zu erzehlen ſeyn. Solchergeſtalt ſey es um dieſe höchſt wichtige Sache beſchaffen, daß nemlich dieſelbe Gottes Ehre, die Freyheit der Gewiſſen, die Autorität und Reputation der Evangeliſchen Churfürſten und Fürſten, ja die ganze Nachkommenſchaft und vieler Menſchen Heil und Seligkeit betreffe, darum wäre deſto ſchwerer zu rathen; man wollte dann, wie billig und chriſtlich, auch gegen Gott verantwortlicher wäre, gerade zugehen, und das übrige Gott walten laſſen. Ueberdis ſtehe zu beſorgen, daß, wenn den Dingen nicht rechte Maaß gegeben, und dem Pabſtthume zu Steuer immer fortgefahren würde, doch wenig Segen dabey zu erwarten

ſey,

J. Chr. 1597 ſey, wie bisher die Erfahrung genugſam gelehrt habe, das Geld verkrieget, die Leute aufgeopfert, Teutſchland erſchöpft, und vielmehr Urſache gegeben werden würde, daß entweder Gott dem Türken den weitern Einbruch vollends verhänge, oder, wenn ſchon ſolches, um vieler Unſchuldigen Gebet willen, aus göttlicher Barmherzigkeit, abgewandt, und etwas in Ungarn erhalten würde, daß doch ſolches alles wieder zum Pabſtthume getrieben, und dadurch daſſelbe wider die Evangeliſchen mit der Zeit geſtärkt würde. Denn in ſolchen Fällen wäre nicht eben auf die itzigen, ſondern weiter hinaus auf die nachfolgenden Zeiten zu ſehen.

Sehr gut und den Sachen zuträglicher würde es indeſſen geweſen ſeyn, wenn man zeitiger dazu gethan, und nach den Worten des Vorbehaltes eine Vergleichung getroffen, und ausdrücklich geſetzt hätte: „weil ſich aber, des „Punkts halber, die Stände nicht vereini„gen können, haben Wir, als Römiſcher Kö„nig, an Statt der Römiſch-Kayſerlichen „Majeſtät, dieſe Erklärung gethan, nemlich „wo ein Erzbiſchof, Biſchof oder Prälat ſich „zur neuen Religion begäbe, daß derſelbe ſo„bald abtreten ſolle; jedoch bis zu fernerer „chriſtlichen Vergleichung ꝛc.„ Weil dann aber itzo die Noth ſo groß ſeyn ſolle; ſo wäre chriſtlich, billig, nöthig, nützlich und gut geweſen, und ſey es auch noch itzo, daß die Handlung davon Vorbereitungsweiſe zum R. Tage angefangen, von den Mitteln der Seſſionen gehandelt, und alſo eine vertrauliche Zuſammenſetzung gemacht würde, indem ſodann alles ohne Zweifel deſto glücklicher und beſſer fol-

folgen und von Statten gehen würde. Das J. Chr.
letztemal ſey dieſe Vertröſtung zu Regenſpurg 1597
geſchehen, daß nemlich, noch währendem R. Tage, den Sachen mit dem Herrn Adminiſtrator zu Magdeburg ſollte Maaß gegeben werden; deswegen man auch damals, jedoch mit Vorbehalt und gegen einen Kayſerlichen Revers, gewichen wäre *). Die Papiſten aber hätten hierauf niemals etwas eingebracht, außer was auf die gemeinen Beſchwerden geſchehen wäre, und auch ſolches alles erſt ganz zuletzt und zum Schluſſe übergeben, als man zum Theil ſchon von einander geſchieden wäre. Dieſes wäre nun noch zu beantworten, und darum deſto nöthiger, wie dann auch alles zur Widerlegung von den Niederſächſiſchen Kreisſtänden bereits ſey verfaßt worden, damit es nicht bey den Papiſten das Anſehen gewinne, als ob Sie den Sieg erhalten hätten. Es würde auch, nebſt dem Schaden, den Evangeliſchen ſehr ſchimpflich ſeyn, dieſe höchſt wichtige chriſtliche Sache auf ſich erſitzen zu laſſen, ſolches aber den Papiſten den Muth ſehr ſtärken.

Vormals, wenn man R. Tage gehalten, und dem Kayſer etwas bewilliget hätte, wäre jederzeit dahin geſehen worden, daß man inſonderheit, neben dem gemeinen Frieden, die Religion in Acht genommen hätte. Deswegen wären öfters, nach Aufrichtung des Religionsfriedens, Religionsconvente gehalten worden, um von den Sachen zu reden, ob man zu einer Vergleichung gelangen möchte, und damit die Evangeliſchen ungeſtöhrt blieben. Jtzo ſey eben

*) S. im XVIII. Bande der N. T. R. Geſchichte, S. 140—142.

J. Chr. eben die rechte Gelegenheit, und wer wiſſe,
1597 warum es Gott mit den Türken alſo verhänge: daß auch dieſer Sache geholfen, und der itzige und künftige Friede, wie auch die Freyheit der Gewiſſen erhalten würde. Entginge aber die itzige Gelegenheit, ſo fiele alle dankbezeugte treue Hülfe; die Evangeliſchen würden unter ſich entzweyet, und kämen vielleicht andere Zeiten und Leute, welche zu Ausrottung der Ketzerey, wie man es zu nennen pflege, weder Eid, noch Treue und Glauben halten würden. Alsdann wäre das Geld hinweg, die Leute wären verlohren, und die ausländiſchen Papiſten, von denen man ſich am meiſten, mit der innländiſchen Hülfe, zu befürchten habe, hätten deſto beſſern Vortheil. Würde auch itzo, bey der vorhandenen bequemſten Gelegenheit, den Sachen nicht geholfen; ſo würde es nachher wol unterbleiben. Es hätte auch allerhand weitere Betrachtungen, als die *ratione Matrimonii* des Adminiſtrators, indem vornehmlich die *Inhabilitas* angezogen würde, mehr als der Religion halber. Darum ſtehe es nicht in dem Punkte des Vorbehaltes, der auf die Religion allein gehe, und doch der Erzb. Sigmund zu Magdeburg in dergleichen auch wäre geduldet worden, wie auch noch andere mehr könnten angeführt werden, als z. E. der Erzb. Heinrich zu Bremen, der B. Johann zu Münſter, der B. Bernhard zu Oßnabrück und der B. Marquard zu Speyer. Der Vorſchlag aber mit dem Adminiſtrator und dem Gegentheil gehe, nach altem Weltbrauche, auf eine Suſpenſion, wie auch zu Rom gebräuchlich ſey, da in den geiſtlichen Eheſachen langſam verfahren würde. Denn wenn man nicht gerne in einer

Sache

Sache ſprechen wolle, ſo laſſe man den Proceß J. Chr.
ſo lange hangen, bis die Parteyen ſtürben, 1597
ſo fiele es von ſich ſelbſt, nach dem *Judicio areopagitico*, da man als von einem Todtſchlage geſtritten worden, den man nicht gerne urtheilen wollen, dem Kläger befohlen hätte, innerhalb hundert Jahren wieder zu kommen, um dadurch zu verſtehen zu geben, daß weder Richter, noch Partey alsdann mehr vorhanden ſey.

Hernach ſey auch dahin zu ſehen, was zu Heydelberg unter etlichen Churfürſten und Fürſten vorgegangen ſey, wohin auch die Erklärung des Niederſächſiſchen Kreiſes, auf jederzeit weitere Bewilligung gerichtet worden. Dieſer Urſachen halber hätte auch des Adminiſtrators Herr Vater die Contribution eine Zeitlang aufgehalten, und der H. Heinrich Julius, aus gleichen Urſachen, ſich einmal abgeſondert, Pfalzgraf Hans aber und andere mehr wenig gegeben. Sollte man nun, hintangeſetzt deſſen alles, itzo etwas thun, ſich erklären, oder ſich einlaſſen; ſo würde ſolches alles Vertrauen aufhalten, oder ganz aufheben, gleichſam als ob man den Unglimpf nur auf Jene legen wollte. Es wäre daher ſehr gut geweſen, wenn man den R. Tag, den man auf eine ſo ungelegene und kurze Zeit angeſetzt, weiter hinausgeſtellt hätte, und dieſe Hinderniſſe, von dem Kayſer ſelbſt, aus dem Wege wären geräumet worden, ſo hätte das Werk fruchtbarlicher vor ſich gehen können. Aber dem Anſehen nach ſey es deswegen geſchehen, weil man vermeint habe, daß, wenn nur der Herr Adminiſtrator und Braunſchweig gewonnen wären, alles zum richtigen Fortgange würde gebracht ſeyn. Allein ein ſolch gemeines Intereſſe erfordere auch billig eine

J.Chr. allgemeine Communication, welche doch, durch
1597 die Kürze der Zeit, verhindert werden wolle, und zwar dieſes alles, zu des Gegentheils Vortheil, und dieſes Theils gefährlichem Nachtheil.

Man hätte ſich alſo wohl vorzuſehen, die Antwort aber, nach ihrem begehrten Bedenken, unvorgreiflich folgender maaßen zu geben. Erſtlich, was die beiden Chur- und Fürſten, Brandenburg und Sachſen anlange, welche als Vermittler, nur allein zur Suſpenſion der Sache, aber nicht zur wirklichen Richtigkeit derſelben, vom Kayſer erſucht worden, wären Ihnen, zur chriſtlichen Erinnerung, als mit Religionsverwandten Ständen, die vorgeſetzten nicht geringen Urſachen zu Gemüthe zu führen, und Sie zu bitten, daß Sie, als Evangeliſche Chur- und Fürſten, nach dem Beyſpiel ihrer Vorfahren, in vertraulicher Communication und Aſſiſtenz ſich chriſtlich erweiſen möchten. Denn es wäre hiemit ſo beſchaffen, daß Ihm, dem Adminiſtrator, nicht gebühren wolle, Sich, zum höchſten Mißtrauen, etwas, abgeſondert der andern mitverwandten Stände, in Anſehung des gemeinen Intereſſe, zu erklären; wie es dann auch den Adminiſtrator nicht allein, ſondern insgemein alle Evangeliſche Stände betreffe, denen Er kein Nachtheil zuziehen könnte und wollte. Er, der Adminiſtrator, hätte gehofft, daß der Kayſer, nach ſeiner, auf dem letzten R. Tage, gethanen allergnädigſten Erklärung, den Sachen würde Maaß gegeben haben; es wäre aber ſolches unterblieben. Immittelſt wäre auf das Anſuchen des Kayſers, welches durch ſeine Geſandten, auf verſchiedenen Kreistagen, geſchehen, die weitere gutherzige und mitleidige Bewilligung

und

und Reſolution der Stånde, nicht anders, als J. Chr.
in ſolcher Maaß geſchehen, welchem zuwider 1597
Er, für ſich, nichts weiter thun könnte.

Die wohlgemeinte unterthånigſte Erinnerung aber, zu Haltung eines R. Tages, wåre dadurch verurſachet worden, weil durch die particuliere Hülfe dem Werke nicht zum beſten geholfen geweſen, und der eine Stand beſchwert würde, der andere aber ledig ausginge; gleichwol auch zu dem Ende, damit hoffentlich, durch ſolche Gelegenheit, der Kayſer, zuförderſt und noch vorher, den Beſchwerden, vorbereitungsweiſe, gebührende Maaß und Ausſchlag würde gegeben haben. Nun wende zwar der Kayſer vor, daß es nicht in ſeiner Macht und Willen ſtehe, ſolches zu thun, und daß es auch nicht Herkommens ſey. Allein daraus ſey zu vermerken, daß dieſe Sache ſich in die Långe verziehen, oder wol gar auf ſich erſitzen bleiben würde, welches aber zu weiterm, im Reiche unter den Stånden einreißendem, Mißtrauen und Ungelegenheit Urſache geben würde; da doch dem Vaterlande, ja der ganzen Chriſtenheit, nichts zutråglicher, nützlicher und rathſamer wåre, als ein gutes Vertrauen und Zuſammenſetzung aufzurichten und zu erhalten. Indeſſen håtte der Kayſer, bey der bevorſtehenden höchſten und allgemeinen Gefahr, ſeines tragenden Kayſerlichen Amtes halber, wol Urſache, Sich ins Mittel zu legen, und Maaß und Ziel zu geben. Denn es håtten ja auch Kayſer Carl der V. und König Ferdinand, aus dergleichen Urſachen, bey damals nicht ſo groß geweſener Türkengefahr, um Frieden und Ruhe im Reiche zu erhalten, den Religionsfrieden aufrichten können, wie auch, noch vor deſſen

J.Chr. Aufrichtung, die öffentliche Religionsübung
1597 verſtattet. Um ſo viel mehr alſo könnte der itzige Kayſer, ohne Verletzung ſeines Gewiſſens, den Dingen auch wol Maaß geben, weil dieſer Streit geringer ſey, jenes aber größer und wichtiger geweſen wäre. Inſonderheit aber gebe es nach dem klaren Buchſtaben des Anhanges und Schluſſes im Religionsfrieden itzo dazu Gelegenheit, und es hätte der Kayſer genugſame Urſache, dieſen Zwieſpalt und Mißverſtand zu entſcheiden, oder auch zu vermitteln, da es nemlich ſo geſetzt ſey: bis zu fernerer chriſtlichen und freundlichen Vergleichung ꝛc.

Weil nun hierum ſchon längſt angeſucht, und vielfältig gebeten worden, auch es ganz füglich und fruchtbarlich, zum Beſten des Kayſers, hätte geſchehen können; ſo wäre dieſes nochmals der beſte und zuträglichſte Weg, es ſofort und vor allen Dingen ins Werk zu richten. Denn weil der Kayſer kein Bedenken getragen, durch ſeine beſondere Geſandten, den Herrn Adminiſtrator und die reformirten Stände um Hülfe und Beförderung derſelben erſuchen zu laſſen, und Sie, in ſolcher Türkengefahr, für Stände der Reichs- und Kreis-Tage erkennete; ſo wollte es ſehr ungelegen fallen, dieſelben, bey der gemeinen Berathſchlagung und Beſchluß der R. Verſammlung mit Schimpf zu übergehen, und Sie alſo des Standes und der Seſſion im Reiche gleichſam für unwürdig zu achten, da Sie doch nicht das Wenigſte dabey gethan hätten. Er, der Adminiſtrator, wolle ſich gerne nach dem Verlangen des Kayſers, in allen möglichen und verantwortlichen Dingen bequemen, wie auch jederzeit

zeit geſchehen ſey, und nicht anders wirklich ge- J. Chr.
ſpürt würde; allein dieſer itzige Fall belange nicht 1597
allein deſſen fürſtliche Reputation und von Gott ordentlich verliehenen Stand, ſondern auch Andere und Alle, welche ſeiner chriſtlich-reformirten Religion mitverwandt und zugethan wären. In der mitleidigen Hülfe, welche der Herr Adminiſtrator, wegen des Erzſtiftes Magdeburg, treulich leiſten helfen, ſollte Er beym Kreiſe, als doch einem Theil des H. R., ſeinen Stand halten, der auch von dem H. Heinrich dem Jüngern zu Braunſchweig, wie auch von Hildesheim, als doch Catholiſchen, niemals wäre diſputirt worden, und noch itzo von dem Erzbiſchof zu Cöln, wegen Hildesheim, paſſirt würde; aber im Rathen und Schließen ſollten Er und die Andern removirt ſeyn. Es wäre alſo dieſe Sache ſo beſchaffen, daß ſie nicht allein ſeine Perſon, ſondern auch die Mitglieder des ganzen Erzſtiftes, und folglich auch Andere betreffe. Deswegen würde hoffentlich Ihm nicht können verdacht werden, daß Er ſich deſſen nicht, zum höchſten Mißtrauen gegen die andern Mitverwandte, begeben könnte. Indeſſen wolle Er gleichwol dieſen Vorſchlag für Sich thun: ob es nicht etwa ein Mittel ſeyn möchte, daß der Kayſer, noch vor dem Anfange der Propoſition, dieſe Sachen vornehmen, und, mittelſt friedliebender dazu verordneten Commiſſarien, auf erträgliche Mittel richten, und vergleichen laſſen wolle. Dadurch würde dem Kayſer merklich gedient, und guter Wille erhalten werden.

Hochgedachte Chur- und Fürſten zu Brandenburg und Sachſen könnten auch erinnert und befragt werden: ob Sie, bey den an-

J. Chr. 1597 geführten wichtigen Gründen, alſo rathen könnten, und ob Sie es gegen die andern Mitverwandten verantworten wollten. Denn was Ihn, den Adminiſtrator, belange, könnte Er den Dank leicht verdienen; und, ſo lange Er lebte, oder im Erzſtifte wäre, immer zuſehen; es wäre aber um ein Mehreres zu thun. Allein dieſes bäte Er ſich aus, daß Sie wieder an den Kayſer ſchreiben oder ſchicken, oder ihre Reſolution auf die von Ihm kurz vorher vorgeſchlagenen Mittel, nebſt weiterer Erinnerung, richten möchten. Indeſſen hätte man mit den andern Evangeliſchen eiligſt zu communiciren, wie ſehr nöthig ſey, und daß die außer dem Niederſächſiſchen Kreiſe Geſeſſenen ihre Räthe darauf inſtruiren möchten. Die Niederſächſiſchen aber könnten, auf das eheſte und ungeſäumt, in ſeinem, des Adminiſtrators, und ſeines Vetters, des Herzogs zu Braunſchweig, Namen, erſucht werden, weil doch ihre Geſandten die Straße heraus ziehen müßten, dieſelben etwas zeitiger abzuordnen, damit man zu Halle oder Naumburg zuſammenkommen, und von den Sachen reden könnte. Wenigſtens aber müßte man den R. Tag beſchicken, und *communi Evangelicorum reformatorum* tam *Eccleſiaſticorum*, quam *Laicorum nomine*, eine ausführliche Proteſtation einwenden, und nicht anders ſchließen laſſen, als daß dieſen Sachen und den Beſchwerden abgeholfen würde, um, wenn auch ja die Mittel nicht fortgängig ſeyn ſollten, die Conjunction dadurch zu entdecken, ob man gleich die Propoſition nicht hinderte.

Dieſes nun hielten Sie, die Räthe, nach ihrer Einfalt, für den füglichſten Weg, wodurch der Adminiſtrator für Sich, und gegen die

die andern Stände verwahrt bliebe, und welches beſſer ſey, als daß die Reformirten gänzlich ſollten ausgeſchloſſen, und alſo die Sache noch in langem Aufzuge erhalten werden. Sie hofften auch, daß dieſe Mittel dem Gegentheil nicht könnten zuwider ſeyn, (es würde dann ein anderes darunter gemeint,) und daß man auf ſolche Art, nach gehaltener Communication mit dem H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, als vornehmen Mitintereſſenten, (jedoch nach ſeinem, des Adminiſtrators, Gefallen,) den Churfürſtlichen Geſandten, wie auch den Kayſerlichen Antworten könnte [m]). J. Chr. 1597

Bald darauf erließ der Adminiſtrator des Erzſtiftes Magdeburg, Marggraf Joachim Friederich, ein abermaliges Schreiben aus Zinna an den H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, worin Er Ihm zuförderſt den richtigen Empfang deſſen beider an Ihn abgelaſſenen Schreiben vom 11. und 14. d. M. [n]) meldet, und für die geſchehene Communication danket. Er, der Herzog, würde inzwiſchen, aus ſeinen, des Adminiſtrators Schreiben, und ſeinen den Kayſerlichen und Churfürſtlichen Geſandten gegebenen und Ihm überſchickten Antworten, das mehrere vernommen haben, was diesfalls 19 Oct. st. vet.

H 3 ſeine

m) Der Magdeburgiſchen Räthe Bedenken wegen des bevorſtehenden R. Tages, ſine Dato, in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. A. W. Vol. 1. n. 1.* Außerdem ſtehet auch in Lünigs Europ. Staats-*Conſiliis*, T. I. n. 90. p. 476—487. ein für den Adminiſtrator zu Magdeburg, wegen ſeiner Seſſion auf dem R. Tage, geſtelltes weitläuftiges Bedenken über den Paß des geiſtlichen Vorbehaltes.

n) S. weiter oben in dieſem XXI. Bande der N. T. R. Geſchichte S. 90.

J. Chr. ſeine **Meinung** ſey. So viel aber das erſte be-
1597 treffe, wäre Er, der Adminiſtrator, hiebevor jederzeit der **Meinung** geweſen, daß eine Zuſammenkunft, noch vor dem Anfange der R. Verſammlung, nöthig seyn möchte. Allein er müſſe ſelbſt bekennen, daß die Zeit nunmehro faſt zu kurz ſey, und auch wegen der Sterbensläufte allerhand Verhinderung vorfiele; deswegen er ſich den Vorſchlag des Herzogs nicht übel gefallen ließe. Aber ob es ſich zu Regenſpurg ſo, wie der Herzog es für gut anſehe, des Aufſehens halber, füglich werde thun laſſen, deshalb ſey Er noch beſorgt. Er wiſſe auch nicht: ob Er von ſeinem Herrn Vater, dem Churfürſten zu Brandenburg, die Ausſchreiben an die Oberſächſiſchen und andere benachbarte Stände werde erhalten können, und beſorge, daß es ſein Herr Vater nicht thun würde; inſonderheit weil Er wol eher deshalb bey Ihm angeſucht, derſelbe aber ſich jederzeit entſchuldiget hätte, warum Er diesfalls Bedenken habe. Wenn nun aber gleich die Stände des Niederſächſiſchen Kreiſes von Ihm verſchrieben werden ſollten, dergleichen aber nicht auch an die andern Religions-Mitverwandten geſchehen würde; ſo wäre es doch ein unvollkommenes Werk. Deswegen wären ſeine, des Adminiſtrators, Gedanken: ob es nicht rathſam ſeyn möchte, daß Sie beide, weil Ihnen des Kayſers itziges Anſuchen und Begehren dazu Urſache gebe, und Sie ſolches hiezu gebrauchen könnten, an alle Evangeliſche Churfürſten und Fürſten, nach dem beyliegenden abſchriftlichen Entwurfe †), eilends ſchrieben; denn

†) Dieſer fehlt in unſern *Actis Comitial. Ratisbon. Mss. A. IV.*

denn ob Er gleich gerne auch den Erzbiſchof zu J. Chr.
Bremen mit dazu ziehen wollte, ſo beſorge Er 1597
doch, daß darüber die Zeit verſtreichen möchte. Falls nun der Herzog hierin mit Ihm einig wäre; ſo ſollten die Ausſchreiben ſofort ausgefertiget, und von ſeiner Seite vollzogen, auch dem Herzog forderſamſt zugeſchickt werden.

Was aber die Zuſammenkunft belange, würde wol am beſten ſeyn, wenn man einen andern Ort, in der Nähe von Regenſpurg, haben könnte, wie er dann demſelben fleißig weiter nachdenken wolle. Wenn es aber ja nicht anders ſeyn könnte, ſo müßte es endlich auf die Art, wie der Herzog vorgeſchlagen hätte, gerichtet werden. Uebrigens wolle Er hoffen, daß, weil es ein gemeines Werk ſey, und die übergebenen Schriften der Kayſerlichen Geſandten genugſam anzeigten, wohin die Abſicht der Catholiſchen gerichtet ſey, ein Jeder in vertraulicher Zuſammenſetzung ſich gebührend erzeigen werde. Weil aber ſolches Ihr Vornehmen nicht ohne Offenſion bey dem Kayſer abgehen würde; ſo wolle Er, der Adminiſtrator, nicht allein den Sachen, bis nach eingelangter Erklärung des Herzogs, fleißig weiter nachdenken, ſondern Ihn auch freundlich bitten, daß der Herzog das Ihm überſchickte Bedenken der Magdeburgiſchen Räthe *), für Sich und durch ſeine Räthe, ingleichen was ferner die Nothdurft erforderte, erwägen laſſen möchte. Denn Er müſſe bekennen, daß die Sachen dergeſtalt ſchwer und wichtig ſeyen, daß billig mit gutem Bedachte und Rathe zu han-

*) S. weiter oben in dieſem XXI. Bande der N. T. R. Geſchichte, S. 102:117.

J. Chr. handeln ſeyn wolle. Er wolle auch in möglich-
1597 ſter Eile erwarten, wie der Herzog die Kayſerlichen und Churfürſtlichen Geſandten abfertigen werde, weshalb Er um Nachricht freundlich bitten wolle. Was endlich den Johann von Roſtorf betreffe, ſo ſey Ihm nicht bewußt, wie es um dieſe Sache beſchaffen ſey, und wäre dem Kreis-Einnehmer, ihm etwas folgen zu laſſen, befohlen; Er wolle ſich aber darnach erkundigen. Uebrigens wäre bereits ein Schreiben an die Befehlshaber in Ungarn dem Herzog zugeſchickt worden, und Er könne auch wol geſchehen laſſen, daß in ſolches Schreiben ein Zettel gelegt werde, daß Ihm, gedachter maßen, davon nichts bewußt ſey o).

m. Oct. Mittlerweile waren die Kayſerlichen und Churfürſtlichen Geſandten zum H. Heinrich Julius von Braunſchweig nach Grüningen gereiſet, um demſelben einen ähnlichen Antrag, wie dem Adminiſtrator zu Magdeburg, wegen der Halberſtädtiſchen Seſſionen zu thun. Es übergaben Ihm auch die Kayſerlichen Ge-
23 Oct. ſandten ein Memorial folgenden Inhaltes: es hätten die Churfürſten des H. R. R., als Sie noch unlängſt dem Kayſer ihre Einwilligung zu dem bevorſtehenden neuen R. Tage überſchickt, ſowol in einem geſammten, als auch hernach in beſondern Schreiben, denſelben erinnert, daß die Haupturſache der gedachten R. Verſammlung die Abwendung der Türkiſchen

o) Des Adminiſtrators zu Magdeburg, Marggraf Joachim Friedrichs, Schreiben an den H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, de Dato Zinna, den 19. Oct. 1597, in *Actis Comitial. Ratisbon. MSS. Vol. I. n. 1.*

tiſchen Gefahr, und die Verfaſſung gebühren- J. Chr.
der Vertheidigung des Vaterlandes ſeyn ſolle, 1597
darin auch Sie, die Churfürſten, ſich gerne neben andern gebührend zu erzeigen, ganz wohl geneigt wären. Deswegen wäre dann ſolches Werk, in dieſem Nothfalle, da die höchſte Gefahr auf dem Verzuge ſtehe, in Acht zu haben, und die etwa ſich ereignende Hinderniſſe, dergleichen auf dem vorigen und neulichen Regenſpurgiſchen R. Tage, zu Verhinderung und Aufhaltung der gemeinen Nothdurft, vorgefallen, aus dem Wege zu räumen. Weil aber daneben noch mehr andere gemeine Sachen zu erledigen, und auch auf dem letztern R. Tage allerley Beſchwerden, welche die R. Tags-Sachen nicht wenig verzögert hätten, vorgekommen wären; ſo hofften die Churfürſten, der Kayſer würde, damit deſto weniger dieſes eilende Werk verhindert würde, die gnädigſte Fürſehung thun, daß man vorgedachter Hinderniſſe überhoben, und denſelben, zu Erhaltung eines guten Verſtändniſſes unter den Ständen, dabey Sie, die Churfürſten, nebſt dem Kayſer und andern, gerne das beſte thun wollten, Maaß gegeben würde. Deswegen habe der Kayſer, nach Ausweiſung des R. Tags Ausſchreibens, das Juſtizwerk, das Münzweſen, und was ſonſt, vermöge des jüngſten Regenſpurgiſchen R. A. vom J. 1594, an die hernach gehaltene Deputations-Verſammlung nach Speyer verwieſen worden, auf die Wiederanfangung dieſes noch unbeſchloſſenen Deputationstages, verſchoben, welcher, bald nach geendigter R. Verſammlung, wieder vorgenommen werden ſolle.

J. Chr. 1597 Allein gleichwie, bey nächſt verwichenem R. Tage zu Regenſpurg, die Irrungen, welche die Geſandten des Herzogs, wegen der Seſſion des Stiftes Halberſtadt, damals betrieben, eine nicht geringe Verwirrung verurſachet hätten, und nichts gewiſſer ſey, als daß, wenn man itzo abermals dergleichen verſuchen wollte, daraus nichts Gutes, ſondern eine, wo nicht ſchädlichere, doch wenigſtens, wie zuvor, gleichmäßige Verwirrung, bey dem itzigen gefährlichſten Zuſtande der Sachen, wegen Ueberhandnehmnng der Türkengefahr, ſich ereignen würde; ſo habe der Kayſer Sie, die Geſandten, wegen ſolcher Sachen, des Stiftes Halberſtadt halber, an den Herzog abgefertiget. Sie hätten nemlich Befehl, dem Herzog zu Gemüthe zu führen, daß, obgleich J. K. M. dem hochlöblichen Fürſtlichen Hauſe Braunſchweig jederzeit und in allen Vorfällen, alle angenehme Freundſchaft und erſprießliche Gnade, gerne und nach Möglichkeit, erwieſen hätten, und noch zu erweiſen geneigt wären, doch der Herzog ſelbſt ſehen und wiſſen würde, wie es um die Anſprüche vorberührter geiſtlicher Seſſionen und Stimmen beſchaffen ſey, und daß keiner, kraft der Rechte, der R. Conſtitutionem und des üblichen Herkommens, mehrgedachte Seſſion und Stimme haben könnte, er habe dann und bleibe in den Erfordernißen, die ein jeder geiſtlicher R. Stand, vor und nach Empfangung der Stifts-Regalien zu haben, und darin zu verharren, ſchuldig ſey. Denn was für Gegengründe, zu Behauptung der widrigen Meinung und Anſuchens wären zuſammengetragen und angegeben worden, dieſelben wären auf den vorigen Reichs-

Reichs- Deputations- und Kreis- Tagen J. Chr.
per *extreme Contradictoria* dergeſtalt beſtritten 1597
worden, daß, ungeachtet der Kayſer ſchon etlichmal ſich erboten hätte, entweder gütlich darin zu handeln, oder, in Entſtehung der Güte, nach genugſamen Verhör und Ausführung beider Theile, die Sache, nach Befinden, zu entſcheiden, dennoch der eine Theil ſich deshalb in einen Proceß vor dem Kayſer habe einlaſſen, viel weniger der Gegentheil die würkliche Durchdringung ſolcher Anſprüche habe geſtatten, und über einen, bereits in den Rechten und in den R. A. erörterten, Fall eine neue Unterſuchung und Erkentniß ganz und gar nicht eingehen wollen. Deswegen erhelle aus den itzo angeführten und andern Umſtänden, daß es in des Kayſers Macht nicht ſtehe, dieſem ſo weitläuftigen Werke für diesmal, ohne höchſtverderbliche Schwächung der alten Verfaſſungen des ganzen Reichs, abzuhelfen.

Indeſſen müßte der Kayſer, ungeachtet ſeiner hierin bisher geſchehenen Mäßigung und Mühe, größtentheils ſelbſt dieſes leidigen Streites entgelten, und würde deshalb ſeine Kayſerliche Regierung ſehr merklich, auf viele Weiſe, beſchwert, und nicht allein an Erhandlung der Hülfen wider den Türken, ſondern auch an Beförderung der Juſtiz und anderer gemeiner Nothdurft, zum großen Schaden des Vaterlandes gehindert. Ja ſollte itzo, bey dem bevorſtehenden R. Tage, durch Einmiſchung des oftgedachten Seſſionsſtreites, die Defenſion und Hülfe wider den Türken nochmals in Verwirrung kommen, oder wol gänzlich ſich zerſchlagen; ſo wäre wohl zu erwägen, daß, da ſeitdem die Gefahr in Ober- und Nieder-

J. Chr. 1597 der- Ungarn dem Teutſchen Boden näher gerückt ſey, der Feind, welcher hierauf ſein Augenmerk habe, nicht feiern, ſondern wol etwa der Schaden weiter einbrechen, und zugleich, welches Gott verhüten wolle, die Noth des Herzogs und des Churfürſtlichen Hauſes Brandenburg eigene Land und Leute ergreifen könnte. Deswegen ſollten Sie, die Geſandten, im Namen J. K. M., den Herzog ganz freundlich und gnädig ermahnen, daß Er, in Erwägung der wahrhaften und vorhin angezeigten Umſtände, nemlich, daß es dem Kayſer itzo nicht möglich ſey, die oft gemeldeten leidigen Seſſions- Irrungen zu vergleichen, zu vermitteln, oder aufzuheben, dem Kayſer, zu beſonderer Freundſchaft und zu gehorſamen Ehren, vornemlich aber dem allgemeinen und hochbetrübten Vaterlande zu Gute und zur Wohlfahrt, auf dem nächſtkünftigen R. Tage oftgedachten Seſſionsſtreit ruhen, und denſelben in ſolchem Stande, wie es auf den R. Tagen zu Speyer und Regenſpurg, in den Jahren 1570. und 1576. geweſen, bewenden laſſen. Dagegen und wie ſich der Kayſer vorhin, im Jahr 1594. den 15 Julius, in Sachen des Erzſtiftes Magdeburg, gegen den Geſandten des Herzogs erklärt hätte, Er es nochmals dahin ſtelle, daß ſolche Enthaltung der Seſſion weder dem gedachten Stifte an ſeinem Stande, Rechten und Gerechtigkeiten, noch dem Herzog an demjenigen, was er deshalb befugt ſey, nachtheilig ſeyn ſollte. Solches gereichte zur Wohlfahrt des itzo ſehr betrübten Vaterlandes T. N., und zur Verringerung und fruchtbarlichem Fort- und Ausgange des künftigen R. Tages. Daneben erbiete ſich der Kayſer, daß

Er

Er ſolches um den Herzog, in allen möglichen Dingen, mit angenehmer Freundſchaft und Kayſerlichen Gnaden zu erkennen, bereitwillig ſeyn wolle. J. Chr. 1597

Auf dieſes Memorial der Kayſerlichen Geſandten ertheilte der H. Heinrich Julius, zu Grüningen, nach Voranſchickung einiger Curialien, folgende ſchriftliche Reſolution: So viel die Hauptwerbung an ſich ſelbſt betreffe, daß nemlich der Herzog, auf der künftigen zu Regenſpurg angeſtellten R. Verſammlung, der Ihm zuſtehenden Seſſion, bis zu anderer Vergleichung, aus der in dem Vortrage angeführten Gründen und Urſachen, ſich enthalten, und in Ruhe ſtehen möchte, halte zwar der Herzog ſich ſchuldig und pflichtig, dem Kayſer in allem, was Ihm möglich und thunlich, gehorſamſt zu willfahren. Weil aber die Sachen groß und wichtig ſeyen, daß nemlich der Herzog ſeines wohlbefugten Rechtes, und rechtmäßig erlangter Poſſeſſion *vel quaſi*, der Seſſion, wegen ſeines gedachten Stiftes Halberſtadt Sich begeben ſollte, und dieſe Dinge nicht allein ſein, des Herzogs, ſondern aller Evangeliſchen Stände Intereſſe betreffe; ſo erfordere die Nothdurft, ſolches in derſelben und ſeiner verwandten Herren und Freunde Communication und Rath zu ſtellen. Es habe auch der Herzog ſeine vornehme und dieſer Sachen erfahrne Räthe nicht alle bey einander, ſondern theils in angelegenen Sachen verſchickt, theils könnte Er dieſelben, wegen der itzigen gefährlichen Sterbensläufte, nicht ſobald zu Handen haben. Außerdem könne Er auch, ohne Vorwiſſen ſeines ehrwürdigen Domcapituls, vermöge der mit demſelben aufgerichteten Capitula- m. Oct.

J. Chr. tulation und Pacten hierin ſich nichts ermäch-
1597 tigen. Er geſinne daher an die Geſandten, daß Sie nicht allein für Sich Ihn entſchuldiget halten, ſondern Ihn auch bey dem Kayſer unterthänigſt entſchuldigen möchten, daß Er ſich itzo nicht ſogleich erklären könne. Er erbiete ſich aber, daß Er dieſe Sachen, wegen ihrer Wichtigkeit, zum forderſamſten, mit ſeinen verwandten Herren und Freunden, mit ſeinem Domcapitul, und mit ſeinen getreuen Räthen in Berathſchlagung ziehen, und Sich alsdann gegen J. K. M., in Schriften, gebührlich, unverweislich und dergeſtalt erklären wolle, daß damit der Kayſer hoffentlich wohl zufrieden ſeyn werde. Uebrigens möchten die Geſandten ſolche ſeine Entſchuldigung und zur Zeit geſchehene Erklärung, nebſt Wiederholung ſeiner allerunterthänigſten gehorſamſten Dienſte, J. R. K. M. im beſten alſo hinterbringen, welches er um Sie in Gnaden und allem Guten zu erkennen, geneigt und erbietig ſey.

Den Chur- Sächſiſchen und Branden-
m. Oct. burgiſchen Geſandten aber gab der H. Heinrich Julius folgende ſchriftliche Reſolution: Er habe aus ihrem Vortrage verſtanden, aus was für Urſachen Ihre Herren, auf Erſuchen des Kayſers, der Aſſiſtenz und Zuordnung der Kayſerlichen Geſandten, in dieſen vorgedachten Sachen, Sich nicht hätten entſchlagen können, und aus was für wichtigen angeführten Gründen der Churfürſt und der Chur- Sächſiſche Adminiſtrator vermeinten, daß der Herzog ſich nach dem Begehren des Herzogs bequemen, und ſich der, Ihm wegen ſeines Stiftes Halberſtadt gebührenden, Seſſion, auf dem künftigen R. Tage zu Regenſpurg, jedoch unbege-

begeben ſeines Rechtes, enthalten ſolle. Nun J. Chr. 1597
könne zwar der Herzog, ſo viel die gedachte Aſſiſtenz und Zuordnung belange, dem Churfürſten von Brandenburg und dem Adminiſtrator der Chur Sachſen kein Ziel und Maaß geben, und ſey ſo geneigt, als willig, nicht allein dem Kayſer in allen möglichen Sachen allerunterthänigſt, ſondern auch dem Churfürſten und dem Churſächſiſchen Adminiſtrator föhnlich und freundlich zu willfahren, auch alles, was zu Beförderung der gemeinen Wohlfahrt und Abwendung alles Mißtrauens und Zerrüttung im Reiche dienlich ſey, zu befördern. Allein die Sachen wären an ſich ſehr ſchwer und wichtig, daß nemlich Er, der Herzog, ſeines wohlbefugten Rechtes, und rechtmäßig erlangter und fortgeſetzter Poſſeſſion *vel quaſi* ſeiner, Ihm wegen des Stiftes Halberſtadt zuſtehenden, Seſſion ſich begeben ſolle. Solches Anmuthen betreffe nicht allein S. F. G., ſondern auch aller Evangeliſchen Stände Intereſſe wegen der hierunter geſuchten gefährlichen Folgen und Nachtheils; wie dann auch die Verweigerung der Seſſion einer der vornehmſten Punkte der von den Evangeliſchen Ständen insgeſammt übergebenen Beſchwerden ſey. Mithin wolle Ihm, dem Herzog, nicht gebühren, ohne Rath und Vorwiſſen derſelben Sich diesfalls einzulaſſen und ſchließlich zu erklären. Vielmehr erfordere die Nothdurft, daß er ſolches erſtlich in der gedachten Evangeliſchen Stände, auch ſeiner verwandten Herren und Freunde, wie auch in ſeines Domcapituls Rath und Bedenken ſtellen müſſe. Er hätte Sich daher, wegen nicht erfolgter ſchließlicher Erklärung, gegen die Kayſerlichen Geſandten entſchuldiget, und er-

J. Chr. erſuche die Chur- und Fürſtlichen Abgeordne-
1597 ten, daß Sie Ihn gleichfalls bey Ihren Herren beſtens entſchuldigen möchten, daß Er Sich für diesmal nicht endlich und ſchließlich erklären könnte. Er erbiete ſich aber, daß Er dieſe Sache, nach ihrer großen Wichtigkeit, zum forderſamſten in reife Berathſchlagung ziehen, und nicht allein gegen den Kayſer, ſondern auch gegen den Churfürſten und den Churſächſiſchen Adminiſtrator Sich, ſchriftlich, freundlich und unverweislich, entſchließen und erklären wolle; mit dem gnädigen Erſuchen, daß die Geſandten ſolche ſeine Entſchuldigung und Erklärung ihren Herren beſtens referiren möchten.

Die Kayſerlichen und Churfürſtlichen Geſandten, mußten alſo von Grüningen, unverrichteter Dinge, wieder abreiſen, und der H. Heinrich Julius gab, von da aus, dem Admi-
28 Oct. niſtrator des Erzſtiftes Magdeburg, mittelſt
ſt. vet. eines Schreibens, folgende Nachricht. Seinem letztern Erbieten zufolge, wolle Er Ihm hiemit melden, daß ſowol die Kayſerlichen, als die Churfürſtlichen Geſandten, nemlich Hans Friedrich von Schönberg, Hauptmann, und D. Thomas Francius, Profeſſor zu Wittenberg, wie auch Abraham Bellin, am verwiche-
22. e. m. nen Sonnabend, bey Ihm angekommen, und die Kayſerlichen Geſandten am folgenden
23. e. m. Sonntage, die Churfürſtlichen aber den
24. e. m. Montag darauf bey Ihm Gehör gehabt hätten. Jene ſowohl, als dieſe hätten ihr Gewerbe, mutatis mutandis, auf eine gleichmäßige Art, wie bey dem Adminiſtrator geſchehen, angebracht. Wie er ſich nun gegen dieſelben ſowohl mündlich, als auch gegen die Kayſerlichen,

auf

auf ihr Begehren ſchriftlich erklärt habe, würde J. Chr.
der Adminiſtrator, aus den beiden beygefügten 1597
Abſchriften erſehen können. Obgleich nun, von dem einen und andern Theil, um eine andere Reſolution *replicando* inſtändig wäre angehalten worden; ſo habe Er ſich doch, der Hauptſache halber, beſonders mit den Kayſerlichen Geſandten, in keine Diſputation im geringſten einlaſſen wollen, ſondern es bey ſeiner gegebenen dilatoriſchen Antwort bewenden laſſen, damit Sie auch endlich friedlich geweſen, und heute 28. e. m.
wieder abgereiſet wären.

Weil nun Er, der Herzog, mit dem Adminiſtrator, dafür halte, daß es die höchſte Nothdurft erfordere, daß dasjenige, was alſo bey Ihnen beiden geſucht worden, und vorgefallen ſey, an die hiebey intereſſirte ſämtliche Evangeliſche Stände mit dem eheſten gelange, und dieſelben erſucht würden, ihre Abgeordnete zum R. Tage darauf nothdürftig zu inſtruiren; ſo ließe Er ſich gefallen, daß der von dem Adminiſtrator Ihm zugeſchickte Entwurf eines Schreibens vollzogen, und forderſamſt an gehörige Orte überſchickt werde. Nun wäre zwar der Adminiſtrator der Meinung, daß die Zuſammenkunft der Evangeliſchen Stände am füglichſten außerhalb Regenſpurg angeſtellt werden möchte; allein theils wäre ſolches, der Zeit halber, nunmehro unmöglich, theils möchte auch ſolches, ſeines Erachtens, ein ſehr großes Aufſehen und mehrern Unwillen bey dem Kayſer erregen, als wenn man an dem ordentlichen und beſtimmten Orte zuſammenkommen würde. Mithin hielte Er, der Herzog, unvorgreiflich dafür, daß man es, im Namen GOttes, dabey beruhen ließe, daß die Stände ihre Geſand-

J. Chr. 1597 ſandten etwas zeitiger, und, wo möglich, etliche Tage vor dem im Ausſchreiben angeſetzten Termin, abfertigen möchten, um zu Regenſpurg die Nothdurft, wie das Werk anzugreifen, zu berathſchlagen und zu beſchlieſzen. Wenn nun der Adminiſtrator damit zufrieden ſey, ſo könne Er die Ausſchreiben darnach einrichten, ſeines Ortes dieſelben vollziehen, und Ihm wieder überſchicken, worauf Er ſie ungeſäumt vollziehen, und an gebührende Orte verſenden wolle. Und da Er übrigens das ganze Werk ſeinen Räthen zur Berathſchlagung übergeben habe, und Ihr Gutachten mit dem eheſten erwarte, ſo wolle Er ſolches dem Adminiſtrator auch forderlichſt zukommen laſſen.

Beide, der Adminiſtrator des Erzſtiftes Magdeburg und der H. Heinrich Julius zu m. Oct. Braunſchweig, ließen hierauf, als ausſchreibende Fürſten des Niederſächſiſchen Kreiſes an die ſämmtlichen Stände deſſelben, nur Hildesheim ausgenommen, ein Schreiben ergehen, des Inhaltes: Sie würden ſich zu erinnern wiſſen, was ſich auf dem letztern R. Tage zu Regenſpurg, vor beynahe drey Jahren, der allgemeinen Evangeliſchen Stände Beſchwerden halber ereignet, und worauf es damals beſtanden habe, und daß hernach und ſeitdem, nach dem gemeinen Schluſſe des letztern Halberſtädtiſchen Kreistages, nebſt Ihnen, dem obgedachten Adminiſtrator und dem H. Heinrich Julius, noch etliche andere mitverwandte Stände dieſes Kreiſes, zur beſtändigen Widerlegung der Papiſtiſchen Einrede, wären deputirt worden, wie auch in andern Kreiſen dergleichen geſchehen ſeyn ſolle. Nun aber trage ſich itzo der Fall zu, daß wiederum eine R. Verſamm-

ſammlung auf den 1. December N. R., und J. Chr. zwar abermals nach Regenſpurg, gleichwol 1597 aber faſt auf eine zu kurze Zeit, ſey ausgeſchrieben worden. Es wäre wol gut geweſen, daß man einen geraumeren Termin angeſetzt hätte, damit man inzwiſchen hätte zuſammen ordnen und vertrauliche Communication halten können. Weil es aber in ſolcher Kürze der Zeit, und bey den itzigen gefährlichen Sterbensläufften nicht wohl angehe, Kreistage zu halten; ſo hätten Sie, der Adminiſtrator und Herzog, doch für nöthig erachtet, den Kreis-Ständen hiemit zu berichten, was bey Ihnen, durch zwey Kayſerliche Geſandten, ſowol mündlich, als ſchriftlich, wäre geſucht, und was Sie Ihnen darauf geantwortet hätten, wie Sie aus der Beylage mit mehrerm erſehen könnten.

Da nun ſolch Kayſerliches Anſuchen nicht allein ganz wichtig ſey, ſondern Sie auch, in Erinnerung der Beſchaffenheit der Sachen, und daß dieſes ein allgemeines Werk ſey, welches ihre wahre evangeliſche Religion, und nicht Sie allein, ſondern auch andere in gleichem Stande, folglich alle itzo lebende und nachfolgende betreffe; ſo hätte Ihnen gebühren wollen, den Ständen die Beſchaffenheit der Sache zu melden. Zu mehrerer Nachricht wollten Sie auch die beyliegende Deduction Ihnen communiciren, was, ihres unvorgreiflichen Erachtens, hiebey zu erwägen und in Acht zu nehmen ſeyn möchte. Und weil die Nothdurft allerdings erfordere, daß Sie allerſeits noch vor Anfang des R. Tages ſich vertraulich unterredeten, was diesfalls zu thun, und dem Kayſer zu antworten ſey; wie Sie es dann auch an alle andere Evangeliſche Churfürſten und Fürſten

J. Chr. wollten gelangen laſſen; ſo båten Sie die Stånde
1597 des Kreiſes ganz freundlich, daß Sie ihre auf den R. Tag abzuſchickende Råthe und Geſandten dermaßen abordnen möchten, daß Sie auf den .. November in der Stadt N. eintråfen, und nebſt den andern Stånden, was die Nothdurft ſeyn werde, berathſchlagen und beſchließen hülfen. Sie, der Adminiſtrator und der Herzog, zweifelten nicht, die Stånde würden ſich, in ſo rechtmåßigen und chriſtlichen allgemeinen Sachen, zum Beſten erzeigen, und die Ihrigen darauf nach aller Nothdurft inſtruiren. Sie håtten zwar lieber geſehen, daß dieſes Ausſchreiben auch in der andern reformirten Geiſtlichen Namen håtte mit geſchehen können; weil aber der Kayſer bey denſelben nichts geſucht håtte, und die Zeit ſo kurz ſey, ſo håtten Sie es unumgånglich, allein in ihrem Namen, verrichten müſſen.

Uebrigens liefen auch große Klagen, ſowol wegen der Ungariſchen Reuter Zahlung, als auch der noch ausſtehenden Reſte halber ein; mithin ſey nöthig, alsdann auch davon zu reden, damit die vorigen Kreisabſchiede richtig befolget würden. Ingleichen håtte man auch zu communiciren, was etwa auf das Kayſerliche Ausſchreiben zu thun, zu bewilligen, oder wie weit zu gehen ſeyn möchte; wie dann diesfalls ſehr gut ſeyn würde, daß man ſich deshalb vorher über ein gemeines Verſtåndniß und Correſpondenz vergliche, darüber man hernach ohne eine Kreisverſammlung halten müßte. Denn es laufe eine Beſchwerung und Erhöhung der Steuren über die andere, und håufe ſich auf, welches den armen Unterthanen zuletzt unertråglich falle, und deswegen guter und zeitiger

Rath

Rath wol nöthig ſey; beſonders wie den Sa- J. Chr.
chen am füglichſten zu helfen, und die große, 1597.
vor Augen ſchwebende, Gefahr abzuwenden
ſeyn möchte, indem bisher, mit großen Koſten
und Verluſt vieler Leute, weniger Nutzen
geſchafft und verrichtet worden.

Der Adminiſtrator des Erzſtiftes Magdeburg, Marggraf Joachim Friedrich zu Brandenburg, und der H. Heinrich Julius zu Braunſchweig, gaben nun von dieſem Ihnen gethanen Antrage, ſich ihres Sitz- und Stimm-Rechtes, wegen Magdeburgs und Halberſtadts, auf dem bevorſtehenden R. Tage zu enthalten, den übrigen Evangeliſchen Churfürſten und Fürſten Nachricht; wie dann beſonders der Erſtere ſolches aus Zinna dem Pfalz- 3 Nov.
grafen Johann zu Zweybrücken meldete, welcher deshalb an den Churfürſten Friedrich von der 17. e. m.
Pfalz und den Marggrafen Georg Friedrich zu Brandenburg-Anſpach ſchrieb. Dieſe beide Herren hatten nun ſchon vorher, dieſer Angele- 30 Oct.
genheit halber, an den erſtgedachten Pfalzgrafen Johann zu Zweybrücken, ingleichen an die Herzoge zu Würtenberg und Lüneburg, den Marggrafen zu Baden-Durlach, die Fürſten zu Anhalt und den Landgrafen Moritz zu Heſſen-Caſſel ein Schreiben ergehen laſſen, ihre auf den R. Tag abzuſchickende Räthe und Geſandten zu inſtruiren; mit den übrigen Evangeliſchen Ständen in der Magdeburgiſchen und Halberſtädtiſchen Seſſions-Streitſache gemeinſchaftlich zu handeln; wie denn auch der Churfürſt von der Pfalz deshalb noch- 24 Nov
mals, aus Neumark, an den Marggrafen Georg Friedrich zu Brandenburg-Anſpach, und hernach beide an den Landgrafen Moritz zu 26. e. m.

 Heſſen-

J. Chr. 1597 Heſſen-Caſſel ſchrieben. Bey ſo bewandten Umſtänden konnte der Adminiſtrator des Erzſtifts Magdeburg, von Seiten der Evangeliſchen Fürſten und Stände, auf eine kräftige Unterſtützung ſeines Sitz- und Stimm-Rechtes, auf dem bevorſtehenden R. Tage, hoffen, und nach ſeinen bisher geäußerten Geſinnungen mußte man glauben, daß Er auf ſeinem Rechte beſtehen würde. Allein, ehe man es ſich verſah, gab der Adminiſtrator zu Magdeburg, noch vor Eröffnung des Regenſpurgiſchen R. Tages, die Erklärung von ſich, daß Er ſich diesmal ſeines Sitz- und Stimm-Rechtes, bey der bevorſtehenden R. Verſammlung, enthalten wolle. Der damalige Sächſiſch-Altenburgiſche Geheime Rath, D. Samuel Masbach, giebt davon dem Sächſiſch-Weymariſchen Geheimen Rath und Kanzler, D. Marx Gerſtenberger, in einem an ihn aus Annaburg
15 Nov. erlaſſenen Schreiben, folgende Nachricht: „Geſtern haben Wir, GOtt Lob, gute Zeitung „hieher bekommen; denn der Herr Adminiſtrator zu Magdeburg ſchickte meinem gnädigſten Herrn ſeine Antwort an die Kayſerliche „Majeſtät zu, darin Er ſich *categorice et evidentiſſimis verbis* erklärt: Er wolle uff dieß„mahl, J. M. zu Gehorſam und gemeiner „Wohlfarth zu Guten, ſeine Seſſion im „Reichstage einſtellen, und nichts deſto „minder dasjenige, was vor die Wohlfahrt „des Vaterlandes ingemein wird gereichen, „halten und zu Werke helfen. Ich halte da„für, daß K. M. ſich hierüber gar ſehr erfreuen, „und uffm R. Tage alles beſſer von Statten „gehen werde.„ Vermuthlich gab auch der Adminiſtrator des Erzſtiftes Magdeburg, von

von dieſer ſeiner gefaßten Entſchließung, ſeinem J. Chr.
Vetter, dem Marggrafen Georg Friedrich zu 1597
Brandenburg-Anſpach, in dem an Ihn, aus 1 Dec.
Hadersleben, und hernach aus Gattorf, erlaſ- 20.e.m.
ſenen Schreiben, die Nachricht, und meldete Ihm die Urſachen ſeines geänderten Entſchluſſes.

Deſto ſtandhafter beharrte der H. Heinrich Julius zu Braunſchweig bey ſeinen Geſinnungen, in Anſehung der Halberſtädtiſchen Seſſion. Noch währender Anweſenheit der Kayſerlichen und Churfürſtlichen Geſandten an ſeinem Hofe zu Gattersleben, erließ Er, von 23.e.m.
da aus, ein Reſcript an ſeine Räthe zu Wolfenbüttel des Inhaltes: „es hätte der Adminiſtrator des Erzſtifts Magdeburg, Marggraf Joachim Friedrich zu Brandenburg, Ihm, zufolge der unter Ihnen obwaltenden vertraulichen Correſpondenz, die Nachricht zugefertiget, was bey Ihm die Kayſerlichen Geſandten, der Herr von Schleinitz und Hans Ludewig von Ulm, auf Kayſerlichen Befehl und Inſtruction, vorgebracht und ſollicitirt hätten, und mit welcher Erklärung Er Sie abgefertiget habe. Da nun Er, der Herzog, einen gleichmäßigen Vortrag von Ihnen angehört hätte, und bewandten Umſtänden noch geſonnen ſey, dieſelben mit einer dilatoriſchen Antwort zu verſehen; ſo habe Er doch für nöthig erachtet, Ihnen, ſeinen Räthen, nicht allein dieſe Beſchaffenheit der Sachen anzuzeigen, ſondern auch hierüber ihr ſchriftliches Bedenken zu vernehmen. Er begehre daher, daß Sie insgeſammt, ſo bald als möglich, ſich über dieſe faſt wichtige Sache bereden, und hernach ihr ſchriftliches und umſtändliches Bedenken nach ihrem beſten Wiſ-

J. Chr. ſen und Verſtande, Ihm treulich zukommen laſ-
1597 ſen ſollten.

m. Nov. Ferner ſchrieb der H. Heinrich Julius an ſeinen damals zu Prag befindlichen Kanzler, den D. Jagemann, und befahl demſelben, ſich nach Regenſpurg auf den R. Tag zu verfügen, und immittelſt auf eine Inſtruction zu denken. Allein der Kanzler trug Bedenken, die befohlne Reiſe nach Regenſpurg, ſofort, ohne Inſtruction und ohne Geld, zu übernehmen; zumal da Er nicht wiſſen konnte, was etwa die andern Räthe zur Sache ſagen möchten. Um nun in der Sache nicht zu viel zu thun, eilte Er von Prag, zu Tag und zu Nacht, zum Herzog zurück, und ſprach aus der Sache mit demſelben, brachte auch ſeine Gedanken zu Papier, und durchſah dasjenige, was die Räthe deshalb aufgeſetzt hatten; worauf Er dann etliche Punkte
2 und 3 entwarf, welche in vollem Rathe zu Wolfen-
Dec. ſt. vet. büttel, in Gegenwart des Großvogts, Arndts von Knieſtede, und der Fürſtlichen Räthe, D. Joachim Götzens, des D. Ußlars, des L. Peter Jans, Heinrichs von Gittelde und D. W. Königs, verleſen, darüber die Stimmen eingeſammelt, und folgends beſchloſſen wurde. Das hierauf vom Kanzler, D. Jagemann, abgefaßte, und von demſelben, wie auch den obgedachten Räthen unterſchriebene Bedenken ließ ſich nun der H. Heinrich Julius gefallen, genehmigte
15. e. m. et ſt. es zu Grüningen durch ſeine eigenhändige Unterſchrift und beygedruckte Kammerſecret, und gab es ſeinen auf den R. Tag geſchickten Geſandten ſtatt einer Inſtruction mit.

Die in dieſem Bedenken enthaltenen Punkte und entſchiedenen Fragen verdienen eine

nähe-

nähere Anzeige, indem ſie einiges Licht auf die J. Chr.
folgende R. Tags-Handlungen verbreiten. 1597
Bey einer jeden Frage ſind die Zweifels- und Entſcheidungs-Gründe bemerkt, und die erſte Frage war alſo: ob der Herzog den R. Tag beſuchen ſolle, oder nicht? Für die leztere Meinung ſcheine zu ſeyn: 1) weil der Kayſer ſelbſt nicht kommen wolle, welches, wenn Er im Reiche geweſen, vor dieſem ein unerhörtes Ding ſey; 2) wegen der Kürze des Termins; 3) weil dem jüngern Reichsabſchiede, in vielen Punkten, noch kein Genüge geſchehen; ja ſogar 4) in etlichen Punkten zuwidergehandelt worden, beſonders den Herzog belangend mit der Stadt Braunſchweig; 5) weil die vorige Bewilligung noch nicht zu Ende gelaufen; und 6) weil man nicht wiſſe, wohin die an Gelde geleiſtete Hülfe verwandt worden ſey.

Allein es wurde doch für die erſtere Meinung, oder die Beſchickung des R. Tages geſchloſſen, und zwar: 1) weil der R. Tag mit einhelligem Schluſſe der Churfürſten, und alſo dem Herkommen nach, ausgeſchrieben worden; und 2) in ſolchen Fällen die Fürſten und Stände des Reichs, von Alters her, die R. Tage beſucht hätten; 3) weil die Fürſten bey ihren Pflichten verſchrieben worden, welches dann dieſelben zu ſchuldigem Gehorſam in rebus honeſtis, licitis, & bonum publicum concernentibus, wie diesfalls, verbinde. Ferner 4) weil die Abweſenheit, laut der zu Ende des Ausſchreibens angehängten Clauſel, und vermöge des Herkommens, von dem, was geſchloſſen würde, nicht relevire, ſondern *pro Praeſentia* gehalten würde; 5) weil man vor dieſem,

J. Chr. wie bey den Kreiſen um außerordentliche
1597 Hülfe angeſucht worden, dawider eingewandt hätte, daß die Sache nicht auf Kreis- ſondern auf Reichs-Tage gehöre, und man alſo ſelbſt auf einen R. Tag ſich berufen habe. Weiter und 6) weil das Außenbleiben, wie das Fürſtliche Haus Mecklenburg erfahren, folgends in den Seſſionen und ſonſt leicht Streit erregen könne; 7) weil hiebevor die regierenden Herzoge zu Braunſchweig ſich jederzeit mit Beſuchung der R. Tage willfährig und gehorſam erzeigt hätten; und 8) es dem Herzog, als der unter den Fürſten einer der Vornehmſten ſey, ſchimpflich und verweislich ſeyn würde, den R. Tag unbeſucht zu laſſen, und alſo *Rempublicam* zu verlaſſen. Jmgleichen ſey 9) den Nachkommen, und beſonders den Evangeliſchen Ständen zum höchſten daran gelegen, daß der Herzog, wegen des beſondern Anſehens, welches Er vor vielen andern Fürſten im Reiche habe, den R. Tag beſuche; und Er davon 10) ewiges Lob und Ruhm erlangen könne. Hingegen 11) in deſſen Unterbleibung, der Herzog bey Jedermann in den Verdacht einer Kleinmüthigkeit gerathen würde, oder daß Er, wegen des Stifts Halberſtadt, wie bey andern Herren viele dergleichen Exempel vorhanden ſeyen, mit den Papiſten leiche, oder aber wegen ſeiner Widerwärtigen das Licht ſcheue.

Wenn man auch die obigen Einwürfe oder Zweifelsgründe genau erwöge, ſo würden ſie ganz und gar nicht im Wege ſtehen. Denn ad 1) ſey der itzige Zuſtand des Kayſers, und wie viel Jhm darauf gehe, auch was es itzo für eine Beſchaffenheit in Böhmrn habe, wohl zu bedenken

denken; daher dann der Kayſer billig für ent- J. Chr.
ſchuldiget zu halten, zumal weil auf der beſtellten 1597
Poſt, in kurzer Zeit, etwa in zwey Tagen, alles überſchrieben werden könne. Ad 2) diene ſolches mehr zur Entſchuldigung derjenigen, die weit abgeſeſſen wären, und ſpät ankommen würden, als daß deswegen der R. Tag ganz unbeſucht bleiben ſollte; bevorab weil ohnedem die Propoſition nicht auf den angeſetzten Termin, ſondern gemeiniglich einen Monat, wo nicht länger, hernach zu geſchehen pflege. Die übrigen Zweifelsgründe aber gehörten nicht zu dieſer Frage: ob der R. Tag zu beſuchen, oder nicht? ſondern vielmehr zur Hauptfrage: ob dem Kayſer von neuem etwas zu bewilligen ſey, oder nicht? welches Hauptwerk mit dem Erſcheinen keinesweges zu vermiſchen wäre. Dieſem Bedenken des Kanzlers ſtimmten auch die ſämmtlichen Räthe einmüthig bey.

Die zweite Frage war: ob der H. Heinrich Julius den R. Tag in eigener Perſon, oder durch Geſandten beſuchen ſolle? Für die erſtere Meinung, nemlich die perſönliche Beſuchung des R. Tages, wäre: 1) weil es die Wichtigkeit der Sachen, und der itzige betrübte Zuſtand des Reichs T. N. wol erforderte; 2) ſolches dem Herzog rühmlich, und ſeinem Symbolum: *pro Patria conſumor*, gemäß wäre; und 3) auch deſſen Großvater und Vetter, weiland die Herzoge Heinrich der jüngere und die beiden Eriche, dergleichen gethan hätten. Allein der Kanzler D. Jagemann ſchloß in ſeinem Gutachten doch für die letztere Meinung. Und zwar: 1) weil der Kayſer ſelbſt nicht komme; 2) weil der Herzog, wie der

J. Chr. Kayſer im J. 1594. perſönlich zugegen gewe-
1597 ſen, auf deſſen verſchiedenes Erſuchen, nicht perſönlich hätte erſcheinen wollen; 3) weil vermuthlich keine andere weltliche regierende Churfürſten und Fürſten, beſonders die der A. C. zugethan wären, in Perſon diesmal kommen würden; und 4) weil itzo geſchwinde Läufte ſeyen, und die Benachbarten und andere dem Herzog auf den Dienſt warten, mithin es um ſo weniger zu rathen ſey, daß der Herzog ſich außer Landes an weit abgelegene Orte begebe. Es hindere auch ſolches der erſte Einwurf nicht; denn daſſelbe nicht *unius Principis*, ſed *omnium*, maxime *praecipuorum Statuum praeſentiam* erfordere; daher eines Einzigen Gegenwart nicht viel würken würde, noch ſchaffen könnte; wie dann auch deshalb der zweite Einwurf, wenn auch gleich der Herzog gegenwärtig wäre, keine Würkung haben würde. Was aber den dritten Einwurf belange, habe es mit dem Erſcheinen des H. Heinrichs des Jüngern und H. Erichs des Aeltern, welches Sie gleichwol nicht allemal in Perſon verrichtet, eine viel andere Beſchaffenheit gehabt, als es itzo mit dem H. Heinrich Julius habe. Und wenn es itzo darum auch ſo beſchaffen wäre; ſo würde es billig auch dem H. Heinrich Julius zu rathen, und keinesweges zu unterlaſſen ſeyn. Auch in Anſehung dieſes zweiten Punkts waren die Räthe insgeſammt der Meinung des Kanzlers, daß der R. Tag blos durch Geſandten zu beſchicken ſey.

Der dritte Punkt betraf die Frage: ob der Herzog den R. Tag allein wegen ſeiner Erbländer oder auch wegen der Stifter Halber-

berſtadt und Walkenried beſuchen laſſen J. Chr.
ſolle? *) Die Gründe, um welcher willen es etwan 1597
dem Herzog angerathen werden könnte, wären, Inſtruction
weil derſelbe die Reichstäge ſonſten auch wegen der Wolfenbüttelſchen
der Stifter mit beſucht habe, und weil es ſonſt Geſ.
gleichſam das Anſehen haben würde, als wenn der H. den Katholiſchen hierin nachgeben, und andern Evangeliſchen, in gleichem Falle befindlichen Ständen etwas vergeben wollte. Doch aber ſey das Gegentheil, daß nemlich der H. dieſer Stifter halber den Reichstag nicht beſuchte, viel rathſamer. Erſtlich weil derſelbe dieſerhalber nicht mit berufen ſey. Sodann weil der Kaiſer ihn, den H. durch ſeine Hof-Räthe, von Schleiniz und von Ulm, insbeſondere erſuchen laſſen, ſich dieſer Stimme für dismal zu enthalten, damit das gemeine Werk wegen des Ungariſchen Kriegsweſens nicht gehindert werde. Ferner, weil Magdeburg, ſamt andern Ev. Ständen, auf dem letzten Reichstag den Zetterpfenning a) gegeben, und endlich den Herzog im Stich

---

*) Hier iſt es, wo dem ſel. Häberlin die Feder gleichſam aus der Hand fiel. Die von mir nie genug zu verehrende Gnade Sr. Herzogl. Durchlaucht von Braunſchweig hat mich in den Stand geſetzt, da, wo der Tod den unermüdeten Mann übereilet hat, in dem Auszug der Inſtruction fortzufahren. Daß ich ſolches in mehrerer Kürze thue, als es meinem Vorfahrer bey ſeinen vielen andern Arbeiten möglich geweſen, wird hoffentlich dem geneigten Leſer nicht unangenehm ſeyn. Es befindet ſich aber dieſe Inſtruction in dem in der Vorrede beſchriebenen Faſc. Act. Com. III. n. 2.

a) Was dieſe Redensart bedeute, habe ich bisher, aller Mühe ohngeachtet, nicht ausfinden können, ſetze ſie aber hieher, um zum Nachforſchen Gelegenheit zu geben.

J. Chr. 1597 Inſtruction der Wolfenbütteliſchen Geſ.

Stich gelaſſen. Weiters, weil Magdeburg ſich namentlich dieſesmal bereits ſeines Stimmrechts begeben. Wie dann endlich auch das Domkapitel zu Halberſtadt ſelbſt zu dißmaliger Nichtführung der Stimme gerathen habe. Wozu noch drey Gründe kämen, die man nicht ſchreiben wolle, ſondern mündlich berichtet habe. Gegen welches alles dann der obangezogene Beſitzſtand des Voti von 1582. und 1594. nicht mit Grund angeführt werden könne, da 1582. der H. aus ſonderbarer Vergünſtigung die Stimme wegen Halberſtadt geführet, 1594. aber, da die Vergünſtigung nur auf den gedachten einzigen Reichstag gegangen, auch der H. inzwiſchen geheirathet, ſey bekanntermaßen den Halberſtädtiſchen Geſandten keine Seſſio geſtattet worden, und ſelbige endlich abgezogen, wie auch die Magdeburgiſchen, nach langem vergeblichen Gegenbemühen, gethan. Und hernach als Er, der Kanzler, der wegen Braunſchweig allein eigentlich da geweſen, doch, auf Befehl, dieſes Stimmrecht einigermaßen behaupten wollen [b], ſo ſey auf dem Reichstag gar nicht darauf geachtet, und dieſe Stimme in dem Reichsabſchied gänzlich übergangen worden, daher dann auf jetzigem ausgeſchriebenen Reichstag ein gleiches, ja bey hier vorwaltenden neueren obangeführten Umſtänden, ein mehreres noch, zu befürchten ſeyn würde. Damit aber den übrigen Proteſtantiſchen Ständen, die doch ſelbſt in Anſehung ihrer geiſtlichen Stifter, alle oder doch größtentheils, ſogar ſchriftlich, gegen den Kaiſer, desfalls nachgegeben, und alſo gegen das Stilleſitzen des H. mit Recht nichts ſagen könnten, auch der Schein ſelbſt einer Klage benommen werde, ſo ſolle der H. eine

b) S. oben N. T. R. Geſchichte XVIII. Band S. 143 u. f.

eine ſchriftliche Proteſtation, nebſt angehängter J. Chr.
beider Stifter, Halberſtadt und Walkenried, 1597
Kapitular-Beiſtimmung, zu Regenſpurg, bei der Inſtrucction der
Mainziſchen Kanzlei, durch Notar und Zeugen Brſchw. Wolfenbüttel.
übergeben; auch ein Inſtrument hierüber zu Geſ.
Wolfenbüttel, und ein dergleichen zu Halberſtadt ins Archiv legen laſſen. Der Inhalt könnte ſeyn, daß obwol dem H. wegen Halberſtadt Sitz und Stimme, und der Sitz [c]) wegen Walkenried, ſowol 1582. als 1594. zugeſtanden, ſo ſeien doch die Gewalthaber dieſer Stifter wegen in dem jüngſten gedruckten R. A. von 1594. außengelaſſen, auch der H. anjetzo wegen dieſer beider Stifter nicht beſchrieben worden; dannenhero der H. hiemit erkläre, in Anſehung dieſer beiden Stifter zu nichts, was dießmal auf dem Reichstag verordnet werden könnte, verbunden ſeyn zu wollen, wie derſelbe dann auch gegen jede andere Stimmführung, z. B. von Schwarzburg, wegen Walkenried feierlichſt proteſtire. Zweifelsohne wird der geneigte Leſer auch gerne den Erfolg dieſer Proteſtation wiſſen wollen. Ich kann hierüber aus dem faſcic. Actor. Comit. Wolfenb. II. n. 1. Nachricht ertheilen. Daſelbſt nemlich befindet ſich ein ganzes Inſtrumentum notariale über dieſen Vorgang. Die Proteſtation ſelbſt, die der Notarius vorleſen mußte, war des Inhalts: Der Herzog hätte zwar ſowohl im Jahr 1594. gehofft, daß die Unterſchrift ſeiner, wegen Halberſtadt, und nachher auch wegen Walkenried, auf den damaligen Reichstag Abgeordneten, deren Vollmachten in der Mainziſchen Kanzlei ohne Widerrede angenommen worden, auch dem

c) Denn daß Walkenried kein beſonderes Stimmrecht habe, wird in der Inſtruction ſelbſt vorausgeſetzt.

J. Chr. 1597

Inſtruction der Brſchw. Wolfenbüttel. Geſ.

dem publicirten Reichs-Abſchied einverleibet werden würde; nicht weniger, daß Er, zu jetzigem Reichstag dieſer beiden Stifter halber mit erfordert werden ſollte: Beides aber ſey, zu ſeiner Befremdung, nicht geſchehen. Nun hätte zwar der Kaiſer, durch ſeine Geſandte, ihm die Verſicherung thun laſſen, daß es ihm an ſeinen Rechten, auch Beſitz, desfalls im geringſten zu einigem Nachtheil nicht gereichen ſolle, alſo daß Er ſich dann auch in ſo weit für dieſesmal hiebey für ſeine Perſon beruhigen könnte: doch werde es derſelbe nicht in Ungnaden vermerken, wenn, bey ſolchen Umſtänden, dieſe beide nicht mit erforderte Stifter auch an dem, was von den andern Ständen ohne ihr Zuthun dem K. bewilligt werden werde, (zumal da das eine davon gering, das andere äußerſt verarmt ſey,) keinen Theil nehmen könnten. Man wolle demnach hiemit im Namen des Herzogs, ſowol desfalls, als auch gegen die Grafen von Schwarzburg, falls ſie ſich etwas wegen Walkenried, ingleichen gegen Stollberg, wenn es ſich etwas wegen Hohenſtein anzumaßen unternehmen ſollte, auf das feierlichſte ſich verwahret haben, zugleich aber die ſelbſteigene Erklärungen der beiden Stifter dabey übergeben u. ſ. w. Die Halberſtädtiſche, ſchriftliche, an den Herzog gerichtete, verſiegelte Erklärung lautete dahin: der H. werde aus dem angeſchloſſenen Kaiſerlichen Original-Schreiben erſehen, was der Kaiſer an das Stift gelangen laſſen: Was deshalb zu thun ſey, unterſtehe ſich das Domcapitel nicht vorzuſchreiben, und vertraue ihm, er werde die Sachen ſo einzurichten ſuchen, daß ſowol dem K. Gehorſam geleiſtet, und dem Stift wegen Sitz und Stimme, auch ſonſtiger Rechte, nichts entzogen werde. d. d. Halberſtadt, den 13. Oct. 1597.

Von

Von Walkenried aus aber hatte das Kapitel J. Chr.
unter dem 26. Nov. 1597. folgendergeſtalt an 1597
den H. geſchrieben. Es ſey ihnen ein Kaiſerliches, Inſtr. der
an den ſchon lange Jahre verſtorbenen Abt Gre- Brſchw.
gorius gerichtetes, Schreiben wegen des Reichs- Wolfenbüttelis
tags zugekommen; da ſie nun ſchon ins fünfte ſchen Geſ.
Jahr den H. als ihren Adminiſtrator erkennten, ſo zweifelten ſie nicht, daß derſelbe, wenn er ſelbſt gehörig zum Reichstag erfordert würde, daſelbſt von des Stifts wegen erſcheinen, und alles dem von den Grafen von Schwarzburg, und ſonſt, in die äußerſte Armuth geſtürzten Stift zum Beſten beſorgen werde. Sollte aber derſelbe nicht berufen werden, ſo wollte man dieſer Vorbeygehung beſtens widerſprechen, und ſich gegen allen daraus dem Stift zuwachſen könnenden Nachtheil verwahret haben. Gedachte Proteſtation nun, ſamt beiden Beylagen, ſollte der oberwähnte Notarius bey der Mainziſchen Kanzley übergeben. Als er aber hinkam, wurde ihm zwar die Vorleſung der Proteſtation erlaubt, hingegen ſie ſelbſt ſamt ihren Beylagen nicht angenommen, ſondern dem Notarius zu erkennen gegeben: man ſolle ſich erinnern, was die katholiſchen Stände ſchon lange dieſer angemaßten Seſſionen halber ſich erklärt hätten, dabey es dann nochmals bewenden bliebe, mithin auch keine Proteſtation angenommen werden könnte; worauf denn auch der Notarius, nach nochmaliger Bemühung ſeinen Auftrag auszurichten, ohne dazu gelangen zu können, abziehen mußte. Solches geſchah den $\frac{3}{13}$ Jenner 1598.

Der vierte Gegenſtand war: Ob der H. auch als Lehens- und Landesfürſt und Ober-Vormund der Grafſchaft Reinſtein oder Regenſtein, ſich der Reichstagsbeſuchung wegen dieſer Graf-

J. Chr. 1597 Inſtr. der Wolfenbüttel. Geſ. ſchaft annehmen müſſe? Ob nun wol die H. von Braunſchweig ſich allezeit der Bevormundung der unmündigen Grafen dieſes Hauſes angenommen, ſolche Grafen auch vor dem Herzoglichen Hofgerichte zu Recht ſtehen müßten, ſo gehörte jedoch die Beſuchung der Reichstäge und Erlegung der Reichs-Anlagen zu den unleugbaren Befugniſſen des Grafen, wobey es alſo bleiben müſſe, jedoch ſey es unnöthig, die Herrſchaft desfalls mit großen Koſten zu beſchweren, ſondern könne die Vollmacht auch auf andere, die ohnedis nach Regenſpurg zögen, geſtellt werden [d]).

Fünftens fragte ſich: aus was für Perſonen die Geſandtſchaft beſtehen ſolle? Das Gutachten läuft hinaus auf **Caſpar Wreden**, **D. Varnbühler**, und **D. Rhumann**, ſodann einen **Protokolliſten** für den Fürſtenrath, einen für die Mainziſche Kanzley, und einen für die Evangeliſchen Conferenzen bey Pfalz, ſodann einen Koch [e]).

Sechstens bis **zehntens** folgen die Gutachten über die geringern Punkten, wann, und welchen Weg die Geſandten, wegen der Sterbensläufte reiſen, wo ſie Geld hernehmen, wo ſie

d) Ob dieſes wegen Reinſtein hier treulich ausgezogene dem Leſer deutlich ſeyn wird, zweifle ich eben ſo ſehr, als ich zweiflen muß, ob das, woraus es ausgezogen iſt, dem Herzog deutlich ſeyn konnte, der die Inſtruction am Ende eigenhändig unterſchrieben hat.

e) Sich ſelbſt hat der Kanzler Jagemann, der dieſe Inſtruction aufgeſetzt, dabey entſchuldiget; der Herzog aber, der im allgemeinen das Gutachten gebilligt, muß ihm doch insbeſondere noch andere Befehle, ſeiner Perſon halber, gegeben haben, da unter denen, die den Reichsabſchied mit unterſchrieben, (N. S. der R. A. II. Th.) der Kanzler Joh. Jagemann doch mit ſtehet.

ſie in Regenſpurg einkehren, und durch welchen J. Chr.
Weg ſie ſchreiben ſollten? von denen ich nichts zu 1597
bemerken nöthig habe. Inſtr. der Wolfenbüttel. Geſ.

Eilftens fragte ſich, was die Geſandten nach ihrer Ankunft zu thun hätten? Hier hätten ſie nun 1) vor Notarien und Zeugen, bey der Mainziſchen Kanzley, ihre Vollmachten wegen Braunſchweig-Wolfenbüttel, Calenberg und Grubenhagen, wie auch wegen Hoja und Hohenſtein, zugleich ihre Proteſtationen wegen Halberſtadt, Walkenried und Hohenſtein, gegen Schwarzburg und Stollberg zu übergeben. 2) Sollten ſie vernehmen, ob etwan die Evangeliſchen Stände untereinander beſonders über einen oder andern Punct ſich berathſchlagt und vereiniget, welchem ſie dann, in ſo ferne es nicht gegen ihre Inſtruction liefe, ſo viel immer thunlich, beyzutreten hätten. 3) Hätten ſie die Kaiſerliche Propoſition mit anzuhören, auch ihren Inhalt, und was ſonſt merkwürdiges vorgegangen, zu berichten. 4) Sollten ſie, wenn zu Rath angeſagt würde, neben Brandenburg, oder wenn dieſes nicht, neben Sachſen, oder wenn auch dieſes nicht da, neben den Pfälzgräflichen den Platz einnehmen, woran ſie auch niemand hindern würde, es müßte denn Herzog Otto zu Lüneburg ſeyn, von dem man ſich es jedoch nicht verſehen wollte. Zugleich ſollten ſie eine Proteſtation gegen Pfalz, Sachſen und Brandenburg, der Sitzung halber, die ſonſten dem Hauſe Braunſchweig gleich an Bayern gebührte, einlegen, übrigens aber auf dem ganzen Reichstag in dieſer Ordnung votiren.

Der zwölfte Punct war: Wie viel Stimmen im Namen des H. abgelegt werden ſollten? Was dieſes betrifft, heißt es in dem Bedenken,

J. Chr. 1597 Inſtr. der Wolfenbüttel. Geſ. würde dafür gehalten, daß dem H. drei gebührten, wegen Wolfenbüttel, Calenberg und Grubenhagen; (da man wegen der Graf- und Herrſchaften ohnehin allein den Sitz, nicht aber eine Stimme habe.) Urſachen: 1) Weil ehemals dieſe drei Fürſtenthümer beſondere Stimmen gehabt hätten, 2) weil die Pfälziſchen und Sächſiſchen Herren auch wegen der ausgeſtorbenen Länder ihre Stimmen fortführten, ſo auch 3) die geiſtlichen Fürſten wegen jedes ihrer Fürſtenthümer eine Stimme zu führen pflegten. 4) Weil von dieſen drey Ländern auch dreyfache Anlagen gegeben werden müßten. 5) Das Anſehen des H. ſo dadurch vermehrt würde. Doch aber war der Verfaſſer der Inſtruction anderer Meinung; nehmlich, daß im Namen des H. nur Eine Stimme geführt werden könne und ſolle. 1) Weil Braunſchweig nur ein Herzogthum von Anfang an geweſen ſey, und nur wegen der Theilung aus Nachſicht jeglichem Herrn eine Stimme verſtattet worden, mithin jetzo, da die Lande vereiniget, die vorige Natur derſelben und eine Stimme bliebe. 2) Weil es (außer dem, was auf dem Reichstag 1594. geſchehen, da dem H. zwey Stimmen zugelaſſen worden,) das beſtändige Herkommen alſo ſey, daß z. B. Bayern, ſo ſonſt in München und Landshut getheilt zwey Stimmen geführt, jetzt nach der Vereinigung nur Eine Stimme habe. So habe Heſſen zu Landgraf Philipps Zeiten eine Stimme gehabt, nach ſeinem Tode, da vier Herren waren, vier, jetzo, da nur 3 dergleichen ſeyen, drey. So habe auch Gülich, wegen ſeiner vier Lande, die doch NB. beſondere Lande ehemals geweſen, doch nur eine Stimme. Desgleichen Oeſterreich, welches oft verſchiedene Regenten gehabt, und noch habe,

habe doch nicht einmal aus dieſer Urſache mehr denn einer Stimme ſich angemaßt. 3) Weil dem H. auch auf Kreistagen nicht mehr denn eine Stimme zugelaſſen werde, wie noch neuerlich auf dem Kreistag zu Halberſtadt 1595. geſchehen ſey, welches auch dem Kaiſer und ſeinen Räthen bekandt ſey; daher dann zu befahren, daß auf dem Reichstag, wenn man ſich mehrerer Stimmen anmaßen wollte, es widerſprochen und durch die meiſten Stimmen von Kaiſer und Ständen aberkannt werden möchte; daher dann ſicherer die Vollmacht auf alle 3 Theile zugleich, mithin auf das ganze Fürſtenthum Braunſchweig f), gerichtet würde. 4) Wegen der Schwierigkeit, ob der H. zwey oder drey Stimmen verlangen ſolle? Verlangte man zwey, nemlich wegen Wolfenbüttel und Calenberg, ſo würden ſich die Herzoge von Lüneburg leicht die Unterlaſſung des Grubenhagiſchen Stimmrechts zu Nutze machen. Sollte aber auch wegen Grubenhagen mit die Stimme verlangt werden, ſo würde ſich Lüneburg dagegen ſetzen, und dadurch nicht allein Anlaß zu Verzögerung der wichtigern Gegenſtände und dadurch entſtehendem Widerwillen des Kaiſerlichen Hofes, ſondern auch vielleicht gar zu einer beſchleunigten nachtheiligen Entſcheidung in der Grubenhagiſchen Erbfolgsſache ſelbſt, geben. Aus welchem allen dann folge, daß es beſſer und ſicherer ſeyn werde, ſo wie letzthin auf dem Kreistage zu Braunſchweig geſchehen, wegen des ganzen Hauſes Braunſchweig durch eine Perſon votiren zu laſſen,

J. Chr. 1597 Inſtr. der Wolfenbüttel. Geſ.

K 3 woge-

f) So ſtehet es in der Inſtruction, obwol die Lüneburgiſche Linie auch da war, die nicht weniger als die Wolfenbütteliſche dieſen Reichstag beſchickte.

J. Chr. 1597 Inſtr. für die Wolfenbüttel. Geſ.

wogegen damals wenigſtens von Lüneburgiſcher Seite nichts geſchehen. Gegen dieſe wichtige Gründe würde nichts mit dem obigen Einwand, daß Braunſchweigiſche Lande ſonſten drei Stimmen gehabt, ausgerichtet werden. Der ſogenannte Beſitzſtand, auf den ſich berufen werde, ſey nur ein einziger actus, und eben der, durch den man den Anfang machen wollen, auch ſeyen damals 1594. die mehreren Stimmen zwar zugelaſſen, aber doch nur für eine gezählt worden. Das zum Behuf angeführte Beyſpiel von Pfalz ſey nicht von ganz gleicher Art, da der Churfürſt zwar zwey Stimmen, aber in zwey Collegien, geführt habe. Was aber Sachſen wegen Henneberg belangt, ſo ſey dieſes allezeit ein beſonderes Land geweſen, und deswegen Sachſen eine Geſamt-Stimme zugeſtanden worden. Noch unterſchiedener ſey der zum Vorſtand angeführte Fall der geiſtlichen Fürſten, von dem gegenwärtigen: weil nemlich die viele etwan von Einem Herrn beſeſſen werdende Stifter allezeit verſchiedene Lande ſind, deren Stimmen fortgeführt werden müſſen.

Nun auf die Geſchäffte ſelbſt zu kommen, ſo ſey, wenn etwan von einem Supplicationsrath die Frage vorkommen ſollte, vorjetzo, da dem Kaiſerlichen Ausſchreiben nach alle andere, auch ſämmtliche Evangeliſche Stände betreffende wichtige Sachen, ausgeſetzt bleiben ſollten, mithin vielweniger an Privat-Sachen gedacht werden könne, nicht darauf zu ſtimmen, ſondern etwan auf folgende Puncte zu ſehen:

Erſtlich,

Erſtlich [g]), ob das Reich ſich der Unga- I. Thr.
riſchen Sachen weiter anzunehmen habe? Hie- 1597
gegen ſtritten freylich viele Gründe: 1) daß es Inſtr.
ein zum T. Reich nicht gehöriges Land ſey. der Beſchw. Geſ.
2) Daß man den Türken wol durch die zu lei-
ſtende Hülfe, falls er glücklich ſeyn ſollte, erſt recht zum Zorn und zur Rache gegen das Reich aufreizen könne. 3) Daß, wenn man auch gegen ſie glücklich ſey, dem Reich dadurch nichts zuwüchſe, ja 4) in Betracht, daß die Catholiſche Religion dadurch erweitert würde, den Evangeliſchen, und in Betracht, daß Ungarns Macht dadurch wüchſe, auch 5) dem Reich überhaupt, der Sieg ſelbſt ſchädlich werden könnte. [h]) 7) Weil man der Türken Begehren, und alſo die Urſache des ganzen Kriegs nicht wiſſe. 8) Weil der ſchon ſo lange dauernde Krieg zu unerträglicher Beſchwerung des Reichs gereiche, und daſſelbe, das jetzt durch die Niederländiſchen Unruhen litte, auch eine Zeit her, nach und nach, durch den Verluſt Lieflands, Preußens, der Lothringiſchen Biſthümer, und ſonſten, ſehr geſchwächt wor-

g) Dieſe Puncte ſind nicht alle in der Inſtruction ſo gezählt, ſondern ich habe die Zahlworte dazu geſetzt.

h) Der ſechste Zweifelsgrund iſt von ſolcher Beſchaffenheit, und ſchmeckt ſo ſehr nach dem damaligen Genio ſeculi, daß ich ſein nicht anders als in der Anm. Erwähnung thun kann: nemlich, weil die Catholiken, der großen Abgötterey wegen, ſo ſie auch bey dieſem Krieg mit Proceſſionen und ſonſt treiben, doch keinen Segen bey dem Krieg haben könnten. Welches dann weiter unten dadurch auf die Seite geräumt wird: weil doch unter dem Teutſchen Kriegsvolk noch einige ſeyen, ſo aus chriſtlichem Eifer ſtritten, ſo hoffte man, Gott werde um dieſer wenigen willen ſeinen Segen zu dem Ganzen geben.

J. Chr. 1597. Inſtr. der Wolfenbüttel. Geſ.

worden, durch die viele Türkenhülfe noch vollends erſchöpft würde, folgends einem es anfallenden auswärtigen Feinde gar keinen rechten Widerſtand leiſten könnte. 9) Weil Ungarn dem Reich mehr gekoſtet, als es werth ſey, und zu befahren ſtehe, es werde die Hülfe alle vergeblich ſeyn. 10) Weil das Reich jetzo wegen Religions- und ſonſtigen Irrungen in ſo verwirrtem Zuſtande ſey, daß man vorzüglich ſich ſelbſt zu helfen habe. 11) Weil aus den willkührlichen Beyträgen zum Türkenkrieg gleichſam eine Schuldigkeit gemacht, und alſo die Reichsſtände gleichſam als zinsbar behandelt würden. — Aller dieſer Gründe aber ohnerachtet, könne man ſich doch wol der Türkenhülfe noch zur Zeit nicht entſchlagen. 1) Weil Ungarn doch einerley Oberhaupt mit Teutſchland habe, welches man in der Noth dannenhero nicht verlaſſen dürfe. 2) Weil Ungarn mit Teutſchland Eine chriſtliche Religion habe, mithin eines das andere nicht verlaſſen dürfe. 3) Weil man auch des Nachbarn Haus löſchen müſſe, zumal da 4) die Türken zweifelsohne, wenn ſie mit Ungarn fertig wären, auch auf Teutſchland ihr Augenmerk richten würden. 5) Weil Ungarn gleichſam die Vormauer von Teutſchland ſey, maßen, außer Wien, damit es doch jetzt nicht einmal zum Beſten ſtehe, den Türken nichts den Eingang in Teutſchland verwehren könne. 6) Wie es dann auch überhaupt beſſer ſey mit dem Feinde außer dem Vaterland zu ſtreiten, auch daher 7) die Vorfahren zu dieſem Ende die Beyträge gerne gethan. 8) Weil durch die Uneinigkeit unter den Chriſten und Mangel der nöthigen Hülfsleiſtung das ganze Conſtantinopolitaniſche Reich zu Grunde gegangen. Weil auch 9) das, womit man jetzo Ungarn, und alſo ſich mit, noch ret-

ten

J. Chr. 1597 Braunſchweig-Wolfenbüttel. Inſtr.

ten könnte, nur eine Kleinigkeit ſeyn würde, wenn man nach erobertem Ungarn von den Türken angegriffen würde. Zu allem dieſem komme 10) daß aus dem Kaiſerlichen Ausſchreiben zu erſehen, wie bereits das Churfürſtliche Collegium bejahend geantwortet, auch verſchiedene Kreiſe ſchon vorläufig Hülfe bewilliget, die anderen aber es nicht abgeſchlagen, ſondern auf den Reichstag verwieſen: Wie dann auch 11) der Herzog ſelbſt ſchon gegen den Kaiſer in Handſchreiben ſich erboten, wenn nur Gleichheit unter den Ständen gehalten, und der Vortrag auf dem Reichstag dem Herkommen nach gethan würde, ſein möglichſtes zu thun. Bey welchen Umſtänden dann das Gegentheil thun oder behaupten wollen, 12) nur Verdruß machen und doch keinen Nutzen ſchaffen würde. Bey dieſen Betrachtungen fielen dann die obangebrachten Gründe für die verneinende Meinung meiſtens von ſelbſt hinweg, wie dann in Anſehung einiger derſelben inſonderheit nachfolgendes zu betrachten ſtehe: ad 3) daß es hier nicht aufs gewinnen, ſondern auf das nicht verlieren ankomme. ad 4) daß es doch beſſer ſey, den Catholiſchen, als den Türken einen Zuwachs zu gönnen. ad 5) ſey es ja auf keine vernünftige Weiſe zu befürchten, daß die Ungarn, wenn ſie durch die Teutſchen von den Türken errettet worden, ſich gerade gegen ihre Erretter wenden, und nicht vielmehr an den Türken zu rächen ſuchen ſollten. ad 7) ſey es freylich, aber durch eigne Schuld der Stände, wahr, daß man von der Türken Forderungen und Urſachen des Kriegs keine rechte Nachricht habe: unterdeſſen ſey doch allemal die Vermuthung für den Kaiſer. ad 8) hätte man den leidigen erſchöpften Zuſtand und großen Verluſt des T. Reichs vorher bedenken ſollen, da-

J. Chr. 1597 Brſchw. Wolfenbüttel. Inſtr. mit ſie nicht ſo eingeriſſen wäre; vorjeßt aber müſſe man dem dringendſten Uebel helfen, doch freylich bey der Hülfe den eigenen Nothſtand vor Augen haben. ad 10) könne die Reichsverwirrung nicht entgegenſtehen. Dieſer müſſe freylich, aber zugleich mit der Türken-Gefahr, begegnet werden. 11) Daß eine Schuldigkeit aus der Türkenhülfe gemacht werden wollte, davon ſey wenigſtens in dem letzten Ausſchreiben des K. nichts enthalten, könne auch in dem Reichs-Abſchied desfalls das gehörige eingerückt werden.

Der zweyte Gegenſtand wäre: ob man, des Kaiſers Anſinnen nach, die wichtigen Gegenſtände der Juſtitz und der Münze, wie auch der im Jahr 1594. übergebenen Religions-Beſchwerden, und mehrere auf einen Reichstag gehörige Gegenſtände, ſo gutwillig jetzt hintanſetzen und auf einen Deputationstag verweiſen laſſen ſolle? Man könne wol eines theils dahin ſtimmen, weil 1) das Kaiſerliche Ausſchreiben dahin gerichtet. 2) Weil die größte Noth anjetzo wegen der Türken ſey, welcher vor allen Dingen abgeholfen werden müſſe. 3) Weil die Kreiſe ſelbſt deswegen eben um einen Reichstag gebeten. 4) Weil der Kaiſer ſich von ſelbſt erboten, alle dieſe wichtige Gegenſtände auf einem Deputationstage vorzunehmen, wie ſolches ſchon mit mehreren auf den Reichstägen nicht erledigten Gegenſtänden geſchehen ſey. Allein, mit weit mehrerem Grunde könne man dagegen ſtimmen: 1) Weil das Ungariſche Kriegsweſen das Reich nicht geradezu angehe, ſondern alles, was darinne geſchehe, blos eine mitleidentliche Hülfe ſey, mithin wenigſtens nicht gefordert werden könne, daß auf dem Reichstag allein und gleich anfangs von dieſem Kriegsweſen gehandelt, die nothwendigen

Reichsſachen aber aus den Augen geſetzt werden J. Chr.
ſollten. 2) Weil es nie, auch im Jahr 1542, 1597
wo doch zwey Reichstäge waren, geſchehen, daß Brſchw.
eine dergleichen Verſammlung blos von wegen des Wolfen-
Türken-Kriegs gehalten worden, mithin dieſes büttel.
eine gefährliche Neuerung wäre. 3) Weil es Inſtr.
nicht rathſam, das auswärtige Feuer zu löſchen, dabey aber das innerliche fortglimmen zu laſſen. 4) Seyen die Beyſpiele der Vorfahren vorhanden, welche nicht anders ſich des Türkenkriegs annehmen wollen, als daß auch die einheimiſchen Sachen vorgenommen würden. 5) Weil theils Sachen ſchon auf Deputationstagen vorgeweſen, und an K. und Reich verwieſen worden, theils aber mehr auf Vergleich als auf Entſcheidung beruhen, wozu dann das ganze Reich, nicht die Deputirte allein gehörten. 6) Weil daher, daß man anfangs keinen Reichstag anſtellen, ſondern geſetzwidrig die Kreiſe einzeln zur Hülfe bereden und anlegen wollen, wie auch aus dem bey dem Deputationstag zu Speier 1595. vorgefallenen deutlich genug zu ſehen, wohin das ewige Verſchieben der Reichsſachen abziele, und daß viele die Sachen nichts richtiggemacht und verglichen haben zu wollen ſchienen. 7) Weil, je mehr die Stände durch die vielen Türkenhülfen nach und nach erſchöpft worden, je weniger desfalls zu erhalten ſeyn werde. 8) Weil der Kaiſer ſelbſt etliche Sachen, als **Oldenburg** ad **Kniphauſen**, auf den jetzigen Reichstag verſchoben. Gegen welches alles dann die obangeführten Gründe der bejahenden Meinung insgeſammt keinen Sich hielten. Denn ad 1) könne durch das Kaiſerliche Ausſchreiben die Natur des Reichstags nicht verändert werden. ad 2) könne die große Gefahr, wegen welcher freylich zuerſt die Berathſchlagung anzuſtellen, doch

J. Chr. 1597 Br. ſchw. Wolfen-büttel. Inſtr.

doch nicht hindern, daß nicht nachhero auch von andern Reichsnothdurften geredet, nicht aber dieſe auf den nächſten Deputationstag verwieſen werden. 3) Würden auch gewiß die Kreiſe, ſo ſich, um von der Türkenhülfe insbeſondre zu handlen, einen Reichstag erbeten, gewiß nicht es unter der Bedingung gethan haben, daß dorten gar nicht von andern nothwendigen Sachen gehandelt werden ſolle. 4) Weil aus dem, was auf das gleiche Erbieten des K. im Reichsabſchied 1594. erfolget, auch auf das, was künftig erfolgen werde, zu ſchließen; nemlich daß nach vergeblichem Zeit- und Koſten-Aufwand die Sachen wieder auf den Reichstag zurückgewieſen werden würden. Item ſeyen zwar ſonſten auch einige, aber nie alle Sachen, und nie ſchon in dem Ausſchreiben ſelbſt, ſondern durch gemeine Berathſchlagung der Stände, auf Deputationstage verwieſen worden.

Die dritte Frage ſey: Ob, wenn der Kaiſer nun doch auf dem Ausſchreiben beſtehen wollte, und darin etwan von vielen Ständen Beyfall hätte, man alsdenn ganz unverrichteter Dinge davongehen, oder wie man ſich verhalten ſolle? Unverrichteter Dinge davonzugehen, heißt es in dem Gutachten, könne man nicht rathen. Hingegen hielte man für gut, wenn ſich die Stände, wenigſtens die Proteſtanten, dahin verglichen, dem K. zu erklären: daß man zu der Türkenhülfe nicht anders ſchreiten wolle, der K. verpflichte ſich dann, gegen kommende Pfingſten einen andern Reichstag auszuſchreiben, ihn perſönlich zu beſuchen, und daſelbſt alle Streitigkeiten zwiſchen beiderley Religionsverwandten, die nicht zu rechtlicher Entſcheidung ſtünden, gütlich ausmachen zu helfen; zu welchem Ende dann auch alle Stände, bey Verluſt ihrer Seſſion, in Perſon, mit einer

kleinen

kleinen vorgeſchriebenen Begleitung, zu erſcheinen, J. Chr.
zu berufen wären, darnach dann auch die dem K. 1507
allein zu heben zuſtehende Beſchwerden von ihm Brſchw.
gehoben, die anderen aber durch Beyhülfe der Wolfenbüttel, Inſtr.
Reichsſtände niedergelegt werden ſollten.

Viertens ſey zu bedenken, ob man wegen des Türkenkriegs blos die in dem Ausſchreiben bezweckte Fortſetzung deſſelben, oder auch den etwa zu machenden Frieden, auf die Bahn bringen ſolle? Für die bloße Fortſetzung wären nachfolgende Gründe; 1) Das Kaiſerliche Ausſchreiben, von welchem nicht wohl abgegangen werden könne, zumal 2) ſolches mit Bewilligung der Churfürſten geſchehen. Wie dann auch 3) überhaupt die Stände das Recht nicht hätten, dem K. vorzuſchreiben, was vorzubringen ſey? 4) Weil der K. des Kriegs Zuſtand und alſo der Fortſetzung Nothwendigkeit am beſten wiſſe. 5) Weil der K. zur Friedensmachung der T. Stände nicht bedürfe. 6) Weil auch vielleicht die Türken, wenn ſie etwa vernähmen, daß die Stände zum Kriege nicht geneigt, nur deſto trotziger werden könnten. Gegen dieſe Gründe könnten aber folgende mit Recht angeführt werden: 1) Sey die Frage, ob der Krieg dann noch nothwendig, oder auch auf einen leidlichen Frieden zu denken ſey, quaeſtio praejudicialis, und dieſe um ſo mehr zu betrachten, damit nicht aus den beſtändigen freywilligen Beyträgen, ſo oft der K. ſie verlangte, endlich eine Art von Schuldigkeit gemacht werde. 2) Ueberhaupt müſſe man bey jedem Kriege bedenken, ob er nothwendig? Welches auch 3) ſogar bey barbariſchen Völkern zu geſchehen, und öfters ein mittelmäßiger Friede dem Krieg vorgezogen zu werden pflegte. 4) Weil durch Hintanſetzung dieſer Frage den Ständen alle

Gele-

J. Chr. 1597 Brſchw. Wolfenbüttel. Inſtr.

Gelegenheit, des Reichs und der ganzen Chriſtenheit Nothdurft zu bedenken, abgeſchnitten werde, u. ſ. w. Wogegen dann die obgemeldeten 6 Gründe keine rechtmäßige Hinderniß machen könnten. Dann ad 1) ſey der Grundſatz wahr, doch könnten quaeſtiones praejudiciales nicht ausgeſchloſſen werden, die ſich ſo von ſelbſt darböten. ad 2) Wenn auch ſchon bey den Churfürſten mit ſtehe, einen Reichstag zu beſchließen, ſo ſtehe doch nicht bey ihnen, dadurch nebſt dem Kaiſer die Stände in Anſehung der Sachen, die vorgebracht werden ſollten, ſo zu binden, daß ſonſt nichts bey dem Reichstag, als davon im Ausſchreiben gemeldet, dürfe vorgebracht werden; Wie man dann auch Nachricht habe, daß nicht alle Churfürſten pure eingewilligt, ſondern manche in ihren Schreiben an den Kaiſer ſich nur bedingt erklärt hätten. ad 3) Dem K. ſtehe zwar freylich, wie ſogar geringern Perſonen, ganz frey, was er von den Ständen ſuchen wolle; aber dieſen ſtünde auch, in willkührlichen Sachen, wie die Türkenhülfe, frey, was und wie ſie in Betreff dieſer geſuchten Sachen handeln wollten. ad 4) Da die Stände mit zum Krieg geben ſollten, ſo müßten ſie auch über die Nothwendigkeit fragen dürfen. ad 5) ſeyen pax et bellum correſpectiva. Wer alſo um das eine gefragt werde, dürfe von ſelbſten auch wegen des erſten mitreden. ad 6) bewieſe dieſes einestheils zu viel, dann ſonſten nie ein Theil ſich zuerſt zum Frieden geneigt erweiſen dürfe. Hingegen ſey anderntheils vielmehr zu erwarten, daß, wenn der K. ſich billigerweiſe zum Frieden geneigt erwieſen, und die Türken dann nicht wollten, nicht allein das Reich mit allen Kräften, ſondern auch die übrigen chriſtlichen Mächte, ſich der Sache mitannehmen würden, da dann erſt

etwas

etwas rechtes ausgerichtet werden könnte. J. Chr. 1597
Nun alſo

Fünftens, die Frage, ob der Krieg fortzu- Brſchw. Wolfenbüttel. Inſtr.
ſetzen, oder Friede zu ſuchen? ſelbſt belangend, ſo ſeyen für den Krieg nachfolgende Gründe. 1) Weil der K., den Ungarn zunächſt angehe, die Fortſetzung deſſelben in ſeinem Schreiben für bekandt angenommen. 2) Weil es mit Bewilligung der Churfürſten geſchehen. 3) Weil es nicht rathſam, da der Türke viele Feſtungen noch in Ungarn inne habe, vom Frieden zu handeln. 4) Weil ſolcher ohnehin den Frieden nicht lange halte, ja 5) ſogar im Frieden ſelbſt noch manchmal wegnehme. 6) Weil er dann nicht Ungarn allein, ſondern auch Teutſchlands eigene Mauern mit angreife. 7) Weil derſelbe, dieſe Zeit her, doch auch vieles Volk verlohren, alſo deſto eher gegen ihn etwas ausgerichtet werden könne. 8) Weil vielleicht jetzt eben der rechte Zeitpunct etwas zu gewinnen ſey, da auch die Perſer mit großer Macht gegen die Türken ziehen wollten. 9) Weil man ſich dadurch gegen die ganze Chriſtenheit und die Nachkommenſchaft ſehr verdient mache. Für den Frieden aber ſtritten folgende, vielleicht wol überwiegende Gründe: 1) Weil auch ein ſchlechter Friede überhaupt beſſer, als ein ungewiſſer Krieg. 2) Weil das Teutſche Reich ſich nicht principaliter mit einlaſſen, noch mit großer Macht helfen könne, der K. aber und Ungarn alleine zu ſchwach etwas rechtes auszurichten. 3) Weil Spanien, das doch der Türkenkrieg, nach dem Kaiſer, am meiſten angehe, nicht dorthin, ſondern gegen Frankreich und England ſeine meiſte Macht angewendet, mithin leicht abzuſehn, wohin die Fortſetzung dieſes und des Ungariſchen Kriegsweſens endlich gemeinet, und daß ſich Teutſchland

davon

J. Chr. 1597 Urſchw. Wolfenbüttel. Inſtr. davon nicht viel gutes auf die letzt zu verſprechen habe i). Daher es beſſer, wo nicht an beiden Orten, doch hier, zum Frieden zu rathen, und ſeine Kräfte zu ſeiner eignen Sicherheit zuſammenzuhalten. 4) Weil verſchiedene Mächte in dieſem Krieg gegen die Türken gar nichts gethan, ja ſogar ſich demſelben heimlich geneigt bezeugen, als Venedig und Pohlen. 5) Weil das Reich, wegen der Niederländiſchen Unruhen, ohnehin ſchon große Abgaben habe, beiderley aber zu tragen faſt außer Stand ſey. 6) Weil das Reich durch die große Theurung, wie auch durch die Sterbensläufte, ſo gar viel gelitten und noch leide. 7) Weil die Erfahrung zeige, daß manche, die ſo ſehr auf die Fortſetzung des Kriegs dringen, mehr hierunter ihren eigenen großen Staat zu führen k) und ſonſt eigenen Vortheil, als etwas rechtes gegen die Türken auszurichten ſuchten. 8) Weil der Feind nach jetzigen Umſtänden, bey fernerem Kriege eher vordringen als zurückgetrie-

ben

i) Aus dieſen auch in dem Extenſo nicht weiter ausgeführten Worten, ſcheinet ſo viel hervorzuleuchten, daß man befürchtet, der Kaiſer ſey mit Spanien heimlich im Verſtändniß, daß, indem letzteres die Kronen Frankreich und England, als der Proteſtanten Stützen, durch Krieg abmattete, der K. mit den Proteſtanten in Teutſchland ein gleiches durch den Türkenkrieg thue, damit man ſodann ganz freye Hände zu ihrer Unterdrückung habe.

k) Auch dieſe verborgene Worte, ſind nicht weiter ausgeführt. Auf den Kaiſer ſelbſt können ſie nicht wohl gehen, weil dieſer durch eine gefliſſentlich ſchläfrige Führung des Kriegs weit mehr gegen die Türken verliehren mußte, als ihm das teutſche Geld nutzen konnte. Vielleicht gehet es auf einen der Generale, der aber mit nichts bezeichnet iſt.

ben werden würden, mithin der Friede rathſa- J. Chr.
mer. 9) Weil die Gränzfeſtungen des Kaiſers, 1597
in Ungarn und Teutſchland, in ſchlechtem Stande, Brſchw.
nebſt dieſem auch ſeine Unterthanen, der Religions- Wolfen-buttel. Inſtr.
Bedrückungen halber, äußerſt ſchwierig; mithin von letzteren keine ſcharfe Gegenwehr, ja wol gar ein Abfall, zu erwarten. Wegen welches alles zu bedenken, „ob nicht gegen Abtretung einiger „anderer Stücke etwan die beiden Haupt-Feſtungen „(Raab und Erlau) wieder herbeygebracht, „der Friede geſchloſſen, und dann im Frieden für „die Herſtellung der Feſtungen mit Eifer geſorgt „werden ſolle.„ Dagegen dann die obbemeldeten Gründe, für den Krieg, nicht Stand halten könnten; erwogen, ad 1) et 2) ſolches ſchon oben, bey der vorigen Frage, beantwortet worden. ad 3) könne man ſolches eher in contrarium retorquiren, nemlich, da man dem Feind zu der Zeit, als man die Feſtungen noch hatte, nicht Widerſtand thun, ſomit ſie ſelbſt nicht behaupten konnte, wie man nun mit Wahrſcheinlichkeit ohne ſolche den Krieg mit Glück werde fortſetzen können? ad 4) ſey zwar dieſe Beſchuldigung alt; allein ob ſie gegründet, ſey eine andere Frage; da ja mit Venedig, Polen, und ſonſten, die Türken Frieden hielten; daher es auch nöthig wäre, um von der Sache zu urtheilen, was die Türken desfalls gegen die Ungarn ſagten, und ob von dieſer Seite nicht auch manchmal, ohne des Kaiſers Wiſſen und Willen, Anlaß zum Krieg gegeben werde? Um ſo mehr, als die Papiſten ja gegen ihre eigene Mitchriſten manchmal ſo friedensbrüchig verfahren. ad 5) So ſeyen auch die Einfälle und Streifereyen in Friedenszeiten, (die doch wol von Seiten der Ungarn auch geſchähen) darum nicht gleich dem Türkiſchen Kaiſer zur Laſt

J. Chr. 1597 Brſchw. Wolfenbüttel. Inſtr.

zu legen, und als eine Urſache des fortzuführenden Kriegs anzuſehen, um ſo mehr als ja im T. Reich dergleichen auch genugſam vorgiengen, ingleichen gegen das Reich bey Gelegenheit des Niederländiſchen Kriegs, worüber doch kein Menſch Krieg von Reichswegen anzufangen gedächte. ad 6) ſey noch nicht bewieſen, daß der Türk würklich zum T. Reich gehörige Orte angefallen, wenn ſchon das Gerücht davon erzähle, auch in dem K. Ausſchreiben nichts davon enthalten, ſo doch gewiß geſchehen ſeyn würde, wenn zweifelloſe Beweiſe davon vorhanden wären. Und wäre es auch wahr, wie dann vielleicht es wenigſtens auf die Zukunft durch die viele Türkenhülfen am erſten veranlaßt werden könnte, ſo wäre dieſes ein Grund mehr, um zum Frieden zu rathen. [1]) ad 8) ſey es mit der Perſiſchen Hülfe etwas ganz ungewiſſes, ja wegen des angegebenen Geſandten ſchlechten Aufzugs gar verdächtiges. Und ſollte es auch würklich wahr ſeyn, ſo wären die Türken, ſamt ihren Schutzverwandten und zinsbaren Fürſten, ſo mächtig, daß ſie wol beide Kriege zugleich aushalten könnten.

Sechstens, auf den Fall aber, daß ja für den Krieg geſchloſſen werde, frage ſich: wie derſelbe am beſten fernerhin anzugreifen? Ob nun wol dieſes vorzüglich von Kriegsverſtändigen Leuten zu überlegen ſey, ſo könnten doch auch andere ſo viel ſehen, daß das bisherige Kriegsweſen nicht recht angegriffen worden, daher dann vorzüglich auf einen rechten tapfern Befehlshaber zu ſehen, der freye Macht habe, (z. B. den Grafen Philipp von Hohenlohe, oder den Grafen von Solms, der bey den Staaten in Dienſte befindlich,) von einer oder der andern Religion, dem aber

1) ad 7. fehlet die Antwort.

aber einer von der anderen zugegeben werden J. Chr.
könnte, wobey dann auch mehrere tüchtige Offi- 1597
ciere, ohne Unterſchied der Religion angenom- Brſchw. Wolfen-
men werden müßten; nebſt dem ſey auf mehreres büttel. Inſtr.
Geheimniß zu ſehen, und an dem erſten, den
man als einen Verräther befände, die ſchärfſte
Strafe auszuüben, u. ſ. w. Weiter frage
ſich es,

Siebentens, wie man helfen ſolle? ob mit Geld, oder mit Volk, oder mit beiden zugleich? Letzteres ſey nicht wohl zu rathen, weil 1) es dem Reich zu koſtſpielig, auch gefährlich ſey. 2) Weil es überhaupt noch nie geſchehen. 3) Weil es ſchon 1594. zwar geſucht, aber von allen Ständen abgeſchlagen worden. 4) Weil ſonſten zu befürchten, daß das Volk zwar gegen die Türken gebraucht, das Geld aber ſonſt verwendet werden möchte, wie es zum Theil bey der letzten auf dem Reichstag beſchloſſenen Geldverwilligung und darauf von den Kreiſen beſonders bewilligten Volkshülfe geſpüret worden. Mit Geld alleine zu helfen, ſey auch nicht rathſam, eben wegen des möglichen Mißbrauchs. Mit Volk alleine zu helfen, habe dieſe Unbequemlichkeit, daß der eine viele, der andere wenig, oder gar nicht taugliche Leute ſchicken möchte. Derohalben ſey, da doch eines von dieſen Mitteln gewählt werden müßte, wol das rathſamſte, auch dismal wiederum auf Geld, aber alſo zu ſtimmen, daß daſſelbe nicht dem Kaiſer, ſondern einem dazu beſonders in des K. und Reichs Namen zu beſtellenden Pfennigmeiſter, gegen deſſen Quittung, geliefert, von dieſem Geld eine gewiſſe Anzahl tüchtiger Leute geworben, eine Beſtallung mit ſelbigen gemacht, davon dem Kaiſer und den Kreisausſchr. Fürſten die Abſchrift geſchickt, und in

J. Chr. Gemäßheit derſelben jährlich um Weihnachten
1597 von der Verwendung Rechnung gethan wer-
Brſchw. Wolfen- den ſolle.
büttel. Inſtr.

Achtens, wenn Geld verwilliget werde, ſo ſey weiter, in Anſehung der Art des Erhebens zu bedenken, ob es nach dem Römer-Monat, oder nach dem gemeinen Pfenning, oder ſonſt aufgebracht werden ſolle. Und zwar ſo ſey der gemeine Pfenning zwar ehemals zum Muſter genommen, damit aber ſo ungleich zu Werke gegangen worden, daß man 1594, als der K. wieder den Antrag auf ſolchen gethan, es einmüthig verworfen habe.[t] Andere Wege inſonderheit, die wegen der ärmeren Claſſe Menſchen am beſten wären, würden wol verſchiedene zu erfinden ſeyn, wenn nur unter den Ständen überhaupt, ja nur unter denen der A. C., ein mehreres Vertrauen herrſchte; da aber dieſes nicht ſey, ſo würde man mit dergleichen Vorſchlägen nichts nutzen, und noch ſchlechten Dank verdienen, daher es beſſer ſey, mit ſolchen ganz zurück zu bleiben, und auf den Anſchlag nach dem Römerzug zu ſtimmen. Hiebey frage ſich dann

Neuntens: Wenn nun auf Römer-Monate die Verwilligung geſchähe, wieviel derſelben eigentlich zu bewilligen, und wie es mit den Retardaten zu halten? Nun ſeyen zwar einige Stände der Meinung, daß man nichts neues, ſondern die bloße ſchnelle Einbringung der Reſtanten von der vorigen Verwilligung vom Jahr 1594. beſchließen ſolle. Da aber, wie leicht zu erachten, der K. ſich hiemit nicht werde begnügen laſſen, als wozu es keinen beſondern Reichstag auszuſchreiben bedurft hätte, ſo müſſe man doch neben jenem auf etwas weiteres bedacht ſeyn, wozu denn etwa 20-24 Monate, unter gewiſſen

obbe-

obbemeldeten Bedingungen zu bewilligen, hinläng- J. Chr. 1597
lich ſeyn werde. Brſchw. Wolfen. büttel. Inſtr.

Zehntens: Wenn aber nun etwan Friede gemacht werde, ob dennoch auch auf dieſen Fall die Reſtanten von 1594. und noch ein weiteres zu bewilligen? Ob nun wol es, in Anſehung des erſteren, von ſelbſt ſich verſtehen ſollte, quod ceſſante cauſa ceſſet effectus, demnach auch bey gemachtem Frieden das Nachzubringende der Natur der Sache nach wegfiele; ſo ſey dennoch deshalb nichts zu erhalten Hoffnung, weil ſolches, wie lange die Contribution währen ſolle, im Reichsabſchied ausgelaſſen, und deſſen unerwogen, anſtatt gemeiner Reichsſtände, von etlichen Deputirten unterſchrieben, alſo publicirt und in Druck gegeben worden, ungeachtet damals etliche wenige Stände dagegen proteſtirt hätten. Wegen des zweyten aber ſey zu bedenken, daß doch der Friede, falls er auch zu Stande kommen ſollte, nicht ſogleich gemacht iſt, ferner auch die Zeit gleich nach demſelben nicht ohne große Koſten, ſonderlich wegen der Feſtungs-Reparaturen, zu ſeyn pflegt, mithin man ſich auch in ſolchem Fall einer Verwilligung von 10-12 Monaten nicht werde entbrechen können; wobey man jedoch wegen der Folgen, daß die Hülfe nicht zur Schuldigkeit werde, und daß das Geſuch um particular-Kreishülfen eingeſtellt werde, ſich im Reichsabſchiede wohl verwahren müſſe.

Eilftens: Was nun die zum Theil ſchon obberührten Bedingungen, unter welchen die Verwilligungen zu thun, betreffe, ſo müſſe noch inſonderheit eine davon dieſe ſeyn, daß der Religionsfrieden von 1555. im R. A. beſtätigt, ſodann die nöthige Vorſehung wegen Erhebung der Steuern getroffen werde, damit niemand, der ſie

J. Chr. 1597 Brſchw. Wolfenbüttel. Inſtr.

bisher gegeben, unter dem Schein einiger Exemtion oder ſonſten ſie jetzt zu geben verweigern dürfe, ſondern mit ſeiner Befugniß zur Citations-Klage an das Kammergericht gewieſen werde.

Zwölftens: Die Neben-deliberanda betreffend, ſo thue man in Anſehung der Aachiſchen Sache, des gefangenen Marſchalls von Pappenheim, des Ausgebots der Engliſchen Kaufleute, und der drey zur Hülfe des Weſtfäliſchen Kreiſes zu hebenden Monate, am beſten, ſich nach dem Schluſſe der übrigen Proteſtantiſchen Stände zu richten. Wegen der 1000 Pferde aber, die im Jahr 1595. vom Niederſächſiſchen Kreiſe nach Ungarn geſchickt worden, könne man ſich auf das, was man allbereit gegen die N. S. Kreisſtände, gegen Chur-Sachſen und Brandenburg, ja gegen den Kaiſer ſelbſt erklärt, berufen, auch dabey anzeigen, daß der K. damit endlich zufrieden geweſen, u. ſ. w. Wegen der Grubenhagiſchen Erbſchaft ſolle man ſich auf die gepflogene gütliche Unterhaltungen, auf die vom Herz. zu Lüneburg bey dem Kammergericht angefangene Rechtshandlung ꝛc. berufen. Wegen Heſſen, Radolfshauſen halber, wegen Mainz und Keſtlingerode, wegen Schwarzburg und Stollberg, wegen Lothringen, wegen Polen, wegen Hollſtein, die Grubenhagiſche Erbſchaft betreffend, wegen Saldern et Conſortium m) ſolle man ſich nicht weit einlaſſen, ſondern ſich mit dem Kaiſerlichen Ausſchreiben, mangelnden Inſtruction, u. ſ. w. zu entſchuldigen ſuchen.

Nicht

m) Ueber alle dieſe Gegenſtände findet ſich in der ganzen Inſtruction kein Wort weiter.

Nicht ſo weitläufig, aber freylich auch nicht J. Chr.
ſo reichhaltig, iſt die von dem Herzog **Franz** zu 1597
Sachſen-Lauenburg, dem obbemeldeten Kanz- Sachſ. Lauenb. Inſtr.
ler **Jagemann**, und D. **Hildebrand Giſeler Rhumann**, als von ihm zugleich mitbevollmächtigten Braunſchweigiſchen Geſandten, mitgegebene Inſtruction [n]), von welcher ebenfalls, da dergleichen Aufſätze viel Licht über die Berathſchlagungen ſelbſt verbreiten, hier das wichtigſte in der Kürze folget. Zuerſt ſolle die Geſandtſchaft ihn mit den Niederländiſchen, wie auch einigen in ſeinen eignen Landen durch die Ritterſchaft erregten Unruhen, wegen perſönlichen Erſcheinens entſchuldigen. Die zu thuenden **Verwilligungen** belangend, ſo ſollten ſie darauf ſehen, daß von allen Ständen und Kreiſen Gleichheit im Bewilligen gehalten, auch denen, die von 1594. her noch nichts erleget, desfalls ihre Schuldigkeit noch nachzuholen, ſcharf aufgelegt werde. Da auch bekandt worden, daß bey der bisherigen **Kriegsführung** in Ungarn große **Verrätherey** und Untreue vorgewaltet, und ſolche an dem unglücklichen Lauf des Kriegs am meiſten Schuld gehabt hätte, ſo müſſe man vorzüglich dahin trachten,

 daß

n) Sie ſtehet in den Actis Comitial. Wolfenb. Faſc. III. n. 3. Uebrigens muß es alſo damals ſchon richtig geweſen ſeyn, daß der den 2. Dec. noch die Geſandtſchaft von ſich, in ſeinem Gutachten, ablehnende Jagemann, doch auf den Reichstag gehen würde. Dieſes Datum der Inſtruction heißt: Geben auf unſerm Hauſe Lauenburg, den 9. Nov. 1597. Die Unterſchrift, bey welcher ein kleines, wie ein guter Groſchen großes, auf der die Inſtruction zuſammenheftenden Schnur aufgedrucktes Siegel ſtehet, heißt ganz kurz, Franz H. z. Sachßen. Sie beträgt zwey und einen halben ziemlich eng geſchriebene Bogen.

J. Chr. 1597 Sachſ. Lauenb. Inſtr. daß alle verdächtige Leute alſo gleich vom Heer weggeſchafft, nebſt dieſem ſolche Officiere zu Befehlshabern angeſtellt werden, die keinen Gefallen an Verlängerung des Kriegs hätten. Ferner müſſe genaue Mannszucht gehalten, die Meutereyen aufs ſchärfſte verboten und geſtraft werden, ſo aber 1594, da der Herzog ſelbſt in Ungarn geweſen, nicht geſchehen. Und wann auch im würklichen Feldzug nicht alles gebührlich geſtraft werden könne, ſo müßten doch dergleichen Verbrecher bey der Rückkunft nach Teutſchland dem Kriegsrecht und der Beſtrafung nicht entgehen. Ferner hätten die Geſandten vorzuſtellen, daß einige von der dem Herzog unterworfenen Ritterſchaft, den ihnen zuſtehenden Antheil an der Türkenſteuer zu erlegen ſich geweigert, demohngeachtet Er, der Herzog, auf das ganze von ſeinem Lande rückſtändige durch fiſcaliſche Proceſſe getrieben worden, hierauf gegen dieſe Widerſpenſtige auf ſein Anrufen ein mandatum S. C. ſub poena dupli beſchloſſen worden, ſolches aber nicht befolgt, und unter allerhand unrechtmäßigen Ausflüchten die Steuer noch immer zurückgehalten werde; mithin es höchſt nöthig ſey, wenn zumal der Herzog auch jetzt wieder etwas neues verwilligen und erlegen ſollte, daß zu dem Ende dieſem Unweſen geſteuert, feſt über dem Mandat gehalten, auch keine Weiterung in dieſerley Angelegenheiten verſtattet würde, zumal die Widerſpenſtigen ja am Kammergericht klagen, und den Erſatz, wenn ſie ja wider Vermuthen Recht behalten ſollten, von dem Herzog unfehlbar gewärtig ſeyn könnten. Geſchähe aber dieſem Verlangen kein Genüge, ſo könne der Herzog ohnmöglich alles das verwilligte liefern, auch ihm die Auslage billigerweiſe nicht zugemuthet werden. Ferner, da Teutſchland eine Zeit hero

hero ſehr an Mannſchaft abgenommen habe, ſo J. Chr. 1597
ſey darauf mit anzutragen, daß das gemeine Sachſ.
Volk, in aller Stände Landen, in den Waffen Lauenb.
geübt, auch denen darunter, ſo ſich beſonders Inſtr.
gut dazu anſchickten, einige Verehrung gegeben werde, um ſie im Fall, daß der Türken Macht zunähme, denenſelben entgegenſetzen zu können. Uebrigens ſollten ſich die Geſandten, in Anſehung der Reuterbeſtallung, Verordnung wegen der Lebensmittel, und ſonſten, nach den meiſten Stimmen, ſonderlich aber nach dem Braunſchweig-Wolfenbüttelischen Votum richten. Schließlich, da nach dem Kaiſerlichen Ausſchreiben alle andere ſonſt auszumachende Sachen auf den künftigen Deputationstag verwieſen werden ſollten, ſo hätten ſie wegen alles, ſo des Herzogs Rechte, in der Seſſion, der Zölle halber, und ſonſten, angienge, zu proteſtiren, daß ſie durch ihr dismaliges Stillſchweigen ihm nichts vergeben, ſondern alles in ſalvo behalten haben wollten.

Vielleicht wird es manchem meiner Leſer, ja wol den meiſten derſelben, nicht unangenehm ſeyn, auch aus der Chur- und Herzoglich Sächſiſchen Geſandten freylich mit faſt unerträglicher Weitſchweifigkeit gefaßten Inſtructionen das vornehmſte hier zu leſen o). Den Churſächſiſchen Geſandten wurde von dem Herzog Adminiſtrator p) anbefohlen: Sie ſollten

 ſich

o) Sie ſtehen beide in dem Cod. mſc. Act. Comit. Senkenb. n. 2. 3.

p) Friedrich Wilhelm, Herzog zu Sachſen, Stifter der Altenburgiſchen Linie, welchen der ſterbende Churfürſt Chriſtian der I. zum Vormund ſeines unmündigen Churprinzen Chriſtian des II. beſtellt hatte. S. oben N. T. R. Hiſt. XVI. Th. Seite 111.

J. Chr. 1597 Inſtr. der Churſ. Geſ. ſich gleich nach ihrer Ankunft bey Chur-Mainziſcher Kanzley angeben, um ihr Creditiv und Vollmacht zu überreichen. Sodann ſollten ſie auch bey dem Erzh. Matthias um Audienz anſuchen, ihr Creditiv übergeben, auch dabey anbringen, daß der Herzog Adminiſtrator gerne ſelbſt den Reichstag beſucht hätte, wenn nicht die Verwaltung der Chur Sachſen, ſamt der Regierung ſeiner eigenen Lande, jetzo ſeine Gegenwart zu Hauſe erforderten. Nach dieſem ſollten ſie ſich erkundigen, was für Stände allbereit angekommen wären, oder noch ſchicken würden, auch was ſonſt ſchreibenswerthes vorgefallen, und ſolches alles auf der Poſt, ſo deshalber verordnet werden ſolle [q]), von Zeit zu Zeit berichten. Da auch von Alters Herkommen ſey, daß der Erbmarſchall von Pappenheim die Rechte des Erzmarſchall-Amtes wahre, und nebſt dem Kaiſerlichen Quartiermeiſter die Einquartierung u. dergl. beſorge, wesfalls dem Gr. Alexander, als jetzigem Aelteſten dieſes Hauſes, das nöthige zugegangen, auch an die Stadt Regenſpurg geſchrieben worden, ihm hülfreiche Hand zu leiſten. Wegen der Taxirung der Lebensmittel, wenn dergleichen nöthig ſey, ſolle es beym alten gelaſſen werden. Die Streitigkeiten zwiſchen der Stadt Regenſpurg und dem vorigen Erbmarſchall, Konrad von Pappenheim, angehend, hoffe man, daß die Stadt, da der Kaiſer ein proviſional-Decret [r]), mit Vorbehalt der rechtlichen Be-

q) Wie dieſe hernach würklich angeordnet worden, zeiget das Verzeichniß der Poſtſtellen von Regenſpurg nach Annaberg, ſ. d. ſo in meinem Cod. Act. Comit. Mſc. n. 10. ſich befindet, und aus dreyzehn Poſtwechſelungen beſtehet.

r) S. von demſelben N. T. R. Hiſt. XII. B. S. 23.

Befugniſſe, gemacht habe, dismal keine Bewe- J. Chr.
gung machen werde. Doch ſollten die Geſandten, 1597
auf allen Fall, hierüber mit dem Erbmarſchall Churf. Inſtr.
ſprechen, und wachen, daß den Gerechtſamen nichts vergeben werde, jedoch ohne unnöthigen Zank anzufangen, oder die Geſchäffte aufzuhalten. Dieweil es auch der Anſage und Umfrage halber, auf dem Reichstag, zwiſchen Mainz und Sachſen manchmal Streit geſetzet, ſo ſolle dieſer möglichſt vermieden, und es bey dem Reſcript Churf. Auguſts [s]) gelaſſen werden. In Betreff des Hauptvortrags des Kaiſers, der von der Türkenhülfe ſeyn werde, ſolle man zuerſt dem Erzh. Matthias zu bedenken geben, daß, nach ſo vielen Verwilligungen, man nichts mehr wünſchte, als einen Frieden oder auch Stillſtand mit den Türken gemacht zu ſehen, und daher der Kaiſer um Beförderung eines oder des andern inſtändigſt erſucht werde. Da aber dergleichen vor jetzo wol noch nicht erlangt werden könne, ſo ſey allerdings die Noth da, dem K. ſo viel möglich zu helfen. Wenn es nun zu den Berathſchlagungen ſelbſt desfalls käme, ſo ſollten ſie, die Geſandten, allen Ständen doch beſtens vorſtellen, das Mißtrauen gegen einander, und alle Religions- oder politiſche Verhältniſſe hier ganz auf die Seite zu ſetzen, und einzig das Beſte des Vaterlands anzuſehen, auch nicht denken, daß Ungarn das Reich nicht angehe, und man ſich alſo um ſolches nichts zu bekümmern habe. In Hoffnung, daß durch ſolches Zureden die andern Stände

s) d. d. 10. Oct. 1576. . . . . Warum von den Vergleichen, die in dieſer Sache 1529. und 1562. aufgerichtet worden, (Schmaus Corp. J. Publ. I. Th. n. 21. und 39.) gar nichts erwähnt wird, weiß ich nicht zu beſtimmen.

J. Chr. 1597 Churſ. Inſtr. Stände vielleicht bewogen würden, würde es gut ſeyn, die Verſetzung des Teutſchen Ordens an die Ungariſche Gränze wieder auf die Bahn zu bringen, ohne jedoch dem Kaiſerlichen Commiſſarius in ſeinem Vortrag vorzugreifen. Und geſetzt, man könne auch dieſesmal darüber nicht zum Schluß kommen, ſo würde es doch wenigſtens gut ſeyn, zu machen, daß die Sache in Bewegung bliebe, um etwan ein anderesmal was auszurichten [t]). Die Hülfe ſelbſt betreffend, ſo ſey man zwar willig, dieſelbe möglichſt zu befördern, jedoch alſo, daß die bisherigen Mängel bey derſelben Leiſtung vermieden und abgeſtellt würden, da bisher in ſolchen Fällen die Austheilung nicht gleich geſchehen, ja einige Stände gar übergangen worden, oder ſich ſelbſt entzogen, oder nicht eher etwas geben wollen, bis man in ihren privat-Angelegenheiten ihnen genuggethan habe, u. d. gl. Wie dann auch durch dieſes alles eine ſo große Menge Reſtantien aufgewachſen, daß bey manchem es kaum noch werde herausgetrieben werden können. Auch jetzo würden vermuthlich Chur-Trier und Cölln ſich mit Unvermögen entſchuldigen, Chur-Pfalz aber ſonſt [u]) ſich nicht geneigt finden laſſen, worauf dann ſie, die Geſandten, wie auch auf die Geſinnungen der übrigen Stände wohl Acht zu geben

t) Wie ſehr Churſachſen die Sache wegen des Ritterordens am Herzen gelegen, ſehe ich aus einem fragmento inſtructionis an dieſe nemliche Geſandten, d. d. Torgau 21. Febr. 1598. ſo ich unter den Schilteriſchen Collectaneis zum Sächſiſchen Staatsrecht beſitze, nach welchem ſogar darauf angetragen werden ſolle, eine beſondere Reichs-Deputation, von beiden Religionen, niederzuſetzen, um dieſe ſo gar nützliche Sache in Ordnung zu bringen.

u) d. i. wie alle Umſtände zeigen, der Religionshändel halber, ſo noch nicht abgethan.

geben hätten. Die Art, wie der Kaiſer die Hülfe an Geld verlangen würde, ob nach Römermonaten oder nach dem gemeinen Pfenning, ingleichen ob er auch Volk verlangen werde, ſollten ſie ja ebenfalls wohl bemerken. Mit der Volkshülfe würde wol freylich wegen des Mißtrauens und Uneinigkeit der Stände nichts zu Stande kommen. Wegen der Geldhülfe ſey der gemeine Pfenning, ſo wie überhaupt für das Reich, alſo auch inſonderheit für Sachſen nach der Sächſiſchen Verfaſſung nicht rathſam. Wann aber auch auf einen andern Fuß die Hülfe gethan werden könnte, ſo fürchte Churſachſen doch allemal das große Mißtrauen der Stände, nicht nur derer von beiden Religionen, ſondern auch der Proteſtanten unter ſich, welche wegen unterſchiedener privat-Urſachen faſt in eine unverſöhnliche Trennung gerathen, wie dann auch manche mehr zu ausländiſchen und inländiſchen Kriegen und Enteriren mehr geneigt ſeyen, als zur Hülfe gegen den Türken, auch den gar böſen Gedanken r) hegten, als ob Ungarn und der Türkiſche Krieg keinen Einfluß auf das Reich haben könnten. Solle aber etwas gutes ausgerichtet werden, ſo müſſe man theils dieſe böſen Gedanken unterlaſſen, theils überhaupt ſich das Exempel des Orientaliſchen Kaiſerthums vor Augen ſtellen, welches die Türken nicht würden haben bezwingen können, wenn nicht innerliche Uneinigkeiten, die Religions- und politiſche Trennungen veranlaßten, den Weg dazu gebahnt hätten, wegen welches alles dann die Geſandten, damit es jenen Fürſten und dem ganzen Reich nicht einmal auch ſo ergehe, gelegentlich mit Beſcheidenheit Vorſtellung thun könnten. Indeſſen ſollten ſie ſich zum voraus dahin

J. Chr. 1597 Churſ. Inſtr.

r) Dieſer Ausdruck iſt wörtlich aus der Inſtruction.

J. Chr. hin öffentlich erklären, daß ſie nicht ermangeln woll-
1597 ten, im Namen ihrer Herrſchaft alles mögliche, was
Churſ. Inſtr. ohne gar zu große Bedrückung der Unterthanen geſchehen könnte, zu Beförderung der Türkenhülfe zu thun. Zum Anfang ſey gleich zu bedenken und mit den vertrauteſten Geſandten zu überlegen, ob nicht die noch auf zwey Jahre rückſtändige Verwilligung von 1594. etwa dem K. auf einmal zu deſto größerem Nachdruck gegeben werden ſolle. Sollte hernach für gut gefunden werden, dem K. gegen den Türken eine Volkshülfe, wie auch eine Geldhülfe von 30, 60 Römermonaten in einigen Jahren zertheilt, zu bewilligen, ſo wolle man hievon auch nicht abgeneigt seyn. Nur daß dabey niemand verſchont, die alten Reſtanten ohne Unterſchied der Perſonen eingetrieben, der Pabſt und alle Reiche von Europa, ſamt der freyen Ritterſchaft, dazu gezogen, und das verwilligte Geld zu nichts, als würklich zu dieſem Behuf, angewandt werde. Ferner ſollten die Geſandten auch wegen der Vorlage, die Sachſen zu der Türkenhülfe gethan, mit denen vom Niederſächſiſchen, Bayeriſchen, Fränkiſchen und Schwäbiſchen Kreiſe, ſich bereden, und davon berichten, auch weiter davon, ob dem K. die Direction des Kriegs in Ungarn allein gelaſſen, oder auch ein vornehmer erfahrener Kriegsmann von Reichswegen zugegeben werden wolle: Item, wegen Anſtellung eines militis perpetui, ſowol bey jetzigem Türkenkrieg, als auch ſonſt gegen unverſehene Einfälle, weil es mit den Reichstägen doch ſo langſam hergehe, daß man ſowol von wegen jeden Kreiſes, als auch jeder Herr zu Hauſe, recht gerüſtet ſey. Dieſer unvermutheten Einfälle halber ſeyen bereits 1525. von dem damaligen Reichsregiment, wie auch 1541. auf der Zuſammenkunft der Erb-

verbrüderten Häuſer, Sachſen, Heſſen und Bran- J. Chr.
denburg, Vorſehung getroffen worden, die jeder- 1597
mann bekandt ſeyn würde. Inſonderheit aber Churſ. Inſtr.
ſey 1542. y) die Ordnung gemacht worden, daß im Fall einer beſondern Noth die Sächſiſche, Bayeriſche, Schwäbiſche und Fränkiſche Stände mit aller Macht auf gemeine Koſten zuziehen ſollten, ſamt einigen Verordnungen mehr, welche an ſich freylich nur auf die damalige Zeit gemacht worden, aber doch auf die jetzige gar wohl angewandt werden könnten. In den Kreiſen unter ſich, könne man desfalls etwa dasjenige, was 1588. auf den Oberſächſiſchen Kreistagen zu Zerbſt, Wittenberg und Jüterbock z) ausgemacht worden, zum Grunde legen. Inſonderheit ſey auch von der Stadt Wien zu reden, und Rückſicht darauf zu nehmen, ob es nicht gut ſey, daß dieſe Stadt mit einem guten Kriegs-Oberſten und Volk von Reichswegen belegt, und mit Proviant auch Munition verſehen werde. Neben dem Türkenkriege (heißt es ferner in der Inſtruction,) würden zweifelsohne auch die Gravamina, die bereits 1594. zur Sprache gekommen, und in einer Zuſammenkunft zu Heilbronn beſonders getrieben worden, nicht übergangen werden, zumal da Pfalz und Brandenburg in einem eigenen Schreiben den Kaiſer erſucht hätten, der Beſchwerden einiger Stände eingedenk zu ſeyn, und einige Evangeliſche Stände ſich bereits deswegen gemeldet. Ja vermuthlich würden die Pfälziſchen gar eine beſondere Zuſammenkunft der A. C. Verwandten desfalls

y) Auf dem Reichstag zu Nürnberg. S. N. Samml. der Reichsabſch. T. II. p. 474. u. f.

z) Von dieſen Kreistägen hat Häberlin nur einen, nemlich den zu Zerbſt, mit einem Worte erwähnt, N. T. Reichsgeſch. XV. B. S. 65.

J. Chr. 1597 Churſ. Inſtr. falls begehren. Wenn nun dergleichen etwas vorgebracht würde, ſo ſollten die Geſandten mit den weltlichen Churfürſten, auch den Häuſern Sachſen, Brandenburg, Mecklenburg, Pfalz, Würzburg [a]), Pfalzgrafen Richard [b]), Pommern, Heſſen und Würtenberg ſich unterreden, und wie man es wegen der Gravaminum anfangen wolle, aufs beſte überlegen. Sollte aber der Antrag dahin gemacht werden, bey Ueberlegung der Gravaminum den Anhang zu machen, daß man nur unter der Bedingung zur Türkenhülfe verwilligen wollte, wenn dieſen Beſchwerden miteinander abgeholfen würde, ſo hielte man für gefährlich, und nicht thunlich, ſich dabey mit einzulaſſen: wie dann auch in den Jahren 1576. und 82. Churfürſt Auguſt, da ein ſolches auf die Bahn gebracht worden, immer dagegen geweſen, und die wichtigſten Gründe angeführt, warum die Verwilligung nicht bedingterweiſe zu thun ſey; und was für Unordnungen daraus entſtehen würden, wenn alle Reichsſtände ſo verfahren wollten, wozu man nicht mit Anlaß zu geben gemeinet ſey. Demnach ſollten ſie, die Geſandten, mit denen Ständen, mit welchen man ſonſt zu correſpondiren pflegte, auf Mittel denken, wie man dieſe Beſchwerden anbringen, und Hülfe erlangen könne, ohne doch Mißtrauen zu erwecken, und die nothwendige Vorkehr gegen den Türken zu verhindern. Was von Churſachſens wegen bey dem

a) So heißt es in dem ſonſt richtigen und deutlichen Mſcr. Allein allem Anſehen nach muß es Pfalz-Neuburg heißen.

b) Iſt der alte Pfalzgraf Richard zu Simmern, Churf. Friedrichs des III. Bruder, der aber eben noch in dieſem Jahre geſtorben. Hübners Geneal. Tab. n. 139.

dem Reichstag von 1594. desfalls, bey Ueberge- J. Chr.
bung der Gravaminum, erinnert worden, ſey 1597
ihnen bekandt, auch bekandt, aus was Urſachen Churſ. Inſtr.
der Herzog-Adminiſtrator, als um die Zeit der Bewilligung dieſes Reichstags der Churf. von Pfalz eine Zuſammenkunft der Evangeliſchen dieſer Beſchwerden halber vorgeſchlagen, nach gepflogener Communication mit Churbrandenburg, ſolches abgelehnet habe: welches alles ihnen zur Nachachtung dienen könne. Doch ſey es auf alle Fälle gut, ſich mit den beiden übrigen weltlichen Churfürſten näher zu unterreden circa merita et formam agendi in cauſis politicis, die Churfürſtliche Vorrechte dabey vor Augen zu haben, ſodann das Beſchloſſene den übrigen Proteſtantiſchen Ständen zu communiciren, und ihr Bedenken, um gemeinſchaftlich handeln zu können, zu vernehmen. u. ſ. w. [c])

Und dieſes iſt das merkwürdigſte aus der bisher vor Augen gehabten Churſächſiſchen Inſtruction, welche über manches von den Verhandlungen des Reichstags und ſonſten ein Licht verbreitet. Warum nun dieſe Inſtruction nicht gleich, etwa mit kleinen Veränderungen, für die Herzoglich Sächſiſchen Geſandten, die in des Herzog-Adminiſtrators und ſeines Bruders H. Johanns ...... Namen den Reichstag bezogen, weiß ich nicht zu beſtimmen. Hier folgt dann auch das Wichtigſte aus der, den beiden obgenann-

c) Dieſes u. ſ. w. iſt hier in dem Mſc. meines Erachtens ſehr vielbedeutend; denn allem Anſehen nach iſt die Inſtruction, die auch keine Unterſchrift noch Datum hat, nicht ganz in gedachtes Mſc. eingetragen worden. Ein Beweis dieſes Satzes kommt unten bei der Herzoglich-Sächſiſchen Inſtruction vor.

J. Chr. genannten Herzoglichen Geſandten, Wolfgang
1597 Spelt, und Hans Melchior von Wittern,
Inſtr. der Herzoglich Sächſiſchen Geſandten. zugekommmenen Inſtruction d). Zuerſt ſollten ſie ſich genau auf den vom Kaiſer beſtimmten Tag einfinden, wenn ſchon einige Stände oder Geſandten manchmal ſpät kämen, weil doch der Erzh. Matthias als Kaiſ. Commiſſarius wol zurecht erſcheinen würde, und der Kaiſer ernſtlicher als ſonſt auf Einhaltung des Termins gedrungen. Sobald ſie ankommen, ſollten ſie bei der Chur-Mainziſchen Kanzley ſich melden, und ihr Creditiv und Vollmacht überreichen: ſodann ein gleiches bey dem Erzh. oder ſonſtigen von Kaiſers wegen anweſenden Räthen, thun. Sollten ein und andere Ständiſche Geſandten ſie anſprechen, ihrer Herren Anliegen mit auf dem Reichstag betreiben zu helfen, ſo ſollten ſie, Geſandte, überhaupt antworten, daß ſie in allem, was zum gemeinen Beſten gereichen könnte, ohnehin beyzuſtimmen hätten, in andern Sachen aber erſt um Befehl anfragen müßten. Die beſondern Zuſammenkünfte der Proteſtantiſchen Stände, falls dergleichen gehalten würden, ſollten ſie mit möglichſter Behutſamkeit beſuchen, und ja nichts ohne Vorwiſſen der Churſächſiſchen Geſandten thun, damit ſie nicht in Verdacht kämen, von dem hergebrachten Grundſatz des Sächſiſchen Hauſes, alle unnöthige Weiterung zu vermeiden, abgehen zu wollen. Sie ſollten auch recht wohl in Acht nehmen, was andere,

d) S. Cod. Act. Comit. Mſc. Senkenb. wo ſie n. 3. ſtehet. Sie iſt von Torgau, den 15. Nov. 1597. und gehet von f. 39. bis 64. Der Stil gleicht, in unnöthiger Weitſchweifigkeit und öftern Wiederholungen, der Churſächſiſchen Inſtruction ſo, daß man glauben ſollte, es habe ſie Ein Mann gemacht, welches doch ſonſt nicht wahrſcheinlich iſt.

andere, der rechten reinen [e]) A. C. zugethane Stände, ſonderlich der Pfalzgraf Philipp Ludwig, und Landgraf Ludwig von Heſſen [f]) thun würden. Sollte auch bey währendem Reichstag etwas vorfallen, das den Churſächſiſchen Kreis beträfe, und wegen welches die Churſächſiſchen Geſandten eine beſondere Zuſammenkunft veranſtalten wollten, ſo ſollten ſie, Geſandte, dabey erſcheinen, und alles auf das beſte, in Gemäßheit der vorigen Kreisabſchiede, zu beſchließen ſuchen, aber auch hier nichts ohne die Churſächſiſche beſagte Geſandten thun. Von der demnächſt geſchehenden Kaiſerlichen Propoſition ſollten ſie ſuchen Abſchrift zu bekommen, und derſelben Inhalt genau erwägen. Hierauf wird in acht Blättern, ohngefähr wie in der Churſächſiſchen Inſtruction, aber mit andern Worten, bewieſen, daß der Krieg mit den Türken, ſo ſehr der Friede zu wünſchen, und ſo ſehr dem armen Landmann, zumal bey der Theurung und Sterben [g]), die Ruhe von weitern Auflagen zu gönnen, doch nothwendig fortzuführen ſey; worauf es denn weiter heißt: daß, wenn demnach die Kaiſerliche Forderung wegen der Türkenhülfe geſchähe, ſolche allerdings zu unterſtützen ſey, auf welche Art und Weiſe es dann auch per majora beliebt würde, auch ſogar nach dem gemeinen Pfenning, ſo wenig ſonſten dieſe Art ſchicklich und vorzüglich ſey.

J. Chr. 1597 Herzogl. Sächſ. Inſtr.

e) Gehet vermuthlich auf Chur-Pfalz, das der veränderten A. C. zugethan war, mit dem ſie ſich alſo nicht einlaſſen ſollten.

f) Hier ſtehet nicht, ob der ältere, oder jüngere Landgraf dieſes Namens gemeinet iſt.

g) da die Peſt damals in ganz Teutſchland regierte, das auch noch im folgenden Jahr viel davon leiden mußte, wie in der Geſchichte hin und wieder vorkommen wird.

J. Chr. 1597 Herzogl. Sächſ. Inſtr. ſey. Sollte etwa vorgeſchlagen werden, daß jeder Kreis, nach Vermögen, eine gewiſſe Anzahl Reuter oder Fußgänger, auf einige Monate, verſchiedene Jahre hindurch, bewilligte, ſo wäre dieſer Fuß nicht übel, nur darum beſchwerlich, daß es auf mehrere Jahre ginge, dabey aber für Teutſchland freylich eben deswegen ehrevoll, weil es eher bey Auswärtigen eine anhaltende Anſtrengung zum gemeinen Beſten anzeige. Sollte es dann auch den Oberſächſiſchen Kreis mit mehr dann 1200 Roſſen treffen, die er bisher ganz auf ſeine Koſten gehalten, ſo ließe man es ſich, falls es per majora durchgehe, auch gefallen; doch ſollten die Geſandten hier behutſam gehen, und wohl Acht geben, ehe ſie ſich einließen, was im Chur- und Fürſtenrath, von Geiſt- und Weltlichen votirt werden würde. Auf alle Fälle müſſe aber ausgehalten werden, daß, falls der Krieg glücklicher im künftigen Sommer geführt würde, die Verwilligungen aufhören, oder doch gelindert werden ſollten. Sollte aber etwan auf Geldbeyträge nach dem einfachen Römeranſchlag durch die meiſten Stimmen der Schluß geſchehen, ſo habe man in Anſehung deſſen, wieviel man etwa bewilligen könne, ſich nach dem zu richten, was den Churſächſiſchen Geſandten desfalls aufgegeben werden würde [b]). Doch müſſe bey dieſer Art Bewilligung ausdrücklich dahin geſtimmt werden, daß man ſodann die Kreiſe mit noch weiterem Anmuthen eines außerordentlichen Beytrags gewiß verſchone, ſonſt die Laſt den Kreiſen gar zu groß werden würde. Sollte auch vielleicht noch vom Kaiſer

b) Man ſieht alſo hieraus, daß die Churſächſiſche Inſtruction ſpäter gemacht iſt als dieſe, und daß man, da dieſes geſchrieben wurde, vermuthlich noch nicht mit allen Berathſchlagungen fertig war.

ſer auf eine beſondere eilende Hülfe für künftiges Jahr angetragen, und per majora dahin geſtimmt werden, ſo müſſe man ſich es auch gefallen laſſen. Auf den Fall, daß auch die alten Streitigkeiten der Stände wieder zur Sprache kommen ſollten, ſo ſollten die Geſandten auch den lange angedauerten Streit zwiſchen den Häuſern Sachſen und Pfalzbayern, deſſen Entſcheidung dem Kaiſer ſamt den Ständen heimgeſtellt worden, in Erinnerung bringen, und allenfalls nur ſub proteſtatione ſolita den Sitz nach Pfalz-Veldenz nehmen. Die Streitigkeiten der Herzoge von Sachſen mit Pfalz-Zweybrück, wie auch unter ſich, wegen der Kammergerichts-Viſitation möchten auf den Deputations-Tag verſchoben bleiben. Freylich ſey auf dem letzten Reichstag durch dergleichen Streitigkeiten, z. B. die Magdeburgiſche [i]), viele Zeit verdorben worden, die dem Kammergericht, deſſen Viſitation man auch auf nächſtem Deputations-Tag wünſche, hätte zu gut kommen können. Da die Streitigkeiten wegen des Juris praeſentandi aſſeſſores in Camera für den Oberſächſiſchen Kreis, an dieſen ſelbſt auf dem letzten Reichstag verwieſen worden, ſo hoffe man, es werde auf dem Reichstage davon die Rede nicht vorkommen; Sollte es aber doch

J. Chr. 1597 Herzogl. Sächſ. Inſtr.

i) Was es wegen der Magdeburgiſchen Stimme für Streitigkeiten gegeben, iſt aus dem XVIII. B. der N. T. R. Hiſt. bekandt, S. 136. u. f. Für dismal that daher der Adminiſtrator zu Magdeburg in einem Schreiben an den Kaiſer auf die Stimmführung Verzicht, wie ſolches Samuel Mosbach (Kanzler des Herzogs Adminiſtrators) in ſeinem Schreiben an den Weimariſchen Kanzler Gerſtenberg mit vielen Freuden berichtet, welches in dem Cod. Act. Com. Senkenb. n. 4. ſtehet. d. d. Annaberg 15. Nov. 1597.

J. Chr. 1597 Herzogl. Sächſ. Inſtr. doch geſchehen, ſo ſollten die Geſandten hierin, wie in allen Sachen von Wichtigkeit, durch die angelegte Poſt, ſogleich berichten. Wegen der Stadt Aachen ſollten ſie ſich nach der Churſächſiſchen Geſandten Inſtruction richten, die desfalls ausführlich ſey [k]). Der Juſtizverbeſſerung, Münze, Matrikel, Moderationen der Anſchläge halber, möchten ſie einſtweilen nur auf ihre Inſtruction von 1594. Rückſicht nehmen, übrigens aber, ſobald etwas davon vorkomme, alles protocolliren und berichten.

Eröffnung des Reichstags. Nun alſo auf die Geſchichte des Reichstags ſelbſt zu kommen, ſo traf in Gemäßheit des oben [l]) angeführten Ausſchreibens des Kaiſers Bruder Erzh. **Matthias von Oeſterreich** gegen Ende des Jahrs wirklich als **Kaiſerlicher oberſter Bevollmächtigter**, oder wie man es heutzutage zu nennen pflegt, **Principal-Commiſſarius**, mit einem anſehnlichen Gefolge, zu Regenſpurg ein [m]). ($\frac{10}{20}$ Dec.) Dieſer ſcheinet damals das ganze Commiſſionsgeſchäffte allein beſorgt zu haben,

k) Dieſe ausführliche Inſtruction wegen Aachen fehlt in meinem Mſct.

l) S. 73. u. f.

m) In meinem oben in der Vorrede beſchriebenen Codice Actorum Comitial. ſtehet ein Verzeichniß deſſelben, ſo ſehr genau geſtellt zu ſeyn ſcheint, vermöge welches ſich dieſes Gefolge auf 500 Mann und 300 Pferde belaufen hat. Unter letzteren waren 34 Leib- und 24 Kutſchenpferde für den Erzherzog, die andern alle für die mitgekommene Dienerſchaft. Unter dieſer befanden ſich allein von Adel noch 23 Kämmerer, fünf Mundſchenken, vier Vorſchneider, drey Pauatier (ſo iſt dieſes Wort deutlich geſchrieben), 17 Truchſeſſen, 1 Silberkämmerer, und 13 Edelknaben, in allem eben 80 Perſonen. Man urtheile hieraus von dem Aufwand, der in damaligen Zeiten gewöhnlich war.

ben, indem mir in den ganzen Reichstags-Acten J. Chr.
keine Spur von einem Commiſſarius vorgekom- 1597
men iſt. Da der Kaiſer nicht ſelbſt erſchien, be- Eröffn. des R. Tags.
ſtrebten ſich auch die Reichsſtände nicht, in Perſon zu erſcheinen, wie dann der Schluß des Reichsabſchiedes [n]), wo die Perſonen, ſo deſſelben Inhalt beſchließen helfen, alle angezeigt ſind, nur einen Prälaten und drey Freyherren als perſönlich gegenwärtig darſtellet [o]). Um die Zeit der Ankunft des Erzherzogs, müſſen dieſe, ſamt den Bevollmächtigten der übrigen Stände, ſchon, wenigſtens gröſtentheils, dagewesen ſeyn [p]), indem wenige Tage hernach der Erzherzog den $\frac{10}{20}$ Dec.
Reichstag eröffnen konnte, welches mit folgenden Feierlichkeiten geſchah [q]). An dem benannten Feierliche Eröffnung des Reichstags.
Tag erſchienen die ſämtliche Reichsſtändiſche Geſand-

n) N. S. der Reichsabſch. III. Th. S. 465. u. f.

o) Doch giebt Khevenhüller T. V. S. 1912. auch den Landgrafen von Leuchtenberg als perſönlich gegenwärtig an: obwol bey der Unterſchrift des Reichsabſchieds nur ein Geſandter von dieſem Lande vorkommt. Vielleicht war dieſer Herr nur wenige Tage da, zum Beſuch, nicht zu den Geſchäfften.

p) Von des Erzherzogs und der Geſandten nach und nach geſchehener Ankunft ſ. der Brandenb. Geſandten Relationen an Marggrafen Georg Friedrich von Brandenburg, Ind. Act. Comit. Onold. LXV. n. 42-46. d.d. 5. Dec. 1597. Dieſer Geſandten Inſtruction iſt ebendaſ. n. 15-18. zu leſen: Ihre Vollmacht aber und Creditive ſtehen an dem nemlichen Ort, n. 29-31. alles d. d. 24. Nov. 1597. Ihre Anordnung der Poſten halber ib. n. 56. 61. 62. 63. So wie auch der Braunſchweigiſchen Geſandten Poſt-Einrichtung wegen, verſchiedene Briefe des Poſtmeiſters zu Regenſpurg und des Canzlers Jagemanns, in den Actis Com. Wolfenb. Faſc. III. n. 20-22. ſich befinden.

q) Khevenhüller Ann. Ferd. T. V. S. 1896.

J. Chr. 1597 Feierl. Eröffn. des R. Tags.

ſandten, nach vorhergehender Ladung vom Reichs-Erbmarſchall, in des Erzherzogs Wohnung, wo ſie von dem Kaiſerlichen Geh. Rath von Hornſtein, und dem Kammerherrn und Obriſten von Hofkirchen an der unterſten Treppe empfangen, und bis in das Erzherzogliche Vorzimmer begleitet wurden. Hierauf verfügte ſich dieſer von ihnen allen begleitet nach dem Dom, allwo ſie die Heil. Geiſt Meſſe anhörten, und ſodann auf das Rathhaus, wo der Reichstag gehalten werden ſollte. Den Zug führte der Reichs-Profos mit ſeinen Dienern. Ihm folgte Graf Alexander von Pappenheim, Reichs-Unter-Marſchall, mit einem Stab in der Hand, ſodann die ſämtliche Reichsſtändiſche Geſandten, die Churfürſtlichen ausgenommen; weiter des Erzherzogs Hofgeſind und die Kaiſerlichen Räthe; alleſamt zu Fuß. Sodann folgten weiter zu Pferde die Churfürſtlich-Trieriſche, Pfälziſche und Brandenburgiſche Geſandten, dann der Sächſiſche allein, und dieſen wieder zu Fuß des Erzh. Trabanten, Lakeien, und Muſketierer mit rother, weißer, und ſchwarzer Liberey. Dann ritt der Erzherzog ſelbſt auf einem wohlgeputzten Pferde, und ſchließlich die Mainziſch- und Kölniſche Geſandten. Als ſie ſolchergeſtalt auf dem Rathhaus angelangt waren, nahm der Erzh. den für ihn unter einem violetten mit Gold durchwürkten Baldachin bereiteten rothſammtenen Seſſel ein, worauf ſich auch die ſämmtlichen Geſandten auf rothſammtenen Stühlen niederließen. Hierauf trat der Kaiſerliche Geheimde Rath und Reichsvicecanzler D. Freymond vor die ganze Verſammlung, in welcher der Erzh. ſamt den Churfürſtlichen Geſandten mit bedecktem, die übrigen aber mit entblößtem Haupt da ſaßen, und that in des Kaiſers und

des Erzh. Namen den Vortrag zu Eröffnung des Reichstags, worauf der Kaiſerliche Geh. Sekretär Hanniwald die Forderungen des Kaiſers vorlas, nach deren Verleſung der Erzh. ſtehend, mit entblößtem Haupt, mit den Geſandten freundlich über dieſe Gegenſtände ſich beſprach. Nach dieſem berathſchlagten ſich ſämmtliche Geſandten der Churfürſten, Fürſten, Prälaten, Grafen, Freyherrn, und Reichsſtädte, ſogleich in dem Saal, über den geſchehenen Vortrag. Ihre Stimmen ſammelte der Chur-Mainziſche Canzler, und hinterbrachte, nachdem vorher jedermann wieder ſeinen Sitz eingenommen hatte, dem Erzh. die Antwort, worauf letzterer zum Beſchluß wieder in der Ordnung, wie oben, nach Hauſe begleitet wurde. Mehrgedachten Vortrag des Kaiſerlichen Commiſſärs [r]) nun ſelbſt belangend, ſo beſtand derſelbe der Hauptſache nach darin. J. Chr. 1597 Eröffn. des R. Tags.

„Bereits in dem kaiſerlichen Ausſchreiben zum Reichstage [s]) ſey weitläufig gemeldet worden, daß, wegen der großen Türkengefahr hauptſächlich, der Kaiſer ſich gedrungen ſehe, den Reichstag auszuſchreiben, wozu auch die Churfürſten ſämtlich ihre Einwilligung gegeben hätten. Hiebey wäre nun freylich gut geweſen, wenn Er, der Kaiſer, perſönlich hätte erſcheinen können. Doch hätte Er ſowol als die Churfürſten ermeſſen, daß wegen ebengedachter Türkengefahr, und desfalls zu haltender Landtage in ſeinen Erblanden, Er ſelbſt Vortrag der Kaiſerlichen Commiſſion.

M 5

r) Zum Theil hat denſelben Khevenh. T. V. S. 1897. ganz aber mein obbenannter Codex Act. Comitial. dieſes Jahrs. Auch ſtehet er in den Actis Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 4. Relationen von demſelben ſtehen auch in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXV. n. 80. 81. 109-112. und der Vortrag ganz T. LXXII. n. 114.

s) S. oben S. 71.

J. Chr. 1597 Kaiſerl. Vortrag. ſelbſt nicht abkommen könne. Indeſſen hoffe Er, daß auch ohne ſeine Gegenwart, wenn alle Bevollmächtigte der Stände genugſam inſtruiret, etwas hinlängliches beſchloſſen werden könne. Die Hauptſache ſelbſt belangend, ſey bekandt, wie ganz unmöglich es ſey, dem Türken mit der Macht der kaiſerlichen Erbländer allein zu widerſtehen, wie der Kaiſer daher beſtändig des Reichs Hülfe bedurft, auch dieſelbe zum Theil erhalten habe, doch aber nicht verhindern könne, daß die Türken immer weiter drängen, auch von keinem Frieden hören wollten. Bekandt ſey es auch, wie der Türken Plan dahin gehe, nicht nur Ungarn, ſondern alles Land, was ihnen nur möglich, zu erobern, maßen ſich dann ihr Sultan jetzt ſchon einen Herrſcher der ganzen Welt, von Aufgang der Sonnen bis zum Niedergang, nenne, alſo daß zu befürchten ſtehe, daß ſie nicht nur wieder in Oeſterreich, ſondern auch Schleſien, Brandenburg u. ſ. w. einfallen würden. Dem allem zufolge bitte der Kaiſer um würkſamere, als die bisher verwilligte und geleiſtete, Unterſtützung. Man erkenne zwar mit Dank die im Jahr 1594. bewilligte 80 Römer-Monate t), ingleichen die von einigen Reichskreiſen außer dieſem noch geſchehene Volkshülfe; allein jene ſeyen theils noch zum Theil gar nicht, zum Theil nicht zu rechter beſtimmter Zeit, ausgezahlt worden, betrügen auch an ſich jetzt nicht ſo viel wie ſonſten, dieſe aber ſey nur auf wenige Monate verwilligt geweſen, dahingegen man, wenn die Sache recht gut gehen und die Gefahr ganz abgewendet werden ſolle, dahin bedacht ſeyn müſſe, dem Türken ein recht großes ſtändiges Kriegsheer entgegenzuſetzen. Zu dieſem Ende wünſche der Kaiſer,

t) S. im XVIII. B. der Reichsgeſch. S. 279.

ſer, daß ihm entweder der gemeine Pfenning auf 5 Jahre, oder auf eben ſo viele Jahre jedesmal dreyßig Römer-Monate bewilligt werden mögen. Nebſtdem möge man auch von Seiten des Reichs die Anſtalt dahin machen, daß der Kaiſer auf allen Nothfall, wenn die Macht der Türken wider Verhoffen gar zu ſtark eindringen ſollte, eine Volkshülfe von 12000 Mann zu Fuß und 4000 zu Roß, ſo bald er ſie brauche, wenigſtens bis zu Ende Junii, haben, und bis zu Ende Novembers, ohne Abzug der benannten Geldhülfe, behalten könne, deren er ſich jedoch ohne hohe Noth nicht bedienen wolle. Dieſe ſolchergeſtalt zu verwilligende Geld- und Volkshülfe ſollte niemand von allen Reichsſtänden an ihren Freyheiten und Rechten zum Nachtheil gereichen, wie ſie dann ohnehin nur um der höchſten Noth willen geſucht würde, um welcher willen man auch den Pabſt, den König von Spanien, und andere chriſtliche Mächte, desgleichen die freye Reichsritterſchaft, die nicht in dieſen Anſchlägen begriffen, ſamt den Hanſeſtädten um billige chriſtliche mitleidentliche Handreichung anſprechen laſſen wolle. Weiter ſey auch nothwendig, wegen Verminderung der Reuter- und Knechte-Beſtallung ſchon oft erinnertermaßen Vorſehung zu thun, damit die Koſten nicht gar zu groß würden. Ferner hätte man auch bereits im Jahr 1594. begehret, daß überall Truhen zu freywilliger Beyſteuer für die Kriegs-Spitäler ausgeſtellt werden ſollten, auch das Volk in den Predigten zur Beyſteuer ermahnet; es ſey aber nur an wenigen Orten willfahret worden. Man bitte derohalben nochmals darum. Wegen der ſtrittigen Seſſionen möchten die Stände ſich für dieſesmal friedlich vergleichen, bis

J. Chr. 1597

Kaiſerl. Vortr.

J. Chr. 1597 Kaiſerl. Vortrag. bis die Befugniſſe desfalls in den ſchon ehemals beſchloſſenen beſonderen Deputationen unterſucht werden könnten; damit die Berathſchlagungen keine Noth litten, wobey dann es ein für allemal ausgemacht bliebe, daß die inzwiſchen beliebte Ordnung, der Sitzung auf dem Reichstag und Unterſchrift bey dem Reichsabſchied, niemand an ſeinen Rechten etwas ſchaden ſolle. Uebrigens ſollten die bey dem letzten Reichstag 1594. auf einen Deputationstag verwieſene, und bey dem zu Speier desfalls angeſtellten Deputationstag [u]) noch nicht ausgemachte Reichsgeſchäffte, mit nächſtem von einer neuen **Deputation** unterſucht und beendiget werden u. ſ. w.„

Fürſtenraths Deliberationen. Als nun über dieſe **kaiſerliche Propoſitionen** gerathſchlagt werden ſollte, mangelten vorerſt in dem **Fürſten-Rath** [x]) noch 19 Stimmen; und als die anderen Geſandten auf den Vorſchlag des Oeſterreichiſchen Directorial-Geſandten endlich erklärten, ſie könnten und wollten auf ſolche nicht warten; ſomit auch zu votiren anfangen wollten; kamen einige derſelben alſobald mit ihren gewöhnlichen **Rangſtrittigkeiten** hervor. So proteſtirten gleich anfangs **Sachſen** und **Pfalz-Bayern** gegen einander. Hernach, da der **Lüneburgiſche Geſandte, von Erfa**, auch wegen **Mecklenburg** gleich nach Lüneburg votiren wollte, ſo wurde ſolches von **Jülich**, ſodann von **Würtenberg, Pommern, Heſſen** und **Baden** angefochten. Da auch wegen Mecklenburg angezogen

u) **N. T. Reichsgeſch. XIX. B. S. 266. u. f.**

x) Von dieſem werde ich allhier aus meinen eigenen, wie auch den Braunſchweigiſchen Handſchriften, ſo viel ich kann, zum beſſern Verſtand der wechſelsweiſen Erklärungen des Kaiſers und der Stände beyzubringen ſuchen.

zogen wurde, daß ja 1594. ein Interims-Ver- J. Chr. 1597
gleich mit Jülich, dieſer Sache halber, eingegan- Fürſten-
gen ſey, ſo behauptete der Jülichiſche, dieſer gehe raths-Delib.
nur auf jenen, nicht aber auf dieſen und andere Reichstage; da es dann abermals viel pro- und reproteſtiren gegeben. Mit den vier übrigen Häuſern aber blieb es nicht bey bloßem proteſtiren, ſondern die Geſandten der vier Häuſer droheten, die ganze Sitzung nicht mehr zu beſuchen, wenn nicht Rath geſchafft würde, da dann endlich, nicht in der Seſſion, ſondern zu Hauſe, durch Vermittelung der Oeſterreichiſchen und Salzburgiſchen Directorial-Geſandten, die Sache dahin verglichen wurde: daß auch für dieſesmal noch das Mecklenburgiſche Votum gleich nach dem Lüneburgiſchen, doch ohne Aufruf, abgelegt, und die clauſula: ſuo loco et ordine, beygefügt werden, die Unterſchrift aber des Reichsabſchiedes, nach den vier Ständen, oder wie A. 1594. gar nicht, wegen Mecklenburg geſchehen ſolle y). Als es hernach zu den Berathſchlagungen endlich ſelbſt 20. Dec. ſt. v.
kam, ſo waren wieder zweyerley Meinungen über die Frage, ob man wegen des Türkenkriegs in pleno, oder aber in einem Ausſchuß zu Rathe gehen wolle? Einige Stände ſtimmten gar ſehr für letzteres, weil ſolchergeſtalt mehrere Sachen zugleich ausgemacht werden könnten, wenn man zu jedem Gegenſtand einen Ausſchuß beſtimmte; wie dann ohnehin eine Art Ausſchuſſes, nemlich ein Supplications-Rath, unumgänglich nothwendig ſey, wegen der vielen Rechtsſachen, die ſonſt uner-

y) Von dieſen Seſſionsſtreitigkeiten iſt das Protocoll in dem Fürſtl. Brandenb. Archiv, laut des Ind. Mſc. Act. Com. Onold. T. LXVII. n. 1. 2. Uebrigens hat Mecklenburg auch dismal lieber gar nicht ſeinethalben unterſchreiben laſſen.

J. Chr. unerörtert blieben. Oeſterreich hingegen, ſamt
1597 ſehr vielen andern Ständen, ſtimmten für das
Fürſten-raths-Delib. Plenum, weil der jetzige Reichstag hauptſächlich eines Gegenſtandes, nemlich des Türkenkriegs wegen, zuſammenberufen ſey, von welchem nothwendig in pleno gehandelt werden müſſe, wie dann auch der Ausſchuß ſelbſt, wenn auch einer gemacht würde, dennoch in pleno referiren müßte, ſo die Sache nur aufhielte. Viele Stände aber blieben ganz neutral, worunter auch die Herzogl. Sächſiſchen geweſen, weil ſie inſonderheit befürchteten, die auf den Ausſchuß ſo ſehr dringende Stände möchten hiedurch Gelegenheit ſuchen, ihre einzelne Beſchwerden deſto leichter auf die Bahn zu bringen, ſo in pleno ſchon weniger thunlich
23. Dec. ſt. v. wäre. Auf dieſes wurde in der folgenden Sitzung in pleno vorgetragen, ob man dem Kaiſer wieder etwas zur Türkenhülfe bewilligen wolle? da dann einige mit der Bedingung hervorgekommen, wenn ihre Gravamina, in ſo weit ſie in des K. Händen ſtünden, erledigt würden; allein dieſe ging per majora nicht durch, ſondern die Hülfe wurde unbe-
24. Dec. dingt bewilligt. Ferner wurde unterſucht, ob die Beyhülfe nach dem gemeinen Pfenning, oder nach dem Römer-Anſchlag verwilligt werden ſolle? Die meiſten geiſtlichen Stände waren für den gemeinen Pfenning; weil es ſonſt herkommlich geweſen, nach dieſem zu bewilligen, weil auch niemand dadurch beſchwert würde, und hierüber nicht ſo, wie über den Anſchlag nach dem Römerzug, Streit entſtehen könne. Hingegen waren andere für den Römer-Anſchlag, da der gemeine Pfenning nach mancher Landsverfaſſung auch Schwierigkeit habe, auch ſeit 1544. ſchon nicht mehr im Gebrauch ſey; nebſtdem im kaiſerlichen Ausſchreiben ſelbſt mehr auf den Römer-

An-

Anſchlag gezielt zu ſeyn ſchiene, u. ſ. w.: daher J. Chr.
dann endlich die meiſten Stimmen auch für den- 1597
ſelben ausgefallen [z]). Fürſten-raths-Delib.

Hierauf kam in der nächſten Sitzung des Fürſtenraths 1) die Frage, auf Anbringen des Oeſterreichiſchen Directorial-Geſandten, vor [a]), ob die Hülfe mit Volk oder Geld ge- 28. Dec. hora 7. mat.
ſchehen ſolle? wobey er ſelbſt gleich auf das Geld ſtimmte, weil die Volkshülfe ungleich erfolge, langſam gehe, und, wegen des unterſchiedenen Vaterlands der Truppen, hernach keine rechte Folgſamkeit noch Einigkeit unter ihnen ſey. 2) Da auch erinnert worden, daß man dem Kaiſer Friedensmittel an Hand geben wolle, ſo ſey er damit einig. 3) Was das Vorhaben einiger Proteſtantiſchen Stände, ihrer Beſchwerden Abſchaffung zuerſt zu verlangen, beträfe; ſo hätten auch die Catholiſchen allerhand Gegen-Beſchwerden. Unterdeſſen, weil der K. in ſeinem Ausſchreiben gemeldet, auch mit den Churfürſten dahin verglichen ſey, daß die übrige Sachen, außer der Türkenhülfe, bey Seite geſetzt ſeyn ſollten; weshalben denn auch viele Proteſtantiſche Geſandte ſelbſten mit Inſtruction auf dieſen Fall nicht verſehen ſeyen; ſo halte er dafür, dieſesmal die Beſchwerden ruhen zu laſſen. 4) Das Juſtizwerk belangend, ſo ſey, da der K. ſich desfalls ſchon gehörig erboten, weitere Erinnerung nicht nöthig. Dieſem ſtimmte Bayern bey. Desglei-

z) Aus der Relation der Herz. Sächſ. Geſandten an die Herzoge Friedrich Wilhelm und Johann. Cod. Mſc. Act. Comit. Senkenb. n. 20. d.d. 26. Dec. 1597. ſt. v.

a) Reichsfürſtenraths-Protocoll, von dem Braunſchweigiſchen Secretär Oſterwald geſchrieben, in *Actis Comit. Mſc. Wolfenb.* faſc. IV. f. 3. ſqq. welches hier angehet.

J. Chr. 1597 Fürſten-raths-Delib.

gleichen erklärte auch Salzburg, nur daß es der Beſchwerden halber keine Inſtruction habe. Dieſen Stimmen folgten alle Catholiſche, jedoch ſo, daß einige mit angehängt, ſie ſeyen freylich hierauf nicht inſtruirt, jedoch könnten ſie ihres Orts wol leiden, daß die Beſchwerden, zumal die, welche von des K. Erledigung abhingen, zur Sprache kämen, und entweder hier ausgemacht, oder auf eine andere Verſammlung verwieſen würden, wie dann auch wegen der Juſtiz Richtigkeit getroffen werden müſſe, und beiden Religionen ihr Anliegen desfalls vorzubringen billig freyſtehe. Hiemit aber waren die Proteſtanten nicht zufrieden. Zuerſt gab Chur-Pfalz (als Lautern) ſeine Stimme dahin, daß man mit Recht bey dieſer Zuſammenkunft die Erledigung der Beſchwerden ſuchen könnte und müßte, wie es auch von jeher bey den Reichstägen gebräuchlich geweſen, auch die weltlichen Churfürſten dieſe Reichsverſammlung nicht ſimpliciter, ſondern mit Beziehung auf die alte Verfaſſung bewilliget; doch wolle man damit nicht, daß die Hauptſache darüber aufgeſchoben, ſondern nur, daß beides zugleich vorgenommen werden ſolle [b]). Pfalz-Simmern war gleicher Meinung, und ſetzte hinzu, daß, wenn auch Catholici dahin nicht inſtruirt ſeyen, ſo würden ſie doch nach der clauſula generali: das vorzunehmen, was ſonſten dem Reich zu Nutz und Wohlfahrt gereiche; auch davon handeln können. Pfalz-Neuburg erklärte, es wollte pure verwilligen, jedoch ſolle die Abhelfung der Beſchwerden dem K. dabey zu Gemüth

b) Der Churpfälziſche, Pfalz-Zweybrückiſche und Brandenburgiſche Briefwechſel, die Türkenhülfe und dahin einſchlagende Gegenſtände belangend, befindet ſich in dem Anſpach. Archiv, laut des Ind. Mſc. T. LXV. n. 17-12. wie auch 114.

müthig geführt werden, indem ohne Herſtellung der Einigkeit im Reich die Hülfe langſam und ſchwer von ſtatten gehen würde. Aufs wenigſte ſolle man jetzo wegen dieſer, und des Juſtizweſens, als der Herſtellung der Kammergerichts-Viſitationen, auch Abthuung der Reviſionen, ſich eines gewiſſen Tags zu vergleichen ſuchen. Eben ſo Pfalz-Veldenz. Sachſen-Weimar meinte, nach Erledigung des Hülfswerks könnte man die Gravamina vornehmen, und den K. desfalls erinnern. Sachſen-Coburg, wie Pfalz-Neuburg. Brandenburg verlangte, man müſſe vor allen Dingen den K. wegen des Friedens erinnern, da Teutſchland die letzte Zeit her, ſonderlich durch die Peſt, wol um ein Drittel Volk abgenommen, mithin nicht viel zu Wiedereroberung des Verlohrnen daſelbſt werde geworben werden können. Den Beytrag ſelbſt betreffend, ſtimme es auf Geld. Da aber dem K. ſchon lange, von den Proteſtanten, verſchiedene Beſchwerden übergeben worden, mit Bitte, ſolchen abzuhelfen, welches noch nicht geſchehen, gleichwol aber der meiſte Theil dieſer Stände die Hülfe unter dieſer Bedingniß bewilliget, ſo wolle es auf dieſer Bedingung nochmals beharren, und anders nicht willigen [c]). Da auch die Juſtiz-Sachen nicht wohl auf

J. Chr. 1597 Fürſtenraths-Delib.

c) Die Brandenb. Geſinnungen wegen der Türkenhülfe kann man am beſten aus D. Achaz Hülſen Bedenken, über die vom K. verlangte Hülfe, im Ind. Mſc. Arch. On. T. LXIV. n. 84-86. erſehen. S. auch des Marggr. Schreiben an den K. ebendaſ. T. LXV. n. 1. nicht weniger deſſelben Briefwechſel, wegen der Hülfe, zu pflegenden Vertrauens mit den Pfälziſchen und Braunſchweigiſchen, wie auch anderer Gegenſtände, T. LXV. n. 36-39. imgl. 58. 59. 82.

J. Chr. 1597 Fürſtens raths: Delib.

auf Deputationstagen ins Reine gebracht werden könnten, ſo ſey darauf zu dringen, daß ſowol der Beſchwerden als der Juſtiz wegen bald wieder ein Reichstag ausgeſchrieben werden möge. So müßten auch die Reſtanten eingebracht, die Gleichheit in contribuendo gehalten, und keiner vor dem andern beſchwert werden. Hierauf bat **Braunſchweig** ſich aus, ein weitläufiges Votum geben zu dürfen. Und proteſtirte der Geſandte zuerſt gegen **Pfalz**, **Sachſen** und **Brandenburg**, daß ſie zwiſchen **Bayern** und **Braunſchweig** im Sitzen eingerückt ſeyen. Sodann, die Hauptſache belangend, freue man ſich zwar, daß die Beyſteuer vom K. nicht zur Schuldigkeit gemacht, ſondern als freywillig angeſehen werde; doch befremde es, daß man die Beſchwerden der Proteſtanten und andere nothwendige Gegenſtände zurückſtellen, oder andern löſchen, und ſein eigenes Haus brennen laſſen ſolle. Hierauf folgte noch ein weitläufiger aus der obangeführten Inſtruction hergenommener Vortrag, den der Geſandte damit beſchloß, daß er unter denen von ihm gemeldeten Bedingungen zwar in eine Geldhülfe willigen, aber ſich, in Betreff der Maaße derſelben, nicht an die meiſten Stimmen binden laſſen wolle. Hierauf reproteſtirte zugleich **Pfalz-Lautern** in Betreff der Seſſion, ſagte auch dabey, da **Braunſchweig** dem Hauſe Bayern den Rang laſſe, ſo gebühre derſelbe ihm eben ſo wohl, als der auch ein Prinz vom Bayeriſchen Haus mit ſey. Sodann proteſtirten auch alle die andern Häuſer. Bey weiterem Votiren fiel **Hildesheim** der Braunſchweigiſchen Stimme bey. **Lüneburg** wünſchte nur überhaupt, daß der Beſchwerden halber, wo nicht jetzt, doch auf einem Reichstag, demnächſt abhelfliche Maaße gegeben werden möge; wiederholte

holte ſodann ſuo loco et ordine ſeine Stimme J. Chr.
wegen **Mecklenburg.** Jülich ſtellte des Weſt- 1597
fäliſchen Kreiſes Länder Unvermögen vor, bat um Fürſten-
die Einbringung der drey dieſem Kreiſe verwillig- raths-
ten Monate, und fügte bey, wie es eine weitläu- Delib.
fige Vorſtellung aller Nothdurften des Kreiſes hal-
ber übergeben habe, welche man wohl zu Beden-
ken nehmen möge. **Pommern-Stettin** war
der Meinung, einige Gravamina wären der Art,
daß ſie gleich gehoben, andere müßten auf einen
Deputations- oder weiteren Reichstag verſchoben
werden. **Pommern-Wolgaſt** hielt dafür, da
alles auf den Frieden ſtimme, ſo ſolle man dazu
die **Vermittelung** von **Frankreich, Engelland**
und **Venedig** in Vorſchlag bringen. **Baden** ge-
ſellte ſich zu Pfalz-Neuburg. Nur müſſe dafür
geſorgt werden, daß auf dem anzuſetzenden De-
putationstag gleiche Stimmen von beiden Reli-
gionen gemacht würden, denn ſonſt wäre es ihm
beſchwerlich zu contribuiren. **Heſſen-Caſſel:**
Da alles auf Geld-Beyträge, für welche Volk
geworben werden ſolle, geſtimmet, ſo komme es
darauf an, ob für dieſes Geld aus dem ganzen
Reich insgemein, oder aus und nach den Kreiſen
geworben und das Volk dem K. zugeſchickt wer-
den ſolle. Seines Orts halte er es beſſer, aus
den Kreiſen. Da bekäme man eher ein auserle-
ſenes Volk, auf welches im Krieg gar viel an-
komme. Den Frieden auf die Bahn zu bringen,
ſey zuträglich, doch nicht hauptſächlich, oder ſo,
daß man die Kriegshülfe darum hinterhalte. Die
Beſchwerden ſolle man ſuchen, wo nicht jetzt,
doch auf einem anderweiten Reichstag zu erörtern,
denn mit den Deputationstagen werde nie viel
ausgerichtet. So ſeyen auch manche derſelben
ſo beſchaffen, daß ſie anders nicht als von allen

J. Chr. 1597 Fürſtens raths⸗ Delib. Ständen ausgemacht werden könnten, z. B. der Punct wegen der Landſaſſerey, oder die Frage, an per beneficium reviſionis ſuſpendatur exſecutio? welche letztere ja aus einem von geſammten Ständen gemachten Geſetz herrühre, alſo auch offenbar von geſammten Ständen entſchieden werden müſſe. Inſonderheit ſey nothwendig, wegen letzter Frage Vorſehung zu thun, da es Reichskundig, wie die mit vieler Mühe und großen Koſten endlich zum Spruch gediehene Sachen, zum unwiederbringlichen Schaden, zumal der armen Parteyen, hernach in reviſione auf ſich erſitzen blieben, ſo als wenn niemals darin geſprochen worden wäre. **Anhalt** ſtimmte mit Braunſchweig⸗Wolfenbüttel. Die **Wetterauiſchen Grafen** hielten dafür, daß die Anlage aus den Kreiſen in Volk verwandelt werden ſolle; übrigens wie Braunſchweig, doch daß auf dem Deputationstag den Wetterauiſchen Grafen ein Votum gelaſſen, und unter den deputirten Ständen Gleichheit d) gehalten werden möge.

29. Dec. Den folgenden Tag war wieder Seſſion e), und brachte der Salzburgiſche Directorial⸗Geſandte vor: Da alles überhaupt auf eine Geldbeyhülfe, wofür Volk geworben werden könne, geſtimmt habe, ſo frage ſich es nun: **Wie hoch, wie lange, und auf was Art die Anlage einkommen, und wie ſie zu verwenden ſeyn ſolle?** Seine Meinung gehe dahin: vorerſt gewiſſe Bedingungen feſtzuſetzen, ohne deren Erfüllung man ſich in quantitate nicht einlaſſen könnet; und zwar 1) daß der K. die außerordentliche Hülfe hinfüro gänzlich abſtelle, 2) das, was jetzt gewil⸗ligt

d) Soll vermuthlich Gleichheit der Religion heißen.
e) Siehe das Protocoll derſelben in Actis Mſc. Comit. Wolfenb. IV. 1. f. 13.

ligt werde, erſt nach Erlegung des im Jahr 1594. J. Chr.
verwilligten anfangen möge, 3) Salzburg 1597
insbeſondere betreffend, weil dieſes wegen ſeiner Fürſtens
in Oeſterreich liegenden Güter dorten beytragen raths-
müſſe, ihm ſolches an der Verwilligung abzuneh- Delib.
men. Dieſes alles vorausgeſetzt, wollte man jährlich auf acht **Monate** ſchließen, doch ſo, daß die **Reichsritterſchaft**, die **Hanſeeſtädte**, und die benachbarten chriſtlichen Mächte auch das ihrige zu thun erſucht würden, und daß die Bewilligung nur ſo lange und nicht länger gelte, bis **der Frieden** mit den Türken **gemacht** worden. Auf dieſes ließ ſich **Bayern** vernehmen: da die Gefahr ſo groß, ſo müſſe man nach Kräften helfen. Seine Meinung gehe dannenhero dahin, auf 2 Jahre jedesmal 15 Monate zu bewilligen, wovon etwa des Jahrs 10000 zu Fuß und 4000 Mann zu Roß auf 7 Monate, den Ab- und Anzug mitgerechnet, unterhalten, und ſolche längſtens bis in den Julius ins Feld geſtellt werden. Die Termine ſollten ſeyn, Georgi, Johanni, und Michaeli. Darüber ſollte ein eigener **Reichspfenningmeiſter** beſtellt, und demſelben ein Adjunctus oder Gegenſchreiber zugegeben werden, die dem Reich und Ständen mit beſonderen Pflichten verwandt ſeyen. Dieſe ſollten das Geld an die gebührenden Legeſtädte verſchaffen, und von Einnahme und Ausgabe auf dem nächſtfolgenden Reichstage Rechnung thun. Die **Mittel zur Einbringung** derſelben ſeyen im vorigen R. A. genugſam vorgeſchrieben, dabey es bleiben, und keine Uebermaße gebraucht werden, aber niemand ſich eximiren ſolle. Daß aber von jedes Kreiſes wegen für dieſes Geld beſonders geworben werden ſollte, wie einige meineten, würde dieſen Nachtheil haben, daß ſomit auch zehen Häupter ſeyn

J. Chr. 1597 Fürſtens raths: Delib.

müßten, daraus allerhand Zerrüttung, ohne die größern Koſten zu rechnen, entſtehen könnte. Dannenhero ſey es wol am beſten, die Beſtellung des Feldoberſten und des Volks dem K. ſelbſt zu überlaſſen, doch ſo, daß zu den vornehmſten Aemtern Reichsſtände gebraucht werden ſollten. Die Beſoldung und Auszahlung aber ſolle durch den bemeldeten Reichspfennigmeiſter geſchehen, und derſelbe auch bey der Muſterung ſeyn. Ueber die 10000 Fußknechte ſollten drey, und über die 4000 Reuter zwey Obriſten beſtellt werden. Auch müſſe, zu Verhütung aller Unordnung, jetzo baldigſt eine durchgehends gleiche Reuterbeſtallung aufgerichtet werden. Es wäre auch gut, daß man, wie ſchon im Jahr 1542. geſchehen, dem Kaiſer einige Kriegsräthe zuordnete, etwa 10 von dem Pfennigmeiſter dafür zu beſoldende Perſonen, welche dem ganzen Kriege beywohneten. Es könnten auch etwa 5 davon beſtändig bey dem K. ſeyn, die anderen 5 aber bey dem Feld-Oberſten, um ihm wegen der fünf nächſten Kreiſe in allem beyzuſtehen, und zu rathen; wie dann auch dieſe letzte das Kriegsvolk muſtern helfen ſollten. Dabey ſey der K. zu erſuchen, daß er ſich auch von ſeiner Erblande wegen, beſſer als bisher geſchehen, angreifen möge. Weil der Ausgaben ſo außerordentlich viele ſeyen, ſo könne man dem K. die noch 1594. bewilligte rückſtändige Hülfe, ohne alle Einſchränkung zu gebrauchen, zugeſtehen. Hingegen ſey der K. zu erſuchen, den Frieden zwiſchen Spanien und den Niederlanden, auch Spanien und Frankreich, nicht weniger dem Pabſt und Ferrara, zu befördern, damit alles deſto beſſer gegen die Türken helfen könne. Auch ſey mit Moſkau und den Perſern gute Freundſchaft zu halten, und zu ſehen, ob

man

man von da aus, oder innerlich, den Türken einen J. Chr.
Krieg verurſachen könne. Und da ſonſt den 6 1597
Churfürſten aufgetragen geweſen, wegen der Tür- Fürſten-
ken Macht und Vorhaben jedesmal genaue Kund- raths-
ſchaft einzuziehen, ſo könne nun ſolches durch die Delib.
fünf Kriegsräthe beſorgt werden. Endlich ſey auch auf alle Fälle nöthig, ſich wegen eines **Nach-zugs** zu berathſchlagen. Nach dieſem ſtimmte **Oeſterreich**, ganz kurz, auf 30 Römermonate, in 2 Terminen zu bezahlen, die Direction des Kriegs aber dem K. gänzlich zu überlaſſen. Jedoch ſollten, bey Erhebung der neuen Anlage, die Fürſten auch aus ihrer Kammer mit anſtehen, um keine Ungeduld, oder gar Aufſtand, bey den Unterthanen zu verurſachen. **Pfalz-Lautern** wollte ſich wegen der Maaße der Hülfe gar noch nicht herauslaſſen, ſondern behielt ſich die Erklärung bevor. Der **Teutſchmeiſter** und **Pfalz-Simmern** hielten ſich an die meiſten Stimmen. **Bamberg** wollte erſt die Erklärung der übrigen Stände nach Haus berichten. **Pfalz-Neuburg** gab an, man ſolle den K. erſuchen, die 30 vom Jahr 1594. zurückſtehende Monate den Ständen in Händen zu laſſen, wozu dann noch 30 auf drey Terminen zu bewilligen. Ferner habe man ſich eines Teutſchen **General-Kriegs-Ober-ſten** wegen zu vergleichen, und denſelben dem K. vorzuſchlagen, auch darauf anzutragen, daß vor allem die **Mängel** im **Kriegs-**, ſo wie im **Religionsweſen** gehoben würden. Auch ſey darauf anzutragen, daß der Krieg anders angegriffen, aus den K. Ländern mehr dazu aufgebracht, der Feldzug früher angefangen, auch inſonderheit, ſo etwas erobert würde, den Ständen davon gebührende Recompens geſchehen ſolle. Weiter ſolle man dem K. anliegen, daß der Friede baldmög-

 lichſt

J. Chr. 1597 Fürſten-raths-Delib.

lichſt gemacht, und alsdenn die verwilligte Hülfe nicht weiter verlangt, den Ständen ihre Freyheiten alle beſtätiget und gehandhabet, die Religions-Beſchwerden abgeſchafft, auch das Juſtiz-, ſonderlich Viſitations- und Reviſions-Weſen am K. G. in guten Stand geſtellt werden möge. Nächſt dieſem wäre zu bitten, daß das Reich mit fremden Durchzügen verſchonet, und das Volk nur rottenweiſe durchgeführt, auch wegen des Proviants, deſſen bisher in Ungarn immer groſſer Mangel geweſen, die nöthige Anſtalt getroffen werde. Letztlich hielte man dafür, daß der Weſtfäliſche Kreis nicht nur mit Anlagen zu verſchonen, ſondern auch ihm die bereits verwilligte drey-monatliche Hülfe würklich zu erlegen ſey. Worms blieb bey den meiſten Stimmen. Pfalz-Veldenz hielt es mit Pfalz-Neuburg. Sachſen-Weimar ſtimmte auf 30 Monate, in zwey Jahren zu erlegen [f]). Eichſtedt wäre quoad quantitatem und derſelben Anhang mit Bayern und Pfalz-Neuburg einſtimmig, doch ſo, daß das Rückſtändige von der letzten Bewilligung dem K. bliebe, was er aber etwan voraus erhal-

f) Alſo höher, als alle übrige, außer Oeſterreich! Ueberhaupt war wol kein Stand des Reichs, dem der Türkenkrieg ſo ſehr am Herzen gelegen hätte, als Sachſen. Dieſes zeigte ſchon zum Theil die Inſtruction der Sächſ. Geſanden. Zum Theil, und faſt noch ſtärker, zeigt es ein ganzes, mit S. M. (vermuthlich Samuel Mosbach) unterſchriebenes, 6 Folio-Blätter ſtarkes, Gutachten den Türkenkrieg und die beſte Art der Führung deſſelben betreffend, d. d. Annaberg 19. Dec. 1597. und in dem Cod. Act. Com. Senk. p. 103. u. f. befindlich; allwo zum heftigſten auf die recht ſtarke Hülfe gedrungen wird; ob aus würklicher Furcht wegen des Türken, oder aus Begierde dem Kaiſerlichen Hofe in allem gefällig zu ſeyn? mag an ſeinen Ort geſtellt bleiben.

erhalten, von der weitern Zahlung abgezogen werde, auch wenn Friede erfolgte, die jetzige Hülfe wegfiele. Coſtnitz ſtimmte auf 34 Monate in zwey Jahren; ſonſten wie Oeſterreich. Brandenburg blieb bey ſeinen Reſervationen; quantitatem belangend, ſey ſeine Inſtruction Bayern nicht ungleich. Aber ehe es ſich näher äußere, müſſe von Abſchaffung der Beſchwerden, von der Anwendung des Gelds, und ſonſt, geredet werden. Braunſchweig-Wolfenbüttel [g]) blieb dabey, daß den Gravaminibus entweder jetzo gleich, oder auf einem demnächſt zu beſtimmenden Reichstag, abgeholfen werden müſſe. Die Abkürzung des Anticipirten bey der jetzigen Hülfe ſey billig. Die Quantität belangend, habe es Befehl, bis auf 24 Monate zu gehen; auch darauf zu dringen, daß der Friede ernſtlich verſucht werde, und auf den Fall, daß er zu Stande komme, der Beytrag aufhöre. Bey der Erhebung müßte den Unterthanen, wenn ſie hierin ſich ihrer Schuldigkeit entziehen wollten, nicht nachgeſehen, noch weniger vom Kammergericht oder Hofrath Mandate erkannt werden, ſondern den Obrigkeiten freyſtehen, die gebührenden Zwangsmittel zu gebrauchen, und dieſeshalben beſonders im Reichsabſchied Vorſehung gethan werden. Jülich gab an, übrigens ſein voriges wiederholend, es habe das bisher verhandelte nach Haus berichtet, und erwarte die Antwort, bitte übrigens ja den Frieden in den Niederlanden beſtens zu befördern, damit der Weſtf. Kreis endlich die gar zu großen Bedrückungen los werde. Freyſingen ſtimmte ratio-

J. Chr. 1597 Fürſten-raths-Delib.

g) Hier iſt zu merken, daß im Protocoll das Wort Wolfenbüttel hinter Braunſchweig mehrmals ausgeſtrichen, Lüneburg aber allezeit ohne Zuſatz von Braunſchweig ſich geſetzt befindet.

J. Chr. 1597 Fürſten, raths. Delib.

ratione quotae mit Pfalz-Neuburg, Bayern und Sachſen-Weimar, bat aber in dem R. A. mit bemerken zu laſſen, daß an ſeiner Bewilligung ſo viel abgehen möge, als ſeine Güter ohnehin ſchon in Oeſterreich abgeben müßten. **Würtemberg**, cum proteſtatione contra majora, ſtimmte auf 24 Monate, in 2 Jahren zu zahlen, jedoch ſo, daß die noch nicht eingekommene Regenſpurgiſche vorige Hülfe auf 2 Jahre eingezogen und hiezu gelegt werde. Uebrigens wie Pfalz-Neuburg. **Regenſpurg** berief ſich auf das Bayeriſche Votum, inſonderheit wegen der Beſtellung der Obriſten, und auf Freyſingen in Betreff des Anhangs der im Oeſterreichiſchen liegenden Güter halben. **Baden** gab an: es habe ſich der hohen Forderung nicht verſehen, hielte ſich jedoch ſo weit ex clauſula generali bevollmächtigt, daß es in quantitate wie Bayern, Pfalz-Neuburg und Würtenberg ſtimmen könnte; jedoch ſo, daß die reſtirende Hülfe dazu geſchlagen, davon der Krieg noch zwey Jahre geführt, immittels aber ernſtlich nach dem Frieden getrachtet werde, nach deſſen Bewirkung dann die weitere Hülfe wegfiele; das Ueberſtimmen in Beytragsſachen könne es ſich auch nicht gefallen laſſen. **Landgraf Moritz von Heſſen** ließ ad prot. geben: Er ſähe die Verwilligung ſo an, daß man dadurch einen leidlichen Frieden zuwege bringen wolle, alſo daß der Krieg nur 2 Jahre noch geführt, und zu deſſen Behuf die vorige Hülfe anticipirt, auch etwan eine neue von 24 Monaten in denſelben 2 Jahren dazu gelegt werde. Uebrigens, hofften die Geſandten, werde ihr Herr ſich vom gemeinen Beſchluß in puncto quantitatis nicht abſondern, doch ſo, daß den Gravaminibus jetzt, oder auf einem beſondern Reichstage abgeholfen werde. Uebrigens müß-

müßten auch die Viſitationes, ingleichen Reviſio- J. Chr. 1597
nes, in Gang gebracht, und **Magdeburg**, an dem Fürſten-
jezt die Reihe, dabey nicht ausgeſchloſſen werden. raths-Delib.
Die beiden andern Heſſiſchen Häuſer erinnerten, daß inſonderheit möchte darauf angetragen werden, daß die Execution gegen Aachen aufgeſchoben, wie auch, daß das Volk für das Geld nach den Kreiſen geworben werde. **Pommern-Stettin** votirte auf 20 Monate, in 2 Jahren zu erlegen, doch die vorige Hülfe dazu zu ſchlagen. Auch möge in dem Abſchied, wegen der Art der Erhebung von den Unterthanen Vorſehung geſchehen, damit nicht die ärmeren mehr und die bemitteltern weniger angelegt würden; doch, daß man keine Proceſſe zum Beſten der Unterthanen erkenne. **Pommern-Wolgaſt** dictirte, daß, obwol man ſich die mehreren Stimmen in dieſer eine freywillige Gabe betreffenden Sache nicht binden laſſen könne, wolle man doch auf 20 Monate, in 2 Jahren zu erlegen, ſtimmen, und die vorige Hülfe dazu ſchlagen. Wegen der Gravaminum hielte man es mit den übrigen Evangeliſchen u. ſ. w. **Hirſchfeld** ſtimmte auf 30 Monate. **Henneberg** ſtimmte in quantitate mit Bayern, wiewol es gering gegen einen ſo mächtigen Feind: achtete auch nöthig, die Materie wegen Stiftung eines Ritter-Ordens wiederum auf die Bahn zu bringen. **Stablo** entſchuldigte ſich gänzlich, wie Jülich. **Wetterauiſche Grafen** verwilligten 20 Monate, und proteſtirten gegen die meiſten Stimmen; doch daß den Gravaminibus und den Juſtizmängeln abgeholfen werde. Hierauf ſchloß **Salzburg** als Director, da in der Umfrage vorzüglich auf quantitatem et tempus gegangen worden, ſo seyn desfalls die meiſten Stimmen auf 30 Monate, in zwey Jahren und jedes Jahr in zwey Terminen

zu

J. Chr. 1597 Fürſten=raths=Delib. zu geben, ausgefallen, doch der noch vom vorigen Reichstag reſtirenden Hülfe ausſchließlich; und alſo daß hingegen die Extraordinari=Hülfe abgeſtellt ſey; den modum aber belangend, ſolle nochmals umgefragt werden. Uebrigens proteſtire es ſeines Orts nochmals gegen die Mehrheit der Stimmen in quantitate, wohin dann auch ſelbſt in dem K. Ausſchreiben dieſes zu ziehen ſey, daß man alles als ganz freywilligen Beytrag erkenne; doch würde der Erzb., wenn ihm die Bewilligung hinterbracht würde, zweifelsohne ſein möglichſtes in weiterer Erklärung thun.

30. Dec. hora 7. mat. Gleich den Tag darauf wurden die Berathſchlagungen fortgeſetzt, und brachte Oeſterreich, als dieſes Tags Director, an [h]), daß heute vorzüglich über die Art, wie das Geld angewandt werden ſolle, zu reden ſeyn werde. Seine eigene Meinung belangend, ſo werde wol am beſten von den 30 verwilligten Monaten, (mit welchen der Kaiſer billig zufrieden ſeyn könnte [i]),) oder was etwa ſonſt gegen dieſen ſo äußerſt mächtigen Feind noch weiter zugeſtanden werden ſollte, die Verwendung, Beſtellung des Volks, und die ganze Direction [k]) heimzuſtellen ſeyn, wie auch bey

h) S. das Protocoll in dem Faſc. IV. Act. Comit. Arch. Wolfenb. fol. 27-42.

i) Dieſe Aeußerung des Oeſterreichiſchen, doch mit im Namen des Kaiſers votirenden Geſandten, wird jeden meiner Leſer Wunder nehmen, und vielleicht auf den Gedanken gerathen machen, daß hier der Braunſchweigiſche Protocolliſt den Sinn des Geſandten nicht recht gefaßt oder nicht genau aufgeſchrieben habe. Letzteres wenigſtens iſt offenbar nicht immer genau geſchehen, wie gleich ein Beweis folgen wird.

k) Hier fehlen offenbar die Hauptworte, Sr. Kaiſerlichen

bey größeren Verwilligungen ſchon geſchehen. J. Chr. 1597
Bayern gab hierauf an: Es habe zu ſeinem ge- Fürſtens
ſtern geäußerten eigentlich nichts zuzuſetzen, doch raths-
wolle es auf den Fall, da die andern Stände ſich Delib.
weiter angreifen würden, auch nicht ausziehen. Hingegen hielte es für ſehr unrecht, daß einige ſich ganz entziehen wollten; verhoffte, es werde doch am Ende nicht wirklich ſo gemeinet ſeyn. Salzburg fing hierauf nochmals an: es habe geſtern ſeiner Inſtruction gemäß votirt, wäre aber dadurch nicht gemeint, eine Abſonderung zu machen, habe jedoch ſeinen Nothſtand anzeigen müſſen, und bliebe dabey, da der K. ſelbſt das ganze Hülfswerk ein freywilliges Werk genannt habe, daß es ſich durch die meiſten Stimmen nicht binden laſſen könne. Bitte dieſes alles dem R. A. einzuverleiben. Pfalz-Lautern meinte: die Verwendung hätte ſollen vorher ausgemacht werden; unterdeſſen, da nun noch einmal von der Quantität die Rede, ſo wolle man noch einmal von dem Churf. Inſtruction einholen. Uebrigens quoad majora wie Salzburg. Die Verwendung belangend, wäre der K. zu erſuchen, da bekandtermaßen bey ſeinem Kriegsweſen ſo viele Mängel untergelaufen, daß ſolche den Ständen beſchrieben und zur Berathſchlagung überlaſſen würden: ferner, daß der K. angäbe, wie hoch er ſich wegen ſeiner Erblande angreifen wolle, um die Proportion in der Anlage darnach zu machen. Weiter ſey zu erwägen, ob auch 30 Monate zur vor-

lichen Majeſtät, in dem Protocoll. Denn, daß der Geſandte es dem Kaiſer heimgeſtellt wiſſen wollte, zeigt außer allem übrigen noch die Rubrik einer Relation des Brandenb. Geſandten an ſeinen Herrn, in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXIX. n. 16.

J. Chr. 1597 Fürſtens-raths-Delib. vorgeſchlagenen Hülfe zureichend ſey? l) wie auch, ob es nicht beſſer ſey, früher als im Monat Juli ins Feld zu ziehen? Ferner kommt unter allerhand Vorſchlägen zum Feldzug auch dieſer vor: den Reichsvölkern einen eigenen Teutſchen Feld-Oberſten, ſo ein Fürſt oder Graf wäre, zu geben. Hingegen könnten die Officiere, allerhand Inconvenienzen wegen, ſchwerlich aus den Kreiſen genommen werden. Der Teutſchmeiſter votirte ganz kurz, die 30 Monate zur Verwendung dem K. anzuvertrauen. **Bamberg**: der Fränkiſche Kreis habe einmal zu 1000 Pferden 24 Monate bewilliget, alſo würden freylich die 30 Monate jetzt nicht hinlänglich ſeyn. **Pfalz-Neuburg** hielt dafür, die 30 Monate, die noch reſtirten, zu den von den meiſten neuerlich bewilligten zu ſchlagen, alſo daß jährlich 20 Monate in drey Jahren erlegt würden: daß den Teutſchen Truppen ein Teutſcher Befehlshaber vorgeſetzt, und beiden Religionen die freye Uebung zugeſtanden werde. Zu Erledigung der Mängel des Kriegsweſens würde gut ſeyn, einen beſondern Ausſchuß zu beſtimmen, u. ſ. w. **Würzburg** m): die an ſich freywillige Hülfe werde jetzt, da die Gefahr ſo groß, zur Nothwendigkeit, und bleibe es bey den verwilligten 30 Monaten. Der Verwendung und

l) Wie es komme, daß Pfalz-Lautern, das den vorigen Tag den von Oeſterreich vorgebrachten 30 Monaten nicht beyſtimmen wollte, nun noch fragt, ob die 30 Monate genug ſeyen, kann ich nicht erklären, aber die Sache iſt, nach den deutlichen Worten des Protocolls, richtig.

m) Dieſes Standes Geſinnungen erläutern die mit Brandenburg des bevorſtehenden Reichstags halber gepflogene Unterhandlungen, durch den Würzb. Rath, Paul Martin von Lichtenſtein: in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXV. n. 26-28.

und Direction u. d. g. halber, wie Bayern. Die J. Chr.
Zeit, auf welche die Völker angenommen werden 1597
müßten, ſey 7 Monate, mit An- und Abzug. Fürſtenraths-Delib.
Sollte nun desfalls noch etwas mehr zu geben nöthig ſeyn, wollten ſie, die Geſandten, von den majoribus nicht abgehen. **Pfalz-Veldenz** meinte, es müßte das Volk nach den Kreiſen geworben werden, auch die Unterthanen ſehen, wohin das Geld käme. **Eichſtätt** bat um Separation, dann da es nicht ſolle ein durchgehends gleiches Werk ſeyn, wollte man ſich auch dieſes Orts die Nothdurft vorbehalten haben. Das Kriegsweſen betreffend, ſey wol am beſten, einen Ausſchuß zu beſtellen, der alles nützliche desfalls zu Papier bringe, und dem pleno übergäbe. **Brandenburg** blieb pto majorum bey Salzburg, doch wenn ſonſt die Bedingungen, die es oben vorgetragen, erfüllt würden, ſo wolle es ſich dem, was die übrigen thäten, nicht entziehen. Ein Teutſcher Obriſter des Kriegsvolks ſey freylich nöthig, aber ſo, daß ihm, ſo er catholiſch, ein proteſtantiſcher Oberſt-Lieutenant zugegeben werde, und ſo er proteſtantiſch, ein catholiſcher. Das Voluntarium belangend, ſo werde wol durch gemeinen Schluß neceſſitas gemacht, aber nicht, wenn der eine Theil abſolute, der andere unter Bedingungen verwilligte. **Braunſchweig-Wolfenbüttel** meinte, es müſſe allerdings ein Teutſcher Obriſter, ſamt einem Oberſt-Lieutenant, aus beiden Religionen beſtellt werden. Wären dieſes tüchtige Männer, ſo brauchte man die großen Koſten wegen eines Kriegsraths nicht. Pfennigmeiſter ſeyen ja bey den Kreiſen, alſo könne man ja auch den vorgeſchlagenen General-Reichspfennigmeiſter ſparen. Die Muſterung belangend, müſſe man dem Kaiſer und dem Feldherrn billig die Ehre laſſen.

J. Chr. 1597 Fürſtenraths-Delib. laſſen. Wegen des Nachzugs ſey zwar im Jahr 1542. manches beſtimmt, ſo aber jetzo bey veränderten Umſtänden nicht hinreiche, indem jetzt nicht nur einige Kreiſe, wie damals, ſondern alle helfen müßten. Damals wäre Ruhe und Friede und Einigkeit im Reiche geweſen [n]), auch die Kreiſe vermögender als jetzt, da der Weſtfäliſche zumal ganz erſchöpft ſey. Hildesheim meinte, ſo wie das Reich im Jahr 1542. ſich des Kriegsweſens nicht annehmen wollen, ſo könne man es ja dismal auch dem K. ganz überlaſſen. Ob auch das ganze Reich einen ſo guten Oberſten über die Teutſchen Völker zu finden wiſſen würde, als der K. ſelbſt, wäre eine Frage. Aber einen beſondern Pfenningmeiſter zuzugeben, würde nützlich ſeyn. Braunſchweig-Lüneburg beſtund nochmals darauf, das Volk aus den Kreiſen zu werben. Der Kriegsmängel halben ſey ein Ausſchuß zu machen. Das Geld zu Bezahlung des Volks ſey den Feld-Oberſten zuzuſtellen, aber vorher eine Gleichheit in der Beſtallung zu machen. Der R. A. von 1542. ſey auf jetzige Zeiten freylich nicht anzuwenden, aus obangezogenen Urſachen. Paderborn meinte, die angegebene Anzahl Mannſchaft ſey viel zu gering gegen den Feind, und doch, wenn ſie aufgebracht werden ſollte, das bisher zu bewilligen vorgeſchlagene viel zu wenig. Man möge alſo dem K. die Werbung ganz allein überlaſſen, der vielleicht aus andern Nationen mit geringerem Sold werben könne. Sollte aber per majora die Werbung aus den Kreiſen beſchloſſen werden, wolle

n) Iſt freylich nicht hiſtoriſch richtig, wie die Geſchichte zeiget; man denke nur an die Braunſchweigiſchen Händel, da eben in dieſem Jahre Heinrich der jüngere aus dem Lande vertrieben wurde. S. die R. Hiſt. XII. B. S. 368. u. f.

wolle es auch nicht entgegen ſeyn. **Jülich**: weil J. Chr.
man die ſchon lange dem Weſtf. Kreiſe bewilligte 1597
dreymonatliche Hülfe in votando vorbeygegangen, Fürſten-raths-Delib.
auch auf die übergebene Kreisbeſchwerden keine
Antwort erfolgen laſſen, ſo bäten ſie, beides nicht
außer Acht zu laſſen. Der jetzigen Hülfe halber
erwarteten ſie noch Antwort. **Pommern-Stettin** wünſchte, daß die Werbung aus den Kreiſen
geſchähe: ſo würden die Unterthanen, wie auch
der Adel, im Kriege, und doch außer dem Vaterland, geübt; auch würden die Unterthanen die Verwilligung viel lieber geben. Die Beſtellung des
General-Oberſten müſſe man billig dem K. überlaſſen, da es im Krieg hauptſächlich auf einen Heerführer ankomme, der das Land wohl kenne. Die
Werbungen möchten immer aus den Kreiſen geſchehen. Wie ſtark dieſe ſeyn müßten, könne man
nicht eher beſtimmen, bis daß man genaue Nachricht habe, wieviel der K. ſelbſt und die Auswärtigen zu thun gedächten, auch wie ſtark der Feind
wol im Feld erſcheinen würde. Aber vor allem
müßten die Kriegsmängel abgethan, und einheimiſche Unruhen geſtillt werden. Uebrigens würde
die Ordnung von 1542. nicht undienlich zu gebrauchen ſeyn. **Würtenberg** meinte, die Werbung aus den Kreiſen ſey die beſte. Schlüge man
die von 1594. noch reſtirende 30 Monate, und
noch 30 dergl. zuſammen, ſo könnte ein anſehnliches Volk davon geworben werden. So brauche
es keines beſondern Reichs-Pfenningmeiſters. Die
Unterthanen würden deſto lieber geben, wenn in
den Kreiſen geworben würde; auch ſey in denſelben, wenigſtens in Schwaben, Volks genug,
da man bey der damals geleiſteten außerordentlichen Hülfe allein 1500 Mann zu Fuß, die ſich erboten, habe abweiſen müſſen. Daß die Prote-

J. Chr. 1597 Fürſtenraths-Delib. ſtanten an den oberſten Kriegsſtellen mit Antheil hätten, wäre um ſo billiger, als ſie auch mehr o) geben müßten: und doch ſey es bisher im Jahr 1594. und 1596. im Schwäbiſchen Kreiſe nicht geſchehen. Der Religionsfriede müſſe aufs neue beſtätigt, und die Ordnung von 1542. in Acht genommen werden. Da auch das leztemal das Schwäbiſche Kriegsvolk faſt um 2 Monate zu früh gekommen, ſo glaube man, es ſey genug, wenn ſolches dismal im Juni in Ungarn oder Oeſterreich ankomme. Weil ferner an der Münze großer Verluſt in Ungarn gelitten werde, ſo wäre es gut, den K. zu erſuchen, daß er, wenigſtens für die Zeit des Kriegs, die Gold- und Silber-Sorten erhöhete, und die Einnehmer darauf befehligte. Nächſt dieſem allem befände ſich in des von Schwendi Kriegs-Diſcurs, daß zur Aufmunterung der Kriegsleute gut ſey, wenn man ihnen das, was ſie an den Gränzen dem Feind abgewonnen, zu behalten erlaubte; ſo könne man ja dieſes auch beſchließen. Die majora betreffend, ſo könnten ſie ſie quoad quantitatem ohnmöglich annehmen, bäten dahin zu ſtimmen, daß desfalls im R. A. etwas verordnet, und dem Fiſcal aufgegeben werde, nur auf das zu klagen, was jeder ſelbſt, und zwar pure, verwilliget. Heſſen-Caſſel blieb bey ſeiner Bewilligung von 24 Monaten, und Proteſtation der Gravaminum halber; die Werbung ſey am beſten in den Kreiſen zu thun, da noch das leztemal im Fränkiſchen Kreiſe lauter gutes Volk aufgebracht worden. Baden-Durlach glaubte, die Werbung ſey aus den Kreiſen zu thun, und wolle man bitten, daß der K. die 30 noch rückſtändige Monate

o) Worauf ſich dieſes beziehe, habe ich nicht finden können; zumal da Würtenberg nicht nur vom Schwäbiſchen Kreiſe, ſondern überhaupt redet.

nate desfalls den Ständen in den Händen laſſe, J. Chr.
wie ſchon Pfalz-Neuburg angegeben; wieder- 1597
holte im übrigen ſeine Proteſtation und Reſerva- Fürſten-raths-Delib.
tion. Baden-Hochberg war auch der Mei-
nung, die majora könnten nach der Natur einer
bloß freywilligen Hülfe nicht binden, ſtimmte übri-
gens auf 24 Monate, in 2 Jahren abzutragen,
doch daß den Ständen das Reſtirende in den Hän-
den gelaſſen und die Werbung in den Kreiſen vor-
genommen würde, ſo daß der Mannſchaft ein Ober-
haupt aus dem Reich vorgeſetzt werde, dem die
Special-Kreis-Oberſten zu Rath ſeyn könnten.
Gleichheit im Beytrag und Kriegsämtern für beide
Religionen, ſey, nach des Schwendi Vorſchlag,
wohl zu bedenken. Anhalt glaubte ebenfalls, daß
in den Kreiſen tüchtige Mannſchaft genug zur Wer-
bung vorhanden. Daß ein Evangeliſcher wenig-
ſtens dem oberſten Haupt des Kriegsvolks zuge-
ordnet werde, ſey um ſo viel nöthiger, weil ſonſten
die Proteſtanten immer an die Spitze geſtellt wor-
den. Auch ſey billig, daß man dem Reich das
an der Gränze etwan zu erobernde zu bebauen
und bewohnen überließe. Denn wenn man die
Unkoſten rechnete, die das Reich über Ungarn ge-
habt, könnte man wol ganz Ungarn dafür kau-
fen [p]). Nachdem nun auch die übrigen Stimmen,
die nichts neues mehr enthielten, geſammelt wa-
ren, gab das Directorium an, es könne noch keine
majora finden, da die Stimmen zu vielerley ſeyen;
desfalls es dann am beſten ſeyn werde, alles heute
in Frage geweſene auf einen Ausſchuß zu verwei-
ſen. Hier fing Bayern wieder an, das Kriegs-
weſen an ſich ſey dem K. zu überlaſſen; aber der
Mängel halber ein Ausſchuß nöthig. Salzburg
blieb bey ſeiner Stimme, desgleichen Pfalz-Lau-
O 2 tern.

p) Wie doch damals die Länder gerechnet wurden!

J. Chr. 1597 Fürſtens raths: Delib. tern. Bayern fielen die Catholiſchen ſämmtlich bei. Die Proteſtanten aber beſtunden auf ihren Stimmen wegen der Verwendung, doch der Mängel halber wollten ſie auch einen Ausſchuß. Das **Oeſterreichiſche Directorium** wollte nochmals verſuchen, ob alle Stände ſich auch den Ausſchuß in Anſehung der Verwendung des verwilligten Gelds gefallen laſſen wollten, aber **Pfalz-Lautern** proteſtirte dagegen im Namen aller Evangeliſchen Stände, maßen wegen dieſer Verwendung bereits majora vorhanden ſeyen: womit dann dieſe Sitzung beſchloſſen wurde.

Geſandtſchaft der Oeſterreichiſchen Landſchaften. 31. Dec. hora 8. mat. Noch am letzten Tage des Jahrs kamen die **Abgeordneten der drei Oeſterreichiſchen Landſchaften, Steiermark, Kärnthen und Krain,** inſonderheit der **Biſchof von Seckau** und **Herr von Auerſperg** in die Verſammlung der Churfürſten, Fürſten und Stände, übergaben ihr Creditiv [q]) und brachten an: „Vorerſt freueten ſich die drey Lande gar ſehr, daß ſie zu des Reichs Freyheit, Schutz und Schirm aufgenommen worden [r]), daher

q) Acta Mſc. Comit. Wolf. faſc. IV. n. 1. fol. 42. Daß dieſe Geſandtſchaft, außer einem Creditiv an die ganze Reichsverſammlung, auch noch beſondere Bittſchreiben an die Stände mit bey ſich gehabt, zeigt ein dergleichen an den H. von Braunſchweig überſchriebenes, mit gerade 50 Pittſchaften, von den Landherren dieſer 3 Provinzen, äußerlich beſiegeltes Schreiben, ſo in den Actis Com. Mſc. Wolfenb. faſc. III. n. 70. ſich befindet, d. d. Grätz, Klagenfurt und Laibach, 4. Nov. 1597. wozu auch ein Empfehlungsſchreiben des Herrn dieſer drey Länder, Erzh. Ferdinands, an eben dieſen Herzog, gehört, d. d. 12. Nov. 1597. ſo in gedachtem faſc. III. n. 18. regiſtrirt iſt.

r) Dieſe Ausdrücke beziehen ſich auf eine, ſo viel mir bewußt iſt, von dem ſel. Häberlin nicht angeführte Bege-

daher ſie ſich dann auch berechtigt glaubten, bey den Ständen um Hülfe nachzuſuchen. Sie dankten zum voraus wegen der ihnen ehemals 1594. bewilligten milden Hülfe, meldeten aber dabey, wie ſie auf keine Weiſe desfalls zur Abrechnung mit der kaiſerlichen Hofkammer kommen könnten. Da ſie nun ſolchergeſtalt eigentlich gar keine Beyhülfe erhalten, und darüber die Türken ihnen ganz nahe gekommen, ſo daß ſie alle Augenblicke einen Einfall und großen Schaden befürchten müßten; ſo bäten ſie, man ſolle doch ſie nicht verlaſſen, da ſie auch ſelbſt in kurzer Zeit auf 1400000 fl. angewendet, ohne die 1000 Pferde, die ſie an der Gränze unterhalten, und das, was zu der Munition und ſonſt erfordert würde;,, welches alles in einer dabei übergebenen Bittſchrift weiter ausgeführt war. Hierauf antworteten die Stände, ,,man wollte das übergebene verleſen und beantworten,,, worauf ſie abtraten, die Verleſung aber ihrer Schreiben und Bittſchriften, ſamt der Berathſchlagung darüber, bis ins folgende Jahr verſchoben wurde. Hierauf ward noch des Weſtfäliſchen Kreiſes Bittſchrift, ſeiner Beſchwerden halber, in pleno verleſen: ferner auch der

J. Chr. 1597

Geſandtſch. der Oeſterreichiſchen Landſchaften.

 Grä-

Begebenheit, welche aber Valvaſor, Ehre des Herz. Krain, III. Th. X. B. S. 352. erzählt; nemlich darauf, daß K. Rudolf dieſen drey Landen, ſchon auf dem Reichstag zu Regenſpurg des Jahrs 1594. alle ihre Freyheiten, durch einen vom Churfürſten zu Mainz, als Erzkanzler, unterſchriebenen, mit einer goldenen Bulle beſiegelten Freyheitsbrief beſtätiget hatte, welches vorhin nie geſchehen war. Welches dann, wie der patriotiſche Verf. fortfährt, unſerm Vaterlande ſo weit zur Freude und Ehre gereichet, daß wir (die Krainer) auch unter die ſtandhaften, löblichen Teutſchen Völker gerechnet, und denen, welche unter des Reichs Schutz ſind, beygezählet werden.

J. Chr. 1597 Gräfin von Hohenſtein Bittſchrift wegen ihres verarreſtirten Leibgedings. Endlich geſchahe ein gleiches mit des jungen Herrn von Pappenheim Supplik um die Befreyung ſeines nun im ſiebenten Jahr gefangen ſitzenden Vaters, Conrad von Pappenheim. Von dem Inhalt dieſer aller gedenke ich hier aus der Urſache nichts, weil ich die Weſtfäliſchen Beſchwerden bey einer andern Sitzung füglicher anbringen kann, in Betreff derer Gegenſtände aber, wegen welcher in dem R. A. nichts vorgekommen iſt, worunter dann auch die andern hier bemerkten alle gehören, dem Beyſpiel meines Vorgängers gemäß, das dahin ſich beziehende erſt nach dem Auszug des Reichsabſchieds zuſammenzufaſſen geſonnen bin. Und ſo viel von dem Jahre 1597! s).

Geſandtſch. der Oeſterreichiſchen Landſchaften.

1598 Nun auf die Geſchichte des folgenden Jahres zu kommen, ſo mache ich alſogleich den Anfang mit der fortgeſetzten Geſchichte des Reichstags zu Regenſpurg. In der erſten Seſſion deſſelben in dieſem Jahre t) brachte das Oeſterreichiſche Directorium vor: Da in den letzten Sitzungen

Reichstagsgeſchichte. Fürſtenraths-Delib. 2. Jan.

s) Doch iſt für denjenigen, der von den Verhandlungen des Reichstags bis zu Ende dieſes Jahrs, noch ein Mehreres zu wiſſen wünſcht, zum Unterricht hier anzumerken, daß eine Menge Reſcripten, Relationen und Schreiben, über dieſen Gegenſtand, im Fürſtlichen Archiv zu Anſpach annoch verwahrt werden. In dem Ind. Mſc. Act. Com. Arch. On. faſc. LXV. gehören n. 53. 54. 55. 58. 60. 93. 98. 99. 116. 117. 123-126. 128-132. den Ueberſchriften nach hieher.

t) Laut des Protocolls derſelben, in den Actis Comit. Mſc. Wolf faſc. IV. n. 1. fol. 43. ſqq. S. auch Jagemanns Relation an ſ. Herzog, d. d. 3. Jan. e. a. Act. faſc. III. n. 26.

zungen vorigen Jahrs nichts weiter mit Gewißheit 1598
beſchloſſen worden, als, dem Kaiſer 30 Monate in Fürſten-
zwey Jahren zu verwilligen, und daß dieſe zu Volk raths-Delib.
verwendet werden ſollten; wie aber dieſes geſchehen ſolle, noch nicht entſchieden ſey: ſo wolle man, zumal da die meiſten ſich auf Bayern bezogen, deſſen Votum aber wol nicht recht verſtanden haben möchten, nochmalige Umfrage wegen Verwendung der Geldhülfe halten, nach welcher man auch von den Kriegsmängeln reden könnte. Für ſich, fügte der Geſandte hinzu, wolle er erſt erwarten, was für Stimmen fielen, ſodann die ſeinige hiernach einrichten. Bayern äußerte hierauf, es wolle ſeine Meinung kürzlich zuſammengefaßt wiederholen. Nemlich, vorerſt ſollten die 30 Monate in drey Terminen, auf Georgi, Johanni, und Michaeli d. J. erlegt werden, doch ſo, daß ein eigener dem K. und dem Reich zu verpflichtender Pfennigmeiſter beſtellt würde, der nach Ausgang des Jahrs, oder auch auf einem künftigen Reichstag, zweyen dazu deputirten Ständen Rechnung thäte, auch jedem Reichsſtande auf Verlangen eine Abſchrift der Rechnung mittheilte. Die Anzahl des von ſolchem Gelde zu werbenden Volks ſolle etwa 10000 zu Fuß, und 4000 zu Pferde ſeyn, ohngefähr auf 5 Monate. Ueber das Fußvolk ſowol als über die Reuter wären etwa jedesmal vom Kaiſer 3 Befehlshaber zu beſtellen. Einen tapfern General-Oberſten dieſen allen vorzuſetzen, wäre auch dem K. zu überlaſſen. Der Anzug müſſe wenigſtens im halben Juli geſchehen. Die zehen Räthe betreffend, ſo ſeyen ſie im Namen aller Kreiſe, aber nur auf den 5, ſo dem Kriege am nächſten gelegen, zu beſtellen; hätten auf die Muſterung und Bezahlung des Volks mit zu ſehen, und ſollten halb bey dem Kaiſer, halb

1598 halb aber bey dem Kriegsheer ſich aufhalten. Einen General und Obriſten-Lieutenant von Reichswegen über die Völker zu beſtellen, würde zu koſtſpielig ſeyn, da nur letzterer allein monatlich 7000 fl. würde haben müſſen. Auch würde ſchwerlich jemand gefunden werden, der allen Reichsſtänden recht wäre. Sollte derſelbe ein Reichsſtand ſeyn, ſo würde er dem K. General-Feld-Oberſten nicht gerne unterworfen ſeyn. Daß die **Bewerbung** in den Kreiſen geſchähe, und jedes Kreiſes Volk ein Obriſter vorgeſetzt würde, ſey auch nicht wohl thunlich, da in einem Kreiſe es vielleicht an Volk, im andern an Pferden fehlte, auch dergleichen Oberſten viel koſteten. **Burgund**, als deſſen Geſandter erſt angekommen, entſchuldigte ſein Außenbleiben, bat um Mittheilung des vorgegangenen, verſicherte übrigens, daß der König von Spanien gerne des Reichs Aufnehmen ſähe, zu dem Ende auch ſchon ehemals Hülfe gegen die Türken geſchickt habe. Hingegen hätte ſich derſelbe auch verſehen, daß, da er ſeiner Reichslande halber zum Reich ſteuern müſſe, auch ihm, den Geſetzen nach, gegen ſeine rebelliſchen Unterthanen Hülfe geleiſtet würde, anſtatt deſſen er aber ſehen müſſe, daß manche Reichsſtände ſogar denſelben Vorſchub und dadurch ihm Schaden thäten. Doch wolle er gerne auch ferner, und jetzo wieder, ſteuern, wenn ihm nur die Reichsgeſetzmäßige Hülfe zu Theil würde. **Pfalz-Lautern** wunderte ſich ſehr, daß man noch wegen der Verwendung fragen wolle, da es ja durch die meiſten Stimmen entſchieden ſey, daß die Werbung aus den Kreiſen geſchehen ſolle, die Bezahlung aber durch den Commiſſarius. Die Anzahl der Monate belangend, ſo habe er nun Befehl, 24. zu verwilligen, in zweyen Jahren, zuſammt dem, was

Fürſten-raths-Delib.

was noch von 1594. her rückſtändig, zu bezahlen: 1598
wobey er ausdrücklich gegen die meiſten Stimmen Fürſten-
proteſtirte, auch ſonſt ſeine Proteſtationen und raths-Delib.
Bedingungen wiederholte. Der Kriegsmängel halber ſey einmal auf einen Ausſchuß geſchloſſen, dabey es dann auch ſein Bewenden haben müſſe. Der **Teutſchmeiſter** meinte, das ganze Kriegsweſen ſey dem Kaiſer heimzuſtellen, doch könne er es leiden, daß ein Reichspfennigmeiſter beſtellt werde. **Pfalz-Neuburg** hielt für das Beſte, dem Kaiſer zwar die ganze Direction des Krieges zu überlaſſen, doch dem K. einen Feld-Oberſten über die geworbenen Hülfsvölker zu benennen, auch demſelben noch unterſchiedene andere Oberſten zuzugeben. Uebrigens müſſe dieſer Oberſten halber in einer beſondern Umfrage geredet werden, da er dann auch wegen der Mängel des Kriegs ſich äußern wolle. **Bamberg** war der Meinung, es werde wol ſchwerlich die benannte Anzahl Volks für die bewilligten 30 Monate geworben werden können, daher es am beſten ſeyn würde, das Geld dem Kaiſer in die Hände zu geben, und die Werbung ihm heimzuſtellen. **Sachſen-Weimar:** da man der Bewerbung aus den Kreiſen gewohnt ſey, ſo würde es am beſten ſeyn, wenn dieſe, ſamt der Auszahlung, in und aus den Kreiſen geſchähe. **Brandenburg** äußerte ſich der Monate halber auf 24, doch mit Vorbehalt ſeiner vorigen Aeußerungen puncto gravaminum et majorum, und hätte der Kaiſer Urſache genug, bey der ſämmtlichen Stände Gutwilligkeit im Beyſteuern, die Beſchwerden abzuſchaffen. **Braunſchweig**, da der K. Geld und Volk begehret, ſo habe er zugleich der Stände Rath mit begehret. Dem zufolge habe ſich der Herzog bey Kriegserfahrenen desfalls erkundiget, und befunden, daß, wenn

1598 das ganze Werk nicht anders, als bishero, angegriffen werde, alle Geld- und Volkshülfe verlohren ſeyn würde. Daher müſſe man vorzüglich auf einen guten teutſchen erfahrenen General-Oberſten, wie auch Oberſt-Lieutenant, von beiden Religionen, bedacht ſeyn. Geſetzt auch, daß dieſelben viel zu unterhalten koſte, ſo koſteten freylich die zehen Kriegsräthe nicht weniger, die man aber ſparen könne, da man doch wenigſtens fünf Special-Oberſten, ſamt einem Feldmarſchall, auch Rittmeiſtern und Hauptleuten beſtellen müſſe, welche dann als ſelbſt gegenwärtig die beſten Räthe ſeyn könnten, auch müßten, und es nicht gut ſey, wenn ſich dieſe von andern vorſchreiben laſſen ſollten. Dieſe Oberſten müßten dann von allen Kreiſen beſoldet, und ihnen die Werbung in den Kreiſen geſtattet werden. Die Kreis-Einnehmer könnten dann den Special-Oberſten der gemeinen Soldaten Beſoldung zuſtellen, dieſe ſolche austheilen, ſodann den Kreiſen davon Rechnung thun. Auch müßten die Retardaten durch den Reichspfennigmeiſter angemeldet und durch Kammergerichtliche Proceſſe eingetrieben werden. Wollten jedoch die Majora einen beſondern Pfennigmeiſter haben, ſo ließe man es ſich leichtlich gefallen.

Fürſten-raths-Delib.

Pommern-Wolgaſt: Es erwarte noch Inſtruction, proteſtire aber zum voraus gegen die Majora. **Regenſpurg**, wie Bayern. Weil aber einige Stände gegen die Majora proteſtirten, ſo müſſe es ſich auch beſonders dahin erklären, daß ihm dieſes ſchädlich ſchiene, wenn man durch ſolche ſich nicht binden laſſen wolle, weil ſonſten auch in den Kreiſen ein gleiches aufkommen möchte. Alſo pro majoribus. **Paſſau**, wie Bayern und Pfalz-Neuburg. Uebrigens glaube es, wenn der Kaiſer es genehmige, daß man ihm einige Perſonen

ſonen zu Oberſten vorſchlage, ſo würden etliche 1598
Stände wol darauf inſtruirt ſeyn. Burgund Fürſtens
proteſtirte gegen Stablo, der Stimme halber. raths Delib.
Die Wetterauiſchen Grafen ſtimmten auf 20
Monate, und das Volk aus den Kreiſen zu werben. Da nun überhaupt faſt alles Bayern zufiel, ſo ließ es das Directorium dabey bewenden.

Bey der folgenden Sitzung proponirte Salzburg, man würde vorzüglich das Verlangen der Inner-Oeſterreichiſchen Provinzen, ſodann auch die Beſchwerden des Weſtfäliſchen Kreiſes, in Betracht ziehen. Zu erſterer Behuf wä- 3. Jan. hora 7. mat.
ren auch einige Schreiben und Fürſchreiben eingelangt, welche nun verleſen werden müßten. Dieſe wurden demnach verleſen, und zum Abſchreiben gegeben. Die Sache ſelbſt betreffend, ſo wolle man ſie morgen frühe in pleno vornehmen. Ob nun wol Pfalz-Lautern zu Gewinnung der Zeit eine Deputation lieber geſehen hätte, ſo ſtimmte doch alles für das Plenum. Das eine der angezogenen Schreiben war von den drey Landen Steiermark, Kärnthen und Krain u), und enthielt nur die Bitte, der Werbung des von ihrentwegen erſcheinenden Geſandten geneigt aufnehmen zu wollen, da ſie von den Türken ſo entſetzlich bedrängt würden. Das andere, auch von gedachten drey Provinzen, an die ganze Reichsverſammlung gerichtete, enthielt, in noch weit gedehntern und kläglichern Ausdrücken die nemliche Bitte,

u) d. d. Gräz, Klagenfurt und Laibach den 4. Nov. 1597. in Actis Comit. Wolfenb. faſc. III. n. 71. zu befinden. Und zwar iſt daſelbſt die Ueberſchrift an die Geiſt- und Weltlichen Fürſten. Dabey aber ſtehet unten bemerkt, daß ein gleiches mutatis mut. an die Grafen und Reichsſtädte ergangen. Vermuthlich iſt auch ein drittes gleichlautendes den Churfürſten übergeben worden.

1598 Bitte, und die um Zugeſtehung einer erklecklichen ſtandhaften Hülfe gegen den tyranniſchen Erz- und Erbfeind des Chriſtlichen Namens, den Türken [x]). Dabey war dann noch ein drittes [y]), von dem Erzh. Ferdinand, als Herrn dieſer drey Länder, in welchem ſämmtliche Reichsverſammlung von ihm beſtens erſucht wurde: „Da mit ſeinem Wiſſen und Willen ſich die Landſtände der drey Provinzen an ſie gewandt hätte, indem ſie, der bisherigen Türkiſchen Drangſalen halber, ohnmöglich ſelbſt genug zu ihrer Beſchützung aufbringen könnten; ſo möchte man doch ja allem, was in ihrem Namen vorgebracht werden würde, Glauben beymeſſen, und dahin bedacht ſeyn, daß denen ſo ſehr verarmten Landen mit einer erklecklichen Hülfe beygeſtanden würde, damit ihnen durch Erbau- und Befeſtigung etlicher Flecken, auch Anſchaffung von Munition und Proviant, noch bey Zeiten vorgeſehen werden könnte.„ Die ſchriftlich eingegebene Werbung aber, dieſer drey Lande, ging dahin: „Seitdem benannte Lande ſich unter dem Schutz des Reichs befänden, hätten ſie ſich auch deſſelben würklich durch gehörige Unterſtützung in Feindes-Nöthen, als des Reichs Vormauern, zu erfreuen gehabt; inſonderheit habe ſich noch auf dem letzten Reichstage das Reich mit Verwilligungen gegen die Türken ſo ſtark angegriffen, damit dieſen drey Landen ein erkleckliches davon zu gute kommen möge. Sie hätten aber mit Seufzen und betrübtem Gemüth es Gott zu klagen, daß ſie, dieſer guten Meinung ohngeachtet, ſo wenig würkliche Hülfe und Beyſtand verſpürt hät-

Der Inner-Oeſterr. Landſchaften Geſuch.

x) Es war von eben dem 4. Nov. und ſtehet cit. faſc. III. n. 68.

y) d. d. Gräz, den 12. Nov. 1597. In dem gedachten n. 68.

hätten, da der Kaiſer alle ſeine Kräfte in Ober- 1598
und Nieder-Ungarn angeſpannt habe. Sie, die Der
Stände dieſer Lande, hätten ſich auch, zum Theil Inner-Oeſterr.
in Hoffnung der Reichs-Unterſtützung, ſelbſt auf Land-ſchaften
das äußerſte mit Bewilligungen angegriffen. So Geſuch.
habe allein die Landſchaft von Steiermark ſeit 1594. während des Kriegs, 1400000. fl hergegeben, außer dem perſönlichen Zuzug und Landes-Aufbot zu Roß und Fuß, welcher bey Feindes-Gefahr oft mehr als einmal des Jahrs geſchähe, und bey welchem allemal von jedem 100 fl. Einkommen aus den Landgütern ein wohlgerüſtetes Teutſches Pferd, ſamt drey Büchſenſchützen, geſtellt werden müßte, ſo über 1000 Pferde und 2000 Büchſenſchützen [z]) austrüge. Nebſt welchem allem dann auch noch manchmal der Zehnte, ja gar der Fünfte, im ganzen Lande ſey ausgeſchrieben worden, welches alles zuſammen, benebſt dem außer dieſem noch angeſchafften Proviant und Munition, eine ganz außerordentliche Beſchwerde dem Lande verurſacht, auch daſſelbe in Schulden verwickelt habe. So habe Kärnthen in der Zeit 730000 Gulden, Krain aber 500000 fl., beide an baarem Gelde, und die Grafſchaft Görz noch beſonders 300000 fl. [a]) erlegen müſſen, wodurch ſie ebenfalls in ſchweres Intereſſe gerathen, und manche

z) Wenn 1 Pferd und 3 Büchſenſchützen immer zuſammengeſtellt werden mußten, ſo mußte die Summe von letzteren gegen 1000 Pferde nothwendig 3000 ſeyn. Alſo iſt entweder bey der obern Zahl 3, oder bey der untern 2000 ein Fehler in die Abſchrift eingeſchlichen.

a) Zuſammen alſo 1530000 fl. Ob aber auch dieſe Zahlen richtig in der Abſchrift angegeben ſind, mithin Steiermark würklich nur um 126000 fl. weniger als die andern beiden Lande zugleich beygetragen habe, laſſe ich dahingeſtellt ſeyn.

1598 manche Einwohner, auch adeliche Familien, ganz verarmet. Auch habe der Erzh. Ferdinand, ihr Herr, bey ſeinen übrigen Ausgaben und großer Schuldenlaſt, aus ſeinen Kammer-Gütern nach Vermögen zur Abwendung der Türken-Gefahr hergegeben; alſo daß, wenn auch noch weit größeres Unglück über dieſe Lande verhängt ſeyn ſollte, man doch wenigſtens immerhin das Bewußtſeyn habe, es an nichts haben erwinden zu laſſen. Doch ſeyen bishero auch dieſe große Koſten nicht vergeblich aufgewandt, ſondern dem Feinde, durch das Gränz- und Land-Kriegsvolk, mancher Abbruch gethan, auch die Gränze etwas erweitert worden, wie die Beylage ſub A. zeigen würde [b]); welches aber freylich, wenn die drey Lande beſſer aus den Reichsbewilligungen unterſtützt worden wären, ein weit anſehnlicheres geweſen ſeyn würde. Bey dieſen Umſtänden hätten die drey Lande das Reichstags-Ausſchreiben mit der größten Freude geſehen, und ſetzten nun ihre Hoffnung nächſt Gott auf den Reichstag, wozu dann die Gründe noch auf verſchiedenen Seiten mit unerträglicher Weitſchweifigkeit angegeben werden. Die Bitte gehet dahin: man möge ihnen demnach doch etwas gewiſſes an Geld verwilligen, oder das, was zur Bezahlung der Kriegsvölker, auch Proviant, Munition und des Veſtungs-Bauweſens, ihnen abgehe, erſtatten, ſodann falls etwas gewiſſes verwilliget würde, dem Reichs-Pfennigmeiſter Befehl thun, daß er ſolches in beſtimmten Terminen an der drey Lande Stände

Der Inner-Oeſterr. Landſchaften Geſuch.

b) Die Beilage A. iſt eine zehen Seiten lange Erzählung aller kleinen Einfälle der Türken und ihrer Abtreibung, davon auch eines und das andere in Valvaſors Ehre des Herz. Krain, dort und da zu finden iſt: von welchen für Teutſchland übrigens im Ganzen unwichtigen Kriegsbegebenheiten ich mit Fleiß hier nichts ausziehe.

Stände abliefere, auch wegen dieſes alles in dem 1598
Reichsabſchied die nöthige Fürſorge geſchehe; wo- Der
gegen ſich die Landſchaften zu Stellung und Able- Inner-
gung einer Rechnung wegen der Verwendung er- Oeſterr.
böten, ja auch es ſich nicht zuwider ſeyn laſſen Land-
wollten, wenn es den Reichsſtänden etwan gar ge- ſchaften
fiele, die Verwilligungen durch eigene Muſter- Geſuch.
Commiſſarien und Kriegs-Zahlmeiſter, zu den Kriegsnothwendigkeiten dieſer Lande anwenden zu laſſen, als zu welchen ſie jeden Falls einzig und allein beſtimmt ſeyn ſollten. Sollten ſie nun aber in dieſem allem gar nicht erhört, und darüber von dem Türken ganz verheeret oder unters Joch gebracht werden, ſo wollten ſie hiemit vor Kaiſer und Reich, ja vor Gott ſelbſt, ihre Unſchuld bezeugt haben, u. ſ. w. Des Weſtfäliſchen Kreiſes Anbringen wird unten, bey Gelegenheit, daß es wiederholt, und darüber beſchloſſen wurde, weitläufiger gedacht werden [c]).

In der Sitzung des folgenden Tages [d]) Fürſten-
brachte der Oeſterreichiſche Directorial-Geſandte die raths-
Sache der drey Lande zum Votiren in Vorſchlag, Delib.
entſchuldigte den Kaiſer, daß er von den vorigen 4. Jan.
Verwilligungen nicht viel ſothanen Landen hätte hora 7.
können zukommen laſſen, ſo wie es auch bey der mat.
jetzo anſcheinend nicht groß werden wollenden Verwilligung eben wieder gehen möchte, und wünſchte alſo, daß man ihnen etwas bewilligen möchte. Wieviel? komme auf die meiſten Stimmen an! Pfalz-Lautern, um nur die einigermaßen wichtige Stimmen auszuheben, äußerte ſich dahin: So wenig es glaube, daß man dieſe Sache

c) Nemlich, nach den Berathſchlagungen über die Duplik.

d) Das Protocoll hievon ſ. im faſc. Act. Com. Wolf. IV. n. 1. f. 51. ſqq.

1598 che vor der Berathſchlagung über die Kriegsmän-
Fürſten-
raths-
Delib.
gel überhaupt vornehmen ſolle, und ſo wenig es wiſſe, ob es nöthig ſey, dort in jenen Landen auch ein Feldlager zu halten, ſo wolle es jedoch denen, die die dortige Gelegenheit beſſer kennten, und den Majoribus nicht vorgreifen. **Pfalz-Neuburg:** Weil es allezeit bedenklich geweſen, dieſen drey Landen etwas beſonderes zu verwilligen, und für beſſer angeſehen worden, daß ſie an den Kaiſer verwieſen würden, ſo möge es auch jetzt geſchehen, und der K. inſtändigſt gebeten werden, auch von der vorigen Verwilligung ihnen etwas zu Gute kommen zu laſſen. **Brandenburg:** Da in der K. Propoſition dreyer Feldläger gegen den Türken, als der Urſache von den überaus großen Koſten, mit gedacht würde, ſo ſey auch die Verwilligung auf das in denen beſagten Provinzen zu haltende mit gemeint, folglich der K. ſchuldig, aus derſelben auch für mehrgedachte Lande das nothdürftige zu beſtreiten. **Jülich** bat für die 3 Landſchaften und den Weſtf. Kreis um Hülfe. **Pommern:** Da die ſupplicirende Lande treffliche Eiſenbergwerke hätten, an deren Erhaltung dem Reich ſonderlich gelegen, ſo ſey um ſo mehr auf ihr Bitten Rückſicht zu nehmen, in weiterem Betracht, daß der Türk, wenn er einmal in dieſe Berglande eingedrungen, ſchwerlich herausgebracht werden könnte. **Brixen:** Von den jetzo bewilligten 30 Monaten würde der K. ſchwerlich den Landen etwas abgeben können: daher die Verwilligung in etwas zu erhöhen, und dem K., wieviel er davon an die 3 Lande zu geben hätte, zu beſtimmen wäre. Uebrigens waren die meiſten Geſandten nicht inſtruirt, und die wenigſten votirten ganz beſtimmt, daher auch in dem Protocoll nichts wegen des ſonſt gewöhnlichen Directorial-Schluſſes bemerkt iſt, und

die

die Sitzung ohne eine ſolche ſcheint aufgehoben wor- 1598
den zu ſeyn. Fürſtens-

Tags darauf ging die ganze Seſſion mit ei- raths-Delib.
ner Präjudicial-Frage hin e), und dieſes zwar in Betreff des **Abtretens der bey einer Berathſchlagung beſonders intereſſirten Stände.** Denn da der Salzburgiſche Directorial-Geſandte 5. Jan. den Eingang, wegen der Vergewaltigung der Spanier in Weſtfalen, ſonderlich im Jülichiſchen, zu rathſchlagen gemacht hatte, und der Reichs-Erbmarſchall **von Pappenheim** die **Jülichiſchen Geſandten** zu dem Ende, als ſelbſt intereſſirt, abtreten geheißen, weigerten ſich dieſe es zu thun. Hierauf ging es an eine **Umfrage** desfalls, da dann auf beiden Bänken faſt einmüthig, bis auf ganz wenige Stimmen, geſchloſſen wurde, daß ſie, aber auch zugleich die **Burgundiſchen**, als gegen die die Klage mit ginge, **abtreten** müßten, damit man freyer reden könne. Es begaben ſich hierauf die **Jülichiſchen**, und mit ihnen der Hildesheimiſche, der für das auch intereſſirte **Stablo** votiren ſollte, hinweg. Dieſen folgte der **Burgundiſche**, gab jedoch vorher ad protocollum, wie er gar nicht geglaubt habe, daß in dieſer bloß um die Türkenhülfe zuſammenberufenen Verſammlung auch von den Weſtfäliſchen Klagen geredet werden ſolle, und ſey er daher auch gar nicht hierauf inſtruiret; bitte dennoch, wenn etwas wichtiges gegen ſeinen Stand angegeben werde, ihn zu hören; wie er ſich dann überhaupt einen Gegenbericht, auf die Weſt-

e) Protocoll in den Actis Comit. Wolf. faſc. IV. n. 1-57. verglichen mit einer drey Bogen ſtarken Handſchrift, die ich unter den Schilteriſchen Collectaneis ad Jus publicum, ſo ich beſitze, vorgefunden habe, und viel mehr als das Protocoll enthält.

1598 Weſtfäliſche Supplication, vorbehalten haben wollte. Als ſie kaum hinaus waren, ließen die Weſtfäliſchen Geſandten die Directorial-Geſandten bitten, zu ihnen hinaus zu kommen, und ſagten: ſie ſeyen gar zu ſehr beſchwert, und könnte ihnen ihr Abtreten vielleicht unwiederbringlichen Schaden thun; ſonſten ſeyen ſie ja nicht ausgeſchloſſen worden; bäten dannenhero, ſie mit zuzulaſſen. Hierauf wurde wieder Umfrage gehalten, und aufs neue geſchloſſen, daß ſie wegbleiben ſollten. Denn wenn ſie ehemals mit zugelaſſen worden, ſo ſey es in der Rückſicht geſchehen, daß ihr Begehren damals mit in der kaiſerlichen Propoſition geſtanden; jetzo aber kämen ſie als Supplicanten. Ueberdem ſey ja ihr Gegentheil, Burgund, allezeit abgetreten. Ob nun wol dieſes alles den Abgetretenen kundgethan worden, wollten dieſe ſich doch nicht dabey beruhigen. Unter andern führten ſie an: ſie hätten auch im Jahr 1594. ihre Sache per ſupplicationem auf den Reichstag gebracht, und wären doch zu den Berathſchlagungen gelaſſen worden. Bäten dannenhero, ſie zuzulaſſen, oder doch, ehe man ſie ganz ausſchlöſſe, noch einmal zu hören. Hierauf wurde zum drittenmal Umfrage gehalten, da dann die Meinungen ſehr getheilt waren, bis endlich Sachſen-Weimar angab: es wäre am beſten bey dem vorigen Schluß zu laſſen; maßen, da ſie was neues vorzubringen hätten, es ohnehin nicht vor den Fürſtenrath allein gehöre, auch die Geſandten darauf nicht inſtruirt ſeyn würden, zudem die Berathſchlagung ſelbſt es mit ſich bringen werde, daß man ſie bisweilen um Bericht werde fragen müſſen; welcher Stimme die meiſten Weltlichen beytraten. Oeſterreich aber und die meiſten Geiſtlichen, auch die Schwäbiſchen Grafen, meinten,

Fürſten-raths-Delib.

man

man ſollte ſie wenigſtens noch einmal hören; woll- 1598
ten ſie ſich aber damit nicht begnügen, ſo ſolle man Fürſten-
die Sache dismal gar nicht vornehmen, und die raths-Delib.
Urſachen in die Correlation ſetzen. Da nun hieher die meiſten Stimmen ſich zuletzt begaben, wurde den Weſtfäliſchen dieſes hinterbracht. Dieſe aber hielten ſich doch noch beſchwert; darauf, nach langem Auslegen der Urſachen, über welches die Zeit der ganzen Seſſion hinging, ſie endlich ſich erklärten: daß, wenn ſie ſich abſondern ſollten, ſo ſolle es wenigſtens ohne Nachtheil der Befugniſſe ihrer Herren ſeyn. Salzburg aber ſagte auf der folgenden Sitzung an, daß der Weſtfäliſchen dreymonatlichen Hülfe halber gerathſchlagt werden ſolle. Als nun dieſe Sitzung anfing [f]), und das 7. Jan.
Directorium, dieſer Weſtfäliſchen Hülfe, der Reſtanten des Weſtf. Kreiſes, der zu deſſen Beſtem abzuſendenden Geſandtſchaft, und der Brabantiſchen Evocationen halber, zu handeln vorſchlug, wollte der Jülichiſche Geſandte doch nicht von ſeinem Orte weichen. Da nun Oeſterreich anfing, ob es dann nicht bey dem letzten Schluß, des zu nehmenden Abtritts halber, verbliebe? ſtand derſelbe auf, ſagend: Er müſſe einmal des Weſtfäliſchen Kreiſes Nothdurft ſeinem Eide nach beſorgen, ohne daß er dabei etwas zu Verachtung des Fürſten-Raths zu thun gedächte. Zugleich übergab er eine Schrift, mit Bitte, ſie zu leſen, und das nöthige darauf zu beſchließen; worauf er und Paderborn, ſamt Münſter, ſonach auch

f) Relation der Sächſ. Geſ. in dem Cod. Mſc. Act. Com. Senkenb. n. 27. p. 166. u. f. Verglichen mit dem Protocoll in den Actis Comit. Mſc. Wolfenb. faſc. IV. n. 1. fol. 59. S. auch faſc. III. n. 31. den Aufſatz der Braunſchw. Relation, vom 10. Jan.

1598 Burgund, abtraten. Die Schrift wurde angenommen, aber darauf, nach geſchehener Umfrage, der vorige Schluß, des Abtritts wegen, beſtätiget: aus Urſachen, weil es 1) dem Supplicanten nicht anſtehe, auf ſeine Bitte ſelbſt den Schluß machen zu helfen, 2) außerdem Burgund auch dazubleiben begehren würde, ſo doch bisher allezeit gern abgetreten, 3) die Weſtfäliſchen 1594. aus dem Supplicationsrath auch abtreten müſſen, 4) endlich dadurch die Freyheit des Votirens eingeſchränkt würde; wobey man ferner ausmachte, daß man nicht für nöthig halte, mit dem K. Commiſſarius darüber zu communiciren, ſondern nur in der Correlation mit den Churfürſten des Vorfalls als eines Hinderniſſes der Berathſchlagungen gedenken wolle, ohne ſich desfalls etwas vorſchreiben zu laſſen. Die Weſtfäliſchen Geſandten aber waren hiemit noch nicht zufrieden, ſondern ſagten: daß ſie dieſes an den Principal-Commiſſarius und die Churfürſten gelangen laſſen müßten. Hierauf zeigte Oeſterreich an, daß ſo eben durch Mainz ihm angezeigt worden, wie die Churfürſten jezo von der Verwendung der Verwilligung deliberirten, daher dann am beſten ſeyn würde, in der nächſten Sitzung wegen der Befeſtigung Wiens zu handeln.

Fürſtenraths-Delib.

9. Jan. Alſo wurde der Punct wegen der Befeſtigung Wiens vorgenommen [g]), wobey Salzburg gleich anfangs hinzuſetzte, daß es nicht nöthig ſeyn würde, insgemein desfalls etwas zu ſchließen, da es der Kaiſer in jedes freyen Willen geſtellt, und ſich jeder alſo auch abſonderlich nach ſeinem guten Willen gegen den K. erklären könnte. Obwol

g) S. das Protocoll der Sitzung in Act. Com. Wolf. faſc. IV. n. 1. f. 61. ſqq.

Obwol die Stimmen nun im Anfang ſehr verſchie- 1598
den waren, und **Pfalz-Lautern**, wie auch Fürſten-
Würzburg, gar meineten, der Kaiſer ſollte jeden raths-Delib.
Stand insbeſondere erſuchen, haben ſie ſich doch dahin nach dem Bayeriſchen Votum mit den meiſten Stimmen vereinigt, daß man dem K. **drey Römermonate** dazu bewilligte, wozu ſich auch die H. Sächſiſchen Geſandten, obwol nicht beſonders dahin inſtruirt, deshalb verſtanden, weil ſie überhaupt in Anſehung der Bewilligungen ziemlich weit zu gehen Macht gehabt. Hierbey entſtand aber zuletzt wieder die ſchon ſo oft dageweſene Frage, ob die meiſten Stimmen auch die, die nicht dazu geſtimmt, verbänden, da dann hauptſächlich von Proteſtanten **Pfalz-Lautern** und von den Catholiſchen **Würzburg** dieſelbe verneinend beantworteten. Aber **Bayern** legte ein recht männliches Votum ab, ohngefähr des Inhalts: daß man es zwar dahingeſtellt ſeyn laſſen müſſe, wenn die Proteſtanten in Religions-Sachen ſich nicht an die meiſten Stimmen binden wollten, und ſey ſolches billig. Hingegen in allen andern als Religions-Sachen müßten, der allgemeinen Teutſchen Verfaſſung zu folge, majora gelten, doch mit dem Unterſchied inter nolentes und non valentes. Worauf dann **Oeſterreich** zuletzt nach dem Bayeriſchen erſten Vorſchlag auf die obbemeldeten drey Monate ſchloß, dabey auch wie Bayern erklärte, in Religions-Sachen könnten allerdings die majora nicht gelten, nach dem Religions-Frieden; aber in politicis müßten ſchlechterdings der alten Verfaſſung gemäß die majora allezeit gelten, und nach denenſelben die Relation an die Churfürſten gemacht werden, welches dann auch hier geſchehen ſolle. Wäre aber, daß jemand dadurch beſchwert zu ſeyn glaubte, ſo

1593 möchte er ſeine Nothdurft ſuo loco dagegen anzeigen [h]).

Fürſtenraths-Delib. 11. Jan. Den Nachzug belangend war im Fürſtenrath großer Streit [i]). Pfalz-Lautern ſonderlich (davon die Stimme dem Churfürſten von der Pfalz gehörte) war ganz dagegen, da 1594. ſchon ſo vieles verwilligt worden; die Sachen in Ungarn müßten ganz anders, als bisher geſchehen, angegriffen werden. Inſonderheit müſſe man auf die Einigkeit im Reiche ſehen, die durch nichts beſſer könnte bewürkt werden, als durch die Aufhebung der mancherley Beſchwerden der Proteſtanten, die noch immer, durch die Religionsbedrückungen in den Inner-Oeſterreichiſchen Landen, ſich vermehrten. Auch müſſe man auf den Ritter-Orden denken, u. ſ. w. Brandenburg hatte auch vieles von den Mängeln der Kriegs-

h) Ob dieſes die Erklärung des Oeſterreichiſchen Directorial-Geſandten iſt, auf welche Moſer T. Staatsr. X. Th. III. B. XI. Cap. §. 29. zielt, wo nemlich jener auch die Befugniß, beſondere Rathſchläge, in Religions-Sachen wenigſtens, zu halten, den Proteſtanten einräumet, muß ich an ſeinen Ort geſtellt ſeyn laſſen. Vielleicht hat Moſer ein vollſtändigeres Protocoll gehabt, als das Wolfenb. in welchem kein Wort hievon vorkommt. Vielleicht auch fällt dieſe Erklärung gar in die Zeit, wo das Wolfenb. Protocoll die ganze große Lücke von einigen Wochen hat. Doch kann auch ſeyn, daß hier Moſer bloß auf den viel ältern Arumaeus ſich verlaſſen, bey welchem in tr. de comitiis, c. VI. n. 97. eine lateiniſche der teutſchen Moſeriſchen faſt ganz gleichlautende Stelle ſich findet. Solchenfalls müßte dann Arumaeus ein weitläuftigeres Protocoll etwa vor ſich gehabt haben.

i) Dieſes iſt aus der Relation der Sächſ. Geſ. in dem Cod. Act. Com. Senkenb. d. d. 15. Jan. verglichen mit dem Protocoll der Seſſion in den Actis Comit. Wolfenb. faſc. IV. n. 1. fol. 68-79.

Kriegsverfaſſung in Ungarn zu ſagen; meinte, 1598
man müßte das Reich dabey nicht ausſchlieſſen, Fürſtenrathſ Delib.
ſondern auch einen Reichsbefehlshaber dazu
nehmen, z. B. den Fürſten Chriſtian von Anhalt. Uebrigens, den Nachzug ſelbſt belangend, werde wol der Abſchied von 1542. und die Kreisverfaſſung desfalls am beſten zu brauchen ſeyn. Brandenburg wollte mit dem Nachzug gar nichts zu thun haben, proteſtirte auch insonderheit gegen die Verfaſſung von 1542. Heſſen meinte hauptſächlich, man ſolle die Verordnung der Executions-Ordnung, die zwar nicht gegen den Türken gemacht, anzuwenden ſuchen, und zu ändern, wo ſie nicht dahin taugte. Bayern, dem hernach die meiſten beygeſtimmet, brachte an: Es ſey allerdings bey der großen Türken-Gefahr rathſam, ja nothwendig, daß ein Nachzug bewilligt werde, und das ganze Reich daran Theil nehme. Dieſen aber betreffend, ſo ſey wol die Kreishülfe wegen der Langſamkeit nicht dienlich; Geldhülfe, d. i. ein Zuſchuß zu der bereits an Geld verwilligten Summe, ſey das räthlichſte, welchen Zuſchuß man dann zu Regens- oder Augsburg hinterlegen möchte, bis die Noth vorhanden. Im Jahr 1542. habe man ſolchergeſtalt 8 Römer-Monate bewilligt zu hinterlegen, und 6 Churfürſten und Fürſten den Auftrag gegeben, die Noth und Gefahr zu erwägen. So könne man ja wiederum eine Einrichtung machen, u. ſ. w. Pfalz-Neuburg ſetzte zu dieſem Voto hinzu, es ſey, um zu wiſſen, wie hoch man den Nachzug bewilligen müßte, vorzüglich nothwendig zu kennen, wie ſtark der Feind anziehen werde? Dahero es am beſten, den Kaiſer vorläufig zu erſuchen, desfalls recht genaue Kundſchaft einzuziehen, und den Ständen davon

1598 Nachricht zu geben, da dann dieſelbe alle, oder
Fürſten-ein Ausſchuß, das weitere beſtimmen könnten.
raths-
Delib. Die Herz. Sächſiſchen Geſandten ſtimmten auf die Verordnung von 1542. und die Executions-Ordnung, die allenfalls durch einen Ausſchuß auf die jetzigen Zeitläufte könnten angepaßt werden: doch wollten ſie, Namens ihrer Herren, auch einer Geld-Niederlage nicht entgegen ſeyn. Endlich vereinigte man ſich zu dieſem Schluß des Fürſtenraths: „Es würde für das Beſte gehalten, einiges an Geld zum Nachzug zu verwilligen, und einige Chur- und Fürſten zu beſtellen, welchen vom Kaiſer die Größe der Noth ſolle, nach eingezogener Kundſchaft, vorgeſtellt werden; die ſich dann mit den Kaiſerlichen Commiſſarien wegen des Nachzugs weiter berathſchlagen, ſodann die Sorge wegen der Ausführung tragen könnten. Der K. aber ſey zu erſuchen, immittelſt auf Feld-Oberſten bedacht zu ſeyn, denen das alsdann bewilligte Volk und Geld könnte übergeben werden.„

Als nun in dieſes alles Gemäßheit die Relation von dem Directorium verfertigt und verleſen
14. Jan. worden, um mit dem Churfürſtlichen Collegium darüber zu communiciren, ſo entſtund wieder ein großer Streit, da Pfalz-Lautern, Brandenburg, Braunſchweig, und andere, proteſtirten, daß man in Geld-, ſo wie in Religions-Sachen ſich keiner Mehrheit der Stimmen zu unterwerfen gewillet ſey, wogegen die geiſtlichen Stände ſich heftig ſetzten, auch Bayern, welches zwar dieſes bey Religions-Sachen nachgab, es doch in Geldſachen nicht zugeſtehen wollte. Wie ſich dann auch andere beſchwerten, daß ihrer Erinnerungen, auch ihrer Beſchwerden, in der Relation nicht gedacht worden. Darauf dann der Oeſterreichiſche Directorial-Geſandte den

Stän-

Ständen vorgeſtellt, daß in Geldſachen bisher die 1598
majora gegolten, wie dann auch inſonderheit im Fürſten-
Jahr 1559. bey Verfaſſung der Executionsord- raths-Delib.
nung einige Stände beyzuſteuern ſich geweigert hätten, aber per majora geſchloſſen worden, wie ſie zu zwingen; daß auch von beſondern Erinnerungen einzelner Stände bisher in den Relationen nichts erwähnt worden; man wolle es alſo desfalls lieber beym Alten laſſen. Hingegen erbot er ſich einige Worte zu ändern, auch wegen der Beſchwerden das hinzuzuſetzen: daß man den K. insgemein erſuchte, der Stände beider Religionen Beſchwerden abzuhelfen, doch ohne Abbruch jetzt zu bewilligender Türkenhülfe. Auf welche Art dann die Relation ins Reine gebracht worden [f]).

Inzwiſchen waren die drey Inner-Oeſter- Aber-
reichiſchen Lande, welche etwa denken mochten, malige Vorſtel-
ihre Bittſchrift, ſamt dem mündlichen Vortrag lung der Inner-
der Abgeordneten, wäre nicht kräftig genug ver- Oeſterr. Lande.
faßt geweſen; weil die obige ihrenthalben geweſene Seſſion [l]) ſich ohne Schluß zerſchlagen hatte; ſchon ein paar Tage darauf mit einer zweyten, und abermals wenige Tage nachhero mit einer dritten Bittſchrift da, welche um dieſe Zeit im Fürſtenrath entweder verleſen oder doch zum Abſchreiben gegeben wurden [m]). In der zweyten

P 5 heißt

f) Alles laut der Sächſiſchen Geſandten Relation, in dem Cod. Mſc. Act. Com. Senkenb. p. 167. ſqq. d. d. 15. Jan. vergl. mit den Actis Comit. Wolfenb. faſc. IV. n. 1. p. 79. ſqq.

l) Nemlich die vom 4. Jan.

m) Sie ſind zu befinden in den Actis Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 69. 72. Auf der einen iſt bemerkt, lectum 10. Jan. und auf der andern lectum 13. Jan. a. 98. Und doch ſagt die Relation der Sächſ. Geſ. d. d. 15. Jan. (im Cod. Act. Com. Senk.

1598 Aberm. Vorſtell. der Inner-Oeſterr. Lande.

heißt es: „Sie könnten bey der gefährlichen Feindes-Noth nicht umhin, nochmals um Bewilligung ihres letzthin übergebenen Geſuchs zu bitten. Dabey ſie dann auch noch zuſetzen müßten, wie bereits K. Ferdinand, noch zu Friedens-Zeiten, außer dem Verlag von Proviant, Munition und Bau-Geld, jährlich 120000 fl., hernach K. Maximilian der II. und der jetzige Kaiſer aus der 1576. verwilligten Reichshülfe jährlich 200000 fl. auch letzterer aus der 1594. erhaltenen Steuer den vierten Theil für dieſe Lande beſtimmt; wieviel mehr müßte man ihrer dann bey dem jetzt ſo lange her dauernden Krieg eingedenk ſeyn. Ferner ſeyn die Gränz-Häuſer [n]) ſehr ſchlecht im Stande, ſo daß die Türken, wenn ſie ſich bey findendem ſtarken Widerſtand in Ungarn, ſchnell gegen Steiermark wendeten, ſie Gräz ohne große Mühe einnehmen, und von da aus nicht nur Wien und Oeſterreich, ſondern dem ganzen Reiche gefährlich werden könnten. Zudem habe die Beſatzung von Petrinia in 32 Monaten nur von 2 Monaten den Sold erhalten, daher ſie aus Noth zugegriffen, und für 15000 fl. Proviant mit Gewalt weggenommen hätten.

Senk. ſ. 170.) nachdem in ſolcher bemerkt war, daß die benannten Landſchaften eine Addition zu ihrer vorigen Supplication eingegeben, welche billig hätte den 10. Jan. abgeleſen werden ſollen: „Weil man aber dafür hielt, daß nicht jedermanns Gelegenheit, auf dem Saal in der Kält, bey der Vorleſung ſo lang zu warten, ſo ſollen dieſelbe ſupplicationes ad deſcribendum gegeben werden.„ Daß alſo das, lectum, nur den Tag bedeutet, wo die Schriften haben verleſen werden ſollen.

n) Dieſe Gränzhäuſer ſind 21 zum Theil ganz kleine Feſtungen, welche benennt und beſchreibt Valvaſor Ehre des H. Krain T. IV. L. XII. c. X.

hätten. Von dem Rätenauiſchen Regiment hin- 1598 gegen ſeyen gar die meiſten, bis auf etwa 200 Mann, aus Hunger und Kummer geſtorben, und die übrigen müßten faſt nackend herumlaufen, daher kein Wunder wäre, wenn ſie gar die Beſatzung verließen, bey welchen Umſtänden denn leicht zu erachten, daß Petrinia und Karlſtadt gar bald des Feindes Raub werden könnten. So ſey auch der ganze Landtag von Steiermark deshalben jetzo in Unruhe, weil man nicht wiſſe, was in Anſehung ihrer Gränze geordnet werden werde. So wolle auch der Erzh. Ferdinand die Verwaltung der Gränze nicht eher übernehmen, bis er einer gewiſſen Reichs-Hülfe verſichert ſey, wie dann auch ſein Vater, Erzh. Karl, dieſe Beſorgung nicht anders als unter gewiſſen Bedingungen übernommen habe. Sie bäten dannenhero nochmals inſtändigſt um Hülfe, und zwar ſo, daß ihnen entweder auf Jahr und Tag eine Volkshülfe geleiſtet, oder ein gewiſſes an Geld verwilligt werde, ſo durch zwey eigends dazu beſtimmte Perſonen, die bey allen Muſterungen wären, dem Kriegsvolk ausgezahlt würde. Sie bäten um ſo mehr, da ſie ja auch zu Teutſchland mitgehörten, und was ihnen zum Beſten geſchähe, auch mittelbar dem ganzen Teutſchen Vaterlande zum Beſten gereiche. Wollte man dabey Sie, die bittenden Landſchaften nicht anſehen, ſo möchte man doch auf ihren Herrn den Erzh. und das Oeſterreichiſche Haus ſehen, welches, wenn man ihnen nicht hülfe, gar leicht um dieſe drey Länder, ganz oder zum Theil, kommen könnte. Den Beſchluß machen Sprüche aus der Bibel, und eine Empfehlung zur Gewogenheit.„ In dem Nachtrag aber, oder der dritten Vorſtellung, fügen die Geſandten hinzu: „Sie hätten aus einem Schreiben des Erzh. Ferdinands

Aberm. Vorſtell. der Inner-Oeſterr. Lande.

Nachtrag dieſer Vorſtellung.

1598 nands an die Stånde der drey Lande die Nach-
Nachtr. dieſer Vorſt. richt erhalten, „daß auch noch die letzthin gemel-
dete nun faſt dreyjährige Löhnung der Beſatzung von Petrinia vom Kaiſerlichen Hofe nicht zu erlangen ſey, daß der Hauptmann derſelben, obwol der Kaiſer die Bezahlung ſothaner Beſatzung verſprochen, nun ſchon bey 15 Monaten in Prag ſitze, ohne etwas erhalten zu können; daß Er, der Erzh. desfalls ſich genöthigt geſehen, für die Erhaltung der beſagten Mannſchaft einſtweilen Geld, Lebensmittel und Tůcher auf Borg zu nehmen, wegen welches alles Bezahlung, wie auch fernerer Subſiſtenz der Beſatzung, Er gar keinen Rath wiſſe, daher dann leichtlich geſchehen könnte, daß ſolche dem Feinde abermals in die Hände käme, dem ſie hernach, als nunmehro ziemlich befeſtiget, wol ſchwerlich wieder zu entreißen ſeyn, ſomit dem ganzen Lande zum größten Schaden gereichen würde. Solches könne um ſo leichter geſchehen, da die Kaiſerlichen Räthe zu Prag ſich nicht undeutlich hätten merken laſſen, daß, wenn man auch die bisher rückſtändige Zahlung noch zu ſchicken ſich entſchlöſſe, doch dieſe die letzte ſeyn, und man Kaiſerlicher Seite damit beſchließen, demnach die Feſtung ihm, dem Erzh. und der Landſchaft ſelbſt zu vertheidigen überlaſſen werde, wovon ſie den Aufwand nicht erſchwingen könnten. Bey dieſen Umſtänden habe Er, der Erzh. kein anderes Mittel gewußt, als einen Landes-Ausſchuß zuſammen zu berufen, welcher nebſt ſeinen Räthen dorten dieſer gefährlichen Umſtände halber eine Auskunft zu finden ſuchen ſolle, wesfalls ſie, die Land-
ſtän-

o) Das dieſes alles enthaltende Schreiben iſt von Gräz den 24. Dec. 1597. datirt, und der Vorſtellung ſub A. beygelegt, auch in der Abſchrift mit bey derſelben vorhanden.

ſtände, dann bis den 18. Jenner 1598. drey oder vier der Sache wohl unterrichtete Bevollmächtigte nach Gräz zu ſchicken hätten.„ Dieſes Schreiben ſey ihnen, den Geſandten, nebſt einem dergleichen des Ausſchuſſes [p]), durch einen eigenen Tag und Nacht laufenden Boten, zugekommen, in welchem weiter berichtet werde, „daß das Kriegsvolk von Petrinia würklich ausgezogen geweſen wäre, und nur durch eine im Namen der Landſchaft ihm geſchehene Proviant-Vorſtreckung habe zurückgebracht werden können, u. ſ. w.„ Dieſe beiden Schreiben nun müßten ſie nothwendig den Ständen übergeben, um ihnen den gar großen Nothſtand vor Augen zu ſtellen, in Gefolge welches ſie nochmals um Gottes willen um Geld oder Volkshülfe bäten, damit die Landſchaften nicht dem Feinde unvermeidlich in die Hände fielen [q]).

1598 Nachtr. dieſer Vorſt.

Ehe aber dieſe dringende Bittſchriften, zumal die letzte, nur abgeſchrieben ſeyn konnten, nemlich bereits zwey Tage nach der letzten Sitzung des Fürſtenraths, wurde die Correlation mit den Churfürſten eröffnet [r]), da dann **Mainz** zuerſt die Churfürſtliche Relation ablas. Dieſe ging ohngefähr dahin: 1) Bewilligten ſie 24 Monate zur Türken-Hülfe, in 2 Jahren und 4 Terminen zu erlegen, welche aber in Volk verwandelt, und der Fürſt Chriſtian von Anhalt zum General-Oberſten darüber gemacht werden ſolle. 2) Sollten ſich nebſt des Kaiſers eigenen Landen die beiden Sächſiſchen, auch der Fränkiſche, Bayeriſche

Churfürſtl. Relation.

p) Daſſelbe liegt ſub lit. B. bey, und iſt vom 14. Jan.
q) Aus dem Ind. Mſc. Arch. Onold. gehören hieher T. LXIX. n. 4. 13. 40. 54. 72. 106.
r) Laut Protocolli ſeſſionis in den Actis Comit. Wolfenb. faſc. IV. n. 1. f. 87.

1598 riſche und Schwäbiſche Kreis, zum Nachzug gefaßt halten, nach der Ordnung von 1542, ja auf den Nothfall, nach der Executions-Ordnung, alle Kreiſe. 3) Wegen der Stadt Wien ſollte alles in der Stände Willkühr geſtellt bleiben. 4) Seyen dem Weſtfäliſchen Kreiſe die ſo lange zur Hülfe bewilligten 3 Monate würklich zu erlegen. 5) Den drey Landen, Steiermark, Kärnthen und Krain, ſey eine Hülfe von 2 Monaten, in 2 Jahren zahlbar, zu bewilligen; nebſt Bitte, daß der Kaiſer ihnen auch wegen der bisher nicht genoſſenen Hülfe ein Billiges vergüten möge. Wobey der K. auch ferner zu erſuchen, daß man ihnen der Religions-Bedrückungen [6]) halber Milderung widerfahren laſſen möge.

Churf. Relation.

17. Jan. Fürſten-raths-Delib.

Ueber dieſe Churfürſtliche Relation ging es nun den folgenden Tag im Fürſtenrath zur Berathſchlagung, weil, wie das Oeſterreichiſche Directorium bemerkte, dieſelbe von den Schlüſſen des Fürſtenraths ſehr unterſchieden war. Hierauf antwortete Salzburg, ad 1) hätte es nun quoad quantitatem weiteren Befehl, würde desfalls ſuo loco weiter reden. Uebrigens ließe es ſich, des von Anhalt wegen, der Churf. Meinung gefallen. ad 2) Den Nachzug belangend, ſey es billig, daß dem Abſchied von 1542. gefolgt werde. ad 3) Solle es bey jedes Standes Willkühr bleiben. 4) Die Kriegsmängel betreffend, müſſe beſondere Umfrage

6) Von dieſen ſ. unten in der Geſchichte der bemeldeten Lande. Sonſten wäre freylich dieſe Fürbitte beſſer bey dem Erzh. Ferdinand eingelegt worden, als über welchen K. Rudolf zwar die Vormundſchaft geführt, aber ihm die Regierung dieſer Länder bereits abgetreten hatte. Doch ging dieſe Bitte auch auf Oeſterreich, ſo dem Kaiſer ſelbſt unterworfen war, mit, wie gleich etwas weiter unten ſich zeigen wird.

frage gehalten, allenfalls ein Ausſchuß beſtellt wer- 1598 den. 5) Die Weſtfäliſche Kreishülfe be- Fürſtenraths-Delib. treffend, erwarte es Befehl. 6) Seyen die Brabantiſchen Proceſſe und Evocationen billig ab- zuſchaffen. 7) Die drey Lande betreffend, ſeyen die zwey Monate zu bewilligen. 8) Sey auch ganz gut, wenn ein Ritter-Orden gegen die Türken errichtet würde [t]). Bayern blieb ad 1) bey den bewilligten 30 Monaten, woferne nicht dieſe noch zu verbeſſern für gut gefunden werde. Des General-Oberſten, wie auch aller Oberſten und der Kriegsräthe Ernennung betreffend, blieb es dabey, ſie dem Kaiſer zu überlaſſen, da ſonſt auch leicht- lich ein catholiſcher General-Oberſter, der dem von Anhalt gleichkäme, oder ihn noch überträfe, könnte vorgeſchlagen werden. Die Reſtanten müßten eingetrieben, doch dabey die Unvermögenden ver- ſchonet werden. ad 2) Würde ſich die Ordnung von 1542. ſchwerlich ſchicken, ſondern beſſer ſeyn, etwas an Geld zum Nachzug zu beſtimmen, auch einige Chur- und Fürſten zu Directoren des Nach- zugs zu verordnen. ad 3) Da die Beveſtigung Wiens vorzüglich wichtig ſey, bliebe es bey dem vorigen. Das von den Churf. angehängte aber, daß man den Kaiſer erſuchen ſolle, die Oeſterrei- chiſchen Unterthanen in Religions-Sachen zu ver- ſchonen, ſey nicht thunlich, weil ſie rebellirt hät- ten. Sonſt ſey es nicht unbillig, daß beider Re- ligions-Theile Beſchwerden forderſamſt durch den K. nach Vermögen erledigt würden. ad 4) Der Kriegsmängel halber ſey nöthig beſonders zu voti-

t) Aus dieſer Salzburgiſchen, wie auch der folgenden Bayeriſchen Antwort ſieht man, daß der aus der Churfürſtlichen Relation oben beygebrachte Auszug mangelhaft ſey, alſo der Protocolliſt einiges vergeſſen habe.

1598 votiren. ad 5) ſey Weſtfalen allerdings nicht
Fürſten-zu verlaſſen [u]). Dieſem Voto ſtimmte ein Theil
raths-Delib. der Geſandten bey, ein Theil aber anders, und im Ganzen ſo verſchieden, daß man an dieſem Tage zu keinem Schluß gelangen konnte [x]); ſondern
19. Jan. das Directorium erſt in der folgenden Sitzung einen Aufſatz, wie es glaubte, daß der Schluß verfaßt werden könne, mitbrachte und verlas. Und zwar die Türkenhülfe betreffend, wären die Churfürſten zu erſuchen, es in Anſehung der 30 Monate mit den Fürſten halten zu wollen, auch die rückſtändigen Zieler von 1594. dem Kaiſer in Händen zu laſſen. Hingegen wolle ſich der Fürſtenrath gefallen laſſen, daß die Verwilligung in guter grober Münze gezahlt werde. Daß aber die bey etwa zu machendem Frieden noch nicht fällige Zieler nicht nachgezahlt würden, wie die Churfürſten dafür hielten, möge immer in den Abſchied geſetzt werden. Sodann 2) die Anwendung der Hülfe belangend, ſo glaube man von Seiten der Fürſten, daß kein General-Oberſter über die nicht ſo anſehnlichen Reichs-Hülfsvölker zu beſtellen ſey, zumal er auch ſehr viel koſten würde. Hingegen

u) So weit gehet das im Wolfenbüttelischen Mſc. befindliche Protocoll, in welchem hierauf ſich eine große Lücke, nemlich bis zum 13. Merz, befindet. Zwar iſt jenem Protocoll noch ein anderes vom 9. Jenner bis zum 7. Merz reichendes beygelegt, aus welchem aber, weil es nur mit Bleyſtift geſchrieben, nach ſo langer Zeit nichts rechtes mehr zu entnehmen iſt, und es alſo von mir gar nicht angeführt werden wird. Was alſo nun folgt, iſt aus der Relation der Sächſiſchen Geſandten in Mſc. Act. Comit. Senkenb. n. 33. p. 190. genommen.

x) Was inſonderheit wegen der Weſtf. Kreishülfe, und Abſchaffung der Brabantiſchen Proceſſe, gehandelt worden, davon ſ. im Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXVII. n. 11. 12.

gegen würden die Churf. ſich hoffentlich das, was 1598
die Fürſten wegen eines Reichs-Pfenningmei- Fürſten-
ſters und Adjuncti beſchloſſen, gefallen laſſen. raths-Delib.
Was aber von Einbringung der Reſtanten, von Muſterplätzen und Durchzügen, in dem Churf. Gutachten vorkomme, davon wolle man ſich Fürſtlicher Seite nicht entziehen, nur daß in Anſehung der Unvermögenden eine Ausnahme gemacht werde. Den Nachzug betreffend, könne man ſich nicht bereden, mit den Churfürſten auf die Ordnung von 1542. anzutragen, weil ſie ſich nicht wohl auf jetzige Zeiten anwenden ließe, auch den nächſten Kreiſen zu beſchwerlich fiele. Die Stadt Wien belangend, wünſche man, daß die Churf. ſich mit dem Fürſtenrath auf die zwey Monate vereinigen möchten. Da hingegen man die Erinnerungen, die die Churf. dem Kaiſer zu thun vorgeſchlagen, ſich wol gefallen laſſen wollte, ausgenommen die wegen der Religion, weil vermöge des Religionsfriedens jedem Reichsſtande, auch den geringern, freyſtehe, welche Religion er in ſeinem Lande haben wolle. Der Bezahlung des Kriegsvolks halber wolle man ſich mit dem Churf. Vorſchlag vereinigen, nur daß den Befehlshabern dabey aufgegeben werde, den Soldaten im Fall der Noth mit Darlehen und Vorſtrecken an Hand zu gehen. Die drey Lande betreffend, laſſe man ſich dem Churf. Bedenken gemäß gefallen, daß die verwilligten 2 Monate zu der dem Kaiſer geſchehenen Bewilligung geſchlagen, und durch den Pfenningmeiſter ihnen zugeſtellt werde. Den Ritterorden betreffend, meinten ſie mit den Churf., daß man deſſen Errichtung dem K. empfehlen ſolle: ſo wie man auch in Anſehung der Clauſel, daß die Verwilligung den Rechten der Stände nicht nachtheilig ſeyn ſolle, der Zuhülferufung anderer Potenta-

1598 ten, Erledigung der Beſchwerden, und Belegung
Fürſten-der Unterthanen, den Churf. beyzuſtimmen ge-
raths-Delib. neigt ſey.

Als nun die Directores ihren Aufſatz verleſen hatten, fielen die meiſten Stimmen dieſem allem bey; nur wollten einige Stände ihre Bedingungen und Proteſtationen angehängt wiſſen. Worauf das Directorium noch dreyerley erinnerte und zur Berathſchlagung ausſetzte: 1) Weil in dem Churf. Bedenken ſtehe, die Münzſorten ſollten in dem Werth dem K. geliefert werden, wie ſie im Reich gangbar; dieſes aber ſehr verſchieden ſey, ſo werde wol gut ſeyn, auf einen Interims-Anſchlag, nach welchem ſie inzwiſchen bey dieſer Türkenhülfe genommen werden ſollten, anzutragen. 2) Daß einige, inſonderheit **Braunſchweig** [y]), noch wegen der Art der Erlegung der Türkenhülfe verſchiedenes wollten zugeſetzt haben; nemlich, daß man niemand als dem Landesherrn, nicht aber dem Pfenningmeiſter, die Steuer erlegen ſolle; daß jeder durch Zwangsmittel dazu angehalten werden könne, und daß auch den Widerſpenſtigen die Proceſſe am Kammergericht abzuſchlagen. 3) Was wegen der Beſchwerden des Weſtf. Kreiſes zu thun ſey? Ueber welche Puncte dann der Schluß dahin ausgefallen: 1) Der **Münze** halber ſolle man ſich mit den Churfürſtlichen bereden, und zu vergleichen ſuchen. 2) Der **Zuſätze** wegen ſolle es in Anſehung ihres Gegenſtands bey dem bleiben, was auf den vorigen Reichstagen verordnet worden.

3) Des

y) Dieſe Zuſätze betreffen alle die ganz gewiß mit Fleiß nicht mit einem Worte dabey benannte Stadt **Braunſchweig**, als welche ſich bisher immer angemaßt, die Steuern den Pfenningmeiſtern unmittelbar einzuliefern, und wann der Herzog ſie darüber exequiren wollte, an die Reichsgerichte ſich wendete.

3) Des **Weſtf.** Kreiſes halber ſolle es bey der 1598
Churf. Bedenken bleiben. Dabey erklärten dann Fürſten-raths-Delib.
die Directoren, daß man es ihnen nicht verdenken werde, wenn ſie alles, ſolcher verleſenen Weiſe, als Schlüſſe des Fürſtenraths in die Relation brächten. Was die einzelnen Meinungen und Proteſtationen betreffe, müßte man ſich an das alte Herkommen halten, vermöge welches nichts dergleichen in die Relationen käme. Inſonderheit werde man es den Catholiſchen nicht verdenken, wann dieſe inſonderheit der Interceſſion wegen der Religion ſich entgegenſetzten. Doch wäre keinem der Stände benommen, ſeine Meinungen und Anliegen beſonders gehöriger Orten vorzutragen. Womit dieſe Sitzung beſchloſſen, und darauf etliche Tage mit dem Re- und Correferiren innegehalten worden, über welches die Sächſiſchen Geſandten zu Ende ihres Berichts ſehr klagen [z]).

Endlich kam die Relation an die Churfürſten zu Stande [a]), und zwey Tage hernach erfolgte die durch **Chur-Mainz** den Fürſten im Re- und Correlations-Saal hinterbrachte Antwort derſelben, welche durch einige inzwiſchen bey den Churf. eingekommene Supplicationen [b]) aufgehalten worden war. Im Eingang hieß es, man hätte zwar von Churf. Seite gehofft, daß man in allem dem erſten Gutachten der Churfürſten beyſtimmen werde. Weil aber dieſes nicht geſchehen, ſo wolle man

Re- und Correlation mit den Churf.

D 2

z) Doch blieb der Fürſtenrath darum nicht ganz müßig, ſondern ließ inzwiſchen einige Supplicationen und Schreiben ableſen, wie ein Beyſpiel unten bey den Weſtfäliſchen Beſchwerden vorkommen wird.

a) S. der Sächſ. Geſ. Relation in dem Mſc. Act. Comit. Senkenb. n. 35. p. 200. ſqq. d. d. 31. Jan.

b) Von dieſen wird guten Theils nach der Geſchichte des Reichsabſchieds und ſeinem Auszug gehandelt werden.

1598 man ſuchen, jetzo deſto ſicherer übereinzukommen.

Re- und Correl. mit den Churf. Alſo die Türkenhülfe betreffend, obwol ſie ihrerſeits Urſachen genug gehabt hätten, bey den verwilligten 24 Monaten ſtehen zu bleiben, ſo wollten ſie doch den Fürſten nunmehro in Anſehung der 30 Monate, ohne Abzug der von 1594. her annoch zu hebenden Zieler, beyſtimmen. Der Termine wegen aber blieben ſie bey dem Johanns- und Weihnachtstag, mit dem Anhang, daß, wenn vor der Verfallzeit Friede werden ſollte, alsdann die weitere Zahlung aufhören ſolle. Die Zahlung müſſe in grober Münze geſchehen. Die Anwendung der Hülfe belangend, ſo ſolle das Kriegsweſen, inſonderheit die Annehmung eines Kriegs-Oberſten, dem Kaiſer ganz allein heimgeſtellt bleiben. Die Ernennung eines Reichspfennigmeiſters aber könne man ſich wol gefallen laſſen, der mit ſeinem Adjuncto in Kaiſers und Reichs Pflichten genommen werde. Kriegsräthe aus den Kreiſen aber zu beſtellen halte man nicht für nothwendig. Bey den Reſtanten würde es wol nicht gut ſeyn, wenn ein Unterſchied in dem Antrag zwiſchen Ver- und Unvermögenden gemacht würde. Der Durchzüge und dabey zu leiſtenden Caution halber ſey es bey den Reichsgeſetzen zu laſſen. Des Nachzugs wegen wollten ſie, da die Geſandten zum Theil nicht desfalls weiter inſtruirt ſeyen, um nur die Relation zu Stand zu bringen, einſtweilen ihre Meinung hineinſetzen, und hören, was der Kaiſer dazu ſagen werde. Der Stadt Wien halber bliebe es bey dem ausgemachten: imgleichen wegen der Kriegsmängel. Der Religion halber wären einige unter den Churf. noch immer ſtark der Meinung, daß man desfalls, jedoch mit aller Mäßigkeit, dem Kaiſer Vorſtellung machen könne und ſolle. Wegen

des

des Weſtfäliſchen Kreiſes und des Ritter-Or- 1598
dens ſey nichts mehr zu erinnern. Re- und Correl. mit den Churf.

Hierauf traten die Fürſtlichen ab, und verfügten ſich in ihren Deliberations-Saal, um nur ſtehend wegen zwey Puncte, des Nachzugs und der Religion halber, zu votiren. Und zwar des Nachzugs wegen wurde man eins, zu verlangen, daß nicht nur der Churf. Gutachten, ſondern auch der Fürſten Bedenklichkeiten darüber in die Relation geſetzt werden möchten: indem die Ordnung von 1542. unmöglich jetzo revidirt, noch weniger aber ſo unrevidirt angenommen werden könne, auch für die fünf vorderſten Kreiſe ſehr beſchwerlich, wegen der Auslagen, und nicht leichter Wieder-Erhaltung des Ausgelegten, ſey. Der Religion halber aber könne man geſchehen laſſen, daß auch die zweyerley Meinungen der Churfürſten in die Relation kämen.

Mit dieſer Erklärung nun kamen die Fürſtlichen wieder zu den Churfürſtlichen, wobey der Oeſterreichiſche Director noch beſonders der Religion halber anführte, es hätten verſchiedene Stände bemerkt, daß ja gar von einem öffentlichen Suchen der Proteſtantiſchen Oeſterreicher um Fürſprache nichts bekandt ſey; zudem ſey kundbar, daß der K. mehr Nachſicht gegen ſeine Proteſtantiſche Unterthanen gebrauche als jeder anderer Herr, ferner würden auch durch eine ſolche Fürbitte nur Unordnungen und Rebellionen veranlaßt werden, u. ſ. w. Daher dann beſſer ſey, dieſen Punct ganz auszulaſſen. Hiemit war Churpfalz nicht zufrieden, und wollte ſchlechterdings den Punct der Religion in der Relation erinnert haben, erklärte auch nochmals, daß es, ſamt einigen andern prot. Fürſten nicht an die Verwilligungen der 30 Monate per majora ſich binden laſſen würde.

1598 de. Hernach fingen die Salzburgiſchen und
Re- und Correl. mit den Churf. Bayeriſchen an, über die Regenſpurg- und Paſſauiſchen ſich zu beklagen, daß dieſe ehrenrührige Schriften wider der erſteren Herren zu verbreiten ſuchten, wegen welcher ſie ſich ihre Nothdurft vorbehielten.

30. Jan. Demnach wurde endlich der Aufſatz der Relation gemacht, und in der nächſten Sitzung verleſen: da dann **Burgund** ſich beſchwerte, daß es nicht ſo weitläuftig wie **Weſtfalen** gehört, und ſeine übergebene Supplication [c]) nicht in Ueberlegung genommen worden, demnach ſeinen Befugniſſen nichts vergeben haben wolle. Hierauf wurde dieſer Aufſatz auch den **Städtiſchen** vorgeleſen, welche dann ihre Correlation darauf gethan, die in einigen Stücken von beiden obern Collegien abgehend ſich befand. Doch erklärten ſich bald darauf die Städte dahin, daß, obwol ſie aus wichtigen Urſachen ihr Bedenken ſo und nicht anders geſtellet, ſie doch nunmehr, um zu Ende zu kommen, ſich durchaus mit dem Chur- und Fürſtenrath conformiren wollten.

1/11 Febr. Der Stände Antw. die Türkenhülfe betreffend. Somit erfolgte denn auf den in des Kaiſers Namen geſchehenen Vortrag, von den geſammten Ständen zuerſt nachfolgende, hauptſächlich die **Türkenhülfe** belangende, hier im Weſentlichen ausgezogene Antwort [d]): „Man erkenne von Seiten des ganzen Reichs die Reichs-Väterliche Sorgfalt des Kaiſers, wegen Beſchützung deſſelben gegen den Einbruch der Türken, mit ſchuldigſtem Dank, ſehe ſich auch verpflichtet, die verlangte desfallſige Hülfe nach Kräften zu leiſten. Man

c) Davon unten der Auszug kommen wird.

d) S. den Cod. Act. Comit. Senkenb. n. 38. S. 236. imgleichen Acta Comit. Wolfenb. faſc. III. n. 6.

Man bedaure aber, daß vieler Stände Untertha- 1598
nen theils durch Miswachs, theils durch den Nie-
derländiſchen Krieg, theils ſonſt, zumal am Rhein-
ſtrom, ganz entkräftet ſich befänden, alſo, daß
ſie kaum die bisherigen Abgaben beſtreiten, zuge-
ſchweige ein mehreres auf ſich nehmen könnten, ja
gar viele ſich, abſonderlich in den Chur- Trier- und
Cöllniſchen Staaten, ganz wegbegeben und ihre
Wohnſitze leer gelaſſen hätten. Jedennoch, um
der vorhandenen äußerſten Türken-Gefahr willen,
wollte man ohne Abbruch des im Jahr 1594. ver-
willigten, noch ferner 30 **einfache Römer-Monate**, in zweyen Jahren, nemlich 1598. und
99. jedesmal 15 auf Johanni und Weihnachten,
austheilen, und in den gewöhnlichen 5 Städten,
Frankfurt, Nürnberg, Regenſpurg, Augſpurg,
Leipzig, in guten gangbaren Gold- oder Silber-
Münzen zu erlegen, verwilligen; dabey auch
dem Kaiſer die Direction des ganzen Kriegsweſens,
auch Ernennung der Oberſten über das Kriegs-
volk zu Roß und Fuß, überlaſſen bleibe. Wann
hernach letztere ernannt, ſolle von ſolchen im gan-
zen Reich, wo es am beſten geſchehen könne, ſo
viel Volks, als von dem verwilligten zu erhalten
möglich wäre, geworben, auf dem Reichstag aber
ein Gemein-Pfennig-Meiſter ſamt einem Ad-
juncto und Gegenſchreiber, ſo Kaiſer und Reich
zu ſchwören hätten, beſtellt werden, von welchen
das erlegte Hülfsgeld jedesmal bey den Legſtädten
erhoben, das Kriegsvolk alle 2 Monate wenig-
ſtens, nach vorhergehender Muſterung ausbezah-
let, darüber auch von Einnahme und Ausgabe
den Ständen vor einer Deputation Rechnung ab-
gelegt, von ſolcher aber jedem Kreis eine Abſchrift
zugeſtellt werden ſolle. Hiebey ſollten die Stände,
bey Pön der Acht oder Privation, gegen die ſäu-

Der Stände Antw. die Türkenhülfe betreff.

1598 migen am Kammergericht durch den K. Fiſcal zu verfahren verbunden ſeyn. Dagegen werde der Kaiſer demüthigſt erſucht, nicht mehr ſein Mansfeldiſch und Walloniſch Kriegsvolk, ſo ſich an verſchiedenen Orten im Reiche gar ungebührlich betragen, durch das Reich gehen zu laſſen, oder wo ja es unumgänglich nöthig ſey, eine Tax zu entwerfen und bekandt zu machen, wornach die Soldaten mit der Bezahlung und die Unterthanen mit der Verpflegung ſich zu richten hätten. Wegen der geſuchten Volkshülfe ſey in Betreff der Art, wie ſie geleiſtet werden ſolle, der Churfürſten- und Städterath einer, der Fürſtenrath aber anderer Meinung geweſen, die dann in dieſer Erklärung alle beide dem Kaiſer vorgetragen werden. Die Stadt Wien betreffend, ſo bitte man den Kaiſer, von denen noch vom Jahr 1594. zu gut habenden Terminen, die Beveſtigung derſelben immer beſſer zu betreiben. Dabey dann auch einige Erwähnung der Oeſterreichiſchen Religions-Beſchwerden, doch ganz im Allgemeinen, und nicht im Namen aller Stände, geſchah. Ferner heißt es in der Antwort: Da auch ohne innerliche Ruhe und Einigkeit deſto weniger gegen den Türken und alle gemeinſchaftliche Feinde ausgerichtet werden könne, ſo bitte man den Kaiſer, ſowol hierauf überhaupt, als auch insbeſondere auf genaue Verwaltung der Gerechtigkeit, und Beylegung der Niederländiſchen Unruhen, auch Wiederherſtellung deſſen, was dabey dem Teutſchen Reich entwendet worden, Rückſicht und Bedacht nehmen zu wollen. Nächſt dieſem werden dem Kaiſer unterſchiedene Mängel, die bey den Anſtalten gegen die Türken bemerkt worden, vorgetragen, mit Bitte, auch dieſe und ihre Verbeſſerung ſich angelegen ſeyn zu laſſen. Auch ſeyen die Weſtfäliſchen Kreis-

Der Stände Antw.

Abge-

Abgeordneten bey der Reichsverſammlung einge- 1598
kommen, und hätten gebeten, 1) ihnen zu wirk- Der
licher Eintreibung der mehrmals erwähnten [e]) Stände
ſchon lange zugeſagten **dreymonatlichen Geld-** Antw.
Hülfe endlich einmal thätig behülflich zu ſeyn, welches Geſuch man dann dem Kaiſer beſtens empfehle. 2) Wegen **Nachlaß der Reſtanten**, damit man ſie lediglich an den Kaiſer ſelbſt verwieſen habe. 3) Wegen der noch immer fortdauernden **Brabantiſchen Evocationen**, da anſehnliche Stände dieſes Kreiſes vor die Brabantiſchen Gerichte unter dem Schein der Bullae Brabantinae aureae gezogen werden wollten; wegen welcher man den Kaiſer bittet, die in ehemals übergebenen gemeinen Reichsbedenken vorgeſchlagene abhelfliche Maaße geben, auch etwas in den künftigen Reichsabſchied desfalls einfließen laſſen zu wollen. Weiter hätten die drey Landſchaften, **Steiermark, Kärnthen und Krain**, vorſtellen laſſen [f]), daß ſie von der dem Kaiſer bisher verwilligten Geldhülfe, bey ihren vielen Kriegs-Drangſalen, doch gar wenig genoſſen, dannenhero ſie um eine **beſondere milde Beyſteuer** gebeten haben wollten. Dem zufolge habe man, auf Ratification der ſämtlichen Principalen, noch **zween Monate** zu den vorigen dem Kaiſer dergeſtalt verwilliget, daß dieſe den drey beſchwerten Landſchaften zum Beſten kommen, und in den benannten Jahren 98. und 99. ihnen durch einen künftigen Pfenningmeiſter ausgezahlt werden ſollten, worin der Kaiſer ihnen nicht zuwider ſeyn werde. Endlich ſey auch die bereits auf dem Reichstag von 1576. vorgekommene Sa-

e) XX. B. der N. R. Hiſt. S. 655.

f) Ein Schreiben derſelben d. d. 24. Dec. an die Reichsverſammlung findet ſich angemerkt in dem Ind. Act. Arch. Onold. T. LXV. n. 121.

1598 che wegen Stiftung eines neuen Ritterordens an den Gränzen gegen die Türken, oder Verſetzung des Teutſchen Ordens an dieſe Gränzen [g]), eine gar wünſchenswerthe Sache, wegen welcher jedoch, allerhand Hinderniſſen halber, kein gemeines Gutachten habe gefaßt werden können, die man aber gleichwol dem Kaiſer überhaupt beſtens empfehlen wolle [h]).

Der Stände Antw.

Fürſtenraths-Handlungen.

Indeſſen man die Kaiſerliche weitere Antwort auf die überreichte Erklärung abwartete, berathſchlagte man ſich im Fürſtenrath einſtweilen inſonderheit über die Art, die zu verwilligende Hülfe in den Landen aufzubringen. Es brachte nemlich [i]) der Salzburgiſche Director an, vor allen Dingen wären nun die Pommeriſchen, item die Münſter- und Lüttichiſchen Supplicationen, und zwar, weil ſie auf einem Grunde beruheten, in einer Umfrage vorzunehmen. Es hatten nemlich die Pommeriſchen Abgeſandten bereits vor einigen Wochen eine Bittſchrift übergeben [k]), des Inhalts: „Sie hätten ſich ſchon einmal, wegen der unverantwortlichen hochbeſchwerlichen Ungleichheit, ſo bishero in den Pommeriſchen Landen, bey Anla-

26/28 Febr.

g) N. T. Reichshiſt. X. B. S. 398. u. f.

h) Außer dieſer Antwort wurde auch noch eine dergleichen, die übrigen Puncte des K. Vortrags betreffend, übergeben, von der unten, ſamt dem darauf verhandelten, beſonders die Rede ſeyn wird.

i) Laut eines Fragment-Protocolls, ſo ich unter den obbenannten Collectaneis Schilterianis ebenfalls gefunden habe, drittehalb geſchriebene Folio-Bogen ſtark; aber leider von einem weder des Lateins noch der Sache kundigen Schreiber, oder gar Schreiberin herrührend. Manche Fehler habe ich verbeſſert, manche aber ſind unverbeſſerlich.

k) Sie befindet ſich in den Actis Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 34. iſt datirt vom 10. Jan. und auf derſelben geſchrieben: lectum 14. Jan. 98.

Anlagen der gemeinen und Reichsſteuern, im Ge- 1598
brauch ſey, bey den Ständen beſchweret [l]), woll- Fürſten-
ten aber, um deſto gewiſſer guten Beſcheid zu er- raths-
langen, auf Befehl ihrer Herren, nochmals des- Handl.
falls ausführlichen Bericht erſtatten. Es pflegten nemlich von Alters her in den Herz. Pommern-Stettiniſchen Landen die Anlagen der gemeinen Reichsſteuern nicht zugleich auf alle Unterthanen, auch nicht nach jedes Vermögen eingerichtet zu werden, ſondern blos nach den Hufen Lands und Häuſern [m]). Da nun die Prälaten, Grafen und die ganze Ritterſchaft wegen ihrer Beſitzungen gänzlich ſteuerfrey wären, ſo käme hiedurch die Laſt ganz allein auf dem Lande auf den armen Bauersmann. In den Städten hingegen müßte ein Bürger, der ſonſt kaum 100 fl. im Handel und Gewerb habe, wenn er nur ein Haus beſäße, von dieſem ſo viel geben, als der 20-30 mal vermöglichere Bürger von dem ſeinigen. In Betracht deſſen hätten ſich bereits die vorigen Herzoge alle Mühe gegeben, ſolchen unchriſtlichen irrationabilem modum contribuendi bey der Landſchaft abzuſtellen, ja ſogar desfalls eine Verordnung von K. Karl dem V. herausgebracht, ſo ſub lit. A. anliege [n]). Sie hätten aber demohngeachtet ihre gute

Pommeriſche Supplication.

l) Von dem Inhalt ſothaner Beſchwerden habe ich nirgends etwas gefunden.

m) Alſo, ohngefähr nach dem phyſiocratiſchen Syſtem, ein paar Jahrhunderte, ehe von demſelben geſchrieben wurde!

n) Litt. A. iſt eine Urkunde K. Karls des V. d. d. Gent, 19. (deeſt menſis) 1556. in welcher der K. ſagt: „Es hätten ihm Barnim und Philipp, Herzoge von Pommern vorgeſtellt, wie es in ihrem Lande, wegen Austheilung der Reichs- Kreis- und ſonſtigen Anlagen immer vielen Streit gebe: daher wären ſie, um einen Mittelweg zu finden, auf den Gedanken gekommen, daß es gut ſeyn würde, auf inn-

1598 gute Abſicht, zum Vortheil der minder vermög-
Pommeriſche Suppl. lichen Unterthanen, nicht erreichen können. Wenn nun

inn- und ausländiſches Getränke, Malz, Gerſte und Bier, ſo im Land verbraucht oder außer Lands verführt würde, eine Acciſe zu legen, wie in Sachſen und Bayern auch gebräuchlich: wesfalls ein Ausſchuß der Landſtände, ſodann die gebührenden Einnehmer und Rechner beſtellt werden könnten; dieſes Geld wäre zu ſammeln, und niemand ohne Befehl des verordneten Ausſchuſſes etwas davon auszuliefern; wenn aber eine Landesnoth auskäme, ſollte der Ausſchuß Macht haben, mit dem Landesherrn, das Nothwendige aus der Acciſe-Caſſe zu nehmen, oder ſonſt aufzunehmen, bis es aus derſelben wiederum erſtattet werden könne. Käme aber ein Fall, wo dieſe Acciſe-Caſſe auf keine Weiſe hinreichte, ſo müſſe dann durch einen Landtag Rath geſchafft werden, alſo, daß jeder Unterthan nach Stand und Vermögen, ohne einige Ausnahme oder Ausflucht, angelegt, und die dabey vorfallende Schwierigkeiten dem Ausſchuß ohne Widerſpruch zu erledigen überlaſſen würde;„ In Gemäßheit welches alles gedachte Herzoge gebeten hätten, dieſes aus Kaiſerlicher Macht zu verleihen und gut zu heißen:

Dieſemnach habe Er ſothane Ordnung, wie ſie hier vorgeſtellt, gut und dem Lande nützlich befunden; zugegeben und erlaubt, daß wegen des einzuführenden Acciſes oder Umgelds alles, ſo wie die H. angegeben, verordnet werde, und beſtätige ſolches aufs beſte, und zu immerdauernder Geltung, unangeſehen allen dawider vorgebracht werdenden Herkommen, Rechten, Freyheiten, auch Kaiſerlichen ſonſtigen Privilegien, u. ſ. w. als welche hiemit in ſoweit ſie dieſer Anſtalt entgegen, aufgehoben würden. Zugleich gebiete Er allen Unterthanen der H. ſich dieſe Acciſe- und Umgelt-Anſtalten, auch andere dazu dienliche Ordnungen, gefallen zu laſſen, und ſie zu beobachten. Wobey jedermann vermahnet wird, nichts gegen dieſe Ordnung und Kaiſerliche Beſtätigung zu unternehmen, bey Strafe funfzig Mark löthiges Golds, halb der Kaiſerlichen Kammer, halb aber dem Beleidigten zu bezahlen.„

nun dieſe Steuer-Art beybehalten werden ſollte, 1598
ſo müßte die Armuth, die doch noch dazu an den Pommeriſche Suppl.
Welthändeln den wenigſten Theil hätte, endlich
ganz zu Grunde gehen, folglich mehr Gottes
Strafe, als Sieg gegen den Türken zu erwarten
ſeyn. Demnach bitte man inſtändigſt, daß dieſem Reichs-Abſchied einverleibt werden möge, wie den Herzogen von Pommern freyſtehen ſolle, alle ihre Unterthanen, ohne Unterſchied, zu einer gleichmäßigen Anlage, zu Aufbringung der jeßt zu verwilligenden ſowol, als ſonſtigen Steuern, anzuhalten: wobey alles Appelliren, Suppliciren, oder gar Nachſuchen um Kaiſerliche Mandaten ſchärfſtens verboten würde. Würde dieſe Bitte nicht erhöret, ſo seyen ihre Länder nicht im Stande, nur die noch von 1594. rückſtändige Verwilligung, vielweniger noch neue Steuern, aufzubringen, wie dann die Herzoge ſelbſten zu Abrichtung der verſchiedenen Ordinari- und Extraordinari-Zieler nichts von ihren Unterthanen hätten erhalten können, ſondern alles mit theuern Anlehen beſtreiten müſſen. Man bitte alſo inſtändigſt nochmals um geneigte Erhörung dieſes Geſuchs.„

Münſter- und Lüttichiſche Bittſchrift.

Aehnlichen Inhalts ohngefähr war die von den Geſandten des Biſchofs **Ernſt von Lüttich**, und Adminiſtrators zu **Münſter**, übergebene Supplication o). Sie ſagen hierin: „Da die gegenwärtigen Reichs- und Kreis-Nothdurften, auch Bedrückungen durch den benachbarten Niederländiſchen Krieg, eine Anlage beider Länder erfordere, ſolche aber nicht ohne der Unterthanen Bewilligung ausgeſchrieben werden könne, ſo habe ſich dabey ein verdrießlicher Zwieſpalt ergeben. Es wollte nem-

o) Sie iſt zu finden in den Act. Comit. Arch. Wolf. faſc. III. n. 39. ohne Datum, und verleſen den 14. Febr. e. a.

1598 nemlich oft ein Stand allein, und zwar der geringere, gegen der Mehreren Meinung, nichts bewilligen; oft, wenn ſie ſich auch alle zur Bewilligung hätten bereden laſſen, gäbe es über die Gleichheit der Anlagen ſo vielen Streit, daß darüber die Zeit zu Erlegung der Reichs- oder Kreisſteuern verflöſſe, oder auch die gute Gelegenheit, etwas zu des Landes Beſtem auszurichten, vorübergehe, ehe ſie mit ihrem Herrn darüber eins würden: dergleichen Unfug auch in andern Landen öfters vorgehen ſolle, mithin dem ganzen Reich an beſſerer Einrichtung der Steuer-Anlagen gelegen ſeyn werde. Demnach hielte ihr Herr, der Churfürſt und Biſchof dafür, daß, wenn bey ſolchen Reichs- Kreis- oder ſonſtigen Nothwendigkeiten, Anlagen zu machen vorkäme, und die Stände eines oder des andern Landes ſich nicht der Ausſchreibung halber vereinigen könnten, alsdann der Landesherr (nach Maaßgabe der älteren desfalls vorhandenen Reichs-Verordnungen, die aber nicht immer in Ausübung zu bringen geweſen) volle Macht bekomme, ſich ins Mittel zu legen, und nach Beſchaffenheit der Umſtände zu entſcheiden. Man bitte dahero dieſes bey jetziger Verſammlung in den Abſchied mit zu ſetzen, und dem Schluß mit Beyſetzung von Strafen gegen die Uebertreter das gehörige Anſehen zu geben. Welches alles man ſich, um der großen Nothwendigkeit willen, und zum Beſten des gemeinen Weſens ſowol, als der Länder ſelbſt, um ſo ſicherer erhört zu ſehen getröſte. „

Münſter- und Lüttich. Bittſchr.

Fürſtenraths-Handl.

Bey der nun desfalls zu haltenden Umfrage gab Oeſterreich ſelbſt dahin die Stimme: es ſey im Abſchied Vorſehung zu thun, daß, wenn die Stände eines Landes ſich wegen der Anlegung nicht vergleichen könnten, alsdann dem Landesherrn frey-

frenſtehen ſollte, eine gleichmäßige Ordnung des- 1598
falls, nach dem Vermögen der Unterthanen zu Fürſten-
machen: Sollte aber dieſes nicht beliebet werden, raths-
ſo könne man es dem Kaiſer heimſtellen, allenfalls Handl.
eine Commiſſion niederzuſetzen, die Herren und Unterthanen gegen einander vernehme, und wenn ſie ſich gar nicht vergleichen wollten, entſchiede, über welchem Entſcheid dann ſtreng gehalten werden müßte. **Bayern** und **Burgund** ſtimmten auf die Kaiſerliche Commiſſion [p]). **Salzburg** und der **Teutſchmeiſter** waren eben dieſer Meinung. **Pfalz-Neuburg:** Es ſey billig, daß zwiſchen den Unterthanen die Gleichheit gehalten werde. Uebrigens ſpächen ja die vorigen Reichsabſchiede ſchon deutlich der Steuer halber, und brauche es alſo höchſtens etwan einer Erläuterung [q]). Eine Commiſſion ginge zu langſam, und würde nichts hauptſächliches helfen. **Bamberg:** Schon der Buchſtabe des letzten R. A. gebe in der Sache genugſame Maaße. Das Mittel von Oeſterreich gehe viel zu langſam. Alſo im ganzen wie Pfalz-Neuburg. **Pfalz-Zweybrück:** Eben dahin. Meyne übrigens, man könne gerade die Worte von dem R. A. 1566. [r]) beybehalten. **Würzburg:** Man könne ja das Geld inzwiſchen auf Intereſſe nehmen, und die Sachen durch eine Kaiſerliche Commiſſion ausmachen laſſen. **Sachſen-Weimar:** Die Worte der R. A. 1566. und 1594. wären zwar klar genug; Weil es aber doch ſcheine, daß die Unterthanen einiger Orten es nicht dafür hielten, ſo müſſe man, wie

p) Das hier im Prot. folgende Pfalz-Lauteriſche Votum iſt ſo undeutlich geſchrieben, daß man keinen rechten Verſtand herausbringen kann.

q) Wie dieſe aber lauten ſolle, wird nicht angegeben.

r) Und zwar daſelbſt §. 41. 42.

1598 wie Pf. N. angegeben, noch etwas dazu ſetzen [s]).
Fürſten-raths-Handl. Sollte jedoch die von Oeſterreich vorgeſchlagene Commiſſion beliebt werden, ſo ſeyen ſie auch derſelben nicht entgegen. **Worms**: wie Oeſterreich und Bayern. **Sachſen-Coburg**: wie Weimar. **Eichſtätt**: Man könne nicht wohl, ohne der Unterthanen Einwendungen zu hören, etwas verfügen. Daher wäre das Beſte die von Oeſterreich vorgeſchlagene Commiſſion, welche ja bis gegen Johanni genug entſcheiden könnte. Etwas neues im R. A. zu ſetzen, ſey nicht rathſam, und die Worte der vorigen R. A. beyzubehalten, habe auch Bedenklichkeiten, daher dann ein Richter ſeyn müſſe. **Brandenburg** überläßt es den meiſten Stimmen. **Speier**: wie Oeſterreich. **Braunſchweig-Wolfenb.** Dieſer Punct ſey nicht in den Abſchied zu bringen, ſondern den Supplicanten eigener Beſcheid zu geben. Es würde gut ſeyn, wenn vom K. ein Schreiben an die Landſaſſen erginge, darin ſie vermahnt würden, Gleichheit in der Vertheilung zu halten; allenfalls ihrem Landesfürſten darin Gehör zu geben. **Coſtnitz**: wie Oeſterreich. **Lauenburg**: wie Braunſchweig. Die übrigen Stimmen enthalten nichts neues, und lenken ſich meiſtens auf Oeſterreichiſche Seite. Es nahm alſo Salzburg das Wort und ſchloß auf eine Kaiſerliche Commiſſion, durch welche die Unterthanen zur Gebühr angewieſen, wenn aber dieſes nicht fruchtete, die Sachen dem K. zur Entſcheidung heimgeſtellt werden ſollten. Im Reichsabſchied ſey nichts zu ändern, und den Supplicanten per Decretum Beſcheid zu geben. Sollte jedoch ein oder anderer Stand das obgedachtermaßen angegebene Kaiſerliche Schreiben noch

s) Auch hier folgt nicht, was dann eigentlich hinzuzuſetzen ſey.

noch für gut halten, ſo möge er ſich erklären. Da aber niemand den Mund aufthat, ſo blieb es bey dem obigen Schluß [t]). 1598

16/26 Febr. Kaiſerliche Antwort oder Replik, die Türkenhülfe betreffend.

Den nemlichen Tag erfolgte noch von Seiten des Erzh. auf jene erſte Erklärung der Stände folgende Antwort [u]): „Er, der Commiſſarius, habe die durch den hierzu deputirten Ausſchuß den 11. Febr. erhaltene Antwort wohl erwogen, auch dem Kaiſer zum Bedenken überſchickt. Letzterer nehme der Stände gute Meinung, ihm zu helfen, mit Dank an, laſſe ſich auch gefallen, daß nach Römermonaten die Hülfe bewilligt werden ſolle: nur ſtelle er den Ständen vor, wie wenig erklecklich dieſe Hülfe für die gegenwärtigen großen Bedürfniſſe und augenſcheinliche Gefahr ſey, da nach dem vorliegenden Ueberſchlag nicht mehr denn 8000 Mann zu Fuß und 2000 zu Roß auf 6 Monate von den jährlich auf die Jahre 1598. und 99. verwilligten 15 Monaten gehalten werden könnten. Wieviel dieſes gegen einen übermächtigen Feind helfe, möchten die Reichsſtände ſelbſt ermeſſen. Was für ganz unglaubliche Summen an ordentlichen und außerordentlichen Kriegs-Ausgaben, z. B. an Geldhülfe für die Fürſten von Siebenbürgen und Wallachey, in den letzten beiden Jahren nur aufgegangen ſeyen, ſey der K. den Ständen durch die Rechnungen

t) Andere viele in dieſer und den vorigen Seſſionen außer der Kaiſerlichen Propoſition vorgekommene Sachen, von denen allen hernach unten noch beſonders gehandelt werden ſoll, giebt der Ind. Mſc. Arch. On. T. LXVII. n. 13-20. ausführlich an.

u) Cod. Act. Com. Senkenb. n. 41. wo ſie Kaiſerliche Replik heißt. S. auch Acta Comit. Wolfenb. faſc. III. n. 8. und Index Mſc. Archiv. Onold. T. LXX. n. 60.

1598 nungen darzuthun erbietig. Daraus würde zu erſehen ſeyn, daß mit aller Anſpannung ſeiner ſämtlichen Lande doch die Einkünfte lange nicht zugereicht hätten, ſondern ein anſehnliches an Geld dort und da habe aufgenommen werden müſſen, und daß mit allem dem, wenn nicht einige Reichsſtände und die Ritterſchaft noch außer dem allgemein bewilligten mit beſonderer mitleidiger Geld- und Volkshülfe beygeſprungen, der Feind vom weitern Vorrücken nicht hätte abgehalten werden können, u. ſ. w. Deswegen ließe der Kaiſer die Reichsſtände ermahnen, ihm wenigſtens, um nur einigermaßen zurechtkommen und etwas ausrichten zu können, auf 4 Jahre jedesmal 25 Römermonate, oder auch nur, weil die Sache ſo ſehr eile und dringe, daß des Reichs Wohlfahrt oder Umſturz davon abhänge, auf die nächſten drei Jahre, 30 Monate jedesmal, auf Georgi, Jacobi und Michaeli zahlbar, oder an deren Statt 15000 Mann zu Fuß, und 5000 zu Roß, zu bewilligen [r]). Die ihm, dem Kaiſer, hiebey frey überlaſſene Direction des ganzen Kriegsweſens, nehme Er gerne an; daß aber dieſesmal ein beſonderer Pfenningmeiſter zu Einnahme und Ausgabe der verwilligten Gelder beſtellt werden ſolle, könnte der K., wie ſonſt wol auch geſchehen, ſich gefallen laſſen, wenn ſolch ein anſehnlich mächtiges Kriegsvolk, wie wol auch ehemals geſchehen, gegen den Türken von Reichswegen zuſammengebracht werden ſollte. Jetzo aber, da die Noth ſo groß, und die Hülfe, auch wenn alles hier zuletzt ver-

Kaiſerl. Antw.

r) Daß der Kaiſer ſich, um ein mehreres zu erhalten, an einige Stände ſogar in beſondern Schreiben gewendet, ſiehet man aus einem dergl. an den H. von Braunſchweig, d. d. Prag, 19. Febr. 1598. in den Act. Mſc. Arch. Wolf. faſc. III. n. 23.

verlangte bewilliget werde, nur mittelmäßig ſey, 1598
und man das Geld im Kriege bald dort bald da Kaiſerl.
brauche, würde man durch dieſe Einrichtung dem Antw.
Kriege mehr Hinderniß als Vorſchub thun. Damit aber die Stände ſähen, wo das verwilligte Geld hinkäme, wolle der K. durch ſeine gewöhnliche Pfenningmeiſter, einer Deputation alle Jahre die Rechnung, wie es verwendet worden, vorlegen laſſen. Dabey dann auch Ihm, dem K., nicht entgegen ſey, wenn die Stände bey dem Kaiſerl. gewöhnlichen Pfenningmeiſter einen Adjunct, auch bey der Muſterung einen Commiſſar beſtellen wollten. Bey Gelegenheit der Geldbewilligung ſey übrigens auch nothwendig, an die **Münze** zu gedenken. Die Stände würden wiſſen, was in ſo vielen bisherigen Reichstägen desfalls heilſamlich verordnet worden, aber auch dabey, wie wenig alle dieſe wohlgemeinte Verordnungen in Ausübung gekommen, ſo daß eine gänzliche Zerrüttung im Handel und Wandel zu befahren ſey. Er, der K., habe zwar gegen viele, die ſothane Verordnungen nicht beobachtet, den Fiſcal handeln laſſen, ja auch im Jahr 1596. zu Prag unter dem 8. Aug. ein **Münzmandat** in den Druck gegeben, auch Commiſſarien ernannt, die darüber wachen ſollten, daß es gehalten werde; und da dennoch viele Stände ſich widerſetzt, gegen dieſe, ſcharfe Befehle, auch endlich noch ein anderes **Münzmandat** unter dem 18. März 1597. im Druck ausgehen laſſen. Da aber alles dieſes noch nicht genug gefruchtet, ſo möchten die Stände auf dem Reichstag ſich doch dahin vereinigen, daß dieſen Mandaten gemäß ſich von allen geachtet, ſodann aber auf dem nächſten Deputationstag die Münzſache recht genau und gänzlich in Ordnung gebracht würde. Indeſſen aber möchte man über

1598 einen Fuß eins zu werden ſuchen, in welchem die jetzo geſchehende Verwilligungen ausgezahlt werden ſollten, alſo, daß ſie aber auch wiederum ſo ausgegeben werden könnten, weshalben er dann in ſeinen Erblanden ebenwol die nöthigen Befehle ausgehen laſſen wolle. Die **Durchzüge der Kaiſerlichen Völker** durch das Reich betreffend, wäre wol nicht möglich, ſolche ganz zu vermeiden, ſein Möglichſtes aber wolle der Kaiſer thun, damit die Stände nicht ohne Noth damit beſchweret würden. Indeſſen wolle er auch darauf bedacht ſeyn, auf alle Fälle dieſer Art eine **Tax-Ordnung**, wie ſie verlangt worden, entwerfen, und bekandtmachen zu laſſen. Die **Hülfe fremder Mächte** gegen die Türken betreffend, wolle Er, der Kaiſer, ferner thun, was er könnte; nur bitte er das Reich, erſt ſelbſt alles mögliche zu thun, damit ausländiſche Mächte durch dieſes Beyſpiel angereizt würden; auch möchten ſie allenfalls ſelbſt jemand vom Reichstag an die **Eidgenoſſen** ſchicken, der ſamt dem K. Commiſſarius den Vortrag desfalls thäte, nebſt dieſem den **König von Dännemark** y) zu einiger Hülfe zu bewegen ſuchen. Den **Nachzug** oder die verlangte **Volkshülfe** betreffend, ſo ſey der Vorſchlag des Fürſtenraths, desfalls noch eine beſondere Geldverwilligung zu thun, davon der Betrag bis zum Gebrauch im höchſten Nothfall bey einer Reichsſtadt verſchloſſen liegen bliebe, noch annehmlicher, als der Churfürſten ihrer. Nur wünſche der Kaiſer,

Kaiſerl. Antw.

y) Warum eben dieſer König alleine? Ich denke, weil derſelbe Proteſtantiſch war, ſo wollte der Kaiſer lieber den Proteſtantiſchen Fürſten überlaſſen, dieſen einzigen König ihrer Religion, der damals im Frieden lebte, zum Beyſtand zu bewegen, ließ es aber mit Fleiß nicht deutlich ausdrücken.

ſer, daß man nicht erſt von ihm verlangen ſolle, 1598
die Unterſuchung, wann er ſich dieſer ausgeworfe- Kaiſerl. Antw.
nen Beyhülfe bedienen dürfe, vor einer Deputa-
tion vornehmen zu laſſen, indem ſonſt die Zeit un-
nöthig verſtreichen und die Noth noch viel größer
werden könnte; ſondern man möchte ihm die Sa-
che gutherzig anvertrauen, da er dann gewiß ohne
höchſten Nothfall keinen Gebrauch dieſes Geldes
machen werde. Uebrigens möge dieſes Nachzugs
halber beſchloſſen werden, was da wolle, ſo möge
man nur den Kaiſer ſicher ſtellen, daß er wiſſe,
was er zu erwarten habe, und es in den Reichs-
abſchied mit einfließen laſſen, ſamt einer nam-
haften Strafe des doppelten, dreyfachen, ja auf
die letzt der Reichsacht gegen diejenigen, die das
nun bewilligte hernach zu geben verweigerten. We-
gen **Herſtellung des Friedens** in den Niederlan-
den, und **Abſchaffung der** etwannigen **Kriegs-
mängel**, wolle der K. ſein Beſtes thun, doch
werde, in Betreff letzterer, vieles von der Reichs-
ſtände Verwilligungen abhangen. Des **Weſtfä-
liſchen Kreiſes Verlangen** betreffend, ſo wolle
der K. Bedacht darauf nehmen, daß die bereits
1594. beſchloſſene Geſandtſchaft nach den Nieder-
landen, an die Kriegführenden Theile i), endlich zu
Stande komme, auch gerne geſchehen laſſen, daß
die verſprochene dreymonatliche Hülfe dieſem Kreiſe
widerfahre. Die Reſtanten betreffend, wolle Er
jedesmal nach Befinden der Umſtände des im Rück-
ſtand ſeyenden Stands allenfalls zu einem Nach-
laß ſich verſtehen. Die Brabantiſchen Proceſſe
aber belangend, hätte der K. bereits an ſeinen
Bruder, den Erzherz. Albrecht, als Statthalter
der Niederlande, geſchrieben, und hoffte, er
werde ſich ſo erklären, daß es weiter keines Vor-

i) N. T. Reichsgeſch. XVIII. Th. S. 395. u. f.

1598 kehrens desfalls bedürfen ſolle. Auch hätten die
Kaiſerl. Antw. Burgundiſchen Geſandten dem Erzh. einen ausführlichen Gegenbericht übergeben, den er hier ſub A. beylege [a]). Demnach halte er nicht für gut, daß dem Reichsabſchied desfalls etwas einverleibt werde. Die drey Landſchaften Steiermark, Kärnthen und Krain betreffend, hätte der K. bisher ſein möglichſtes zur Unterſtützung derſelben gethan, werde es auch fernerhin zu thun nicht ermangeln. Endlich den zu ſtiftenden Ritterorden betreffend, ſo ſeyen den Ständen ſo wenig, als dem K., die vielen Schwierigkeiten dieſes Vorhabens unbekandt. Doch wolle er nicht ermangeln, ſeines Orts, wenn desfalls etwas fruchtbarliches gehandelt werden könne, die Hände dazu zu bieten. Schließlich bitte man die Stände, die Berathſchlagungen zu beſchleunigen, damit wenigſtens noch vor Oſtern alles ausgemacht ſeyn könne.„

Fürſtenraths-Delib. Dieſe Replik wurde zwey Tage hernach verleſen, und nach Angabe der Churfürſtlichen Punct vor Punct in Berathſchlagung gezogen [b]). Zuerſt war die Frage über des Kaiſers Forderung
22 Febr. einer noch weit größeren Hülfe. Hier wurde nach gehaltener Umfrage durch die mehreren Stimmen [c]) beſchloſſen, dem Kaiſer noch 30 Römer- Mo-

a) Von dieſem iſt weiter unten ein Auszug zu finden.

b) Das Merkwürdigſte dieſer Berathſchlagung folgt hier aus der Relation der Sächſiſchen Geſandten in dem Cod. Act. Comit. Senkenb. n. 45. p. 329. ſqq. d. d. 7. Mart. h. a. S. auch die zwey Briefe der Herz. Sächſ. Geſandten in dem Cod. Act. Com. Senkenb. n. 42. und 43. beide d. d. 19. Febr.

c) Denn einige Stände, wie Chur-Pfalz und der Marggraf von Brandenburg, haben nur 40 Monate bewilliget, denen hernach auch Braunſchweig bey-

Monate, alſo in allem 60 Monate, binnen 3 Jah- 1598
ren zu bezahlen. Sodann die Terminen der Zah- Fürſtenraths-Delib.
lung in jedem Jahr betreffend, vereinigte man ſich, die vom K. vorgeſchlagene drey, nemlich Georgi, Jacobi und Michaeli, anzunehmen, jedoch ſo, daß, weil der erſte Termin ſo nahe vor der Thüre ſey, niemand wegen Einhaltung deſſelben gedrängt würde. Endlich, wegen des Anhangs, daß, im Fall des Friedens, die rückſtändigen Zieler nicht gezahlt zu werden brauchten, wurde beſchloſſen, daß des K. Verlangens der Abänderung ohngeachtet es doch dabey bleiben ſolle.

In der folgenden Sitzung wurden fünf 23 Febr.
Puncte vorgenommen, und derohalben ausgemacht: 1) Die **Verwendung** des Bewilligten betreffend, ſollte es bey dem gefaßten Schluß bleiben, auch die Städte **Nürnberg** und **Augsburg** zur Einnahme beſtimmt, und desfalls mit Inſtructionen verſehen werden. 2) Der **Reſtanten** halber ſolle es bey den vorigen Verordnungen bleiben, jedoch die Proceſſe möglichſt abgekürzt werden. 3) Die **Münze** betreffend, ſolle die Hauptſache auf die künftige Deputation verwieſen werden, immittelſt aber ſey noch auf dem Reichstag wegen eines Interims-Anſchlags der Münze zu reden, und desfalls vorzüglich ein Gutdünken von Münzverſtän-

beygetreten. S. den Brief obgenannter beiden Stände an den Herzog von Braunſchweig, in Act. Comit. Wolfenb. faſc. III. n. 25. wo dieſelbe dem Herzog dieſes melden, und ihn zum Beytritt auffordern, dabey auch anhängen, daß doch dieſe Bewilligung, nur mit dem Vorbehalt, daß der Kaiſer den Religions-Beſchwerden abhelfe, Frieden im Reich erhalte und herſtelle, u. ſ. w. geſchehen ſolle. In Originali, bey welchem auch ein dahingehöriger Zettel von des Braunſchw. Geſandten Jagemanns Hand iſt.

1598 ſtändigen zu erfordern. 4) Die **Muſter-Plätze** und **Durchzüge** betreffend, ſey es bey des K. Erbieten zu laſſen; doch ſolle das, was im Jahr 1570. wegen der Durchzüge überhaupt geſchloſſen worden, ſonderlich der Caution halber, auch auf das nach Ungarn beſtimmte Volk ausgedehnt, und eine Tax-Ordnung nach jedes Standes Gelegenheit desfalls errichtet werden. 5) Die **Anrufung fremder Potentaten** belangend, ſo dankte man dem K. für ſein Erbieten, und möchte man wegen **Dännemark** etwa dem Churf. von **Brandenburg** und H. von **Mecklenburg**, wegen der **Schweizer** aber dem Biſchof von **Coſtnitz** und Marggrafen **Georg Friedrich** von **Baden-Hochberg**, den Auftrag desfalls thun.

Fürſten-raths-Delib.

25 Febr. Das nächſtemal wurden wieder 4 Artikel vorgenommen. 1) Des **Nachzugs** halber fiel der Schluß dahin aus, 10 Monate zu dem Ende, auf Jacobi und Michaeli d. J. zu erlegen. Zur Direction des Nachzugs-Weſens aber ſeyen drey Reichsſtände, ein Churfürſt, ein Fürſt, z. B. Bayern, und eine Stadt, zu beſtellen, die zu **Regenſpurg** oder **Augſpurg** desfalls zuſammenkommen könnten. 2) Der Stadt **Wien** wegen, ſollten 3 Monate von denen dem K. bewilligten 60. zu Befeſtigung derſelben beſtimmt ſeyn. 3) Den **Weſtfäliſchen Kreis** betreffend [b]), ſollten ihm die bereits im Jahr 1582. und 94. verwilligte 3 Monate, in den beſtimmten 3 Terminen ausgezahlt, die Säumigen aber mit fiſcaliſchen Proceſſen getrieben, auch der halbe Monat zu den Geſandtſchaftskoſten forderſamſt erlegt werden. Der

b) Von deſſen Beſchwerden ſoll, weil ſich bisher kein bequemer Ort, im Zuſammenhang davon zu reden, gefunden hat, nun gleich, nach den Berathſchlagungen über die Duplik, gehandelt werden.

Der Brabantiſchen Proceſſe wegen aber ſolle 1598
man das Kaiſerliche Erbieten der gütlichen Bey- Fürſten-
legung annehmen, in derſelben Entſtehung hinge- raths-Delib.
gen den Weg Rechtens ergreifen, dieſes alles aber
dem Reichs-Abſchied einverleiben laſſen. 4) Der
dreyen **Landſchaften** wegen ſolle es bey dem vorigen Schluß bleiben.

In der nächſtfolgenden Sitzung wurde von 27 Febr.
den Directoren das aus den bisherigen Schlüſſen gemachte **Concept** einer Relation oder **Duplik** verleſen, aber nicht zum abſchreiben gegeben, als welches nicht gewöhnlich ſey, wobey dann noch nachſtehendes einzuſchalten oder abzuändern für nothwendig erachtet worden. 1) Daß in Anſehung der ſtarken Bewilligung nun die Stände mit dem Anſinnen wegen **außerordentlicher Hülfen** verſchonet bleiben möchten. 2) Daß bey den **Durchzügen** die Kriegsvölker ſich müßten von dem Herrn, durch deſſen Land ſie zögen, Führer zugeben laſſen, die ſie den nächſten Weg führten. 3) Daß man ſich auf den Nothfall auch in den Kreiſen bereit hielte, ſolle nicht obligatorie, ſondern nur erinnerungsweiſe geſetzt werden. 4) Müſſe noch beſtimmt werden, ob die **Nachzugs-Steuer** in die Kreis- oder andere Legſtädte hinterlegt werden ſolle. 5) Daß noch ausdrücklich um Abſtellung der **Religions-Beſchwerden** zu bitten. 6) Wurde erinnert, daß die Clauſel wegen der **Religion** e) nicht übergangen werde. 7) Solle auch der Johannitermeiſter, **von Riedeſel**, erſucht werden, das Amt eines **Kriegs-Commiſſärs** und **Pfennigmeiſters** zu übernehmen.

e) So ſtehet in dem Mſct. es ſoll aber offenbar heißen: Remiſſion.

1598 Hierauf geſchahe endlich die Re- und Correlation; zuerſt mit den Churfürſten, dabey ſich dann nur drey unterſchiedene Meinungen fanden, nemlich 1) wegen der Termine, 2) wegen der Clauſula remiſſionis, 3) wegen des Nachzugs, wegen welcher man aber bald dahin eins wurde, beiderley Meinungen in die Duplik zu ſetzen [f].

1. Merz. Re- und Correl. wegen der Duplik.

1. Merz. Nach dieſem wurde das Concept der Relation abgeleſen, und hernach der Ständte Correlation angehört. Obwol nun dieſe in einigen wenigen Puncten nur anderer Meinung waren, ſo erklärten ſie ſich doch nach einem kleinen Abtreten dahin, daß ſie dem Aufſatz beytreten wollten. Worauf dann dieſer als eine Duplik abgeſchrieben, dem Erzh. Matthias überreicht, ſodann auch den Ständen zum Abſchreiben gegeben worden.

Weſtfäl. Kreiſes Beſchw. Oben habe ich erwähnet, daß ich nach dem Auszug dieſer Berathſchlagungen wegen der Duplik, zum beſſern Verſtand deſſen, was in dieſer wegen des Weſtfäliſchen Kreiſes vorkommt, vorher von deſſelben Beſchwerden die Nachricht einſchalten wolle. Es hatten nemlich oberwähntermaßen die Stände dieſes Kreiſes eine beſchwerende Vorſtellung oder Supplication übergeben [g], des In-

3. Jan.

f) Doch bemerken in einem P. S. die Sächſiſchen Geſandten, daß man ſich noch den nemlichen Tag, in einer ſtehenden Umfrage, des Nachzugs halber dahin vereiniget, daß fünf Kreiſe den Nachzug beſorgen, die fünf andern aber ihr dazu beſtimmtes Quantum an einen zu benennenden Ort hinterlegen, und erſtere ſich alſo hiervon wegen ihrer etwaigen Auslagen bezahlt machen könnten und ſollten.

g) Welche in den Act. Com. Arch. Wolfenb. faſc. III. n. 66. zu finden iſt. Sonſten iſt auch in dem Ind. Mſc. Arch. On. T. LXIX. n. 20. ein Bedenken wegen des Spaniſchen Einfalls in die Lande Jülich

Inhalts: „Sie müßten mit großer Betrübniß 1598
täglich ſehen und empfinden, daß ſie von dem Reich Weſtfäl.
die bereits 1594. verſprochene Hülfe gegen das Kreiſes Beſchw.
fremde Spaniſche und Staatiſche Kriegsvolk, inſonderheit erſteres, vergeblich erwarteten, dadurch werde dem undiſciplinirten Kriegs-Volk ſein Muth geſtärkt, nicht nur von den ehemals eingenommenen Reichslanden nichts wieder leer zu machen, ſondern ſich auch immer weiter auszubreiten, zugleich den armen Unterthanen auf das allerabſcheulichſte beſchwerlich zu fallen, und ſie zu ſeiner Unterhaltung zu nöthigen. Auch ſey der wegen der Brabantiſchen Proceſſe auf dem letzten Reichstag abgefaßte, billige, gemein ratificirte Schluß [h]) nicht in den Reichs-Abſchied geſetzt, daher auch der durch ſolche gegen den Weſtfäliſchen Kreis getriebene Unfug nicht abgeſchafft worden. Das Rauben, Plündern und Morden, daure dabey noch unaufhörlich fort, und hätte dieſer Kreis ſeit dem letzten Reichstag wol über eine Million Goldes [i]) Schaden gelitten. Auch ſey zu der ſchon ſo lange beſchloſſenen Geſandtſchaft nach den Niederlanden noch keine Anſtalt gemacht worden, wobey dann auch der Kreis von manchen Ständen wegen der verwilligten 3 monatlichen Hülfe, anſtatt der Auszahlung in den geſetzten Terminen, unfreundliche Antworten bekäme. Der Kreis
habe dannenhero zwar ſich im vorigen Jahr aufs (12 Merz
neue über dieſes alles beſchwert, und erhalten, daß 1597.)
der Kaiſer an alle Kreiſe ein Monitorial-Schreiben

lich ꝛc. dann was pt. der von den daſigen Ständen gebetener Reichshülfe, von den Fränkiſchen Grafen, bey ihrer Zuſammenkunft, etwan zu deliberiren ſeyn möge, ſ. d angezeigt.

h) S. N. T. R. Hiſtorie, XVIII. B. S. 359.

i) Soll wol Gulden heißen.

1598 den ergehen laſſen, und ſolches dem Kaiſerlichen
Weſtfal. Kreiſes Beſchw. hiezu beſonders verordneten Commiſſarius Grafen von der Lippe, zur Beſorgung an alle gehörige Oerter übergeben, wovon auch eine Abſchrift ſub A. beyliege [k]). Weiter, da auch dieſes Ausſchreiben entweder nicht bekandt genug geworden, oder nichts gefruchtet habe, ſo hätten die damals eben zu Reißburg (vielleicht Duisburg, oder Rheinsberg) verſammelt geweſene Stände des Kreiſes ſich, als ſie vernommen, daß ein Reichstag ausgeſchrieben werden ſolle, von da aus in dem ſub B. beyliegenden Schreiben [l]) an den Kaiſer gewandt, und gebeten, ihrer bey der Reichstags-Propoſition mit zu gedenken. Allein dieſes ſey ihnen nicht gewährt worden. Daher ſie ſelbſt nun flehentlichſt die ſämmtliche Verſammlung erſuchten, ſie nicht ſtecken laſſen, ſondern ihnen die gehörige verſprochene Hülfe leiſten zu wollen. Ueber dieſes alles aber würden die ſo ſehr durch den Krieg beſchwerte Stände auch noch durch den Kaiſerlichen Kammergerichtsfiſcal gedrängt, die Verwilligungszieler von 1594. zu bezahlen, da doch die ſämtlichen Stände des Kreiſes ſich damals gleich erklärt hätten, daß ſie ihrer betrübten Umſtände halber nichts bewilligen könnten, wie ihnen dann auch die Fürbitte ſämtlicher Stände hierinnen zu Gute komme, und ſonderlich im Fürſtenrath, laut der Protocolle, deutlich ausgemacht worden, daß die 1594. geſchehende Verwilligung den bedrängten Ständen zu keiner Auflage gereichen ſollte. Welches alles ohngeachtet viele von ihnen hart verklagt, und mit Verluſt ihrer Freyheiten und Regalien bedrohet worden. Dannenhero ſie wegen aller dieſer Puncten um thätige baldige hinreichen-

k) Dieſe Beylage fehlt.

l) Auch dieſe Beylage findet ſich nicht.

chende Hülfe auf das dringendſte bitten müßten, 1598
und ſich hierinnen doch dismal nicht mehr verlaſſen Weſtfäl.
zu ſehen hofften.„ Kreiſes Beſchw.

Da nun ſothane Klagſchrift des Weſtfäliſchen Kreiſes den Burgundiſchen Geſandten, als gegen ihren Herrn am meiſten gerichtet, zur Erklärung mitgetheilt worden, ſo überreichten dieſe einen weitläuftigen, auch in pleno vor Verfertigung 28. Jan. der erſten Relation oder Antwort der Stände verleſenen, Gegenbericht, von dem hier das Weſentliche folget m): Es heißt nemlich in demſelben: „Man hätte zwar Burgundiſcher Seite gehofft, daß der Weſtfäliſche Kreis mit ſeinen vermeinten Klagen jetzo, da der Reichstag eigentlich und blos der Türkenhülfe halber ausgeſchrieben worden, den Kaiſer und die Stände nicht beſchweren würde, um ſo mehr noch, als, nach dem Weſtfäl. eigenen Angeben, der K. es dieſem Kreiſe, ſeine Beſchwerden in die Propoſition zu bringen, verweigert habe: wie dann auch, wenn dieſe Sache hier angenommen werden ſollte, einzelner Stände anderweitige, vielleicht noch dringendere Beſchwerden, haufenweiſe einkommen würden, ſo dem ganzen Reichstag zum Aufenthalt gereiche. Unterdeſſen ſeyen dieſe vermeinte Klagen nicht nur an den Reichstag gebracht, ſondern es ſey auch auf ſolche bey der Re- und Correlation ſehr viele Rückſicht genommen worden, wogegen ſie, die Räthe, nichts weiter thun können, als ihre Proteſtation einzulegen.„

„Die

m) Er befindet ſich ebenfalls in den Act. Mſc. Comit. Arch. Wolf. faſc. III. n. 64. und iſt gewiß, das allgemein ſchlechte damalige Teutſche ausgenommen, mit Kunſt gemacht, indem er eine an ſich nicht gar gute Sache in dem möglichſt vortheilhaften Lichte darſtellet.

1598 „Die Gegenſtände der Supplication ſelbſt
Weſtfäl. Kreiſes Beſchw. belangend, ſo ſeyen ſolche darin nur überhaupt und zum Theil verdeckt angegeben, daher die Geſandten wünſchten, daß den Uebergebern derſelben auferlegt würde, alle des Weſtfäl. Kreiſes gegen ſeine Herrſchaft habende Beſchwerden genau zu verzeichnen und anzugeben, um damit ſie, ob ſie wol eigentlich auf nichts als auf den Artikel der Türkenhülfe inſtruirt wären, doch wenigſtens, ſo viel hier möglich, inzwiſchen darauf antworten könnten. Indeſſen wollten ſie alles, was hier vorgegangen und noch vorgehe, an ihre Vorgeſetzten berichten, ſodann nach erhaltenem Befehl ſich erklären, bis dahin aber gegen alles, was dem Weſtfäliſchen Kreis zum Beſten und ihrem Herrn zum Nachtheil vorgenommen würde, auf das beſte proteſtirt haben. Unter dieſer Verwahrung alſo, wollten ſie vorläufig nachfolgendes bemerken: Da das hauptſächlichſte Begehren des Weſtfäl. Kreiſes dahin ginge, daß man ihm die verſprochene dreymonatliche Hülfe zukommen laſſen möge, ſo wünſchten ſie ſo ſehr für ihre Perſonen, als in ihres Herrn Namen, daß jeder friedliebende Stand des Reichs, alſo auch die Weſtfäliſchen Stände, wegen ihrer gegründeten Beſchwerden zufrieden geſtellt würden, ſie begriffen aber nicht, was für eine dringende Noth es ſey, um derentwillen ſie überhaupt ſothaner Hülfe bedürften, oder um welcher willen ſie wenigſtens mehr, als Burgund ſelbſt, hülfsbedürftig wären. Denn, obwol dieſem Kreiſe allerdings eine dreymonatliche Hülfe zugeſagt ſey, ſo ſey es doch, Ausweis der eigenen Worte des jüngſten R. A., nur unter gewiſſen Bedingungen geſchehen, wenn nemlich die Reſtitution nicht vor ſich ginge, oder die Friedens-Handlungen nicht zu Stande kämen, oder die

Streifereyen und andere Beſchwerungen nicht ab- 1598
geſchafft würden. Nun aber ſey die Abſtellung der Weſtfäl.
etwaigen Beſchwerden noch nicht bey den kriegen- Kreiſes Beſchw.
den Theilen geſucht worden; auch habe man wegen des Friedens gute Hoffnung; wie dann auch die Weſtfäl. Kreisſtände ſo eines als des andern kriegenden Theils Anfälle und Streifereyen jetzo nicht ſo ſehr als vorhin, aus bewußten Urſachen, zu beſorgen hätten, dahero dann die klagenden Stände nicht mit ſolchem Ungeſtüm anrufen, ſondern erſt den Ausgang der von K. und Reich ſo lange beſchloſſenen Geſandtſchaft erwarten ſollten, nachhero aber, wenn etwa dieſe fruchtlos abgelaufen, erſt allenfalls ein Recht hätten, die verſprochene Hülfe zu fordern. Daß ſich aber mehrgedachte Stände gar um eine That-Hülfe bemühten, und gleichſam als auf einen Feind auf ſeines Herrn Völker losgehen wollten, ſey um ſo mehr unrecht, als der jetzige Statthalter der Niederlande nicht ein Ausländer, ſondern ein Teutſcher Fürſt, und des K. Bruder ſey, den man auch überdieſes als den zukünftigen Eigenthümer dieſer Lande anſehen könne. Und würde ſich dieſer löbliche Herr gewiß alle nur thunliche Mühe geben, um allen Beſchwerden, wo möglich, ein baldiges Ende zu machen, wie er es denn auch ſchon gethan haben würde, wenn er, anderer vieler Geſchäffte halber, dazu im Stande geweſen wäre.„

„Sollte dennoch (heißt es in der Burgundiſchen Supplik weiter,) dem Weſtfäliſchen Kreiſe die gebetene thätliche Hülfe widerfahren, ſo ſey es unbillig, daß dem König von Spanien, als Beſitzer der Niederlande, die ungleich höher als der Weſtf. Kreis beſchwert, dabey aufs äußerſte verdorben wären, nicht die allgemeine Reichsgeſetzmäßige und dem Burgundiſchen Kreiſe durch

1598 durch den Vertrag von 1548. beſonders zugeſi-
Weſtfäl. Kreiſes Beſchw. cherte Hülfe bisher nicht widerfahren, ja daß nicht einmal Anſtalt gemacht worden, damit derſelbe wenigſtens nicht aus dem Reich beſchädigt werde, wie dadurch alle Tage geſchähe, daß des Königs abtrünnige Unterthanen die größte Unterſtützung von einigen Reichsſtänden bekämen, ja die vornehmſten Häupter derſelben kundbare Reichs-Unterthanen ſeyen. Sogar wegen der geringen Gothaiſchen Empörung habe das ganze Reich zuſteuern müſſen, und nun ſolle, dem Weſtf. Kreiſe zu Gefallen, ein gleiches geſchehen, und doch wolle man dem König nicht einmal dieſes zu Gefallen thun, daß man zu Wieder-Eroberung der Stadt Kammerich, wozu doch der König im Jahr 1582. Volk und Koſten herzugeben ſich erboten gehabt, nur den Namen des Reichs hergäbe, welches, wie es mit der Reichsverfaſſung, auch Billigkeit, übereinkäme, leicht zu beurtheilen ſeyn würde; ſo wie auch dieſes, ob dem Reich mehr an dem Weſtfäliſchen oder an dem Burgundiſchen Kreiſe gelegen ſeyn könne, und aus welchem von beiden dem Reich die ſtattlichſten Dienſte geleiſtet worden, zumal eben bey dem Gegenſtand dieſes Reichstags, dem Türkenkriege. Auch dieſes gebe man Burgundiſcher Seite zu bedenken, ob es recht ſey, daß dem Kaiſer, der in dem beſchwerlichen Kriege mit dem mächtigſten Feinde befangen ſey, nur ſo wenige Monate; den drey Landen, die des Feindes tägliche Bedrückung aushalten müßten, nur zwey; dem Weſtfäliſchen Kreiſe aber, der eigentlich gar keinen Feind habe, und ſich der Streifereyen, ohne Hülfe, leicht ſelbſten erwehren könne, drey Monate, nebſt der Befreyung von allen reſtirenden und jetzt verwilligten Türkenſteuern, zugebilliget werden ſolle.„

„Alles

„Alles dieſes (fährt Burgund fort,) ſey jedoch darum nicht geſagt, um dem Weſtfäliſchen Kreiſe in ſeinem Anliegen die Hülfe zu entziehen, ſondern nur um die Ungleichheit und Unbilligkeit in Behandlung beider Kreiſe vor Augen zu ſtellen. Wobey er zugleich erinnern wolle, daß es kein beſſeres und ſichereres Mittel gebe, den Weſtf. Kreis außer aller Klage zu ſtellen, als wenn Kaiſer und Reich das Niederländiſche Kriegsweſen zu Ende zu bringen ſuchten, welches ohne ſtarke Kriegsmacht, blos durch Handhabung der Reichsverfaſſung, leicht zu erhalten ſeyn würde [n]). Sollte aber nun doch, ehe zu dieſem Ende der Kaiſer die ſo lange beſchloſſene Geſandtſchaft abgeſchickt, und die Friedens-Unterhandlungen fruchtlos abgelaufen, die begehrte dreymonatliche Steuer dem Weſtf. Kreiſe zugebilliget werden, ſo wollten ſie, die Geſandten, wenigſtens wegen Burgund dagegen proteſtirt haben, und zu nichts verpflichtet ſeyn.„ 1598 Weſtfäl. Kreiſes Beſchw.

„So viel nun den Schaden ſelbſt betreffe, (heißt es ferner in der Burgundiſchen Schrift,) welcheshalben der Weſtf. Kreis ſich gegen beide Kriegführende Theile beklagte, ſo aber hauptſächlich auf ihren Herrn und ſein Heer gemeinet ſey, wüßten ſich die Geſandten nichts zu erinnern, ſey auch nichts angegeben, dadurch der Kreis oder die Stände, auf Befehl des Königs, beſchweret worden. Hingegen ſey gewiß, daß, wenn der dem Könige und ſeinen Unterthanen aus dem Weſtfäli-

n) Dieſe, an ſich als ganz falſch gleich in die Augen fallende, Angabe ſetze ich nur darum hieher, um zu zeigen, wozu manchmal die Vertheidiger einer böſen Sache ihre Zuflucht, um, wo möglich, einen gewiſſen Zweck zu erhalten, nehmen müſſen.

1598 Weſtfäl. Kreiſes Beſchw.

fäliſchen Kreis und ſonſten geſchehener Schaden ſollte genau berechnet und erſetzt werden, ſo würden die ſämtlichen Beſchwerden aller klagenden Stände dagegen wenig oder nichts ſeyn. Auch ſprächen die Stände nur immer überhaupt von Schaden, ſagten aber nie eigentlich das wie und wann? damit ſie nicht genöthigt würden, das unnachbarliche Weſen, dadurch man manchmal zu einem auch nicht freundſchaftlichen Betragen veranlaßt worden, an den Tag zu geben. Wegen des den Königlichen Niederlanden und Kriegsvolk aus dem Reich zugefügten Schadens wolle man ſich übrigens lediglich auf das beziehen, was bey den bisherigen Reichs- und Deputations-Tägen münd- und ſchriftlich ausführlich gehandelt, und was von der Brüſſeler Regierung den Weſtf. Ständen ſelbſt auf ihre Beſchwerden geantwortet worden. Inſonderheit wolle man den Jülichiſchen Geſandten zu überlegen und zu beantworten geben, ob ihr Herr in allen Stücken ſeiner Pflicht als Weſtfäliſcher Kreis-Oberſter, und den Landfriedens-Verordnungen, inſonderheit aber auch denen, zwiſchen den Niederlanden und dem Jülichiſchen, beſtehenden beſondern Verträgen in allen Stücken nachgelebt habe? Z. B. da nach dieſen Verträgen dem Königlichen Kriegsvolk erlaubt ſey, die Straßenräuber und Freybeuter bis in das Jülichiſche zu verfolgen, ſo könnten doch wol die Geſandten ſelbſt nicht in Abrede ſtellen, daß dem zuwider gegen die Königlichen Officiere und das Kriegsvolk aller Muthwille verſtattet, ja unter andern einmal gar ſieben Spanier zugleich lebendig begraben worden o), dadurch denn, wenn alles recht genau unter-

o) Wo dieſe grauſame Handlung, und durch was für eine vielleicht noch grauſamere der Spanier veranlaßt, geſchehen ſey, habe ich nirgends gefunden.

unterſucht würde, die Schuld von allem, was 1598
etwa von dem Kriegsvolk in den Herz. Landen ge- Weſtfal.
ſchehen, ganz allein auf dieſe ſelbſt fallen würde. Kreiſes Beſchw.
Wie dann auch offenbar ſey, daß, wenn aus den feindlichen Niederlanden eine Rotte, vielleicht von 20 Freybeutern, hinüber in das Lützelburgiſche oder Limburgiſche fiele, ſolche aus den Jülichiſchen oder ſonſten benachbarten Landen in kurzem auf 100 ja 200 Mann anwüchſe, denen dann dabey noch aus gedachten Landen aller Vorſchub geſchehe, ohne welchen ſie nicht die Hälfte ſo viel würden ausrichten können. Doch, auch dieſes alles bey Seite geſetzt, ſo hätten die Jülichiſchen Stände, falls ſie wirklich zu klagen ſich gemüſſigt geſehen, es wenigſtens ganz auf eine andere Art anfangen ſollen. In den Verträgen nemlich hieße es, daß die entſtehenden Irrungen zwiſchen beiden Landen durch beiderſeits Räthe, auch allenfalls einen Obmann, ausgemacht werden ſollten, zu welchem billigen Austrag man ihnen Burgundiſcher ſeits allezeit bereit geweſen ſeyn würde, wenn ſie hierum, anſtatt Kaiſer und Reich mit ihren Klagen zu bemühen, gehörig nachgeſucht hätten. Hätten ſie dieſes gethan, den Königlichen Feinden nicht in allem Muthwillen Nachſicht ja Vorſchub angedeihen laſſen, vielmehr ſich durch Leiſtung der Reichsgeſetzmäßigen Hülfe um Dämpfung des ſchädlichen Kriegsfeuers bemühet, ſo würden alle dieſe ihre Beſchwerden nicht entſtanden ſeyn, ſo wie, wenn ſie ſich nicht noch bemüheten, ſothanem Kriege, als der Urſache alles Unglücks, ein Ende machen zu helfen, ſie ſo wenig als die königlichen Lande ſelbſt der daraus entſtehenden Beſchwerungen gänzlich überhoben ſeyn würden.„

„Was ferner (heißt es weiter in der Burgundiſchen Schrift,) in des Weſtf. Kreiſes Bitt-

1598 ſchrift über die Brabantiſchen Proceſſe geklagt Weſtfal. Kreiſes Beſchw. würde, darauf wüßten ſie, die Geſandten, nicht zu antworten, weil nicht bemerkt wäre, von was für Proceſſen die Rede ſeyn ſollte. Wären aber darunter die zwiſchen den Herz. von Jülich und den Gr. von Barlamont wegen Montjoye, wie auch zwiſchen denen von Harf und der Stadt Cölln obſchwebende alte Proceſſe verſtanden, ſo wären dieſe durch das, was bey den vorigen Reichstagen deshalb vorgekommen, ſo aus einander geſetzt, daß der ganze Reichstag von denſelben vollkommen unterrichtet ſeyn werde. Jedoch könnte man nicht umgehen, hier nochmals zum Ueberfluß anzuführen, wie daß der Rath von Brabant hierin der einzige Richter ſey. Denn, ſoviel die Herrſchaft Montjoye betreffe, ſo ſey dieſelbe bekandtlich, von langen Jahren her, Brabantiſches Lehen, und daher ihrenthalben ſowol 1450. vor dem Lehenhof zu Limburg, als 1503. und 1590. vor dem Rath von Brabant, geurtheilt worden. Damals hätte ſogar der Herzog von Jülich ſelbſt dieſe Herrſchaft als Limpurgiſches Lehen angegeben, wie dann auch niemand, daß ſie dem Reich verwandt ſey, werde beweiſen können. Hingegen könne aus den Urkunden von mehreren hundert Jahren her die Limpurgiſche Lehenſchaft erwieſen werden, in welcher Rückſicht ja die H. von Jülich ehemals ſelbſt das Lehen empfangen, und den Lehenhof zu Limpurg, ſodann den Rath von Brabant als Lehen-Richter erkannt hätten. Auch hätten die Unterthanen dieſer Herrſchaft noch heutzutage, in bürgerlichen und peinlichen Fällen, keinen andern Gerichtsſtand, als in erſter Inſtanz das Limburgiſche Hofgericht, la haute Cour genannt, und in der zweyten den hohen Rath von Brabant. So nun das Recht des Königs über dieſe Herrſchaft klar dar-

dargethan ſey, ſo werde dem König nicht zu ver- 1598
denken ſeyn, daß er ſich bey demſelben zu ſchützen Weſtfal. Kreiſes Beſchw.
ſuche. So könne ſich auch der H. von Jülich auf den zu Venlo mit K. Carl dem V. aufgerichteten Vertrag nicht berufen, da der damalige H. von Jülich ſich dabey verpflichtet, alle ſeine Brabantiſchen Lehen von dem K. Carl, als H. von Brabant, und ſeinen Nachfolgern, zu empfangen, auch alle desfalls entſtehende Streitigkeiten vor den anerkannten Lehengerichten ſchlichten zu laſſen. So hätte auch der H. von Jülich ſich oftmals ſchriftlich beſonders wegen Monjoye verpflichtet, jedem, der daran ein Recht zu haben vermeine, zu Recht zu ſtehen, ſo er aber bisher nicht gethan, und ohne Rückſicht auf alle gütliche auch ernſtliche Abmahnungen in dem unbilligen Beſitz der genannten Herrſchaft geblieben ſey. Da nun alles dieſes angeführtermaßen vergeblich geweſen, doch dem König an dem Beſitz des feſten, zwiſchen den Limburg- und Luxenburgiſchen Gränzen gelegenen Schloſſes Monjoye bey den jetzigen Kriegsläuften, ſehr vieles gelegen ſey, überdem auch billig geſchienen, dem Grafen von Barlamont endlich einmal zum Recht wegen der von ihm angeſprochenen Herrſchaft Monjoye zu verhelfen; ſo werde wiederum gedachtem ſeinem Herrn nicht zu verdenken ſeyn, daß er ſothanen Schloſſes ſich verſichern, und der Herrſchaft halber eine Rechtfertigung bey dem hohen Rath von Brabant anſtellen laſſen, bey welchem die Sache ſo zum Vortheil des Gr. von Barlamont ausgeführt worden, daß derſelbe hoffe, daß auch das Kammergericht, wenn die Sache dahin gebracht worden wäre, oder jedes ſonſtige Gericht nicht anders würde haben erkennen können. Wenn aber Jülichiſcher Seite noch etwan verlangt werden wollte, daß wegen der

1598 Frage, ob Monjoye zum Reich gehöre, oder
Weſtfäl. Kreiſes Beſchw. nicht, durch Schiedsrichter erkannt werden ſolle, ſo gehöre dieſes nicht hieher, da ſchon ſo viele Jahre lang die Befugniſſe des Königs klar ſeyen [p]). Weil auch Jülich ſich wirklich mit Barlamont dieſes Streits halber geſetzt und verglichen [q]), ſo ſey es unnöthig, desfalls noch ein mehreres anzuführen [r]).„

„Nun auch den andern Proceß, nemlich den zwiſchen denen von Harf und der Stadt Cölln [s]) belangend, ſey derſelbe von dem Fiſcal von Brabant, als auch dem von Harf ſelbſt, wegen der ihm in ſeiner Herrſchaft Hördt zugefügten Beleidigungen, angeſtellt worden. Und ſey hierin der Stadt Cölln in ihren Rechten nicht zu nahe getreten worden, da der von Harf, jener vielen Beleidigungen und Vergewaltigungen halber, die ihm von Seiten der Stadt widerfahren, die Erlaubniß bey der Obrigkeit ſich erwirket, Cöllniſche Bürger und

p) So klar dieſe Befugniſſe dem Burgundiſchen Geſandten auch ſcheinen mochten, ſo ſahe doch K. Rudolf die Sache ganz auf einer andern Seite an, wie ein weitläuftiges Schreiben deſſelben an ſeinen Geſandten in Spanien, den Gr. Khevenhüller bezeuget, welches den 22. Jenner im Fürſtenrath verleſen wurde. In demſelben ertheilt er dem Geſandten Befehl, dem König die Nichtigkeit der Brabantiſchen Befugniſſe und der ergangenen Urtheile angelegentlichſt vorzuſtellen, dabey zu verſtehen zu geben, daß man, im Fall der König nicht helfen wolle, von Seiten des Reichs auf thätliche Hülfe werde denken müſſen. Dieſes merkwürdige Schreiben iſt in den Act. Comit. Mſc. Wolf. faſc. III. n. 57. befindlich.

q) Die Umſtände dieſes Vergleichs ſind mir unbekandt.

r) Beſſeren Verſtands halber von dieſem allem wird gut ſeyn, das dahin gehörige aus der N. T. Reichsgeſch. XVIII. Band, S. 311. u. f. nachzuleſen.

s) Von dieſer Sache ſ. oben weitläufig, in der N. T. R. Hiſt. XVIII. B. S. 317. u. f.

und Sachen, wo er ſie fånde, niederzuwerfen, auch 1598
verarreſtiren zu laſſen. Nach dem ſolchergeſtalt Weſtfål. Kreiſes Beſchw.
angelegten Arreſt habe man Reichsgeſetzmåßig die Cöllniſchen Bůrger citirt, welche ſich auch eingelaſſen, vor dem Rath von Brabant einigen Tagſatzungen beygewohnt, ſomit die Brabantiſche Gerichtbarkeit hinlånglich anerkannt und beſtåtiget håtten, daher dann die in dieſer Sache geſprochenen Urtheile billig als zu Recht beſtåndig anzuſehen, und zur Vollſtreckung zu bringen geweſen wåren. Welchem allem nicht mit Recht entgegengeſetzt werden kånne, daß ſolche Leute, die mit dieſer Streitſache gar nichts zu thun gehabt, desfalls angehalten worden; ſintemal wegen etwas, das im Namen des ganzen Stadtraths geſchehen, alle Bůrger der Stadt, die dieſer Rath vorſtellt, gehalten ſeyen. Uebrigens, obwol keine Vermuthung vorhanden, daß bemeldte Sache in der Gůte ausgeglichen werde, und nur damit das ganze Reich deutlich ſehe, daß nicht an dem Kånig, noch an dem von Harf, die Schuld desfalls liege, ſey man Burgundiſcher ſeits auch noch jetzo zufrieden, daß die Sache durch Schiedsrichter ausgetragen, auch ein gewiſſer Termin zu unaufſchieblicher Befolgung des Spruchs der Schiedsrichter geſetzt wůrde.„

„Aus allem dieſem (fahren ſie nun, Burgundiſcher Seite, fort,) werde der Reichstag genugſam ſehen, daß in den beiden hier abgehandelten Sachen alles nach den gemeinen Rechten, der Billigkeit, und der insbeſondere noch fůr dieſe Befugniſſe ſprechenden Brabantiſchen Bulle, gehandelt worden. Daß man aber der letzteren Aufhebung in Bewegung gebracht habe, ſey ganz gegen alle Rechte, um ſo mehr als in derſelben dem Fůrſtenthume gar keine ungerechte, ſondern

1598 nur in der Billigkeit gegründete Freyheiten zugeſprochen worden. Somit widerſpreche man dann allem übrigen Weſtfäliſchen Anbringen, bitte, nicht alles gegen Burgund angebrachte ſogleich für wahr anzunehmen, ſondern es vorhero zu hören, und verſichert zu ſeyn, daß dieſer Stand ſich allezeit nach ſeinen Pflichten zu betragen befliſſen ſeyn werde.„

Weſtfäl. Kreiſes Beſchw.

Als nun ohngeachtet alles deſſen, was in dieſer langen Burgundiſchen Schrift vorgebracht war, die Relation der Stände obbemeldetermaßen nicht vortheilhaft für Burgund ausfiel, übergaben die Burgundiſchen Geſandten unverzüglich noch eine Schrift, des Inhalts [t]): „Man hat aus der Relation erſehen müſſen, daß darin des Weſtfäl. Kreiſes Beſchwerden gar zu ſehr erhoben, ja faſt ſo wichtig als der Türken-Krieg angegeben worden, ſo daß ſich ihr Herr, der König faſt noch mehr durch dieſe Relation als durch die Klage der Weſtfäl. Stände in Nachtheil geſetzt ſähe. Es ſey ganz unrecht, daß man in dieſer Relation der Klage, aber nicht auch zugleich der übergebenen Beantwortung gedenke; und würde es ſowol den General-Statthalter der Niederlande, als auch und noch mehr den König ihren Herrn äuſſerſt befremden, ſich ſo hintangeſetzt und geringgeſchätzt zu ſehen, daß man ihrer Geſandten Verantwortung nicht eben das Recht wenigſtens angedeihen laſſe, was ihren Gegentheilen widerfahre. Sie wollten ſich alſo über dieſes alles in ihres Herrn Namen höchlich beſchweren, und würden es gehöriger Orten anzuzeigen nicht unterlaſſen. Wie nun der König dieſen Schimpf aufnehmen, ob dem Reich und dem Weſtfäl. Kreiſe ſelbſt dadurch Nutzen geſchafft, und inſonderheit in wieferne

t) Acta Comit. Mſc. Wolfenb. faſc. III. 63.

ne dadurch ihr Herr zu namhafter Verwilligung 1598
in der Hauptſache aufgemuntert werden würde, Weſtfäl.
würde die Zeit lehren. Indeſſen wolle man noch- Kreiſes Beſchw.
mals bitten, lieber dieſes nicht erwarten, ſondern
auf die übergebene Verantwortungsſchrift mehr
Rückſicht nehmen zu wollen, und nicht zu geſtatten,
daß gemeldete Relation, in ſoweit ſie ihrem Herrn
zum Nachtheil gereiche, alſo übergeben, vielweni-
ger etwas, in Gemäßheit der Weſtfäl. Supplica-
tion, gegen Burgund in den Reichs-Abſchied ge-
ſetzet werde. Sollte aber wider Vermuthen ihr
billiges Begehren nicht Statt haben, ſo wollten
ſie gegen alles, was dieſes Gegenſtands halber be-
ſchloſſen würde, wie ſchon mündlich geſchehen, alſo
auch hier ſchriftlich nochmals beſtens proteſtirt ha-
ben.„ Doch konnte dieſes alles nicht bewürken,
daß nicht das einmal von allen Ständen beſchloſ-
ſene in die Relation eingerückt, und alſo übergeben
worden wäre [u]).

Es wurde demnach, in Gemäßheit aller bis- Der Stände Duplik.
her weitläuftig erzählter langer Berathſchlagung,
eine ſogenannte Duplik von Seiten der Stände
verfaßt, und der Commiſſion überreicht [x]), davon 13 Merz
das Weſentliche hier folgt: „Zur Türkenhülfe
an Geld wolle man der großen Gefahr halber nun-
mehro 60 Römermonate bewilligen, ſo daß auf
3 Jahre hintereinander 20 dergleichen geliefert

u) Zuletzt bemerke ich noch die hieher gehörigen Stücke aus dem Ind. Mſc. Arch. Onold. Die Reichstags-Handl. deshalb vom 5. und 7. Jan. ſtehen in T. LXVII. n. 11. 12. Andere dahin ſich beziehende Nummern ſind T. LXXI. n. 3. 4. 9. 74. 92. Ein paar Geld-Anſchläge zu dieſer verlangten Hülfe finden ſich in T. LXXII. n. 29. 42.

x) Sie iſt zu leſen in Mſc. Act. Comit. Senkenb. n. 49. und in den Act. Comit. Mſc. Wolfenb. faſc. III. n. 10.

1598 würden y), zu **Lieferungsterminen** aber hätten die Churfürſten die Tage Johannis und Weihnachten, die Fürſten und Städte hingegen Georgi, Jacobi und Michaelis beſtimmt, wobey letztere auch die clauſulam remiſſionis (d. i. daß, wenn es vor Eintreibung aller Termine Friede werden ſollte, die Reſtanten nicht gefordert werden könnten) eingerückt haben wollten, auf welcher aber die Churfürſten nicht beſtünden. Wegen Beſtellung eines **Reichspfennigmeiſters** könnte man aus vielen wichtigen Urſachen nicht nachgeben; und hoffte, es werde dem K. nicht zuwider ſeyn, wenn man den **Johanniter-Meiſter in Teutſchland, Philipp Riedeſel von Comburg, zum Reichs- und Kriegs-Commiſſarius** mit einer gewiſſen Beſtallung, ernenne, um die Reichshülfe, wozu die Legſtädte **Nürnberg** und **Augſpurg** am ſchicklichſten wären, in gedachten Reichsſtädten zu empfangen, das aus dem Reich geworbene Kriegsvolk jedesmal zu rechter Zeit zu bezahlen, den Muſterungen beyzuwohnen, kurz auf alle Weiſe dahin zu ſehen, daß die Reichshülfe recht geleiſtet und recht verwendet würde. Gegen die **ſaumſeligen Stände** aber ſolle im gewöhnlichen fiſcaliſchen Proceß verfahren werden, ohne daß man desfalls etwas neues zu verordnen für gut halte. Die **Münze** betreffend, ſo ſey das große Verderben derſelben, ſo ſehr als die Kaiſerliche Fürſorge desfalls, nur zu bekandt, und nichts mehr zu wünſchen, als daß alle die derohalben

Der Stände Duplik.

y) Was eine ſolche Lieferung von 20 Monaten für die Herzoglich-Sachſen-Weimar- und Coburgiſchen Lande zuſammen betrug, ſetze ich als eine kleine Merkwürdigkeit, aus der Sächſ. Relation d. d. 23. Febr. (Cod. Act. Com. Senk. n. 37.) hieher, nemlich 19120 Gulden.

halben gemachten Verordnungen in Gang gebracht 1598
werden könnten, ob aber auf dem künftigen De- Der
putationstag dieſes werde zu Stande gebracht wer- Stände
den können, ſey eine andere Frage. Die Quelle Duplik.
alles dieſes Unheils ſey der Niederländiſche Krieg, indem durch denſelben alle böſe Münze im Reich ſich verbreite. Man bitte dahero den Kaiſer inſtändigſt, ſich die Beylegung deſſelben nach Möglichkeit, verſprochenermaßen, angelegen ſeyn laſſen zu wollen. Sich aber auf dem Reichstag einſtweilen wegen eines Münzfußes zu vergleichen, nach welchem die verwilligten Gelder eingeliefert und berechnet werden ſollten, werde dismal nicht thunlich ſeyn, und glaube man, es ſey genug, überhaupt zu verordnen, daß die **Lieferung** jedesmal in **guten groben ſilbernen oder goldenen Münzen** geſchehe, nach dem Werth, wie ſie jetzt im Reich gäng und gäbe ſeyen, dabey man dann dem Kaiſer die Beſorgung wegen der Scheidemünze in Ungarn, zur Ausgabe, ganz überlaſſen müßte. Das Münzen aber der kleinen Sorten, die nicht edictmäßig ſeyen, inſonderheit aber das von den halben Batzen, müſſe aufs neue geſchärft verboten werden. Wegen der **Durchzüge** des Kaiſerlichen Volks ſey der Kaiſer zu bitten, daß ſolches nur einzeln oder Rottenweis, nach den Reichsgeſetzen, durchziehen dürfte, die befehlshabenden Officiere aber jedesmal Caution zu leiſten hätten; und könnten desfalls die Reichsverordnungen, wegen des den fremden Mächten zugeführt werdenden Volks, auch auf das gegen den Türken zu führende ausgedehnt werden. Mit den Muſterplätzen aber, bitte man den K. die Stände ganz zu verſchonen, indem die Unterthanen dadurch an manchen Orten, aller Aufſicht ungeachtet, ſo zu Grunde gerichtet worden, daß ſie die Ver-

1598 Verwilligungs-Gelder zum Türkenkrieg noch ſchuldig ſeyen. Wegen der zu machenden Tax-Ordnung werde es auch gut ſeyn, etwas dem Reichsabſchied einzuverleiben. Den **Nachzug** betreffend, ſo beſtänden die **Churfürſten** auf dem Gutachten, daß es ſo wie 1542. verordnet worden, zu halten ſey; die **Fürſten** aber hätten dafür gehalten, daß es am beſten ſey, zehen **Römermonate** in eine zu beſtimmende Legſtadt zu hinterlegen, deren ſich im Fall der höchſten Noth dann zu bedienen wäre, zu welchen auch, wenn es ſchlechterdings nöthig, noch etwas nachgeſchoſſen werden könnte. Wegen Beylegung des **Niederländiſchen Kriegs** wolle man den K. nochmals beſtens an die verordnete Geſandtſchaft erinnern, und dazu den beſtimmten **halben Römermonat**, einen Monat nach Beendung dieſes Reichstags, in die ausgemachte Legſtadt richtig liefern. Die **Brabantiſchen Proceſſe** belangend, wolle man zwar von des K. Sorgfalt das beſte erwarten, doch aber finde man noch immer für gut, dem Reichsabſchied desfalls einzuverleiben, daß, wenn nichts gütlich ausgerichtet werde, man auf ernſtliche Mittel denken wolle, um dieſen Bedrückungen abzuhelfen. Wegen der **drey Länder**, Steiermark, Kärnthen und Krain, ſey es immer am beſten, daß denſelben **zwey** beſondere **Römer-Monate**, jedoch von den **ſechzig** dem Kaiſer verwilligten, durch den Reichspfennigmeiſter gereicht würden, auch verhoffe man, der Kaiſer werde ihnen von den nach und nach eingehenden Reſtanten etwas zukommen laſſen, u. ſ. w.„

Der Stände Duplik.

8/18 Merz. Ungewöhnlich geſchwind, mithin ohne vorherige Rückfrage bey dem Kaiſer, erfolgte des

Erzh.

Erzh. ſogenannte Triplik [i]). „Zuerſt dankt in 1598
ſolcher der Erzh. für die nunmehr höher bewilligte Kaiſerl.
Geldhülfe, mit welcher er ſich dann in des K. Triplik.
Namen begnügen wolle; nur wünſche er, daß wegen der augenſcheinlichen großen Türken-Gefahr, wenigſtens von den bewilligten 6 Monaten für jetziges Jahr gleich 30 Monate ausgezahlt, und weil das Volk gleich geworben werden müſſe, die Zahlungstermine, Georgi, Jacobi und Michaeli, auch von den Churfürſten angenommen werden möchten: ſo wie Er auch hoffe, daß man Fürſtlicher Seite von der Clauſula remiſſionis abſtehen ſolle, ſo wenig auch, vermuthlich, wegen der geringen Neigung der Türken zum Frieden, davon die Frage entſtehen werde. Die Beſtellung eines beſondern Reichs-Pfennigmeiſters zu Verwaltung dieſer verwilligten Gelder, ließe ſich der Erzh. auch gefallen, jedoch alſo, daß dem K. frey bliebe, jenem einen Adjunct beyzugeben, der an allen Verrichtungen deſſelben Theil nehmen, und dem K. von allem Nachricht geben könne, wesfalls man dem K. die Inſtruction dieſes Pfennigmeiſters mittheilen möge. Auch möge man es bey den Legſtädten dahin bringen, daß dieſe, falls die Verwilligung ſäumig einginge, einſtweilen den Vorſchuß zu thun ſich bequemten. Uebrigens ſehe man nicht ein, warum zu dieſem Amte ein Reichsfürſt eben beſtellt werden müſſe, deſſen Beſtallung gar koſtſpielig ſey, daher er dann hoffe, man werde es dem K. überlaſſen, hiezu taugliche Perſonen auszuſuchen, die ihm und dem Reich ſodann verpflich-

i) Cod. Act. Comit. Senkenb. n. 47. wo dieſe ſogenannte Triplik zu leſen iſt, von der hier Auszugsweiſe das wichtigſte folget. Sie ſtehet auch in Act. Com. Mſc. Wolf. faſc. III. n. 12. S. Ind. Mſc. Arch. Onold. Vol. LXXI. n. 79.

1598 pflichtet werden können. Wegen der Reſtanten werde es wenigſtens nöthig ſeyn, daß im Reichsabſchied dem Kammer-Gericht die ſchleunige Beendung derer desfalls erhobenen fiſcaliſchen Handlungen anbefohlen werde. Das Münzweſen anlangend, wünſchte man gar ſehr, daß doch wenigſtens auf den zu haltenden Deputations-Tag alle Geſandte ſo inſtruirt erſcheinen möchten, daß dorten ein Ganzes gemacht werden könne. Immittels aber möchten die Verwilligungen edictmäßig bezahlt, oder doch nur ein gewiſſer Werth, nach welchem ſie bezahlt werden ſollten, (übrigens den Edicten unbeſchadet) hier auf dem Reichstag noch ausgemacht werden. Die Wiederholung des Verbots wegen der ſchlechten Scheide-Münze, ſey ſehr gut. Des Durchzugs der K. Völker halber hoffe der K. man werde von Seiten der Reichsſtände ihnen, im Fall der Noth (da der K. ja ſonſt lieber dergleichen nie verlangen zu müſſen wünſche), denſelben nicht verwehren. Die Caution der Befehlshaber wolle ſich der K. wol gefallen laſſen; daß aber die ganze Verordnung, wegen des für die ausländiſchen Potentaten beſtimmten Kriegsvolks, auch auf die gegen den Türken zu führende Mannſchaft angewandt werden ſolle, achte er nicht für gut, da ſie ohnehin auch gar nicht dazu gemacht ſey. Den Nachzug betreffend, ſo erkläre er hiemit, daß der K. gerne das Reich völlig mit dem Begehren desfalls verſchonen wollte, wenn die Noth, ſolchen gebrauchen zu müſſen, nur nicht ſo wahrſcheinlich vorauszuſehen wäre, und wäre es ihm ja nicht zu verdenken, daß er ſo jetzt, als auch inskünftige, ſo oft dergleichen größere Noth vorauszuſehen, das Reich um außerordentliche Hülfe noch anſpreche. Dannenhero bäte er inſonderheit für jetzt ſich zu

Kaiſerl. Triplik.

ver-

vereinigen, wie dieſe außerordentliche Hülfe ei- 1598
gentlich geleiſtet werden ſolle, wobey ihm dem Erzh. Kaiſerl.
freylich der Fürſten-Vorſchlag am beſten gefiele. Triplik.
Sollte übrigens ja dem K. die Erörterung der Frage, ob dieſer Nachzug würklich zu Hülfe zu nehmen ſey? alleine nicht überlaſſen werden wollen, ſo wolle man doch dazu nicht mehr dann zween **Stände**, etwa den **Churfürſten von Sachſen** und den **Herzog Maximilian von Bayern**, als die Ungarn am nächſten ſeyen, deputiren, um die Sache von Reichswegen mit dem K. zu überlegen und auszumachen. Ferner wolle man erinnern, da zu **Befeſtigung der Stadt Wien**, als die, wie man höre, von dem Türken angegriffen werden wolle, nichts beſonders verwilligt ſey, den zu beſtellenden Pfennigmeiſter dahin zu befehligen, daß, wenn etwan von den eingehenden Hülfsgeldern zu dieſem Endzweck etwas gefordert werden würde, dieſer es dazu herzugeben hätte. Die übrigen Puncte betreffend, bliebe es bey der Stände Duplik; nur die **drey Provinzen** betreffend, hoffe der Erzh. es ſolle die Erklärung der Replik für hinlänglich gehalten, und alſo der Reichsabſchied dem von 1594. gemäß [a]) eingerichtet werden. Schließlich erſuche man ſie, Stände, da die Oſtern, und mithin die Zeit des Feldzugs, vor der Thür ſeyen, alles baldmöglichſt zu Ende zu bringen, damit der Reichstag beſchloſſen, und der Abſchied gefertigt werden könne.„

Hierüber gab es nun unter den Ständen Fürſtens-
allerhand Bewegungen. Einige beſorgten aus raths-
dieſer Triplik mancherley Nachtheil für die Teut- Ver-
ſche Freyheit, wenn man ihre Vorſchläge annäh- hand-
me. lungen.

a) N. Samml. der Reichsabſch. T. III. S. 423.

1598 me [b]). Doch kann ich hievon das nähere nicht
Fürſten-raths-Verh. angeben [c]). In der erſten Seſſion, von der ich
wieder ein Protocoll vor mir habe, wurde ein
$\frac{13}{23}$ Merz Schreiben der Reichsſtädte Nürnberg und Augſpurg, welche zu Legſtädten der Türkenhülfe waren vorgeſchlagen worden, verleſen, in welchem ſie ſich dieſes Amt zu verbitten ſuchten. Sodann votirte das Oeſterreichiſche Directorium in Betreff der Triplik überhaupt 1) wegen Abtheilung der verwilligten 60 Monate mit dem Kaiſer ſich zu vereinigen, desgleichen auch 2) wegen der Zieler. 3) Wegen der clauſulae remiſſionis wäre es mit den Churfürſten zu halten. 4) Die Pfenningmeiſterey betreffend, ſolle man die beiden Städte erſuchen, dieſelbe [d]) anzunehmen, welche ſich auch zweifelsohne dazu willig finden laſſen würden, wenn man ſie mit der weiteren Zumuthung (nemlich den Vorſchuß zu thun) verſchonte. Der K. könne auch einen Adjunct beſtellen, und ſolle der beſtellte Reichspfenningmeiſter mit dem Kaiſer gute Correſpondenz halten, auch demſelben eine Abſchrift ſeiner Inſtruction zuſtellen. Der Pfenningmeiſter müſſe auch die Gewalt haben, Geld zu entlehnen, um im Anfang die Vorlage zu haben, weshalben der K.

b) Die in dem Ind. Mſc. Act. Comit. Arch. Onold. T. LXXI. n. 36. angegebene eigene Relation der Brandenb. Geſandten desfalls an ihren Marggr. ſogleich von dem nemlichen Tage der Replik, nemlich den $\frac{8}{18}$ Merz. a. c.

c) Weil nemlich hier die Relationen der Sächſ. Geſ. in meinem Cod. Act. Comit. gänzlich fehlen, die Protocolle aber in den Act. Com. Wolf. erſt mit dem $\frac{13}{23}$ Merz wieder anheben.

d) Dieſes iſt hier undeutlich ausgedruckt. Denn die Städte ſollten nur als Legſtädte das Geld einſtweilen einnehmen. Uebrigens aber ſollte ein beſonderer Pfennigmeiſter beſtellt werden, wie aus den bisherigen Verhandlungen zu ſehen iſt.

K. mit den Ständen, der Obligation halber, han- 1598
deln würde. 5) Zu Commiſſarien möge man an- Fürſten-
dere, als Fürſtliche Perſonen, vorſchlagen. 6) Auf raths-Werh.
die frivolas exceptiones ſolle in Camera Acht ge-
geben werden [e]). 7) Die Münze belangend, ſolle man eine Interims-Valvation allhier auf dem Reichstag machen, auch im Abſchied desfalls Vorſehung thun. Auch ſolle der K. mit Burgund handeln, daß es ſich der Münz-Ordnung gemäß halten möge. Den Staaten aber ſey nicht eher zu ſchreiben, bis der Friede geſchloſſen. 8) Der Durchzüge und der Muſterung halber ſolle man ſich nicht dem K. entgegenſetzen. Wenn ja die Caution verlangter und erbotener Weiſe geſchehe, ſo ſey es einerley, ob die Mannſchaft rottenweiſe, oder anders, durchzöge. 9) Der außerordentlichen Hülfe wegen ſey es am beſten, da der Kaiſer ſich derſelben doch nicht wohl begeben könne, gar nichts in die Relation einzurücken. 10) Wegen des Nachzugs bliebe es bey der Fürſten vorigen Verwilligung. 11) Wegen Wien, und 12) wegen der drey Lande ad majora.

Bayern ad 1) ſtimmte, auf Pfingſten den erſten Termin zu ſetzen. 4) Den Pfenningmeiſter belangend, hoffe man, die zwey Städte würden ſich auf die von Oeſterreich beſagte Art brauchen laſſen. Außerdem könnte man noch Grafen oder auch Adeliche dazu vorſchlagen, wie 1542. ein Herr von Milchling, des T. Ordens, dazu gebraucht worden. Daß der Kaiſer einen beſondern Adjuncten dabey habe, ſey nicht rathſam, da vielerley Perſonen nur Ungelegenheit verurſachten. 5) Der Muſterung halber möge es bey des Kaiſers Willen bleiben. Zum Commiſſarius ſeyen neben

e) Muß offenbar heißen, nicht Acht gegeben werden.

1598 ben dem Johanniter⸗Meiſter auch andere vorzu⸗
Fürſten⸗ ſchlagen, z. B. der Gr. Carl Friedrich von Sulz,
raths⸗ oder der von Fronbergt, ſo als Leutenant gegen
Delib. die Türken gedienet. 7) In Münzſachen könnte man zur Interims⸗Valvation die Grundlage von dem Werth des Gelds in den Bayeriſch⸗ Fränkiſch⸗ und Schwäbiſchen Kreiſen nehmen. 11) Zum Bau der Veſtung zu Wien könne man wol die 3 Monate verwilligen. 12) Die den 3 Land⸗ſchaften bewilligte 2 Monate ſollten denſelben zwar von dem Pfenningmeiſter unmittelbar ausgezahlt, ſolches aber dem Reichs⸗Abſchied nicht einverleibt werden. Im übrigen halte es mit Oeſterreich. **Pfalz⸗Lautern** erklärte hierauf: der Churfürſt hätte ſich ſo hoher Kaiſerlicher Zumuthungen nicht verſehen, indem er ſchon nach Kräften verwilliget habe, wie er dann auch das neuerlich verwilligte nicht nur, ſondern auch das von 1594. rückſtän⸗dige eher, als er ſchuldig, erlegen wolle. Auf den ganzen Inhalt der Triplik könnten ſich die Ge⸗ſandten vor erhaltener Inſtruction nicht einlaſſen. Soviel aber bäten ſie inzwiſchen ad prot. zu neh⸗men, daß ſie ſchlechterdings bey der ehemals, ſon⸗derlich den 25. Febr. ſt. v. gethanen Erklärung zu bleiben Befehl hätten, womit ſie jedoch anderen Ständen, die wegen mehrerer Gefahr ihrer Län⸗der, oder beſſeren Finanz⸗Zuſtandes, ein weite⸗res verwilligen könnten und wollten, nicht vorzu⸗greifen, oder ſie abzuwenden gedächten. Man müſſe übrigens bey dergleichen Bewilligungen nicht nur darauf denken, wie viel man zu geben wünſch⸗te, ſondern wie viel man im Stande ſey, indem hernach, wenn man das Verſprochene nicht leiſten könne, das Uebel nur ärger ſey. Pfälziſcher Seite habe man weniger verſprochen, aber man wolle es deſto gewiſſer halten. **Salzburg** ſchlug ſich zu

Bayern.

Bayern. Pfalz-Zweybrück verwilligte nur 12 Monate. Pfalz-Neuburg und die Sächſiſchen Häuſer ſtimmten wie Bayern; nur daß ſie die nochmalige Fürbitte für die Proteſtanten in den Oeſterreichiſchen Landen in Anregung brachten. Würzburg, welches im übrigen Bayern beytrat, ſchlug den Herrn von Pollweiler zum Commiſſarius vor. Zur außerordentlichen Hülfe, meinte es, könnte man etwa diejenigen Kreiſe noch ziehen, die bisher nichts gegeben. Brandenburg in quantitate mit Pfalz-Lautern. Wegen der außerordentlichen Hülfe mit Würzburg, ſonſten mit Bayern. Zum Commiſſarius ſey der Teutſchmeiſter der beſte, deſſen Geſandte ihn aber, als einen 80jährigen Mann, auf der Stelle entſchuldigte. Coſtnitz wie Bayern. Zum Commiſſarius ſchlug es den Marſchall von Pappenheim, und einen von Schwendi vor. Der Marſchall entſchuldigte ſich gleich, ſagend, er ſey beſſer Geld zu verſchwenden, als Rechnung davon zu thun. Braunſchweig (oder vielmehr an deſſen Statt Pfalz-Lautern [f])) erklärte, es habe nicht Befehl, etwas weiteres zu willigen. Dem Pfenningmeiſter könne nicht erlaubt werden, Geld aufzunehmen, als welches eine Art von Abgabe gäbe. Lüneburg blieb auch bey den verwilligten 40 Monaten. Uebrigens mit den vorigen meiſten Stimmen. Mecklenburg ſtimmte auf 40 Monate, ſonſten wie die übrigen. Pommern-Wolgaſt ließ ſich

1598

Fürſtenraths-Delib.

f) Hierüber iſt eine beſondere kleine Inſtruction des (vermuthlich einer Nothwendigkeit halber nach Hauſe berufenen) Braunſchw. Geſandten, Jagemanns, an den Pfälziſchen Geſandten Schuch, der an ſeiner Statt votiren ſollte, vorhanden in den Act. Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 27 und 30. d. d. 7. Mart. e. a. Doch ſtehet Jagemann ſelbſt unter denen den R. A. unterſchreibenden Geſandten.

1598 mit dem Nachzug weit heraus, und wollte dabey den Abſchied von 1542. gebraucht wiſſen. Würtenberg erklärte ſich zu 60 Monaten, doch ohne Nachtheil anderer, die etwan nicht ſo viel gäben g). Eine außerordentliche Hülfe ſey nur im äußerſten Nothfall zu willigen, und desfalls im Reichsabſchied Vorſehung zu thun. Des Nachzugs halber bliebe man am beſten bey der Einrichtung von 1542. Der Religion halber wie Sachſen und Pfalz-Neuburg. Die Clauſula remiſſoria ſey nicht auszulaſſen. Heſſen erklärte ſich mit ſeinen drey Stimmen in quantitate wie Pfalz-Lautern, und proteſtirte gegen die majora. Die Clauſula remiſſoria ſey ja einzurücken. Zum Commiſſariat ſchlug es den Johanniter-Meiſter nochmals, ſodann Gr. Johann von Naſſau, den jüngern, vor. Der Durchzug ſey nur rottenweiſe nach dem Schluß von 1570. zu erlauben. Baden-Durlach hielt ſich in quantitate und wegen der Majorität mit Pfalz-Lautern, Anſpach und Heſſen. Die Clauſula remiſſoria müſſe in den Abſchied. Außerordentliche Hülfe h) und Nachzug ſeyen nicht zu bewilligen. Anhalt blieb auch bey 40 Monaten. Die Pfenningmeiſterey ſolle bey den Städten bleiben, doch die Bedingung des Vorſchuſſes, ſo in der Triplik vorkomme, ihnen nicht aufgedrungen werden. Zum Commiſſarius ſey der Johanniter-Meiſter der beſte. Zum Nachzug ſeyen Pfalz und Bayern, Sachſen und Bran-

Fürſtenraths-Delib.

den-

g) Der 60monatlichen Hülfe wegen ſind auch noch verſchiedene Schreiben und Reſcripte in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXXI. n. 41-45. 132. angegeben, imgl. T. LXXIII. n. 2.

h) Von dieſer iſt auch ein beſonderes Schreiben des Churf. v. d. Pfalz an den Marggr. von Brandenburg vorhanden, laut des Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXXI. n. 63.

denburg zu vermögen. Der außerordentlichen 1598
Hülfe halber ſolle in dem Abſchied beſtimmt wer- Fürſten-
den, daß ſie aufhöre. Der Johannitermeiſter raths-
wünſchte, daß letzteres nicht in den Abſchied ge- Delib.
ſetzt würde, damit der Türk es nicht erfahre. Hirſchfeld wie Heſſen; zeigte dabey wegen Aichſtett, Augſpurg und Ellwangen an, da es in quantitate keinen allgemeinen Schluß gebe, und ſo viele Stände gegen die majora proteſtirten, ſo wollten ſich dieſe drey Stifter auch ihr Recht desfalls vorbehalten haben.

In der folgenden Sitzung wurde der Auf- 14. Merz
ſatz zur Quadruplik aus der letzten Berathſchlagung verleſen, auch wegen deſſelben und zugleich wegen deſſen umgefragt, was man des Erbmarſchalls und der Stadt Dienern zur Verehrung geben ſollte? Mit dem Aufſatz waren im Ganzen alle zufrieden, und für letzteres wurde von jeder Stimme wegen 4 fl. beſtimmet. Hernach gab Pfalz-Lautern an, aus ſonderbarem Befehl müſſe es nochmals anzeigen: Sie, die Geſandten hätten nun alle oft genug gehört, wieviel Pfalz beytragen wolle, und auf welche Art. Dabey laſſe man es nun bewenden, ohne ſich auf etwas weiter, weder zum Vor- noch Nachzug zu erbieten. Es möge nun alſo fernerhin, durch weiteres Votiren der übrigen Stände etwas anderes ausgemacht, auch in den Reichs-Abſchied geſetzt, und ſolches mit fiſcaliſchen Proceſſen eingetrieben werden, ſo wollten ſie, die Geſandten, in ihres Herrn Namen, gegen alles dieſes beſtens ſich verwahret haben, dannenhero ſie das Directorium bäten, es ad protocollum zu nehmen, ihnen aber einen Auszug desfalls mitzutheilen. Gleicherweiſe proteſtirten Zweybrück, Anſpach, Braunſchweig, Lauenburg, Baden-Durlach, alle Heſſiſche

1598 Häuſer, Hirſchfeld und Anhalt: wobey ſich
Fürſten-raths Delib. dann auch Aichſtett, Augſpurg und Ellwangen, wie in der letzten Sitzung, ihr Recht vorbehielten. Würtemberg proteſtirte nochmals gegen den Nachzug; Pommern aber bewilligte denſelben auf 1 Jahr, doch ſo, daß den Kreiſen das Directorium bliebe, und an jetzigem Beytrag ebenfalls nur 40 Monate. Der nun nach dieſem allem
$\frac{15}{25}$ Merz verfaßte Aufſatz der Quadruplik wurde in pleno referirt und daſelbſt mit den Churfürſten die Uebereinkunft zuerſt getroffen. Sodann erklärten die Städte, ſie wollten in quantitate ſo viel als ihnen möglich erlegen, und baten, dieſe bedingte Erklärung, wo nicht in den Reichs-Abſchied, doch in das Protocoll zu ſetzen. Zugleich proteſtirten die zwey obbenannten Städte auch hier noch wegen der Pfenningmeiſterey, wie ſolches auch zugleich in beſondern Schreiben geſchahe [i]).

$\frac{15}{25}$ Merz Der Stände Quadruplik. Hierauf wurde noch den nemlichen Tag der Stände letzte Antwort oder Quadruplik [k]) dem Erzh. übergeben, davon der Inhalt kürzlich folgender iſt. Die Türkenhülfe belangend, bleibe es bey dem in der K. Triplik verlangten dergeſtalt, daß im erſten oder laufenden Jahr 25 Römerm., im zweyten oder 1599. zwanzig dergl., und 1600. noch

i) Dergleichen befindet ſich eines im Brandenburgiſchen Archiv, laut des Ind. Mſc. Arch. Onold. Tom. LXXI. n. 64. de acto Regenſp. $\frac{16}{26}$ Merz. Sodann ein anderes, ſub tit. Erklärung und Bitte der abgeordneten beiden Legſtädte Augsburg und Nürnberg, wegen Einnahm und Verwaltung der Reichshülfe bey dieſen beiden Städten, de acto $\frac{18}{28}$ Merz, T. LXXI. n. 94. Dahin gehören auch die vier Schreiben, die ebendaſelbſt ſub num. 105-108. vorkommen.

k) Cod. Act. Comit. Senkenb. n. 50. Acta Comit. Mſc. Wolfenb. faſc. III. n. 13. Index Mſc. Arch. Onold. Vol. LXXI. n. 72.

noch die letzten 15. entrichtet werden ſollten. Nur 1598
möge es der K. nicht übelnehmen, wenn etwan ein Der
und anderer Orten der ſchon ſo nahe Georgi⸗Ter⸗ Stände
min, wegen der von 1594. noch reſtirenden Ver⸗ Qua⸗
willigungsgelder, nicht gleich eingehalten werden druplik.
könnte. Die Beſtellung des Pfenningmeiſters
und Kriegs⸗Commiſſärs betreffend, ſo wolle
man, was in der Triplik wegen Beygebung eines
Kaiſerlichen Adjuncts vorbehalten worden, gerne
zulaſſen. Daß aber die beiden Legſtädte, Nürn⸗
berg und Augſpurg, angehalten werden ſollten,
allenfalls Vorſchüſſe auf die Einnahme zu thun,
ſey nicht wohl thunlich. Der Johanniter⸗Mei⸗
ſter ſey übrigens zu dem erwehnten Amte der beſte,
und hoffe man, der K. werde zugeben, daß man
ihm den Antrag desfalls thue, ſodann eine Depu⸗
tation niederſetze, die ihm eine Inſtruction ent⸗
werfe. Sollte aber derſelbe dieſes Amt nicht an⸗
nehmen wollen, alsdann möge der K. eine ſchick⸗
liche Perſon dazu vorſchlagen. Das Münz⸗
weſen anbelangend, laſſe man es bey der Kaiſer⸗
lichen Erklärung, nur könne man nicht wohl jetzo
auf dem Reichstage auf eine Uebereinkunft wegen
des Fußes, in welchem die Hülfsgelder zu bezah⸗
len, denken. Den Nachzug betreffend, ließe
man es am beſten bey der Verordnung von 1542,
und wolle dabey, dem K. zu Gefallen, die beiden
von ihm benannten Stände zur Unterſuchung,
wann dieſer Nachzug vonnöthen ſey, beſtellen. Zu
der Befeſtigung von Wien aber könne nicht wohl
von den blos zu Anſchaffung eines tüchtigen Kriegs⸗
volks verwilligten Geldern etwas abgegeben wer⸗
den. Der drey Landſchaften wegen ſey billig,
daß ihnen, von dem ſo ſehr erhöheten Verwilli⸗
gungsgelde, die gleich anfangs zugedachte zwey
Römermonate zu gute kämen, und von dem

1598 Reichs-Pfenningmeiſter, oder den beiden Legſtädten ausgezahlt würden, daher man dann hoffe, daß der K. nichts weiter dagegen haben werde. In den übrigen Stücken ſey nichts mehr zu erinnern ꝛc.

Fürſtens rathss Handl. Indem man auf dieſe Quadruplik die letzte Kaiſerliche Erklärung erwartete, fuhr man inzwiſchen mit den Seſſionen der Stände, anderer Vorfälle halber, fort. So wurde gleich den folgenden Tag im Fürſtenrath eine Supplication verleſen, darin die zwey Städte ſich die Pfenningmeiſterey feierlichſt verbaten. Auf dieſes verglich man ſich einer Deputation, (nemlich, von den Churfürſten Maynz und Pfalz, von den Fürſten Oeſterreich, Bayern, Salzburg und Pfalz-Lautern, ſodann von den Städten Regensburg und Lübeck,) um mit den gedachten beiden Städten zu handlen, wie auch in der Churfürſtlichen Rathſtube geſchehen, wobey die Deputirten der zwey Städte erklärten, daß ſie die Sache nochmals nach Hauſe berichten und beſtmöglichſt unterſtützen, ſodann Antwort bringen wollten [l]. Die nächſte Sitzung ging mit einigen Supplicationen [m]) und deren Abfertigung hin, und den folgenden Tag wurden die in dieſen Sachen gemachte, von Maynz ſchriftlich verfaßte Schlüſſe, inglei-chen die Kaiſerliche Schluß-Erklärung [n]) in pleniſſimo vorgeleſen. In letzterer giebt der Erzherzog ſeine Zufriedenheit mit dem bisher geäuſſert- und verwilligten zu erkennen, wobey ſodann noch

(Margin: $\frac{16}{26}$ Merz; $\frac{17}{27}$ Merz; $\frac{18}{28}$ Merz)

l) Alles dieſes bemerkt das Protocoll in Actis Com. Arch. Wolfenb. faſc. IV. n. 1.

m) Von welchem allem weiter unten beſonders gehandelt, und aus dieſem Protocoll dabey das Nöthige ausgezogen werden ſoll.

n) Cod. Act. Comit. Senkenb. n. 51. Act. Comit. Archiv. Wolf. faſc. III. n. 14. Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXXI. n. 77. Sie iſt vom $\frac{17}{27}$ Merz.

noch angehängt iſt, die Zeit zur Nachzahlung des 1598
erſten Ziels möchte doch auf ein gewiſſes, höchſtens Fürſten-
zwey oder drey Wochen nach Georgi, geſetzt wer- raths-
den. 2) Wäre der K. der Inſtruction des Pfen- Handl.
ningmeiſters gewärtig. 3) Wünſchte er, daß die Stelle im Reichsabſchied, da von Bezahlung der Türkenhülfe in guten gangbaren groben Sorten geſagt werden ſolle, gefaßt werden möge; daß ſie ſonderlich am Rheinſtrom nicht dem höchſten Gang oder Werth nach erlegt werde. 4) Die **Durchzüge und Muſterplätze** belangend, wolle ſich der Kaiſer nach der Reichsſtände Verlangen richten. 5) Da wegen des **Nachzugs** ein Ausſchuß aus den fünf Kreiſen beſtellt werden ſolle, ſo wünſche der K., daß, wo möglich, noch hier die Beſtimmung, wer dabey ſeyn ſolle, gemacht werde, ſodann wegen baldigſter Zuſammenkunft deſſelben an einem bequemen Orte in dem Reichsabſchied Vorſehung geſchehen möge. Womit er dann die Aufſetzung des Reichsabſchieds forderſamſt erwarte.

Tags darauf kam die eben genannte **Schluß-** 20/30 Merz
Erklärung in Umfrage. **Oeſterreich**, als Director, ſtimmte ad 1) das Ziel der erſten Lieferung auf 4 Wochen nach Georgi zu ſetzen. ad 2) Der Mainziſchen Canzley, die Fertigung der Pfennigmeiſters-Inſtruction aufzutragen, damit man ſie verleſen und dem Kaiſer mittheilen könne. ad 3) Seyen die Stände, ſonderlich der Rheiniſchen Kreiſe, zu ermahnen, die Münze nicht zu hoch anzurechnen; doch ſo, daß nichts davon in den Abſchied komme. ad 4) Könne man es dabey bewenden laſſen. ad 5) Der Ausſchußtag könne etwan zu Nürnberg gehalten werden, und die hier befindlichen Geſandten der dorten zuſammen zu kommen habenden Kreiſe, ſich hier einſtweilen wegen

1598 Fürſtenraths-Handl. gen der Perſonen des Ausſchuſſes unterreden. Bayern wie Oeſterreich, doch ad 5) müßten wol Kreistäge vorausgehen, indem man ſich hier über die Stände des Ausſchuſſes ſchwerlich werde vereinigen können. Die drey **Pfälziſchen Stimmen**, Lautern, Simmern und Zweybrück, gingen, mit Wiederholung ihrer Proteſtationen, dahin, daß ſie der Münze halber gewiß ſich unverweislich erzeigen, und keinen neuen Aufſchlag machen wollten. Uebrigens hätten ſie nichts dagegen, daß die Erinnerung in den Abſchied geſetzt werde. **Pfalz-Neuburg**, ſamt **Sachſen**, **Würzburg**, **Brandenburg**, **Aichſtett**, wie Oeſterreich, und könne man auf den 1. Juni zuſammenkommen. **Braunſchweig-Wolfenbüttel** und **Sachſen-Lauenburg** wiederholten ihre Proteſtationen. **Lüneburg** ſchlug zur Zuſammenkunft Eger vor. **Pommern**: ad 1) wäre Pfingſten ſtilo vet. zum Termin zu nehmen, ad 5) wie Neuburg. **Mez**: In Lothringen habe man faſt nur Gold-Sorten, und dieſe in ſehr hohem Werth, daher man ſich ſeinerſeits nach andern Landen nicht richten könne. Des **Johanniter-Meiſters** Geſandter erklärte ſich, da ſein Herr dem Vernehmen nach geſtorben ſeyn ſolle, auf Ratification wie Oeſterreich. **Hirſchfeld**: Es gebe zu bedenken, wie es im Reich gehen würde, wann man von einem Nachzug hörte, und ob es nicht den Vorzug hindern würde. **Pfalz-Lautern**: mit Recht ſey erinnert worden, wohl zuzuſehen, daß der Vorzug durch den Nachzug nicht verdorben werde, deſſen großen Nutzen es ohnehin nicht einſehen könne. Sodann wurde die Erklärungs-Schrift der Stadt Augſpurg verleſen, welche das Pfennigmeiſter-Amt von ſich ablehnte, und da von **Nürnberg** auch nichts anders zu erwarten war, ſo ſchloß man

man nach gehaltener Umfrage durch die meiſten 1598
Stimmen mit Oeſterreich und Bayern, daß Fürſten-rath-Handl.
man dem K. heimſtellen ſolle, taugliche Perſonen aus dem Reich vorzuſchlagen, welche auf die zu entwerfende Inſtruction verpflichtet werden könnten. Ob nun wol die Pfälziſchen Häuſer, Braunſchweig, Sachſen-Lauenburg und Anhalt anderer Meinung waren, und Nürnbergs Antwort erſt abwarten wollten, ſo fielen doch zuletzt die Churfürſten, auf die ſich letztere ſelbſt berufen hatten, den meiſten Stimmen bey. Ferner wurde eine Supplication des Weſtfäl. Kreiſes verleſen, darin derſelbe ſich über die General-Staaten beklagt, daß dieſe auf den 12. Merz zu Nieder-Weſel eine Zuſammenkunft halten, und dahin auch Jülichiſche Geſandte berufen wollten, um von Abſtellung aller Streifereyen diſſeit des Rheins zu handeln. Oeſterreich wollte desfalls alles auf den Frieden verſchoben wiſſen. Bayern meinte, es wäre eine große Vermeſſenheit von Seiten der Staaten, die der Kaiſer zu ahnden habe. Die Staaten ſuchten nur Burgund dadurch verhaßt zu machen, und als einen Reichs-Feind vorzuſtellen. Burgund beſchwerte ſich höchlich über dieſe Vorſtellung. Die Pfälziſchen Häuſer meinten, es ſey dem K. heimzuſtellen. Uebrigens wolle man nicht hoffen, daß Burgund ſich feindlich gegen das Reich bezeigen werde, und müſſe man ſuchen unter ſich ja einig zu bleiben. Die Heſſiſchen Häuſer hielten nicht dafür, daß der K. desfalls an die Staaten ſchriebe, dann man durch leere Schreiben nur Schimpf einlege. Doch ſey es dem K. zu überlaſſen. Ehemals, da man Jülich helfen wollen, daß es von beiden kriegenden Theilen Ruhe hätte, hätte es erklärt, keine Hülfe zu verlangen; es möchte alſo nun auch ein

wenig

1598 wenig leiden [o])! Endlich kam es zum Schluß, daß das Reich dieſes Beginnen der Staaten ahnden, auch bey den Friedens-Handlungen deſſelben eingedenk ſeyn ſolle; Jülich aber ſey zu ermahnen, hinfort wie bishero in der Neutralität zu verharren. Den nemlichen Tag Nachmittags wurde auch in pleno der Chur- und Fürſten der Antwort halber an den Kaiſer re- und correferirt, und ein Schluß gefaßt, imgleichen auch wegen einiger Supplicationen. Tags darauf geſchahe auch die Correlation mit den Städten, welche ſich in allem den beiden andern Collegien fugten, wiederholten dabey ihre Proteſtation ratione quantitatis, und begehrten ſie in das Protocoll geſetzt zu wiſſen.

Fürſten-raths-Handl.

$\frac{21}{31}$ Mertz.

Letzte Antw. der Stände.

Solchergeſtalt kam endlich die letzte Antwort der Stände, oder die Sextuplik, zu Stande, welche den Tag hernach dem Erzherzog übergeben wurde [p]). In derſelben heißt es; „ad 1) wolle man dem K. zu Ehren einen gewiſſen Termin der Erlegung des erſten Ziels bis ſechs Wochen nach Georgi feſtſetzen. ad 2) Uebergebe man dem K. hiebey die für den **Muſter-Commiſſar** wie auch **Pfenningmeiſter** entworfene **Inſtructionen**, worauf beide zu verpflichten ſeyen [q]). Die Subjecte dazu betreffend, ſo habe man zwar auf unterſchiedene Stände Rückſicht genommen gehabt; da ſich aber dieſelbe entſchuldiget, man auch weiter um andere Perſonen desfalls nicht eins werden können, ſo wolle man dem K. heimſtellen, dazu taugliche, im Reich geſeſſene Männer zu erſehen.

$\frac{22\ \text{Mrz.}}{1\ \text{Apr.}}$

Wann

o) Worauf ſich dieſes beziehe, iſt mir unbekandt.

p) S. Acta Comitialia Mſc. Arch. Wolf. faſc. III. n. 15. Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXXI. n. 109.

q) Dieſe Inſtructionen ſind auch in dem vortrefflichen Anſpachiſchen Archiv noch vorhanden, laut Ind. Mſc. Arch. On. T. LXV. n. 13. 14.

Wann dieſes geſchehen, ſo bäte man denſelben, 1598
mit Zuziehung zweyer Reichsfürſten beider Reli- Letzte
gionen, einer gewiſſen Beſtallung halber, und was Antw.
jedem für Perſonen etwa zu adjungiren wären, ſich der
zu vergleichen. Sodann ſollten dieſe alle dem K. Stände.
und dem Reich vorgeſchriebener maßen ſchwören, und über dis alles doppelte Reverſe ausſtellen, davon einer dem K. verbleiben, der andere aber der Chur-Mannziſchen Canzley eingehändigt werden ſollte. ad 3) Solle wegen der Münzen, daß dieſe nicht in zu hohem Werth dem K. geliefert würden, die nöthige Vorſehung geſchehen, aber nicht in dem Abſchied, ſondern in des Pfenningmeiſters Inſtruction. ad 4) Nehme man, des Durchzugs und der Muſterung halber, das Kaiſerliche Anerbieten an, jedoch nach der in der Reichsſtände Schriften erklärten Weiſe. ad 5) habe der Ausſchuß noch nicht benannt werden können. Indeſſen werde man beſorgt ſeyn, daß die Zuſammenkunft deſſelben etwa zu Eger auf den 1. Juni geſchehe, obwol die Geſandten hierauf gar nicht inſtruirt ſeyen.,,

Und ſo viel von den erſten und wichtigſten Puncten der Kaiſerlichen Propoſition! Oben angeführtermaßen aber waren, außer dieſen Gegenſtänden, noch viele andere Puncte in dem Vortrag des Erzh. enthalten, auf welche die Stände allezeit beſonders geantwortet, und die demnach wechſelsweiſe, bis zum völligen Schluß, immer in eigenen Erklärungen abgehandelt worden. Von dieſen alſo iſt nunmehr zu reden. Es übergaben $\frac{8}{18}$ Febr.
nemlich die Stände dem Erzh. eine Schrift [r]), in

r) Cod. Mſc. Act. Comit. Senkenb. n. 40. Acta Comit. Arch. Wolf. faſc. III. n. 7. S. auch die Relation der Sächſ. Geſ. in meinem gedachten Codice, n. 39. d. d. 9. Febr. e. a.

1598 in welcher ſie anführten: Sie hätten nicht unterlaſſen, nach letzthin eingerichtetem Bedenken über den Punct der Türkenhülfe, auch die übrigen Puncte des K. Vortrags zu überlegen, und wollten hierüber ihre Antwort beſonders ertheilen. Zuerſt nun die Reuter- und Knecht-Beſtallung, die der K. gemindert zu wiſſen wünſchte, betreffend, ſo würde dem K. erinnerlich ſeyn, was derſelbe bereits auf dem letzten Reichstage [s]) deshalben begehret, und was darüber gehandelt worden. Da nun die Bedenklichkeiten, um welcher willen man damals in dem, was 1570. dieſer Sache halber verordnet, etwas zu ändern Anſtand genommen, noch immer fortdauerten, ja für jetzo am wenigſten angemeſſen ſey, von Minderung der Beſtallung zu reden, jetzt aber die Zeit der Werbung ſey, wo ſich ſonſt wenige würden anwerben laſſen, wenn ihre Beſtallung geſchmälert werden ſollte, die ihnen ohnehin immer zu gering geweſen, und daher eben 1570. erhöhet werden müſſen: ſo glaubten ſie, werde es wol am beſten ſeyn, dieſen Artikel bis auf friedlichere Zeiten beruhen zu laſſen. Doch ſtellten ſie dem K. heim, da er die Direction des ganzen Kriegsweſens allein habe, mit den Officieren desfalls gütlich zu handlen [t]). Zweytens, die ſtrittigen Seſſions-Sachen belangend, danke man für das K. Anerbieten, und bitte in Gefolg deſſen, da in dem Fürſtenrath mehrere Irrungen deshalben ſeyen, die der geliebten Eintracht widerſtünden, und gefährlich ausſähen, ſonderlich der Meck-

Erklärung der Stände über die Reuter-Beſtallung u. ſ. w.

s) N. T. Reichsgeſch. XVIII. B. S. 239. 258. 272. und ſonderlich 284. u. ſ. w.

t) Dieſer Reuter-Beſtallung halber ſ. die Rel. der Brandenb. Geſandten, in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXX. n. 48-50. d. d. 10. Febr. mit Beyl.

Mecklenburgiſchen Seſſion halber u), wenigſtens 1598
die ſchon genugſam in complirten Acten erledigten Erklä-
baldigſt entſcheiden zu wollen. Drittens, den zu rung der Stände
haltenden oder vielmehr fortzuſetzenden Deputa- 2c.
tionstag zu Speyer ſähen die Stände als etwas
ſehr nützliches an, wünſchten auch und hofften,
daß der K., ſo viel an ihm ſey, befördern möge,
daß die dahin verwieſene Sachen, ſonderlich we-
gen des Juſtizweſens, daſelbſt auch zu Ende ge-
bracht würden. Insbeſondere bitte man ihn, da-
hin bedacht zu ſeyn, daß wenigſtens jetzo beim
Reichstag noch ausgemacht werde, wann man
zu dieſer Deputation, ohne weiteres Ausſchreiben,
zuſammenkommen ſolle. Insbeſondere ſeyen auch
alsdann die bey der letzten Viſitation des Reichs-
kammergerichts 1595. wegen allerhand vorgefun-
dener Gebrechen gemachte, aber noch nicht in for-
mam ſanctionis gebrachte, Verordnungen, in ein
ordentliches Geſetz zu bringen, wobey dann auch
die eingefallene Reviſionen ihre Erledigung bekom-
men könnten. Ueberhaupt aber wäre es gut, bey
ſolchem Deputationstag darauf Rückſicht zu neh-
men, daß die ganze, durch ſo viele neue Verord-
nungen erläutert- und geänderte Kammergerichts-
Ordnung in eine neue Geſtalt umgegoſſen werde.
u. ſ. w.

Hierauf erfolgte die hier im Auszug beyge- 3) Merk
brachte Kaiſerliche Erklärung oder Replik x): Kaiſerl. Replik
Erſtlich die Reuterbeſtallung anlangend, ſo ha- über die Reuter-
be man Kaiſerlicherſeits, nicht eigentlich auf Ab- beſtallung
ände- u. ſ. w.

u) Von des Hauſes Mecklenburg Vorſitz-Streit mit verſchiedenen Häuſern, ſonderlich Würtemberg, hat eine weitläuftige Nachricht *Limnaeus* jur. publ. L. V. C. XII. p. 896. ſeq.

x) Cod. Mſc. Act Comit. Senkenb. n. 44. Act. Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 9.

1598 änderung desjenigen, was 1570. verordnet wor-
Kaiſerl. Revlik ꝛc. den, ſondern auf die Mäßigung der ſeitdem durch Misbrauch noch weit höher geſtiegenen Reuter- und Knecht-Beſtallung ſein Abſehen gehabt. Da aber die Stände bedenklich fänden, jetzo desfalls etwas vorzunehmen, hingegen Ihm, dem K. überlaſſen hätten, was er desfalls mit den Officieren gütlich ausmachen könnte, ſo wolle Er, mit Zuziehung etlicher erfahrener Kriegsoberſten, eine Beſtallung, dabey Reuter und Knecht wohl beſtehen könnten, entwerfen, auf die Bank-Bezahlung richten, und jedes Kreiſes ausſchreibenden Fürſten in Abſchrift zuſtellen laſſen. Zu dem Ende bitte man die Stände, überall befehlen zu wollen, daß Officiere und Gemeine nach derſelben Beſtallung zu dienen hätten, auch wenn ſie, die Stände, ſelbſt würben, die Neugeworbenen alle darnach annehmen zu laſſen; wesfalls dann auch in den Reichsabſchied zu ſetzen wäre, daß kein Herr mehr zu geben ſchuldig ſey; wobey dann auch das Verbot aller fremden Werbungen, es ſey auch für wen es immer wolle, in dem Reichsabſchied zu wiederholen wäre. Den Deputationstag betreffend, ſo hielte der Kaiſer für den beſten Termin den auch im Jahr 1594. beſtimmten Tag, $\frac{3}{13}$ Juli, gegen welchen ſich die ſämtlichen Geſandten, ohne weiteres Ausſchreiben, dahin begeben möchten. Hiebey möchten die Stände dann bedacht ſeyn, rechte tüchtige und gelehrte Männer dahin zu ſenden, die genugſam inſtruirt und bevollmächtigt wären, die dubia Cameralia, die wieder aufs neue vorgekommen, zu erledigen, auf Rath gegen die vielen neuerlich eingeriſſenen Vergewaltigungen der Stände unter einander zu denken, um alles, was ſie beſchloſſen, als von Reichswegen, in einen Deputations-Abſchied zu bringen. Ueberhaupt

ſey gut, wenn die ganze Kammergerichts-Viſitation außerordentlich daſelbſt mit fortgeſetzt, und die vielen ſchon bey dem Kammergericht angebrachten Reviſionsklagen beendiget würden, worunter auch die, ſo neuerlich während der Deputation etwa angebracht würden, mit zu verſtehen, und dieſe in dem Reichsabſchied mit zu benennen wären. Daß die Kammergerichtsordnung durchgeſehen, und aus derſelben, ſamt den ſeithero gemachten vielen Verbeſſerungen und Aenderungen eine neue durch die Deputation verfaßt, ſodann Kaiſer und Reich zur Beſtätigung vorgelegt würde, wäre auch ſehr zu wünſchen. Endlich wiederhole der K. ſein Anerbieten wegen Entſcheidung der ſtrittigen Seſſion-Sachen. 1598 Kaiſerl. Replik ꝛc.

Auf dieſe Replik erfolgte bald auch die Duplik y) nachſtehenden Inhalts: das vom K. wegen der Reuterbeſtallung vorgeſchlagene hielten die Stände für ganz zweckdienlich, zumal wenn dabey für eine recht beſtimmte billige Proviant- und Tax-Ordnung geſorgt würde. Nur desfalls auch in den R. A. etwas einfließen zu laſſen, hielten ſie nicht für rathſam, weil man doch nicht vorauswiſſen könnte, wie dieſe zu machende Beſtallung eigentlich ausfallen werde z). Man zweifle aber nicht, daß, wenn der K. verſprochenermaßen eine Abſchrift davon an die Kreiſe ſchicken werde, ſie auch ſolche ſich gerne, wenn es immer thunlich, gefal- 8/18 Merz Duplik der Stände, wegen der Reuterbeſtallung u. ſ. w.

y) Cod. Mſc. Act. Com. Senkenb. n. 48. Act. Com. Mſc. Arch. Wolf. faſc. III. n. 11. Ind. Mſc. Arch. Onold. LXXI. 79.

z) Die dieſer Beſtallung und ſonſt einiger Puncte halber an den Marggr. von Brandenburg erſtattete Relation d. d. 7. April ſ. in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXIV. n. 8.

1598 gefallen laſſen würden; wobey ſie dann auch die Proviant-Fuhren möglichſt befördern, und dieſelben zoll- und mautfrey paſſiren laſſen wollten. Die fremden Werbungen betreffend, wollten ſämtliche Stände in ihren Landen die nöthigen Verfügungen, daß daſelbſt keine geduldet würden, von Stund an machen, alſo daß desfalls in den R. A. etwas zu bringen nicht nothwendig ſeyn werde. Den Deputationstag belangend, würde wol der vom K. vorgeſchlagene Termin dismal zu kurz ſeyn, um bis dahin alle Geſandte, zumal wegen der vielen Juſtiz-Gebrechen, gehörig zu inſtruiren. Sie wollten dannenhero, um deſto ſicherer alles, ſowol die Auswahl der Räthe, als ihre Inſtruction betreffend, recht wohl überlegen zu können, vorſchlagen, erſt im folgenden Jahr auf den 1. Febr. zu Speyer zuſammenzukommen. Die dabey vom K. vorgeſchlagene Erledigung der Reviſionen vorzunehmen, werde der ganzen Juſtiz ſehr heilſam ſeyn. Der Art dieſer Erledigung wegen bliebe es zwar im Ganzen wol am beſten bey der Kammergerichts-Ordnung a): doch würde gut ſeyn, auch dieſes zu verfügen, daß, wenn gleich ein oder anderer Deputationsſtand außenbliebe und keinen Geſandten ſchickte, oder doch derſelbe wieder wegreiſen müßte, ehe was geſchloſſen, die übrigen Geſandten dennoch die Reviſionen vornehmen und beendigen ſollten und könnten, der gefliſſentlich außenbleibende Stand aber in eine Strafe von 1000 Rthlr. verfallen ſey. Auch werde nöthig ſeyn, daß, von Kammergerichts wegen b), denen bey Verfertigung der durch die Reviſion angefochtenen Urtheile geweſenen,

Duplik der Stände ꝛc.

aber

a) III. Th. 53. Tit.

b) In Gefolg der Kammergerichts-Ordnung, III. Th. Tit. 53. §. 4.

aber nicht mehr zu Speyer gegenwärtigen Bey- 1598
ſitzern, die Einrückung der Deputation angedeutet Duplik
werde, um ſich dahin begeben zu können; denen der Stände
aber, ſo die Reviſion geſucht, ſey der Anſatz des ꝛc.
Deputationstags im Reichsabſchied bekandt zu machen. Auch ſtelle man dem K. heim, dem Kammergericht aufzugeben, daß zum Behuf der künftigen neuen K. G. Ordnung einſtweilen die nach 1555. in Kammergerichtlichen Sachen gemachte Verordnungen in einen Auszug gebracht und der Chur-Mannziſchen Canzley eingeliefert würden, um ſie ſodann weiter an Kaiſer und Reich zu befördern, u. ſ. w.„ c).

Auf jetztgemeldete Duplik, da in ſolcher nichts 5 Merz
den Kaiſerlichen Wünſchen entgegenſtehendes ſich Annahms-
befand, erfolgte ein ſehr gnädiges Annahms-De- Decret dieſer
cret des Erzh. im Namen des Kaiſers d), womit Duplik.
dann auch dieſes alles ſeine Erledigung erhielt.

In Gemäßheit nun aller der bisher beſchrie- Reichs-abſchied.
benen Verhandlungen wurde endlich der Reichs-
abſchied e) verfaßt und am Montag nach Miſeri- 6. Apr.
cordias unterſchrieben. In demſelben ſagt der Kaiſer zuerſt weitläufig die Urſachen, die ihn zu dieſem Reichstag bewogen. Sodann folgt im §. 8., daß man dem Kaiſer zur Türkenhülfe 60 Römermonate, und zwar 25. für das Jahr 1598., ſodann 20. für das Jahr 1599., und noch 15.

c) Das Kammergericht betreffend, bemerke ich hier gelegentlich, daß in dem Ind. Mſc. Arch. On T. LXIX. n. 39. ein Beſchwerungsſchreiben deſſelben wegen der Beſoldungen, d. d. 13. Jan. e. a. und T. LXXIII. n. 31. ein unvollſtändiger Aufſatz, wegen ſeiner Gebrechen, ſich befinde.

d) Acta Comit. Mſc. Arch. Wolf. faſc. III. n. 16.

e) N. Samml. der R. Abſch. III. Th. S. 452. u. f. und in einem ziemlich vollſtändigen Auszuge bey Khevenhüller T. V. S. 1913. u. f.

1598 für 1600. bewilligt habe [f]), an guter grober Reichsmünze, in den gewöhnlichen Legſtädten, allemal auf Georgi, Jacobi und Michaeli zu erlegen [g]). §. 9. heißt es weiter: Die Direction des Kriegsweſens verbleibe lediglich dem Kaiſer, der von ſolchem verwilligten Geld die davon zu unterhalten mögliche Mannſchaft anwerben, und gegen den Türken führen ſolle. Zu dieſer Geldhülfe ſolle, nach §. 10., ein beſonderer Reichs-Muſter-Commiſſarius und Pfenningmeiſter beſtellt werden, davon der K. die Inſtructionen geſehen und gebilligt habe, und ſo bald ſich die Perſonen dazu gefunden, mit ihnen, ſamt Zuziehung zweyer Fürſten aus beiden Religionen, um eine anſtändige Beſtallung eins zu werden ſuchen, ſodann ſie in ſeine und des Reichs Pflichten nehmen. Von dieſer Hülfe, heißt es §. 11., ſolle niemand ausgenommen ſeyn, doch laut §. 12. die Armen ſo viel möglich damit verſchont bleiben. Hingegen hätten, nach §. 13., Dom-Capitel, vermögliche Spitäler, und alle ſonſt ausgenommene Perſonen und Geſellſchaften daran zu tragen, und ſollen, wie §. 14. verordnet wird, die Widerſpenſtigen in poenam dupli verfallen ſeyn, auch (§. 15.) das Kammergericht mit Strafbefehlen, gegen

Reichs-Abſchied.

f) Die hier zu leſende Zahlen ſtehen weder in der N. Samml. der R. Abſch. (außer der Zahl 60, die in den corrigendis S. 13. ſich findet) noch bey Khevenhüller. Daß übrigens dieſe Verwilligung zuſammen 4,652,560 Gulden betragen, ohne noch die von der letzten Verwilligung rückſtändige 2,326,780 Gulden, giebt Hr. Hofr. Schmidt an, Geſchichte der Teutſchen, VIII. B. S. 118.

g) Ein Project, wie der Braunſchw. Geſandte Jagemann den R. A. der Contribution halber geändert haben wollte, findet ſich in den Actis Mſc. Arch. Wolf. faſc. IV. n. 4. Allein es iſt keine ſeiner Verbeſſerungen in den R. A. aufgenommen worden.

gegen die ſäumigen Unterthanen, den Herren bey- 1598
ſtehen. Hingegen ſollen, laut §. 16. 17. 18., die Reichs-
ſäumigen Stände in die Strafe der Acht [b]) ge- abſchied.
fallen ſeyn, auf welche bey dem Kammergericht gegen ſie gehandelt werden ſolle, welche aber nach Gelegenheit in eine anſehnliche Geldſtrafe verwandelt werden könne. Zu dieſem Behuf ſollen, laut §. 19., die Legſtädte ein Verzeichniß machen, was auf jeden Termin bey jeder eingegangen, und dem Fiſcal überſchicken, damit ſich dieſer, wegen der Klage, darnach richten könne. Ferner ſollen, nach §. 20., die eximirten Reichsſtände durch die, ſo ſie eximirt, bey dieſer Geldhülfe vertreten werden, und nach §. 21. die jetzigen Innhaber ehemaliger unmittelbarer Güter, der ehemaligen Reichs-Anlage gemäß, auch dieſe Steuer bezahlen. Von Einem Landesſtück aber ſolle, laut §. 22., in keinem Fall dieſe Steuer doppelt bezahlt werden. Gegen die Reſtanten ſolle, nach §. 23. 24. und 25., der fiſcaliſche Achtsproceß beym Kammergericht erregt, und ſchleunig beendigt werden. Laut §. 26. ſoll der Pabſt und alle chriſtliche Potentaten ebenfalls um Hülfe gegen den Türken erſucht, auch die gefreyte Reichsritterſchaft, die in den Reichsanſchlägen nicht begriffen, ſamt den Hanſeeſtädten und Eidgenoſſen, vom Kaiſer um Beyhülfe angeſprochen werden. Weiter heißt es §. 27. und 28., daß der Kaiſer Bedacht nehmen wolle, die ſchon ſo lange im Werk geweſene Niederländiſche Geſandtſchaft, um

b) Dieſe Strafe finde ich in keinem der von mir durchgeleſenen Stücke der ſchriftlichen Unterhandlungen erwehnet. Freylich folgt ſie am Ende aus dem fiſcaliſchen Proceß. Aber daß ſie namentlich in den R. A. geſetzt und angedrohet worden, ſcheinet mir eher noch die Folge einer beſondern mündlichen Unterhandlung, etwa bey Durchſehung des Aufſatzes, zu ſeyn.

1598 den Frieden zu bewirken, oder doch die angränzen-
Reichs-den Teutſchen Stände vor Beleidigungen ſicher
abſchied. zu ſtellen, wirklich abzuſchicken, wozu jedoch die Stände den ſchon ſo lange verwilligten halben Römer-Monat, sub poena dupli, innerhalb Monatsfriſt, einzuliefern hätten. Inzwiſchen aber ſey (§. 29.) denen durch dieſen Krieg bedrängten Ständen die verſprochene dreymonatliche Hülfe, laut des R. A. 1594. zu reichen. Die Muſterplätze und Durchzüge des Kaiſerlichen Kriegsvolks betreffend, wird §. 30. 31. verordnet, daß zwar die Reichsſtände damit ſo viel möglich verſchont bleiben, im Nothfall aber eines ſolchen Durchzugs derſelbe nur Rottenweis geſchehen, und von den Befehlshabern Caution, wegen des allenfalls zuzufügenden Schadens, geleiſtet werden ſolle. Dabey aber ſey, nach §. 32., eine gebührende Taxordnung durch Vergleichung der Reichskreiſe aufzurichten, nach welcher jedermann ſich zu benehmen wiſſe, welche dann überall anzuſchlagen ſey. Die Reuter- und Knechtbeſtallung möge der Kaiſer nach §. 33. und 34. einſtweilen mit Zuziehung der oberſten Kriegsbefehlshaber entwerfen, und den Kreisausſchreibenden Fürſten mittheilen, dabey auch laut §. 35. eine Proviantaxe verfaſſen laſſen, zu deren Erleichterung die geſamten Stände, nach §. 36., die Zufuhr möglichſt erleichtern, auch von allen Abgaben befreyt ſeyn laſſen wollen. Ferner verſpricht auch der K. im §. 37., das Kriegsweſen immer beſſer einzurichten und nach §. 39. Wien recht wohl zu befeſtigen. Im 38. §. werden alle fremde Kriegswerbungen verboten [i]). In den §. 40-43. wird beſchloſſen, auf

i) Auch hier müſſen noch andere als die bisher von mir auszugsweiſe dargeſtellte Unterhandlungen, vielleicht auch

auf den Fall einer ganz unvorgeſehenen Krieges⸗ 1598
noth dem K. eine außerordentliche Hülfe oder Reichs⸗
Nachzug dadurch zu leiſten, daß den beiden abſchied.
Sächſiſchen, dem Fränkiſchen, Schwäbiſchen,
auch Bayeriſchen Kreiſe aufgegeben werde, auf
ſothanen Nothfall dem K. mit aller Macht zu Hülfe
zu ziehen, hingegen von dem ganzen Reich den Er⸗
ſatz zu erwarten, zu welchem Ende berührte Kreiſe
nächſtens zuſammenkommen, und alles desfalls
überlegen ſollten, unter Direction des Churf. von
Sachſen und Herz. Max. von Bayern. Hingegen
ſollten die ſämtlichen Stände einen Beytrag von
zehen Römer⸗Monaten zur Beſtreitung der allen⸗
falſigen Koſten dieſer Rüſtung, zu Nürnberg,
Frankfurt oder Leipzig, bis Michaeli des nemlichen
Jahres hinterlegen. Auch ſollen, nach §. 44. 45.
und 46., Kriegs⸗Almoſen⸗Stöcke durch aller
Stände Lande dort und da aufgeſtellt werden, da⸗
von der Betrag zum Beſten der Kriegsſpitäler
verwendet werden ſolle, bey deren Ausſtellung die
Pfarrer die Gemeinden zur Beyſteuer, aber auch
zum Gebet gegen den Türken, und zu Beſſerung
des Lebens zu ermahnen hätten. Den drey Land⸗
ſchaften, Steier, Kärnthen und Krain, ſolle zu ih⸗
rer beſondern Kriegs⸗Nothdurft und Entſchädi⸗
gung ein Benanntes f) von denen dem K. ver⸗
willigten Geldern abgegeben werden, zufolge §. 47.
Nach §. 48. verſpricht der Kaiſer, an die ſchon
lange vorgehabte Errichtung eines neuen Ritter⸗
ordens auch gelegentlich weiter zu denken. Das
Münzweſen betreffend, kommt in den §. 49⸗57.

U 4 incl.

auch nur mündlich gepflogen worden ſeyn, indem auch in der Duplik die Stände nichts hievon in den R. A. geſetzt wiſſen wollten.

f) Nemlich zwey Römer⸗Monate, wie aus den Verhandlungen oben beygebracht worden.

1598 incl. vor, daß, da bisher die viele ergangene Münz-
Reichs-Abſchied. verordnungen, hauptſächlich mit, weil der Burgundiſche Kreis ſich bisher zum Beytritt nicht verſtanden, auch ſothaner Beytritt, zu dem ſich zwar der Statthalter derſelben, Erzh. Albrecht, erboten gehabt, der Kriegsunruhen halber nicht zu Stande kommen können; inzwiſchen die Geſandtſchaft nach den Niederlanden auch bis jetzo unterbleiben müſſen, ſo wolle man es inzwiſchen dieſer Sache halber bey gedachten alten Ordnungen und Edicten bewenden laſſen und dieſe beſtätigen, auch aufs neue die Ausprägung ganz kleiner nicht Edictmäßiger Sorten, als halbe Batzen u. d. g., inſonderheit die Umſchmelzung der guten Sorten zu dem Ende zum ſchärfſten verbieten. Uebrigens aber ſolle das ganze Münzweſen, auf dem nächſtens zu erneuernden Deputationstag, von neuem zum Hauptgegenſtand der Berathſchlagungen mit gemacht werden. Auf dieſem, nach §. 58. bis 61., den 20. Jan. alten, und 1. Febr. neuen Stils, anzufangenden Tag, ſolle vor allen Dingen auch das Kammergericht außerordentlich viſitirt, die Dubia Cameralia erlediget, die beſten Mittel, um den Vergewaltigungen der Stände unter einander vorzukommen, erwogen, und das Unterhaltungsweſen des Kammergerichts, wegen welches daſſelbe an den Erzh. geſchrieben hatte[l]), beſſer geordnet werden. Ferner ſollten auch bey dieſem Deputationstage die Reviſionen der Kammergerichts-Urtheile laut §. 62. 63. vorgenommen und nach Vorſchrift der K. G. Ordnung erledigt

l) Man findet hievon nichts in *Ludolfi* Hiſt. ſuſtent. Jud. Cam. als der vielmehr daſelbſt §. IX. verſichert, er fände um dieſe Zeit, nemlich bis gegen 1600. keine Klagen über die Erhaltung des Kammergerichts.

ledigt werden. Sollten einige Deputations-Geſandte ausbleiben, oder abgerufen werden, ſo ſollten dennoch die übrigen, in Gemäßheit des §. 64-66., fortfahren und die Sachen in einem oder mehreren Senaten beendigen können, die gefliſſentlich abweſenden aber in die Strafe von 1000 Rthlr., an die Anweſenden zu bezahlen, verfallen ſeyn. Zu gedachter Reviſion ſollten auch die bey Abfaſſung der angefochtenen Urtheile zugegen-geweſene etwan abweſende Beyſitzer nach §. 67. vom K. G. geladen werden, wie auch, dem §. 68. zufolge, die die Reviſion ſuchende Parteyen auf den geſetzten Termin zu Speyer zu erſcheinen ſchuldig ſeyn. Vornemlich ſollte die Kammergerichts-ordnung nach §. 68. 69. unterſucht und neu verfaßt werden, wesfalls die K. G. Beyſitzer ſowol einſtweilen einen Auszug der neuen Verordnungen ſeit 1555. zu ihrem eigenen Gebrauch zu verfertigen, als auch, durch einen Ausſchuß von beiden Religionen, die K. G. Ordnung durchzuſehen, und was darin bisher geändert, zu Papier zu bringen und in die Maynziſche Canzley zu liefern hätten, um ſolches ſodann an Kaiſer und Reich zur Beſtätigung gelangen zu laſſen. Sollten auch, Inhalts §. 71., Sterbensläufte zu Speyer einreißen, ſo möchte ſich die Deputation um eine andere Mahlſtatt vergleichen, damit das Werk nicht gehindert werde. Der Brabantiſchen Proceſſe und Evocationen wegen, ſolle nach §. 72. nochmals der Statthalter im Niederlande, Erzh. Albrecht, um Abſtellung der desfalls erregten Beſchwerden, vom Kaiſer gütlich erſucht werden; im Entſtehungsfall aber vom K. und Reich auf weitere Mittel desfalls gedacht werden. Endlich wiederholt im §. 73. der Kaiſer ſein Verſprechen, die ſtrittigen Seſſions-Sachen, ſo bald wegen

1598 Reichs-abſchied.

 jeg-

1598 jeglicher derſelben die Acten complirt ſeyn würden, zu entſcheiden. Hierauf folgt im §. 74. des Kaiſers und §. 75. der Stände Verſprechen, allen dieſen Puncten getreu nachzukommen.

Beſiegelung u. Unterſchrift des R. A. 23 Merz st. v.

Dieſer Abſchied, wie er ſolchergeſtalt von dem Chur-Mainziſchen Secretär m) entworfen war, wurde zuerſt im Churfürſten-Rath, und dann im Beyſeyn des Kaiſerlichen Commiſſarius, auch der andern zwey Räthe Ausſchuſſes n) verleſen. 24 Merz st. v. Tags darauf wurde das Verzeichniß der Stände des Fürſtenraths, wie ſie dem Reichsabſchied einverleibt werden ſollten, von dem Salzburgiſchen Director abgeleſen, wobey einige ihre Proteſtationen wiederholten. 27 Merz st. v. Endlich wurde derſelbe in Abſchrift, im Beyſeyn des Kaiſerlichen Commiſſarius und der Stände, durch den Mainziſchen Canzler abgeleſen o), ſofort unterſchrieben und beſiegelt. Beſiegelt haben den R. A. im Namen der Churfürſten, **Mainz** und **Pfalz**; wegen der geiſtlichen Fürſten, **Salzburg**; wegen der weltlichen Fürſten, **Bayern**; wegen der **Prälaten**, **Georg** Abt von **Weingarten**, in Perſon; wegen der **Grafen** und **Herren**, der D. **Gall Müller**; endlich wegen der **Städte**, der Kämmerer von **Regenſpurg**. Von einer Unterſchrift des Kaiſ. Commiſſarius, imgleichen

m) Dieſem Secretär, **Kraich** genannt, wurde von den Fürſten, auf ſein Anſuchen, ein Honorarium von 50 Gulden oder Thalern, ausgeſetzt, ſo ihm der Pfennigmeiſter zu Speier bezahlen ſollte.

n) Dazu waren von Fürſtlicher Seite beſtimmt, **Oeſterreich**, **Salzburg**, **Würzburg**, die **Prälaten**, **Bayern**, **Würtemberg**, **Heſſen** und die **Schwäbiſchen Grafen**.

o) Dieſe Umſtände ſind alle aus dem Protocoll des Fürſtenraths, in den Actis Com. Mſc. Arch. Wolf. faſc. IV. n. 1. p. ult.

chen einer Contra-Signatur findet ſich wenigſtens 1598 in dem Gedruckten nichts [p]). Unterſchrieben ſind, durch ihre Geſandten, die Churfürſten von Mainz, Trier, Cölln, Pfalz, Sachſen, und Brandenburg. Von Fürſten: zuerſt Oeſterreich und Burgund; dann von geiſtlichen Fürſten: Salzburg, der Hoch- und Teutſchmeiſter, Bamberg, Würzburg, Worms, Eichſtett, Speyer, Coſtnitz, Augſpurg, Hildesheim, Paderborn, Freyſingen, Regenſpurg, Paſſau, Trient, Brixen, Münſter, Lüttich, Mez, Fulda, Hirſchfeld, Kempten, Murbach und Lüders, Elwangen, Berchtolsgaden, Prüm, Stablo, Corvey. Von weltlichen Fürſten: Bayern, Pfalz-Lautern, Pfalz-Simmern, Pfalz-Neuburg, Pfalz-Zweybrück, Pfalz-Veldenz, Sachſen-Altenburg, Sachſen-Weimar, Sachſen-Coburg, Sachſen-Eiſenach, Brandenburg, Braunſchweig-Wolfenbüttel, Braunſchweig-Lüneburg, Jülich, Würtenberg, Heſſen-Caſſel, Heſſen-Marpurg, Heſſen-Darmſtadt, Baaden-Baaden, Baaden-Durlach, Sachſen-Lauenburg, Pommern-Stettin, Pommern-Bart, Pommern-Wolgaſt, Leuchtenberg, Anhalt-Deſſau, Anhalt-Bernburg, Henneberg, Nomeny, Aremberg. Von Prälaten: der von Weingarten (perſönlich) ſodann Salmansweiler, Ochſenhauſen, Elchingen, Irrſee, Urſperg, Roggenburg, Roth, Au, oder Minder-Au, Schuſſenried, Marchthal, Petershauſen, Wettenhauſen, Odenheim, Inden [q]), Kaiſerheim.

Beſiegelung u. Unterſchrift des R. A.

p) Die Relationen des Marggr. Brandenb. Geſandten wegen Aufſetz- und Unterſchreibung des Reichstags ſind angegeben in dem Ind. Mſc. Act. Com. Arch. Onold. T. LXXI. n. 126. 131. In eben demſelben Archiv befinden ſich auch einige Abſchriften des R. A. T. LXXII. n. 2-4.

q) Eigentlich S. Cornelis-Münſter auf den Inden.

1598 heim. Von Aebtiſſinnen: Quedlinburg, Gernrode, Buchau, Nieder-Münſter, Ober-Münſter, Andlau, Gandersheim, Hegbach, Gutenzell, Baindt. Von Herren: Ludwig von Machſelrain, Hans Adam und Hans Albrecht von Wolfſtein, Philipp von Fugger, perſönlich. Von Grafen und Herren: Naſſau-Dillenburg, Naſſau-Weilburg, Naſſau-Saarbrück, und Naſſau-Idſtein, Hanau, Solms-Lich, Solms-Laubach, Solms-Braunfels, die Wild- und Rheingrafen, Stollberg, Iſenburg, Sayn, Witgenſtein, Wied, Fürſtenberg, Heiligenberg, Helfenſtein, Hohenzollern-Sigmaringen und Haigerloch, der Teutſch-Ordens-Commenthur von Elſaß, Oettingen-Wallerſtein, Hohenzollern-Hechingen, Oettingen-Oettingen, Fürſtenberg-Möskirch, Sulz, Helfenſtein, Montfort, Eberſtein, Waldburg, Scheer, Königseck, Hohen-Geroldseck, Grafeneck, Mindelheim, Waldburg-Wolfegg und Zeil, Schwarzburg, Ortenburg, Leiningen, Hohenlohe, Erbach, Löwenſtein, Limpurg, Schwarzenberg, Seinsheim, Reuß, Stollberg, Löwenſtein, Caſtell, Daun-Falkenſtein, Hohen-Embs, Salm, Waldeck, Reinſtein, Oldenburg, Bronchorſt, Linden zu Reckum, Schönburg, Fronhofen [r]), Baumgarten, Elz, Fugger, Waſſerburg. Von Städten, und zwar Rheiniſcher Bank: Cölln, Straßburg, Lübeck, Frankfurt, Worms, Speyer, Friedberg, Wezlar, Mühlhauſen, Hagenau, ſamt den Städten der Landvogtey daſelbſt, Tull. Schwäbiſcher Bank: Regenſpurg, Nürnberg, Rotenburg, Windsheim, Schwein-

Beſiegelung u. Unterſchrift des R.A.

r) Dieſer Freyherren Bevollmächtigter war der bekandte Kaiſerliche Geh. Secretär, hernach Reichshofrath Andreas Hanniwald, von Erkersdorf auf Rothenſirben und Pilsnitz.

Schweinfurt, Weißenburg, Ulm ſamt Ueberlingen, Ravenſpurg, Reutlingen, Heilbronn, Iſni, Eßlingen, Kempten, Biberach, Lindau, Giengen, Wimpfen, Weil, Wangen, Pfullendorf, und Buchau; Augſpurg, Dünkelſpül, Nördlingen, Schwäbiſch-Gemünd, Memmingen, Donauwörth, Hall, Kaufbeuern, Zell, Bopfingen, Leutkirch, Aalen [s]). 1598

Beſiegel. u. Unterſchrift des R. A.

Und ſo wäre dann die **Erzählung von den Reichstagsverhandlungen**, in ſo ferne etwas davon in den **Reichsabſchied** gekommen, zu Ende gebracht; Aber noch lange nicht iſt ſie zu Ende in Betreff anderer vieler, zum Theil ſehr wichtiger Gegenſtände, davon nichts in dieſen R. A. eingefloſſen. Ich rechne hieher zuerſt und vorzüglich, die in das Allgemeine ſo vielen Einfluß habende **Religions-Beſchwerden** der A. C. Verwandten gegen die Catholiſchen, und umgekehrt. Schon gleich bey dem Anfang des Reichstags waren dieſerhalben die Proteſtanten beſonders, obgleich nicht als ein förmliches Corpus Evangelicorum [t]), zuſammengekommen. Denn Sachſen

Verhandl. wegen der Rel. Beſchw. auf dem R. T.

s) Daß aber noch weit mehrere Reichsſtände, inſonderheit Städte, berufen worden, zeiget ein vom Kaiſer an den Churf. von Mainz überſchickter, von dieſem mit der Reichsmatrikel zuſammengehaltener, und mit einigen Anm. dem Kaiſer zurückgeſchickter Catalogus der zu berufenden Stände, der nebſt dem Brief des Churf. vom 30. Sept. 1597. in dem oben im XX. B. der N. R. Hiſt. beſchriebenen Vol. act. publ. Mſc. Bibl. Senk. (in welchem jedoch die Blätter nicht halb gebrochen, ſondern durchaus beſchrieben ſind) fol. 7. ſqq. zu finden iſt.

t) Ich meine hierunter, wie ich zum Beſten meiner nicht juriſtiſchen Leſer bemerken muß, eine ſolche regelmäßige Verſammlung des ganzen Evangeliſchen Religionstheils, wie heutzutage gebräuchlich, zu welcher alle Mitglieder deſſelben eingeladen werden müſſen.

1598 ſen hielt ſich, wie ſchon bey den letztern Reichstä-
Verh. wegen der Rel. Beſchw. auf dem R. T. gen, beſtändig davon entfernt, und wollte nichts damit zu thun haben. Zum Vorwande dienten allerhand Gründe u), allein der wahre Grund war wol die Streitigkeit wegen des Vorſitzes bey dieſen Verſammlungen, den **Pfalz** wegen ſeines Rangs an ſich mit Grund behaupten konnte, **Chur-Sachſen** aber ihm als einem von der ſogenannten reinen A. C. abgetretenen Stande ſtreitig machte. Daher dann letzteres, als es dieſe Direction, wie es ſcheint, durch die meiſten Stimmen nicht bekommen konnte, lieber gar ſich von den Berathſchlagungen abſonderte, und ſich dem K. geneigt zu bezeigen, zum Grundſatz nahm: aus welchem Bemühen, der **erſte Proteſtantiſche Fürſt** zu ſeyn, ſich die ſämtlichen Handlungen des Churhauſes Sachſen bis zu Ende des dreyßigjährigen Kriegs ſo ziemlich zuſammenhängend erklären laſſen. Die **Sachſen** in dieſem Vorhaben bey damaligem Reichstag am meiſten geneigte Fürſten, waren **Pfalz-Neuburg** und **Würtemberg** x). Indeſſen ſcheint es nicht, daß dieſe

u) die **Moſer** T. St. Recht X. B. S. 25. §. 28. 29. angiebt, als: daß dergleichen Zuſammenkünfte nicht gebräuchlich und dem Kaiſer misfällig wären; wobey jedoch dieſer Schriftſteller glaubt, daß das bekandte Syſtem des Hauſes Sachſen (nemlich ſich mit dem K. zu halten) zum Grunde liege. Vielleicht aber ſteckt eine ganz andere, nemlich die von mir angeführte Urſache dahinter.

x) Denn ſo ſchreibt hievon der Canzler des Adminiſtrators der Chur Sachſen, Samuel **Mosbach**, an den Weimariſchen Geh. Rath Gerſtenberger, d. d. Annaberg, 15. Nov. 1597. (In dem Cod. Act. Mſc. Senkenb. n. 4.) „Gleich inter ſcribendum kommt von Pfalzgraf Philipp Ludwig ein Schreiben, ſamt einer Beylage des H. von Würtenberg an ihn, darin

dieſe beiden Stände dieſes ihr anfängliches Vor- 1598
haben, Sachſen das Directorium zuzuwenden, Verh. wegen der Rel. Beſchw. auf dem R. T.
gar lange verfolgt haben: doch konnte darüber eine
Zeitlang keine Zuſammenberufung der A. C.
Stände geſchehen, wie aus den Briefen der Säch-
ſiſchen Geſandten erſichtlich iſt y). Indeſſen müſſen
weni-

darin S. F. Gn. erſucht werden, auf jetzigem Reichs-tag unter den Religionsverwandten Ständen das Directorium wegen der Gravaminum zu haben. Es werden auch S. F. Gn. darneben gebeten, bey Brandenburg es dahin zu bringen, daß S. Churf. Gn. mit den wahren A. C. Verwandten hierin einig seyn wolle, damit Chur-Pfalz, als der unſerer Religion nicht, auch im Religions-Frieden nicht begriffen ſey, kein Directorium möge zugeſtanden werden, bis Er ſeine Calviniſche Religion ändere, und zu unſerer trete. Und iſt Würtemberg in ſeinem Schreiben contra Pfalz pro Sachſen viel heftiger als Pfalz-Neuburg. Das ſind uns wunderliche Mähren! — Vor 5 Tagen laſe uns Chur-Brandenburg, wie geſagt *), einen guten Text, daß wir nicht indiſcriminatim in puncto Gravaminum mit ihm und Pfalz übereinſtimmeten: jetzt ſollen wir ihm vorſchlagen, Pfalz gar zu excludiren. Wie dann Würtenberg und Pfalz-Neuburg categorice ſchreiben, ſie wollten mit den Gravaminibus, welche Chur-Pfalz oder andere Calviniſten corradirt, nichts zu ſchaffen haben. Fürwahr! wir dürften wol einer klugen Frauen! Ich habe aber Sorge, es müſſe Chur-Brandenburg dieſer beiden Intention tacirt werden. etc.„

y) In dem Cod. Mſc. Act. Com. Senkenb. d. d. 17. Dec. 1597. Die Stelle verdient, wegen der Gedenkungsart der damaligen Zeiten, ganz hie-her

*) Das, worauf hier gezielt wird, iſt eine Stelle oben dieſes Briefes, in welcher es heißt:
„Chur-Brandenburg hat uns vor 6 Tagen wiederum einen Text geleſen, und uns ermahnt, wir ſollten nicht, wie ao. 94. geſchehen, von S. Churf. Gn. und anderen Religions-Verwandten abſetzen. Wir haben ihm cum reverentia erga Summum illius (vielleicht faſtigium) geantwortet, et diximus quod res eſt.„

1598 wenige Tage hernach die Berathſchlagungen der Evangeliſchen unter ſich, jedoch ohne die Sächſiſchen Häuſer, Pfalz-Neuburg und Würtemberg, würklich angegangen ſeyn, laut eines Protocolls i), ſo in dem Chur-Pfälziſchen Quartier gehalten worden. Es ſtellte nemlich der Pfälziſche Geſandte, D. Hochfelder, der Verſammlung vor, in der, Sonnabends vorher bey ihm geweſenen Zuſam-

Verh. wegen der Rel. Beſchw. auf dem R. T.

her geſetzt zu werden. „Es regen ſich, heißt es, die Gravamina hin und wieder, doch ungleicher Weiſe. Es ſtecket aber alles, daß wir noch zur Zeit von keiner allgemeinen Convocation der Evangeliſchen Stände gehört haben; und hat uns Herr Abr. Bock (der Churſächſiſche Geſandte) dieſe Tage im Vertrauen zu leſen gegeben, was Churf. Friederich, Pfalzgraf, und Marggraf Geo. Frid. ſub dato 30. Oct. 1597. und dann Würtemberg an Pfalz-Neuburg, auch hernach Ihre F. G. (nemlich von Pfalz-Neuburg) an m. gn. Herrn, und dann Ihre F. Gn. an etliche Dresdniſche Räthe geſchrieben, auch was derſelben Bedenken. Welches alles wohl nützlich und nothwendig zu leſen, und achte ich in meiner Einfalt dafür, daß derſelbige Handel wohl in Acht zu nehmen, und Gewiſſens und der Poſterität halber mit Fleiß zu bedenken, was zu thun ſeyn wolle. Es läßt ſich doch anſehen, daß man zuletzt mit Ernſt dazu wird thun müſſen; dann die turbulenta conſilia wollen bey etlichen gar zu weit gehen, deren effectus ſich ſehr weit erſtrecket, darum man ihnen billig in der Zeit begegnen ſoll, weil ſich der Calviniſche Teufel gar zu augenſcheinlich merken läßt, u. ſ. w.„ Das in dieſer Stelle angezogene Marggräflich-Brandenburgiſche Schreiben wird wol eines von der Art ſeyn, wie ihrer drey in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXIV. n. 64. 65. 66. angezeigt ſind, eine Präliminar-Deliberation vor Eröffnung der Kaiſerlichen Comitial-Propoſition belangend.

i) Es ſtehet in den Act. Comit. Mſc. A. IV. faſc. IV. n. 1. p. 1. d.d. 27. Dec. 1597. Vielleicht daſſelbe, welches im Ind. Mſc. Arch. On. T. LXVI. n. 3. angegeben iſt.

Zuſammenkunft, wäre der Evangeliſchen Be- 1598
ſchwerden halber beſchloſſen worden, daß erſtlich Verh.
auf der Catholiſchen Exceptions-Schrift replicirt, wegen der Rel.
ſodann ihre Gegenbeſchwerden abgelehnt werden Beſchw. auf dem
ſollten. Nun hätten einige Pfälziſche Räthe in- R. T.
zwiſchen auf des Churf. Befehl die gedachte Replik verfertigt gehabt, die auch letzthin verleſen und zum Abſchreiben und weiterer Erklärung gegeben worden. Gleichermaßen ſey auch nun die obgemeldete Exceptions-Schrift gefertigt, und wünſchte man ſelbige auch verleſen zu können. Nach der Vorleſung verlangte der Pfälziſche Geſandte, daß man Nachmittags um 1 Uhr ihm die Schreiber alle zum Abſchreiben ins Haus ſchicken wolle, um die Sache ſo viel möglich zu befördern; wobey er auch wünſchte, derer hier nicht gegenwärtigen wohlgeſinnten Stände Gutachten darüber zu vernehmen. Nächſt dieſem ſey auch von dem jungen Herrn von Pappenheim eine Bittſchrift, um Erledigung ſeines verſchiedene Jahre gefangen geweſenen Vaters [a]), an die Stände der A. C. eingekommen, worauf ſich die Geſandten auch vernehmen zu laſſen hätten, daher ſolche ebenfalls abgeſchrieben werden müſſe. Alle Geſandte waren dieſes zufrieden, da dann der Magdeburgiſche, D. Schulz beſonders anzeigte, er ſey ſo ſpäte gekommen, weil der Kaiſer ſeinen Herrn erſuchen laſſen, dismal keinen Sitz noch Stimme zu verlangen, worüber ſich dann dieſer lange bedacht habe. Endlich aber habe er ſich entſchloſſen, zwar dem Kaiſer zu Ehren, jedoch unter gehöriger Verwahrung, des Stimmrechts bey der Reichsverſammlung ſich zu enthalten, aber gleichwol ihn zur Berath-ſchla-

a) Von dieſem Pappenheimiſchen Geſuch ſ. unten ein mehreres.

1598 ſchlagung wegen der Beſchwerden, und ſonſt, an-
Verh. hero zu ſenden. Dabey meldete er auch, daß,
wegen der Rel. ſoviel er wiſſe, bereits vom Nieder-Sächſiſchen
Beſchw. auf dem Kreiſe eine ſolche Ableinungs- oder Exceptions-
R. T. Schrift verfertigt, und von ſeinem Herrn an den Churf. von der Pfalz geſchickt worden ſey.

So ſehr nun der Chur-Pfälziſche Geſandte gewünſcht hatte, daß man wegen dieſer beiden dem Erzh. zu übergebenden Schriften bald übereinkommen möchte, ſo ſehr verzögerte ſich doch dieſe Sache durch das darüber vorgeweſene weitläufige Hin- und Herſchreiben, wovon in den Acten Be-
6. Febr. weiſe genug vorhanden ſind [b]). Schon einige Wochen nach der Verleſung der Aufſätze kam noch von Seiten des Marggr. von **Brandenburg** eine 2 geſchriebene Seiten ſtarke Erinnerungsſchrift ein [c]), in welcher derſelbe andeuten ließ: im Ganzen ſeyen ihm zwar die Aufſätze recht: weil aber der Churfürſt und andere Stände, bey der Gelegenheit, daß die Catholiſchen ſie die **vermeinten** A. C. Verwandten

b) So ſtehen z. B. in dem Ind. Act. Com. Arch. On. T. LXIV. die n. 78-83. unter dem Titel: Verhandlungen über die Catholiſche Gravamina und der Evangeliſchen Verantwortung dagegen, noch de a. 1597. T. LXIX. n. 113. 118. ſind Reſcripte an die Geſandten, wie auch Schreiben von Brandenb. Onolzb. Seite in dieſer Angelegenheit. T. LXX. n. 1. iſt ein Schreiben des Churf. v. d. Pfalz an den Marggr. von Brand. d.d. 1. Febr. 1598. u. d. g.

c) Act. Com. Mſc. Arch. Wolf. faſc. II. n. 2. vermuthlich das nemliche Bedenken, deſſen Titel in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXX. n. 13. alſo angegeben wird: „Bedenken wegen der von den Papiſten gebrauchten Benennung, der vermeinten A. C. Verwandten, imgleichen unter ſolchem Namen eingeſchlichener verſchiedener Secten, dann der Churpf. Reformation halber. d.d. Regenſp. 6. Febr.

wandten genennet, vieles zu ihrer Rechtfertigung 1598
darein mit einfließen laſſen, welches nicht in An- Verh.
ſehung und im Namen aller Proteſtanten geſagt wegen der Rel.
werden könne; ſo wolle er dem Churfürſten nicht Beſchw. auf dem
gerne etwas unternehmen helfen, was den übri- R. T.
gen Ständen der A. C. etwan ſchädlich werden
könnte. Dannenhero hielte er für beſſer, daß das,
ſo des Churf. Perſon und Religion insbeſondere
betreffe, aus der Exceptions- und Replik-Schrift,
die alle A. C. Stände mit einander verantworten
müßten und wollten, herausgelaſſen, und abge-
ſondert als eine Beylage übergeben würde.„ Her-
nach hatten auch die Braunſchweigiſchen Geſand- ſ. d.
ten wegen der Replik allerley Erinnerungen, die
in Ueberlegung genommen werden mußten [b]).
Ueber alles dieſes nun wurden mehrere Seſſionen
der Proteſtanten gehalten, wie das vorhandene ult.
Protocoll von einer derſelben [c]) bezeuget. In dem- Febr.
ſelben erinnerte **Chur-Pfalz**: Man habe das
Onolzbachiſche Bedenken durchleſen, könne aber
nicht eigentlich daraus vermerken, was für Aende-
rung in den beiden Aufſätzen Brandenburg begeh-
re. Man bitte dahero die Onolzb. Geſandten, das
nähere desfalls an Hand zu geben. Dieſe ließen
ſich hierauf vernehmen: Die Erinnerungsſchrift
ſey ihnen ſo eingeſchickt worden, könnten alſo ſie
keine Erläuterung darüber geben. Indeſſen glaub-
ten ſie, blos nach dem Buchſtaben derſelben,
daß die Meinung ſey, eben alles, was den Churf.
im Punct der Religion allein angehe, beſonders

 zu

b) Act. Mſc. Arch. Wolf. faſc. II. n. 6. ſo ein Verzeichniß davon iſt.

c) Acta Mſc. A. Wolf. faſc. II. n. 3. Ind. Mſc. Arch. On. T. LXX. n. 102. Von einer andern, d. d. 3. Febr. e. a. iſt das Prot. in dem Ind. Mſc. Arch. On. T. LXX. n. 5. verzeichnet.

1598

Verh. wegen der Rel. Beſchw. auf dem R. T.

zu ſetzen und zu übergeben, wie von den Reichsſtädten auch geſchehen ſey. Uebrigens wollten ſie ſich in nichts von Chur-Pfalz trennen. Chur-Pfalz verlas hierauf mit Bewilligung der Brandenb. Geſandten dieſe Erinnerungen, und erklärte: Es ſey an keinem Orte beider Aufſätze die Meinung geweſen, des Churf. Religion beſonders zu vertheidigen, ſondern nur die, die Verleumdungen der Gegner abzulehnen; übrigens ſolle alles mit gemeinem Rath geſchehen; man bäte dannenhero die Geſandten, alle ihre Meinung ohnverholen an den Tag zu geben, wie man das etwaige Anſtößige verbeſſern könne, ohne daß Pfalz eine beſondere Schrift übergebe, welches vielleicht ſonſt von böſen Folgen für Pfalz ſeyn könnte. Hierauf äuſſerte ſich Chur-Brandenburg wie Onolzbach. Zweybrück meinte: man müſſe mit Uebergebung beider Schriften nicht länger mehr warten; noch weniger aber Pfalz gar nöthigen, eine beſondere Schrift zu übergeben. Die Catholiſchen ſuchten ſo nur Uneinigkeit unter den A. C. Verwandten zu ſtiften, und wenn eine beſondere Schrift von Chur-Pfalz eingereicht würde, ſo hätten ſie ſchon einigermaßen gewonnen. Mithin ſey es beſſer, ein- und andere Stellen, wo es nothwendig, gemeinſchaftlich zu ändern. Braunſchweig-Wolfenbüttel: Allerdings ſuchten die Catholiſchen nur die Proteſtanten zu trennen. Er, der Geſandte, habe die Relation eines Papiſten vom Reichstag 1594. geleſen, dabey derſelbe ſorgfältig bemerkt, daß alle, die damals die Beſchwerden übergeben, „Calviniſten, nicht A. C. Verwandte„ geweſen. Darum müſſe man hier alles recht wohl überlegen. Brandenburg habe mit Braunſchweig auch der Beſchwerden halber communicirt, und ſich verglichen, daß der Catholiſchen Schriften

auf

auf den gemeinen Kreistag ſollen gebracht, und 1598
daſelbſt beantwortet werden, weswegen auch wirk- Verh.
lich ein Ausſchußtag zu Aſchersleben gehalten wegen
worden. Er ſeines Orts habe nichts dagegen, daß der Ref.
Pfalz eine beſondere Schrift eingebe: ſollte aber Beſchw.
dieſer Stand einigen Nachtheil daraus beſorgen, auf dem
ſo wolle er es ja nicht verlangen. Man könne ja R. T.
in Religionsmeinungen getrennt ſeyn, und ſich doch gegen einen gemeinſamen Feind vereinigen, ſo wie ja alle Religionen in Teutſchland ſich gegen den Türken vereinigten. In ſoferne ſey es alſo beſſer, daß man lieber einiges in der Schrift ändere, und habe ihm ſein Herr auf ſolchen Fall einiges befohlen, ſo er verlas [f]). **Braunſchweig-Lüneburg**: Allerdings ſuchten die Papiſten nur Trennung zu ſtiften. Chur-Pfalz habe ſich ja als Director in allen Schriften als zur A. C. bekennend angegeben; habe auch die A. C. zu **Naumburg** auf der bekandten Verſammlung unterſchrieben, könne alſo mit Fug nicht ausgeſchloſſen werden, zumal da es ſich alle Erinnerungen, die man Braunſchweigiſcher Seite und ſonſt thun wolle, gefallen zu laſſen erklärt habe. **Heſſen-Caſſel**: Man müſſe ſich das gemeine Beſte angelegen ſeyn laſſen, und für einen Mann ſtehen. Die Catholiſchen ſuchten nur Trennung; an ſich ſey ihnen Calviniſt und Lutheraner, einer ſo lieb wie der andere. Daher müſſe man ihnen das geringſte desfalls nicht nachgeben, am wenigſten auf eine Abſonderung von Chur-Pfalz dringen. Lieber wollte man ſeines Orts von allen Beſchwerden geſchwiegen haben, als dieſes thun. Aber zu verbeſſern ſey in den Aufſätzen eines und das andere, daher denn ein Ausſchuß zu beſtellen wäre. **Heſſen-Mar-**

f) Das nemliche, was in der letzt angeführten Schrift vorkommt.

1598 Marpurg: Sein Herr hätte gern geſehen, daß Pfalz eine beſondere Schrift übergeben. Doch wolle er auch alle Trennung gerne vermeiden, und glaubte er alſo, daß derſelbe ſich auch die Verbeſſerung einiger Stellen gefallen laſſen werde. Heſſen-Darmſtadt war ohngefähr der nemlichen Meinung. Baden-Durlach: Die Einigkeit ſey das vornehmſte. Die Catholiſchen möchten gerne weder dem einen noch dem andern Theil aus dem Rel. Frieden verbunden ſeyn. Daher ſtimmten ſie mit Braunſchweig-Wolfenb. und deſſen Erinnerungen. Anhalt: Es würde nicht gut ſeyn, wann ein Stand ſeine Sache allein vortrüge; man könne ja leichter eines und das andere gemeinſchaftlich verbeſſern. Wetterauiſche Grafen: Sie ihres Ortes fänden an den Aufſätzen nichts zu erinnern; ſollten andere etwas finden, ſo könne man ſich ja leicht gemeinſchaftlich darüber vereinigen. Chur-Pfalz ſelbſt ließ ſich dis alles, und inſonderheit die Braunſchweigiſchen Erinnerungen, nicht mißfallen, und erklärte nochmals: es ſuche nichts als das gemeine Beſte. Hierauf wurde in nochmaliger Umfrage ein Ausſchuß zur Reviſion beider Aufſätze beſtellt, und zwar die beiden Brandenburgiſchen, und die drey Heſſiſchen Häuſer, ſamt Braunſchweig [ff]).

Verh. wegen der Rel. Beſchw. auf dem R. T.

Solchergeſtalt kam, nach vielen Verhandlungen [g]), endlich die Uebergabe der Replik ſowol

ff) Letzteres mag auch wol die Hauptſache dabey gethan haben; wenigſtens ſind alle in dem revidirten Exemplar geänderte Stellen von der Hand des Braunſchw. Canzlers.

g) S. im Ind. Mſc. Arch. Onold. die Relation der Brandenb. Geſandten T. LXXI. n. 12. 18. d. d. ult. Febr. und 12. Merz. Ein Schreiben von Brandenburg an Pfalz, ib. n. 20. Eine abermalige Relation dieſer Geſandten, ib. n. 34. Eine Conſiſtorial-

wol auf der Catholiſchen Ablehnungsſchrift, als 1598
der Exceptionen auf die Beſchwerden der Catho-
liſchen ſelbſt zu Stande. Sie geſchah durch die 22 Merz.
Chur-Pfälziſchen beiden Geſandten, denen ſie der
Erzh. Matthias abnahm, und dem Kaiſer ſie zu-
zuſtellen ſich erbot h). In der Replik i) ſagen ſie Replik der Proteſtantiſchen Stände pt. Grav.
gleich anfangs: Es habe dem Kaiſer gefallen, zu
Regenſpurg auf dem letzten Reichstag zwey
Schriften der Catholiſchen in Betreff der Religions-
Beſchwerden, kurz vor dem Abſchied, ihnen zu-

X 4 zu-

rial-Anzeige wegen dieſer Sache d. d. Anſpach 13. Merz, ib. n. 51. Ein Reſcript an gedachte Geſandte, d. d. 16. Merz, ib. n. 69. Desgleichen auch 85. Eine Relation in dieſer Sache ib. n. 102. d. d. 20. Merz.

h) Wie ſolches alles auf dem revidirten Exemplar der Exceptionsſchrift, von des Braunſchw. Canzlers Jagemanns Hand, bemerkt iſt.

i) Dieſe beziehet ſich auf eine, von den Catholiſchen 1594. übergebene, ſogenannte Ablehnungsſchrift, auf der A. C. verwandten Stände Beſchwerden, die oben im XVIII. B. der N. R. Hiſt. S. 500. u. f. ausgezogen iſt. Gegenwärtige Replik ſtehet, aber nach einem, vor der letzten (nach Jagemanns Bemerkung von dem Ausſchuß den 4. Merz geſchehenen, und den 8. Merz in pleno der zuſammengetretenen Evangeliſchen Stände wiederholten) Reviſion, abgeſchriebenen Exemplar, bey Lehmann, Acta Pacis Relig. L. II. c. 70. p. 248. ſqq. Daher ich dann aus der in den Actis Com. Arch. Wolf. faſc. II. n. 4. befindlichen revidirten Abſchrift, die meiſtens aus den Braunſchweigiſchen obgemeldeten Erinnerungen beygeſchriebenen Stellen, auch Anmerkungsweiſe jedesmal, bis auf einige ganz geringe Aenderungen, zum Beſten derer, die den Lehmann beſitzen, hier beyſetzen will. Uebrigens hat in den ungeänderten Stellen bald die Abſchrift, bald der Lehmann, die beſſere Leſeart. In dem Ind. Mſc. Arch. On. T. LXXI. n. 19. iſt auch eine Abſchrift dieſer Replik angegeben, und T. LXXI. n. 34. eine von dem Protocoll, die Correction der Grav. belangend.

1598 zuſtellen, wofür ſie unterth. Dank ſagten, und ſie nun hier bey dieſer Gelegenheit beantworten wollten, ja müßten, weil ihre Beſchwerden annoch fortdauerten. Alſo zuerſt die ſogenannte Ablehnungsſchrift anlangend, ſo befänden ſie zwar ſolche nicht von der Wichtigkeit, daß ſie ihre Beſchwerden dadurch für wirklich abgelehnt hielten; wollten jedoch, ohne daß ſie ſich gleichwol darüber in einen Proceß einzulaſſen [f]) gemeint ſeyen, das Nothdürftige desfalls beybringen. Zuerſt ließe man ſich nicht anfechten, daß im Eingang ſowol als zu Ende jener Ablehnungsſchrift gemeldet werden wolle, als ob die übergebenen Evangeliſchen Beſchwerden nur in etlicher Namen eingegeben worden, da aus der Unterſchrift zu ſehen ſey, daß der mehrere Theil der A. C. Verwandten [l]) ſie übergeben habe. Sodann ließe man ſich nicht irren, daß die ſich beſchwerenden Stände für angegeben der A. C. zugethan ausgegeben werden wollten, dieweil ſolches nicht bewieſen werden könne [m]). Daß die Beſchwerden der Evangeliſchen zum Theil ſchon alte Beſchwerden ſeyen, wolle man nicht in Abrede ſtellen, indem manche ſchon im Jahr 1559. auf dem Reichstag wären vorgebracht worden. Weil aber ſeit der Zeit nie die Erledigung zu erlangen geweſen wäre, ſo hätte man ſie wol müſſen bey dem letzten Reichstag wieder auf die

Replik der Proteſtant. Stände pt. Gr.

f) Zuſatz: oder aus der Diſpoſition des Paſſauiſchen Vertrags ſich zu begeben.

l) Zuſatz: deren auch mehr ſey, als derjenigen, ſo Anfangs die bemeldete Confeſſion überreicht.

m) So heißt es im Lehmann: Aber im verbeſſerten Exemplar heißt es: dieweil es unleugbar, daß ſie in denen wider die Catholiſchen übergebenen Artikeln eins ſeyen, und was etwa zwiſchen ihnen für Mißhelligkeiten außer dieſen ſich fänden, die Catholiſchen nicht angehe.

die Bahn bringen. Daß aber die Catholiſchen 1598

Replik der Proteſtant. Stände pt. Gr.

ſolche Beſchwerden ſonſten ſchon widerlegt zu haben angeben, ſey etwas, wovon man Proteſtantiſcher Seite kein Wort wiſſe, wenigſtens ſey ihnen keine Schrift, worin ſolches geſchehen, mitgetheilt worden, wie dann auch der Evangeliſchen Beſchwerden in Thatſachen, die jedermann bekandt, beſtünden, wogegen auch die Erinnerungen K. Max. des II. nichts geholfen, ſondern mancher Orten die Beſchwerden noch zugenommen hätten. Auch könnten weiter die Proteſtanten den Catholiſchen nicht ſo geradezu nachgeben, daß alle Stifter und Klöſter blos auf die Catholiſche Religion geſtiftet worden, maßen die meiſten Stiftungen notoriſch dahin lauteten, daß der rechte wahre Gottesdienſt an dieſem oder jenem Orte geübt, oder die Jugend in chriſtlichen Uebungen, und ſonſt nützlich auferzogen werden ſolle, wesfalls die Einrichtung zu machen jeder chriſtlichen Obrigkeit freyſtehe, ja ſie ſolches zu thun verbunden ſey. Aus welchem allem dann zu erſehen ſeyn würde, daß die Proteſtanten den Religions-Frieden beſtens gehalten, wie ſie es denn auch ferner thun wollten, und von dem andern Theil ein gleiches erwarteten. Wenn ferner, fahren die Proteſtanten fort, die Catholiſchen ihnen Schuld gäben, daß ihre Prediger auch die hohen Stände der Catholiſchen Religion nicht unverketzert ließen; ſo wünſche man zu wiſſen, wer dieſes gethan, und gegen wen es geſchehen? da dann, wenn es einen Reichsfürſten oder Stand betreffe, man ſich zu billiger Abſtellung deſſelben erbiete. Sollte aber der Pabſt hierunter gemeint ſeyn, ſo könne man ihren Predigern nicht übelnehmen, daß ſie bey gründlicher Widerlegung der päbſtlichen Mißbräuche auch in Anſehung der Päbſte ſelbſt ihre Laſter,

1598 auch Verfolgungen gegen gekrönte Häupter und fromme Männer, insbeſondere die Bedrückungen der Teutſchen Nation u. ſ. w. aus eigenen Catholiſchen Schriftſtellern anführten. Und dieſes alles um ſo weniger, als der Pabſt kein Stand des Reichs, auch in dem Religions-Frieden nicht begriffen ſey [n]). Wenn dabey dasjenige ſo hoch aufgerechnet werden wollte, was der Pabſt zum Beſten der Chriſtenheit gegen den Türken thäte, ſo könnte man ihm desfalls, Evangeliſcher Seite, eben keine große Freygebigkeit zugeſtehen; ſintemal bekandt ſey, was auf dem Reichstag 1523. gegen des Pabſts Legaten geäußert worden, daß man ihm nemlich die Annaten nur deswegen noch zur Zeit gelaſſen, um davon das ſeinige zur Ausbreitung der chriſtlichen Religion, zur Erlöſung der Gefangenen, und zum Beyſtand gegen den Türken, deſto beſſer thun zu können, und wäre das, was er thäte, doch noch eine Kleinigkeit gegen das, was er jährlich aus dem Reich zöge: wie er dann auch

Replik der Proteſtant. Stände pt. Gr.

n) Hier folgt nun noch in der revidirten Abſchrift: „wie man hingegen wol von Seiten der Prot. ſich zu beſchweren hätte, daß noch auf dieſem Reichstage ein Jeſuiter am Matthias-Tag in Beyſeyn des Erzh. Matthias eine Predigt gehalten, in welcher alle A. C. Verwandten als Ketzer geſcholten, bey denen man gegen die Türken kein Glück haben könne, wobey dann auch einige verſtorbene anſehnliche Fürſten nicht verſchonet worden,„ welche Stelle dann auch, wie alle die hier am Rande bemerkte Zuſätze, bey dem Lehmann fehlen. Daß übrigens würklich eine ſolche ärgerliche Predigt gehalten worden, zeiget der Brief des Churf. von der Pfalz an den Marggr. von Brandenburg vom 21. Febr. in dem Ind. Actor. Com. Arch. Onold. LXX. n. 68. ferner ein dergleichen ibid. n. 73. vom 24. Febr. wie auch die Relation der Brandenb. Geſandten d. d. 28. Febr. ib. T. LXXI. n. 12.

auch vor andern Urſache hätte, gegen die Türken 1598 zu helfen, weil er durch ſein kundbares Verfahren gegen Fridericum Barbaroſſam [o]) und Veranlaſſung der Schlacht bey Varna großentheils Schuld habe, daß der Türk ſo fürchterlich geworden. Was nun ferner die geiſtliche Gerichtbarkeit über die Evangeliſchen betrifft, ſo berufe man ſich desfalls nur Kürze halber auf das, was im Jahr 1519. 1527. und 1530. von den Ständen damals dieſerhalben wäre vorgebracht worden. Und könne man ihnen nicht zumuthen, daß ſie desfalls jetzo anders geſinnt ſeyen, da ja aus der h. Schrift mit nichts des Pabſts Primat und ganze Gewalt bewieſen werden könne: derohalben dann auch, bey einem ſo fehlerhaften Urſprung, keine Verjährung ihn in ſeinen Anmaßungen ſchützen könne. Dem Gegentheil ſelbſt wäre in Betreff dieſer Anmaßungen nicht beſſer zu rathen, als daß derſelbe dem löblichen Beyſpiel der Vorfahren folge, die 1323. gegen den damaligen Pabſt Johann den XXII. zum Beſten des K. Ludwigs des IV. die merkwürdigen Schlüſſe gemacht, da man dann bald ſehen würde, daß die Päbſtlichen Nuncien, die durch ihre Practiken die Stände des Reichs zu unterdrücken

Replik d. Evangeliſchen pt. Gr.

o) Dieſe Stelle ſchrieb damals der Braunſchweigiſche Canzler, im Namen der verſammleten Evangeliſchen Stände, als einen auch nicht im Lehmann befindlichen Zuſatz, an den Rand der Replik, und ſo wurde ſie dem Erzh. mit übergeben! Des Pabſts Betragen gegen Frid. Barb. ſoll Schuld an dem großen Vordringen der Türken haben! Und doch war es nicht dieſer Friederich, ſondern Friederich der II. gegen welchen Pabſt Gregor der IX. ſo treulos verfuhr! Und doch waren die Feinde, welchen dieſer Pabſt den Kaiſer verrieth, nicht die Türken in Europa, ſondern die Saracenen in Aſien! So ſtudirte man damals die ältere Reichshiſtorie! Ich ſage, die ältere: denn in der neuern zeigt dieſe Replik beſſere Kenntniſſe.

1598 drücken ſuchten, nicht mehr geduldet, ſondern als
Replik die Urſache alles Mißtrauens zwiſchen den Stän=
d. Evan=gelischen den nach Rom zurückgeſchickt würden p). Auf
pt. Gr. alle Fälle aber könne wenigſtens dem Proteſtanti=
ſchen Theil nicht übel gedeutet werden, daß er aller catholiſchen geiſtlichen Gerichtbarkeit ſich widerſetze, um ſo mehr, als ſogar in Fällen, wo es blos Zinſe, oder ſonſtige weltliche Gerechtſame anbelange, man die Proteſtantiſchen Unterthanen mit geiſtlichen Cenſuren und dem Bann zu belegen, auch in Gemäßheit ſolcher ſie zu behandeln ſich unterſtehe, ſo daß die armen Leute manchmal ſich gezwungen ſähen, ſich vor dem geiſtlichen Richter auf Catholiſche Weiſe losſprechen zu laſſen, welches eine große Beſchwerung der Gewiſſen, und ſchnurſtracks gegen den Religions=Frieden ſey; wogegen ſie, die Proteſtantiſchen Stände, ſich in ſolchen Fällen zu bereitwilligſter Hülfe gegen die ſäumigen Zinsleute oder ſonſt erböten q).„

„Daß auch die Proteſtanten,„ fährt die Replik weiter fort, „dadurch ſich ſehr beſchwert fänden, daß keinem zu einem geiſtlichen Stand die

p) Wem fällt nicht hiebey die heutige Sprache und das heutige Verfahren des aufgeklärten Catholiſchen Teutſchlands gegen die Nuntien ein? Aber derjenige Theil von Teutſchland, deſſen Einwohner ſchon zweyhundert Jahre früher erleuchtet genug waren, dieſe Sprache führen zu können, danke Gott feurigſt für die ſo viel früher erlangte Aufklärung!

q) Was hinter dieſem Erbieten im Lehmann noch weiter, von den Worten oder aber bis verfahren, folget, iſt in der revidirten, bey der Uebergabe zum Grund gelegten Abſchrift, durchſtrichen, ſamt der (), ſo ſich bey Lehmann von dem Worte dieweil bis zum Worte thun vorhero findet.

die weltlichen Regalien [r]) vom Kaiſer verliehen 1598
würden, er ſey dann zuvor vom Pabſt beſtäti- Replik
get, zeige ſich um ſo deutlicher, wenn man über- D. Evan-gelischen
lege, daß eigentlich alle T. Reichsſtände, ja der pt. Gr.
Pabſt ſelbſt, vom Kaiſer die Beſtätigung zu er-
langen habe: zudem daß es gegen den Religions-
Frieden ſey. Daß auch die Compactata [s]) Germaniae an ſich nicht bündig, dieweil ſie nicht vermöge des Herkommens im Reich aufgerichtet [t]) u. ſ. w., bedürfe keiner weitern Ausführung, mithin dieſelben am wenigſten noch gar gegen den Religions-Frieden angeführt werden könnten. Daß den Proteſtanten zuwider die Eides-Formeln bey Canonicaten und Belehnungen ſo eingerichtet würden, daß ſie ſolche nicht ſchwören könnten, ſey notoriſch, und ebenfalls gegen den Buchſtaben oder doch Verſtand des Religions-Friedens. Daß in der ſogenannten Ablehnungsſchrift den Reichsſtädten das Recht, ihre Kirchen nach der A. C. zu reformiren, beſtritten, und desfalls das, was allen Reichsſtänden nach dem Religions-Frieden zuſtehe, ihnen entzogen werden wolle, ſey ebenfalls eine große Beſchwerde [u]), wie dann auch K. Ferdinands des I. Erklärung

r) Dieſes heißt im revidirten Exemplar alſo: „daß keinem, der durch Electionem oder Poſtulationem zu einem Stift oder andern geiſtlichen Dignitäten gelangt, die weltlichen Regalien ꝛc.„

s) Iſt in dem revidirten Exemplar allezeit ausgeſtrichen, und anſtatt deſſelben Concordata geſchrieben.

t) Welch ein tiefer Blick in die Teutſche Geſchichte! Und doch hat man dieſe ungeſetzmäßige Entſtehung der Concordaten bis in unſere Zeiten ſo ganz aus den Augen geſetzt!

u) Warum hier auch nicht ein Wort von der damals ſo ſehr bedrängten Stadt Aachen angebracht iſt, kann ich nicht errathen.

1598 rung [r]) ein ganz anderes mit ſich bringe. Würde dieſe als die Reichsſtände beſonders angehend beobachtet, ſo wäre auch den Cöllniſchen Bürgern geholfen, welche aus der Stadt unter dem Vorwand freylich vertrieben werden wollten, als ob ſie einer verbotenen Religion wären, davon aber die Abſicht doch ganz anders ſey, da überhaupt die Stadt bekenne, daß ſie die, ſo ſich der Römiſch-Catholiſchen Religion halber nicht mit ihnen vergleichen könnten, nicht dulden, ſondern aus ihrem Gebiete ausweiſen wollten. Was aber dieſes für eine beſchwerliche Sache ſey, alles das ſeinige zu verkaufen oder mitzunehmen, und außer ſeinem Vaterlande andere Wohnungen ſuchen zu müſſen, brauche nicht beſchrieben zu werden, ſo wenig als es Beweis brauche, daß es die größte

Replik d. Evangeliſchen pt. Gr.

r) d. d. 24. Sept. 1555. S. Neue T. Reichsgeſch. II. B. S. 619. u. f. IX. B. S. 376. u. f. Uebrigens muß ich eine, inſonderheit gedachte Erklärung betreffende, Stelle der Replik ganz hieher ſetzen, wie ſie im revidirten Exemplar lautet, weil ſie vom gedruckten gar ſehr abgehet. Sie heißt nemlich alſo: „Was K. Ferdinands, Chriſtſeligſter Ged. gegebene ſonderbare Declaration betrifft, dieweil ſie in forma authentica et probante vorhanden, und eben auf dem Grunde, damit Ruhe und Friede zwiſchen den Herrſchaften und Unterthanen erhalten werde, beruhet; So haben die Evangeliſchen ſich nach wie vor billig derſelben zu gebrauchen; daher, u. ſ. f. wie bey Lehmann. Wobey ich auch einen bey ebengedachtem Lehmann ſich findenden doppelten ſinnverſtellenden Druckfehler in dieſer Stelle nicht unangezeigt laſſen kann. Es heißt nemlich dorten, S. 251. col. 2. Was Kaiſer rc. ganz unverſtändlich: „von Ew. K. M. der geliebten Groß-Herrn Vaters und Vorfahren an mich als dem Authori etc.„ anſtatt, daß in dem revidirten Exemplar alſo deutlich (jedoch durchſtrichen) zu leſen: „Von E. K. M. Dero G. G. H. V. und Vorfahren am Reich rc.„

größte Ungerechtigkeit ſey, auch noch von ſolchen 1598
Leuten, die aus dieſer Urſache weichen müſſen, die Replik
Nachſteuer, als wie von freywillig ohne Urſache d. Evangeliſchen
abziehenden, zu fordern. Daß ferner die Prote- Pt. Gr.
ſtantiſchen Landesherren bey Zöllen oder Gefällen, die in catholiſchen Landen ihnen zugehörten, keine andere als catholiſche Einnehmer beſtellen dürften, ſey ja von den Catholiken ſelbſt eingeſtanden; daß dieſes aber eine Beſchwerde ſey, jemand einen Diener von einer gewiſſen Religion aufdringen wollen, werde wol nicht bewieſen zu werden brauchen. Daß aber geſagt werde, dieſes geſchehe vermöge der Landesherrlichen Hoheit, ſey ſo viel wie nichts geſagt; denn es komme darauf an, wie weit dieſe nach dem Religions-Frieden ausgedehnt werden dürfe? Sonſt würde man auch den Proteſtanten noch das Durchreiſen und Nachtlagerhalten in den Catholiſchen Landen zu verwehren ſich beygehen laſſen y). Ferner ſey es auch eine große Beſchwerde, daß manche in der Biſchöfe, oder andern Catholiſchen Landen geſeſſene Proteſtantiſche Gemeinden und Unterthanen gar nicht mehr wollten geduldet werden, als wozu die Catholiſchen ſogar befugt zu ſeyn angäben. Gleichwie auch dieſes, daß Proteſtantiſche Reichsbürger, die in catholiſchen Landen Feldgüter hätten, in Betreff derſelben als Unterthanen angeſehen werden wollten: da man ja doch in dieſem Punct mit Recht verlangen könne, daß die Catholiſchen es in dergleichen Fällen gegen die Proteſtanten ſo hielten, als wie ſie es wünſchten, daß es gegen ihre Glaubensgenoſſen gehalten werde. Was die Begräbniſſe anlangte, ſo würden die Catholiſchen, wenn ihnen die Hauptabſicht des Rel. Friedens, nemlich

y) Zuſatz: „dadurch dann der Religions- und Profan-Frieden endlich ganz aufgehoben werden würde.„

1598 lich Einigkeit und Vertrauen zwiſchen den Reichs- Replik d. Evangeliſchen pt. Gr. ſtänden herzuſtellen und zu erhalten, angelegen wäre, ſich auch hierinnen nicht ſo abgeneigt gegen die Proteſtanten erweiſen, wie es wirklich geſchehe. Aber aus der Behandlung der Todten ſehe man, wie ſie gegen die Lebendigen geſinnet wären. Daher dann die Proteſtanten auch um dieſer Beſchwerde Abſtellung mit Recht nachſuchten. Die Stadt Aachen anbelangend, ſey es bekandt, in welchen bedaurenswürdigen Zuſtand dieſelbe durch die größtentheils falſchen Angaben einiger friedhäſſiger Catholiſcher Bürger gebracht worden, daher dann die A. C. Verwandten wol das größte Recht hätten, ſich derſelben nach Kräften anzunehmen [i]).„

„Weiters„ heißt es ferner in der Replik, „habe man ſich höchlich zu beklagen, daß verſchiedenen Ständen der A. C. ihr Sitz auf der geiſtlichen Bank nicht gelaſſen, und desfalls der geiſtliche Vorbehalt vorgewendet werden wolle. Dem Kaiſer ſey ja wiſſend, wie dieſer Vorbehalt ohne Einwilligung der Proteſtanten in den Rel. Frieden gekommen, wie ſich auch letztere denſelben nie gefallen laſſen, ſondern auf allen Reichs- und ſonſtigen Verſammlungen dagegen ſich verwahret hätten. Dieſemnach bitte man noch einmal, aus den bekandten Urſachen, auf das inſtändige, daß der K. entweder die Catholiſchen Stände hierinnen nachzugeben bereden, oder in Entſtehung deſſen ſie

i) Oben an dem daſelbſt angeführten ſchicklichſten Platz kam kein Wort von der Stadt Aachen. Hier kommt endlich etwas; aber ſo wenig, daß es der Mühe faſt nicht lohnet, da nicht einmal das geringſte von einer Bitte, um nochmalige Durchſehung des die Acht androhenden Urtheils, an den Kaiſer ergehet!

ſie dazu anhalten möge [a]). Daß auch die Prote- 1598
ſtanten auf die Abſchaffung der vielen gravaminum Replik
in puncto juſtitiae nochmals drängen, werde ih- d. Evangeliſchen
nen nicht übelgenommen werden können, da die pt. Gr.
Gerechtigkeits-Verwaltung die Stütze des Staats ſey. Demnach wollten ſie vorzüglich um gute Beſtellung des Kammergerichts, auch Wiederherſtellung der ordentlichen Viſitationen gebeten haben, damit man der koſtſpieligen außerordentlichen überhoben bliebe [b]). Ferner bitte man, daß den Kammergerichts-Erkenntniſſen der ſtracke Lauf gelaſſen, und ſolcher nicht mit den ungewöhnlichen Commiſſionibus, reſcriptis, avocationibus et citationibus [c]) erſchweret würde. Imgleichen, daß bey den Ausfertigungen dieſes Gerichts von der Canzley die Gleichheit gehalten, und die Proteſtanten vor den Catholiſchen nicht damit beſchweret würden. Auch daß in Beſtellung der vornehmſten Canzley-Beamten die Gleichheit der Religionen, vermöge der Ordnung, gehalten werde. Welches alles die A. C. Verwandte, als aus deren Beyſteuer dieſes Gericht nicht weniger [d]) als aus der Catholiſchen Darſchuß erhalten werde, ſo lange zu ſuchen nicht ablaſſen könnten, bis ſie zu dieſer Billigkeit gelangten. Die Unordnungen des Rothwei-

a) Zuſatz; „Denn warum dieſen Ständen ihre Seſſionen in allewege gebühren, hievon ſind in den Gravaminibus genugſame Urſachen angezogen, dahin man ſich, geliebter Kürze wegen, referiren thut.„

b) Dis war der Wunſch, die Bitte der Stände im Jahr 1598! Aber — wie traurig — er iſt es noch, im Jahr 1790. faſt zwey hundert Jahre hernach!

c) Zuſatz: „und Inhibitionibus der Kammergerichts-Ordnung zuwider.„

d) Anſtatt nicht weniger ſteht im revidirten Exemplar: wol mehr.

1598 weiliſchen Hofgerichts und die durch den Niederländiſchen Krieg dem Reich entſtehende Beſchwerung belangend, wolle man die Abſtellung derſelben in Geduld erwarten [e]). Auch die Stadt Straßburg belangend, da das ihrenthalben in den gravaminibus angebrachte, ſeithero theils an das Kammergericht zur Rechtfertigung erwachſen, theils aber noch im nemlichen Stande ſey, ſo wolle man den K. inſtändigſt gebeten haben, dieſe Stadt, als ein gehorſames Glied des Reichs, bey ihren Rechten und Freyheiten bleiben zu laſſen, und ſie mit Extraordinari-Proceſſen nicht zu beſchweren. Daß übrigens die alten Beſchwerden der A. C. Stände bereits abgelehnet, hingegen die neue nur von wenigen Ständen übergeben worden, ſey ein doppeltes unerfindliches Vorgeben. Von einer ſolchen ehemaligen Ablehnung ſey den Proteſtanten wenigſtens nichts bekandt geworden, und das andere ſey bereits zu Anfang widerlegt. Wäre es aber wirklich, daß von noch ſo wenigen dieſe Beſchwerden angebracht worden, ſo wären ſie doch von ſolcher Beſchaffenheit, daß ſie abgeſtellt werden müßten, wenn das ſchädliche Mißtrauen zwiſchen den Ständen aufhören, und die Einigkeit wieder aufblühen ſolle. Und da ſie, die Proteſtanten, nicht allein bisher mit den Catholiſchen zugleich alle Reichs-Onera gehorſamſt getragen, ſondern in vielen Puncten vor den Catholiſchen ſich beladen gefunden, auch gehorſamſt und gutwillig erwieſen [f]), ſo

Replik d. Evangeliſchen pt. Gr.

e) In dem revidirten Exemplar aber heißt es viel nachdrücklicher: „will man alles dieſes Orts erwiedert haben, und derſelben Beſchwerden Erledigung und Abſchaffung forderlichſt hoffen.„

f) In dem revidirten Exemplar ſind die beiden Worte: gehorſamſt, und, durchgeſtrichen.

ſo hofften ſie, der K. werde Ihnen [g]) mit gebüh- 1598
render Abhelfung ſolcher Beſchwerden nicht entſte-
hen, dagegen Er ſich von ihnen alles unterthänig-
ſten, ſchuldigen und willigen Gehorſams zu ver-
ſehen habe [h]).„

Oben iſt geſagt worden, daß die Proteſtanten zugleich mit dieſer Replik eine Exceptionsſchrift gegen die von den Catholiſchen angebrachte Beſchwerden dem Erzh. übergeben [i]). In derſelben danken zuerſt die Proteſtanten für die Mittheilung der Gravaminum. Sodann ſagen ſie im Allgemeinen: „Sie fänden zwar die Beſchwerden von der Art, daß ſie zum Theil ſchon verglichen,

Exceptionsſchrift der Proteſtanten.

Y 2 zum

g) Zuſatz: „nach Anleitung des Paſſauiſchen Vertrags, auch des Religions- und Profan-Friedens.„

h) Wer dieſe Replik unterſchrieben, iſt ſo wenig bey Lehmann als in dem revidirten Exemplar zu finden. Vermuthlich waren es alle in dem oben excerpirten Protocoll vom letzten Febr. d. J. als Stimmführend angezeigte Stände, nemlich, außer Chur-Pfalz ſelbſt, als Director, Chur-Brandenburg, Pfalz-Zweybrück, Braunſchweig-Wolfenbüttel und Lüneburg, Brandenburg-Anſpach, die drey Heſſiſchen Häuſer, Baden-Durlach, Anhalt, und die Wetterauiſchen Grafen.

i) Sie ſtehet ebenfalls bey Lehmann, Act. Pac. Rel. L. II. S. 238. unter dem Titel: Nothdürftige Ablehnung der Catholiſchen Stände a. 1594. eingebrachten Gravaminum. Doch ſind in dieſem Druck ſo viele Abweichungen von dem revidirten Exemplar, daß es, ſie alle zu bemerken, viel zu weitläuftig wäre. Ich will es alſo nur bey Anzeige der vornehmſten davon bewenden laſſen. Uebrigens hat auch Struv Rel. Beſchw. S. 395. u. f. dieſe Schrift im Auszug, aber ebenfalls nach dem faſt eine andere Schrift ausmachenden Lehmanniſchen Abdruck, beygebracht. Abſchrift dieſer Exceptions-Schrift iſt auch im Ind. Mſc. Arch. On. T. LXXIII. n. 126. angegeben, und noch eine T. LXIV. n. 71. und noch eine andere T. LXXI. n. 32.

1598 zum Theil zum Proceß gediehen, zum Theil gar Erc. G. der Proteſtant. keine wirkliche Beſchwerden, ſondern mit Fleiß angebracht, um nur die Prot. unter ſich zu veruneinigen und den K. ihnen abgeneigter zu machen, da ſie doch aus falſchem Bericht hergefloſſen. Jedoch damit ihr Stillſchweigen ihnen nicht für ein Nachgeben ausgelegt werde, ſo wollten ſie, dem K. zu Ehren, und gar nicht in der Meinung, ſich desfalls mit Wechſelſchriften abzugeben [t]), von Punct zu Punct ſich desfalls erklären. So werde gleich bey dem Eingang angeführt, daß die Hauptquelle des Mißtrauens unter den Ständen dieſes ſey, daß ſich unter dem Schein der A. C. allerhand Secten eingeſchlichen, indem ſonſten zu hoffen geweſen wäre, daß man ſich beſſer mit einander verſtehen würde, wie daraus zu erſehen, daß 1557. ſich die Stände der eigentlichen A. C. gegen K. Ferdinand erboten, die Stifter bey ihrer Wahlfreyheit zu laſſen, wie auch die Supplication von 1576. bezeuge, wie man dann auch mit einem großen Theil derer, ſo ſich zur A. C. bekennen, in gutem Vernehmen ſtehe [l]). Daß aber ſolches ein rechter fucus, und nur die Stände A. C.

t) Zuſatz: „oder aus der Diſpoſition des Paſſauiſchen Vertrags zu begeben.„

l) Auch von dieſen Catholiſchen Gravaminibus muß Lehmann keine rechte, der wirklich dem Kaiſer übergebenen und den Proteſtanten mitgetheilten gemäße Abſchrift erhalten haben; denn in ſeinem Druck ſtehet von dem, was hier aus dieſer Schrift von den zwey Erklärungen der Proteſtanten, und ſonſten angeführt wird, das allerwenigſte. Ich bemerke dieſes hier aus der Urſache, um die Gelehrten darauf aufmerkſam zu machen, und dadurch vielleicht einen genauern Abdruck nach einem alles enthaltenden Exemplar, dergleichen wol noch in einem oder andern, vielleicht gar dem vortrefflichen Anſpachiſchen, Archiv vorhanden ſeyn dürfte, zu veranlaſſen.

A. C. m) an einander zu hetzen gemeinet ſey, wer- 1598
de dem Concipiſten ſein eigenes Gewiſſen ſagen, Erc. S.
oder er müſſe alles, was die Catholiſchen und ihr der Pro-
Oberhaupt, der Pabſt, wider die Evangeliſche Re- teſtant.
ligion ſelbſt vorgenommen, als unchriſtlich, unbillig und tyranniſch erkennen, dieweil es hier nicht darum, wie ein oder andere Perſon ſich mit einander beſſer vertrage, ſondern um die A. C. zu thun ſey, daß die Evangeliſchen Stände neben den Päbſtlichen in gutem Frieden und Vertrauen im Reich ſollen geduldet, und unter beiden Theilen in commodis et oneribus eine durchgehende Gleichheit gehalten werden n). Und wie könne Catholiſcher Seits vorgegeben werden, daß man die A. C. Verwandte ſo gar wohl dulden könne? da er doch nicht leugnen könne, daß die Päbſtlichen Bannflüche und Verfolgungen nicht allein in des Pabſtes, ſondern auch in des Reichs Gebiet unternommen würden. Denn, nicht zu gedenken der vielen gegen die Proteſtanten in den Catholiſchen Landen herausgekommenen Bücher, die K. Maximilian der II. ſelbſt gutentheils habe unterdrücken heißen, oder der Päbſtlichen vielfachen Bullen, ſo ſolle man ſich nur des Jubilaei vom Jahr 1582. erinnern, was daſelbſt auf öffentlichem Reichstag, auch ſeithero in mancherley Schriften zu der Stände A. C. Verachtung geſchehen: man ſolle ſich erinnern, wie der Eid beſchaffen, den die, ſo von der Proteſtantiſchen Kirche zu der Catholiſchen überträten, ſchwören müßten; man ſolle ſich auch endlich erinnern, was Bellarminus, Gregorius de Valen-

m) Anſtatt „Stände A. C.„ iſt in dem revidirten Exemplar geſetzt, Evangeliſche Stände: doch nur an dieſem einzigen Orte.

n) Dieſe Stelle iſt von dem Lehmanniſchen Druck ſehr verſchieden.

1598 Valentia, der Autor Autonomiae o) und alle an- Erc. S. der Proteſtant. dere Catholiſche Schriftſteller von der A. C. ſelbſt urtheilten; und aus dieſem allem den Schluß machen, ob die Catholiſchen ſich mit den A. C. Ständen bisher ſo gar wohl vertragen, wie der Conciſpiſt angeben wolle. Und ließe man ſich dieſes Orts nicht irre machen, was von dem Vorgang zu Augſpurg 1566. durch den Concipiſten vorgebracht werde: denn wie es damals abgelaufen, bezeugten die Acten, und wenn die vermeinten Catholiſchen es erforderten, ſo ſolle ihnen wegen des Churfürſten von der Pfalz jedes Orts nach Gebühr desfalls geantwortet werden p). Es irre ferner nicht, was von der Evangeliſchen Stände Replik vom Febr. 1557., desgleichen ihrer Supplication vom Jahr 1576. angebracht werde. Denn wenn man die Geſchichte jener Reichsverſammlungen mit einander durchgehe, ſo werde man aus ſolchen finden, daß die Proteſtanten immer und ohne Unterterlaß die Abſtellung des eigenmächtig von den Catholiſchen in den Rel. Frieden eingerückten geiſtlichen Vorbehalts geſuchet, und ſich dabey unter der Bedingung, daß dieſe Abſtellung geſchehe, und ſie alſo auch zu den geiſtlichen Stiftern gelaſſen würden, wie geſchehen, erboten hätten. Wenn ferner den Proteſtanten von dem Concipiſten die vorhabende völlige Unterdrückung der catholiſchen Religion ſchuldgegeben werde, ſo werde hierin viel zu viel geſagt; da hingegen ſo vieles gegen die A. C. Verwandten von allen Ständen geſche-

o) Dieſe Namen fehlen beym Lehmann.

p) Dieſer ganze §. von Und ließe an, bis werden, iſt bey Lehmann viel ausführlicher, in dem revidirten Exemplar aber, nach dem Braunſchweigiſchen monito, ſo allgemein und kurz, wie es hier ſich findet, geſetzt worden.

geſchehe, daß wol dieſe ſelbſt von der andern Seite 1598
gegen ſich das zu befürchten hätten, was man ih- Ere. S. der Pro-
nen gegen jene vorzuhaben aufbürde. teſtant.

Was aber dem Churf. zu Pfalz wider aller Völker, auch der Heiden, Rechte gehandelt, von Veränderung der Religion, von dem Landrichter zu Amberg und was zu Heimhofen vorgegangen, etwas anzüglich zugelegt [q]), deſſen erkenne der Churfürſt einigen Papiſten ſo wenig, als wenig den Evangeliſchen Ständen zugelaſſen; über ſo vieler alten und des neuen Jeſuiter-Ordens diſcrepantias infinitas zu urtheilen. Er getraue es auch in ſeinem Gewiſſen zu verantworten. Darum ſich deſto mehr zu verwundern, daß der Concipiſt ſich nicht geſcheuet, einen Churfürſten des Reichs dergeſtalt zu notiren, ſo ihm weder zu ahnden noch anzuregen gebühre: dann dergleichen Verſagung, Abſchwören, Verleugnen ꝛc., wie von dem Gegentheil mit viel tauſend Exempel offenbar, dieſes Orts mit Beſtand nicht darzuthun: könne auch, wo vonnöthen, der Papiſten unbegründetes Einſtreuen mit mehrerem ſtattlich abgelehnet werden. Was dann von der Pfarr Albersburg und dem Amte Haimhofen gemeldet, geſchehe von des Churf. zu Pfalz wegen dieſer Bericht, daß das Schloß und Hofmarkt Haimhofen als ein Caſtelliſch [r]) Lehen, nach Abſterben des letzten Lehenträgers, der Churfürſtlichen Pfalz eröffnet und

q) Dieſe Stelle, ſo weit ſie den Churf. v. d. Pfalz angehet, iſt wörtlich, nur ſtilo obliquo, in ihrer ganzen, den Teutſchen Schriften damals eigenen unteutſchen Geſtalt, bis zu den Worten, verſchlungen würden, aus der revidirten Abſchrift, die von dem Druck ſehr verſchieden iſt. Uebrigens ſteht von dieſen Vorwürfen allen kein Wort in dem Druck der Gravaminum beym Lehmann.

r) In dem gedruckten ſtehet: Caſſeliſches.

1598 und heimgefallen, derowegen ſie, kraft ihrer Le-
Erc. S. der Pro-teſtant. hensgerechtigkeit ſich deſſelben genahet, und die Papiſtiſchen Misbräuche, aus Zulaſſung des Religionsfriedens abgeſchafft, wie von den Römiſchen Religions-Verwandten dergleichen unzählbare Exempel im Reich jedermann bekandt, und Er, der Churfürſt, auch einem jeden, der einige rechtmäßige Anſprache an ſolches deſſelben apert Lehenſtück, oder auch andere Orte, gleicher Urſache wegen zu haben ſich anzumaßen vermeinet, zu ordentlichem ſchleunigem Rechte, vermög des Reichs Ordnungen und Austräge erbiete. Man ſey auch hiebey der Pfarre Alberſpurg halber genugſam bericht, welchergeſtalt von dem Gegentheile über bewilligte gütliche Handlung via facti mit Verführung und Verſtrickung etlicher der Pfalz angehörigen Diener der Anfang gemacht, und procedirt worden, zu thun erbietig, was deswegen ao. 1589. an H. Wilhelm in Bayern geſchrieben worden, damit auch derſelbe, dieweil von der Regierung zu Amberg darauf weiter nicht vorgekommen, zufrieden geweſen. Man wolle hier auch zu Verhütung mehrerer Verbitterung nicht anregen, was mit ganzen Fürſtenthümern, Grafſchaften und Herrſchaften geübet, denen die Evangeliſche Religion, die ſie aus Zulaſſung ihrer rechten Oberherren viele Jahre gehabt, entzogen, die Unterthanen mit Gewalt zu den Papiſtiſchen Misbräuchen ihrer wiederum gedrungen, oder von ihren Gütern und häuslichen Wohnungen darüber verſtoßen haben. Das dann noch ferner von dem Concipiſten unterſtanden wird, etliche Evangeliſche Stände dergeſtalt vornehmlich als Sectirer, ſo andere wider die Papiſten verhetzen, und unzuläſſigen Opinionen Unterſchleif geben, zu notiren, und verhaßt zu machen, das beſtehe bey nächſtvor-

hergehender Verweiſung auf ihre unzählige alte 1598
und neue, ihnen ſelbſt widrige Orden, bis dieſe Ere. d.
dermaleins zu Haufen kämen, und ſich verglichen, der Proteſtant.
damit ſie von ihren gemeinen Feinden, doch aber Religions-Verwandten, den Jeſuitern, nicht gar verſchlungen würden.„

„Was ferner (fährt die Beantwortungsſchrift fort) belange, daß des Pabſts bey den Proteſtanten nicht in Ehren gedacht werde [s]), darüber ſey ſich nicht zu verwundern, da die Päbſte von jeher den Kaiſern und dem Reiche mehr als alle ausländiſche Feinde geſchadet, und ſie auch ſchon in den ganz Catholiſchen Zeiten deswegen von den verdienteſten Männern Simoniten, Zerſtörer der Kirchenzucht, Vorläufer des Antichriſts, u. ſ. w. genannt worden, wie denn auch noch zu Carls des V. Zeiten der Pabſt ſich ſo unverantwortlich gegen Kaiſer und Reich aufgeführt habe, daß er desfalls Vorwürfe genug, ſelbſt von den Catholiken, hören müſſen. Wegen des neuen Calenders bliebe es auch dabey, daß die Evangeliſchen des Pabſts Gewalt über ſich nicht erkenneten, mithin auch einen neuen Calender, ſo ein Werk der weltlichen Obrigkeit ſey, ſich von ihm noch weniger aufdringen laſſen würden, zumal er ſolches thue, nicht um der richtigern Zeitrechnung willen, ſondern um ſeine Macht auszubreiten, und ſich etwas anzumaßen, das Kaiſern und Königen nur zuſtehe; deswegen die Evangeliſchen ihn billig als einen Antichriſt vor andern der Zeit [t])

s) Auch in dieſer den Pabſt betreffenden Stelle iſt in dem gedruckten vieles anders als im geſchriebenen revidirten Exemplar zu leſen.

t) So ſteht ganz falſch im Lehmann. In dem revidirten Exemplar hingegen heißt es: einen antichriſtiſchen Veränderer der Zeit. Dieſe Worte aber ſind von

1598 beſchuldigten u). Daß die Evangeliſchen Stände ſich der Stadt Aachen mit Fürbitten angenommen, könne man wol nicht als eine Beſchwerde anſehen, und würden ſie gerne dieſes alles unterlaſſen haben, wenn man die proteſtantiſche Rel. Uebung, neben der catholiſchen, nach dem Rel. Frieden, ungeſtört hätte laſſen wollen. Wegen der Nuntien ſey in der andern Schrift ſchon genugſam ausgeführt worden. Wegen der Eidſchwüre hätten die Proteſtanten ohnmöglich etwas beſchwerliches gegen die Catholiſchen vorgenommen, wenn ſie nicht auch mit auf die Heiligen ſchwöten wollten. Denn Gottes Gebot laufe dieſes ſchnurſtracks zuwider, welchem man mehr als den Menſchen folgen müſſe. Wegen der Kammergerichts-Proceſſe hätten ſich vielmehr die Evangeliſchen zu beſchweren, daß öftermals aus der nemlichen Urſache eine Klage von einem Catholiſchen gegen einen Proteſtanten angenommen würde, wohingegen die von einem Proteſt. wider einen Catho-

Erc. G. der Proteſtant.

von des Canzlers Jagemanns Handſchrift dahin geändert, daß ſie heißen: einen Antichriſt, als der die Zeit verändert.„ Man mag nun leſen wie man will, ſo muß man doch Mitleiden mit dem Pabſt haben, der zu jener Zeit, ſogar wegen der freylich ungeziemenden Anmaßung, ſeinen Calender allen Völkern aufdringen zu wollen, ein Antichriſt ſeyn mußte; aber auch zugleich Gott danken, daß wir in Zeiten leben, wo man nicht mehr mit dergleichen Waffen zu Felde ziehet.

u) Zuſatz: „Wie dann etliche vortreffliche Mathematici ad oculum demonſtriret, daß ſolche unrichtige emendatio unwiderleglich verurſachte, daß man dieſes Jahr drey Oſtern haben werde.„ In den Braunſchw. obangeführten Monitis, aus denen dieſe Stelle entſtanden, ſind bey dem Worte, Mathematici, genannt, des Kaiſers eigener Mathematicus, Ditmarus Urſus, wie auch Albinus.

Catholiken, abſchlägliche Antwort erhielte. Was 1598
ferner den Proteſtanten zur Laſt gelegt wird, daß Erc. G.
ſie ihre **Pfarren**, wo Catholiſchen Ständen das der Proteſtant.
Patronats-Recht zuſtehet, nicht mit Catholiſchen Geiſtlichen wollen beſtellen laſſen, das ſey auch keine Beſchwerde, da ſie, die Catholiſchen, ja ein gleiches im umgekehrten Fall von den Proteſtanten verlangten; auch gebe es ſo der Buchſtabe des Religions-Friedens. Was in des Gegentheils Klagſchrift, oder Gravaminibus, in dem §. **Ueber dieſes**, §. **Neben ſolchem**, auch §. **In der Stadt Schwäbiſch Wöhrd** r), angezogen, deſſen könne man insgemein nichts ſagen. Auf Specialia würde jede Stadt wol genugſamen Bericht geben können. Aber das ſey unwiderſprechlich wahr, und könne mit Grunde geſagt werden, daß das, was hier gegen die Evangeliſchen Städte geſagt worden, weit mehr in den Catholiſchen Städten gegen die Proteſtanten ausgeübet werde, wie desfalls die Vorfälle zu **Cölln**, **Schwäbiſch-Gemünd**, **Weil**, und andern Orten genugſame Beweiſe gäben: wie dann auch verſchiedene Catholiſche Städte mit Vorſatz ihren Bürger-Eid ſo eingerichtet, daß man dabey auch die Catholiſche Religion

r) Von dieſen drey §. findet ſich nur der erſte in den gedruckten Gravaminibus, der zweyte wenigſtens nicht ganz ſo anfangend, von Schwäbiſch Wöhrd aber gar nichts. Ueberhaupt iſt der Unterſchied des Inhalts der gedruckten Gravaminum, von dem, was aus den Gravaminibus hier an verſchiedenen Orten angeführt wird, ſo groß, daß man faſt denken ſollte, es wären zwey dergleichen Schriften dem K. überreicht worden, in deren letzterer vieles genauer beſtimmt worden, was in der erſten nur allgemein enthalten geweſen wäre. Vielleicht findet ſich dieſelbe in einem oder anderem Archiv, da dann ihre Herausgabe im Druck, zum beſſern Verſtande dieſer Beantwortung, zu wünſchen wäre.

1598 gion beyzubehalten ſchwören muß, darüber dann
Exc. S. der Proteſtant. manchmal ſelbſt Bürgers-Söhne, imgleichen diejenigen Bürgerstöchter, die andere dann Catholiken heirathen, vom Bürgerrecht ausgeſchloſſen würden, welches doch gewiß von keiner prot. Stadt beyzubringen seyn würde. Dahingegen ſie, die Proteſtanten, ſich deſto gegründeter zu beſchweren hätten, daß ihren Glaubensgenoſſen zu Cölln, wenn ſie gleich mit langwieriger Gefängniß oder ſonſt beſchweret worden, die Hülfe am Kammergericht verſagt werde; da ſie doch Catholiſchen in ähnlichen Fällen gleich bereit seyn würde. Was weiter die Proceſſionen auf der proteſtantiſchen Obrigkeiten Grund und Boden anlangt, ſo ſey es den Evangeliſchen ja erlaubt, ſo wie ihnen die Catholiſchen keine Religions-Uebung dem Rel. Frieden gemäß in ihren Landen geſtatten, auch ebenfalls den Catholiſchen keine dergleichen zu geſtatten, um ſo mehr als bey den Proceſſionen Abgötterey mit Anrufung der Heiligen getrieben werde. Belangend ferner den Vorwurf, als wenn die Prot. den geiſtlichen Vorbehalt angenommen hätten, und nun doch die hohen Stifter zum Theil ſich anmaßten, ſo wird hier das nemliche ohngefähr wie in der Replik desfalls angebracht, wobey dann ſtandhaft auf der Proteſtation gegen dieſen Vorbehalt beharret wird. Uebrigens hätten ſich (wie die Exceptions-Schrift fortfährt) die Catholiſchen keiner Profanation der Stifter zu beſorgen, da ja die Proteſtanten ſich zuletzt noch 1576. zur Gnüge erboten, die inhabenden Stifter nach dem Endzweck der Stifter zum Gottesdienſt und allen ſonſtigen guten Beſtimmungen anzuwenden, daher die Catholiſchen nur zuſehen möchten, daß bey ihnen die Stifts-Einkünfte nicht ungleich mehr, ihrem eigenen geiſtlichen

Rechte zuwider, misbrauchet würden. Was das 1598
geklagte Unweſen im Stift Cölln betreffe, ſo ſey Err. S.
hierauf zu antworten, daß, wenn der Päbſtliche der Protestant.
Nuntius nicht unrechtmäßigerweiſe den Proceß
wider den Churf. Gebhard angefangen, und
es dem Churfürſtenverein zuwider dahin gebracht
hätte, daß derſelbe ſeines Erzbisthums entſetzt
werden ſollen, ſo würde es nicht nöthig geweſen
ſeyn, das Spaniſche Kriegsvolk ins Reich zu ru-
fen, ſo wenig als man ſodann Urſache gehabt ha-
ben würde, ſich gegen ſolches zu wehren, und
auch fremde Hülfe zu ſuchen: daher dann alle hier-
aus entſtandene Unruhen und Nachtheil für das
Reich den Proteſtanten nicht zugeſchrieben werden
könnten. Das Stift Halberſtadt belangend,
ſo habe der daſelbſt zum Biſchof poſtulirte Herzog
von Braunſchweig nicht unterlaſſen können, we-
gen des ärgerlichen Lebens der Geiſtlichen daſelbſt,
die angefangene Reformation fortzuſetzen, habe
aber dabey nichts gegen den Religions-Frieden ge-
handelt. Was aber ihm dabey aufgebürdet wer-
den wolle, als ob er alles dahin anfinge, um das
Stift ſich wider die mit dem Dom-Capitel getrof-
fene Uebereinkunft, ſich eigen zu machen, ferner,
daß er Eidſchwüre gegen die päbſtliche und refor-
mirte Religion eingeführt habe, u. d. gl., ſey ganz
unerweislich. Eben ſo wenig ſey es gegründet,
daß er einige Nonnen zu Annehmung der Ev. Re-
ligion habe zwingen wollen. Daß er aber auf ſei-
nem jure conferendi beſtehe, und was hierüber
insbeſondere mit David Paurmeiſter vorgegan-
gen, könne ihm vom Gegentheil nicht mit Grunde
übelgenommen werden; wohl aber hätten die Prot.
Fug, ſich wider die Cath. zu beſchweren, da vor
wenigen Jahren ein Cath. Subdelegatus wider
einen Ev. Fürſten und ein ganzes Domcapi-

1598 tel [n]) gegen das Jus Canonicum, auch die eingewand-
Exc. S. der Proteſtant. te Appellation, mit geiſt- und weltlichen Mitteln verfahren habe, ſo daß der K. ſelbſt nach erhaltenem rechten Bericht von der Sache eine Genugthuung verſprochen, und der vertrieben werden ſollende bey ſeinèm Beſitz gelaſſen worden.„

„Das Stift Straßburg betreffend, (heißt es ferner in dieſer Exceptions-Schrift) ſo habe man, da beide Theile bisher bey dem durch den K. Commiſſarius gemachten Vertrag ſich beruhiget, nichts davon zu reden. Des Stifts Minden halber ſey bekandt, daß das H. Haus Braunſchweig ſeit 200 Jahren den Erbſchutz über daſſelbe habe, welcherley bey andern Stiftern nicht viel zu finden, und wäre alſo demſelben Hauſe nicht zu verdenken, wann es dieſerhalben ſich im Beſitz zu erhalten ſuche. Was ferner den Proteſtanten wegen Einziehung der geiſtlichen Güter nach dem Religions-Frieden vorgeworfen werde, desfalls antworte man, daß der Verſtand ſowol,

n) Warum dieſes nicht genannt wird, kann ich aus nichts errathen. Ueberhaupt aber iſt dieſes der Geiſt der beiderſeitigen damaligen Wechſel-Schriften, mehr im Allgemeinen als mit Angabe beſonderer Umſtände ſich einander etwas vorzuwerfen, und es von ſich abzulehnen. Wollte man auch hier ſagen, es ſey aus beſondern politiſchen Rückſichten etwa der Name verſchwiegen worden, ſo findet man doch überhaupt in dieſen Gegenſchriften ſelten ein gerades beſtimmtes Angeben, ſelten, außer wo es den Churf. von der Pfalz angehet, eine gerade bey der Klinge bleibende Verantwortung. Daher dann auch alles dieſer Art freylich nur mehr Verbitterung würken konnte, und K. Rudolf faſt recht that, wenn er dergleichen ſo wenig gründliches enthaltende Schriften kaum gegen einander communiciren mochte, wie Lehmann anmerkt, Acta Pacis Rel. L. II. c. 78.

ſowol, als ſelbſt der Buchſtabe des Rel. Fr. da- 1598
hin gehe, daß den Prot. nicht allein die zur Zeit Erc. S.
des Paſſauiſchen Vertrags innegehabte geiſtliche der Pro-
Güter zu behalten erlaubt ſey, ſondern ſie ſich auch teſtant.
der übrigen in ihren Landen gelegenen annehmen und ſie nach ihrer Religion einrichten dürften. Dieweil auch im Rel. Fr. klar verſehen, daß den Städten i) der A. C. nicht weniger als andern Ständen zuſtehen ſolle, dem §. **Und damit ſolcher**, und dem §. **Damit auch** gemäß, in ihren Bezirken zu reformiren, in welchem Beſitz ſie auch bisher geblieben (außer daß einigen Städten und inſonderheit der Stadt **Aachen** neulich ein anderes zugemuthet worden), ſo ſollte der Gegentheil nicht verlangen, denſelben dieſes Recht zu benehmen, das ſie doch ſelbſten in ihren Städten manchmal mit großer Verfolgung ausübten. So werde auch **Chur-Pfalz** mit Ungrund darüber angegriffen, daß es in ſeinen Landen die ſchon ſeit vielen Jahren angefangene Univerſal-Reformation immer fortſetze, und desfalls inſonderheit Churf. **Friedrich** III. das Kloſter **Neuhaus** bey **Worms**, imgleichen die anſtoßenden Klöſter **Hochheim** und **Liebenau** reformiret habe: dieweil außer Zweifel, daß **Neuhauſen** auf Pfälziſchem Grund und Boden, auch in Pfälziſchem Schutz und unter Pfälziſcher Obrigkeit, nur aber im Geiſtlichen unter Worms geſtanden. Es ſey auch durch ſolche Reformation dem Biſchof zu Worms nichts zu Nachtheil geſchehen, und eben ſo wenig das Stift dadurch profanirt worden, ſondern mit großem Zuſchuß aus der Churf. Kammer

i) Hier ſtehet in dem Lehmann, Ständen, ſo ſich auch im revidirten Exemplar alſo geſchrieben findet, aber von Jagemanns Hand ausgeſtrichen, und Städten an den Rand geſchrieben iſt.

1598 mer zu einer nützlichen Schule zugerichtet [a]). Hingegen ſeyen vielmehr in vorigen Zeiten die Stiftsgüter meiſtens durch ſolche genoſſen worden, die weder der Kirche, noch der Welt genützt, indem Biſchof Diethers vorgegebene Union, mit dem Stift in der Stadt Worms, meiſt dazu gedient, daß geiſtliche Kammerdienerinnen in der Stadt ihrer fleiſchlichen Bürden ſich zu entladen gute Gelegenheit gehabt. Daß nun der Churfürſt ſolchem epicuräiſchen, gottloſen, aller Ehrbarkeit ärgerlichen, abſcheulichen Leben [b]) ein Ende gemacht, und zwar auf die Art, wie es geſchehen, könne man demſelben wol mit Grunde nicht übelnehmen. Daß aber dieſe ſchon bey K. Maximilian des II. Zeiten genugſam verhandelte Sache nun aufs neue, den Churf. nur verhaßt zu machen, auf die Bahn gebracht werden wolle, deſſen habe ſich letzterer mehr gegen die Catholiſchen, als ſolche gegen ihn in etwas, zu beſchweren. Was weiter von einiger Evangeliſchen Städte ſchimpflicher Ausweiſung ganzer Kirchen Catholiſcher Rel. [c]) geſagt wird, werde, wie ſchon in der Replik erinnert, zum Theil nicht wahr befunden werden; zum Theil hätten ſich die Catholiſchen ſolches durch ihre vielfältige Verfolgung und unchriſtliches Bezeigen zugezogen. Was ferner gegen den Churf. von

Erc. S. der Proteſtant.

Pfalz

a) S. Struvs Pfälziſche Kirchenhiſt. S. 162. und an mehreren Orten.

b) Ich habe mit Fleiß alle die Beywörter der Schrift hierher geſetzet, um die gewaltige Erbitterung der Religionen damaliger Zeiten zu zeigen, da jede derſelben recht mit Freuden jede geringſte Gelegenheit ergriff, um über die Fehler der andern losziehen zu können.

c) Dieſe Redensart ſtehet alſo im Lehmann ſowol als in der revidirten Abſchrift, und ſoll wol die Aufhebung der ganzen Catholiſchen Religions-Uebung bedeuten.

Pfalz wegen Lampertsheim und andrer be- 1598
nannten Ortſchaften angebracht worden, desfalls Erc. S.
ließe es derſelbe auf richterliche Erkenntniß ankom- der Pro-
men, wie auch wegen Ladenburg, wegen wel- teſtant.
ches ohnehin der Proceß ſchon zu Speyer anhän-
gig ſey. Was noch weiter gegen dieſen Churf.
geklagt werde, daß derſelbe einige Catholiſche
Geiſtliche habe anhalten laſſen, das betreffe zum
Theil einen Wormſiſchen Domherrn, wegen
deſſen die Sache auch zum Proceß gediehen, zum
Theil einen Prieſter, der in Bauerkleidern ſich
verborgen halten wollen, um Meſſe zu leſen, wel-
chen daher der Churf. zwey Tage lang verwahren,
hernach aber, unter Verbot dergleichen mehr zu
thun, in Freyheit ſetzen laſſen, welches letztere
wol nicht der Mühe werth ſey, eine Beſchwerde
bey Kaiſer und Reich daraus zu machen.,,

,,Des Eintrags in der Gerichtbarkeit hätten ſich wol die geiſtlichen Gerichte nicht gegen die Proteſtanten, wol aber dieſe gegen die Geiſtlichkeit zu beſchweren, da die Officiales auch Sachen, die nicht vor ihre Conſiſtorien gehörten, dahin zögen, dadurch dann die Appellationen an die oberen geiſtlichen Gerichte und endlich gar an den Pabſt entſtünden, oder wenn auch eine Partey an das Kammergericht appellire, die Acten gar ſchwerlich von den Officialen zu erhalten wären. So hätten auch in Eheſachen die Proteſtantiſchen Stände ſich der Catholiſchen Geiſtlichen Gerichtbarkeit unmöglich unterwerfen können, weil bey denſelben nach dem canoniſchen Recht allein geſprochen werde, ſo den bibliſchen Schriften zuwider ſey: zudem ſeyen ja die Eheſachen nach der Catholiſchen eigenen Grundſätzen als geiſtliche Sachen anzuſehen, in welchen allen die geiſtliche Gerichtbarkeit ohnehin aufgehoben ſey. Daß man von Prote-

1598 ſtantiſcher Seite Perſonen, die der geiſtlichen Erc. E. Gerichtbarkeit unterworfen, wenn ſie die Catho- der Pro- liſche Religion und zugleich auch ihr ärgerliches Le- teſtant. ben verlaſſen wollen, annehme, auch ihnen Schutz und Schirm gebe, dazu halte man ſich verpflichtet, und könne dis keine Beſchwerde genannt werden. Daß man aber Perſonen, die mit Ehebruch und Blutſchande ſich beflecket, ebenfalls auf- und in den Schutz nehme, dieſem widerſpreche man ſo lange, bis durch Thatſachen bewieſen werden könne, daß Perſonen, von denen ſolches klar, ungeſtraft geblieben. Was wegen der Noval-Zehenden geklagt werde, deſſen ſeyen die Proteſtanten geſtändig, in denen Orten, wo ſie kraft des Rel. Fr. als ordinarii anzuſehen b). Was nun weiter über den Churf. von Pfalz wegen eines Soldgeldes geklagt werde, ſo ſey wahr, daß der Churf. im Jahr 1592. zu beſſerer Verwahrung ſeines Landes bey dem nahen Kriegsfeuer einige Reuter, auch etwas Fußvolk angeworben, und zu deren Unterhaltung ſeine Lande mit einer leidlichen Steuer beleget. Da nun die Biſthümer Worms und Speyer viele Güter in denſelben Landen hätten, ſo habe der Churf. ſie um eine Steuer dazu anſprechen laſſen, die ſie auch bewilliget, daher ſich derſelbe gar ſehr wundere, daß nun aus dieſer Bewilligung eine Beſchwerde gemacht werden wolle, zumal dieſe Bewilligung gar gering geweſen. Wobey es dann die Evangeliſchen auch bewenden ließen, zumal Beyſpiele genug vorhanden,

b) Hier folgt nun bey Lehmann eine Berufung auf das Canoniſche Recht, im revidirten Exemplar aber wird anſtatt dieſer zugeſetzt: „oder ſonſten befugt ſind, wie dann auch die Geiſtlichen zuweilen der Novalien ſich an Orten, da ſie weder Schein noch Fug haben, anmaßen.„

handen, da der Proteſtantiſchen Unterthanen Gü- 1598
tern, ſo ſie in Catholiſcher Herren Landen hätten, Ert. G.
anders zugeſprochen werde. Die Grafſchaft der Pro-
Wertheim betreffend, dieweil die Beſchuldigun- teſtant.
gen nur im Allgemeinen ſeyen, müſſe die Beybrin-
gung von Specialien abgewartet werden [e]). Die
Filiale belangend, ſey man nicht geſtändig, daß,
wenn wegen Verſchiedenheit der Religion eine Kir-
che von ihrer Mutter-Kirche abgeſondert werden
müßte, man ihr mehr Einkünfte zuſchlüge, als
die Umſtände es erlaubten, und nach dem Rel. Fr.
verantwortet werden könnte.„

„Ferner (heißt es in der Exceptions-Schrift) werde in dem §. Es laſſen auch, der gravaminum [f]), große Klage geführt, daß den Catholiſchen Obrigkeiten ihre [g]) Unterthanen wegpracticirt, durch heimliche Adminiſtration der Sacramente in ihrer Religion geſtärkt, auch ihnen Schutz gegeben werde, wozu die Beyſpiele von Aachen und Cölln, gegen welche Städte es von den General-Staaten geſchehe, angeführt seyn. Nun ſey man zwar ohnehin nicht ſchuldig, der General-Staaten Handlungen zu verantworten; aber im Ganzen könne es doch gewiß niemand übel gedeutet werden, wenn er ſeine bedrängten Glaubens-

e) Hier folgt eine Stelle, die Unterhaltung der Kirchen- und Schuldiener belangend, die ich, weil ſie ohne den §. der Beſchwerden, auf welche ſie ſich beziehet, der aber bey Lehmann gleich vielen andern fehlt, nicht verſtanden werden kann, lieber weglaſſe.

f) Dergleichen §. iſt bey Lehmann nicht zu finden; die Klage aber über Aachen und Cölln ſtehet daſelbſt ganz zu Ende der Gravaminum, in wenigen Worten: und überhaupt vom abpracticiren ꝛc. wird im §. zum achten, bey Lehmann, S. 235. gehandelt.

g) Hier fehlt vermuthlich das Wort proteſtantiſche.

1598 brüder durch Religions-Uebungen zu tröſten ſuchte. Wann freylich ein Abpracticiren dabey vorgehe, ſo müſſe der, der ſolches gegen den Religions-Frieden, unter welchem Schein es auch wäre, thäte, es einzig und allein verantworten. Allein, da ſolle man nun auch Achtung geben, ob ſie Catholiſcher Seits nicht dieſes, was ſie von den Proteſtanten nicht leiden wollen, doppelt und dreyfach ſelbſt trieben, und ob nicht in allen Winkeln Teutſchlands Leute herumliefen, die die Unterthanen an ſich zögen, wider die Obrigkeiten verhetzten, und denſelben Schutz verſprächen, die Kinder unter dem Schein des Unterrichts ablockten und an andere Orte brächten, ja gar die Eheweiber abzupracticiren und an ſich zu bringen ſuchten. So lange man nun Catholiſcher Seits dieſer Art Handlungen begünſtigte, ſo lange würden ſie, wenn ja einmal etwas bey den Evangeliſchen geſchehe, (wie doch noch nicht bewieſen,) es eben ſo hoch nicht anrechnen dürfen. Was aber in dem nemlichen §. über der **Reichsſtädte** Verfügungen in Rel. Sachen geklagt werde, das wäre, glaubten ſie, ganz ohne Grund und der Reichsſtädte Befugniſſe in dieſem Punct im Rel. Fr. gegründet. Was weiter in dem §. So viel man [b]) von der **Nachſteuer** angeführt werde, desfalls beziehe man ſich auf die Replik. Daß aber daſelbſt ferner geklagt werde, wie Nonnen aus ihren Klöſtern mit Gewalt vertrieben worden, Catholiken zu Annehmung der Ev. Rel. mit Gefängniß gezwungen werden wollen, u. d. g. würde ſo lange für ein Luftgeſchrey erklärt, bis man desfalls etwas wirklich darthun könne. Was gegen einige **Reichsſtädte**, als **Straßburg, Regenſpurg, Heilbrunn, Nördlingen,**

Erceſſionen der Proteſt.

b) Auch dieſer §. iſt im Druck bey Lehmann nicht zu finden.

lingen, Donauwerth, Lindau, Wimpfen, 1598
Schweinfurt, Kempten, Kaufbeuern und Except.
Jſni geklagt werde, darüber lägen beſondere Be- der Proteſt.
richte [i]) bey, welche den Ungrund der Beſchuldigungen ſo klar an den Tag legten, daß man ſich wundern müſſe, wie ſich der Concipiſt mit ſolchen Unwahrheiten Kaiſer und Reich zu hintergehen habe unterſtehen mögen. Da nun ſolchergeſtalt ſämtliche Catholiſche Beſchwerden auf das beſte widerlegt, zugleich die der Evangeliſchen Stände auf das beſte beſtätiget worden, ſo bäten dieſe, auf erſtere nicht weiter zu achten, hingegen die letzteren baldigſt abſtellen zu wollen.,,

Von welchen Proteſtantiſchen Ständen dieſe Exceptionen unterſchrieben worden, läßt ſich, da die Unterſchriften weder bey Lehmann, noch in dem geſchriebenen Exemplar zu leſen ſind, nicht beſtimmen. Daß die Sächſiſchen Häuſer an derſelben keinen Theil genommen, zeigt eine mir eben vor Augen gekommene Proteſtation ihrer Geſandten [k]). Denn da des Churſächſiſchen Admini-

i) Dieſe fehlen alle, bey Lehmann ſowol, als bey dem revidirten Exemplar, aus welchem ich hier den Auszug mache. Hingegen finden ſie ſich meiſtens im Onolzb. Archiv, ſ. Ind. Mſc. Arch. Onold. als z. B. der Bericht von Kempten, T. LXIV. n. 70. die von Jſni, Ulm, Donauwerth, Schweinfurt, Lindau und Wimpfen, ebendaſ. n. 72-77. Bey welcher Gelegenheit ich auch zweyer Bittſchriften der Reichsſtadt Weil in Schwaben gedenken muß, die in dem Ind. Mſc. T. LXIX. n. 12. und 33. angegeben ſind.

k) S. vom ganzen Vorgang die Nachricht bey Arum. de comitiis, c. VII. p. 420. aus welchem ſie Struv in ſ. Pfälz. Kirchenhiſt. VIII. Cap. §. 9. eingeſchaltet, und ſcheint es ein Stück einer Relation der Herz. Sächſiſchen Geſandten an die Herzoge zu ſeyn.

1598 miniſtrators Geſandte, mit einigen andern Stän- Execut. der Proteſt. diſchen Geſandten, wegen der gravaminum ſich beredeten, ſo ſagte A. B. [l]): „Es ſey ein Chur-pfälziſcher zu einem von ihnen gekommen, und habe ihn zu einer Zuſammenkunft der Proteſtanten, der Gravaminum halber, eingeladen. Gleiches Geſuch wäre auch ſchon an ſeinen Herrn geweſen. Hierauf ſeyen ſie (die Sächſiſchen Geſandte) zu ihnen (den Pfälziſchen) gegangen, mit der Erklärung, daß ſie in politiſchen Sachen, ſonderlich das Türkiſche Weſen belangend, gerne mit ihnen communiciren wollten. Die Pfälzer hätten aber dagegen vorgeſtellt, daß vorzüglich der Catholiken übergebene Gravamina zu beantworten, ſodann auch auf die von den Prot. überreichten Grav. bey dem Kaiſer um Antwort zu bitten ſey. Als nun ſie, die Sächſiſchen, vernommen, daß von dieſen Beſchwerden die Rede seyn ſollte, ſo hätten ſie befunden, daß ſie ſich hierum nichts annehmen könnten. Denn, wenn es die vorige 1594. verfaßte Schrift beträfe, ſo wüßten ſie, daß ihr Herr ſie nicht gut heißen könnte, maßen in ſolcher der Kaiſer verkleinert und angegriffen, und an die Stände appellirt wäre. Wäre es aber eine andere als dieſe, ſo wüßte der Churfürſt nicht, was darinnen ſtünde, könnte ſich alſo nicht als Theilhaber derſelben angeben. Man ſchleppe ſich und plage den K. mit gravaminibus, die doch zu erledigen in des K. Macht nicht ſtehe. Auch habe ihr Herr bereits an den Churf. zu B. (Brandenburg) geſchrieben, daß er mit dieſer Sache nichts zu thun haben könne, weil ſie wider das, was bey Churf. Auguſts Zeiten für gut angeſehen worden, liefe. Dieſes alles

l) So ſchreibt Arumaeus; vermuthlich ſoll dieſes den Abraham Bock, einen der Churſächſiſchen Geſandten, bedeuten.

alles hätten ſie, die Sächſiſchen, den Pfälziſch- 1598
und Brandenb. angezeigt, darauf dieſe geantwor- Ercept.
tet, ſie müßten es dahin geſtellt ſeyn laſſen, hoff- der Pro-
ten aber doch, von andern Ständen nicht verlaſſen teſt.
zu werden. B. habe noch weiter geſagt, die gravamina wären nicht alle relevant, noch in jure et facto gegründet, liefen auch zum Theil gegen den K. ſelbſt, dem man doch mit Eid und Pflichten verwandt ſey, ſonderlich dadurch, daß man ſie gleichſam zu Bedingungen der Verwilligung machen wolle, wodurch nur Bewegungen angerichtet würden. Da ſie nun hiezu nicht befehliget, wollten ſie auch nichts damit zu thun haben, ſondern erſt ihres Herrn Reſolution abwarten. Denn, es liefen doch immer theologiſche Sachen mitunter, man verblüme es, wie man es wolle, darin der Churfürſt, ihr Herr, keinem, der nicht ſeiner Rel. wäre, das Directorium laſſen könne. Freylich pflegten die Pfälziſchen ſich als auch der A. C. zugethan zu unterſchreiben, gingen aber doch mit nichts um, als den Rel. Fr. umzuſtoßen, und die Freyſtellung zu erhalten. Hierauf ſagte der N. (vermuthlich Neuburgiſche): „er ſey auch erfordert worden, hätte aber geantwortet, daß man ſich zuvor in der Inſtruction Raths erholen, und nach derſelben handeln wolle. Weil ſie nun aus ſolcher wüßten, daß ſie mit den Churfürſtlich-Sächſiſchen ſich unterreden ſollten, und was ihr Herr ſich bereits mit Sachſen verglichen, ſo wäre ihnen bey dieſer Verſammlung zu erſcheinen bedenklich, immaßen ihr Herr Urſache gehabt, nicht mit den gravaminibus von 1594. ſich einzulaſſen, und wollten ſie derowegen auch jetzo damit nichts zu thun haben. Jedoch, was politiſche Sachen anlangte, und die ſich darin ergebende gravamina, ſo in jure et facto beſtünden, wollten ſie, wenn

1598 die Stände ſich desfalls vereinigten, ſich nicht abſondern.„ Auf dieſe damalige Aeußerung der Geſandten folgte ſodann auch [m]) ein Churfürſtliches Sächſiſches Reſcript, in welchem der Geſandten Aeußerung belobt, und ihnen, ſich nicht mit den Gravaminibus zu bemengen, aufgetragen wurde, dem ein weiteres, gleichen Inhalts, einige Wochen darauf, vermuthlich auf nochmalige Anfrage, nachfolgte [n]).

Except. der Proteſt.

Und ſo wurden dann auch dieſe Exceptionen, ſo wie die Replik, ohne Zuthun, ja mit Widerſpruch von den Sächſiſchen Häuſern, auch Pfalz-Neuburg und Würtenberg [o]), unterſchrieben, und obbeſagtermaßen dem Erzh. Matthias übergeben [p]). Was ſie für Folgen gehabt? Die, die man von einem ſo unzuſammenhängenden, meiſtens unbewieſenen Schreibwerk, als dieſe beide Schriften ſind, denen man es noch dazu gleich anſahe, daß ſie kein Werk von geſamten prot. Ständen waren, erwarten konnte. Nicht einmal eine allgemeine Verſicherung von Kaiſerlicher Seite, den Beſchwerden, davon ſie handelten, abhelfen zu wollen, kam in den Reichs-Abſchied. Nicht einmal eine Communication derſelben geſchah an die Catholiken [q]). Aller Nutzen, der dadurch geſtiftet

m) Wie Arumaeus ebenfalls meldet.

n) Erſteres d. d. Torgau 20. Dec. 1597. Letzteres d. d. Torgau 21. Jenner, 1598.

o) Vielleicht auch noch mehrerer prot. Stände. Wenigſtens findet ſich in dem von mir oben ausgezogenen Prot. vom letzten Febr. d. J. z. B. kein Meklenburgiſcher Geſandter.

p) Mehreres Licht über alle dieſe Verhandlungen können auch noch nachfolgende Stücke in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. geben, T. LXIV. n. 78-73. ſo ein Reichstags-Protocoll iſt.

q) Lehmann, Acta Pacis L. II. c. 68.

ſtiftet wurde, war etwa, die Sachen mit einander 1598
in den Augen des K. verworrener, und ihn gegen
die Prot. erbitterter als vorher zu machen.

Bitt- ſchr. der Wetterauiſch. Grafen.

Ich komme nun auf zwey andere, auch einigermaßen in die öffentlichen Angelegenheiten einſchlagende Bittſchriften, nemlich die der Wetterauiſchen und Fränkiſchen Grafen. Nemlich 1) die **Wetterauiſchen Grafen** brachten ihre alte Beſchwerde, wegen der geſchehenen **Ausſchließung** ihrer Geſandten von **Deputationstägen** [r]), wieder an [s]). „Sie hätten (klagen ſie) ſich zum öftern ſchon beſchweret, daß ſo viele an den Reichstag gehörige Sachen von demſelben weg, und auf die Deputationstäge gewieſen würden, und gebeten, daß entweder alle Sachen auf den Reichstägen ausgemacht, oder doch bey denen an die Stelle tretenden Deputationstägen auch ihnen eine Stimme, gleich den **Schwäbiſchen Grafen**, gegönnt werden möge. Da nun auch bey jetzigem Reichstag der **Kaiſer** ſich wieder dahin erklärt, daß er einiges auf den nächſthin zu eröffnenden Deputationstag zur Erörterung verſchieben wolle, ſie aber höchſt beſchwert ſich finden würden, wenn ſie abermals bey dieſer Deputation ausgeſchloſſen ſeyn ſollten, ſo wollten ſie nochmals auf das inſtändigſte bitten, daß man ſie doch nicht, bey dem Ausſchreiben zu dieſer Verſammlung, ausſchließen möge; in Betracht, daß daſelbſt doch meiſtens ſolche Sachen, die eigentlich auf dem Reichstag (bey welchem ſie, **Wetterauiſche Grafen**, auch

 eine

r) S. die letzten Verhandlungen davon auf dem Reichstag von 1594. in der N. T. R. Hiſt. XVIII. B. S. 643. u. f.

s) In einer zwey Bogen ſtarken Supplications-Schrift, die ſich unter den Wolfenb. Actis Comit. Mſc. faſc. III. n. 50. befindet. Auf derſelben ſtehet, lectum 23. Febr.

1598 eine Stimme hätten,) abgethan werden ſollten, vorkämen, und daß ihr Begehren niemand an ſeinem Rechte ſchädlich ſey; daher dann auch bey der 1582. desfalls vorgeweſenen Verhandlung die Schwäbiſchen Grafen ſelbſt für ſie mit eine Fürſprache eingelegt hätten. Sollte aber, wider Verhoffen, dennoch ihrem Bitten keine Statt gegeben werden, und ſie ferner von den Deputationstägen ausgeſchloſſen bleiben müſſen, ſo könnten ſie, die Geſandten, nicht umhin, zu erklären, daß nicht nur es ſämtlichen Wetterauiſchen Grafen ſehr zu Beſchwerde gereichen würde, wenn ſie denen ſolchergeſtalt ohne ihr Zuthun gemachten Schlüſſen dieſer Art Täge Folge leiſten ſollten, ſondern auch, daß ſie Befehl hätten, ausdrücklich zu erklären, wie dieſe Grafen ſich zu keinem Beytrag zur Türkenhülfe verſtehen würden, wenn nicht, nebſt andern gegründeten Beſchwerden der Proteſtantiſchen Stände, auch dieſe, ihre Principalen zunächſt angehende Beſchwerde abgethan werde. Ja ſie würden auch in dieſem Fall gezwungen ſeyn, nicht nur allhier wegen der Türkenhülfe, ſondern auch bey dem Kammergericht wegen der Kammergerichts-Gelder zu proteſtiren, daß ſie zu beiden nichts beytragen, noch weniger fiſcaliſche Handlungen gegen ſich desfalls anerkennen könnten; obwol ſie übrigens dieſes alles lieber zu umgehen, und ſich dem Kaiſer, wie bisher, in allem bereitwillig zu zeigen wünſchten. Demnach bäten ſie, auf das beſte, um baldige willfährige Entſchließung.„

Bittſchr. der Wetter. Grafen.

In wieferne nun dieſe zu ihrem Vortheil ausgefallen ſey, oder nicht, muß ich, in Ermanglung von Nachrichten, dahin geſtellt ſeyn laſſen. Was ich in einem Protocoll desfalls antreffe t), iſt denſelben

t) Nemlich in dem Fürſtenraths-Protocoll vom $\frac{17}{27}$ Merz e. a. in Act. Com. Mſc. Arch. Wolf. faſc. IV. n. 1.

ſelben wenigſtens nicht günſtig. Schon der Directorial-Oeſterreichiſche Geſandte war gegen das Bitten. Pfalz-lautern und einige Proteſtantiſche Stände nahmen ſich zwar der Wetterauiſchen Grafen an, allein zuletzt blieb es, durch die mehreren Stimmen, bey dem Oeſterreichiſchen Votum, das Geſuch abzuſchlagen. 1598

Der Fränkiſchen Grafen Geſuch.

2) Auch die Fränkiſchen Grafen kamen wieder mit ihrer bey dem letzten Reichstag angebrachten Bitte [u]) wegen einer beſondern Stimme in dem Fürſtenrath. Zwar finde ich keine Bittſchrift, mit der ſie ſich an den ganzen Reichstag gewendet hätten. Aber die Grafen von Hohenlohe, Löwenſtein und Erbach, wie auch die Herren von Limburg, erließen ein Schreiben in ihrem und der übrigen Fränkiſchen Grafen Namen, an verſchiedene Reichsſtände zu Empfehlung ihres Geſuchs [x]). „Sie beziehen ſich darin zuerſt auf die 1594. von ihret der Fränkiſchen Grafen wegen eingereichte Bittſchrift, ſamt dem darauf damals erhaltenen Supplicationsraths-Decret [y]), welches auch vom ganzen Reichstag gebilligt worden. Sie berufen ſich ferner darauf, daß der Kaiſer ihnen bey dieſem Geſuch nicht abgeneigt

u) N. T. R. Hiſt. XVIII. B. S. 639. u. f.

x) Eines davon, an den H. von Braunſchweig, findet ſich in Actis Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 65. d. d. 9. Dec. 1597. et praeſent. 11. Jan. 1598. aus welchem hier einiges Auszugsweiſe beygebracht wird. Ein anderes, vermuthlich gleichen Inhalts, iſt in dem Ind. Mſct. Arch. Onold. T. LXIX. n. 25-29. mit ſ. Beylagen angezeigt, ſo an den Marggr. von Brandenburg oder ſeine Geſandten gerichtet iſt, d. d. 3. Dec. 1597. et praeſ. 9. Jan. 1598. auf welches auch das Antwortſchreiben d. d. 11. Jan. eod. n. 30. befindlich iſt.

y) Beide liegen ſub n. 1. et 2. bey, und ſind oben a. a. O. bereits ausgezogen.

1598 geneigt geweſen, ſondern nur vorher die Schwä- biſchen und Wetterauiſchen Grafen mit ihren etwaigen Einwendungen hören zu wollen, ſich erklärt habe [i]); daß ferner ihnen die Wetterauiſchen Grafen die deutliche ſchriftliche, ſogar mit einer Fürbitte an den Kaiſer verknüpfte, Verſicherung ausgeſtellt, wie ſie gegen dieſes Geſuch im geringſten nichts einzuwenden fänden [a]); daß ſie auch von den Schwäbiſchen Grafen Nachricht hätten, wie dieſelben lange nicht alle ihnen abgeneigt ſeyen, ſondern ſich nur einige der Catholiſchen Religion allzueifrig zugethane Grafen dem ſo billigen Anſuchen bey dem Kaiſer widerſetzten. Nun aber ſey es bedenklich, daß ſo viele neue Catholiſche Stimmen von Zeit zu Zeit gemacht würden, die nur die mehreren Stimmen [b]) den Catholiſchen immer gewiſſer machten, ohne daß dem Reich dadurch ein Heller Einkommen zuwüchſe, hingegen es mit ihrer einzigen Evangeliſchen Gräflichen Stimme es ſo vielen Anſtand finde, unter deren

Der Fr. Gr. Geſuch.

i) In einem ſub n. 3. beyliegenden Schreiben an den Gr. Ludwig von Löwenſtein, ſeinen Reichshofrath, d. d. Prag 28. May 1595.

a) Dieſe Verſicherung liegt ſub n. 4. bey, und iſt, ohne Ortsbenennung, den 15. Jun. 1596. ausgeſtellt. Sie ſtehet auch gedruckt, bey Lünig Theſ. der Grafen und Herren S. 851. mit der Unterſchrift der Grafen von Naſſau-Kazenelnbogen, von Witgenſtein, von Naſſau-Saarbrücken, und von Iſenburg, die dieſe Verſicherung beſiegelt haben.

b) Von dieſer Bemühung der Catholiſchen, die mehreren Stimmen ſich zuzuſichern, und dem dadurch dem Evangeliſchen Theil erwachſenden Nachtheil, ſ. ein Schreiben des Marggr. von Brandenb. an den Churf. v. d. Pfalz, in dem Ind. Mſc. Arch. On. T. LXIX. n. 90. imgleichen verſchiedener Stände Schreiben desfalls unter einander, T. LXXI. n. 32-37. und eines an den Kaiſer, ib. n. 31. d.d. 4. May 1598.

ren Theilhabern doch allein Hohenlohe und Wert- 1598
heim mehr als viele ſolcher neuen Fürſten zuſam- Der
men zum Reich und Kammergericht beytrügen. Fr. Gr. Geſuch.
Wirklich hätten auch die Schwäbiſchen Grafen gar keine Urſache zu widerſprechen, da ſie ja zuletzt ſäßen, mithin durch die den Fränkiſchen zu gebende Stimme nichts verlöhren. Mithin hofften ſie, allen dieſen Umſtänden nach, der Herzog von Braunſchweig werde, gleich andern Proteſtantiſchen Ständen, ſeinen Geſandten am Reichstag dahin Befehl geben, daß ſie ſich, ſowol den Fränkiſchen Grafen ſelbſt zu Gefallen, als auch zu Vermehrung der Evangeliſchen Stimmen, für dieſes ihr Geſuch beſtens verwenden möchten. Daß nun die Proteſtantiſchen Stände ſich der Sache, zum Theil wenigſtens, wirklich beſtens angenommen, iſt richtig [c]). Auch wurde die Sache auf dem Reichstag vorgenommen [d]). Was aber für ein Decret darauf erfolgt, iſt mir unbekandt. Im Fürſtenrath wenigſtens ging die Sache nicht gut [e]), da Oeſterreich, gleich nach der Propoſition, ſeine Stimme dagegen gab, welchemnach, obwol Pfalz-Lautern für die Grafen ſtimmte, dennoch die meiſten Stände das Geſuch abzuſchlagen ſich vereinigten [f]).

Nun

c) So reſcribirte z. B. desfalls der Marggraf von Brandenburg zweymal an ſeine Reichstags-Geſandten, nach den Rubriken, die ſich in dem Ind. Mſc. Arch. On. T. LXIX. n. 44. und 56. befinden.

d) Laut eben dieſes Ind. Mſc. wo T. LXX. n. 97-101. die Reichstags-Verhandlungen desfalls angezeigt ſich befinden.

e) Laut Protocolls d. d. $\frac{17}{27}$ Merz e. a. in den Act. Com. Mſc. Arch. Wolf. faſc. IV. n. 1.

f) Ich bemerke hiebey, daß von dieſem neuen Verſuch der Fränkiſchen Grafen bey Kopp, Diſcurs von den votis curiatis, S. 832. kein Wort vorkomme.

1598 Bittſchrift des Gr. von der Mark, contra Manderſcheid.

Nun komme ich auf einige, zwar nicht geradezu in die öffentlichen Reichs-Angelegenheiten einſchlagende, aber doch einzelne Reichsſtände, Perſonen oder Lande betreffende Supplicationen. Zuerſt will ich die des **Gr. von der Mark**, als die weitläuftigſte, nehmen. Nemlich, bey Gelegenheit letzteres Reichstags von 1594. iſt auch einer Bittſchrift des Grafen von **Manderſcheid-Blankenheim** gegen ihren Vetter **Philipp Gr. von der Mark** gedacht worden [g]), verſchiedene von letzterem angeblich gegen ſie verübte Gewaltthätigkeiten belangend, auf welche die Grafen ein Fürſchreiben an den K. erhielten. Auf dieſem Reichstag nun, kam der Gr. **Philipp v. d. Mark**, mit ſeinem Bericht auf jene Klage [h]), in welchem es heißt, der Kaiſer habe ihm die gedachte Bittſchrift zu ſeinem Bericht zugetheilt, aus welcher zu ſehen, daß der Gegentheil ganz falſche Sachen vorgebracht habe. In Wahrheit verhalte ſich der ganze Verlauf alſo: Gleich nach des Gr.
(1593) **Dietrichs zu Manderſcheid** kinderloſem Tod, habe er, da ſeine Gemahlin, jenes einzige Schweſter, die nächſte Erbin deſſelben ſey, ſogleich Beſitz von aller ſeiner Verlaſſenſchaft, auch Land und Leuten genommen, imgleichen wegen letzterer überall, ohne Widerſpruch, die Lehen empfangen. Die beiden klagenden Vettern aber hätten auf allerhand Art dieſe Lande an ſich, und die Unterthanen von ihm abzuziehen geſucht, ſo daß er endlich darüber, gehöriger Orten, klagen müſſen, dabey auch zu thätlicher Schutzwehr Anſtalten gemacht, über welches er nun von ſeinen Vettern durch die im Jahr 1594. zu Regenſpurg übergebene Supplicationen ſo ſehr verunglimpft werde. Er habe demnach,

g) N. T. R. Hiſt. XVIII. B. S. 660.
h) Act. Mſc. Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 52.

nach, außerdem daß er an den Kaiſer den nö- 1598
thigen Be- und zum Theil Gegenbericht erlaſſen, Bitt-
auch für nöthig gefunden, hier bey dem Reichstag, ſchrift
allem falſchen Anbringen ſeiner Gegner zu wider- ꝛc.
ſprechen, und zu rechtem Unterricht der ſämtlichen Stände beide ebengedachte Schriften ſub A. et B. als Beylagen einzugeben. Dieſe bitte er recht wohl zu erwägen, und ſodann bey dem K. eine Fürbitte einzulegen, dahin, daß die Gewaltthaten der Gegner eingeſtellt, ſie ſelbſt aber zur Ruhe und rechtlichem Verfahren angewieſen, dabey aber zu Erledigung derer in der Haupt- und den Nebenſachen am Kammergericht und ſonſten angeſtellten Klagen, der Juſtiz ihr Lauf gelaſſen, allenfalls jedoch, der beiderſeitigen Landfriedensklagen halber, um die Koſten zu ſparen, einige nahgelegene Stände zu Commiſſarien ernannt werden möchten.„

Die nun ſub lit. A. beygelegte Schrift [i]) enthält, außer einem weitläufigen vorangehenden Bitten ſatisfactionis pto injuriarum, in der Hauptſache folgendes: „Der verſtorbene **Graf von Manderſcheid, Dietrich**, ſein Schwager, habe außer **Manderſcheid** ſelbſt, auch die Herrſchaften **Schleiden, Kronenburg** und **Neuburg**, als Burgundiſches, Luxenburgiſches Lehen, von ſeinen Voreltern her innegehabt, wie es dann ein über ſolche aufgerichteter **Vertrag** von den Zeiten K. Carls des V. und einige **Lehenbriefe** bezeugten [k]). Dieſer Graf nun habe, bey ſeinem unbeerbten Abſter-

i) Unter der Rubrik, Gegenbericht und Entſchuldigung Grafen Philipps von der Mark ꝛc. in den Actis Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 53. zu finden. Sie beträgt neunzehen enggeſchriebene Seiten in fol.

k) Dieſe ſind dabey als Beylagen angegeben, aber in der Wolf. Abſchrift nicht zu finden. Ein Lehenbrief aber ſtehet bey Lünig gedruckt, Spic. Sec. 1. Th. S. 521. d. d. 30. Jun. 1549.

1598 Abſterben, nur eine einzige Schweſter, ſeine des
Bitt- Gr. v. d. Mark Gemahlin, Catharine, hinter-
ſchrift lassen, welcher demnach ſeine ſämtliche Lande an-
2c. geſtorben ſeyen. Dannenhero habe Er alſogleich Manderſcheid, Schleiden und Kronenburg in Beſitz (ohne Schaden jedoch des Rechts der darauf verleibgedingten zwey Gräflichen Wittwen)
(21 Apr. genommen, wobey ihm die Unterthanen willig ge-
1593.) huldiget, worauf er dann auch die Lehen, von wegen Luxenburg, über alles empfangen [l]). Nun glaubten zwar die beiden klagenden Stammsvettern, gleichwie auch die Töchter ſeines andern Schwagers Gr. Joachims, (letztere jure repraeſentationis) eben ſo nahe zur Erbſchaft, als ſeine Gemahlin, zu ſeyn. Allein es ſey kundbaren Rechtens, nicht allein, daß alle von Luxenburg herrührende Lehen gemeine Erblehen ſeyen, welche ohne einigen Unterſchied männlichen weitern Stamms, auf das nächſtgeſippte Geblüt, gleich den Allodial-Gütern fielen, ſondern auch, daß das jus repraeſentationis quoad fratrum et ſororum liberos, wenn eine rechte Schweſter oder Bruder in gradu proximiori vorhanden, gänzlich (contra jus commune et imperii) keine Statt habe, davon man eine Kaiſerliche glaubwürdige Urkunde aus dem Ritterbuch beygefügt habe [m]). Dieſemnach habe er, mit gröſtem Fug, als einziger Erbe nach dem Lützelburgiſchen Gebrauch, le mort ſaiſit le vif, ſogleich und zwar ruhig ohne alle Gewalt überall Beſitz genommen, worauf er dann auch durch ein Mandat und weitere Verfügungen im Beſitz gehandhabt worden. Weil aber der

l) Hier ſind drey Lehenbriefe als Beylagen angegeben, aber nicht zu finden.

m) Meine Leſer werden wol ſehr auf dieſe Urkunde begierig ſeyn; ſie fehlt aber hier, ſo wie alle in dieſem Bericht angeführte Beylagen.

der ganze Erbfolgsſtreit, ſamt allem, was dazu 1598
gehört, bey dem hohen Rath zu **Mecheln** und Bitteſchrift ꝛc.
Luxenburg anhängig ſey, wie die beyliegenden Acten beweiſen, ſo wolle man hievon weiter nichts erwähnen. Von dieſem **erſten Punct** hinge dann auch der **zweyte**, nemlich die ihm zur Schuld gelegte **Hinwegführung des Archivs**, ab, als welche gar nichts unrechtes geweſen, da ihm allein und nicht Kl. an dieſem Archiv ein Recht zugeſtanden, obwol übrigens das meiſte deſſelben ohnehin noch zu **Schleiden** ſey. Was weiter die ihm **drittens** ſchuldgegebene vorgehabte Austilgung des **Manderſcheidiſchen** Hauſes betreffe, ſo wünſchte er denjenigen vor Augen zu haben, der dieſe Beſchuldigung erdacht; eine Beſchuldigung, die nicht einmal den geringſten Schein habe, zudem daß das ganze Haus aus ſeinen nächſten Bluts-Freunden beſtehe. Dieſes aber dürften die klagenden Grafen freylich erwarten, daß er ſich auf keine Weiſe ohne Urtheil und Recht aus dem einmal ergriffenen Beſitz ſetzen laſſen, ſondern ſich vielmehr dabey zu ſchützen auf alle Weiſe bemühet ſeyn werde. Daher dann ſie ſichs ſelbſt zuzuſchreiben hätten, wenn bey Gelegenheit eines ihrer Seite geſchehenen Verſuchs, in einem Dorfe der Grafſchaft **Vianden**, **Oemund** genannt, die Unterthanen zu Erlegung der Abgaben zu nöthigen, und das Jahrgeding zu beſetzen, durch ſeine, des **von der Mark** Leute, die ſich ſolchem Beginnen widerſetzt, des Gr. von **Blankenheim** Secretär in den Arm (obgleich ſo, daß es bald wieder heilen können,) verwundet worden ſey. Wegen dieſes Dorfs ſey hernach ein Proceß zu **Trier** entſtanden, und derſelbe 1593. dahin abgeurtheilt worden, daß er, der Gr. v. d. **Mark** daſſelbe behalten, ſie aber nichts darin ſich anma-

1598 ßen ſollten, wie das beyliegende Urtheil bezeuge.
Bitt-ſchrift 2c. Demohngeachtet ſeyen ſie hernach im Jahr 1594. wieder mit noch größerer Gewalt, bey 300 Mann ſtark, in das nemliche Dorf eingefallen, und hätten die Unterthanen zu Kohlenfuhren gezwungen, welches alles ja unverantwortliche Thätlichkeiten ſeyen. Eine dergleichen habe auch zu der dem Gr. vorgeworfen werdenden Verwundung des Gr. von **Manderſcheid = Gerhardſtein** (heutzutage Gerolſtein) Anlaß gegeben, wegen welches Vorfalls man ſich dieſer Seite auf den erſten, an den Kaiſer bey letztem Reichstag eingegebenen Bericht beziehe, welchemnach die erweisliche Wahrheit dieſe ſey, daß der **Graf von Gerhardſtein** ihm dem **Gr. v. d. Mark**, der mit einigen Reutern von dem Dorfe **Stefflen** weggeritten, mit acht Reutern aufgeſtoßen, ihn feindlich angefallen, auch wenn ſein geſpanntes und losgedrücktes Rohr nicht gefehlet, wol gar todtgeſchoſſen haben würde, hernach aber von ſeinen (des v. d. Mark) Leuten abgetrieben, und bey dieſer Gelegenheit ein wenig an der Naſe verletzt worden. Dieſes ſey nun der von dem Gegentheil zu einem gefliſſentlichen Mord-Anſchlag übertriebene Vorfall, bey welcher Erzählung ja doch jedermann urtheilen könne, ob nicht jedem ſolchergeſtalt angefallenen Menſchen das Recht zuſtehe, ſich ſo gut als möglich zu vertheidigen, und ſollte es dem Angreifer dabey das Leben koſten. So ſehr ſey die Sache davon entfernt, daß der Gegentheil zu einer Klage auf den Landfrieden ſeiner Seite qualificiren könne. Hingegen ſey erweislich, daß der **Gr. von Gerhardſtein** gegen ihn allerhand Nachſtellungen ſchon unternommen habe, ehrenrührig von ihm ſpreche, durch Patente ſeine Unterthanen aufwiegele, wie die Beylagen bewahrheiteten, ja daß

beide Gegner mit allerley Gewaltthätigkeiten ſonſt zu Werke gingen, wie ſie dann neulich gar einen armen unſchuldigen ihm gehorſamen Mann umbringen laſſen, und einen andern, der ſogar mit Briefen von ihm an ſie abgeſchickt geweſen, faſt zu Tode prügeln laſſen, mehrerer dergleichen Vergehungen zu geſchweigen. Indeſſen ſeyen über alle dieſe Vorfälle (außer der Haupt-Erbfolgs-Sache, die gehöriger Orten anhängig,) von dem Gegentheil verſchiedene Klagen an unterſchiedenen Gerichten angeſtellt worden, nachdem doch alle dieſelbe vor das Kammergericht, welches ein Mandatum de non offendendo, ſo beyliege, vorhero erkannt gehabt, gehörig geweſen, daher denn auch dieſes Gericht durch ein auch beyliegendes Mand. S. C. alle jene Proceſſe abzuſchaffen befohlen habe. Nun aber werde gar die Sache auch an ihn, den Kaiſer, gebracht. Er, der Graf, ſcheue ſich zwar gar nicht, ſie auch vor ihm zu vertheidigen, und habe deshalb dieſen Bericht gemacht. Weil aber angeführtermaßen litispendentia in Camera erwieſen ſey, ſo bitte Er, dem dortigen gerichtlichen Verfahren den Lauf zu laſſen, und das ganze Anbringen dahin zu verweiſen, u. ſ. w.„

1598 Bittſchrift ꝛc.

Die andere, unter B. beyliegende Schrift [n]) enthält nachfolgendes: „Aus dem ihm, dem Gr. v. d. **Mark**, zukommenden Kaiſerlichen Befehlſchreiben, ſamt beygelegter Klage der Gr. von **Blankenheim** und **Gerhardſtein**, ſehe er leider, wie er abermals allerhand Thätlichkeiten, auch herbey-

n) Act. Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 54. Sie iſt ohne Datum, noch weit ſtärker als die vorige, und alſo rubriciret: Entſchuldigung und begründete Ausführung, und wahrhafte Ablehnung Gr. Ph. v. d. Mark — auf des Gr. von Gerhardſtein aufs neue vorgebrachte erdichtete Klage, beſchuldigten Friedbruch, u. ſ. w.

1598 herbeygezogenen Spaniſchen Kriegsvolks, u. d. g. alles zu Verachtung der Kaiſerlichen Befehle, beſchuldigt werde, und deshalb in Strafe genommen werden, oder ſich ſtandhaft gegen alles dieſes bey dem Kaiſer verantworten ſolle. Er wolle alſo letzteres hiemit ins Werk ſetzen. Vorerſt hätte er ſich freylich überhaupt zu ſeinen Gegnern dieſes wenigſtens verſehen gehabt, daß ſie, ihrer nahen Verwandtſchaft und ſonſten gepflogener beſonderen Freundſchaft halber, wenigſtens nicht mit ſo gar vielen ehrenrührigen Ausdrücken und falſchen Beſchuldigungen gegen ihn zu Felde ziehen würden; da es aber, freylich aus bloßer Begierde, ihn, wo möglich, um ſeinen Theil der Grafſchaft **Manderſcheid** zu bringen, dennoch geſchehen, ſo müſſe er nach Möglichkeit, und ohne alle Rückſicht auch ſeiner Seite, antworten. Nun alſo 1) die Spaniſchen herbeygerufenen Kriegsvölker belangend, ſo ſey es wahr, daß bereits vor drey Jahren, einige Spaniſche Truppen, aus Befehl des Statthalters, **Erzh. Ernſts**, in die beiden Schlöſſer, **Kronenburg** und **Schleiden**, als an der Gränze liegend, einquartiert, auch immer wieder erneuert worden. Dieſe aber lägen ihm und ſeinen Unterthanen ſelbſt zu großer Beſchwerde daſelbſt, indem dieſe ſie nicht nur unterhalten müßten, ſondern auch ihnen ihre Pferde und ſonſt weggenommen würden, wie die Beylagen bezeugten [o]), ſo daß er, der Graf, ſelbſt gar viele Mühe um Abſchaffung dieſer Völker ſich gegeben, aber, laut Anlage, ſolche bisher nie, ſondern nur einige Linderung der Bedrückungen, erhalten können. Bey dieſem Zuſtande ſeines Landes, da auch die Spanier öftere Streifereyen auf

Bittſchrift &c.

o) Dieſe und alle ferner angeführte Beylagen, fehlen in der Braunſchw. Abſchrift.

auf die benachbarten Ortſchaften gemacht hätten, 1598
möge es wol ſeyn, daß die klagenden Grafen nö- Bitt-
thig gehabt, gegen ſolche einige Schanzen aufzu- ſchrift
werfen, auch zu Abtreibung der Gewalt gerüſtet ꝛc.
zu ſeyn, da hingegen die Spanier ſolche Schanzen anzugreifen und zu verwüſten bewogen worden. Daß aber Er, **Gr. v. d. Mark**, alles dieſes, den Kaiſerlichen Friedgeboten zuwider, angeſtiftet habe, oder durch ſeine Leute anſtiften laſſe, ſey eine bloße ganz unerweisliche Verleumdung. Im Gegentheil habe er zu jeder Zeit alles gethan, um dieſe Beſatzungen loszuwerden, und dadurch, daß er wenigſtens, nach langem Briefwechſel, beyliegende in etwas willfährige Antwort erhalten, dem Lande mehr genutzt, als die Gegner mit ihren Verſchanzungen. So wie nun ihm hierinnen ſo wenig, als ſonſt, etwas Landfriedenbrüchiges zur Laſt gelegt werden könne, ſo ſehr viel dergleichen habe in ſeinen Landen der junge **Graf von Manderſcheid**, als beſtellter Hauptmann [p]), mit ſeinen Kriegsleuten unternommen, wie beyliegendes Verzeichniß alles geſchehenen Schadens bewähren würde. Wie dann auch der **Graf von Blankenheim** (mit Beyſtimmung des von **Gerhardſtein**), Ungariſche Reuter, als Kaiſerlicher Commiſſarius, in die Grafſchaft **Manderſcheid** gelegt, zu großem Schaden der Unterthanen; ſo daß dieſe vielmehr des Landfriedensbruchs von ihm beſchuldigt werden könnten.„

„Nun 2) die Hauptſache betreffend (fährt der **Gr. v. d. Mark** fort), ſo beruhe dieſe vornehmlich auf zwey Puncten. **Einmal**, daß nicht ihm, ſondern ihnen die Grafſchaft **Manderſcheid**, als Stammsvettern, gebühre; **Sodann**, daß Er wegen Verwundung des **Gr. von Gerhard-**

p) Vermuthlich von den Generalſtaaten.

1598 hardſtein zur Strafe gezogen, und (gleich dem Gr. v. Rittberg in einem dergleichen Fall) mit Gefängniß belegt werden ſolle. Was nun alſo die Erbfolge ſelbſt betreffe, ſo folge es eben daraus, daß die Gegentheile von Stamm und Namen ſeyen, noch nicht, daß ſie auch erben müßten; wie dann nicht vor gar langer Zeit die Grafſchaft Salm an die von Reiferſcheid gekommen, obwol noch Grafen von Salm vorhanden geweſen, ja bis jetzt noch ſeyen. Ferner ſey hier die Sache um ſo weniger nach Stamm und Namen zu entſcheiden, da ſeine Gemahlin die letzte von der Linie der Gr. von Manderſcheid ſey, deren Vorfahren ſich mit denen von Blankenheim vor Zeiten gänzlich abgetheilt gehabt, mithin dieſen kein Erbrecht mehr, ſo lange noch im geringſten jemand von derſelben Linie vorhanden, zuſtehe. Wollten ſich nun auch, dieſes auf die Seite geſetzt, die Gegentheile darauf berufen, daß ſie als nächſtgeſippte Agnaten männlichen Stamms und Namens, aus gemeiner Lehenrechts-Satzung, und ſonderbarer des Reichs Ordnung und Herkommen, zu dieſem Stammgut nähern Zutritt hätten, quia in feudis non gradus proximitas ſicut in allodialibus et hereditaria ſucceſſione attendatur, neque feminae vel ex alia linea deſcendentes ad ſucceſſionem, ſed ii tantum qui ſunt ex linea et ſtipite primi acquirentis maſculina, admittantur[q]): ſo ſey ihnen doch

Bittſchrift ꝛc.

q) Mit Fleiß habe ich hier dieſes Argument, ſo wie es diejenige, denen es entgegen iſt, hier in ſeiner ganzen Stärke ſelbſt vorgetragen, hingeſetzt; um eine Anm. dabey zu machen, die ſich bey der Leſung deſſelben mir aufdrang. Nemlich dieſe: der Gegner trägt es ſo ſchön vor, ſagt im Geringſten nicht, daß es unrecht ſey, oder nicht alſo gemacht werden könne, oder die Lehenrechts-Texte füglich nicht ſo auszulegen ſeyen;

doch nicht unbewußt, daß dieſe Grafſchaft Luxenbur- 1598
giſches Lehen, auch als ſolches durch die geleiſtete Bitt-
Lehenspflicht erkannt ſey, ja daß die Beſitzer der- ſchrift
ſelben ſowol in realibus, als auch ſogar in ge- 2c.
wiſſen Perſonal-Sachen, vor dortigen Gerich-
ten zu Recht ſtehen müßten, auch bey den Reichs-
anlagen von dieſem Herzogthum vertreten und exi-
mirt würden, obwol desfalls zu Speyer eine Klage
von dem Kaiſerlichen Fiſcal anhängig gemacht wor-
den. Nun aber würden in dieſem Herzogthum
Luxenburg, ſo wie in **Hoch- und Nieder-
burgund**, wie auch faſt durch ganz **Frankreich**,
alle **Lehengüter** faſt für **gemeine Erblehen** ge-
halten, welche ohne Unterſchied des Geſchlechts,
gleich andern eigenthümlichen ledigen Gütern, auf
den nächſten im Grad, und zwar ſublato jure re-
praeſentationis, vererbt werden, ja inſtar allo-
dialium unter gewiſſen Zierlichkeiten, vor dem
Ritter- und Lehengericht, ſtracks gegen die ge-
ſchriebene und im Reich gebräuchliche Lehenrechte,
auf Fremde, extra lineam, ohne einige derſelben
Widerrede verkauft, vertauſcht, verſchrieben und
per teſtamentum verlaſſen werden möchten. Die-
ſen Gebrauch beſtätigten auch die mit denen zum
Luxenburgiſchen Lehenhof gehörigen Graf- und Herr-
ſchaften, als **Vianden**, **Salm**, **Roucy**, **Pöt-**

 tingen,

ſeyen; ſondern er ſetzt demſelben einzig und allein die Luxenburgiſche Lehensqualität, und daher folgende Beurtheilung nach der Luxenburgiſchen, ganz verſchiedenen Lehens-Erbfolge, entgegen. Sollte dieſes nicht als ein ſtillſchweigendes Zeugniß für die von mehreren Teutſchen Staatsrechtslehrern (denen auch ich in meinen Schriften, die Sayn-Hachenburgiſche Erbfolge betreffend, beygetreten bin) angenommene Allgemeinheit der **Stamms-Erbfolge**, in allen Fällen, wo nicht beſondere Umſtände vorwalten, gelten können?

1598 tingen, Elter, Brandenburg, Rollingen, Berburg, Zollern, Fels, Vorſcheid u. d. g.[r]) nach und nach vorgegangene Veränderungen. Daher es dann deutlich folge, daß hier nicht auf die gemeine beſchriebene Lehens-Satzungen, und des H. Reichs widrige Ordnungen[s]), ſondern vielmehr auf des luxenburgiſchen Lehenhofs Gebräuche, in Vererbung dieſer Art Lehen, zu ſehen ſey. Wenn aber der Gegentheil einen beſondern Gebrauch der Familie hier vorſchütze, ſo leugne man dieſen ganz und gar. Wäre es auch dann und wann geſchehen, daß die Töchter, in Fällen dem jetzigen ähnlich, zu beſſerer Erhaltung des Glanzes der Familie, gutwillig von ihrem Rechte nachgelaſſen, und ſich mit einer Abfindung begnüget hätten, ſo wären dieſes lauter einzelne actus voluntarii geweſen, die kein Herkommen machen könnten. Und ſo habe denn auch ſeine Gemahlin, blos freywillig, zum Beſten ihres Bruders, und mit Vorbehalt auf deſſen kinderloſen Todesfall nach dem altväterlichen Teſtamente (darinnen dem weiblichen Geſchlechte auf ſolchen Fall die Nachfolge in der ganzen Grafſchaft gegeben worden,) zu erben, ſich ihres Erbtheils bey der Heirath begeben. Dawider dann auch die von dem Gegentheil, auf einſeitiges Angeben, bey dem Lehenhof zu Luxenburg ausgewirkte Belehnung über die ſtreitige Grafſchaft, das geringſte nicht verfange; da die Belehnungen überhaupt jederzeit mit Vorbehalt eines jeglichen etwan habenden Rechts gegeben zu wer-

Vittsſchrift rc.

r) Ich ſchreibe hier die Namen ſo, wie ſie in meinem Mſc. ſtehen, wenn ich ſchon geſtehen muß, daß ſie mir nicht alle bekandt ſind.

s) Auch hier werden die gemeinen Lehenrechte als der Märkiſchen Gradual-Erbfolge widrig angegeben! S. die Anm. q).

werden pflegten, auch eigentlich kein neues Recht 1598
verliehen. Zudem ſey Er, der Gr. v. d. Mark, Bittſchrift
eben auch mit der Grafſchaft belehnet, und habe ꝛc.
zwey Tage nach Grafen Dietrichs Tode Beſitz (6. Jan.
von allem genommen, bey welchem Beſitz er auch 1594.)
durch K. Mandaten geſchützt worden, wie ſolches alles durch Beylagen erhärtet werde. Ob nun dem Gegentheil, bey ſo ruhig ergriffenem Beſitz, ſich geziemet, in die Grafſchaft Manderſcheid mit bewehrter Mannſchaft zu Roß und Fuß einzufallen, die Herrn-Glocke ziehen zu laſſen, Patente anzuſchlagen, und die Unterthanen aufzuwiegeln, wolle man jedem Richter zu beurtheilen übergeben. Dieſes alles habe er, der Gr. v. d. Mark, dem K. zu Ehren berichten wollen. An ſich aber ſey es zu verwundern, daß die Gegner wider die alten Verträge, und ſelbſtbeſchworne Lehenspflichten, die vom Herzogthum Luxenburg zu Lehen rührende Grafſchaft Manderſcheid nun auf einmal vor die Kaiſerlichen Gerichte ziehen wollten, zumal da ſie ſchon ſelbſt bey den luxenburgiſchen Gerichten gegen ihn geklagt hätten. Leugnen könnten ſie ja die luxenburgiſche Abhängigkeit nicht. Zudem ſey ja in dem von ihnen ſelbſt zum Theil mit angeführten Vertrag mit Kaiſer Carl dem V. vom Jahr 1547. [ff]) deutlich enthalten, daß der Graf von Manderſcheid wegen ſeines Landes vor den Adelichen Gerichten zu Luxenburg Recht geben und nehmen ſolle; und auch dieſen Vergleich habe der von Gerhardſtein ſelbſt

 in

ff) Daß dieſer Vertrag vom 20. Aug. 1547. ſey, und ſich anfange: Wir Carle bi der Gracie Gadts ꝛc. ſiehet man aus dem Lehenbrief Grafen Dietrichs, d. d. Brüſſel, d. d. 30. Jun. 1549. bey Lünig, Spicil. Sec. T. I. p. 521; ob er aber ſelbſt ſchon an einem Ort gedruckt zu leſen ſey, habe ich, ſo ſehr ich es gewünſcht hätte, nicht finden können.

1598 in ſeinem Lehens-Eid mit beſchworen. Wie er nun doch dieſem allem zuwiderhandeln, und die Grafſchaft gar für eine Reichs-Grafſchaft angeben dürfe, ſey gar nicht zu errathen. Daß auch beide Gegner ſelbſt die jetzige Streitſache vor dem luxenburgiſchen Gericht anhängig gemacht, könnten die beygelegten Original-Acten beweiſen, daß alſo noch über dem allem litispendentia vorhanden ſey. Demnach bitte man, der Kaiſer wolle der ganzen Sache auch vor jenem Gerichte, wo ſie bereits anhängig, ihren freyen ungehinderten Lauf laſſen, und ſie nicht wo anders hinziehen, ſondern die Gegner lediglich dahin verweiſen.„

Bitt-ſchrift ꝛc.

„Nun auch (fährt der Gr. v. d. Mark fort) auf den andern Hauptpunct, nemlich die Verwundung des von Gerhardſtein, zu kommen, ſey er ſo wenig, als in der erſten Schrift, geſtändig, daß Er auf jenen Grafen gelauert, oder ihn je aufgeſucht habe. Er ſey demſelben, wie alle ſeine Dienerſchaft zeugen müſſe, ganz unverſehens zwiſchen Steſſeln und Kronenburg aufgeſtoßen, und habe der Gegentheil durch ſein Stillehalten und Bedrohen zu allem dem, was weiter geſchehen, ſelbſt den erſten Anlaß gegeben, wesfalls Zeugen genug bereits abgehört ſeyen. Und obgleich die Abhörung nicht in forma probante geſchehen, ſo hoffe er doch unzweifentlich, daß die Zeugen, ſie möchten auch von noch ſo vielen Richtern auf die beſtmögliche Weiſe verhört werden, nicht anders, als ſie einmal nach geſchwornem Eid geredet, ausſagen würden. Wollte aber Gegentheil ihre Gültigkeit dadurch ſchwächen, daß ſie ſeine, des Gr. v. d. Mark, eigene Hausgenoſſen ſeyen, ſo könne man dieſem die bekandte Rechtsbefugniß entgegenſetzen, daß zu Bezeugung der Unſchuld auch die weniger glaubhaften Zeugen zugelaſſen

laſſen würden. Und ſey um ſo mehr befremdlich, daß der Gegentheil ſo viel an dieſen Zeugen auszuſetzen habe, da er ja auf ſolche, die nicht beſſer, und auch von einem Notarius nur abgehört worden, ſein Vorgeben bauen wolle; da doch zum Beweis einer Anklage weit mehr als zu Erhärtung der Unſchuld erfordert werde. Hätte zu dieſem Behuf nur in etwas geſetzmäßig verfahren werden wollen, ſo hätten die Artikel und Namen der Zeugen ihm überſchickt, auch Er zeitlicher, als geſchehen (da den Tag vor der Abhörung die vermeintliche Citation erſt ihm zugekommen, wie des Gegentheils eigenes Geſtändniß bezeuge), zur Abhör vorgeladen werden ſollen. Die Zeugen ſelbſt ſeyen faſt alle des Gegentheils beſoldete Diener, oder doch beeidigte Unterthanen, welche nebſtdem auch bey hoher Geldſtrafe nicht hätten gegen ihres Herrn Willen ausſagen dürfen, die alſo zur Anklage bey einem peinlichen Gegenſtande keinen hinlänglichen Beweis führen könnten. Und doch ſagte ja ſelbſt auch von dieſen ungültigen Zeugen keiner das, was der Gegentheil ihm ſchuldgebe, nemlich daß Er auf den Grafen von Gerhartſtein gelauert, geradezu aus, ſondern nur ein einziger, daß er es ſo gehöret habe. Und der, von dem er es gehört haben wolle, ſage hernach, da er desfalls befragt worden, daß er nichts wiſſe, mithin einer oder der andere falſch gezeuget. Wie dann auch der von dem erſten Zeugen benannte Stallmeiſter **Wilhelm**, den Er, der **Gr. v. d. Mark**, desfalls vor Notarius und Zeugen vernehmen laſſen, laut beygelegten Inſtruments, kein Wort von der vorgegebenen Berathſchlagung, des Aufpaſſens halber, wiſſe. Das aber vom Gegentheil als ſehr viel geltend angerechnete Zeugniß des armen hingerichteten Menſchen, Diez genannt, beweiſe eben

1598

Bittſchrift ꝛc.

gar

1598 gar nichts; ſondern ſollte ſich Gegentheil noch viel-
Bitt- mehr ein Gewiſſen daraus gemacht haben, einen
ſchrift armen ſinnloſen Menſchen, dafür ihn jedermann
ꝛc. gehalten, dafür ihn auch ſeine Antworten zum Theil ſelbſt geben, (da er z. B. ſagte, es habe ihm geträumt, daß er leugnen ſolle,) hinrichten zu laſſen. Derſelbe ſey überdieſes, ganz ohne hinlängliche Inzichten, auf bloße Vermuthungen gefangengeſetzt und gar auf die Folter gebracht worden, da er dann freylich weit mehr, als vermuthlich, allen Umſtänden nach, wahr geweſen, durch die Schmerzen auszuſagen ſich gezwungen geſehen, wie dann derſelbe auch vor der Folter beſtändig alles, was man ihm ſchuldgegeben, verneinet, aus Furcht der Marter hernach geſtanden, dann es widerrufen, dabey aber zuvorgeſagt, daß er aus Schmerz, wenn er wirklich gefoltert werden ſollte, wiederum werde bekennen müſſen. Und doch habe auch dieſer gefolterte Menſch auf ihn, den Grafen v. d. Mark, ſelbſt nichts bekannt; die beiden aber, welche, ſeiner Ausſage nach, ſollten von ihm, dem Grafen, zur Verrätherey beſtellt geweſen ſeyn, wüßten, da ſie desfalls auf das ſchärfſte befraget worden, laut beyliegenden Inſtruments, nicht ein Wort von allem dieſem. Wenn übrigens aus ſolcher Menſchen Zeugniſſe ihm, dem Grafen v. d. Mark, Verbrechen aufgebürdet werden wollten, ſo müßte der gegentheilige Graf von Gerhardſtein auch gegen ſich ein ähnliches gelten laſſen, welches ein zu Luxenburg verurtheilter und hingerichteter Menſch, noch bey Grafen Dietrichs Lebzeiten, gegen ihn, laut Extractu actorum vidimato, als einen Mordbrenner ausgeſtellt habe; wie auch ein ähnliches von dieſes Menſchen Mitgeſellen, welche Sachen ſo ſchändlich, daß er, der Gr. v. d. Mark, faſt Bedenken ge-

tragen habe, ehe jener dieſe Beſchuldigungen von 1598
ſich abgelehnet, ſich mit demſelben nur in eine or- Bitt-
dentliche Rechtfertigung einzulaſſen; welches alles ſchrift
er jedoch hier nur deswegen anführe, weil der Ge- rc.
gentheil ihn ſolcher Verbrechen beſchuldige, ſonſt
er es gewiß nicht gethan haben würde.„

„Da nun ſolchergeſtalt (fährt der **Gr. v. d. Mark** fort) der Gegentheil gar nichts beweiſen könne, ſo ſey die gegen ihn angeſtellte Klage auf den Landfrieden ganz ungegründet, um ſo mehr als nicht einmal eine einzige Erforderniß derſelben ſich gegen ihn aufbringen laſſe; mithin er die Entbindung von der Klage erwarte. Denn daß er, angegebenermaßen, ſelbſt die Vergewaltigung geſtanden habe, ſey ganz unwahr. Nur das ſey wahr, und wolle er gerne zugeben, daß er, da ihm der **Gr. von Gerhardſtein** aufgeſtoßen, ſeine Leute angehalten, ihnen zugeſetzt, ja auf die letzt gar ihn ſelbſt zu erſchießen Anſtalt gemacht, denſelben zurückgetrieben, dabey denn derſelbe an der Naſe verwundet worden ſeyn möge, wobey jedoch die Sache, da ſeine Leute die ihnen begegnende für Freybeuter angeſehen, noch weiter gegangen ſeyn würde, wenn nicht Er ſelbſt noch denſelben zugerufen, und ihnen einzuhalten befohlen hätte. Obwol es auch kein Wunder geweſen wäre, wenn er in juſto dolore weiter gegangen wäre, da ſo vielerley unverantwortliche Sachen, von Seiten des Gegentheils, wider ihn vorgenommen und der Landfrieden wol zehenfach gebrochen worden. Wie dann unter andern der **Gr. von Gerhartſtein** ſich gegen einige Ungariſche Hauptleute, dem Kaiſerlichen Friedensgebot zuwider, verlauten laſſen, daß es um ſeinen oder des Gr. v. d. Mark Kopf zu thun ſey, imgleichen derſelbe wirklich einem Trieriſchen, nun Staatiſchen Soldaten 500 Thaler und

1598 den Befehl gegeben, um ihn unterwegs zu erſchießen, welches dann auch gewiß geſchehen ſeyn würde, wenn der Soldat um ſo ein geringes zum Schelm hätte werden wollen, wie beyliegender vidimirter Schein bezeugen würde. Nicht zu gedenken, daß ihn die Gegentheile immer an ſeinen Gräflichen Ehren dadurch angriffen, daß ſie ihm den Grafen-Titel gar nicht geben wollten, ſondern ihn nur ſchlechtweg Philipp v. d. Mark nennten. Die desfalls gebrauchte Entſchuldigung, daß der Herzog von Jülich die Grafſchaft Mark beſäße, und dem Reich verſteure, des Grafen Herrſchaften aber im Stift Lüttich gelegen ſeyen, thue nichts zur Sache. Wenn Er ſchon die Grafſchaft ſelbſt nicht beſitze, ſo ſey er doch von dem Stamm dieſer Grafen, welche in verſchiedene Aeſte, als Jülich ſelbſt, Aremberg, Sedan und Lumain, ſich getheilet; in Anſehung welcher Herkunft er ſowol von dem H. zu Jülich ſelbſt, als auch ſonſt von jedermann, den Grafen-Titel bekomme, auch als Graf ein Stand des Reichs ſey, mit mehr Recht als der Graf von Gerhartſtein ſich dieſen Namen gebe, da Gerhartſtein nur eine Herrſchaft ſey. Daß übrigens der, der ihm den Landfrieden gebrochen zu haben ſchuldgeben wolle, ihn ſelbſt durch einen Einfall in ſeiner Dörfer eines gebrochen, ſey ganz unleugbar, und dadurch nicht zu entſchuldigen, daß er nur der verwittibten Gräfin beyſtehen wollen, als der dieſes Dorf mit Recht zuerkannt ſeyn ſolle. Denn vermöge eines Mantabauriſchen, hier beyliegenden Abſchieds, ſey dieſes Dorf dem Gegentheil ab-, und ihm, Gr. v. d. Mark, zugewieſen worden. Daß aber nachher eine Veränderung durch einen anderweiten Rechtsſpruch vorgegangen, ſey ihm gänzlich unbekandt, und werde ſo wenig zu erweiſen ſeyn, als dieſes, daß

Bittſchrift 2c.

(4. Dec. 1593.)

daß Er ſelbſt zu Zeit des Gerhardſteiniſchen Ein- 1598
falls ſchon mit Mannſchaft gerüſtet geweſen ſeyn Bitt-
ſolle. Uebrigens möge der K. urtheilen, ob nicht ſchrift
der ſolchergeſtalt geſchehene Einfall und dabey ver- ꝛc.
übte Thätlichkeiten, wenn alles auch unter dem Vorwand, jemand andern zu helfen, geſchähe, nicht ebenwol ein ſtrafwürdiger Landfriedensbruch zu nennen ſey? Was ferner von ihm, wegen eines Gerhardſteiniſchen Einfalls in die **Grafſchaft Manderſcheid** ſelbſt ſchon ehemals geklagt worden, ſey nicht weniger ganz richtig, wie dann das vom Gegentheile ſelbſt ſub litt. CC. angebrachte Inſtrument zum Beweis diene. Daß aber ſolches aus Furcht eines Ueberfalls von ſeiner, des **Gr. v. d. Mark**, Seiten geſchehen, ſey abermals eine ganz unerfindliche Ausrede. Doch, der gegentheilige **Graf von Gerhardſtein** könne eben, weder mit ſeinen eigenen Unterthanen, deren viele ihm (wie der gerichtete arme Diez ausgeſagt,) den Tod mehr als das Leben wünſchten, noch mit Nachbarn Ruhe halten, wie er dann auch inſonderheit dem letztverſtorbenen Gr. **Dieterich** vom Jahr 1560. an, bis an deſſen Tod, lauter Unluſt verurſacht habe, welches gedachter Graf aus gutem Herzen ſo hingehen laſſen, welches aber nun, gleichſam als mit Recht, gegen ihn, als deſſen Nachfolger, fortgeſetzt werden, und ihm dabey noch übelgenommen werden wolle, wenn er ſich dergleichen Unternehmen mit ſeinen Leuten aus allen Kräften widerſetze.„

„Weil aber (ſagt der **Gr. v. d. Mark** zum Schluſſe) auch dieſer Sachen und ſonderlich der verletzten Naſe halber, einige rechtliche Ausführungen angeſtellt worden, auch desfalls commiſſio ad examinandum teſtes inſonderheit bey der **Jülichiſchen Regierung**, wie auch zu **Luxenburg**, laut

1598 laut Anlagen, ausgebracht, weßfalls er, der
Bitt⸗ Gr. v. d. Mark, ſich an das Kammergericht
ſchrift gewandt, und von demſelben ein Mandat erhal⸗
ꝛc. ten, ſo habe der Kaiſer ſelbſt zu ermeſſen, ob er ſchuldig ſey, an ſo vielen Orten zugleich zu Recht zu ſtehen, und nicht vielmehr verlangen könne, daß alles an Einem Orte ausgemacht werde? Wiewol überhaupt es dem Gegentheil gar nicht ſowol um rechtliche Urtheile, als darum, Ihn überall zu verſchreyen, und wo möglich, gar in eine Gefangenſchaft zu bringen, zu thun ſey. Damit Er aber ſeines Orts thätlich zeige, wie ſehr ihm um den Ausgang der Proceſſe zu thun ſey, und wie wenig Er dabey zu verlieren fürchte, ſo wolle er ſich noch ohne Schuldigkeit dazu erbieten: daß, wenn der Gegentheil die gegen ihn an verſchiedenen Orten erhobenen Klagen, refuſis expenſis, zurücknehmen wolle, alsdenn er bereit ſey, vor einer von dem K. auf einige der nächſtgelegenen Stände zu erkennenden Commiſſion, z. B. von Trier, Cölln und Jülich, über alles Rede und Antwort zu geben, welche Acten ſodann dem K. verſchloſſen zur Einſicht und Beurtheilung überſchickt werden könnten. Und da auch der Gegentheil noch Promotorialien an das Kammergericht begehre, ſo könne Er, der Gr. v. d. Mark, ſo ſehr er dieſelbe, inſonderheit ſeiner armen Unterthanen zu Scheuren halber, ſelbſt wünſche, doch nicht begreifen, wie jener ſie ſuchen könne, da er, laut Anlagen, nun ſchon das eilfte Mandat von dem Kammergericht gegen ſich erhalten, und demſelben keinmal zu gehorſamen Anſtalt gemacht habe, welches zu thun doch ihm beſſer, als noch eine Beförderung des weiteren Verfahrens gegen ſich ſelbſt zu ſuchen, geweſen wäre. Er, der Gr. v. d. Mark, ſchließe alſo, mit der demüthigen

gen Bitte, das Pönalmandat gegen ihn aufzu- 1598
heben, die Haupt-Erbfolgs-Sache an den Bitt-
Luxenburgiſchen Lehenhof, wo ſie allein hin- ſchrift
gehörig, zu verweiſen, wegen der übrigen Sachen ꝛc.
aber entweder auch die Verweiſung derſelben an ihre gehörigen Orte, oder die vorgedachte Commiſſion zu erkennen, u. ſ. w.„

Was nun in dieſer merkwürdigen Streitſache auf dem Reichstag erfolget, kann ich aus Mangel der Nachrichten, nicht melden, daß ſie aber ziemlich in Bewegung geweſen, zeigen die Protocolle [t]).

Eine zweyte Supplication dieſer Art, von Pappen-
der ich weitläuftige Nachricht geben kann, iſt die heimi-
des Reichserbmarſchalls Conrad von Pappen- ſche
heim. Dieſer noch immer gefangen ſitzende alte Arreſt-
Herr, dem auch ſein Verſuch, der Erledigung ſache.
halber, ſo er bey dem letzten Deputationstag gemacht hatte, ſo ganz mißlungen war [u]), machte eine neue Probe desfalls bey jetzigem Reichstag. Zuvor ſchrieb er aber einen wehmüthigen Brief an (1. Dec.
den H. von Braunſchweig [v]), in welchem er an- 1597.)
führt: „Obwol er gehofft hätte, auf das bey Gelegenheit des jüngſten Reichstags von den Reichsſtänden erhaltene Fürſchreiben an den Kaiſer, ſeiner Haft erledigt zu werden, ſo ſey jedoch erſt drey Jahre hernach vom Kaiſer ſelber eine hochbeſchwerliche und ihm an ſeinen Ehren nachtheilige Reſolution erfolget [w]). Wiewol er ſich nun, dem

t) In dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXVI. n. 39. LXVII. n. 31. und LXX. n. 40-42.

u) N. T. R. Hiſt. XIX. B. S. 632.

v) In den Act. Com. Mſc. Arch. Wolf. faſc. III. n. 74.

w) Von dieſer Reſolution kommt gleich etwas weiter unten das vornehmſte vor.

1598 dem K. zum Gehorſam, auch hiezu verſtanden,
Pappenheim. Arreſt. und demüthige Abbitte gethan habe, ſo werde er dennoch immer ſeiner Haft nicht erledigt, und könne alles Bittens ohngeachtet gar keine Antwort einmal bekommen. Deßwegen müſſe er ſich nochmals an den Reichstag wenden. Indeſſen wolle er einen an ſämtliche Reichsſtände gerichteten, ſummariſchen Auszug und gründlichen Bericht von ſeiner ganzen Sache, dabey dem H. überſchicken, um ihn genau von derſelben zu unterrichten. Dabey er dann inſtändigſt bitte, die H. Geſandten zum Reichstag insbeſondere dahin zu inſtruiren, daß ſie ſich ſeiner bey der Verſammlung anzubringenden Bitte beſtens annehmen möchten, um ſo mehr als ſeine Gemahlin nun, über die betrübten Umſtände, gar mit Tode abgegangen ſey, und er ſelbſt ſehr an Leib und Gemüth leide.„

In dem eben gedachten Auszug und Bericht [r]) giebt der Gefangene zuerſt von allem, was ſchon aus der Geſchichte der vorigen Jahre bekandt iſt, kurze, freylich zu ſeinem Vortheil eingerichtete Nachricht: ſodann kommt er auf ſeine
(6. Merz 1594.) auf den letzten Reichstag überſchickte und durch ſeinen Sohn Maximilian dem K. überreichte Bittſchrift, welche neunerley Anliegen zum Gegenſtand gehabt, auf welche ihm aber keine Antwort geworden, weswegen er endlich ſeine Gemahlin nach Prag geſchickt habe, da ſie dann durch faſt ein Jahr langes Sollicitiren eine Reſolution, ohngefähr des Inhalts, herausgebracht: „Erſtlich, was das Geſuch ſeiner Erledigung betreffe, ſo ſolle er, um dieſe zu erlangen, zuerſt dem K. demüthige

r) Derſelbe findet ſich in gedachtem faſc. auf 50 Quartblättern ſehr leſerlich geſchrieben, und in Pergament gebunden, n. 81.

müthige Abbitte thun, für die Erlaſſung des pein- 1598
lichen Proceſſes danken, alle Commiſſions- und Pappen-
Verwahrungs-Koſten zahlen, einen gewiſſen vor- heim. Arreſt.
zuſchreibenden Revers ausſtellen, des Raths- und
Garde-Hauptmanns-Titels ſich enthalten, und den
Kaiſerlichen Hof bis zu Ende der Hauptſache mei-
den. Das zweyte Geſuch betreffend, ſolle es
bey dem Sequeſter- und Compromiß-Proceß blei-
ben, was nach deren Beendigung ihm gebühre,
ſolle ihm gleich werden. **Drittens**, die **Urkun-
den** belangend, ſollten dieſe bis zu Austrag des
Proceſſes, in Verwahrung der Commiſſion blei-
ben, hernach dem Lehens-Inhaber ausgeliefert
werden. **Viertens**, die von ſeinem Darlehen
verlangte 20000 fl. betreffend, habe der K. bey
der Hofkammer ſchon das nöthige verfüget. **Fünf-
tens** und **ſechſtens** die **Rechnungen** der Lehen-
und Eigen-Detentoren, wie auch des Sequeſters,
ſolle der von P. durch ſeinen Bevollmächtigten mit
einzuſehen haben, auch bey dem Compromiß-Pro-
ceß ſeine Nothdurft einbringen. **Siebentens**
wolle der K. die viele in des von P. übergebener
Schrift vorkommende **Anzüglichkeiten** vorjeßt
übergehen, aber ſich zu ahnden vorbehalten. Zum
achten und **neunten** ſolle er ſich rund erklären,
ob er die verlangte Unterſchrift der ihm vorzulegen-
den Aſſecuration, und des Decrets, vermöge wel-
ches er ſeiner Hofämter beraubt ſeyn ſollte, zu un-
terſchreiben gedenke oder nicht.„ Indeſſen, bis
dieſe Reſolution eingelaufen, habe er den Herzog
zu **Würtenberg**, welcher ihm den Schloß-
Arreſt zu Tübingen in einen Stadt-Arreſt
verwandelt gehabt y), dadurch erzürnet, daß er

y) Wie ein von dem Gefangenen ausgeſtellter Revers in den Act. Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 77.

1598 ihm nicht gleich in einen vorgeſchlagenen Kauf der lupfiſchen erledigten Reichslehen willigen wollen, und ſey darauf wieder im Auguſt 1596. in ſeinen vorigen Arreſt aufs Schloß gebracht, auch ſonſt härter gehalten worden. Nachdem er aber ſich erklärt, den Kauf unter billigen Bedingungen einzugehen [z]), ſey er in die Stadt Tübingen zurückgekommen, allwo er auf das ihm unter der Zeit bekandt gemachte Kaiſerliche Decret eine Antwort [a]) verfaßt, und dem Herzog zugeſchickt habe [b]), des Inhalts: die den 6. Oct. 1596. ihm zugekommene Kaiſerliche Reſolution ſey ihm um ſo weniger tröſtlich geweſen, als er in ſolcher immer für einen halsſtarrigen und ungehorſamen Mann angegeben würde, ſo er doch nie geweſen, und auch den Kaiſer ſo wenig als den H. von Würtenberg je beleidigen wollen. Er habe auch in

Pappenheim. Arreſt.

beweiſet, vermöge welches er den 1. Nov. 1593. vom Schloß Tübingen aus verſpricht, von nun an in der Stadt Tübingen und Gemarkung derſelben zu bleiben, auch nicht ohne herzogliche Bewilligung von dannen zu weichen, bey ſeiner Ehre und Verpfändung aller ſeiner Güter; in welchem leidlichen Arreſt ihn dann auch die Seinigen beſuchen durften.

z) Wegen dieſer abgedrungenen Erklärung des Kaufs halber, findet ſich eine, kurz hernach, (da der Herzog dieſes nach Prag berichtet und des K. Einwilligung dazu ausgebracht hatte,) an den K. abgelaſſene Bittſchrift, in den gedachten Actis, faſc. III. n. 78. worin er die ihm hierunter geſchehene Gewalt vorſtellt, und um Aufſchub der Kaiſerlichen Einwilligung, bis zu Erörterung der Hauptſache, bittet.

a) Dieſe befindet ſich ganz in den Act. Com. Mſc. Arch. Wolf. faſc. III. n. 79. und iſt d. d. Tübingen den $\frac{13}{23}$ Jan. 1597.

b) Auch dieſe befindet ſich, unter der Aufſchrift: unterthänigſter nothwendigſter Bericht, gehorſamſtes Erklären, Bitten und Erbieten, d. d. Tübingen $\frac{13}{23}$ Jan. 1597. in den Wolfenb. Actis, faſc. III. n. 79.

in allen ſeinen Verantwortungen gewiß mit gebüh- 1598
rendem Reſpect von beiden Fürſten geredet, nur aber Pappen-
freymüthig, das, was ihm zu hart geſchienen, wie heim. Arreſt.
doch jedem Bedrängten zuſtehe, angeführt, und ſich
verantwortet, welches er ihm nicht übel zu nehmen
bitte, da ja alle Tage geſchehe, daß der K. fälſchlich
berichtet werde, nach den Berichten ein Mandat,
Reſcript, Decret, u. ſ. w. erkennen laſſe, und auf
geziemende Verantwortung und beſſern Bericht
wiederum aufhebe. Nun aber auf die, vom Kai-
ſer über einige Puncte verlangte **runde Erklä-
rung** zu kommen, ſo bedaure er 1) gar ſehr, daß
ſeine in den vorigen Schriften gethane Abbitte,
nicht für hinlänglich, ja nicht einmal für aufrich-
tig angenommen werden wolle. Demnach, um
auch allem Schein auszuweichen, bekenne er noch-
mals mit aller Reue, daß er ſich der ſequeſtrirten
Lupfiſchen Güter eigenmächtig angemaßt, und
bitte desfalls den K. gleichwie auch um alles, wo
er ihn noch ſonſt beleidigt haben könnte, demüthigſt
um Vergebung, und hoffe, ſeine ſechsjährige aus-
geſtandene Gefangenſchaft, und aller dabey erlitte-
ner Schaden, werde zu Abbüßung deſſelben hin-
länglich ſeyn. Dabey flehe er nochmals inſtändigſt
um ſeine Erlaſſung und ſodann um die Erfüllung
der von K. **Maximilian** empfangenen Anwart-
ſchaft. Was aber die ihm zu unterſchreiben vor-
geſchriebene Aſſecuration betreffe, in welcher ihm
zugemuthet werde, zu bekennen, was er nicht ge-
dacht habe, ſo habe er ja theils ſonſt ſchon ſich re-
verſirt, die Kaiſerliche Sequeſtration ungeirrt zu
laſſen, welches er dann auch treulich zu halten ge-
meint ſey, theils ſey die ihm zugemuthete Stellung
der Bürgſchaft mit ſo beſchwerlichen Bedingungen
verknüpft, daß ihm dieſelbe zu ſtellen unmöglich
gemacht werde, die aber überhaupt ganz unnöthig

1598 ſey, da der K. ja ſein ganzes Vermögen in Hän-
Pappen-heim. Arreſt. den habe, mithin wol mit einer nicht ſo ſcharfen Verſicherung zufrieden ſeyn könne. Wie nun ſolches bereits 1594. der ganze Reichstag für hinlänglich gehalten, und daher für ihn eine Fürbitte eingelegt habe, ſo bitte er, der H. als Kaiſerlicher Commiſſarius wolle ein gleiches thun, und daran ſeyn, daß er ſich dieſes hohen Fürworts Würkung zu erfreuen haben möge, welches ihn dann einige des Kaiſers münd- und ſchriftliche Erklärungen zuverſichtlich hoffen ließen. **Zweytens**, daß der Sequeſter bis zu Ende des ganzen Compromiſſes bleiben ſollte, ſey ihm ebenwol höchſt beſchwerlich, doch müſſe er ſich es als eine Kaiſerliche Verordnung gefallen laſſen; doch bitte er, daß ihm auch die Rechnungen von allen Einnahmen und Ausgaben vorgelegt, und die Einnahme, um mehrerer Sicherheit willen, in einer Reichsſtadt hinterlegt würde. Da auch mit leerer Hand Proceß zu führen nicht möglich ſey, ſo bitte er nochmals inſtändigſt, daß der K. die Anſtalten bey ſeiner Kammer machen möge, daß ihm die rückſtändigen Intereſſen nach geſchehener Abrechnung gezahlt, und ferner mit den laufenden Intereſſen von Jahr zu Jahr Ordnung gehalten werde. **Drittens**, die **Urkunden** betreffend, ſo bitte er inſtändigſt, man wolle bedenken, daß dieſe ja niemand anders gehörten und angingen, als ihn, daß man ſie ja von Commiſſionswegen ſeinem Voigt ausliefern wollen, der aber keinen Befehl zur Uebernehmung gehabt, daher ſie dann bey der Commiſſion verſiegelt geblieben, bis er ſelbſt gekommen, ſie aufgemacht und gebraucht habe; daher er hoffe, man werde ſie ihm, ſo gut als den Lupfiſchen Allodial-Erben die ihrige, zukommen laſſen. Was **viertens** das bey der Hofkammer zu empfangende

Geld

Geld betreffe, ſo habe, aller Zuſicherung ohn- 1598
geachtet, die Hofkammer, ſeiner zu Prag ſo lan- Pappenheim. Arreſt.
ge ſich aufhaltenden Gemahlin nicht mehr dann 1700 fl. folgen laſſen, obwol ſie über 3000, in dem Jahr, daß ſie dorten vergeblich ſollicitiret, gebraucht habe: deswegen er um ernſtlichere Befehle an die Kammer bitte. Wegen des fünften und ſechſten Puncts bitte er noch, da doch ſchon einige Rechnungen ohne ſein Beyſeyn abgehalten worden, daß ihm auch von dieſen ein Exemplar gegeben werde. Das ſiebente betreffend, ſo bitte er demüthig, daß man ihm, da er um Hülfe gebeten, dieſes nicht als eine Verunglimpfung oder Anzüglichkeit, einiger Ausdrücke halber, anrechnen möge, da er in einem traurigen Zuſtand, aus dem er gerne erledigt ſeyn möchte, geſchrieben. Zum achten und neunten habe er, allein zu Beſchleunigung der Sache, ohne dem K. in etwas vorgreifen zu wollen, ihm Commiſſarien vorgeſchlagen, und um baldige Beendung der Sache flehentlichſt gebeten; darin er doch geglaubt nichts zu thun, als was andern Parteyen auch erlaubt ſey, weswegen er drey Beyſpiele anführen wolle von Fällen, die ſich zu K. **Ferdinands**, **Maximilians**, ja auch **Rudolfs** Zeiten zugetragen. Und bitte er, daß man ihm doch ja dieſes Geſuch nicht, wie geſchehen, ſo auslegen wolle, als wenn er um ſothane Commiſſion bitte, gleichſam um über den **Kaiſer** richten zu laſſen, ſondern, um unter dem **Kaiſer**, als der Quelle des ganzen Rechts, ſeine Sache beſſer, als geſchehen, zu unterſuchen, und ſie demſelben zur Entſcheidung vorzutragen. Zum Beſchluß, da er dem K. als ein halsſtarriger ungehorſamer Mann vorgebildet worden, ſo wolle er desfalls nur dieſes zu bedenken bitten, daß er gleichwol als des **Reichs Erbmarſchall** von Ju-

1598 gend auf am Hofe der beiden K. Ferdinand und Maximilian geweſen, und von dieſen beiden Herren nicht ſo, ſondern mit Gnaden angeſehen, daher auch mit der lupfiſchen Anwartſchaft begnadiget worden, wie er denn auch ſonſten viele Beweiſe der von ihm gehegten guten Meinung in Händen habe, nebſt dem daß er in Hofdienſten, gleich ſeinen Voreltern, ein nicht geringes zugeſetzt, ja er ſogar keinen Anſtand gehabt, ſein ganzes Vermögen und ein mehreres, mit Aufnehmung ſchwerer Schuldenlaſt [c]), dem Kaiſer anzuvertrauen, womit denn auch derſelbe gewiß genugſam verſichert ſeyn könne, um ihn ohne weitere Bürgſchaft, gegen einen gewöhnlichen Revers, der ihn nun über ſechs Jahre drückenden Gefangenſchaft zu entlaſſen. Sollte er nun, wie er nach allem Ausgeführten hoffen dürfe, ſeine Befreyung erlangen, ſo wolle er auch hiemit auf das beſte ſich gegen den Herzog, als Commiſſarius, verbinden, mit demſelben wegen der Koſten der Bewachung ſich abzufinden. Dieſemnach bitte er nun den H., im Namen des K. und als ein milder chriſtlicher Fürſt dieſe ſeine Abbitte, Erklärung und Begehren in Gnaden anzunehmen, und dahin zu berichten, daß dem für ihn von den Reichsſtänden vor drittehalb Jahren eingelegten Fürwort ein Genüge geleiſtet, er erlaſſen und wieder zu Gnaden angenommen werde, u. ſ. w. Dieſe ſeine Bittſchrift, fährt der Erbmarſchall fort, ſey dem K. nebſt einem Fürſchreiben des Herzogs eingehändigt worden, aber bisher ohne Antwort geblieben. Aus dieſem allem aber werde deutlich zu erſehen ſeyn, wie großes Unrecht ihm im Ganzen geſchehe; wie ihm ſeine

Pappenheim. Arreſt.

c) Worauf dieſe letzteren Worte, die doch unverändert aus der Bittſchrift ſind, beziehen, habe ich nicht finden können.

ſeine Feinde die eigene Einnahme der ihm zugefalle- 1598
nen Lupfiſchen Güter als ein Majeſtäts-Ver- Pappenheim. Arreſt.
brechen aufrechnen wollten, wie er ſich zwar hier-
über gleich gegen den K. demüthigſt erklärt, wie
er aber dennoch uncitirt, unverhört, unverklagt,
unverurtheilt, als ein Reichsſtand, in ſeinem
Schloß überfallen, nach Tübingen gebracht und
daſelbſt bisher ins ſiebente Jahr gefangen gehalten
worden, und wie ſehr dieſes Beyſpiel allen Reichs-
ſtänden zur Beſchwerde gereiche, weswegen er dann
nochmals den ganzen Reichstag demüthigſt um
baldige Hülfe anrufe.„

Nebſt dieſem übergab des gefangenen Erb-
marſchalls Sohn, **Maximilian von Pappen-
heim**, eine Bittſchrift an den Reichstag [b]), fol- 4. Jan.
genden Inhalts: „Sein gefangener Vater hätte
zwar gehofft, und darum angeſucht, in Gemäß-
heit der bey letzterem Reichstag für ihn geſchehe-
nen Fürbitte ſämtlicher Stände; daß er nemlich
nach gethaner Abbitte der Haft entlaſſen werden
möchte; ſeine Freyheit zu erlangen. Allein er habe
lange Zeit gar keine Antwort bekommen. Endlich

b) Dieſe befindet ſich auch in den Actis, faſc. III. n. 73. 6 S. in Folio ſtark. Dabey auch vermuthlich zwey andere n. 75. und 76. vorkommende Schriften übergeben worden ſind, beide ohne Datum. Die eine hat den Titel: Ob Herr Konrad ꝛc. genugſamen Fug und Urſache gehabt, der übrigen Lupfiſchen Reichslehen ſich zu unterfangen? 15 Seiten in F. ſtark, in welcher ſeine Befugniſſe würklich ziemlich gut ausgeführt ſind. Die andere, 13 Folioſeiten ſtark, heißt: Verzeichniß, was etwan converſando, oder wo es die Gelegenheit gebe, zu gedenken ſeyn möchte. Beide zu dem Endzweck vermuthlich verfaßt, daß ſie ſämtlichen Geſandten unter der Hand ausgetheilt würden, um bey Erwehnung der Haupt-Supplication, die allein dem K. Commiſſarius bekandt gemacht werden ſollte, davon Gebrauch machen zu können.

1598 ſey ihm, im dritten Jahr hernach, eine Kaiſerliche Reſolution zugekommen, in welcher ihm eine ſo harte Verſicherung auszuſtellen zugemuthet worden, daß er ſolche, ohne Verletzung ſeiner Ehre, nicht hätte unterſchreiben können, darauf er dann an den K. ein demüthiges Abbitt-, Bericht- und Erklärungsſchreiben [e]), ohngefähr vor einem Jahr, abgehen laſſen. Auf dieſes aber ſey, aller gegebenen Mühe ohngeachtet, keine Reſolution zu erhalten geweſen, darüber dann ſeine Mutter aus Bekümmerniß geſtorben, ſein Vater aber ſich ſehr abgemattet, und er, **Maximilian**, ſamt ſeinen jüngern Geſchwiſtern, in einer gar traurigen Lage ſich befände. Da nun der Reichstag inzwiſchen wieder zuſammengekommen, und die Stände ſich bereits 1594. ſo gütig für ſeinen Vater verwendet, ſo wolle er ſich nochmals an dieſelben wenden, und demüthigſt bitten, daß ſie dieſe Verwendung wiederholen möchten, dahin, daß ſein Vater ohne die auszuſtellende beſchwerliche Verſicherung und gegen juratoriſche Caution losgelaſſen werde. Woferne aber dieſes ja nicht zu erlangen wäre, ſo möchten die Reichsſtände doch ſelbſt für ihn zur Caution ſich erbieten, dagegen ſich dieſer auf alle nur verlangte Art ihnen verpflichten wolle. Nebſt dieſem ſchriftlichen Fürwort, (wie noch in einem beſondern P. S. gebeten wird,) möchten ſie doch auch eine perſönliche Bitte bey dem **Erzh. Matthias** hier zu R. einlegen.„

Pappenheim. Arreſt.

Den Erfolg belangend, ſo iſt richtig, daß ſonderlich die **Evangeliſchen** Stände des armen Grafen Sache in ihren Zuſammenkünften ſich angelegen ſeyn laſſen [f]), daß dieſelbe auch auf dem Reichs-

e) Iſt das oben ausgezogene d. d. $\frac{13}{23}$ Jan. 1597.

f) Laut Protocolls ihrer Sitzungen in dem Ind. Mſc. Arch. On. T. LXX. n. 82.

Reichstag vorgekommen [ff]), und daß endlich auch 1598
ein abermaliges Interceſſions-Schreiben der Stände an den Kaiſer [g]) ergangen; was aber dieſer darauf für Antwort ertheilet, iſt mir unbekandt.

Ortenb. Bittſchrift.

Drittens unterließ auch der alte Graf Joachim von Ortenburg nicht, ſeine ſchon bey mehreren öffentlichen Verſammlungen vorgebrachte Streitſache [h]) wiederum in Anregung zu bringen. Zu dem Ende übergab er ſämtlichen Ständen ein ferneres Anrufen und Bitten [i]), in welchem er vorſtellte: In Betreff ſeiner ſchon vor 22 Jahren von dem Herzog Wilhelm von Bayern eingezogenen Güter, habe er ſchon vorlängſt dem H. den Kauf aller der ſtrittigen Güter vorgeſchlagen, ſodann auf den Fall, daß dieſer nicht zu Stande käme, eine kurze Entſcheidung der Sache am Kammergericht, etwan mit 2 oder 3 Schriften, mittler welcher der Herzog die eingezogenen Güter alle behalten ſolle, oder einen Austrag der Streitigkeit durch erwählte Schiedsrichter vom Grafen- und Herren-Stand, denen auf den Fall zwiſtiger Meinungen ein unparteyiſcher Obmann zugegeben werde. Der H. hätte ſich auch den Vorſchlag wegen des Kaufs gefallen laſſen, und wäre wirklich wegen eines gar nicht hohen Kaufgeldes, ſamt Zahlungs-Terminen, mit ihm übereingekommen. Als Er, der Graf, nun gehofft, ſolchergeſtalt der Sache Ende zu ſehen, habe der H. an ihn verlangen laſſen, nicht nur wegen der beſtän-

ff) S. Ind. Mſc. Arch. On. T. LXXI. n. 60. 67.

g) d. d. 19. Mart. e. a. laut der Rubrik deſſelben in dem angef. Ind. T. LXXI. n. 93.

h) S. im XVIII. B. der N. T. R. Hiſt. S. 671. u. f.

i) Es iſt in den Actis Mſc. Comit. Arch. Wolf. faſc. III. n. 36. zu befinden.

1598 beſtändigen jährlichen Gülten, ſondern auch
Ortenb. Bittſchrift. wegen der unbeſtändigen Gülten, obwol dieſe bey dem Kauf gar nicht mit in Anſchlag gebracht worden, die Gewähr zu leiſten. In dieſes nun habe Er nicht willigen können, da die meiſten Stücke ſelbſt von den vorigen Herzogen an des Gr. Voreltern gekommen [f]), mithin das Haus Bayern ſich ſelbſt die Gewähr desfalls leiſten müßte; überdieſes ſey es auch unnöthig, da der H. ja die Güter ſo lange innehabe, und kein Menſch auf das geringſte davon einigen Anſpruch gemacht. Der H. aber habe von dieſer Forderung nicht abgehen wollen, worüber dann aus dem Kauf nichts geworden. Hierauf habe er einen andern Weg eingeſchlagen, und dem H. anbieten laſſen, wenn er ſeine

f) Es hatten nemlich die H. Ludwig und Heinrich von Bayern das Schloß und Markt Mattighofen dem Gr. Chriſtoph von Ortenburg, für 4500 fl. jedoch mit Vorbehalt des Wiederkaufs, überlaſſen, im Jahr 1517. laut der in einem viel merkwürdiges von Bayern enthaltenden teutſchen faſc. rer. Bav. Mſc. p. 106. befindlichen Nachricht. Der Titel dieſes Mſc. iſt: Beſchr. wie das Land Bayern von Alters ein Königreich geweſen, hernach zu einem Herzogthum gemacht, — aber endlich die Primogenitur eingeführt worden. Das Original davon iſt im Bayeriſchen Archiv und ſcheint ums Jahr 1711. gemacht zu ſeyn. Meine Abſchrift füllet 357. ſehr ſchön in Folio geſchriebene Seiten, denen noch 36 beſonders gezählte nachfolgen, die den Titel: Decrementum Bavariae, oder, wie einige Stücke von Bayern abgekommen? führen. Etwas anders lautet die Sache bey Hund, Bayeriſchen Stammb. II. Th. S. 42. in der daſelbſt vorkommenden Nachricht von den Gr. von Ortenburg, und noch etwas anders in dem geſchriebenen Exemplar dieſer Nachricht, das ich beſitze, und welches von dem bey Hund gedruckten, ſo wie hier, alſo auch in andern Stücken manchmal abgehet. Doch wird wol jene Archival-Nachricht vorzuziehen ſeyn.

ſeine Güter wieder erhalten könnte, ſo wollte er dem H. die Erb-Huldigung leiſten, den Landshutiſchen und Burghauſiſchen Abſchieden ſich unterwerfen, keine Aenderung in der Religion vornehmen, auch dem H. alle aufgehobene Nutzungen zurücklaſſen, ſo lange bis deswegen mit ordentlichem Recht ein anderes erhalten würde. Aber auch dieſes habe der H. nicht annehmen wollen, es hätte ihm dann der Graf eine gewiſſe vorgeſchriebene Art von Abbitte gethan, zu welcher er, der Graf, ſich dann nicht verſtehen können, jedoch eine andere ſeiner Ehre unnachtheilige Abbitte thun zu wollen, ſich erboten habe. Da nun alles nichts gefruchtet, und die Bedrängniß immer die nemliche geblieben, habe Er bey dem angefangenen Proceß nothwendig verharren müſſen, bey welchem man ihn, Bayeriſcher Seite, nur mit den Exceptionibus fori alleine etliche Jahre lang aufgehalten habe, wodurch er ſo heruntergekommen, daß er das Kammergericht um Verſchaffung der Alimenten angehen müſſen. Und, nachdem Er endlich die Sache ſo weit gebracht, daß im Febr. d. J. das Kammergericht dieſe Exceptionen verworfen, und ſich als Richter in dieſer Sache durch ein Urtheil erkannt habe, ſo habe Bayern, um dieſelbe ja nie zum Ende kommen zu laſſen, die Reviſion gegen dieſes Urtheil geſucht und eingewandt [l]), obwol man ſich bey dem Alimenten-Geſuch ſchon ohne Anſtand vor dem Kammergericht eingelaſſen, und dadurch ſtillſchweigend daſſelbe als Richter in der Hauptſache anerkannt habe. Ueber dieſes alles habe ihm auch der H. die ſchon zum drittenmal nachgeſuchte Reichsgeſetzmäßige Niederſetzung dreyer ſeiner eigenen Bayeriſchen Räthe zu Auſtrag der Sachen allezeit abgeſchlagen, ſo

1598 Ortenb. Bittſchrift.

l) S. N. T. R. Hiſt. XIX. B. S. 552.

1598 ſo daß derſelbe deutlich dadurch zeige, wie ſehr er in dieſer Angelegenheit das Licht ſcheue, und wie man nur ihn, den Grafen, ſo weit hineinführen wolle, daß weder Er noch ſeine Erben den Ausgang aus dem Labyrinth je finden könnten, dieweil man wol wiſſe, daß der Reviſionen gar viel dem K. G. angekündiget, und bey dem jetzigen Zuſtand im Reich, von wegen der in vielen Jahren nicht gehaltenen Viſitationen, keine expedirt worden, daher leider immittelſt die obſiegenden Parteyen mit ihrem gänzlichen Verderben und Untergang an der Execution aufgehalten würden, und hülflos blieben [m]). Da nun durch ſolche unabſehliche Verzögerung der Sachen nicht nur ihm ſelbſt bis in ſein jetziges hohes Alter das unverantwortlichſte Unrecht geſchehen, und er bey der eingeſchränkteſten faſt bürgerlichen Haushaltung doch kaum zurechtkommen könne, ſondern auch in ſeiner Perſon allen ſchwächern Reichsmitgliedern ein unerträglicher Nachtheil durch ſolche Erſchwerung der rechtlichen Ent-

Ortenb. Bittſchrift.

m) So ſchrieb, ſo klagte man 1598. Aber meinet man nicht hier größtentheils die Stimme des Jahrs 1790. zu hören? Freylich iſt ſeit jenem Jahre in den N. R. A. die durch die Reviſion geſchehene Aufhaltung der Execution abgeſchafft worden. Aber hat nicht 1) dieſe Abſchaffung ſelbſt noch manche Ausnahmen? 2) Iſt nicht die dabey zu leiſtende Caution für manche Partey faſt ſo drückend, als die Aufhaltung der Execution? Und iſt 3) nicht die Ungewißheit etwas peinliches, in der ganze Familien, 50 ja 100 Jahre lang, leben müſſen, ob die mit vielen Koſten erworbene Sache ihnen nun auch bleiben werde, oder nicht? O Väter Teutſchlands, zu Regensburg verſammelt! welchen Dank werden Euch alle Teutſche Mitbürger zujauchzen, wenn ihr endlich durch Herſtellung der ordentlichen Viſitationen des K. G. die Quelle dieſer zweyhundertjährigen Klagen verſtopfet! Gott gebe Euren jetzigen wiederholten Bemühungen desfalls ein baldiges gedeihliches Ende!

Entſcheidung der Sachen geſchehe: als bitte Er 1598
ſämtliche Stände, theils überhaupt dieſen Nach- Ortenb.
theil wohl zu beherzigen, theils auch ſeinen, als Bitt-
eines 68jährigen Mannes, beſchriebenen bedräng- ſchrift.
ten Zuſtand zu bedenken, und die billige Vorſe-
hung zu thun, daß ihm die ſo lange vorenthaltene
Güter, den vorigen Reichs-Decreten und Be-
denken gemäß [n]), baldigſt wieder zugeſtellt, oder
doch die wegen des Gerichtsſtandes ergriffene Re-
viſion abgeſtellt, inzwiſchen aber das Urtheil we-
gen der Alimenten am Kammergericht forderſamſt
abgefaßt werde.„ Was nun hierauf erfolgt, da-
von habe ich nirgends etwas genaues finden kön-
nen [o]). Soviel aber ſcheint mir richtig zu ſeyn,
daß der arme Graf nie wieder zu ſeinen Landen ge-
kommen, maßen er zwey Jahre hernach zu Nürn- (19 Merz
berg, woſelbſt er etliche Jahre gewohnet hatte, 1600.)
Todes verfahren, wornach ſein verblichener Leib
wieder nach **Ortenburg** mit großen Feierlichkeiten
gebracht worden iſt [p]). **Und drey Jahre darauf
wurde die Sache inſonderheit wegen der Herr-**
ſchaft

n) Außer denen 1576. und 1582. zu ſeinem Beſten ergangenen Reichsgutachten, hatte noch auf dem letzten Reichstag der Supplications-Rath ein dergleichen für ihn ausgeſtellt. S. die **N. T. R. Hiſt.** XVIII. B. S. 672.

o) Ein Interceſſions-Schreiben an den Herzog von Bayern, von ſämtlichen Reichsſtänden d. d. 21. Merz e. a. finde ich in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. angemerkt T. LXXI. n. 95. welcherley noch ein anderes daſelbſt ſ. d. n. 98. vorkommt. Vermuthlich war dieſes, alles was der bedaurungswürdige Graf erhalten konnte.

p) Dieſes finde ich weitläuftig erzählt in Tobias Brauns eigenhändig ſehr ſchön geſchriebener Nürnbergiſchen Chronik vom Jahr 1614. in Folio, die ich nebſt vielen andern Nürnbergiſchen Handſchriften beſitze, unter den Begebenheiten des 1600. Jahres.

1598 ſchaft Mattighafen durch Kauf, mit Bayern, von den Seiten-Verwandten des ohne Leibeserben verſtorbenen Grafen Joachims, ins Reine gebracht, wovon im folgenden Theil S. G. bey dem Jahre 1603. ein mehreres!

Chur-Cölniſche Bittſchrift.

Nicht weniger übergaben viertens die Chur-cölniſchen Geſandten einen Summariſchen Bericht, mit angehängter Bitte, einiger gegen das Stift gebrauchter Repreſſalien halber [q]), des Inhalts, bereits im Jahr 1578. ſey Graf Hermann von Nuenar und Mörs mit Tode abgegangen, deſſen einzige Schweſter und Erbin, Walpurg, an den Grafen Adolf von der andern Nuenariſchen Linie vermählt geweſen. Dem zufolge habe ſich ebengedachter Graf Adolf ſogleich in Beſitz der Grafſchaft Mörs geſetzt, mithin auch die Herrſchaft Padburg eingenommen. Kurz darauf habe der Graf von Salm-Reiferſcheid dieſe Herrſchaft nicht nur angeſprochen, ſondern auch den Gr. von Nuenar mit Gewalt daraus vertrieben. Desfalls habe ſich nun letzterer an den Churf. von Cölln als Landes- und Lehensherrn gewandt, und ihn gebeten, den Gr. von Salm zu Räumung der Herrſchaft zu nöthigen, mit dem Erbieten, ihm vor dem Churfürſten zu Recht zu ſtehen. Der Churfürſt habe auch, nach genauer Unterſuchung der Sache, dem Grafen von Salm anbefohlen, die Herrſchaft wieder zu verlaſſen. Letzterer aber habe ſich nicht fügen wollen, ſondern ſich an andere Herrſchaften gehängt, und gar dem Churfürſten die Landeshoheit abſtreiten wollen. Demnach habe der Churfürſt den Weg der Güte verſucht, und zu dem Ende beiden Par-

q) Sie iſt in den Act. Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 33. zu finden, und wurde verleſen den 23. Febr. e. a.

Parteyen einen Tag angeſetzt. Allda ſey der Graf von Nuenar erſchienen, der von Salm aber nicht, als durch ſeinen mit nicht genugſamer Vollmacht, um ſich in der Hauptſache einzulaſſen, verſehenen Bruder. Erſterer habe dann ſein Recht beſtermaßen ausgeführt, mithin um Wiedereinſetzung nochmals angerufen, und daß man den Gegner zum ordentlichen Recht (petitorio) verweiſen möchte, gebeten. Da nun der Churf. dieſes billig gefunden, auch dem von Salm desfalls den Befehl zugehen laſſen, dieſer aber nicht gehorchet, habe der Gr. von Nuenar Padberg mit Gewalt ein- und denſelben darin gefangen genommen, ferner nach Kaiſerswerth bringen laſſen, von welchem Ort er aber hernachmals zu entkommen Mittel gefunden habe. Von ſolcher Zeit an ſey der Graf von Nuenar in ruhigem Beſitz der Herrſchaft Padberg geblieben, bis er ſich 1583. in den damaligen Cölniſchen Krieg gemiſcht, das Schloß daſelbſt mit fremdem Kriegsvolk beſetzt, und aus demſelben dem Churfürſtenthum Cölln vielen Schaden gethan, auch keinen ergangenen Avocatorien Gehör gegeben, daher dann endlich der Churfürſt Ernſt von Cölln daſſelbe Schloß mit Gewalt einnehmen müſſen. Da nun bey dieſer Gelegenheit der Gr. von Nuenar ſich nach Holland geflüchtet, und von da aus immer den Krieg fortgeſetzt habe, ſo habe der Gr. von Salm den Zeitpunct in Acht genommen, ſein Recht dem Churf. vorgeſtellt, auch von ihm, gegen einigen Erſatz der Eroberungskoſten, die Belehnung mit Padberg erhalten. Einige Zeit hernach ſey aber der Graf von Nuenar in Holland geſtorben [r]), wor-

1598 C. Cölln. Bittſchrift.

(7. Oct. 1589.)

r) S. Neue T. R. Geſch. XV. B. S. 258. f. Conf. S. 328. u. f.

1598 worauf ſich ſeine Wittwe an den Churf. gewandt, und gebeten, ihr die bisher an ihrem Mann bewieſene Treue nicht übel zu nehmen, und nach ſeinem Tode nicht an ihr, durch fernere Vorenthaltung des eigentlich ihr gehörigen Landes, zu ahnden, ſondern vielmehr ihr alles, mithin auch Padberg, wieder zuzuſtellen. Dieſer Bittſchrift halber habe der Churf. verſchiedener Univerſitäten Rath eingeholt, welcher dahin gegangen, daß man derſelben Inhalt nicht wohl abſchlagen könne. Dieſemnach habe er weiter einen Landtag ausgeſchrieben, dem von Salm dabey ſelbſt die Sache zu bedenken gegeben, und zugeredet, gegen Erſatz ſeines Ausgelegten, aus Padberg zu weichen, welches Er, der Churf., ſo lange innebehalten wolle, bis die rechtlichen Befugniſſe beider Theile völlig erörtert und das Urtheil darüber gegeben ſey. Der von Salm aber habe dieſes Anſinnen in einer ſchriftlichen Antwort rund abgeſchlagen, auch nachher nie ſich zu Räumung des Schloſſes, obſchon man ihm die Einkünfte alljährlich zu liefern verſprochen, bringen laſſen, dagegen ſich dann die verwittwete Gräfin an die General-Staaten gewandt, auch von ihnen Schutz, und ein Fürſchreiben an den Churfürſten und die Landſchaft erhalten, wobey mit der Drohung beſchloſſen worden, ſo viel, als die jährlichen Einkünfte der Gräfin betrügen, im Entſtehungsfall durch die Soldaten im Cöllniſchen eintreiben zu laſſen. Der Churfürſt habe hierauf dem Kaiſer die ganze Sache berichtet, dieſer aber die Herrſchaft Padberg ſequeſtrirt, und den Gr. von Manderſcheid zum Verwalter geſetzt, dabey dem Gr. von Salm dieſelbe zu räumen, der Wittib aber, ſich der Hülfe der General-Staaten nicht zu bedienen, ſondern des Kaiſers Hülfe zu erwarten, befohlen. Beide

C. Cölln. Bittſchrift.

Thei-

Theile aber hätten nicht gehorchet: daher dann das Staatiſche Kriegsvolk ins Cölniſche eingefallen, das Land ausgeſaugt und ſo lange darin nach Gefallen gehauſet, bis man ihnen, außer den Kriegskoſten, noch 36400 Rthlr. zuſagen, auch desfalls zwey adeliche Geiſeln mitgeben müſſen. Dabey wären auch die Cölniſch-Weſtfäliſchen Lande, ſamt der Veſtiſchen Landſchaft, noch an die 37000 Rthlr. zu erlegen gezwungen worden. Und obwol ſeitdem neue Vergleichs-Unterhandlungen vorgeweſen, hätten die Staatiſchen Völker doch die Streifereyen fortgeſetzt, und noch neuerlich von den Cölniſch-Rheiniſchen Landen bey 55000 Rthlr. gefordert, davon auch 16000 bereits erlegt, wegen der übrigen aber die ſchärfſten Drohungen der Execution ergangen ſeyen, die Weſtfäliſchen und Veſtiſchen Lande hingegen auch wieder 24000 Rthlr. aufbringen müſſen. So wie das arme Land nun von der einen Seite durch die Holländiſchen, ſo werde es auf der andern auch durch die von dem Gr. von Salm zu Hülfe gerufenen Spaniſchen Truppen bedränget, und alſo faſt ganz zu Grunde gerichtet; welchem Unweſen zu ſteuern der Churfürſt viel zu ſchwach ſey. Dannenhero ſehe ſich derſelbe genöthigt, des ganzen Reichs Hülfe ſich zu erbitten. Inſonderheit möchten ſich die Stände bey dem Kaiſer dahin verwenden, daß die bey dem Reichshofrath anhängige Hauptſache baldigſt erledigt, auch die geſuchten Mandata arctiora gegen Salm erkannt werden; ſodann auch bey den Staaten es zu vermitteln ſuchen, daß die Thätlichkeiten aufhörten, und die Wittib billigen Vergleichs-Vorſchlägen Gehör gäbe, oder das ordentliche Recht erwartete. Warum übrigens von dieſer Sache, ſo wenig als von den beiden folgenden, das geringſte nicht in den oben

1598 (im Merz 1595.) C. Cölln. Bittſchrift.

1598 ausgezogenen Beſchwerungs-Schriften des Weſtf. Kreiſes ſowol, als in den Burgundiſchen Antworten, ſich finde? iſt ſchwer zu errathen.

Mit dieſer Nuenariſchen Sache hängt
10. Febr. fünftens die auch auf dem Reichstag angebrachte gleichfolgende zuſammen, da nemlich der Herzog
(7. Apr. 1597.) von Jülich ſich beſchwerte [s]), „daß jener Nuenariſchen Forderung halber vier bis fünfhundert Holländiſche Reuter in das Jülich und Bergiſche einen Einbruch gemacht, dabey verſchiedene Unterthanen, zum Theil geſchworne Herzogliche Diener gefangen genommen, und mit ſich nach Nimägen geführt hätten, die nun nicht anders als gegen Erlegung von 45000 Rthlr. loskommen ſollten. Nun habe ſeitdem der Herzog verſchiedentlich des-
(12. Mai 1597.) halb um Nachlaß gebeten, ja der Kaiſer ſelbſt darum an die General-Staaten geſchrieben, und die Loslaſſung der Gefangenen anbefohlen, doch ſey durch alles dieſes nichts zu erhalten geweſen; obwol die Gefangenen alle notoriſch Jülichiſche Unterthanen, ja Diener, ſeyen, und nur einige davon Cölniſche Geiſtliche Güter im Genuß hätten, obwol auch ihr Herr, der Herzog, ſich im geringſten der Händel mit Cölln nicht annehme, und überhaupt mit den Staaten ſonſt in gutem Vernehmen ſich befinde. Demnach bitte man die verſammelten Stände, noch von Regenſpurg aus an die General-Staaten desfalls das nöthige gelangen laſſen zu wollen, dadurch den armen Gefangenen ihre Freyheit verſchafft, und die ferneren Thätlichkeiten um dieſer Urſache willen verhütet würden.„ Da nun dieſe Sache im Fürſtenrath vorkam, gingen die meiſten Stimmen dahin, „daß, da der Kaiſer ſich einmal der Sache befehlsweiſe

s) Deſſen Schrift iſt ebenfalls in den Actis Mſc. Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 62. befindlich.

weiſe angenommen habe, dieſer zu erſuchen ſey, 1598
arctiora mandata ergehen zu laſſen; zugleich ſey auch an die Staaten desfalls zu ſchreiben, der Gr. von Nuenar aber zu befehligen, die Sache gütlich mit Cölln beyzulegen, und die General-Staaten nicht mehr zu Thätlichkeiten aufzuhetzen; endlich auch dieſes Vorfalls bey den Friedens-Unterhandlungen eingedenk zu ſeyn. „

Nicht weniger ſtellten ſechſtens die Lütti- 1. Merz.
chiſchen Geſandten vor [t]): Es habe der König von Spanien die auf lüttichiſchem Boden liegende, 22 nicht geringe Dörfer ſtarke, Herrſchaft Agymont, der Herzogin von Arſchott, geb. Prinz. von Chimay, gehörig, weil ſie ſich zu der Generalſtaaten Partey geſchlagen, ihr weggenommen, und ihrem Gemahl gegeben. Dieſes habe nun die Herzogin nicht ſo wollen geſchehen laſſen, und daher ſich öfters ſchon an den Biſchof gewandt, um ihr wieder zu derſelben als Lands- und Lehensherr zu verhelfen, woran er immer aber durch die Spanier, als die dieſe Herrſchaft als zum luxenburgiſchen gehörig anſähen, behindert würde. Da habe nun die Herzogin bey den Holländern Schutz und Hülfe geſucht, und nun, ſchon bey 8 Jahren hintereinander, aus den Biſchöflichen Landen durch Staatiſche Truppen die Summe von 8800 Brabantiſchen Gulden, als den ohngefähren Ertrag ihrer gedachten Herrſchaft, gewaltſam eintreiben laſſen. Nun hätte zwar der B. dieſe Sache bereits 1594. auf dem damaligen Reichstag vorgeſtellt, weil aber zu jener Zeit die Geſandtſchaft, des Friedens in den Niederlanden halber, im Werk geweſen, ſo habe er ſo ſehr nicht darauf gedrungen. Nachdem es aber das Anſe-

t) Ihre Bittſchrift iſt in den Act. Com. Mſc. Arch. Wolf. faſc. III. n. 35. enthalten.

1598 hen habe, als ob ſich es, mit dieſer Geſandtſchaft, die ſeit jener Zeit nicht abgegangen, auch ferner noch in die Länge ziehen wolle, ſo bitte der Churfürſt und Biſchof ganz inſtändigſt um ein Fürſchreiben an Burgund, ſich nicht ferner der Oberherrſchaft über Agymont anzumaßen, und um ein anderes an die General-Staaten, keine ſolche militairiſche Executionen, zum Beſten der Herzogin, ausüben zu wollen.„ Gegen dieſe Klage nun gaben die Burgundiſchen Geſandten einen Bericht ein, von deſſen Inhalt ich aber nichts anzugeben weiß [u]). Hierauf wurde die Sache im
$\frac{17}{27}$ Merz Fürſtenrath vorgenommen [v]), allwo Oeſterreich dahin ſtimmte, dieſelbe auf die Friedens-Unterhandlungen zu verſchieben. Dennoch kam zuletzt der Schluß heraus, an beide kriegführende Theile gebetenermaßen zu ſchreiben, ſodann der Sache bey dem Frieden zu gedenken.

Braunſchw. Lüneb. Bittſchr. Ingleichen brachte ſiebentens Herzog Ernſt von Braunſchweig-Lüneburg [w]) an: „Es werde den Geſandten wol noch meiſtens, vom letzten Reichstag her, erinnerlich ſeyn, wasgeſtalten ein gewiſſer Werner von Schulenburg, unter angemaßter Vollmacht H. Franzen von Sach-

u) Denn ich kenne ihn nur aus der Rubrik in dem Ind. Mſc. Act. Com. Arch. Onold. T. LXX. n. 26. allwo das Datum auf den 8. Febr. lautet, ſo aber vielmehr der 8. Merz ſeyn wird.

v) Laut Protocolls dieſer Seſſion in den Act. Com. Arch. Wolf. faſc IV.n . 1.

w) In einem Canzley-Schreiben, das in den Act. Com. Arch. Wolf. faſc III. n. 43. vorkommt, wozu auch die Beylagen ſub n. 45. gehören. Beide wurden verleſen, den 12. Jan. 1598. In dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXIX. ſind ſie ebenfalls n. 74. ſq. zu finden.

Sachſen-Lauenburg, ſich zur Sitzung einge- 1598
drungen r), welcher doch nie ſonſten fuͤr denſelben Braunſchw. Luͤneb. Bittſchr.
die Stimme gefuͤhrt; Eben derſelbe habe in einer
Schrift y) wegen einer rechtmaͤßig gegen ihn ver-
uͤbten Execution, ihn, den H. Ernſt, ſamt ſeinen
Raͤthen, ſehr verunglimpft. Dabey habe er es
aber noch nicht bewenden laſſen, ſondern an ver-
ſchiedenen Orten, ja gar bey der N. S. Kreisver-
ſammlung, faͤlſchlich die Sache ſo vorgeſtellt, als
wenn Er, der Herzog, einige Beſchwerden gegen
ihn, Schulenburg, angebracht, damit aber am
Reichstag ab- und den Forderungen des Schu-
lenburgs Gehoͤr zu geben angewieſen worden.
Dieſemnach koͤnne man es dabey nicht bewenden
laſſen, ſondern muͤſſe verſchiedenes, dieſen Mann
betreffend, hier beybringen. Zuerſt wuͤrde aus
den Anlagen A. und B. erſichtlich ſeyn, wie der
H. von Lauenburg ſelbſt den Churf. von Mainz
erſucht, des Schulenburgs Namen aus dem
Reichs-Abſchied bey kuͤnftiger weiterer Herausge-
bung zu laſſen, und was dieſer deswegen geantwor-
tet. Zum andern werde aus Beylage C. und D.
erſichtlich ſeyn, daß es mit dem von dem Schu-
lenburg angeruͤhmten, ihm zum Beſten ergangen
ſeyn ſollenden Schluß, auch die Bewandtniß nicht
habe, wie er angegeben. Ob nun wol Er, der
Herzog, dieſes ſein verſchiedentliches ſtraͤfliches Be-
ginnen an allen gehoͤrigen Orten geahndet habe,
es auch noch ferner zu thun willens ſey, ſo habe
Er doch auch nicht ermangeln wollen, dieſes alles
hier anzuzeigen, damit man um ſo weniger den
verleumderiſchen Ausſtreuungen deſſelben gegen

 den

r) Er ſtehet auch wuͤrklich unter denen den R. A. unter-
ſchreibenden Geſandten, N. S. der R. A. III. Th.
S. 447.

y) S. davon die N. T. R. Hiſt. XVIII. B. S. 662.

1598 den Herzog Glauben beymeſſen möge. Dabey er
Braunſchw. Lüneb. Bittſchr. den Ständen ſelbſt überlaſſe, Vorſehung dahin zu thun, daß inskünftige nicht ein jeder ſich in den Reichsrath ferner alſo einſchleichen könnte, u. ſ. w.„

Das in dieſer Bittſchrift angezogene Schreiben ſub A. an den Churf. von Mainz i) meldet demſelben: „Es habe der H. von Lauenburg, da er vom Kaiſer über einige tauſend Reuter gegen die Türken zum Oberſten beſtellt geweſen, immittels aber der Reichstag auch zu Regenſpurg 1594. ausgeſchrieben worden, ſeinen Rath Hermann von der Becke dahin als Abgeſandten beſtimmt. Zugleich habe er Wernern von der Schulenburg zum Statthalter ſeiner Länder verordnet, in Hoffnung, daß derſelbe ſeine habende Inſtruction wohl beobachten werde. Dieſem zuwider habe derſelbe ſich eigenmächtig aus dem Lande weg und nach Regenſpurg begeben, und zum größten Schaden der Unterthanen, auch ſeinem, des Herzogs, den ganzen Sommer dorten ſich luſtig gemacht, und nur ſeine eigene verworrene Händel durchzutreiben geſucht. Dabey habe er ſich denn auch in die Reichsverſammlung gedrungen, ſodann gegen den H. von Braunſchweig-Lüneburg allerley unerfindliche Sachen angebracht, ja gar ein Kaiſerliches Mandat gegen ihn erſchlichen und ihm inſinuiren laſſen, wie aus den Anlagen A. bis E. zu erſehen ſeyn werde a). Nun wäre dieſes an ſich ſchon eine gar unſchickliche Handlung geweſen, wenn er ſein Statthalters-Patent dahin gemißbrauchet, daß er ſich in Gemäßheit deſſelben auch als Abgeſandter aufführen zu können geglaubt hätte. Inſonderheit wünſchte Er zu wiſſen, ob derſelbe vielleicht mit dem

i) d.d. Prag, 15. Nov. 1595.

a) Dieſe Anlagen fehlen bey der Wolfenb. Abſchrift.

dem ihm zurückgelaſſenen Herzoglichen geheimden 1598
Inſiegel eine Vollmacht für ſich ausfertigen laſſen, Braunſchw. Lüneb. Bittſchr.
und alſo einen ihm nicht zuſtehenden Gebrauch davon gemacht hätte? Von allem dieſem bitte Er ſich genaue Nachricht, und zugleich dieſes aus, daß des Schulenburgs Name aus der Reihe der unterſchriebenen Geſandten möge bey einer künftigen neuen Auflage des Reichsabſchieds ausgelöſcht, und nicht wiederum hineingeſetzt werden.„

Auf dieſes nun ertheilte der Churfürſt in der Anlage B. b) dem Herzog zur Antwort: „Der Schulenburg, welcher freylich auch ſeine eigene Sachen bey der Churfürſtl. Canzley mit betrieben, habe begehrt, ihn mit in das Geſandten-Verzeichniß zu ſetzen; da er nun als des H. Statthalter bekandt geweſen, von des H. wegen auch in den Verſammlungen frey und öffentlich, ohne jemands Einwendung, erſchienen ſey, ſo habe man ihm, auch ohne Gewalt, vollkommenen Glauben beygemeſſen; zudem habe man, wie allezeit, ſo auch damals, von Seiten der Chur-Mainziſchen Canzley, das Verzeichniß der Geſandten in den Fürſtenrath (wo dem Churf. bekandtermaßen kein Directorium zuſtehe,) zur Durchſicht geſchickt, und, ſo wie ſie da zurückgekommen, der Gewohnheit nach, ins Reine ſchreiben laſſen. Daſelbſt aber ſey wegen des Schulenburgs nichts bemerkt worden, daher dann niemand einen Anſtand gefunden, ihn in das Verzeichniß mit einzurücken. Doch wolle man bey einem künftigen Druck Sorge tragen, daß er, des Herzogs Begehren gemäß, herausgelaſſen werde.„

In der Beylage C. c) antwortet der Churfürſt von Mainz Herzog Ernſten von Lüneburg:

b) Iſt datirt von Aſchaffenburg, 12. Nov. 1595.

c) Sie iſt datirt von Aſchaffenburg d. 10. Apr. 1596.

1598 burg: „Er hätte aus des Herzogs Schreiben,
Braunſchw. Lüneb. Wittſchr. von Zelle den 15. Merz d. J., vernommen, was der von Schulenburg ſich wegen eines auf dem letzten Reichstag gegen den H. erhaltenen Decrets rühmte, und was der H. desfalls zu wiſſen verlangte. Dem zufolge habe Er in der Reichs-Canzley nachſehen laſſen, und daſelbſt befunden, daß **Werner** und **Chriſtof von der Schulenburg** einige Beſchwerden gegen den Herzog angebracht, auch ſchriftlich übergeben hätten, denen damals der Herzogliche Geſandte **Nitp** anfangs mündlich, hernach auch ſchriftlich widerſprochen. Man habe aber von Seiten der Stände keinen weitern Schriftwechſel, in dieſer eigentlich an die Reichsgerichte gehörigen Sache, geſtatten wollen, ſondern dieſelbe lediglich dahin verwieſen, und beiden Parteyen die Abſchriften des gegenſeitigen Vorbringens mitgetheilt. Alles laut des mitfolgenden Decrets.„

Gedachtes Decret, welches die Anlage D. ausmacht [b]), enthält mit kurzen Worten, „daß, nachdem die von **Schulenburg**, einiger Thätlichkeiten halber, gegen den H. von Lüneburg eine Beſchwerungsſchrift eingegeben, hingegen aber der Lüneb. Geſandte ſich ſchriftlich verantwortet habe, aus beider Schriften aber zu entnehmen ſey, daß die Sache auf des **Kaiſers** Entſcheidung ſchon wirklich beruhe [c]), ſo wiſſe man ſich von Seiten der

b) Gegeben zu Regenſp. 12. Aug. 1594.

c) Es hatten nemlich die von Schulenburg bereits im Jahr 1593. die Klage wegen gewaltſamer Entſetzung aus dem ihnen von dem H. von Lüneburg auf ihre Lebenszeit eingeräumten Amt Clötzen, beym Reichshofrath übergeben, auch desfalls Mandatum und hernach paritoriam erlangt, darüber ſich dann der H. an den Reichstag von 1594. gewandt, und dieſes

der Stånde derſelben nicht weiter anzunehmen, 1598
wolle ſie auch lediglich dahin verwieſen haben, und beiden Theilen, auf Verlangen, ihres Anbringens Abſchrift zuſtellen laſſen.„ Was nun auf dieſe Bittſchrift erfolgt, habe ich nicht finden können.

Der Gr. Hohenſt. Wittib Bittſchr.

Auch brachte achtens, Anne, verwittibte Gråfin von Hohen-Zollern, geb. Gråfin von Hohenſtein, ihre Klage gegen einen Nůrnbergiſchen Kaufmann, Namens Löhneis, an den Reichstag [f]). Sie betraf die von ſolchem geſchehene Verarreſtirung ihres Leibgedings, von welchem ſie, wie ſie ſich ausdrückt, in dieſem ihrem armſeligen Witwenſtande ihr ganzes nothdůrftiges alimentum her haben ſollte. „Es ſey nemlich, fåhrt ſie fort, ihr Gemahl, Graf Joachim von Hohen-Zollern, im Jahr 1586. zu Cölln an der Spree, mit Hinterlaſſung eines einigen unerzogenen Sohnes, geſtorben. Derſelbe habe, welches ihm jedoch nicht zum Schimpf geſagt ſeyn ſolle, nichts eigenes, außer 12000 fl., ſo ihr verſchrieben geweſen wåren, hingegen ſo viele Schulden verlaſſen, daß ſie ſich im Namen ihres Sohnes der Erbſchaft nicht håtte annehmen können, ja ohne des Churf. von Brandenburg Fürſorge gar håtte Noth leiden můſſen. Dennoch, bey

ſes Decret mit veranlaßt hat; welches ihm aber ſo wenig gefallen, daß er vielmehr die Sache an das Kammergericht zu ſpielen geſucht, wogegen jedoch der Kaiſer ein Reſcript an daſſelbe im Sommer des Jahrs 1595. ergehen ließ, in welchem die Geſchichte der Litispendenz weitlåufig erzåhlt wird. Letzteres ſtehet im Auſſatz, in meinem obbeſchriebenen Hanniwaldiſchen Codex, f. 119. S. auch N. T. R. Hiſt. XX. B. S. 416. u. f.

f) Die ſolches enthaltende, den 5. Jan. verleſene Bittſchrift befindet ſich in den Act. Mſc. Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 67. Iſt datirt Cölln an der Spree, 12. Dec. 1597.

1598 bey dieſen bekandten Umſtänden, habe ſich der Der Gr. Hohenſt. Wittib Bittſchr. Lohneis beygehen laſſen, ſie wegen einiger an ihren Gemahl habender Forderungen, an denen ſie nie Theil genommen, zu verklagen, und nicht nachzulaſſen, bis er ein Kaiſerliches Arreſt-Reſcript an die Grafen von Hohen-Zollern, bey welchen die ihr zum Witthum vermachte 12000 fl. verzinslich ſtünden, erſchlichen, daß ihr jene Zinſen, bis zu ſeiner völligen Befriedigung, eingehalten werden ſollten, welchem dann die Grafen auch nachgelebt hätten. Nun aber ſeyen ihr dieſe 12000 fl. mit Wiſſen ihres Gemahls Brüder zum Leibgeding und Verſicherung ihres Eingebrachten verſchrieben; alſo, daß, wenn ihr Gemahl vor ihr mit Tode abgehen ſollte, die davon fallende jährliche 600 fl. von gedachten ſeinen Brüdern ihr von Jahr zu Jahr, ſo lange ſie Witwe bleibe, ohne ihre Unkoſten, unweigerlich ausgezahlt würden, ihr Recht an der Summe ſelbſt aber auf alle Weiſe unbeſchwert verbliebe. Wobey ihr dann auch insbeſondere verſprochen worden, daß ſothanes Capital ſamt Nutzung ihr zum Witthum verſichert ſeyn ſolle, ungeachtet aller Acht, Bann, Anleit, Raub, Brand, Arreſt, u. d. g., aller geiſt- und weltlichen Leute, Richter, u. d. g., wie ſolches alles aus lit. A. des mehreren zu erſehen ſeyn werde [g]). Hieraus zeige ſich alſo klärlich, daß ihr Recht an denen 12000 fl. aller andern Gläubiger ihrem, mithin auch des Lohneiſens Rechte bey weitem vorgehe. Demnach hätte ſie am allerwenigſten dürfen,

g) Lit. A. iſt die von den Grafen Carl Friedrich und Carl zu Hohenzollern ausgeſtellte Verſchreibung der 12000 fl. und ihrer Nutzungen halber, in welcher die von der Gräfin angeführte Clauſeln freylich alle enthalten ſind. d. d. Sigmaringen, 29. Jul. 1579.

ſen, ganz ohne vorher gehört zu ſeyn, ihres Wit- 1598
thums und einzigen Alimenten entſetzt werden. Der Gr. Hohenſt. Wittib Bittſchr.
Wäre ſie gehört worden, ſo würde ſie leichtlich haben darthun können, daß die Schuld blos von ihrem Gemahl herrühre, daß ſie aber daran nie Theil genommen, noch weniger ſelbſt etwas mit dem Löhneis zu verkehren gehabt habe. Unterdeſſen ſey dieſes nicht geſchehen, ſondern ſie, auf des Gegners einſeitiges ſcheinbares Vorbringen, gleich ihres Witthums beraubt worden, ohne daß des Churf. von Brandenburg, wie auch ihrer Schwäger, der Gr. von Hohen-Zollern, in Abſchrift mit beygelegte Fürbitten ſub B. et C. [h]) etwas bey dem Kaiſer hätten dagegen erwürken können. Sie bäte demnach inſtändigſt und flehentlich, die ſämtlichen Stände möchten ihre Noth anſehen, und ihre Fürbitte bey dem Kaiſer dahin einlegen, daß das Reſcript zurückgenommen, der Löhneis mit ſeiner Klage abgewieſen, und zu Herausgabe deſſen, was er bereits von ihren Zinſen gezogen, verurtheilt, auch in Strafe wegen unbefugter Klage genommen, an die Gr. von Hohen-Zollern aber reſcribirt werden möge, ihr fernerhin die jährlichen 600 fl. Zinſen der ihr verſchriebenen obgemeldeten 12000 fl. ohne Widerrede zu bezahlen, u. ſ. w. „ Der Erfolg dieſer Bittſchrift war, daß der Reichstag ein Fürſchreiben an den Kaiſer, zum Beſten der Supplicantin, erließ [i]).

Wei-

h) Anlage B. iſt das Fürſchreiben des Churf. von Brandenburg an den Kaiſer, d. d. 21. Jun. 1597. Anlage C. aber iſt das auf den ſub D. beyliegenden Kaiſerlichen Befehl d. d. Prag 23 Merz 1596. von den Grafen von Hohenzollern ergangene weitläufige Berichtſchreiben an den Kaiſer, ganz zum Beſten der hier klagenden Wittwe.

i) Von demſelben ſtehet die Rubrik in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXXI. n. 90. Es iſt d. d. 18. Merz e. a.

1598 Weiter kam auch neuntens, **Chriſtof**, Erbtruchſeß von **Waldburg**, zu Scheer, mit einer Bittſchrift ein [k]), in welcher er vorſtellte: „Seine Vor-Eltern hätten von den Kaiſern durch ihre treue Dienſte ein ſonderbares [l]) Privilegium erworben, daß ſie nemlich die in des **Reichs Acht** und **Aber-Acht** gefallene **Perſonen** aufnehmen und ungeſtraft herbergen dürften. Dieſe Freyheit hätten ſeine Voreltern auch von den vorigen Kaiſern allezeit beſtätigt erhalten, und noch zuletzt von K. **Maximilian** dem II., deshalben dann auch er vom K. **Rudolf** ein gleiches gehofft hätte. Gleichwol habe er dieſes bis hieher nicht erhalten können, obwol ſeine Vorfahren ſo wenig, als er ſelbſt, die hierunter habende Freyheit mißbrauchet hätten. Da nun dennoch dieſes ihm zur Beſchwerung gereiche, ein ſolches wohlerworbenes Recht ohne Schuld verlieren zu ſollen, ſo bitte er ſämtliche Stände um ein Fürſchreiben an den Kaiſer, wie ſchon einmal eines für ſeine Vettern von **Waldburg** ergangen, daß der K. alle ihnen insgeſamt zuſtehende Freyheiten, mit Inſchluß derjenigen, die Aechter zu herbergen, beſtätigen wolle, um ſo mehr, als noch erſt im Jahr 1594. auf öffentlichem Reichstag die **Grafen** von **Hohenlohe** mit einem dergleichen Recht belehnet worden.“

Truchſeſſiſche Bittſchr.

k) Dieſe befindet ſich im faſc. III. der Act. Com. Arch. Wolf. n. 38. d. d. 16. Dec. 1597. et lecto 4. Jan. 1598.

l) Ja wol ſonderbar! nicht als wann es etwas ſogar ſeltenes geweſen wäre, daß dergleichen Freyheit gegeben worden, wie dann gleich hier die Grafen von Hohenlohe als damit belehnt vorkommen; ſondern als etwas außerordentlich wunderbares: Ein Reichsunterthan will vom Kaiſer mit der Freyheit belehnt werden, des Kaiſers und Reichs Gebot nicht halten zu dürfen!!

den.„ Ob nun auf dieſe Bittſchrift etwas, zum Beſten dieſer beſondern Freyheit, erfolget ſey, weiß ich nicht. 1598

Auch die Stadt Regenſpurg war zehntens mit einer Beſchwerungsſchrift gegen Bayern bey dem Reichstag eingekommen. Sie hatte nemlich von dem Herzog Wilhelm von Bayern eine Zeit her ſehr viele Drangſale erfahren, weswegen ſie bereits vor zwey Jahren eine eigene Geſandtſchaft nach Prag, mit einem weitläufigen Klaglibell gegen denſelben, abgeſandt hatte, deſſen Inhalt m) dahin ging, „daß der Herzog der Stadt, wider ihre alte Privilegien, auch mit dem Hauſe Bayern habende Verträge, auf mancherley Weiſe zuſetze; die desfalls bey dem Kammergericht entſtandene Proceſſe nie zu Ende gehen laſſe, ſondern, ſo bald ein Urtheil herausgekommen, es gleich per reviſionem a viribus rei judicatae ſuſpendire; die Stadt faſt als landſäſſig anſehe und ſo titulire; endlich in der gleich bey Regenſpurg gelegenen Stadt am Hof einen großen Salzſtadel anlegen, auch mehrere Gebäude ſo veranſtalten laſſen, daß daraus die Stadt leichtlich überfallen werden könne: daher ſie dann bäten, erſtlich, wegen Verlegung der ihnen ſo ſchädlichen Stadt am Hof auf Mittel bedacht ſeyn zu wollen; zweytens, den zu Speyer anhängigen, aber durch die Reviſion auch ins Stecken gebrachten Proceß wegen des Salzes, durch Excitirung des Fiſcals aufs neue in Bewegung zu bringen, inzwiſchen aber, bis alles ausgemacht, die Stadt mit Reichsſteuern, als die ſie ganz zu Grunde richten würden, zu verſcho-

Stadt Regensſpurg. Beſchw.

(1596.)

m) Laut eines Reichshofraths-Gutachtens in dieſer Sache, ſo ich geſchrieben beſitze, in dem mehrmal angeführten Codice Hanniwaldiano p. 216. Es iſt vom 12. Dec. 1596. im Aufſatz.

1598 ſchonen; **drittens**, den Kreisſtänden von Bayern anzubefehlen, die Stadt gegen die, ſelbſt des Kammergerichtlichen Mandats de non turbando ohngeachtet, immer fortdauernde Vergewaltigungen in Schutz zu nehmen.„ Der **Reichshofrath**, dem dieſe Schrift zugeſtellt worden war, wollte, wie es ſcheint, wegen politiſcher Umſtände, da nemlich **Pfalz** mit **Bayern** desfalls Eines Sinnes seyn, hingegen **Regenſpurg** alle Reichsſtädte an ſich hängen haben ſollte, nicht allein in der Sache verfahren, und erſtattete daher an den K. ſein Gutachten dahin: „Daß der K. am beſten thue, ein nachdrückliches Vorſchreiben an den H. mit Anführung des Haupt-Inhalts der ihrer Schärfe wegen nicht mit beyzulegenden Klagſchrift ergehen zu laſſen, ihn ermahnend, auch zugleich befehlend, daß er gegen die Stadt und alle ihre Angehörige keine Thätlichkeit vornehme, alles zur Beſchwerde der Stadt angeordnete caſſire, auch ſich, wo möglich, mit derſelben, aller ihrer Streitigkeiten halber, in der Güte ſetze, wozu Er dann, als Kaiſer, eine Commiſſion, z. B. den **Biſchof** zu **Würzburg** und die **Stadt Nürnberg**, ernennen wollte, die Ihm dann von dem guten oder minder guten Ausgang der Sache Bericht erſtattete.„ Es ſcheint aber nicht, daß auf dieſes Kaiſerliche Reſcript, das vermuthlich alſo ergangen, etwas erſprießliches erfolgt wäre. Auf dieſem Reichstage nun kam zu allem dieſem noch eine Streitigkeit über den **Salzhandel**, item eine wegen der neuen **Auflage** auf das **Getränk** n), wegen welches alles viele

n) Hierüber ſtehet eine beſondere Supplication angegeben, in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXX. n. 67. Daß die Stadt ſehr wegen des Salzes von Bayern gedrängt werde, ſagen auch die Sächſiſchen Geſandt-

viele Berathſchlagungen auf dem Reichstage vor- 1598
genommen wurden [o]). Endlich wurde der Stadt zum Beſten ein Gutachten an den Kaiſer, und ein Fürſchreiben an den Herzog von Bayern beſchloſſen [p]). Mehrere an den Reichstag gebrachte Streitigkeiten dieſer Stadt mit der Geiſtlichkeit daſelbſt, eine Hauscapelle, die Einräumung einer neuen Kirche u. ſ. w. betreffend, finden ſich an eben gedachten Orten [q]) benennet, ohne daß mir von dem Erfolg der Bittſchriften etwas bekandt wäre.

Nebſt dieſem wendeten ſich eilftens verſchiedene Stände mit Bittſchriften an den Reichstag, um mit Erlegung der Türkenhülfe verſchont zu werden. So findet ſich eine dergleichen von dem Grafen von Gronsfeld [r]), in welcher nur mit kurzen Worten vorgeſtellt wird, „daß wegen der beſtändigen Einlagerungen der Kriegsvölker ſeine Unterthanen unmöglich die Rückſtände der Türkenhülfe von 1594. her erlegen, geſchweige noch zu der neuen etwas beytragen könnten: deshalber

Bittſchriften wegen Nachlaß der Türkenhülfe.

Geſandten in dem Cod. Act. Com. Senkenb. fol. 75. wie auch daß der Regenſpurger eigener, auf Bayeriſchem Boden gewachſener Wein nicht ohne eine Auflage eines Gulden und 3 Ort in die Stadt dürfe; wie man denn glaube, daß der Stadt noch härter zugeſetzt werden würde, wenn nicht ſo viele Catholiſche mit in der Stadt wären.

o) S. die Protocolle der Fürſtenraths-Sitzungen ib. T. LXVI. n. 40. ſq. LXVII. 31. die Reſolution T. LXXI. n. 66. und das Schreiben n. 125. d. d. 25. Merz e. a.

p) Erſteres findet ſich daſelbſt T. LXX. n. 89. letzteres n. 91. beide d. d. $\frac{18}{28}$ Merz e. a.

q) Nemlich T. LXVI. n. 40. LXVII. 31.

r) Act. Comit. Arch. Wolf. faſc. III. n. 41. de lecto 16. Jan.

1598 halber ſie ſolche damit verſchonen, zugleich ihnen aber ein Fürſchreiben an den Regenten der Niederlande ertheilen möchten, damit ſie wenigſtens für die Zukunft von den Einlagerungen der Spaniſchen Truppen befreyet würden.„ Imgleichen meldete ſich der Abt von S. Corneli-Münſter auf der Inden [s]) und ſtellte vor: „An ſich ſey es zwar billig, daß jeder Reichsſtand zu dem jetzigen Türkenkriege nach Kräften beytrüge, und fehle es auch ihm desfalls an Bereitwilligkeit nicht. Allein bey dem jetzigen Niederländiſchen Krieg ſeyen die Umſtände des Stifts ſo erbärmlich, daß faſt nichts von allen deſſelben Gefällen eingienge: ja wenn es ſo fortgienge, ſo müßte das Gotteshaus menſchlichem Anſehen nach ganz zu Grunde gehen, wovon die Beweiſe beyzubringen hier viel zu weitläufig ſey. Wirklich könnte ſich kaum die geringe Anzahl Kloſter-Brüder mit dem Leben durchbringen, geſchweige die Türkenſteuer zahlen. Demnach hätte die Abtey mehrmals um Nachlaß wegen letzterer gebeten, auch, auf Fürbitte des Weſtfäliſchen Kreiſes, bereits 1596. eine gnädige Verſicherung desfalls vom Kaiſer erhalten. Unterdeſſen klage doch der Fiſcal bey dem Kammergericht unaufhörlich auf die Erlegung der ſchuldigen Türken-Hülfe. Man bitte alſo inſtändigſt die Stände um Einlegung ihres Fürworts bey dem Kaiſer, damit dieſem Verfahren Einhalt geſchehe; oder aber, falls noch etwa des Stifts Zuſtand für nicht ſo ſchlimm gehalten werde, um Ernennung einer Commiſſion zu baldigſt einzunehmendem Augenſchein, dazu **Trier**, **Cölln** und **Jülich** die tauglichſten Stände wären; nach deren Bericht gewiß man dem Geſuch der Abtey ſich geneigt finden

s) Act. Comit. Arch. Wolf. faſc. III. n. 37. den 16. Febr.

den werde.„ Daß nun dieſe kleinen einzelnen 1598 Stände ſich um Nachlaß meldeten, darüber iſt ſich um ſo weniger zu wundern, als ſogar der ganze Weſtfäliſche Kreis ein gleiches verſucht hatte [t]). Was aber auf dieſe Bittſchriften für Antworten erfolgt ſind, iſt mir unbekandt.

Nun folgen noch drey auf dieſen Reichstag gebrachte, eigentlich zwar nur Privat-Perſonen angehende, doch um der Vollſtändigkeit willen nicht ganz zu übergehende Sachen. Erſtlich übergab Hilmar von Münchhauſen eine Bittſchrift gegen den Biſchof Anton zu Minden [u]), des Inhalts: „Im Jahr 1588. habe der Biſchof ihn mit vielem Bitten dahin vermocht, daß er auf ſeinen eigenen Namen 6000 Thlr. aufgenommen, und dem Biſchof, zu Erhaltung der Päbſtlichen Beſtätigung, auch der Belehnung beym Kaiſer, und ſonſtigen Nothwendigkeiten, unter den nemlichen Intereſſen, als er ſelbſt geben müſſen, vorgeſchoſſen habe. Als nun der Biſchof hievon, gleich die erſten zwey Jahre, die von ihm, Münchhauſen, jederzeit richtig bezahlte Intereſſen nicht wiedergeben können, habe er weiter ihm, Münchhauſen, aus eigener Bewegung das Amt Reinberg zur Sicherheit einzugeben vorgeſchlagen, ja ihm ſolches faſt aufgedrungen, alles laut lit. A. Ueber dieſe Summe habe er noch weiter dem B. hernach, ohne alle Zinſen oder einiges Unterpfand, 3000 Thlr. vorgeſtreckt, laut lit. B. Kurz nachhero ſey er auch in vorgedachtes Amt Reineberg wirklich, laut Anlage C., immittirt worden, wel-

Münchhauſiſche Bittſchr.

t) Sie ſtehet a. a. O. n. 66. de lecto 3. Jan. e. a. und iſt bereits oben das nöthige daraus beygebracht.

u) Sie iſt ebenfalls in den Actis Com. Mſc. Arch. Wolf. faſc. III. n. 55. zu befinden, de lecto 15. Febr. e. a. ſamt den Beylagen ſub A. B. C.

1598 chemnach er es dann auch in ſeine Verwaltung genommen, manches darin angewandt, und es bis in das Jahr 1591. ruhig beſeſſen habe. Im Sept. aber dieſes Jahres hätte der Biſchof, unter dem Vorwand eines Kaiſerlichen, vom Dom-Capitel gegen ihn ausgewirkten Mandats, gegen welches Er doch ſonſt allerhand Einreden übergeben habe, angefangen, ihn ohne alle Urſache in dem bey ſeinen Fürſtlichen Worten ihm zugeſagten Beſitz zu ſtören, auch zuletzt, da er einmal abweſend geweſen, ihn mit gewaffneter Hand aus demſelben gänzlich vertrieben. Ob er, Münchhauſen, nun gleich allerhand gütliche Wege desfalls eingeſchlagen, wozu er ſich nicht nur ſeiner Freunde, ſondern auch Braunſchweig- und Holſteiniſcher Vermittelung bedienet, ſo hätte doch alles nichts fruchten wollen, dannenhero er ſich zuletzt an das Kammergericht wenden müſſen. Alldorten habe er zwar ſowol mandatum als paritoriam erhalten, und ſtehe nun die Sache puncto liquidationis zum Beſcheid, den Beſcheid ſelbſten aber ſuche er nun drey ganzer Jahre lang vergeblich, obwol ſogar der H. von Braunſchweig-Wolfenbüttel, als ſein Landesherr, ſich desfalls verwendet habe. Da nun der Biſchof ein ſchwacher und oft gar krank darniederliegender Herr, mithin, wenn derſelbe verſterben ſollte, für ihn, Münchhauſen, große Gefahr ſey, ob alsdann aus deſſelben Hinterlaſſenſchaft die ganze Forderung werde berichtigt werden können; ſo bitte er ganz inſtändigſt um Promotorialien an das Kammergericht, ob ſummum in mora periculum, u. ſ. w.

In der obangeführten Beylage ſub A. v) ſagt der Biſchof: „Nachdem ſeine Unterthanen des Amts

v) Sie iſt d. d. Berg, 2. Jan. 1590. ſiebenthalb ziemlich enggeſchriebene Seiten ſtark.

Amts Reineberg ſich oft beſchweret, daß ſie und 1598
das ganze Amt nicht recht behandelt würden, ſo habe er befunden, daß dieſen Klagen nicht beſſer zu helfen, als dergeſtalt, daß er einem rechtſchaffenen Adelichen das ganze Amt auf eine Zeitlang zur Verwaltung untergebe. Dazu habe er **Hilmarn von Münchhauſen** auserſehen, welchen er dann hiemit zu ſeinem Probſt, Adminiſtrator und Verwalter des Hauſes und Amts Reineberg auf 15 Jahre lang beſtelle, alſo, daß derſelbe alles, was ihm, nach dieſem Amt zu thun, laut der ihm hierin mitgetheilten Vorſchrift zukomme, wohl ausrichten, das Inventarium übernehmen, alle Nutzungen einziehen, und dafür jährliche 1000 fl. Pacht geben ſolle, jedoch ſo, daß wenn ihm dieſer Pacht zu beſchwerlich fiele, er auch ſeiner Zeit um billigen Nachlaß bitten dürfe. Da ihm nun auch der Biſchof 6000 Rthlr. ſchuldig, ſo ſolle er, bis dieſe Summe bezahlt, zuerſt die rückſtändigen Zinſen, ſodann jedesmal die jährlichen mit 360 Rthlr. von dieſem Pacht abziehen. Bey Hagel und Mißwachs ſolle, allenfalls durch beſtellte Schiedsrichter, der Nachlaß beſtimmt werden. Nach den 15. Jahren aber ſolle er das Amt, ſamt dem Inventarium, wieder ohne Einrede übergeben, weswegen er dann inzwiſchen einen Revers auszuſtellen habe. Auch möge er ſich bey dem Capitel um deſſen Einwilligung zu dieſem Contract bewerben, wie auch darum, daß ihm allenfalls auch nach Verlauf der 15 Jahre das Amt weiter, gegen einen Pfandſchilling, gegönnet würde.„ In der Anlage B. w) bekennet der **Biſchof** weiter, „daß ihm **Münchhauſen** 3000 Rthlr. ohne Zinſen vorgeſtreckt, wofür er ſich mit den drey erſten Jahren Pacht von Reineberg bezahlt machen, auf den

w) Datirt zu Berg 10. Jun. 1590.

1598 Todesfall des B. aber ihm alle deſſen Hinterlaſſenſchaft verſetzt ſeyn ſolle.„ Endlich in C. [x]) wird weitläufig erzählet, wie der von **Münchhauſen** durch Biſchöfliche Commiſſarien in den Beſitz des Hauſes und Amts Reineberg geſetzt, auch alle Unterthanen ihrer Pflichten entlaſſen und an ihn gewieſen, und alle Bedienten ihm zur Beybehalt- oder Abdankung übergeben worden, worauf dann auch dieſer das Handgelöbniß, mit Vorbehalt des würklichen Eides, in Gegenwart der biſchöflichen Räthe, empfangen habe.„ Daß nun über dieſe ſo viel für ſich habende Bittſchrift in den Seſſionen des **Fürſtenraths** berathſchlagt worden, iſt richtig [y]). Ob aber die gebetenen **Promotorialien** würklich zu Stande gekommen, iſt mir unbekandt [z]).

Barth. Albrechts Sache. **Zweytens** iſt oben **Barthol. Albrechts** böſer Münzhandel gedacht worden [a]). In dieſe hatte ſich inzwiſchen auch ein dritter gemenget, nemlich **Salomon Dietrich**, welcher, da er des Albrechts Unternehmungen mit an den Tag hatte bringen helfen, nunmehr auch einen **dritten Theil** der verwürkten Strafe, nach dem Münz-Edict, zu erhaſchen hoffte. Dieſer übergab dann eben- 25 Febr. falls eine Vorſtellung bey dem Reichstag [b]), in welcher er anbrachte: „Es habe zwar bereits der **Kaiſer** an die Stadt **Nürnberg** den Befehl er- (Im Spt. 1597.) gehen laſſen, ihm den dritten Theil des Albrechtiſchen verwürkten Goldes, ſo zuſammen auf 75000 fl.

ſich

x) Iſt ein Notarial-Inſtrument d. d. Reinberg, 20. Jun. 1590.

y) Laut der Aufſchrift eines Protocolls in dem Ind. Mſc. Arch Onold T. LXVII. n. 32.

z) Einen unvollkommenen Aufſatz davon ſ. ebendaſ. T. LXXI. n. 99.

a) N. T. R. Hiſt. XIX B. S. 244. u. f.

b) In den Act. Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 51.

ſich beliefe, zuzuſtellen. Allein der Rath wolle 1598
ihm desfalls nichts zugeſtehen, da theils ohne ſein, Dietrichs, Zuthun der Albrecht ſey ergriffen worden, theils mit der Anzeige keine glaubhafte Umſtände verknüpft geweſen ſeyen. Er müßte demnach die Sache ſämtlichen Ständen vorſtellen. Und zwar habe er ſchon vor mehreren Jahren dem Kaiſer ſelbſt fünferley Verdachte des Albrechts halber angezeigt, worauf auch dieſer deshalb vorgenommen worden, dabey hernach auf ihn, Dietrich, ſelbſt ſo ſcharf, auf des Albrechts Gegen-Angeben, inquirirt worden, daß, wenn er, Dietrich, auch nur in etwas ſchuldig geweſen wäre, ſolches in neun Wochen Verhaft gewiß hätte herauskommen müſſen. Endlich habe er, Dietrich, ſich erboten, ſich mit dem Albrecht foltern zu laſſen, darauf ſich dieſer heimlich aus dem Staube gemacht, er, Dietrich, aber ſeine Entlaſſung, gegen ſchriftliches Verſprechen, ſich jederzeit wieder zu ſtellen, erhalten habe, und ſeitdem ganz unangefochten geblieben ſey, aber ſeiner Seite nicht geruhet habe, des Albrechts böſe Streiche immer mehr aufzudecken. Unterdeſſen habe der durch unterſchiedene Fürbitten behelligte Kaiſer leztere nicht gleich nach der Schärfe unterſuchen wollen, ſondern erklärt, es bis auf den nächſten Reichstag zu verſparen. Da nun ſich der letzte Reichstag ereignet, ſo habe er, Dietrich, ſeine Angaben bey demſelben wiederholet, dadurch auch erlangt, daß auf dem Münz-Probationstag zu Nürnberg 1595. dem Albrecht ſeine Sachen durchſucht, und ſolchergeſtalt die Wahrheit des Angebens befunden worden. Da nun hieraus klar erhelle, daß, wenn ſchon der Kaiſer und der Magiſtrat zu Nürnberg anfangs gegen den Albrecht Nachſicht gebraucht, dennoch zuletzt, allein auf

 ſein,

1598 ſein, Dietrichs, unabläſſiges, der Münz-Ordnung zufolge geſchehenes weiteres Anzeigen, die Sache endlich unterſucht und die ſtrafbaren Handlungen entdeckt worden, ſo hoffe er, der Kaiſer, welcher dieſes einmal eingeſehen, werde ſich durch der Nürnberger ungegründete Einwendungen nicht irre machen, ſondern vielmehr auf ſein weiteres Anrufen die geſchärften Befehle an dieſelben ergehen laſſen. Zugleich aber bitte er die ganze Reichs-Verſammlung, ſich ſeiner annehmen, und dahin beförderlich ſeyn zu wollen, daß die Stadt Nürnberg der Münz-Ordnung gegen ihn ein Genüge thue, mithin er aus dem großen Schaden, den er aus bloßer Liebe zur Gerechtigkeit erlitten, (und den er außer dem leiblich erlittenen Ungemach wol auf 4000 Thlr. ſchätzen könne,) endlich einmal nach ſiebenjähriger Erduldung deſſelben kommen möchte. Würde ſich ſeiner nicht angenommen, ſo würde nicht nur er ſelbſt fernerhin unſchuldig leiden müſſen, ſondern auch dem gemeinen Weſen der Nachtheil daraus erwachſen, daß niemand inskünftige dergleichen Betrügereyen herauszubringen würde beytragen wollen. Womit er ſich zu Gnaden, und gewierigem Gottbeliebigem Beſcheide, ipſo etiam Deo intermedio, befehle.„

16 Febr. Faſt zu gleicher Zeit hatte auch der Albrecht ſelbſten eine Bittſchrift c) dem Reichstag übergeben laſſen, des Inhalts d): „Er ſey von Kind auf bey

c) Zu dieſer hatte er ſchon vorher durch viele andere Schriften die Einleitung zu machen geſucht. So findet ſich in dem Ind. Mſc. Act. Com. Arch. On. T. LXV. n. 97. ein Schreiben von ihm an die Anſpachiſche Geſandtſchaft zu Regenſp. d. d. 17. Dec. 1597. und noch zwey andere T. LXIX. n. 15. und 117.

d) Act. Com. Mſc. Arch. Wolf. faſc. III. n. 56.

bey ſeinem Vater in der Handlung geweſen, wel- 1598
che er nach deſſelben Tode fortgeſetzt, und mit Se-
gen von 1571. bis 1595. fortgeführt. In die-
ſer Zeit habe er dort und da her allerley untaug-
liche und in den Geſetzen verrufene Gold-Mün-
zen, wie es im Handel zu gehen pflegt, einneh-
men müſſen, die hernach bey ihm gelegen und an
niemand ausgegeben werden können. Endlich
habe er erfahren, daß dieſe Sorten, der Ordnung
von 1559. gemäß, Ducaten zu münzen ange-
wandt werden dürften, daher er dann auch die ſei-
nige dazu angewandt. Nachdem er dieſes ange-
fangen, habe er hernach auch mit Fleiß alle alte
zu leicht gewordene, auch ſonſt nicht richtige Mün-
zen eingewechſelt, und manchmal von Leuten, de-
nen es lieb war, dergleichen gegen ihren innern
Gehalt los zu werden, ganze Transporte zuge-
ſchickt erhalten und ausgewechſelt, oder an Schul-
den-Zahlung eingenommen. Durch dieſe tägliche
Beſchäfftigung des Goldſcheidens ſey er endlich zu
einer ganz beſondern Geſchicklichkeit darin gekom-
men, ſo daß er wol in 5 Tagen, wenn er es hätte,
aus zehen Centner ſchwer Goldmünzen das feinſte
Ducaten-Gold herausziehen könnte, und das da-
bey auf eine ſolche Art, daß das ganze Gepräge
unverſehrt bliebe, und doch alles, was nicht ächt
Gold, herausginge, welches dann dem gemeinen
Weſen natürlich ſehr zum Beſten gereiche, und
wodurch aus denen ſolchergeſtalt gereinigten Gold-
ſtücken hernach mit leichter Mühe in wenig Tagen
die ſchönſten Ducaten würden, dergleichen er eine
Menge zu Prag, unter Kaiſerlichem Gepräge,
hernach auch zu Nürnberg auf ſeine Koſten ſchla-
gen laſſen, anſtatt daß ſonſten die vornehmſten
Scheide-Künſtler die nemliche Poſt Goldes wol erſt
in $\frac{3}{4}$ bis anderthalben Jahren, mit vielleicht 40 Cent-

1598 ner feinen Silbers und vielen 100 Maaßen Scheide- waſſers, zu feinem Golde bringen könnten. Hiezu habe auch, als zu gemeinnützlichem Werke, der Kaiſer ſelbſt ſeine Einwilligung gegeben, und es fortzuſetzen ihn ermahnet, wie ſolches aus der Anlage A. ſich zeigen würde [e]), daher er dann auch von 1581. bis 1595. dieſes gemeinnützige Unternehmen fortgetrieben habe, ohne daß ihm, ſelbſt von dem Magiſtrat zu Nürnberg, darüber in dieſer ganzen Zeit einige Frage ſey gemacht worden. (3. May 1595.) Ganz auf einmal aber ſey er, aus Befehl eben dieſes Raths, überfallen, einem Uebelthäter gleich ins Gefängniß geworfen, und in demſelben 17 Wochen lang gehalten worden, dadurch ſeine ganze Handlung in Unordnung, und er mit Weib und Kind in unwiederbringlichen Schaden gerathen. Dabey habe man ihm alles im Hauſe vorräthige, zur Münze beſtimmte Silber und Gold, ſamt ſeinen Handelsbüchern, wegnehmen laſſen, worauf er dann nach Verluſt ſeiner Geſundheit, Ehre und Kundſchaft, noch, um nur loszukommen, die Urphed abſchwören müſſen. Indeſſen hätten ſeine Angehörige die Sache beym Kammergericht

e) Dieſe Anlage iſt ein Decret K. Rudolfs des II., in welchem er den Albrecht anredend ſagt, daß, da bisher augenſcheinlich geweſen, was für böſe Gold-Münzen von ihm aufgewechſelt, probirt, und in gute Münzen verwandelt worden ſeyen, und er nun ein gleiches mit den Silber-Münzen zu thun, ſolches aber zu dem Ende gereiche, daß die böſe Münze nach und nach verringert und weggeſchafft würde; ſo nehme er hiemit die bisher dem gemeinen Weſen darin geleiſtete Dienſte mit Dank an, und ſolle derſelbe nur alſo mit den Gold-Münzen fortfahren; die Silbermünzen aber belangend, habe Er ſein Geſuch den Münzverſtändigen zum Gutachten übergeben, wegen welches Er ſodann weiter beſchließen werde. Gegeben zu Prag den 22. Jul. 1585.

gericht angebracht, auch daſelbſt bereits im nem- 1598
lichen Jahr ein Mandat zu ſeinem Beſten erhalten, (5. Sept. 1595.)
dem jedoch der Rath zu Nürnberg Exceptionen
entgegengeſetzt, und ſolchergeſtalt die Würkung des
Mandats zu ſeinem, Albrechts, höchſtem Scha-
den, alles ſeines Bittens ungeachtet, bis hieher
aufgehalten habe. Da nun, bey der großen Menge
der dorten anhängigen und täglich ſich häufenden
Sachen, zu befürchten, daß die ſeinige noch län-
ger liegen bleiben, und endlich ganz in Vergeſſen-
heit gerathen möchte, ſo bäte er ganz inſtändigſt,
Promotorialien an das Kammergericht für ihn
erlaſſen zu wollen.,, Dieſes ſein Geſuch wurde 1. Merz.
ſogleich den Nürnbergiſchen Geſandten zum
Bericht gegeben, welche denſelben f) dahin erſtat-
teten, „daß, obwol ſeine Schrift großentheils
mit falſchen Erzählungen angefüllt, die gegen ihn
ſtreitende wichtigſte Umſtände hingegen (als die-
ſes, daß ſeine Gefangennehmung auf dem Münz-
Probations-Tage 1595. beſchloſſen worden,) dar-
innen verſchwiegen ſeyen, ſo könne man doch gar
wohl leiden, daß dieſe nun ſeit anderthalben Jah-
ren bereits zum Spruch geſtellte Sache am Kam-
mergericht geendigt werde, wolle alſo auch ſelbſt
um die Promotorialien gebeten haben.,, Zwei-
felsohne werden demnach auch dieſelben von den
Ständen wirklich erlaſſen worden ſeyn. Da hin-
gegen wegen Dietrichs Geſuch wenigſtens des Für-
ſtenraths Meinung dahin ging, ſolches zum Be-
richt der Stadt Nürnberg zu geben, übrigens
aber den Ausgang der Albrechtiſchen Haupt-
ſache zu Speyer zu erwarten g).

Die

f) In den Act. Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 49.

g) Laut Protocolls vom 1/11 Merz, in den Act. Com. Arch. Wolf. faſc. IV. n. 1.

1598 Die dritte bey dem Reichstag übergebene Bittſchrift dieſer Art war die eines gewiſſen **Ulrich Schwickarts**, von Feinbolz im Algau [h]), in welcher derſelbe vorbringt: „Bereits im J. 1594. ſey auf damaligem Reichstag beſchloſſen worden, dem Kammergericht anzubefehlen, daß es in ſeiner Sache Recht ſprechen möchte [i]). Dem zufolge habe auch das Kammergericht bey dem Deputationstag zu Speyer die ganze Geſtalt der Sache den verſammelten Geſandten vorgelegt, worauf ſich dann der Oeſterreichiſche Geſandte eine halbjährige Friſt zu Einbringung ſeiner weitern Nothdurft vorbehalten. Dieſe Schrift ſey aber noch nicht erſchienen. Er bitte alſo inſtändigſt, daß man das Haus **Oeſterreich** zu Einbringung gedachter Schrift anhalten möge, widrigenfalls das Kammergerichts-Urtheil in ſeiner Kraft bleiben müſſe, damit (wie der Mann weiter fortfährt) ich Armer einmal zu Weib und Kind kommen [k]), meinen Handel abwarten, und die Gläubiger befriedigen könne, u. ſ. w.„ Was aber der arme Mann mit ſeiner kläglichen Bittſchrift ausgerichtet? habe ich nicht finden können.

Von einigen andern auf dieſem Reichstage vorgekommenen Sachen kann ich nicht viel mehr als die Rubriken anführen, womit dann der Beſchluß der Reichstagsgeſchichte gemacht werden ſoll.

h) Auch dieſe befindet ſich in den Actis Comit. Arch. Wolf. faſc. III. n. 40. Angehängt ſind zwey Reichshofraths-Decrete von 1582. und 1582. imgleichen drey Citationen des Landgerichts in Schwaben, an den Schwickart, vom Jahr 1597.

i) Von dieſen Promotorialen ſiehe N. T. R. Hiſt. XVIII. B. S. 678.

k) Es ſcheint alſo gar, daß er gefangen geweſen; doch kann ich hievon am obangeführten Orte der R. H. nichts finden.

ſoll. So klagte das Stift Paſſau gegen Bayern, 1598
wegen Bedrückungen im Salz-Handel, wegen welches bereits eine Zeitlang vorher am Kammergericht war geklagt, daſelbſt auch ein Mandat erhalten worden [l]), welches aber der Herzog nicht befolgte. Nebſt dieſem war auch über die Wein-Auflage, die Bayern ſo ſcharf gegen Paſſau als gegen Regenſpurg, obgedachtermaßen, ausübte, Streit; wegen welches der Biſchof ſich ebenfalls bey dem Reichstag beſchwerte [m]). Der Erfolg war ein Fürſchreiben der Stände an den Kaiſer [n]). Des Straßburgiſchen Vergleichs halber [o]) war auch viele Schreiberey bey dem Reichstag [p]). Doch ſcheinet es nicht, daß desfalls etwas an den ganzen Reichstag öffentlich gebracht worden ſey. Wenigſtens enthalten alle die in der Anm. angeführten hieher gehörigen Stücke keine, ſonſten der Wichtigkeit der Sache nach gewiß zu erwarten geweſene Vorſtellung, oder nur Mittheilungsſchrift, eines oder des andern der ſich vergleichenden Theile, oder des Stifts ſelbſt, an die ver-

(1596.)

l) Ind. Mſc. Arch. On. T. LXIV. n. 49. 50. 51. wo die ganzen Verhandlungen zu finden ſind.

m) Ebend. T. LXV. n. 48. und 50. ſtehen beide Beſchwerungsſchreiben, d. d. 6. Dec. 1597.

n) Die darüber geweſene Berathſchlagungen ſ. ebendaſ. T. LXVII. n. 33. den Schluß T. LXXI. n. 81. und das Fürſchreiben ſelbſt, n. 97.

o) ſ. oben S. 22. u. f.

p) S. Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXIV. n. 29. 30. LXIV. 31. 34-48. 52. LXV. 47. 52. 79. 88. 92. 103. LXIX. 125. LXX. 12. LXXII. 1. LXXII. 52. davon die Rubrik heißt: Chur- und Fürſtlich Brandenb. Ableinungsſchrift, die Straßburgiſche Reſignations-Sache betreffend, d. d. Cölln a. d. Spree, 19. Jun. 1598. ferner 55. 59. 84. 86-88. 100. 103-112. a. 125. 126. LXXIII. 1. 6. 99. 113. 119.

1598 verſammelten Stände. Was wegen der Herrſchaft **Hohenſchwangau** [q]) bey dem Reichstag angebracht worden seyn muß, iſt mir unbekandt. **Bayern** hatte Proceß mit den damaligen Eigenthümern derſelben, denen von **Baumgarten**, von deren einem dieſe Herrſchaft einem von **Furtenbach**, von dieſem aber dem **H. Albrecht** war verſetzt worden, welche Pfandſchaft noch **K. Rudolf**
(1597.) beſtätigt hatte, die aber von den Nachfolgern als null, weil die Herrſchaft Fideicommiß ſey, bey dem **Kammergericht** angefochten wurde. Dieſes hatte auch gegen den Herz. **Wilhelm** das Ur-
$\frac{20}{10}$ Jan. 1598 theil dahin gegeben, daß derſelbe die ganze Herrſchaft abtreten, auch die von Zeit der Kriegsbefeſtigung erhobene Nutzungen denen von **Baumgarten** erſetzen ſolle. Der **Herzog** aber ergriff dagegen die Reviſion, wodurch nach damaliger Art das Urtheil unvollzogen blieb [r]). Vermuthlich hat nun entweder der H. dieſes Reviſionsgeſuch, oder auch die Familie eine Beſchwerde hierüber, und Bitte um baldige Erledigung der Reviſion an den Reichstag gelangen laſſen. Wenigſtens finden ſich Spuren von darüber geweſenen Verhandlungen [s]). Ebendergleichen finden ſich auch von einer Verhandlung wegen einer Beſitz-Streitigkeit zwiſchen den Grafen von **Hohenlohe** und der Reichsſtadt **Schwäbiſch-Hall** [ſſ]); worin aber die-

q) In Bayern liegend, ſ. Büſch. Erdbeſchr. VIII. B. S. 1484. Sie wird auch Hohen-Schöngau geſchrieben.

r) Dieſes ſchreibe ich aus dem obgedachten Bayeriſchen Mſc. Beſchreibung des Landes Bayern ꝛc. S. 92.

s) In dem Ind. Mſc. Arch. On. T. LXXI. n. 101. kommt eine Relation über dieſen Gegenſtand an den Marggr. von Brandenb. vor, d. d. 19. Merz 1598.

ſſ) Ind. Mſc. T. LXV. n. 51. allwo ein Schreiben an die Brandenb. Geſandten dieſe Sache betreffend vorkommt.

dieſelbe beſtanden, kann ich eben ſo wenig beſtimmen. Zuletzt bemerke ich noch, daß verſchiedene bey dem Reichstag noch weiter angebrachte Bittſchriften, an gehörigen Orten, in der Geſchichte der Fürſten, die ſie betreffen, mit eingeſchaltet worden ſind, womit ich dann die Geſchichte dieſes Reichstags beſchließe. Nun komme ich auf die übrigen disjährigen Zuſammenkünfte der Reichsſtände, und zwar zuerſt auf die der A. C. Verwandten. 1598

Weil nemlich in dem Lauf dieſes und des nächſtvergangenen Jahrs ſo vielerley Sachen vorgegangen waren, die den **Proteſtantiſchen Fürſten** der beſondern Ueberlegung unter ſich würdig ſchienen, ſo ſchrieb dieſerhalben der **Churf. Friederich der IV. von der Pfalz**, als damaliger erſter Proteſtantiſcher Reichsſtand, einen Verſammlungstag nach **Frankfurt** aus [t]), zu welchem jedoch nicht alle Proteſtantiſche Stände, ſondern nur der **Churfürſt von Brandenburg**, der **Pfalzgraf Johann zu Zweybrück**, der **Marggraf Georg** Zuſammenkunft der Proteſtantiſchen Stände.

t) Und zwar auf den 25. Oct. Siehe des Churf. Inſtruction an ſeine dahin geſchickte Geſandten, Vollrath von Pleſſen, Rath, Ludwig Culmann, Vice-Canzler, und Leonhard Schug; bey Londorp Act. publ. T. III. Lib. VII. p. 511. ſqq. aus dem Tractat ſub tit. Acta ſecreta, oder der unirten Proteſtanten Archiv, d. d. 21. Oct. d. J. allwo das im rubro beygeſetzte, menſe Decembri, offenbar ein Druckfehler, anſtatt menſe Octobri iſt. Unterdeſſen hat Struv, Hiſt. der Relig. Beſchwerden, I. Th. III. Cap. §. 42. S. 403. wie auch nach ihm der Freyherr von Moſer, Kreisabſch. T. III. p. 386. hiedurch die Zuſammenkunft, als auf den 25. Dec. ausgeſchrieben, anzugeben ſich verleiten laſſen, da doch weiter unten gezeigt werden wird, daß die Zuſammenkunft bereits den 12. Dec. ein Ende gehabt.

1598 Georg Friedrich von Brandenburg, der Herzog Heinrich Julius von Braunſchweig, die Landgrafen Moritz und Ludwig der ältere zu Heſſen, der Marggraf Ernſt Friedrich von Baaden-Durlach, und George Fürſt von Anhalt, berufen wurden. Die Gegenſtände dieſer Zuſammenkunft laſſen ſich am beſten aus der eben angeführten Inſtruction an die Pfälziſchen Geſandten ſehen. Es ſagt nemlich der Churfürſt daſelbſt unter andern: „Da ihm als Director der Stände A. C. obliege, die Propoſition zu thun, ſo ſollten die Geſandten vorerſt nur bekandt machen, daß der Churf. nicht im Sinn habe, etwas gegen Kaiſer und Reich, oder jemand insbeſondere, vorzunehmen. Sodann, die Mittheilhaber der Zuſammenkunft betreffend, ſo hätte der Marggraf vermeint, man ſolle auch den Adminiſtrator der Chur Sachſen, den Pfalzgr. Philipp Ludwig zu Neuburg, und den Herz. von Würtenberg dazu berufen; hernach aber den erſteren wieder fallen laſſen [u]), dahingegen erlangt, daß er, der Marggraf, die beiden andern berufen dürfe, die dann auch wahrſcheinlich erſcheinen würden. Wenn nun alſo dieſes geſchähe, ſolle man ihnen (da ſie wegen der Türkenſteuer bereits alles, nach Verlangen des Kaiſerlichen Hofs bewilligt,) zu verſtehen geben, daß eigentlich nur diejenigen Stände zuſammengekommen wären, welche ſich vom Kammergericht und

Zuſamment. der Proteſtant. Stände.

Chur-Pfälz. Inſtruction dazu.

u) Hievon war vermuthlich die eine geheime Urſache, weil man vorausſahe, daß der Adminiſtrator nicht ſo ſchlechterdings dem Churf. von Pfalz das Directorium dieſes Tages überlaſſen würde, da in Sachſen zuerſt die Proteſtantiſche Lehre entſtanden war; die andere, weil man ſchon aus andern Vorgängen wußte, daß Chur-Sachſen mit den Reformirten nichts zu ſchaffen haben wollte.

und Reichsfiſcal bedrängt geſehen hätten, welche auch deshalb ein gemeinſchaftliches Schreiben an den Kaiſer hätten ergehen laſſen, und zu Hauſe über dieſe und einige andere Angelegenheiten Unterhandlungen gehalten, u. ſ. w. um ſie, ſo bald die Berathſchlagungen über die Spaniſche Einlagerung u. d. g. vorbey ſeyn würde, mit guter Manier wieder abziehen zu machen. Die Berathſchlagungsgegenſtände ſelbſt betreffend, ſo ſeyen ſolche erſtlich die letzthin per majora bewilligte Türkenſteuer, und darüber entſtandene fiſcaliſche Proceſſe. In Anſehung deſſen ſey zu bedenken, daß es nothwendig auffallen müſſe, wenn in einer das Reich nicht unmittelbar angehenden Sache, wie der Ungariſche Krieg, die Geldhülfe mit ſolcher Schärfe gefordert werde, und dabey alles nach der Majorität der Stimmen gehen ſolle. Ließe man dieſes angehen, ſo würde bald in Anſehung des verwilligten Nachzugs ein gleiches geſchehen, und ſie alſo immer weiter beſchwert werden. Auffallend ſey es ferner, daß dieſe Schärfe eben gegen die Proteſtanten beobachtet werde, nicht gegen viele eben ſo ſaumſelige Catholiſche Stände; daß es eben jetzt geſchehe, da das Spaniſche Kriegsvolk in der Nähe ſey; daß man Aachiſche Execution auch bis zur Zeit dieſer Nachbarſchaft verſparet, u. ſ. w. Ließe man in dieſen Geldſachen ſich die Majorität ſo ſchlechterdings gefallen, ſo möchte ſie wol in andern Dingen auch behauptet werden. Z. B. wenn auf dem nächſten Deputationstag die General-Staaten etwa für Feinde erklärt werden wollten, da dann, falls dieſes durch die die majora habenden Catholiken bewürkt würde, alle Proteſtantiſche Reichsſtände auf die letzt gegen ihre eigene Glaubensverwandten zu Felde würden ziehen müſſen. Die Gründe, die der Kaiſer bey ei-

1598 Zuſammenk. der Proteſtant. zu Frankf.

1598 nigen dergleichen fiſcaliſchen Ausſchreiben an die Reichsſtände, um dieſes Verfahren zu rechtferti- gen, gebrauchet, ließen ſich leicht widerlegen. Z. B. wenn der K. ſage, es ſey die Türkenhülfe ſo und nicht anders auf dem Reichstage beſchloſſen, ſo könne man allezeit Beyſpiele finden, daß die auf Reichstagen beſchloſſene Hülfe nicht geleiſtet wor- den. Sage er 2) die Hülfe ſey zur Vertheidi- gung des Vaterlandes; ſo könne man ſagen, ein anderes ſey ein Fall, der das Vaterland unmittel- bar angehe, ein anderes ein ſolcher, der es nur mittelbar betreffe. Wolle der K. 3) die Aehnlich- keit von Wahlen und Urtheilen auf die Majori- tät in den Geldverwilligungen ziehen, ſo fiele ſol- ches ohnehin von ſelbſt weg. 4) Wenn ſich auf den alten Gebrauch berufen werde, ſo ſey demſel- ben entgegenzuſetzen, daß von jeher ein Stand manchmal mehr als der andere verwilligt habe, z. B. 1486. da die Churfürſten dem K. Frie- drich dem III. Hülfe verſprochen, hätten die an- deren Stände keinen Antheil daran genommen. Ueberhaupt ſey auch alles nur, von Seiten der Proteſtanten, unter gewiſſen Bedingungen bewil- ligt worden; nemlich, daß man ihre Beſchwerden abthun ſolle; ſo aber bisher im geringſten nicht ge- ſchehen, u. ſ. w. Die Mittel betreffend, ſo man gegen dieſe Kammergerichtserkenntniſſe vorzukehren habe, ſo ſeyen ſie theils gerichtliche, theils außergerichtliche. Gerichtlich ſey es am beſten gemeinſchaftliche Exceptiones zu übergeben, in welchem alle be- drängte Stände für Einen Mann ſtehen müßten; Sodann, falls dieſe vom Kammergericht nicht zugelaſſen werden wollten, ſey am beſten alſogleich das Rechtsmittel der Reviſion zu ergreifen. Außergerichtlich wäre es ganz gut, wenn man, wie einige vorgeſchlagen hätten, über eine Ge-

Zuſam- ment. der Pro- teſt. zu Frankf.

ſandt-

ſandtſchaft, gleich hier von Frankfurt aus, an 1598
das Kammergericht, eins werden könnte, um Zuſam-
ihm vorzuſtellen, wie unrecht es ſey, in ſolchen menk. der Pro-
Sachen vor andern vorzugehen, da es nicht nur teſt. zu Frankf.
dem K. ſondern auch dem Reich angehöre, u. ſ. w. Nebſt dieſem ſey auch gut, ein Schreiben an den Kaiſer, in aller derer Stände Namen, die nicht mit der Majorität auf ſechzig Römermonate zur Türkenhülfe geſtimmt, abzulaſſen, und bey der auf dem Reichstage gethanen Proteſtation und in Gemäßheit derſelben an den Kaiſer abgelaſſenem Schreiben [v]) feſt zu beharren. Drittens werde auch nothwendig ſeyn, ſich in guten Vertheidigungsſtand zu ſetzen, falls der K. einen oder andern mit Gewalt exequiren wollte, um alle demſelben beyſpringen zu können.

Zweytens ſey von den **Vergewaltigungen des Spaniſchen Kriegsvolks** zu reden, und die Gefahr vorzuſtellen, in welche alle Proteſtantiſche Stände durch die Aeußerungen der Spanier ſich geſetzt ſähen, da ſie öffentlich, nach einem Schreiben des Weſtfäliſchen Kreis-Oberſten, Gr. von der Lippe, ſich als Beſchützer und Ausführer der Verordnungen der Trientiſchen Kirchenverſammlung angäben. Um dieſem allem zu begegnen, ſey es rathſam, vorerſt eine **Geſandtſchaft** an den Spaniſchen General zu ſchicken, im Namen ſämtlicher proteſtirenden Stände, damit ſie deſto anſehnlicher ſey, von welchem Vorhaben ohnehin auch auf dem anzuſtellenden **Kreistage** des **Chur-Rheiniſchen Kreiſes** zu **Bacharach** die Rede ſeyn würde. Sollte dieſe nichts helfen, ſo würde

 man

v) Von dieſer Proteſtation, wie auch dem erwähnten Schreiben, werde ich, da es hier zur Anm. zu weitläufig wäre, gleich nach dem Ende der Inſtruction handeln.

1598 man auf Mittel denken müſſen, mit Gewalt
Zuſam- ſich zu ſchützen, ohne auf die Reichs-Execu-
menk. der Pro- tionsordnung zu ſehen, als nach welcher man
teſt. zu Frankf. auch der Catholiſchen Stände Beyſtimmung haben müßte, die doch nicht würden ziehen wollen. Den Kaiſer, und hernach auch den König von Dänemark um Hülfe und Verwendung anzugehen, wäre auch rathſam. Imgleichen würde es gut ſeyn, den Holländern heimliche Hülfe zukommen zu laſſen. u. ſ. w.

Der dritte Punct betreffe die Reichsſtadt Aachen; wie derſelben annoch, nachdem ſchon die Execution geſchehen, wenigſtens in etwas zu helfen ſey? Hier ſey den übrigen Geſandten vorzuſtellen, was maßen die Sache zum Theil durch Hofproceſſe getrieben worden, welche alſo, wenn man es dabey bewenden ließe, gleichſam gutgeheißen würden, wie auch dem Kaiſer gleichſam das Recht eingeräumt, in Religions-Sachen allein zu erkennen. Freylich ſey dem Kaiſer auf dem Reichstag von 1582. die Sache zur Erkenntniß heimgeſtellt worden, aber auch per majora der Catholiſchen, die hier unmöglich gelten könnten. Hierbey ſey noch weiter zu bedenken, daß die Aachiſche Sache gegen Gülich vom Kaiſer dem Kammergericht, bey dem ſie ſo lange gehangen, entzogen, an ſeinen Hof genommen, auf die Gülichiſchen Exhibita dorten faſt allein, ohne die Aachner hören zu wollen, geſprochen, und auf dieſes an ſich nulle Verfahren die Acht mit begründet worden. Nach dieſer Acht habe man auch auf unerhörte Art die Execution gethan, da nemlich erſt das fremde Kriegsvolk nahe an die Mauern der Stadt geſtellt, ſomit die Bürger in Furcht gebracht worden. Auch nach jener Execution würden ferner die Proteſtantiſchen Aachner noch weiter bedrängt, indem ſie

bey

bey Taufen und Copulationen zu den Papiſtiſchen 1598
Ceremonien gezwungen würden, item auch alle Zuſam-
ihre Briefſchaften auszuliefern, u. ſ. w. Zum menk. ꝛc.
Grunde dieſes ganzen Verfahrens werde von den Catholiſchen dieſes gelegt, daß eine Reichsſtadt nach dem Religions-Frieden nicht mehr die A. C. annehmen könne, welches doch gegen alle natürliche Billigkeit ſey, und in dem Religions-Frieden eben ſo wenig verboten werde, als wenn ein Proteſtant catholiſch werden wolle. Auch ſagte man wol, daß die Reformirten, mithin die Aachner, nicht mit unter dem Rel. Fr. begriffen ſeyen. Allein dieſes ſey ganz und gar ungegründet, da ſich ſolche ja auch zur A. C. bekennten; um einiger Unterſcheidungslehren aber, die zwiſchen denen ſolche bekennenden ſich eräugneten, kein Theil den andern von den Wohlthaten der A. C. ausſchließen könne, vielweniger aber den Catholiſchen, wer hierin begriffen ſey, zu richten zuſtehe. Seyen ja unter den eigentlichen Lutheranern auch Spaltungen, z. B. über die Lehre von der Perſon Chriſti. Zudem ſolle man überhaupt nur, von Seiten der Proteſtanten wenigſtens, feſt über dieſen Punct der Ausſchließung zuſammenhalten, und, wie Braunſchweig angegeben, durch Zuſammenkunft einiger blos politiſchen Abgeordneten ſich bemühen, daß die Verbitterung abgeſchafft, auch wegen gemeinſchaftlicher Beſchützung Maaßregeln genommen werden, um ſich nicht alle nach und nach einzeln bezwungen zu ſehen. Noch die Aachner betreffend, ſagten die Catholiſchen wol auch, daß gegen die alten Statuten vieles in der Religion geändert worden ſey, welches daher in den vorigen Stand hätte geſtellt werden müſſen. Das ſey aber auch falſch, denn wer Verordnungen

 mache,

1598 mache, könne ja auch davon wieder abgehen w).
Zuſam- Wie nun den Aachnern zu helfen ſey, müſſe dem-
menk. ꝛc. nach wohl überlegt werden. Ein Schreiben oder eine Schickung an den Kaiſer und Reich würde freylich gut ſeyn, aber im Namen aller verſammelten Stände, und mit der Bitte, die Proteſtanten zu Aachen, da ſo vieles null und nichtig gegen ſie ſey vorgenommen worden, vor allen Dingen ganz zu reſtituiren, wie es vor der Acht war, (nicht aber mit dem Antrag auf eine neue vom Kaiſer zu beſtellende Unterſuchungs-Commiſſion,) und mit dem Anhang, daß man im Nicht-Erhörungsfall mit Erlegung der noch übrigen Türkenſteuer innezuhalten ſich gedrungen ſähe.

Den vierten Punct, nemlich die Beſuchung des Deputationstags zu Speyer belangend, werde man freylich Proteſtantiſcher Seits zu erſcheinen ſich nicht entbrechen können; doch, weil man wiſſe, daß die Catholiſchen alles durch die meiſten Stimmen zum Schaden der Proteſtanten durchzutreiben bemühet ſeyen, ſolle man lieber jetzo ſich berathſchlagen, wie man, wenn etwas gefährliches auf die Bahn käme, ſolchem gleich recht tüchtig begegne, damit nichts geſchloſſen werde, auch im Fall der Noth eine gute Urſache zu finden, um unter dem Schein der Kriegsgefahr, oder ſonſten, die Deputation verlaſſen zu können.

Fünftens, die Türkenſteuer anlangend, ſo habe man freylich auf dem Reichstag letzthin die ſtrenge Eintreibung derſelben ſelbſt mit bewilliget,

w) Alle dieſe Betrachtungen, wahre und falſche, richtige und ſchiefe, ſetze ich mit Fleiß hieher, als einen Beweis, wie ſehr dieſes alles bey Staats-Unterhandlungen oft pflegt durch einander gemiſcht zu werden, um den vorgeſetzten Zweck zu erhalten.

get, daher dann die fiſcaliſchen Proceſſe gekommen. 1598
Doch könne man die fernere Erlegung derſelben Zuſam-
wol damit umgehen, daß man vorwende, die Be- ment. ꝛc.
willigung ſey unter den Bedingungen geſchehen, daß die Gerechtigkeit im Urtheilen beobachtet, kein Theil der Religion halben bedrückt, die Kaiſerlichen nach Ungarn beſtimmten Völker nicht in vollem Haufen, ſondern Rottenweis durchgeführt, dabey niemand bedrängt werden ſolle; da hingegen dieſem allem nicht nachgelebet, und noch dazu dem Unfug der Spaniſchen Soldaten, ſonderlich gegen die Proteſtanten, durch die Finger geſehen werde, u. ſ. w. Da auch ſehr wahrſcheinlich bey nächſter Gelegenheit der K. neue Bewilligungen fordern würde, ſo ſolle man jetzo vorerſt überlegen, ob es wol nöthig ſey, ſich damit einzulaſſen, da das Haus Oeſterreich bisher alles ihm bewilligte blos zu ſeiner Vergrößerung, oder doch Erhaltung, nicht aber zu des Reichs Beſtem, oder Herbeybringung eines abgeriſſenen Landesſtücks, angewandt habe.

Sechſtens endlich müſſe man darauf bedacht ſeyn, eine recht genaue Zuſammenſetzung ſämtlicher Proteſtantiſchen Stände zu veranſtalten, und wäre wenigſtens inzwiſchen mit denen jetzo zuſammenkommenden Ständen einſtweilen der Anfang zu machen, ſodann, wenn dieſe übereingekommen, die andern Proteſtantiſchen Stände auch dazu einzuladen, u. ſ. w.

Dieſe Verſammlung kam auch zu Stande, und dauerte bis den 12. Dec., unter welchem Datum ein Abſchied oder Notel, des Vorgegangenen halber, niedergeſchrieben wurde r). Er handelt, wie

r) Auf dieſen beziehen ſich die Fürſten in dem Abſchied der Proteſtantiſchen Fürſten-Verſammlung von 1600. bey Londorp Act. Publ. T. III. L. VII. p. 522. womit

1598 wie aus ſeiner Ueberſchrift erhellet, von der Stadt Aachen, und denen gegen dieſe ſowol als auch gegen andere Stände der Türkenſteuer halber ergangenen Hof-Proceſſen, wie ſolche zu hintertreiben, der Reaſſumtion des Deputations-Tags zu Speyer, und der nähern Zuſammenſetzung der Evangeliſchen Stände.

Der Evang. Stände Protestation. In der eben ausgezogenen Chur-Pfälziſchen Inſtruction iſt einer Proteſtation und eines Schreibens an den Kaiſer, wegen der Türkenſteuer und der Hofproceſſe, gedacht, von welchen beiden Stücken hier nun die dort in der Anm. verſprochene weitere Nachricht, als am bequemſten Orte, folget. Es hatten nemlich ſchon auf dem Reichstag viele Proteſtantiſche Stände, wie in den obigen Auszügen der Seſſions-Protocolle vorgekommen iſt, feierlichſt erklärt, daß ſie ſich an die mehreren Stimmen in dem Artikel der Verwilligungen nicht würden binden laſſen, auch ſich würklich nicht weiter als auf 40 Römer-Monate eingelaſſen. Da nun gleichwol in dem Abſchied, der durch die meiſten Stimmen bewilligten 60 Monate allein, ohne alle Erwehnung jenes Vorbehalts, gedacht worden war, ſo proteſtirten vorerſt gleich auf der Stelle mehrere Geſandte, einzeln, ſchriftlich gegen dieſen Artikel [v]). Sodann, da dieſe Proteſtation ohne Würkung geblieben

womit dann auch Lerſner in der Frankf. Chr. I. Th. I. B. XXIII. Cap. p. 147. übereinſtimmt. Der Abſchied ſelbſt iſt im Mſc. vorhanden in dem Fürſtlich-Brandenb. Anſp. Archiv, laut des Ind. Mſc. T. LXXIII. n. 109. Von verſchiedenen dahin Bezug habenden Inſtructionen, Relationen, Schreiben, u. d. g. die in eben gedachtem reichhaltigen Archiv vorhanden ſind, ſtehen die Titel ebendaſelbſt n. 74-76. 78. 79. 86-98. ſodann 100-111.

v) Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXXI. n. 112. 113.

ben zu ſeyn ſcheinet [z]), waren die Stände bald 1598
nach der Zurückkunft ihrer Geſandten auf ein gemeinſchaftliches Proteſtations-Schreiben an den K. bedacht, welches dann auch nach weitläufigem Briefwechſel unter denſelben [a]) zu Stande kam. Der Inhalt davon gehet vorzüglich dahinaus: Sie hätten von ihren zurückgekommenen Geſandten vernommen, was auf dem Reichstag beſchloſſen worden. Nun hätten ſie geglaubt, niemand würde über ſeine und ſeiner Unterthanen

Derſelben Proteſtationsſchrift an den Kaiſer.

Ee 5 Kräfte

z) Dieſes glaube ich inſonderheit nach der Leſung eines Schreibens des K. Commiſſärs, Erzh. Matthias, an den Herz. von Braunſchweig-Wolfenbüttel (Act. Comit. Arch. Wolf. faſc. III. n. 19.), in welchem der Erzh. demſelben für die dem K. bey der Verwilligung fürtrefflich und beſtändig erwieſene löbliche Zuthuung in vielen Worten dankt, auch ſogar dieſelbe beym K. zu rühmen verſpricht, ohne der Proteſtation, oder der mindern Verwilligung, von welchen beiden doch Braunſchweig wenigſtens ein Theilhaber, wo nicht eine Triebfeder geweſen war, mit einem Wort zu gedenken: ſo daß er von allen Reichsſtänden dennoch 60 Monate zu erhalten für bekandt angenommen zu haben ſcheint. Oder ſoll dieſes Schreiben, dieſes gänzliche Stillſchweigen von dem Widrigen, etwa bloße ſehr feine Hofpolitik geweſen ſeyn? Das Datum iſt von Regenſpurg, 7. Apr. ſt. n. mit des Erzh. eigenhändiger Unterſchrift.

a) Wie ſolches die vielen in dem Onolzb. Archiv desfalls vorhandenen Pfälziſchen, Brandenburgiſchen und Heſſiſchen Wechſelſchreiben, laut des Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXXII. n. 16-28. bezeugen, welche meiſtens vom April dieſes Jahrs ſind. Das Schreiben ſelbſt, jedoch ohne Datum, findet ſich in den Actis Comit. Mſc. Arch. Wolf. faſc. III. n. 17. und eben ſo ohne Datum iſt auch die Rubrik davon in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. ib. n. 14. ſo daß ich kaum die würkliche Ablaſſung deſſelben für geſchehen annehmen würde, wenn nicht in der Inſtruction auf daſſelbe ſich mitberufen worden wäre.

1598 Kräfte angegangen werden, zumal da ſich jeder von ihnen Unterſchriebenen gewiß nach Möglichkeit, auf das Kaiſerliche wiederholte Anſinnen in der Replik, angegriffen habe. Allein ſie hätten nun mit Befremden vernehmen müſſen, daß ſie dabey nicht gelaſſen, noch die der Verwilligung beygeſetzte Bedingungen in re- et correlationibus in Acht genommen werden wollten, ſondern der Abſchied, in Betreff ſowol der Verwilligung ſelbſt, als der Austheilung, des Nachzugs, u. ſ. w. lediglich nach den meiſten Stimmen eingerichtet worden. Woraus für ſie alle nichts weiter zu erwarten ſtehe, als daß jeder von ihnen, durch fiſcaliſche Proceſſe, bey ſeinen Neben-Ständen am Kammergericht verkleinert, und weit mehr, als das nach Kräften verwilligte, zu erlegen angehalten werden würde. Solche Ueberſtimmung aber, in Betreff dieſer als freywillig von dem Kaiſer ſelbſt erbetenen Hülfe, ſey der Teutſchen Freyheit, wie ſie dieſelbe von den Voreltern ererbt hätten, zuwider, beſchwere ferner ſie und ihre Unterthanen weit über Vermögen, gereiche ihnen, als eine eine immerwährenden Nachtheil, ja gleichſam einen Servitut zuwegebringende Sache, bey der Nachkommenſchaft zu beſtändigem Vorwurf. Die Mehrheit der Stimmen ſey hauptſächlich durch die geiſtlichen Fürſten gemacht worden, deren ſechs oder acht kaum ſo viel als einer von ihnen beyzutragen hätten, zudem auch ihre beſondere Schuldigkeit ſey, alles, was ſie nicht zu ihrem Unterhalt bedürften, zu guten Werken, alſo inſonderheit auch dergleichen Feldzügen, der ganzen Chriſtenheit zum Beſten, herzugeben. Sie hingegen hätten für ihre Nachkommen zu ſorgen, und wären verbunden, denſelben ihre Lande nicht ſo ganz erſchöpft, ſondern in gutem Stande zu laſſen. Demnach könn-

könnten ſie für dieſesmal unmöglich ſich die meh- 1598
reren Stimmen in allen den bemerkten Puncten gefallen laſſen, oder zu weiterer Bewilligung verſtehen. Dannenhero müßten ſie ſich hierüber gegen den K. geradezu, teutſch und fürſtlich erklären, daß ihnen zwar die allgemeine Noth der Chriſtenheit und ſonderlich des T. Vaterlands ſo ſehr in die Augen leuchte und am Herzen liege, als möglich, wesfalls ſie dann auch den Kaiſer zu verlaſſen nicht gemeinet wären, jedoch alſo, wie ſich es von ſelbſt verſtünde, daß die ihm mit möglichſter Anſtrengung der Länder geleiſtete Hülfe auch auf ſolche Art angewandt werde, daß gegen den Feind Nutzen geſchafft würde, indem ſie nichts mehr wünſchten, als daß von jedermann auf gleiche Weiſe das gemeine Beſte befördert, und dem Privat-Nutzen nachgeſetzt werde. Dieſem allem ohngeachtet könnten ſie unmöglich über die bereits gethanen anſehnlichen Bewilligungen, welche ſamt den Bedingungen, unter denen ſie geſchehen, in den Protocollen aufgezeichnet ſich befänden, ein mehreres thun, würden ſich auch, wenn dergleichen von dem Fiſcal gefordert werden ſollte, in nichts einlaſſen, noch zugeben, daß man ſie unter dem Vorwand einer durch die meiſten Stimmen geſchehenen Verwilligung weiter beſchwere: wie ſie dann auch beſagten Abſchied in den mehr bemerkten Puncten gar nicht weiter, als ſie ſelbſt bewilliget, für verbindlich in Anſehung ihrer halten könnten. Wozu ſie ſich um ſo mehr berechtiget hielten, als ſie aus allen Relationen ihrer Geſandten von Regenſpurg aus die geringſte Hoffnung ſich nicht machen könnten, eine Minderung oder gänzliche Abhelfung der vielfältigen bey allen Reichstagen, und zuletzt wiederum in Erinnerung gebrachten Beſchwerden, der Stände insgemein ſo wie

1598 wie der einzelnen, zu ſehen. Wie nun ſolchergeſtalt ſie, die Unterzeichneten, in allen Fällen, als gehorſame Stände des Reichs, dem K. als ihrem einzigen oberſten Haupt in allen Nothfällen mit Darſetzung ihres Vermögens gerne dienen und allen ſchuldigen Gehorſam mit aller Treue leiſten wollten, ſo möchte doch auch der K. in dieſer ganz freywilligen Hülfs-Sache ihnen nichts weiter zumuthen, auch dem Fiſcal desfalls das nöthige befehlen. War unterſchrieben von **Chur-Pfalz, Pfalz-Zweybrücken, Brandenburg-Anſpach, Braunſchweig-Wolfenbüttel, Baden, Heſſen, Anhalt,** und den **Wetterauiſchen Grafen.** Ob übrigens, und was für eine Antwort auf dieſes mit ſüßen Worten die beleidigenden Handlungen verkleiſternde Schreiben erfolget, und ob ein weiteres desfalls, dem obgemeldeten Vorſchlag auf dem Frankfurter-Tag gemäß, an den K. erlaſſen worden, habe ich nirgends finden können.

Kreis-verſammlungen

Nach dem **Reichstage** und den **Verſammlungen des Proteſtantiſchen Religions-Theils,** muß ich nun auch die **Verſammlungen** einzelner oder mehrerer **Kreiſe** zum Gegenſtand der Erzählung machen. Ich finde dergleichen verſchiedene, aus deren **Abſchieden,** in ſo weit ſie gedruckt ſind [b]), das wichtigſte hier bemerkt werden ſoll. Vor-

a) verſchiedener Kreiſe zugleich.

b) Denn von manchen dieſer Kreistäge hat man nichts im Druck, obwol ſie zum Theil wichtige Sachen betroffen haben. So waren z. B. die Stände des Fränkiſchen Kreiſes, zu Regenſpurg, unter währendem Reichstag beyſammen, die Reſtanten, die dem Kaiſer zu Hülfe geſandten 1000 Pferde, die Koſten der Durchmärſche des Mansfeldiſchen für den K. geworbenen Volks, u. ſ. w. betreffend; von dem das Protocoll, ſamt dem Abſchied, in dem Anſpachi-

Vorläufig wurde, noch während des Reichstags, 1598
zu Regenſpurg, eine Nebenverſammlung der beiden Sächſiſchen, ſodann des Bayeriſchen, Schwäbiſchen und Fränkiſchen Kreiſes, gehalten, wobey, inſonderheit den dem Kaiſer bewilligten Nachzug betreffend, verabredet wurde [c]), 1) daß die Geſandten es bey ihren Herren veranſtalten ſollten, daß die Kreisausſchreibenden Fürſten und Oberſten dieſer fünf Kreiſe nächſtens beſondere Kreistäge hielten, und ſich da eines gehörig inſtruirt- und bevollmächtigten Ausſchuſſes halber verglichen, welcher bis den 22ſten May, Alten Calenders, zu Nürnberg ſich verſammeln, und alles dieſes Nachzugs halber klar beſtimmen, ſodann ins Werk ſetzen ſolle [d]). Was nun 2) inzwi- 21/31 Merz

ſpachiſchen Archive ſich befindet, laut des Ind. Act. Com. Arch. Onold. T. LXVI. n. 24. 25. in welchem auch T. LXXII. n. 5-7. Tabellen über des Fränkiſchen Kreiſes einfache, doppelte und dreyfache Reichshülfe, und n. 29. ein Verzeichniß des Fränkiſchen Antheils an den Niederländiſchen Geſandtſchaftskoſten, vorkommen.

c) In F. K. v. Moſer Sammlung von Kreis-Abſchieden, III. Th. S. 263. u. f. ſind dieſe Puncte zuerſt bekandt gemacht worden. Schade nur, daß in dieſer ſo nützlichen Sammlung, die auch in gegenwärtigem Werke noch ſehr oft gebraucht werden wird, und von der es Schade iſt, daß ſie nicht weiter hat fortgeſetzt werden können, die Worte öfters unrecht, ja ſo, daß kaum, oder gar nicht, der Sinn herauszubringen, gedruckt ſind. Freylich iſt aber, auch ohne Druckfehler, gar oft das Teutſche damaliger Zeiten ganz oder faſt unverſtändlich.

d) Daß dieſer Tag zu Stande gekommen, wird daraus klar, weil die Ober-Sächſiſchen Kreisſtände, bey Moſer III. Th. S. 539. der Zehrung der dabey geweſenen Kreis-Geſandten gedenken. Was aber auf dieſem Tag beſchloſſen worden, davon habe ich nirgends Nachricht gefunden. In dem Ind. Mſc. Act.

1598 zwiſchen die Kreiſe etwan einzeln auf ihren Kreistägen beſchließen würden, ſollten ſie ſich vor der Zuſammenkunft zu Nürnberg einander freundſchaftlich mittheilen, damit die zum Ausſchuß abgeordnete Geſandten, von allen Orten her deſto beſſer inſtruirt ankommen könnten. Bey der mehrgedachten Zuſammenkunft ſollten 3) ohngefähr die Puncte alle, wie in der Kaiſerlichen Propoſition und dem R. A. enthalten, vorgenommen werden. 4) Sollten inzwiſchen die Kreisausſchreibenden Fürſten und Oberſten, an allen Orten wegen der Türkiſchen Macht Kundſchaft einziehen, imgleichen auch 5) davon, wie ſtark etwa der Kaiſer ſelbſt, mit Hülfe der fremden Mächte, und der Reichsritterſchaft, im Feld erſcheinen dürfte. Inſonderheit ſollte man auch 6) bedacht ſeyn, die zum gedachten Ausſchuß deputirte Geſandte gehörig zu inſtruiren, in wie ferne man, nach der 1542. gemachten Ordnung, der Defenſion halber gefaßt ſeyn wolle? auch überhaupt zum Augenmerk nehmen, alles zu erinnern, was jeder Kreis oder Stand dem gemeinen Beſten hierinnen vorträglich erachte. Endlich ſollte in allem, was hier der Sache halber geredet worden, 7) den Herren der Geſandten in nichts vorgegriffen, ſondern alles blos auf derſelben Genehmigung und Wohlgefallen ausgeſetzt ſeyn.

Sodann waren in allen Kreiſen, wie es ſcheint in dieſem Jahre viele Kreistäge, von deren einigen wenigen ich das nähere angeben kann. So

Act. Com. Arch. Onold. T. LXX. n. 53. findet ſich eine Copia einiger aus verſchiedenen Reichs- und Kreis-Abſchieden gezogenen, durch Abraham Bocken denen zu Nürnberg verſammelten Ständen und Abgeordneten der 5 Kreiſe, Bayern, Schwaben, Franken, Ober- und Nieder-Sachſen, proponirten Puncte, die Reichshülfe betreffend, 1598.

So findet man von dem Oberſächſiſchen Kreiſe 1598
in dieſem Jahr einen Abſchied ſamt zwey Neben-Receſſen, von einerley Datum e). In dem Abſchied ſelbſt heißt es bey dem Eingang. Nachdem vermögeder Reichsgeſetze die Kreisſtände ſich dahin verglichen, daß ſie alle Jahr zweymal, nemlich den Montag in der Zahlwoche des Michaelismarkts, und dann den 1. May, zu Leipzig, ſich verſammeln wollten, um von der Münze und andern Sachen ſich zu berathſchlagen, ſo ſey es auch dismal geſchehen, und auf nachfolgende Puncte, davon ich hier die merkwürdigſten ausziehe, ſich verglichen worden: 1) Die Münze belangend, ſollten die bis dahin zur Unterſuchung geſammelte Münzen, von dem General-Wardein nach Schrot und Korn, d. i. Gehalt und Gewicht, geprüft, auch wie viel an Silber ſeit dem Oct. des vorigen Jahrs im ganzen Kreiſe vermünzt worden, und wie ſich dieſes zu den Münz-Geſetzen verhalte, ſorgfältig geprüft werden, wovon die den Geſandten übergebene Reſultate mit beylägen. Ferner ſolle es in Münz-Sachen allezeit nach der Art gehalten werden, wie man im Oct. 1595. zu Leipzig ſich verglichen habe, der Münzwardein aber von Erfurt, welcher wegen Kränklichkeit dismal nicht bey dem Kreistag erſcheinen können, ſolle ſich bey dem nächſten Kreistag ohnfehlbar ſtellen, welches dem Rath zu Erfurt durch ein Schreiben anzubefehlen ſey, u. ſ. w. 2) Solle der Herzog von Braunſchweig nochmals ſchriftlich erſucht werden, die ohnſtreitig zum Oberſächſiſchen Kreis gehörige Grafſchaft Hohen-

4. May. b) Oberſächſiſcher Kreistagsabſchied.

e) Auch dieſe hat der Freyherr von Moſer zuerſt bekandt gemacht, Kreis-Abſch. III. Th. S. 266. u. f. wobey jedoch die in dem Abſchied angeführte Beylagen fehlen.

1598 Hohenſtein nicht demſelben entziehen zu wollen, zu dem Ende den daſigen Münzmeiſter bey dem Oberſächſiſchen Kreiſe vorzuſtellen, und überall der Münz-Ordnung gemäß ſich zu betragen. Imgleichen ſolle der Herzog wegen der Hohenſtein- und Walkenriediſchen Contribution erinnert werden, auch desfalls ein Schreiben an den Nieder-Sächſiſchen Kreis ergehen: würde aber desfalls nichts ausgerichtet, müſſe die Sache auf dem nächſten Kreistage wieder vorgenommen werden. 3) Sollten die Reſtanten ohnverzüglich erlegt werden. 4) Da auch wegen der Niederländiſchen Geſandtſchaft von Reichswegen, durch den Churf. von Mainz, als den einen Commiſſarien, eine Zuſammenkunft der dazu deputirten Churf., Fürſten und Stände, auf Johanni, zu Frankfurt, angeſtellt werden ſolle, ſo ſolle der zu dieſer Geſandtſchaft im Reichsabſchied beſtimmte halbe Monat ungeſäumt erlegt werden. 5) Die Unterſchrift geſchah zu Frankfurt im Namen Chur-Sachſens, Chur-Brandenburgs, der Herzoge von Sachſen und von Pommern, und der Grafen von Schwarzburg Barby und Reuß: woraus zu ſehen, daß bey dieſem Abſchied noch manche auch wichtige Stände gefehlt haben, wenn anders die Unterſchriften alle richtig mitgetheilt worden.

5. May. Oberſächſ. Nebenabſch. In dem erſten Nebenabſchied f) wurde ſich dahin verglichen, daß, in Gemäßheit des Kaiſerlichen Begehrens auf dem Reichstag, die Türkenſteuer in guten Sorten und in dem Reichsgeſetzmäßigen Werth zu liefern, man auf eine Temporal-Valvation, allein zu dieſer Steuer, ohne Abbruch der Münz-Ordnung, bedacht ſeyn, und des-

f) Dieſen hat auch Hirſch Münz-Archiv. III. B. S. 111.

desfalls einander ſeine Meinung auf dem künftigen Kreistag eröffnen wolle. 1598

In dem zweyten Neben-Abſchied aber heißt es: da die große Gefahr wegen eines Türkiſchen Einbruchs, ſo jetzo vorhanden, die vom Kaiſer verlangte Beſtellung eines Nachzugs nothwendig mache, und desfalls eine Zuſammenkunft der 5 Kreiſe nach Nürnberg auf Johanni beſchloſſen worden, ſo habe man hiezu die Churf. von Sachſen und Brandenburg, imgleichen die Herzoge von Pommern-Stettin, und die Grafen von Reuß zu Stell-Vertretern des Ober-Sächſiſchen Kreiſes ernannt (von welchen jedoch Brandenburg die Sache ad referendum genommen), wobey man auch leiden könne, daß Schwarzburg für dieſesmal mit dazu geordnet werde. Dieſem verordneten Ausſchuß ſolle hiemit, weil man ſich vorher unmöglich einer gewiſſen Inſtruction halber vergleichen könne, vollkommene Macht und Gewalt gegeben ſeyn, im Namen des O. S. Kreiſes zu handeln, und was derſelbe auf der fünf Kreiſe Tag des Nachzugs halber beſchließen und verwilligen werde, ſolle von allen Kreisſtänden für gut gehalten werden. Welche Form der Vollmacht jedoch die Pommeriſchen Geſandten ad referendum nahmen. Jedoch hätten dieſe dazu bevollmächtigte Fürſten und Stände nachfolgende Stücke dabey beſonders in Acht zu nehmen. 1) Daß das Werk des Nachzugs, wenn ſchon die fünf Kreiſe ihn zu beſtellen übernähmen, dennoch allezeit ein gemeines Werk des ganzen Reichs bleibe. 2) Wie die vom Reich bewilligten 10 Monate am beſten aufgebracht, und wieviel Volk davon geworben werden könne? 3) Daß man Nachricht zu erhalten ſuche, wie ſtark des Kaiſers 5. May.

1598 **Vorzug** oder eigentliches Kriegsheer ins Feld rücken, und was etwan hernach noch dazu kommen werde? 4) Ob die **Werbungen** für jeden Kreis insbeſondere, oder für ſämtliche Kreiſe mit einander angeſtellt werden ſollten? 5) Wenn der Feind durch Polen oder Schleſien in den O. S. Kreis einbrechen ſollte, wie alsdenn dieſem am beſten zu Hülfe zu kommen ſey? 6) Ob nicht auch bey Zeiten auf **Volk** zu denken, wie man auf dieſen Fall ſich damit gefaßt machen könne, und ob nicht dazu ein **Wartgeld** das ſchicklichſte Mittel? und daß endlich, wenn auch ſolcher Nachzug angerichtet, doch auch darneben vonnöthen ſey, daß man ſich noch in jedem Kreiſe insbeſondere in Bereitſchaft hielte, u. ſ. w. Hätte auch ein oder anderer Stand noch etwas beſonderes zu erinnern, ſo dem O. S. Kreiſe, oder dem Vorhaben ſelbſt zum Beſten gereichen könnte, ſo könne er ſolches ohne weiteres an den Ausſchuß, dieſer aber an die Verſammlung der 5 Kreiſe gelangen laſſen. Wegen des **Directoriums** bey dem **Nachzug** würden ſich ſämtliche Stände erinnern, was Chur-Sachſen auf dem Reichstag, und ſonſten, erkläret habe. Wenn aber andere Stände auf dem zu beſchickenden Kreistag etwas dabey zu erinnern hätten, ſo wolle ſich Churſachſen, allenfalls auf jenem Tage, darüber weiter herauslaſſen. Der Koſten dieſes **Ausſchuſſes** wegen ſey ſchon im Jahr 1597. zu **Jüterbock** g), in einem faſt gleichen Fall, beſchloſſen worden, daß ſolche auf des ganzen Kreiſes Beutel gehen ſollen, ſo möge es dabey auch ſein Bewenden behalten, und alſo dieſes auf die Gr. **von Schwarzburg** mit ausgedehnet werden.

g) Der Abſchied dieſes Kreistags iſt weder bey Moſer, noch, ſo viel mir wiſſend, ſonſt wo, gedruckt zu finden.

den. Endlich ſollten die Reſtanten forderſamſt eingebracht werden, u. ſ. w. Dieſer Neben-Abſchied iſt übrigens von eben den Gevollmächtigten, wie der Haupt-Abſchied, unterſchrieben und beſiegelt. 1598

Auch von einem Kreistage des Niederſächſiſchen Kreiſes giebt die oft angeführte Sammlung [b]) den Abſchied zu leſen. Nach dem Inhalt deſſelben iſt erſtlich dem Herzog von Braunſchweig, als zum Reichs-Deputationstag von Kreiſes wegen abgeordnetem Fürſten, die Inſtruction, wegen alles vorzubringenden, inſonderheit der Münze halber, zugeſtellt worden. Zweytens der Münze wegen ſeyen die vorigen Edicte und Valvationstabellen zu erneuern. Sodann hätten die Kreis-Waradeine die Oberſächſiſchen Münzſorten zu unterſuchen, und nach dem Braunſchweig- und Lübeckiſchen Werth zu erwägen, den Befund aber dem Kreiſe auf dem nächſten Probationstag mitzutheilen. Auch ſeyen wegen der Münzmeiſter zu Schleßwig und Reinſtein, die gegen die Ordnung münzten, die nöthigen Schreiben an ihre Herrſchaften ergangen. Zweytens, die Koſten der Beſchickung des künftigen Deputationstags betreffend, ſo ſey zwar den Ständen ſehr beſchwerlich ſie zu übernehmen. Doch wollten ſie, ohne Folge auf die Zukunft, ſich für dieſesmal allein, zu 100 fl. alle Tage, den An- und Abzug mit eingerechnet, verſtehen; wobey ſie dann hofften, daß der deputirte Herzog von Braunſchweig den Deputationstag auch recht anſtändig beſchicken werde: Welches alles dann die Braunſchw. Geſandten ad referendum genom-

c) Niederſächſ. Kreistag.

b) F. C. von Moſer Kreisabſchiede III. Th. S. 300. d.d. Braunſchweig, 18. Dec. h. a.

1598 genommen. Inſonderheit aber gab es, auf dieſem Kreistage, wegen der Reſtanten (oder Retardaten, wie ſie hier heißen) vieles zu ſchaffen. Die Braunſchweigiſchen Reſtanten betreffend, heißt es in dem Abſchied, ſo hoffe man, der Herzog werde ſich dazu bequemen, auch ſeinen Theil an dem 1596. zur Türkenhülfe von dem Kreis abzutragen geweſenen Quantum nachzuliefern. Sollte ſich aber derſelbe wider Verhoffen nicht dazu begeben wollen, ſo ſolle alles, was vorhin wegen der Deputationskoſten demſelben bewilligt worden, noch nicht geradezu gelten, ſondern erſt auf weiteres Gutbefinden der Stände ausgeſetzt bleiben. Da nun die Geſandten ſämtlich im Jenner 1599. wieder zuſammenkommen wollten, ſo bäte man den Braunſchweigiſchen, bis dorthin die ſichere Erklärung ſeines Herrn zu ſchaffen. Auf bemeldetem künftigen Kreistage ſollte auch inſonderheit die wichtige immer beſtrittene Frage, ob *majora* in allen Kreisſachen gültig, oder nicht? per majora entſchieden werden, und was auf ſolche Art alsdann einmal beſchloſſen worden, als Richtſchnur für die künftigen Kreistage gelten. Wegen der künftigen Reſtanten aber ſey in Vorſchlag gebracht, und auf Gutheißen der übrigen Kreisſtände ausgeſetzt worden, daß, ſo bald von einem oder andern Stand eine Saumſeligkeit in Abtragung der Kreisanlagen geſpürt würde, alsdann gleich der Kreis-Einnehmer Befehl und Macht haben ſolle, nach Verfließung eines Monats über die geſetzte Zahlfriſt, an den Kreis-Syndicum zu Speyer zu ſchreiben, die Verſäumniß zu berichten, und gegen die Schuldigen die Mandata executorialia auf die Acht auszuwürken. Gegen dieſe Mandata ſollten ſodann gar keine Exceptionen, ſie hießen wie ſie wollen, auch keine Compenſation

mit etwaigen Forderungen an den Kreis, Statt 1598
haben, wesfalls die Stände alle feierlich Verzicht zu thun hätten. Und ſolle dieſes auf die vergangenen ſowol als künftigen Reſtanten gelten, auch, ſo bald es von allen Ständen gebilligt, dem Kammergericht ſelbſt gehörig inſinuirt werden, damit hernach die Proceſſe ohne Anſtand fortgingen. Ueber welchen wichtigen Punct denn auch die Geſandten bis auf den nächſten Kreistag die Entſchlüſſe ihrer Herren unfehlbar beyzubringen hätten. Dem **Dom=Capitel zu Straßburg** wäre ſein Geſuch wegen längerer Friſt zu Erlegung des ſchuldigen Capitals à 25000 fl. wegen eigener Kreis=Bedürfniſſe abzuſchlagen. Des **Kreis=Einnehmers** Geſuch um Verbeſſerung ſeines Gehalts, imgleichen die Berathſchlagung wegen der **Stadt Hamburg**, die dem Kreis entzogen werden wolle, ſey bis zum nächſten Kreistag auszuſetzen. Da auch **Herz. Heinrich Julius von Braunſchweig** noch einige Forderungen an den Kreis, wegen ehemals ausgelegter Deputationskoſten und ſonſten, wozu ſich der Kreis zwar nicht allerdings ſchuldig erkenne, zu machen nicht nachlaſſe, und dagegen die Kreis=Reſtanten wegen Braunſchweig und Halberſtadt aufrechnen wolle, ſo werde ihm dieſes hiemit allein für dieſesmal, ohne Folge=Ziehung auf andere Fälle, geſtattet, ſomit gegen Nachlaſſung dieſer Forderung der oberwehnte doppelte alte Rückſtand von 6803 Thlr. abgeſchrieben. Was nun anderer Stände ihre Reſtanten von 1596. anbelangt, ſo hätten verſchiedene Stände erklärt, ſie wollten ihren Theil an der Bezahlung der damals nach Ungarn geworbenen Reuter nicht eher bezahlen, bis der H. von Braunſchweig auch ſeinen Antheil erlegte, alſo bitte man die Braunſchweigiſchen Abgeordneten noch um ſo mehr, daß

1598 ſie bey ihrem Herrn die Zahlung des Beytrags zu dieſer ſo ſehr zum gemeinen Beſten geſchehenen Werbung ja nicht länger zurückhalten möchte, indem ſonſten leicht die ganze Kreisverfaſſung in Zerrüttung kommen könnte; dagegen aber die Braunſchweigiſchen Geſandten ſich vernehmen laſſen, daß ſie hiezu keine Inſtruction hätten, ja vielmehr eher dagegen ſich zu erklären befehligt wären. u. ſ. w. [i]). Ob übrigens auch auf dieſem Tage, oder, wie es vielmehr ſcheint, auf einem andern, die **Reuterbeſtallung** für die dem **Kaiſer**, in Gemäßheit des Reichsabſchieds, zugeſchickte **Hülfsvölker** verfertigt worden, die ſich im Drucke vorfindet [k]), weiß ich nicht zu beſtimmen. Sie iſt ziemlich ausführlich und leſenswerth.

d) Weſtfäliſche Kreistäge. In dem **Nieder-Rheiniſch-Weſtfäliſchen Kreiſe** fehlte es in dieſem Jahre ebenfalls nicht an Verſammlungen. Von zweyen dergleichen ſtehen die **Abſchiede** in der oft angeführten

5. Oct. Sammlung [l]). In dem **erſten**, ſo zu Cölln datirt iſt, und eigentlich nur die **Münzen** betrifft, heißt es zuerſt, daß, da der zu halten beſtimmte **Münz-Probations-Tag** nicht habe gehalten werden können, indem wegen der Unſicherheit der Straßen bey den bekandten Kriegsläuften die Münzmeiſter, ſo dahin kommen ſollen, ſich alle entſchuldigt hätten, ſo ſolle derſelbe nun bis auf künftigen May verſchoben werden. **Zweytens**, da

i) Die Unterſchriften ſind nicht mitgedruckt.

k) Lünig Corpus Juris milit. p. 658. nach welchem ſie auch Hr. von Moſer in die Kreisabſchiede T. III. p. 309. u. f. aufgenommen hat.

l) Moſer Kreisabſch. T. III. S. 284. u. f. allwo anſtatt Niederheiniſch-Weſtf. gedruckt iſt, Niederländiſch-Weſtf. Auch dieſe beiden Stücke ſind dort zuerſt bekandt gemacht. Erſteres hat auch Hirſch Münzarchiv, III. Th. III. B. S. 121.

da die Oberrheiniſchen Kreisſtände dem N. R. 1598
Weſtfäliſchen Kreiſe Eröffnung von dem zu Worms in d. J. gehaltenen Kreistag, und dabey gefaßten Schlüſſen, wegen der Ausmünzung der geringen und zu hohen Steigerung der groben Sorten, gethan, ſo ſey der gedachte Kreis zu bitten, über dieſen Schlüſſen feſt zu halten, mit dem Erbieten, daß man ſeines Orts ein gleiches thun wolle, um ſo mehr, als man im ganzen Jahr 1597. wegen der Sterbensläufte keinen ordinären Münz-Probations-Tag habe halten können. Drittens, da auch auf dem im Reichsabſchied beſchloſſenen Deputationstag zu Speyer die Münzſachen alle ſollten vorgenommen werden, ſo habe man zwar denen von dieſem Kreiſe dahin deputirten Kreisausſchreibenden Fürſten Münſter und Jülich eine Inſtruction entwerfen wollen, allein, da die Geſandten meiſtens hierauf nicht inſtruirt geweſen, ſo habe jeder Stand ſeine Gedanken desfalls an die Jülichiſche Canzley gelangen zu laſſen, welche dann die Inſtruction daraus entwerfen ſolle. Viertens, da den Ueber-Iſſeliſchen Städten, Campen, Deventer und Schwoll auf dem letzten Münz-Probations-Tag aufgegeben worden, was ſie in Anſehung des Münzweſens zu thun hätten, auf dieſem Tag aber niemand erſchienen ſey, der Nachricht gegeben hätte, ob ſie ſich dieſem bey namhafter Strafe erhaltenen Befehl gefügt, mithin zu glauben, daß ſie durch die Kriegsläufte jemand zu ſchicken verhindert worden, ſo werde dann auch die gegen ſie im Nichtgehorchungsfall beſchloſſene Execution ſo lange ausgeſetzt, bis man ſehe, ob ſie ſich bey dem nächſten Kreistag ſtellen werden, ſo auf den May künftigen Jahrs angeſetzt ſey. Fünftens wird dem Jülichiſchen Münz

1598 meiſter Jacob Sinzig, gegen welchen allerhand Beſchwerden waren, nach Erledigung derſelben erlaubt, in ſeinem Amt fortzufahren. Sechſtens wird der von dem Herzog von Jülich präſentirte Jülichiſche neue Münzwaradein, als ein ehrlicher und durch den Kreis-Münzwaradein probirter Mann, zu dieſem Amt angenommen, und ein Placat desfalls ertheilet. Siebentens wird ein weiteres Schreiben an Paderborn, der Münzbeſchwerden halber, beſchloſſen. Achtens werden die Spaniſche, im Ober-Iſſeliſchen gemünzte ganze und halbe Ducaten, in ſo weit ſie höher als Reichs-Ducaten ausgegeben würden, verboten. Letztlich ſolle von dieſem allem den correſpondirenden Kreiſen Abſchrift gegeben werden. Die unterſchriebenen Stände ſind: Münſter, Jülich, Minden, Thoren, Holſtein-Schaumburg, Lippe, Oſtfriesland, Freyherr von Reikum [l]), Stadt Cölln.

Ein anderer Kreistag nur einiger Weſtfäliſcher Stände, zu Dortmund gehalten, iſt noch weit wichtiger. In dem Abſchied deſſelben [m])
14.Nov. heißt es zum Eingang: Es habe der Graf Simon von der Lippe, als Kreis-Oberſter, der jetzigen gefährlichen Zeitläufte halber, die Kreisausſchreibenden und übrigen Stände dieſes Weſtfäliſchen Kreiſes verſchrieben, ſeyen aber viele nicht erſchienen, daher die gegenwärtigen dieſes hier folgende einſtweilen beſchloſſen hätten, um es an die übrigen Stände gelangen zu laſſen. Sodann aber die Vorfallenheiten ſelbſt belangend, ſo ſey erſtlich in

l) Reikum oder Reckheim, iſt eine den Grafen von Aſpermont-Loiden zuſtändige 1623. zur Grafſchaft erhobene Herrſchaft. Büſching, Erdbeſchr. VII. Th. S. 881.

m) Moſer a. a. O. S. 290.

in Oſtfriesland es zwiſchen dem Grafen und der 1598
Stadt Emden zu ſehr gefährlichen Weitläufigkeiten [n]) gediehen, wegen welcher zwar, ſo weit es das rechtliche Verfahren in dieſer Sache betreffe, nichts bey dem Kreiſe angenommen werden, noch geſchehen ſolle. Hingegen ſolle desfalls ein Bittſchreiben an den Kaiſer abgelaſſen werden, die Oſtfrieſiſchen Sachen baldigſt entſcheiden zu wollen. Sodann ſey auch an beide Theile zu ſchreiben, ferner alle Thathandlungen und Annehmung von Kriegsvolk, auch Anhängen an fremde Mächte, einſtellen zu wollen. Zweytens ſey auch zwiſchen dem Biſchof und der Stadt zu Minden eine beſchwerliche Irrung entſtanden, von welcher man jedoch hoffe, daß ſie gütlich beygelegt werden ſolle. Zu dem Ende habe der Kreis-Oberſte [o]), der ihm zukommen ſollenden Inſtruction gemäß, beiden Theilen durch Abgeordnete die gehörigen Vorſtellungen machen zu laſſen; ſodann, wenn dieſe Platz gegriffen, ordentliche Commiſſarien zu Abthuung der Sachen zu ernennen. Wenn aber dieſes alles nicht hinlänglich ſeyn, und es etwan zu Thätlichkeiten kommen wollte, ſo ſolle der Kreis-Oberſte befugt ſeyn, ſogleich avocatoria an beide Theile zu erlaſſen, Bericht an den Kaiſer wegen dieſer Vorfälle abzuſtatten, auch (ſo wie überhaupt bey jedem eiligen gefährlichen Fall) die zu- und nachgeordnete Stände zu verſchreiben, welche darüber weiter ſich zu berathſchlagen, was ſie aber beſchlöſſen, alle übrige Stände zu befolgen hätten. Drittens ſeyen inſonderheit die

n) Von dieſen ſiehe unten bey Oſtfriesland.

o) Dieſer wird hier in dem Abſchied mein gnädiger Herr genannt: In welchem Verhältniß? habe ich nicht erforſchen können.

1598 Spaniſchen Bedrückungen p) dieſes Kreiſes ganz unerhört. Desfalls ſollte dann vorzüglich ein Schreiben an den Kaiſer ergehen. Sodann ſollte dieſer Angelegenheit halber eine beſondere Geſandtſchaft an die beiden Kriegführenden Theile durch die Kreisausſchreibenden Fürſten und den Kreis-Oberſten veranſtaltet und forderſamſt abgeſandt werden, um laut ihrer dreyfachen Inſtruction q) beſtmöglichſt Vorſtellung zu thun. Die Unkoſten hiezu ſollten aus des Kreiſes Vorrath erhoben, ſodann die drey zur Defenſion beſtimmten Monate bey dem Rath zu Cölln baldigſt hinterlegt werden. Nebſt dieſem ſeyen auch noch einige Schreiben zum Beſten verſchiedener beſonders bedrückter Perſonen abzulaſſen. Die würklichen aber etwan vorzunehmenden Defenſionsmittel betreffend, ſo ſollten die Kreisausſchreibende, auch weiter dazu deputirte Stände mit den correſpondirenden (d. i. Ober- und Chur-Rheiniſchen) Kreiſen darüber communiciren, und was ſie mit dieſen desfalls für gut fänden, dem ganzen Kreiſe anzeigen, der ſich dann darnach zu richten habe. Viertens, da ſich viele Stände auf dem Kreistag beſchwert, daß die Türkenſteuer ſo gar ſcharf mit fiſcaliſchen Proceſſen eingetrieben werden wolle, welche ſie doch jetzo, bey den betrübten Zeitläuften, zu erlegen unmöglich im Stande ſeyen, ſo wolle man dieſen Ständen von Kreiſes wegen interveniendo, mittels einer General-Exceptionsſchrift, am Kammergericht zu Hülfe zu kommen ſuchen. Fünftens, da die Grafen

p) Von dieſen ſiehe unten bey der Geſchichte von den Niederlanden; doch ſtehet auch in dieſem Kreis-Abſchiede gar vieles einzelnes von denſelben.

q) Dieſe, ſamt allen vorhin und nachher bey Moſer erwähnten Beylagen, fehlen insgeſamt.

ſen von Wied ſich beſchweret, daß ſie nicht zu 1598
den Kreistagen berufen, dennoch aber wegen Erlegung verſchiedener Kreis-Anlagen getrieben worden; ſo wurde beſchloſſen, daß ſelbige das nächſtemal zu dem Kreistage ohnfehlbar berufen, inzwiſchen aber mit den gewöhnlichen Kreis-Anlagen verſchont bleiben, hingegen zu der im Jahr 1596. bewilligten Reuterhülfe nach Ungarn mit beyzutragen angehalten werden ſollten. Endlich ſollten nun alle Reſtanten, davon die Rechnung durch den Kreispfennigmeiſter übergeben, ohne einige Nachſicht eingetrieben werden, jedoch alſo, daß der Graf von Bentheim r) wegen angegebenen Unvermögens noch zur Zeit zu verſchonen ſey. Dieſer Abſchied war unterſchrieben von wegen der Biſchöfe Münſter, Jülich, Paderborn, Lüttich, Oßnabrück, Verden und Minden, der Prälaten von Werden, Stablo, Eſſen, Thoren, der Grafen von Sain, Naſſau, Wied, Schaumburg, Bentheim, Lippe, Hoja, Diepholz, Oſtfriesland, auch der Städte Cölln, Aachen und Dortmund.

Einige blos das Münzweſen angehende, und auch desfalls nicht einmal etwas wichtiges verordnende Kreis-Abſchiede, als die von den drey Kreiſen Franken, Schwaben und Bayern s); ferner den von dem Chur-Rheiniſchen Kreiſe ſſ), endlich den von dem Fränkiſchen zu Nürnberg verfaßten t) brauche ich hier nur, der Vollſtändigkeit halber, anzugeben, aber nicht im Auszug darzuſtellen.

Da

r) Auch dieſer heißt hier: mein gnädiger Herr! Man ſollte faſt denken, der Secretär habe denen Herren in Bezug auf ſich dieſen Titel gegeben, ſo hernach bey Reviſion des Aufſatzes überſehen worden.

s) d. d. Nürnberg $\frac{25}{5}$ Apr./May und Regenſpurg $\frac{13}{23}$ Oct.

ſſ) Coblenz 3. Oct. e. a.

t) d. d. $\frac{1}{11}$ Dec. e. a. Alle dieſe ſtehen bey Hirſch M. A. III. Th. S. 112-126.

1598 Da bey den Reichs- und Kreis-Zuſammenkünften nächſt dem Türkenkriege, der Teutſchland nur von ferne betraf, der innerliche Krieg in den Niederlanden ein Hauptgegenſtand der Berathſchlagungen war, ſo iſt es am natürlichſten gleich von dieſem hier zunächſt zu handeln. In den Niederlanden hatte im ganzen vorigen Jahr [u]) der Prinz Moritz von Oranien den Meiſter geſpielt, und zuletzt Lingen erobert. Dagegen rüſtete ſich [v]) nun auch Spanien wieder mit Macht, und ſchickte im Anfang des Jahrs eine Verſtärkung von 4500 Mann zu ihrem dortigen Kriegsheer. Doch geſchah im ganzen Frühjahr und Sommer nichts merkwürdiges. Hingegen wäre bald durch einen Meuchelmörder, Peter Pann [w]), aus Ipern, dem ganzen Krieg vielleicht ein Ende gemacht worden, wenn der durch ihn gemachte Anſchlag, den Prinz Moritz zu tödten, glücklich ausgefallen

Niederländiſche Begebenheiten.

u) Oben im XX. Band S. 660. ad f.

v) Von dieſen Begebenheiten ſiehe im Ganzen *Reidani* Ann. Belg. l. XV. Khevenh. V. Th. S. 1967. u. f. *Thuanus* l. CXXI. ab init. *Meteran.* T. II. l. XIX. ad h. a. *Grot.* Annal. l. VII. h. a. *Londorp.* Sleid. contin. T. III. h. a. Fr. *Haraei* Annales Brabantiae, T III. h. a. und aus ihnen allen Waagenaar, XXXIII. Buch, S. 111. u. f. der teutſchen Ueberſ.

w) *Grot.* l. VII. p. 327. nennt ihn Petrum Dannum, und erzählt, wie auch *Thuan.* l. c. p. 841. daß er bekannt, die Jeſuiten hätten ihn angeſtiftet, auch durch allerhand Verſprechungen im Zeitlichen für ſeine Familie, ingleichen Verheißung der ewigen Seligkeit, wenn er entdeckt würde, ſo weit gebracht. Welchem, freywillig nach der Folter noch wiederholtem, Bekenntniß die Jeſuiten hernach eine Schrift entgegengeſetzt haben, die Lateiniſch unter dem Titel: Franciſci *Coſteri* Sica tragica, Comiti Mauritio a Jeſuitis, ut ajunt Calviniſtae, intentata, herausgekommen iſt.

gefallen wäre. Allein er ward entdeckt, der beſtellte Mörder gefangen, und nachdem er alles geſtanden, zu Leiden hingerichtet. Zu Ende des Sommers eröffnete der Statthalter, Erzh. Albrecht, einen Landtag zu Brüſſel, in welchem er das, was obberührtermaßen, wegen ſeiner und der Niederlande, vom König von Spanien geſchehen war, durch den Erzb. von Mecheln den Ständen kund that, die dahin gehörigen Urkunden ihnen vorlegte, und die Huldigung verlangte. Hierauf erklärten des andern Tages die Stände, daß ſie den Erzh. im Namen ſeiner Gemahlin als ihren rechten Herrn annehmen, auch die Huldigung leiſten wollten: jedoch ſolle ihnen ebenfalls ihre neue Herrſchaft ihre alten Freyheiten beſchwören, wobey ſie auch um einige neue Vergünſtigungen baten. Beides, die Huldigung und die Beſchwörung der Freyheiten, geſchahe den folgenden Tag. Hierauf überreichte Philipp Moß im Namen der Stände ein Memorial, in welchem ſie baten, der Erzh. möge doch ſich nicht von den Niederlanden entfernen, und zu Heimholung der Infantin nach Spanien reiſen. Dagegen ließ der Erzh. durch den Geheimden Raths-Präſidenten Johann Richardet den Landſtänden danken, zugleich aber vorſtellen, daß die Reiſe nach Spanien, da ſie der König haben wollte, geſchehen müſſe, jedoch nur um bald wiederzukommen, und dann nebſt ſeiner Gemahlin beſtändig dorten zu bleiben. Auf dieſes wurden noch gewiſſe Puncte zwiſchen dem Erzh. und den Landſtänden ausgemacht, inſonderheit, daß bey Abweſenheit des Erzh. der Card. Andreas von Oeſterreich r) und der Biſchof von Coſtnitz das Regiment führen ſollten, von dieſen

1598 $\frac{12}{22}$ Jul.

25. Aug.

Landtag zu Brüſſel.

r) Erzh. Ferdinands von Tyrol Sohn, von der Philippine Welſerin.

1598 ſen aber ſollte keiner etwas neues anfangen oder verordnen, der Erzh. ſelbſt bis den May folgenden Jahrs 1599. wieder im Lande ſeyn, ſodann einen neuen Landtag halten, und ſehen, wie man die Ruhe und Einigkeit in den Niederlanden wieder herſtellen könne [y]). Bald darauf kam auch der **Cardinal von Oeſterreich** zu Brüſſel an, welchem dann der Erzh. die Regierung einſtweilen, das Kriegsweſen aber dem **Franz Mendoza**, Admiral von Aragonien, übergab. Kurz vor ſeiner Abreiſe ſchrieb er an die **Staaten von Holland**, daß, da nun die Niederlande ganz und gar ſein und ſeiner Gemahlin, alſo außer aller Verbindung mit Spanien ſeyen, ſeine Gedanken aber auf Ruhe und Friede gingen, ſo möchten ſie nun bedacht ſeyn, ſich mit ihm zu ſetzen, und ihn als Oberherrn zu erkennen. Ein Schreiben ähnlichen Inhalts ließ auch der den Spaniern getreu gebliebene Prinz **Philipp von Oranien** [z]) an ſeinen Bruder **Moritz von Oranien** ergehen. Allein es erfolgte auf

14 Sept. beide keine Antwort, und der Erzherzog verließ die Niederlande würklich. **Mendoza** aber ging mit **Grafen Friedrich von Berg** über die **Maas**, dann über den Rhein, an der Spitze eines Kriegsheers von 22000 Mann zu Fuß und 2000 zu Pferde, mit welchem er unverſehens vor **Orſoi**, ein dem **Herzog von Cleve** gehöriges Städtchen, rückte. **Carl Coloma**, der den Vortrab anführte, kam an das Thor, mit einigen Officieren, unter dem Vorwand, Proviant zu kaufen, bey welcher Gelegenheit ſich immer mehr Spaniſche Soldaten ſammelten, die Thorwache überwältigten, und

Franz Mendoza's Feldzug.

y) Die Puncte alle, wie ſie damals in Druck gegeben worden, 18. an der Zahl, ſtehen bey **Meteren** S. 857. u. f.

z) S. oben, N. T. R. Hiſt. XIX. B. S. 92. u. f.

und ſo in die Stadt drungen. Die Bürger woll- ten ſich anfangs wehren. Als man aber ihnen zu- rief, ſie ſollten nichts zu beſorgen haben, wenn ſie ſich ergäben, zerſtreuten ſie ſich und überließen die Stadt den Spaniern zur Beſatzung, da dann **Ludwig Bernhard Davila** zum Commandan- ten darin ernannt wurde. Der in der Nachbar- ſchaft wohnende **Graf Wirich der IV. von Daun und Falkenſtein**, welcher ſein feſtes Schloß **Broich** a) mit 50 Mann beſetzt hatte und ver- wahrt hielt, wurde nach dreyſtündiger Beſchießung deſſelben dahin gebracht, daß er eine Compagnie Spanier einnahm, darauf hinterliſtiger Weiſe aus dem Schloß gelockt, und heimlich ermordet, ſein Gut aber von den Spaniern getheilt wurde, über welches alles niemand ſeiner ſich darüber beklagen- den Wittwe die geringſte Gerechtigkeit widerfahren ließ. Ein Verfahren, ſo den Spaniern über- all böſes Geſchrey machte b). Als **Gr. Moritz** dieſes vernahm, zog er bey **Arnheim** ſo viel Mann- ſchaft, als er konnte, zuſammen, und zog damit gegen die Spanier. Indeſſen hatten ſich die Stän- de des **Weſtfäliſchen Kreiſes** zu **Dortmund** verſammelt, um wegen des Cleviſchen Orts **Orſoi** die nöthigen Maaßregeln zu ergreifen, allwo ſie dann, theils beym **Kaiſer** ſich über den **Mendoza** zu beſchweren, theils Gewalt mit Gewalt ab- zutreiben, und zu dem Ende das nach Ungarn beſtimm-

1598

a) Von dieſem Schloß und Herrſchaft, im Weſtf. Kreiſe gelegen, ſ. Büſching VII. Th. S. 686.

b) Hievon iſt inſonderheit weitläufiger Bericht bey **Me- teren** zu leſen, l. c. p. 864-867. wo auch des Mendoza Schreiben an die Jülich- und Cleviſchen Rä- the, dieſer Sache halber, eingerückt iſt. Der latei- niſche Briefwechſel zwiſchen dem Grafen und dem Mendoza, ſtehet zum Theil in dem Spaniſch Aragon. Spiegel S. 31. u. f.

1598 beſtimmte Volk und die Türkenſteuer, der dringen-
30. Spt. den Noth halber, zu verwenden beſchloſſen hatten [c]).
An dieſe ſchrieb ebengedachter Graf **Moritz**, die Stadt **Rheinberg** betreffend [d]), er wolle gerne ſothane, zwar von ihm keinem neutralen Stande, ſondern unmittelbar den Spaniern abgenommene, Feſtung wieder herausgeben, wenn nur die Spanier mit Orſoi ein gleiches thäten; was aber dem einen recht ſey, ſey auch dem andern billig. Auch ſchickte er Geſandte nach **England**, um, weil der bisher ihm beyſtehende K. Heinrich der IV. von Frankreich mit Spanien Frieden gemacht hatte [e]), mit der Königin **Eliſabeth** ſich deſto enger zu verbinden [f]). **Mendoza** aber ging vor **Rheinberg**, und forderte es zur Uebergabe auf. Indem man nun in der Stadt ſich zu lange berathſchlagte, was zu thun ſey, fingen die Spanier an, die Stadt zu beſchießen; eine Bombe fiel in den Pulverthurm, wo eine Menge Leute, und auch der Commendant, das Leben verlohren.
14. Oct. Da dachte man auf die Uebergabe, welche unter leidlichen Bedingungen geſchah. **Weſel** wurde gegen eine Geld-Abgabe mit Beſatzung verſchont, aber andere kleinere Orte auf Reichs-Boden beſetzt,

c) Den Auszug des Kreisabſchiedes ſiehe oben, bey den Kreistägen.

d) S. oben XX. B. S. 661. u. f. Das Schreiben ſelbſt ſtehet in einer kleinen Sammlung von Staatsſchriften damaliger Zeit, unter dem Titel: Spaniſch-Aragoniſcher Spiegel etc., ſ. l. 1599. 4 p. 14. Doch iſt es dort ins Teutſche überſetzt, da es eigentlich lateiniſch abgelaſſen worden.

e) Zu **Vervins**, den 2 May d. J. **Khevenh.** V. B. S. 2001. u. f. wo auch der ganze Friedens-Tractat ſelbſt mit eingerückt iſt, imgleichen bey **Meteren** XIX. B. S. 838. u. f.

f) Die Bedingungen dieſes Bündniſſes ſtehen kürzlich bey **Khevenh.** V. B. S. 1982.

ſetzt, ja gar die Winterquartiere meiſtens in neu- 1598
tralen Landen gemacht. Der Cardinal-Regent von den Niederlanden ſchrieb zwar, auf inſtändiges Anhalten der Reichsſtände, an den **Mendoza**, daß er ſein Volk aus dieſen Gegenden wegziehen ſolle. Dieſer aber entſchuldigte ſich mit der Nothwendigkeit, und mochte es dem Cardinal ohnehin auch nicht großer Ernſt mit gedachtem Schreiben geweſen ſeyn [ff]). Die Spanier alſo blieben nach wie vor auf Teutſchem Boden im Winterquartier, und übten dorten [g]), unter dem Schein

ff) Eben ſo hatte auch, obwol vermuthlich würklich im Ernſt, der Kaiſerliche Geſandte zu Cleve, **Carl Nüzel von Sondersbühel**, an den Mendoza unterm 31. Oct. d. J. geſchrieben, wegen der Feſtung Orſoi, wie es in dem Spaniſch-Arag. Spiegel S. 15. zu leſen, wo auch die abſcheulichen Grauſamkeiten der Spanier ſehr ſcharf gerügt werden. Auch finden ſich mehrere Schreiben dieſerhalben in beſagter Sammlung. Die vornehmſten und härteſten Ausdrücke in gedachtem Schreiben des **Nüzels** hat auch *Reidanus* l. XV. p. 437. ſq. der eben dieſer harten Ausdrücke halber gar der Meinung iſt, daß **Nüzel** nicht um alle geheime Anſchläge gewußt habe.

g) *Grotii* Annal. in f. VII. welches ganze ſiebente Buch überhaupt bey den Begebenh. dieſes Jahrs in den Niederlanden nachzuleſen iſt, und der Schreibart nach mit Vergnügen ſich leſen läßt. Doch iſt auch von dieſen Grauſamkeiten ſogar in dem von Thuano lib. CXXI. p. 846. angeführten Schreiben K. Rudolfs an den **Mendoza** ſelbſt vom 30. Oct. d. J. nicht wenig zu finden. Auch beſitze ich eine kleine Schrift von drey Bogen ſtark, in 4. gedruckt, ohne Jahr, unter dem Titel: kurzer Bericht, wie der Admirant von Aragon mit ſeinem Kriegsvolk im Stift Münſter und in Weſtfalen Land und Leute verderben; wo ein Untergebener in zwey Berichten an ſeinen nicht benannten Herrn, vom 23. und 27. Dec. Dinge erzählet, vor denen einem die Haut ſchaudert.

1598 Schein ſich Lebensmittel zu verſchaffen, die gröſ- ten Grauſamkeiten aus. Unterdeſſen ließ **Men- doza**, da man ſich ſo ſehr über ſeine Soldaten be-
11. Dec. ſchwerte, von Rees aus eine ganz wohl und billig gefaßte Ordnung für ſein Kriegsvolk ergehen [h]), die aber freylich ſchlecht beobachtet wurde. In-
Teutſche Anſtalten gegen den Mendoza. deſſen hatten die zu **Dortmund** verſammelten Stände eine Bittſchrift an den Kaiſer ergehen laſſen, der großen inſonderheit Spaniſchen Be- drückungen halber, an beide Kriegführende Theile ihnen **Fürſchreiben** um Abſtellung derſelben zu geben, dazu ſich dann dieſer auch bewegen ließ [i]). Hernach, da die Spaniſchen Bedrückungen gar nicht aufhören wollten, erließ auch K. **Rudolf**, auf weiteres Nachſuchen der bedrängten Stände,
30. Dec. ein ſcharfes **Befehlſchreiben** an den **Mendo- za** [k]), „den Reichsboden zu verlaſſen, und alles daſelbſt in vorigen Stand zu ſtellen, der Wittib des Grafen von Falkenſtein Entſchädigung ange- deihen zu laſſen, die Mörder zu beſtrafen, die Gefangenen aus dem Reich zu entlaſſen, u. ſ. w. unter Verwürkung der dabey angeſetzten Strafe, wozu, ſo viel die ſämtlichen bey dem Mendoza be- findlichen Reichs-Unterthanen beträfe, die **Reichs- acht**, gegen alle andere aber die **Lebensſtrafe**, wenn man ihrer habhaft werden könnte, geſetzt war.

S. auch *Ern. Eremundi Friſii* Orig. et hiſt. Bel- gicorum tumult. *Lugd. B.* 1619. 8. wo p. 281. im Anfang unter dem Titel: Immanis crudelitas, quam Weſtphalia Cliveuſique patria Aragoniae Admirantius exercuit von 8. S. befindlich iſt.

h) Meteren, a. a. O. S. 880. wo ſie ganz einge- rückt iſt.

i) Meteren hat das Formular von dem Schreiben, das K. Rudolf an den Cardinal Andreas als Regenten der Niederlande ergehen ließ, a. a. O. S. 870.

k) Meteren a. a. O. S. 900. u. f. wo es ganz ſtehet.

war.„ Ein gleiches mandatum avocatorium ſub 1598
poena banni erging an die Staaten [l]), an welche 30. Dec.
auch die 4 Rheiniſchen Churfürſten ein Schreiben ergehen ließen, um Einſtellung der Gewaltthätigkeiten auf Reichsboden bittend, dem dann dieſe höflichſt antworteten, und ſich mit der unumgänglichen Nothwendigkeit entſchuldigten. Unter eben dieſem Datum ſchrieb K. Rudolf, um das Jahr recht Reichsväterlich zu beſchließen, nochmals an den Cardinal-Regenten, mit Einſchluß beider Mandaten, ihn erſuchend, den Mendoza zu Befolgung derſelben ſeinerſeits anzuhalten; und noch viel weitläufiger an den Erzh. Albrecht ſelbſt, mit ebenmäßigem Einſchluß beider Mandate, ihn erſuchend und ernſtlich erinnernd, die gemeſſenen Befehle zu Räumung der Reichslande endlich zu ertheilen. Endlich wurden dieſe ſechs Kaiſerliche Schreiben alle, anlagsweiſe, in einem kurzen Schreiben an den Graf Simon von der Lippe, als Weſtfäliſchen Kreis-Oberſten, zur Nachricht, weil die Weſtfäliſchen Kreisſtände mit Thathandlungen droheten, eingeſchloſſen, mit dem Anhang, daß, wenn auch dieſes alles nichts hülfe, es an fernerer Verwendung

l) Meteren S. 903. Es ſtehet, gleich vorigem, in dem mehrgedachten Spaniſch-Aragon. Spiegel; wo aber in dieſem letzten S. 94. offenbar das Datum verdruckt iſt, das dorten alſo lautet: den 30. September; da die andern dabey mit abgedruckten Schreiben deutlich zeigen, daß es 30. December heißen muß. Denn neben dieſen zwey Mandaten ſtehen noch zwey Schreiben des Kaiſers, eines an die Generalſtaaten, und eines an den Mendoza, zu Begleitung jener beider Mandaten, d. d. 30. Dec. zu Podiebrad, wo einem Theil wie dem andern in höflichern Ausdrücken das nemliche angeſonnen wird, was in den Befehlſchreiben geboten war.

1598 dung und würklicher Zuthuung nicht ermangeln ſolle [m]).

Des K. vorhabende Heirath.

Um nun auch, nach den öffentlichen Reichsangelegenheiten, auf das Reichsoberhaupt, **Kaiſer Rudolf** den II. perſönlich zu kommen, ſo war im vorigen Jahre, obbemeldetermaßen [n]), die Vermählung deſſelben mit der Spaniſchen Infantin, **Clara Iſabella Eugenia**, noch immer im Werk geweſen, zugleich aber, da der Kaiſer ſelbſt, dieſe Prinzeſſin heirathen zu wollen, keine ernſtliche Luſt bezeugte, eine anderweitige Heirath derſelben auf die Bahn gebracht worden. Um nun dieſe ſeine geliebte Tochter endlich auf eine oder andere Art vor ſeinem Tode verſorgt zu wiſſen, beſchloß der im ſiebenzigſten Lebensjahr befindliche, ſein Lebensende herankommen ſehende König **Philipp** von Spanien, dem Kaiſer noch einen Termin von 6 Monaten zur ſchließlichen Erklärung wegen der Infantin zu ſetzen, nach welches Ablauf er ſich freye Hände, ſie Erzh. **Albrechten**, den er erzogen hatte, zu geben, vorbehielt. Aber auch dieſen ließ der Kaiſer ohne beſtimmte Antwort ver-
6. May ſtreichen. Da entſchloß ſich K. Philipp endlich, gedachte ſeine Tochter dem Erzh. **Albrecht** würklich zu verloben, nachdem er eine Urkunde ausgeſtellt hatte, in welcher er ihr und ihrem Bräutigam **ſämtliche Niederlande** zum Brautſchatz mitgab, alſo, daß ſie, ſamt ihren Nachkommen, ſolche eigenthümlich haben und behalten, auf den Fall aber, daß keine Kinder aus dieſer Ehe erfolgten, dem letztlebenden die Statthalterſtelle daſelbſt lebenslang verbleiben ſolle. Dieſe **Ceſſion** beſtätigte

m) Auch dieſes Schreiben, ſamt allen Beylagen, ſtehet in dem Spaniſch-Arragoniſchen Spiegel S. 44. u. f.

n) S. oben XX. B. S. 464. u. f.

tigte der Kronprinz **Philipp** auch ſeines Orts 1598
ſchrift- und eidlich, und die Infantin ſtellte eine
beſondere Annahmsurkunde o) aus, worauf das
Verlöbniß mit dem Erzh. **Albrecht**, der in den 8. Mai
Niederlanden war, per procuratorem vollzogen,
und von der Braut eine Urkunde, vermöge wel-
cher der Bräutigam nun in ihrem und ſeinem Na-
men mit von den Niederlanden Beſitz zu nehmen,
bevollmächtigt wurde p), ausgeſtellt und an dieſen
abgeſchickt ward. Daß zu dieſen Schritten allen der
Pabſt dem ſchon lange als **Erzbiſchof von To-
ledo und Cardinal** im geiſtlichen Stande ſich be-
findenden Bräutigam die nöthige **Diſpenſation**
ertheilt hatte, läßt ſich ohnehin leicht voraus-
ſetzen q). Wie dieſer Vorgang in den **Nieder-
landen** aufgenommen worden, wird unter den
dortigen Begebenheiten angeführt werden r).
Uebrigens erlebte K. **Philipp** nicht mehr die würk-
liche Vermählung ſeiner Tochter, ſondern ſtarb
kurz vorher, auf die bekandte ſchmerzliche Art, im 13. Sept.

 71ſten

o) Alle drey hier benamte Urkunden ſind vollſtändig bey van **Meteren**, Beſchreibung des Niederländiſchen Kriegs, XIX. Buch, S. 845. u. f. zu finden; auszugsweiſe aber die erſte und dritte bey **Khevenhüller** a. a. O.

p) Auch dieſe unterm 30. May d. J. gegebene Urkunde hat **Meteren** a. a. O. S. 849.

q) Alles dieſes erzählt weitläufig **Khevenh.** V. B. S. 1952. u. f.

r) Unterdeſſen wird niemand gereuen, dasjenige hierüber nachzuleſen, was *Grot.* Annal. Belg. L. VII. p. 324. hievon angemerkt hat, nemlich daß man das ganze Weſen für nichts als die letzte Liſt des im ganzen Leben lauter Liſt geweſenen Philipps II. anſah, um die Holländer unter dieſem Schein anzulocken, daß ſie ſich wieder zu den übrigen Provinzen der Niederlande begäben, wenn ſie ſähen, daß der K. von Spanien ſie nicht mehr beherrſche, ſodann aber ſie deſto leichter wieder ganz zu unterjochen.

1598 71ſten Jahr ſeines Alters [s]), nach deſſen Tode ſich dann der Bräutigam ſo wenig nach Spanien zu kommen beeilte, daß erſt im folgenden Frühjahr das Beylager vor ſich ging, wie an ſeinem Orte erwähnt werden wird. Indeſſen ſchmerzte Kaiſer Rudolfen dieſes Verfahren des Königs von Spanien gar ſehr, ſo wenig dieſer den bemeldeten Umſtänden nach anders hatte handeln können, und empfing dahero den nach gehaltenem Verſprechen mit der Prinz. Iſabelle ihn zu Prag beſuchenden Erzh. Albrecht ganz kaltſinnig [t]). Uebrigens ſaß er auch dieſes Jahr durch meiſtens zu gedachtem Prag, mit allen andern Sachen lieber als mit Regimentsſachen beſchäfftigt. Wo er ſich etwa ſonſten noch aufgehalten, werden ohngefähr nachfolgende Urkunden, die er ausgeſtellt, zeigen. Zu Prag gab er dem Kloſter Arnsburg einen Schutz-Brief aller ſeiner Freyheiten halber, bey Strafe von 40 Mark Goldes [u]). Weiter im Jahre finden

Einige Urkunden deſſelben. 27. Jan.

s) Von dieſem eigentlich nicht hieher gehörigen Todesfall, kann ich doch nicht unterlaſſen, beyläufig wenigſtens anzuführen, daß auch hievon eine weitläufige Nachricht in des Gr. Khevenhüllers T. V. S. 2024. u. f. zu finden iſt; wobey dann freylich nicht genug zu bewundern, was dieſer ſelbſt in Spanien als Kaiſerlicher Geſandter geſtandene Mann, deſſen Onkel, Johann Gr. Khevenhüller, als Kaiſerlicher Geſandter bey des Königs Tode gegenwärtig war, ſowol auch als andere gleichzeitige und neuere Schriftſteller, z. B. Meteren II. Th. XIX. B. p. m. 874. ad h. a. von dem unbeſchreiblich geduldigen, religiöſen, auch zuletzt ſanften Ende, dieſes mit ſo vielen Grauſamkeiten befleckten Königs, auf vielen Seiten vermeldet. Meteren hat auch die ſeinem Kronprinzen nachgelaſſene vortreffliche Unterweiſung mit eingerückt, S. 878.

t) Khev. V. B. S. 1966.

u) Dieſes ſtehet in den Documentis Mon. Arnsburg. hinter der Ded. ſub tit. Aquila certans, etc. n. 17.

den wir ihn zu Inſpruck, wo er als Erzh. von 1598
Oeſterreich, Georgen von Bihl einen Lehen- 8. Apr.
brief ausſtellen ließ [v]). Ferner ſtellte er zu Prag 17. Aug.
dem poſtulirten Adminiſtrator zu Bremen, Johann Friedrich, gebohrnem Herz. zu Holſtein, ein Lehens-Indult aus [w]). In dem nemlichen Monat muß er wieder eine Reiſe nach Inſpruck gethan haben, wenn das Datum des Lehenbriefs richtig iſt, den er, als Erzh. von Oeſterreich, dem
Joh. Walther Schert über Pannhauſen u. ſ. w. 28. Aug.
gegeben [x]). Von da muß er ſehr bald wieder nach
Prag zurückgekehrt ſeyn, allwo er an die R. Stadt 9. Sept.
Memmingen, die Steuer wegen des Guts Eiſenberg an die Ritterſchaft abzuliefern, reſcribirte [y]).
Gegen Ende des Jahrs beſtätigte er dem Herzog- 3. Dec.
thum Krain, wie auch denen dazu gehörigen Landen, alle ihre habende Freyheiten, zu Prag, welchen Freyheitsbrief der Churf. von Mainz, als Erzcanzler, mit unterſchrieben [z]). Was ſonſten der arme Kaiſer für eine unſägliche Mühe und Schreiberey wegen der reſtirenden Türkenhülfe gehabt, iſt daraus zu ermeſſen, was nur allein in Anſehung des Marggrafen von Brandenburg desfalls aus den Reichstags-Acten bekandt iſt [a]).

v) Lünig, Spicil. ſec. I. Th. S. 84.

w) Lünig, P. ſpec. Cont. II. Fortſ. I. p. 454.

x) Lünig, P. ſpec. Cont. III. Sect. I. p. 158.

y) Lünig, P. ſpec. Contin. III. Sect. I. p. 594.

z) Valvaſor, Ehre des Herzogth. Krain, III. B. X. Buch, S. 354.

a) So kommen in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXIV. n. 6. 7. 8. 9. 12. 14-17. 24-28. und LXV. 8-12. 19-25. 89. 104-107. eine Menge Schreiben hin und her, Protocolle, u. d. g. über dieſen Gegenſtand vor. Ferner LXIX. n. 81. 82. 83. 85.

1598 Uebrigens hatte auch der Kaiſer nicht wenig Urſache, ſich über den Fortgang ſeiner Waffen gegen die Türken zu erfreuen, da Raab in Ungarn durch Liſt erobert, die Türken bey Weißenburg geſchlagen, auch Totis und Balotta eingenommen wurden. Zu welchem allem hinzukam, daß der Fürſt von Siebenbürgen, Siegmund Bathor, ſein Land ihm gegen Oppeln und Ratibor in Schleſien übergab, obwol es ihn bald wieder reuete; gegen welchen jedoch, als er ſein Land wieder erobern wollte, der Woiwod von der Wallachey, Michel, dem Kaiſer allen Beyſtand leiſtete, wie dann auch der Pabſt zu dieſem Ende ſein möglichſtes that [b]).

Sein Krieg gegen die Türken.

Religionsvorfälle in Oeſterreich ſelbſt.

Das Erzherzogthum Oeſterreich betreffend, ſo ließen die Landſtände daſelbſt, nach gehaltener Zuſammenkunft, eine Geſandtſchaft nach Prag abgehen, um dem Kaiſer vorzuſtellen und zu bitten [c]): 1) Daß der Landeshauptmann von Löbel [d]) ſich unterſtünde, die Landſtändiſchen Unterſaſſen, ja ſogar Diener, ohne ihrer Herren Wiſſen vorzufordern, ja gar gefangen zu ſetzen, welches gegen die ihnen von Alters her zukommende erſte Inſtanz ſey. 2) Daß jedes Orts, in Städten und Märkten, beide Religionen gelitten, und, neben den Catholiſchen Prieſtern, auch andere, der Augſp. Conf. zugethane, gehalten werden dürften. 3) Die Soldaten, welche der Lands-

b) Zu dieſen das Teutſche Reich und deſſen Geſchichte eigentlich gar nicht angehenden Begebenheiten, begnüge ich mich, den Khevenh. T. V. S. 1917. bis 1950. anzuführen, der ſolche, und mehrere kleinere dieſer Art, weitläuſig erzählet.

c) Khevenhüller, V. S. 1888. u. f. und aus ihm Raupach I. S. 202.

d) Welcher zur Reformation vom K. Rudolf beſtellt war, ſ. oben XX. B. S. 479.

Landshauptmann angeworben, wieder abzudanken; 1598
von deren zweytem Punct jedoch der Prälaten-
ſtand ſich durch eine Proteſtation losgeſagt hatte.
Hierauf wurde den Deputirten zur Antwort:
1) Sey ihre erſte Inſtanz gar nicht geſchmälert
worden, indem man gegen die offenbaren Aufrührer,
und an dem Aufruhr theilnehmenden, nach den pein-
lichen Geſetzen, aus landesherrlicher Gewalt, ohne
alle Rückſicht auf beſondere Inſtanzen verfahren
könne. In cauſis ordinariis wolle man ſie in der
erſten Inſtanz allezeit ſchützen. 2) So hätten
die Landſtände nur zu bedenken, wasmaßen die
ihnen zugeſtandene Religions-Vergünſtigung
nur auf ihre der Landſtände Häuſer, Schlöſſer
und Güter, nicht aber die Kaiſerlichen und der
Catholiſchen Stände Pfarreyen, und Kaiſerliche
eigenthümliche Städte und Märkte gehe, mithin
was in letzteren der Religion halber zeithero auf
K. Befehl vorgenommen worden, ihren Freyhei-
ten keinen Eintrag thue, und ſie ſich an jenem,
was ihnen einmal eingeräumt worden, zu begnü-
gen hätten. Dannenhero man ſich zu ihnen ver-
ſähe, daß ſie desfalls fernerhin keine Vorſtellung
thun, oder der Ausübung der K. Befehle etwas
in den Weg legen würden, widrigenfalls ſie ſich
es ſelbſt zuzuſchreiben hätten, wenn der K. an-
dere Mittel zur Hand nähme. Insbeſondere hät-
ten die ſieben Städte, die ſich bey den Vorſtel-
lungen der Geſandtſchaft mit unterſchrieben hatten,
gar keine beſondere Freyheit aufzuweiſen, alſo auch
kein Recht ſich zu beſchweren, oder etwas mehre-
res zu verlangen, und behielte ſich der K. die Strafe
desfalls vor. Dabey wurde auch dem Prälaten-
ſtande ein Verweis gegeben, daß er mit an dieſer
Geſandtſchaft, die doch hauptſächlich um die Pro-
teſtantiſche Religions-Uebung abgeſchickt worden,

1598 Theil genommen, und ihm geſagt, daß, wenn er ja Beſchwerden habe, er ſeine Klagen alleine anbringen ſolle. u. ſ. w. Und da die politiſchen Stände gegen dieſe Antwort abermals Vorſtellung einzugeben ſich beygehen laſſen, ſo wurde in einem

18. Oct. ſcharfen K. Decret ihnen ſolches verwieſen, das vorige Decret aber geſchärft im ganzen Lande bekandt gemacht, und mit der **Wieder-Einführung der Catholiſchen Religion** auf das eifrigſte fortgefahren. Die Kaiſerlichen Commiſſarien hiezu waren der Landeshauptmann **von Löbel** [e]) und der Reichshofrath **von Gerzweiler** [f]), welche überall Catholiſche Pfarrer in die Stellen der vertriebenen Proteſtantiſchen einſetzten, ſie weihen ließen, und von den Einwohnern jedes Orts einen Revers ſich geben ließen, daß ſie catholiſch leben und ſterben wollten.

Religionsvorfälle in den Inner-Oeſterr. Landen.

In den Inner-Oeſterreichiſchen Landen nahm Erzh. **Ferdinand**, der im vorigen Jahr zu Prag [g]) verabredeten **Reformation in Religionsſachen** wegen, zuerſt eine Reiſe nach **Rom** vor [h]), um

e) Von dieſem ſeiner Zeit ſo merkwürdigen Manne ſ. einige weitere Nachricht in Joh. Georg B. von Hoheneck, Beſchreibung der Landſtände von Oeſterreich, III. Th. S. 360.

f) Raupach, Ev. Oeſterr. III. Fortſ. S. 125. Was inſonderheit in der Stadt Steier desfalls vorgegangen, meldet eben derſelbe weitläufig S. 129. u. f. Noch zwey Kaiſerliche Reſolutionen, eine auch vom 18. Oct. ganz, und eine vom 3. Dec. im Auszug, finden ſich ebendaſ. S. 122. u. f.

g) N. T. Reichsgeſch. im XX. B. S. 490.

h) Khevenh. T. V. S. 1869. Valvaſor, Ehre des Herz. Krain, welcher letztere zwar eigentlich nur vom benannten Lande handelt, aber, weil die drey Länder Steiermark, Kärnthen und Krain immer und ſonderlich in Religions-Sachen zuſammengehalten, auch im Ganzen ſehr brauchbar iſt, und überaus unparteyiſch aus Manuſcripten und Acten erzählet, im VII. Buch, S. 463. u. f.

um dieſe wichtige Sache mit dem Pabſt Clemens 1598
dem VIII. zu überlegen. Er ward auch daſelbſt, wie leicht zu denken, auf das beſte empfangen, beſahe bey dieſer Gelegenheit noch mehr Städte Italiens, und kehrte im Herbſt d. J. wiederum nach Hauſe, nachdem er vorhero noch unterwegs zu Loretto dem daſigen Marienbilde, wie ein gleichzeitiger Geſchichtſchreiber meldet [i]), ein Gelübde gethan, die Ketzereyen, wäre es auch mit Lebensgefahr, aus ſeinen Landen zu vertreiben. Zu Bewerkſtelligung dieſes ſeines Vorſatzes ließ er, ſo ſehr auch die zu Gräz desfalls in einen Ausſchuß zuſammengetretene Landſtände der drey Herzogthümer Steiermark, Kärnthen und Krain um eine ganz freye Religions-Uebung baten, gleich nach ſeiner Rückkunft, zu Gräz einen Befehl an die 13 Sept.
Steiermärkiſchen Landſtände ergehen, „daß ſie zu Gräz und Judenburg, auch in allen des Erzh. eigenthümlichen Städten, Märkten und deren Bezirken, ihre Proteſtantiſche Prediger und das ganze Kirchen- und Schul-Exercitium binnen 14 Tagen ſicherlich abſchaffen, auch dergleichen Perſonen nicht wieder zu beſtellen ſich anmaßen ſollten.„ Als auch die Landſtände dieſem Befehle nicht gleich Folge leiſten wollten, und eine weitläufige Vorſtellung desfalls übergaben, ſo erließ der Erzh. einen unmittelbaren Befehl an die Evangeliſche Geiſt- 23 Sept.
lichkeit der benannten Orte ſelbſt, dahin, „daß ſie binnen 8 Tagen alle des Erzh. Lande meiden, und bey Lebensſtrafe ſie nicht wieder betreten ſollten;„ und als dieſe dazu nicht ſogleich Anſtalt machten, einen geſchärften Befehl an eben dieſelbe, „daß ſie 28 Sept.
bey ſcheinender Sonne noch ſich aus Gräz und Judenburg, binnen 8 Tagen aber bey Verluſt Leibs und Lebens ohnfehlbar aus den Erzherzoglichen Landen

i) Guil. *Lamormainus* de Ferdinandi II. virtut. c. 1.

1598 Landen wegzubegeben hätten.„ Da ſich nun dem zufolge die Geiſtlichen wegbegeben hatten, ſo wurde den uncatholiſchen Bürgern in den drey Ländern auferlegt, „binnen gewiſſer Friſt entweder nach Verkaufung des Ihrigen und Erlegung des zehenten Pf. abzuziehen, oder die catholiſche Religion anzunehmen.„ Die **Landſtände** aber, welche meiſtentheils nicht catholiſch waren, und ſich ſchon zu Anfang des Jahrs, ihrer Bedrückungen halber, obwol fruchtlos, an den damaligen Reichstag gewandt hatten [k]), ſetzten ſich auf alle Art gegen dieſen ſie ſelbſt mit der Zeit nichts beſſeres erwarten laſſenden Befehl, und hielten desfalls viele Zuſammenkünfte, wobey es auch bis zu Ende dieſes Jahrs ſein Bewenden behielt. In politiſchen Angelegenheiten regierte Erzh. **Ferdinand** ſehr löblich, und machte gute Anſtalten gegen die **Türken**, veranlaßte auch zu dem Ende die obbemeldete **Geſandtſchaft** der Landſtände nach **Regenſpurg** [l]), welche die Bewilligung der zwey Römermonate zuwege brachte. Doch konnte, bey der ſchlechten Verfaſſung der Gränzveſtungen, nicht verhindert werden, daß die **Türken** nicht einen Streifzug bis in **Krain**, und vielen Schaden dabey gethan. Wie dann auch, nebſt dieſem Feinde, ein anderer noch fürchterlicherer, nemlich die **Peſt**, in dieſen Landen zu wüthen anfing [m]). Sonſten beſtätigte noch der Erzh. **Ferdinand** dem Kloſter **Sittich**, in Unter-Krain, alle ſeine Freyheiten [n]).

In

k) Dieſes zeigt die Churfürſtliche Relation, oben in der Reichstagsgeſchichte, unter dem 16. Jenner.

l) Siehe oben in der Geſchichte des Reichstags dieſes Jahrs.

m) Die letzten Umſtände ſind aus Valvaſor Ehre des Herz. Krain T. IV. L. XV. p. 549. S. auch L. XII. p. 64.

n) Valvaſor, T. III. L. X. S. 354. wo aber der Monatstag nicht gemeldet wird.

In Bayern lebte zwar noch immer der alte 1598
Herzog **Wilhelm** V., allein ſeit einiger Zeit hatte (1596.)
derſelbe die Regierung ſeinem älteſten Sohne **Maximilian** übergeben o), welcher das Jahr vorher (1595.)
mit der lothringiſchen Prinzeſſin **Eliſabeth** vermählt worden war. Die Beſchreibung, die von dieſem Herrn gemacht wird, iſt in den meiſten Stücken zu ſeinem Vortheil. Den Grund zu ſeiner Erziehung legte ſein Informator **Wolfgang Petrejus**, welcher ihn vom ſiebenten Jahr ſeines Alters an in allen nützlichen Wiſſenſchaften unterrichten mußte, und eine ſehr ſcharfe Inſtruction hatte p). In erwachſenern Jahren ſetzte er ſeine Studien zu **Ingolſtadt** fort, allwo auch ſeine beide Brüder **Philipp** und **Ferdinand** ſich befanden. Nach ſeiner Rückkunft wurde er von ſeinem Vater zu allen Geſchäfften mitgezogen, und in allem, was zur Kriegs- und Friedens-Regierung gehört, unterrichtet. Sodann that er eine Reiſe an den **Kaiſerlichen Hof**, allwo er mit (1593.)
großen Ehren aufgenommen wurde, und von da nach Italien, wo ihm ebenfalls alle Ehrenbezeugungen widerfuhren, die er nur verlangen konnte. Auf ſeine Wiederkunft folgte bald die Vermählung, und dieſer der Antritt der Regierung. Er hat in der Geſchichte das Lob der Gottesfurcht, (freylich auch nach der damaligen Zeit mit vielem Aberglauben und mit Religionshaß vermiſcht,) der Gerechtigkeit, der Mäßigkeit, der Thätigkeit, der Klugheit, u. ſ. w. Inſonderheit war und blieb er

H. Maximilians Regierungsantritt.

o) *Adelzreiter* ann. Boj. P. III. l. 1. p. 10. aus welchem Buch überhaupt alles, Bayern betreffende, wo nicht eine andere Quelle angegeben, genommen iſt.

p) Das vornehmſte davon, welches aus K. Ferdinands des I. und Max. des II. Inſtructionen für ihre Kinder genommen war, hat ebenfalls Adelzreiter.

1598 er auch als Regent ein guter Sohn, gegen ſeinen von der Regierung abgetretenen Vater ſowol, als gegen ſeine Mutter Renate, aus dem Hauſe Lothringen q), wovon ihn letztere noch ſechs, erſterer aber faſt dreyßig Jahre regieren ſah. Das Jahr nach der Regierungs-Uebertragung machte H. Wilhelm ſein Teſtament r), in welchem er inſonderheit das Erſtgeburtsrecht unter ſeinen Kindern alſo feſtſetzte, daß der Erſtgebohrne die ganze Regierung allein behalten, hingegen ſeine Schweſtern alle fürſtlich unterhalten, und wie bey dem Hauſe herkömmlich, ausſtatten, den beiden Brüdern geiſtlichen Standes aber s) ſoviel zulegen ſolle, daß jeder 20000 fl. Einkommens habe, ſo lange bis er aus ſeinen Stiftern wenigſtens eben ſo viel zu beziehen habe. Dem jüngſten Prinzen Albrecht beſtimmte dieſes Teſtament vom 20ſten Jahre an 25000 jährliche Gulden zum Unterhalt, ſamt einer ſtandesmäßigen Wohnung: ſodann zu einer Reiſe 50-70000 fl., endlich zu ſeinem eigenen Hausweſen 100000 Gulden, in Anſehung deſſen, daß der Nachfolger auch den mütterlichen Schmuck alleine behalten ſollte. Sollte nun letzterer binnen 15 Jahren keine männliche Erben erzielen, ſo ſollte derjenige von den jüngern Prinzen, der ſich ſtandesmäßig vermählte, ſein Jahrgeld bis auf 140000 fl., für ſich und ſeine männliche Erben, vermehrt erhalten. Die Landſchulden ſolle der Nachfolger bezahlen, auch ſonſtige Contracten und Verſprechungen ſeines Vaters erfüllen. Vom Lande

(18. Oct. 1597.) H. Wilhelms Teſtament.

q) Von dieſer Dame Lebensart, Tugenden und 1603. geſchehenem Abſterben, ſiehe Adelzreiter, S. 11.

r) Hievon erzähle ich den Inhalt aus der oben ſchon angeführten Beſchreibung des Lands Bayern, Mſc. S. 232.

s) Von dieſen war Philipp, Biſchof zu Regenſpurg, auch Cardinal, Ferdinand aber Coadjutor zu Cölln.

Lande ſolle er nichts ohne ſeiner Brüder Einſtim- mung veräußern. Die Catholiſche Religion ſolle er befördern; nicht leicht Ausländer in ſeine Dienſte nehmen, die Kleinodien und Schatzgelder nicht ohne Landes-Noth veräußern. Sodann wird den Brüdern ſämtlich die Einigkeit beſtens empfohlen. Endlich folgt die Verordnung, „daß auf den Fall, wenn H. **Wilhelms** Nachkommen alle ohne männliche Erben abgingen, Herzog **Ferdinands** von Bayern Nachkommen zur Erbfolge zu gelangen hätten [t]), jedoch ſo, daß, wenn, nach ſeiner jetzigen Gemahlin Tod, derſelbe etwan eine Fürſtliche Perſon heirathete, und mit derſelben Prinzen erzeugte, dieſe den Vorzug in der Nachfolge haben ſollten.„ Uebrigens gehört unter die merkwürdigſten Begebenheiten dieſes Jahres für Bayern die Einweihung der prächtigen S. Michelskirche zu **München**, wie auch der bald darauf erfolgte Tod des obgenannten B. **Philipps** von Regenſpurg, ſo H. Maximilians zweyter Bruder und erſt im vorigen Jahr zum Cardinal erhoben war [u]). Auch iſt zu bemerken, daß H. **Maximilian** eine kleine Sammlung von **Verordnungen** in dieſem Jahre verfertigen laſſen [v]). 1598 15. May 1598. 13. Merz.

In den **Chur-Brandenburgiſchen** Landen ging dieſes Jahr die wichtige Veränderung vor, daß der **Churfürſt Johann Georg** in den erſten Tagen deſſelben mit Tode abging, nachdem er zwey und ſiebenzig Jahre ſeines Alters, und ſieben und zwanzig der Regierung, vollendet hatte. Sein Chur-brandenb. Begebenh. 8. Jan. Des Churf. Tod.

t) Sind die ehemals ſo genannten, nun ausgeſtorbenen Grafen von **Wartenberg**, die Herzog Wilhelms Bruder Ferdinand mit **Marien** Pettenbeckin erzeugt hatte. Hübners Geneal. Tab. I. 135.

u) S. von ihm Welzreiter, P. II. L. XII. p. 326.

v) Ich beſitze davon die 1605. zu **München** in f. 29 S. ſtark gemachte Auflage.

1598 Sein Nachfolger war ſein älteſter, bisher als Administrator des Stifts **Magdeburg** bekandter Prinz, **Joachim Friedrich**, deſſen Mutter **Sophie** gebohrne Prinzeſſin von **Lignitz** war [w]). Das **Leichen-Begängniß** des verſtorbenen Churfürſten, welcher zu **Cölln an der Spree** in der

1. Febr. Domkirche beygeſetzt wurde, war ſehr feierlich [x]). Weil dieſer Todesfall eben zu der Zeit des zu **Regenſpurg** verſammelten Reichstags ſich zutrug, ſo gab es bey dieſer Gelegenheit allerhand Schreiberey über die neue Legitimation der Geſandten und

Des neuen Churf. Sorge für die Religion. ſonſten [y]). Bald nach dem Antritt der Regierung ließ der neue Churfürſt ſich angelegen ſeyn, den **Gottesdienſt**, ſonderlich in gedachter Domkirche, von den vielen noch aus den alten Zeiten übergebliebenen **unſchicklichen Ceremonien** zu reinigen. Er ließ zu dem Ende ein Ausſchreiben an

27. Febr. einige ſeiner Räthe und vornehmſten Geiſtlichen ergehen [z]), in welchem er ſagt: „Obwol er nicht gemeinet ſey, in **Religions-Sachen** die geringſte Aenderung zu treffen, ſondern, nach dem Beyſpiel

w) Andr. Angelus Teutſche Annales Marchici (Frankf. a. d. O. 1598. fol nebſt Fortſetzung) S. 442. u. f.

x) Nach der Beſchreibung, die ebengedachter Schriftſteller davon auf 8 Seiten macht, bey welchem auch die Lateiniſche weitläufige Grabſchrift zu leſen iſt, die auf dem zinnernen Sarge ſtehet. Der neue Churfürſt war, nebſt 36. Fürſtlichen Perſonen, ſelbſt bey dem Leichenzug zugegen

y) S. hievon den Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXIX. n. 65. 71. 88. 89. 104. 105. 119. 124. LXX. 16. 19. 72. LXXI. 117. Die Verhandlungen aber zwiſchen dem neuen Churf. und dem Kaiſer bey dieſer Gelegenheit, ſ. T. LXX. 31-37.

z) Dieſes ſtehet in einer, in meiner Bibliothek befindlichen, geſchriebenen Sammlung Chur-Märkiſcher Landes-Receſſe, von Martin Frid. Seidel, Chur-Brandenb. Rath, 1650. veranſtaltet, S. 347.

ſpiel ſeines Vaters und Großvaters, bey der rei- 1598
nen Augſp. Conf. dann der formula concordiae, bis an ſein Ende verbleiben, und keine Catholiſche oder Calviniſche Irrthümer dem zuwider einſchleichen laſſen wolle; So könne er doch nicht die in den Kirchen ſeines Landes noch übliche Ceremonien alle billigen, ſondern fände viele der A. C. zuwider, ja ärgerlich, mithin der Abſchaffung würdig, da die Urſachen, um welcher willen ſie bisher geduldet worden, wegfielen. Sie möchten alſo ſich den 27. Merz in ſeinem Hoflager verſammeln, die Sache in reife Ueberlegung nehmen, und ihr Gutachten hernach ſchriftlich übergeben.„ Dieſem zufolge verſammelten ſich die dazu erforderte Perſonen und ſtellten ein weitläufiges Gutachten an den Churf. desfalls aus [a]). „In ſolchem danken ſie zuerſt demſelben, daß er bey der reinen A. C. auch formula conc. verbleiben wolle. Was aber die Mißbräuche des Gottesdienſtes betreffe, ſo ſey es nicht ohne, daß dergleichen gar viele ſich noch fänden, als 1) daß der, ſo das Abendmahl halte, allemal auch mit communiciren müſſe, welches der chriſtlichen Freyheit und guten Ordnung zuwider; 2) daß das Kreuz über das Brod oder die Hoſtie gemacht werde, welches leicht auf den Gedanken einer Verwandlung führen könnte; 3) die verba praeparatoria oder das murmur tacitum vor der Einſegnung; 4) die Einſegnung mit ſo vielem Kreuz-machen, da doch einmal das Kreuz zu machen hinlänglich ſey; 5) die Elevation des Sacraments; 6) die Oſtenſiva, oder Feierlichkeit, da das geſegnete Brod erſt jedermann gezeigt und dabey geſprochen werde: Sehet hier den wahren Leib ꝛc. 7) die am Palmfeſt übliche Vorſtellung

a) Ebendaſ. S. 350 bis 365.

1598 ſtellung des Leidens Chriſti, ſo mehr eine Art Comödie, als eine Andacht ſey; 8) das Palmenſchießen; 9) die Leidens-Proceſſionen; 10) die Finſter-Metten; 11) die repraeſentatio fugae apoſtolorum; 12) das heil. Grab; 13) das Fußwaſchen am Grünen Donnerſtage; 14) das Laufen der beiden Jünger am Oſter-Feſt; 15) die Proceſſionen an dem S. Marcus- und den übrigen Evangeliſten-Tagen; 16) die ſeltſamen Himmelfahrts-Ceremonien; 17) die Aufziehung und Herablaſſung der hölzernen Taube am Pfingſtfeſte; 18) die Frohnleichnams- auch Kirchweih-Fahnen; welche Stücke dann ſämtlich abzuſchaffen wären. Hingegen wäre der Exorciſmus bey der h. Taufe zwar an ſich, als eine heilſame Erinnerung unſerer Sündlichkeit, beyzubehalten, aber ohne allen Zuſatz; ferner von dem Kirchen-Ornat der Scepter, Biſchofshut und Stab, ebenfalls als ganz überflüſſig abzuſchaffen, auch wegen Gebrauch des Silber-Geſchirrs eine gute Anſtalt zu machen. Die Feiertage belangend, ſo würden die 4 hohen Feſte, als Weihnachten, Oſtern, Pfingſten und Michaelis, wie auch alle Evangeliſten- und Apoſtel-Tage billig ferner gefeiert, wobey man auch in der Stifts-Kirche die Gedächtnißtage einiger großen Kirchenlehrer, als des Auguſtinus, Chryſoſtomus, Hieronymus, zwar nicht mit einer Predigt, aber doch mit Singen begehen könnte. Hingegen die Octavä von dieſen Feiertagen ſollten billig alle abgeſchafft, einige derſelben auf die Sonntage verlegt, ſodann die Feier der ehemaligen Patronen, als des h. Eraſmus, Moriz, Urſula, u. d. g. ebenfalls gänzlich abgeſtellt werden, u. ſ. w.„ Ob nun der Churfürſt ſich dieſem Gutachten ganz und gar gefüget, oder einiges aus demſelben nicht befolget habe, weiß ich nicht anzugeben, aber ſo viel

iſt

iſt gewiß, daß eine große Reformation in den 1598
Kirchen-Gebräuchen in Gefolg deſſelben vor-
genommen worden. Nach dieſem Geſchäffte ließ er ſich zu Frankfurt a. d. Oder und ſonſten im Lande huldigen. Da er auch ein Liebhaber der Gelehrſamkeit war, ſo brachte er ſeine zwey Brüder, Christian und Joachim Ernſt, ſamt ſeinem Sohne Albrecht Friedrich, auf daſige Univerſität, welche kurz darauf den erſtern davon zu ihrem Rector erwählte. Auch hatte er das Vergnügen, daß ſein Sohn Chriſtian Wilhelm an ſeiner Statt zum Adminiſtrator des Erzſtifts Magdeburg poſtulirt ward, welcher aber gewöhnlichermaßen eine gewiſſe Capitulation beſchwören [b]), der Churfürſt aber dem Capitel eine ſogenannte Aſſecuration ſeiner Rechte, in währender Minderjährigkeit des Poſtulirten, ausſtellen mußte, in welcher inſonderheit beſtimmt wird, daß das Domcapitel die ganze Adminiſtration führen ſolle, bis der Poſtulatus ſein ein und zwanzigſtes Jahr erreichet [c]), und daß derſelbe ſich bis dahin mit jährlichen 10000 Thlrn. zu Fortſetzung ſeiner Studien zu begnügen habe. Schließlich iſt noch

Andere Begeb. in dem Churfürſtl. Hauſe.

Hh 2 zu

b) Sie ſtehet, ſamt des Churfürſten Aſſecuration, bey Lünig, R. A. Spicil. Eccl. I. Th. Fortſ. Anhang S. 44-54.

c) Dieſe Billigkeit einer Domcapitular-Adminiſtration, die auch ſo ſehr der Natur der Sache gemäß iſt, erkannte demnach damals der Vater des poſtulirten Biſchofs ſelber. In neuern Zeiten nicht alſo; wie aus den Streitigkeiten über die Osnabrückiſche Adminiſtration in unſern Tagen zu ſehen iſt. Die merkwürdigen hieher gehörigen Worte, aus Lünig, S. 53. ſind: „dem Thum-Capitel die völlige und freywillige Adminiſtration des Stifts Magdeburg laſſen, und ihm dieſelbe nicht entziehen, noch uns derſelben anmaßen ſollen noch wollen„ woraus wol eine deutlich anerkannte Befugniß hervorleuchtet.

1598 zu bemerken, daß die damals ganz Teutſchland verheerende Peſt auch das Brandenburgiſche nicht verſchont habe.

Trieriſche Begebenh. Nun auch auf die Trieriſchen Begebenheiten zu kommen, ſo machte in dieſem Jahr der ſeit 1581. zu Trier regierende alte Churfürſt Johann mit dem Gr. **Ludwig I.** zu Sayn-Witgenſtein einen Vertrag [d]) zu Coblenz, in welchem ihm die Anwartſchafts-Belehnung auf die von dem unbeerbten Gr. **Heinrich** zu Sayn beſeſſene Trieriſche **Lehen** unter folgenden Bedingungen zugeſtanden wird: 10. Oct. 1) Solle er ſich über das Kloſter zu Sayn ſelbſt niemals einige geiſt- oder weltliche Gerichtbarkeit anmaßen, als welche vielmehr dem Churfürſten von Trier auf immer verbleiben, auch ihm freyſtehen ſolle, das Exercitium religionis, ſo jezt oder inskünftige im Kloſter, wäre abzuſchaffen, und über beſagtes Gotteshaus plenarie zu diſponiren [e]). 2) Das Kloſter **Marienſtadt** betreffend, bliebe es bey dem Vertrag von 1582. 3) Daß der Bann **Marſayn**, ſamt einigen andern Stücken, bey dem ſich ereignenden Fall, Churtrier eingeräumt werden ſolle.

Braunſchweig. Begeb. Der in dieſem Bande ſchon ſo oft vorgekommene Herzog **Heinrich Julius** von Braunſchweig, hielt zu Anfang des Jahrs zwey Landtage [f]), einen zu

d) *Du Mont*, Corps dipl. T. V. p. 592. *Lünig*, P. ſpec. Contin. I. Fortſ. III. p. 64. Gräfl. Sayn. Deduction, ſub tit. Kurzer doch deutl. Bericht in S. Sayn contra Trier etc. 1632. 1661. 4. Adj. Q. 2.

e) Eine wohl zu merkende Stelle, zum Beweis gegen gewiſſe neuere Schriftſteller, die es für unerhört halten, daß zu des Weſtfäliſchen Friedens Zeiten an eine von einem Catholiſchen Fürſten geſchehende Aufhebung eines Kloſters gedacht worden ſeyn könne.

f) S. hier den ſchon oben angef. Rethmeier, Braunſchw. Chronik III. Th. 63. Cap. S. 1118. ſq.

zu Schöningen, im Jenner, den andern zu Alfeld, im April. Bey keinem von beiden erſchien die ſich einer Reichsſtadt faſt gleichachtende Stadt Braunſchweig, unter allerhand Entſchuldigungen [ff]), verbot auch bald darauf alle Appellationen an die herzoglichen Gerichte [g]). Da auch inzwiſchen die Türkenſteuer mit Macht abſeiten des H. von der Stadt eingetrieben werden wollte, ſo erwürkte dieſe vom Kaiſer, zu Prag, ein Reſcript, daß ſie bey dem Rechte, unmittelbar zu dem Reich zu ſteuern, gelaſſen werden ſolle [h]). Im Sommer d. J. that der Herzog eine Reiſe nach Prag, woſelbſt auch der Churf. von Mainz und ein Landgraf von Heſſen geweſen und wider ihn gehandelt haben ſollen. Was aber dieſe gegen denſelben gehabt, weiß ich nicht zu ſagen.

1598 Des Herz. Irrungen mit der Stadt.

16. Oct.

Deſſen Reiſe und Verrichtungen bey ſolcher.

ff) S. in dem ausführl. Hiſtoriſchen Bericht der Braunſchw. Händel unter H. Heinrich Julius, (Brſchw. 1607. f.) II. Th. S. 581-589. allwo die Ausſchreiben, die Entſchuldigungen, und das, was dieſe Sache im Landtags-Abſchied betrifft, zu finden.

g) Obwol der Herzog noch nicht lange ein Appellations-Privilegium, auf 800 Goldgulden, vom Kaiſer erhalten hatte, d. d. letzten Merz, 1597 wie es bey Rethmeier S. 1112. u. f. zu leſen, imgleichen bey Lünig R. A. P. ſpec. p. 100.

h) Dieſes Reſcript ſtehet in der Deduction: Wahrhaftiger Abdruck der in Sachen des H. Heinrich Julius zu Braunſchweig contra die Stadt Braunſchweig praetenſi Mand. S. C. die Huldigung betreffend am Kammergericht verübter Acten (Brſchw. 1603. fol.) II. Th. Adj. p. 60. lit. F. Daß übrigens der ſel. Häberlin von allen dieſen Streitigkeiten des Herzogs mit der Stadt Braunſchweig ſeit dem Jahr 1590. bey welchem er im XV. Band S. 310. ein Wort davon geſagt hatte, ſeitdem, ſo weitläufig er ſonſten iſt, nicht ein Wort mehr, auch des dorten gethanen Verſprechens ohngeachtet, einfließen laſſen, muß wol ſeine politiſche Gründe gehabt haben.

1598 Wahrſcheinlicher Weiſe betraf es den zwiſchen dem Landgrafen Moritz und dem Herzog obwaltenden Proceß des Gerichts Rolzhauſen halber [i]). Es hatte nemlich der Landgraf Wilhelm, Moritzens Vater, von den Herzogen von Braunſchweig-Grubenhagen, für 30000 Rhein. Gulden, Schloß und Amt Rolzhauſen käuflich an ſich gebracht. Dieſen Kauf hatten die übrigen Braunſchw. Linien angefochten, und bey dem Reichshofrath ihre Beſchwerden angebracht, welcher dann auch darin einſtweilen poſſeſſorie für den Landgrafen geſprochen hatte. Demohngeachtet unternahm der H. den Heſſiſchen Beamten zu Rolzhauſen eigenmächtig abzuſetzen, und das Schloß und Amt gewaltſamer Weiſe ſich zuzueignen. Dawider wandte ſich der Landgraf abermals an den Reichshofrath, und erhielt ein ſcharfes Kaiſerliches Befehlſchreiben, in welchem dem H., alles wiederum auf vorigen Fuß zu ſetzen, und den Landgrafen bis zu Rechtlichem Austrage der Hauptſache in ruhigem Beſitz von Rolzhauſen zu laſſen, auch wie ſolches geſchehen, ohne einige Widerrede, binnen drey Monaten zu berichten, anbefohlen wurde. Vermuthlich iſt dieſes die Sache geweſen, die auch auf dem Reichstag d. J. in Bewegung war [k]), auf welchem auch, aber wie es ſcheint, vergeblich, ein Vergleich darüber verſucht worden,

(1577.)

(21. Jul. 1581.)

(9. Nov. 1596.)

i) Von dieſem Proceß habe in keinem Heſſiſchen Geſchichtſchreiber etwas gefunden. Aber in meinem oftgenannten Hanniwaldiſchen Mſc. findet ſich der Aufſatz eines Reichshofraths-Mandats an den H. von Braunſchweig in dieſer Sache, d. d. Prag Nov. 1596 aus welchem ich hier einiges beybringe.

k) Die Protocolle wegen dieſer Irrungen ſ. im Ind. Mſc. Arch. On. T. LXIX. n. 68. ſq. d. d. 13. Jan. und 8. Febr. S. auch daſ. T. LXV. n. 94. LXIX. n. 57. LXX. n. 22. 39.

den [l]), und die daher ſowol den Landgrafen als 1598
den H. nach Prag getrieben. Was der Churf. von Mainz aber daſelbſt gegen den Herzog vorgehabt, iſt mir ſo wenig bewußt, als der Grund der Irrungen dieſes Herrn mit dem Königreich Polen, von denen ich in der Geſchichte Spuren finde [m]). Auch ertheilte Herzog Heinrich Julius dem unter ſeiner Vormundſchaft ſtehenden Gr. Johann Ernſt von Regenſtein oder Reinſtein und Blankenburg die Lehen [n]), welche die ihm geſetzten Vormünder [o]) in ſeinem Namen empfingen.

Würtenbergiſche Angelegenheiten.

Herzog Friedrich von Würtemberg, von dem oben [p]) die Rede geweſen, bemühete ſich auch dieſes Jahr vergeblich, die Afterlehenſchaft ſei-

l) Laut einer in dem Ind. Mſc. T. LXXI. n. 59. alſo betitelten Relation des Brandenb. Geſandten, wegen des Heſſiſch-Braunſchw. Vergleichs, d. d. 14. Merz e. a.

m) S. in gemeldetem Ind. Mſc. T. LXIX. n. 61. LXX. 23. 39. 74. 94. und von den Vergleichs-Bemühungen, auch in dieſer Sache, die Relation der Brandenb. Geſandten T. LXXI. n. 17. d. d. Regenſp. 3. Merz d. J.

n) Lünig, Spic. Sec. II. Th. S. 1736. hat den Lehenbrief, gegeben zu Wolfenb. ohne Monatstag.

o) Nemlich Georg Klenk und Tobias Paurmeiſter, laut ihres Beſtallungsbriefs bey Lünig, Sp. Sec. l. c. d. d. Wolfenb. 30. May 1597. vermuthlich aus der Deduction, unter dem Titel: Gründlicher Bericht von den Grafſchaften Hohen- und Reinſtein (Wolfenb. 1628. 4.) allwo die Beyl. tit. K. dieſe nemliche Urkunde, ſo wie Lit. J. den ebengemeldeten Lehenbrief, enthält. Die neue vollſtändige Geſchichte der Grafſchaft Hohenſtein, von Joh. Gottfr. Hoche, Halle, 1790. 8. die ich den Tag vor der Abſendung des Mſc. aus einer gel. Z. kennen gelernet, wird vielleicht auch einiges hieher gehörige enthalten.

p) S. 16. u. f. dieſes Bandes.

1598 nes Landes los zu werden. Vielleicht mag der ſchlechte Fortgang der deshalben gepflogenen Unterhandlungen nicht wenige Schuld an dem von dieſem Herrn aufgezeichneten Benehmen, bey Gelegenheit des von dem Kaiſer ausgeſchriebenen Reichstags [q]), gehabt haben. Denn, als er das Ausſchreiben dazu erhielt, deſſen Inhalt ſeine Räthe billigten, und die Türken-Gefahr ſehr groß vorſtellten, war er ſelbſt doch anderer Meinung, und ſchrieb zu dem Gutachten, dieſes einzigen Puncts halber wäre kein Reichstag vonnöthen geweſen; ja überhaupt hielte man nie einen Reichstag um eines Puncts, ſondern um aller vorfallenden Sachen willen, daher dann auch die Reichsſtände, weil der Tag doch nun angeſetzt ſey, ſich nicht abhalten laſſen müßten, alles nöthige vorzutragen.„ Und bey der Frage, wieviel man dem K. verwilligen ſolle, inſtruirte er ſeine nach Regenſpurg beſtimmte Räthe, vier an der Zahl, nur auf 24 Monate zu ſtimmen, wesfalls er ſich doch hernach, gegen Ende des Reichstags, vermuthlich um deſto leichter wegen der After-Lehenſchaft durchzudringen, eines beſſern beſann [r]). Auch befahl er dieſen ſeinen Geſandten, die Religions-Beſchwerden heftig zu betreiben, und die Erledigung derſelben zu einer ohnnachſichtlichen Bedingniß der zu verwilligenden Türken-Hülfe zu machen: das nemliche ſollten ſie auch in Anſehung der Reichshofraths-Erkenntniſſe thun, und erklären, daß, wenn ſolche nicht abgeſtellt würden, man dennoch von den Ständen keinen Gehorſam desfalls ſich zu verſehen haben werde: obgleich beides hernach, wegen Unbeſtändigkeit der anfangs mit einſtimmenden Stände, unterblieb. Ferner ſollten

a) Des Herzogs Betragen bey dem R.T.

q) Sattler, V. B. VII. Abſch. S. 205. u. f.

r) S. oben die Geſchichte des Reichstags, S. 202. 292.

ten dieſe Geſandte darauf dringen, daß die Chur- 1598
fürſten keine beſondere Sitzungen hielten, und die nicht mit Reichslanden angeſeſſene Fürſten aus dem Reichsrath ausgeſchloſſen würden, endlich, daß dem Hauſe **Würtenberg** wegen **Mömpelgard**, gleich als **Sachſen** wegen **Henneberg**, eine beſondere Stimme gegönnet würde. In Religions-Sachen aber ſollten ſie ſich blos an die eigentlichen A. C. Verwandten, nicht aber **Pfalz** und die Calviner halten, ſondern ſich vielmehr von letztern, als die die Evangeliſchen nur verfolgten, gänzlich trennen. Uebrigens ſollten ſie das Maul nur recht weit aufſperren, und die vielen Fehler deutlich aufdecken, die bey dem ganzen Kriegsweſen begangen würden, wie ſchlecht der Beytrag des Reichs angewandt werde, und wie nur einzelne Leute ſich dabey zu bereichern und den Krieg in die Länge zu ſpielen ſuchten, u. ſ. w. [s]). Indeſſen hatten ſich, bey dem immer nach neuen Planen durſtenden Herzog, die **Juden** ſo ſehr einzuſchmeicheln gewußt, daß Er eine Geſellſchaft derſelben, unter Anführung eines, der ſich **Maggino Gabrieli**, ihren Obriſten und General-Conſul, nannte, in ſein Land aufnahm, und mit allerhand Freyheiten begabte. Sein Hofprediger **Oſiander** und die ganze Landſchaft machten zwar Einwendungen dagegen, dieſe aus politiſchen, jener aus Religions-

b) Einrichtung wegen der Juden.

 grün-

s) Daß dieſe Herz. Würtenb. Inſtruction eine der merkwürdigſten war, und oben eben ſo gut, als die Braunſchweigiſche und die Sächſiſche, einen weitläufigen Auszug verdient hätte, wird aus dieſem wenigen, was hier, aus Sattlern, davon ſtehet, leicht einzuſehen ſeyn. Da ich aber gemeldetes Buch noch nicht hatte, als ich jene Auszüge zum Druck wegſandte, ſo habe ich lieber hier noch etwas davon im kurzen nachholen, als den Inhalt ganz übergehen wollen.

1598 gründen. Aber der Hofprediger wurde abgeſetzt, die Landſchaft nicht geachtet, und den Juden das ſogenannte Armbruſter-Haus in Stuttgard eingeräumet, und zur Niederlage für ſie das Gut Neidlingen beſtimmt, woſelbſt man ihnen auch zwey Märkte erlaubte und ſonſt allerhand Bequemlichkeiten verſchaffte. Unterdeſſen müſſen ſie doch, bey allem dieſem, nicht Vortheil genug für ſich gefunden haben, indem ſie den ihnen ertheilten Freyheitsbrief nicht lange benutzten [t]), ſondern deſſen ohngeachtet das Herzogthum bald wieder verließen.

c) Verſuchte Schiffbarmachung des Neckers.

Von den Juden ging es gleich wieder zu einem andern Project. Es hatte nemlich ſchon H. Chriſtof vorgehabt, den Neckerfluß ſchiffbar bis Heilbronn zu machen, war aber darüber geſtorben. Dieſes Vorhaben wollte nun ein gewiſſer Matthäus de Caſtro jetzo ausführen. Es ſtunden aber allerhand Schwierigkeiten im Wege, der Anſchlag des Italiäners war dem H. zu koſtbar, und obwol hernach der Baumeiſter Schickard einen wohlfeilern machte, ſo ſtack doch dem H. nun ſchon wieder etwas neues im Kopf, über welches der Necker vergeſſen wurde. Dieſes war die Emporbringung der Leinenweberey.

d) Huldenreichs Leinenweberey

Dazu hatte ihm ein gewiſſer Huldenreich den Anſchlag gegeben, wie er nemlich dadurch alle Bettler in ſeinem Lande nützlich beſchäfftigen könnte. Dem zufolge wurden nun zu Urach, zu Schorndorf, ja zu Stuttgard ſelbſt, Leineweber-Zünfte angelegt. So wie nun dadurch eines Theils viele Leute Nahrung bekamen, ſo entſtunden doch andern Theils dadurch, daß die anſehnlich privilegirten Leinweber ſich zu viel herausnahmen, auch manche Unruhen; ſo daß das Land gleichwol nicht lauter Nutzen von dieſer wohlgemeinten Anſtalt hatte.

t) Er ſtehet bey Sattlern, V. B. Beyl. 36.

hatte. Mittlerweile war die Stadt Aachen vom Kaiſer in die Acht erklärt worden [u]). Dieſe wendete ſich unter andern auch an den Herzog, gleich als an andere Proteſtantiſche Fürſten, um ihr Fürwort an den K., daß die Acht nicht vollzogen würde. Der H. ließ ſich auch nicht vergeblich erſuchen. Aber der Kaiſerliche Fiſcal ſchickte, anſtatt einer willfährigen Antwort, dem H. einen eigenen Boten mit einem offenen Memorial zu, der demſelben die Achts-Erklärung vorleſen, und ſodann zu Stuttgard öffentlich anſchlagen ſollte. Der H. ließ dem Boten ein Recepiſſe ausſtellen, und melden, daß die Anſchlagung nicht nothwendig ſey, da man erſt wiſſen müſſe, ob die Acht vollzogen werden oder noch Nachlaß darin geſchehen ſolle. Der Bote aber fand doch an einem Sonntag, unter der Abendkirche, Mittel, die Achts-Erklärung an das Bürgerhaus anzuheften, und ſchlich ſich davon. Der H. war hierüber ſehr entrüſtet, gab ſeinen Räthen einen derben Verweis, daß man dem Boten nicht gleich nacheilen laſſen, und ließ das Mandat wieder abreißen. So eifrig ſich aber der H. in der Aachiſchen Sache als Proteſtant bewies, ſo wenig wollte er an den Berathſchlagungen der gegen Ende des Jahrs zu Frankfurt obgemeldetermaßen zuſammengekommenen Proteſtantiſchen Stände Antheil nehmen, obgleich der Marggraf von Brandenburg ihm heftig desfalls zuſetzte. Vermuthlich war die Furcht, den Kaiſer, den man wegen der Afterlehenſchafts-Aufhebung brauchte, zu beleidigen, Schuld daran. Doch gab er den Rath, wenn die Spanier unter dem Mendoza [v]) zu weit im Reich um ſich griffen, daß

1598

e) Des H. Betragen in der Aach. Sache.

u) S. hievon weiter unten die weitläufige Erzählung.

v) Sattler nennt hier verſchiedentlich den Herzog von Parma; aber dieſer war lange todt.

1598 daß ſodann der bedrängte Kreis die übrigen zu Hülfe rufen möchte. Noch gehört von Begebenheiten dieſes Jahrs hieher, daß der Herzog mit dem Teutſchen Orden, wegen verſchiedener Gerechtigkeiten, einen Vergleich einging, und daß er den Ort Marſchalken-Zimmern, ſamt dem Schloß dabey und Zugehör, von dem letzten Beſitzer, Ferdinand von Grafeneck, gegen eine Summe Geldes an ſich brachte, wobey auch der gefangene Graf Conrad von Pappenheim, als bisheriger Lehensherr, ſich der Lehensherrſchaft begab. Ferner kaufte er auch Schwan, ſamt andern Orten und Gerechtigkeiten, von den Familien der Schener von Straubenhart, und von Ulm, für 22000 fl. Auch ſetzte er die Herrſchaft Heidenheim in ſeinen Titel, welchen er überdieſes noch mit dem eines Ritters vom blauen Hoſenbande, mit Erlaubniß der Königin von England, vermehrte, wenn er ſchon das Ordenszeichen von ihr nie erhalten hat. Endlich gehörte leider noch immer die Goldmacherey unter die vornehmſten Vergnügungen dieſes Herrn, wozu er einen, Namens Müſchler, in Dienſt nahm, mit dem es aber zuletzt, nach einigen Jahren, erbärmlich ablief.

f) Vergleich mit dem Teutſchmeiſter.

g) Erwerbung v. Marſchalken-Zimern, und anderen Orten,

ſodann h) des Hoſenbands-Ordens.

i) Goldmacherey.

(13. Oct. 1597.) Fortdauernde Unruhen in Oſtfriesland.

In der Grafſchaft Oſtfriesland war nun die Kaiſerliche Reſolution obgemeldetermaßen x) zwiſchen dem Herrn und den Ständen ergangen, aber darum waren die innerlichen Uneinigkeiten nichts weniger als getilgt y), und ein Theil verſahe ſich zum andern nur das ſchlimmſte. Dem zufolge ſuchte der Graf ſeine Macht, ſo auf dem Schloß zu Emden, als in der Gegend, durch Kriegs-

x) S. oben, S. 25. bis 44.
y) Khevenhüller T. V. S. 1950. Meteren XIX. B. S. 843. u. f. *Reidan.* Ann. lib. XV. p. 397. ſq.

Kriegsvolk zu verſtärken, und ſchickte ſeine bei- 1598
den Söhne, Johann und Chriſtoph auf gedachtes Schloß, nebſt zwey Räthen und anderer Dienerſchaft. Da entſtund bald darauf in der Stadt ein Lerm, als ob der Graf die Stadt überrumpeln wollte. Das Werkzeug dazu ſollte ein Schreiner ſeyn, welcher einigen Anhang in der Stadt hatte, und heimlich des einen Thors durch ſolchen ſich bemächtigen, ſomit die Gräflichen Völker hereinlaſſen ſollte. Dieſer wurde dann gleich, nach desfalls geſchehener Anzeige, auf dem Rathhaus daſelbſt befragt, ob er würklich eines ſolchen Unternehmens halber Befehl habe? Da er dieſes anfangs leugnete, hernach doch in etwas zugab, ja von einem Befehl ſprach, den er im Schloß liegen habe, ſo wurde er gefangengeſetzt, ſein Haus durchſucht, ſeine Papiere weggenommen, und er gar peinlich, wegen der Umſtände dieſes Vorhabens und ſeiner Gehülfen, befragt. In der Angſt nannte er einige Gehülfen, inſonderheit Johann Gronen, welche dann ſogleich auch eingezogen, und alle ihre Papiere weggenommen wurden, in welchen ſich dann ziemlich deutliche Anzeigen davon, daß der Graf mit den Spaniern ein Verſtändniß gegen die Stadt habe, vorfanden. Sogleich wurde ein Ausſchuß des Raths ins Schloß zu den jungen Grafen geſchickt, um ihnen die Ungerechtigkeit dieſes Verfahrens gegen die Stadt, falls ſie auch davon wüßten, vorzuſtellen, und obgleich dieſe ſich mit gänzlicher Unwiſſenheit entſchuldigten, ſie dennoch bewacht gehalten, und endlich aus dem Schloß ſich wegzubegeben genöthigt. Die vornehmſten Räthe aber, als Tamme Valken, Johann Harken und mehrere, mußten ſich aus dem Staube machen, und wurden überall, jedoch vergeblich, aufgeſucht. Der

Schrei-

1598 Schreiner aber und Johann Grone, unter deſſen Papieren man die gefährlichſten Schriften wollte gefunden haben, wurden gar enthauptet, und die von erſterem noch weiter angegebene der Stadt verwieſen, die Stadt mit Volk verſehen, und die Staaten von Holland um Beyſtand auf allen Fall angeſprochen, wenn der Graf, wie man fürchtete, die Spanier zu Hülfe rufen würde, als deren Werk die ganze Sache geweſen ſey. Erſtere fanden ſich gar willig hierzu, und dankten, damit es nicht ſo offenbar geſchähe, einige Hauptleute dort und da aus Beſatzungen ab, die dann zu den Emdern in Dienſte gingen. Ueber dieſes

11. May. alles ſchrieb der Graf einen Landtag nach Lehr [i]) aus, der auf dem Schulhauſe daſelbſt gehalten wurde [a]). Hier brachte nun der Graf 1) das Nöthige wegen der theils von 1594. noch rückſtändigen, theils dem Kaiſer neuerlich bewilligten Türkenhülfe, und deren baldigen Abtragung, vor, und verlangte außer der 1590. ausgeſchriebenen Capitalſchatzung, annoch eine neue dieſer Art, wegen dieſer und verſchiedener anderer Landesnothwendigkeiten, zu bewilligen, um ſo mehr als die bey dem Kaiſer geſuchte Moderation der Türkenhülfe für Oſtfriesland ſchwerlich etwas fruchten dürfte. 2) Begehrte er auch die richtige Zahlung des bisher dem Lande zu Nutz geweſenen Hofgerichts, damit daſſelbe im Gang erhalten werden könne. 3) Desgleichen die nöthige Verordnung wegen der zu der längſt beſchloſſenen Verbeſſerung des Land=

i) Lehr, Leer, auch Lier, iſt ein großer Flecken an der Lede, mit guten Manufacturen, zwey Kirchen, und einer lateiniſchen Schule. Büſching, Geogr. VII. Th. S. 781.

a) Brenneiſen Oſtfr. Geſch. II. Th. I. B. n. 16. S. 101. u. f.

Landrechts nöthigen Unkoſten, indem bisher 1598
dieſes heilſame Werk immer dadurch liegen geblieben, daß denen dazu deputirten wegen der Koſten keine Vorſehung geſchehen. Sodann beſchwerte ſich der Graf äußerſt über die Stadt Emden, daß ſie einestheils ohne des Grafen Einwilligung einen Waarenzoll angelegt, auch auf die Häuſer eine Auflage gemacht, unter dem Vorwande, die gemeinen Stadtſchulden damit zu tilgen, welches er als regierender Herr nicht zugeben könne. Anderntheils hätte gedachte Stadt ſich ganz fälſchlich beygehen laſſen, als ob man, von Seiten des Grafen, Böſes wider ſie vorhabe, da derſelbe doch nur auf alle beſorgliche Fälle ſeine Beſatzung auf dem Schloß zu Emden verſtärkt; in Gefolge welches falſchen Verdachts dann der Rath daſelbſt einige Bürger ſogar auf die Folter (wozu ſie überhaupt keine Macht hätten) geſpannt, andere gefangen gehalten, ferner in denen dem Grafen unmittelbar zuſtehenden Oertern man mit Gewalt herumgeſtreifet, um einige, gar nicht der Stadt, ſondern dem Grafen bedienſtete Perſonen aufzuſuchen, u. ſ. w. in welchem allem der Graf hoffte, ſie die Landſtände würden der Stadt Emden, die ihre Pflicht aus den Augen geſetzt, nicht beyſtehen wollen.„ Auf dieſes alles erklärte noch den nemlichen Nachmittag Wilhelm von Kniphauſen im Namen der Stände denen dazu beſtellten Notarien ad protocollum: die beiden erſten Gräflichen Propoſitionen betreffend, ſo ſey man ja ſchon ehemals übereingekommen, desfalls gewiſſe dazu beſonders bevollmächtigte Deputirte niederzuſetzen, die alles unterſuchen und in Richtigkeit bringen ſollten, an welche dann auch die dritte, nemlich die Verbeſſerung des Landrechts, verwieſen werden könnte. An den Unruhen zu

Emden

1598 Emden nehme man keinen Theil, und möge ſolche Stadt, in ſoferne ſie gegen die Kaiſerliche Reſolution gefehlt, ihre Schuld ſelbſt tragen; nur bitte man, daß der Graf rechtliche und keine gewaltſame Mittel zu dem Ende anwenden möge. Doch aber müßte man, da die jungen Grafen ſelbſt verſchiedentlich geäußert, daß die von Ihm dem Grafen neugeworbene fremde Soldaten auch mit dazu beſtimmt ſeyen, um die Bauern zu zwingen, alles zu geben, was der Graf haben wolle; inſtändigſt bitten, dieſe fremde Soldaten wieder abzuſchaffen, indem man dergleichen Abſichten nicht glauben könne, aber auch nicht einſähe, wozu dieſe Völker daſeyn ſollten, maßen ſie, die Unterthanen, ſelbſt zum Beſten Herrn und Landes ihr
12. May. Gut und Blut aufſetzen wollten.„ Tags darauf ließ der Graf den Ständen wieder antworten: „Er hätte erwartet, daß die Stände jetzo auf ſeine drey von ihnen ſelbſt dem Gegenſtand nach gebilligte Propoſitionen ſich berathſchlagend einlaſſen würden, um ſo mehr als dergleichen wichtige Gegenſtände, nach den Kaiſerlichen Reſolutionen, für den ganzen Landtag, nicht für eine Deputation gehörten. Sie möchten demnach, inſonderheit wegen Eintreibung der Türkenhülfe bald möglichſt Anſtalt machen, damit ihm und dem Lande, wegen der Verſäumniß, vom Kaiſer nichts zur Laſt gelegt werden könne. Das Hofgericht betreffend, welches in einer beſondern Schrift um ſeine richtige Bezahlung ſowol, als Vermehrung der Beſoldung, nachgeſucht, die ihnen hiebey mitgetheilt würde; ſo ſey an ſich ganz billig, daß ihm die Zahlung aus der Capitalſchatzung geſchehe. Wegen der verlangten Zulage aber wolle er, der Graf, ſelbſt dem Lande nichts mehr zumuthen, ſondern hoffen, die Beyſitzer des Gerichts würden

ſich mit dem bisher beſtimmten, wenn ſie es nur 1598
richtig erhielten, begnügen; weshalb Er, ſobald nur wegen der Zahlung Anſtalt gemacht würde, die ledigen Plätze am Hofgericht auf die bisherige Beſoldung zu beſetzen, Bedacht nehmen werde. Die Stadt **Emden** betreffend, ſo käme zu den vorigen noch die neue Beſchwerde hinzu, daß ſie, wegen der bisherigen Vorgänge, ein **Entſchuldigungsſchreiben**, allein an die **Stände**, mit gänzlicher Vorbeygehung ſeiner, als des Landesherrn, ergehen laſſen, welches er nicht ſo für gut annehmen könne noch wolle. Was übrigens ſeine Söhne in gedachter Stadt ſich, wie ſie beſchuldigt worden, in Betreff der neugeworbenen Gräflichen Völker, geäußert haben ſollten, ſey eine ganz fälſchliche Erdichtung. Die den gedachten jungen Grafen mitgegebene Inſtruction enthalte gewiß nichts dergleichen, die auf Begehren im Original vorgelegt werden könnte. Die Urſache der Soldaten-Werbung habe man ja ſchon im erſten Vortrag angegeben; und ſollten ſich ja die jungen Grafen auch ſo etwas, wie ihnen ſchuldgegeben wird, dieſerwegen haben verlauten laſſen, ſo wäre es endlich auch ſo unbillig nicht, dieſe Kriegsleute gegen einige Widerſpänſtige in verſchiedenen Aemtern, die nie, auch das Unbeſtrittenſte, zahlen wollten, allenfalls zu brauchen. Wiewol alles, dieſer Reden halber, ganz erdichtet ſey, wesfalls Graf Johann ſich ſelbſt, auf Begehren, bey der Verſammlung ſtellen wolle. Uebrigens ſey es ja bekandt, wie die beſagten jungen Grafen überhaupt von den Emdern ſeyen behandelt, im Schloß bewacht und endlich gar weggeſchickt worden, daraus dieſer Stadt Feindſeligkeit eben in allem genug erhelle, u. ſ. w.„ Hierauf wurden die Schreiben des Hofgerichts und der Stadt Emden verleſen.

1598 leſen. Sodann erſchienen ferner die Gräflichen Räthe Tamme Valken und Johann Harken, mit einer Bittſchrift in ihrer und mehrerer Räthe Namen, in welcher ſie um Genugthuung wegen erlittener Gewaltthätigkeiten von den Emdern, und Sicherſtellung ihrer Perſonen bitten, da man ihnen ja nichts ſtrafbares beweiſen könnte, ſo ſie gethan hätten. Hierauf erklärte noch nemlichen Tags Wilhelm von Kniphauſen im Namen der Stände: „ſie beharrten Kürze halber bey ihren gethanen Erklärungen und Erbieten, getraueten ſich auch dieſes alles wohl bey dem Kaiſer, ſo es benöthiget, zu verantworten; blieben übrigens ihrem Landesherrn in allen Pflichten zugethan; beſtünden aber inſonderheit nochmals auf Abſchaffung des fremden Kriegsvolks, und bäten um ihre Beurlaubung. Hierauf erſchien ein Notarius, und verlas im Namen der Unterthanen des Amts Stickhauſen eine Proteſtation; wie ſie nemlich bey Erwählung der Deputirten zum Landtag auf mancherley Weiſe vom Gräflichen Amtmann beeinträchtigt, auch von den fremden Soldaten in Furcht und Schrecken geſetzt worden, und bäten inskünftige mit dieſem allem verſchont zu bleiben.„ Der in dieſer Proteſtation angegriffene Amtmann zu Stickhauſen widerſpach dieſem Vorgeben, ſo viel es ihn betreffe, und wollte dieſe ganze Proteſtation als ein Falſum erklären; aber die anweſenden Deputirten von drey andern Aemtern traten hervor, und bezeugten, daß ſie richtig ſey. Ueber dieſe Vorgänge nun kam es, zwiſchen den Gräflichen Räthen und den Ständen, zu ziemlich harten Worten, darüber beide nach Hauſe gingen. Aber in wenigen Stunden wurden die Stände abermals berufen, da dann der Graf den Ständen erklären ließ: „Weil ſie in nichts ſich fügen wollten, ſo

müſſe

müſſe er, der Graf, geſchehen laſſen, daß ſie, ſo 1598
ganz unverrichteter Sachen, nach Hauſe gingen: hingegen möchten ſie auch alles, was dieſer Schritt für Folgen hätte, verantworten.„ **Wilhelm von Kniphauſen** aber antwortete nochmals kurz, „die Stände könnten nicht anders, und ließen des Grafen Erklärung auf ſich beruhen.„ Worauf dann jedermann nach Hauſe gereiſet.

Daß durch das bey dieſem Landtage vorgegangene das Uebel nur noch ärger geworden, iſt leicht zu erachten. Der Graf wollte den Notarius **Hero Gerlach**, der die kurzgedachte Proteſtation der Bauern verleſen hatte, als einen Falſarius beſtrafen und ſetzte ihn gefangen. Die **Emder** aber fielen, um ihn zur Loslaſſung zu bewegen, mit Gewalt in das Schloß, nahmen den Amtmann und Burggrafen gefangen, und ließen ſie wohl bewachen, brachten es auch dahin, daß die ganze junge Mannſchaft, anſtatt des bisherigen Bürger-Eides, einen neuen, ſo auf Burgermeiſter und Rath alleine gerichtet war, abſchwur, u. d. g. Hierüber kam es zur Klage am **Kammergericht**, welches dann, in Bezug auf letztern ſowol, als alle obbemeldeten Vorgänge, ein Mandatum de non offendendo, item relaxando, re- d. d.
ſtituendo et caſſando, gegen die **Stadt Emden**, 17. Jun. et inſin.
jedoch nur cum clauſula, erkannte, in welchem 18. Jul.
ſolche auf den 16. Aug. vorgeladen wurde, um in poenam fractae pacis publicae verurtheilt zu werden. Gegen die Stände aber erkannte daſſelbe wegen
der bisher nicht erlegten Türkenſteuer ein Manda- 5. Jul.
tum de ſolvendo in duplo S. C. [b]) und ſchickte ſolches dem Grafen zur Inſinuirung. Dem zufolge
wurde ein abermaliger **Landtag**, und zwar zu 17. Aug.

Ii 2 Mari-

b) Beide Mandate befinden ſich ganz eingerückt bey Brenneiſen l. c.

1598 Marienhoven [c]) morgens frühe in der Kirche verſammelt. Allda ließ vor allen Dingen der Graf das eingelaufene Zahlungsmandat durch einen Notarius den Ständen, die aber nur in geringer Anzahl da waren, inſinuiren und vorleſen. Im Namen der Stadt Emden aber erſchienen zwey Notarien, und proteſtirten: „daß die Stadt, wegen der letzthin bey dem Landtag zu Lehr vorgegangenen Bedrückungen, da das Votiren nicht frey geweſen, und die gewaffneten Soldaten die ganze Verſammlung, allen Rechten zuwider, geſchreckt hätten, zudem der Notarius Hero Gerlach in Ketten und Banden wegen eines vermeinten Falſums gelegt worden, nicht bey dieſem Landtag, noch andern dergleichen erſcheinen könne, bis die Stände der Stimmfreyheit halber geſichert, und die fremden Soldaten abgeführet ſeyen; um ſo lange ſie ihres Orts alles doch etwan auf dem Landtag Beſchloſſene für null und nichtig halten wolle.„ Von welcher Proteſtation auch dem Canzler, ſo im Namen des Grafen gegenwärtig war, eine Abſchrift zugeſtellt wurde, womit der Morgen dann hinging. Den Nachmittag verſammelten die Stände ſich wieder, und übergaben dem Canzler ihre Erklärung wegen der Art und Weiſe, wie ſie die Türkenſteuer abtragen wollten, wobey ſie hofften, daß wegen der jetzigen bekümmerten Zeiten ihnen die poena dupli werde erlaſſen werden, auf welches der Canzler in wenigen Worten ihnen meldete, daß er es ad referendum nehmen wolle, übrigens aber die Landſchaft zuſehen möge, daß auch die Parition gewiß geleiſtet werde. Die Stadt Emden hingegen bekam durch den Canzler eine ungnädige Antwort, dahin: „Man habe von Sei-

Abermaliger Landtag.

c) Büſching, Erdbeſchr. VII. Th. S. 778. nennt es Marienhaven. Es iſt ein Flecken im Amt Aurich.

Seiten der Stadt gar keine Urſache gehabt, von 1598
dem Landtag wegzubleiben, und die geſchehene Proteſtation thun zu laſſen. Sie ſuche nicht das Beſte, ſondern die Zerrüttung des ganzen Landes: die Beſchuldigungen gegen den Grafen ſeyen ehrenrührig und falſch, auch behielte man ſich desfalls die Beſtrafung vor. Es ſey inſonderheit nicht wahr, daß man die Stimmfreyheit auf dem letzten Landtage habe beengen oder die Votirenden abſchrecken wollen, da die wenigen Soldaten nur dageweſen, um die etwa nicht würklich zum Landtag geordnete, aber dennoch ſich manchmal eindringen wollende Leute abzuweiſen; auch ſey dem Notarius **Hero Gerlach** gar nicht Gewalt geſchehen, da er wegen eines offenbaren Falſums gefänglich eingezogen, und hernach cum nota infamiae per publicam ſententiam erlaſſen worden, u. ſ. w. weswegen dann auch der Graf die Emder nicht eher wieder zu den Landtagen verlange, bis ſie ſich zum ſchuldigen Gehorſam gegen ihn bequemet hätten.„ Ueber welche ſämtliche Vorgänge des Landtags dann, gleichwie bey dem zu **Lehr**, von einem dazu berufenen Notarius ein Inſtrument verfertigt wurde. Uebrigens hatte Gr. **Edzard** auch mit ſeinem Nachbar, dem Gr. **Johann von Oldenburg**, des Geleits, des Torfgrabens und der Fiſcherey an unterſchiedenen ſtrittigen Orten halber viel Mißhelligkeit, welcher Urſachen, und auch der Oſtfrieſiſchen Uneinigkeiten wegen, letzterer immer im Vertheidigungsſtand ſich zu halten bemühet war [b]).

Da ich eben der Grafſchaft **Oldenburg** erwähnt habe, ſo will ich hier gleich das Merkwür- Oldenb. Begeb.

 digſte,

b) Herm. Hamelmanns Beſchr. der Gr. von Oldenburg, (Oldenburg 1599. f.) S. 492.

1598 digſte, dieſes Land betreffend, mitnehmen [e]). Daſelbſt regierte noch immer Graf Johann der XVI. und zwar in beſtändigem Zwiſt mit ſeinem noch lebenden einzigen zu Delmenhorſt reſidirenden jüngern Bruder, Anton [f]), welcher gegen den Gr. Johann durch eine Klage beym Reichshofrath ein Urtheil erhalten hatte, worin dieſem die Theilung der Grafſchaften auferlegt wurde [g]). Um nun ſolche zu bewürken, war die Kaiſerliche Commiſſion dem Gr. Simon von der Lippe aufgetragen. Allein es liefen drey desfalls geſetzte Tagfahrten im Junio, Julio und October, zum Theil auch durch Außenbleiben des Gr. v. d. Lippe ſelbſten, ganz fruchtlos ab, obgleich der König von Dännemark und der Herzog Heinrich Julius von Braunſchweig ſich dabey ins Mittel gelegt, auch ihre Abgeordneten dahin geſchickt hatten: und die Sache blieb wie ſie war, gleichwie auch obgedachtermaßen die Irrungen mit Oſtfriesland. Eine dritte Quelle der Unruhen für den Grafen Johann war der Proceß wegen der Herrſchaft Kniphauſen, oder Knipens. Es hatte nemlich die letzte Erbin von Jevern, Marie, demſelben alles das Ihrige, und mit dieſem eine Anforderung auf Kniphauſen [h]), welches die Her-

e) Aus gedachten Hamelmanns Chronik, Anh. S. 488. u. f.

f) Schweſtern hatte derſelbe drey, wovon dieſes Jahr eine, Namens Clara, im 51. Jahr ihres Alters, ledig, zu Bruckhauſen, den 30. May verſtarb. Die andere, Catharine, war an den Grafen Albrecht von Hoja, die dritte Anne an den Grafen Johann Günther von Schwarzburg vermählet.

g) Das Urtheil ſelbſt hat Lünig, R. A. P. ſpec. Cont. II. IV. Abth. X. Abſ. p. 269. ſq. unter dem Datum Prag 1597. 8. Jan.

h) Woher dieſe entſtanden, erzählt weitläufig Hamelmann, S. 475. u. f.

Herren von Innhauſen beſaßen, auch den Na- 1598
men davon führten, vermacht. Dieſe Anforde-
rung hatte Fräulein Marie bereits 1549. ans
Kammergericht klagend gebracht, und war vor
Ausgang deſſelben ledig verſtorben. Gr. Johann, (1575.)
als ihr Nachfolger, mußte nun nicht nur über Je-
vern ſelbſt einen ſchweren Proceß ausſtehen [i]),
ſondern auch jene Klage verfolgen, und hatte nach
ſo vielen Jahren das Glück, ein ſieghaftes Urtheil
zu Speyer zu erhalten, dahin, daß die Herrſchaft (1592. 20. Oct.)
Kniphauſen ihm, Klägern, ſamt Erſatz der
Nutzungen von 1496. an, einzuräumen ſey. Hie-
gegen nun wurde von Seiten der Hrn. von Knip-
hauſen die Reviſion ergriffen, ſomit die Sache
wieder um einige Jahre aufgezogen. Darüber
wandte ſich dann der Gr. von Oldenburg an den
disjährigen Reichstag [k]), und brachte an: „Ob-
wol bereits vor mehreren Jahren die Herrſchaft
Kniphauſen ihm durch Urtheil und Recht, laut
Beylage lit. A., zugeſprochen worden, auch die
Exſecutoriales desfalls, nach lit. B., ergangen [l]),

 obwol

i) Dieſer wurde, da Jevern Burgundiſches Lehen war, zu Brüſſel vor dem großen Rath verhandelt, und den 2. Aug. 1588. für Oldenburg, gegen Oſtfriesland entſchieden. Darauf ſuchte Oſtfriesland Reviſion, welche den 17. Nov. 1591. erörtert, und die Herrſchaft abermals dem Gr. von Old. zugeſprochen wurde. Die Feierlichkeiten bey dieſem Spruch, und die ganze Veranlaſſung des Proceſſes ſ. bey Hamelmann, S. 451-473. ausführlich.

k) Die Bittſchrift iſt in den Act. Mſc. Comit. Arch. Wolf. faſc. III. n. 44. zu finden, die Beylagen derſelben aber n. 32. Erſtere iſt d. d. 30. Dec. 1597. S. auch Ind. Mſc. Arch. Onold. allwo T. LXV. n. 67-78. dieſe Bittſchrift ſamt ihren Beylagen vorkommt.

l) Lit. A. iſt das oben angezogene Urtheil, Lit. B. ſind die, unter dem nemlichen Datum wie das Urtheil, an die von Innhauſen und Kniphauſen erlaſſene Executorialien.

1598 obwol er auch, da der Gegentheil die Reviſion eingewandt, und der Graf von Oſtfriesland als Intervenient eingekommen, cautionem de reſtituendo geleiſtet, die für hinlänglich angenommen, und darauf dem Gegentheil ulterior paritio anbefohlen worden, laut der Beylagen C. und D. [m]), ſo ſey dennoch nie der rechte Gehorſam geleiſtet, ſondern immer die Execution aufgehalten worden. Obgleich auch hernach der Graf ſeine Nothdurft desfalls bey der 1595. verſammelt geweſenen Deputation vorgeſtellt habe, laut E. [n]), ſo ſey doch bey derſelben nichts verſtändiges [o]) verabſchiedet worden. Nach dieſem habe Er, der Graf Johann, ſich wieder an den Kaiſer unmittelbar, von einigen Fürſchreiben [p]) unterſtützt, gewendet, und um Vollziehung des Urtheils, oder doch baldige Erledigung des Reviſions-Geſuchs, inſtändigſt, aber immer vergeblich, bis auf zwey vortheilhafte Kaiſerliche Decrete [q]), gebeten. Da nun auf ſolche Art er der Sache kein Ende ſehe, aus

m) Lit. C. iſt ein Beſcheid d. d. 6. Jul. 1593. daß der Kniphauſiſche Anwald, der Reviſion ungeachtet, einige Urkunden recognoſciren ſolle. D. aber ein Decretum, daß die geſtellte Oldenb. Caution für hinlänglich angenommen werde, d. d. 17. May 1594.

n) E. iſt die Vorſtellung in dieſer Sache an die Viſitations-Deputation zu Speier, d. d. 28. Jun. 1595.

o) Dieſer Ausdruck iſt deutlich in der Bittſchrift enthalten.

p) So folget Lit. F. ein Fürſchreiben des Königs von Dännemark, d. d. Kopenhagen 16. Sept. 1596. Lit G. ein dergleichen vom Cardinal Andreas d. d. Brüſſel den 16. Nov. 1596. und Lit. H. eines von dem Adminiſtrator der Chur Sachſen, d. d. Torgau 10. Jan. 1597.

q) Lit. J. und K. ſind zwey Kaiſerliche an den Grafen von Oldenb. erlaſſene Decrete, in welchen ihm baldige Hülfe verſprochen wird, d. d. Prag, 22. Jan. und 7. Nov. 1597.

aus längerm Umtrieb derſelben ihm unleidliche Be- 1598
ſchwerde und unſäglicher Schaden entſtünde, über-
dem auch, bis zu künftiger Viſitation, leichtlich die
bey ſolchem Urtheil geweſene und alſo davon Re-
chenſchaft zu geben ſchuldige Beyſitzer Todes ver-
fahren könnten; ſo bäte Er ganz inſtändigſt, der
K. ſamt den Ständen mögen ſich die Sache beſtens
empfohlen ſeyn laſſen, und ſo einleiten, daß er
nach ſo langem Umtrieb und gehabter Geduld end-
lich einmal in den Beſitz der ihm zugeſprochenen
Herrſchaft komme.„ Dieſe Bittſchrift wurde weit-
läufig auf dem Reichstag erwogen [r]). Der Er-
folg davon war [s]), daß auf dem nächſten Depu-
tationstag die Reviſion in dieſer Sache ohnfehlbar
vorgenommen und beendigt werden ſolle.

Angelegenheiten der Hanſeeſtädte.

Von den Hanſeeſtädten iſt in dieſer Reichs-
geſchichte beym vorigen Jahre weitläufig gehan-
delt worden [t]). Dieſes Jahr dauerten zwiſchen
denſelben und den Engelländern die Schwierig-
keiten noch immer fort. Die Königin Eliſabeth
beſchwerte ſich faſt bey allen Reichsſtänden über
das Kaiſerliche im vorigen Jahr ergangene Man-
dat [u]), wie dann auch in dieſer Angelegenheit

r) Laut des Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXVI. n. 16. 39. wo die Protocolle desfalls vorkommen, d.d. 18. Febr. 1598. imgleichen LXVII. 31.

s) Nach Hamelmanns Old. Chron. S. 492.

t) S. oben XX. B. S. 603:626.

u) Welches auch bey dem oben im XX. B. nicht ange-führten Meteren XIX. Buch, S. 819. u. f. mit eingerückt iſt, (wo aber die Jahrzahl fälſchlich 1587. heißt,) imgleichen bey Khevenh. V. Buch, S. 1986. der jedoch die Sache ſo erzählt, als wenn dieſes Man-dat erſt 1598. ergangen wäre. Uebrigens findet man bey letzterem an dieſem Ort eine kleine freylich unvollſtändige Nachricht von den Hanſee-Städten überhaupt, die wenigſtens für den erſten Anlauf gut iſt.

1598 ein Schreiben von ihr an den Marggrafen Georg Friedrich von Brandenburg erlaſſen wurde [v]). Unterdeſſen blieb doch dieſes in ſeiner Kraft, und die Engliſchen Kaufleute mußten nach und nach Teutſchland, inſonderheit Stade, verlaſſen. Die hierüber betretene und erzürnte Königin
13. Jan. von Engelland ließ nun auch einen Befehl ausgehen, vermöge welches alle Hanſiſche Kaufleute aus London und ihrem ganzen Königreich ſich wegbegeben, inſonderheit den Stahlhof zu London [x]), wo ſie ihre Niederlage hatten, bis den 28. Jenner verlaſſen ſollten [y]). Hierauf ſtellten die Hanſeeſtädte eine Verſammlung zu Lübeck an, an welche Stadt der Erzh. Albrecht aus den Niederlanden eine Geſandtſchaft abgeſchickt hatte, um ſie noch mehr gegen die Engelländer aufzuhetzen, welches auch ziemliche Würkung that [z]), da

iſt. Etwas beſſer ſtehet auch dieſe bey Meteren S. 816. u. f. Neuerlich iſt auch in die Teutſche Encyclopädie ein wohlausgearbeiteter Artikel, Hanſeatiſcher Bund, eingerückt worden, XIV. B. S. 327-336.

v) Index Mſc. Arch. Onoldini T. LXV. n. 65. ſub d. 12. Dec. 1597. Ein gleiches Schreiben muß auch an Chur-Pfalz ergangen ſeyn, wie man aus des Churf. Schreiben an den Marggr. von Brand. d. d. Neuenmarkt, 16. Febr. e. a. ſiehet, deſſen Rubrik in dem gedachten Ind. T. LXX. n. 53. angegeben iſt, und auf welches das n. 69. vorkommende Reſcript an die Brandenburgiſche Geſandtſchaft zu Regenſpurg, erlaſſen worden, d. d. Onolzb. 20. Febr. e. a.

x) Alſo von dem Stahl-Handel, den ſie inſonderheit trieben, genannt. Meteren, S. 817.

y) Der Befehl ſelbſt befindet ſich in Abſchrift, laut des Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXXI. n. 5. in dem gedachten Archiv.

z) *Reidanus* Ann. L. XV. p. 398. ſchreibt hievon ausführlich. Meteren hat den vornehmſten Inhalt dieſes Schrei-

da der Erzh. den Hanſeeſtädten alle mögliche Han- 1598
delsfreyheit in ſeinem und dem ganzen Spaniſchen Gebiet, ja ſogar, wenn ſie es verlangten, Hülfe gegen die Engelländer und vereinigten Niederländer angeboten hatte. Daſelbſt ſcheinet auch die in dieſem Jahre angeſchlagene **Verordnung** der Städte gegen die **Monopolien** und **Vorkäufe** beſchloſſen worden zu ſeyn [a]). Nicht weniger wandten ſich gedachte **Hanſeeſtädte** an den **Reichstag**, um 1. Merz.
die Handhabung des zu ihrem Beſten erlaſſenen oberwähnten Mandats zu erlangen [b]). Ihre Sache kam auch im **Fürſtenrath** wenigſtens vor [c]), da dann **Oeſterreich** ganz für ſie ſtimmte. Hingegen **Pfalz-Lautern** meinte, es ſtäcke in ihrem Geſuch viele Sub- et Obreptio, indem die Hanſeeſtädte nicht von der **Königin Eliſabeth** erſt ihrer Rechte beraubt worden, ſondern ſolche ſchon lange vorher, wie die Acten ergäben, Mißbrauchs halber, ihnen abgeſprochen geweſen, wie dann ſogar der **König von Spanien**, als Gemahl der vorigen **Königin Marie**, dieſen Spruch ſchon exequiren wollen. Dahero es dem T. Reich übel anſtehen würde, die Königin darüber gleichſam ſyndiciren zu wollen. Zudem habe ja die Königin ſich erboten, die **Hanſeeſtädtiſchen** dennoch auch nach Engelland laſſen zu wollen, wenn ſie die gewöhnlichen

Schreibens, ſamt dem Datum, ſo noch vom 1. Jun. 1597. iſt, und aus ihm wie gewöhnlich **Khevenh.** S. 1985.

a) Lünig hat dieſelbe d. d. 3. Aug. 1598. nach dem Lübeckiſchen Exemplar, R. A. P. Gen. I. Th. S. 501. u. f.

b) Ihre Bittſchrift ſtehet der Rubrik nach, in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXXI. n. 1.

c) Laut Protocolls vom $\frac{17}{27}$ Merz, d. J. in den Act. Mſc. Arch. Wolf. faſc. IV. n. 1. Einige andere dahin gehörige Schreiben u. d. g. ſ. T. LXV. n. 49.

1598 lichen Zölle, wie die Engelländer, auch gäben, welches gewiß alles nur zu verlangende ſey. Die Hanſeeſtädte aber wollten gar den Alleinhandel haben. Demnach ſey es gar nicht billig, den Befehl ſtreng zu exequiren; auch ſey es nicht rathſam, Engelland ſich zum Feind zu machen, da man mit dem größern Feinde, dem Türken, zu thun habe. Wollte man es thun, ſo würden auch die Städte ſelbſt es in den Niederlanden empfinden, da die Engliſchen Kaufleute ſich dorten ſetzen wollten, und wol gar machen könnten, daß die den Engelländern geneigte Staaten gar die Hanſeeſtädte vom Handel ausſchlöſſen. Ueber dieſes alles ſeyen die von den Städten angebrachte Zeugenſagen nicht von der Beſchaffenheit, daß ſie in jure viel gelten könnten. Dannenhero ſey am beſten, die gebetene Execution erliegen zu laſſen. Demohngeachtet drang Oeſterreich durch, und wurde der Schluß gefaßt, dem Mandat genau nachzuleben, und ſolches aller Orten, wo es noch nicht geſchehen, anſchlagen zu laſſen; dabey aber vom Kaiſer noch eine Erklärung darüber ſich zu erbitten, um allem Betrug vorzukommen.

Aacheniſche Begebenh. Nun auch auf die Stadt Aachen zu kommen, ſo iſt aus dem Verlauf der Geſchichte bekandt [b]), daß K. Rudolf einen Befehl [c]) erlaſſen,

b) N. T. R. Hiſt. XX. B. S. 162.

c) Häberlin nennt denſelben a. a. O. ein Mandat. Er iſt aber nicht in dieſer Form ausgefertigt worden, welche Kleinigkeit, die doch zur Kenntniß des Reichs-Proceſſes dienlich iſt, ich aus einem Mſc. berichtigen kann, ſo ſich in meiner Bibliothek befindet, 548 Folio-Blätter enthält, und ein wahrer Miſchmaſch von Lehenbriefen, Deductionen, Reichsgerichtlichen Erkenntniſſen, Friedensſchlüſſen u. ſ. w. vorzüglich des 16. Jahrh. iſt, allwo dann fol. 410. dieſer Befehl unter

ſen, vermöge deſſen die Proteſtanten daſelbſt ungeſäumt den gegen ſie ergangenen Executorialen Folge leiſten ſollten. Dieſer Befehl war dem Fiſcal zu Speyer mit dem Bedeuten eingeſchloſſen worden, daß er ſolchen, durch einen eigenen geſchwornen Boten, denen, gegen die es gehe, einhändigen laſſen, und wie es aufgenommen worden, berichten ſolle [f]. Auf dieſes legte ſich gleich im folgenden Monat [ff] die Bürgerſchaft dieſer Stadt mit einer Interventionsſchrift dazwiſchen, in welcher die Gräven und gemeine Zünfte des Königlichen Stuhls und freyer Reichsſtadt Aachen ſagen: Es ſey zwar das obgemeldete K. Decret ihnen bekandt gemacht worden; da ſie aber glaubten, daß des K. Wille nicht ſey, jemand unverdienter Weiſe eine Ungnade anzudrohen, ja ſolche gar empfinden zu laſſen, ſo hielten ſie ſich befugt, dieſes dem K. vorzuſtellen und desfalls zu interveniren. Daß ſie dazu das Recht hätten, ſuchen ſie mit 74. ex jure et facto hergenommenen Gründen zu beweiſen; worauf noch ferner, mit 39 Gründen, beſonders der Ungrund der von einigen Bürgern gegen den Rath angeſtellten Klage vorgeſtellt, und

1598

Fortdaurende Händel zwiſchen beiden Relig. daſelbſt.

(1596. m. Jun.)

unter dem Titel: Eventual-Decret in eadem cauſa, (i. e. Aquenſi) vorkommt. Es beſtehet nur aus 14 Zeilen, und lautet dahin: In Executionsſachen ꝛc. ſey der Beſcheid, daß den Executorialen binnen drey Monaten, von der Inſinuation an, Folge geleiſtet werden ſolle, bey Strafe der würklichen Achts-Erklärung. Signatum zu Prag, unter dem K. Secret-Inſiegel, 10. Jun. 1596.

f) Laut der eigenen Worte, des acht Zeilen langen Schreibens d. d. Prag 15. Jun. e. a. wie a. a. O. ebenfalls zu leſen.

ff) Wie ſich ſolches aus den Worten der ſonſt ohne Datum a. a. O. f. 411. eingerückten Interventionsſchrift, die aus 20 ſehr eng geſchriebenen Seiten beſtehet, ſich zeiget.

1598 und mit der Bitte geſchloſſen wird, die unbefugten Kläger abzuweiſen, zum Erſatz der Koſten anzuhalten, und zu beſtrafen. Ob nun ſothane Intervention angenommen worden, oder was darauf erfolget, habe nirgends gefunden, wol aber dieſes, (1596. 11. Aug.) daß der K. bald hernach ein ſcharfes Decret [g]) an den von ihm abgeſetzten Rath ergehen laſſen, in welchem er ihm bey hoher Strafe befiehlt, ſich, da er aller Ausübung der obrigkeitlichen Gewalt verluſtig ſey, inſonderheit des ſonſt der Stadt Aachen zuſtehenden Rechts, Goldgulden und Thaler zu münzen, ſo er auch bisher ſich angemaßet, enthalten ſolle. Durch dieſes alles kamen die ſämtlichen Proteſtantiſchen Stände, die ſich der Aachner bisher ſo oft ſchon angenommen hatten, auf den Gedanken, ihrenthalber gar eine eigene Deputation an den Kaiſer nach Prag abzuſchicken, wozu ein Chur-Pfälziſcher, ein Chur-Sächſiſcher, ein Chur-Brandenburgiſcher, ein Fürſtlich-Heſſiſcher, und ein Städtiſcher Geſandter ausgeſondert wurden.

Geſandtſchaft der prot. Stände deshalben, nach Prag.

Dieſe übergaben auch (9. Dec. e. a.) dem Kaiſer eine nachdrückliche Bittſchrift [h]), in welcher es inſonderheit heißt: Man habe zwar von Seiten der A. C. verwandten Stände gehofft, der Kaiſer würde, nach dem, was inſonderheit auf dem letzten Reichstag von den geſammten Churfürſten [i]), auch vielen Fürſten, der Stadt Aachen halber ihm vorgeſtellt worden, (nemlich die ergangenen Urtheile aufzuheben, oder doch die Vollziehung derſelben einzuſtellen,) ein Einſehen in der Sache

g) Welches a. a. O. fol. 410. ſtehet.

h) Auch dieſe ſtehet in dem angef. Mſcr. f. 421. und iſt über 3 ſehr eng geſchriebene Seiten ſtark. Gleich darauf folgt die Antwort des K. vom 2. Jan. 1597. und die Schluß Antwort der Geſandten.

i) Von dieſer Churfürſtenraths-Vorſtellung habe ich nirgends etwas finden können.

Sache gehabt haben. Er habe ſich aber doch wi- 1598
der Vermuthen bewegen laſſen, noch neuerdings ein ſcharfes Inhäſiv-Decret, unter Androhung der Acht, an ſothane Stadt ergehen zu laſſen. Da nun dieſes ein, nicht nur für die Stadt ſelbſt, ſondern auch für ſämtliche Städte, ja das ganze Reich, höchſt bedenklicher Schritt ſey, ſo hätten ſie nicht unterlaſſen können, über das, ſo vor dieſem von ihnen ſchriftlich gebeten worden, auch dieſe eigene Geſandtſchaft an Ihn, den K., abzuſchicken. Sie bäten nochmals ganz inſtändigſt, die Sache, aus den ſchon bekandten und oft angeführten Urſachen, nicht zu übereilen, die Urtheile entweder aufzuheben, oder doch nicht vollſtrecken zu laſſen, inſonderheit, da es eine Sache der ganzen Bürgerſchaft mit ſey, dieſelbe als Intervenienten zu hören, und dann die Entſcheidung entweder den zur Niederländiſchen Pacification deputirten Ständen, oder andern unparteyiſchen Commiſſarien beider Religionen aufzutragen, oder auch dem Kammer-Gericht zu überlaſſen. Da auch, außer dieſer innerlichen Unruhe, die Stadt **Aachen** von **Jülich** wegen der Reichs-Schultheißen-Stelle vieles ausſtehen müßte, auch großen Abbruch im Handel und ſonſten litte; ſo bäte man ebenfalls inſtändigſt, der K. möge, dem zu **Regenſpurg** an ihn ergangenen Bitten gemäß, die ernſte Verfügung thun, daß von **Jülich**, gleich als auch von **Burgund**, der Stadt keine weitere Drangſale zugefügt würden; hingegen eine Commiſſion niederſetzen, die die beiderſeitigen Beſchwerden gütlich oder rechtlich abthäte, u. ſ. w. Auf dieſe Vorſtellung ertheilte der K. erſt drey Wo- (1597. 2. Jan.)
chen hernach dieſen Beſcheid: „Derſelbe wiſſe ſich zwar wohl zu erinnern, was wegen Aachen bisher rechtmäßig geurtheilt, auch in Gemäßheit des beharr-

1598 harrlichen Ungehorſams dieſer Stadt nachher gegen ſie vorgenommen, und weiter vorzunehmen ſey: jedoch wollte Er, in Betracht dieſer Fürbitte, alles in der Sache thun, was ohne Abbruch der Gerechtigkeit und ſeines Kaiſerlichen Anſehens geſchehen könne.„ Auf dieſes erklärten die Geſandten weiter: „Sie dankten zwar unterthänigſt für die in allgemeinen Ausdrücken ihnen widerfahrene, ſo weit willfährige Antwort: da jedoch ihnen, den Geſandten, daran gelegen ſey, ihren Herren genauen Bericht von ihrer Geſandtſchaft geben zu können, ſo bäten ſie gar ſehr, der K. möge ihnen doch noch eine nähere Erklärung darüber zukommen laſſen, daß die bisher gar nicht gehörte intervenirende Bürgerſchaft gehöret, ſodann eine unparteyiſche Commiſſion angeordnet, inzwiſchen aber die ergangenen Verfügungen ſuſpendirt, und die Bedrängungen der Stadt durch Jülich und Burgund eingeſtellt werden ſollten, u. ſ. w.„ Ob nun eine abermalige Antwort des Kaiſers, und was für eine darauf erfolget, weiß ich eben ſo wenig, als ob würklich eine Inhibition in Anſehung des weiteren Verfahrens gegen Aachen erfolget? Soviel hingegen iſt gewiß, daß entweder dieſe Geſandtſchaft, oder die Beſorgniß, daß die Proteſtanten, wenn der Kaiſer, gegen ihre Bitte, die Execution vor der neuen Türkenſteuer-Verwilligung unternähme, dieſe ihres Orts ganz verweigerten, oder vielleicht beides zugleich, die würkliche Achts-Erklärung das ganze Jahr 1597. hindurch, und bis nach Ende des Reichstags, aufgehalten habe, in welcher Zeit dann in Aachen alles im alten Stande geblieben. Der Churfürſt Ernſt
(1597) von Cölln aber machte, vielleicht auf Kaiſerlichen heimlichen Befehl, inzwiſchen einen Verſuch, ob er die Proteſtanten zu gütlicher Folge-leiſtung bereden

reden könnte; zu welchem Ende er alle uncatholi- 1598
ſche Regimentsperſonen zu ſich nach Cornelien-
Münſter in die Abtey gebeten hatte, wobey er,
ſo oft er getrunken, den Gläſern die Köpfe abge-
ſchlagen, gleichſam um ſie zu warnen, daß es ih-
nen auch ſo gehen könne [k]). Allein die Proteſtan-
ten ließen ſich durch nichts bewegen, obwol auch
der Herzog von Jülich, durch ein geſchärftes
Mandat, allen Verkehr ſeiner Lande mit den Aach-
nern abgeſchnitten, und alle Aacheniſche Bürger,
ſamt ihren Gütern, anzuhalten befohlen hatte,
ſoviel man nur habhaft werden könnte [l]). Viel-
mehr ſuchten ſie ihr Schickſal durch allerhand Ar-
ten Bemühungen abzuwenden [ll]). Inſonderheit
brachten ſie ihre Beſchwerden auch auf den
Reichstag zu Regenſpurg, da ſich dann die
Evangeliſchen Stände ihrer aufs beſte in man-
cherley Vorſtellungen annahmen [m]). In der er- 1598. $\frac{7}{17}$ Jan.
ſten bey den Churfürſten insbeſondere übergebenen
Bitt-

k) Dieſen Umſtand meldet Nopp in ſeiner der h. Jung-
frau Marie zugeſchriebenen Aachner Chronik, S.
208. h. a.

l) Dieſes Mandat iſt in den Actis Com. Mſc. Arch.
Wolf. faſc. III. n. 58. zu befinden, d. d. 5. Aug.
1597.

ll) Moſer Staatsr. von Aachen, C. I. §. 30. p. 34.
handelt hievon, jedoch ganz kürzlich. Ein mehreres
bin ich hier aus den Wolfenb. Acten zu ſagen im
Stande.

m) Z. B. ſey ein Schreiben derſelben an den Marggr.
von Brandenburg, in welchem ſie ihn erſuchten, bey
den Evangeliſchen ſämtlichen Ständen auszuwürken,
daß ſie ſich ihrer bey dem Kaiſer annähmen, d. d.
10. May, 1597. laut des Ind. Mſc. Arch. Onold.
T. LXIV. n. 17.

1598 Bittſchrift [n]) ſagen die Aachner: „Es werde den ſämtlichen Churf. noch erinnerlich ſeyn, was bey dem letzten Deputations-Tage wegen der Beſchwerden der Stadt gegen Burgund und Jülich vorgekommen, auch was das Churf. Collegium ihrentwegen an den Kaiſer gelangen laſſen, imgleichen wie die ſämtlichen Churfürſten des Sinnes geweſen, daß die mit Jülich ſtreitige Sachen durch Schiedsrichter beygelegt werden möchten, mithin die Stadt nichts weniger, als neue Gewaltthätigkeiten erwartet hätte. Dennoch aber habe der H. von Jülich ſich beygehen laſſen, neuerlich einen ſcharfen Befehl gegen die Stadt herauszugeben, in welches Gefolge dann würklich zeithero die Wege um die Stadt verſperrt, die in den Jülichiſchen Landen der Stadt oder ihren Bürgern zuſtehende Gefälle in Beſchlag genommen, die Güter aber auf der freyen Landſtraße angehalten, kurz ſie ſelbſt ſo behandelt würden, als wenn ſie bereits in des Reichs Acht und Ober-Acht gekommen wären, wodurch, wenn es ſo fortdauerte, die ganze Stadt zu Grunde gerichtet und dem Reich entzogen werden würde. Daß dieſes alles gegen den Landfrieden ſey, würden die Stände von ſelbſten einſehen, zumal da die Stadt ja nie ſich gütlicher Auseinanderſetzung gewelgert, welche ſie noch wünſche, und die Churfürſten alleſamt, ſo geiſt- als weltliche, ſelbſten dahin geſchloſſen und verabſchiedet hätten, daß die Thätlichkeiten eingeſtellt bleiben möchten [o]). Sie bäten daher inſtän-

Aacheniſche Bittſchrift auf dem R. T.

n) Acta Mſc. Comit. Arch. Wolf. faſc. III. n. 59. S. auch Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXIX. n. 66. wo jedoch die Rubrik ſo lautet, als wenn es eine Beſchwerung bey dem ganzen Reichstag geweſen wäre.

o) Von dieſem Schluß, ſo wenig als dem obgedachten Für-

inſtändigſt, die Churf. möchten auf dem Reichs- 1598
tag dahin bedacht ſeyn, daß dieſer Jülichiſche Befehl wieder aufgehoben, das Verarreſtirte losgegeben, und die Mißhelligkeiten, auf die denſelben billig ſcheinende Art, durch Austräge beygelegt würden.„

Dieſer Vorſtellung aber widerſprachen die Jülichiſchen Geſandten in einer ziemlich dicken Antwort, ohngefähr des Inhalts p): „da ihr Herr, der Herzog von Jülich, in einer unterm Namen der Stadt Aachen bey dem Churf. Rath eingegebenen Schrift, ſo verunglimpft worden ſey, ſo müßten ſie, ohne ſich übrigens in einen Schriftwechſel mit den vermeinten, auch gar nicht zum Reichstag berufenen Gewalthabern einzulaſſen, zu Ablehnung dieſer Beſchuldigungen einiges beybringen. Zuerſt bemerkten ſie demnach, daß die Aachner ſich auf ein Gutachten des Churf. Raths vom Jahr 1594, imgleichen auf das, was im Jahr 1595. von Speier aus an den Kaiſer gelanget, wovon ihnen das erſtere, ſo viel davon bekandt geworden, wohl erinnerlich ſey. Hingegen ſey ihnen von einer Verhandlung des Jahrs 1595. gar nichts erinnerlich, und demnach des Gegentheils Vorgeben in ſoweit unrichtig, daß etwas in dieſer Sache in gedachtem Jahr auf Bericht und Gegenbericht geſche-

Beantw. derſelben.

Jülichiſche Schrift gegen Aachen.

Fürſchreiben der Churf. an den Kaiſer, zum Beſten der Aachner, habe ich bisher nichts auffinden können. Doch muß die Anführung davon in einer an das Churf. Collegium ſelbſt gerichteten Bittſchrift für richtig angenommen werden, wie dann auch die Jülichiſchen Geſandten, in ihrer Gegenſchrift, gegen die Richtigkeit deſſelben nichts einwenden.

p) Sie befindet ſich ebenfalls in den A. C. Arch. Wolf. faſc. III. n. 60. Sie führt das Datum, 4. Febr. und lectum 10. Febr. e. a. S. auch Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXX. n. 9.

1598 geſchehen, wie man ſich dann auch mit den unqualificirten Supplicanten, als die von der Stadt Aachen gar keine Gewalt hatten, auch gar nicht zum Reichstag berufen waren, damals ſo wenig als jetzt einlaſſen können oder wollen, und daher in dem 1594. übergebenen Jülichiſchen Gegenbericht blos die Supplicanten auf den Buchſtaben der Kaiſerlichen Verordnungen gewieſen, die Hauptſache aber kaum berühret habe. Unterdeſſen wollten ſie, um den Supplicanten ihren Ungrund deſto deutlicher zu zeigen, und damit ſie deſto eher als unlegitimirte Perſonen an den ordentlichen Gerichtsſtand verwieſen würden, kürzlich die Sache von Anfang her erzählen. Im Anfang nemlich hätten die Kaiſer die hohe Obrigkeit in der Stadt Aachen ſelbſt ausgeübt, hernachmals aber vor einigen 100 Jahren dieſelbe dem Hauſe Jülich gegen eine Summe Gelds eingeräumet, welches dann auch bis auf die Zeiten der neueſten Unruhen im Beſitz derſelben geweſen ſey. Dieſer Stand hätte das Recht gehabt, zwey Pröbſte über die Geiſtlichkeit zu ſetzen, die auch ihre Gerichtbarkeit gehabt, ſodann einen Erzprieſter, dem die Beſetzung der vier Pfarrkirchen zuſtehe, der auch als Präſident mit den Pfarrern der 4 Kirchen und ſieben weltlichen Perſonen, die unter ſich ſelbſt gewählt würden, das Sendgericht hielte, und über Ehe-, Teſtaments-, auch Zehenden-Sachen, wucherliche Contracten, Uebertretung der Kirchen-Ordnungen, Ehebruch, Blutſchande, Nothzucht, und alle geiſtliche Sachen zu erkennen habe. Ferner beſtelle Jülich auch von jeher einen Scholaſter in das Capitel, dem die Aufſicht über das ganze Schulweſen der Stadt zuſtehe; weiter einen Vogt oder Major, und deſſen Untergehörige, Amtmann, Schultheiß, Schrei-

Schreiber und andere Gerichtsdiener, wel- 1598
ches Gericht dann alle bürgerliche und peinliche Gerichtbarkeit auszuüben, wie auch alle Policey-Anſtalten zu machen hätte. Wobey den Schöffen und dem Rath, in etlichen Fällen das ihrige mit zu thun, dem Herkommen nach jederzeit unbenommen geblieben, und alſo von Jülichiſcher Seite kein Anlaß zu den Streitig- und Thätlichkeiten gegeben worden. Daß dieſe Rechte alle dem Hauſe Jülich zuſtünden, wüßte auch der Gegentheil ſelbſt. Indeſſen hätte derſelbe doch Unruhen angefangen und zuerſt den Vogt verjagt, worauf **Jülich** ſowol als der vertriebene Vogt eine koſtſpielige Klage beym Kaiſer hätten anſtellen müſſen. In Gefolge derſelben ſey ein K. Mandat an die (1585. 24. Jul.)
Aachner ergangen, den vertriebenen Vogt wieder einzuſetzen, auch ſonſt alles in den alten Stand zu ſetzen, und darin zu laſſen, übrigens aber K. Entſcheid in der Hauptſache, wo etwas ſtreitig, zu erwarten. Als hierauf keine Folge geleiſtet wor- (1588. 24. Dec.)
den, habe der K. durch ſeinen Hof-Kammerdiener der Stadt einen neuen Befehl zugehen laſſen, Einwendens ungehindert zu gehorchen, und binnen 2 Monaten die Anzeige davon zu thun. Nachdem auch hiergegen allerhand nichtige Einwendungen (1590. 12. Jan.)
gemacht worden, ſo habe der K. durch einen Herold einen neuen Gebotsbrief, obigen Inhalts, bey Strafe der Acht, an ſie abgeſchickt, auch dabey insbeſondere noch befohlen, dem abgeſetzten Vogt, den Er, der K., durch einen eigenen Brief in ſeinen Schutz und Schirm genommen habe, nichts zu leide zu thun. Weil ſich nun das Churf. Collegium in ſeinem Gutachten vom Jahr 1594. darauf bezöge, als ob von Seiten des Herzogs in dieſem allem Uebergriffe geſchehen ſeyen, ſo ſähe man wol, daß es den Churf. von Seiten der Stadt

1598 alſo vorgeſtellt worden, ſo aber ganz falſch ſey, indem ihr Herr nicht alſo geſinnet, daß er jemand ohne Urſach etwas zuwider thue, oder ihn bedrücke. Hingegen ſeyen der Attentaten und Uebergriffe von Seiten der Aachner gegen die Jülichiſchen Gerechtigkeiten ſo viele, daß man viele Bogen damit anfüllen könnte, von welchen man jedoch nur die, bey denen das Reich mit intereſſirt, ausziehen wolle. Zuerſt alſo das **Münz-Regal** betreffend, ſo würde Gegentheil ſelbſt nicht in Abrede ſtellen können, daß ſolches den Jülichiſchen Gerechtſamen alſo anhängig, daß der Rath daſelbſt ein ſolches nicht anders, als gegen eine jedesmalige gewiſſe Abgabe, nach der Zahl der vermünzten Marken Goldes oder Silbers, ausüben könne, welche Abgabe bis zur Zeit der jetzigen Thätlichkeiten allezeit richtig gezahlt worden. Ob nun wol bey dem Probationstag 1583. zu Cölln, wegen der angegangenen Aachiſchen Streitigkeiten, um niemand zu nahe zu treten, die Aachiſche Münzbüchſe von dem Kreis in Verwahrung behalten, und das fernere Münzen der Stadt verboten worden, ſo hätten demohngeachtet die Aachner nun 14 Jahre lang zu münzen fortgefahren, ohne ſich um den Kreis zu bekümmern, oder ihm Nachricht zu geben, wobey ſie gar bisher ungeſehene Sorten geſchlagen: ſo daß endlich der Kaiſer gar ihre Münzen im Jahr 1596. öffentlich verrufen laſſen müſſen [q]). Sodann hätten ſie alle ſonſtige dem H. von Jülich zuſtändige Rechte nach und nach ihm entzogen, die Jülichiſchen Officianten und Diener verdrungen, die K. Mandaten nicht befolget, die älteſten Schöffen verjaget, die Stellen nach Gefallen wieder beſetzt, die Jülichiſchen Gefälle nicht fol-

q) S. das Kaiſerliche Edict desfalls im Auszug in der N. T. R. Hiſt. XX. B. S. 276.

folgen laſſen, auch alle actus Jurisdictionis, ſo nur 1598
dem Hauſe Jülich zuſtändig, hochmüthiger Weiſe, bis auf etliche peinliche Executionen, durch ihre unrechtmäßig angeſtellte Schöffen ausgeübet, mit einem Worte, an aller Widerſetzlichkeit gegen den K. und den H. von Jülich nichts erwinden laſſen. Hieraus werde jedermann und inſonderheit die Churfürſten erſehen können, wer von beiden Theilen zu allem Unfug Anlaß gegeben und den Anfang gemacht habe. Uebrigens habe ſich nun freylich der H. bewogen geſehen, da der vermeinte Magiſtrat die K. Befehle nicht geachtet, in den Uebergriffen täglich fortgefahren ſey, auch ſich nunmehr weder zu den Proceſſen, noch zu den gütlichen Unterhandlungen rechtsbeſtändig legitimiren könne, die geſchehene Geleits-Aufkündigung ergehen zu laſſen, dabey ſie, die vermeinten Gewalthaber, jedoch nicht würden beweiſen können, daß man zu geſchwinde damit zu Werke gegangen, oder auch ſo gewaltſam verfahren, als ſie gegen die Jülichiſchen Diener ſich es zu Schulden kommen laſſen. Und hätten die Rädelsführer dieſer Unordnungen desfalls wohl zu bedenken, daß es an ihnen blos allein läge, das nachbarliche Vertrauen wieder herzuſtellen; welches durch Befolgung der Kaiſerlichen Befehle alſogleich geſchehen könne, obwol es zu des H. großer Bewunderung ſcheine, als ob die Widerwärtigen mehr Vergnügen daran fänden, die Unruhen fortzuſetzen, als, wie ihre gute Vorfahren, in Ruhe zu leben. So bald demnach die Aachner dem H. von Jülich dasjenige wieder zurückſtellten, was ihm unſtreitig zugehörte, ſo bald würde auch der H. von ſeiner Geleits-Aufkündigung abſtehen: ſo lange aber dieſes nicht geſchehe, werde man dem H. dieſe Anſtalten, um zu ſeinem Recht zu gelangen, nicht verdenken, um ſo mehr,

1598 als ſolche lange nicht ſo ſcharf und für die Stadt drückend ſeyen, als wie von ihrer Seite vorgeſtellt werden wollte, ſondern ſo gelinde dabey zu Werk gegangen werde, als es nur, um nicht gar von allen ſeinen Rechten vertrieben zu werden, geſchehen könne. Wie dann auch inſonderheit dahin getrachtet worden, daß die ganz unſchuldigen Leute darunter nicht litten, ſondern dieſen Geleitsbriefe gegeben, auch die Landſtraßen frey und ſicher gehalten würden, welches dem H. namhafte Summen koſte, da hingegen von allem, was den Aachnern angehalten werde, der H. ſich nicht einen Heller zueigne; das aber, was ihnen etwan durch die ſtreifenden Rotten beider Theile für Schaden zuwüchſe, dem H. nicht zugeſchrieben werden könnte. Man verhoffe alſo nochmals, die ſämtlichen Stände würden dieſe Art von Manutenenz bey ſeinen klaren Rechten nicht für ein ſtrafbares Unternehmen, ſondern für einen erlaubten Zwang anſehen, die Widerſpänſtigen hingegen zu ihrer Schuldigkeit anhalten, da dann dieſer Zwang von ſelbſt wegfallen würde. Würde aber dem H. von Jülich nicht Recht geſchafft, und die vielen desfalls ergangenen K. Mandate unerfüllt gelaſſen, ſo wäre alle Juſtiz unſicher, und würden die Ungehorſamen ſich noch weniger zum Ziel legen. Man bäte demnach das Churf. Collegium, und zugleich ſämtliche Fürſten und Stände, falls auch dieſe ſich der Sache annehmen wollten, ſo möchten ſie ſolche aus dem geſagten Geſichtspunct betrachten, als dem einzigen, der der richtige ſey, und darnach das fernere beſchließen.

Rück-antwort der Aachner. 30 Febr.

Gegen dieſe Jülichiſche Vorſtellung ließen die Aachniſchen Abgeordneten eine Gegen-Anzeige und Ableinungsſchrift an den Reichstag gelan-

langen [r]). In derſelben ſagen ſie, „ſie hätten die 1598
Jülichiſche Schrift ſo befunden, daß ſie, obwol die Meinung nicht wäre, ſich in ordentlichen Schriftwechſel mit den Gegnern einzulaſſen, dennoch, weil einigen Ständen die rechten Umſtände der Sache nicht zur Gnüge bekandt geworden, andern auch ſie entfallen ſeyn möchten, eines und das andere darauf antworten müßten. Sie wollten alſo hiemit erinnern, daß bey dem letzten Reichstag bereits die Stadt ihre Beſchwerden gegen Jülich angebracht, daß die Jülichiſchen Geſandten, gleichwie jetzo, einen mit allerhand Vorſpiegelungen ausgeſchmückten Gegenbericht in dem Supplications-Rath eingegeben; daß dieſer Rath, aus guten Urſachen, ſothane Angelegenheit an das Churf. Collegium, laut Anlage A. [s]), verwieſen, daß hernach, auf eine von Seiten der Stadt nochmals übergebene ſogenannte Ableinungsſchrift, die Churfürſten, nach reifer Erwägung der Dinge, das ſub B. [t]) beykommende Gutachten geſtellet;

 daß

r) Sie iſt ebenfalls in den Act. Com. Arch. Wolf. faſc. III. n. 61. zu finden.

s) Davon iſt der Inhalt bereits im XVIII. B. der N. T. R. Hiſt. S. 356. beygebracht.

t) Lit. B. iſt ein ganz kurzes, in den Actis Mſc. Com. Arch. Wolf. mit beyliegendes Bedenken, oder vielmehr Fragment eines Bedenkens, in welchem die Churf. ſagen: „Drittens, die Jülichiſchen Beſchwerden angehend, da die Stadt Aachen ſich allezeit ihrer Streitigkeiten halben zur Güte oder Recht erboten, ſo halte man nicht für unbillig, daß man es bey dieſem Erbieten laſſe, und die Stadt mit Thathandlungen nicht beſchweret werde.„ Deswegen der Kaiſer erſucht würde, es bey Jülich ſo einzuleiten, daß die Thätlichkeiten eingeſtellt würden, zugleich aber eine Commiſſion niederzuſetzen, die, den Rechts-Verhandlungen unabbrüchig, die Güte verſuchen ſolle. Signatum Regenſpurg, 17. Aug. 1594.

1598 daß weiter, da doch die Jülichiſchen Thätlichkeiten nicht nachlaſſen wollten, die Stadt bey dem Deputationstag zu Speyer abermals ihre Stimme erhoben, und denen daſelbſt anweſenden Churf. Geſandten eine Schrift übergeben, in welcher ſie, nebſt Vorſtellung jener Bedrängniſſe, die Churf. baten, in Gemäßheit ihres eigenen Gutachtens nochmals zu berichten, und zu befördern, daß nach dieſem Gutachten verfahren werde; daß darauf die damals auch anweſenden Jülichiſchen Geſandten ebenfalls einen mit dem jetzigen gleichen Inhalt habenden Gegenbericht übergeben, dagegen die Stadt ihre obgedachte Ablehnungsſchrift wiederholet; daß endlich die Churf. nach abermals wohlerwogener Sache bey ihrem vorigen Bedenken geblieben, und in Gemäßheit deſſen an den Kaiſer, unter ihren ſämtlichen ſechs Siegeln, geſchrieben hätten, wie ſolches lit. C. zu leſen [u]). Da nun das Churf. Collegium

1594. Ob übrigens das im Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXX. n. 43. angegebene Bedenken des Churfürſtlichen Raths das nemliche hier angeführte, oder ein anderes, vielleicht gar 1598. ausgeſtelltes ſey, läßt ſich, aus Mangel des Datums, nicht beſtimmen.

u) Dieſes Schreiben der ſechs Churfürſten hat kein Datum, und enthält ungefähr folgendes: „Der Kaiſer werde ſich obigen Gutachtens in der Aacheniſchen Sache erinnern; deſſen ohnerachtet beklagten ſich die Aachiſchen Abgeordneten, daß ſie von ihm, in Gemäßheit ſothanen Bedenkens nichts erhalten könnten, von Jülich aber, mit Hülfe Burgunds, immer mehr bedrängt würden, wie Er, der K., aus der angeſchloſſenen Bittſchrift, dann der Burgund- und Jülichiſchen Antwort und der Aachner Gegen-Antwort, werde erſehen können. Demnach wollten ſie dem K. ihr zu Regenſpurg geſtelltes Gutachten beſtens wiederholen und zu Gemüthe führen, welches derſelbe dann nicht ungnädig nehmen, ſondern vielmehr in Gemäßheit deſſelben der Sache abhelfliche Maaße geben möchte.„

legium zweymal, und auf erhaltenen Auftrag 1598
ſämtlicher Stände, und beidemal allerdings nach vorheriger Abwägung beiderſeitiger Gründe in dieſer Sache, ſo wie geſchehen, verfahren habe, Jülichiſcher Seite aber keine neue Gründe in der Gegenſchrift beygebracht worden, ſo könnte man ſich Aachiſcher Seits auch begnügen, die vorigen Schriften lediglich zu wiederholen. Damit aber doch durch Stilleſchweigen, auch auf das geringſte, nichts nachgegeben zu ſeyn ſcheinen könnte, ſo wolle man die hauptſächlichſten Puncte der Gegenſchrift vornehmen und kürzlich widerlegen, ohne ſich jedoch in einen förmlichen Schriftwechſel einlaſſen zu wollen, wie ſie dann nochmals desfalls beſtermaßen proteſtirten.„

„Die Beſchuldigungen, (fahren die Aachner demnach fort,) die man der Stadt mache, liefen hauptſächlich dahinaus, daß der H. von Jülich viele große von der Stadt ſelbſt nicht zu leugnende Rechte in Aachen habe; daß dennoch ihm dieſe widerrechtlich zum Theil entzogen worden, und auch nun, nach ſo vielen K. Befehlen, nicht wiedergegeben werden wollten. Hierauf werde erſtlich geantwortet: Man wiſſe wohl, daß dem Herzog von Jülich die Reichsvogtey und Majorey zu Aachen pfandsweiſe zuſtehe, begehre auch ihm dieſes nicht zu beſtreiten; daß aber ſothanes Recht ſo vieles in ſich begreife, als die Gegner wollten, das könne man nimmermehr zugeben, würde auch nie erwieſen werden, ja ſelbſt die zu Prag und Jülich ſich aufhaltende der Stadt Widerwärtige würden, wenn ſie genau desfalls abgefragt werden ſollten, den Jülichiſchen Forderungen gewiß nicht gemäß ausſagen können. Hingegen ſey bekandt, daß bereits vor 50 Jahren über den Umfang dieſer Rechte Streitigkeiten geweſen, welche endlich

1598 endlich ans Kammergericht gediehen, allwo von beiden Seiten weitläufig gehandelt, Zeugen geführt, auch derſelben Ausſagen publicirt worden, worauf man Jülichiſcher Seite ſelbſt, weil die Zeugen-Sagen nicht nach Wunſch gelautet, auf einen Vergleich angetragen, dazu dann beiderſeitige Commiſſarien niedergeſetzt worden. Durch derſelben unabläſſige Bemühung ſey auch ein Vergleich, auf Ratification jedoch der Obern, entworfen worden, welcher damals dem H. von Jülich ſo gut verfaßt geſchienen, daß er den Rath zu Aachen ſelbſt um baldige Genehmigung deſſelben in verſchiedenen Schreiben, die allenfalls originaliter beygebracht werden könnten, erſucht habe. Ehe aber ſolche würklich erfolgen können, ſey der H. durch einige Uebelgeſinnte, die unter dem Schein der Religion ſich demſelben gefällig gemacht, wieder abgewendet und dahin gebracht worden, daß er ſeine Rechte aufs neue und weit mehr als vorher auszudehnen geſucht, daraus dann der Rath geſehen, daß alle getroffene Uebereinkunft zurückgeſetzt, und Jülichiſcher Seite dahin getrachtet werden wolle, durch Hülfe dieſer Uebelgeſinnten, wenn ſie im Stadtregiment mit wären, die vorgeſetzten Endzwecke zu erhalten. Kurz darauf ſeye gar, durch ein beſonderes Anſchreiben des H. an die Stadt, von ſolcher die Einräumung verſchiedener Gerechtſamen, binnen 5 Tagen, gefordert, und als man desfalls Bedenken getragen, die Thätlichkeiten gegen die Stadt, die noch unerhörter weiſe fortdauerten, angefangen worden. Hieraus möchte nun das ganze Reich urtheilen, ob die Aachner ſo ſchlechterdings alle dieſe Forderungen nachzugeben ſchuldig und gehalten ſeyen? Zweytens diene zur Antwort, daß zwar von vielen Uebergriffen der Stadt gegen Jülich geredet werde,

werde, aber, wenn es je zu gütlich- oder rechtli- 1598
cher Erörterung und Beweis derſelben kommen ſollte, das wenigſte desfalls würde bewieſen werden können; z. B. was den Mißbrauch des Münz-Regals, die Abſetzung des Vogts, u. ſ. w. betreffe; auch würde man ſogar vieles davon auf der Stelle widerlegen können, wenn man wüßte, daß es den verſammelten Ständen angenehm wäre; wie man ſich dann hiezu Aachiſcher Seite beſtens erböte, falls es nur verlangt werden würde, auch nichts mehr wünſche, als daß entweder noch auf dem Reichstag, oder hernach an einem andern Ort dieſes alles genau unterſucht werden möchte. Alsdann würde ſich bald zeigen, wer Recht oder Unrecht hätte, und wem die Koſten aller dieſer Verhandlungen zu tragen, auch dem andern Theil den Schaden zu erſetzen, zuſtehe. Man hielte auch Aachiſcher Seite dafür, daß das beſte Mittel, in der ganzen Sache zum gedeihlichen Ende zu kommen, dieſes und kein anderes ſey, baldigſt zu unterſuchen, welcher von beiden Theilen den andern zuerſt und vorzüglich im Beſitz unſtreitiger Rechte geſtöret, welcher von beiden gütliche und rechtliche Auseinanderſetzung ausgeſchlagen, und ſich an keine Churfürſtliche und Fürſtliche, auch Kreis-Vorſtellungen gekehrt, welcher Theil dem andern mit Niederwerfen der Perſonen und Anhalten der Güter 6 Jahre lang unaufhörlich und unverantwortlich Schaden gethan habe, u. ſ. w. Drittens, der Kaiſerlichen Mandaten halber, auf welche die Jülichiſchen ſo ſehr pochten, habe es dieſe Bewandtniß: Es ſey freylich nicht zu leugnen, daß auf falſche Vorſpiegelungen verſchiedene Kaiſerliche Befehle gegen die Stadt ſeyen ausgebracht und bekandt gemacht worden. Weil aber aus dem Inhalt derſelben deutlich zu erſehen, daß ſie auf unge-

1598 ungegründetes Vorbringen, ja mit gänzlicher Verſchweigung der Litispendenz vieler Gegenſtände an dem Kammergericht, ergangen, ſo habe man keinmal verſäumet, von Seiten der Stadt dagegen die gehörigen Exceptiones, inſonderheit obgedachte Litispendenz einzuwenden, dabey es auch bis anhero gelaſſen worden ſey. Auch noch im Jahr 1593. hätte die Stadt, als ihre Sache zur Entſcheidung vorgenommen werden ſollen, ein documentum litispendentiae vom Kammergericht ausgebracht, und mit vielen Beylagen am Kaiſerl. Hof übergeben; wodurch dann auch erfolgt, daß in der von den Jülichiſchen ſo hoch erhobenen Entſcheidung von gedachtem Jahr, unangeſehen der zuvor ergangenen Kaiſerlichen Befehle, dem H. von Jülich nicht das geringſte zuerkannt, ſondern kraft erwehnter Litispendenz, ihm nur ſeine Anforderungen zu erweiſen vorbehalten worden, daher dieſer Stand ſich jener vorherigen Befehle nicht zu ſeinem Vorſtand gebrauchen könne, ſondern vielmehr vom Kaiſer ſelbſt zu der von den Churf. angerathenen gütlichen Ausgleichung ſich angewieſen ſehe [v]). Und hiemit glaubten ſie, würde auf die Hauptbeſchwerden der Jülicher geantwortet ſeyn: daß ihnen aber dieſe daneben vorwürfen, ſie, die Geſandten, ſeyen ſo wenig, als ihre Obern, zum Vergleich oder Rechtsverfahren legitimirt, ſey wol aus bloßer Unbedachtſamkeit geſchrieben, oder um ſich nicht einlaſſen zu müſſen. Hätten ſie ja nicht nur von dem ganzen Rath, 140 Perſonen beider-ley

v) Freylich kommt dieſe Angabe gar nicht mit dem von Häberlin N. T. R. Hiſt. XVII. B. S. 415. u. f. aus bewährten Quellen beygebrachten Inhalte dieſes Urtheils überein, als laut deſſen ſothanes Urtheil ganz den Jülichiſchen Forderungen gemäß war: unterdeſſen ſchreibe ich hier aus der Aachner Vorſtellung die Angabe, gerade ſo, wie ſie ſich da findet, ab.

ley Religion, ſondern auch von der Bürgerſchaft 1598
beider Religionen, genugſame Gewalt, wie ſolche auch in der Maynziſchen Canzley vorgezeigt worden! So ſey auch der Rath, der ſie geſchickt, kein unordentlich eingedrungener Rath, ſondern durch die ganze Bürgerſchaft, einer wie der andern Religion, gehörigermaßen erwählt, würde auch dafür von geiſt- und weltlichen, nahen und entlegenen Ständen, erkannt und angeſehen. Schließlich ſey zu bedenken, daß die ganze Aachiſche Sache jetzo neuerlich viel anders als vorhero geſtaltet ſich befinde. Denn auf die Kaiſerliche letzte Paritoriam habe der Rath an ſämtliche Catholiſch- und Evangeliſche Bürgerſchaft die Sache gelangen laſſen, und angefragt: was dabey zu unternehmen? worauf die ganze Bürgerſchaft beider Religionen ſich entſchloſſen, interveniendo bey dem Kaiſer einzukommen, ſo auch geſchehen; wie dann nicht weniger die A. C. verwandten Stände ihrentwegen eine Geſandtſchaft an den K. geſchickt, und die Stadt mit ihrer Intervention zu hören gebeten hätten, worauf demnächſt der K. keine ungnädige Antwort ertheilt habe [r]). So wie es nun einestheils der Stadt recht befremdlich vorkäme, daß die Jülichiſchen Geſandten bey dieſer Beſchaffenheit der Sache aus einem ſo hohen Ton ſprechen könnten, ſo hofften ſie anderntheils deſſen ohngeachtet, daß von den Ständen dieſelbe werde nach der wahren Beſchaffenheit angeſehen, und das Churf. Bedenken in Erfüllung gebracht werden, u. ſ. w.,,

Ob nun auf dieſe gewiß triftige Vorſtellung die Jülichiſchen wieder geantwortet? was darüber von den Reichsſtänden gehandelt? auch was den bei-

r) Die Interventionsſchrift, der A. C Stände Anbringen, und des K. Antwort ſind oben ihrem Inhalt nach vorgeſtellt worden.

1598 beiden Theilen für ein Beſcheid gegeben worden? davon habe ich in keinem Protocoll etwas gefunden [y]). Soviel iſt aber richtig, daß der K., nachdem er das, weswegen er die Aachner bisher vermuthlich geſchonet hatte, nemlich die Türkenverwilligung, erhalten, weder auf die Intervention der Stadt und Interceſſion der Proteſtanten viel geachtet, ſondern nun freye Hand zu Ausführung ſeiner Drohungen zu haben geglaubt habe. Das eifrige obangeführte Dringen der Spanier ſchürte das Feuer. Und auf dieſe Art kam es dann

30. Jun. Achtserklärung der Stadt.

nun würklich zur Achtserklärung des Proteſtantiſchen Theils der Reichsſtadt Aachen [z]). Die Vollziehung ward dem Churfürſten von Cölln übertragen, jedoch ſo, daß er auch den Churf. von Trier, den Erzh. Albrecht in den Niederlanden, und den Herz. von Jülich [a]) zu Hülfe nehmen möchte. Die Aachner, dieſen Ernſt merkend, ſchafften zum Theil ſelbſt die Proteſtantiſchen Prediger ab, und ſchickten Geſandte nach Cölln, um durch des Churfürſten Vermittelung wenigſtens die Jülicher abzuhalten, die ſchon Anſtalten machten, Aachen würklich anzugreifen. Der Churfürſt unterzog ſich auch dieſes Geſchäffts, und machte, daß dieſe Gewaltthätigkeiten vermieden wurden. Zwey Monate her-

28. Aug.

nach rückte auch die Kaiſerliche Commiſſion, unter dem Gr. von Manderſcheid, ein, begab ſich

y) Aber in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXX. iſt ſub num. 44-47 angegeben: Weitere Verhandlungen in der Aachiſchen Sache de a. cit. welches ich um deren willen, denen etwa beſonders hierum zu thun iſt, nicht unbemerkt laſſen kann.

z) Meteren hat davon die Formel XIX. B. S. 854.

a) Der Herzog von Jülich, als ein Haupt-Kläger gegen die Stadt, iſt unter den exequirenden! Das heißt Gerechtigkeit!

ſich auf das Rathhaus, wo der große Rath bey- 1598
ſammen war, den ſie ſämtlich entließen, und die
Schlüſſel der Stadt zu ſich nahmen, auch die mei-
ſten Proteſtanten verjagten; wobey zugleich etliche
tauſend Spanier, wie auch die Jülichiſche Mann-
ſchaft, in Bereitſchaft gehalten wurden, falls die
Proteſtanten nicht ohne Gewalt gewichen wären.
Einige Tage darauf geſchah die völlige Wieder- 1. Sept.
einſetzung der Catholiſchen in alle ihre verlangte
Rechte, nachdem den verſammelten Zünften vor-
hero war angezeigt worden, daß, ob ſie zwar
große, in der Achts-Erklärung angedrohete Stra-
fen verdient hätten, ſo wolle doch der Kaiſer Gna-
de für Recht ergehen laſſen, wenn man ſich nur
ruhig hielte, und die Wahl des neuen Magiſtrats,
wozu ſie jedoch Perſonen vorſchlagen könnten, den
Kaiſerlichen Commiſſarien überließe. Dieſes alles
geſchah am benannten Tage. Die ganze Catho-
liſche Bürgerſchaft zog bewaffnet denen zu Bur-
ſcheid inzwiſchen ſich aufhaltenden verjagten Ca-
tholiſchen Rathsherren entgegen; die Jülichiſchen
Soldaten aber marſchirten in die Stadt, wo man
Gegenwehr befürchtete, rückten aber, nachdem ſie
alles ruhig gefunden, wieder hinaus, nach Bur-
ſcheid zu, feuerten ab, und gingen ihrer Wege.
Die Bürgerſchaft begleitete von da aus die ver-
triebenen Rathsherren, von dem Kaiſerlichen He-
rold, der ganz golden gekleidet vorausritt, ange-
führt, in die Stadt, wobey jedoch wieder 300
Soldaten mit hineinkamen. In der Hauptkirche
hielten die Catholiſchen großes Amt, zogen ſodann
auf das Rathhaus, und wählten den neuen Rath,
ganz aus ihrem Mittel, wobey von den vertrie-
benen die meiſten wieder eingeſetzt wurden. Dieſe
alle mußten zugleich dahin ſich eidlich verpflichten,
nie ein anderes als Catholiſches Mitglied in den

und Wiedereinſetzung der Catholiſchen.

1598 Rath aufnehmen zu wollen. Die Proteſtanten aber mußten auf den Knieen den Kaiſerlichen Commiſſarien Abbitte thun, und wurden, unter dem Verſprechen, die Commiſſions-Koſten zu bezahlen, der Acht entbunden: worauf ihnen jedoch noch ein Theil der Kirchen weggenommen, auch die Schulen entzogen wurden [b]). Daß im übrigen die guten Aachner, ſo ſehr ſie hiebey zu bedauern waren, vieles, durch ihre Widerſpenſtigkeit und Verachtung aller Kaiſerlichen Befehle, zu der Schärfe, womit jetzo und auch noch weiter hinaus gegen ſie verfahren wurde, ſelbſt beygetragen haben, iſt nicht zu leugnen [c]). Und ſoviel von dem Jahr 1598!

1599 Die Geſchichte des nun folgenden Jahres fangen wir billig, in Ermanglung einer Reichsverſammlung, mit den Zuſammenkünften der Proteſtantiſchen Stände an. Auch in dieſem Jahr verſammelten ſich die Proteſtantiſchen Stände allein,

Verſamml. der Proteſtant. zu Friedberg.

b) Aus Nopps, eines Augen-Zeugen, Aachner-Chronik, S. 208. u. f. (welchen Moſer a. a. O. nur kürzlich ausgezogen,) wie auch Meteren, a. a. O. Uebrigens könnte ein Aacheniſcher Geſchichtſchreiber noch ſehr vieles zu ſeinem Behuf, in ſoweit es dieſe Sache beträfe, aus dem vortrefflichen Brandenb. Anſp. Archiv nehmen, wie dann in dem Ind. Mſc. Arch. On. T. LXXII. n. 44-47. 57. 58. 62-70. 77-83. 85. 89-98. 105. 113. 116-118. imgleichen LXXIII. 3. 7. 10-13. 17. 18. 22-24. 26. 40-42. 52. 66. 117-123. 130. lauter dahin gehörige Schreiben der Stadt, Fürſchreiben für ſie, Nachrichten von den Vorgängen u. d. g. enthalten. Sonderlich ſiehet man aus LXXIII. 40. daß die Reichsſtädte noch den 17. Oct. e. a. von Worms aus, an den Churfürſten von der Pfalz ein Fürbittſchreiben erlaſſen, um die Aachner mit dem K. auszuſöhnen.

c) Imm. *Weberi* Diſſ. de Rudolpho II. Imperat. (Giſſae 1707.) Sect. II. §. 3.

lein, ihrer Angelegenheiten halber [d]), auf des Churf. von Pfalz Antrieb, zu Friedberg [e]), bey welchem Tag, außer Chur-Pfalz ſelbſt, auch der Churf. von Brandenburg, der Pfalzgr. Philipp Ludwig zu Neuburg, der Marggraf von Brandenburg, der Herzog von Braun- 1599 22. Jul.

Ll 2

d) Etwas hievon hat Struv, Geſch. der Religionsbeſchwerden, I. Th. III. Cap. §. 42. S. 403. den Abſchied ſelbſt aber *Londorp*, act. publ. III. Th. VII. B. S. 520. u. f.

e) Einer andern Verſammlung dieſer Art, ſo ſchon im Febr. d. J. zu Frankfurt geweſen ſeyn ſolle, gedenkt Lerſner in ſ. Frankf. Chron. I. Th. I. Buch, XXIII. Cap. S. 147. Da ich aber in keinem andern Buch Nachricht davon finde, ſo habe ich ſothanes neueren Schriftſtellers Angeben wenigſtens an dieſem Ort erwähnen wollen. Unterdeſſen hat derſelbe ganz recht geſchrieben, da ſich in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXXIII. n. 116. eine Inſtruction des von Brandenburgiſcher Seite nach Wertheim und Hohenlohe abgeſandten Dr. Eiſens, um Abordnung ihrer Räthe zu dem auf den 28. Jenner 1599. nach Frankfurt, zwiſchen etlichen Evangeliſchen Chur- und Fürſten, der Spaniſchen Annäherung und geäußerten Drohungen wider die Evangeliſchen halber, verabredeten anderweiten Convent, d. d. Onolzb. 28. Dec. 1598. verzeichnet findet. Auch findet ſich ebendaſ. n. 115. eine Copia des bey dem andern Convent der Evangeliſchen Stände abgehaltenen Protocolls, über Begreifung einer Exceptionsſchrift auf der Catholiſchen Stände Gravamina, ſ. d. wo das Beywort, andere, mich vermuthen macht, daß das benannte Prot. zu dieſem Tage und keinem andern gehöre. Daß auch H. Friedrich von Würtenberg ſeine Geſandten bey dieſer Verſammlung gehabt, berichtet Sattler, Würt. Geſch. V. B. S. 215. Vermuthlich beziehet ſich auf dieſe Verſammlung der bey Londorp Act. Publ. T. III. p. 526. n. XI. angeführte Abſchied d. d. 20. Merz 1599; da ſich dann freylich, wenn dem ſo wäre, die Zuſammenkunft in etwas verzogen haben müßte.

1599 Braunſchweig-Wolfenbüttel, der Biſchof von Oſnabrück, die ſämtlichen Landgrafen von Heſſen, der Marggraf Ernſt Friedrich von Baden, der Herzog Franz von Sachſen-Lauenburg, der Gr. Johann der ältere von Naſſau-Dillenburg, im Namen der Wetterauiſchen Grafen, und der Graf Gottfried von Oettingen, durch ihre Geſandten zugegen waren, d. d. 30. Jul. wie die Unterſchriften des Abſchieds bezeugen. Hauptſächlich war der Gegenſtand dieſer Zuſammenkunft die bey der Frankfurter-Zuſammenkunft des vorigen Jahrs ſchon zur Frage gekommene nähere Zuſammenſetzung der Proteſtanten, wegen welcher aber juſt gar nichts ausgerichtet werden konnte, ſondern die Geſandten alles ihren Principalen zu hinterbringen ſich vorbehielten, der Churfürſt von Pfalz aber in dem Abſchied ſelbſt die ſämtlichen Proteſtantiſchen theilhabenden Fürſten ermahnte, ihm binnen 6 Wochen categoriſche Antwort wegen dieſer Sache zukommen zu laſſen. Doch wurde ſich inzwiſchen überhaupt dahin, daß die Proteſtantiſchen hier verſammelten Fürſten, zu Handhabung des Land- und Religionsfriedens, in allen Fällen möglichſt für Einen Mann ſtehen wollten; und noch inſonderheit über nachfolgende Puncte verglichen: Erſtlich, die Türkenſteuer betreffend, ſolle es bey der im vorigen Jahr zu Frankfurt verabredeten Zurückhaltung derſelben, eigener Defenſion halber, verbleiben. Und obwol die Pfalz-Neuburgiſchen und Oettingiſchen Geſandten dabey angezeigt, daß ſie desfalls keinen Befehl hätten, maßen auch ihre beiderſeitige Herrſchaft alle bisher verfallene Zieler richtig bezahlt habe, ſo glaubten doch die übrigen Fürſten, daß, wenn denſelben alles recht vorgeſtellt würde, ſie für die zukünftigen Zieler wenigſtens beytreten würden.

Zwey-

Zweytens, den Deputationstag zu Speyer 1599
betreffend, der bis auf das Frühjahr 1600. verſchoben worden, ſo wolle man zwar denſelben beſuchen, aber ſich in nichts den A. C. Verwandten nachtheiliges einlaſſen, ſondern gegen alles dergleichen proteſtiren, und lieber gar weggehen. Hiebey meineten auch die meiſten Stimmen, daß man geradesweges ſich gleich anfangs erklären ſolle, daß man mit Burgund und Coſtnitz, als die ſich offenbar feindlich gegen das Reich und ſonderlich gegen alle Proteſtanten bezeigten [f]), in keiner gemeinſchaftlichen Deliberation ſitzen könne und wolle, bis dieſe beide Stände den Unfug des Spaniſchen Kriegsvolks abſtellten. Jedoch wurde hierüber kein Schluß gemacht.

Drittens ſolle es, des Zugs gegen die Spanier halber, dabey bleiben, was zu Coblenz verabredet worden, und jeder Stand ſeines Theils möglichſt an der Vollſtreckung deſſelben arbeiten helfen. Auch ſollte übrigens alles hier verhandelte aufs genaueſte verſchwiegen gehalten, und wenn der Kaiſer etwa nach dem Inhalt der Verabredungen fragte, nur im Allgemeinen mit Beſcheidenheit geantwortet werden, daß nichts wider Kaiſer und Reich und die Geſetze gehandelt worden [g]).

f) Daß Coſtnitz ſich feindlich bezeige, gehet darauf, daß der Cardinal-Regent in den Niederlanden, zugleich Biſchof daſelbſt war.

g) Das Vornehmſte von dieſen und den vorjährigen Berathſchlagungen der Proteſtanten, findet man auch bey Schmidt, Geſch. der Teutſchen, VIII. B. XII. Cap. S. 129. u. f. wo ſie jedoch aus dem ſehr gehäſſigen Geſichtspunct dargeſtellt werden, als wenn Pfalz mit Fleiß gewaltthätige Ausbrüche der obwaltenden Mishelligkeiten unmittelbar herbeyzuführ-

1599 Kreistäge. a) Nieder-Sächſiſcher Kreistag zu Braunſchweig.

Nun auch auf die Kreistäge dieſes Jahrs zu kommen, ſo viel davon mir bekandt geworden, ſo finden ſich dergleichen ſonderlich verſchiedene von dem **Nieder-Sächſiſchen Kreis**. Der erſte iſt gleich zu Anfang des Jahrs zu **Braunſchweig** verſammlet geweſen, wie ſein Abſchied h) zeiget. In demſelben wird **zuerſt** geſagt, daß, da der **Herzog von Braunſchweig** nochmals habe erklären laſſen, daß er zu Bezahlung der im Jahr 1598. nach Ungarn geſchickten Reuter nicht beyzutragen ſchuldig ſey, ſo hätten die Kreisſtände in Betracht der äußerſten Noth ſich dahin vereiniget, daß die Forderung des Kreiſes deshalb noch ausgeſetzt bleiben, indeſſen aber die ſich mit der Herz. Braunſchweigiſchen Verweigerung bisher entſchuldigt habende Stände doch ihre Rückſtände abtragen ſollten. **Zweytens**, was die **Mehrheit der Stimmen**, ob ſie in Kreis-Sachen den Schluß machen ſollte? betreffe, ſo werde es bey den Reichs- und

zuführen geſucht hätte. Ich glaube aber, daß von dieſem Verdacht den Churfürſten ſein an die zu Heidelberg zurückgelaſſene Räthe von Caſſel aus unterm 18. Aug. 1600. abgeſandtes Schreiben, bey Londorp S. 538., befreye, in welchem er, da von Verhinderung der Hof-Proceſſe die Rede iſt, die deutlichen Worte mit einfließen läßt: „Hiebey nun, weil wir auch kein ferneres Mittel gewußt, als viam facti, mit dem ſich doch nicht alſo herausgehen läßt, haben wir es müſſen bewenden laſſen, u. ſ. w.„ Denn, wer gegen ſeine eigene Räthe die Gewaltthätigkeit, als etwas, womit ſich nicht ſo herausgehen oder zufahren ließe, erkläret, der kann ſchwerlich die Abſicht haben, andere dazu anzureizen. Sollte vielleicht Hr. Schmidt die Aeußerungen des Pfalzgr. Johanns von Zweybrück, als von welchen, in denen bey Londorp a. a. O. von ihm folgenden Stücken, viele, leider! auf den Krieg gehen, mit des Churfürſten ſeinen verwechſelt haben?

h) Moſer, Kreis-Abſch. T. III. p. 321.

und Kreis-Abſchieden, die hierinnen klare Maaß 1599
gäben, gelaſſen [i]). **Drittens**, das Spaniſche Kriegswesen betreffend, ſo ſey vorzüglich, da der Kaiſer das auf dem vorigen Kreistag aufgeſetzte Bittſchreiben nur mit einem bloßen Empfang-Schein erwiedert, an denſelben noch ein dergleichen, in aller Beſcheidenheit, zu erlaſſen. Nebſt dieſem ſey es gut, daß die Stände des Kreiſes alleſamt, wie bey jüngſter Zuſammenkunft bedacht worden [k]), die bisher noch nicht bezahlte Zieler der Türkenſteuer, und zwar jeder ſein Theil, bey ſich behielten, zu ihrer eigenen nothwendigen Vertheidigung, in Hoffnung, daß der Kaiſer es nicht in Ungnaden vermerken werde; wobey ebenfalls auch beſchloſſen worden, daß, ſo bald die große Bedrängniß der Spanier vorbey ſey, die noch alsdann rückſtändige Zieler dem K. unweigerlich ausgezahlt werden ſollten. Sollte aber dennoch mit fiſcaliſchen Proceſſen gegen die nicht zahlende Stände verfahren werden wollen, ſo ſolle der Syndicus des Kreiſes zu Speyer, wie ihm bereits befohlen worden [l]), ſich im Namen des ganzen Kreiſes der desfalls bedrängten Stände annehmen,

Ll 4 und

i) Alſo in der größten Ungewißheit gelaſſen.

k) Was dieſes für eine Zuſammenkunft ſeyn müſſe, von der hier die Rede iſt, kann ich nicht beſtimmen. In dem bey dem vorigen Jahr angeführten Kreisabſchied vom 18. Dec. wenigſtens iſt auch keine Spur einer Zurückhaltung der Türkenſteuer zu finden. Vielleicht wird auf die Verſammlung der Proteſtanten, die oben dageweſen, gezielet.

l) Auch von dieſem Umſtand iſt keine Spur in dem letzten Kreis-Abſchied d. d. 18. Dec. 1598. Es ſcheint dannenhero, wie noch aus mehreren Stellen gegenwärtigen Kreisabſchiedes, daß gedachter letzterer doch dem Hrn. von Moſer nicht ganz in die Hände gefallen, obwol derſelbe das Gegentheil muthmaßet, S. 308.

1599 und wider den Fiſcal handeln. Nächſt dieſem ſey es auch hochnothwendig, die übrigen Kreiſe zu Hülfe zu rufen, mithin ſolle man vor allen Dingen die nach Erfurt ausgeſchriebene Zuſammenkunft beſuchen. Da auch ferner es zu läſtig ſey, um jeder Anſtalt willen den ganzen Kreis zu beſcheiden, ſo ſollen als ein Ausſchuß zu dieſem Defenſionswerk benennt ſeyn, die beiden Kreisausſchreibenden Fürſten, der Erzb. von Bremen, der Herzog von Mecklenburg, der Herzog von Braunſchweig-Lüneburg, der Herzog von Sachſen-Lauenburg, und die Stadt Mühlhauſen, welche dann in dieſer Sache alles zu beſchließen und zu veranſtalten, die andern aber es ſchlechthin gutzuheißen, auch die Koſten mit zu tragen hätten [m]). Ferner ſollten ſich indeſſen die Stände einzeln jeder mit Mannſchaft alſo gefaßt halten, daß er auf Erfordern des Oberſten mit ein-, auch allenfalls fünffachem Anſchlag des Römerzugs gerüſtet im Feld erſcheinen könne. Das aber jedem Stande zu liefern obliegende Munitionsquantum ſolle forderſamſt nach Braunſchweig geliefert, auch wegen Pferde und Büchſenmeiſter zum voraus die Anſtalt gemacht werden. Sollte aber jemand ſäumig in dieſem allem ſeyn, ſo man nicht hoffen wolle, und dann die Noth einbrechen, ſo ſollten alsdann die übrigen Stände ſeinen Antheil an Volk oder Munition ſtellen, und er allen Schaden und Aufwand zu erſtatten ſchuldig ſeyn. Da auch Dännemark und Hol-
ſtein

m) Dieſer Ausſchuß hat auch gleich damals ſeine beſondere Sitzung gehalten, und dem zufolge einen kleinen beſondern Abſchied verfaßt, welcher bey Moſer a. a. O. S. 337. 338. ſtehet, aber nichts hier anzuführendes enthält, außer daß zur erſten Gegenwehr einſtweilen 600 Mann zu Roß und 1500 zu Fuß angeworben werden ſollten.

ſtein ihr beiderſeitiges Quantum an Gelde zu lie- 1599
fern verſprochen hätten, ſo ſolle der Kreis-Oberſte
deſſen bey der Direction des Kriegsweſens einge-
denk ſeyn. Um auch auf alle Fälle Geldvorrath
bey dem Kreis zu haben, ſo ſollten, außer den 50
zum Nachzug gegen die Türken beſtimmten Mo-
naten, noch 10 andere, bis künftige Oſtern, ohne
alle Säumniß, bey Vermeidung der geſetzmäßigen
Kreis-Hülfe, in den Kreis-Kaſten gebracht wer-
den. Hierbey ſolle auch keine Exemtion statt-
haben, ſondern die eximirten Stände ihre Anlagen,
alles Einwendens ohngeachtet, zu erlegen ſchuldig
ſeyn, insbeſondere auch Hamburg desfalls erin-
nert werden. Die Oſtfrieſiſchen Händel be-
treffend, ſolle nochmals an den Grafen geſchrie-
ben werden, um ihn von allen Thätlichkeiten, ſon-
derlich Herbeyrufung des Spaniſchen Kriegsvolks,
ernſtlichſt abzumahnen, imgleichen ein Fürſchreiben
an den Kaiſer zum Beſten der Stadt Emden er-
laſſen. Weil auch verlaute, daß der Herzog Mo-
ritz von Lauenburg für die Spanier werben wolle,
ſo ſey derſelbe ebenfalls durch ein Schreiben, in
Gemäßheit der Kaiſerlichen Avocatorien, hievon
abzumahnen. Die Stadt Hamburg ſey durch
ein Schreiben zu ermahnen, daß ſie ihren Handel
ſo anſtelle, daß keines der Kriegführenden Theile
hieraus Anlaß zu Gewaltthätigkeiten nehmen könne.
Auch ſeyen die Herz. Braunſchweigiſche nach
Speyer gehende Deputirte zu erſuchen, daß ſie
das Urtheil zum Beſten dieſer Stadt, ihre Reichs-
ſtandſchaft betreffend, betreiben möchten. Die
Deputationskoſten betr., bliebe es bey dem letzt-
hin gethanen Erbieten, da Braunſchweig ſolches
ohne weiteres angenommen habe. In Betreff
der Braunſchweigiſchen Forderung an den
Kreis und der Reſtanten-Eintreibung ſind die Ver-

1599 ordnungen des letzten Kreistags wörtlich wiederholt n). Wegen des Capitals, ſo bey dem Stift Straßburg ſtehe, ſolle man ſich möglichſt die Rückzahlung deſſelben angelegen ſeyn laſſen. Endlich, nach einigen Verordnungen wegen Bezahlung des rückſtändigen Reuterſolds, wie auch einzelnen Verehrungen an Herz. Auguſt von Lüneburg und Herz. Franz von Lauenburg, den Braunſchweigiſchen Geſandten zum Deputationstag, und den Kreiseinnehmer, folgt der Schluß und die Unterſchrift. Zuerſt ſtehen die vier Geſandten des Domcapitels zu Magdeburg, ſodann die von Bremen, Halberſtadt, Braunſchweig-Lüneburg, Braunſchweig-Wolfenbüttel, Mecklenburg-Holſtein, und Sachſen-Lauenburg, überall zwey oder drey an der Zahl, endlich der Städte Lübeck o), Goslar und Nordhauſen, von welcher beiden erſtern wegen nur je einer erſchienen iſt. Der Däniſch-Holſteiniſche Geſandte iſt wegen Waſſersnoth ausgeblieben, Ratzeburg, Reinſtein und Mühlhauſen haben niemand, auch keine Entſchuldigung geſchickt.

b) Niederſ. Ausſchußtag zu Lüneburg. 28. Febr. Die zweyte Verſammlung der Niederſächſiſchen Stände, ſo aber eigentlich nur ein Ausſchußtag geweſen, iſt zu Lüneburg gehalten worden, von woher der Abſchied datirt iſt p). In ſolchem heißt es, nach einem langen Eingang von der Nothwendigkeit, ſich, auch noch außer der Anwerbung von den beſchloſſenen 2100 Mann, im Vertheidigungsſtand zu halten, erſtlich, daß ein nochmaliges Schreiben an alle Stände zu erlaſſen, daß

n) Man vergleiche dorten §. 9. und 14. mit 32. und 33. allhier.

o) Dieſer Geſandte aber hat einiger Bedenklichkeit halber den Abſchied nicht beſiegeln wollen.

p) Derſelbe ſtehet bey Moſer, Kreisabſch. T. III. S. 364. u. f.

daß ſie, jeder ſo viel, als er zum Kreis gewöhnlich 1599
zu ſtellen ſchuldig ſey, ſtraks anzuwerben und in Wartgeld zu legen hätten [q]). **Zweytens**, die Aufmahnung, wenn noch mehrere Hülfe nöthig wäre, würde für dieſesmal vermuthlich auf den vierfachen Anſchlag gehen, dannenhero jeder Stand auf dieſelbe genugſam ſchicken ſolle. Die beiden Holſteiniſchen Häuſer aber, welche ihren Beytrag an Geld machen wollten, ſollten durch Schreiben erinnert werden, einſtweilen ſo viel an Wart- und Laufgeld, als andere Stände für einen Monat anwenden müſſen, forderſamſt einzuſchicken, das übrige aber monatlich, auf Erfordern, nachzuſenden. **Drittens**, da jeder Stand ſein Contingent ſelbſt werben ſolle, mithin kein gemeiner Kreis-Pfennig- oder Zahlmeiſter gemacht werden könne, ſo habe jeder Stand auch wegen eines dergleichen Mannes bey ihrem Volk zu ſorgen, damit alles richtig gehe. **Viertens**, der **Muſterplatz** werde bey der Aufmahnung ſelbſt benannt werden. **Fünftens**, die **Munition** betreffend, bleibe es bey dem Kreisſchluß. **Sechſtens**, da der **Hr. Kreisoberſte** dismal ſelbſt die Anführung der Mannſchaft zu übernehmen ſich entſchuldiget, ſo ſolle derſelbe ſamt den übrigen Ausſchußſtänden der Sache nachdenken, und bey Zeiten eine Uebereinkunft wegen der oberſten Befehlshaberſtelle treffen. **Endlich**, wegen der **Beſtallung** ſolle es bey der 1597. zu **Soltwedel** berichtigten **Reuterbeſtallung** bleiben. Weil auch der Herzog von Braunſchweig für die Hauptleute,

q) Beyläufig bemerke ich auch die Beſtimmung dieſes Wartgeldes, nemlich auf ein Roß 5 : 6 Reichsthaler, und für einen Hauptmann, der Fußvolk werben ſoll, etwas auf die Hand, aber gleichwol auf ein Fähnlein Knechte nicht mehr als etwa einhundert Thaler.

1599 ordnungen des letzten Kreistags wörtlich wiederholt [n]). Wegen des Capitals, ſo bey dem Stift Straßburg ſtehe, ſolle man ſich möglichſt die Rückzahlung deſſelben angelegen ſeyn laſſen. Endlich, nach einigen Verordnungen wegen Bezahlung des rückſtändigen Reuterſolds, wie auch einzelnen Verehrungen an Herz. Auguſt von Lüneburg und Herz. Franz von Lauenburg, den Braunſchweigiſchen Geſandten zum Deputationstag, und den Kreiseinnehmer, folgt der Schluß und die Unterſchrift. Zuerſt ſtehen die vier Geſandten des Domcapitels zu Magdeburg, ſodann die von Bremen, Halberſtadt, Braunſchweig-Lüneburg, Braunſchweig-Wolfenbüttel, Mecklenburg-Holſtein, und Sachſen-Lauenburg, überall zwey oder drey an der Zahl, endlich der Städte Lübeck [o]), Goslar und Nordhauſen, von welcher beiden erſtern wegen nur je einer erſchienen iſt. Der Däniſch-Holſteiniſche Geſandte iſt wegen Waſſersnoth ausgeblieben, Ratzeburg, Reinſtein und Mühlhauſen haben niemand, auch keine Entſchuldigung geſchickt.

b) Niederſ. Ausſchußtag zu Lüneburg. 28. Febr.

Die zweyte Verſammlung der Niederſächſiſchen Stände, ſo aber eigentlich nur ein Ausſchußtag geweſen, iſt zu Lüneburg gehalten worden, von woher der Abſchied datirt iſt [p]). In ſolchem heißt es, nach einem langen Eingang von der Nothwendigkeit, ſich, auch noch außer der Anwerbung von den beſchloſſenen 2100 Mann, im Vertheidigungsſtand zu halten, erſtlich, daß ein nochmaliges Schreiben an alle Stände zu erlaſſen, daß

n) Man vergleiche dorten §. 9. und 14. mit 32. und 33. allhier.

o) Dieſer Geſandte aber hat einiger Bedenklichkeit halber den Abſchied nicht beſiegeln wollen.

p) Derſelbe ſtehet bey Moſer, Kreisabſch. T. III. S. 364. u. f.

daß ſie, jeder ſo viel, als er zum Kreis gewöhnlich 1599
zu ſtellen ſchuldig ſey, ſtraks anzuwerben und in Wartgeld zu legen hätten [q]). **Zweytens**, die Aufmahnung, wenn noch mehrere Hülfe nöthig wäre, würde für dieſesmal vermuthlich auf den vierfachen Anſchlag gehen, dannenhero jeder Stand auf dieſelbe genugſam ſchicken ſolle. Die beiden Holſteiniſchen Häuſer aber, welche ihren Beytrag an Geld machen wollten, ſollten durch Schreiben erinnert werden, einſtweilen ſo viel an Wart- und Laufgeld, als andere Stände für einen Monat anwenden müſſen, forderſamſt einzuſchicken, das übrige aber monatlich, auf Erfordern, nachzuſenden. **Drittens**, da jeder Stand ſein Contingent ſelbſt werben ſolle, mithin kein gemeiner Kreis- Pfennig- oder Zahlmeiſter gemacht werden könne, ſo habe jeder Stand auch wegen eines dergleichen Mannes bey ihrem Volk zu ſorgen, damit alles richtig gehe. **Viertens**, der Muſterplatz werde bey der Aufmahnung ſelbſt benannt werden. **Fünftens**, die Munition betreffend, bleibe es bey dem Kreisſchluß. **Sechſtens**, da der Hr. Kreisoberſte dismal ſelbſt die Anführung der Mannſchaft zu übernehmen ſich entſchuldiget, ſo ſolle derſelbe ſamt den übrigen Ausſchußſtänden der Sache nachdenken, und bey Zeiten eine Uebereinkunft wegen der oberſten Befehlshaberſtelle treffen. **Endlich**, wegen der Beſtallung ſolle es bey der 1597. zu Soltwedel berichtigten Reuterbeſtallung bleiben. Weil auch der Herzog von Braunſchweig für die Hauptleute,

q) Beyläufig bemerke ich auch die Beſtimmung dieſes Wartgeldes, nemlich auf ein Roß 5 : 6 Reichsthaler, und für einen Hauptmann, der Fußvolk werben ſoll, etwas auf die Hand, aber gleichwol auf ein Fähnlein Knechte nicht mehr als etwa einhundert Thaler.

1599 leute, ſo das Fußvolk zu Beſetzung der Päſſe an der Weſer geworben, eine Beſtallung aufgerichtet, ſo ſolle man den Ständen dieſelbe im Auszuge bekandt machen. Unterſchrieben ſind hiebey Herzog Ernſt von Braunſchweig-Lüneburg, Herzog Ulrich von Mecklenburg, Herzog Franz von Sachſen-Lauenburg, alle eigenhändig.

c) Niederſ. Kreist. zu Magdeburg. 28. Apr. Eine anderweitige Verſammlung der Niederſächſiſchen Kreisſtände, bey der jedoch auch andere Stände zugegen waren, wurde zwey Monate nach der vorigen gehalten, wie deſſen Abſchied zeigt r), und zwar zu Magdeburg. Nemlich, auf Ausſchreibung des Marggrafen Georg Friedrich von Brandenburg, und des Herzogs Heinrich Julius von Braunſchweig-Wolfenbüttel, erſchienen daſelbſt der Churfürſt von Brandenburg, der Herzog Ernſt von Braunſchweig-Lüneburg, Philipp Siegmund Biſchof zu Verden, der Herzog Ulrich von Mecklenburg, der Herzog Franz von Sachſen-Lauenburg, der Biſchof Johann Adolph von Lübeck, endlich der Graf von Oldenburg. Inſonderheit wurde daſelbſt gehandelt wegen des auf dem Coblenzer-Tag s) beſchloſſenen Hülfszugs

r) Von Moſer, Kreisabſch. III. Th. S. 381.

s) Dieſes zu Coblenz von 5 Kreiſen gehaltenen Tages Abſchied habe ich unten bey der Geſchichte des Niederländiſchen Kriegs, wo die Geſchichte dieſes Hülfszugs auch vorkommt, noch ehe ich die Sammlung der Kreis-Abſchiede in die Hände bekam, im Auszug gleich mit dargeſtellt, daher er dorten geleſen werden kann. Uebrigens iſt dieſer Abſchied, außer denen dort angeführten Orten, auch in ebengedachter Sammlung zu befinden, T. III. S. 368. deren Verf. ihn zuerſt herauszugeben vermeinte. Es gehet aber dieſer Abdruck von den übrigen in vielem, ſonderlich in der Unterſchrift ab, und iſt bald einer, bald der andere beſſer.

zugs gegen die Spaniſchen Vergewaltigungen im 1599
Weſtfäliſchen Kreiſe, und beſchloſſen: 1) Zum Grunde bey dieſer zu leiſtenden Hülfe ſey der gedachte Coblenziſche Abſchied zu legen. Dem zufolge habe jeder Kreis-Oberſter nicht nur von ſeinem Kreiſe das erforderliche Geld zur Rüſtung zu begehren, ſondern auch daran zu ſeyn, daß die andern Kreiſe, die kein Volk geben, ihren Antheil an den Koſten tragen möchten, und ſolle inſonderheit der Churf. von Brandenburg desfalls bey dem Oberſächſiſchen Kreis ſich verwenden. Da es auch 2) noch nicht bekandt, daß der Weſtfäliſche Kreis ſelbſt Anſtalten mache, um das nöthige Kriegsvolk aufzubringen, ſo ſolle man von Seiten des N. S. Kreiſes Abgeordnete auf den nach **Hervorden** angeſetzten **Weſtf. Kreistag** ſchicken, und daſelbſt ſich hierum genau erkundigen, auch ſich erbieten, den **Weſtf. Kreis** mit Mannſchaft, gegen Erlegung der Koſten, zu vertreten. Da auch 3) viele Stände auf dem Coblenziſchen Tage nicht gern geſehen hätten, daß der **Graf Simon v. d. Lippe** das **General-Feld-Oberſten-Amt** bekomme, ſo ſolle man bemühet ſeyn, daß dieſer davon gutwillig abgienge, und allenfalls dem **N. S. Kreisoberſten**, nemlich vorjetzt dem **Herzog von Braunſchweig-Wolfenbüttel**, das Oberbefehlshaber-Amt übertragen werde. Sollte aber ja dieſes nicht gütlich ins Werk zu richten ſeyn, ſo ſolle dennoch die beſchloſſene Kreishülfe ungeſäumt vor ſich gehen, die Mannſchaft durch jeden Kreis-Oberſten an Ort und Stelle geführt und von demſelben gute Acht gegeben werden, daß ſolche Kreishülfe t) wider den Feind auf das nützlichſte zur Würk-

t) Hier werden noch beſonders in dem Abſchiede die nicht eigentlich hieher gehörige, doch an ſich merkwürdige

1599 Würklichkeit gelange. Weil auch 4) von einer nähern Zuſammenſetzung der Evangeliſchen Stände unter einander die Rede geweſen, ſo habe man zwar überhaupt dieſe Sache für räthlich gefunden; Jedoch, um damit alle Stände von der Art derſelben ſich genau bereden könnten, ſolle der Churf. von der Pfalz, der bey denen desfalls bisher gehaltenen Verſammlungen den Vorſitz geführt, durch den Churf. von Brandenburg und Herzog von Braunſchweig-Wolfenbüttel erſucht werden, nochmals eine dergleichen Zuſammenkunft, an einem ihm beliebigen proteſtantiſchen Ort, zu veranſtalten, und zu ſolcher die hier gegenwärtigen Stände auch zu beſchreiben, vorher aber denenſelben die vornehmſten Puncte ſolcher Zuſammentretung zu wiſſen zu thun, damit man deſto beſſer die Geſandten inſtruiren könne. Weil man auch merke, daß Chur-Brandenburg vorhabe, eine Geſandtſchaft an Chur-Sachſen zu ſchicken, um bey dem Ober-Sächſiſchen Kreis den gehörigen Beytrag, zum Zug gegen die Spanier, zu erwürken, ſo hoffe man, er werde auch ſolches auf beſtmöglichſte Weiſe auszurichten ſuchen.

d) Niederſ. Kreist. zu Halberſtadt. 4. May.

Kaum war dieſer Kreistag zu Ende, ſo folgte mit unglaublicher Geſchwindigkeit ein anderer, davon hier der Abſchied ebenfalls im Auszug erſcheinet [u]), zu Halberſtadt. In ſolchem wird zuerſt beſchloſſen, dem Kaiſer, auf deſſen an die ausſchreibenden Fürſten dieſes Kreiſes ergangenes Schreiben, für ſeine Reichsväterliche Fürſorge gebüh-

würdige Worte eingeſchaltet: „Weil gleichwol dem Directori desfalls mehr nicht als die Umfrage und ein Votum gebührt, ſonſten aber ihm ſich in allen Fällen nach den Mehreren zu richten obliegt.„

u) Aus v. Moſers Sammlung T. III. p. 386. u. f.

gebührend zu danken, auch die Fortſetzung derſel- 1599
ben, bis zu Wiederherſtellung des Friedens, an-
zuempfehlen. Dabey aber ſey demſelben zu mel-
den, daß da die Kriegführenden Theile den Kaiſer-
lichen Mandaten nicht Folge leiſteten, mithin zu
würklicher thätlicher Hülfe zu ſchreiten nothwendig
werde, ſo hätten die verſammelten Stände v) ſich
gezwungen geſehen, die verwilligte Türkenhülfe,
welche nebſt den Kreisdefenſions-Koſten zugleich
aufzubringen zu ſchwer würde, vorjetzo noch zu-
rückzuhalten, jedoch alſo, daß man ſolche nicht ge-
meinet ſey dem K. ganz zu entziehen, ſondern,
ſobald dieſe Unruhen vorbey, unweigerlich zu erle-
gen; alles laut des Aufſatzes ſub A. x) **Zwey-
tens**, die **Kreishülfe** ſelbſt belangend, ſo haben
ſich die Stände demjenigen gemäß, was auf dem
gemeinen Kreistage zu **Coblenz** desfalls beſchloſ-
ſen worden, zu halten verſprochen, jedoch nur **De-
fenſiv-**, nicht **offenſiv-**weiſe y). Gleichwie nun
der Weſtfäliſche Kreis-Oberſte, dem gedachten
Schluß Genüge zu thun, den Niederſächſiſchen
Kreis aufgefordert, aber dabey vermeldet habe,
mit Lieferung des Volks noch innezuhalten, alſo
ſollten die **Braunſchweig-** und **Mecklenburgi-
ſchen Geſandten** alſogleich von hier nach **Her-
vorden** auf den **Weſtfäliſchen Kreistag** ſich
begeben, und laut der ihnen mitzugebenden In-
ſtruction, alles, wie es wegen dieſer Hülfe zu
halten ſey, genau erforſchen, ſodann berichten.
Drittens, da in allerhand Betracht gut wäre,
wenn das **Directorium** des ganzen Zugs dem

N. S.

v) Außer Magdeburg, Hildesheim und Mühlhau-
ſen, die darein nicht gewilliget.

x) Dieſer iſt nicht mit im Druck vorhanden.

y) Außer den Bremiſchen und Lübeckiſchen, welche nicht
inſtruirt zu ſeyn vorgaben.

1599 N. S. Kreiſe übertragen würde, ſollten dieſe Geſandten zugleich dahin mit trachten, daß der Weſtfäliſche Kreis gutwillig hiezu ſtimmte. Uebrigens hätte man gewünſcht, auch noch über mehrere zur Sprache gekommene Gegenſtände einswerden zu können, da aber die meiſten Geſandten nicht dazu inſtruirt geweſen, ſodann ohnehin wegen der Kriegshülfe mit nächſtem eine abermalige Zuſammenkunft nothwendig ſey, ſo ſollten alle dieſe Sachen dahin verwieſen ſeyn, und die ſämtlichen Geſandten, ohne weiteres Ausſchreiben, bis um Exaudi zu Lüneburg zuſammenkommen, um nach erhaltener Entſchließung des Weſtfäliſchen Kreiſes gewiß und ſicher, der Defenſion wenigſtens halber, zu ſchließen. Indeſſen ſollten die Geſandten daran ſeyn, daß die zu Braunſchweig bewilligten 20 Monate baldigſt in die Kreis-Caſſe gebracht würden [z]).

e) Niederſ. Kreist. zu Lüneburg.

Dieſem Schluß zufolge ſtellten ſich die Geſandten zu der beſtimmten Zeit zu Lüneburg ein, allwo nachſtehender Abſchied [a]) verfaßt wurde. 1) Das Kaiſerliche Schreiben betreffend, ſey die Dankſagung, für die Bemühungen zu helfen, zu wiederholen. Sodann, weil die hinterhaltene Türkenhülfe aufs neue begehrt werde, ſo ſey dem Kaiſer eine demüthige Entſchuldigung zu machen, und zu bitten, der K. möchte doch jetzo Einſehen in die Noth der Unterthanen haben, die unmöglich die Türken- und Kreishülfe zugleich aufbringen könnten, dannenhero die fiſcaliſchen Proceſſe einſtweilen einſtellen laſſen, und verſichert ſeyn,

z) Die Unterſchriften der Geſandten fehlen.

a) Moſer a. a. O. S. 416. hat denſelben, d. d. am Pfingſtdienſttag 1599. und nochmals S. 433. u. f. ſamt allen Unterſchriften, auch dem dato, Pfingſtdienſttag, war der 29. May 1599.

ſeyn, daß ſeiner Zeit alles bezahlt werden ſolle, 1599
wie aus dem beyliegenden Aufſatz zu erſehen. Wollte jedoch ein oder anderer Stand die Türkenhülfe erlegen, ſo ſolle es ihm frey ſtehen, auch keiner den andern, gegen den, im Nichtzahlungsfall, fiſcaliſch gehandelt würde, zu vertreten oder ſich deswegen einzulaſſen ſchuldig ſeyn. 2) Das Kriegsweſen belangend, berichteten die zu dem Weſtf. Kreistag nach Hervorden deputirt geweſene Geſandten, daß ſie bereits dorthin auf dem Weg geweſen, aber die Nachricht erhalten, daß der Tag nach Münſter verlegt worden, wohin ſie die Wege zu unſicher gehalten, und daher ihre Anfrage ſchriftlich gethan, aber noch keine hinreichende Antwort erhalten hätten. Da nun eine neue Zuſammenkunft der fünf Kreiſe nach Hörter ausgeſchrieben worden, ſo wolle man alles desfalls bis dorthin ausgeſetzt ſeyn laſſen. Da auch der Cardinal-Regent der Niederlande durch ſeine Geſandten die beſten Erbietungen wegen Räumung der Reichslande gethan, ein gleiches auch von den Generalſtaaten geſchehen, ſo ſolle man auf dem gedachten Kreistag zu Hörter daranſeyn, daß dieſe Erbietungen zur Würklichkeit gebracht werden, ohne daß man der kriegeriſchen Unternehmungen bedürfe. Letzteres um ſo mehr,
als der Kaiſer ſelbſt in einem neuen Schreiben 30 May.
den Kriegszug widerrathen, und die Beſtätigung des Coblenzer-Abſchiedes verweigert, weswegen dann auch die nach Hörter beſtimmte Deputirten, von Bremen, Lüneburg und Lauenburg, laut ihrer zu empfangenden Inſtruction desfalls zu handeln hätten. Was nun zu Hörter beſchloſſen werden würde, von dem ſollten die benannten Deputirten den übrigen Kreisſtänden, auf einer andern, nach Braunſchweig angeſetzten Kreis-

1599 verſammlung, die Nachricht ertheilen, um darüber ſich berathſchlagen und ſchließen zu können. Auch ſolle daſelbſt die Rechnung wegen der auf gemeine Koſten anzuwerben bewilligten 1500 Mann zu Fuß und 600 zu Roß, abgelegt werden. Imgleichen ſey dahin der Schluß, wegen der Verpflichtung, die der Kreis-Oberſte, **Herzog von Braunſchweig-Wolfenbüttel**, dem Kreiſe zu leiſten habe, zu verweiſen. Da auch bisher das wenigſte noch von denen zu Braunſchweig verwilligten 20 Monaten in die Kreis-Caſſe gekommen, ſo iſt aufs neue beſchloſſen worden, daß die erſten 10 Monate aufs ſpäteſte bis den 25. Jun. unfehlbar eingebracht werden ſollten, sub poena dupli; ohne daß jedoch dieſe poena dupli auf die bisherige Verſäumniß auszudehnen ſey. Uebrigens ſolle aber das zu Braunſchweig geſchloſſene in ſeinen Kräften bleiben. Nachdem auch berichtet worden, daß die Stadt **Emden** Holländiſches Kriegsvolk eingenommen habe, ſo ſind auch drey Schreiben an dieſe **Stadt** und die Oſtfrieſiſche Landſchaft, die **Generalſtaaten** und den **Grafen von Oſtfriesland**, beſchloſſen und aufgeſetzt worden. Endlich iſt dem Rath zu **Lübeck** auf ſein Entſchuldigungs-Schreiben geantwortet, dabey auch geſchloſſen worden, die Städte **Goslar** und **Nordhauſen** ſchriftlich zu fernerer unausgeſetzter Beſuchung der Kreistäge zu ermahnen.

f) Zuſammenkunft einiger Kreis-oberſten zu Göttingen.

Zu gleicher Zeit findet ſich eine der Zeit und dem Gegenſtand nach hieher gehörige Zuſammenkunft einiger Kreis-Oberſten zu **Göttingen**, mit der es, ihrem Abſchied nach [b]), folgende Bewandtniß hat. Es heißt nemlich im Eingang: Nach-

b) Hr. von **Moſer** hat auch dieſen in der oftangeführten Sammlung, III. Th. S. 424. u. f. herausgegeben, d.d. 28. May.

Nachdem zu Coblenz beſchloſſen worden, dem 1599
Weſtfäliſchen Kreiſe mit der Reichsgeſetzmäßigen getrippelten (oder verdreyfachten) Hülfe beyzuſtehen, ſo lange bis das Spaniſche Kriegsvolk, wie auch das Holländiſche, den Reichsboden verlaſſen, nachdem auch in Gemäßheit deſſen die Fränkiſchen, Ober-Rheiniſchen und Nieder-ſächſiſchen Kreis-Oberſten, nemlich der Marggraf von Brandenburg, der Herzog von Braunſchweig, und der Landgraf von Heſſen, ſich mit ihrer Anzahl Kriegsvolk zu Roß und Fuß gefaßt gemacht; ſo habe der Weſtfäliſche Kreis-Oberſte, Graf von der Lippe, als dem das Directorium des Zugs gehörte, die ermeldeten drey Kreis-Oberſten ſamt dem Chur-Rheiniſchen Kreiſe auf den 3. Jun. nach Hörter erfordert. Obwol ſie nun dorten zu erſcheinen nicht ungeneigt geweſen wären, ſo hätten doch die Kreis-Oberſten, da ſie ſich ohnehin zu Göttingen in Perſon beyſammen befunden, den gemeldeten Grafen beredet, ſich dahin zu ihnen zu begeben, allwo dann nachfolgendes geſchloſſen worden: 1) Da dreyer Kreiſe Kriegsvolk nun vorhanden und guten Theils im Weſtphäliſchen Kreiſe eingezogen, dieſer aber mit aller Einquartierung möglichſt zu verſchonen ſey, ſo ſolle der Gr. Simon v. d. Lippe, als Director, ſolches Kriegsvolk forderſamſt von dannen weg und an andere Orte führen, auch dabey wegen Reichung des nöthigen Proviants, um leidliche Preiſe, Anſtalten treffen. 2) Solle derſelbe gedachtes Kriegsvolk, ſo bald möglich, ins Feld führen, und den Sammelplatz den benannten Kreis-Oberſten zu wiſſen thun, auch daranſeyn, daß des Weſtfäliſchen Kreiſes eigene Völker baldigſt dazu ſtießen. 3) Was wegen des ungebührlichen Verhaltens der

1599 Ober-Rheiniſchen Kriegsvölker und daher gebetenen Abführung derſelben vorgekommen, werde, obwol dem Landgr. Moritz, als Kreis-oberſten, nichts erhebliches von ungebührlichem Verhalten derſelben vorgebracht worden, ohnehin, durch die allgemein oben beſchloſſene Abführung des ſämtlichen Kriegsvolks, erledigt werden. 4) Die Munition belangend, da der Fränkiſche Kreis zu Herbeyführung derſelben etwas weit entlegen ſey, ſo ſollten die Ober-Rheiniſchen und Niederſächſiſchen Kreis-Oberſten einſtweilen eine beſtimmte Quantität davon herleihen und an den Sammelplatz befördern, doch alſo, daß es denſelben von ſämtlichen Kreiſen wieder gut gemacht werde, dabey auch der Weſtſ. Kreis ſelbſt das Seinige an Munition baldigſt herbeyſchaffe. 5) Da vom Weſtf. Kreiſe ſelbſt, zu Fortbringung der Munition, u. d. g. außerordentlichen Ausgaben überhaupt, vier Monate an Geld bewilligt ſeyen, ſo wollten die drey Kreis-Oberſten dahin bemühet ſeyn, daß in ihren und den Chur-Rheiniſchen Kreiſen eben ſo viel, in Frankfurter Währung, dazu beſtimmet werde. Von dieſem Geld ſolle alsdann dem oberſten Proviant-Meiſter, Eibrecht von der Malzburg, durch jeden Kreis-Oberſten, auch den Chur-Rheiniſchen Kreis, 5000 fl. auf Abſchlag, gegen Quittung und Rechnung, zugeſtellt werden, doch ſo, daß derſelbe keine Ausgabe, ohne des Directors und des Kriegsraths Vorwiſſen, zu machen ſich verpflichte. 6) Wolle man ſich auch, wo möglich, über eine gemeinſchaftliche Beſtallung der Reuter und Knechte zu vereinigen ſuchen. 7) Sollten die im Aufſatz beygebrachte Schreiben an die übrigen Kreiſe, welche Geld beyzutragen hatten, abgehen, damit ſie binnen 6 Wochen die Lieferung thäten. 8) Sollte gegen die

im

im Beytrag ſäumige die Hülfe baldigſt, nach der Executions-Ordnung und dem Coblenziſchen Abſchied, gethan werden. 9) Da der Director, **Gr. von der Lippe**, ſich beſchweret, daß er mit denen ihm vom Weſtf. Kreiſe monatlich ausgeworfenen 3000 fl. nicht auskommen könne, ſo wolle man ihm, von der übrigen Kreiſe wegen, einen monatlichen Zuſchuß von 2000 fl. für ſich, ſeine Räthe und Diener verwilligen. 10) Solle der **Gr. v. d. Lippe** Muſterung an dem Sammelplatz halten, und vom Befund an jeden Kreis-Oberſten ungeſäumt berichten. 11) Werden einige hohe Officiere benennt, andere den Kreiſen zu benennen vorbehalten, 12) aber die Kriegsräthe beſtimmt. 13) Wird dem **Gr. v. d. Lippe** die Entſchädigungsverſicherung wegen alles ihm aus dieſem Zug zuwachſen könnenden Nachtheils in ſämtlicher Kreiſe Namen gethan. 14) Wird verordnet, daß gedachter Graf mit Bezahlung der Truppen nichts zu thun haben, ſondern dieſe von den Kreiſen ſelbſt beſorgt werden ſolle. 15) Solle nichts deſto weniger der Höxteriſche Tag vor ſich gehen. Die Unterſchrift iſt die von den obbemeldeten vier Kreis-Oberſten. 1599

In Gemäßheit nun dieſes Abſchiedes beſchickten die zu Göttingen verſammlet geweſene Fürſten auch den nach **Höxter** ausgeſchriebenen Tag, laut deſſen Abſchied [c]), von welchem hier das wichtigſte folget. Im Eingang heißt es: Da, des an die **fünf Kreiſe** geſchehenen Ausſchreibens ohngeachtet, nur **vier** derſelben erſchienen, der fünfte aber, nemlich der

z) Des Niederſ. und anderer Kreiſe Verſamml. zu Höxter.

 Chur-

c) Bey v. Moſer zu leſen, a. a. O. S. 442. d. d. $\frac{9}{19}$ Jun. 1599.

1599 Chur-Rheiniſche, niemand geſchickt, ſo wolle man auch ohne dieſen fortfahren, und nachfolgendes feſtſetzen: 1) Die Neutralität zwiſchen beiden in den Niederlanden kriegenden Parteyen zu beobachten, den Kaiſerlichen Mandaten gemäß, und den vorhabenden Kriegszug nicht offenſive, ſondern defenſive, nach dem Coblenzer Abſchied, einzurichten. 2) Und da bereits im R. A. 1555. verſehen, daß bey dergleichen Reichs-Zügen alle dazu angenommene Officiere, aller ſonſtigen, außer den allgemeinen Reichspflichten, auf ſich habenden Pflichten und Eidesleiſtungen, auf die ganze Zeit des Zugs, entbunden ſeyn ſollten, ſo ſolle ein gleiches mit den jetzo anzunehmenden oder angenommenen geſchehen. 3) Solle, dem Coblenziſchen Abſchied nach, dem **Gr. v. d. Lippe** die Direction verbleiben, alſo, daß er nebſt den mit bey dem Zug anweſenden Kreis-Oberſten, oder ihren Räthen, alles hochdienliche zu veranſtalten habe, wobey auch inſonderheit auf möglichſte Verſchonung der Armuth zu ſehen ſey. 4) Solle der **Gr. v. d. Lippe** von jedem der drey andern, außer dem Weſtf. Kreiſe, 2000 fl. monatliche Zulage einſtweilen bekommen; jedoch wolle man auch auf eine ſtärkere Zulage bedacht ſeyn. 5) Sollten zu den nothwendigen Kriegsausgaben, von jedem der verſammleten 4 Kreiſe, vier Monate einfachen Römerzugs beygebracht werden, zu deren Behuf aber einſtweilen jeder Kreis-Oberſter einen Monat dieſer Art, auf Abſchlag und Berechnung, herleihen wolle. Zu dieſer Berechnung ſey von drey Kreiſen der **von Malzburg** zum Pfennigmeiſter beſtellt, vom Weſtf. aber und dem Churkreiſe einen eigenen zu beſtellen ſich vorbehalten worden: daher dann bey jeder auf des Directors und der Kriegsräthe Erforderung zu machender

Aus-

Ausgabe, erſterer drey Theile, die beiden andern 1599
aber jeder ein Fünftheil zu geben hätten. 6) Obwol der General-Obriſte, **Gr. v. d. Lippe**, auf die Beſtellung der hohen Kriegs-Aemter beſtanden, ſo habe man doch für beſſer befunden, ſich von wegen der Kreiſe dieſe vorzubehalten, mithin zum oberſten Lieutenant [d]) den **Thomas, Herrn von Kriechingen**, insgemein ernannt, des Quartier-, Proviant- und Feldzeugmeiſters Ernennung aber den Kreis-Oberſten überlaſſen. Da aber in Gemäßheit deſſen der N. S. Kreis-Oberſt, **H. von Braunſchweig**, den **von Temple**, der mit nichts im Reich geſeſſen, ja gar den Generalſtaaten mit Eid und Pflicht verwandt ſeyn ſolle, zum Feldzeugmeiſters-Amt ernannt, mithin es deſſenthalben allerhand Anſtand gegeben, ſo ſollten die Braunſchw. Geſandten es ihrem Herrn hinterbringen, um dies Amt anderweit zu vergeben. Nachdem auch ſchon ehemals der General-Oberſte, **Gr. v. d. Lippe**, den Oberſten **Arnd von Frenz** zum General-Feldmarſchall vorgeſchlagen, ſo ſolle derſelbe hiemit dazu beſtellt ſeyn, doch dem Chur-Rheiniſchen Kreiſe, ihm einen Obriſt-Wachtmeiſter zuzugeben, vorbehalten bleiben. Uebrigens ſolle dem Gr. v. d. Lippe, ſamt dem Kriegsrath, die Erſetzung der Officiersſtellen, wenn einer abginge, oder ſeine Schuldigkeit nicht thäte, frey gelaſſen werden. 7) Die Beſoldung, die hiebey jedem hohen Officier beſtimmt wird [e]),

d) Daß dieſes kein heutzutage ſogenannter **Obriſt-Lieutenant**, ſondern etwa ein General-Adjutant, oder dergleichen, geweſen, läßt ſich aus den Umſtänden vermuthen. Wenigſtens bekam er, wie unten zu ſehen, mehr Beſoldung, als der auch bey dieſem Zug vorkommende Feld-**Marſchall**.

e) Vielleicht iſt es dem geneigten Leſer lieb zu wiſſen, wie

1599 ſolle, gleich als die für die Canzley, vom 12. Junii ſt. vet. angehen. 8) Das von den beiden Kreisoberſten des Ober-Rhein- und Niederſächſiſchen Kreiſes herzuleihen verſprochene Geſchütz belangend, ſo ſolle man mit den Leuten, die es führten, wegen der Zugpferde handeln, damit ſie ferner auf gemeine Koſten dabey blieben. 9) Schanzgräber anzunehmen, ſolle dem General-Oberſten und Kriegsrath freyſtehen. 10) Ehe die verwilligten 4 Monate ganz aufgegangen, wolle man bey Zeiten entweder auf mehreren Beytrag der Kreiſe, oder eine Geld-Aufnahme bedacht ſeyn. 11) Das Kriegsvolk ſolle insgeſammt dem Gr. v. d. Lippe, als General-Feld-Oberſten, auf dem Sammelplatz angewieſen, und bey der Eidesleiſtung nach dem Coblenzer-Abſchied verfahren werden. Er ſelbſt aber, der General, ſolle nur bey dem dem Weſtf. Kreiſe, als deſſen Obriſter, geſchwornen Eide angeloben, den Reichsgeſetzen und dem Coblenzer-Abſchied nach handeln zu wollen. 12) Sollte an Geld, Geſchütz, Volk u. ſ. w. Mangel vorfallen, ſo habe es der General-Oberſte an die Kreiſe ſogleich zu berichten, welche dann baldigſt Rath ſchaffen wollten; wobey der Gr. v. d. Lippe ſich erklärt, daß, wenn dieſes nicht geſchähe, er für keinen daraus entſpringen könnenden Schaden gutſtehen oder verantwortlich ſeyn könne. 13) Solle der General-Oberſte für die Fort-

wie hoch dieſe ſich belaufen. Es ſollte alſo bekommen, monatlich, z. B. der Obriſt-Lieutenant 3000 fl. dazu 12 Reiſige und 8 Wagenpferde. Der Feldmarſchall 1600 fl. 12 Pferde 1 Wagen. Jeder Kriegsrath 1000 fl. 12. Pf. 1 Wagen. Der Feldzeugmeiſter 1200. fl. 12. Pf. 1 Wagen. Deſſen Lieutenant, 300 fl. 6 Pf. 1 Wagen, u. ſ. w. Des Gr. v. d. Lippe Canzley monatlich zur Ergötzlichkeit 200 fl.

Fortſchaffung des liederlichen und loſen Geſindels 1599
von dem Heer, Sorge tragen. 14) Der Reuter wegen habe man ſich dahin verglichen, daß für ein Pferd monatlich 17 fl., jeden à 15 Batzen, gegeben werden, und darin das Wagen- und Troßgeld mit begriffen ſeyn ſolle. Die Fußknechte hingegen überließe man vorjetzo noch der jedesmal mit ihnen getroffenen Beſtallung. 15) Weil die Cöllniſchen Räthe wegen Staatiſcher Executionen im Stift zum Beſten der Gräfin von Nuenar, wie auch die Oſtfrieſiſchen darüber, daß die Stadt Emden Staatiſche Beſatzung eingenommen habe, klagten; ſo ſolle nach den beygebrachten Aufſätzen an die General-Staaten, an den Gr. von Oſtfriesland und die Stadt Emden geſchrieben, auch letzterer Stadt auf alle Fälle Kreisbeſatzung, wie auch gütliche Vermittelung ihrer Händel, der Kaiſerlichen Erkenntniß unbeſchadet, angeboten werden. 16) Wegen Einlager- und Durchführung des Kriegsvolks habe man das ſich beſchwerende Paderborn auf baldige Abführung des Kriegsvolks vertröſtet, das Stift Cölln hingegen, welches gar Caution wegen Durchführung der Völker verlanget, dahin bedeutet, daß, da es ein Reichs-Zug, und das Volk dem Reich verpflichtet ſey, ſo werde es dergleichen nicht bedürfen, und dem General ſamt Officiers zu vertrauen, daß das Land bey etwa nothwendigen Durchzügen möglichſt geſchont werde. 17) Was hier nicht ausgemacht wäre, desfalls ſolle der General, ſamt dem Kriegsrath, nach beſtem Wiſſen und Gewiſſen, Reichsgeſetzmäßig verfahren, wozu ihm dann hiemit Gewalt gegeben werde. 18) Endlich ſolle der hier gemachte Abſchied, den Reichsgeſetzen gemäß, an den Kaiſer, laut beygebrachten Aufſatzes, berichtet, und um Kaiſerliche Autorität

1599 dazu, auch um der Reichsritterſchaft Zuzug, geziemend nachgeſucht werden. War unterſchrieben von wegen des Gr. **Simon von der Lippe**, ſodann von wegen des Marggrafen von **Brandenburg**, Landgr. **Moritz** von **Heſſen**, des Biſchofs zu **Münſter**, des Herz. zu **Gülich**, des Stifts **Paderborn**, des H. zu **Braunſchweig-Wolfenbüttel**, des H. von **Braunſchweig-Lüneburg**, und des H. von **Sachſen-Lauenburg**.

h) Niederſ. Kreist. zu Lüneburg. Auf dieſe gemeinſchaftliche Höxteriſche Verſammlung folgte bald wieder ein N. S. Kreistag, der zu **Lüneburg** letzthin genommenen Abrede gemäß, zu **Braunſchweig** f). Allhier wurde zuerſt, nach geſchehener Relation der Höxteriſchen Geſandten, beſchloſſen, dem Weſtf. Kreiſe die Reichsgeſetzmäßige dreyfache Hülfe zu leiſten, jedoch neutraliter, defenſive, und ohne einige Partenlichkeit. **Zweytens**, da der Kaiſer abermals

20. Jun. in einem Schreiben erinnert, die Hülfe nicht ohne einen vorgegangenen Reichs- oder Deputationstag vorzunehmen, dennoch die Noth ſolche unumgänglich erfordere, ſo ſolle, nach dem beygebrachten Aufſatz, an den K. geſchrieben, und dieſes ihm vorgeſtellt werden, wie die Erhaltung des Reichs in Gemäßheit ſeiner eigenen Kaiſerlichen Befehle es erforderte, dahero er gebeten werde, auch ſeines Orts dazu beyzutragen, daß der Zweck jener Befehle bald erreicht, und die Kreishülfe wieder eingeſtellt werden möge. **Drittens**, da eigentlich der Herzog **Ulrich** von **Mecklenburg**, als Kreis-Oberſter, dem Zug mit beywohnen ſollen, derſelbe aber hohen Alters halber ſich entſchuldigt, und den H. von **Braunſchweig-Wolfenbüttel** zu einſtweiliger Uebernehmung dieſes Amts vermocht habe,

f) S. deſſen Abſchied, bey von **Moſer**, Kreis-Abſch. III. Th. S. 464-476. d. d. 4. Jul. 1599.

habe, wesfalls durch des letzteren Geſandten die 1599
beglaubte Erklärung geſchehen; ſo ſey eine Notel
desfalls verfaßt und den Geſandten zugeſtellt wor-
den, welche dieſelbe binnen 14 Tagen, vom Her-
zog vollzogen, nach **Magdeburg** in die Canzley
einzuſchicken über ſich genommen, und die Glück-
wünſche dazu, im Namen ihres Herrn, von den
übrigen Geſandten empfangen. **Viertens**, weil
der H. von **Braunſchweig** den H. von **Lüne-
burg**, **Franz**, zum Oberſten, die Trippel-Hülfe
dieſes Kreiſes im Felde zu führen, und den **Chri-
ſtoph** von **Königsmark** zum Kriegsrath ange-
nommen, ſo wurde dem H. von **Braunſchweig**
aufgetragen, gedachtem H. **Franz**, auf vorher-
gehende gebührende Erinnerung, ſich aller andern
Pflichten zu entſchlagen, die Verpflichtung auf das
desfalls vorgeſchriebene Formular abzunehmen, den
von **Königsmark** aber nach ſeinem eigenen Reichs-
geſetzmäßigen Gutbefinden eidlich zu verpflichten,
ſodann die Originalien beider Verpflichtungen nach
Magdeburg in die Canzley zu ſchicken. **Fünf-
tens**, da die Anzeige geſchehen, daß der Kreis-
Oberſte H. von **Braunſchweig** bereits ſo vieles
Volk geworben, daß des ganzen Kreiſes Hülfe da-
mit erſetzt und geliefert werden könne, ſo wurde
beſchloſſen, daß jeder der anweſenden Fürſten
ſo viel von dieſer Mannſchaft übernähme, als ſei-
ne zu ſtellende Anzahl betrüge, und drey Monate
lang unterhielte. **Sechſtens** und **ſiebentens** hät-
ten auch die Braunſchweigiſchen Geſandten die Rech-
nung über die zu Braunſchweig zu werben und an
die Gränzen zu verlegen beſchloſſene Anzahl Reuter
und Fußgeher übergeben, wegen welcher man ſich,
nach unterſchiedenen Verhandlungen, dahin ver-
glichen, daß für die 1500 Fußknechte 31732 Rthlr.,
und für die 600 Reuter 48663½ Rthlr., jedoch
bei-

1599 beides ſalva ratificatione, in allem dem H. aus der gemeinen Caſſe, von denen dem Lüneburger Abſchied gemäß einzubringenden 10 Monaten, erſtattet werden ſolle. **Achtens** ſeyen für die Erſetzung oder Recrutirung der Tripelhülfe dem **H. von Braunſchweig**, jedoch ſalva ratificatione, insbeſondere zu erſetzen verwilligt worden 1900 fl. **Neuntens** ſollte auch der erſte Monatsſold der geworbenen 3673 Knechte dem **H. von Braunſchweig** erſetzt werden. **Zehntens**, da die bemeldete und ſonſtige Zahlungen nicht alle von den zuerſt bewilligten **zehen Monaten** beſtritten werden könnten, ſo ſollten, jedoch ſalva ratificatione, noch weitere **zwey Monate** zu dieſem Ende aufgebracht werden. **Eilftens**, weil in der Fürſtlich-Braunſchweigiſchen Rechnung einige Poſten noch nicht ganz klar ſeyen, wegen welcher die Geſandten der Stände ſo wenig, als wegen der Lüneburgiſch- und Bremiſchen Geſandten Zehrung g), inſtruirt geweſen, ſo nahmen ſie alles desfalls vorgegangene ad referendum. **Zwölftens** ſollten die zu **Höxter** bewilligten vier Monate, binnen zwey Monate Zeit längſtens, zur Kreiscaſſe gebracht werden. **Dreyzehntens**, zum zweyten Monatsſold der Kreisvölker ſolle jeder Stand für ſo viele Männer, als ihm zu ſtellen nach der dreyfachen Hülfe zukomme, jedesmal 10 fl. für alles und alles, ohne weitere Beſchwerung, dem Kreis-Einnehmer zu **Braunſchweig** bezahlen laſſen, alſo, daß dieſes Geld alles binnen 8 Wochen, der letzte Monatsſold aber binnen 12 Wochen, bey Vermeidung der Execution, eingebracht werde. **Vierzehntens**, zum Unterhalt der Reuter, die ſich für dieſen Kreis auf 873 belaufen, ſolle 18 fl. monat-

g) Wird vermuthlich wegen der Reiſe zu dem Kreistag zu Höxter geweſen ſeyn.

monatlich für jeden bewilligt werden, nemlich für 1599
alles in allem, ohne weitere Beſchwerde der Stände. Der erſte Monatsſold ſolle binnen 4, der andere binnen 8, der dritte binnen 12 Wochen erlegt werden. Die Lieferung dieſes Geldes belangend, hätten die Geſandten gemeint, daß der Kreis-Oberſte die Gefahr, wie auch die Unkoſten zu tragen hätte, welches aber die Braunſchweigiſchen Geſandten nicht für ſich eingehen, ſondern ad referendum nehmen wollen. **Funfzehntens**, da der **Herzog von Braunſchweig** das Volk, nach dem Coblenzer Anſchlag, in größerer Anzahl geworben, nunmehr aber ein neuer Anſchlag, der nicht ſo viele Mannſchaft enthielte, gemacht worden; ſo habe gedachter Herzog darum angeſucht, das ſolchergeſtalt zu viel geworbene, auch auf den erſten Monat bereits beſoldete Kriegsvolk, auch die beiden anderen Monate über zu behalten und zu beſolden. Allein die Geſandten, als hierüber nicht inſtruirt, hätten auch dieſes ad referendum genommen. **Sechzehntens**, die von dem **H. zu Braunſchweig** hergeliehene Stücke grobes Geſchützes belangend, ſo haben die Geſandten das Verzeichniß davon ad referendum genommen, auch für billig angeſehen, daß, falls etwas davon verlohren oder zu Grunde ginge, dem Herzog der Erſatz, aber von dieſes Kreiſes halber nur zum fünften Theil, geſchehe. **Siebenzehntens**, wegen des Abzugsmonats der Reuter und Knechte ſeyen auch die Geſandten nicht inſtruirt geweſen. **Achtzehntens**, weil indeſſen des Ober-Sächſiſchen Kreiſes Abſchied, zu **Jüterbock** aufgerichtet, bey dem Kreis bekandt 24. Jun.
geworden, und aus ſolchem zu erſehen, daß dieſer Kreis auch für billig halte, dem gewaltthätigen Vornehmen der fremden Völker auf Reichs-Boden Einhalt zu thun, aber ſich über die Art und Weiſe

noch

1599 noch nicht vergleichen könne; ſo habe man für gut geachtet, an Churſachſen, als Kreis-Oberſten, wie auch an Churbrandenburg, als Nachgeordneten dieſes Kreiſes, eine beſondere Geſandtſchaft abgehen zu laſſen, mit Bitte, ſelbſt an dem Hülfswerk Theil nehmen, wie auch ihre Mitſtände dazu bewegen zu wollen, alles laut der desfalls entworfenen Inſtruction. Und ſeyen darauf Magdeburg, Braunſchweig und Nordhauſen erſucht worden, die Werbungen an allen Orten auf des Kreiſes Koſten zu übernehmen und zu verrichten. Neunzehntens, nachdem ſich der Graf Enno von Oſtfriesland nochmals beklagt, daß das Holländiſche Kriegsvolk Emden inne habe, und ihm, ſammt ſeinen Unterthanen, viel Ueberlaſt thue, ſo wurde auch ein Schreiben desfalls an die General-Staaten aufgeſetzt. Zwanzigſtens, obwol der Rath zu Lübeck abermals bey der Kreisverſammlung nicht erſchienen, ſondern ſich, warum er nicht erſchienen, noch etwas neues contribuiren könne, ſchriftlich entſchuldiget, ſo ſeyen doch ſeine Entſchuldigungen nicht hinlänglich befunden worden, um ſich von dieſem Reichs-Defenſionswerk darum entziehen zu können; derohalben ſey auch ein Schreiben an dieſe Stadt mit Beyſchluß des Abſchieds aufgeſetzt und abgelaſſen worden, in welchem ſie ermahnt werde, nicht nur bey dieſem Zug das ihrige ungeſäumt beyzutragen, ſondern auch das wegen der nach Ungarn geworbenen Reuter reſtirende, zur geſetzten Friſt in die Kreis-Caſſe zu liefern, unter der endlichen Bedrohung, daß nunmehr bey weiterer Saumſeligkeit die Execution ohnfehlbar erfolgen werde. Weil auch gedachte Stadt um ein Schreiben an den Herzog Carl in Schweden b) ange-

b) Was es betreffen ſollen, davon habe ich keine Spur finden können.

angehalten, ſo ſey daſſelbe nach Art, wie es aufgeſetzt beyliege, an ihn abgelaſſen worden. Endlich, zum ein und zwanzigſten, da die Stadt Straßburg, aller Mahnungen ungeachtet, die dem Kreiſe ſchuldige 25000 fl. noch nicht wieder erſtattet, deſſen man doch zum jetzigen Defenſionswerk bedürftig ſey, ſo wäre der Rath daſelbſt nochmals durch ein Schreiben, unter Vorſtellung der Nothwendigkeit, zur Zahlung zu ermahnen, mit dem Anhang, daß man ſonſt von Seiten des Kreiſes andere Mittel zur Hand nehmen müſſe, um zu dem ſeinigen zu gelangen. Unterſchrieben waren bey dieſem Abſchied, das Domcapitel zu **Magdeburg**, der Erzb. zu **Bremen**, Herzog **Heinr. Julius** von **Braunſchweig**, als Herzog, wie auch als **Biſchof** von **Halberſtadt**, der Herzog **Ulrich** von **Mecklenburg**, der **König** von **Dänemark** als **Herzog** von **Holſtein**, der Erzb. von **Cölln**, **Ernſt**, der Herzog **Franz** von **Sachſen-Lauenburg**, der Adminiſtrator des Stifts **Ratzeburg**, der Biſchof zu **Lübeck**, des Grafen von **Reinſtein** Vormünder. Die Städte **Lübeck**, **Mühlhauſen** und **Nordhauſen** aber haben ſich mit Schreiben entſchuldiget. 1599

Eben dieſes Kreiſes Stände hielten zu Berichtigung der vielen Puncte, die in dem nächſt vorigen Braunſchweiger-Abſchied unerörtert gelaſſen waren, einen abermaligen Kreistag, auch zu Braunſchweig, von deſſen Abſchied hier das vornehmſte folget [i]). Zum erſten wird nochmals verglichen, daß die Stände dem Weſtf. Kreiſe auf drey Monate die Hülfe leiſten wollen [k]). Bey

i) Abermaliger Kreistag zu Braunſchweig.

n. 5.

i) Hr. v. Moſer hat denſelben ebenfalls, III. B. S. 516-527. d. d. 2. Octob. h. a.

k) Schon hieraus, wie auch aus andern Umſtänden, ſieht man ziemlich deutlich, daß das Datum wol nicht

1599 n. 5. iſt feſt geſchloſſen worden, daß kein Stand den andern in ſeiner Anpart oder Quota übertragen ſolle, dem jedoch **Braunſchweig-Wolfenb.** widerſprochen, und ſich desfalls auf die R. A. und Executions-Ordnung bezogen. Ad n. 6. et ſqq. werden nun die Herz. Braunſchweigiſchen Forderungen ganz richtig geſtellt. ad 10. Wurde beſchloſſen, daß die Stände zu Bezahlung aller dieſer Poſten, annoch zwey Monate, einfachen Römer-Zugs, binnen 14 Tagen liefern ſollten. Ueber Braunſchweig- und Bremiſche Forderungen ad n. 11. hat man ſich nicht vergleichen können, daher ſie auf den nächſten Kreistag ausgeſetzt. ad 17. Den Abzugs-Monat betreffend, wurde bewilliget, daß jeder Stand auf jeden Mann ſeinem Anſchlag nach, auf den Fußgänger 10, auf den Reuter aber 18 fl. in den Kreiskaſten zu geben ſchuldig ſeyn, der dadurch aber entſtehende etwaige Ueberſchuß der Caſſe zu gute kommen ſolle. ad 20. Solle die Stadt **Lübeck** nochmals erinnert werden, daß ihrer auch dismal eingebrachter ſchriftlichen Entſchuldigungen ohngeachtet, ſie an Berichtigung ihrer Rückſtände denken, widrigenfalls gewärtig ſeyn ſolle, daß ihre und der Bürger Güter, wo man ſie fände, angehalten würden; weswegen denn auch an die Bürgerſchaft und Kaufleute noch beſonders geſchrieben worden. ad 21. Da die Stadt **Straßburg** ſich zu Erlegung des ihr eigentlich an den geforderten 25000 fl. obliegenden dritten Theils erboten, ſo wolle man nun zwar, in einem Schreiben, dieſelbe inzwiſchen annehmen, jedoch ohne Abbruch der von der Stadt,

nicht richtig iſt; denn zu Ende Septembers war der ganze Zug ſchon zu ſcheitern gegangen, wie unten bey den Niederländiſchen Begebenheiten d. J. zu ſehen ſeyn wird. Vermuthlich ſoll es heißen den 2. Auguſt.

Stadt, für die zwey anderen, dem Adminiſtra- 1599
tor und dem Domcapitel daſelbſt eigentlich gehöri-
gen Drittheile, übernommenen Selbſtzahlungs-
Pflicht, wie man dann auch dieſe beide Drittheile,
in den beiden künftigen Meſſen, von der Stadt
ſicher erwarte. Ferner, da die Braunſchwei-
giſchen Geſandten berichtet, wie es bisher mit
dem Zug in den Niederlanden gegangen, und man
hieraus gemerkt, daß ohne Zuſammenkunft ſämt-
licher fünf correſpondirender Kreiſe kein ſicherer
fernerer Schluß dieſer Sache halber werde getrof-
fen werden können; ſo iſt von den anweſenden
Geſandten für gut und nothwendig geachtet wor-
den, daß man von dieſer Kreis-Verſammlung
wegen die ausſchreibenden Fürſten, Kreis-Ober-
ſten und übrigen Stände des Weſtfäliſchen Krei-
ſes ſchriftlich erinnere, auf bequeme Zeit und
Mahlſtatt ſämtliche gedachte Kreiſe zu erfordern,
und daſelbſt, auf vorhergegangene gebührende
Communication, einen Schluß zu faſſen, wie es
ferner mit dem angefangenen Defenſions-Werk
zu halten, um daß des Reichs Beſte dadurch be-
fördert und erhalten werden möge. Auch ſey von
einer für ſolchen künftigen Kreistag zu entwerfen-
den Inſtruction die Rede geweſen, doch aber für
beſſer angeſehen worden, daß, ſobald eines ſol-
chen Kreistages wegen ein Ausſchreiben erginge,
alsdann dieſer Kreis wieder unverzüglich zuſammen-
kommen, und dergleichen verfaſſen ſolle. Da
auch ferner die Frage entſtanden, ob man die jetzi-
ge Trippel-Hülfe aus dieſem Kreiſe ferner beybe-
halten, oder alſofort abdanken ſolle, und man ſich
hierüber nicht vereinigen können, zumal einige
Stände geglaubt, daß man ohne der übrigen cor-
reſpondirenden Kreiſe Einwilligung hierin nichts
verfügen könne; ſo ſollten alle Stände dieſes Krei-

1599 ſes, ohne weitere Ladung, auf den 31. Oct. zu Lüneburg ſich mit genugſamer Vollmacht und Inſtruction verſehen einfinden, um hierüber einen gewiſſen Schluß faſſen zu können. Weiter iſt auch ein Antwortſchreiben an den Kaiſer auf deſſen an dieſen Kreis neuerlich abgelaſſenes verfaſſet worden. Endlich hat man auch die Städte, ſo wiederum nicht erſchienen, durch Schreiben zu ermahnen beſchloſſen. Weil auch bey dieſer Gelegenheit vorgekommen, als ob der König von Dännemark die Stadt Hamburg eximiren wolle, ſo ſoll bey nächſter Zuſammenkunft auch hierüber berathſchlagt werden; auf welche dann ebenfalls des Georg von Wallenfels Geſuch, wegen der ſein im Jahr 1597. in Ungarn geführtes Kriegs-Commiſſariat betreffenden Forderungen, verwieſen worden. Unterſchrieben ſind folgende Stände, die Stifter Magdeburg, Bremen, Halberſtadt, die Herzoge von Braunſchweig-Lüneburg, Braunſchweig-Wolfenbüttel, Mecklenburg, der König von Dännemark, als Herzog von Holſtein. Weiter das Stift Hildesheim, der Herzog von Lauenburg, das Stift Ratzeburg, und das Stift Lübeck. Die Städte Lübeck, Goslar, Mühlhauſen und Nordhauſen haben den Kreistag gar nicht beſucht, ſondern nur ſchriftlich einige Erbietungen gethan, wie bey den Kreis-Acten [l]) befindlich.

k) Niederſ. Kreist. zu Lüneburg.

Dem zu Braunſchweig eben gemeldetermaßen gefaßten Schluß zufolge, kamen dann auch die Stände abermals zu Lüneburg zuſammen, allwo vorzüglich folgendes geſchloſſen wurde [m]). Erſtlich wollten die Stände über die bewilligten

drey

l) Aber nicht in der Moſeriſchen Sammlung.
m) Siehe den Abſchied bey H. v. Moſer, III. Th. S. 527-535.

drey Monate Tripel-Hülfe, und den Abzugs-Monat, ein weiteres nicht mehr thun, zumal da der Kaiſer ſich zu gütlicher Beylegung der Sachen erboten, und die Niederlegung der Waffen angerathen, ſolchemnach bereits der Fränkiſche, ſamt beiden Rheiniſchen Kreiſen, die Waffen niedergelegt hätten. Erklärten alſo hiemit, daß ſie zu keinen weiteren, als den bishero verwilligten Beyträgen, verbunden ſeyn wollten. Gegen letzteres habe jedoch Braunſchweig, weil das Volk vom 8. und 12. Jul. an faſt 5 Monate im Feld gedienet, proteſtirt, und für dieſe ganze Zeit den Sold für ſolches begehret; welches dann die übrigen Geſandten ad referendum genommen. Einige Geſandte hätten auch gegen die Abdankung des Kriegsvolks ſelbſt proteſtirt, ſo ad protocollum genommen worden. Damit aber fürs künftige das Reich, und inſonderheit dieſer Kreis, vor dergleichen Feindſeligkeiten bewahret werde, ſo habe man beſchloſſen, ſich auf äußerſten Nothfall gefaßt zu halten, um im Feld erſcheinen zu können. Sodann ſey auch der Kaiſer zu erſuchen, den Niederländiſchen Unruhen entweder gütlich abzuhelfen, oder zu veranlaſſen, daß, vermittelſt einhelliger Zuſammentretung, durch geſammte Stände dergleichen feindlichem Einbrechen gewehret, und vor allen ferneren Einfall Sicherheit geleiſtet werde. Und obwol man desfalls eine Zuſammenkunft der 5 Kreiſe zu veranſtalten geſucht, ſo habe man doch, weil es damit langſam zu gehen ſchiene, jener unabbrüchig, einſtweilen ungeſäumt eine Geſandtſchaft an den K. abzuſchicken beſchloſſen [n]), welche der desfalls entworfenen Inſtruction gemäß demſelben 1599

n) Dieſe ſollten Magdeburg, Braunſchweig, Mecklenburg, Sachſen-Lauenburg und der Rath zu Lübeck übernehmen.

1599 ſelben Vorſtellung thun ſolle. Imgleichen wurde ein Schreiben an den Statthalter, **Erzh. Albrecht**, erlaſſen, um von der Thathandlung auf Reichsboden abzumahnen. **Zweytens**, ſollten die ſämtlichen Stände ſchuldig ſeyn, das an der Tripel-Hülfe rückſtändige demnächſt in den Kreis-Kaſten einzubringen, bey Vermeidung der Ordnungsmäßigen poenae dupli. **Drittens**, die Braunſchweigiſchen Forderungen betreffend, fände man ſich von Seiten des Kreiſes gar nicht ſchuldig, aus ſchon ehemals bemeldeten Urſachen, ſich darauf einzulaſſen, gegen welche Aeußerungen dann die Braunſchweigiſchen Geſandten proteſtirt, und ihres Herrn Nothdurft dagegen vorbehalten haben. Des Kriegsraths **Chriſtof von Königsmark** Beſoldung belangend, ſo iſt dieſe Forderung auch ad referendum genommen worden. Der Braunſchweigiſchen hergeliehenen Munition halber, ſolle alles bis auf den Kreistag der fünf Kreiſe ausgeſetzt bleiben; was dann dem **H. von Braunſchweig** zugebilligt werden würde, daran wollte der Kreis ſein Fünftheil gerne tragen. Auch die von dem **H. von Braunſchweig** geforderte Zinſen ſeiner für den Kriegs-Zug gethanen Auslagen belangend, ſo werde für billig erachtet, daß die im Beytrag ſäumigen Stände, ſolche erlegen. Nächſt dieſem werde dem Erzſtift **Bremen** noch zum Abzug der an den Gränzen geſtanden geweſenen Knechte 966 Rthlr. 9. Ggr. verwilligt; doch mit der Verwahrung, daß dadurch nichts neues eingeführt werden ſolle. **Viertens**, die von der Stadt **Lübeck** verweigerte Kreiscontribution und desfalls vorgewandte Entſchuldigung betreffend, ſo haben die geſammten Stände ſolche nicht von der Wichtigkeit zu ſeyn angeſehen, daß ſie die Stadt berechtigten, zu einer, ſo ſehr zum gemeinen Beſten,

von

von allen Kreisſtänden beſchloſſenen und unter- 1599
nommenen Hülfe ihren Beytrag zu verweigern; daher dann der Stadt nochmals die Einbringung dieſer ihrer Reſtanten bey ſcharfer Ordnungsmäßiger Ahndung anbefohlen worden; und obwol der Geſandte dieſer Stadt hiegegen proteſtiren wollen, ſo habe man ihn demohngeachtet auf den gemachten Schluß verwieſen. **Endlich**, was die untüchtige valvirte Münze betrifft, davon im Oberſächſiſchen Kreis-Abſchied [o]) verordnet worden, ſo ſolle auch in dieſem Kreiſe ſtreng über der Reichs-Münz- und Kreis-Probations-Ordnung gehalten, und alles denſelben zuwiderlaufende nicht gelitten, auch die von dem General-Kreis-Waradein auf jede Münz-Sorte geſetzte Valvation durch öffentlichen Druck bekandt gemacht werden, auch insbeſondere der Polniſchen Dätken, und Schleßwigiſchen doppelten Schillinge halber, gebührende Vorſehung geſchehen. Unterſchrieben befanden ſich: die Erzſtifter **Magdeburg** und **Bremen**, das Hochſtift **Halberſtadt**, die Herzoge von **Braunſchweig-Lüneburg** und **Wolfenbüttel**, wie auch **Mecklenburg**, und **Holſtein**, von welchem jedoch die königliche Linie ganz ausgeblieben, die Stifter **Lübeck** und **Hildesheim**, der Herzog von **Lauenburg**, die Stifter **Ratzeburg** und **Lübeck**; endlich die Reichsſtädte, **Lübeck** und **Goslar**, da hingegen **Mühlhauſen** und **Nordhauſen** ſich außenbleibens halber bey den Acten entſchuldiget.

Vom **Niederſächſiſchen Kreiſe** komme ich nun auf die andern Kreiſe, von deren Verrichtungen mir nicht ſo viel bekandt iſt, und zwar der Ordnung nach zuerſt auf den **Fränkiſchen**. Im Ein-

1) Fränkiſcher Kreistag zu Forchheim.

o) d. d. Leipzig 12. Oct. e. a.

1599 Eingang des mir vor Augen liegenden Abſchiedes p) heißt es: Da die Stände des Nieder-Sächſiſchen Kreiſes nebſt Ueberſchickung ihres zu Braunſchweig verfaßten Abſchiedes q) ihnen zu erkennen gegeben, wie das Spaniſche Kriegsvolk in ſtarker Anzahl, bey 2 Monate lang, auf Reichsboden ſich lagere, raube und morde, auch täglich weiterrücke, und wol nicht anders als mit Gewalt werde abgetrieben werden können, ſomit der benachbarten Kreiſe Hülfe dem hauptſächlich bedrückten Weſtfäliſchen hochnothwendig ſey, demnach man denn auch dieſes Kreiſes Hülfe unter andern begehren wolle: ſo hätten ſich die Stände deſſelben ſo bald als möglich, nemlich auf den $\frac{4}{14}$ Febr. anhero beſchieden, um über dieſes alles zu rathſchlagen. Als nun Tags darauf die erſte Sitzung geweſen, hätte der Marggräflich Brandenburgiſche Geſandte einen Abſchied übergeben, und verleſen, welchen der Marggraf, eben dieſes Gegenſtands halber, als Kreis-Oberſter, mit den Zugeordneten und Kriegsräthen, zu Onolzbach verfaßt habe; nach welches Abſchieds Puncten man ſich endlich, obwol viel Widerſpruch geweſen, die Berathſchlagungen hier anzuſtellen verglichen habe. Alſo erſtlich, die in gedachtem Abſchied vorgeſchlagene Kreis-Avocatorien, an alle aus dem Kreis gegen das Reich dienende Perſonen, belangend; ſo hätten die Geſandten zwar die Befugniſſe der Stände desfalls nach den Reichsabſchieden von 1555. und 59. wohl überlegt, auch ſich dazu zu ſtimmen nicht ungeneigt befunden: doch aber, da man

p) Er ſtehet ebenfalls bey Moſer, III. Th. S. 339. d. d. $\frac{10}{20}$ Febr. 1598. zu Forchheim.

q) Iſt der oben unter den Kreisabſchieden des Jahrs 1598. ausgezogene Braunſchweiger-Abſchied, d. d. 18. Dec.

man ſehe, daß die Kaiſerlichen geſchärften Avoca-torial-Mandaten nichts hülfen, ſondern Feldherr und Soldaten der Spanier ihren Weg fortgingen, ſo hielte man dafür, die Sache bis auf eine Verſammlung mehrerer Kreiſe anſtehen zu laſſen, da dann die Mandaten in aller Kreiſe Namen zugleich, gegen beider Theile Kriegsvolk, ſo ſich wider das Reich gebrauchen ließe, zu fertigen und anzuſchlagen wären. Zweytens, ſo viel die den bedrängten Reichslanden zu leiſtende Hülfe betrifft, ſo ſey zwar freylich wegen der jetzigen doppelten Türken-Steuern, auch theuern Zeiten, der Unterthan ſo erſchöpft, daß er kaum etwas mehreres tragen könne: doch aber, da die Schuldigkeit eines Kreiſes, dem andern zu helfen, klar ſey, ſo wollten ſie ſich einſtweilen allerſeits zu der einfachen, doppelten, auch dreyfachen Hülfe, ſintemal in den Reichsgeſetzen ein mehreres nicht zugelaſſen noch befohlen, nach Maaßgabe der übrigen Kreiſe, verſtehen. Ueber die Frage aber, wie hoch ſich die Hülfe des Fränkiſchen Kreiſes belaufen könne? habe ſchon ehemals der Hr. Kreis-Oberſte, mit Zuziehung der Nachgeordneten und anderer Kriegsräthe, ein Bedenken und Ueberſchlag auf alle Fälle entworfen, aus welchem alles, ſo der Mannſchaft als Munition, auch der Perſonen, die als Befehlshaber zu gebrauchen u. ſ. w., wegen, deutlich zu erſehen wäre, welches auch dem Kreis, auf der Verſammlung zu Nürnberg, übergeben, und daſelbſt in dem Kreis-Abſchied ratificirt worden; daher man ſolches, bey bevorſtehender gemeiner Kreis-Verſammlung, nebſt dem, was jetzo noch bedacht und verabſchiedet werde, anſtatt einer Inſtruction gebrauchen könne. Da auch drittens in gedachtem Bedenken Anregung geſchehen, ob nicht, wie der Niederſächſiſche auch Ober-

1599

(1587.)

(1588.)

1599 rheiniſche Kreis laut ihrer Abſchiede gethan, auch hier, ſowol die drey dem Weſtf. Kreiſe ſelbſt im R. A. verwilligte Monate, als auch die dem Kaiſer zu entrichtende Türkenhülfe, zu dem dem gedachten Kreis zu thuenden Hülfszug mit anzuwenden, und zu dem Ende einſtweilen zurückzuhalten ſey? ſo habe man des mehreren dahin geſchloſſen, dem K. in einem Schreiben gebührend vorzuſtellen: wie die Kreis-Lande unmöglich alle dieſe Abgaben zugleich erſchwingen könnten, mithin, da vom Weſtf. Kreiſe dieſer Kreis, gleich andern, um thätige Hülfe angeſprochen worden, die man den Reichsgeſetzen nach nicht zu verweigern im Stande ſey, Er es nicht in Ungnaden oder als Ungehorſam aufnehmen werde, wenn die Stände dieſes Kreiſes, gleich denen von mehrern andern, die Türkenhülfe einſtweilen zurückhielten: wobey ſie, die Stände, ohnehin zum K. hofften, daß er vielleicht Mittel finden würde, den Frieden in den Niederlanden wieder herzuſtellen, damit Er an ſeiner Türkenhülfe eines Theils nicht verkürzt, andern Theils das Reich gegen ſolche Gewaltthätigkeiten wieder geſichert würde. **Viertens:** da nach des Kreis-Oberſten Vorſchlag, bey Beſuchung der zukünftigen gemeinen Kreis-Verſammlung es am beſten ſey, wenn anſtatt des gewöhnlichen Ausſchuſſes, ſeine, ſamt der zugeordneten Kriegsräthe, (als **Würzburg**, **Hohenlohe** und **Nürnberg**,) Geſandte ſothanen Kreistag beſuchten, ſo hätte zwar der ehemals 1594. zur außerordentlichen Hülfe verordnete Ausſchuß anfangs ſich dagegen geſetzt, und geglaubt, daß ihm die Beſuchung des gemeinen Kreistags übergeben werden müſſe. Unterdeſſen hätten doch die meiſten Stimmen des Kreis-Oberſten Vorſchlag gebilliget, weil dergleichen Anordnungen hauptſächlich durch

Kriegs-

Kriegsverſtändige gemacht werden müßten und die 1599
Reichsabſchiede in ſolchen Fällen vorzüglich auf die Kreis-Oberſten hinweiſen. **Fünftens:** da in gedachtem Onolzb. Abſchied auch dahin angetragen worden, daß alle andere, außer der Kaiſerlichen und Kreis-Werbung, im ganzen Kreiſe verboten werde; ſo haben jedoch die Stände beſchloſſen, daß es blos bey dem Buchſtaben der Reichs-Abſchiede, die ohnehin dergleichen auch verordneten, gelaſſen werden ſolle. **Sechſtens:** in Betreff der Gegenſtände des von den Brandenburgiſchen Geſandten mit übergebenen Memorials, als des Muſterplatzes, der Munition, u. ſ. w. da doch alles auf dem gemeinen Schluß der Kreiſe desfalls beruhen werde, ſo ſolle auch die ganze Berathſchlagung darüber bis auf die Verſammlung derſelben verſpart bleiben. **Siebentens** wurde der alten und neuen Reſtanten halber, auf das davon verleſene doppelte Verzeichniß, dahin durch die mehreren Stimmen geſchloſſen; daß dieſelben beiderſeits, als für richtig erkannt, nunmehr eingetrieben werden ſollten. Hierauf habe der Brandenburgiſche Geſandte erkläret, wie ſein Herr bereits mehrmalen die Urſache angegeben, warum er die 11 Monate von der 1595. dem Kaiſer geſchehenen Verwilligung zurückhielte, und daß er in die 1596. geſchehene neue Verwilligung für ſein Land niemals gewilligt, auch davon dem Kaiſer ſelbſt in einem Schreiben Rechenſchaft gegeben, ſo daß dieſer zufrieden geweſen, mithin er ſich eigentlich mit den Ständen in keine Unterhandlung desfalls einzulaſſen brauchte; doch aber wolle derſelbe, unter der Bedingung, daß man ihn mit den 23 Monaten von 1596. völlig verſchone, die von 1595. her ſchuldige 11 Monate einbringen; welches aber die Stände nicht angenommen hätten, und dar-

1599 über proteſtirt und reproteſtirt worden ſey. **Achtens**: da man nicht wiſſe, wann eigentlich die Erforderung zum Zug geſchehen werde, und es daher nöthig ſey, ſich gefaßt zu halten, ſo wollten ſämtliche Stände zwanzig Römermonate, des einfachen Anſchlags, noch im Laufe d. J. in drey Terminen, bis gegen Johannis, in die Kreiscaſſe liefern. **Neuntens**, da die Kaiſerlichen aus den Niederlanden kommenden Völker, überall, wo ſie durchzögen, ſo gar arg hauſeten, und von den Officieren dem Vorgeben nach nicht in der Ordnung gehalten werden könnten, ſo ſey deswegen, damit nicht bey dem fortdauernden Türkenkriege dergleichen feindſelige Durchzüge mehr geſchehen möchten, der Kaiſer in einem geziemenden Schreiben zu erſuchen, desfalls gute Ordnung zu machen, inſonderheit das Volk nur Rottenweis, dem letzten R. A. gemäß, durchzuführen. Auch ſolle auf der fünf Kreiſe Verſammlung weiterer Rath gepflogen werden, wie dieſer Durchzüge halber in allen Kreiſen eine Gleichheit zu halten ſey. **Zehentens**, werden vier in Privat-Angelegenheiten einiger Stände dem Kreistag übergebene Memorialien auf den nächſten Kreistag zur Erörterung verwieſen. Endlich, als man ſchon an Verfaſſung des Abſchieds geweſen, ſey von Bamberg aus den dortigen Directorial-Geſandten ein Schreiben mit Beylagen zugekommen, woraus zu erſehen, was die 3 zu Cölln verſammelt geweſene Kreiſe, nemlich die beiden Rheiniſchen und der Weſtfäliſche, der Kreishülfe wegen mit einander verabredet, inſonderheit auch wegen der Tagſatzung der fünf Kreiſe zu Coblenz. Dem zufolge habe man den drey Kreiſen geantwortet, daß man von Seiten des Fränkiſchen Kreiſes auch auf den beſtimmten Tag Abgeordnete ernannt und ge-

nug-

nugſam inſtruirt, auch bevollmächtigt habe, um 1599
genau wegen allem ſich zu verabreden und einen
Schluß zu machen. Den Abgeordneten ſelbſt
aber ward hiebey noch aufgegeben, alles recht genau zu beſtimmen, davon ſodann der Kreis-Oberſte den Ständen, die mit zuzuziehen hätten, Nachricht geben, dieſe aber ſich indeſſen in Bereitſchaft halten ſollten. Wie dann auch die Geſandten ſelbſt ſich den $\frac{7}{17}$ Merz zur Zuſammenkunft in Wertheim beſtimmt, um ſich der Reiſe wegen zu vergleichen. Unterſchrieben waren **Bamberg, Würzburg, Brandenburg, Aichſtett,** Sachſen wegen **Henneberg-Schleuſingen,** der **Teutſchmeiſter** Heſſen wegen **Schmalkalden,** Sachſen wegen **Henneberg-Römhild,** weiter die Grafen von **Hohenlohe-Neuenſtein, Hohenlohe-Waldenburg, Caſtell, Wertheim, Erbach, Limburg, Schwarzenberg, Seinsheim,** endlich die Städte, **Nürnberg, Rotenburg, Winßheim, Schweinfurt, Weißenburg** [r]).

Nachdem nun die zu **Coblenz** geweſene Kreis-Abgeordnete von daher zurückgekommen, und unter dem 11. April dem Biſchof zu **Bamberg,** als Kreis-ausſchreibendem Fürſten, die Nachricht von den Schlüſſen der Zuſammenkunft ertheilet, mit Bitte, forderſamſt einen Kreistag auszuſchreiben, um darüber weitere Berathſchlagungen anzuſtellen, so verſammelten ſich dem zufolge die Stände zu **Nürnberg,** allwo folgendes verhandelt und geſchloſſen wurde [s]). **Erſtlich,** als ſich eben die Sitzun-

m) Kreist. zu Nürnberg.

$\frac{15}{25}$ Jul.

r) Noch zwey Abſchiede dieſes Kreiſes, mit Zuziehung des Bayeriſchen und Schwäbiſchen Kreiſes verfaßt, die Münzſachen betreffend, ſtehen bey **Hirſch,** Münzarchiv III. B. S. 128. u. f. 136. u. f. d. d. Augſpurg $\frac{4}{14}$ May und Nürnberg $\frac{12}{22}$ Oct. e. a.

s) Laut des, bey **Moſer** befindlichen Abſchieds, T. III. p. 487.

1599 Sitzungen anfangen ſollten, hätte ſich ein Kaiſerlicher Commiſſarius, der Reichshofrath **Joh. Heinr. von Neuhaus**, anmelden laſſen, der dann, wie bey dem Kreiſe gebräuchlich, ſogleich vorgelaſſen werden müſſen. Dieſer habe theils wegen der dem Coblenzer⸗Abſchied gemäß unternommenen Kreishülfe, und deren Einſtellung, theils wegen der auf mehrere 100000 fl. ſich belaufenden alten und neuen Reſtanten, der dem Kaiſer verwilligten Türkenhülfe, eines und das andere ſchriftlich anzubringen gehabt, dabey ein neues Kaiſerliches Erbieten, daß der K. mit nächſtem die Wiederherſtellung aller von beiden kriegenden Parteyen im Reich eingenommenen Oerter zu bewürken hoffe, vorgebracht; welches alles denn von Seiten der Kreisſtände angehört, und dem Geſandten die Antwort, nach vorher angehörter Relation vom Coblenzer⸗Tag, zu geben verſprochen hätten. **Zweytens**: hätten die Brandenburgiſchen Geſandten die Abſchiede von den verſchiedenen inzwiſchen gehaltenen Kreistägen zu **Münſter, Göttingen, Lüneburg, Weſel, Hörter** und **Jüterbock** t) verleſen, und zum Abſchreiben gegeben, worin ſich ſehr zwieſpaltige Stimmen gefunden. Da nun überdieſes die Stände mit der Relation von den Coblenzer⸗Schlüſ⸗

p. 487. d. d. $\frac{21}{31}$ Jul. 1599. Uebrigens bitte ich jeden geneigten Leſer, auf die Monatstage hier Acht geben zu wollen. In dem Schreiben vom 11. April wird gebeten, forderſamſt einen Kreistag auszuſchreiben, und dieſer erfolgt den $\frac{1}{11}$ Jul., alſo volle drey **Monate** hernach! Dis nur zur Probe der Geſchwindigkeit, mit welcher von jeher in Teutſchland die öffentlichen gemeinen Geſchäffte getrieben worden ſind!

t) Des Abſchieds von Coblenz, der doch der hauptſächlichſte war, und den ſie mit hatten machen helfen, wird in dem Moſeriſchen Druck hier nicht gedacht, obwol deſſelben hernach mehrmal erwähnt wird.

Schlüſſen wider Vermuthen lange aufgehalten, die 1599
Werbung, Beſtallung und Muſterung der Truppen im Fränkiſchen Kreiſe, ohne Vorwiſſen der Stände, auch ohne Erfordern des General-Oberſten (des Gr. v. d. Lippe) dem Buchſtaben des Koblenzer-Abſchieds zuwider vorgenommen, alſo dadurch zu frühe unnöthige Koſten verurſacht worden, zudem der Kaiſer aufs neue mit Ernſt den Zug nicht vorzunehmen gebeten, da die Spanier ſchon mehrere Orte auf Reichsboden geräumet, auch wofern die Staaten ein gleiches thäten, das übrige ebenfalls baldigſt räumen wollten, wesfalls der K. ſogar eine eigene Geſandtſchaft an den Erzh. Albrecht geſchickt, u. d. g. Urſachen mehr; ſo hätten die beſagten Stände Fug und Macht ſich mit den begehrten Unkoſten und Auslagen nicht zu beſchweren. Doch aber, um ſich dem zu Coblenz gethanen Verſprechen nicht zu entziehen, wollten ſie gleichwol von dem Hülfswerk ſich nicht abſondern, um ſo mehr, als viele Stände auch dafür gehalten, man müſſe es mit den obberührten des Kreis-Oberſten eigenmächtigen Werbungen u. ſ. w. ſo genau nicht nehmen, da er ſich mit der Eile und der Nothwendigkeit entſchuldiget, auch kein Recht daraus machen zu wollen hinlänglich erkläret habe. Demnach ſey einestheils dem Kaiſer zwar für ſeine Reichsväterliche Fürſorge in geziemenden Ausdrücken zu danken, auch zu wünſchen, daß ſie inskünftige recht würkſam ſeyn möge: da aber bisher ſie wenig oder nichts gefruchtet, ſo ſehe man nicht, wie man die gewaffnete Hülfe einſtellen könne. Anderntheils ſeyen zu dem Ende, da einige Stände nicht mit beyſtimmen wollten, die majora zur Richtſchnur zu nehmen, wie ſolche auch ſonſten auf Reichs- und Kreisverſammlungen ſogar in voluntariis gegolten hätten, immaßen auch ſolches in der Execution-

1599 cutions-Ordnung gegründet ſey. Endlich, nach vielem Streit der unterſchiedenen Meinungen halber, ſey man dahin übereingekommen, daß dem Kreis-Oberſten aus dem gemeinen Vorrath 12 Monate binnen Monatsfriſt ſollten verabfolget werden, dabey jedoch einige vornehme Stände ſogleich proteſtirt, daß ſie ſich dadurch nicht zu Fortſetzung des Zugs verbindlich gemacht, ſondern vielmehr dieſe 12 Monate zu Abdankung des Kriegsvolks verwilligt haben wollten. Drittens ſey beſchloſſen worden, dem Kaiſerlichen Commiſſarius von dieſem allem ſowol mündliche Nachricht zu ertheilen, als auch das Schreiben an den K. mitzugeben, in welchem inſonderheit demſelben auch die fernere Erlegung der Türkenſteuer, (bis auf einen Stand, der ſich deshalb beſonders gegen den K. erkläret) zugeſichert wurde. Viertens, da der Gr. Georg Friedrich von Hohenlohe eine Forderung an den Kreis von wegen ſeiner gehabten Oberſten-Stelle bey demſelben mache, ſo habe man, obwol ſie ſeiner Beſtallung nach ungegründet ſey, dennoch um ihn bey gutem Willen zu erhalten, einer Verehrung oder Kette auf ſechshundert Goldgulden, für ihn ſich verglichen. Fünftens hätten Sigmund von Recken und Otto von Hohenſtein um Nachlaſſung ihres Kreis-Rückſtandes gebeten. Obwol nun dieſe beide Rittmeiſter, gleich andern Officieren, gehörig beſoldet, ſo daß ſie ſich nicht beſchweren könnten: ſo habe man doch, weil ſie ſich in ihrem Dienſte ſo wohl gehalten, ſich dahin verglichen, daß ihnen von den rückſtändigen 2400 fl. jedem ein Nachlaß von 400 fl. geſchehen, jedoch ſolches auf künftige Fälle zu keiner Regel gemacht werden ſolle. Obwol auch dieſen Nachlaß einige Geſandte nicht an-, ſondern ad referendum genommen haben. Sechſtens, des Joſua Puttkammers

mers (oder Puttigkammers) [u]) Reſtanten be- 1599
treffend: obwol dieſer Commiſſarius noch weit
mehr als die von ihm gefordert werdenden 1000 fl.
an den Kreis zu fordern zu haben glaube; ſo habe
man doch dieſe ganze Forderung ungegründet ge-
funden; erſuche demnach den Kreis-Oberſten, wel-
cher ihn angenommen, ihn zu Erlegung beſagter
1000 fl. anzuhalten. Endlich, da die Bamber-
giſche ſowol als die Brandenburgiſche Canzley we-
gen ihrer bisher gehabten außerordentlichen Be-
mühungen um eine Ergötzlichkeit gebeten; ſo ſey
von den Kreisſtänden dahin geſchloſſen worden,
daß der Bambergiſchen Canzley zwey Drittheile,
und der Brandenburgiſchen ein Drittheil von
100 Thlr. aus der Kreis-Caſſe gereicht werden
ſolle. Ganz zum Schluſſe haben auch noch die
Teutſchmeiſteriſchen den Johann von Gleichen
zu einem Nachgeordneten präſentirt, welcher dann
in Pflichten genommen worden. Unterſchrieben
ſind, Bamberg (jedoch cum proteſtatione, daß
es ſich zu nichts verbindlich machen, ſondern alles
ad referendum nehmen wolle), Würzburg,
Brandenburg (auch mit einigem Anhang), Aich-
ſtett, Sachſen-Weimar wegen Henneberg-
Schleuſingen, der Teutſchmeiſter, Sachſen-
Coburg wegen Henneberg-Römhild, Heſſen
wegen Henneberg-Schleuſingen [x]), Hohen-
lohe-Neuenſtein, Hohenlohe-Waldenburg,
Caſtell, Wertheim, Reineck, Erbach, Lim-
burg-Speckfeld, Schwarzenberg, endlich
die Städte, Nürnberg, Rothenburg, Wins-
heim, Schweinfurt, Weißenburg.

Nun

u) Von dieſem eigentlich Joſua von Puttkammer genannten Mann, ſ. in der N. T. R. Hiſt. XIX. B. S. 188. 196. 220. u. f.

x) Soll aber wol Schmalkalden heißen.

1599

n) Ober-rheiniſcher Kreistag.

19. Febr. ſt. v.

Nun in der Ordnung an den Ober-Rheiniſchen Kreis zu kommen, ſo finden ſich von demſelben in dieſem Jahre zwey Kreistäge, davon der erſte im Frühjahre zu Worms gehalten worden [y]. Gleich bey Anfang deſſelben kam ein Kaiſerliches Schreiben an, des Inhalts: Wie der K. ſeit Anfang ſeiner Regierung alles gethan habe, was nur zu Aufhebung der durch den Niederländiſchen Krieg dem Reich zugewachſene Beſchwerung thunlich geweſen wäre, und wie Er auch, auf die neueren Beſchwerden des Weſtf. Kreiſes, mit Schreiben und Schickungen, auch Pönal-Mandaten, das ſeinige gethan, ſo daß Er nicht einſehen könne, was ihm weiter bisher zu thun möglich geweſen: wesfalls Ihn dann ſehr wundere, daß man bey dem letzten Ober-Rheiniſchen Tag zu Worms nicht des weiteren halber Ihn angegangen, ſondern die thätliche Hülfe beſchloſſen, auch zu deren Behuf die wider den Türken verwilligten Hülfsgelder angehalten habe, deren Zahlung Er dann verlange, u. ſ. w. Hierüber wurde nach gebührender Berathſchlagung dann für gut erachtet, ein Schreiben an den K. abzulaſſen, des Inhalts: daß, ſo ſehr man ſeine Reichsväterliche Sorgfalt erkenne, auch dieſelbe fortſetzen zu wollen bitte, man doch, bey der immer weiteren Anrückung des Spaniſchen Kriegsvolks, und Verachtung aller Kaiſerlichen Befehle, nicht anders könne, als es bey den vorigen Abſchieden, der thätlichen Hülfe wegen, zu laſſen, wesfalls Er dann nicht in Ungnaden aufnehmen möchte, daß man bey dieſen unumgänglichen Ausgaben die Türkenhülfe einſtweilen noch zurückbehielte, u. ſ. w. Damit aber das Kammergericht nicht etwan, dieſer Türkenhülfe

y) Den Abſchied deſſelben hat Moſer in ſeiner Samml. III. Th. S. 353-363. d. d. 26 Febr. / 8 Merz d. J.

hülfe wegen, auf Anrufung des Fiſcals, mit Pro- 1599
ceſſen gegen die Stände verführe, ſo wurde be-
ſchloſſen, den Kreis-Syndicus zu Speyer von die-
ſem allem zu benachrichtigen, damit er ſich in Ge-
mäßheit des an ihn ergangenen Befehls zu verhal-
ten wiſſe. Weiter geſchah auf dem Kreistage die
Relation der zu Cölln auf der Verſammlung der
drey Kreiſe geweſenen Geſandten. Weil nun ſol-
che dahin ausgefallen, daß man dorten nichts habe
beſchließen können, ſondern wegen Wichtigkeit des
Spaniſchen Einbruchs auch andere Kreiſe mehr
zuziehen müſſe, desfalls auch eine Verſammlung
mehrerer Kreiſe zu Coblenz angeſetzt worden ſey;
ſo wurde von Seiten dieſes Kreiſes ausgemacht,
daß die beiden ausſchreibenden Fürſten, auch Naſ-
ſau-Beilſtein und Frankfurt, dieſen ausge-
ſchriebenen Tag beſuchen ſollten, um daſelbſt laut
zu erhaltender Inſtruction für den Kreis zu han-
deln. Ferner: da Landgraf Moritz von Heſſen
zum Kreis-Oberſten erwählt, und desfalls von
allen vier Bänken des Kreiſes Abgeordnete an ihn
abgegangen waren, ſo brachte dieſelbe, bey ihrer
Rückkunft, dieſes Fürſten Antwort, ſo einige Be-
denklichkeiten enthielt, vor deren Wegräumung
Er das Kreis-Oberſten-Amt nicht annehmen kön-
ne, inſonderheit weil die bewilligte Hülfe nicht an
Volk, ſondern an Geld gegeben werden ſolle. Hier-
über gab es auch wieder mancherley Streitens,
doch fiel der meiſten Meinung dahin aus, wie man
ſich gleichwol einer gewiſſen Geldhülfe vergleichen
müſſe, welche dann, mit Einbegriff des zu Cölln
vorläufig bewilligten, etwan auf 9 Römer-Mo-
nate, jedoch ſalva ratificatione der Stände, zu
ſetzen wäre. Indeſſen aber ſolle der Landgraf in
einem Antwort-Schreiben beſtens erſucht werden,
das Kreis-Oberſten-Amt dennoch zu übernehmen.

1599 Um auch, ferner, bald etwas Geld in der Caſſe zu haben, ſo wurde beſchloſſen, drey Römer-Monate binnen zwey Monaten unfehlbar zu erlegen, wobey auch der Städte Frankfurt und Straßburg Rechnungen, durch einen Ausſchuß der vier Bänke, angehört und durchgegangen wurden. Nächſt dieſem wurden die vier Zugeordnete des Kreiſes z), die um Verhaltungsbefehle baten, auf die zu erwartende Erklärung des erwählten Kreis-Oberſten verwieſen. Die Reſtanten aber und eximirenden Stände betreffend, wurde beſchloſſen, daß die eximirenden die Kreis-Reſtanten für die eximirten bezahlen, jedoch nicht gleich mit Executorialien, ſondern zuerſt mit gütlichen Erſuch-Schreiben des Kreis-Oberſten desfalls verfahren werden ſolle. Endlich, Savoyen und Lothringen betreffend, die wieder zum Kreis aufgenommen werden wollten, wurde beſchloſſen, daß, wenn ſie mit dieſem Verlangen anhalten, alle Retardaten bezahlen, auch ſich ſonſt andern Ständen gemäß verhalten würden, ihrenthalben weiters Rath gepflogen werden ſolle. Unterſchrieben waren: Worms, Speyer, wegen des Stifts Straßburg der poſtulirte Adminiſtrator Joh. Georg von Brandenburg, Baſel, wegen des Stifts Fulda der Kaiſerliche Commiſſarius und Adminiſtrator Maximilian von Oeſterreich, die Stifter Hirſchfeld und Odernheim. Sodann von weltlichen Fürſten, Pfalz-Simmern, Pfalz-Lautern, Pfalz-Veldenz mit zwey Stimmen, L. Moritz von Heſſen, L. Ludwig von Heſſen, Philipp, Joh. Caſimir, und Ludwig, Johann der ältere, und Gr. Johann

z) Nemlich der von Hoheneck, Graf Ernſt von Solms, der von Flersheym, und der von Offenburg.

hann Ludwigs minderjährige Kinder, ſämtlich 1599
Grafen von Naſſau, Solms mit drey Stimmen, die Wild- und Rheingrafen mit drey Stimmen, die Gr. von Leiningen-Dachsburg, und Weſterburg, Mainz wegen Königſtein, Iſenburg [a]), der Graf von Bruch als Gr. leiningiſcher Vormund, Witgenſtein, Gr. von Bruch für ſich, Hr. von Hohenfels, Hr. von Fleckenſtein, Graf von Salm, ſodann die Städte Straßburg, Worms, Speyer, Frankfurt, die zehen Landvogtey-Städte in Elſaß, Friedberg und Wetzlar [b]).

Da nun in dem beſagten Wormſer-Abſchied ſo gar viele Sachen nicht oder nur halb ausgemacht hinterlaſſen worden waren, ſo wurde dadurch ein abermaliger Kreistag veranlaßt [c]). Bey demſelben fand ſich abermals ein Kaiſerlicher Commiſſarius ein, und überlieferte bey der Wormſiſchen Canzley ſein Beglaubigungsſchreiben, verlangte ſodann ſchriftlich im Namen des Kaiſers, daß man die von ihm unternommene Vermittelung des Niederländiſchen Krieges durch einige weitere Thathandlung nicht verhindern, dabey die rückſtändige Türkenſteuer nicht ferner hinterhalten, noch vielweniger zu Neben-Kriegen verwenden möge. Hierauf wurde nun, nach vielem Zwieſpalt, endlich beſchloſſen, daß das Kriegsvolk

o) Oberrheiniſcher zweyter Kreist.

a) Dieſer Stand verlangte gerade nach Solms geſetzt zu ſeyn, weil er bisher in dieſer Ordnung votirt habe, dem aber die Rheingräflichen, Leiningiſchen und Königſteiniſchen widerſprachen.

b) Verfertigt war dieſer Abſchied durch einen Wormſiſchen Rath, wegen der Geiſtlichen, und einen Pfälziſchen, wegen der weltlichen Fürſten, ſodann einen Gräflichen, und den Stadtmeiſter von Worms.

c) Auch von dieſem ſtehet der Abſchied bey Moſer T. III. S. 506. d. d. Worms $\frac{6}{16}$ Sept. d. J.

1599 zwar abzudanken, aber die Kriegsſteuern, bis zu Erfolg der Erſtattung alles zugefügten Schadens und Leiſtung genugſamer Caution, noch ferner inne zu behalten ſey. Als nun dieſer Schluß dem K. Commiſſarius ſchriftlich zugeſtellt wurde, fand ſich derſelbe dadurch ſehr beſchwert, und that dagegen die dringendſten Vorſtellungen wegen der gar zu großen Türkengefahr. Obwol nun nicht wenige Stände, wegen der fortdauernden Furcht vor weiteren Spaniſchen Bedrückungen, auf dieſem Schluß zu beharren geneigt waren, ſo fielen doch endlich die meiſten Stimmen für den Kaiſer aus, gegen welche dann manche Stände ſich mit Proteſtationen und Vorbehalten verwahrten. Sodann kam die wichtige Frage wegen der Reſtanten vor, wobey auch die Beſchwerden einiger Stände, wegen ungleicher Anlage, wieder rege wurden. Ob nun wol ehemals die poena dupli auf die Saumſeligen geſetzt, hernach aber die via ſimplicis querelae bey dem Kammergericht an deren Stelle beliebt worden, ſo hatte doch auch letzteres wieder, wegen der bey dem K. G. gar zu ſehr gehäuften Sachen [d]) und des daher entſtehenden langſamen Gangs der Proceſſe, nicht viel Frucht geſchafft; daher dann auf dieſem Kreistag von mancherley andern Mitteln, um die Reſtanten einzubringen, die Rede geweſen. Doch konnte man ſich über keines vereinigen. Derowegen dann endlich vor andern die Güte zu verſuchen beſchloſſen worden, und ſind desfalls die Saumſeligen auf den nächſten Kreistag zu erſcheinen vorgefordert worden, woſelbſt dann, wenn etwa die Güte ja nichts fruchtete, man auf Erfindung eines andern Mittels, z. B. eines Compromiſſes, oder ſonſt, bedacht ſeyn müſſe. Und ſollten zu dem Ende alle Stän-

d) So hieß es ſchon vor faſt zweyhundert Jahren!

Stände ihre Geſandten in der Vollmacht dahin 1599
befehligen, daß ſie allen privilegiis inſtantiarum etc. entſagen, auch lediglich das beſchließen ſollten, was des gemeinen Kreiſes Nutz, Ehre und Wohlfahrt desfalls erforderte. Sie kämen, und erſchienen dann, oder nicht, ſo ſolle doch alles, was hierin per majora für gut befunden werden würde, kraft dieſes Schluſſes redlich gehalten und vollzogen werden. Was nun die **Kriegs-Verfaſſung**, des **Kreis-Oberſten Beſtallung**, und ſonſten dieſer Art Dinge betrifft, ſo hätte hievon auch auf dem Kreistage gehandelt werden ſollen. Weil aber der **Graf von Solms**, Geſchäffte halber, vor erhaltenem Erforderungsſchreiben verreiſet, der aber **von Offenburg** durch Krankheit zu erſcheinen verhindert, mithin nur die zwey übrige Nach- und Zugeordnete, die allein ſothane Gegenſtände nicht abhandeln wollen, gegenwärtig geweſen; ſo hielt man für beſſer, die Berathſchlagung desfalls bis auf den nächſten Kreistag zu verſchieben, in der ungezweifelten Zuverſicht, der zum **Kreis-Oberſten** erwählte Landgraf **Moritz von Heſſen** werde ſich von ſelbſten ſo, wie es dem Kreiſe nützlich und erſprießlich, zu betragen wiſſen [e]). Weil auch bemeldeter **Kreis-Oberſte** mehrere **Auslagen** zum gemeinen Beſten gemacht hatte, die Geſandten aber aus Mangel der Inſtruction ſich wegen des Erſatzes derſelben keines Schluſſes vereinigen konnten, ſo wurde auch dieſer Gegenſtand auf den näch-

e) Es wird alſo hier für bekandt angenommen, daß dieſer Fürſt das ihm angetragene Amt übernommen habe, oder gewiß übernehmen werde, ohne daß man ein Wort mehr von den im letzten Kreis-Abſchied deshalber vorgekommenen Schwierigkeiten höret. Sie mögen alſo zwiſchen den beiden Kreistägen ſeyn beygelegt worden.

1599 nächſten Kreistag verſchoben, jedoch ſo, daß dort alle Geſandte mit genugſamer Vollmacht ſerſcheinen ſollten, um ohne weiteres Rückbringen, oder abermalige Verſammlung, zum Schluſſe zu gelangen. Endlich, da die beiden Zugeordneten, Henek und Eberſemer, ihr Wartgeld ſeit drey Jahren, ſamt verſchiedenen Auslagen, von dem Kreiſe forderten, wurde ihnen anbefohlen, von allen ihren Forderungen ein genaues Verzeichniß an die Wormſiſche Canzley einzuſenden, worauf ihnen dann die gehörige Antwort ertheilt werden ſolle. Unterſchrieben waren von Geiſtlichen: die Hochſtifter Worms und Speyer, das Stift Weißenburg, Johann Adminiſtrator von Straßburg, Baſel, Fulda, Hirſchfeld, die Abtey Murbach und Lüders, die Probſtey Odernheim. Von weltlichen Ständen: Pfalz-Simmern, Pfalz-Lautern, Pfalz-Veldenz mit zwey Stimmen, drey Landgrafen von Heſſen, vier Grafen von Naſſau, zwey Grafen von Solms, ferner Hanau, Reineck, Leiningen-Dachsburg, Otto Wildgraf von Daun, Adolf Heinrich Rheingraf von Salm, die Grafen von Iſenburg [f]), der Graf von Bruch, als Gr. Leiningiſcher Vormund, ſodann derſelbe für ſich und ſeine Brüder, Graf Johann von Salm, Herr Johann von Hohenfels; endlich die Reichsſtädte, Straßburg, Worms, Speyer, Frankfurt, Hagenau, Colmar, Schlettſtadt, Weißenburg, Landau, Obern-Ehenheim, Kaiſers-

f) Hier geſchahen abermals, wie auf dem letzten Kreistag, die Proteſtationen wegen des Stimm-Rechts, zwiſchen Iſenburg und den Rheingrafen, daher die Wormſiſche Canzley ſich erboten, die älteren Namens-Unterſchriften aufzuſuchen, um nach denſelben etwa eine Uebereinkunft zu treffen.

Kaiſersberg, Münſter im S. Georgenthal, Roßheim, Türkheim, Friedberg, Wetzlar g). 1599

Von dem nun folgenden Chur-Rheiniſchen Kreiſe finde ich nur einen einzigen Abſchied h), aus welchem die Berathſchlagungen des Kreiſes kürzlich dargeſtellt werden ſollen. Es hatte nemlich der Weſtfäliſche Kreis-Oberſte, Gr. v. d. Lippe, die vier Churfürſten dieſes Kreiſes in zwey Schreiben erſucht, ihm wegen unterſchiedener, den gegen die Spanier zu unternehmenden Zug betreffenden Umſtände, ihre Erklärung, in Gemäßheit des Coblenzer-Abſchiedes, zukommen laſſen zu wollen. Imgleichen wurden dieſe Churfürſten durch die zu Göttingen beyſammengeweſenen Stände i) ermahnet, da man in den vier übrigen Kreiſen zur Hülfe gefaßt ſey, nun auch aus dieſem Kreiſe die Gebühr nach dem Coblenzer-Abſchied zu veranſtalten. Dieſemnach beſchloſſen die vier Churfürſten, den 13. Junii k) zu Ober-Weſel zuſammenzukommen, womit ſich es aber bis den 4. Jul. durch das Abſterben des Churf. von Trier verzog. Da ſie nun endlich zuſammengekommen waren, ſo entſtand noch erſt die Frage unter ihnen, ob ſie, weil die andern Kreiſe ſich eben nicht gar hurtig bezeigt hätten, dem Coblenzer Abſchied gemäß

p) Chur-rheiniſcher Kreist.

21. Apr. 20 May.

23 May.

g) Die Beſiegelung geſchah auch dismal, um es nur beyläufig zu bemerken, durch je einen von den viererley Ständen oder Bänken des Kreiſes.

h) Abermals bey Moſer, T. III. S. 478-486. d. d. Ober-Weſel, 8. Jul. d. J.

i) Deren Abſchied oben, bey den N. S. Kreis-Abſchieden, ausgezogen vorkommt.

k) In Gemäßheit des den 9. Apr. gemachten Coblenzer-Abſchieds, entſchließen ſich endlich die Churfürſten, doch nach vielen weiteren Vermahnungen, den 13. Junii zuſammenzukommen!!

1599 gemäß zu leben, zumal da der Kaiſer Abmahnungsſchreiben an mehrere derſelben ergehen laſſen, dem zufolge auch nicht alle in ihren Entſchlüſſen feſt ſchienen; ob ſie nun doch allein ſo ſtreng dem Coblenzer Abſchied gemäß ſich zu halten verbunden wären [l])? Worauf dann beſchloſſen worden, auch bey dieſer Zuſammenkunft ſämtliche bemeldete Bedenklichkeiten wohl vor Augen zu haben. Doch aber, um ſich dem oftgenannten Coblenzer-Abſchied nicht zu entziehen, verglichen ſich die Geſandten dahin, daß das erſte daſelbſt verabredete, auf Johannis fällig geweſene Ziel der Beyträge, mit nächſtem zuſammengebracht und erlegt werden ſolle. Hierauf, ſo bald nemlich vergewiſſert ſeyn würde, daß auch die andern vier zuſammengetretenen Kreiſe ein gleiches gethan, und daß ſolche Hülfe ohne Nachtheil des Reichs angewendet werden könne, ſolle dieſes Ziel dem General-oberſten Feldhauptmann, **Grafen von der Lippe**, auf Erfordern alſobald aus der Stadt Cölln, gegen Quittung, ausgefolgt werden; wobey jedoch der **Chur-Pfälziſche Geſandte** ſich, in Ermanglung genauer Inſtruction, zu nichts verbunden ſeyn zu wollen, erklärte. Darauf wurde ein Antwortſchreiben an den **Gr. v. d. Lippe** entworfen, in welchem ihm dieſer Schluß [m]) ſamt einigen Anfragen, wegen des, was andere Kreiſe zu thun geſinnet? kund gethan werden ſollte. Und, obwol auch von den zu Hörter verſammelt geweſenen Ständen begehrt worden, daß dieſer Kreis einen **Kriegsrath** und **Oberſten Wachtmeiſter** verordnen

l) Dieſes alles, nachdem ſie ſchon die Nachricht haben, daß die vier andern zuſammengetretenen Kreiſe würklich gefaßt ſeyen!!

m) Eigentlich ein Schluß, nicht viel mehr als nichts zu thun!

ordnen möge, ſo hat man doch, ehe man das, 1599
was andere Kreiſe desfalls thäten, erfahren, etwas dergleichen zu unternehmen Bedenken getragen. Das Directorium des ganzen Zugs betreffend, heißt es im Abſchied, habe der Graf v. d. Lippe gebeten, den Nieder-Sächſiſchen Kreis dahin zu bewegen, daß auch dieſer ihm, als dem Kreis-Oberſten des anrufenden Kreiſes, ſothanes Directorium überlaſſen möge: da aber, dem Vernehmen nach, ſolches bereits geſchehen, halte man nicht für nothwendig, etwas desfalls zu thun. Sodann, da die Cöllniſchen Geſandten wegen der von dem etwa zur beſchloſſenen Hülfe durchzuführenden Kriegsvolk zu leiſtenden Caution, der Ordnung halber, Anbringen gethan, ſo wurde ein Schreiben an den Weſtf. Kreis-Oberſten beſchloſſen, daß er dieſe Caution beſtens befördern wolle. Weiter hatten die Pfälziſchen Geſandten angebracht, da ſeit einiger Zeit ſich bey Cölln ein Spaniſcher Ausläger [n]) befinde, ob man nicht deſſen Abſchaffung wegen an die Stadt Cölln ſchreiben wolle? Allein der Chur-Cöllniſche Geſandte widerſprach, weil ſein Herr der Stadt Cölln auf dem freyen Rheinſtrom keine Gerechtigkeit zugeſtehe: darüber dann beſchloſſen wurde, es lediglich dem General-oberſten Feld-Hauptmann zu überlaſſen, was desfalls zu thun. Gleichmäßig thaten die Pfälziſchen Geſandten Erwähnung, daß noch einige Stände zu dieſem Kreiſe gehörten, welche das ihrige zu den Beyträgen auch geben müßten, denen demnach das Beſchloſſene zu überſchreiben ſey. Worauf die Mainziſche Geſandtſchaft angezeigt, man habe nicht für nöthig geachtet, ſie zu berufen, weil ſie mehrentheils ſchon

n) Was dieſes Wort bedeute? habe ich nicht finden können.

1599 von andern eximirt ſich befänden; wolle man unterdeſſen, daß **Mainz** ihnen von den Kreistagsſchlüſſen Nachricht gebe, ſo ſeyen ſie bereit, welches zu thun dann auch, doch jedermanns Rechte unbeſchadet, gut geheißen worden. Weiter wurde auch ein Antwort-Schreiben auf das von Göttingen aus an den Kreis gekommene Schreiben der dort verſammelt geweſenen Kreis-Oberſten, wenn gleich dieſelben ſchon lange von dort wieder weggegangen, entworfen, meiſtens in Bezug auf die an den Gr. v. d. Lippe abgelaſſene Antwort. Endlich kamen, ſchon unter Verfertigung des Abſchieds, **Geſandten von dem Cardinal-Regenten der Niederlande**, mit einem ſowol mündlich als ſchriftlichen Geſuch [o]), das ſie den verſammelten Ständen in einer Audienz mittheilten. Weil aber die Geſandten hierüber nicht inſtruirt seyn, alſo keine poſitive Antwort ertheilen könnten, ſo wurde den Geſandten eine münd- und ſchriftliche Erklärung, ſo gut man ſie faſſen konnte, mitgetheilt, ſomit der Abſchied von aller vier Churfürſten Geſandten unterſchrieben [p]).

q) Oberſ. Kreist. zu Jüterbock. Weiter komme ich an den **Ober-Sächſiſchen Kreis**. Von demſelben finde ich zuerſt einen Kreistag zu **Jüterbock** [q]). Auch dieſer wurde in Gemäßheit der ſo oft erwähnten Coblenzer-Verſammlung der fünf Kreiſe zuſammenberufen. Aber auch hier ging es, wie bey den meiſten Kreistägen, deren Geſchichte bisher erzählt worden. Auf

o) Was es betroffen? ſteht mit keinem Worte in dem Abſchied. Freylich aber wird es die vorhabende Kreishülfe gegen die Spanier betroffen haben.

p) Einen andern blos die Münze betreffenden Abſchied dieſes Kreiſes hat Hirſch Münz-Archiv T. III. S. 140. d. d. Bacharach, 4. Oct. 1599.

q) Deſſen Abſchied Moſer III. Th. S. 455. u. f. mittheilet, d. d. 24. Jun. d. J.

Auf der einen Seite ſprach man von einem ſchleu- 1599
nigen Beytrag von 40 - 60 Monaten, zur Reichs-
ordnungsmäßigen Hülfe, ſo lange bis die Spanier alles geräumt, den Schaden erſetzt, und wegen der Zukunft Caution geleiſtet hätten, bewies auch weitläufig, daß ſolche Hülfe in der That nicht gegen das Kaiſerliche Anſehen, mithin für den K. eine Beleidigung ſey, da ſie ja nur das ins Werk zu ſetzen ſuche, was durch ſeine Bemühungen und Mandate nicht erhalten werden können. Hingegen auf der andern Seite hieß es: man halte es zwar freylich für nothwendig und billig, den bedrängten Ständen thätig zu Hülfe zu kommen; allein man höre, daß das Spaniſche Kriegsvolk ſchon die Reichslande bis auf wenige Plätze verlaſſen, auch der Cardinal - Regent ſich zu weiterer Parition erboten, mithin die Gefahr nicht mehr ſo dringend ſey; dabey habe der Kaiſer ja verſchiedentlich ſchon dieſer vorhabenden That - Hülfe halber die Stände abmahnen laſſen, und ſeine fernere Verwendung angeboten, damit alles gütlich beygelegt würde; ferner wiſſe man ja nicht eigentlich, was die andern Kreiſe thäten und thun würden, daher dann gefährlich ſeyn würde, von Seiten dieſes Kreiſes allein etwas zu unternehmen, und ſich dadurch die Laſt des Kriegs auf den Hals zu wälzen, auch Verdruß bey dem Kaiſer zu erwecken, u. ſ. w. Womit dann alles desfalls bis auf weiteres ausgeſetzt verbleiben mußte. Zweytens die im Merz bewilligte Contribution betreffend [r]), ſo ſollten davon

r) Der Kreiſtag, auf welchem dieſe Steuer, und zwar von 56 Monaten, vermuthlich bewilligt worden, war auch zu Jüterbock gehalten und der Abſchied den 17. Merz verzeichnet worden. Müllers Sächſ. Annalen h. a. So viel die Münze belangt, ſtehet der-

1599 davon 4 Zieler für voll auf alle Nothfälle nach Leipzig in die Kreis-Caſſe gebracht werden. Hingegen, da die Beſchwerung abgewendet, ſolle das letzte Ziel à $7\frac{1}{2}$ Monat nicht erlegt werden. Der Reſtanten halber wurde auch die Rechnung abgelegt, und beſchloſſen, daß alle und jede derſelben, dem übergebenen Verzeichniß nach, zum längſten bis Michaelis, ſub poena dupli, in die Kreis-Caſſe erlegt werden ſollten. Wegen dieſer Kreis-Caſſe Verwaltung wurde ausgemacht, daß die zu ſelbiger einzuliefernde Gelder vom Rath zu Leipzig, außer den Kreistägen, eingenommen, alsdann, wann dergleichen verſammelt, in die Caſſe gelegt, die fünf Schlüſſel dazu aber, an Chur-Sachſen, Chur-Brandenburg, und die drey Nach- und Zugeordnete gegeben werden ſollten. Auch ſolle keine Ausgabe, die gleich zu bezahlenden Beſoldungen des Kreis-Waradeins und der Secretarien ausgenommen, ohne des Kreis-Oberſten und der Nachgeordneten Vorwiſſen geſchehen. Die Rechnungen aber aller Einnahme und Ausgabe, ſeit 1588, ſollten bey dem nächſten Probationstag, im October d. J. vorgenommen werden, allwo man auch an eine Beſoldung für die leipziger Rathsverwandten, die dazu gebraucht werden, denken wolle. Weiter, das von dem Rath zu Leipzig dem Kreis zu Bezahlung der Ungariſchen Reuter im vorigen Jahr vorgeſchoſſene Capital von 14815 fl., als für welches ſich der Chur Sachſen Adminiſtrator ſelbſt

derſelbe in Hirſch Münz-Archiv III. B. S. 127. u. f. Uebrigens machte die dem Kaiſer auf dem Reichstag des vorigen Jahrs geſchehene Bewilligung allein 60 Monate aus; hiezu kam die Steuer zu den Niederländiſchen Unruhen; Dazu müſſen alſo in allem weit mehr als 56 Monate ausgeſchrieben worden, und demnach die Zahlen verdruckt ſeyn, zumal da noch ein Theil derſelben hier nachgelaſſen wird.

ſelbſt verpflichtet, belangend, wurde beſchloſſen, 1599
daß die gedachte Summe dem Rath zu **Leipzig**, nebſt Zinſen, von den Reſtanten bezahlt, und **Chur-Sachſen** ſchadlos geſtellt werden ſolle. Schließlich, weil Bericht eingekommen, daß zu **Erfurt**, wider die Münz-Ordnung und Patente, eine ungewöhnliche **Steigerung der Münze** eingeriſſen; hingegen, wie es im Abſchied heißt, in dieſem Kreiſe ſo viel möglich über den Geſetzen gehalten werden ſolle, ſo ſey alſogleich von Kreiſes wegen an den Rath zu Erfurt geſchrieben worden, um ſolche Mißbräuche, ſo bald ſie gemerkt würden, von Stunde an abzuſchaffen. Unterſchrieben und unterſiegelt waren, **Chur-Sachſen**, **Chur-Brandenburg**, die Herzoge von **Sachſen-Weimar**, **Pommern-Stettin**, **Anhalt**, Graf **Albrecht von Schwarzburg**, Graf **Anton Heinrich von Schwarzburg**, Gebrüdere die Grafen von **Stollberg**, und die Grafen von **Reuß**. [s]).

Der letzte mir bekandte Ober-Sächſiſche Kreistag d. J. [t]) hatte hauptſächlich die **Münzſachen** zum

r) Oberſ. Kreist. zu Leipzig.

s) Angehängt findet ſich in dieſem Kreis-Abſchiede eine kurze Berechnung aller Einnahme und Ausgabe des Kreiſes ſeit 1588. Erſtere beläuft ſich, aber in ſehr ungleichen Jahrs-Summen, auf 778117 fl. 13. gr. 3 pf. Das geringſte Jahr, nemlich 1589, hat nur 3821 fl. 8 gr. 7 pf. Die Ausgabe hingegen, die nicht nach Jahren, ſondern nach einzelnen großen Poſten gegeben iſt, macht zuſammen 774807 fl. 14 gr. 3 pf., darunter nur etwa 73000 für andere Nothdurften, das übrige alles aber für die dem Kaiſer an Geld oder Volk ſeit 1592. bis 97. geleiſtete Hülfe, wobey alſo die Steuer von 1598. noch nicht einmal mit in Anſchlag gekommen, ſich verrechnet befindet.

t) Oder der zweyte, deſſen Abſchied bey **Moſer** III. B. S. 535. vorkommt. Er iſt zu **Leipzig** den 12. Oct. datirt.

1599 zum Gegenſtand. Zuerſt alſo wurde die Relation des Kreis-Waradeins, wie er es mit den Münzſtätten befunden, verleſen; darauf von demſelben die unterſchiedenen bis jetzt im Kreiſe ausgemünzten Geld-Sorten nach der Münz-Ordnung probiret. Sodann wurde dem Kreiſe ein neuer Münzwardein zu Eisleben, auch ein neuer Münzmeiſter zu Erfurt präſentirt, ſofort beide angenommen und verpflichtet. Weil auch bey dem Kreiſe glaubwürdig war angebracht worden, daß die groben Geldſorten, inſonderheit die Reichsthaler, in großen Summen nach Oeſterreich und Schleſien geführt, von da aus aber nach Pohlen geſchickt, und dorten ſchlechte Münze daraus geſchlagen werde: ſo wurde beſchloſſen, den Kaiſer ſchriftlich zu erſuchen, in ſeinen Landen ſcharf über der Münz-Ordnung halten, demnach auch dieſen Handel verbieten zu wollen; imgleichen ſey Chur-Sachſen zu bitten, die ſchlechten Münz-Sorten, allein, oder mit Zuthuung Chur-Brandenburgs, öffentlich zu verrufen. Ferner wurde, der ſchädlichen Münz-Erhöhung wegen, nochmals an den Rath zu Erfurt, wie auch an den Herzog von Holſtein geſchrieben. Die im Merz zu Jüterbock u) geſchehene Verwilligung von 15 Monaten wird in dem Abſchied aufs neue beſtätiget, desgleichen auch die poena dupli in Anſehung der Reſtanten. Der Punct wegen der Rechnungen aber von 1588. an, wurde, wegen Mangels vieler

datirt. Es ſind ihrer aber, unterſchiedenen deutlichen Vermuthungen nach, mehrere gehalten worden. Ein Auszug aus dieſem Abſchied, wie auch ein Schreiben dieſes Kreiſes unter dem nemlichen Datum, an die drey correſpondirenden Kreiſe, nemlich den Fränkiſchen, Bayeriſchen und Schwäbiſchen, hat Hirſch Münz-Archiv, III. Th. S. 143-146.

u) S. oben Anm. r).

ler Geſandten, bis auf den nächſten Kreistag im 1599
künftigen Jahr verſchoben. Sodann wurde den Gräflich-Schwarzburgiſchen und Reußiſchen, im Namen des Kreiſes auf dem gemeinſchaftlichen Kreistag zu Nürnberg geweſenen, Abgeſandten (1598.)
die Erſtattung ihrer Zehrung bewilliget. Ferner wurde aufs neue beſchloſſen, alle Jahre zweymal zum **Münz-Probations-Tage** zuſammenzukommen. Ferner, da der Kaiſer durch Churſachſen wegen der Türkenhülfe von 60 Monaten Erinnerung thun laſſen, ſo wurde derſelben richtige Abtragung beſchloſſen. Auch wurde ein Schreiben des Erzh. Albrechts aus den Niederlanden, die Kriegs-Unruhen betreffend, verleſen, deſſen Inhalt aber von den Geſandten ad referendum genommen, ſodann dieſes alles in einen Abſchied gebracht, der dem Herkommen und der Correſpondenz nach an den Kaiſer und die benachbarten Kreiſe in Abſchrift zu ſchicken ſey. Unterſchrieben und beſiegelt wurde derſelbe von wegen Chur-Sachſen, Sachſen-Weimar, Anhalt, Gr. Albrechts von Schwarzburg, Gr. Anton Heinrichs und ſeiner Brüder von Schwarzburg, Mansfeld, Stollberg, Barby, Reuß, Schönburg.

Endlich komme ich an den **Weſtfäliſchen Kreis**, von dem mir ein Abſchied zu Geſichte gekommen [x]), obwol, der Geſchichte nach, mehrere Kreistäge, wegen der Spaniſchen Bedrückungen, von den **Weſtfäliſchen Ständen** gehalten worden ſind [y]). In dem Eingang des Abſchieds heißt es: daß, da der **Graf von der Lippe** [z]), als Weſtf. s) Weſtfäl. Kreist.

x) Bey Moſer, III. Th. S. 498. u. f. d. d. Cölln 4. Sept. d. J.

y) S. unten die Niederländiſche Geſchichte.

z) Derſelbe wird allhier mein gnädiger Herr genannt, daß

1599 Weſtf. Kreis-Oberſter, einen Deputations-Tag nach Düſſeldorf ausgeſchrieben, welcher aber, wegen vieler Stände Außenbleibens, fruchtlos abgelaufen; da ferner ein gemeiner nach Dortmund ausgeſchriebener Kreistag wegen der Sterbens-läufte nicht zu Stande gekommen; ſo habe man ſich endlich zu Cölln verſammelt, und daſelbſt nachfolgendes verhandelt. Zuerſt hätten verſchiedene Kreisſtände ſich gar ſehr über die vereinigten Reichs-Hülfs-Truppen beſchweret, als welche ihnen, inſonderheit dem Herzog von Jülich, bey dem Zug gegen die Spanier, gar viele Ueberlaſt gethan, wie dann auch der ganze Zug nicht den Reichsgeſetzen und dem Coblenzer-, auch andern Abſchieden gemäß eingerichtet geweſen ſey (welches alles ſehr weitläufig ausgeführt wird): dannenhero eine Schickung an dieſen Grafen und die correſpondirenden Kreiſe zu thun beſchloſſen worden, wozu von den hier verſammleten Räthen der Kreisausſchreibenden Fürſten einige ausgeſondert werden ſollten, welche auch desfalls mit einem Creditiv, und mit Geld aus der Kreis-Caſſe verſehen werden ſollten. Auch ſollten die zu Münſter pure bewilligte drey Monate, um auf alle Fälle gefaßt zu ſeyn, ohnfehlbar nächſtens eingebracht, jedoch aber vor der Hand nichts davon genommen werden, bis alles dem Coblenzer-Abſchied gemäß eingerichtet worden. Wie dann nebſt dieſem, der vier correſpondirenden Kreiſe Oberſten, von ſolchem Verlauf, in Gemäßheit des dabey vorgelegten Aufſatzes, Nachricht zu geben ſey.

Ferner

daß alſo ſein Geſandter oder Secretär den Aufſatz des Abſchieds gemacht zu haben, dieſer aber, nach der gewöhnlichen Nachläſſigkeit bey Beſorgung der öffentlichen Geſchäffte in Teutſchland, nicht einmal ſorgfältig durchgeleſen worden zu ſeyn, ſcheinet.

Ferner kam bey dem Kreis vor, daß der Kaiſer 1599
den **Grafen von der Lippe**, oder in deſſen Ermangelung einige andere, zu Geſandten nach den Niederlanden, des Friedens halber, beſtimmt hatte, von welchen jedoch der erſtere ſich entſchuldiget; weshalben dann dem K. in einem Schreiben Dank zu ſagen, und von dem hier verhandelten Nachricht zu geben, beſchloſſen, die Geſandten aber in einem andern dergleichen, dieſe habende Aufträge baldigſt auszurichten, erſucht wurden. Sodann, die inzwiſchen angeworbene Kriegsvölker einiger Stände betreffend, hat es denſelben bedenklich geſchienen, ehe gedachte Beſchwerden [a]) nach obgemeldeter Geſandten Inſtruction gehoben würden, ihren Antheil an dieſen Völkern zum übrigen Haufen zu ſchicken, und ſonſt ſich weiter einzulaſſen; die meiſten Stimmen aber waren dagegen. Da erklärten **Münſter**, **Jülich**, **Lüttich**, **Werden**, **Stablo**, **Cölln** und **Aachen**, wie ſie ausdrücklich dahin befehliget ſeyen, vor Abſchaffung der obbeſagten Mängel ihr Volk in keinen andern Eid treten zu laſſen, auch wegen der Muſterung zu der darüber beſtellten Aemter Beſoldung und Ausgaben ſich einzulaſſen, ſondern ſolches denen Ständen, die die Muſterung bewilligt, aus dem ihrigen, nicht aber aus der Kreis-Caſſe zu thun, heimzuſtellen. Worauf es dann an ein pro- und reproteſtiren wegen des dem gemeinen Weſen reſpective daraus erwachſenden Schadens, und der dem Kreis etwa dadurch entſtehender Ungelegenheit ging, und nichts entſchieden wurde [b]). Da auch

a) Nemlich die obengemeldeten gegen den Gr. v. d. Lippe und das ihm untergebene Kriegsvolk.

b) Wer ein Muſter von einem unteutſchen, unzuſammenhängenden, mit einem Wort recht abſcheulichen teut-

1599 auch der Münſteriſche Marſchall, **Alexander von Vehlen zu Raßfeld**, allerhand das Kriegsweſen betreffende Anfragen gethan hatte, ſo wurde beſchloſſen, ihm anſtatt der Antwort das eben deswegen vorgefallene zu wiſſen zu thun. Nächſt dieſem, weil die Stifter **Eſſen** und **Werden** inſonderheit über die Einquartierung des Kreis-Kriegsvolks ſich beſchwert hatten, ſo wurde dem **Gr. v. d. Lippe** aufgegeben, desfalls das nöthige zu Abſtellung dieſer Beſchwerden zu verfügen. Ferner, da der **Cardinal-Regent der Niederlande** einen Geſandten an den Kreis, nebſt einem Schreiben [c]) abgeſchickt hatte, ſo wurde ihm ein Antwortſchreiben im Namen des Kreiſes zugeſtellt. Weiter erſchienen **Wilhelm von Neuenhof** und **Hunold von Plettenberg**, welche als Kriegsräthe, Commiſſarien und Zugeordnete bey dem Kreis durch den **Gr. v. d. Lippe** angeſtellt waren, klagten, daß ſie Mühe und Koſten bey ihren Aemtern gehabt, baten um Erſatz, Belohnung und weitere Verhaltungsbefehle. So billig es nun war, die Schadloshaltung ihnen wenigſtens angedeihen zu laſſen, ſo wenig wollte ſich ein großer Theil der Stände dazu verſtehen, weil ihre Forderungen aus den Götting- und Höxteriſchen Abſchieden herrühre, dazu ſich jene nicht verpflichtet halten wollten: weswegen dann endlich beſchloſſen wurde, vorjetzt nicht mit ihnen zu handeln; wann aber obgedachte Mängel berichtiget wären, ſie, und alle andere,

teutſchen Stil leſen will, der leſe den hier ins kurze gezogenen, mehr dann eine ganze Quartſeite lang ohne Punct, ja faſt ohne andere Interpunction, als eine Menge auf gerathewohl hingemachte Commaten, fortlaufenden §. 4. dieſes Abſchieds, von dem ich, nach wol ſechsmaliger Durchleſung, kaum behaupten darf, den Sinn recht getroffen zu haben.

c) Von deſſen Inhalt aber nichts gemeldet wird.

andere, die dismal nicht gegenwärtig geweſen, nach Billigkeit zu befriedigen. Die **Grafſchaft Wied** belangend, da dem Dortmunder Abſchied vom vorigen Jahre noch kein Genüge geſchehen, wurde alles auf den nächſten Kreistag verwieſen. Dem **Grafen von der Lippe** aber, der gat eine Geſandtſchaft aus ſeinem Lager dahin geſchickt hatte, wurde beſchloſſen, nicht beſonders zu antworten, ſondern er möchte den Abſchied nebſt dem Vorbringen der an ihn abzuſchicken beſchloſſenen Geſandten anſtatt der Antwort annehmen. Dieſer Abſchied war von einigen nicht benannten Abgeſandten verſiegelt. Einen andern, blos die **Münzſachen** betreffenden Abſchied dieſes Kreiſes, zu **Cölln** verfaßt, begnüge ich mich blos anzuführen [d]). 1599

Niederl. Begeb.

Anſtalten im Reich gegen die Spaniſchen Bedrückungen.

20. Jan. bis 11. Febr.

Nun auch wieder auf die mit den **Kreistägen** unmittelbar zuſammenhängende **Niederländiſche Begebenheiten** [e]) zu kommen, ſo hielten zu Anfang des Jahrs, weil unterdeſſen die Spanier fortfuhren in den Reichslanden nach Gefallen zu ſchalten, die **Weſtfäliſchen** und **beide Rheiniſche Kreiſe** abermals eine **Zuſammenkunft** zu **Cölln**, auf welcher endlich wenigſtens dis beſchloſſen wurde [f]), daß mit nächſtem eine neue Zuſammenkunft, weil ſie, drey Kreiſe, alleine der Gewalt zu widerſtehen zu ſchwach wären, mit Zu-

 ziehung

d) Er ſtehet zu leſen bey Hirſch, Münz-Archiv III. Th. S. 132. d. d. 5. May e. a.

e) Hievon ſind überhaupt nachzuſehen: Meteren, II. B. XIX. Buch S. 880. u. f. und XX. B. allwo die nemliche Geſchichte zum Theil doppelt, nur an letzterm Orte weitläufiger ſich erzählt befindet. Rhevenh. T. V. h a. der meiſt alles aus dieſem, zum Theil mit den nemlichen Worten, genommen. *Haraeus* h. a. *Reidanus*, L. XVI. *Grot.* L. VIII.

f) Meteren, XX. B. S. 901. u. f. hat den ganzen Kreisabſchied, den 1. Febr. gegeben, eingeſchaltet.

1599 ziehung des Niederſächſiſchen und Fränkiſchen Kreiſes g) zu Coblenz gehalten, und darin, wie man helfen wollte, weiter berathſchlaget werden ſolle. Es brauchte aber noch verſchiedene andere beſondere Kreistäge, als zu Frankfurt, Cölln, Magdeburg und Erfurt, ehe man dieſen größern Kreistag zu Stande brachte. Mendoza aber hatte, als er von dieſem Vorhaben gegen ihn Nachricht erhalten, ſchon an die zu Cölln verſammelten Stände Abgeordnete, ſamt einem ausführlichen Schreiben, geſchickt, worin er
11. Jan. ſein Betragen zu entſchuldigen, und die Stände, ihm vielmehr in Bezwingung aufrühriſcher Unterthanen ſeines Königs Beyſtand zu leiſten, als ihm entgegen zu ſeyn, zu bewegen ſuchte. Dieſes zum Theil in ſehr redneriſchen Ausdrücken abgefaßte Schreiben h) that, durch die vielen liſtigen Wendungen, die es dabey enthielt, ſo viele Würkung, daß die Kreisſtände zu Coblenz, an welche auch deshalben eigene Geſandten von dem Cardinal-Regenten der Niederlande kamen, lange nicht über einen Schluß einig werden konnten. End-
9. Apr. ſt. n. lich aber wurde derſelbe i) dahin abgefaßt: Nachdem

g) Das desfalls an beide Kreiſe abgegangene Schreiben der drey verſammelten Kreiſe ſtehet ganz in dem Spaniſch-Aragoniſchen Spiegel S. 60. d. d. Cölln, den $\frac{11}{21}$ Jenner d. J. ſamt einem Schreiben der verſammelten Stände an den Kaiſer d. d. $\frac{21}{31}$ Jan. und deſſen darauf erfolgten dreyfachen Schreiben d. d. 11. Febr. an den Erzh. Albrecht, den Cardinal-Regenten, und den Mendoza.

h) Wie ſolches beym Meteren S. 903. u. f. im Auszug, doch ohne Datum, zu leſen. In dem Span. Arag. Spiegel aber ſtehet es lateiniſch, wie es erlaſſen worden, und ganz.

i) Auch dieſen hat Meteren ausführlich, S. 904. u. f. da die außerordentliche Weitläufigkeit und recht gefliſſent-

dem der Cardinal-Regent ſich ſowol bey dem Kaiſer, 1599
als auch bey dem Kreistag ſelbſt, geziemend erboten, dieſe ohne ſein Wiſſen und Willen unternommene Thätlichkeiten auf Reichsboden abſtellen, die Reichslande räumen, und den Schaden erſetzen zu laſſen [f]); ſo wolle der **Churrheiniſche Kreis**, wie auch der Kaiſer ſie desfalls ermahnet habe, den Erfolg abwarten, inzwiſchen alſo keine Thätlichkeiten vornehmen. Sollte aber der Erfolg mit der Erwartung nicht übereinſtimmen, ſo müſſe man alsdann freylich den Bedrängten thätige Hülfe leiſten. Doch müſſe man ſuchen, es dahin zu bringen, daß vorher der **Kaiſer** und das ganze **Reich**, allenfalls auf einem **Reichstag**, in die von den **fünf Kreiſen** hierüber gemachte Vorkehrungen willigten, damit, wenn hernach etwan die Spanier mit ſtärkerer Macht in das Reich zögen, man davon keine Verantwortung habe. Inzwiſchen ſeyen auf allen Fall vorerſt **neun Römermonate** zu einer **Geldhülfe** für die bedrängten Stände auf

Pp 3 drey

fliſſentlich gehäufte wenig bedeutende Worte, bis gegen das Ende, recht auffallend für den Leſer ſind. Noch genauer und mit allen Unterſchriften der Geſandten, beſitze ich dieſen Abſchied in *Jac. Franci* hiſtoricae relat. continuat. ad a. 1599. p. 22. ſqq. allwo auch die beſondere den Kaiſerlichen an die Verſammlung geſchickten Geſandten gegebene Antwort, d. d. 9. Apr. ſt. n. 1599. beygedruckt iſt.

f) Mit dieſem Erbieten mag wol auf den Inhalt der in dem Span. Arag. Spiegel S. 83. aufbehaltenen Brevis declarationis pro parte Catholicae Maj. Archiducis Alberti et Card. Andreae, etc. die des Mendoza Abgeordnete mit den zu Cölln verſammelten Ständen den 7. Febr. übergeben hatten, und die vermuthlich zu Coblenz nochmals übergeben worden war, gezielt ſeyn, allwo dergleichen Erklärungen ſich befinden, welche aber an gedachtem Ort S. 95. u. f. ſamt des Mendoza ſeinen ſehr beißend beleuchtet werden.

1599 drey Zieler in dem Lauf des Jahrs, unter gewiſſen dabey feſtgeſetzten Bedingungen, zu erlegen. Sodann wurde zum weiteren Behelf über eine auf den Nothfall zu erlegende dreyfache Hülfe ſich verglichen. Endlich aber wird, nach den meiſten Stimmen, in dem Kreisabſchied beſchloſſen, da vermuthlich alles Verſprechen der Spanier, dergleichen ſchon mehr ohne Erfüllung geblieben, auch dieſesmal nur leere Worte ſeyn würden, inzwiſchen aber nun 32 Jahre, und inſonderheit die letzten 7 Monate hindurch, mit faſt unerträglicher Laſt der Krieg auf neutralem Reichsboden mit geführt werde, beſchloſſen, die Reichsexecutionsmäßige Hülfe zu thun, um alle von beiden Theilen eroberte Orte wieder an ihre rechtmäßige Herren zu bringen. Zum General des Zugs wurde noch zu Coblenz der Graf Simon von der Lippe, als des Weſtfäliſchen Kreiſes Oberſter, erwählt, die übrigen hohen Stellen aber in den folgenden Kreistägen l) nach und nach beſetzt. Der Oberſt-Lieutenant war Thomas, Freyherr von Kriechingen. Die Niederſächſiſchen Kreistruppen ſollte führen Gr. Philipp von Hohenlohe, und unter ſich haben 1000 Pferde, welche Herz. Franz von Lauenburg, und 5 Fahnen Fußvolks, jede von 325 Mann, die Otto Heinrich von Büland, Freyherr zu Reid, commandirte. Ueber die Fränkiſchen Truppen war Gr. Georg Friedrich von Hohenlohe mit 1000 Mann zu Pferde und 3000 zu Fuß. Wegen des Ober-Rheiniſchen Kreiſes aber führte Gr. Georg Eberhard von Solms eben ſo viele Mannſchaft, und Alexander von Velenz 3000 zu Fuß. Die würkliche Ausrückung ſämtlicher Hülfsvölker

l) Deren Geſchichte oben zum Theil vorgekommen.

völker aber verzog ſich bis in den Juli dieſes 1599 Jahrs [m]).

Mittlerweile waren die Spanier aus den Winterquartieren gerückt [n]), und hatten nur insonderheit Rees, Calker, Goch, Gennep und Emmerich mit ſtarken Beſatzungen verſehen gelaſſen, als der Cardinal-Regent zu Rees zum General **Mendoza** kam, eine Zeitlang bey ihm blieb und über allerhand mit ihm berathſchlagte, bis letzterer mit dem Kriegsheer vor Bommel [o]) ging, und daſſelbe ſehr ſcharf angriff, im Vorbeyziehen aber die kleine Schanze Crevecour, an der Maas, wegnahm. Graf **Moritz**, auf deſſen Angeben inzwiſchen durch ein öffentliches Edict alle Gemeinſchaft mit den Spaniſchen Unterthanen aufgehoben worden und alle von ihnen zu machende Beute freygegeben war [p]), eilte zu Hülfe, und zwang die Spanier, zuletzt, durch eine heftige Canonade, die Belagerung aufzuheben [q]). Hierauf eroberte er auch, nachdem immer inzwiſchen kleine Actionen mit abwechſelndem Glück den Sommer hindurch vorgefallen waren, durch **Gr. Wilhelm von Naſſau**, das Städchen **Dotechum** [r]).

Mendoza's Verrichtungen.

im May.

27. Aug.

m) Die wenige Einigkeit, ſelbſt der Proteſtantiſchen Stände unter ſich, beſchreibt weitläufig *Reidan*. Ann. Belg. L. XVI. p. 449. ſq. wobey dann auch ebendaſ. L. XV. S. 399. ſq. nachzuleſen iſt.

n) Meteren, XX. B. S. 915.

o) Eine Stadt in Gelderland, Büſching Erdbeſchr. V. Th. S. 384.

p) Dieſes ſtehet ganz, in Jac. *Franci* Rel. hiſt. contin. ad a. 1599. p. 14. ſqq. d. d. 2. Apr. 1599.

q) Von dieſer Belagerung ſtehet ein ganzes Tagebuch bis zum 14. Jul. in gedachten Jac. *Franci* Rel. hiſt. S. 74-92.

r) Oder Dokkum, in Friesland. Büſch. Erdbeſchr. V. Th. S. 465.

1599 Verrichtungen der R. Truppen gegen die Spanier. Jul. und Aug. Indeſſen hatten die Teutſchen Stände, obgedachtem Kreisſchluß gemäß, ein ziemliches Kriegsheer zuſammengebracht, welches ſchien große Dinge thun zu wollen, indem ſie kurz hinter einander Orſoi, Emmerich und Gennep den Spaniern wegnahmen, und von den Holländern mit Waffen und Geſchütz unterſtützt vor Rees gingen; nachdem ſie vorher dem ſie beſchickenden Mendoza die trotzige Antwort gegeben, ſie wollten ſehen, was ſie in Betreff ſeiner zu thun hätten, und dem Cardinal-Statthalter ſodann es zu wiſſen thun [s]). Allein es entſtund bald Uneinigkeit unter den Ständen, die ſie geſchickt hatten. Der zweifelsohne heimlich Spaniſch geſinnte [t]) 5. Aug. Herz. von Cleve, ſchrieb inſonderheit weitläufig an den General dieſer Kreisvölker, den Gr. von der Lippe: Da die Kriegs-Unternehmungen nicht rechtmäßig beſchloſſen worden, er dazu nicht eingewilligt habe, ohne ſein Wiſſen das ihm zugehörige Orſoi mit Beſatzung belegt, auch ſein Land auf allerhand Art von des Gr. Kriegsvolk bedrückt worden, u. ſ. w. ſo könne er unmöglich ſein Contingent dazu ſtoßen laſſen; wogegen ſich dann der Gr. von der Lippe auf dem dieſer Unruhen 25. Aug. halber zu Cölln angeſetzten Weſtfäliſchen Kreistag durch eigends dazu abgeſandte Bevollmächtigte zu

s) *Haraeus* meldet dieſen Umſtand p. 562.

t) Dieſes läßt ſich mit ziemlicher Wahrſcheinlichkeit daraus ſchließen, weil zu eben der Zeit die Unterhandlung wegen der Heirath der dortigen Prinzeſſin Sibylle mit dem Grafen von Burgau, des Cardinal-Regenten Bruder, getrieben wurde; Meteren, XX. B. S. 916. die auch zu Stande kam, da den 4. Merz 1601. das Beylager zu Düſſeldorf gehalten worden. Meteren, XXII. B. S. 977.

zu rechtfertigen ſuchte [u]), und dabey erklärte, 1599
daß, wenn ihm die zu Coblenz rechtmäßig verabredete Hülfe nicht zuzöge, er auch mit der habenden Mannſchaft allein ſich nicht der Gefahr ausſetzen wollte, und wenn er dann abzöge, man ihm kein Verbrechen daraus machen könne. Mittlerweile hatte der Cardinal-Regent durch einen Geſandten an daſigen Kreistag allerhand ſüße Vorſpiegelungen zu machen gewußt; und obwol ihm, von den Ständen, zur Antwort ziemlich teutſch geſagt wurde, daß er, dem ſo oft gethanen Verſprechen gemäß, die Reichslande von den Spaniſchen Truppen räumen laſſen möchte; ſo wurde doch derſelben gar keine Drohung angehängt, und dem Gr. von der Lippe gar eine weitläufige Erklärung durch dazu bevollmächtigte gethan, daß er des Herz. von Cleve Beſchwerden abſtellen, ſonſten von dem ganzen Weſtfäliſchen Kreis keine Hülfe von Mannſchaft erwarten ſolle [x]). Bey dieſen Umſtänden war es leicht

 voraus-

u) Meteren, XX. B. S. 908. u. f. wo des Herz. von Gülich Schreiben, wie auch des Gr. v. d. Lippe Inſtruction an ſeine Geſandten, aus dem Lager vor Emmerich, d. d. 11. Aug. eingerückt iſt. Und doch ſtehet in dem Abſchied dieſes Tages, davon ich oben das merkwürdigſte eingerückt, kein Wort von dem Inhalt dieſer Inſtruction, obwol in demſelben faſt drey Seiten voll von Beſchwerden gegen den Grafen v. d. Lippe ſtehen. S. Moſer Kreis-Abſch. III. Th. S. 499-502. Ueberhaupt kann aus dieſem Buch, weil die dorten geſammelten Kreis-Abſchiede d. J. faſt alle, mehr oder weniger, den bisher beſchriebenen Zug angehen, vieles zu deſſen Geſchichte genommen werden; wie ich dann auch in meinen obigen Auszügen derſelben manches davon berührt habe, ſo hier zu wiederholen zu weitläufig und unnöthig wäre.

x) Meteren, XX. B. S. 911. u. f. der ſich ſelbſt über

1599 vorauszuſehen, wie es mit der inzwiſchen fortgedauerten Belagerung von Rees gehen würde. So wie von vielen Orten keine Mannſchaft kam, ſo kam von andern Orten kein Geld, um die vorhandene Mannſchaft zu bezahlen; die Zeit ihrer Capitulation nemlich bis den 11. Sept. fing an zu Ende zu gehen, daher dieſe nicht länger beyſammen bleiben wollte; der **Graf von Lippe** ſelbſt wurde mißvergnügt; über alles dieſes thaten die **Spanier** einen glücklichen Ausfall aus **Rees**, welches ſolchen Schrecken unter dem Volk verurſachte, daß ſie, ohngeachtet der General einen Abgeordneten, ſogar an die Holländer, um Hülfe geſchickt hatte, dennoch ohne deſſen Zurückkunft zu erwarten, in
11. Sept. größter Unordnung abzogen, und bald darauf ſich ganz zerſtreueten, und wurden noch mit genauer Noth die Beſatzungen von **Gennep** und **Emmerich** durch **Holländiſches Geld** erhalten, daß ſie nur nicht gar die Orte verließen, und ſie die **Spanier** etwa einbekämen. Doch eroberten dieſe **Gennep** mit leichter Mühe, und **Emmerich** wurde bald ganz den **Holländern** überlaſſen. Worauf die **Kreisſtände** zu **Erfurt** zuſammenkamen, und den Krieg zu endigen beſchloſſen, zumal da die **Spanier** abermals ihre Verſprechungen wiederholten, und der **Kaiſer**, auch ſein Bruder der **Erzh. Maximilian**, ſehr darauf trieben y).

Die

über dieſes Benehmen der Stände untereinander aufhält. Der ganze Kreisabſchied, d. d. Cölln 4. Sept. 1599. ſtehet auch in Jac. *Franci* Rel. hiſtor. S. 104.

y) Vielleicht iſt einem Liebhaber der Alterthümer von Teutſchland nicht unangenehm zu wiſſen, daß die Berechnung der Koſten dieſes mislungenen Zugs noch vorhanden iſt, und daß ich ſie beſitze, in dem von dem ſel. Häberlin, N. T. R. Hiſt. XIX. 262. beſchriebenen Codice Act. publ. Mſct. fol. 362-384.

Die Spanier aber verließen bald darauf 1599
das ſo tapfer vertheidigte Rees von ſelbſt, wie auch Gennep, und zogen mit aller Gewalt gen Rheinberg. Die Holländer aber, nachdem ſie auf dem **Landtag**, ſo zu **Gorkum** gehalten worden, ſich wegen des ferneren Kriegs berathſchlagt, nahmen unter **Gr. Moritz von Naſſau** noch einige Streifereyen im Brabantiſchen vor, welches bey der unter den Spaniſchen Truppen, zum Theil wegen des rückſtändigen Soldes, entſtandenen Meuterey ihm um ſo leichter war, worauf er, und bald hernach auch die Spanier in die **Winterquartiere** ſich begaben, wo **Mendoza** die ausgebrochene Meuterey mit Mühe, aber doch nicht ganz ſtillte.

Zu Ende des Jahrs kam ein **Geſandter** vom **Weſtfäliſchen Kreis** nach **Haag**, um wegen der Ausſchweifungen, die die Holländiſchen Truppen in den Kreis-Landen begingen, Klage zu führen. Ihm wurde beſcheiden geantwortet, man wolle ſein möglichſtes thun, um das Volk im Zaum zu halten, wundere ſich aber, daß den Spaniern ſo wenig Widerſtand geſchehe, nach den großen Anſtalten, die gegen ſie gemacht worden. Bald darauf kam auch ein Schreiben von den **Kaiſerlichen Geſandten**, die nach **Brüſſel** reiſeten z), und

Kaiſerliche Geſandtſch. in die Niederlande.

z) Dieſes war eine blos Kaiſerliche Geſandtſchaft, welche hauptſächlich nach Brüſſel das Fürſtliche Ehepaar zu becomplimentiren geſchickt wurde, nicht aber, wie man leicht denken könnte, die ſchon auf zwey Reichstägen 1594. und 1598. beſchloſſene und ſeitdem von den Ständen immer vergeblich betriebene Niederländiſche Geſandtſchaft in Kaiſers und Reichs Namen, von der oben mehrmalen vorgekommen. Die Geſandten waren Salentin Gr. von Nieder-Iſenburg und Hermann Graf von Manderſcheid-Blanken-

1599 und um einen Paß, um den Generalſtaaten etwas vorzubringen, anhielten. Ihnen wurde aber
2. Dec. dieſer Paß nicht ertheilet, ſondern geantwortet: Sie wüßten äußerlich von dem Endzweck der Geſandtſchaft ſoviel, daß ſolche die Vereinigung zwiſchen ihnen und dem Erzh. Albrecht einestheils, anderntheils die Erſtattung des auf Reichs-Boden geſchehenen Schadens, zum Gegenſtand habe. Was den erſten Punct betreffe, ſo ſey ihnen ſehr leid, ſich im geringſten nicht in etwas einlaſſen zu können, aus den ſchon oft erklärten Urſachen. Wollte man etwa ſagen, die Sachen hätten ſich durch die Schenkung der Niederlande an den Erzh. Albrecht geändert, ſo ſey offenbar, daß doch alles eigentlich im Namen des Königs von Spanien [a]) geführt werde, wie aus des Mendoza Reden und Aeußerungen klar genug ſey. Zudem ſey auch des Erzh. bisheriges Regiment ſo beſchaffen, daß es von dem vorigen nichts abweiche, alſo daß man gleiche Geſinnungen im Regiment ſehe, wie dann auch die Verbindungen mit Spanien es nicht anders litten, u. ſ. w. Was aber den Punct der Beſchädigungen beträfe, ſo hofften ſie, daß inzwiſchen allem dem, was man desfalls mit Recht begehren könnte, bereits ein Genüge gelei-

kenheim, ſodann Carl Nüzel von Sonderspühl, Kaiſerlicher Rath und Commiſſarius am Jülichiſchen Hofe. Das hier angeführte Schreiben iſt aus Grenſau, einem jetzt Trieriſchen Ort, in der Grafſchaft Nieder-Iſenburg, wo vermuthlich der eine Geſandte ſelbſt einen gewöhnlichen Aufenthalt gehabt, abgelaſſen. S. Büſchings Erdbeſchr. VII. Th. S. 1001.

a) Würklich hatte dieſer junge Herr ſogar ſtark in ſeinem geheimen Rath davon gehandelt, das ganze Schein-Geſchäfft wegen der Niederlande auch dem Namen nach wieder aufzuheben, ſo aber doch hernach, da Herz. Albrecht und die Niederländer ſelbſt ſich dagegen ſetzten, nicht geſchehen. *Reidan.* L. XV. p. 436.

geleiſtet seyn würde: Mithin ſähen ſie nicht für 1599
nöthig an, die Geſandten zu ſich kommen zu laſſen, und hofften, Kaiſer und Reich würden dieſes ihr Benehmen nicht übel deuten. Die Abgeſandten aber ließen ſich dadurch nicht irre machen, ſondern ſuchten in einem zweyten Schreiben die Staaten zu bewegen, ihnen Zutritt zu geſtatten, 28. Dec.
unter der Vorſtellung, daß ſie von Kaiſer und Reich ausdrücklich Befehl hätten, ihre Aufträge auszurichten, u. ſ. w. Mit welchem Schreiben dann die disjährigen Begebenheiten in den vereinigten Niederlanden zu Ende gehen.

Begebenh. der Spaniſchen Niederlande.

In den Spaniſchen Niederlanden hingegen war der Erzh. Albrecht, mit ſeiner Gemahlin [b]), glücklich wieder zu Brüſſel angelangt [c]), und wurde ihnen ein prächtiger Hofſtaat [e]) zugelegt. 5. Oct. [d])
Als ſie die Huldigung einnehmen wollten, begehrten die zu Brüſſel verſammelten Niederländiſchen

b) Der obgedachten, nachmals in der Niederländiſchen Geſchichte ſo bekandten, Infantin Clara Iſabella Eugenia, welche den 15. Apr. dem Erzh. Abrecht ehelich beygelegt wurde, an dem nemlichen Tage, an welchem auch ihr Bruder, König Philipp der III. mit der Erzherzogin Margaretha, von Oeſterreich, ſein prächtiges Beylager hielt. S. Khevenh. T. V. S. 2125. u. f. *Thuan.* L. CXXI.

c) Meteren, XXI. B. S. 936. u. f.

d) Ich ſchreibe dieſes, zwar in Anſehung des Ganzen der Geſchichte ſehr unwichtige Datum alſo, weil es Khevenhüller T. V. S. 2132. dergeſtalt angiebt, welches er gewiß nicht gethan haben würde, wenn er nicht gegründete Urſache gefunden hätte, in dieſer Kleinigkeit von ſeinem Vorgänger Meteren, den er ſonſt Bogenweiſe ſo treulich abſchreibt, und der hier den 15. Sept. angiebt, abzugehen.

e) Ihn beſchreibt Meteren a. a. O. und ſagt, daß er wol des Tags, ohne die Beſoldungen, über zehentauſend Gulden gekommen ſey. Eine freylich für die Niederlande unerträgliche Summe!

1599 ſchen Stände, vorher über drey Puncten genugſame Verſicherung: 1) daß alle fremde Beſatzungen aus dem Lande geführt, 2) alle Aemter mit gebohrnen Niederländern beſetzt, und 3) der Friede mit den Generalſtaaten möglichſt befördert werden ſolle. Allein, nach vielen Unterhandlungen, gingen die Stände von dieſem Verlangen wieder ab, und bewilligten die Huldigung auch ohne deſſen Erfüllung zu leiſten. Derohalben begab ſich der Erzherzog, nebſt ſeiner Gemahlin nach Löwen [f]), allwo in Gegenwart der Abgeordneten der drey Stände von Brabant die fröhliche Ankunft [g]) und ſonſtige Privilegien, von beiden Herrſchaften unterſchrieben und beſiegelt, verleſen, hierauf dieſelbe knieend, zuerſt von der Infantinn, ſodann von ihrem Gemahl beſchworen wurden, nach welchem Vorgang dann die Landſtände auch ihres Orts den Eid ablegten. Von da, als der
28. Nov. erſten Brabantiſchen Stadt, ging der Zug nach der zweyten in der Ordnung, oder Brüſſel, wo die Herrſchaften prächtig eingeholt, und nach eben ſo geleiſteter Huldigung herrlich beſchenkt wurden.

f) *Thuanus* L. CXXII. S. 870. giebt hier das Datum VIII. Cal. Dec. alſo den 24. Nov. an, bey welchem auch noch verſchiedene Umſtände zu leſen ſind.

g) Dieſes iſt die berühmte ſogenannte Joyeuſe entrée, deren Aufhebung in neuern Zeiten zum Abfall der Niederlande Anlaß gegeben hat. Ein Inbegriff aller Freyheiten der Niederländiſchen Stände, aus 59 Artikeln beſtehend, der den neuen Regenten bisher allemal vorgelegt und von ihm beſchworen worden, wie es auch K. Joſeph II. ſelbſt noch 1781. thun laſſen. Einen körnichten Auszug davon kann man leſen in dem Göttingiſchen hiſtoriſchen Magazin, des Jahrs 1787. 4. Stück, wo von Seite 714-752. ſchöne Bemerkungen über die Niederländiſchen Unruhen, und dieſer Auszug in ſolchen, zu befinden.

den. Hierauf verfügten ſie ſich nach Antwerpen. 1599
Dorten wurden ſie vom ganzen Rath und allem, 8. Dec.
was vornehm daſelbſt war, mit großer Pracht eingeholt, ſchlugen auch hier, wie ſchon zu Brüſſel mit dem goldenen Vließ-Orden geſchehen war, einige zu Rittern, und empfingen, nach zum drit- 10. Dec.
tenmal beſchworenen Landes- und Stadt-Freyheiten, auch hier die Huldigung [h]), über welches alles auch ein Notarial-Inſtrument aufgerich- 12. Dec.
tet, und von dem Päbſtlichen Legato a latere, dem Spaniſchen Botſchafter, einer Menge der vornehmſten Landſtände, wie auch den beiden neuen Herrſchaften ſelbſt unterzeichnet war; worauf dann die Huldigung auch zu Gent, Brügge und anderer Orten, mit ohngefähr den nemlichen Feierlichkeiten eingenommen wurde [i]).

Den Kaiſer Rudolf betreffend, ſo finde ich ihn, allen ſeinen Urkunden nach, dieſes Jahr immer zu Prag. Doch mußte er gegen das Ende des Jahrs, der in Prag wüthenden Peſt halber, nach Pilſen ſich begeben [k]). So wie er nun zu Prag zu Anfang des Jahrs den merkwür- 24. Jan.
digen Vergleich mit Herzog Friedrich von Würtenberg der Afterlehnſchaft wegen ſchloß, von dem hernach beſonders gehandelt werden ſoll, ſo ertheilte er auch dort der Stadt Augſpurg ein Privi- 20. Merz.
legium wider der Juden wucherliche Contracte [l]).

(Des K. Angelegenh. Seine Friedensverrichtungen.)

Im-

h) Der beiderſeitige Eid ſtehet bey Meteren, welcher ſonderlich das in Antwerpen, als ſeiner Vaterſtadt, vorgegangene weitläufig beſchreibet.

i) Meteren bezieht ſich hier auf Johann Boghs oder Bocks Beſchreibung dieſer Huldigungs-Vorgänge, ſo unter dem Titel: hiſtorica narratio de profectione et inauguratione Alberti et Iſabellae herausgekommen.

k) Khevenh. V. B. S. 2092.

l) Lünig, P. ſpec. Cont. IV. I. Th. S. 148.

1599 Imgleichen beſtätigte er ebendaſelbſt dem Erz-
31. Jul. hauſe Oeſterreich den Freyheitsbrief K. Carls des V. m). Weiter belehnte er den Grafen Heinrich von Iſenburg, für ſich und ſeine Vettern, mit den Iſenburgiſchen Reichslanden n).

Sein Krieg in Ungarn. Gegen die Türken führte Rudolf ſeinen Krieg dieſes Jahr mit abwechſelndem Glücke. Doch eroberten ſeine Völker, unter dem Grafen von Schwarzenberg und ſonſten, die Vorſtädte von Stuhlweißenburg, wie auch einige kleine Veſtungen. Nebſt dieſem wurde Sigmund Bathori von Neue über ſeinen Friedensbruch ergriffen, und unterwarf ſich dem Kaiſer aufs neue. Sein Vetter, der Cardinal Andreas Bathori aber, der ſich zum Fürſten von Siebenbürgen aufwerfen wollte, wurde von dem Kaiſerlich geſinnten Woiwoden der Wallachey, Michel, geſchlagen, und verlohr ſein Leben, worauf dieſer und Georg Baſta das ganze Land für den Kaiſer einnahmen, und demſelben huldigen ließen. Am Frieden aber wurde durch Türkiſche und Tartariſche Geſandtſchaften vergeblich, auch vielleicht nur zum Scheine, gearbeitet. Eine Moſcowitiſche Geſandtſchaft aber bot dem Kaiſer 40000 Mann zur Hülfe an, wenn nur die Polen ſie durch ihr Land ziehen laſſen wollten, welches ſie bisher verweigert hätten. Indeſſen wurden dem Kaiſer ſchöne Geſchenke durch ſie, zum Zeichen der Freundſchaft, zugeſtellt, und die Geſandten nach beſtmöglichſter Aufnahme, wohl beſchenkt, zurückgeſendet o). Einer Perſiſchen Geſandtſchaft, ſo

bey

m) Lünig, P. ſpec. Cont. I. Fortſ. I. IV. Abſch. S. 66.

n) Iſt in der Iſenburg. Deduction gegen Darmſtadt d. a. 1619. die ſtrittige Alienation des Dreyeichs betr. S. 26. zu befinden.

o) Khevenh. T. V. S. 2092. u. f.

bey dem Landgrafen von Heſſen geweſen, von ſol- 1599
chem aber zum Kaiſer Rudolf gezogen, gedenkt ein
gleichzeitiger Schriftſteller [p]), der auch der Ge-
ſandten Namen anführt.

Oeſterreichſche Begeb. Religions-bedrückungen in Oeſterreich.

In Oeſterreich, wo K. Rudolf faſt nur durch ſeinen Bruder und Statthalter **Matthias** herrſchte, ging es dieſes Jahr noch immer ſcharf mit der Religions-Reformation fort [q]). Die Art, wie man dabey verfuhr, war freylich ziemlich gewaltſam, ſonderlich in Ober-Oeſterreich, und wenn dann die Proteſtantiſchen Unterthanen, an einem oder andern Orte, ſich etwas dagegen ſetzten, und dabey, wie vom zuſammengelaufenen Pöbel allezeit zu erwarten iſt, einige unvernünftige Gewaltthätigkeiten an unbewehrten Geiſtlichen, Weibern u. d. g. ausgeübt wurden, ſo war dieſes den abgeſandten Reformatoren nur ein gefundenes Eſſen, um deſto ſchärfer verfahren zu können. Inſonderheit hatten ſich hiebey die Städte Gemunden [r]) und Steyer [s]) widerſetzt, mußten ſich aber doch zuletzt bequemen. Die bedrängten Stände von Ober-Oeſterreich wandten ſich zwar an den Kaiſer durch eine eigene Geſandtſchaft, ihm dabey vorſtellend, wie ſie, im Fall der Kaiſer ihren Beſchwerden nicht abhelfen wollte, die Landtags-bewil-

p) Dilich, Heſſ. Chron. II. Th. S. 347.

q) Khevenh. T. V. S. 2069. u. f. Raupach Ev. Oeſt. III. Fortſ. S. 125. u. f.

r) Ein Städtchen am Ober-Mannhartsberg in Ober-Oeſterreich. Büſching Erdbeſchr. VI. B. S. 411.

s) Eine größere Landſtadt daſelbſt, im Traun-Viertel. Büſch. S. 420. Von den daſelbſt entſtandenen in einen ordentlichen Aufruhr ausgeſchlagenen Bewegungen ſiehe weitläufig im Raupach, S. 136. u. f. wie auch im Khev. V. B. B. S. 2079. u. f.

1599 bewilligungen nicht ins Werk richten könnten, auch
nicht leiſten wollten. Der Kaiſer aber ließ ihnen
10. Jul. hierauf die ſehr ungnädige Antwort zugehen:
„Sehr mißfällig ſey ihm geweſen, daß ſie unter
dem Vorwand, eine Reſolution in Religionsſachen
zu erhalten, bis zu deren Ertheilung die ſo noth-
wendige Landeshülfe gegen den Türken verweigern
wollten, da andere Stände im Reich, die aus
noch weit mehr Urſachen, als ſie zu haben glaub-
ten, ſich dem nothwendigen Türkenbeytrag hätten
entziehen können, dennoch dieſes nicht gethan hät-
ten. Sie ſollten ſich demnach alſogleich nach Hauſe
begeben, und alles, was der Landtag bewilliget,
ohne alle Bedingung und Aufſchub vollziehen. Her-
nach, wann dieſes geſchehen, wollte der Kaiſer
ihre Beſchwerden auch vornehmen.“ Die durch
dieſe ungnädige Antwort geſchreckten Stände ließen
ſich nun zwar zu Leiſtung der Verwilligung bewe-
gen, fuhren aber doch ſonſt in ihrer Widerſetzlich-
keit gegen die angefangene Reformation fort. Dan-
nenhero ließ der Kaiſer die ihrenthalben in den
nächſtvorigen Jahren ergangenen Befehle jetzo auf
18. Oct. das neue geſchärft ergehen, welche auch in den
Dörfern und Märkten mit aller Macht in Aus-
übung gebracht wurden. In den Städten aber
mußte noch Behutſamkeit gebraucht werden, da-
her der Kaiſer Rudolf ſich ſogar von ſeinen Rä-
then ein beſonderes Gutachten forderte, wie dieſe
Reformation zu Linz und ſonſten am beſten bewerk-
ſtelligt werden könnte.

Wie in Ober-Oeſterreich, ſo ging es auch
in Unter-Oeſterreich mit den Religions-Be-
drückungen immer weiter. Die Stände ſchickten
zwar Ulrichen von Kinßberg und Siegmunden
von Greiß an den K. Rudolf, um desfalls Vor-

ſtellung

ſtellung zu thun t): „Sie würden an unterſchiede- 1599
nen in dem Memorial benannten Orten gar ſehr bedrängt in Ausübung ihrer Religion; die, ſo in Kaiſerlichen Dienſten, hätten den Befehl bekommen, ſich zu gewiſſen Stunden in der ganz Catholiſchen St. Stephanskirche zu Wien einzufinden; die Diener der proteſtirenden Landſtände würden, gegen die Religions-Conceſſion, ſich nach den neuen Religions-Verordnungen zu richten angehalten, u. ſ. w., welcher Beſchwerden aller Abſtellung ſie unterthänigſt ſich erbäten, dagegen dem K. jederzeit auf das treueſte zugethan bleiben wollten.„ Auf dieſe Beſchwerden erforderte K. Rudolf Bericht vom Erzh. Matthias, der Statthalter in Oeſterreich war, welcher ihn dann dahin erſtattete: „Die Proteſtanten maßten ſich weit mehr an, als ihnen in ihrer Religions-Conceſſion erlaubt worden; es wollten ſolche auch andere auf ſich ausdehnen, die gar keine Augſpurgiſche Confeſſions-Verwandte wären, ſo daß ſie zu meynen ſchienen, es dürfe nun jeder ganz glauben, was er wolle; wo die Proteſtanten könnten, bedrängten ſie die Catholiſchen, entzögen ihnen die Pfarren, reizten die Unterthanen zum Ungehorſam an, u. ſ. w. Dannenhero ſey den Proteſtanten auf das ſchärfſte anzudeuten, ſich genau in den Gränzen ihrer zugeſtandenen Religionsfreyheit zu halten, deren Ausdehnung nicht zu verlangen, noch weniger ſie durch eigene willkührliche Auslegung ausdehnen zu wollen, (da die Auslegung allein dem Kaiſer zuſtehe,) die Conſiſtorien, die ſie eigenmächtig angelegt, abzuſchaffen, und die ihnen angeſetzte Strafen zu bezahlen, alles bey Strafe, daß

t) Khevenh. V. B. S. 2080. u. f. Man ſehe auch den aus erſterem die Sachen auszugsweiſe vorſtellenden Raupach, III. Fortſ. S. 203. u. f.

1599 daß ihnen auch die Freyheit, die ſie noch hätten, ganz genommen werden ſollte. Wenn ihm, dem Erzh., hierüber ein gemeſſener Befehl zukäme, ſo wolle er darüber gewiß halten.„ Hierauf erließ der
25. Jun. Kaiſer eine ohngefehr nach angegebenem Inhalt abgefaßte Entſchließung an die Proteſtirenden, wobey angehängt war, daß ſie ſich in gar keine einzelne Angelegenheiten ihrer Glaubensgenoſſen miſchen ſollten, wie ſie es inſonderheit in Betreff eines gewiſſen **Geimann** gethan hätten, der doch höchſt ſtrafbar ſey, wesfalls ihnen auch die Schrift hiemit zurückgegeben werde, ſie auch alle die, welche dieſelbe alſo zu verfaſſen befohlen, zu benennen hätten, um daß der Kaiſer ihrenthalben das weitere beſchließen könne.

Reformation in den Inner-Oeſterr. Landen.

Gleichwie im vorigen Jahr die Inner-Oeſterreichiſchen Landſtände der vorgenommenen Religions-Reformation **Erzh. Ferdinands**, ſo zu Gräz reſidirte, auf das möglichſte ſich widerſetzt hatten, ſo thaten ſie es auch dieſes Jahr [u]). Inſonderheit brauchten ſie das Mittel, und erklärten zu Anfang des Jahrs auf einem Landtage, den der Erzherzog zu Gräz für Steyermark eigentlich berufen, wohin aber der Proteſtantiſche obgedachte Religions-Ausſchuß auch die **Kärnthiſchen** und **Krainiſchen Stände** beſchrieben hatte, keine Landesverwilligungen machen zu wollen, bis man ihnen der Religion halber genugſame Verſicherung gegeben hätte. Allein, Erzh. Ferdinand ließ zuerſt den Kärnthiſchen und Krainiſchen Abgeordneten wiſſen, daß ſie ſich ungeſäumt nach Hauſe begeben ſollten. Wann dieſes geſchehen, wollte er, ſo wie jetzt auf dem Landtag den Steiermärkern, alſo auch hernach ihnen, beſondere Antwort darüber zugehen laſſen, und

u) Khev. T. V. S. 2056. u. f. Valvaſor, VII. B. S. 465. u. f.

und verlangte von ihnen allen ſcharf, die Verwilli- 1599
gungen auch ohne dieſes zu thun. Die Landſtän-
de wurden ſolchergeſtalt freylich getrennt, und
mußten zum Theil abreiſen, überreichten aber
noch vorher eine bewegliche Religions- und La-
mentations-Schrift. Dieſe ließ der Erzh.
durch eine andere Schrift beantworten, worin
deutlich erklärt wurde, daß der Erzh. nicht ablaſ-
ſen, ſondern Leib und Leben daran ſetzen wolle, ſein
angefangenes Werk zu vollenden. Hierauf ließen
die Landſtände wieder eine weitläufige Vorſtellung
einreichen. Ehrenreich von Saurau [v]), Land-
Untermarſchall in Steyermark, hielt dabey eine
ſcharfe Rede, in welcher ſo viele derbe Wahrhei-
ten über dieſe Reformation geſagt wurden, daß
einige dem Erzh. riethen, ihn gefangen nehmen
zu laſſen, ſo aber doch nicht geſchah. Die Land-
ſtände hatten ſich in ihren Memorialien inſonder-
heit auf des nächſtverſtorbenen Erzh. Carls ihnen
gegebenes Privilegium in Religions-Sachen [w]) (9. Febr. 1578.)
berufen, welches ihnen das Recht gebe, erſtlich

 Vor-

v) Khev. nennt ihn falſch von Serau; wenigſtens iſt es ſo gedruckt, denn dieſer aus einer berühmten Oeſterreichiſchen Familie ſelbſt herſtammende Verfaſſer wird ſchwerlich denſelben ſo geſchrieben haben, da er Saurau geheißen, welches Geſchlecht ebenfalls noch heutzutage blühet; und ſo nennt ihn Valvaſor, Ehre des Herz. VII. B. S. 465. der auch das Wappen dieſes Geſchlechts IX. S. 92. abſtechen laſſen.

w) Dieſe Religions-Vergünſtigung, von der ich die ganze Unterhandlung, in einem dünnen ohngefähr gleichzeitigen Folio-Bande geſchrieben, beſitze, iſt oben, N. T. R. H. X. B. S. 577. nur mit wenigem berührt. Daher ich hier dieſes noch hinzuſetze, daß es eigentlich nur eine mündliche, von den Ev. Landſtänden ad protocollum genommene Aeußerung

1599 Vorſtellungen gegen allen Gewiſſenszwang zu thun, ſodann aber auch demſelben ſich zu widerſetzen, und welches der Erzh. Ferdinand, da er bey Anfang der Regierung alle Landesfreyheiten durch einen Eid bekräftiget, zugleich mit beſchworen habe: ja die Ausſchaffung der Proteſtanten ſey auch dem Gewerbe ſchädlich, und könne die Leute leicht zur Verzweifelung bringen, wie in andern Landen, u. ſ. w. Der Erzh. hingegen brauchte, zu Vertheidigung ſeines Verfahrens, dieſe Gründe: „Seines Hrn. Vaters Religions-Privilegium ſey nur auf Lebenslang gegeben, auch hätten ihn die Proteſtanten nie dahin bringen können, daß er ſolches auf ſeine Nachfolger ausgedehnt hätte: Sein eigener Eid gehe nur auf die weltlichen Freyheiten: andere Reichsfürſten reformirten ja auch in ihren Landen: weiter hätten die Proteſtanten die Gränzen jenes ihnen gegebenen Privilegiums längſt überſchritten; in politiſchem Betracht ſey ja ohnehin immer beſſer, nur eine Religion im Lande zu haben, da ginge Handel und Wandel, durch das wechſelsweiſe Vertrauen, immer beſſer, als wo die Religion getheilt ſey: endlich geſchehe ja niemand der Religion halber etwas an Perſon und Gütern, ſondern, wer es nicht für gut halte, nach vorhergegangenem Unterricht catholiſch

rung des Erzh. war, auf welche daher freylich ſo viel nicht gebauet werden konnte, obwol ſie mit großem Gepränge vidimirt, und in drey Abſchriften, für jedes Herzogthum eine, von ſämtlichen Landſtänden unterſchrieben, aufbewahrt wurde, ſub dato Pruck an der Muhr, auf dem Landtag, den 9. Febr. 1578. Valvaſor hat übrigens, auf eine ganz mit meiner in obgemeldetem Folianten befindlichen Abſchrift gleichlautende Art, dieſe Religions-Vergünſtigung in ſeine Ehre des Herz. Krain eingerückt, II. B. VII. Buch S. 439. u. f.

tholiſch zu werden, dem ſtehe ja frey in Gemäß- 1599
heit des Religionsfriedens auszuwandern: ausgenommen, daß gegen die, die ſich rebelliſch aufführten, Gewalt gebraucht werden würde, u. ſ. w. Hierauf wurde, da die Landſtände obgeſagtermaßen nichts erhalten konnten, die Verweigerung der Verwilligungen feſt beſchloſſen, zugleich aber Geſandte an den Kaiſer und verſchiedene Reichsſtände abgefertiget, um ſich Hülfe zu erbitten. Da aber alles nichts fruchtete, auf die letzt aber die Türken den Gränzen zu ſehr ſich näherten, wurden die Stände dahin gebracht, die Bewilligungen dennoch zu thun. So bald dieſes geſchehen war, wurde die Reformation mit äußerſter Schärfe fortgeſetzt, an allen Orten die proteſtantiſchen Prediger vertrieben, ja gar zum Theil gefangen geſetzt, und Catholiſche dagegen eingeſetzt, auch alle Religions-Uebung der Proteſtanten, ſogar im Hauſe und außer Landes, verboten, und das Volk den Religionseid zu thun gezwungen, die aber, ſo binnen 2 Monaten ſolchen nicht gethan, mit Landesverweiſung bedrohet. Einige Orte, ſonderlich Rackerſpurg, wollten ſich etwas widerſetzen; da wurde, nachdem man letzteres mit Liſt einbekommen, ſo wie auch anderer Orten, die ganze Bürgerſchaft ſogar für Leibs und Lebens verluſtig erkannt, und hernach die vornehmſten Anführer der Widerſetzlichkeit gefangengenommen, auch an Geld, doch niemand am Leben geſtrafet, unterdeſſen an allen Orten Hochgerichte aufgerichtet, und bey der geringſten Widerſetzlichkeit für die Zukunft mit Lebensſtrafe gedrohet. Auch gingen Befehle ins ganze Land aus, daß alle Landſtände, die ein Patronatsrecht hätten, nicht andere dann Catholiſche zu den Pfarren präſentiren, item daß keine Proteſtanten zu Bürgern angenommen werden

1599 ſollten, u. ſ. w. [x]). Sonſt hatte Erzh. Ferdinand das Glück, in dieſem Jahr zwey von ſeinen Schweſtern zu Königinnen erhoben zu ſehen. Nemlich die eine, Margarethe, wurde des Königs von Spanien, Philipp des dritten, Gemahlin [y]). Die andere aber, Constantia, begehrte der König Sigmund III. von Polen, welcher ſchon vorher ihre leibliche Schweſter Anne zur Ehe gehabt, aber im Kindbett verlohren hatte, durch eine anſehnliche Geſandtſchaft an K. Rudolf, als oberſten Vormund, zur Gemahlin, welche ihm auch zugeſagt, und von der Erzh. Marie, ihrer Frau Mutter ſelbſt, die erſt auch ihre andere Prinzeſſin nach Spanien geführt hatte, nach Polen begleitet, darauf dem König mit vielen Feierlichkeiten beygelegt wurde [z]). Um die nemliche Zeit wurde auch eine

Andere Begebenh. des Erzh. Ferdinands.

15. Apr.

11. Dec.

x) Den beſondern Eifer des Biſchofs Thomas von Laybach beſchreibt Valvaſor II. Band VIII. B. S. 668. u. f. Derſelbe rühmte ſich, in einem Brief an P. Clemens den VIII., wol 41000 Menſchen zur Catholiſchen Religion gebracht zu haben; daher ihn dann auch die Catholiſchen der Krainer Apoſtel betiteln.

y) Khevenh. T. V. S. 1876. u. f. ſodann 2125. u. f.

z) Khev. T. V. S. 2052. u. f. So ſehr man übrigens dieſem Oeſterreichiſchen gleichzeitigen Schriftſteller in einer das Haus Oeſterreich angehenden Begebenheit vorzüglich trauen ſollte, ſo macht mir doch der nachhero eingeſehene Polniſche auch gleichzeitige Biſchof Piaſecius einen Anſtand, der dieſe Begebenheit erſt ins Jahr 1605. ſetzt, hiſt. ſui temp. h. a. p. 227. ſq. zu welchem Jahre die übrigen Umſtände dieſer Vermählung faſt beſſer paſſen. Wer den Piaſecius nicht hat, den ich ſonſt hier nachzuleſen empfehlen kann, leſe einſtweilen über dieſen hier nicht weiter zu unterſuchenden Neben-Umſtand des neueren Schriftſtellers Ludolfs Schaubühne der Welt, I. Th.

eine Geſandtſchaft ſowol vom Erzh. Ferdinand 1599
ſelbſt, als vom Kaiſer Rudolf nach München geſchickt, für erſteren um die Bayeriſche Prinzeſſin Marie Anne, Herz. Wilhelms älteſte Tochter, abgefertigt, unter welchen Heirathstractaten dann das Jahr zu Ende lief. Uebrigens beſtätigte Erzh. Ferdinand auch in d. J. zu Gräz den Vergleich, 18. Jul.
den K. Ferdinand mit dem Stift Bamberg A. 1535. getroffen hatte [a]). Und ebendaſelbſt ſtellte er eine Schadlos-Verſchreibung an die 24. Nov.
Kärnthiſche Landſchaft aus, wegen der perſönlichen Lehensverleihungen, des Sitzens auf dem Fürſtenſtuhl zu Zoll, u. ſ. w. [b]).

Nun auch auf einiger anderer Teutſcher Lande beſondere Begebenheiten zu kommen, ſo ſtarb zu Trier unter dieſen Zeitläuften der Churfürſt Johann, aus dem Geſchlecht von Schonenberg, welcher ſchon eine Zeitlang her ſchwach an Leib und Gemüthe geweſen war, und ſich bey den vielen Spaniſch-Niederländiſchen Kriegs-Unruhen der Regierung faſt gar nicht angenommen hatte, nach einem langen Lager, im vier und ſiebenzigſten 1. May.
Jahr ſeines Alters und achtzehnten ſeiner Regierung, zu Coblenz. Sein Herz wurde daſelbſt in der Jeſuiter-Kirche, ſein Leichnam aber zu Trier, in

Trieriſche Begebenh.

I. Th. X. Cap. ad a. 1605. oder auch den ebenfalls gleichzeitigen *Londorp* Sleid. contin. T. III. Lib. XI. p. 631. u. f. der die Feierlichkeiten der Vermählung weitläufig unter dem Jahr 1605. erzählt. Iſt es aber nicht arg, einem Oeſterreichiſchen Schriftſteller, ſogar in denen ſeiner Zeit vorgefallenen das Haus Oeſterreich betreffenden Begebenheiten, nicht unbeſchränkten Glauben beymeſſen zu dürfen!

a) Lünig, Spic. Eccl. II. Th. p. 1084. allwo auch der Eid ſtehet, den die Bambergiſchen Beamten in Kärnthen dem Erzh. Ferdinand abgelegt.

b) Lünig, P. Spec. Cont. I. Erſte Fortſ. IV. Abſch. S. 192.

1599 in der Domkirche, und dem von ihm ſelbſt zugerichteten alabaſternen Begräbniß, beygeſetzt [c]). Kurz vor ſeinem Tode wollte er ſich den Cardinal Carl von Lothringen zum Coadjutor annehmen, ſo aber das Domcapitel ihm abſchlug [d]). Sein Nachfolger hieß **Lothar**, aus dem alten Hauſe **Metternich**, welcher Domſcholaſter zu Trier bisher geweſen, auch zu verſchiedenen Geſandtſchaften gebraucht worden war, und nur wenige Wochen nach ſeines Vorfahren Tode zu deſſen

7. Jun. Nachfolger erwählt wurde. Er war ſchon bey Jahren, als er dieſe hohe Stufe der Ehren erreichte, ſonſt ein von Angeſicht und Statur ſchöner, auch dabey mit Gelehrſamkeit und Geiſtesgaben ausgezierter Mann [e]), der kurz darauf von dem Päbſtlichen Nuntius zu Coblenz die Weihe und das Pallium, gleichwie auch nicht lange darnach von K. Rudolf die Belehnung erhielt [f]).

Braunſchweig. Begeb. In dem Fürſtlichen Hauſe **Braunſchweig** verſuchte in dieſem Jahre Herzog **Heinrich Julius** mit der Stadt **Braunſchweig** eine gütliche Ueber-

c) Dieſes Monument, wie ſolches von ſeinem Nachfolger 1614. verſchönert und mit einer Inſchrift verſehen worden, beſchreibt *Maſen.* Ann. Trevir. ad a. 1614. p. 457.

d) *Hontheim*, Hiſt. Trev. Diplom. T. III. p. 135. n. (c), wo auch noch einiges anderes von dieſes Churf. letzten Lebensumſtänden zu finden iſt.

e) Alſo beſchreibt ihn weitläufig der faſt gleichzeitige, freylich Trieriſche Geſchichtſchreiber *Maſenius*, Ann. Trev. h. a. p. 435.

f) *Hontheim* T. III. p. 186. n. (a), welcher berühmte Schriftſteller auch daſelbſt einen librum officialem et titularem Cancellariae Trevirenſis ſub Lothario AEp. eingerückt hat, worinnen alle dem Erzſtifte zugethane Hoch- und andere Stifter, Lehenleute, Aemter, Hofſtellen, u. ſ. w. ſich verzeichnet finden.

Uebereinkunft zu treffen ff), das aber nicht gelang, m. Jan.
ſondern die beiderſeitigen Beweiſe der Feindſeligkeit 1599
bey allen Gelegenheiten erneuert wurden. Da auch der Herzog die Türkenſteuer vergeblich von der Stadt forderte, ſo wurde dieſer ſehr erbittert, und ließ am Ende des Jahrs allen Handel und Wandel mit der Stadt einſtellen, verſperrte ihr die Zufuhr, und drohete ſie mit Gewalt zu ſeinem Willen zu bringen, wogegen dieſe ein Mandatum S. C. zu Speyer erwürkte g). In dem Sommer d. J. hatte dieſer Herzog auch ſeine Völker mit bey denen gegen die Vergewaltigungen der Spanier aufgebrachten Reichsvölkern, obwol ſogar Spaniſche Abgeordnete desfalls in Wolfenbüttel geweſen waren. Allein ſie betrugen ſich, ſonderlich vor Rees, ſehr ſchlecht, und gingen auf die letzt gar durch, daher dann an denen davon, die man habhaft werden konnte, ſcharfe Execution gehalten wurde. Inzwiſchen war der junge Graf Johann Ernſt von Reinſtein und Blankenburg ohne Erben geſtorben, 4. Jul.
da dann der Herzog, als rechtmäßiger Lehenherr, dieſe beiden Grafſchaften in Beſitz nahm, ſich huldigen

ff) Rehtmeyer, Brſchw. Chr. III. Th. 63. Cap. S. 1118. u. f.

g) Ded. ſub tit. Wahrhafter Abdruck der Kammergerichtsacten in S. Brſchw. contra Brſchw. II. Th. S. 79. tit. O. d d. 12. Dec. in welcher Ded. auch noch mehrere dieſes Jahr in den Zwiſtigkeiten zwiſchen dem H. und der Stadt ergangene K. Befehle und Urtheile ſich befinden. Man ſehe auch die Herzogliche Deduction, Ausführlicher Hiſtor. Bericht von den Braunſchw. Händeln etc. II. B. S. 589 : 614. allwo lauter dahin gehörige Actenſtücke ſich befinden, von denen aber allen ich ſo wenig, als von denen in obbemeldetem Wahrhaften Abdruck zu leſenden Actenſtücken, etwas hier auszuziehen, nach ſummariſcher Durchleſung derſelben, für dieſen Zweck nöthig erachte.

1599 digen ließ, und das Wapen derſelben in das ſeinige
3. Sept. mit ſetzte [h]). Im Spätjahre wurde der H. auch durch einen Moſcowitiſchen Geſandten beehret, der von da nach Prag gereiſet [i]). Und noch ſpä-
m. Oct. ter kam eine Kaiſerliche Geſandtſchaft, um ihn mit den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Herzogen wegen der Grubenhagiſchen Erbſchaft auseinander zu ſetzen, welche zu Braunſchweig ganzer acht Tage handelten, aber aus Widerſetzlichkeit des Herzogs nichts ausrichteten. Daß er auch die Reinſteiniſchen Lehen von dem Stift Gandersheim noch in dieſem Jahr empfangen, zeigt der darüber vorhandene Lehenbrief [k]). Verſchiedene von ihm in dieſem Jahre geſchlagene Thaler beſchreibt der oftgenannte Rehtmeier [l]). Als Biſchof von Halberſtadt ſchenkte er dem Domcapitel daſelbſt ſein Vorwerk Malmke, ſamt dem Dorf Redebur, unter gewiſſen Bedingungen [u]).

Würtenb. Begeb. a) Die Afterlehenſch. betr.

Oben [m]) iſt der Bemühungen des Herzogs Friedrichs von Würtenberg, die Oeſterreichiſche Afterlehenſchaft los zu werden, gedacht worden. Solche kam nun endlich in dieſem Jahre zu

h) Rehtmeyer a. a. O. welcher auch das Wappen ſelbſt mit eingerückt hat.

i) Ebendaſ.

k) In der raren Deduction, Gründl. Bericht von den Grafſchaften Hohen- und Reinſtein, Beylage F. d. d. 19. Nov. 1599. Der von dem Herzog desfalls den 20. Nov. ausgeſtellte Revers aber iſt zu leſen bey Lünig, Spicil. Eccl. Contin. I. p. 1149.

l) a. a. O. S. 1122.

u) Den Revers des Capitels desfalls d. d. 18. Dec. e. a. ſamt dem Schenkungsbrief bey Lünig, Spicil. Eccl. Cont. I. p. 810.

m) S. 16. u. f.

zu ihrem erwünſchten Ziel n). Die Hauptſchwie- 1599
rigkeit bey dem Herzog war wegen der 400000 Gulden, die der Kaiſer ſchlechterdings verlangte, wenn er ſothanem Recht entſagen ſollte; bey dem K. hingegen die begehrte Religions-Verſicherung. Der H. ließ wegen des erſten Puncts an den kleinen Ausſchuß der Landſchaft gelangen, daß die- (1598.)
ſelbe doch die obgedachte Summe auf ſich nehmen möchte, zumal ihr an Aufhebung der Afterlehenſchaft mehr als dem H. wegen der dabey zu erlangenden Religions-Verſicherung gelegen ſey. Dieſes konnte der kleinere Ausſchuß für ſich nicht bewilligen, aus welchem Anlaß dann der kleine und große Ausſchuß zu Bebenhauſen verſammelt wurde. Dieſer glaubte, man müßte wenigſtens dem K. die Verſicherung in Anſehung der Religion alſo zu geben vorſchlagen, daß die A. C. nicht nur ferner ungehindert, auf den Fall des anwartſchaftlichen Heimfalls, gelehrt und geprediget werden dürfe, ſondern auch daß keine andere Lehre ihr zum Schaden eingeführt, auch von den geiſtlichen Gütern nichts zu einem andern als der A. C. Verwandten Gebrauch angewendet werden, hergegen im Nichthaltungs-Fall das Haus Oeſterreich der Regierung beraubt ſeyn und ſolche den Landſtänden zukommen ſolle. Allein der Herzog ließ ſich nicht bewegen, dieſe ſo hoch geſpannte, ſo vieles Mißtrauen zeigende, und dadurch den K. zu beleidigen Anlaß gebende Forderung vorzubringen, zumal da

n) ſ. Sattler, Geſchichte von Würtenb. V. B. S. 219. bis 224. aus welchem das ſeinige in einer gedrängten Zuſammenſtellung gezogen hat der berühmte Verf. der pragm. Geſch. Würtembergs, S. 219. u. f. wobey aber freylich für den Leſer und Geſchichtforſcher gar unangenehm iſt, daß erſterer ſeine, vielleicht ſehr gute und archivaliſche, Quellen nicht anzugeben pflegt.

1599 da der K. im Anfang von der Religions-Verſicherung nichts hören wollte, auch nachher, als der Würtembergiſche Geſandte einige Zweifel wegen Genehmigung der Landſchaft machte, bis zu Drohungen ſchritt, und äußerte, der K. könne ſich auch ohne ſie mit dem H. vergleichen, zudem, daß das Haus Oeſterreich wol nie ſo weit herabſinken werde, um es nicht mit der ſich weigernden Landſchaft aufnehmen zu können, daß er wol auch die Religions-Verſicherung ganz verſagen könne, u. ſ. w.

Zu Prag gingen unterdeſſen die Unterhandlungen ihren Weg, obwol langſam, fort. Der Kaiſer ließ ſich von einigen Reichshofräthen ein Gutachten in der Sache ſtellen, welches ganz und gar dahin ging, die Afterlehenſchaft zu behaupten und keine neue Unterhandlung darüber anzufangen [o]). Hernach, da, wie es ſcheint, das dabey angebotene Geld den immer Geld-bedürftigen Kaiſer, dieſes Gutachtens ohngeachtet, zu der Unterhandlung geneigt gemacht hatte, ſo ließ er ſich noch ein Gutachten hierüber von einigen Geheimden Räthen ausſtellen, in deren Commiſſorio dazu inſonderheit denſelben befohlen wird, auch auf die angebotene Ausgleichung aller übrigen zwiſchen Würtenberg und Oeſterreich ſchwebenden Streitig-

o) Ich beſitze daſſelbe in einem Codice Act. publ. Mſc. der mit dem von Häberlin N. T. Reichsgeſch. B. S. beſchriebenen Mſc. einerley Beſitzer und vermuthlich einerley Quelle gehabt hat, allwo es ganz zu Ende ſtehet. Oben ſind mit Dinte die drey Namen, vermuthlich der ausſtellenden Reichshofräthe, ganz klein geſchrieben, Frownhoven, Warnbold, Eham, und darunter, nur mit einem Meſſer oder Holz geritzt, Barvitius. Es iſt ohne datum, ſonſt aber merkwürdig zu leſen.

tigkeiten Rückſicht dabey zu nehmen [p]). Es ſchei- 1599
net aber, daß die Meinung dieſer Geh. Räthe nicht für ſothane allgemeine Ausgleichung geweſen, wenigſtens findet man hernach in der Uebereinkunft ſelbſt nichts davon [q]). Zweifelsohne iſt dann auch auf dem Reichstag von 1597. und 1598. die Unterhandlung fortgegangen. Und ſo kam dann endlich zu Prag ein Vertrag [r]) zu Stande, in wel- 24. Jan.
chem K. Rudolf dem Hauſe Würtenberg die Afterlehenſchaft unter folgenden meiſt wörtlich herausgezogenen Bedingungen erließ. 1) Behielt der Kaiſer dem ganzen Hauſe Oeſterreich [s]) insgemein, d. i. Teutſcher und Spaniſcher Linie, die Anwart-

p) Ich habe den Aufſatz dieſes Commiſſorii in meiner oftgenannten Hanniwaldiſchen Sammlung, fol. 220. worinnen aber nur Hans Chriſtof von Hornſtein zu Gemmingen benannt, für die übrigen Namen hingegen Platz gelaſſen iſt. d. d. Prag, 28. Febr. 1597.

q) Ich ſage, es ſcheinet, weil ich das hier berührte Gutachten nirgends auffinden können, welches freylich in der ganzen Sache vieles Licht geben würde.

r) Derſelbe iſt zu finden, ganz bey Lünig, Reichsarchiv, P. ſpec. Cont. II. p. 471. Corp. Privil. Würtemberg. P. I. p. 334. ſqq. Ded. ſub tit. Würtemb. Landes-Grundverfaſſung (ſ. l. 1765. f.) S. 258. ſqq. *Du Mont*, Corps Diplomat. T. V. P. I. p. 593. Auszugsweiſe in Würtenb. Relig. Urkunden (1741.) p. 29. ſqq. item kurze Nachricht von der Würtenb. Landesverfaſſung p. 119. ſqq.

s) Ob hierunter auch die weibliche Nachkommenſchaft des Erzhauſes Oeſterreich gemeint geweſen, darüber iſt nach Abgang des männlichen Habsburg-Oeſterreichiſchen Stammes, 1740. weitläufig geſtritten worden, da ſogar Würtembergiſcher Seits in zwey beſondern Deductionen hat erwieſen werden wollen, daß die Anwartſchaft nunmehro für erloſchen zu achten. Die eine heißt: Kurze, doch gründliche Anzeige, daß die dem Erzhauſe Oeſterreich auf das

1599 Anwartſchaft auf das Herzogthum Würtenberg und Teck dergeſtalt bevor, daß, wenn H. Friedrichs ganze männliche Nachkommenſchaft vor den Erzherzogen von Oeſterreich abſterben, oder ihr Herzogthum von Reichswegen unwiederbringlich verwürken werde, alsdann und nicht eher dem Hauſe Oeſterreich der Zutritt zu würklicher Einnahme des Herzogthums eröffnet ſeyn ſolle. 2) Solle dem Erzherzog von Oeſterreich den Würtenbergiſchen Titel ſamt dem Wapen zu führen erlaubt ſeyn, imgleichen 3) derſelbe zu dieſem Ende, ſo oft es vonnöthen, die Lehen empfangen können. 4) Solle der Herzog der Churfürſten und ſeiner Landſchaft Ein-

das Herzogthum Würtemberg zuſtehende Anwartſchaft erloſchen ſey. Stuttgard, 1741. Die andere und größere: Unumſtößlicher Beweis, daß das weibliche Geſchlecht von Oeſterreich auf Würtenberg kein Anwartſchaftsrecht zu ſuchen, noch ſich des Titels und Wappens zu bedienen habe. Stuttg. f. ohne Jahrzahl. Beide ſtehen auch in der Samml. einiger Staatsſchr. nach K. Carls des VI. Tode, II. und III. B. Erſtere findet ſich noch überdieſes in J. J. Moſers Anm. zur Wahlcapit. Carl des VII. I. Th. S. 63. u. f. Dis iſt aber die wenigſt wichtige Ausführung, und gleichſam nur die Vorläuferin der andern, die 28. S. in Folio ſtark iſt, nebſt 36 Seiten Beylagen. Unterdeſſen hat das jetzige Lothringiſch-Oeſterreichiſche Haus die Gründe nicht ſo ſtark gefunden, daß es deswegen geglaubt hätte, den Titel von Würtenberg fahren laſſen zu müſſen, wie es ihn dann noch immer bis auf die neueſten Zeiten fortgeführt hat. Und der Würtenbergiſche Erbvergleich vom Jahr 1770. iſt vom Kaiſer Joſeph II. nicht anders, als mit Vorbehalt der Oeſterreichiſchen Anwartſchafts-Rechte beſtätiget worden, (S. 169. dieſes Erbvergleichs, der Aufl. von 1771. in 8.) gleichwie es auch unleugbar iſt, daß der jetzige Herzog von Würtenberg dieſes Oeſterreichiſche Recht, wenigſtens für ſich, in einer beſondern Verſicherung anerkannt habe.

Einwilligung hierzu ſuchen, welcher letzteren der 1599
Kaiſer alle ihre Freyheiten zu beſtätigen habe.
5) Solle jeder künftige Herzog, noch vor Empfangung der Lehen, ſich vor dem alsdann regierenden Kaiſer desfalls mit angehängter Renunciation aller Exceptionen zu verſchreiben ſchuldig ſeyn. 6) Auf den Fall der Anwartſchaft ſolle das Haus Oeſterreich die auf dem Fürſtenthum befindliche Schulden und Leibgedinge bezahlen. 7) Jede noch unausgeſtattete Prinzeſſin des Hauſes Würtemberg ſolle auf ſolchen Fall, da deren drey oder weniger, noch 28000 fl., da deren aber 4 oder mehr, noch 8000 fl. von dem Hauſe Oeſterreich empfangen. 8) Sollen die ſeit dem Cadaniſchen Vertrag zum Herzogthum Würtenberg gebrachte Güter, ſamt allen Mobilien, zur Oeſterreichiſchen Succeſſion nicht gehören, ſondern an die Eigenthums-Erben ohne Verhinderung kommen. 9) Die Meliorationen ſollen ſchiedsrichterlich ausgeglichen werden, bis zur Ausgleichung aber den Allodial-Erben kein jus retentionis zuſtehen. 10) Wegen der Religion, auch Kirchen, Schulen, und geiſtlicher Güter, ſolle alles ſodann in ſtatu quo bleiben, und keine andere Religion in dem Herzogthum eingeführt werden. 11) Schließlich ſolle Herzog Friedrich an den Kaiſer in drey Zielern 400000 fl. ſſ) binnen 16 Monaten bezahlen.

Die-

ſſ) Sattler a. a. O. S. 221. gedenkt hiebey noch einer Pulverlieferung, von 1000 Centnern, wofür an beſagter Summe 25000 fl. abgehen ſollten. Dieſes muß beſagter Schriftſteller, als Archivarius, aus andern guten Quellen hier eingerückt haben. Im Vergleich ſelbſt, wie er in der obenangef. Würtenb. Landesverfaſſung enthalten iſt, ſtehet nichts davon. Der Verf. der pragm. Geſch. S. 219. giebt gar 400000 fl. und 1000 Centner Pulver an; ob aus Irrthum oder guten Gründen? weiß ich nicht.

1599 Dieſen Vergleich beſtätigte dann die **Landſchaft** noch im nemlichen Jahre. **Mainz, Trier** und **Cölln** gaben ebenfalls noch in dieſem Jahre ihre gleichlautende **Willebriefe**, doch ein jeder dieſer Churfürſten mit dem ausdrücklichen **Vorbehalt**, keinem ihrer Mit-Churfürſten dadurch vorzugreifen, und die **Erzherzoge von Oeſterreich** traten ihm ſämtlich in 4 beſonderen Verſchreibungen [t]) bey. Womit alſo dieſes wichtige Geſchäfft nach langer Unterhandlung ſeine Erledigung, in ſo weit wenigſtens [u]), erhielt.

Zu

t) Alle dieſe acht Urkunden ſtehen in gedachter Würtemb. Landes-Grundverfaſſung mit eingerückt, und ſind zum Theil erſt von 1601. und 1602.

u) Ich ſage, in ſo weit: denn, ob jemals die weltlichen Churfürſten auch ihre Willebriefe dazu gegeben haben, iſt noch zweifelhaft, da ſie wenigſtens gleich nach dem Vertrag ſolche verweigerten, ja heftig gegen denſelben ſich auflehnten, wie Sattler a. a. O. S. 223. u. f., aber freylich ſeiner Gewohnheit nach ohne Gewährsmann, anführt. Unterdeſſen ſcheinet doch, daß auch dieſe Willebriefe noch erfolgt ſind, daraus ziemlich deutlich, daß gedachte Churfürſten, die im Anfang ſo eifrig gegen den Prager Vertrag waren, nachhero nie weiter dagegen proteſtirt oder ihren Widerwillen gegen ſothanen Vertrag auf irgend eine Art bezeugt haben, imgleichen aus der von dem Hauſe Würtemberg ſeit dieſem Vertrag immer, wenigſtens bis zur Erlöſchung des Oeſterreichiſchen Mannsſtamms, ganz ohne Widerrede geſchehenen Anerkennung des hier befragten Anwartſchafts-Rechts, welches Recht ſogar auch in den obenbenannten beiden Deductionen nicht als nie beſtanden, ſondern nur als **nicht mehr beſtehend**, angegriffen wird. Ich weiß übrigens wol, daß ein neuerer geſchickter Schriftſteller, Herr Prof. Spittler, in ſeiner ſonſt wohlgeſchriebenen Abhandlung von dem Oeſterreichiſchen Anwartſchafts-Recht auf Würtenberg (im Götting. hiſtoriſch. Magazin IV. B. 3. St. n. 1.)

Zu Aufbringung der dem Kaiſer verſproche- 1599
nen 400000 fl. auch ſonſtiger Urſachen halber wur-
de gleich nachher ein Landtag zu Stuttgard ge- 4. Febr.
halten [v]), auf welchem der H. der Landſchaft, durch b)
den ſchon in dieſer Geſchichte bekandten Enzlin, Landtag.
nichts weiter als die ganze verglichene Summe zu
erlegen zumuthete. Die Landſtände machten, wie
leicht zu erachten, Schwierigkeiten, zumal da der
Kaiſer wegen der Religion die Sicherſtellung nicht
ſo, wie ſie es wünſchten, gegeben hatte; wollten
auch wenigſtens die dem H. ehemals geliehene
80000 fl. davon abziehen, und ihre vielfache Jagd-,
Holz-, Hofgerichts-, auch ſonſtige Beſchwer-
den erledigt, dabey den Tübinger Vertrag na-
mentlich beſtätigt wiſſen. Allein zu jedermanns [w])

Rr 2 Ver-

n. 1.) aus jener damaligen Verweigerung der Wille-
briefe der drey weltlichen Churfürſten den Beweis
herführen will, als ob dieſelben nie eingewilligt hät-
ten. Ob aber, einestheils, die ausdrückliche viel-
leicht zu Wien im Archiv verborgene Einwilligung
nicht etwa ſpäter gleichwol hinzugekommen, iſt we-
nigſtens noch immer eine große Frage; und noch eine
größere, anderntheils, ob nicht Fürſten, die an-
fangs mit Eifer gegen die Gültigkeit einer Handlung
des Kaiſers ſich ſetzen, hernach aber ganze Jahrhun-
derte, in welchen ſie wenigſtens bey allen Capitula-
tionen, den Weſtfäliſchen Friedensſchluß ungerechnet,
Gelegenheit genug gehabt hätten, ſie zu vernichten
und für ungültig zu erklären, ohne alle Anregung
desfalls vorbeygehen laſſen, zum mindeſten ſtill-
ſchweigend ihre Einwilligung dazu, nach natürli-
chen und poſitiven Geſetzen, würklich gegeben haben?
Doch — ich ſchreibe hier keine Würtembergiſche, ſon-
dern eine Reichsgeſchichte — alſo genug hievon!

v) Sattler, a. a. O. S. 221. u. f.

w) Nemlich jedermanns, der nicht mit der geheimen
Geſchichte der Landtäge bekandt iſt. Wer aber dieſe,
davon es für den Philoſophen wichtig wäre einen
unpar-

1599 Verwunderung drang der Herzog in allem durch. Die Landſtände übernahmen die 400000 fl. [x]). Des Tübinger Vertrags ſamt den 80000 fl. ward mit keinem Wort in dem Abſchied gedacht, und der Beſchwerden halber ließen ſie ſich mit zum Theil ganz rund abſchläglichen, zum Theil ſehr allgemeinen und die Erledigung weit hinausſchiebenden Antworten begnügen [y]). Um dieſe Zeit bekam der Herzog mit dem Catholiſchen Theil der Reichsſtadt Weil einen Streit, weil er, zu beſſerer Betreibung einiger viel Holz erfordernden Anſtalten, die Ausfuhr des Holzes unter andern auch nach Weil verboten hatte. Darüber nemlich machte ihm dann der Catholiſche Theil der Stadt Vorwürfe, als wenn der H. blos um ſie, die Catholiken zu drücken, dieſes Verbot habe ergehen laſſen, darüber dann auch ein Kaiſerliches bedrohendes Mandat gegen ihn erging. Doch, der Herzog

e) Händel mit Weil.

15 Merz.

unparteyiſchen Octavband gedruckt zu leſen, kennt, der weiß den Gang und Ausgang der meiſten davon von Dan bis gen Berſaba vorauszuſagen. Der Fürſt beruft ſie, wann er Geld braucht: Er verlangt ſehr viel, um ſich etwas abbrechen laſſen zu können; die Landſtände ſtellen die Unvermögenheit des Landes und ihre bisher immer unerledigt gebliebene, auch neue Beſchwerden vor. Der Fürſt verſichert ſeine Landesväterliche Geſinnungen, beſticht die Vornehmſten und Ehrſüchtigen mit Ehrenſtellen oder Anwartſchaften, die Geldbegierigen mit Beſoldungen, die geringere Claſſe durch ein beſonders gnädiges Betragen, und — erhält alles, indem das Land in Noth, und die Beſchwerden unerledigt bleiben.

x) In der pragm. Geſch. von Würtemberg heißt es S. 270. der Herzog habe die obgedachten 1000 Centner Pulver zu bezahlen übernommen. In dem ganzen Abſchied ſtehet nichts vom Pulver. Sattler hat auch nichts davon.

y) S. den Abſchied ſelbſt in der Würtemb. Landes-Grundverf. S. 292. u. f. d. d. 6. Merz 1599.

zog wußte, in ſeiner Verantwortung auf daſſelbe, 1599
die Sache in ſo vortheilhaftem Lichte vorzuſtellen,
daß alles auf ſich beruhen blieb. Auch erſchien
um ſolche Zeit der Franzöſiſche Agent **Jacob Bon-** d)
gars wieder im Würtemberger Lande, welcher Geld- Unterh. mit
oder Volkshülfe für den König bewürken ſollte z), Frankr.
da hingegen der H. um gleiche Zeit einen Abgeord-
neten nach **Frankreich**, zu Einforderung der
ſchon lange dem König vorgeſtreckten Summe Gel-
des, abgeſandt hatte. Dieſe einander gerade ent-
gegenlaufende Abſichten, wozu des H. perſönliche
Abneigung gegen den **Bongars** kam, machten,
daß aus allen Unterhandlungen nichts wurde. Eine
andere Angelegenheit, die den Herzog beſchäfftigte, e)
war der Vorfall wegen **Zwifalten**. Es hatte Zwifal-
nemlich der Herr dieſes Fleckens, **Dietrich von** tiſche
Spet, ſeiner Familie, mit der er uneinig lebte, Händel.
zum Poſſen, dem Herzog den vierten Theil des ge- (1597.)
dachten Orts zu Lehen aufgetragen. Die Familie
beſchwerte ſich, und erlangte vom Kaiſer, daß der
Graf von Zollern als Commiſſarius die Sache
unterſuchen und entſcheiden ſollte. Derſelbe, ohn-
geachtet der Herzog ſich durch Fürſchreiben des
von Spet annahm, ließ doch in dieſem Jahre die 4. Apr.
Oerter **Zwifalten** und **Eheſtetten** in Beſitz neh-
men, und ſich im Namen des Kaiſers huldigen.
Der H., den dis verdroß, machte in aller Stille 20 May.
Anſtalt, daß beide Oerter dem Grafen wieder ab-
Rr 3 genom-

z) So ſagt Sattler, S. 225, aber wie gewöhnlich ohne allen Beweis, daher ich dann hier beyſetzen muß, daß ich nicht recht wiſſe, zu welchem Behuf der König eines oder das andere begehret haben könne, da alles um ſolche Zeit in Frankreich ruhig, das Reich auch in keinen Krieg verwickelt war. Bongars ſelbſt, deſſen Briefe ich lateiniſch und franz. beſitze, (Haag, 1695. 8.) hat juſt in denſelben nichts, das hier Aufſchluß geben könnte.

1599 genommen wurden. Hierüber rückte, indeſſen der H. ſich in einem Schreiben an den K. desfalls zu rechtfertigen bemühet war, eine Anzahl Kaiſerlicher Völker aus der Nachbarſchaft gegen die beiden Oerter an. Der H. aber ließ ſeine Unterthanen in Eile dagegen aufbieten, wobey dann auch der Abt von Zwifalten, wol mehr gezwungen, als freywillig, Hülfe leiſtete. Darüber blieb es für dieſes und das nächſtfolgende Jahr dabey. Im
(1601.) darauf folgenden aber (welches ich gleich hier bey dieſer nicht ſehr wichtigen Sache mitnehmen will,) langte ein Pönalmandat des Kammergerichts an, daß der H. die beiden Oerter dem Grafen von Zollern übergeben ſollte, welcher ſie dann auch, aller des H. Vorſtellungen ohngeachtet, bald darauf in Beſitz nahm. Bald darauf ſetzte ſich der alte Spet mit ſeinen Verwandten, und übertrug alle Güter ſeinem Sohn, der Kaiſer aber erkannte die Gültigkeit der geſchehenen Lehensauftragung, und obwol hernach der alte Spet wieder Händel anfangen wollte, ſo fand er doch keine Unterſtützung. Einen ähnlichen Vorgang wegen Hohenrechberg verſpare ich lieber bis in das Jahr 1601, wo der darüber gemachte Vertrag beyzubringen iſt. Indeſſen fand H. Friedrich Gelegenheit, ſeine Macht und Einkünfte auf eine andere Art, nemlich durch Anlegung einer neuen Stadt, zu vermehren. Es hatte nemlich ſeit einiger Zeit das Vorbach- oder Chriſtofthaliſche Bergwerk eine gar beträchtliche Ausbeute gegeben, wie die daraus zwiſchen 1573. und 1606. geſchlagene Thaler beweiſen. Bey dieſer Arbeit fanden ſich ſehr viele aus dem nahgelegenen Oeſterreichiſchen um der Religion willen vertriebene Berg- und ſonſtige Leute ein. Da ihre Anzahl wuchs, nahm der ohnehin auf alle Art ſeinen Namen zu ver-

f) Anlegung einer neuen Stadt.

verewigen ſuchende Herzog Gelegenheit, ihnen die 1599
Erlaubniß zu geben, einen neuen Ort anzubauen, welcher nach ſeinem Namen **Friedrichsſtadt** heiſſen ſollte, und wozu demnach in dieſem Jahr der Anfang gemacht wurde. Doch erreichte der H. ſeinen Zweck in Anſehung des Namens nicht, indem derſelbe bald darauf in **Freudenſtadt** ſich verwandelte, wie ihn der Ort auch bis jetzo behalten hat. Es mochte aber des Herzogs Einkommen durch gedachtes Silberbergwerk noch ſo ſehr vermehrt werden, ſo konnte dieſer Herr doch zu keinem Geldvorrath kommen, weil er nebſt den vielen Prachtausgaben noch einer weit thörichtern alles faſt nur erſchwingliche aufopferte. Dieſes war die **Goldmacherey**. So ſehr der Herzog bereits in den vorigen Jahren durch den Vorgang mit **Georg Honauern** [a]) von der Falſch-

g) Goldmacherbetrügerey

Rr 4 heit

a) Von dieſem Erz-Beutelſchneider handelt bey Sattler V. B. VII. Abſch. der ganze §. 28, bey deſſen Erzählung ich, da ſie zum Jahr 1597. gehört, nur eine Kleinigkeit berichtigen will. Es heißt, derſelbe wäre in ſeiner Flucht bey Oldenburg eingeholt und nach Bückeburg gefangen geſetzt worden. Wie kommt aber Oldenburg und Bückeburg zuſammen? Die Antwort iſt: durch einen Druck- oder Schreibfehler. Nemlich nicht bey Oldenburg, ſondern bey Oldendorf, einem im heutigen Heſſiſchen Antheil der Grafſchaft Schaumburg liegenden Ort (Büſching Erdbeſchr. VIII. B. S. 809.) wurde Honauer niedergeworfen, und von dem Gr. von Schaumburg, troz alles Bittens des H. von Würtemberg, lange Zeit behalten. Dieſes zeiget ein zu Prag den 3. Merz 1597. datirtes Kaiſerliches Reſcript, an Gr. Adolfen zu Schaumburg, in welchem dieſem Herrn auferlegt wird, den Honauer alſogleich auszuliefern, welchem Reſcripte auch ein Patent beygefügt iſt, von eben dem Datum, in welchem der K. allen und jeden H. Reichs Ständen und Unterthanen, den Honauer

1599 genommen wurden. Hierüber rückte, indeſſen der H. ſich in einem Schreiben an den K. desfalls zu rechtfertigen bemühet war, eine Anzahl Kaiſerlicher Völker aus der Nachbarſchaft gegen die beiden Oerter an. Der H. aber ließ ſeine Unterthanen in Eile dagegen aufbieten, wobey dann auch der Abt von Zwifalten, wol mehr gezwungen, als freywillig, Hülfe leiſtete. Darüber blieb es für dieſes und das nächſtfolgende Jahr dabey. Im
(1601.) darauf folgenden aber (welches ich gleich hier bey dieſer nicht ſehr wichtigen Sache mitnehmen will,) langte ein Pönalmandat des Kammergerichts an, daß der H. die beiden Oerter dem Grafen von Zollern übergeben ſollte, welcher ſie dann auch, aller des H. Vorſtellungen ohngeachtet, bald darauf in Beſitz nahm. Bald darauf ſetzte ſich der alte Spet mit ſeinen Verwandten, und übertrug alle Güter ſeinem Sohn, der Kaiſer aber erkannte die Gültigkeit der geſchehenen Lehensauftragung, und obwol hernach der alte Spet wieder Händel anfangen wollte, ſo fand er doch keine Unterſtützung. Einen ähnlichen Vorgang wegen Hohenrechberg verſpare ich lieber bis in das Jahr 1601, wo der darüber gemachte Vertrag beyzubringen iſt. Indeſſen fand H. Friedrich Gelegenheit, ſeine Macht und Einkünfte auf eine andere Art, nemlich durch Anlegung einer neuen Stadt, zu vermehren. Es hatte nemlich ſeit einiger Zeit das Vorbach- oder Chriſtofthaliſche Bergwerk eine gar beträchtliche Ausbeute gegeben, wie die daraus zwiſchen 1573. und 1606. geſchlagene Thaler beweiſen. Bey dieſer Arbeit fanden ſich ſehr viele aus dem nahgelegenen Oeſterreichiſchen um der Religion willen vertriebene Berg- und ſonſtige Leute ein. Da ihre Anzahl wuchs, nahm der ohnehin auf alle Art ſeinen Namen zu ver-

f) Anlegung einer neuen Stadt.

verewigen ſuchende Herzog Gelegenheit, ihnen die 1599
Erlaubniß zu geben, einen neuen Ort anzubauen, welcher nach ſeinem Namen Friedrichsſtadt heiſſen ſollte, und wozu demnach in dieſem Jahr der Anfang gemacht wurde. Doch erreichte der H. ſeinen Zweck in Anſehung des Namens nicht, indem derſelbe bald darauf in Freudenſtadt ſich verwandelte, wie ihn der Ort auch bis jezo behalten hat. Es mochte aber des Herzogs Einkommen durch gedachtes Silberbergwerk noch ſo ſehr vermehrt werden, ſo konnte dieſer Herr doch zu keinem Geldvorrath kommen, weil er nebſt den vielen Prachtausgaben noch einer weit thörichtern alles faſt nur erſchwingliche aufopferte. Dieſes war die Goldmacherey. So ſehr der Herzog bereits in den vorigen Jahren durch den Vorgang mit Georg Honauern [a]) von der Falſch-

g) Goldmacher-betrügerey.

a) Von dieſem Erz-Beutelſchneider handelt bey Sattler V. B. VII. Abſch. der ganze §. 28, bey deſſen Erzählung ich, da ſie zum Jahr 1597. gehört, nur eine Kleinigkeit berichtigen will. Es heißt, derſelbe wäre in ſeiner Flucht bey Oldenburg eingeholt und nach Bückeburg gefangen geſetzt worden. Wie kommt aber Oldenburg und Bückeburg zuſammen? Die Antwort iſt: durch einen Druck- oder Schreibfehler. Nemlich nicht bey Oldenburg, ſondern bey Oldendorf, einem im heutigen Heſſiſchen Antheil der Grafſchaft Schaumburg liegenden Ort (Büſching Erdbeſchr. VIII. B. S. 809.) wurde Honauer niedergeworfen, und von dem Gr. von Schaumburg, troz alles Bittens des H. von Würtemberg, lange Zeit behalten. Dieſes zeiget ein zu Prag den 3. Merz 1597. datirtes Kaiſerliches Reſcript, an Gr. Adolfen zu Schaumburg, in welchem dieſem Herrn auferlegt wird, den Honauer alſogleich auszuliefern, welchem Reſcripte auch ein Patent beygefügt iſt, von eben dem Datum, in welchem der K. allen und jeden H. Reichs Ständen und Unterthanen, den Honauer

1599 heit jener ſogenannten Kunſt hätte überführt werden ſollen, ſo zog ihn doch gleich nachher ein anderer Betrüger dieſer Art, nemlich Peter **Montanus**, in ſein Netz. Nachdem er demſelben aber lange getrauet, und baares Geld genug zu verlaboriren gegeben hatte, machte dieſer ſich einſt mit einer ziemlichen Summe davon. Er wurde jedoch bald ertappt, und wieder nach Stuttgard gebracht, daſelbſt aber auf Befehl des äußerſt erzürnten Herzogs, alles Bittens um Unterſuchung ſeiner Sache, und aller Vorſtellung der Landſchaft ungeachtet, ohne weiteren Proceß, an den nemlichen eiſernen Galgen, an dem ſein Vorgänger, **Honauer**, das Leben hatte laſſen müſſen, aufgeknüpfet. Das letzte, was H. Friedrich in dieſem Jahr unternahm, war die Reiſe nach **Italien**, die er in der Hälfte Novembers antrat, und zwar unter dem Namen eines **Grafen von Sponeck**, von acht Perſonen begleitet. In der Hälfte Dec. war er
(1600.) ſchon in **Rom**, wo er am folgenden N. J. Tag die Feierlichkeiten des vom Pabſt ausgeſchriebenen Jubiläums, ſonderlich die Eröffnung der h. Pforte mit anſah [b]). Auf der Rückreiſe, zu **Bologna**, wurde er krank, und empfing daſelbſt, auf Befehl des vermuthlich den H. zum catholiſchen Glauben reizen

Honauer auf den Betretungsfall anzuhalten befiehlt. Beide beſitze ich im Concept, in einem ganzen ziemlich dicken Mſcr. in folio, ſo dergleichen K. Reſcripte, meiſtens von einerley Handſchrift, und allen Umſtänden nach von des berühmten K. Secretär **Hanniwalds** ſeiner, im Aufſatz enthält, von den Jahren 1593-1597. allwo auch dieſe beide Stücke fol. 60-64. befindlich ſind.

b) Die Ceremonien dieſer Eröffnung beſchreibt *Piaſecius* Chr. ſui temp. ad h. a. p. 176. welcher auch S. 179. angiebt, daß bey dieſen Jubiläums-Feierlichkeiten gar viele Proteſtanten Catholiſch geworden ſeyen.

reizen wollenden Pabſtes, von dem dortigen Car- 1599
dinal-Legaten alle nur erſinnliche Höflichkeit, davon er aber mit Fleiß nur das wenigſtmögliche annahm. Endlich kam er, nach überall genoſſener vieler Ehre, und fünfmonatlicher Abweſenheit, wieder ganz hergeſtellt in ſeine Lande zurück [c]). (13. Apr.) Uebrigens hatte dieſer Herzog auch Antheil an der obgemeldeten disjährigen Verſammlung der Proteſtantiſchen Stände zu **Frankfurt**, wie oben, bey Erzählung von derſelben, bemerkt worden iſt.

In **Oſtfriesland** dauerten indeſſen die Unruhen vom vorigen Jahr her [d]) immer fort, zu welchen allen die Peſt noch kam, die manchmal zu **Emden** allein 50-60 Perſonen in einem Tage hinraffte, auch viele Auswanderungen verurſachte. Indeſſen ſchickten die Emder, zu Anfang des Jahrs, bey der Wahl neuer Magiſtratsperſonen, doch an den Grafen, um dieſe Wahl nach dem Delfzieliſchen Vertrag und den Kaiſerlichen Reſolutionen zu vollziehen. Der Graf aber wollte ſich in nichts einlaſſen, daher dann die Stadt ihren Magiſtrat allein wählte, und dem Grafen gar nicht einmal ſchwören ließ. Dieſer wurde darüber gar ſehr entrüſtet, machte neue Auflagen, warb Soldaten, u. ſ. w. ſtarb aber unter allen dieſen Zurüſtungen, (1. Merz.) und hinterließ die Grafſchaft ſeinem älteſten mit einer Holſteiniſchen Prinzeſſin [e]) vermählten Sohne, **Enno** dem III. Dieſer zeigte ſich gleich anfangs ziemlich geneigt, alles in der Güte auszumachen, bereits

(Oſtfrieſiſche Begeb. Fortdauernde Unruhen. Des Grafen Tod.)

Rr 5

c) S. von dieſer ganzen Reiſe und ihren Merkwürdigkeiten, des dabey mitgeweſenen Baumeiſters Heinrich Schickards 1603. im Druck herausgegebene Beſchreibung derſelben.

d) S. oben bey den Begebenh. des vorigen Jahrs.

e) Sie hieß Anne, Herzog Johanns zu Sunderburg, Tochter. Das Beylager war zu Eſens, den 25. Jun. 1597. Hamelmann Oldenb. Chr. Nachtrag S. 488.

1599 beredete auch durch den Baron von Kniphauſen, der vorzüglich viel bey ihnen galt, die Emder, ſamt den Landſtänden, eine Geſandtſchaft an ihn zu ſchicken, und um einen Landtag, zu Emden, zu Abſtellung der Beſchwerden zu bitten. Allein dieſe Geſandtſchaft wurde ſehr hochmüthig empfangen, und bekam ſchlechten Beſcheid, da der Graf einen Landtag zu halten eben ſo wenig ſich geneigt bezeugte, als Aurich zu verlaſſen, oder die fremden Soldaten abzudanken. Dieſes, und der Vorfall, daß ein Spaniſcher Haufen, der eingefallen war, und bey 60000 fl. an Geld und Geldes werth zuſammengeplündert hatte, bey dem Grafen, in Aurich ſelbſt, Schutz fand, bewegte die Stadt Emden und die Stände, an die vereinigten Niederländer, die ihnen auch ſchon vorhero 46000 fl. vorgeſchoſſen hatten, abermals Geſandte zu ſchicken und um Hülfe zu bitten. Da aber die Staaten nicht gerne Völker auf Reichs Boden ſchicken wollten, ſo gaben ſie ihnen lieber abermals eine Summe Geldes, um Truppen anwerben zu können. Doch erlangten ſie endlich ſo viel, daß Graf Wilhelm von Naſſau, der in der Nähe Winterquartier hielt, ihnen 600 Mann ſchickte, welchen Graf Enno mit 700 Mann entgegenzog. Unterdeſſen kam es zu keinen Thätlichkeiten, ſondern es wurden Geſandten hin und wieder geſchickt, die Holländiſchen Hülfsvölker aber in die Vorſtädte von Emden, unter gewiſſen Bedingungen, einquartieret, und der Graf durch Holländiſche Vermittelung ſo weit gebracht, daß er verſprach, einen Landtag zu Emden zu halten, dorten alle Beſchwerden gütlich abzuthun, und dazu der Holländer weitere Vermittelung ſich gefallen zu laſſen. Unterdeſſen hätte der von Prag zurückkommende Oſtfrieſiſche Canzler, von Weſterholt, der gute Nach-

richt von des Kaiſers Geſinnungen brachte, bald 1599
die ganze Sache verdorben, da der Graf ſich ver-
lauten ließ, er wolle von einem Vergleich nichts
hören, und ſich gegen die Stände ſowol, als die
Holländer, mit Gewalt ſchützen, und die Stän-
diſchen Deputirten voll Unwillens den Grafen ver-
ließen. Demohngeachtet ſchickten die Holländer
ſechs Abgeordnete zum Vergleich nach **Emden**, m. Mai.
wozu auch noch der von der Königin von England
dahin geſandte Gilpin kam [f]). Zu dem Ende ſo- Landtag und Concordaten. 2. Jun.
wol als zu Einnehmung der gewöhnlichen **Erb-
huldigung** ſchrieb er einen **Landtag** nach **Em-
den** ſelbſt aus, zu welchem ſich dann auch die
Landſtände zahlreich einfanden, und der über
5 Monate gedauert hat [ff]). Auf ſolchem kamen
endlich zum Theil auch unter Vermittelung der
General-Staaten von **Holland** die ſogenann-
ten Concordaten zu Stande [g]). In dieſen wird
zuerſt das Oſtfrieſiſche **Land-**, **Teich-** und **Syhl-
recht**, ſamt den **Kaiſerlichen Verordnungen**,
beſtätiget, ſodann wegen der **Landesregierung**,
der **geiſtlichen Verfaſſung**, des **Hofgerichts**,
der **Bedienten-Annahme**, der **Landtage**, der
Auflagen, der **Gränzhäuſer**, der **eingereich-
ten Länder**, der **Ritterſchaft**, der **Städte**,
Emden, **Norden** und **Aurich**, des **dritten**
oder **Bauern-Standes**, und der **wechſelswei-
ſen Pflichten** der Herren und der Unterthanen hal-
ber, vieles verordnet und verglichen. Die **Ge-
richts-** und **Policey-Ordnung** vom Jahr 1545,
im-

f) *Reidanus*, Ann. L. XVI. p. 452. ſqq.

ff) Von den Acten dieſes Landtags findet man das vor-
nehmſte, ſamt dem Abſchied, beym **Brenneiſen**,
II. Th. n. 19-35. S. 128-255.

g) Die Concordaten ſtehen auch bey **Lünig**, P. ſpec.
Cont. II. IV. Abth. XXIV. Abſ. n. 21.

1599 imgleichen die Kirchen=Ordnung von 1544.[h]) wurden dabey, bis auf einige abgeänderte Puncte, auch beſtätiget. Alle Streitigkeiten ſollten dabey von Grund aus abgethan werden, alle Gefangene los und ledig, alle Vertriebene wieder eingeſetzt, und alles Geſchehene von beiden Theilen vergeſſen werden. Dieſe Concordaten nun wurden zu Em=
29 Sept. den gleich anfangs bekandt gemacht, hernach auch auf einem desfalls beſonders nach Aurich aus=
7. Nov. geſchriebenen Landtag von ſämtlichen Landesſtän=den angenommen, unterſchrieben und beſiegelt. Auf demſelbigen Landtage wurden auch Deputirte zu einem engern Ausſchuß und zum Collecten=werk von den drey Ständen erwählet und vom Grafen beſtätiget, auch beeidiget. Letztere kamen auch würklich, um die Materie von den Auflagen
m. Dec. Concordatenmäßig zu berichtigen, bald darauf zu=ſammen, entwurfen eine Collectenordnung und übergaben ſie zur Beſtätigung. Und ſoviel von den Vorfällen des Jahrs 1599!

1600 Die Geſchichte des Jahrs 1600 wird billig mit
Reichs=Deputationstag zu Speyer. dem Deputations=Tage zu Speyer angefangen. Es war nemlich in dem R. A. 1598. beſchloſſen worden [i]), manches, das auf dem damaligen Reichstag nicht ausgemacht werden können, auf einen Deputations=Tag zu verweiſen, welcher, we=gen

h) Dieſe beide Ordnungen, ſamt dem Teich= und Sylrecht, ſind auch am eben angef. Ort n. 30. 31. 32. zu finden.

i) R. A. 1598. §. 58. und zwar ſollten in Gemäß=heit deſſelben die Geſandten bereits im Febr. 1599. zuſammenkommen, ohne daß weiter ein beſonderes Erforderungsſchreiben erginge. Es kamen auch eini=ge derſelben, ſamt den Kaiſerl. Commiſſarien, konn=ten aber, weil ſie nicht alle da waren, nichts aus=richten.

gen der zugleich zu beſorgenden Kammergerichts-Viſitation, zu Speyer gehalten werden ſollte. Es verzog ſich aber mit deſſen würklichem Anfang, nach der gewöhnlichen Langſamkeit, mit der von jeher alle Teutſche Reichs-Sachen getrieben worden, bis in dieſes Jahr. Schon in deſſen erſtem Monate war der Kaiſer damit beſchäfftiget, ihn zu Stande zu bringen, wie ein Schreiben deſſelben an den Herzog von Braunſchweig-Wolfenbüttel beweiſet [k]), unterdeſſen kamen die Abgeordneten erſt mitten im Sommer zuſammen. Von den Verrichtungen der Deputation kann ich, aus Mangel der Acten [l]), nicht gar viel melden. So viel iſt gewiß, daß dieſelbe während ihres Aufenthalts einige Memorialien, alle von einerley Datum, dem Kammergericht zuſtellen laſſen, davon das an Kammerrichter, Präſidenten und Beyſitzer das merkwürdigſte iſt, und aus 22 §§. beſtehet [ll]). Darin heißt es inſonderheit: „§. 3. es ſolle kein Beyſitzer zu referiren anfangen, es habe dann der Kammerrichter aus dem dazu beſtimmten Regiſter geſehen, daß es die älteſte beſchloſſene, oder ſonſt eine beſonders privilegirte Sache ſey. §. 4. Keine Sache ſolle, auch nur in einer wichtigen Interlocutoria, referirt werden, ohne daß der Referent ſeine ganze Relation, ſamt Votum, welche er vorzeigen könne,

1600

19. Aug. An das K. G. ausgefertigte Memorialien.

k) S. den Ind. Act. Com. Arch. Onold. T. LXXVI. n. 3. d. d. Pilſen 8. Jan. 1600. allwo auch des H. Schreiben in dieſer Sache an den K. n. 2. zu finden iſt.

l) Zwar iſt von dieſen Acten ein ganzer Band in dem obbelobten Hochf. Brand. Anſpachiſchen Archiv vorhanden. Ich habe aber vergeblich um deſſen Einſicht angehalten.

ll) Dieſe Memorialien alle ſind zu finden bey Lünig, R. A. P. Gen. Cont. I. p. 534 bis 544.

1600 ne, bey ſich habe. §. 6. Wenn ein Referent fertig, ſo ſolle er es dem Kammerrichter anzeigen, welcher dann binnen Monatsfriſt zu ſorgen habe, daß die Acten dem allenfalſigen Correferenten zugeſtellt würden. §. 7. 8. Jeder Referent ſolle ſein Votum, ganz oder im Auszug, falls nach demſelben geſchloſſen worden, oder das auch gegen ſeine Meinung ausgefallene Urtheil, dem Kammerrichter verſchloſſen überliefern, dieſer aber ſolches in eine dazu beſtimmte Kiſte legen, wovon Er ſelbſt den einen, der älteſte Beyſitzer aber den andern Schlüſſel verwahrte. Die aber dagegen handelnden ſollen nach §. 9. gehörig geſtraft werden. §. 10. 11. Was wegen der Kleidung vorgeſchrieben, ſolle genau beobachtet, und die Ungehorſamen ebenfalls in Strafe genommen werden. §. 12. 13. 14. Die Beyſitzer ſeyen baldigſt in fünf Definitiv-Senate von 7, und in ſechs *Interlocutori*-Senate von 6 Perſonen abzutheilen. §. 15. 16. Der präſentirte Aſſeſſor ſolle jederzeit angeloben, daß er die ihm zur Prob-Relation zugetheilte Acten alleine durchgehen, und ohne Hülfe die Relation verfertigen wolle, gegen welche dann die Beyſitzer ihm bey der Ablegung opponiren könnten. Die Relation ſelbſt aber ſolle bey den Acten behalten werden. §. 17. Das ſogenannte Eventual-Votiren ſolle verboten, und jeder Beyſitzer mit ſeiner Stimme, bis die Reihe an ihn komme, zu warten ſchuldig ſeyn, im Fall eines Anſtands aber eine nochmalige Umfrage gehalten werden. §. 18. Was im Memorial von 1595. wegen der geringen Sonnabends Nachmittags vorzunehmenden Sachen geordnet worden, ſolle das Kammergericht genau beobachten. §. 19. Die Acten, ſo connexitatem cauſarum hätten, ſollten möglichſt einerley Referenten zuge-

ſtellt

ſtellt werden. §. 20. Wenn die Sitzung Morgens um 7 Uhr angehe, ſollen auch die Audienzen bis 5 Uhr dauern. §. 21. Die Protocolle ſollen allezeit verſiegelt auf die Canzley geſchickt werden.„ 1600

Außer dieſem wurden auch dem Kammerrichter beſonders zwey Memorialien, eines die Boten belangend; den Advocaten und Procuratoren, den Protonotarien und Notarien, den Leſern und dem Pfennigmeiſter aber, jedem eines zugeſtellt [m]), aus denen ich, um den Band nicht ohne Noth dick zu machen, weil ihr Inhalt nicht wichtig iſt, nichts ausziehe. Inſonderheit gab es bey dieſer Verſammlung großen Streit über die Reviſionen, welche, der Abſicht des jüngſten Reichsabſchieds nach, auch dabey erledigt werden ſollten [n]). Zuerſt gab es einige kleinere, leichter zu hebende Anſtände wegen der Perſonen, die dieſe Reviſionen beſorgen ſollten; nemlich ob hiezu von jedem Stande nur eine, oder auch mehrere

Streit wegen der vorzunehmenden Reviſionen.

m) Welche alle bey Lünig a. a. O. unter dem nemlichen Datum zu finden ſind. In dem an die Procuratoren ſtehet inſonderheit die ſcharfe Verordnung, daß alles ſchriftliche, ſo ſie aus der Canzley auszulöſen hätten, auch würklich, um die gewöhnliche und beſtimmte Tax, nicht drüber, dort ausgelöſet, nicht aber durch der Procuratoren eigene Schreiber abgeſchrieben werden ſolle. Ein Wink für die jetzigen Streitigkeiten! Außerdem findet ſich an bemeldetem Ort auch ein Decret an die Beyboten, und eine Quittung an den Pfennigmeiſter, von gedachter Viſitations-Deputation, unter eben dem Datum, deren Daſeyn ich nur anzeige.

n) Was ich wegen dieſes Streits hier beybringe, iſt aus Londorp Act. Publ. T. III. p. 524. allwo von n. V. an bis n. XXVI. und S. 552. lauter dahin gehörige Pfälziſche und ſonſtige Schreiben vorkommen.

1600 rere dürften beſtellt, ferner ob ſie während der Reviſion dürften verändert, endlich ob, im Fall einer der Reviſoren unter der Zeit mit Tode abginge, die von ihm angefangene Reviſionen doch von den übrigen fortgeſetzt werden dürften [o])? in welches letztere ſonderlich der Churfürſt von Pfalz, auf den Fall, wenn ein Churfürſtlicher Geſandter abginge, ſchlechterdings nicht einwilligen wollte. Da unterdeſſen wenigſtens die beiden erſten Fragen bejahend verglichen worden waren, ſo beſtellten die viſitirenden Stände je drey, vier, auch fünf Geſandten, ſo wie der Churf. von Pfalz von ſeiner Seite dergleichen drey, laut ſeiner Vollmacht [p]), zu dieſem Ende beſtimmte [q]). In gedachter Vollmacht giebt ihnen der Churfürſt auf, alle Praeparatoria reviſionum bey dem Deputationstag beſtens vorerſt zu erledigen, ſodann die Reviſionen ſelbſt zu Ende zu bringen: erläßt ihnen zu dem Ende in ſo lange ihre Pflichten, und behält ſich vor, andere an ihrer Stelle im Fall der Noth zu verordnen. Größere Schwierigkeiten aber gab es in Anſehung der Sachen, die bey der Reviſion vorzunehmen waren. Es war nemlich ſeit 1586. von ſieben und dreyßig Kammergerichts-Urtheilen das Reviſions-Mittel ergriffen worden [r]). Unter ſolchen waren nun vier, welche Klöſter, die nach dem

o) Wie ſolches die Wechſelſchreiben des Churpfälziſchen Deputations-Geſandten Leonhard Schuchs, und ſeines Churfürſten, a. a. O. n. V. VI. VIII. IX. ausweiſen.

p) a. a. O. n. X. d. d. Heidelb. 7. Jul. e. a.

q) Sie hießen Leonhard Schuch, Georg Michel Lingelsheim und Ludwig Camerarius, von welchen der erſte in der Unterſchrift des Abſchieds auch als Deputirter zu den übrigen Geſchäfften vorkommt.

r) Wie das Verzeichniß davon bey Londorp n. VII. ausweiſet.

dem Religions=Frieden reformirt worden waren, 1600
betrafen; nemlich 1) Biſch. von Speyer gegen Baaden=Durlach wegen Frauen=Alb, 2) Carthäuſer=Orden gegen Oettingen wegen Kl. Chriſtgarten, 3) die Carmeliter gegen die Herren von Hirſchhorn, und 4) die Nonnen von S. Magdalenen zu Straßburg, gegen den Rath daſ.; wegen welcher die Proteſtanten fürchteten, daß es in Reviſorio nach den die meiſten Stimmen habenden Catholiken gehen, und alſo die ihnen ungünſtigen Kammergerichts=Urtheile beſtätigt werden möchten. Deshalben ſchrieb unter andern der Graf Gottfried von Oettingen an den Churf. v. d. Pfalz, ohngefähr auf nachfolgende Weiſe [s]): „Er ſey zwar einigermaßen in der Furcht, daß ſein Anſuchen als voreilig angeſehen werden möge. Unterdeſſen in der Noth pflege man nicht ſo genau auf alle Regeln zu ſehen. Dannenhero könne er ſich nicht entbrechen, den Churfürſten, als eine Säule des Reichs, anzugehen, und ihn zu erinnern, wasmaßen im Jahr 1599. den 20. Merz zu Frankfurt, bey damaliger Zuſammenkunft einiger wohlmeinender Stände, unter welchen er (der Gr. von Oettingen) auch mit geweſen, unter andern verabſchiedet worden [t]): „daß das für die Carthäuſer gegen ihn gegebene Kammergerichts=Urtheil als ein gemeines Gravamen aller A. C. Verwandten angeſehen, und er daher mit Rath und That

s) Das Schreiben ſteht bey Londorp n. XI. d. d. 10. Aug.

t) Von dieſer Zuſammenkunft und ihrem Abſchied habe ich nirgends etwas mehr als bloße Spuren finden können, die ich auch bey der Geſchichte des Jahrs 1599. ganz zu Anfang, in der Anm. e) angegeben habe.

1600 That unterſtützt werden ſolle. Dieſes ſey aber nicht geſchehen, daher er dann bey dem jetzigen Deputationstag die von ihm eingewandte Reviſion fortzuſetzen geſonnen ſey, deshalben auch ſich von der Verſammlung eine Anzahl von Urtheilern nach der Gleichheit der Religionen ausgebeten habe, habe aber bisher nichts erlangen können. Da nun, wenn dieſes Begehren ihm nicht geſtattet werde, daraus nicht nur ihm, ſondern allen Proteſtanten ein großer Nachtheil erwachſen könnte, ſo habe er (der Graf), da er des Churf. Aufenthalt zu Caſſel [u]) vernommen, ſeinen Canzler dahin abgeordnet, um auf Mittel zu denken, wie man dieſes bevorſtehende Ungemach abwende."

Auf gleiche Weiſe ſchrieb der Marggraf **Carl Friedrich von Baden-Durlach** an dieſen Churfürſten [v]): „Es werde demſelben wiſſend ſeyn, daß er, der Marggr., ſamt dem Gr. **Philipp von Eberſtein**, gegen das Stift **Speyer** die Reviſion, das Kloſter **Frauenalb** betreffend, ergriffen habe [w]). In Gemäßheit deſſen habe Er bey

u) Der Churfürſt ſcheint, nebſt ſeinem Canzler, den größten Theil des Monats Auguſt an dieſem Orte zugebracht zu haben, wo auch Chur-Sächſiſche Räthe zugleich ſich fanden, vermuthlich um wegen der gemeinſchaftlichen Angelegenheiten der A. C. Verwandten ſich bereden zu können.

v) Unter dem 11. Aug. d. J. bey **Londorp** n. XII.

w) Das K. Mandat, ſamt der Paritorie, ſo wegen deſſen, daß der Marggraf die Abtiſſin und Priorin, beſchuldigten ſchlechten Lebenswandels halber, einziehen laſſen, den 13. May 1598. ergangen und per reviſionis interpoſitionem ab effectu ſuſpendirt worden war, ſtehet in der Deduction, die unter dem Titel: unterth. Supplication in Sachen Baden gegen Frauen als mandati poenalis, etc. 1722. dem Kammergericht übergeben worden. Beyl. n. 335. und 336.

bey der verſammelten Deputation um Beſtellung 1600
gleicher Anzahl Reviſoren aus beiden Religionen anhalten laſſen. Es wolle aber unter der Hand verlauten, als ob die Catholiſchen die Gleichheit nicht zulaſſen wollten, imgleichen als ob verſchiedene Evangeliſche Viſitatoren in dieſer Sache auf die Catholiſche Seite hingen, und den Religions-Frieden dem Marggrafen nicht günſtig hielten; daher dann, wenn auch die geſuchte Gleichheit zugeſtanden würde, doch leichtlich ein beſtätigendes Urtheil herauskommen könnte. Da nun ſolches dem ganzen Evangeliſchen Weſen zum Nachtheil gereichen würde, ſo hätte er, der Marggraf, kein anderes Mittel geſehen, als das, was letzthin bey der Frankfurter Zuſammenkunft wäre vorgeſchlagen worden, nemlich, daß die Proteſtantiſchen Stände ihren ſämtlichen Deputations-Geſandten aufgäben, ſich gar in keine Reviſionen, die Religions-Sachen beträfen, einzulaſſen, ſondern dieſelben als auf künftigen Reichstag gehörig abzuweiſen. Er bitte dannenhero den Churfürſten, ſowol ſeine Geſandten ſelbſt dahin zu inſtruiren, als auch daß ein gleiches bey allen übrigen Geſandten geſchehe, zu befördern.„

Dieſen unterſchiedenen Schreiben zufolge ſuchte nun der Churfürſt ſein möglichſtes zu thun, um den Landgrafen von Heſſen, und die Sächſiſchen Geſandten, zu Entſchlüſſen, denſelben gemäß, zu bringen. Indeſſen aber erließ er ſelbſt ein dergleichen an den Herzog von Würtemberg [r]), in welchem er ihm meldet: Bey jetzigem Deputations-Tag ſey es nicht die geringſte, ſondern die Haupt-Beſchwerde, daß unter den Reviſions-Sachen auch die vier Klöſter-Sachen mit abgethan werden ſollten. Denn obwol die meiſten

r) Londorp n. XIII. ſub d. Caſſel 14. Aug. e. a.

1600 Proteſtanten glaubten, es ſey genug, wenn gleiche Urtheiler von beiden Religionen dazu verordnet würden, ſo glaube Er doch, damit ſey der Sache nicht geholfen, da die Catholiſchen offenbar dahin zielten, wenn ſie hier beſtätigende Urtheile erlangen könnten, alle geiſtliche Güter, groß und klein, wieder durch desfalls erhobene Proceſſe an ſich zu bringen. Was aber daraus den ſämtlichen Evangeliſchen Ständen für eine unerträgliche Laſt erwachſen würde, wenn alle eingezogene Klöſter, Stifter und Gefälle herausgegeben werden ſollten, auch wol gar die inzwiſchen gezogenen Nutzungen dazu, ſamt den Gerichtskoſten, das würde wol kaum zu beſchreiben ſeyn, indem es vielleicht einem Stande mehr als etliche Millionen tragen könnte [y]). Nun aber wieder auf die vier Klöſter-Sachen zu kommen, ſo ſey es bey Erörterung derſelben um die Auslegung des Religions-Friedens zu thun. Daher es den Churfürſten befremde, wie das Kammergericht überhaupt dieſe Sachen nur annehmen mögen, da die Erklärung des Religions-Friedens ja nicht dieſem Gerichte, ja ſelbſt dem Kaiſer nicht, ohne das Reich, zuſtehe. Zudem habe ſothanes Gericht ſelbſt, in Sachen des Abts zum h. Kreuz gegen Pfalz-Neuburg, imgleichen der Carthauſe Leefort gegen Sachſen-Weimar, die Proceſſe im Jahr 1587. abgeſchlagen, auch im nemlichen Jahre ein für das Kloſter Borſtholm gegen den Herzog von Holſtein erkanntes Mandat wieder aufgehoben. Nicht weniger habe dieſes Gericht ſchon mehrmals [z]) die desfallſige Erklärung des Religions-Friedens als ein

y) Unter dieſem Stande mag er ſich wol ſelbſt gemeint haben.

z) Nemlich auf den Reichstägen 1566. und 1582, wie auch auf dem Deputations-Tag 1586.

ein Dubium Camerale angebracht: und neuerlich 1600
wolle es doch in dergleichen Sachen ſprechen! Dieſes ſey ein offenbar nichtiges Verfahren. Da aber ſolchergeſtalt ſothane Sachen nicht für das Kammergericht ſelbſt, ſo ſeyen ſie auch nicht für die Reviſoren gehörig. Derohalben müſſe man auch dieſelben, ſonderlich die Geiſtlichen, nicht als Richter in dieſen Sachen zulaſſen, ſondern, da die Sache überhaupt als eine gemeine Beſchwerde der ſämtlichen Proteſtantiſchen Stände anzuſehen, ſo lange, bis dieſe gütlich abgethan, der Erkenntniß widerſprechen. Dieſemnach werde wol die Nothdurft erfordern, daß ſämtliche Proteſtantiſche Stände dahin inſtruirten, ſich wegen dieſer vier Sachen gar nicht einzulaſſen, und eher gar abzuziehen. Er ſeines Orts wolle wenigſtens dieſes thun, und die übrigen deputirten Proteſtantiſchen Stände auch dazu zu bewegen ſuchen. Indeſſen wünſche er, daß der H. ſich entſchließen möge, nebſt andern Evangeliſchen Ständen, die hierum auch bereits angegangen worden, durch ein Schreiben oder Geſandtſchaft die deputirten Proteſtantiſchen Stände zu erſuchen, ſich dieſer vier Klöſter-Sachen halber in nichts einzulaſſen, als in deren Entſcheidung bey der Viſitation ſie aus beygebrachten Gründen nie willigen, falls aber doch dergleichen unternommen würde, ſie als null und nichtig anſehen, mithin nie zur Execution kommen laſſen würden. Erfolgte nun dergleichen Schreiben oder Schickung, ſo hätten die Proteſtantiſchen Viſitations-Deputirten hernach um ſo mehr gegründeten Anlaß, ſich dieſer Erkenntniß zu entſchlagen, welches dann er, der Churfürſt, mit dem größten Dank erkennen wolle.„

Da indeſſen des **Churfürſten v. d. Pfalz** obgedachte Bemühungen zu **Caſſel** nichts verfan-

1600 gen wollten, ſo ſchrieb derſelbe von da aus, bald hernach, unter andern dieſes an ſeine Räthe nach Heidelberg [a]): „Die Reviſions-Sachen belangend, habe er weder den Landgrafen **Moritz**, noch die Churſächſiſchen Geſandten, ſeinen Abſichten beyzuſtimmen, bewegen können, ſondern dieſe glaubten, es ſey am beſten, auf der Religionsgleichheit der Urtheiler zu beſtehen, alsdann etwa paria zu machen, um die Sachen auf den Reichstag zu bringen; ſollten aber die Catholiſchen dieſes nicht leiden wollen, davon zu ziehen. Er ſeines Ortes bliebe bey ſeinem ſchon gegebenen Befehl, jedoch mit der Erklärung, daß ſeine Geſandten, wenn es auf die Verordnung der Urtheiler von beiden Religionen gebracht werden könne, alsdann um die Proteſtantiſche Partey nicht zu ſchwächen, ſich nicht abſondern, aber paria zu machen bemühen ſollten. Wäre es aber, daß auf confirmatoriam auch von Proteſtanten mit angetragen würde, ſo ſollten dieſe nicht mit einſtimmen, proteſtiren, und den Reviſionen nicht mehr beywohnen.„ Dem **Marggrafen von Baden** aber berichtete der **Churfürſt** dieſes in ſeiner Antwort [b]), und ließ ein **Schreiben** an die Kaiſerlichen Commiſſarien und die Deputirten aufſetzen, welches Er ſeinen Räthen zu Speyer zu ihrem Gutachten überſchickt haben muß. Denn alſo ſchreibt einer von dieſen [c]) an die Räthe zu **Heidelberg**: „Der Churfürſt habe ihnen einen Aufſatz Schreibens dieſer Art, ſo wie es zu Caſſel verfertigt worden, zuge-

a) Sein Schreiben d. d. Caſſel 19. Aug. 1600. ſtehet bey Londorp S. 538.

b) Bey Londorp, S. 539.

c) D. Löffen nemlich, unterm 23. Aug. e. a. bey Londorp, auch S. 539.

zugeſchickt, welchen er hiermit einſchließe d). Weil 1600
aber aus allerhand Urſachen rathſam ſey, die Bewegungsgründe deutlicher auszudrücken, ſo habe er, **Löffen**, einen andern Aufſatz gemacht, den er ebenfalls zur Einſicht beylege e), damit die Räthe aus beiden, was ſie gut fänden, beybehalten könnten. Uebrigens halte er es für rathſam, dieſes Schreiben nur in der äußerſten Nothwendigkeit zu übergeben, und ſo lange, als möglich, abzuwarten, ob etwa andere Proteſtantiſche Stände auch Theil an dem Pfälziſchen Verfahren nehmen wollten, damit man den Haß nicht allein auf ſich zöge. Uebrigens wäre es Zeit, daß die verordneten beiden Reviſoren herüberkämen, weil die Reviſionen angefangen werden ſollten.„

Die **Pfälziſchen Räthe** aber waren mit des Churfürſten letztbemeldetem an ſie erlaſſenen Schreiben gar nicht zufrieden, ſondern ſtellten ihm in ihrer Antwort f) nachfolgendes vor: „Er werde ſich zu erinnern wiſſen, daß vor ſeiner Abreiſe die Abrede dahin genommen worden, daß man zu Speyer ſuchen ſolle, die Reviſion der vier **Klöſter-Sachen** durch Widerrufung der Voll-

 macht

d) Es iſt aber ſo wenig, als die andere in dem Schreiben angezogene Beylage, bey Londorp zu finden.

e) Wie dieſes Schreiben endlich noch abgefaßt worden, iſt bey Londorp S. 547. zu ſehen, allwo es ganz abgedruckt, und zwar erſt unter dem Datum des 21. Sept. daß es alſo mit der Abſendung noch lange gedauert. Der Haupt-Inhalt deſſelben iſt dieſer, „daß, da die 4 Klöſter-Sachen zur Erklärung des Rel. Fr. mit gehörten, dieſe aber nur dem ganzen Reich, nicht dem K. G., noch den Reviſionen zukäme, er hiemit ſeine zu Erledigung der Reviſionen gegebene Vollmacht in Betreff dieſer 4 Sachen zurücknehmen wolle.„

f) d. d. Heidelberg, 31. Aug. e. a. bey Londorp S. 540.

1600 macht hinterſtellig zu machen, damit es keine praejudicia dorten geben könne, auf die die geiſtlichen Fürſten ſich etwa in mehr ähnlichen Fällen zu ſteifen vermögend wären. Dieſes, was damals ausgemacht worden, ſey auch noch das Beſte. Denn, wenn man den Reviſionen in dieſen Sachen den Fortgang ließe, ſo würde dadurch ſtillſchweigend dem Kammergerichte die Macht den Religions-Frieden zu erklären eingeräumt, ja wol gar dem Kaiſer Anlaß gegeben, dergleichen Sachen auch vor ſich zu ziehen. Wenn Sachſen und Heſſen auch anders gerathen, ſo ſeyen die Urſachen davon leichtlich zu errathen, und ſonderlich in Acht zu nehmen, daß ſie nicht in ſolcher Gefahr, wie die Evangeliſchen Stände, die erſt nach dem Religions-Frieden reformiret, ſich befänden, und wenn gleich Sachſen auch nachher noch einiges eingezogen, ſich dieſes dennoch (wie im Jahr 1594. es ſelbſt angegeben) auf Kaiſerliche Vergünſtigung [g]) beriefe. Bey dem Churfürſten aber ſey die Bewandtniß ganz anders, und mithin der von Heſſen und Sachſen gegebene Rath einestheils gar nicht vorträglich, ſo wie er auf einer andern Seite nichtig ſey. Denn, ſo wenig einer Deputation gebühre, Reichsgeſetze zu machen, ſo wenig könnte es ihr gebühren, Auslegungen darüber zu machen, und wenn daher ſich eine ſolche Deputation dergleichen anmaßete, ſo wäre es immer von keiner Kraft, und unbündig. Geſetzt aber auch, daß die Deputation dieſe Macht hätte, ſo ſähen ſie doch nicht, wie der Vorſchlag von Sachſen und Heſſen im Ganzen etwas helfen könne. Denn, obſchon die Gleichheit der Urtheiler

g) Dabey iſt die Anmerkung gemacht: „Vermuthlich ſo lange, bis von den Papiſten eine andere gelegene Zeit erſehen.„

ler nach den Religionen wol zu erhalten ſeyn werde, 1600
ſo würde doch dieſe zu nichts führen, als daß, wenn etwa doch majora für die Meinung der Catholiſchen ausfielen, die übrigen Geſandten, der Abſonderung der Pfälziſchen ohngeachtet, nur deſto ſicherer fortführen. Auch würde es ſchimpflich ſeyn, erſtlich ſich die Reviſion, durch gleiche Beyſitzer von beiden Theilen, gefallen laſſen, und hernach, wenn das Urtheil gegen Erwarten ausfiele, es nicht für gültig anſehen wollen. Daß aber dieſer Fall leicht entſtehen könne, glaubten ſie daher, weil bey Faſſung einiger der beſtrittenen Kammergerichts-Urtheile faſt mehr Proteſtanten als Catholiken in den Senaten geweſen, wie dann auch verſchiedene von den Proteſtantiſchen Deputirten ſelbſt, nach eingeſehenem Kammergerichtlichen Bericht, ſich ſchon dahin geäußert, als würden ſie Pflicht und Gewiſſens halber confirmatorie ſprechen müſſen. Weswegen man denn um ſo weniger wohlthun würde, ſich dieſem vorauszuſehenden Erfolge bloßzuſtellen, und dadurch ein immerwährendes praejudicium zu veranlaſſen. Zu geſchweigen auch, daß der Churf. bereits mit Chur-Brandenburg und Braunſchweig die Verabredung, anfangsgedachter maßen zu handeln, genommen habe, von welcher alſo ohne ihr Wiſſen abzugehen, faſt ſchimpflich ſeyn würde. Dieſem allem nach möchte der Churfürſt die Sächſich- und Heſſiſche Meinung nicht ſo viel gelten laſſen, ſondern bey dem zuerſt verabredeten bleiben, bey dem er auch in keinem Fall ſich etwas vergeben könne, und worin er doch gewiß aller Stände, die ſpäter die Reformation angefangen hätten, Beyfall verdienen würde. Auf ſolche Art wäre der Churfürſt auch beſſer gegen künftige Kammergerichtliche Klagen geſichert, und dem Vorwurf,

1600 gegen den letzten Frankfurter-Abſchied zu handeln, nicht ausgeſetzt, u. ſ. w.„

Indeſſen muß der Churfürſt v. d. Pfalz von Caſſel aus auch an den Herzog von Zweybrück in dieſer Angelegenheit geſchrieben haben. Dieſes zeigt deſſen weitläufiges Antwortſchreiben h), in welchem er ſich, dem Sinne nach, dahin ausdrückt: „Er habe ſein vom 14. Aug. datirtes Schreiben erſt den 12. Sept. erhalten, und danke demſelben für die darin gegebene Nachricht, glaube auch, gleich ihm, daß es gefährlich ſey, die Kloſter-Sachen durch die Reviſoren erledigen zu laſſen. Daß aber andere Proteſt. Stände nicht mit ihm einſtimmen wollten, komme daher, daß theils Churfürſten mit böſem Exempel vorgingen, theils manche die Gefahr ſo nicht recht einſähen. Indeſſen ſey doch ganz richtig, daß die Catholiſchen nichts anders durch dieſer etlichen Klagen Entſcheidung ſuchten, als Praejudicia zu bekommen, um hernach alle geiſtliche Güter wieder an ſich zu bringen, wie er, der Herzog, ſolches ſchon, bey Gelegenheit der Straßburgiſchen Sache, öfters erinnert habe. Wenn jetzo den Catholiſchen, durch Geſtattung der Reviſions-Erledigungen, die Thüre gleichſam zu ihrem Vorhaben geöffnet würde, ſo würden ſie daſſelbe gewißlich durchzuſetzen ſuchen, da ſie es ohnehin für ausgemacht hielten, daß kein Proteſtant derſelben Ehren und Würden, als ein Catholik, fähig ſey: über welchen Grundſatz ohnehin noch, wenn er nicht bey Zeiten abgeſchafft werde, gleich als aus einem Funken, der in der Aſche glimmte, einmal

h) d. d. 17. Sept. e. a. bey Londorp S. 541. aus welchem man ſieht, daß das Churpfälziſche Schreiben nach dem nemlichen Aufſatz, wie das oben ausgezogene nach Würtenberg, abgelaſſen worden ſeyn mag.

mal ein Feuer entſtehen werde, welches ſich her- 1600
nach nicht werde ſo leicht löſchen laſſen [i]). Und wäre es beſſer, wenn man vorausſähe, daß man dereinſt gezwungen werden ſollte, alle geiſtliche Güter mit den Nutzungen herauszugeben, man nähme jetzo eine Weile dieſes Geld alles zuſammen, und ſetzte ſich in ſolche Verfaſſung, daß man ſich ſeiner Haut wehren, und die unbilligen Proceſſe mit der That abſchaffen könnte. Was nun die vier Kloſter-Sachen an ſich ſelbſt betreffe, würde der Churfürſt die beſondere Bewandtniß davon am beſten wiſſen. Ueberhaupt aber glaube er, daß die Worte des Rel. Fr. auch in Anſehung der nachhero reformirten und eingezogenen Stiftungen klar genug ſeyen, wenn nur nicht mit Fleiß Chicanen dagegen gemacht würden. Wolle man den Rel. Fr. noch lange erklären laſſen, ſo möge man Achtung geben, daß unter dem Vorwand des wider Willen der Proteſt. mit hineingeflickten Vorbehalts nicht der ganze Frieden ſelbſt durchlöchert würde. Da auch von den beſchwerten Ständen, ihm dem Churfürſten, ſamt den andern Churf. lange genug geklagt worden, daß das Kammergericht ſich ſelbſt die Gerichtbarkeit in Religionsſachen herausnehme, ſo hätten billig die ſämtlichen Churfürſten ſothanem Gerichte die Annehmung ſolcher Sachen unterſagen, und ſey zu erbarmen, daß man demſelben jetzo die Erkenntniß darin zulieſſe, die ſonſt dieſes Gericht ſelbſt nicht verlangt habe, wie die Beyſpiele der abgeſchlagenen Proceſſe bewieſen. Lebten auch die Churfürſten noch, die dazumal gelebet, ſo würde es vielleicht nicht ſo weit gekommen ſeyn. Indeſſen ſey allemal das wegen der vier Klöſter-Sachen vorgegangene null und nich-

i) Welch ein tiefer Blick auf das, was 20-30 Jahre hernach in Erfüllung gekommen.

1600 nichtig, und die, ſo daran Schuld hätten, ſtrafbar. Die Reviſoren aber, da ſie es einmal übernommen, die Sache nochmals durchzuſehen, müßten ſich wohl in Acht nehmen, daß ſie es recht träffen (nemlich mit Caſſirung jener Urtheile), damit kein Krieg daraus erfolge, der ſich über ſie und ihre Herrſchaften mit verbreitete, und müßten desfalls ihren Eid, den ſie zur Reviſion geſchworen, wohl bedenken. Auch ſey es nöthig, daß man Proteſtantiſcher Seite auf Abſchaffung dieſer Beſchwerde mit Ernſt dringe, und die Churfürſten desfalls ihr Anſehen brauchten, damit Empörung und Krieg im Reich, die ſonſt erfolgen müßten, verhütet würden, und dann eine feierliche Erklärung des Rel. Fr. zu ſpäte ſey. Weil auch der Churf. für gut achte, daß man, nebſt andern, die er hierum auch erſucht habe, mit Schreiben oder durch eine Geſandtſchaft bey den Churfürſten und andern deputirten Ständen ſich dieſer Sachen annehme, ſo wolle Er ſeines Orts nicht dagegen ſeyn. Da aber mit dergleichen Schreiben und Schickungen es gemeiniglich ſehr lange währe, ſo habe Er einſtweilen ein Schreiben, in ſeinem alleinigen Namen an die Proteſtantiſchen Deputirten abzulaſſen [f]), entworfen, ſo er zum Gutachten beylege. Doch würde dieſes und noch ſo viele dieſer Art, und alle Abſendungen nichts helfen, wenn nicht die Churfürſten ihr Amt thäten, und ihr Anſehen

f) Solches iſt gleich hiernach beym Londorp S. 544. zu leſen, und drey große Folio-Columnen lang: da es aber keine nicht in dieſem Schreiben ſchon vorkommende Betrachtungen oder That-Sachen enthält, ſo brauche ich nicht den geneigten Leſer durch einen Auszug deſſelben aufzuhalten. Inſonderheit wird darin den Reviſoren angerathen, dieſe vier Sachen ſelbſt nicht anzunehmen, und lieber gar, wo man ſie zwingen wolle, wegzureiſen.

ſehen dabey anwendeten. Schließlich werde Er, 1600
der Churfürſt, darüber nachzudenken haben, wie dem möglichen Fall zu begegnen, daß die Kläger, wenn ſie ſolchergeſtalt die Reviſionen in den Kloſterſachen ganz aufgehalten ſähen, etwa gar um die Hülfe, der Reviſion ohngeachtet, bäten, und dieſes Bitten gewährt würde. Auf welchen Fall wol das würkſamſte ſeyn würde, zum voraus dem Kammergericht im Namen der ſämtlichen Evangeliſchen Stände wiſſen zu laſſen, daß es keinen dergleichen Schritt thun möge, indem man denſelben von Seiten der Proteſtanten nicht gelten laſſen, und ihre Gerichtbarkeit in dieſen Sachen nicht weiter anerkennen würde. Uebrigens beziehe ſich der Herzog auf die bey der Prot. Zuſammenkunft zu **Mühlhauſen** für ſeine Geſandten entworfene **Inſtruction**, welche er vor 17 Jahren dem vorigen Churfürſten v. d. Pfalz mitgetheilt habe [l]), und verlaſſe ſich, daß der Churfürſt alles dem Prot. Weſen zur Aufnahme auf das Beſte beſorgen werde.„ In einem P. S. hatte dabey der **Herzog von Zweybrück** angehängt, „daß er den Churfürſten ganz inſtändigſt bitte, ſich die **Straßburgiſche Sache** anempfohlen ſeyn zu laſſen, und dahin zu trachten, daß die ihrenthalben beſchloſſene **Schickung** zu Stande gebracht werde.„

Indeſſen aber hatte der Churpfälziſche Viſitations-Geſandte **Leonhard Schuch** ein merkwürdiges Schreiben an ſeinen Churfürſten erlaſſen [m]), davon

l) Daß dieſe irgendwo gedruckt ſey, iſt mir unbekandt. Von der vorgehabten Mühlhauſer-Zuſammenkunft ſelbſt ſ. N. T. R. Hiſt. XIII. B. S. 380. und weitläufiger den dorten nicht angeführten Struv, Pfälz. Kirchenh. S. 375. u. f.

m) Bey **Londorp** S. 545. u. f. iſt dieſes den 19. Sept. von **Heidelberg** datirte, meines Erachtens vortreffliche

1600 davon das vornehmſte hier folget. „Es ſey (heißt es in demſelben) der 23. Sept. als der Tag zur Eides-Leiſtung in den Reviſions-Sachen beſtimmet. Unter dieſen befänden ſich nun die bekandten **vier Kloſter-Sachen.** Wegen ſolcher hätten ſich die Viſitations-Deputirte von **Sachſen, Brandenburg, Braunſchweig, Heſſen, Pommern** und **Nürnberg** dahin erklärt, daß, wenn man die Reviſoren für ſolche in gleicher Religions-Anzahl ſetzen würde, ſie auch ſchwören wollten, ſonſten aber nicht. Die in den vier Sachen intereſſirten Stände aber hätten beſondere Supplicationen übergeben. Dagegen hätten die Catholiſchen nicht recht heraus gewollt, und die Kaiſerlichen Commiſſarien erkläret, wenn es zu dieſen Reviſionen kommen werde, wollten ſie ihre Inſtruction ſchon bekandtmachen. Er ſeines Orts habe das Votiren zu vermeiden geſucht, welches aber die andern Evangeliſchen Stände ſehr verdroſſen habe, wie dann auch einige geſagt, man werde doch zu Caſſel kein beſſeres Auskunfts-Mittel als die Religions-Parität erfunden haben. Sollte es nun dennoch mit der Parität, und alſo auch dem Reviſions-Eid zu Stande kommen, ſodann

liche Gutachten, ganz zu leſen, und werth, daſelbſt in ſeinem Zuſammenhang eingeſehen zu werden, als die ungeſchmeichelte unparteyiſche Aeußerung eines ohne Rückſicht auf Religions- oder politiſche Betrachtungen, blos nach der Gerechtigkeit und nach ſeinem Gewiſſen ſprechenden Mannes. Noch ein Bedenken dieſer Art wird im künftigen Theil, bey Gelegenheit der 1601. zu Erörterung der Reviſionen angeſtellten Zuſammenkunft, G. G. vorkommen, und Gelegenheit geben, den bidern Teutſchen noch lieber zu gewinnen. Aber, was würde wol der ſo denkende und handelnde Mann, zu der Verpflichtung der Proteſt. Kammergerichts-Beyſitzer, auf alle Grundſätze des Corporis Evangelicorum, geſagt haben?

dann die Reviſionen ſelbſt angefangen werden, ſo 1600
fürchte er ſeines Orts, daß es doch den Proteſtanten wenig helfen werde, da die Einnehmung der ſtrittigen Klöſter nach dem Rel. Frieden vorgegangen, und die Prot. Stände aus ſolchen nur eine Kaſten-Vogtey, ja zum Theil gar nichts, hergebracht hätten; wie dann auch bey den Urtheilen ſelbſt mehr Proteſtantiſche als Catholiſche Beyſitzer geweſen. Ueber dieſe Sachen habe Er ſo viel in den Acten, die einen ganzen Monat lang öffentlich in der Reviſion-Stube gelegen, geleſen, daß er nicht wiſſe, desfalls einen Reviſions-Eid zu ſchwören, und dabey den Proteſtanten einige Hoffnung zum Gewinnſt zu machen. Demohngeachtet könne er auch nicht rathen, jetzo, da die Catholiſchen der Prot. Begehren ſchon wegen der Parität, das ſie ſich vermuthlich auch gefallen laſſen würden, vernommen hätten, zurück zu gehen, und die Sachen als gar nicht auf den Deputations-, ſondern auf einen Reichstag gehörig, angeben zu wollen. Am wenigſten dürfte Pfalz, ſeines Bedünkens, damit den Anfang machen, da Churf. Friedrich der III. ehemals ſelbſt im Jahr 1566. u. f. bey dergleichen Sachen, nemlich die Stifter Sinzheim und Neuhauſen belangend, ſich an den damaligen Reichstagen mit der Ausflucht beholfen, und auch durchgedrungen, daß dieſe Sachen nicht vor die Reichsſtände, ſondern vor die in der Kammergerichts-Ordnung benannte Richter, nemlich die Austräge, ſalva appellatione ad Cameram, gehörten: ſo daß man jetzo völlig gegen ſich ſelbſt reden würde, wenn man das neuerlich angegebene zu behaupten anfangen wollte. Dieſes um ſo mehr, da Pfalz auch vor dem Jahr 1566. in Rel. Sachen, Ladenburg, Dirmſtein, u. ſ. w. belangend, ja noch in neuerer Zeit 1591. wegen des

Hem-

1600 Hemſpacher Kirchenſatzes, gegen Worms, die Gerichtbarkeit der Kammer erkannt habe. Ja, Oettingen ſelbſt, das nun das Kammergericht verwerfen wolle, habe ehemals (laut der von ihm, Schuh, in Händen habenden Acten) dem K. Ferdinand in dieſer Sache Bericht zu geben verweigert, und ſich auf das Kammergericht berufen. Weiter hätten die Proteſtanten ja in ihrer bey dem letzten Reichstag auf der Catholiken übergebene Beſchwerden eingereichten Antwort, ſelbſt ſich auf die Litispendenz mancher Sachen bey der Kammer berufen, und gebeten, man möge dieſe demnach ihren Weg fortgehen laſſen; welche Antwort dann zweifelsohne den Catholiſchen wol bekandt ſeyn werde. Gegen dieſe Betrachtungen alle aber mit Gewalt die neue Meinung behaupten zu wollen, werde einen unzweifentlichen Ruin aller Evangeliſchen leicht nach ſich ziehen können. Wollten aber auch die Catholiſchen die Sache nicht auf die Spitze ſetzen, ſo könne man ſich doch gewiß deſſen verſehen, daß ſie denen ſich abſondernden Proteſtantiſchen Geſandten den Fiſcal, aus dem §. So ordnen 65. des R. A. von 1598. an den Hals hetzen, und von jedem 1000 Thlr. Strafe verlangen würden. Sie ſelbſt aber würden gleich auf der Stelle, entweder auch ohne die Prot. in den Reviſionen fortfahren, oder einen Eilboten an den Kaiſer abſchicken, und ſich Befehl dazu ertheilen laſſen. Worauf dann wol geſchehen könnte, daß die Proteſtanten ſich wieder eines andern bedächten, und die einzelnen Stände, z. B. Chur-Pfalz und Braunſchweig, allein ſitzen ließen. Man möge nur einmal bedenken, wie vielen Schein bey dieſem allem die Catholiken haben würden. Sie würden z. B. ſagen können: die Proteſtanten handelten widerſprechend, ſie möchten gar

kein

kein Recht leiden, ſie wollten den Rel. Fr. 1600
nicht gelten laſſen, den doch der Kaiſer habe beſchwören müſſen. Man möge ferner bedenken, was mehr aus dieſer vorhabenden Hemmung der Reviſionen herauskommen würde, nemlich dieſes, daß gar leicht auch die Reviſionen in ganz weltlichen Sachen gehemmt werden könnten, wie dann z. B. Bayern in ſolchen Sachen gegen Regenſpurg und Baumgarten vielleicht dieſe Gelegenheit mit beiden Händen ergreifen würde, auch wol andere nachfolgen, ſomit der ganze Lauf der Gerechtigkeit gehemmt werden, und ein allgemeines Geſchrey über Pfalz, als den Veranlaſſer aller dieſer Stockung, entſtehen werde. Wollte man dann diſſeits als den Grund ſeines Verfahrens angeben, daß dem Kammergericht die Auslegung zweifelhafter Stellen des Rel. Fr. nicht gebühre, ſo hielte auch dieſer keinen Stich, da die Proteſtantiſchen Beyſitzer ſelbſt den Frieden, in denen zum Grund der Urtheile in den vier Kloſterſachen liegenden Stellen, nicht dunkel oder zweifelhaft fänden, (wie dann auch kein Unparteyiſcher werde eine Dunkelheit darin entdecken können,) und da noch neulich in S. Hagenau gegen Hagenau und Worms gegen Worms auch die Reviſionen zu Stande gekommen. Wie dann auch gewiß Churf. Friedrich III. Leute um ſich gehabt, die nichts dahinten gelaſſen, und doch immer in dergleichen Sachen vor dem Kammergericht geſtanden, das wol damals den Proteſt. noch weniger als jetzo gewogen geweſen. Dieſes alles wolle Er alſo dem Churf. beſtens zu bedenken gegeben, und ſich nun gemeſſene Verhaltungs=Befehle ausgebeten haben, was er zu thun habe, damit er nicht auf eine oder andere Art anſtoße, nemlich dem Churf. und ſämtlichen Evan-

1600 geliſchen Ständen auf der einen Seite nichts zu nahe thue, auf der andern aber nicht gegen ſein Gewiſſen, in einer Sache, wo es auf einen zu leiſtenden Eid, und in deſſen Gemäßheit ſich zu betragen ankomme, handle.„

Hierauf finde ich zwar nicht, was der Churfürſt dem Leonhard Schuch geantwortet; daß aber dieſes Mannes Vorſtellungen ihre Würkung gethan, ſiehet man aus des Churf. Antwort auf des Herzogs von Zweybrück obiges Schreiben[n]). Er ſagt nemlich darin: „Er habe des Herzogs letztes Schreiben wohl erhalten, ſamt dem Aufſatz an die Evangeliſchen Deputations-Geſandten. Was nun die vier Kloſter-Sachen betreffe, ſo habe er anfangs die Beſchaffenheit derſelben ſo wenig gewußt, als der Herzog, habe aber jetzo allen ihrentwegen zu beſorgenden Ungelegenheiten ſo vorgebaut, daß dieſer Sachen halber gar nichts mehr zu befahren ſeyn werde, wie Er dann auch ferner dahin zu arbeiten denke, alſo daß es ſeinen Geſandten von denen, die Reviſionen geſucht, gedankt worden, und Er auch aller Evangeliſchen Stände Dank dadurch zu erlangen hoffe[o]). Uebrigens, die vier Kloſter-Sachen ſelbſt belangend, könne Er dem H. nicht bergen, daß ſich in Belang derſelben die Catholiſchen hauptſächlich darauf ſteiften, daß dieſelben klar im Religions-Frieden entſchieden, mithin eben die Klagen desfalls an das Kammergericht gehörig ſeyen. Sie zögen ſonderlich zu ihrem Behuf §. 16. und 19. des Rel. Fr. wie auch §. 81. des R. A. von 1566. an, auf welche Er, der Churfürſt, von dem Herzog gerne ver-

n) Dieſe ſtehet bey Londorp S. 547. u. f. d.d. Heidelb. 8. Oct. e. a.

o) Worin aber dieſe Anſtalten beſtanden, davon ſagt der Churf. kein Wort.

vernehmen wolle, was den Catholiſchen bündig ge- 1600
antwortet werden könne p)? In ſo lange nun, bis
dieſes geſchehen, wolle Er auch ſein Bedenken über
das von dem H. ihm zur Durchſicht überſchickte
Schreiben zurückhalten, zumal da nun die Revi-
ſionen alle bis auf künftiges Jahr zurückgeſetzt ſeyen,
und man mithin um ſo länger Zeit habe, ſich zu be-
ſinnen. Wenn dabey der H. verlange, die Revi-
ſoren ſollten ſich bey dieſen Sachen genau an ihren
geſchwornen Eid halten, ſo ſey dieſes eben, was
ihm, dem Churf., viele Beſorgniß mache, dann
er dem H. nicht bergen könne, daß viele Prot. Ge-
lehrte, ja die meiſten Prot. Aſſeſſoren zu Speyer,
den Religions-Frieden hier zum Vortheil der Ca-
tholiken verſtünden, und daß alſo auch von den
Reviſoren gar leicht ein Theil, ſollte es auch nur
ein einziger ſeyn, ſeine Stimme für die Catholi-
ſchen zu geben ſich bewogen ſehen könnte, und ſol-
chergeſtalt dieſe die Oberhand behielten, zumal bey
einigen der angefochtenen Urtheile vier Proteſtanten
und nur zwey Catholiken geweſen, und doch letz-
tere gewonnen. Daß aber hienächſt der H. be-
ſorgte, es möchte pendente reviſione doch um
Hülfe bey dem Kammergericht nachgeſucht und
dieſe auch zugeſtanden werden, ſey ganz ohne Grund,
da ſämtliche Deputirte, bey dem letzten Dubio Ca-
Tt 2 merali,

p) Wie gar anders lautet dieſe Sprache, als die des oban-
geführten Schreibens an die Viſitations-Deputa-
tion? Daher kann ich faſt nicht glauben, daß jenes
würklich überreicht worden, oder ich muß mir den-
ken, daß zwar die Geſandten des Churfürſten das
(wie aus den übrigen Verhandlungen zu erſehen)
lange zurückgehaltene Churf. Schreiben endlich den
21. Sept. übergeben, aber gleich hernach, von dem
durch das Schuchiſche obgedachte Bedenken d. d.
19. Sept. beſſer belehrten Churfürſten, einen dieſen
Schritt mildernden Befehl erhalten haben.

1600 merali, mit den K. Commiſſarien übereingekommen, keine Hülfe bis zur Erledigung der Reviſionen zu thun. Uebrigens wolle er in dieſer und allen andern, ſowol Religions- als politiſchen Angelegenheiten, gerne alles ſo viel möglich dem H. zu Gefallen thun, u. ſ. w.„ In einem dabey angehängten P. S. heißt es, „daß der Straßburger-Sache halber bereits vor ſechs Monaten von ihm und dem Churf. von Brandenburg eine Geſandtſchaft an den Kaiſer abgegangen, einige Monate aufgehalten worden, und zuletzt doch unverrichteter Dinge nach Hauſe gekommen ſey. Auch habe Er, der Hofproceſſe wegen, insgemein mit andern Proteſt. Ständen (obwol Sachſen ſich gar nicht dazu verſtehen wolle) vor, ein ausführliches Schreiben an den K. abzulaſſen [q].„

Auf ſothane Antwort war der Herzog von Zweybrück mit einer außerordentlich langen Rück-Antwort binnen wenig Tagen bey der Hand [r], und ſagt darin vorzüglich: „Er danke dem Churf. für den Eifer, mit dem er ſich der gemeinen Wohlfahrt annehme, und wünſche, daß alle andere Stände ein gleiches eben ſo eifrig thun möchten, zumal da ſie, als in einer guten Sache, auf

q) Ein kleines Neben-Schreiben, an den H. von Zweybrück, das ich nur, weil es im Londorp eine beſondere Nummer hat, mit einem Wort anführen will, enthält nichts als eine Anm. über ein paar Stellen des Herzoglichen Schreibens, wo überhaupt von Churfürſten, die das gemeine Beſte zu nachläſſig behandelten, die Rede war, und die der Churfürſt von Pfalz als auch auf ihn geſchrieben anſah.

r) Sie ſtehet bey Londorp, S. 549. u. f. d. d. Zweybrück 16. Oct. e. a. und füllet fünf enge Columnen. Das Churf. Schreiben war erſt den 8. Oct. abgelaſſen, lief von Heidelberg bis Zweybrück, und ſchon den achten Tag hernach war die außerordentlich lange Antwort zum Abgehen fertig!

auf Gottes des Allmächtigen Beyſtand rechnen 1600
könnten. Was nun die Stellen der Reichsgeſetze anbelange, auf welche Er, der Churf. von ihm einen Vorſchlag haben wolle, wie man den Catholiſchen bündig antworten könne, ſo wolle Er dieſes bemerken: Zuerſt werde man den Catholiſchen vorhalten müſſen, was für eine Ungereimheit herauskomme, wenn man ihre Auslegung des Rel. Fr. gelten ließe, als aus welcher nicht nur die Wiedererſtattung aller ſeit dieſem Frieden eingezogenen und reformirten Stifter und ihrer Güter, ſondern auch dieſes folgte, daß kein Stand nach dem Frieden und ins künftige weiter hinaus, das Recht habe, ein Stift, Kloſter, u. ſ. w. zu reformiren, und die dazu gehörigen Güter beſſer, als bisher geſchehen, zu Gottes Ehren anzuwenden, welches doch mit keinem Wort im Rel. Fr. verordnet ſey. Darum könne dann dieſe Papiſtiſche Auslegung des Rel. Fr. (wenn ſchon einige, ſo ſich Evangeliſch nennten, aber bey den Papiſtiſchen Kohlen wärmten, derſelben beyfielen) um ſolcher merklichen Abſurdität und beſchwerlichen Inconvenienzen willen, die ohne Mittel zu einem neuen Krieg in Teutſchland Anlaß geben würden, keines weges angehen. Ferner gäben auch die Rechte, daß, wenn über eine Verordnung oder Satzung Zweifel entſtünden, ſolche nach dem Herkommen auszulegen ſey. Nun aber ſey unwiderſprechlichen Herkommens, daß auch ſeit dem Rel. Fr. man zur Proteſtantiſchen Religion treten könne, wie es denn auch viele anſehnliche Stände gethan, und ihre geiſtliche Stifter reformirt hätten, wie es dann auch billig ſey, daß die nach dem Rel. Frieden übergetretenen Stände nicht ſchlechter daran ſeyen, als die, ſo vor demſelben die Catholiſche Rel. verlaſſen. Da nun dieſes alles wol 40 Jahre

1600 nach dem Rel. Frieden alſo fortgedauert, und gehalten worden, ſo müßten die Proteſt. ſich auch aus dieſem Herkommen nicht ſetzen laſſen, und wenn es auch ohne Krieg nicht abgehen könnte, ſich dadurch handhaben. Weiter ſey auch allgemeinen Rechtens, daß, wenn über den Verſtand der Geſetze ein Zweifel ſich erhebe, nur diejenigen ihn entſcheiden könnten, welche die Geſetze machen helfen, wie ſolches auch im Paſſauiſchen Vertrag noch beſonders verordnet ſey. Dahero dann auch hier, bey denen über den Verſtand des Rel. Fr. entſtehenden Fragen, nicht dem Kammergericht ſo geradesweges Urtheile zu machen, und dadurch gleichſam ein neues Recht einzuführen zukomme, ſondern, da die Catholiſchen und Proteſtirenden Stände des Reichs insgeſamt den Frieden machen helfen, dieſes Gericht warten müſſe, bis beide Theile ſich einer gewiſſen Auslegung verſtanden. Ueber dieſes ſey auch nicht zu glauben, daß bey Schließung des Rel. Fr. den Proteſtanten durch K. Ferdinand ſtillſchweigends dasjenige genommen werden ſollen, was ihnen 1542. vom Kaiſer Carl V. ſelbſt in einer beſondern Erklärung [s]) nachgegeben worden, nemlich die Klöſter zu reformiren, und die Gefälle ad pias cauſas anzuwenden; wie dann auch nicht zu glauben, daß die Proteſt. ſtillſchweigends dieſes hätten nachgeben wollen, wie auch die Protocolle ausweiſen würden; und ad non cogitata könne kein Geſetz ausgedehnt werden. Noch weiter, wenn demnach die Catholiſchen vorwenden wollten, der Buchſtabe des Rel. Fr. ſey doch wenigſtens klar für ſie an den entſcheidenden Stellen, und alſo der Fall einer nothwendigen Auslegung nicht vorhanden; ſo könne man leicht antworten, er ſey nicht klar für ſie, wenn

s) ſ. T. R. Hiſt. XII. B. S. 265. u. f.

wenn man nemlich den ganzen Zuſammenhang des 1600
Rel. Fr. und nicht einzelne außer demſelben betrachtete Stellen vor Augen haben wolle. Dann ja an andern Orten des Rel. Fr. derſelbe ausdrücklich mit ſich bringe, daß kein Stand ſchuldig ſey, die öffentliche Uebung einer andern Religion, als der, wozu er ſich bekenne, in ſeinen Landen zu verſtatten; ſey nun dieſes, ſo könne er auch nicht gezwungen werden, die Stifter in ihrem Weſen zu laſſen. Da nun aber, allen Umſtänden nach, die Catholiſchen, aller dieſer Vorſtellungen ohngeachtet, nicht gütlich würden nachgeben wollen, die Proteſtanten hingegen ihres Orts nicht ſchuldig ſeyen, ſich die unerträgliche Beſchwerde, der Wiedergebung aller geiſtlichen Güter, auf den Hals laden zu laſſen; ſo bliebe nichts übrig, als auf anderweitige Mittel zu denken, wie man ſich helfen könne. Inſonderheit müſſe man von Seiten der Proteſt. Stände dem Kaiſer rund erklären, daß, woferne er die Hof- und Kammergerichts-Proceſſe in Religions-Sachen, wie auch ſonſtige Religions-Beſchwerden, nicht abzuſchaffen mit Ernſt bedacht ſeyn wolle, ihnen alsdann nicht zu verdenken ſey, wenn ſie dem K. gegen den Türken weder mit Volk noch Geld einigen Beyſtand leiſteten, vielmehr das ihrige zu Hintertreibung unrechter Gewalt anwendeten. Wie dann durch eine Erklärung dieſer Art eben 1541. die damals zugeſtandene Religions-Sicherheit, und obengedachte Erklärung des Kaiſers, herausgebracht worden ſey. Dieſem allem wolle der Churfürſt beſtens nachdenken, auch mit andern Ständen darüber ſich berathen, und ſeine weitere Gedanken ihm zu wiſſen thun. Uebrigens ſey es ihm, dem H. unangenehm zu erfahren, daß viele Evangeliſche Gelehrte, ja Aſſeſſoren, der Catholiſchen Meinung in den

1600 ſtreitigen vier Kloſter⸗Sachen beypflichteten, ja, daß auch leichtlich einer oder der andere von den Reviſoren zu derſelben würde überzugehen verleitet werden können. Wie nun ſonderlich letzteres abzuwenden, möge der Churfürſt beſtermaßen ſich angelegen ſeyn laſſen. Was, aber die vier Aſſeſſoren beträfe, die den Catholiſchen ſollten beygefallen ſeyn, ſo müßten es Leute, die des ganzen Zuſammenhangs des Rel. Fr. nicht kundig, geweſen ſeyn. Ja, wenn er, der Churf. ihre Namen erfahren könnte, ſo würde es wol nicht übel ſeyn, daß er ſie ſelbſt, aus Churf. Anſehen, allenfalls auch gemeinſchaftlich mit andern Ständen, zur Rede darüber ſtellte, und ein anderesmal ihre Augen beſſer aufzuthun ermahnte, nicht weniger, wenn er an die Stände, ſo ſie präſentiret, desfalls ſchriebe, ſie bäte, künftig dieſe Aſſeſſoren von dergleichen Betragen abzumahnen, auch bey weiteren Präſentations⸗Fällen darauf zu ſehen, daß den Präſentaten vorhero desfalls eine Ermahnung geſchähe. Ueberhaupt bitte er ihn nochmals, ſeinem Verſprechen gemäß, es an keiner Sorgfalt, allem beſorglichen Schaden vorzukommen, erwinden zu laſſen.„

Dieſer Haupt⸗Antwort war ein P. S. des Herz. beygelegt, in welchem er zuerſt bedauert, daß die Geſandtſchaft in der Straßburgiſchen Sache ſo ohne Frucht abgelaufen, ſodann bittet, ſich ja dieſer Sache, als daran ſämtlichen Proteſt. ſehr viel gelegen, ferner beſtens annehmen, auch mit den übrigen Proteſt. Ständen zu Speyer darüber berathſchlagen zu wollen, wozu er, der Herzog, auch einen Geſandten abzuordnen gedächte, inzwiſchen aber um die Relation vom Verlauf der obgedachten Geſandtſchaft bitte. Ferner bezeugt er ſeine Freude an des Churf. Entſchluß wegen einer

ner neuen Geſandtſchaft, die Hofproceſſe betref- 1600
fend, und bittet, ſolche ja, wenn auch Chur-Sachſen dazu nicht ſtimmen wollte, dennoch abgehen zu laſſen.

Was der Churfürſt dem Herzog hierauf weiter geantwortet, finde ich nicht; wol aber ein zweytes Schreiben des Gr. Gottfrieds von Oettingen an dieſen Churfürſten [t]), in welchem es heißt: „Er, der Graf, habe von ſeinen zu Caſſel geweſenen Geſandten vernommen, wie der Churf. ſich des zu Frankfurt im verfloſſenen Jahre ausgemachten gar wohl erinnere, und nochmals dafür gehalten, daß das in der Sache wegen des Kl. Chriſtgarten gegen ihn vom Kammergericht geſprochene Urtheil, als nichts geringes, und als etwas nicht nur ihn, den Grafen, ſondern auch mittelbar alle Proteſt. betreffendes, anzuſehen ſey. Er danke für dieſe Geſinnungen, auch für die ſeiner Geſandtſchaft mitgetheilten guten Rathſchläge, und bitte, ferner ſich ſeiner annehmen zu wollen. Inſonderheit aber bitte er ſich nun des Churf. Rath aus, wie er ſich zu verhalten habe, da nunmehr, der gleichen Religions-Anzahl der Reviſoren wegen, die Sache durch ein Viſitations-Decret, bis auf weitere Berathſchlagung verſchoben, in Anſehung der Succumbenz-Gelder aber die angebotene Caution und Bürgſchaft verworfen, und die würkliche Hinterlegung der geforderten Summe, bey Verluſt der Reviſions-Wohlthat, bis zum 25. Nov. auferlegt worden. Er, für ſeinen Theil, wolle zwar das Geld gerne hinterlegen, um der Gefahr der executorialium in caſum deſertionis auszuweichen, wie dann auch das Geld ſchon zu Speyer an

Oettingiſches zweytes Schreiben.

Tt 5

t) Auch bey Londorp T. III. p. 552. d. d. Oettingen 22. Oct. 1600.

1600 an einem dritten Orte, ſich befinde: wolle aber doch auch nichts ohne den Churf. thun, und daher zuvor bey ihm, als dem *ordinario directore* der beſchwerten Proteſt. Stånde, anfragen, ob die Proteſt. Stånde wol leiden wůrden, daß er ſich ſolchergeſtalt in einer ſie alle mit betreffenden Sache einlaſſe, u. ſ. w.„

Dieſes Schreiben wurde dem obgemeldeten braven D. Schuch zum Gutachten zugeſtellt, welches er dann auch bald darauf weitlåufig erſtattete, welches nebſt mehreren zu dieſer Sache gehörigen Stůcken bey der Geſchichte der im folgenden Jahre verſammelten Reviſions-Deputation vorkommen wird.

Abſchied des R. Deputationst. 30. Oct. Endlich kam der Abſchied dieſes Tages zu Stande [u]). In dem Eingang und dazu gehörigen §. 1-3. ſagt der Kaiſer: „Nachdem verſchiedener Hinderniſſe wegen, der auf dem letzten Reichstag ausgemachte Deputationstag im Jahr 1599. nicht gehörig zu Stande kommen können, obwol, außer den Kaiſerlichen Commiſſarien, auch ein großer Theil der deputirten Stånde erſchienen geweſen, ſo habe Er, um das Juſtiz-Werk nicht långer liegen zu laſſen, die Deputations-Stånde abermals auf den 10. Apr. d. J. nach Speyer beſchieden, welche dann auch daſelbſt eingetroffen, die Viſitation des Kammergerichts angefangen und

u) Dieſer Abſchied ſtehet in der N. S. der Reichsabſch. III. B. S. 472. u. f. Beſonders iſt er gedruckt in Juſti *Reifenbergii* Decreti Spirenſis curatius in Imperio ſanciti nomotheſia publica, aut LL. ſolennes de noviſſimis Juris cameralis controverſiis, *Herborn*. 1613. 8. welche Auflage ich aber nicht zu Geſicht bekommen können. Auch hat ihn Lůnig, R. A. P. Gen. I. Fortſ. Contin. p. 396.

und vollendet, das, was 1595. ſchon beſchloſſen 1600
geweſen wäre, vollends berichtiget, und dabey die
Erledigung der vorgetragenen Dubiorum Ihnen
gehörig angelegen ſeyn laſſen; woraus dann nach-
folgender Abſchied entſtanden, welchen er beſtäti-
get, und der nun ins ganze Reich verkündiget wer-
den ſolle.„ Die **Verordnungen** deſſelben ſelbſt,
die meiſtens das **Kammergericht** angehen, be-
langend, ſo heißt es (§. 4.) „da der in dem letzten
Reichs-Abſchied zu machen aufgegebene **kurze
Begriff** aller das K. G. betreffenden neueren Ver-
ordnungen, theils zu eigenem Gebrauch des Ge-
richts, theils zu Ablieferung in die Reichs-Canzley,
u. ſ. w. noch nicht verfaßt worden, ſo ſolle forder-
ſamſt dazu gethan werden. (§. 5.) Da ſonſten
durch das **Dictiren** der zu übergebenden **Schrif-
ten** viele Zeit verlohren worden, ſo ſolle nunmehr
von jeder derſelben nach geſchehenem Schluß in der
Sache, annoch zugleich eine **fünffache colla-
tionirte Abſchrift** übergeben werden, damit
ſolche Abſchriften, wenn es zur Relation komme,
unter die ſämtlichen Urtheiler ausgetheilt würden;
zu welchem Ende dann der Gegentheil Macht ha-
ben ſollte, jede nicht ſolchergeſtalt eingegebene
Schrift, ſo oft, als noch mangelhaft, auf des Ein-
gebers Koſten abſchreiben zu laſſen, und ehe ſolche
Abſchriften vorhanden, ſollten keine Acten aus
der Leſerey ad referendum abgegeben werden. Je-
doch ſollen (nach §. 6.) dieſe oftmaligen Abſchriften
bey **armen Parteyen** ad judicis arbitrium geſtellt,
und wann ſolche für nöthig befunden, einſtweilen
aus dem Armen-Seckel die Koſten derſelben be-
ſtritten, von der Partey aber, nach etwaigem Ge-
winnſt der Sachen, erſtattet werden. Die zu
weitläufigen extenſiones actorum (§. 7.) ſonderlich
der Stände am **Nieder-Rhein**, ſollten abgeſchafft
und

1600 und den Ständen hiedurch auferlegt ſeyn, keine überflüſſige Stücke zu den Acten zu thun. Da auch (§. 8.) der Armen-Sachen gar viele am Kammergericht, dieſe aber im Grund meiſtens nicht viel taugen ſollten, ſo ſolle (nach §. 9.) zuvörderſt, wenn eine Parten anſtatt anderer Belege ihrer Dürftigkeit ſich ins Armenrecht ſchwören wolle, zuerſt Bericht dieſes Geſuchs halber bey ihrer Obrigkeit eingeholt, und wenn dem zufolge ihre Sache faul gefunden würde, ſie ſogleich abgewieſen, auch (§. 10.) zu Leibes-Strafe gezogen werden. Ferner ſolle (§. 11.) das Kammergericht daran ſeyn, daß die armen Parteyen, um ihre Sache gehörig einzuleiten, höchſtens ein halbes Jahr in Speyer blieben, hernach aber wieder in ihre Heimath zurückzukehren angewieſen würden. Daſſelbe ſolle auch (§. 12.) eine Einrichtung zu treffen ſuchen, vermöge welcher nicht nur die bey dem Kammergericht vereideten, ſondern auch die übrigen in Speyer ſich aufhaltenden, an dieſes Gericht arbeitenden Advocaten zu der Laſt, die Armen-Sachen zu führen, zugezogen würden. Weil auch arme Parteyen öfters zum Proceſſiren verleitet würden, ſo ſollten (nach §. 13.) dieſelben, allemal bey der Einbringung ihrer Klage, diejenigen zu nennen ſchuldig ſeyn, welche ihnen zur Klage Vorſchub und Anleitung gegeben, ohne ſolche Benennung aber ihre Sache nicht angenommen werden. Wann dann eine dergleichen Perſon in loco angetroffen werde, ſo ſolle ſie alſogleich zur Strafe genommen, außerdem aber, damit dieſes geſchehe, an die Obrigkeit, unter welcher ſie geſeſſen, geſchrieben werden v). Weiter ſolle das Kam-

v) Hierunter muß doch wol die Einſchränkung gedacht werden, im Fall die arme Partey eine gar ſchlechte Sache

Kammergericht künftig (§. 14.) keine Klage un⸗ 1600
ter 300 Reichsgulden Hauptſumme annehmen, jährliche Gülten aber nach der Vorſchrift des Speyeriſchen Abſchieds von 1570. anſchlagen laſſen. Damit aber den Unterthanen die vielen Urſachen zu klagen abgeſchnitten würden, ſo ſollten die ſämtlichen Fürſten (§. 15.) hiemit angewieſen ſeyn, ihre Gerichtsſtellen aller Art gehörig einzurichten und zu beſetzen. Dabey ſolle (nach §. 16.) den Unterthanen freyſtehen, in nicht appellabeln Sachen an ihres Fürſten Gerichte ſich per viam reviſionis zu wenden, oder die Acten an eine Juriſten⸗Facultät, oder auch einige einzelne bewährte Männer, zur Entſcheidung verſchicken zu laſſen. Die Strafe der muthwilligen Appellanten ſolle von ein Mark löthigen Goldes bis auf zehen Mark, nach Befinden des Kammergerichts, erhöhet werden können. (§. 17.) Damit auch die Privilegia de non appellando vom Kammergericht genau beobachtet werden könnten, als wozu daſſelbe nochmals hiemit angewieſen werde, (§. 18.) ſo ſollten ſämtliche Stände die Befolgung des R. A. 1570. §. 70. wegen Einſendung ihrer Appellations⸗Privilegien ſich angelegen ſeyn laſſen. Ferner ſolle das Kammergericht (§. 19.) bey der Prüfung der Präſentaten genau auf die in der Ordnung und ſonſtigen Geſetzen vorgeſchriebene Eigenſchaften und Fähigkeiten ſehen: ſo wie auch (§. 20.) den Reichsſtänden auferlegt wird, bey ihren habenden Präſentationen auf tüchtige Perſonen, wo möglich aus demſelben Kreis, in dem ſie

Sache zu haben befunden würde: denn außerdem iſt es ja nichts ſtrafwürdiges, einem Armen gegen jeden, der ihn drückt, und wäre es auch ſein Landesherr, beyzuſtehen. Doch ſtehet dieſe Einſchränkung nicht im Geſetze.

1600 ſie ſelbſt geſeſſen, zu ſehen. Und da bey Erörterung der Dubiorum ſich gefunden (§. 21.), daß bey den Relationibus Sabbathinis viele Sachen, daran oft viel gelegen, in kurzer Zeit, ohne große Weitläufigkeit geendigt würden, ſo ſollte, auf den Fall, daß auf den Sonnabend ein gebotener Feiertag einfiele, der nächſtvorhergehende Tag zu ſolchen Relationen genommen werden. Ferner (§. 22.) ſollten alle Supplicationen doppelt, ſamt ihren Beylagen, abgeſchrieben übergeben werden. Wenn ferner (§. 23.) eine Klage gegen mehrere, deren jeder ſeine beſondere Austräge hätte, angeſtellt würde, und die Parteyen ſich keines gemeinſamen Richters vergleichen könnten, ſo ſolle das K. G. die Sache annehmen und Proceſſe erkennen. Imgleichen, wenn (§. 24.) Herr und Diener zugleich belangt würden, und letztere nicht als bloße Werkzeuge des Herrn gehandelt, auch von dem Herrn nicht vertreten werden wollten, ſo dürften ebenfalls Proceſſe erkannt werden. Da auch wegen der Austräge die Frage entſtanden, (§. 25.) ob, wenn ein Fürſt von einem Adlichen oder ſonſtigen Privatmann, vor Austrägen verklagt werden ſolle, ob alsdann auch alle vorgeſchriebene Feierlichkeiten ſo pünctlich zu beobachten ſeyen, ſo werde hiemit verordnet, daß es genug ſey, wenn die benannten Stände nicht über 20 Meilen entſeſſen ſind. Wenn über eines Unmündigen Bevormundung Streit entſtünde, und (§. 26.) etwa jede Obrigkeit einen Vormund ernennen wollte, ſo ſolle auch hierinnen das K. G. um Beſtellung eines Vormunds angegangen werden können. Wenn (§. 27.) nach gegebenen Kammergerichtspromotorialien dennoch die Sache, in welcher ſie ergangen, in der beſtimmten geraumen Zeit, der Supplicant keine Beweiſe der erlangten rechtlichen

lichen Hülfe beybringen könne, vielmehr ihm das 1600
Recht verſagt oder gefährlich verzogen werde, ſo ſolle alsdann die Hauptſache an das Kammergericht erwachſen ſeyn. Wenn Commiſſiones ad perpetuam rei memoriam erkannt und nach gehaltenem Zeugen-Verhör die Acten in die Leſerey geliefert worden, nun aber (§. 28.) der Rotulus von dem Supplicanten dem K. G. abgefordert werde, ſo ſolle der Supplicant entweder einen Schein des Richters der Hauptſache, oder die Einwilligung des Gegentheils dazu beybringen. Gegen Perſonen, die nicht Reichs-unmittelbar ſind, ſollen (nach §. 29.) keine Mandata ſine clauſula auf die vier Fälle erkannt werden. Wenn auf Contracte oder Obligationen, die einige widerrechtliche Clauſeln enthalten, ein M. S. C. geſucht wird, ſolle (nach §. 30.) weiter nicht, als es ſich von Rechtswegen gebührt, das gebetene Mandat erkannt, auch dabey nichts, was nicht in der Bitte ſelbſt gegründet, ex clauſula ſalutari ergänzet werden. Wenn (§. 31.) die in eine Obligation geſetzte clauſula exſecutiva nicht überhaupt, ſondern nur auf gewiſſe verſchriebene Güter geſetzt iſt, ſo ſoll das M. S. C. auch nicht auf die Perſon und die ganze Zahlung überhaupt, ſondern nur auf die benannten Güter gegeben werden. Auf die clauſulam: mit oder ohne Recht, ſollen (nach §. 32.) gegen Perſonen, die unmittelbar unter dem K. G. ſtehen, M. S. C. erkannt werden dürfen. Hingegen ſey dergleichen (laut §. 33.) auf eine Obligation, die einen Eid in ſich enthält, oder ſonſt beſchworen worden, nicht zu erkennen: eben ſo wenig als (§. 34.) auf anderweitige nachherige außergerichtliche Bekenntniſſe der Verbindlichkeit. Wohl aber (§. 35.) könne das Mandat den Umſtänden nach erkannt werden, wenn die clauſula

ex-

1600 exſecutiva ſich bey dem Contract befindet, daß auf den Fall, da der Schuldner in Zahlung der jährigen Gülten ſaumſelig wäre, die Kauf- oder Hauptſumme neben der Gülte wiedergegeben werden ſolle. Bey Pfandungs-Klagen in Jagd- und Fiſcherey-Sachen (§. 36.) ſolle auch ſelbſt das, was durch die Ausübung eines ſolchen ſtreitigen Rechts in des Gegners Gewalt gekommen, und von dem andern weggenommen worden, als res tertia et innocens angeſehen, mithin das Mandat erkannt werden. Hingegen bey Wald- oder Acker-Streitigkeiten u. d. g. ſolle (nach §. 37.) das desfalls weggenommene Obſt, Holz, Heu, u. d. g. in ſo weit es von dem ſtrittigen Ort herrühret, nicht für unrechtmäßig gepfändet anzuſehen, und alſo kein Mandat darauf zu erkennen ſeyn. Da auch bey Zoll-, Steuer- und Frevel-Sachen es etwas ſtrittig bisher geweſen, was eigentlich desfalls als eine Pfandung anzuſehen und zu Auswürkung eines Mandats hinlänglich ſey, ſo ſolle (laut §. 38.) inskünftige, wenn jemanden bey Zöllen oder Steuern, die ſtreitig, nur ſoviel, als die Schuldigkeit desfalls ausmacht, ohne Beſchwerung der Perſonen, abgenommen worden, dieſes nicht als eine Pfandung angeſehen werden; aber im Fall, daß wegen eines Frevels jemand gefangen, und ihm nur die gewöhnliche Buße abgenommen worden, ſolle das gebetene Mandat vom K. G., auch ſelbſt, wenn der Gefangene bereits losgegeben worden, auf die Wiedererſtattung des abgenommenen w) erkannt werden. Sollte auch (§. 39.) jemand eines andern Herrn Diener genöthiget haben zu verſprechen, daß er ſich einer gewiſſen Gerech-

w) Daß dieſer mein Auszug hier nicht recht beſtimmt laute, gebe ich gerne zu; aber die Verordnung ſelbſt lautet auch nicht beſtimmter.

Gerechtigkeit für ſeinen Herrn nicht gebrauchen 1600
wolle, ſo ſolle dieſer, weil er durch ſolches Verſprechen gleichſam als nicht ganz frey angeſehen werden könne, um ein Pfandungs-Mandat zu bitten befugt ſeyn. Hingegen, wenn **Unterthanen** (laut §. 40.) auch durch Gefängniß genöthigt worden zu huldigen, auch zu ſchwören, daß ſie ſich dem andern Theil nie unterwerfen wollten, ſo ſolle dieſes nicht als eine Pfandung angeſehen, oder ein Mandat darauf erkannt werden. Ferner, wenn (nach §. 41.) ein **Miſſethäter** aus einer Obrigkeit Hand und Gefängniß, durch eine andere Obrigkeit, um ſtrittiger hoher Gerichtbarkeit willen, weggeführt würde, ſo ſolle auch hierauf, aus bewegenden Urſachen, kein Mandat vom **Kammergerichte** erkannt werden können, eben ſo wenig, (§. 42.) als wenn eines **gerichteten Miſſethäters Körper**, der hohen Gerichtbarkeit halber, weggenommen und begraben würde. Sollte auch (nach §. 43.) geſchehen, daß eine Obrigkeit einen **Entleibten**, zu Behauptung ihrer Gerichtbarkeit, beſichtigen und das Maaß der Wunden nehmen ließe, ſo ſolle dieſes pro mero exercitio juris, nicht aber für eine Mandats-mäßige Pfandung gehalten werden. Wäre aber, daß (§. 44.) in fraudem conſtitutionis, anſtatt der Pfandung ein und andere Sachen **verdorben** würden, z. B. die Netze zerhauen, die Hunde getödtet, u. d. g. ſo ſolle hierauf, ſo gut als auf würkliche Pfandung, das M. S. C. zu erkennen ſeyn; eben ſo auch (§. 45.), wenn **Wappen** oder **Weinſchenkszeichen** ausgeſtrichen, weggeworfen und zertreten, oder ſonſt beſchädigt, nicht aber, wenn ſie blos ohne allen Schaden weggethan worden. Wenn ferner, wegen einer ſtrittigen Gerechtigkeit, ein **Gebäude**, Hecke, Hofgericht, u. ſ. w. blos niedergeriſſen

1600 würde, ſo ſolle das Mandat, quatenus res aeſtimationem aliquam admittit, erkannt werden können (§. 46.). Sollte auch (laut §. 47.) eine in Gemäßheit eines Pfandungsmandats zurückgegebene Sache aufs neue wieder gepfändet werden, ſo ſolle dem ſolchergeſtalt beleidigten erlaubt ſeyn, anſtatt eines neuen Mandats, gleich auf die Erklärung in die Strafe des vorigen Mandati zu libelliren. Wenn weiter (§. 48.) ein **Reiſender** von der Orts-Obrigkeit irgendwo angehalten würde, ſo ſolle er, jedoch ſub cautione de judicio ſiſti et judicatum ſolvi, um ein Mandatum de relaxando einkommen können. Bey dem **Mandats-Proceß** ſolle, außer dem im Mandat ſelbſt ad parendum geſetzten Termin, nicht leichtlich eine **weitere Friſt**, und wenn es ja den Umſtänden nach nöthig befunden würde, zum höchſten von 1-5 Monaten verſtattet werden (§. 49.). Ferner ſollen, wenn die gegen ein Mandat eingewandte exceptiones ſub- et obreptionis für unzulänglich erkannt worden, jederzeit die **Koſten** (nach §. 50.) in der paritoria mit zugeſprochen werden. Dieſe Verordnung ſolle auch (laut §. 51.) in **Pfandungs-Mandaten**, ohne Rückſicht auf die Hauptſache, mit der die Pfandung zuſammenhängt, beobachtet werden. Würden dann in einer **Mandats-Sache**, ſonderlich bey Pfandungen, die in einer ganz gleichen Sache zwiſchen den nemlichen Parteyen bereits verworfene Exceptionen abermals vorgebracht, ſo ſollte (§. 52.) in ſolchem Fall bey dem zweyten Mandat die Strafe in etwas erhöhet, und deſto kürzere Zeit ad agendum praeciſe [r]), nicht ad excipiendum, zugelaſſen, und wofern dann abermal aus

r) So iſt es in dem Druck zu leſen, und nicht ad parendum praeciſe, wie man wol aus dem Zuſammenhang vermuthen möchte.

aus den nemlichen Urſachen allein excipirt und die 1600
aufgelegte paritio aufgezogen würde, alſobald ad declarationem poenae et arctiores geſchritten werden. Wenn (§. 53.) die exceptiones ſub- et obreptionis für ganz frivol befunden worden, ſolle zwar nicht gleich mit der declaratione poenae vorgegangen, jedoch, neben der Eventual-Declaration, die arctiores proceſſus ohne ferneres Anrufen erkannt werden. Hätte aber jemand (§. 54.) zwar zum Theil, aber nicht ganz pariret, ſo ſolle, falls aus dem Mandat und ſonſt ohne weitere Liquidation klar, was und wieviel zu leiſten ſey, alsdann ſtracks ad declarationem poenae geſchritten werden. Bey Klagen, die einen Arreſt oder eine Verwundung betreffen, ſollen (nach §. 55.) alle Koſten, und Schäden, die berechnet oder zu Gelde angeſchlagen werden können, als mit in die Mandatsklage gehörig angeſehen werden. Aber die, wo keine Anſchlagung ſtatthaben kann, als, wenn jemand nicht hart geſchlagen, doch erſchreckt, auch wol gar eine Fehlgeburt dadurch verurſacht worden; daß alſo ein beſonderer Proceß darüber nothwendig; ſollen in der ganzen Mandats-Sache und puncto paritionis nicht angeſehen werden. Weil auch (§. 56.) Zweifel geweſen, ob in allen Mandatsſachen die Parition oder Relaxation ohne Entgeld geſchehen ſolle, alſo daß auch dasjenige, was ratione juris principalis, als Schatzung, Strafe, u. d. g. erpreſſet worden, dahin gehöre, und zu erſetzen ſey? ſo werde hiemit beſtimmt, daß die Frage allerdings bejahend zu entſcheiden, und jede reſtitutio unentgeldlich zu thun ſey. Ferner habe man (§. 57.) gezweifelt, ob bey Anſchlagung des erlittenen Schadens, wo dieſelbe nicht über 20 fl. gehe, auch der Eid nothwendig ſey, oder es bey der richterlichen Ermä-

1600 ßigung gelaſſen, und in Gemäßheit derſelben die Parition ohne Eid auferlegt werden ſolle? man habe aber doch für gut gefunden, den alten Gebrauch der würklichen Eidesleiſtung beyzubehalten. Bey mandatis de relaxando ſolle (nach §. 58.) nicht nöthig ſeyn, daß der loszulaſſende Caution ſtelle, ſich, wo es mit Recht erkannt würde, wieder zu ſtellen, ſondern es ſey genug, daß er, in der Hauptſache zu Recht zu ſtehen, Vorſtand leiſte. Wenn (nach §. 59.) in mandatis pignorationum ante paritionem Caution begehret werde, ſo ſey man ſolche, ſonſt aber nicht, zu leiſten ſchuldig: und zwar nicht eben durch Pfand oder Bürgſchaft, ſondern allenfalls auch durch bloßes Verſprechen. Ob die Caution ſub hypotheca omnium bonorum in Arreſtſachen hinlänglich ſey, bleibe dem Ermeſſen des Richters lediglich überlaſſen (§. 60.). In Mandatsſachen ſolle (laut §. 61.) nicht, wie bisher manchmal geſchehen, über die ſub- et obreptionem mit vieler Weitläufigkeit, ordentlichen Artikeln, Reſpondiren und Beweiſen, in mehreren Terminen, ſondern ſchleunig, auch allenfalls mit kürzern Friſten, und gegen die Uebertreter mit Strafen, verfahren werden. Weil auch in Pfandungsſachen manchmal der punctus cauſalium anders wohin zu remittiren begehrt werde, ſo ſolle (nach §. 62.) dieſe Weitläufigkeit nicht ſtattfinden, ſondern den Parteyen auferlegt werden, hinfüro nicht anders, als in ſpecie zu handeln oder zu excipiren, was neues oder mehreres durch jede Pfandung geſucht werden wolle? Den Procuratoren ſolle (laut §. 63.) nicht erlaubt werden, ohne erhebliche Urſache von der Audienz zu bleiben, oder daraus wegzugehen. Weil auch wegen der Vollmachten, wie dieſe zu ſtellen, Streitigkeiten vorgefallen, ſo ſollen (nach §. 64.) von Kammerge-

richts

richts wegen dergleichen, in Gemäßheit der K. G. 1600
Ordn. entworfen, und an die Chur-Mainziſche Canzley, bis ſich Kaiſer und Reich darüber verglichen, abgeſchickt werden. Damit auch durch den Tod der Procuratoren im Fortgang der Sachen keine Verhinderung entſtehe, ſo ſolle (§. 66.) inskünftige den Parteyen freyſtehen, einen oder mehr Procuratoren zu beſtellen, jedoch ſo, daß der eine nur die Sache führe, der andere oder dritte aber nur auf den Fall des tödtlichen Abgangs von jenem, in der Sache vorzugehen habe, jedoch aber letzterer, oder wenn es dergleichen mehrere wären, dieſe alle, nichts von einigem Wartgeld, oder dergleichen, zu verlangen hätten. Die Abſchrift der Gewalt ſolle (laut §. 67.) jeder Procurator alſogleich, wenigſtens ohne daß es ihm durch Beſcheid auferlegt werden müſſe, mit übergeben, ſonſten ihm im Beſcheid die Strafe der Ordnung mit auferlegt werden ſolle; es wäre dann, daß der Procurator ausdrücklich Befehl hätte, ſich nicht einzulaſſen, welchen Befehl er dann, bey Strafe der Ordnung, anſtatt der Legitimation, einzubringen habe. Die bey Gerichten übliche cautiones de rato et mandato betreffend, (§. 68.) ſo ſollen in Sachen, wo periculum in mora vorhanden, dieſelben hinfüro nicht geſtattet, ſondern in contumaciam alſobald vorgegangen, oder ſo kurze Friſt, als nach Entfernung der Parteyen möglich, ad legitimationem zugelaſſen werden. Würde aber (nach §. 69.) in cauſa jam pendente jemand ſich ohne Citation ad reaſſumendum einlaſſen und caviren, und die Zeit vergeblich verfließen laſſen, alſo daß erſt nach vergeblich verſpielter Zeit citatio ad reaſſ. erkannt werden müßte, der ſolle ernſtlicher als ſonſt geſtraft werden. Wenn (nach §. 70.) ein Procurator zu caviren ſich anerboten,

 boten,

1600 boten, ſo ſolle alſogleich die von ihm ad legitimandum ſich dabey ſelbſt geſetzte Zeit den Anfang nehmen, und er dafür gehalten werden, als wenn er die Caution realiter geleiſtet hätte, vornemlich zu dem Ende, daß er binnen der ſelbſt angegebenen Zeit die Legitimation, ſub poena arbitraria, zu leiſten habe. Sollte nach der geſchehenen Submiſſion (laut §. 71.) ein Procurator abgehen; ſo ſolle ſein Nachfolger bey Strafe nicht erſt wieder Friſt ad ſubmittendum bitten, ſondern die ſubmiſſiones, ſo viel derer geſchehen, wiederholen, und das Urtheil erwarten, anſonſten ſolches auch ohne weitere neue Submiſſion ergehen könne. Wäre eben bey Ablauf einer Friſt ein Procurator geſtorben, ſo ſolle ſeinem Nachfolger, zu Einreichung der demſelben aufgelegenen Schrift, (nach §. 72.) noch eine kurze Friſt geſtattet werden. Wenn eine Partey unter dem Lauf der Sache verſtorben, ſo ſolle, außer dem Fall, daß definitive in der Sache zu ſprechen, allwo die Urtheile auch contra procuratorem als dominum litis gehen können, allezeit citatio ad reaſſumendum ergehen (§. 73.). Stürben beide Procuratoren nach der Submiſſion, ſo ſolle, (laut §. 74.) ſo lange kein Procurator zugegen, nicht geſprochen werden. Würde ein Procurator um hitziger oder ſonſt unverantwortlicher Ausdrücke willen geſtraft, ſo ſolle (nach §. 75.) ſeines Principalen Bitte um Nachlaß der Strafe nicht angeſehen werden, hingegen der Procurator bey Vermeidung abermaliger Strafe nicht befugt ſeyn, dieſe ſelbſt verwürkte Strafe dem Principalen aufzurechnen. Die mündlichen Receſſe betreffend, werde aufs neue hier verordnet, daß keiner über 3 oder 4 Zeilen lang ſeyn, das weitere aber ſchriftlich verhandelt werden ſolle; jedoch ſo, daß das arbitrium

trium

trium judicis auch hier eintreten könne (§. 76.). 1600
Nachdem man auch ferner vernehme, (heißt es §. 77.) daß die Procuratoren die ihnen angeſetzten, auch im Nothfall bis zur Entſetzung zu erhöhenden Strafen wenig achteten, indem ſolche gar oft nach der Anſetzung nicht weiter in Erinnerung gebracht würden, ſo ſey hiemit feſtgeſetzt, und dem K. G. anbefohlen, auf die Uebertretungen der Procuratoren in den ſabbathinis protocollorum reviſionibus Acht zu nehmen, ſie durch Beſcheid zur verdienten Strafe fällig zu erklären, und dieſe ſodann unnachläßlich eintreiben zu laſſen. Um das viele Gezänk in den Receſſen zu vermeiden, ſolle man (nach §. 78.) nicht leicht einen Procurator zu einem mündlichen Receß ultra replicas laſſen y). Das Verbot der ſchriftlichen Schlußreceſſe ſolle auch (laut §. 79.) fernerhin ſchärfer gehalten, und die, ſo demohngeachtet ſchriftlich ſubmittiren wollten, gehörig zur Strafe gezogen werden. Weil auch bisher öfters Klage geweſen, (§. 80.) daß die Procuratoren ihre producta nicht fleißig collationirt und durchgeſehen, die Parteyen nicht gehörig, wer Kläger oder Beklagter ſey, unterſchieden, manchmal dilationem ad proximam vel ſecundam gebeten, ohne ſie einzuhalten, u. ſ. w. ſo würden hiedurch dieſelben nochmals der vorigen Ordnungen desfalls fleißig erinnert, und befohlen, daß die Referenten dergleichen und anderes ordnungswidriges Verfahren fleißig zur Strafe aufmerken ſollten. Weil ferner (§. 81.) die in der Ordnung beſtimmte Anzahl Schriften in jeder

 Sache

y) Wem dieſe Verordnung vielleicht überflüſſig ſcheint, nach der vom §. 76, der bedenke, daß dorten das arbitrium judicis nicht ausgeſchloſſen iſt, welches alſo hier eine Einſchränkung erhält, die freylich gleich hinter §. 76. beſſer geſtanden wäre.

1600 Sache öfters vielfach, unter allerhand Benennungen, überſchritten, ſo ſolle fürs künftige jede einzugebende Schrift entweder die ordnungsmäßigen Namen, exceptiones, replicae, u. ſ. w. ſelbſt führen, oder ſolle doch dabey bemerkt werden, die wievielſte Schrift die gegenwärtige ſey? ihre Rubrik möge ſonſt lauten wie ſie wolle. Auf ſupplicationes pro novis proceſſibus ſolle zwar (laut §. 82.) nach der Ordnung nur ad proximam judicialiter zu handeln erlaubt ſeyn. Weil aber hierüber unterſchiedliche Bedenklichkeiten vorgefallen, ſo ſolle dieſes nunmehr richterlicher Ermäßigung heimgeſtellt ſeyn, jedoch alſo, daß gewöhnlich über 2 oder 3 Monate hierauf zu handeln nicht zugelaſſen werde. Wenn (§. 83.) judicialiter pro commiſſione ad perp. rei memoriam gebeten worden, ſo ſolle eigentlich nach dem letzten Viſitationsabſchied nur 14 Tage bis 4 Wochen Zeit dem Gegen-Anwald geſtattet werden, welches aber oftmals nicht gehalten worden, auch wol nicht gehalten werden können. Dem zufolge ſolle von nun an zwar dem Gerichte erlaubt ſeyn, ein mehreres, nachdem die Parteyen entſeſſen, desfalls nachzugeben; den Procuratoren ſelbſt aber, einander etwas hierin zuzugeſtehen, auf das ſchärfſte, bey Strafe, verboten ſeyn. Da auch (nach §. 84.) alle prorogationes prorogationum ohne Beſcheinigung genugſamer Urſachen zu bitten verboten ſey, alſo daß, wenn auch nach verfloſſenem Termin alſogleich die Verhinderung beſcheiniget werden könnte, ſolches doch nicht in Betracht genommen werde: ſo ſey doch hierwider öfters gehandelt und in gar zu allgemeinen Ausdrücken die Verlängerung der Friſt geſucht worden, welches dann hiemit aufs neue zum ſchärfſten verboten ſeyn ſolle. Nachdem ferner (§. 85.) nunmehro alle Friſten präju-

dicir-

dicirlich ſeyen, alſo daß die Parteyen auf derſelben 1600
Verlauf ein jus quaeſitum wechſelsweiſe bekommen, mithin ein neuer Termin, was auch für Urſachen dazu vorgebracht werden könnten, nicht citra cauſae cognitionem gegeben werden möge; ſo ſolle inskünftige ganz und gar, dergleichen Friſt-ſuchende Receſſe nach Verlauf des Termins zu übergeben, verboten ſeyn. Weil auch bisher (laut §. 86.) der Mißbrauch eingeriſſen, daß die Reſtitutiones contra lapſum fatalium aut termini praejudicialis erſt nach vielen Monaten, oder gar Jahren, gebeten worden, ſo ſolle hinfüro keinem, dergleichen Reſtitution zu ſuchen, mehr Zeit, als er zuvor re adhuc integra gehabt, gegönnet ſeyn. Das **Rufen** betreffend, da (nach §. 87.) bisher in Zweifel geſetzt worden, ob das Rufen ſtracks in primo termino begehret, und intra ſex juridicas erkannt werden möge? ob nun gleich in der K. G. O. deutlich genug desfalls verordnet ſey, daß, wenn niemand erſchiene oder anriefe, der terminus pro circumducto zu halten, ſo habe man doch, um allem Streit vorzubeugen, es hier etwas mehr erläutern und beſtimmen wollen. Wann alſo das **Rufen** erkannt, ſo ſolle (§. 88.) es nicht mehr, wie ſonſt manchmal geſchehen, angenommen werden, daß die Procuratoren annoch, ehe das Rufen würklich erfolge, ihre Gewalt, Caution ꝛc. übergäben, ohne die Contumaciam zu purgiren, ſondern ſollten dieſelben, ohne alle Einrede, die Ungehorſams-Entſchuldigung beybringen müſſen. Wenn (nach §. 89.) auf die reproducirten Proceſſe niemand erſchiene, ſey bisher öfters ſtillgeſtanden, und wol erſt nach einem Jahr das **Rufen** adverſus contumacem gebeten, und der Proceß in contumaciam angeſtellt worden. Dieſes aber ſolle nicht mehr geſtat-

1600 tet, und die K. G. O. dahin erklärt ſeyn, daß der Kläger das gebührende Rufen, in termino primo reproductionis der Citation, wider den nicht erſcheinenden bitten, darauf auch ferner längſtens innerhalb 6 Monaten verfahren, oder die Urſache, ſub comminatione abſolutionis a citatione anzuzeigen ſchuldig ſeyn ſolle. Auf die Frage, ob die ſechs Gerichtstage nach erkanntem Rufen continui, oder doch der letzte utilis ſeyn ſolle? ſey, (laut §. 90.) aller gemachten Bedenklichkeiten ohngeachtet, beſchloſſen worden, daß dieſe Täge alle continui ſeyn ſollten. Nachdem auch jedermann auf das Rufen zu erſcheinen ſchuldig, woferne nur die Inſinuation rechtmäßig beſchehen, ſo ſolle (nach §. 91.) das Rufen hinfüro nicht mehr conditionaliter, ſondern pure, erkannt oder abgeſchlagen werden. Ferner wird (§. 92.) geordnet, daß in cauſis mandatorum executorialium, ſodann in citationibus ad reaſſumendum, die circumductio termini, wie bey andern Citationen, Statt haben ſolle. Weil auch (§. 93.) jedermann leicht wiſſen könne, ob Rufen erkannt, ſo ſolle inskünftige ein jeder, ohne weitere Erinnerung, bey ſeinem Erſcheinen den Ungehorſam gehörig entſchuldigen. Wenn aber eine ganze Gemeinde citirt, ſo ſolle (nach §. 94.) es bey dem alten Stil, daß pro purganda contumacia mehr nicht als ein Gulden erfordert werde, bleiben. Wenn Vormünder citirt und außengeblieben, ſo ſolle (laut §. 95.) der Contumacial-Proceß desfalls nur gegen ſie ſelbſt, nicht aber gegen den Unmündigen, dem ſie vorgeſetzt ſind, als dem ihr Ungehorſam nicht ſchaden könne, gerichtet werden. Die vielen Receſſe, die blos ad teſtandam diligentiam, ohne würkliche Handlung, gehalten würden, ſollten fernerhin auch abgeſtellet ſeyn (§. 96.). Bey

der

der Reproduction ſollen (nach §. 97.) alle über- 1600
flüſſige Titulaturen, Erzählungen vom Lauf des Proceſſes, Proteſtationen u. d. g. weggelaſſen, und blos das nothwendige beygebracht werden. Weil auch Zweifel vorgefallen, ob der appellatus, qui citatus eſt, in termino oder poſt terminum, noch intra fatalia erſcheinen, die Citation reproduciren, Rufen begehren, und nach ſechs Gerichtstagen abſolutionem a citatione, durantibus adhuc fatalibus, bitten möge? ſo ſolle (nach §. 98.) es hiedurch beſtimmt ſeyn, daß es bey der General-Diſpoſition der Ordnung auch desfalls verbleibe. Weil auch die Inſtrumenta appellationis manchmal in primo termino nicht gleich, vermöge der Ordnung, vorgebracht, und alſo formalia juſtificiret worden, ſo ſollen (nach §. 99.) inskünftige dieſelben, ſub poena abſolutionis a citatione, in primo termino beygebracht werden. Imgleichen ſey (§. 100.) das documentum requiſitionis in primo termino bey Verluſt der ganzen Sache vorzubringen. Wann bey den Proceſſibus keine compulſoriales anfangs extrajudicialiter ausgebracht worden, habe man gezweifelt, ob deſſenthalben ein documentum requiſitionis cum reproductione citationis beygebracht werden müſſe? demnach ſolle es, (§. 101.) aller Bedenklichkeiten ohngeachtet, bey dem, was desfalls in der K. G. O. und in dem Beſcheid vom 7. Jun. 1585. verordnet worden, verbleiben. Wenn der Appellant nicht in primo termino, ſondern erſt in dem zweyten, bey des Appellaten Erſcheinen, das documentum requiſitionis beygebracht, (nach §. 102.) wobey gezweifelt wurde, ob dieſes nicht zu langſam ſey, und der Appellat desfalls abſolutionem a citatione begehren könne? ſo ſolle hinfort, falls compulſoriales nicht ausgebracht worden, der

Appel-

1600 Appellant damit gehört und abſolutio a citatione erkannt werden. Wann aus dem Beygebrachten klar zu erſehen, daß der Judex primae inſtantiae die Acten nicht verabfolgen laſſen wolle, ſo ſolle (nach §. 103.) der Appellant desfalls nicht gefährdet ſeyn. Damit auch über die gehörige Inſinuation der Compulſorialien kein Streit entſtehen könne, ſo ſollten fernerhin die Boten gehalten ſeyn, auf Verlangen genaue eidliche Nachricht, von der Art ihres Anbringens, und wie es beantwortet worden, zu übergeben, damit man ihnen allen Glauben beymeſſen könne (§. 104.). Die abſolutio a citatione, ex cauſa non factae requiſitionis, ſolle (nach §. 105.) nicht von Amtswegen, ſondern nur auf Bitte des Appellanten, geſchehen. Erſchiene vollends der Appellat gar nicht, ſo ſolle (nach §. 106.) um ſo weniger derſelbe in ſolchem Fall ex officio losgeſprochen zu werden verlangen können. Sollte der Appellat aus bloßem Verſehen, ob defectum documenti requiſitionis, die Losſprechung von der Klage zu bitten unterlaſſen, ſo ſolle ihm, (laut §. 107.) um es nachzuholen, nur noch ad proximam, oder bis der Appellant ein anderes handeln möchte, Friſt geſtattet ſeyn. Weil auch, ob der Kläger, etiam non comparente reo, in primo termino zu libelliren ſchuldig? gefragt worden, ſo verordnet §. 108, daß er auf ſolchen Fall wenigſtens nicht mit der Strafe peremptae inſtantiae zu beladen ſey. Wegen der **Libellen**, wann ſie mündlich oder ſchriftlich zu verfaſſen, ſey bereits in der K. G. O. hinlängliche Vorſehung gethan; wobey man es dann (nach §. 109.) bewenden laſſe; doch aber ſo, daß in ſcriptis libellis allein die narrata Mandati oder acta repetirt, und denſelben die Petition beygefügt werde; und wer auf andere Art libellirte, ſolle pro non libellante gehalten werden.

Auch

Auch ſolle (§. 110.) ferner dem Appellanten frey- 1600
ſtehen, ob er in T. ad libellandum die vorigen Acten mündlich loco libelli wiederholen, oder ſonſten libelliren wolle. Wann jemand (§. 111.) prorogationem termini ad libellandum obtenti gebeten, und dabey in eventum ad acta ſubmittirt habe, hernach doch noch aber elapſo termino einen Libell beybringe, ſo ſolle nicht die zu ſpät eingekommene Schrift, ſondern die repetitio actorum loco libelli angenommen werden. Wann einmal, es ſey mündlich oder ſchriftlich libellirt worden, ſo ſolle (nach §. 112.) keine Variation desfalls auch ante Litis conteſtationem Statt haben. Bey Appellationen ab interlocutoria ſimplici, da (nach §. 113.) ſchon lange befohlen, daß anderſt nicht, als per repetitionem inſtrumenti ſ. ſchedulae appellationis, libellirt werden ſolle, ſo habe es hiebey ferner ſein Bewenden, und hätten die Procuratoren es in rubro allemal anzuzeigen, wenn ſie eine appell. ab interloc. vorbringen wollten. Weil auch wegen der gravaminum appellationum man ſich nicht entſchließen können, (§. 114.) ob man dieſelben ferner zu beweiſen zulaſſen ſolle, oder nicht? ſo viel auch darüber berathſchlaget worden; ſo habe man am beſten gefunden, es bey den Worten der Ordnung, als die auch den gemeinen Rechten gemäß, zu laſſen, und ſomit den gemeinen Beſcheid vom 13. Dec. 1593. wieder aufzuheben [z]). Poſt libellum, und nachdem ſchon Zeit darauf zu handeln gebeten worden, ſolle den Procuratoren (nach §. 115.) freyſtehen, ihre dilatorias vel declinatorias exceptiones mit oder ohne der Eventual-Handlung beyzubringen. Die exceptiones non devolutionis, deſertionis, u. d. g. ſind

z) Von dieſes Beſcheids Inhalt ſ. N. T. R. Hiſt. XVII. B. S. 351.

1600 ſind (laut §. 116.) wenn ſie auch mündlich vorgebracht, aber wohl erwieſen werden, nicht zu verwerfen. Weil auch (nach §. 117.) die Frage entſtanden, ob die exceptiones dilatoriae allein darum zu verwerfen, wenn denſelben nicht die 1570. gebotene Eventual-Handlung beygefügt ſich finde? ſo ſolle hiemit jedem freyſtehen, ſeinen Exceptionen, nachdem er ſolchen vertraue, die Handlung auf ſeine Gefahr anzuhängen, oder nicht. Wenn Exceptiones zuerſt, und hernach abgeſondert die Eventual-Handlung zu rechter Zeit vorgebracht worden, ſo ſolle (laut §. 118.) keine Separation der Gegenhandlung zugeſtanden ſeyn, außer daß, wenn von Verletzung eines priv. de non appellando die Frage wäre, alsdann dieſe Frage zuerſt erledigt werden ſolle. Wenn aber (nach §. 119.) die Exceptionen ante libellum oder doch ſo zeitig vorgebracht worden, daß unmöglich zugleich in cauſa principali, nondum quaſi propoſita, zu handeln, ſo ſolle dieſe Separation Statt haben können. Weil auch manchmal geſchehen, daß dem Gegentheil nur von den Exceptionen, nicht aber von der dabey etwa mit übergebenen Eventual-Handlung, Abſchrift mitgetheilt worden, ſo ſolle inskünftige dieſes abgeſtellt ſeyn (§. 120.). Auch ſollen fernerhin additionales additionalium vermittelſt eidlicher Betheurung, ohne Unterſchied, nicht zugelaſſen, ſondern arbitrio judicis heimgeſtellt werden (§. 121.). Wenn ein Procurator, ſo ad reſpondendum articulis Friſt erhalten, vor Eingebung derſelben verſtorben, mithin der Principal ad reaſſumendum citirt werden müſſe, ſo ſolle dieſem (nach §. 122.) die verfloſſene Friſt nicht ſchaden. Weil auch gefragt worden, (§. 123.) ob die Juramenta dandorum et reſpondendorum, wenn ſie nicht ſchriftlich gebeten, auch im ganzen

Pro-

Proceß nicht geleiſtet, doch noch von dem Richter 1600
den Partenen auferlegt werden ſolle? ſo ſolle zwar dieſes nicht nöthig, doch die Sache auf des Richters Gutbefinden ausgeſetzt ſeyn. Ein gleiches habe (nach §. 124.) mit dem juramento calumniae ſtatt; nicht weniger (laut §. 125.) mit den commiſſionibus ad perpetuam rei memoriam lite pendente. Wenn ferner (§. 126.) bey Commiſſionen nicht gegen alle Commiſſarien Exceptionen vorgebracht, ſondern wenigſtens einer omni exceptione major und tauglich befunden worden, ſo ſolle inskünftige dieſer allein deputirt werden. Weil auch manchmal geſchehen, daß die Beweisführung blos durch den Tod des gegentheiligen Anwalds aufgehalten, und alſo der Proceß geſteckt worden; ſo ſolle fernerhin die erſte dilatio probandi, derentwegen noch bey Lebzeiten des gegentheiligen Procurators plene ſubmittirt worden, dem nóch gegenwärtigen Procurator, ſo dieſelbe gebeten hatte, erkannt werden und laufen; ein gleiches auch in Anſehung der weiter zu begehrenden Friſten geſchehen (§. 127.). Wann commiſſiones ausgebracht worden, ſo ſollen (nach §. 128.) poteſtas tranſſumendi, &c. in optima forma zu verſtehen ſeyn. Wann in contumaciam ein Zeugen-Verhör erkannt worden, (§. 129.) ſo ſolle dem parti contumaci, einen Notarius dazu zu beſtellen, nicht erlaubt, und deſſen in dem Beſcheid nicht gedacht werden. Jedoch ſolle (§. 130.) der Commiſſarius den Gegentheil zu dem actu productionis citiren, oder wann dieſer ſelbſt einen Adjunctum dazu ernennte, denſelben anzunehmen ſchuldig ſeyn. Wann vor Verfließung der erſten Friſt eine zweyte u. ſ. w. gebeten würde, ſo ſolle (nach §. 131.) allemal eine hinlängliche Urſache, warum man die vorige Friſt nicht einhalten könne, benannt

1600 benannt werden; ein bloßer Zuſatz aber, etwa des Inhalts: daß man, alles Fleißes ohngeachtet, die Aufgabe nicht bewürken können; ſolle dazu nicht hinreichend, ſondern der Receß als unſtatthaft, mit vorbehaltener Strafe gegen den Procurator, zu verwerfen ſeyn. Die Prorogation der erſten 3 Dilationen ſey zwar ferner zu ſuchen erlaubt, (§. 132.) aber weiter ſolle keine Dilation, als allein quarta, prorogirt, noch derſelben Prorogation gebeten werden. Wann Zeugen (§. 133.) erſt nach Verlauf der ad producendum rotulum angeſetzten Zeit beeidiget worden, ſolle das Zeugen-Verhör, dieſer kundbaren Nullität wegen, für nicht geſchehen geachtet werden: wenn aber in während der Dilation die Beeidigung vorgegangen, ſo ſolle es bey ſeinen Kräften bleiben. Weil auch manchmal, lange poſt publicatas atteſtationes, erſt von den Procuratoren um Abſchrift derſelben angehalten, und zugleich ihre Friſt zu handeln von dieſer Zeit angehen zu laſſen begehrt werde, (§. 134.) ſo ſolle fernerhin dieſes verboten, hingegen dem Canzley-Verwalter befohlen ſeyn, die Vorſehung dahin zu treffen, daß jederzeit fleißig bemerkt werde, wann und wie oft jeder Procurator um die Abſchriften angehalten, welchen Tag ſie gefertigt, und wann das Schreibgeld entrichtet ſey? welches dann auf die atteſtationes zu verzeichnen. Weiter ſolle (laut §. 135.) in Gemäßheit des R. A. von 1570. poſt publicatas atteſtationes, keinem Theile mehr als zwey Schriften zu übergeben zugelaſſen ſeyn, und ſodann ohnfehlbar beſchloſſen werden. Weil auch bisher (§. 136.) in praefixis extraordinariis von den Koſten, mit vielem Aufſchub der Sachen gehandelt, ſo ſollen fernerhin nicht allein deſignationes expenſarum, ſondern auch exceptiones, in novis eingebracht werden können,

aber

aber nicht leicht zu repliciren erlaubt ſeyn. Bey 1600
dergleichen und anderen Forderungen ſolle allemal (laut §. 137.) der Anſchlag in einer Reichs-üblichen Münze gemacht werden. Wann gegen eine interlocutoriam Reſtitutio in integrum gebeten werde, ſo ſey, wenn ſonſt ein procurator apud acta befindlich, einer beſondern Citation nicht vonnöthen, (§. 138.) ſondern könnten ſolche petitiones alſobald, ſummarie oder articulatim, wie es der Richter für gut finde, vorgebracht werden. Als intereſſe morae, derer bey dem Kammergericht anhängig gemachten Forderungen, ſolle (laut §. 139.) gewöhnlichermaßen fünf vom hundert anzurechnen erlaubt, jedoch dem Kläger auch ein mehreres, ex lucro ceſſante vel damno emergente, zu liquidiren unbenommen ſeyn. Die außer dieſem noch vorgetragene Dubia Cameralia, n. 8. 12. und 32. ſey für dismal zu erörtern nicht möglich geweſen, dannenhero ſie (nach §. 140.) auf den nächſten Reichstag ausgeſetzt bleiben ſollten. Auf denſelben ſollten auch (laut §. 141.) die acht neue, jetzo erſt vorgebrachte Dubia Cameralia verwieſen werden. Indeſſen möge das Gericht dieſe dubia ſelbſt extraordinarie vornehmen, dieſemnach die wohlerwogenen Bedenken ſammlen, und bey Chur Mainz einliefern, um ſie dereinſt an den Reichstag zu bringen. Zwiſchen der Zeit aber ſolle man ſich eines gleichförmigen Verfahrens über dieſe Puncte alle vergleichen, damit keine Partey vor der andern beſchwert zu ſeyn angeben könne. Den ordinem praefixarum betreffend, ſolle das Gericht (nach §. 142.) die Anſtalt machen, daß alle Wochen dreymal, als Montags, Mittwochs und Freytags, jeden Tag eine Stunde, von 9 bis 10 Uhr, in praefixis gehandelt werde. Die Streitigkeiten des Gerichts mit der Stadt

1600 Speyer betreffend, ſo ſollten beider Theile vorgebrachte Beſchwerden wechſelsweiſe mitgetheilt, die Erledigung aber auf die nächſte Reichs-Verſammlung verſchoben werden. Inzwiſchen aber werde beiden Theilen (§. 143.) aufgegeben, friedlich ſich gegen einander zu betragen, und zu keinen neuen Streitigkeiten Anlaß zu geben. Weil auch (nach §. 144.) wegen der Execution, pendente reviſione, große Frage vorgefallen, ob man wenigſtens erga cautionem dieſelbe thun könne und ſolle? ſo ſey dennoch für beſſer befunden, nochmals zu verordnen, daß vor Erledigung der Reviſion mit der Hülfe einzuhalten, hingegen den obſiegenden Parteyen puncto liquidationis in der ihnen zugeſprochenen Sache zu verfahren unbenommen ſey. Jede die Reviſion ſuchende Partey (§. 145.) ſolle auf Verlangen des Gegentheils das juramentum calumniae zu leiſten ſchuldig ſeyn. In cauſis relaxandi arreſti et alimentorum ſolle zwar (dem §. 146. gemäß) die Reviſion zu ſuchen erlaubt ſeyn, doch die Entlaſſung der Gefangenen und Reichung der Alimenten gegen Caution geſchehen. Auch ſolle dieſes nur auf die künftigen Fälle zu verſtehen ſeyn. Uebrigens wolle der Kaiſer möglichſt daran ſeyn, die ordentlichen Viſitationen des K. G. wieder in ihren Gang zu bringen [a]). Die Thätlichkeiten der

a) Dieſes verſprach K. Rudolf der II. 1600. Das nemliche verſprach der kürzlich nach einer kaum zehenjährigen thatenvollen Regierung zur Ruhe eingegangene Joſeph der II. bey ſeiner Krönung. Und nach faſt 200 Jahren iſt dieſer allgemeine Wunſch von ganz Teutſchland, noch nicht erfüllt worden! O! Ihr, auf die das Vaterland mit ſehnſuchtsvollen Augen blicket, Erzfürſten Germaniens! gebet uns bald einen, und nicht bis zur Unmöglichkeit ſelbſt Gutes zu ſtiften beſchränkten Ober-Regenten, der dann auch jenen 200 jährigen frommen Wunſch zur Würklichkeit reifen mache!

der Reichsſtände gegen ſich belangend, ſolle den 1600
bisher deshalb gemachten vielen Verordnungen genau nachgelebt werden. Die Münze belangend, ſo würden allhier alle gute Verordnungen, und inſonderheit das 1559. herausgekommene Münz-Edict auf das beſte beſtätigt und erneuert, auch darauf zu halten jedermann geboten. Inſonderheit wolle der Kaiſer bey ſeinem Bruder, dem Innhaber von Burgund, das ſeinige möglichſt thun, um die Haltung dieſes Edicts auch in dortigem Kreiſe zu bewürken. Da ferner wegen der Moderation und Richtigmachung der Reichs-Matrikel auf dieſem Reichstag nichts genugſames habe gehandelt werden können, ſo wolle der Kaiſer, (nach §. 150.) dem Erſuchen der Stände zufolge, an die Kreiſe ſchreiben, die Mängel der Matrikel in jedem Kreiſe genau zu unterſuchen, und ſolchergeſtalt die Vorbereitung zu einem allgemeinen Moderationstag des ganzen Reichs zu machen. Da man auch (§. 151.) der Verordnung des jüngſten R. A. gemäß, die eingewandten Reviſionen gegen einige Kammergerichtsurtheile vornehmen wollen, dabey aber unterſchiedene Gravamina eingegeben worden, um welcher Weitläufigkeit willen man dismal nicht weiter kommen können, mithin beſchloſſen worden, zu ihrer Erledigung abermals zu Speyer im May des nächſtkünftigen Jahrs zuſammenzukommen, ſo würden alle Reichsſtände beſtens erſuchet, ihre Geſandten genugſam bevollmächtiget und inſtruiret zu rechter Zeit dahin zu ſenden, damit die vorſeyende Sachen alle erörtert werden könnten. Endlich verpflichtet ſich der Kaiſer, (§. 152.) unter Anhängung ſeines Inſiegels, allem dem, was hier geordnet, ſeines Orts auf das beſte nachzuleben, und ein gleiches thun die ſämtlichen Ge-

 ſandten

1600 ſandten der zu dieſer Verſammlung deputirten Stände.„

Unterſchrieben iſt dieſer Abſchied von den vier Kaiſerlichen Commiſſarien [b]), ſodann von den Geſandten der Churf. von Mainz, Trier, Cölln, Pfalz, Sachſen und Brandenburg. Ferner wegen der Fürſten, von Oeſterreich, Burgund, Würzburg, Coſtnitz, Münſter, Bayern, Braunſchweig-Wolfenbüttel, Jülich, Heſſen und Pommern. Wegen der Prälaten war der von Weingarten. Wegen der Grafen, die Schwäbiſche Bank, und für dieſelbe Fürſtenberg. Wegen der Städte, Cölln und Nürnberg. Beſiegelt aber haben den Abſchied, außer den Kaiſerlichen Commiſſarien, die Geſandten von Mainz, Pfalz, Oeſterreich, Bayern, der Prälatiſche, der Gräfliche, und der Stadt-Cöllniſche Geſandte.

Erſte Zuſammenkunft der Proteſt. Da im vorigen Jahre bey der Zuſammenkunft der Proteſtantiſchen Stände zu Friedberg ſo wenig als in dem vorvorigen war ausgerichtet worden, ſo kamen ſie im Anfang dieſes
12. Jan. Jahrs wieder zuſammen, wie ſie damals verſammelt geweſen [c]), aber zu Frankfurt am Main, und mit Ausnahme des Churf. zu Brandenburg. In Betreff deſſen, was daſelbſt verhandelt worden,
4. Febr. ſo zeiget der Abſchied deſſelben [d]) inſonderheit dieſes

b) Dieſe finden ſich ohne Unterſchied, wer Principal- oder Concommiſſarius geweſen, alſo unterſchrieben: Philipp erwählter und beſtätigter Biſchof von Worms: Johann Gr. zu Montfort, Herr zu Tettnang und Argen: Eberhard Wambald von Umſtatt, und Joh. Jacob Streit, beide der Rechte D. Ihrer K. M. Räthe.

c) ſ. oben zu Anfang der Geſch. von 1599.

d) Londorp acta publ. P. III. C. VII. p. 522. ſq. Ein Auszug davon ſtehet auch bey Struv Geſch. der Reli-

ſes gleich anfangs, daß, durch die Abweſenheit 1600
des Chur-Brandenburgiſchen Geſandten, in Betreff der näheren Zuſammenſetzung der Proteſtantiſchen Stände der Schluß gehemmt worden, indem Heſſen, als mit Churbrandenburg in Erb-Einigung ſtehend, ohne dieſes in nichts ſich einlaſſen wollte. „Die Beſuchung des Deputations-Tags betreffend, heißt es ferner, wolle man ſich zwar davon nicht ausſchließen, aber nicht zugeben, daß andere als die 1598. dahin verwieſene Sachen vorgenommen würden. Sodann wegen Burgund und Coſtnitz ſolle man, wo möglich, da die Sachen ſich einigermaßen, doch nicht ganz, geändert, es dahin zu treiben ſuchen, daß dieſe beide Stände ſich verpflichten müßten, dem Reichs- und Coblenzer Kreis-Abſchied, binnen einer gewiſſen Zeit noch völlig Folge zu leiſten, auch die Kriegskoſten zu erſetzen. Sollte aber dieſes nicht zu erhalten ſtehen, ſo wären wenigſtens die Geſandten dieſer Stände nicht anders als vermittelſt einer Proteſtation, daß man ſich hiedurch der Executions-Ordnung und Abſchiede nicht begeben, noch der correſpondirenden Kreiſe Oberſten etwas vergeben wolle, endlich zuzulaſſen, welches jedoch die Geſandten noch ad referendum nehmen wollen. Uebrigens ſolle man, dem Abſchied vom 12. Dec. v. J. zufolge, bey allen Fällen, wo nöthig, möglichſt zuſammenhalten. Wegen der Türkenſteuer ſey der Unterſchied zu machen, daß man das ſelbſt bewilligte freylich bezahlen müſſe, was aber per majora aufgedrungen werden wolle, nicht; und wenn derenthalben Execution gethan

Religions-Beſchwerden, I. Th. III. Cap. §. 43. Ganz findet ſich derſelbe auch bey Lünig R. A. P. ſpec. I. Th. S. 263. und bey *Du Mont* Corps Dipl. T. V. P. II. p. 1.

1600 than werden wolle, man auf Gegenwehr bedacht ſeyn müſſe. Uebrigens ſey nun ein Schreiben an den Kaiſer (von dem auch ein Aufſatz gemacht worden [e]),) abzulaſſen, des Inhalts, daß man, wenn Er, der K. verſchaffen wolle, daß ſeinen eigenen Mandaten und dem Coblenzer-Abſchied nachgelebt, die Gränzen geſichert, die Kriegskoſten erſtattet, und der Handel wieder frey gemacht würde, man die hinterſtelligen bewilligten Steuern erlegen wolle: Sonſten aber wäre es unerträglich. Weiter, die **Hofproceſſe** betreffend, ſo ſolle es dieſerhalben bey dem, was 1598. verabredet worden, bleiben; und ſolle man nun auf Mittel bedacht ſeyn, wie dieſe Sache bey dem Kaiſer zu betreiben ſey. Da auch inſonderheit die **Straßburgiſche Sache** [f]) jetzo in ſo beſchwerlichen Terminis ſtehe, als jemals, ſo müſſe man dieſelbe, mit Inbegriff der Lothringiſchen Forderungen, beyzulegen vorzüglich bemühet ſeyn. Die **Kreis-Executionskoſten** belangend, ſo hätten die meiſten Stimmen dafür gehalten, daß die im vorigen Jahr beyſammengeweſenen correſpondirenden Kreis-Stände die vorgeſchlagenen **fünf und ſiebenzig Monate**, indeſſen, bis man von den übrigen Kreiſen die Auslagen wiederbekommen könne, darſchießen,

e) Dieſes unter dem nemlichen 4. Febr. an den K. abgelaſſene Schreiben, iſt der Rubrik nach in dem Ind. Arch. Onold. T. LXXVI. n. 1. angegeben, mit den Unterſchriften von Chur-Pfalz, Chur-Brandenburg (welchem Stande es alſo muß zugeſchickt worden ſeyn), des **Marggr.** von **Brandenburg**, des **H.** von **Braunſchweig**, des Landgr. **Moritz** von **Heſſen**, und des **H.** von **Lauenburg**.

f) Als welche, durch die ſechs zu Speyer beyſammengeweſenen Schiedsrichter, dem Kaiſer zur Entſcheidung heimgeſtellt worden war, (N. T. Reichsgeſch. XVII. B. S. 276.) und ſich durch den, oben S. 19. u. f. erwähnten Vergleich, um nichts beſſer befand.

ſchießen, um den 3 Kreis-Oberſten ihre Vorlage 1600
einſtweilen wiederzugeben. Da aber Chur-Pfalz ſeine Geſandten ſchlechterdings hierin zu nichts weiter, als ſeinem Kreis-Contingentmäßigen Beytrag, inſtruirt hätte, ſo hätte auch hierin kein Schluß gefaßt werden können. Schließlich, die majora vota belangend, ſo ſeyen dieſelben zwar in Kreis-Juſtiz- und ſonſtigen in den Reichsgeſetzen beſtimmten Sachen, für entſcheidend anzunehmen. In **Religionsſachen** aber, **Aufrichtung neuer Conſtitutionen**, oder **Erklärungen** der ältern, ſodann **Verwilligungsſachen**, zumal für fremde Reiche, ſolle man ſich nicht durch die majora bezwingen laſſen. **Brandenburg-Onolzbach** aber ſolle alles geſchehene dem **Churf. von Brandenburg** treulich zu wiſſen thun.„

Da indeſſen die Kaiſerlich-Fiſcaliſchen Proceſſe gegen die die Türkenhülfe zurückhaltenden Proteſtantiſchen Stände immer fortgingen, verſchrieb Churfürſt Friederich der IV. von der Pfalz, zu der nemlichen Zeit, als viele von dieſen ohnehin zu **Speyer** bey dem **Deputationstag** verſammelt waren, noch mehrere derſelben, um über die Art, wie man ſich dieſer Proceſſe erwehren ſollte und könnte, zu berathſchlagen, welche dann nachfolgenden **Abſchied** g) verabredeten und unterſchrieben h). „**Erſtlich** ſolle in Betreff der **Hof**pro-
Zweyte Zuſammenkunft der Proteſt. Stände.
27. Oct.

g) Auch dieſen hat Londorp, P. III. L. VII. p. 552. ſqq. *Du Mont* T. V. P. II. p. 7. Lünig R. A. P. ſpec. I. Th p. 265.

h) Die unterſchreibenden Stände waren, außer Pfalz, noch Churbrandenburg, Straßburg (das Biſthum), Pfalz-Zweybrück, Brandenburg (der Marggräfliche Geſandte, deſſen Original-Inſtruction zu dieſer Zuſammenkunft in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXXVI. n. 48. angegeben wird d. d.

1600 proceſſe ein zu dem Ende aufgeſetztes Schreiben [i]) an den Kaiſer, wo möglich im Namen aller Proteſtantiſchen Stände, abgelaſſen werden. Zu dem Ende ſollten ſämtliche hier unterſchriebene Stände ihr Gutachten darüber binnen 6 Wochen an Pfalz einſchicken, damit es der Churfürſt alsdann gleich ausfertigen, und den übrigen Theilhabern zur ebenmäßigen Vollziehung überſenden könnte. Binnen dieſer Zeit aber ſollte auch jeder Stand, die dabey benannten anderen Proteſtantiſchen Stände zu gewinnen, ſein möglichſtes thun, damit ſie alle Theil nähmen. Sollten aber auch nicht alle zu gewinnen ſeyn, ſolle jedoch dieſes Schreiben, im Namen der dazu ſtimmenden, an den Kaiſer abgehen. Sollte nun auf dieſes Schreiben keine oder eine widrige Antwort erfolgen, ſo ſolle alsdann 2) eine Geſandtſchaft von zwey Churfürſten, zwey Fürſten, zwey Grafen, und zwey Städten, (von denen jedoch keines ſelbſt in einem Hofproceſſe Kläger wäre) an den Kaiſer abgeordnet, ihr Creditiv

d. d. 16. Oct. e. a., das Creditiv aber an Chur-Pfalz, n. 46.), Braunſchweig-Wolfenbüttel, Baden-Durlach, Pommern, und Naſſau-Dillenburg. Die Geſandten des Adminiſtrators der Chur Sachſen, welche doch den Deputationstags-Abſchied, drey Tage ſpäter, den 30. Oct. mit unterſchrieben haben, ſcheinen demnach bey dieſen Zuſammenkünften nicht gegenwärtig geweſen zu ſeyn: vermuthlich wegen der Directorial-Streitigkeiten. Warum aber die Heſſiſchen Geſandten, da doch des Landgraf Moritz ſeine mit auf dem Deputationstag geweſen, und ſolcher ſonſt immer bey dieſen Verſammlungen mitgehalten, nicht hiezu inſtruirt worden, wie in dem Abſchied ſtehet, weiß ich im geringſten nicht anzugeben.

i) Dieſes fehlt bey Londorp, ſo wie alle andere in dem Abſchied angezogene Beylagen.

tiv aber von allen Ständen, die man zur Theil- 1600
nehmung bringen könne, unterſchrieben werden. Zu dieſer Schickung ſolle jeder Stand einen **halben Monat** erlegen. Die Geſandtſchaft ſolle zugleich dahin inſtruirt werden, daß ſie, falls gar nichts vom Kaiſer zu erlangen, noch vor dem Abzug von ſeinem Hof, feierliche Proteſtation einlege, wasmaßen ihre Principalen demohngeachtet ſich den **Hofproceſſen** immermehr zu unterwerfen gedächten [t]). Was aber weiter in ſolchem Fall, 3) wenn gleichwol mit den **Hofproceſſen** weiter fortgefahren werden wolle, zu thun ſey, müſſe ſodann in einer neuen Zuſammenkunft überlegt werden. **Zweytens**, die **verweigerte** Türkenhülfe betreffend, ſo müſſe es, da der Kaiſer die in dem letzten Schreiben an ihn [l]) geſetzte Bedingungen, unter welchen man zahlen wolle, im geringſten nicht zu erfüllen trachte, bey dieſer Verweigerung bleiben, wesfalls man ein zu dem Ende aufgeſetztes Schreiben an den K. erlaſſen wolle. Uebrigens wolle man von allen ſolchen beſchwerlichen Urtheilen in fiſcaliſchen, die Türkenhülfe betreffenden Sachen, um nicht aus den Schranken des Rechts zu weichen, die **Reviſion** ergreifen, und desfalls den Procuratoren, dabey allezeit zuſam-

 men-

t) Daß dieſe Geſandtſchaft an den Kaiſer auch würklich habe vor ſich gehen müſſen, zeigt der Ind Mſc. Arch. On. T. LXXVI. n. 40-43. welche Nummern die Kaiſerlichen Reſolutionen, die Proteſtationen der Geſandten dagegen, und die Relationen der letzteren von ihrer Verrichtung, enthalten. Es erging aber dieſe Geſandtſchaft im Aug. 1601.

l) Der Aufſatz hievon iſt in dem reichhaltigen Onolzb. Archiv zu finden, laut des Ind. Mſc. Act. Com. T. LXXVI. n. 26. d d. Onolzb. 29. Apr. 1600. Alldorten ſind auch zwey dahin gehörige ſonſtige Schreiben befindlich n. 19. 25.

1600 menzuhalten, anbefehlen. Wenn aber auch dieſes nicht fruchten ſollte, ſo müſſe man auf einem andern Tage ſehen, was zu thun ſey. Drittens, die Straßburgiſche Sache belangend, ſo ſey ſolche als eine gemeine Religions-Sache anzuſehen, und zu behandeln, wesfalls dann, da jetzo die Geſandten hiezu nicht hinlänglich inſtruirt werden können, auf den 18. Jenner 1601. ein neuer Tag zu Friedberg gehalten werden, und daſelbſt ſich jeder mitunterſchriebener Fürſt durch ſeine Geſandten, ohne beſondere Erforderung, einfinden, auch wo möglich die anderen Proteſtantiſchen Stände, dieſem Tage mitbeyzuwohnen, bewogen werden ſollten. Inzwiſchen aber ſey Frankreich, als Beyſtand und Handhaber des Saarbrückiſchen Vergleichs, in dem desfalls aufgeſetzten Schreiben um Beyhülfe zu erſuchen. Viertens, die bey der Venediger Expedition [m]) ausgelegte Kriegskoſten betreffend, habe man ebenfalls zu keinem Schluß kommen können, weil nicht alle Geſandten dazu inſtruirt geweſen: deswegen dieſe

m) Was dies für eine Expedition gegen Venedig ſey, kann ich in der ganzen Geſchichte nicht finden. Faſt denke ich, daß Venediger ein freylich lächerlicher Druckfehler für verndiger ſey; denn noch heutzutage iſt vern, oder fern, oder firn, ein Provincial-Ausdruck anſtatt vorjährig; welchemnach der vorjährige Zug gegen den Mendoza hier verſtanden werden könnte, von deſſen Koſten ſchon in den vorigen Zuſammenkünften gehandelt worden war. Struv a. a. O. S. 415. hat ohne Bedenken hier eine Venetianiſche Kriegsexpedition niedergeſchrieben; daß aber würklich von keinen andern, als den von mir angeführten Kriegskoſten, die Rede auf der Zuſammenkunft geweſen, zeigt die Ueberſchrift eines Brandenb. Schreibens an Chur-Pfalz d. d. 16. Oct. e. a. in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXXVI. n. 45.

dieſe Sache auch, bis zur nächſten Zuſammen- 1600
kunft, ausgeſetzt bleiben müſſe. Fünftens, da auch, bey dem nunmehr geendeten Deputationstag, wegen der vier Klöſter Reviſions-Sachen vieles gehandelt worden, auch der Fortgang derſelben den Proteſtanten unwiederbringlichen Schaden bringen könnte, ſo ſey auf dem nächſten Tage daran zu denken, was man desfalls zu thun habe. Endlich würde es gut ſeyn, daſelbſt auch über die beiden Puncte völlig inſtruirt einzuſtellen, 1) wie die ordinären Viſitationen des Kammergerichts wiederum in Gang zu bringen? 2) wie man ſich Evangeliſchen Theils eines gleichmäßigen Verſtands aller im Religions-Frieden begriffener ſtrittiger Puncten vergleiche, darnach man ſich auf Reichs-, Kreis- und Deputations-Tagen, und eben überall, gleichmäßig richten und für Einen Mann ſtehen könne? Ganz zu Ende folgt das abermalige wechſelsweiſe Verſprechen der zu beobachtenden genaueſten Verſchwiegenheit [n]).,,

In dieſem Jahr findet man auch, daß die Stände des Fränkiſchen Kreiſes gleich im Jenner beyſammen geweſen, und zu Nürnberg einen Abſchied verfaſſet [o]), wovon hier das weſentlichſte $\frac{10}{20}$ Jan.
folget: Zuerſt das Geſuch um Sitz und Stimme Fränkiſcher Kreistag und Abſchied
beym Kreis wegen der Grafſchaft Wertheim belangend, ſo ſolle ſolches, weil es zu ſpät eingelangt, ad referendum genommen, und auf dem nächſten Kreistag erledigt werden. Zweytens, da der

n) Die Protocolle dieſer Zuſammenkunft ſind in dem Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXVII. n. 56. 57. dem Titel nach befindlich. Die Relationen der Brandenb. Geſandten aber n. 65. 66., der Abſchied ſelbſt n. 62. u. f.

o) F. C. von Moſer Fränkiſche Kreisabſchiede I. Th. n. 1.

1600 der **Biſchof von Würzburg**, wegen einiger im Hennebergiſchen ihm heimgefallenen Güter, von denen er beſondern Reichs- und Kreis-Matricular-Anſchlag gebe, abermals um ein Kreis-Votum angehalten, dabey proteſtirend, daß er die Entſcheidung der Sache, falls man ihm Schwierigkeit mache, niemand als Kaiſer und Reich heimzuſtellen gemeinet ſey: ſo habe man die Sache reiflich überlegt. Weil aber **Würzburg** desfalls nie eine Stimme hergebracht; andere Stände des Kreiſes auch in gleichem Fall mit beſonderen Beſitzungen wären, die ſie zu Reichs- und Kreis-Anlagen ordentlich verſteuerten, und doch keine beſondere Stimme verlangten, u. ſ. w. ſo könne man dieſem Geſuch nicht willfahren. **Drittens**, die von dem **Marggrafen von Brandenburg**, als **Kreis-Obriſten**, wegen des **Zugs** nach den **Niederlanden** gemachte Erſatz-Forderung betreffend, ſo könne man, da der Marggraf nicht nach den Kreis-Abſchieden in allen Stücken verfahren, auch der Weſtfäliſche Kreis, den die Hülfe eigentlich angegangen, derſelben ſelbſt entſagt p), überdieſes ja der Marggraf bereits zwölf **Monate** von dem Kreiſe erhalten, u. ſ. w. ihm jetzo, zumal bey den übrigen großen Ausgaben, unmöglich ein weiteres verwilligen. Bey welchem Schluß es dann auch, des Brandenburgiſchen weitern Vorbringens ohngeachtet, bleiben müſſe. **Viertens** wurde auf ein Schreiben des **Kaiſers**, wie auch des **Kammerrichters** zu Speyer, wegen der **Fränkiſchen Präſentation**, beſchloſſen, daß die weltlichen Stände, an denen dismal die Reihe, ſolche forderſamſt bewürken ſollten. **Fünftens** wird wegen einiger **reſtirenden Officiers**-Bezah-

p) Eine ſolche Entſagung habe ich noch in der Geſchichte nicht finden können.

Bezahlungen, und ſechſtens wegen einiger ge⸗ 1600
meinen Kreis⸗Auslagen, die Zahlung beſchloſſen. Dieſer Schluß iſt von allen gegenwärtigen Kreisſtänden unterſchrieben. Jedoch ſetzte der Brandenburgiſche Geſandte eine Proteſtation bey, in ſoferne der Schluß ſeines Herrn Forderung betreffe. Der Heſſiſche wegen Hennenberg, behielt ſich ſein Votum in Belang der Brandenburgiſchen Forderung vor. Und der Schwarzenbergiſche unterſchrieb nur unter der gewöhnlichen Proteſtation wegen des Seſſions⸗Streits mit **Limburg**.

Einen Abſchied des Churkreiſes, die **Münze** betreffend, und zwey dergleichen von den drey correſpondirenden Kreiſen, d. i. Bayern, Franken, Schwaben, führe ich nur an, weil ſie nichts wichtiges enthalten [q]).

Nun die **Niederländiſchen Begebenheiten** [r]) belangend, ſo iſt bey dem vorigen Jahre einer Kaiſerlichen Friedensgeſandtſchaft und deren Bemühungen gedacht worden. So ſehr nun dieſe bey den General⸗Staaten ihren Vortrag machen zu können wünſchte, ſo wenig wurde ihr doch ſolches zu Theile, denn die Generalſtaaten antworteten zum zweytenmal aus dem **Haag**: Sie hätten

Niederl. Begeb. Friedensbemühungen.

31. Jan.

q) Sie ſtehen bey Hirſch Münz⸗Archiv III. B. S. 152⸗162., der erſte iſt d. d. Mainz 5. May st. n. 1598. die beiden anderen von Regenſpurg $\frac{7}{17}$ May und Augſpurg $\frac{1}{2}\frac{2}{3}$ Oct. e. a.

r) Meteren XX. B. S. 933. und der aus ihm, wie gewöhnlich, ganze Seiten faſt von Wort zu Wort ausſchreibende Khevenh. T. V. S. 2264. u. f. *Thuanus* L. CXXIV. p. 899. ſqq. *Grotius*, Ann. L. IX. *Reidanus*, Ann. L. XVII. *Sleidan. cont.* L. VI. p. 259-262. et 267-272. *Haraeus*, ad h. a. und der neuere Waagenaar T. IV. L. XXXII. h. a.

1600 hätten der Geſandten zweytes Schreiben reiflich erwogen, könnten aber eben ſo wenig als vorhin ſich zu Ertheilung des verlangten Geleits entſchließen; einestheils ſeyen der Friedens-Unterhandlungen halber die nemlichen Hinderniſſe noch vorhanden, die vorhero geweſen; anderntheils die Bedrückungen des Kriegsvolks betreffend, ſo ſey ja nichts dergleichen mit ihrem Willen oder aus Befehl geſchehen, doch wollten ſie die genaueſte Sorgfalt anwenden, daß dergleichen nichts weiter vorgehe, ſo daß Kaiſer und Reich mit ihren Anſtalten zufrieden ſeyn würden. **Emmerich** und das Zollhaus, ſo ſie noch inne hätten, wollten ſie ſogleich wieder herausgeben, nichts mehr auf dem Reichsboden einnehmen, auch keinen Durchmarſch mehr nehmen, wenn nur die Spanier ein gleiches thäten und zu thun ſich verpflichteten, wie ſie, die Staaten, ſich mehrmal erboten hätten. Da aber die Spanier dieſes nicht thäten, und nur **Rees** alleine, nicht den Kaiſerlichen Befehlen zufolge, ſondern anderer Urſachen halber verlaſſen hätten, ſonſt aber **Rheinberg** noch immer behielten, und neuerlich noch das Stift **Lüttich** zu verwüſten ſich unterſtanden, u. ſ. w. ſo könne man nicht von ihnen allein alles verlangen. Alſo brauche es keiner weiteren Unterhandlungen durch die Geſandten [s]). Mit ſolchem Beſcheid mußten dann dieſe, ſo viel die **Holländer** betrifft, ſich begnügen laſſen, und ihren anderen Auftrag, nemlich zu **Brüſſel**, zu verrichten bedacht

s) *Grotius* L. VIII. in fol. ſagt, man habe ſonderlich auf Rath der Provinz Holland aus der Urſache die Geſandten nicht zugelaſſen, damit man auch nicht einmal vom Frieden ſprechen hörte, da die anderen Provinzen wegen der großen Koſten ſchwierig waren, und alſo dergleichen Reden der Einigkeit hätten gefährlich werden können.

dacht ſeyn. Alldorten wurden ſie freylich als Ge- 1600
ſandte, die vom nächſten Blutsfreunde des Erzh. um ihm Glück zu wünſchen kamen, herrlich aufgenommen, aber wegen alles deſſen, was ſie ſonſt noch auszurichten hatten, als der Rückgabe von Rheinbergen, und ſonſtigen Begehrens zum Beſten der bedrängten Reichsſtände, mit lauter allgemeinen Verſicherungen abgeſpeiſet. Und vielleicht wollte der Kaiſer ſelbſt nur dieſes, und nicht mehreres, als der nicht nur von Verwandtſchafts-, ſondern auch Religions-wegen die Spanier heimlich begünſtigte, ſo wie hingegen die Proteſt. Stände im Reich den Holländern, der Religion halber, unter der Hand zugethan waren [ſſ]).

Kleinere Kriegsbegebenheiten.

Indem dieſes mit den Geſandten vorging, zeigten die Holländer auch durch die That, wie wenig ſie Frieden verlangten, da ſie bereits im Anfang des Jahrs unter Gr. Ludwig von Naſſau auf Wachtendonk in Geldern losgingen, die zu ſchwache Beſatzung überrumpelten, und, jedoch nach einer unglaublichen Gegenwehr [t]), gefangen nahmen, worauf Gr. Moritz es wohl befeſtigen und mit allem verſorgen ließ. Indeſſen nahmen bey den Spaniern, wegen rückſtändigen Solds der Kriegsvölker, die Meutereyen ſo überhand, daß der Erzherzog und Mendoza alle ihre Sorgfalt

23. Jan.

ſſ) Wie letzteres auch der gleichzeitige *Thuan.* L. CXXI. p. 865. bemerket.

t) Meteren erzählt unter andern, S. 938. daß eine Dienſtmagd daſelbſt mit einer Ofengabel eine Leiter, darauf fünf Holländer in die Feſtung ſteigen wollten, umgeworfen habe. Bey ebendemſelben S. 939. iſt auch ein ſonderbares freywilliges Gefecht von zwanzig Holländiſchen Soldaten und ihrem Officier gegen vierzig Spaniſche weitläufig beſchrieben zu leſen. S. auch von letzterem *Grot.* L. IX. p. 383.

1600 falt vom Feinde dahin wenden mußten, um ſolche zu ſtillen. Deshalb wurde inſonderheit ein großer Landtag nach Brüſſel ausgeſchrieben, und daſelbſt den verſammelten Ständen die Erklärung gethan, durch den Präſidenten Richardet, daß die Noth jetzo außerordentliche Mittel erheiſche. Aus Spanien habe man jährlich nur 250000 Kronen zu hoffen, das übrige zu Krieg und Frieden müſſe aus dem Lande herbeygebracht werden, wozu man alſo ſie erſuche, Rath ſchaffen zu wollen. Inſonderheit, da unter beiden vorigen Regierungen die Domanial-Güter meiſtens ſeyen veräußert oder doch mit Schulden beſchwert worden, ſo möchten doch die Landſtände ſolche frey zu machen und wiederum herbeyzubringen ſuchen, indeſſen aber der Herrſchaft für ſtandesmäßige Verpflegung beſorgt ſeyn, worüber man lange Zeit Unterhandlung gepflogen, ehe dasjenige zu Stande gebracht worden, was weiter unten folgen wird, wenn wir wiederum etwas von den inzwiſchen vorgefallenen Kriegs-Handlungen werden erzählt haben. Pr. Moritz nemlich, um aus den vielen Meutereyen bey Zeiten Vortheil zu ziehen, griff bey noch ſehr feuchter kalter Witterung Crevecoeur und die Andreas-Schanze bey Herzogenbuſch an, von welchen Er die erſtere auch kurz nachher, die andere aber nach ſcharfer Gegenwehr eroberte. Da in dieſer ſehr feſten Andreas-Schanze der meiſte Theil der Beſatzung mit von den ſchwierig-gewordenen war, ſo ließ ſich ſolche deſto lieber zur Uebergabe bewegen, da dann, gegen Erlegung des rückſtändigen Solds, ohngefähr 1200 Mann gar Dienſte bey den General-Staaten nahmen [u]), und in

Landtag in Brüſſel. 28. Apr.

Eroberung der Andreas-Schanze. 21 Merz. 25 Merz. 10 Mai.

u) Meteren, welcher die ganze Capitulation mit eingerückt hat, XXI. B. S. 946. und *Grotius*, L. IX. p. 384. ſq.

in die Beſatzungen vertheilt wurden, auch hernach, 1600 als ein altes verſuchtes Kriegsvolk, herrliche Dienſte thaten, von den Spaniern aber dafür als Verräther die härteſte Behandlung, wenn man ihrer habhaft wurde, ausſtehen mußten. Außer dieſer wichtigen Feſtung bekam Pr. **Moritz** auch um ſolche Zeit die Grafſchaft **Mörs**, welche zwar auf Reichsboden gelegen, aber ihm und dem Hauſe Naſſau durch der letzten eben verſtorbenen Gräfin, **Walburg**, Teſtament angefallen war, obwol er ſie vorjetzt noch nicht in Beſitz nehmen konnte, da der Herzog von Jülich ſie gleich nach der Gräfin Tode hatte beſetzen laſſen. im Mat.

Unter allen dieſen für die Holländer ſo günſtigen Kriegs-Umſtänden kamen doch **Friedenshandlungen** um dieſe Zeit auf die Bahn, da die obgedachte Kaiſerliche Geſandten, unter anderm Vorwand, nach Haag gelaſſen wurden, welche dann wegen allerhand **Bedrückungen**, die den Reichsſtänden durch die Holländer geſchehen, Vorſtellung thaten, zuletzt aber die Generalſtaaten erſuchten, zum Frieden die Hand zu bieten und einen Ort zu den Unterhandlungen zu benennen. Die Generalſtaaten erklärten ſich hierauf in Betreff der andern Gegenſtände, als Wiedergebung von Emmerich, u. d. g. ganz willfährig, nur wegen der Friedens-Unterhandlungen wiederholten ſie mündlich, was ſie in dem kürzlich gedachten Schreiben an die Geſandten ſelbſt erwehnt hatten, nemlich daß aus den angegebenen Urſachen ſie ſich keine Hoffnung zu einem dauerhaften Frieden machen dürften, alſo alle Unterhandlung vergeblich ſeyn werde. Und obwol die Geſandten nochmals darum anhielten, daß die Generalſtaaten die Friedensvorſchläge nicht ganz abweiſen, ſondern die ſchon ſo lange vorgeweſene Reichsgeſandtſchaft

Friedenshandl.

7. Jun.

1600 ſchaft des Friedens halber annehmen und ihr Gehör geben möchten, ſo blieben doch die Staaten auf ihrer Erklärung und antworteten, dergleichen Geſandtſchaft ſey ganz unnöthig. Indeſſen räumten ſie, um ſich doch in etwas willfährig zu bezeigen, im Jun. gleich hernach Emmerich dem Herz. von Cleve wieder ein, welcher hernach auch Geſandten nach Brüſſel ſchickte, um Rheinberg wieder zu begehren, die aber doch keine gewiſſe Antwort bekamen.

Holländ. Einfall in Flandern. Indeſſen dachte Pr. Moritz den Spaniern, deren Kriegsvolk noch immer meiſtens aufrühriſch war, einen recht empfindlichen Streich durch Eroberung noch eines oder andern Seehafens zu verſetzen, zog dannenhero 800 = 1000 Schiffe und 12000 Mann zu Fuß, wie auch 2000 zu Pferde, zuſammen, verſahe ſich mit gehöriger Munition, fuhr ſo von der Mündung der Schelde hinauf, bis gegen den Gentiſchen Hafen, oder Sas von 21. und 22. Jun. Gent, und ſtieg bey dem Fort Philippine ans Land, wo er einige Schanzen und kleine Oerter in der Eile wegnahm, ſodann bey Brügge vorbey bis Oſtende vorrückte. Von da ging er weiter bis Nieuport, welches er belagerte. Erzh. Albrecht, als Er von dieſem Einfall Nachricht bekam, ging ihm von Brüſſel aus, wo der obgedachte Landtag noch immer beyſammen war, mit allem Volk, was er nur aufbringen konnte, ſogar von ſeiner heldenmüthigen Gemahlin bis Gent begleitet, entgegen, hatte, ſonderlich durch der letzteren Zureden und Verſprechungen, das Glück, die meiſten aufrühriſchen Spaniſchen und Italiäniſchen Soldaten an ſich zu ziehen, welche jedoch nicht unter ihrer gewöhnlichen Officiere, ſondern der neuen Befehlshaber, die ſie Eletti [b]) nennten, Anfüh-

b) Ein Italiäniſches Wort, ſo gewählte Hauptleute anzeigt.

Anführung erſchienen, worauf ſich Iſabelle zu- 1600
rückbegab. Er hatte nun ſolchergeſtalt an die 11000 Mann zu Fuß und 1400 zu Pferde, gutes verſuchtes Volk, dabey brave Officiere, inſonderheit den berühmten **Mendoza.** Mit dieſen zog er nach Gent, von da gegen **Brügge,** und nahm **Oudenborg** in Einem Tage weg, wie auch 30. Jun.
Schaaßkerken und **Bredene,** allwo die Beſatzungen gegen das gegebene Wort alle niedergehauen wurden. Prinz **Moritz** ſchickte ihm den Grafen **Ernſt von Naſſau** mit zwey Regimentern zu Fuß und 4 Fahnen Reutern entgegen, um den feſten Poſten und die Brücke bey **Leffingen** zu beſetzen. Als er ankam, waren die Spanier ſchon da; die Seinen, über den unerwarteten Anblick erſchrocken, liefen aus den Reihen; die Spanier griffen ſie an, ſchlugen ſie in die Flucht, hieben faſt das ganze Fußvolk nieder, und zerſtreueten die Reuterey. Als Prinz **Moritz** dieſen Verluſt erfuhr, ſuchte er ihn möglichſt geheim zu halten, verließ die Belagerung von **Nieuport,** und rückte, die Seinigen zu ſiegen oder zu ſterben ermahnend, dem Erzherzog über die gemeldete Leffinger Brücke entgegen. Beide Heere waren einander gleich. Die Spaniſchen aufrühriſch geweſenen Soldaten brannten vor Begierde zu fechten. Als daher beide Kriegsheere nicht gar weit von dem belagerten **Nieuport,** zwiſchen den beiden Dörfern **Weſtende** und **Witenskerk,** an einander ſtießen, war das Treffen unvermeidlich. Prinz **Moritz** ließ eine geringe Anzahl Mannſchaft vor der belagerten Stadt, ſchickte alle Schiffe, dergleichen mit Proviant oder Munition wol 100 angekommen waren, nach **Oſtende,** um den Soldaten die Hoffnung einer ſichern Flucht zu benehmen, ermahnte ſeine Leute, ihr Vertrauen auf

Gorße Schlacht bey Nieuport.

1600 Gott zu ſetzen, und zu ſiegen oder zu ſterben, fiel darauf ſamt dem ganzen Heer auf die Knie, und bat um glücklichen Ausgang der Schlacht, zu welcher er nun nach dem Gebet alle Anſtalten machte, ſo wie auf ſeiner Seite der Erzh. Albrecht auch die Völker zum Angriff ſich rüſten ließ, und tapfer zu ſtreiten ermahnte. Doch verzog ſich der Anfang des Streits bis Nachmittags zwiſchen 3 und 4 Uhr, da der Vortrab von beiden Seiten handgemein wurde; eine Zeitlang hernach die Reuterey, ferner der Mittel- oder Hauptzug, und endlich auch der Nachzug. Beide Theile ſtritten mit außerordentlicher Tapferkeit. Schon hatte die Schlacht drey Stunden gedauert, zwiſchen welcher Zeit jedoch das austretende Meer, ganz nahe an welchem die Schlacht war, auch einmal eine Pauſe gemacht, und man wußte noch nicht, wer Sieger ſeyn würde. Graf Moritz, den Helm auf dem Haupt, den Commandoſtab in der Hand, ritt um die ganze Schlacht-Ordnung, und verſprach den Seinigen, mit ihnen zu leben und zu ſterben. Auf der anderen Seite ließ auch der Erzherzog es an nichts ermangeln, was einem tapfern Feldherrn gebührte, ſtellte ſich ſelbſt an die Spitze der aufrühriſch geweſenen, und drang mitten in die Feinde. Endlich, Abends gegen 7 Uhr, griff Moritz mit einem Haufen Reuterey einen friſchen Haufen Spaniſcher Reuter an, der eben noch den Seinigen in den Rücken fallen wollte. Dieſe wurden durch den unvermutheten Anfall aus der Faſſung gebracht, und flohen. Die ſiegende Reuterey eilte ihnen nach, Victoria rufend. Da wuchs den Holländern der Muth, ſo wie der Spanier ihrer bey dieſem Laute zu ſinken anfing. Erſtere aber griffen, als wenn ſie es abgeredet hätten, überall ſo mit verdoppeltem Eifer

an, bis endlich die Spaniſchen Truppen zu wei- 1600
chen anfingen, und da die Sieger immer mehr auf ſie drungen, ganz die Flucht ergriffen, bis auf 4000 Teutſche, die ſich in der Ordnung zurückzogen. So behielt dann endlich **Moritz** das Schlachtfeld, wobey ihm ſechs Stücke, die er bey ſich hatte, und ſehr gut bedient wurden, vortrefflich zu ſtatten kamen, wie auch dieſes, daß er ſo eine Stellung genommen hatte, vermöge welcher den Spaniern Wind und Sonne entgegen waren. Endlich ſprang auch, zum Unglück für die Spanier, ein großer Vorrath Pulver, unter der Schlacht, in die Luft, wodurch ihr Geſchütz auf die letzt müßig daſtand. Erzh. **Albrecht**, der ſich mit offenem Helm unter die Feinde gewagt, wurde in das Geſicht verwundet, und wäre bald gefangen worden, wenn die bey der Leffinger-Brücke ſtehenden Holländer wachſam genug geweſen wären [w]). **Mendoza** ſelbſt und viele vornehme Officiere, ſamt einer ziemlichen Anzahl Gemeiner, wurden gefangen [x]). Ueber 2800 Mann ſeiner Leute blieben auf dem Schlachtfeld, eine große Menge war verwundet, und unter ſolchen allein 250 Officiere; auch geriethen ſeine 6 Stücke, das ganze Geſchütz, das er bey ſich hatte, dem Feind in die Hände. Die Holländer hatten auch 2000 Todte, und 700 Verwundete [y]), ſo daß, wenn

 man

w) Einige beſondere Umſtände von des Erzh. Tapferkeit und Gefahr ſ. bey Khevenh. S. 2303.

x) Meteren hat auch die Namen der Officiere, die hierbey geblieben, oder gefangen geworden.

y) Dieſe Zahlen giebt Meteren S. 961. der T. Ueberſ. als die richtigſten an, da ſonſten die Zahlen von beiden Seiten ſehr verſchieden angegeben würden. So ſetzt z. B. ein von *Haraeo* p. 583. angeführter Spaniſch-geſinnter Schriftſteller, ein Augenzeuge, den Spa-

1600 man die an den Wunden geſtorbenen, oder in der Flucht, ſonderlich bey der Brücke, umgekommenen rechnet, bey 6000 Menſchen ihr Grab an dieſem Tage gefunden haben; an eben dem Tage, an welchem 302 Jahre vorher ein Angehöriger des Prinzen **Moritz**, König Adolf von **Naſſau**, mit einem Vorfahren des **Erzherzogs**, dem nachmaligen Kaiſer Albrecht von Oeſterreich, ein noch merkwürdigeres Treffen geliefert hatte, welches erſterem die Krone ſamt dem Leben koſtete. **Moritz**, als er ſich von der Wahlſtatt Meiſter ſah, ſtieg vom Pferde, fiel auf ſeine Kniee, und dankete Gott für den Sieg, mit lauten vernehmlichen Worten, ſpeiſete darauf mit **Mendoza** und den übrigen vornehmen Gefangenen zu Abend, ſchlief auch daſelbſt, ohne die Feinde zu verfolgen, theils weil ſeine Leute zu viel verlohren hatten, die übrigen aber müde und die Feinde noch zu ſtark waren, theils weil die Nacht ſehr finſter, und das Land voller Gräben und Pfützen war; welche Unmöglichkeit des Verfolgens ihm hernach zum Theil für einen Fehler ausgelegt wurde. Und ſo viel von der berühmten Schlacht bey **Nieuport** [z])! Tags darauf begab ſich der Prinz **Moritz** mit ſeiner Macht nach **Oſtende**, und griff nach gehaltenem Kriegsrath [a]) **Nieuport** noch einmal an. Allein

Spaniſchen Verluſt auf 2000, den der Holländer auf 4000, hingegen ein Holländiſchgeſinnter ebendaſ. den der Spanier allein auf 6000. O Ungewißheit der Geſchichte!

z) Dieſe erzählt **Meteren** ſehr ausführlich, im XXI. Buch, S. 958-962, kürzer hingegen, aber vortrefflich *Grot.* L. IX. p. 395-398. imgleichen mit vielen Umſtänden *Reidan.* L. XVII. p. 516. ſqq. *Sleid.* contin. L. VI. p. 267. ſqq.

a) Hier ſagt *Grotius*, l. c. p. 400. wie es ſcheint, nicht ohne Wehmuth, tres primi poſt proelium dies, magnum

Allein der Spaniſche Obriſt **Barlotta** brachte zu 1600
zweyenmalen Mannſchaft hinein, ſo daß **Moritz** am rathſamſten hielt, dieſe Belagerung aufzuheben, ſo auch geſchah, worauf derſelbe noch einige 17. Jul.
Verſuche auf verſchiedene Schanzen machte, die aber im Ganzen auch nichts fruchteten, obwol die Spanier bey einem von dieſen Angriffen den gedachten tapfern **Barlotta** b) verlohren. Prinz **Moritz** fuhr alſo von **Oſtende**, nachdem er einen Theil ſeiner Mannſchaft dort gelaſſen hatte, mit 31. Jul.
ſo vielen Schiffen, als er zuſammenbringen konnte, ab, und nach Hauſe, ohne etwas im Ganzen ausgerichtet zu haben, da dann die übrige gute Jahrszeit, bis gegen Ende Octobers, mit einigen weiteren vergeblichen Verſuchen der **Holländer**, und mit den Gegen-Anſtalten von Seiten der Spanier, hinging. Jedoch ſchloſſen dieſe **Oſtende** eng ein.

magnum utrinque ad res gerendas momentum, deliberando abſumti. *Reidanus* aber, S. 524. u. f. iſt der Meinung, daß **Moritz** anders nicht handeln und den Feind nicht verfolgen können, ja daß er überhaupt ſehr unvorſichtig gehandelt habe, dieſen Zug nur zu wagen, und dadurch alles auf das Spiel zu ſetzen. Auch **Meteren** rechtfertigt den Prinzen, S. 963.

b) Daß dieſer vom niedrigen Stande eines Barbiergeſellen bis zu ſeiner vornehmen Kriegs-Stelle geſtiegen ſey, ſagt ein gleichzeitiger Schriftſteller, Paul. *Piaſecius* Chron. ſui temporis, ad h. a. p. 183, wie auch *Thuanus* L. LXXIV. p. 904. Hingegen der zu Leiden ſchreibende I. N. de *Parival* in ſ. hiſt. du ſiecle de fer, 1658. 8. die dem Statthalter der Niederlande, Erzh. Leopold Wilhelm, zugeſchrieben iſt, ſagt L. II. ch. II. p. 73. er habe eigentlich la Bourlotte geheißen, und ſey ein Edelmann aus Lothringen geweſen. Dieſes nur beyläufig, zu einer Probe der faſt nie zu vermeidenden Ungewißheit in der Geſchichte.

1600 Daß aber der Krieg ſo ſchläfrig getrieben wurde, daran war zum Theil wol außer den innerlichen Unruhen unter den vereinigten Niederländern c) die inzwiſchen wieder rege gewordene Hoffnung zum Frieden zu gelangen ſchuld. Es hatten nemlich die zu Brüſſel verſammelten **Landſtände**, wie oben ſchon gedacht, beſonders darauf mit beſtanden, daß man des Friedens halber vorerſt die gehörigen Verſuche machen ſollte, ehe zum Krieg weitere Verwilligungen geſchehen müßten. Zu dem Ende wurde den Generalſtaaten der Antrag wegen einer **Friedens-Zuſammenkunft** gethan, welche endlich auch, da die Holländer ſahen, daß ſie in Flandern nichts ausrichteten, zu **Bergenopzoom** zu Stande kam. Allein, da die Brüſſeliſchen Abgeordneten ohne ihren Prinzen nichts thun wollten, von welchem abzuſehen war, daß er ohne die Krone Spanien nichts thun werde, hingegen die Holländiſchen, unter welchen der bekandte nachmals unglückliche **Johann von Oldenbarnveld** der vornehmſte war, weder von den Spaniern, noch von dem Prinzen ſelbſt etwas wiſſen wollten, zumal da dieſer ſogar in **Brüſſel** eine junge Frauensperſon der Religion halber hatte **lebendig begraben** laſſen d), ſo war gleich ſehr leicht

Innerl. Unruhen der Holländer.

Friedenshandl. 19. Jul.

c) Von dieſen Unruhen, ſonderlich in Gröningen und Friesland, ſchreibt *Reidanus* ſehr weitläufig, L. XVII. p. 503. ſqq. und Waagenaar S. 151.

d) Von dieſer bereits oben, XX. Th. S. 648. erwähnten unerhörten Grauſamkeit, welche hier abermals in öffentlichen Unterredungen den Spaniern vorgeworfen, und in der Antwort nicht widerlegt wird, ſind die weiteren Umſtände in einem Buch zu leſen, genannt de Spieghel der Spaenſche tyrannye, zu Amſterdam 1620. und nochmals 1621. 4. wo in zweyen Theilen erſtlich die Grauſamkeiten der Spanier in America, aus des eigenen Spaniſchen Biſchofs

leicht zu ſehen, daß aus der ganzen Sache nicht 1600
viel werden würde. Nachdem ſie nun doch fünf Tage mit einander Worte gewechſelt hatten, wobey die Holländer immer darauf blieben, daß entweder die ſämtlichen Niederländiſchen Stände, mit völliger Vertreibung der Spanier und des Erzherzogs ſelber, ſich zu einer Republik, ohne Unterſchied des Glaubens, vereinigen möchten, oder doch, daß wenigſtens der Erzh. aller Verbindung mit den Spaniern, und dieſe mit ihm, auf das bündigſte, ganz anders als es in dem nur zum Schein gegebenen Uebertrags-Brief geſchehen, entſagten, ehe man mit ihm ſich in weitere Unterhandlung einlaſſen könnte, item daß auch ihre Bundesgenoſſen von allem wiſſen müßten, ſo begaben ſich die Brüſſeliſchen Deputirten, mit Briefen an die Landſtände verſehen, wieder nach Hauſe. Da 23. Jul.
nun ſolche aus dieſen erſahen, wie wenig vom Frieden, wenigſtens für jetzt noch, zu hoffen ſey, verglichen ſie ſich mit dem Erzh. wegen der zum Kriege noch einſtweilen benöthigten Summen, und beſchloſſen, nachdem ſie einige Erleichterung in Betreff der Spaniſchen Regierungsform, wie auch das Verſprechen der Abſchaffung des unnöthigen Hofſtaats erhalten, und die Herrſchaften ſich der Forderung wegen Wiedereinlöſung der Domainen begeben hatten, 250 Heerwagen und 10000 Mann zu Fuß auf ein Jahr lang zu ſtellen, auch zum Hofſtaat jährlich 250000 Gulden beyzutragen, ſo

Biſchofs las Caſas Bericht, ſodann die in den Niederladen verübten weitläufig erzählt werden, da dann auch S. 101. die Geſchichte der lebendig begrabenen Anne van den Hove vorkommt. Ob aber, wie der neuere Waagenaar an dem von Häberlin angezogenen Ort verſichert, nachhero niemand mehr um der Religion willen umgebracht worden, laſſe ich dahin geſtellt ſeyn.

1600 ſo daß nun die monatliche Laſt der Provinzen in allem 320000 Gulden betrug, welche Berathſchlagungen und Unterhandlungen dann bis in den October hinein gedauert [e]). Gegen das Ende des Jahrs kam noch ein Spaniſcher Geſandter nach Brüſſel, der durch ſeine viele Klagen über den Schaden, den die Holländiſchen Schiffe thäten, Anlaß zu Ausrüſtung vieler Kriegs- und Kaperſchiffe, auf welche ſonderlich die von Dünkirchen ſich wohl verſtunden, gab. Die Holländer rüſteten dagegen, ſonderlich zu Dortrecht, Galeeren und kleinere Schiffe aus, mit welchen ſie dann auch, noch ge-
19. Nov. gen Ende des Jahrs, einen überaus kühnen Streich vollführten. Es unterſtund ſich nemlich die eine Galeere, die ſchwarze genannt, nebſt einigen Schaluppen von der Mündung der Schelde hinauf bis gegen Antwerpen zu fahren, wo ſie, da man ſie für Spaniſche Proviantſchiffe hielt, um Mitternacht ungehindert anlangten, das daſelbſt liegende, nicht ſorgfältig bewachte Admiralſchiff überwältigten, es auch, ehe die durch den Lärmen aufgeweckte Beſatzung der Stadt zu Hülfe eilen konnte, mit ſich wegführten, und ſo mit dieſer Beute, wozu noch einige Brüſſeler und Mecheler Kauffartheiſchiffe kamen, glorreich nach Hauſe ſegelten, hiedurch aber großen Schrecken unter ihren Feinden der Zukunft halber verurſachten. Und ſoviel für diſmal von den **Niederlanden** [f])!

Nun

e) Hierüber iſt beſonders weitläufig **Meteren** S. 966. bis 969.

f) Uebrigens hoffe ich, daß es mir nicht zum Vorwurf gereichen werde, wenn ich nach dem Beyſpiel meines Vorgängers von den Holländiſchen Angelegenheiten hier mitgeredet habe. Mich dünkt, ſo lange die Holländer nicht ganz frey erklärt waren, ſo erſt 1648. geſchehen iſt, ſo lange gehört auch die Geſchichte ihrer Europäiſchen Lande zur Reichsgeſchichte.

Nun aber der gewöhnlichen Ordnung nach 1600
auf den Kaiſer **Rudolf** zu kommen, ſo ſaß auch
in dieſem Jahr derſelbe noch immer zu **Prag** ff),
faſt unthätig, an ſeiner gewöhnlichen Melancholie
leidend. Inſonderheit war eine Frucht dieſer
Krankheit, daß er auf ſeinen geheimen Rath und
Oberſt-Hofmeiſter **Wolfgang Rumpf** einen
Verdacht warf, als meyne er es nicht gut mit ihm,
und habe inſonderheit gemacht, daß ihm die Infantin
Iſabelle entgangen, imgleichen ſey er wider
des K. Neigung, die Prinzeſſin **Marie von
Medicis** zu heirathen, u. ſ. w. Dieſer Verdacht
ging zuletzt ſo weit, daß er dieſem Miniſter
eines Tages plötzlich durch den Geh. Rath **von
Hornſtein** andeuten ließ, ſich vom Hofe zu entfernen;
und als der Geh. Rath und Hofmarſchall
von Trautſon ſich ſeiner annahm, ſo bekam er
alſobald gleichen Befehl; zum Obriſt-Hofmeiſter
aber wurde **Carl von Lichtenſtein** ernannt. Indeſſen
blieben beide vom Hof entfernte Diener in
ſo weit in Gnaden, daß ſie in allen Geſchäfften,
von Hauſe aus, zu Rath gezogen, ja gar zu kleinen
Geſandtſchaften gebraucht wurden. Indeſſen
kamen nun dem bald 50 jährigen Kaiſer auf das
neue die Heirathsgedanken mit Macht; und da
ihm obgedachte Prinzeſſin **Marie von Medicis**
entgangen war g), ſo dachte er bald an eine Erzh.
von Oeſterreich, bald an eine lothringiſche, bald
an eine Wallachiſche, bald gar an eine Ruſſiſche
Prinzeſſin. Das beſte dabey war, daß er vorher
ſeiner

Des Kaiſers Privat-umſtände.

ff) Khev. V. Band, S. 2225. u. f.

g) Dieſe nemlich hatte der Großherzog von Florenz, ihr Vetter, Ferdinand, dem auch zu gleicher Zeit um ſie werbenden König Heinrich dem IV. von Frankreich gegeben. *Thuan.* L. CXXV. erzählt weitläufig die Geſchichte dieſer Heirath. S. auch Contin. Chytraei, ad h. a. p. 53. ſq.

1600 ſeiner alten klugen in Spanien lebenden Frau Mutter, **Marie**, K. Carls des V. Tochter, Gutachten durch ſeinen Geſandten erforderte. Dieſe ſuchte ihm in ihrer Antwort ſowol ſeine Betrübniß wegen der Florentiniſchen Prinzeſſin, als auch alle die ausländiſchen Heirathen auszureden, und rieth ihm bey der Oeſterreichiſchen zu bleiben. Allein der unentſchloſſene **Rudolf** blieb auch hier ſeinem Character getreu, und alſo unvermählt, bis an das Ende ſeines Lebens. Daß er übrigens, da die **Peſt** in **Prag** ausgebrochen war, dieſe Stadt zu Ende vorigen Jahrs verlaſſen, und eine Zeitlang zu **Pilſen** Hof halten müſſen, wird aus der Geſchichte des vorigen Jahrs noch erinnerlich ſeyn. Dieſe Nothwendigkeit dauerte auch noch in dieſem Jahre eine Zeitlang fort. Dorten aber begegnete ihm auch das Angenehme, daß eine Botſchaft von **Michael** dem **Woiwoden der Wallachei** anlangte, und ihm des im verfloſſenen Jahr [h]) in einer Schlacht erſchlagenen Cardinals **Bathori** Inſiegel, Schwerdt und Hauptfahnen überbrachte, auch dabey im Namen ihres Herrn die vortrefflichſten Anerbietungen that, und wegen einiger Sachen um Rath fragte. Auch kam eine Geſandtſchaft vom **Türkiſchen Kaiſer**, bis zwey Stunden von Presburg, welche in einem mitgebrachten Schreiben ganz annehmliche Friedensvorſchläge, jedoch mehr zum Schein als im Ernſt thaten, wie aus den zugleich gemachten entſetzlichen Kriegsrüſtungen der Türken erhellte, daher ſie kurz abgefertigt wurden, und der Krieg fortging. Doch hatte dieſesmal der Kaiſer nicht ſo vieles Glück, als im vorigen Jahr, indem theils die Hauptveſtung Kani-

Fortgang ſeines Kriegs gegen die Türken.

h) **Khenvenh.** T. V. S. 2102. auf welchen mich in dieſer zur Ungariſchen Geſchichte gehörigen Sache lediglich berufe.

Kaniſcha an die Türken überging, theils einige 1600
hundert Walloniſche und Franzöſiſche Soldaten, die dem Kaiſer dienten, eine Meuterey wegen hinterhaltenen Solds anſtellten, Pappa lange beſetzt hielten, auch gar mit den Türken ſich in Unterhandlung einließen, und von dem General Graf Schwarzenberg erſt durch ſcharfe Belagerung bezwungen werden mußten. Auch in Siebenbürgen gab es neue Händel, da der dem Kaiſer ſonſt getreue tapfere Woiwode Michael, von der Wallachey, gerne Siebenbürgen eigen, oder doch zur beſtändigen Statthalterſchaft gehabt hätte, der Kaiſer aber es nicht für gut fand, ſondern dem Kaiſerlichen General Georg Baſta das ganze Land einzuräumen befahl, darüber ſich jener einen Anhang machte, und das, was er bittend nicht erhalten konnte, mit Gewalt zu behaupten ſuchte. Allein Baſta ging auf ihn los, überwand ihn in einem Treffen, und nöthigte ihn um Gnade zu bitten, da er ſich dann ſicheres Geleit, zum Kaiſer zu kommen, ausbat, auch erhielt, und in den letzten Tagen des Jahrs mit 72 Pferden zu Wien eintraf, wo er bis auf des Kaiſers weitern Befehl verbleiben mußte [i]). Von den Perſern ſahe ſich dieſes Jahr der Kaiſer beſonders hochgeehrt, dadurch, daß eine anſehnliche Geſandtſchaft aus dieſem Volk im Herbſt nach Prag kam, ihm die Hülfe des dortigen Königs gegen den Türken anbot, und die ſeinige dagegen verlangte, auch von der ganzen Chriſtenheit dergleichen zuwege zu bringen bat [k]). Von den Friedens-Verrichtungen des Kaiſers, den Antheil an dem Reichs-Deputationstag und den außerordentlichen vielen] Schreiben, die im Lauf der Niederländiſchen Ge-

Perſiſche Geſandtſchaft.

Friedensverrichtungen des Kaiſers.

i) Khevenh. T. V. S. 2248. u. f.
k) *Maſenii* ann. Trev. h. a. p. 438.

1600 Geſchichte vorkommen werden, ausgenommen, habe ich in dieſem Jahre nicht gar vieles ausfindig machen können. Doch kann ich einen Vergleich deſſelben mit dem Stift Paſſau, wegen der Sperr und Inventur nach dem Abſterben der Pfarrer, 5. Nov. zu Prag geſchloſſen [l]), imgleichen deſſelben Urkunde, in welcher er der Schweidnitz- und Jaueriſchen Landſchaft ihr Statut wegen Belehnung, 2. Dec. auch Fälligkeit der Rittergüter beſtätiget [u]), anführen.

Oeſterreichſche Begeb. Gewaltſame Reformation in Oeſterreich. So ruhig nun K. Rudolf in ſeinem Prag und mit ihm ganz Böhmen war, ſo unruhig ging es durch ſeines Bruders, Erzh. Matthias Bemühung, in Oeſterreich her [m]). Dieſer nemlich betrieb, nach wie vor, ſein ihm ſo ſehr am Herzen liegendes Reformations-Geſchäfft, durch die obbenannten Commiſſarien, mit vielem Eifer. Inſonderheit wurden dieſe nach Linz geſchickt, mit der gemeſſenen ſehr weitläufigen Inſtruction: „da die Proteſtantiſchen Landſtände nur die Erlaubniß hätten, in ihren eigenthümlichen Schlöſſern und Häuſern ihren Gottesdienſt zu halten, auch ſolche nach Kaiſerlichem Willen nicht weiter auszudehnen ſey, ſo ſollten ſie alſobald die Proteſtantiſchen Prediger und ganze Religions-Uebung durchgehends, wo dergleichen, außer benannten Orten, in Städten oder auf dem Lande befindlich, abſchaffen, und bey Linz den Anfang machen.„ Dieſe 16 Merz. verfügten ſich alſo unverzüglich dahin, ließen die landſchaftlichen Verordneten, ſo daſelbſt anweſend, zu ſich kommen, und begehrten, nach Vorleſung

l) Lünig, R. A. P. spec. Cont. I. Sect. III. p. 374. *Du Mont*, Corps dipl. T. V. P. I. p. 493.

u) Lünig, P. ſpec. Cont. I. Fortſ. I. p. 402.

m) Khevenh. V. Band, S. 2236. u. f. Raupach Evang. Oeſt. I. Th. S. 207. u. f. III. Th. S. 141. u. f.

ſung ihrer Inſtruction, daß jene ſie vollſtrecken 1600
ſollten. Da nun dieſe ſich weigerten, und vorſchützten, daß ſie erſt bey den Landſtänden anfragen müßten, die Commiſſarien aber ſchlechterdings Gehorſam verlangten, gerieth endlich die Sache dahin, daß die Verordneten den Commiſſarien ſelbſt die Ausübung ihrer Inſtruction überließen: worauf dann ſogleich die Prediger aus dem Landhaus daſelbſt und ſonſten vertrieben, auch des Landes verwieſen, die Schulen aber, und ganze Religions-Uebung aufgehoben, dagegen Catholiſche Prediger eingeſetzt wurden. Ein gleiches geſchah zu **Wels**, **Steyer**, und anderer Orten [n]). Nebſt dieſem wurde auch ſogar durch den **Biſchof zu Paſſau** auf Pabſt **Urbans** des VIII. Befehl ſtark darauf gedrungen, daß der Gebrauch des h. Abendmahls unter beiderley Geſtalten, den **Pius** IV. den Catholiken freygelaſſen hatte [o]), wieder abgeſchafft würde, ja ſolcher auch eigenmächtig in Oeſterreich, ſo weit es zu ſeiner Diöceſe gehörte, würklich abgeſchafft. **K. Rudolf**, oder vielmehr der **Erzh. Matthias**, begehrte hierüber des **Cardinal Cleſels** Gutachten. Dieſes aber [p]) fiel dahin aus, daß man allerdings dem Päbſtlichen Befehl Folge leiſten, oder vom Pabſt ein anderes durch eine Geſandtſchaft herausbringen müßte. Hierauf ließ **Erzh. Matthias** ſeinen Bericht an den Kaiſer ergehen,

n) Daß übrigens es mit der Evangeliſchen Religion ſo übel ablief, daran waren guten Theils die Landſtände mit ihrer Sorgloſigkeit Schuld, von der ein eifriger Pfarrer bey Raupach III. Th. S. 125. n. (t) eine artige Beſchreibung macht.

o) ſ. oben, Neueſte T. R. G. VI. B. S. 67. u. f.

p) Iſt bey Khev. V. Th. S. 2228. mit Gründen und Gegengründen, ſeinem Haupt-Inhalt nach, zu finden. Imgleichen bey Raupach Ev. Oeſt. III. Fortſ. S. 143. u. f.

1600 gehen, des Cardinals Wünſchen gemäß, nur daß dabey dem Biſchof von Paſſau, wegen ſeines eigenmächtigen Verfahrens, eine Weiſung gegeben werden ſolle. Dieſes ließ ſich dann der Kaiſer gefallen, und obwol von einer Geſandtſchaft nach Rom die Rede war, unterblieb ſie doch nachhero, und die Abſchaffung des Kelchs behielt ihren Beſtand.

Erzherz. Ferdinands Vermählung. In dieſem Jahre kamen die oben gedachtermaßen angefangene Heiraths-Unterhandlungen des nunmehr 22jährigen Erzherzogs **Ferdinand** mit der Bayeriſchen Prinzeſſin **Marie Anne** zu ihrer Endſchaft [q]). Die noch zu Ende vorigen Jahrs nach München abgefertigten Geſandten thaten desfalls die Werbung, und zwar anfangs an den Herz. **Wilhelm**, als der Prinzeſſin Vater. Dieſer aber gab ihnen zu erkennen, daß ſie ſich eigentlich an ſeinen Sohn, der Prinzeſſin Bruder, Herzog **Maximilian** zu wenden hätten, als dem er die Regierung übergeben, und ſich zur Ruhe geſetzt habe. Sie brachten derohalben ihr Geſuch bey demſelben an, in welchem ſie von dem alten Herzog beſtens unterſtützt wurden. Die Einwilligung blieb nicht lange aus, aber über die Ehepacten konnte man einige Zeit nicht eins werden, bis endlich man ſich Oeſterreichiſcher Seits zu neuntauſend Gulden Witthum, weil jetzt alles viel theurer ſey, als vorhin, für die Braut verſtund, und das Beylager auf den Monat April d. J. angeſetzt wurde. Dieſem zufolge kam des Kaiſers Bruder, Erzh. **Matthias**, als Kaiſer-
19. Apr. licher Bevollmächtigter, nach Gräz, wo der Erzh. wohnte. Dieſer wurde prächtig empfangen, und im Schloß die Wohnung ihm angewieſen. Den nem-

q) Khenvenh. V. B. S. 2053. und 2197. u. f. Adelzreiter Ann. Bav. P. II. L. XII. p. 326.

nemlichen Tag kamen auch die **Polniſchen**, **Ve-** 1600
netianiſchen, **Mantuaniſchen** und **Bamber-**
giſchen Geſandten daſelbſt an. Ein paar Tage
darauf wurde die **Braut** von ihrem Bruder, Herz.
Maximilian, und ſämtlichen Geſchwiſtern, auch
dem Kaiſerlichen Geſandten, nach Gräz begleitet,
und von dem Bräutigam an dem dazu beſtimmten
Orte feierlich empfangen, und in das Schloß ge-
bracht. Tags darauf kam auch ein **Päbſtlicher**
Geſandter, der **Cardinal von Dietrichſtein**,
welcher aber durch ſeine lächerliche Ceremoniel-
Forderungen den andern anweſenden Geſandten
und Fremden vieles von ihrem Vergnügen geraubt
haben muß. Den Tag der Trauung kam auch noch
ein Chur-Pfälziſcher Geſandter. Die Trauung
ſelbſt wurde von dem Päbſtlichen Legaten, in der 23. Apr.
Kirche, in Beyſeyn der ſämtlichen hohen Ange-
hörigen des Brautpaars und aller Geſandten, ver-
richtet, worauf man prächtig ſpeiſete, und Abends
zum Tanz ging. Hierauf wurden noch verſchie-
dene Tage hinter einander allerhand Luſtbarkeiten
angeſtellt, bis der **Erzh. Matthias** und der
Päbſtliche Legat abgezogen waren [r]). Unter
allen dieſen Heirathsgedanken und Luſtbarkeiten
wurden doch die **Proteſtanten** nicht um ein Haar
gelinder als im vorigen Jahre behandelt. Sogar
mitten im Winter, bey der ſchlechteſten Jahres-
zeit, wurde in **Steyermark**, durch die mit Mann-
ſchaft begleitete Commiſſarien, die **Reformation**
fortgeſetzt, die proteſtantiſchen Prediger vertrie-
ben, die Kirchen weggenommen, und zum Theil
gar

Religions-verfolgung in Steyermark, u. ſ. w.

r) Was dabey die Krainiſche Landſchaft den Neuvermähl-
ten für ein anſehnliches Geſchenk gemacht habe, be-
ſchreibt, mit beygefügtem Kupferſtich der Gedächtniß-
münze, Valvaſor, X. Buch, S. 355.

1600 gar niedergeriſſen oder in die Luft geſprengt, die proteſtantiſchen Bücher verbrennt, und die gemeinen Leute zum Religions-Eid, oder das Land, jedoch mit Hinterlaſſung des zehnten Pfennings, zu meiden gezwungen, mit welchen Verrichtungen dann die Zeit bis in die Hälfte des Monats Auguſt hinging [6]). Hierauf wurde ſogleich das nemliche im Herzogthum **Kärnthen** zu thun beſchloſſen, und dazu einigen Commiſſarien, mit 300 Muſketirern begleitet, der Auftrag ertheilet. Dorten ging es nicht ſo leicht, wie in **Steyermark**, indem ſich **Villach, Klagenfurt** und andere Städte mit gewaffneter Hand entgegenſetzten, welche man, vermuthlich weil bey 4000 Bauern in den Waffen waren, mit gütlichem Zureden, theils auch mit Liſt, um zu ſeinem Zweck zu gelangen, behandeln mußte, wodurch dann auch dieſes wenigſtens erhalten wurde, daß die Reformation, zwar immer mit vieler Schärfe, doch ohne Blutvergießen, bis in die Mitte Novembers, vollbracht werden konnte, zu welchem ihrer Meinung nach heilſamen Werk die **Königin von Spanien** ihrem Bruder **Erzh.** Fer-

6) Von dieſer Steyermärkiſchen Reformation handelt weitläufig der ganz neuere Geſchichtſchreiber A. J. Cäſar, in ſ. Staats- und Religionsgeſchichte von Steyermark, VII. B. doch freylich ſo, wie man von dieſem Schriftſteller ſeinen übrigen Schriften nach vermuthen kann, nemlich ſehr parteyiſch gegen die Proteſtanten. Um aber auch einen Proteſtantiſchen Schriftſteller dagegen zu halten, ſo leſe man G. E. Waldau's Geſchichte der Proteſtanten in Oeſterreich, Steyermark, Kärnthen und Krain, (Anſpach 1783. und 1784. II. B. in 8.) bey denen in dieſem Theil abgehandelten Jahren, welchen ich hier mit Fleiß, gleich obigem, ein für allemal anführe. Bey dem Waldauiſchen Werke iſt ſonſt auch die merkwürdige Vorrede des würdigen jetzigen Hr. Sup. Focke in Wien, nicht zu überſchlagen.

Ferdinand von ihrem Gemahl monatlich 5000 Kronen Zuſchuß verſchafft hatte, die einige Jahre lang ausgezahlt worden. Hierauf wurde ein ſcharfes Edict gegen das ärgerliche Leben und heimliche auch öffentliche Heirathen der Geiſtlichen herausgegeben. Und da bisher bey der Reformation die Austheilung des Kelchs bey dem Abendmahl noch freygeſtellt geblieben war, ſo war auch dieſe letzte Freyheit in Religionsſachen den Geiſtlichen ein Dorn in den Augen; daher der **Biſchof von Paſſau**, deſſen Diöceſe ſich damals ſehr weit im Oeſterreichiſchen erſtreckte, und der im Verfolg der Geſchichte noch öfters zu nennende **Cardinal Kleſel**, die Abſchaffung des Kelchs ſich auch in dieſen Landen, gleichwie eben von **Oeſterreich** ſelbſt gemeldet worden, auf das eifrigſte angelegen ſeyn ließen. Mit dem Herzogthum **Krain** verzog ſich die Reformation bis in das nächſte Jahr, da wir alſo im folgenden Theil davon zu reden haben werden. Uebrigens mußten auch in dieſem Jahre, gleich als im vorigen, Erzh. **Ferdinands** Lande vieles durch die Streifereyen der **Türken**, und die **Peſt**, ausſtehen [ſſ]). 1600

Nach dem Kaiſer ſelbſt, deſſen Landen und Haus, komme ich, wie gewöhnlich, zu demjenigen, was ich von den übrigen **Reichsſtänden** und **Landen** merkwürdiges finde. Unter den Churfürſten hatte der neue Churfürſt **Lothar** [t]) bey ſeinem Regierungs-Antritt die Schatzkammer ſehr erſchöpft und das Land überhaupt nicht in der beſten Ordnung, inſonderheit die Sitten der Geiſtlichkeit ſehr verderbt gefunden. Er hielt alſo zeitig einen **Landtag** zu Coblenz, ſtellte ſeinen Nothſtand

Trieriſche Begebenh.

ſſ) Letzteres nach Valvaſor, Ehre des Herz. Krain, IV. Band, XIII. Buch, S. 128. 549. ſq.

t) *Maſenii* Annales Trev. h. a.

1600 ſtand den Landſtänden vor, und erhielt anſehnliche Verwilligungen, worauf er alles anwendete, um die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, zu dieſem Ende auch inſonderheit große Verminderung des Hof-Aufwandes vornahm. Hierauf machte er ſich an die verdorbenen Sitten der Geiſtlichkeit, und hielt desfalls ſelbſt Viſitationen. Sodann, da auch die politiſchen Zeitläufte ſehr bedenklich waren, machte er auch desfalls die nöthigen Anſtalten, und ließ inſonderheit die Veſtung **Ehrenbreitſtein** am Zuſammenfluß des **Rheins** mit der **Moſel** ſorgfältig ausbeſſern, und mit neuen Werkern vermehren. Auch ſuchte er alle Teutſche Fürſten zur eifrigſten Theilnehmung an dem Türkenkrieg zu bewegen, zumal da gegen Ende des Jahrs ſogar eine **Perſiſche Geſandtſchaft** um Hülfe gegen die Türken bat, und mit den Chriſten gegen ſie gemeine Sache zu machen wünſchte [u]). Außerdem ſchloß er mit Grafen **Heinrich von Sayn** einen Kauf über alles in der Herrſchaft **Freußberg** dieſem zuſtehende Eigen-
22. Apr. thum, wovon jedoch **Friedewalde** ausgenommen wurde [v]), und ertheilte Gr. **Ludwigen zu Sayn-**
5. May. **Witgenſtein** die Lehen über **Valendar** [w]).

Braunſchweig. Begeb. Im **Braunſchweigiſchen** gingen in dieſem Jahre die Händel zwiſchen dem **Herzog** und der **Stadt**

u) Von dieſer Geſandtſchaft, welche damals in ganz Teutſchland herumgereiſet ſeyn muß, ſ. oben bey den Begebenh. des Kaiſers ſelbſten.

v) ſ. den Auszug des Kaufbriefs bey Lünig Spicil. Sec. n. 105. S. 1057. Doch ſoll dieſer Kauf nie zu Stande gekommen ſeyn, wie Moſer im Staatsr. der Grafſchaft Sayn, II. Cap. §. 27. in fin. behauptet, bey welchem Schriftſteller auch §. 26. des Gr. Heinrichs Lehenrevers an Chur-Trier ſtehet.

w) Lünig, ib. n. 103.

Stadt Braunſchweig immer weiter [x]). Gleich 1600
im Anfang des Jahrs wurde das von Seiten der Stadt zu Ende vorigen Jahrs bey dem Kammergericht zu Speyer ausgewürkte Mandat, der Stadt freye Zufuhr zu laſſen, dem H. bekandt gemacht. Dieſer aber, ſich auf die desfalls einzugebenden Exceptiones ſub- et obreptionis verlaſſend, fuhr in ſeinen Anſtalten gegen die Stadt fort, welcher ſich die Hildesheimiſchen und Magdeburgiſchen Abgeordneten vergeblich annahmen [y]). Auch erklärte er die Stadt und alle Bürger derſelben, in der öffentlichen Audienz auf 22. Jan.
der Canzley zu Wolfenbüttel, in Beyſeyn einiger Städtiſcher Deputirten, für Aufrührer [z]). Von der Zeit an gingen immer kleine Thätlichkeiten zwiſchen dem Herzog und der Stadt vor. Doch ließ der Rath zwey Schreiben [a]) an den H. 6. und 8. Febr.
ergehen, in welchem er ſich erbot, denſelben als ſeinen Landesfürſten zu erkennen, wenn er nur die Freyheiten, ſo ſie verlangten, ungekränkt ließe. Da aber der H. hierauf nicht viel achtete, ſondern immer fortfuhr, ſo bat die Stadt bey 27. Febr.
dem Kammergericht um ein neues Mandat

 gegen

x) Rehtmeyer Brſchw. Chr. III. Th. 63. Cap. S. 1123.

y) Was dieſe vorgebracht, ſamt der Antwort, ſ. in der Deduction, ſub tit. Ausführlicher Hiſt. Bericht von der Stadt Braunſchweig rebelliſcher Widerſetzlichkeit, II. Theils III. Abth. (1608. fol.) n. 31. S. 1200. u. f.

z) Dieſe Erklärung ſtehet, außer dem Rehtmeyer, auch in der Deduction: Wahrh. Abdruck der Kammergerichts-Acten, in S. Braunſchweig contra Braunſchweig, mandati die Huldigung betreffend, II. Th. S. 75. u. f. lit. M. Das ganze Protocoll von dieſem Vorgang ſ. in gedachtem Ausführlichen Hiſt. Bericht, S. 1203. u. f. n. 33.

a) Ausführl. Hiſt. Bericht, n. 46. S. 1231. u. f.

1600 gegen die Aufruhrs-Erklärung [b]), welches auch
8. Merz. erfolgte, aber vom H. gar nicht befolgt wurde.
Die Landſtände legten ſich zwar ins Mittel, und
26 Merz. beſtimmten dazu einen eigenen Ausſchuß, der aber
nichts ausrichten konnte [c]). So gingen dann von
beiden Seiten die Feindſeligkeiten immer fort,
10. Jun. bis ein geſchärftes Kaiſerliches Reſcript beiden Theilen ſolche aufs ſchärfſte mit Vorbehalt aller Rechtsbefugniſſe unterſagte [d]), da dann ein kleiner Stillſtand erfolgte, und das Kriegsvolk von beiden Seiten abgedankt wurde. Allein bald ging es wieder von vorne an; die Stadt ſchickte Abgeordnete an den Kaiſer, und der H. eine weitläufige Schrift an die R. Deputation zu Speyer, in welcher er ſein Verfahren gegen die Stadt, weil ſie offenbar den Landfrieden gebrochen habe, rechtfertigte; die Plackereyen dauerten aber immer fort. Endlich erfolgte ein Kaiſer-
9. Oct. liches mandatum, declaratoriae rebellionis caſſatorium [e]), auf welches, als es bekandt geworden, der H. ſeine Leute nach und nach abdankte, auch die Zufuhr freyließ, worauf die Stadt ein gleiches that. Allein wenige Zeit darnach ging alles von neuem an, bis die vom Kaiſer zu Unterſuchung der Sache beſtimmten Commiſſarien, Chriſtoph
4. Nov. von Schleinitz und D. Felix Rüdiger, zu Wolfenbüttel ankamen, welchen bald auch Bremiſche, Ham-

b) Die Supplik ſtehet in dem Ausführl. Hiſt. Bericht, n. 37. S. 1216. ſamt mehreren Actis bey den Kaiſerlichen Gerichten, in dieſer Sache.

c) Ausführl. Hiſt. Bericht, n. 81. S. 1316.

d) Ausführl. Hiſt. Bericht, n. 115. 116. S. 1397. ſq. d. d. Prag, 10. Jun.

e) Cit. ded. lit. Q. p. 82. ſqq. in welcher auch noch mehrere Kammergerichtliche Mandate in Nebenſachen, die Stadt Braunſchweig gegen den Herzog betreffend, von d. J. zu finden ſind.

Hamburgiſche und Lüneburgiſche Abgeordne- 1600
te folgten, da dann das Jahr mit Friedens-Unterhandlungen zu Ende ging [f]). Von den kirchlichen Händeln, ſo ſich dieſes und die zwey nächſt vorigen Jahre hindurch im Braunſchweigiſchen begeben haben, finde ich nichts wichtig genug, um in dieſer allgemeinen Geſchichte einen Platz zu verdienen. So viel die Stadt Braunſchweig betrifft, hat ſolches weitläufig Rehtmeyer [g]).

Von H. Friedrichs von Würtemberg Italiäniſcher Reiſe und Zurückkunft iſt bey dem vorigen Jahre die Rede geweſen. Kaum war er zu Hauſe, ſo empfing er die angenehme Nachricht, daß ſeine Geſandten zu Prag inzwiſchen zum erſtenmal die Belehnung mit dem Herzogthum, als freyem Reichs-lehen, erhalten hätten [h]). Auch langte eine Geſandtſchaft der Reichsſtadt Kempten bey ihm an, welche ſich ſeinen Canzler zum Beyſtand in ihren Streitigkeiten mit dem Stift daſelbſt, wie auch einen guten Prediger aus ſeinem Lande ausbat. Der H. gewährte ihnen beides. Nun waren zwar einige Streitigkeiten würklich ans Kammergericht gediehen. Unterdeſſen brauchten die beiden Parteyen eine in damaligen Zeiten ganz ungewöhnliche Mäßigung gegen einander, und ließen alles in dem Stande, in welchem es bey Anfang der Streitigkeiten ge-

Würtemb. Begeb.

a) Belehnung. 18. Apr.

b) Vermittelung der Kemptiſchen Unruhen.

 funden

f) Dieſe Unterhandlungen findet man weitläufig in dem oftbeſagten Ausführlichen Hiſt. Bericht Dritt. Cap. S. 1439. u. f. davon ich jedoch hier etwas weiteres beyzubringen für meinen Zweck nicht nöthig finde.

g) Braunſchw. Kirchenhiſt. IV. Band, III. Cap. S. 185. IV. Cap. S. 194. u. f. wozu auch einige Urkunden aus dem V. Band von S. 224. an gehören.

h) ſ. Sattler V. B. VII. Abſch. S. 234. aus welchem Schriftſteller auch das folgende entnommen iſt.

1600 funden ward. Dieſes machte dann auch einen Vergleich deſto leichter, zumal da die älteren Verhandlungen zeigten, daß der H. Eberhard 1493. auch ſchon der Vermittler zwiſchen Stift und Stadt geweſen war. Doch dauerte es, bis derſelbe würklich zu Stande kam, in das folgende Frühjahr hinein, da endlich beide Theile ſich wegen der Obrigkeit, Gebote und Verbote, Frevel, Bußen, Wege, Zölle, Weinſchenken, u. ſ. w. kurz über alles, was ſtreitig war, freundſchaftlich auseinander ſetzten: ſo daß auch der Abt, ſeiner Seite, dem H. für die Vermittelung auf das verbindlichſte dankſagte. Inzwiſchen fand der Herzog auch für nothwendig, wegen der zwar in ſo weit verglichenen Sache des Stifts Straßburg [i]) Geſandten an den Cardinal von Lothringen zu ſchicken. Allein die Geſandten wurden unter einander uneins, und der eine davon, Chriſtoph von Fürx, erſtach den andern, einen Grafen von Tübingen, worauf mir nicht bekandt iſt, wie es mit der Geſandtſchaft weiter gegangen.

c) Lothringiſche Geſandtſchaft.

5. Sept. In dem Herbſte dieſes nemlichen Jahrs gab auch K. Rudolf die Beſtätigung aller Freyheiten des Landes Würtemberg und der hohen Schule zu Tübingen, als eine Folge des völlig von Würtemb. Seite erfüllten Prager-Vertrags, von ſich, dabey auch unter demſelben Datum eine Beſtätigung des Tübinger Vertrags von 1514. und noch eine andere Urkunde, in welcher inſonderheit der Hauptvergleich von 1565. beſtätigt wurde, nachfolgten [k]). Endlich, ganz gegen Ende des Jahrs, wurde der Herzog bewogen, eine Geſandtſchaft nach Pohlen abgehen zu laſſen, um dem Hauſe Bran-

d) Kaiſerl. Beſtätigung der Landesfreyheiten.

e) Geſandtſchaft nach Pohlen.

i) ſ. oben S. 19. u. f.

k) Alle drey Urkunden befinden ſich in der Würtemb. Landesgrundverf. S. 303. ſqq.

Brandenburg, in ſeinen wegen des damaligen 1600
Herzogthums Preußen mit gedachtem Reiche habenden Streitigkeiten, durch Fürſprache beyzuſtehen. Die Geſandten reiſeten auch würklich ab, und vereinigten ſich unterwegs mit anderer Teutſchen Fürſten ihren, ſo daß ſie in allem 18 Wagen ſtark in Warſchau einzogen. Sie wurden aber alle ſchlecht empfangen, und mußten, da der Churf. von Brandenburg die vorgeſchlagenen Bedingungen nicht annahm, unverrichteter Sachen wieder abziehen.

In Oſtfriesland kam endlich in dieſem Jahr Oſtfrieſiſche Begeb.
die ſchon ſeit dem Nov. vorigen Jahrs im Werk geweſene Collecten-Ordnung, oder Ordnung wegen der gemeinen Landesmittel, wie ſie genannt zu werden pflegte, zu Stande [l]), mit wel- 6. Jun.
cher aber die Stadt Emden gleich nicht recht zufrieden war, weil ihr darin nicht, wie ihrer Behauptung nach hätte geſchehen ſollen, ein beſonderes Beytrags-Quantum ausgeworfen worden. Daß übrigens Graf Enno ſich bemühete, mit ſeinen Unterthanen in beſſeres Vernehmen zu kommen, daran mag inſonderheit ſein rechtſchaffener und einſichtsvoller Canzler, Thomas Franz, Schuld geweſen ſeyn, welcher in dieſem Jahre dem Grafen ein merkwürdiges Gutachten über die Urſachen der Verdrießlichkeiten zwiſchen ſeinem Vorfahren und dem Lande ausgeſtellt hat [m]).

 Da

l) Brenneiſen hat a. a. O. ſie n. 35. ſamt einem dazu gehörigen Reſcript des Gr. Enno, n. 36. eingerückt.

m) Daſſelbe iſt theils beſonders gedruckt, theils ſtehen Stücke davon bey Brenneiſen I. B. S. 357. und 432. wovon das letztere auch um der damaligen Religions-Bewegungen, der Lutheraner und Reformirten gegeneinander in Oſtfriesland, willen, von denen

1600 Da auch ſeinen beiden Töchtern, Sabine Catharine, und Agnes, die Grafſchaft Rittberg ſamt den Herrſchaften Eſens, Stedesdorf und Witmund, von ihrer Mutter Walpurg († 1586) angeſtorben war, ſo richtete er mit Vorwiſſen ſeiner noch lebenden Mutter, wie auch Brüder, ei-
28. Jan. nen Vertrag, wegen der Erbfolge, mit ihnen auf [n]), nach welchem die letztgenannten drey Herrſchaften, gegen eine Geld-Abgabe von 200000 Reichsthalern, dem Hauſe Oſtfriesland erb- und eigenthümlich verbleiben, die Grafſchaft Rittberg aber ſamt 35000 Reichsthalern der älteſten Gräfin, Sabine Catharine [o]), die Summe von 165000 Reichsthalern hingegen der jüngſten, Agnes, zum Erbtheil beſtimmt ſeyn ſolle. K. Rudolf aber gab ſeine Beſtätigung hiezu [p]), und ertheilte in
19 Sept. Gemäßheit deſſen an Gr. Enno die Lehen [q]). Einen

nen hier zu reden zu weitläufig wäre, zu leſen nützlich, und dabey des Verf. für damalige Zeit doppelt ſeltene ſanfte Denkungsart zu bewundern iſt.

n) Lünig hat denſelben eingerückt, Spicil. Secul. II. Th. n. 13. S. 970. u. f. beſſer aber ſtehet er in der Deduction unter dem Titel: Vorläufige Anzeige des im Fürſtl. Hauſe Oſtfriesland noch ſtehenden Rittbergiſchen Stamms etc. 1718. fol. unter den Beylagen n. 6.

o) Dieſe vermählte ſich hernach mit ihres Vaters Bruder, Gr. Johann von Oſtfriesland. Die mit ihm aufgerichteten Ehepacten ſtehen ebenfalls in der angeführten Deduct. n. 10. der Beyl. Die Nachkommen aus dieſer Ehe ſiehe bey Hübner, Gen. Tab. I. Th. n. 265.

p) Er ſtehet bey Lünig, Spicil. Sec. II. Th. n. 14. und in dem Druck der Reichs-Hofraths-Acten, in S. Lichtenſtein contra Kaunitz, Rittberg betreffend, (f. l. l. et a.) p. 168. n. 17.

q) Cit. Ded. n. 12. ingleichen in der Deduct. ſub tit. Gründl. Bericht des Oſtfrieſiſchen Erbmannlehens halber

Einen um dieſe Zeit ausgefertigten Lehenbrief Land- 1600
grafs Moritz von Heſſen, an dieſen Gr. Enno,
über Rittberg, ſo aber dieſer nicht angenommen
haben ſoll, führe ich gelegentlich mit an [r]).

Oben bey dem Jahre 1591. iſt angeführt wor- Aachenſche Begebenh.
den [s]), daß die Regierung der Spaniſchen Nieder-
lande der Stadt Aachen alle ihre Freyheiten, bey
Gelegenheit der Religions-Unruhen, in Beſchlag
genommen hatte, welcher Beſchlag dann auch,
ſo lange die Proteſtanten daſelbſt den Meiſter ſpiel-
ten, fortdauerte. Da aber die Catholiken nun
ſchon eine Zeitlang [ſſ]) wieder in alle ihre verlangte
Rechte eingeſetzt ſich befanden, ſo fiel auch aller
Vorwand, jene Freyheiten, oder Concordaten [t]),
wie ſie auch heißen, nicht mehr halten zu wollen,
hinweg. Unterdeſſen huben doch die neuen Eigen-
thümer der Niederlande dieſes Verbot nicht eher
auf, bis die Stadt ſich gegen dieſelbe in einem be-
ſondern Revers verband, daß ſie 1) keine Ver-
änderung mehr in Betreff der Catholiſchen Reli-
gion

halber ꝛc. 1740. in fol. n. 7. adj. allwo auch n. 23. adj. eine beſondere eidliche Beſtätigung dieſes Vertrags, von den beiden Gräflichen Schweſtern, d. d. 4. Febr. 1600. befindlich iſt. Beide eben genannte Urkunden ſtehen auch noch in einer Ded., nemlich in dem hochf. Oſtfrieſiſchen Promemoria cum annexis. (L. l. 1731. fol.) n. 14. a. und 15.

r) ibid. n. 13.

s) N. T. R. H. XVII. B. S. 414.

ſſ) Nemlich ſeit dem Herbſt 1598.

t) Dieſe ſind ein noch mit H. Carl dem Kühnen von Burgund den 20. Jun. 1469. errichteter Vertrag, der den Aachnern viele Vortheile in den Niederlanden giebt, und den hernach die folgenden Regenten mehrmals beſtätigt haben. Ganz ſind ſie in plattteutſcher Sprache, nur ohne Anfang und Ende, zu leſen, bey J. J. Moſer Staatsr. von Aachen, VI. Cap. §. 13. S 82 u. f. S. auch Nopp Aach. Chr. III. B. Adj. XIV.

1600 gion zugeben, auch, wenn es ja geſchehe, ſolcher ihrer Freyheiten auf immer verluſtig ſeyn, auch fernerhin 2) keine Feinde oder Abtrünnige von den Niederländiſchen Regenten jemals aufnehmen oder beſchützen wollten [u]). Hierauf erfolgte endlich
15. Jan. von Seiten des Erzh. Albrechts und ſeiner Gemahlin die völlige Widerrufung jener Suſpenſion der Freyheiten, mit Vorbehalt jedoch der Obervogtey über Aachen, von der gleichwol in nachherigen Zeiten kein Gebrauch gemacht worden iſt [v]).

Sächſiſche Begebenh. Von Sachſen habe bishero noch nicht gehandelt. Ich nehme dannenhero hier die Begebenheiten der in dieſen Band gehörigen Jahre zuſammen [w]). Die Chur Sachſen wurde noch immer für den unmündigen Churf. Chriſtian den II. von dem ſchon in der Geſchichte bekandten H. Friedrich Wilhelm zu Altenburg verwaltet. Derſelbe

u) Dieſer Revers ſtehet, lateiniſch, wie er gegeben worden, d. d. $\frac{6}{16}$ Dec. 1599. bey Lünig P. ſpec. Contin. IV. Th. 1. S. 1468. und teutſch, ebendaſ. Auszugsweiſe aber teutſch bey Nopp Aach. Chron. III. B. S. 46. und lat. bey Moſer a. a. O. S. 84. §. 15.

v) Moſer a. a. O. Die ganze Urkunde ſtehet lateiniſch, wie ſie gegeben, bey Lünig, a. a. O. S. 1469. teutſch aber dem Weſentlichen nach bey Nopp a. a. O. S. 44.

w) Was hier vorkommt, iſt meiſtens, wo nicht eine andere Quelle angeführt, aus des Sächſ. Geſamt-Archivars Joh. Seb. Müllers Sächſiſchen Annalen, von 1400. bis 1700. (Weimar 1701. fol.) als aus einem, wenn ſchon manchmal magern, doch zuverläſſigen Werk genommen. Gelegentlich bemerke ich allhier von dieſem Buch, daß der ehemalige Jenaiſche Prof. Joachim Erdmann Schmidt eine ziemlich ſtarke Fortſetzung deſſelben entworfen gehabt: wo ſie aber hingekommen, habe ich nicht erfahren können.

ſelbe ſchrieb einen Kreistag nach Jüterbock aus, 1597 30. Jan.
wobey ſich auch Kaiſerliche Geſandten, der Ungariſchen Kriegsläufte halber, eingefunden, welcher aber in wenigen Tagen geendet war x). In der Sachſen-Weimariſchen Linie wurde dem jungen vierjährigen Prinzen Johann Ernſt, H. Johanns Sohne, die Statthalterey der Teutſchen-Ordens-Balley Thüringen von dem Teutſchmeiſter Maximilian aus dem Hauſe Oeſterreich übertragen, wobey des jungen Statthalters Vater die Verwaltung bis zu deſſen Großjährigkeit y) 27 Sept.
führen ſollte, wogegen dieſer an den Teutſchmeiſter 29 Sept.
einen Verſicherungsſchein, ſowol wegen richtiger Abführung der beſtimmten Recognitions-Gelder, als auch, daß auf den Todesfall oder Vermählung des Herz. Johann Ernſt die Balley wieder abgetreten werden ſolle, ausſtellen mußte. Zu Coburg aber nahm H. Johann Caſimir die Huldigung in denen ihm zugefallenen Landen ein, obwol mit vieler Widerſetzlichkeit der Ritterſchaft z). Auch gehört in dieſes Jahr der Vergleich des Hauſes Sachſen mit der Abtiſſin von Quedlinburg über den Handſchlag, welcher alljährlich von dem Rath zu Quedlinburg der Abtiſſin geleiſtet werden

x) Den Abſchied, ſo den 4. Febr. ſchon datirt iſt, ſucht man vergeblich in Moſers Samml. der Kreis-Abſchiede.

y) In Müllers Annalen S. 221. iſt hier ein ſonderbarer Druckfehler. Es heißt daſelbſt: biß zu Dreßden erlangter Majorennität u. ſ. w. Nun mußte der junge Herzog offenbar, wenn er auch etwa veniam aetatis ſeiner Zeit ſuchen wollte, dieſelbe nicht zu Dresden, ſondern bey dem Kaiſer zu Prag, ſuchen. Alſo muß es ſchlechthin heißen, bis zu deſſen erlangter Majorennität.

z) Hönn Geſchichte von Coburg S. 226. welche die hier von der Coburgiſchen Linie angeführten Umſtände weitläufiger als Müller enthält.

den mußte, bey dem aber der Sächſiſche Vogtey-Hauptmann ſich eine Theilhabung anmaßen wollen. Dieſer Streit wurde nun, durch bemeldeten Vergleich, zum Vortheil von Sachſen entſchieden, alſo daß jedesmal der Rath der Aebtiſſin zuerſt, hernach auch dem Vogtey-Hauptmann den Handſchlag leiſten ſolle [a]). Endlich wurde noch die bisherige Gemeinſchaft der beiden Sächſiſch-Erneſtiniſchen Hauptlinien in Betreff des Appellationsgerichts, wie auch des Hofgerichts und der Univerſität zu Jena aufgehoben.

1598 28 May. Im folgenden Jahr erlangte der Adminiſtrator der Chur Sachſen, H. Friedrich Wilhelm, für ſich und ſeinen Bruder H. Johann, vom Kaiſer die Mitbelehnſchaft über die vom Churf. Auguſt von den Burggrafen zu Meißen pfandweiſe an ſich gebrachte vier Aemter, Plauen, Voigtberg, Schöneck und Pauſa, weshalben der K. annoch einen beſondern Begnadigungs-
9. Jun. oder Majeſtäts-Brief ausgeſtellt hat. Von der Coburgiſchen Linie hielt H. Johann Ernſt ſein
14 May. zweytes Beylager mit Chriſtinen, Landgr. Wilhelms des IV. von Heſſen-Caſſel Tochter [b]), einer ſehr gelehrten Dame, zu Rotenburg an der Fulde.
22 May. Auch gab derſelbe eine Hofgerichts-Ordnung heraus, und richtete nebſt ſeinem Bruder Johann Ernſt einen Schöppenſtuhl zu Coburg auf. Gegen Ende des Jahrs waren zwölf von beiden Sächſiſchen Erneſtiniſchen Haupt-Linien zu Schiedsrichtern wegen ihrer Streitſachen ernannte Räthe zu Erfurt beyſammen, und errichteten des-
10. Dec. falls einen Abſchied, welchen jedoch die Herzoge im

a) Lünig, P. ſpec. Contin. II. III. Fortſ. V. Abth. S. 891.

b) ſ. von derſelben Teuthorns Heſſ. Geſch. IX. S. 667.

im folgenden Jahr durch eine perſönliche Zuſam- 1599
menkunft zu Suhl in etwas abgeändert haben.

Von dem Adminiſtrator iſt dieſes Jahr faſt nichts weiter zu merken, als daß er drey Kreis- täge gehalten, von welchen oben bey der Geſchich- te der Kreistäge das nöthige beygebracht worden. Gegen Ende des Jahrs kam die auch bey dem 11 Sept.
Kaiſer geweſene Moſkowitiſche Geſandtſchaft auch nach Dresden, welcher denn alle Ehre da- ſelbſt angethan wurde. Die Herzoge von Sach- ſen, Johann Caſimir zu Coburg und Johann Ernſt zu Eiſenach, verglichen ſich mit dem B. 2/12 Spt.
Julius von Würzburg, durch ihre dazu verord- nete Räthe, zu Trappſtedt, über ihre Gränz- Jagd- Fiſcherey- Gerichtbarkeits- und ſonſtige Ir- rungen c). Zu Coburg vermählte ſich H. Jo- 16 Sept.
hann Caſimir zum andernmal mit Margare- then, einer Braunſchweigiſchen Prinzeſſin. Sie brachte ihm 12000 Thaler zum Heirathsgut mit, welche, nebſt einer Wiederlage von gleicher Sum- me, auf das Amt Römhild verſichert wurden. Gegen Ende des Jahrs empfing derſelbe, nebſt 10. Dec.
ſeinem Bruder Johann Ernſt, zu Eiſenach, durch ihre Geſandten die Lehen vom K. Rudolf zu Prag, mit den gewöhnlichen Feierlichkeiten d), wobey die Weimariſchen und ſodann die Chur- Sächſiſchen Abgeſandten, die Samtbelehnung er- hielten. Der Adminiſtrator der Chur Sachſen ſchlichtete in dieſem Jahr einige Irrungen zwiſchen 1600
dem Rath und dem Conſiſtorium zu Leipzig durch einen ausführlichen Urtheilsſpruch, die Anneh- 4. Apr.
mung und Abſetzung der Kirchen- und Schuldie- ner

c) Dieſer nicht bey Müller angeführte, ſogenannte Trappſtedtiſche Vergleich, ſtehet bey Lünig, Spicil. Eccl. Cont. I. p. 766. bis 783.

d) Die bey Müller a. a. O. S. 224. zu leſen ſind.

ner daſelbſt belangend e). Ferner erhielt er in dieſem Jahr von K. **Rudolf** die Belehnung über die Vogtey am peinlichen Gericht zu **Nordhauſen**, welche durch des letzten Grafen von Hohenſtein Abſterben dem Reiche heimgefallen war, für die Churlinie, ſodann in Samtbelehnung für die Herzoglichen Linien von Sachſen. Wie damals die Lehenspflicht von dem Hauſe Schwarzburg dem Hauſe Sachſen geleiſtet worden, erhellt aus derſelben im Druck bekandt gemachtem Formular f).

Heſſiſche Wegeb. Wie die Sächſiſchen, ſo will ich auch hier die Heſſiſchen Begebenheiten zuſammennehmen.
a) Von der Caſſeliſchen Linie, Zu Caſſel regierte der gelehrte und einſichtsvolle erſt 26jährige **Landgraf Moritz**. Dieſer, nachdem er ſeine eine Schweſter, **Hedwig**, an den damali-
1597 gen apanagirten nachhero regierenden **Gr. Ernſt**
28. Aug. **von Schaumburg** g) zu vermählen das Vergnügen gehabt hatte, genoß das nemliche auch bald darauf mit ſeiner andern Schweſter, **Chriſtine**,
1598 welche dem **Herz. Johann Ernſt von Sachſen-**
24 May. **Eiſenach** zu **Rotenburg** in Heſſen beygelegt, und von ihrem Bruder, dem Landgrafen, ſelbſt nach **Eiſenach** begleitet wurde. Von ſeiner Reiſe nach **Prag** und Verrichtungen daſelbſt iſt oben bereits etwas vorgekommen h). In eben dieſem Jahre
m. Jun. hielt derſelbe nebſt ſeinen Vettern, den übrigen Landgrafen zu Heſſen, einen gemeinſchaftlichen **Landtag** zu **Marpurg**, in welchem wegen der dem Kaiſer, in Gefolg des Reichs-Abſchieds, zugebilligten Hülfe gegen die Türken, wie auch wegen

e) Derſelbe iſt zu leſen bey **Lünig**, IV. Cont. II. Th. S. 611.

f) Bey **Lünig**, ſpicil. ſecul. P. II. n. 43.

g) Ein mehreres von dieſen Herrn, ſ. bey **Winkelmann** Beſchr. von Heſſen, II. Th. 14. Cap.

h) Dilich Heſſ. Chron. h. a. S. 344. *Hartmann*, P. II. c. 7. §. 14. p. 294.

gen der Hülfe gegen die Spaniſchen Vergewalti- 1598
gungen im Weſtfäliſchen Kreiſe [i]), gehandelt worden. Da wegen letzterer oberwehntermaßen verſchiedene Kreistäge gehalten worden, ſo nahm Landgr. 1599
Moritz hieran auch immer Theil, und ſchickte ſeine Leute mit zu dem Zug gegen den Mendoza [k]), allwo er ſeine Truppen bis an den Rhein, als Kreis-Oberſt des Oberrheiniſchen Kreiſes, ſelbſt führte, hernach aber die Oberbefehlshaber-Stelle dem Gr. Simon von der Lippe abtrat, und wieder nach Hauſe ging [l]). Die Kriegs-Artikel, ſo er bey dieſer Gelegenheit herausgegeben [ll]), ſind zur Kenntniß der damaligen Kriegsverfaſſung merkwürdig. In eben dieſem Jahr richtete Landgr. Moritz das ſogenannte Collegium Mauritianum zu Caſſel, wovon er ſchon einige Jahr vorher einen Anfang in ſeinem Schloſſe gemacht hatte, beſſer zu einer ordentlichen Ritter-Academie ein, verlegte es in das ehemalige Carmeliter-Kloſter, berief tüchtige Profeſſoren dazu, und weihete es 3. Oct.
ſelbſt durch eine ſchöne Rede ein [m]). Im folgenden Jahr wurde derſelbe durch die Geburt eines 1600
Prin-

i) ſ. bey der Niederländiſchen Geſchichte, u. ſ. w. Die Ausſchreiben des Landgr. zu dieſem Behuf an ſeine Vaſallen, finden ſich bey Hoffmann, Kriegs-Canzley I. B. S. 160. u. f. eines von 1598. und drey von 1599.

k) Dilich a. a. O. *Hartmann*, P. II. C. V. §. 48. S. 190. Teuthorns Heſſ. Geſch. IX. S. 681. u. f.

l) Jo. *Crocii* Or. funebris in Mauritii Landgravii obitum; in Mauſolei Mauritiani (Caſſellis 1635. fol.) P. II. p. 33.

ll) Sie ſtehen, ſamt der Inſtruction der Kriegeräthe, bey Friderici, Samml. von Kriegsrechtsſprüchen, S. 23. u. f.

m) Dilich, S. 347. u. f. *Hartm.* l. c. p. 295. Teuthorn, a. a. O. S. 680.

Prinzen, Moritz genannt, erfreuet, bey welcher Gelegenheit große Feierlichkeiten zu Caſſel gehal-
14 bis 22 Sept. ten worden n). Ja im Herbſt d. J. beſuchte ſogar eine Perſiſche Geſandtſchaft dieſen Herrn zu Caſſel, und reiſete, nachdem ſie ſehr prächtig empfangen worden, nach Prag, zum K. Rudolf, ab o).

1598 b) der Marpurgiſchen. Zu Marpurg lebte noch immer der Landgraf Ludwig der vierte. Dieſer bemühte ſich inſonderheit die daſelbſt blühende hohe Schule recht in Aufnahme zu bringen, und verlieh ihr zu dem Ende unter andern das Recht, daß kein unter ihr ſtehender Zeuge anders als vor ihr ſelbſt verhört werden ſolle p). Er empfing auch die Lehen als der älteſte vom ganzen Hauſe Heſſen, für ſich und die beiden übrigen Linien, von K. Rudolf dem II.
10. Apr. laut deſſen darüber ausgeſtellten Lehenbriefs q). Uebrigens wurde in dieſem Jahre Heſſen ſowol als mehrere Orte Teutſchlands mit der Peſt heimgeſucht, weswegen auch die Univerſität zu Marburg eine Zeitlang faſt ſtilleſtund r). Der in dieſem Jahr zu Marpurg gehaltene Landtag, den inſonderheit dieſer Landgraf zuſammenberief, iſt oben berührt worden; und ſollen ſich die Heſſiſchen Stände bey dieſer Gelegenheit in ihren Verwilligungen beſonders patriotiſch bezeugt haben s).

Uebri-

n) Dilich, a. a. O.

o) Dilich, a. a. O.

p) *Hartmann*, P. II. c. V. §. 52. aus denen nun nicht mehr in Marpurg vorhandenen Annal. Academicis.

q) Er ſtehet bey Lünig, R. A. Cont. II. VIII. Abſ. S. 806. allwo auch dieſes Herrn Teſtament, d. d. Marpurg, 25. Apr. 1595. ſamt dazu gehörigem Codicill, d. d. 30. Dec. 1601. ſt. v. zu leſen ſind, von deren beider Inhalt im folgenden Bande, bey Ludwigs Abſterben, gehandelt werden ſoll.

r) *Hartm.* ib.

s) *Hartm.* ib. §. 49.

Uebrigens war dieſer Landgraf ſehr zur Einigkeit in Religionsſachen, ſo wie auch zur politiſchen Vereinigung der Proteſtirenden untereinander geneigt, und betrieb ſonderlich letztere eifrigſt auf dem Reichstag zu Regenſpurg in dieſem Jahr, nebſt Landgrafen Moritz, wie aus einem Briefe an letzteren zu ſehen iſt [t]).

Zu Darmſtadt war obgemeldetermaßen [u]) Landgraf Ludwig der V., insgemein Fidelis, der Getreue, genannt [v]), zur Regierung gekommen. Derſelbe, nachdem er ſchon im vorigen Jahre, zu Ende, um die Prinzeſſin Magdalene, des Churf. Joh. Georg von Brandenburg Tochter, angehalten hatte, heirathete ſolche, nach gedachten ihres Vaters Tode, zu Berlin in dieſem Jahre, aus welcher Ehe zwölf Kinder entſproſſen ſind. Da auch einige Irrungen zwiſchen Heſſen und Mainz wegen der ſogenannten hohen Mark bey Urſel obwalteten, ſo richtete Er mit Churf. Wolfgang von Mainz desfalls einen Vertrag auf [w]). Unter die vorzüglichen Verrichtungen Landgr. Ludwigs gehört, daß er in dieſem Jahr von dem unbeerbten Grafen Heinrich von Iſenburg das nunmehrige Darmſtädtiſche Amt Kelſter-

(Margin: c) der Darmſtädtiſchen. — 5. Jun. — 1599 — 4/14 Jul. — 1600)

t) Or. hiſtor. Jo. *Crocii* de Mauritio, in Mauſolei Mauritiani P. II. p. 32.

u) N. T. R. H. XX. B. S. 422.

v) Von dieſes Herrn Lebenslauf bis zur Regierung, Gemahlin, Familie, und andern nicht in die Reichshiſtorie gehörigen Umſtänden, ſ. meines hochgeehrteſten Hrn. Schwagers und werthgeſchätzten Freundes, des Fürſtlich-Heſſen-Darmſtädtiſchen Hofraths, Georg Frid. Teuthorns, Heſſ. Geſch. IX. B. S. 720. u. f. 823. u. f. S. auch *Hartmanni* Hiſt. Haſſ. P. II. c. VI. ab in.

w) Ihn findet man bey Lünig, Spicil. Eccleſ. contin. I. p. 228.

ſterbach [x]) für 356177 Gulden erkaufte [y]). Hiergegen aber regte ſich deſſen Agnat, Wolfgang Ernſt Gr. von Jſenburg, und ließ gegen den geſchehenen Kauf proteſtiren [z]), klagte auch hernach, da der Landgraf auf dieſes nicht achtete, gegen denſelben bey dem Reichs-Kammergericht zu
21. Jun. Speyer. Dieſes erließ auch gegen den Landgrafen, und den Grafen Heinrich, ein Mandatum S. C. „Nachdem in den Jſenburgiſchen Hausverträgen [a]) beſtimmt ſey, daß keiner dieſes Geſchlechts den ihm zukommenden Antheil Landes verkaufen ſolle, ohne den Verkauf erſt ſeinen Agnaten ein Vierteljahr voraus angezeigt zu haben, und ſodann den Verkauf doch nur auf Wiederkauf einzugehen, welche Verträge auch Graf Heinrich ſelbſt

x) Hiezu gehören außer Kelſterbach ſelbſt Langen, Mörfelden, Egelsbach, Nauheim, Ginsheim und Walldorf, alle zu dem ehemaligen großen Diſtrict, die Drey Eiche genannt, gehörig.

y) Nachdem er ſchon zwey Jahre vorhero Langen und Egelsbach von demſelben gekauft hatte; wobey anfangs ein beſtändiges Wiedereinlöſungsrecht vorbehalten, hernach aber ſolches auf 15 Jahre für die Agnaten eingeſchränkt wurde, laut eines beſondern Reverſes des Gr. Heinrichs, ſo in der Jſenb. Ded. gegen Heſſendarmſtadt, wegen ſtritt. Alienation des Dreyeichs, S. 54, ſtehet.

z) Ein Notarial-Jnſtrument über dieſe Proteſtation, und zugleich über die Forderung der in den Familien-Verträgen auf einſeitige Veräußerungen geſetzten Strafe, ſtehet in gedachter Deduction, S. 85.

a) Der Hauptvertrag von 1517. ſtehet auch, nebſt K. Maximilians des I. Beſtätigung, die K. Max. der II. wiederholet, in beſagter Deduction, S. 93. u. f. Eines beſondern, zwiſchen den Grafen Heinrich und Wolfgang von Jſenburg, Gebrüdern, 1594. eingegangenen Vertrags, in welchem jener ältere insbeſondere für die Kelſterbachiſche Linie beſtätiget wurde, iſt oben gedacht worden, N. T. R. Hiſt. XIX. B. S. 46.

ſelbſt beſchworen habe; ſo habe doch Graf Heinrich vorerſt beide Dörfer Langen und Egelsbach, welche noch dazu Reichslehen ſeyen, ohne Anzeige bey ſeinen Agnaten; ſodann auch, obwol dieſe ihm ſchon wegen gedachten Verkaufs ihr Misfallen und ſein Unrecht genugſam zu erkennen gegeben, noch in dieſem Jahr die übrigen in dem drey Eich gelegenen Dörfer, als Kloſterbach, u. ſ. w. abermals ohne klagender Agnaten Wiſſenſchaft, an den Landgr. veräußert. Da er nun ſolchergeſtalt gegen die klare aus dieſen Familienverträgen herrührende Verpflichtung, mithin null und nichtig gehandelt habe, ſo befehle man andurch dem Landgrafen und Grafen, alſogleich den ganzen Verkauf, als ganz ungültig, wieder aufzuheben, die Unterthanen, die zum Theil ſchon dem Landgrafen geſchworen, ihres neuen Eids zu entbinden, ſodann nichts mehr dergleichen zu unternehmen, bey Strafe zehen Mark löthigen Goldes; und wie dieſem Befehl gehorſamet worden, binnen 2 M. anzuzeigen [b]).„ Hiergegen ließ der Landgraf Exceptiones ſub- et obreptionis verfertigen, obwol der Churfürſtlich Pfälziſche Geſandte ihm im Namen ſeines Herrn zum Vergleich rieth, und ſetzte ſich, auf den Fall, daß auch dieſe verworfen und paritoria erkannt werden ſollte, in Anſehung des bereits an den Grafen Heinrich an dem Kaufſchilling ausbezahlten durch einen beſondern Abſchied und Eventual-Aſſecuration [c]) 16 Sept. in Sicherheit. Gr. Wolfgang Ernſt aber ließ

 dem

b) Dieſes Mandat befindet ſich ganz in der Deduction, betitelt: Summariſcher Bericht, der zwiſchen Heſſen und Iſenburg ſtrittigen Alienationsſache, etc. aus Befehl Gr. W. E. zu Iſenburg in Druck gegeben, Frankf. 1615. und hernach noch mit mehr Beylagen 1619. fol.

c) Ebengedachte Deduction, S. 75.

dem Landgrafen, des gerichtlichen Verfahrens ohngeachtet, die im Contract vorbehaltene Wieder-Einlöſung antragen [d]), welche jedoch der Landgraf verwarf [e]). Was weiter in dieſer Sache vorgegangen, gehört zum künftigen Bande, allwo bey dem Jahre 1610. davon gehandelt werden wird [f]).

1598 Jülichiſche Begebenh. So wie bey dem Hauſe Heſſen, ſo will ich auch bey dem Hauſe Jülich die Begebenheiten der in dieſem Theil vorkommenden Jahre zuſammen betrachten. Der bisher eine Zeitlang blödſinnig geweſene Herzog Johann Wilhelm [g]) muß in dieſem Jahre ganz oder doch meiſtens wieder zu Verſtande gekommen ſeyn, indem man in den Reichstags-Verhand-

d) Auch hievon ſteht das Notarial-Inſtrument, ſamt dem Antrag ſelbſt, in gedachter Deduction, S. 107-115.

e) Das Schreiben desfalls ſtehet auch ebendaſ. S. 116. u. f.

f) Indeſſen würde ſowol das, was ich hier geſagt habe, als auch, was ich ferner von dieſer Sache beybringen kann, weit vollſtändiger ſeyn, wenn ich ſo glücklich geweſen wäre, aus dem Hochf. Darmſtädtiſchen Archiv mit den dazu gehörigen Urkunden unterſtützt zu werden, oder aus Kopps Iſenburgiſcher Hiſtorie, von dem Hochf. Hauſe Iſenburg, das dahin gehörige zu erhalten, als von welcher Eſtor, Elem. Juris Publ. Haſſiaci L. II. §. 14. ſagt, Rem (nemlich die hier in Frage ſtehenden Vorfälle) ex inſtituto et curate enarravit *Koppius* etc. Es iſt aber dieſe Iſenb. Geſchichte ein ziemlich groſses, bis auf das Jahr 1714. reichendes im Original zu Offenbach verwahrtes Werk, davon ich die zu Büdingen in dem Archiv liegende, 1740 halb gebrochene Seiten in folio ausmachende Abſchrift, mit Sr. Hochgr. Gn. Vorwiſſen und Gn. Erlaubniß, vormals, lange ehe ich an gegenwärtiges Werk dachte, eingeſehen habe.

g) ſ. N. T. R. Hiſt. XX. B. S. 336.

handlungen keine Spur mehr, daß er nicht ſelbſt regiert hätte, antrifft. Indeſſen war ſeine künftige Erbfolge ein Gegenſtand vieler Schreiberey unter den Teutſchen Fürſten [h]). Er ſelbſt aber ſchrieb einen **Landtag**, im Herbſt, wegen der obbemeldeten Spaniſchen Einfälle in ſein Herzogthum aus, auf welchem ſich ſonderlich ſeine Schweſter Sibylle, Marggrafen **Philipps von Baden** Wittwe, ſehr auszeichnete, und zum Rückhalt gegen die Spanier mit dem Prinzen **Moritz von Oranien** durch Briefwechſel gutes Verſtändniß zu unterhalten ſuchte. Im folgenden Jahre vermählte ſich der Herzog, um ſeinen vielen Todtenwärtern, wo möglich, einen Strich durch die Rechnung zu machen, zum zweytenmal mit **Antonien, H. Carls von Lothringen Tochter** [i]), und zwar unter gar ungewöhnlichen Bedingungen [k]). Im folgenden Jahr nahm er dieſe ſeine Gemahlin zur Mit-Regentin auf. 25 Sept. 1599 $\frac{10}{20}$ Jun. 1600

Von dem Chur- und Fürſtlichen Hauſe **Pfalz** iſt ſchon oben gehandelt worden [l]). Sodann iſt auch bey der Reichstagsgeſchichte **Churf. Friederich der IV.** als derjenige vorgekommen, bey dem die **Proteſtanten**, weil Sachſen mit beſondern Zuſammenkünften derſelben nichts zu thun haben wollte, ihre Verſammlungen hielten, wodurch alſo derſelbe in alles, was von Seiten der Proteſtantiſchen Stände geſchehen ſollte, den merklichſten Einfluß bekam, ſo daß er hernach auch verſchiedene, in dieſem Bande beſchriebene, Zuſam- Pfälziſche Begebenh.

h) Siehe hievon den Ind. Mſc. Arch. Onold. T. LXIV. 1. LXV. 3-6. 57. 66. 100. ſq. 115. 118. 121. LXIX. 23. 49-51. 58. LXX. 19.

i) Meteren h. a. p. m. 891. *Haraeus*, h. a. p. m. 562.

k) *Teſchenmacher* Ann. Jul. h. a. p. 357.

l) S. 1:14.

ſammenkünfte der Proteſtanten veranlaßte und dirigirte. Ferner iſt von dieſem Herrn zu bemerken, daß er zu Einführung der Reformirten Religion
1598 einen beſondern Catechiſmus herausgeben ließ, gegen welchen der lutheriſche Theologe Johann Heilbrunner einen nothwendigen gründlichen Bericht u. ſ. w. herausgab [m]). Dieſer unge-
1599 meine Eifer für die Reformirte Religion machte, daß der Graf von Bentheim, da ſich der Profeſſor Conrad Vorſt zu Steinfurt des Socinianiſmus verdächtig gemacht hatte, denſelben an die Heidelbergiſche Univerſität ſchickte, um ſich dorten belehren zu laſſen oder zu rechtfertigen, da dann derſelbe nach zweytägiger Diſputation demjenigen, was bishero in ſeinen Lehren als Socinianiſch getadelt worden, förmlich entſagte [n]).

Meklenburgiſche Begeb. Auch von dem Hauſe Mecklenburg noch ein ganz weniges zu ſagen [o]), ſo regierte in demſelben damals noch immer der aus den vorigen Theilen bekandte Herzog Ulrich. Dieſer verfaßte
1597 eine gemeine Amts-Ordnung für die Beamten.
1598 Ferner errichtete er an ſeinem Hofe das Canzleygericht, wovon die Appellation an das Hofgericht ging. Auch räumte er in letzterem Jahre der Ritterſchaft ſeines Landes das Fräulein-Kloſter Tribnitz ein. Seines Bruders Johann Albrechts

m) Dieſes Buch iſt gedruckt zu Lauingen, 1598. 4. Struv Pf. Kirchenh. S. 506. aus welchem auch das übrige hier vorkommende genommen iſt.

n) Die Entſagungsformel ſtehet bey Struv, a. a. O. teutſch, und in Parei Leben S. 97. lateiniſch.

o) Ich thue dis in Ermanglung der älteren aus einem ganz neuen Schriftſteller, nemlich Gebhardi Geſch. der Wendiſch-Slaviſchen Staaten, in deren erſten zu Halle 1790. 4. herausgekommenen Theil ſich eine Geſchichte von Mecklenburg verirrt hat, und zwar daſ. S. 367.

brechts hinterlaſſener Sohn Sigmund Auguſt hatte zwar eine Pommeriſche Prinzeſſin Clara Maria geheirathet, aber keine Kinder mit ihr erzielet, und mußte ſein Leben ſehr jung endigen, ohne je an der Regierung Theil gehabt zu haben [p]).

Vermiſchte Begebenheiten und Urkunden.

Den Beſchluß der Geſchichte der in dieſem Bande abgehandelten vier Jahre machen füglich, ohne weitere als blos die Jahres-Ordnung, einige Urkunden, von denen bisher zu reden keine Gelegenheit war, und die ich doch, um der Vollſtändigkeit willen, nicht gerne ganz übergehen möchte. Die erſte, als eine der merkwürdigſten, ſey das Teſtament Gr. Simons des VI. von der Lippe, dieſes als Anführer des Zugs der Reichsvölker gegen die Spanier, und ſonſt in gegenwärtigem Bande oft vorgekommenen Herrn [q]), welches noch heutzutage ein Grundgeſetz dieſes Gräflichen Hauſes iſt. In ſolchem bekennet er zuerſt, in der Catholiſchen Chriſtlichen Religion und geſunden göttlichen Lehre, ſo wie ſie in der h. Schrift verfaßt

a) Teſtament Gr. Simons des VI. von der Lippe.

 und

p) Hier verſtehe ich meinen Schriftſteller nicht recht. Er ſagt, weil durch die Verordnung ſeines Vaters die Landestheilung unterſagt worden, ſo hätte er die Regierung dem H. Ulrich laſſen müſſen. Aber wie dieſes zuſammenhänge, weiß ich nicht. Auch des Landestheilungs-Verbots ohngeachtet konnte Sigmund regieren, nur nicht allein, ſondern mit Ulrich in Gemeinſchaft. Da ich aber die Urkunde der Verordnung nicht vor mir habe, ſo kann ich wegen ihres Inhalts nichts entſcheiden.

q) Es ſtehet bey Lünig, P. ſpec. Contin. II. VI. Abth. n. 69. d. d. Bracke, 30. Aug. 1597. von 7 Zeugen unterſchrieben. S. auch die Ded. ſub tit. Actenmäßige gründl. Vorſtellung des Rechtsſtreits zwiſchen Ludwig Ferd. Gr. v. d. Lippe, contra Gr. Simon Heinrich Adolf v. Lippe, (Lemgow, 1730. fol.) adj. n. III.

und in den ſymbolis 4. conciliorum oecumenicorum bezeuget, leben und ſterben zu wollen [r]). In Anſehung der Regierung ſetzet er ſeinen erſtgebohrnen Sohn Bernhard, ſamt deſſen etwaigen Nachkommen, jedesmal dem erſtgebohrnen, zum Nachfolger ein. Sodann auf deſſen und ſeines Manns-Stammes Abgang den zweyten, dritten und vierten Sohn, und auf deren gleichmäßigen Abgang ſeine drey Töchter nach der Ordnung der Erſtgeburt. Der Erſtgebohrne ſolle die Macht haben, Landtäge zu halten, die Lehen zu geben und zu nehmen, die Huldigung der Städte, inſonderheit der Stadt Blomberg, einzunehmen, Reichs- und Kreistäge zu beſuchen, das Münz- und Salz-Regal auszuüben und zu benutzen, dafür aber auch die Reichs- und Kreis-Anlagen, Lehenspflichten und Dienſte, jedoch mit Zuthun der Landſtände, zu beſtreiten ſchuldig ſeyn; endlich ſolle er die Originalien aller Briefe und Siegel in ſeinen Händen haben. Hierauf wird ihm und jedem von den drey übrigen Söhnen ſein Antheil an der Grafſchaft titulo inſtitutionis und loco legitimae angewieſen, dabey auch die etwa noch nachgebohren werdende Söhne alle in legitima zu Erben eingeſetzt, nach der alsdann von der Landſchaft zu beſtimmenden Weiſe. Sämtliche vorhandene und etwa noch zu erwartende Töchter ſollten, außer dem gewöhnlichen von der Landſchaft zu erhaltenden Brautſchatz, von ihren Brüdern (und zwar ſo, daß der regierende einen Theil, die drey andern zwey

r) Alſo ein Mann, der eigentlich in dieſes jetzige Jahrhundert und deſſen letzte Hälfte gehörte, — weder Augſpurgiſch, noch Heidelbergiſch, noch Tridentiniſch, ſondern — blos Apoſtoliſch! obwol ſonſten die Grafen von der Lippe ſich zur Proteſtantiſchen Kirche bekennen.

zwey Theile daran zu tragen hätten,) mit Kleidern, Kleinodien und ſonſten, nach Ermäßigung der Landſchaft, verſorgt werden. Der Gräflichen Wittwe ſolle das Haus **Blomberg** verſchriebenermaßen zur Leibzucht bleiben, auch dieſe mit dem Genuß von **Schieder** und **Büllinghauſen** vermehrt werden, welches alles die Söhne unverbrüchlich zu halten hätten. Dieſe ſolle auch die Gräflichen Töchter erziehen und bis zur Vermählung bey ſich behalten, dafür auch den Genuß von Büllinghauſen, falls ſie zur zweyten Ehe ſchritte, nicht verlieren. So lange nun die Wittwe in dem Genuß bliebe, ſo ſolle, da die benannten Oerter alle in des **Grafen Simon** Antheil gelegen, derſelbe jährlich 3000 Thlr. und zwar die Hälfte von dem älteſten allein, die andere Hälfte von den beiden andern Brüdern zuſammen, Zuſchuß bekommen. Sollte einer der Brüder ohne männliche Erben verſterben, ſo ſolle deſſen Antheil den übrigen Brüdern und ihren Nachkommen in ſtirpes, jedoch die Hälfte dem regierenden, die andere Hälfte den beiden übrigen zuſammen, zufallen, die etwa vorhandenen Töchter aber gebührlich ausgeſtattet werden. Würde aber der regierende Graf ſelbſt ohne männliche Erben verſterben, ſollte der ihm nach dem Recht der Erſtgeburt folgende von dem vorhin innegehabten Landesantheil die Hälfte an die beiden übrigen Linien abzutreten ſchuldig ſeyn. Von den etwaigen **Schulden** ſolle ſein erſtgebohrner die Hälfte, die übrigen drey Söhne aber zuſammen die andere Hälfte tragen. Die **Evangeliſche Religion** ſolle in ihrem Weſen verbleiben und von ſämtlichen Söhnen darin erhalten werden. Das **Hofgericht** ſolle auch nach der von ihm gemachten Einrichtung verbleiben, und zu deſſen Erhaltung von ſämtlichen Söhnen, nach der Art wie zu den

den Schulden, beygetragen werden. Alle Viertel-jahre ſollten die vier Söhne das Hofgericht Reihe um in ihren Reſidenzen halten und dabey präſidiren. Den Unterthanen ſollten alle ihre Privilegien ohne Abbruch gehalten, und durch dieſes Teſtament in demſelben nichts geändert werden. Würde zwiſchen den Nachfolgern Streit entſtehen, ſo ſolle derſelbe durch innerliche Entſcheidung und billigen Zuſpruch der Landſchaft ausgemacht werden. Uebrigens ſolle jeder ſeiner Söhne die Haushaltung ſo anſtellen, daß er ohne Beſchwerde der Unterthanen auskommen könne. Die Vermächtniſſe ſollten nach der Art wie die Schulden von ſämtlichen Söhnen getragen und berichtiget werden. Zu Vormündern, falls er lauter minderjährige Kinder verlaſſen ſollte, werden die Bürgermeiſter von Lemgow und Horn, ſamt einem von der Ritterſchaft, den dieſe, binnen 14 Tagen von der Eröffnung des letzten Willens an, zu beſtimmen hätte, geſetzt ſeyn. Würde aber die Ritterſchaft ſich binnen dieſer Zeit keiner Perſon dazu vergleichen können, ſo ſollten obgenannte Bürgermeiſter einen aus der Ritterſchaft dazu wählen [s]). Sämtliche Vormünder ſollten, nebſt ſeiner Wittib, die Kinder alle in Gottesfurcht und allem Guten erziehen laſſen, wie ſie denn hiemit auch zu Vollziehern des Teſtaments ernannt würden. Zum Ober-

Vor-

s) Hier und in dem ganzen Teſtament hört man durchgehends den Herrn ſprechen, der mit ſeinen Landſtänden wohl ſtehet, und daher ſich unbegränzt auf ſolche verlaſſen kann. O! möchten alle Regenten von Teutſchland einſehen, daß eben ſo gut ihr und ihrer Familien, und des ganzeu Landes oder Ländchens, vorzüglichſtes Beſtes iſt, wenn Herr und Landſchaft wohl ſtehen, und ſich wechſelsweiſe vertrauen! Und möchten alle Schmeichler und Augendiener ſterben, die den Großen das Gegentheil ſagen!

Vormund aber und Ober-executor teſtamenti wolle Er den Kaiſer beſtellen. Dabey behalte Er ſich die Freyheit aus, ſo oft er etwas anderes verordnen oder zuſetzen wollte, ſolches alles auf einem Zettel von ſeiner Hand ge- oder doch wenigſtens unterſchrieben, zu der Verordnung zu ſtecken, welches dann eben ſo viele Kraft haben ſollte, als wenn es ausdrücklich im Teſtament mit ſtünde. Sodann folget die clauſula codicillaris, die Erbittung der ſieben Zeugen, des Grafen und der Zeugen Unterſchrift.

b) Erbachiſche Vermählung.

In dem Gräflichen Hauſe **Erbach** vermählte ſich Gr. Georgs älteſter Sohn, **Friedrich Magnus**, mit Johanne, Gr. **Friedrich Magnus** von Solms Tochter. Dieſer wurden zur Morgengabe 1000 fl. auf das Amt **Rechenberg** verſichert angewieſen, alſo daß ſie jährliche 100 fl. Intereſſen davon, bis zur Abzahlung, beziehen ſolle, mit dem Beyſatz des Rückfalls, wenn die Gräfin ohne Kinder, und ohne letzten-Willens-Verordnung verſterben ſollte [t]).

c) Gr. Joh. von Naſſau Teſtament.

Im Gräflichen und Fürſtlichen Hauſe **Naſſau** machte Graf **Johann der ältere** von **Naſſau-Dillenburg** ſein Teſtament [u]). „In deſſelben Eingang vernichtet er zuerſt ſein vorzeiten gemachtes Teſtament. **Sodann** danket er Gott für die ihm gegebenen Religions-Erkenntniſſe, bittet um Vergebung der Sünden und um Gottes Gnade in Zeit und Ewigkeit. **Ferner** ſolle das

Land

t) Die Verſchreibung desfalls ſtehet bey **Lünig**, Spicil. Sec. I. Th. S. 168. d. d. **Erbach**, 19. Sept. 1597.

u) Es ſtehet bey **Lünig** Spicil. Sec. P. I. p. 654. u. f. d. d. **Dillenburg** m. Febr. 1597. von ſieben Zeugen unterſchrieben. Von dieſem Grafen iſt ſonſt nachzuleſen Textor Naſſauiſche Chronik (Herborn 1617. 4.) S. 113-118.

Land bey der in Gottes Wort, den dreyen Haupt-Symbolis, und approbirten vier Concilien, gegründeten reinen Evangeliſchen Lehre und Chriſtlichen Ceremonien, in Gemäßheit der zu dieſem Ende zu verfertigenden Kirchen-Ordnung, gelaſſen werden [r]). Weiter ſolle die Schule, ſo zu Herborn angelegt, nachhero nach Siegen verlegt worden, und wozu das Einkommen der Klöſter Dierſtein und Thron verordnet, ferner alſo beybehalten, auch wenn ja gedachte Klöſter, wider Verhoffen, dem Hauſe Naſſau entzogen würden, aus ſonſtigen Mitteln unterhalten werden. Sodann folgt die namentliche **Erb-Einſetzung** aller des Grafen Johanns noch lebenden 14 Kinder [s]), ſamt den etwa noch zukünftigen, auch derer bis dahin etwa verſtorbenen hinterlaſſenen etwaigen Leibes-Erben. Von dieſen ſollten die Söhne alleſamt die Lande ſo lange als möglich in Gemeinſchaft behalten, die darauf haftenden Schulden ablegen, und die verpfändeten Stücke einlöſen. Ueber die Schulden ſelbſt, oder Verpfändungen oder Witthums-Verſchreibungen ſollten ſie niemand Anſtand machen, ſondern jeden Gläubiger ohne Gefährde zu befriedigen ſuchen. Bis dieſes geſchehen, ſollten ſie alle, verheirathet oder ledig, ſich nur ein gewiſſes jährlich ausſetzen. Wäre es aber ja, daß ſie nicht länger in Gemeinſchaft verbleiben wollten, ſo wolle er hiemit jedem, indem die Umſtände nicht litten, daß er ſie alle gleich hielte, ſein Theil dahin beſtimmen: dem älteſten, **Wilhelm Ludwig**, das Amt **Dillenburg** ſamt den Schlöſ-

r) Alſo nichts von einem weiteren Glaubensbuch, Augſp. Conf., Heidelbergiſchen Catechismus, oder dergl. Keine Spur davon!

s) Vierzehen ſind gezählt, aber nur zwölfe mit Namen angegeben.

Schlöſſern Herborn und Dringenſtein; dem zweyten Sohn Johann das Amt Siegen, dem dritten, Georg, das Amt Beilſtein, das übrige aber den ſämtlichen jüngern Söhnen, lebenden und kommenden, jedesmal mit aller Landesherrlichkeit. Doch ſollte das Einkommen in gleiche Theile getheilt, und denen, die weniger Land hätten, aus dem Einkommen der größern Theile das übrige erſetzt werden. Stürbe einer der Söhne ohne Erben, vor oder nach der Theilung, ſo ſolle der in der natürlichen Ordnung folgende deſſelben Theil bekommen, und dafür den ſeinigen an den ihm nachfolgenden abgeben, doch ſo, daß die Verbeſſerungen jedesmal unter einander vergütet, und die etwa verſchriebenen Witthume genau gehalten werden ſollten. Die Töchter belangend, ſo ſollten dieſelben an Geld jede mit 6000 fl. ſodann der nöthigen Kleidung u. ſ. w. ausgeſtattet werden, und damit auf immer loco legitimae vorlieb nehmen. Die ledigbleibenden aber ſollten von den Söhnen ihrem Stande gemäß unterhalten, auch mit Kleidung und ſonſtiger Nothdurft verſorgt werden, denjenigen aber, die etwan einſam leben, oder ſich zu jemand anders begeben wollten, ſolle hiezu, ſo ſie unter 20 Jahren, jährlich 60 fl., denen über 20 Jahre aber 120 fl. geliefert werden. Auch die künftige weibliche Nachkommenſchaft ſolle, ſo lange noch männliche Abſtammung von ihm vorhanden, nicht erben, ſondern die Länder jederzeit dem Mannsſtamm abzutreten ſchuldig ſeyn, und mit einer den Umſtänden nach zu beſtimmenden Ausſtattung ſich begnügen. Keiner von den Söhnen oder deren Nachkommen ſolle die Macht haben, die ihm aus dieſer Theilung zufallenden Lande außer dem Hauſe Naſſau zu veräußern, weder im Leben noch von Todes wegen, und ſolle jede Veräußerung dieſer Art null und nich-

nichtig ſeyn. Die **Mobilien** des Schloſſes **Dillenburg** (das Geſchütz ausgenommen) ſolle unter die ſämtlichen männlichen Erben ausgetheilt werden. Das Haus Dillenburg, imgleichen Siegen, ſollten in Kriegs-Zeiten jedem von den Brüdern zur Zuflucht offen ſtehen. Ferner wird ſämtlichen Brüdern die **Eintracht** beſtens anempfohlen. **Canzley, Conſiſtorium, Archiv, Beſuchung der Reichs- und Kreis-Verſammlungen** ſollen alleſamt gemeinſchaftlich gehalten werden. Die **Reichs-** und **Landſteuern** ſollten allezeit gemeinſchaftlich angeordnet, und zu des Landes Beſten verwendet werden. Die **Teutſchen Lehen** ſollten vom älteſten Sohne allezeit empfangen, ſo wie auch hinwiederum gegeben werden, die **ausländiſchen** aber gemein bleiben. Sollte ein Lehen im Reich zurückfallen, ſo ſolle es demjenigen Sohn, in deſſen Landestheil es gelegen, einzuziehen, oder anderweit zu verleihen frenſtehen: hingegen die ausländiſchen etwa zurückfallenden gemeinſchaftlich wieder verliehen, oder verkauft, und das Geld gleich getheilt werden. Den **jüngern Söhnen** ſolle zu Erbauung der nöthigen Schlöſſer das gehörige aus dem gemeinen Nachlaß bis auf 6000 fl. zugelegt werden. Die **unſtandesmäßigen Heirathen** werden bey Verluſt des halben Erbtheils verboten. Den beiden Söhnen **Johann** und **Georg** ſolle für das, bey ihren Verheirathungen, und ſeitdem ſamt ihren Kindern genoſſene, nichts angerechnet werden. Sodann folgt eine väterliche Warnung vor **Bürgſchaften und Blanketen**. Neunzehntens ſolle den etwaigen Kindern eines frühe verſterbenden Sohnes einer der älteren Brüder, zuſamt der Wittwe, zu Vormündern geſetzt werden; ſeine eigene Kinder aber ſollten ihre beiderſeitige

nāch-

nächſte Verwandten zu Vormündern bekommen. Zwanzigſtens ſolle noch jeder Tochter eine goldene Kette oder am Werth dafür 300 fl., ſeiner Wittwe aber, und beiden Schwieger-Töchtern, jeder eine von 400 fl. am Werth vermacht ſeyn. Ein und zwanzigſtens wird den ſämtlichen Söhnen befohlen, ſich der Armen beſtens anzunehmen, wie er dann insbeſondere 2000 fl. zu Anlegung eines oder mehrerer Armen- oder Krankenhäuſer beſtimme. Zwey und zwanzigſtens, wenn über das Teſtament Streit entſtünde, ſo ſolle ſolcher nicht durch Proceß, ſondern durch Schiedsrichter, aus der Dienerſchaft und den Landſtänden, entſchieden werden. Sollten dieſe die Sache nicht ins Reine bringen können, ſo ſey dieſelbe an die verordneten Teſtamentarios, und dann an die ſämtlichen Wetterauiſchen Grafen zu kurzer rechtlicher Verhandlung und Entſcheidung zu bringen. Weiter folgt die Cauſula codicillaris, die Ernennung des Gr. von Witgenſtein und zweyer Gr. von Solms zu Vollziehern des Teſtaments, die Erbittung der ſieben Zeugen, und eines Notars, in deſſen Gegenwart die Unterſchrift derſelben geſchehen ſolle.„

In dem Hauſe Hohenlohe ſtellte die verwittwete Gr. Eliſabeth, geb. von Braunſchweig, bey Beziehung ihres Wittwenſitzes auf dem Schloß Langenburg, den gewöhnlichen Revers, inſonderheit das Schloß keinem Feind des Hauſes Hohenlohe zu öffnen, von ſich [i]). d) Hohenlohiſche Witthums-verſchr.

Zu Hanau waren eine Menge Franzöſiſche und Niederländiſche Flüchtlinge Reformirter Religion angekommen, welche um Schutz baten. Die- e) Hanauiſcher Neuſtadt Erbauung.

i) ſ. denſelben bey Lünig, Spic. ſecul. P. I. p. 308. de a. 1597.

Dieſen ließ Gr. Philipp Ludwig zu, daß ſie die Neuſtadt Hanau baueten, und gab ihnen dazu gewiſſe Freyheiten [a]).

f) Verbrennung eines Geiſtl. zu Stablo. Zu Stablo wurde ein Geiſtlicher, wegen Hexerey, von dem dazu beſtellten Commiſſarius, ſeiner geiſtlichen Würde entſetzt, und dem weltlichen Arm übergeben [b]).

g) Leiningen-Weſterb. Theilung. Von dem Gräflichen Hauſe Leiningen-Weſterburg iſt hier eine Theilung zu bemerken, zwiſchen den Gebrüdern und Vettern Ludwig, Philipp Jacob, Reinhard, und Chriſtoph, über die Verlaſſenſchaft der verſtorbenen Grafen Albrecht Philipp und Johann Ludwig [c]), welche im vorigen Jahr mit Tode abgegangen waren; des Inhalts: „Nachdem von gedachter Verlaſſenſchaft dem Gr. Ludwig die Herrſchaften Weſterburg und Schadeck etwas weit, hingegen ſolche den übrigen drey Grafen näher gelegen, ſo wollten hiemit die drey letzteren dem erſtern ihren Antheil an dem Kloſter Henningen [d]) mit allen Zugehörungen überlaſſen. Hingegen überläßt Gr. Ludwig den drey übrigen Gr. die Herrſchaft Weſterburg, ſamt Schadeck und Waltersburg und allen Zugehörungen, das Silbergeſchirr ausgenommen, wogegen wieder dieſelben dem Grafen Ludwig 6000 fl. jeden zu 27 Albus, herausgeben, auch bis zum würklichen Abtrag landes-üblicher-

a) Dieſe beſitze ich, beſonders gedruckt, unter dem Titel: Capitulation der neuen Stadt Hanau den 1. Jun. 1597. aufgerichtet, 12 Seiten in 4. ſtark, ſamt der Beſtätigung derſelben, d. d. 1. Aug. 1601.

b) Die Urkunde darüber ſtehet bey Lünig, Sp. Eccl. III. Th. S. 184.

c) Sie ſtehet bey Lünig, Spic. ſecul. P. I. p. 447. u. f. d. d. Friedberg, 16. Sept. ſt. v. 1598.

d) Von dieſem Kloſter Henningen oder Hünningen ſ. Büſching, 7. Th. S. 1196.

üblicher-maßen verzinſen ſollten. Da auch gedachte verſtorbene Grafen noch vier Schweſtern hinterlaſſen, welcher Heirathsgut, ſamt andern Schulden, auf denen an die drey Grafen abgetretenen Landen haftete, ſo ſollten die drey Grafen ſothanes alles allein zu bezahlen ſchuldig ſeyn, jedoch alſo, daß Gr. Ludwig ſich wegen eines gütlichen Vergleichs mit gedachten vier Schweſtern beſtens verwenden ſolle. Weil ferner in dem Kloſter Henningen bisher eine gemeinſchaftliche Schule gehalten worden, ſo ſollten, falls Gr. Ludwig dieſelbe nicht länger beſtehen laſſen wollte, von den Einkünften deſſelben 200 fl. jährlich für Stipendien an Studirende verwendet werden, wie dann die drey Grafen desgleichen auch jährlich zweyhundert fl. aus ihrem eigenen Einkommen zu ſolchen Stipendien zu verwenden hätten. Die 600 fl. Capital, ſo Gr. Ludwig an die verſtorbenen beiden Grafen zu zahlen gehabt, ſollten ſamt den bisher rückſtändigen Zinſen ihm erlaſſen ſeyn, gleichwie dann überhaupt alle wechſelsweiſe Forderungen, auch wegen des Kl. Henningen und ſonſt, abgethan ſeyn ſollten. Wäre es übrigens, daß die Herrſchaft Weſterburg von den obgedachten vier Schweſtern ihnen durch Rechtsſtreit, wider Vermuthen, ſtrittig gemacht, ja gar entriſſen, oder daß das Kl. Henningen von jemand, es ſey wer es wolle, angeſprochen, und gegen ſie alle erhalten werde, ſo ſollte eines dem andern die Gewähr dafür zu leiſten ſchuldig ſeyn. Die gemeinſchaftlich in Pflichten geweſene Unterthanen ſollten nun ihrem neuen alleinigen Herrn die Treue ſchwören: die Reichs- und Kriegsſteuern ſolle Gr. Ludwig zu zwey Drittheilen, die drey übrigen Grafen aber zu einem Drittheil zu übernehmen ſchuldig ſeyn. Uebrigens ſolle die Erbver-

einigung zwiſchen Leiningen-Weſterburg und Leiningen-Dachsburg beſtens gehalten werden, und in Kräften bleiben. Zuletzt folgen die allgemeinen Clauſeln der wechſelsweiſen Veſthaltung wegen, ꝛc.„

h) Leining. Dachsb. Lehens-empfängniß. In dem Hauſe Leiningen-Dachsburg hingegen empfing Gr. Emich für ſich und ſeine Brüder Johann Ludwig und Philipp Georg die Biſchöflich-Straßburgiſchen Lehen von dem Biſchof Carl aus dem Hauſe Lothringen [e]).

1598 i.) Cöllniſche Urkunden. Churf. Ernſt zu Cölln, welcher in dieſem Jahr eine Zuſammenkunft ſeiner Geiſtlichen gehalten hatte, ließ die Schlüſſe dieſer Verſammlung bekandt machen, welche nach dem Geiſt der damaligen Zeiten, denen in ſeiner Diöceſe verſtorbenen anderweiten Glaubensverwandten nicht einmal das Begräbniß auf dem Gottesacker zugeſtehen [f]). Und von eben dieſem oder dem folgenden Jahre ſind die von demſelben Churf. Ernſt, als Biſchof von Münſter, gemachte Statuten für die Archidiaconal-Gerichte dieſes Stifts [g]).

B. Ju-

e) Merkwürdig iſt es, daß die Proteſtantiſchen Grafen von L. doch nicht von dem Proteſtantiſchen Adminiſtrator des Stifts, ſondern von dem Catholiſcher Seits gegen denſelben erwählten Prinzen von Lothringen ſich belehnen ließen. Der Lehenbrief ſtehet in der Ded. ſub tit. Endliche Schluß-Schrift in S. Leiningen contra Weſterburg mit 81 Beylagen, S. 55. adj. gg. und iſt d. d. Zabern, 22. Nov. 1599.

f) Sie ſind zu finden bey Lünig, Spic. Eccl. Cont. II. p. 179-183. d. d. 2. Oct. h. a.

g) Bey Lünig, Spic. Eccl. Cont. III. p. 1148. ſqq. Unter den Verbrechen, die das Archidiaconal-Gericht zu beſtrafen hat, ſtehet — wer ſollte es denken? auch dieſes: Si puerpera ante ſtatuta hebdomadarum tempora in publicum procedat. Eben daſelbſt heißt es von den promotoribus officiorum: ſie ſollten ſeyn honeſtae vitae clerici, non conjugati etc. Alſo ſoll es wol doch damals im Münſteriſchen Clerici cos conjugatos gegeben haben!

B. Julius von Würzburg verliehe das Ober-Kämmerer-Amt ſeines Stifts, ſamt allen bisher dem Hauſe Stollberg zuſtändig geweſenen Würzburgiſchen Lehen, dem durch ſeine Gemahlin Eliſabeth aus dem Hauſe Stollberg ein Recht dazu habenden Wilhelm Freyherrn von Kriechingen h). k) Würzb. Lehenbr. an Kriechingen.

Wolfgang, Graf van Caſtell, verlieh an Wolf und Titus, Voite von Rieneck, für ſie und ihre Stammsvettern, die Dörfer Urſprüng und Grünfeld ſamt Zugehör i). l) Caſtelliſcher Lehenbrief an Rieneck.

Im gräflichen Hauſe Sayn war die verwittibte Gräfin Eliſabeth, geb. von Erbach, geſtorben, wodurch das ihr zum Witthum verſchriebene Schloß Altenkirchen erledigt wurde. Da nun an die in dieſem Schloß befindliche Hinterlaſſenſchaft, ſowol der Verſtorbenen Schwager, Gr. Heinrich von Sayn, als auch ihre an den Gr. Wilhelm zu Witgenſtein vermählte Tochter, Anſpruch machten, ſo wurde darüber ein Vergleich aufgerichtet k). m) Sayniſcher Vergl.

Vom Gräflichen Hauſe Schwarzburg iſt allhier die Theilung der Verlaſſenſchaft Gr. Wilhelms von Schwarzburg, zwiſchen ſeinen Erben und Stammsvettern, Gr. Anton Hein- 1599 n) Schwarzburgiſche Theilung.

 rich,

h) Der Lehens-Revers, welcher den Lehenbrief mit in ſich enthält, ſtehet bey Lünig Spicil. Sec. T. II. S. 1386. u. f. n. 26. d.d. 5. Dec. 1598. Ein ähnlicher, dem Grafen Johann von Limpurg, deſſen Gemahlin Catharine eine Schweſter der hier gedachten Gräfin Eliſabeth war, ausgeſtellter Lehenbrief, ſtehet ebendaſ. S. 1660. u. f. d. d. 7. Oct. 1596.

i) Der Lehenbrief ſtehet bey Lünig, l. c. S. 83. d. d. Remlingen, 10. Oct. 1598.

k) Man findet denſelben bey Lünig, Spic. Sec. II. Th. p. 1056. n. CII. d. d. Altenk. 17. Aug. 1598.

rich, Günther, und Hans Günther, zu merken l).

o) Päbſtl. Indult für den Churf. zu Cölln.

Zu Cölln erhielt Churfürſt Ernſt vom P. Clemens dem VIII. das gewöhnliche Indult wegen Vergebung der Pfründen in ſeinem Sprengel, auf fünf Jahre m).

p) Cöllniſche Sicherheits-urkunde.

Imgleichen erhielt deſſen Coadjutor Ferdinand, aus dem Hauſe Bayern, von der Stadt Cölln eine Verſicherung, daß die von der Stadt, wegen der Sicherheit ihrer Bürger und Güter, bey gegenwärtigen Kriegsläuften gemachte Anſtalten, ſeinen und des Erzſtifts Rechten, das Geleit betreffend, im geringſten nicht nachtheilig ſeyn ſollten n).

q) Bayeriſche Urkunde wegen Rechberg.

Von H. Maximilian von Bayern findet ſich eine Urkunde, vermöge welcher er dem Freyherrn Ernſt von Rechberg bekennet, daß er deſſen Teſtament verwahrlich empfangen habe, ſolches behalten, auch Executor deſſelben ſeyn, und Kaiſerliche Beſtätigung darüber auswürken wolle o).

1600

r) Caſtelliſche Begebenh.

Zwiſchen den Grafen von Caſtell und denen von Wenkheim war ſeit 1572. ein Rechtsſtreit am Kammergericht, über gewiſſe Lehens-Stücke zu Ober-Leimbach, welche die von Wenkheim von denen von Heßberg gekauft, die Grafen aber, nach letzterer Abgang, als erledigt angeſehen hatten,

l) Sie ſtehet bey Lünig, Spic. Sec. II. Th. p. 1255-1262. d. d. Stadt-Ilm, 15. Nov. 1599.

m) Es ſtehet bey Lünig, Spic. Eccl. I. Th. Fortſ. S. 864. ſqq. d. d. 6. Dec. 1599. obgleich durch einen Druckfehler 1549. ſtehet.

n) Ebendaſ. S. 864.

o) Bey Lünig, P. ſpec. Cont. III. S. 554. d. d. Landshut 8. Jun. 1599. Allwo auch ein gleichmäßiger Schein des andern Vollziehers dieſes Teſt. nemlich des B. Heinrich von Augſpurg ſtehet, d. d. Dillingen, 19. Jun. 1599.

ten, geweſen. Dieſer wurde endlich von dem Kammergericht, nach 28 Jahren, dahin entſchieden, daß die von Wentheim ſothane Güter nebſt den bezogenen Nutzungen, auch Koſten und Schaden, den Grafen von Caſtell zurückgeben ſollten [p]). So hatten eben dieſe Grafen von Caſtell eine auf gleichen Gründen beruhende, eben ſo lange angedauerte Sache, gegen die von Krailsheim, einige Güter zu Froſch-Stockheim belangend, welche in dem nemlichen Jahre ebenfalls zum Beſten der erſteren von dem Kammergericht entſchieden wurde [q]).

In dem Gräflichen Hauſe Giech empfing Achaz von Giech als Vormund Johann Sigmunds von Giech zu Brunn, die Bambergiſchen Lehen [r]). s) Giechiſche Lehensempf.

Da die Abteyen Murbach und Lüders durch den Tod des Card. Andreas von Oeſterreich ihr Oberhaupt verlohren hatten, ſo ließ P. Clemens der VIII. ein Breve an ſie ergehen, daß ſie nicht eher, als in Monatsfriſt nach Erhaltung dieſes, zur Wahl eines neuen Abts ſchreiten ſollten, widrigenfalls er die Wahl für null und nichtig, und die Stifter für zu ſeiner Vergebung erlediget, ohne Rückſicht auf die Concordaten oder ſonſtige Rechte, anſehen werde [s]). t) Päbſtl. Breve wegen der Abtswahl zu Murbach.

Bbb 4 Der

p) Das ſehr weitläufige Urtheil, in welchem die ſämtlichen Schriften beider Theile von Wort zu Wort mit eingeſchaltet ſind, findet ſich bey Lünig, Spic. Sec. P. I. p. 85-117. Es iſt d. d. 10. Apr. 1600.

q) Auch dieſes Urtheil hat Lünig a. a. O. S. 117-145. Es iſt vom 24. April 1600.

r) Der Lehenbrief, ſamt Revers, ſtehet bey Lünig a. a. O. S. 204. d. d. 15. Febr. 1600.

s) Stehet bey Lünig Spicil. Eccl. Contin. I. p. 1038. n. 95.

u) Coſtnizischer Vergl. mit den Schweizern.

Der Biſchof zu Coſtniz, Andreas von Oeſterreich, welcher mit den Schweizern Streitigkeit über einige Ortſchaften, inſonderheit Arbon und Horn hatte, vertrug ſich mit denſelben in der Güte, inſonderheit dahin, daß den Schweizern die Landes-Obrigkeit über gedachte Oerter, hingegen dem Biſchof ſeine daſelbſt gehabte Rechte verbleiben ſollten. Die Religion aber betreffend, ſollten die Proteſtanten ſo lange in der Kirche zu Arbon ihren Gottesdienſt zu halten befugt ſeyn, bis ihnen der Biſchof ſelbſt eine neue Kirche außer der Stadt aufgebauet, oder dazu eine annehmliche Summe Geldes bezahlet hätte [t]).

v) Biſchofs von Hildesheim Befehl an das Capitel.

Endlich zu Hildesheim gab B. Ernſt einen Befehl heraus, daß das Domcapitel nicht befugt ſeyn ſolle, ſich der Verlaſſenſchaft eines ohne Teſtament verſtorbenen Geiſtlichen anzumaßen, ſondern er ſich ſolches ganz allein, um damit nach dem Canoniſchen Recht und Synodal-Statuten zu verfahren, vorbehalten wolle [u]).

Und dieſes wäre alſo dasjenige, was mir von merkwürdigen Begebenheiten der hier abgehandelten vier Jahre vorgekommen, mit welchem ich demnach dieſen ein und zwanzigſten Band der Reichshiſtorie beſchließe und der gütigen Beurtheilung des gelehrten und geehrten Publicums übergebe, Gott aber für die zugegebene Vollendung dieſes meines erſten Verſuchs im hiſtoriſchen Fach demüthigſt danke.

t) Der Vergleich ſtehet bey Lünig, Sp. Eccl. II. Th. S. 197. u. f. d. d. Baden, 15. Jul. 1600.

u) Lünig, Sp. Eccl. II. Th. S. 1104. Er iſt von Arnſpurg 20. Sept. 1600.

Regiſter*)

der vornehmſten Perſonen und Sachen.

A.

Aachen, Unruhen daſelbſt 508. Reichstags-Verhandlungen darüber 513. Proteſtanten daſelbſt werden in die Acht erklärt 528. Gewaltſame Vollſtreckung derſelben 529. Dieſer Stadt Vertrag mit den Spaniſchen Niederlanden 731.

Agimont, Lüttichiſche Vorſtellung dieſe Herrſchaft betreffend 405.

Albrechts, Barthol., Münz-Händel 422.

Albrecht, Erzherzog von Oeſterreich, hält einen Landtag zu Brüſſel 461. erhält die ganzen Niederlande erb- und eigenthümlich abgetreten, ſammt der Spaniſchen Prinzeſſin Clara Iſabella 468. läßt ſich in den Niederlanden huldigen 605.

Altenkirchen, Vergleich über dieſe Herrſchaft 757.

*) Da der Verf. die Aushängbogen erſt ſehr ſpät, nehmlich im September und noch dazu zu Frankfurt in dem wegen des Wahltages am wenigſten zu einer anhaltenden Arbeit bequemen Zeitpunct, erhalten, ſo hofft derſelbe, wenn das Regiſter nicht ganz vollſtändig ſein ſollte, um deſto eher Vergebung. Doch wird es allemal beſſer als die der vorigen XX. Bände eingerichtet ſein.

B.

Braunſchweig, Herzog Heinrich Julius, deſſen Briefwechſel mit dem Adminiſtrator von Magdeburg wegen des künftigen Reichstags 81 ; 136. Deſſen Inſtruction an ſeine Geſandten 136 f. Seine Händel mit der Stadt Braunſchweig 485. wie auch mit Heſſen 486. Weitere Feindſeligkeiten gegen die Stadt 618. 725.

C. (ſiehe auch K.)

Caſtell, Grafen, verleihen Urſpring und Grünfeld 757. gewinnen die Proceſſe gegen die von Wenkheim und von Krailsheim 759.
Coſtnitz, Vertrag dieſes Stifts mit den Schweizern 760.

E.

Erbach, Gr. Friedrich Magnus, vermählt ſich 749.
Eſte, Cäſar von, vergleicht ſich wegen des Herzogthums Ferrara 65.

F.

Ferdinand, Erzh. von Oeſterreich, reformirt die A. C. gewaltſam in ſeinen Landen 474. regiert ſonſt ſehr löblich 476. fährt fort in der Reformation 612. vermählt ſich mit der Bayeriſchen Prinzeſſin Marie Anne 720. iſt ferner eifrig in Vertreibung der Proteſtanten 721.
Ferrara, Herzog Alfons II. ſtirbt 44. Deſſen Land nimmt Cäſar von Eſte in Beſitz 46. Der Pabſt will ihm das Lehn nicht ertheilen 50 f. und drohet ihm mit Krieg 59 f. thut ihn auch in den Bann 64. Vergleich über dieſe Sache 65 f.
Fränkiſcher Kreis, deſſen Zuſammenkunft zu Forchheim 565. zu Nürnberg 569. nochmals zu Nürnberg 699.
Franz, Thomas, Oſtfrieſiſcher Canzler, ein vortrefflicher Mann 729.

G.

Giech, Grafen von, empfangen Bambergiſche Lehen 759.
Grafen, Wetterauiſche, ihre Bittſchrift auf dem Reichstag, wegen einer Stimme 361. Fränkiſche, derſelben Bittſchrift in gleicher Abſicht 363.

H.

H.

Halberſtadt, Proteſtation desfalls auf dem Reichstag 143.
Hanau, Anlegung der Neuſtadt daſelbſt 754.
Hanſeeſtädte, ihre Streitigkeiten mit England 505. wenden ſich derentwegen an den Reichstag 507.
Heſſen, Landgraf Moritz, vermählt ſeine beide Schweſtern 736. hält einen Landtag, ebendaſelbſt. richtet das Collegium Mauritianum auf 737. Landgraf Ludwig der IV. befördert die hohe Schule zu Marpurg 738. iſt zur Einigkeit in Religions- und Politiſchen Sachen geneigt 739. Landgraf Ludwig der V. heirathet 739. kauft das Amt Kelſterbach von Iſenburg, ebend.
Hildesheim, B. Ernſt Verordn. wegen der Erbſchaften der Geiſtlichen 760.
Hohenlohe, der Gr. Eliſabeth Witthums-Revers 753.
Hohenzollern, Gr. Anne von, klagt gegen den Kaufmann Löhneis 411.
Hohenſchwangau, etwas von dieſer Herrſchaft 430.

J.

Inner-Oeſterreichiſche Lande ſchicken Geſandten nach Regenſpurg. Ihre Werbung 212. 220. 233.
Joachim Friedrich, Churfürſt von Brandenburg, kommt zur Regierung 480. läßt ſich ein Gutachten wegen der Kirchen-Ceremonien geben 481.
Johann Georg, Churfürſt von Brandenburg, ſtirbt 479.
Jülich, H. Johann Wilhelm kommt wieder zu Verſtande 742. heirathet 743.

K.

Kaiſer Rudolf der II, deſſen Ausſchreiben zum Reichstag 73 f. Deſſelben Bemühungen wegen der Stimmen der proteſtantiſchen geiſtlichen Stände 80 f.
Koblenz, merkwürdiger Kreistag daſelbſt 596.
Kölln, Churf. Ernſt giebt Synodalſchlüſſe heraus 756. erhält ein Indult wegen Vergebung der Pfründen 758.

Kölln,

Kölln, die Stadt, ſtellt dem Coadjutor des Erzſtifts daſelbſt eine Verſchreibung aus 758.
Kriechingen, Freiherr von, erhält verſchiedene Würzburgiſche Lehen 757.

L.

Landtäge, allgemeine Geſchichte derſelben 627.
Lauenburg, Herzog Franz, deſſen Inſtruction an ſeine Reichstagsgeſandten 167.
Leinnigen-Weſterburg. Dieſes Hauſes Theilung 754.
Lippe, Gr. Simon von, iſt Reichsgeneral gegen die Spanier 600. Deſſen merkwürdiges Teſtament 745.
Löwenſtein-Wertheim, Graf Ludewig emancipirt ſeinen Sohn 22. Derſelbe hebt das Recht der Erſtgeburt in ſeinem Hauſe auf 23 f.

M.

Magdeburg, Joachim Friedrich von Brandenburg, Adminiſtrator daſelbſt, begiebt ſich ſeines Stimmrechts bei dem Reichstag 134. hat zum Nachfolger ſeinen Sohn Chriſtian Wilhelm 483.
Mark, Graf Philipp von, deſſen Bittſchrift gegen Blankenheim 366.
Maximilian, Herzog von Bayern, tritt die Regierung an 477. iſt Executor Teſtamenti des von Rechberg 758.
Mecklenburg, einiges von dieſem Herzogl. Hauſe 744.
Mendoza, Franz von, erobert für die Spanier Orſoi 462. Broich 463. Rheinberg 464. ſeine Leute begehen große Grauſamkeiten 465. wird gefangen 709.
Moritz, Prinz von Oranien, ſoll durch Meuchelmord aus dem Wege geräumt werden 460. entſetzt Bommel 599. erobert die Andreas-Schanze 704. tritt in Friedensunterhandlungen mit Spanien 705. gewinnt die große Schlacht bei Nieuport 707.
Münchhauſen, Hilmars von, Streit mit dem B. von Minden 419.
Münſter, dieſes Landes Bittſchrift 253.
Murbach, päbſtliches Breve an dieſes Stift 759.

N.

Naſſau, Gr. Johann zu Dillenburg macht ſein Teſtament 749.
Nieder-Sächſiſcher Kreis, deſſen Abſchiede zu Braunſchweig 534. zu Lüneburg 538. zu Magdeburg 540. zu Halberſtadt 542. zu Lüneburg 544. zu Göttingen 546. zu Hörter 549. zu Lüneburg 554. zu Braunſchweig 559. zu Lüneburg 563.

O.

Ober-Rheiniſcher Kreis, deſſen Zuſammenkunft zu Worms 576. Eine andere ebendaſ. 579.
Ober-Sächſiſcher Kreis, deſſen Verſammlung zu Jüterbock 586. zu Leipzig 589.
Oeſterreich, Beſchwerden der Landſtände daſelbſt 480. Gewaltſame Religions-Reformation 609. dieſe wird fortgeſetzt 718.
Oldenburg, Gr. Johann der XVI. von, deſſen Streitigkeit wegen der Herrſchaft Kniphauſen 502.
Ortenburg, Gr. Joachim bittet um Rückgabe ſeiner Lande 395. ſtirbt 399.
Oſtfriesland, Graf Edzard erhält eine kaiſerliche Reſolution 25 f. Gewaltſame Auftritte zwiſchen demſelben und der Stadt Emden 493. ſchreibt einen Landtag aus 494. wie auch den zweiten, 500. ſtirbt 633. Der Nachfolger Enno der III. ſchreibt einen Landtag aus, wo die ſogenannten Concordaten verfaßt werden 635. verfertigt eine Collecten-Ordnung 729. verträgt ſich mit ſeinen Töchtern wegen ihrer mütterlichen Erbſchaft 730.

P.

Pabſt, Clemens der VIII. erwirbt das Herzogthum Ferrara 65 f.
Padberg, Reichtagsverhandlung dieſe Herrſchaft betreffend 400.
Pappenheim, Konrad von, bittet vergeblich um ſeine Entlaſſung 385.
Perſiſche Geſandtſchaft kommt zu K. Rudolf 609.
Pfalz, Churfürſt Friedrich der IV. ſoll ein Religions-Geſpräch halten 2-11. befördert die Reformirte Religion 11. Deſſen Inſtruction zu der Proteſtantiſchen Zuſammenkunft 432. ſchreibt mehrere ſolche Zuſammenkünfte aus 536. Deſſen Briefwechſel wegen der Reviſions-Sachen 641.

Pfalzgraf Friedrich ſtirbt 13. ſeine Erbfolge 14.
Philipp II. König von Spanien, ſtirbt 470.
Pommerſche Bittſchrift der Herzoge 251.
Proteſtantiſche Stände halten beſondere Zuſammenkünfte, als zu Frankfurt 431. zu Friedberg 531. zu Frankfurt 692. zu Speier 695.

R.

Rees, wird vergeblich von den teutſchen Reichsvölkern belagert 601.
Regenſpurg, dieſer Stadt Beſchwerden gegen Bayern 415.
Reichstag zu Regenſpurg, deſſen Eröffnung 182.
Religionsbeſchwerden, 317. Replik der Proteſtanten wegen der von ihnen auf die Bahn gebrachten 326. Derſelben Exceptionsſchrift auf der Katholiſchen ihre 339.
Reviſionen am Kammergericht. Großer Streit wegen derſelben Erledigung 639.
Rudolf II. Kaiſer, lebt meiſtens zu Prag 470. iſt glücklich in Ungarn 472. Deſſen weiterer Krieg gegen die Türken 608. ſchickt eine Friedensgeſandtſchaft an die kriegenden Theile in den Niederlanden 701. iſt ſehr mißtrauiſch 715. führt den Krieg ferner mit abwechſelndem Glück gegen die Türken 716.

S.

Sachſen, Churſächſiſche Inſtruction an die Reichstagsgeſandten 169 f. Herzoglich Sächſiſche Inſtruction 178 f. Begebenheiten der Chur- und Fürſtlich Sächſiſchen Häuſer 732-736.
Schuch, Leonhard, deſſen merkwürdiges Schreiben an den Churf. von Pfalz 653.
Schulenburg, Werner von, Verhandlungen ſeinetwegen auf dem Reichstag 406.
Schwarzburg, Erbſchaftsvertrag in dieſem Hauſe 757.
Schwickart, Ulrich, bittet um Erledigung ſeiner Sache 428.
Speyer, daſelbſt wird ein Deputationstag gehalten 636. Deſſen Abſchied 666.
Stablo, daſelbſt wird ein Geiſtlicher verbrennt 754.
Straßburg, Vergleich wegen dieſes Biſthums 19 f. Viele Schreiberei wegen dieſes Vergleichs ...

T.

Trier, Churf. Johanns Vergleich mit dem Gr. von Sayn 484. Deſſen Tod 617. Sein Nachfolger Lothar von Metternicht 618. Hält einen Landtag 723.

Truchſeß = Waldburg, Chriſtoph von, bittet um die Freiheit, Aechter aufnehmen zu dürfen 414.

Türken = Hülfe, dem Kaiſer bewilliget, um deren Nachlaß bitten verſchiedene Stände 417. gegen ihren zu hohen Anſatz proteſtiren die A. C. Stände 441.

Türkiſchen Kaiſers Titel 186.

W.

Walkenried, Kloſter, Proteſtation deshalb auf dem Reichstag 143.

Weſtfäliſchen Kreiſes Beſchwerden 266. Deſſen Abſchied 591.

Wilhelm, Herzog von Bayern, macht ſein Teſtament 478.

Würtemberg, Herzog Friedrich will ein Religions = Geſpräch veranſtalten 2 f. ſucht ſich von der Oeſterreichiſchen Afterlehnſchaft loszumachen 16. 487. bemühet ſich vergeblich, ſeinen Prinzen das Biſthum Straßburg zu verſchaffen 18 f. nimmt Juden auf 489. will den Necker ſchiffbar machen 490. nimmt ſich der Stadt Aachen an 491. kauft einige Ortſchaften 492. vergleicht ſich mit K. Rudolf wegen der Afterlehenſchaft 620. hält einen Landtag 627. reiſet nach Italien 630. iſt Schiedsrichter zu Kempten 723.

Druckfehler.

S. 136. lin. 22. anſtatt D. Ußlars, lies: D. J. von Ußlar.
— — — 23. anſtatt Joms, lies: Jvens.
— 143. iſt leider die ganze Stelle, welche mit Zweifels ohne anfängt, und bis S. 145. l. 5. vom Ende gehet, und eine Note iſt, in den Text eingerückt worden.
S. 153. lin. 1. iſt nach dem Wort würde, einzuſchalten: gegen den Schaden, der davon entſtünde, wenn ꝛc.
S. 155. lin. 8. von unten, iſt anſtatt ad zu leſen: contra.
— 156. lin. 2. anſtatt: nicht aber dieſe: iſt zu leſen, und machen, daß das meiſte von dieſen.
S. 167. n. (n) lin. 6. anſtatt Dieſes, lies: Das.
— 173. med. anſtatt Enteriren mehr, iſt zu leſen, Factionen.
— 176. lin. 9. anſtatt Ueberlegung, lies: Uebergebung.

Häberlin, Franz Dominicus, 1720-1787

D. Franz Dominicus Häberlins Neueste Teutsche Reichs-Geschichte Vom Anfange des Schmalkaldischen Krieges bis auf unsere Zeiten. Als eine Fortsetzung Seiner bisher herausgegebenen Teutschen Reichs-Geschichte in den zwölf ersten Bänden des Auszuges aus der neuen allgemeinen
Bd.: 21.

Halle (1790)

Germ.g. 176-21
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10015972-0
VD18 90031903